

Amtsblatt der Europäischen Union

C 373



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 29. September 2022

65. Jahrgang

Inhalt

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament

SITZUNGSPERIODE 2014-2015

Sitzungen vom 20. bis 23. Oktober 2014

2022/C 373/01	Ausführliche Sitzungsberichte vom 20. Oktober 2014	1
2022/C 373/02	Ausführliche Sitzungsberichte vom 21. Oktober 2014	36
2022/C 373/03	Ausführliche Sitzungsberichte vom 22. Oktober 2014	240
2022/C 373/04	Ausführliche Sitzungsberichte vom 23. Oktober 2014	471

DE

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
NI	Fraktionslos

IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND
SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2014-2015

Sitzungen vom 20. bis 23. Oktober 2014

STRASSBURG

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 20. OKTOBER 2014

(2022/C 373/01)

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärung des Präsidenten	3
3. Zusammensetzung der Fraktionen	3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	4
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
6. Zusammensetzung der Fraktionen (Fortsetzung): siehe Protokoll	4
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	4
8. Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten — eingegangene Bewerbung: siehe Protokoll	4
9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	4
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4

Montag, 20. Oktober 2014

Inhalt	Seite
11. Unerledigte Angelegenheiten (Artikel 229 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	4
12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	4
13. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll	5
14. Petitionen: siehe Protokoll	5
15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	5
16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
17. Arbeitsplan	5
18. Bessere Verhütung und Bewältigung von Überschwemmungen auf europäischer Ebene (Aussprache)	8
19. Reaktionen auf die Ebola-Krise (Aussprache)	19
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	35
21. Schluss der Sitzung	35

Montag, 20. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 20. OKTOBER 2014

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. - Ich erkläre die am Donnerstag, dem 18. September 2014, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. - Meine Damen und Herren! Angesichts der aktuellen Lage in Nordirland hat mich die Konferenz der Präsidenten gebeten, im Namen des Europäischen Parlaments alle Seiten dazu aufzurufen, von den gefährlichen gegenseitigen Provokationen abzusehen. Versuche, den weiteren Friedensprozess zu stören, müssen sofort eingestellt werden. Auf politische Probleme kann es immer nur eine Antwort geben: eine friedliche Lösung durch Dialog. Wir rufen deshalb alle Parteien dazu auf, sich weiterhin an einer friedlichen Lösung und damit an der am 16. Oktober gestarteten neuen Gesprächsrunde zu beteiligen.

Der Friedensprozess in Nordirland ist ein erfolgreiches europäisches Projekt. Wir werden diesen Friedensprozess weiterhin beständig begleiten. Das Europäische Parlament steht auch bereit, als ehrlicher und unabhängiger Vermittler in diesem Prozess zu agieren. Wir wollen, dass dieser Friedensprozess von weiteren Erfolgen gekrönt ist. Und wir unterstützen Nordirland dabei, stabile Institutionen und eine stabile Wirtschaft aufzubauen, damit alle Menschen in diesem Teil unseres Kontinents, in Nordirland, einer sicheren Zukunft entgegenblicken.

3. Zusammensetzung der Fraktionen

Der Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie darüber informieren, dass ich am vergangenen Donnerstag von der Abgeordneten Iveta Grigule schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass sie mit sofortiger Wirkung die Fraktion der EFDD verlassen hat. Ich habe am selben Tag die Konferenz der Präsidenten darüber informiert, dass mit diesem Schritt die EFDD nicht länger die in der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen für die Bildung einer Fraktion erfüllt, da in ihr nicht mehr Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern vertreten sind. Die EFDD hat damit den Fraktionsstatus verloren.

Paul Nuttall (NI). - Mr President, although we have changed – or should I say you have changed – our seating arrangements, I just want to clarify that this afternoon we achieved the necessary number of signatures to ensure that the EFDD Group remains intact.

(Applause and laughter)

Montag, 20. Oktober 2014

Last week we came under attack when one of our MEPs resigned in what can only be described as curious circumstances, allegedly aided and abetted by you, which I believe brings into question your neutrality as President of this Parliament.

(Applause and cries of 'Hear, hear!')

I would therefore like a commitment from you that no shenanigans like this will take place again in the future and that you will remain neutral, as your job title says you should be.

(Applause)

Der Präsident. - Die Bildung von Fraktionen erfolgt auf der Grundlage der Geschäftsordnung dieses Hauses. Artikel 32 der Geschäftsordnung sieht vor, wie Fraktionen gebildet werden. Wenn die Grundvoraussetzung für die Bildung einer Fraktion – Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern – nicht erreicht ist, ist die Fraktion damit nicht mehr existent. Der Präsident des Parlaments stellt diesen Umstand lediglich fest. Ich habe der Konferenz der Präsidenten das – und nicht mehr – mitgeteilt. Damit haben Sie Ihren Fraktionsstatus verloren.

Sollte sich eine neue Fraktion in diesem Hause bilden, sind auch dafür Geschäftsordnungsregularien vorgesehen, und zwar: Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern, die alle durch Einzelunterschrift bekennen müssen, dass sie sich dieser Fraktion anschließen. Wenn dies der Fall ist, kann mir das mitgeteilt werden, und ich werde dann die entsprechenden Verfügungen in die Wege leiten, und zwar auf der Grundlage der Geschäftsordnung. Nichts anderes ist meine Aufgabe, und so verfare ich auch.

Zur Sitzordnung: Die Sitzordnung ist in einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten festgelegt worden.

- 4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**
- 5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
- 6. Zusammensetzung der Fraktionen (Fortsetzung): siehe Protokoll**
- 7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**
- 8. Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten — eingegangene Bewerbung: siehe Protokoll**
- 9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
- 10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
- 11. Unerledigte Angelegenheiten (Artikel 229 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
- 12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**

Montag, 20. Oktober 2014

13. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll**14. Petitionen: siehe Protokoll****15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll****16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll****17. Arbeitsplan**

Der Präsident. - Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 16. Oktober 2014 gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, ζήτησα να παρέμβω για δύο θέματα. Το πρώτο αφορά το άρθρο 163 του κανονισμού για τις παρεμβάσεις διάρκειας ενός λεπτού. Υπέβαλα πρόταση για να μιλήσω με θέμα τις γερμανικές πολεμικές επανορθώσεις, το αναγκαστικό κατοχικό δάνειο, τις αποζημιώσεις συγγενών των θυμάτων εκτελεσθέντων κατά τη διάρκεια της γερμανικής κατοχής στην Ελλάδα. Το αίτημα μου απορρίφθηκε διότι, ισχυρίζεται η υπηρεσία, δεν υπάρχει επαρκής χρόνος για να αναπτύξω τις απόψεις μου. Όμως, κύριε Πρόεδρε, βλέπω για πρώτη φορά να μην γίνεται η συζήτηση τη Δευτέρα, η οποία πάντοτε περιελάμβανε τη συζήτηση για τις παρεμβάσεις ενός λεπτού, αλλά να έχει προσδιοριστεί για την Πέμπτη, όπου διαθέτουμε μόνο δύο ώρες για το θέμα αυτό καθώς και για πολλά άλλα ζητήματα.

Εάν όμως, κύριε Πρόεδρε, είχε τεθεί το θέμα σήμερα, Δευτέρα, που η συνεδρίαση τελειώνει στις 7.00 θα ήταν δυνατό να συνεχίσουμε μέχρι τις 10.00 και τις 11.00. Διότι, κύριε Πρόεδρε, το δικαίωμά μας να μιλήσουμε κάθε φορά δεν μπορεί να εξαρτάται από τον περιορισμό του χρόνου και σας ζητώ, ως εκ τούτου, να προσδιορίσετε το θέμα αυτό για σήμερα, τη Δευτέρα, ούτως ώστε να έχουμε τη δυνατότητα να τοποθετηθούμε όλοι οι βουλευτές, διαφορετικά, κύριε Πρόεδρε, παραβιάζετε το δικαίωμά μας.

Der Präsident. - Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich glaube, das ist klar geworden.

Zunächst einmal: Änderungen dieser Art zur Geschäftsordnung sind bis 16.00 Uhr einzureichen. Das ist in der Geschäftsordnung so vorgesehen. Da Sie aber ein neues Mitglied dieses Hauses sind, weise ich Sie darauf hin. Für heute kann ich das so akzeptieren.

Die Verlegung der Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen ist nicht aus inhaltlichen Gründen erfolgt, sondern aus rein formalen Gründen. Wir haben heute Abend Anhörungen für die Besetzung zweier Positionen innerhalb der Kommission durchzuführen. Das war der Grund, warum die Konferenz der Präsidenten ausnahmsweise die Ein-Minuten-Reden auf einen anderen Zeitpunkt gelegt hat, weil wir die entsprechende Infrastruktur und die Kapazitäten den Anhörungen vorbehalten müssen, wenn wir am Mittwoch über die Kommission abstimmen wollen. Das hat also keinerlei inhaltliche Gründe, wie Sie unterstellen, sondern rein formale.

Beatrix von Storch (ECR). - Herr Präsident! Ich möchte ganz kurz auf einen Fehler in der Tagesordnung hinweisen, zumindest in der deutschen Übersetzung. Da steht für Mittwoch, 12.00 Uhr, Wahl der EU-Kommission. Das ist ganz offenbar ein Fehler. Ich bitte, das zu prüfen – auch in den anderen Übersetzungen. Denn in Artikel 17 Absatz 7 des EU-Vertrages steht ausdrücklich: Die nationalen Regierungen wählen ihren Vertreter für die EU-Kommission. Wir, das Parlament, können das dann bestätigen, und das nur *en bloc* – 28 Mann *en bloc* bestätigen. Wählen können wir die Kommissare nicht. Also deswegen wäre ich dankbar, wenn das korrigiert wird.

(Beifall)

Der Präsident. - Das ist sicher eine interessante Variante. Artikel 118 der Geschäftsordnung des Parlaments sieht die Wahl der Kommission durch das Parlament vor.

Montag, 20. Oktober 2014

Νότης Μαρίας (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, παρότι νέος βουλευτής, γνωρίζω ότι το αίτημα πρέπει να υποβληθεί μέχρι τις 4.00 η ώρα. Από τις 11.00 το πρωί αναζητώ στο τηλέφωνο τις υπηρεσίες σας και δεν έχω βρει κανέναν για να θέσω το θέμα αυτό. Είμαι εδώ. Το δεύτερο λοιπόν θέμα που θέτω, κύριε Πρόεδρε, αφορά στο κατεπείγον.

Είχε τεθεί μία πρόταση να συζητηθεί ως κατεπείγον το θέμα των τουρκικών προκλήσεων στην κυπριακή ΑΟΖ. Αυτό απερρίφθη από το Προεδρείο. Όμως σήμερα, ήδη, τουρκικό σεισμογραφικό σκάφος έχει εισέλθει στην ΑΟΖ και δημιουργεί προβλήματα. Ζητώ λοιπόν κύριε Πρόεδρε, εδώ στην ολομέλεια, να πάρουμε απόφαση να συζητήσουμε αυτό το κατεπείγον θέμα, διότι είναι καθοριστικό για τη διατήρηση της ειρήνης, αφού παραβιάζεται το διεθνές δίκαιο.

Der Präsident. - Herr Marias! Ich habe das verstanden, es hat aber nichts mit der Geschäftsordnung zu tun.

Im Übrigen bedaure ich sehr, dass Sie mich oder meine Dienststellen telefonisch nicht erreicht haben. Ich wollte Ihnen mitteilen: Dieses Haus verfügt über Infrastrukturen. Sie können das also auch per E-Mail machen. Dann melden wir uns sofort. Wir werden Ihnen aber erklären, wie das geht.

Montag:

Keine Änderungen zum Arbeitsplan.

Dienstag:

Jean Arthuis (ALDE). - Monsieur le Président, la Conférence des présidents a prévu, pour la discussion budgétaire, d'appeler d'abord le projet de budget pour 2015 et ensuite le budget rectificatif n° 2 de 2014.

En plein accord avec l'ensemble des coordinateurs de la commission des budgets, je souhaite que nous puissions inverser l'ordre des discussions et que nous abordions d'abord le budget rectificatif 2014 et ensuite le projet de budget 2015. À la vérité, le grand débat budgétaire portera certainement sur les 300 milliards du programme annoncé par le président Juncker mais, pour l'immédiat, l'enjeu de la discussion budgétaire est celui des impayés.

Au fil des années, depuis 2010, nous voyons apparaître une somme d'impayés qui ne cesse de progresser: 5 milliards en 2010, 11 milliards en 2011, 16 milliards en 2012, 23 milliards en 2013 et peut-être 30 milliards à la fin de l'année 2014. C'est une dette sournoise qui est en train d'apparaître et nous ne pouvons pas altérer l'autorité de l'Union européenne en laissant ainsi progresser des impayés.

Dans ces conditions, nous souhaitons tester l'intention du Conseil en évoquant d'abord les projets de budget rectificatif 2014, car ils sont l'occasion de stabiliser cette dette. Lors du trilogue qui s'est tenu jeudi dernier, nous avons posé ce principe en plein accord avec les coordinateurs: d'abord les budgets rectificatifs 2014 et ensuite 2015. C'est la raison pour laquelle j'exprime le souhait que nous puissions inverser mardi, lors du débat, et mercredi, lors du vote, l'appel des dossiers, c'est-à-dire d'abord les rectifications 2014 et ensuite le budget 2015.

Der Präsident. - Vielen Dank, Herr Arthuis! Im Einvernehmen mit den Fraktionen ist das bereits beschlossen worden. Wir haben in der Konferenz der Präsidenten unter den Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, dass der Entwurf des Berichtigungshaushalts Nr. 2 für das Jahr 2014 vor die Aussprache über den Gesamthaushalt für das Jahr 2015 vorgezogen wird. Ihrem Wunsch ist also bereits vorab entsprochen worden.

Im Übrigen bin ich Ihnen dankbar dafür, dass Sie darauf hingewiesen haben, wie die tatsächliche Lage ist. Ihr Vorgänger in diesem Amt als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und ich selbst hatten in den vergangenen Jahren das traurige Privileg, immer wieder das Gleiche hier im Haus vortragen zu müssen.

Mittwoch:

Die Fraktion der ECR hat beantragt, eine Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zur Todesstrafe für Asia Bibi am Mittwoch als dritten Punkt ohne Entschließung auf die Tagesordnung zu setzen.

Montag, 20. Oktober 2014

Peter van Dalen (ECR). - Voorzitter, ik richt mij tot u, niet alleen namens mijn fractie, maar ook als covoorzitter van de werkgroep van dit Parlement voor godsdienstvrijheid en de vrijheid van geloof.

Als werkgroep, Voorzitter, verzetten wij ons al langere tijd tegen de blasfemiewetgeving in Pakistan, een wetgeving op grond waarvan mensen kunnen worden veroordeeld als ze verondersteld worden de profeet Mohammed te hebben beledigd, en de hoogste straf die daarop staat is de doodstraf. Enkele jaren geleden is mevrouw Asia Bibi ter dood veroordeeld op grond van zo'n zaak en onze Raadsvoorzitter Renzi heeft deze kwestie ook bij zijn speech deze zomer nog expliciet genoemd.

Helaas is het nu zo, Voorzitter, dat afgelopen donderdag een gerechtshof in Lahore, het doodvonnis tegen mevrouw Asia Bibi heeft bevestigd. Nu is het dus zaak, Voorzitter, dat we alles op alles zetten om de uitvoering van dat doodvonnis te voorkomen en die blasfemiewetgeving af te schaffen. Daarom ons verzoek om woensdagmiddag een uur toe te voegen voor gedachteswisseling met de Hoge Vertegenwoordiger.

Der Präsident. - Für den Antrag möchte Frau Abgeordnete Björk sprechen. Bitte sehr!

Malin Björk (GUE/NGL). - Herr talman! Vi i GUE/NGL är naturligtvis djupt oroade över Asia Bibis fall, men vi är också djupt oroade över att snarare än att minska så ökar antalet dödsstraff som utdöms.

Enligt Amnesty så dömdes 778 personer 2013 till avrättning genom dödsstraff. 778 har avrättats 2013 och 1 925 dömdes till döden. Det sitter 23 392 dödsdömda och väntar på s.k. *death row*. Vi skulle vilja ha en mer generell debatt i plenum med den höga representanten för utrikes- och säkerhetsfrågor.

Der Präsident. - Vielen Dank, Frau Björk. Möchte jemand gegen diesen Antrag sprechen?

Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ist dafür, dass wir das als dritten Punkt auf die Tagesordnung bei den Erklärungen der Hohen Vertreterin setzen? Ich bitte um ein Handzeichen.

(Das Parlament nimmt den Antrag von Herrn van Dalen an.)

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). - Monsieur le Président, je n'ai pas bien compris ce que nous venons de mettre à l'ordre du jour. Il y avait une proposition d'un groupe et une contre-proposition d'un autre groupe. Vous n'avez procédé qu'à un vote, qui n'était pas très clair. Pourriez-vous nous expliquer le point que nous avons mis aux voix en vue de l'inscrire à l'ordre du jour?

Der Präsident. - Der Antrag von Herrn van Dalen beinhaltete, dass Frau Ashton in ihrer Erklärung am kommenden Mittwoch einen dritten Punkt auf die Liste ihrer Erklärungen nehmen soll, als Erklärung der Hohen Vertreterin, und zwar den Fall der Verurteilung von Asia Bibi zum Tode. Dieser Antrag ist von Frau Björk unterstützt worden. Es hat niemand dagegen gesprochen.

Frau Björk, auf meine Frage: „Wer möchte den Antrag unterstützen?“ haben Sie sich ausdrücklich zu Wort gemeldet, und Sie haben gesagt, Sie hätten gerne eine breitere Debatte. Eine breitere Debatte als die Erklärung der Hohen Vertreterin hier im Plenum in einer Plenardebatte gibt es nicht.

Was wollen Sie? Das müssen Sie schon substantzieren und sagen, was Sie noch breiter haben wollen.

Malin Björk (GUE/NGL). - Herr talman! Jag ber om ursäkt. Jag är ny här i kammaren. Vad jag skulle vilja be om är att istället för att diskutera ett specifikt fall så skulle jag vilja att vi diskuterar med den höga representanten mer generellt om dödsstraffet, så att vi inte bara begränsar oss till ett fall. Vi vill ha ett uttalande från henne om dödsstraffet och det faktum att det ökar i världen snarare än minskar.

Der Präsident. - Das habe ich jetzt auch besser verstanden. Ich hatte Ihre Äußerung so verstanden, dass Sie nichtsdestoweniger, weil Sie sich als Unterstützung für den Antrag zu Wort gemeldet hatten – ich gebe zu, das ist im Prinzip keine Unterstützung für diesen Antrag, sondern das ist ein alternativer Vorschlag.

Montag, 20. Oktober 2014

Frau Björk, ich hatte bei der Abstimmung aber den Eindruck, dass die überwältigende Mehrheit im Hause für den Antrag des Kollegen van Dalen ist. Deshalb würde ich sagen: Wir behalten im Auge, was Sie wünschen, nämlich eine breitere Debatte über die Frage der Todesstrafe. Der Fairness halber muss man aber sagen, es wäre nicht die erste, die dieses Haus dann in breiterer Form führt. Dennoch sehe ich für den Antrag des Kollegen van Dalen eine breite Mehrheit.

Wenn Sie aber darauf beharren, Frau Björk, kann ich gerne über Ihren Antrag nochmal abstimmen lassen.

(Frau Björk bejaht.)

Das wünschen Sie also.

Der weitergehende Antrag ist der von Frau Björk, nämlich nicht über den Einzelfall zu debattieren, sondern eine generelle Aussprache über die Todesstrafe zu führen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Dann lasse ich erneut über den Antrag von Herrn van Dalen abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Donnerstag:

Keine Änderungen zum Arbeitsplan.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

18. Bessere Verhütung und Bewältigung von Überschwemmungen auf europäischer Ebene (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission über bessere Verhütung und Bewältigung von Überschwemmungen auf europäischer Ebene (2014/2897(RSP)).

Tonio Borg, Member of the Commission. - Mr President, on behalf of the Commission and Commissioner Georgieva, I would like to make the following statement. The recent heavy floods which have hit northern Italy and claimed at least three lives, causing several million euros' worth of damage, show once again the importance of sustainable investment in better preparedness against disasters. I would like to focus on three main points.

First of all, natural disasters have become more frequent and more intense over recent decades, not only globally but also in Europe. Urbanisation, population growth and environmental degradation have very much contributed to this trend. It is estimated that average annual losses over the last decade have risen to EUR 200 billion, with floods accounting for 35% of all losses. If we take last year's floods in Central Europe alone, these are estimated to have cost EUR 17 billion, topping the list of the costliest natural disasters in 2013.

This spring, the floods in Serbia and Bosnia-Herzegovina, Croatia and Bulgaria also caused widespread devastation and left more than one hundred people dead and half a million people homeless. Fortunately, the damage caused by the current floods in northern Italy and southern France is not on the same scale, but still reflects the same trend.

This brings me to my second point. What is the European Union doing to better manage natural disasters? Natural hazards such as floods cannot be prevented, but the number of lives they take and the damage they cause can be greatly reduced through better preparation and protection. Another major benefit, investment in prevention, is cost-effective. On average, for instance, every euro spent on prevention saves between four and seven euros that would have been spent once a disaster has hit.

Montag, 20. Oktober 2014

So the Commission is implementing the approach across various policy areas, including civil protection, the environment and also regional policy and research and development. The most visible piece of EU legislation relating to flood management is certainly the Floods Directive, which has been in force since 2007 and which establishes a framework for the assessment and management of flood risks. Flood risk management plans focusing on prevention, protection and preparedness should set the objectives and include the measures to achieve flood risk reduction.

Thanks to the support of Parliament, we also have a new mechanism for disaster-proofing the major infrastructure projects covered under the Environmental Impact Assessment Directive. There are also provisions to disaster-proof new investments funded by the EU's structural funds. Flood prevention is actually receiving the bulk of available regional policy funds earmarked for risk prevention. For instance, for the 2007-2013 period, funding made available to Member States to invest in risk prevention, including against floods – so this is risk prevention in its entirety but it includes floods as well – in risk management and in climate change adaptation amounted to around EUR 60.5 billion. Now the first estimates for the new 2014-2020 period show that this sum would increase to EUR 78 billion. Related projects include maintaining or developing flood plains such as along the Tisza river in Hungary; cross-border and transnational cooperation on flood prevention; the deployment of early warning systems, as well as support to civil protection. A concrete example of support is the EU Strategy for the Danube Region, supporting projects to develop a common risk assessment methodology for the region.

We have also come a very long way in the area of civil protection, which showed its benefits also during the recent Italian floods – more about this in a moment. And, as of this year, we have our new civil protection legislation in place, with a very strong focus on preparedness and prevention, building up a voluntary pool of disaster response capacities, better response planning, a training network and reinforced cooperation among authorities in the field of training and exercises.

Of course, these are the things which have already been done. What else can be done? As regards the floods in northern Italy, since I was referring to the civil protection mechanism, I must say that the Italian authorities saw no need to activate the EU civil protection mechanism, but on 16 October requested activation of the EU Copernicus emergency mapping system.

What else can be done? I think, in conclusion, we also need to engage more closely with industry. We need to put disaster management firmly on the agenda of EU finance ministers because it is cost-effective. By investing euros in prevention, we save much more when disasters actually happen. Let me conclude by stressing that we are now equipped with the tools not to completely prevent, but to mitigate and manage disasters, including floods.

IN THE CHAIR: OLLI REHN

Vice-President

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, dank u wel, commissaris, dank voor uw samenvattende inleiding.

Hier komt nog bij dat we net vóór de verkiezingen het Solidariteitsfonds hebben aangepast, de verordening zo hebben ingericht dat we sneller kunnen inspringen in gebieden waar het goed fout gaat. Dit geldt inderdaad voor Noord-Italië, evenals voor het zuiden van Frankrijk. Ik verwacht ook wel dat ze boven die grens zullen zitten. De criteria liggen allemaal vast. Dat is in ieder geval een heel duidelijk signaal naar de burgers.

Montag, 20. Oktober 2014

Maar er is eigenlijk meer. U geeft het ook aan en dat is ook de titel van het debat vandaag. In Genua bijvoorbeeld lijkt het erop dat de afvoer van de rivieren, de capaciteit, eenvoudigweg niet voldoende was. Je moet heel goed inspelen op dingen die kunnen gebeuren. Ik ben Nederlander. Wij bevinden ons voor een belangrijk deel onder de zeespiegel en wij weten wat er gebeurt. Ik heb dan ook het idee dat preventie in de praktijk onvoldoende op de agenda is gekomen en dat we nu met fondsen moeten bijspringen, maar dat het politiek onvoldoende wordt opgepakt. We kunnen inderdaad inspringen met het Regionaal Ontwikkelingsfonds – dat is ervoor om die ecosystemen beter toe te rusten – maar er moeten lokale prioriteiten worden gesteld. En als het water niet weg kan, zoals nu in Genua het geval was, dan zijn de burgers en de bedrijven daar uiteindelijk steeds weer de dupe van.

In Nederland kennen we een Deltaplan, op andere terreinen in Europa moet hetzelfde gebeuren en als er politieke druk moet worden gezet op de lidstaten, op de ministers en de regio's, dan moet dat maar. Een prachtig onderwerp om met de nieuwe Commissie te bespreken.

Renata Briano, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, Signor Commissario, onorevoli colleghi, intervengo dopo le alluvioni che hanno colpito la Maremma, il Basso Piemonte, Trieste, Parma e la mia città, Genova. In Italia, il territorio è fragile; quattro comuni su cinque sono a rischio idrogeologico. La risposta della politica è invece debole e ricorre l'emergenza. Ogni anno spendiamo mille milioni di euro per i danni alluvionali, ma solo cento per prevenirli. È un'emergenza, come ha detto il Commissario, che riguarda quasi tutta Europa.

Le cause sono molteplici: basti pensare ai cambiamenti climatici, alla cementificazione e all'abbandono delle campagne. Serve una rivoluzione culturale e politica per mitigare i rischi, anche se dobbiamo dire la verità: dovremo in parte imparare a convivere, perché purtroppo il rischio zero non esiste.

L'Europa, può e deve dare una risposta efficace, serve però un approccio più trasversale, perché in diversi territori ad esempio, gli aiuti ai piccoli agricoltori sono al tempo stesso lotta al dissesto, ed è soltanto un esempio. Servono investimenti, indirizzare parte dei fondi strutturali per la prevenzione deve diventare un obbligo. Non solo, penso che parte dei 300 miliardi annunciati da Junker debbano essere impiegati per proteggere le nostre case e le nostre imprese dal fango.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι βουλευτές, το περίφημο Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχει αποτύχει πλήρως στο ρόλο του, ιδίως όσον αφορά στην αποζημίωση των πληγέντων από πλημμύρες στην Ελλάδα. Έτσι, οι πληγέντες από τις καταστροφικές πλημμύρες του Νοεμβρίου 2013, στη Ρόδο, στην Κω, στην Κάλυμνο και στην Ψέριμο ακόμη περιμένουν να αποζημιωθούν.

Το ίδιο ισχύει και για όσους έχουν πληγεί από τις καταστροφικές πλημμύρες που έπληξαν την Αττική τον Φεβρουάριο του 2013, όταν και θρηνήσαμε μία νεκρή συμπολίτη μας. Πέραν όμως της ανακούφισης των πληγέντων και της αποκατάστασης των ζημιών σε νοικοκυριά και υποδομές, θα πρέπει να υπάρξει μια σύγχρονη αντιπλημμυρική πολιτική σε όλα τα κράτη μέλη και η Ευρωπαϊκή Ένωση να χρηματοδοτήσει την κατασκευή αντιπλημμυρικών έργων ούτως ώστε, τόσο τα αστικά κέντρα όσο και η ύπαιθρος, να μην υφίστανται ανεπανόρθωτες ζημιές.

Μάλιστα εκεί που τα καταστροφικά αποτελέσματα των πλημμυρών αποκτούν διασυνοριακά χαρακτηριστικά, όπως είναι η διαρκής υπερχείλιση του ποταμού Έβρου λόγω έλλειψης αντιπλημμυρικών έργων στη Βουλγαρία, θα πρέπει να υπάρξει συνεργασία των υπηρεσιών της Επιτροπής με Ελλάδα και Βουλγαρία για χρηματοδότηση των έργων αυτών. Τέλος χρειάζεται σχεδιασμός μιας σύγχρονης αντιπλημμυρικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης που θα λαμβάνει υπόψη τις κλιματικές αλλαγές.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedniče, Hrvatska i nama susjedne države, Bosna i Hercegovina te Srbija bile su područje gotovo biblijskih poplava ovoga proljeća. U tom kontekstu želim upozoriti Europski parlament i europsku javnost da sam uvjeren da trebamo učiniti ozbiljne pomake kako bismo mogli pomoći zemljama koje nemaju dovoljno uspostavljenu prekograničnu suradnju te koje još uvijek na neki način zaziru od suradnje.

U ovome smo slučaju imali situaciju kada su štete iznosile stotine milijuna eura, pa možda i milijarde eura, imali smo gubitak ljudskih života - na desetke ljudi je poginulo ili nestalo. Tragedije su zaista velike, za građane, za njihovu imovinu i za njihovo opće bavljenje poljoprivredom, pogotovo sutra, budući da su i polja doživjela ogromnu štetu.

Montag, 20. Oktober 2014

Ono što predlažem je svakako, da trebamo stvoriti sustav - i to je moj prvi prijedlog - koji će upravo iz fonda solidarnosti, odmah, interventno moći djelovati, barem nekim minimalnim sredstvima.

U roku od 24 sata, 48 sati, moramo odmah djelovati, jer onda pokazujemo našu efikasnost i našu ozbiljnost. Ovako kada djelujemo nakon 4, 5 ili 6 mjeseci, ljudi su frustrirani, zaborave tko im je uopće pomogao, te odakle su sredstva došla. Zato predlažem stvaranje jedne interventne grupe ljudi koja je u mogućnosti da odmah djeluje na europskoj razini i bude poslana u neka područja, jer često upravo nacionalne zemlje ili regionalne vlasti znaju zakazati.

I moj treći prijedlog je zajednički europski monitoring za sva ona područja za koja znamo da mogu imati velike štete upravo od poplava.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Algumas palavras sobre as recentes cheias que afetaram vários países, partindo da observação de Lisboa, capital de Portugal, um caso paradigmático, mas sem esquecer o que se passou em Itália, nomeadamente em Génova, em França e noutros países.

Chuvas intensas não são, necessariamente, sinónimo de cheias. As cheias devem-se não tanto às irrritações divinas de S. Pedro mas sim ao homem, às políticas vigentes da ocupação desregada e abusiva dos solos, aos meios de prevenção e de gestão que não são devidamente mobilizados.

São necessárias medidas de prevenção estrutural, preteridas nos últimos anos, sobretudo nas cidades pelo avanço do betão e da impermeabilização dos solos. A

correção de situações indutoras de risco e a concretização de planos de drenagem eficazes são dois exemplos.

Tudo isto exige investimentos públicos vultuosos mas imprescindíveis. Exige romper também com a desresponsabilização do Estado e os ataques aos serviços públicos, da proteção civil aos serviços de água e saneamento, ataques que expõem os cidadãos a intoleráveis e evitáveis riscos.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I want to talk about some of the extreme weather events that we expect to see as a result of climate change. My region of South-West England was subject to extreme flooding this past winter, which has focused our minds on both flood alleviation and flood prevention. As Greens, we call for three elements of a responsible flood policy. First there needs to be adequate investment in the infrastructure that prevents flooding, and we must not allow austerity cuts to increase the risk as our communities become inundated.

We also need to take a whole-catchment approach and consider how our farming practices have reduced the land's ability to absorb rainfall for longer before it drains into the river. Land management that involves maintaining hedges and trees using organic methods that reduce soil run-off should be prioritised in the CAP subsidiary scheme.

Thirdly, we must make explicit the link between flooding and climate change and be reminded by flooding incidents across Europe of the urgent need to agree meaningful carbon-dioxide reductions at the COP 21 negotiations in Paris next year.

Louis Aliot (NI). - Monsieur le Président, chers collègues, le Sud de la France a été durement touché par les inondations pour la quinzième année consécutive. En quinze ans, quinze catastrophes majeures ont engendré la mort de quatre-vingt personnes et occasionné plus de 500 millions d'euros de dégâts.

Systématiquement, on relève les mêmes causes suivies des mêmes effets. Or, il faut aussi s'occuper de l'immédiateté de cette catastrophe, et les dossiers ainsi que les procédures sont lourds.

Je n'ai qu'une seule question: qu'envisagez-vous pour simplifier ces procédures et pour que les fonds soient débloqués rapidement afin de venir en aide aux populations et aux collectivités?

Montag, 20. Oktober 2014

Elisabetta Gardini (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, saluto il Commissario Borg. Ha nominato anche la Commissaria Georgieva. Io ho avuto l'onore di essere relatrice del nuovo meccanismo di protezione civile europea, quindi non sto a ripetere quello che abbiamo detto tante volte in quest'Aula. È tutto giusto quello che è stato detto, ed è importante ricordare come noi abbiamo cercato nel nuovo meccanismo di protezione civile proprio di enfatizzare e di dare un nuovo spazio proprio alla prevenzione, perché la prevenzione siamo consapevoli è quello di cui oggi abbiamo estremamente bisogno in Europa.

Però da italiana, lasciatemi ricordare che in questi ultimi mesi noi abbiamo veramente subito una serie di disastri drammatici che hanno causato 11 morti e immense devastazioni: l'alluvione di Imola dell'Alta Romagna, l'alluvione di Alessandria, di Parma, della Maremma e di Genova.

Ecco, noi abbiamo con il nostro meccanismo cercato di costruire un sistema capace di raccogliere tutte le risorse e le competenze che l'Europa è capace di esprimere. Il mio paese è particolarmente difficile e fragile, però io vorrei approfittare di questa sede per dire ai colleghi italiani che esprimono le forze politiche che oggi sono al governo in Italia, di fare attenzione, perché come lanciano l'allarme i sindaci, lanci la coalizione per la prevenzione del rischio idrogeologico, in Italia stiamo rischiando di perdere di vista la sussidiarietà.

Allora è giusto, l'Europa faccia la sua parte e la stiamo facendo e credo che nell'ultima legislatura l'abbiamo fatta, ma non possiamo pensare che sia dall'Europa che arrivano le risposte del territorio. È pericolosa, lo dicono i sindaci: l'orientamento preso dal decreto

Tibor Szanyi (S&D). - Tisztelt Parlament! Valóban, amikor természeti csapás éri az embereket, akkor az első szó mindig a szolidaritásé. Így vagyunk ezzel Olaszország esetében, de egyébként más országok esetében is. A második szó azonban az, hogy gondolkodjunk el a jövőn. Amennyiben igaz, hogy a víz a jövő aranya, akkor ezt az aranyat már most el kell kezdeni tartalékolni. En olyan Európát szeretnék látni előbb vagy utóbb, de inkább előbb, amelyben nem arról van szó, hogy milyen károkat okoz a víz, hanem hogy akármennyi víz van, akármennyi víz jön, azt hogyan hasznosítjuk. Éppen ezért ennek a Parlamentnek az állna jól, ha a Bizottságot rendszeresen beszámoltatná arról, hogy miként áll az árvízi irányelv, az árvízi akcióprogram.

Giulia Moi (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scorso 18 novembre una grave alluvione ha purtroppo devastato le coste della Sardegna, tra cui Olbia, dove ha causato vari morti e i danni sono stati ingenti. Allora, è avvenuto lo stesso in Liguria, esattamente a Genova pochi giorni fa. L'Italia chiede sempre aiuti e fondi dall'Europa. Questi fondi in teoria dovrebbero essere stati usati per ripristinare ponti o fiumi, per agire in modo chiaro e netto e onesto, invece abbiamo visto, per esempio, che questi soldi e molti altri soldi pubblici sono stati usati per premiare dipendenti che invece hanno spesso con la loro noncuranza causato questi danni. A volte succede anche in altre nazioni dell'Europa. Ora noi vogliamo sapere se la Commissione vuole controllare e continuare a controllare dove vanno a finire questi soldi pubblici?

Michèle Alliot-Marie (PPE). - Monsieur le Président, même lorsque des efforts de prévention ou des efforts de gestion des risques sont fournis depuis des années, des catastrophes peuvent se produire.

En septembre et en octobre derniers, des épisodes pluvieux exceptionnels et survenus à trois reprises ont endeuillé et frappé le Languedoc-Roussillon et le Midi-Pyrénées. Dans le seul département du Gard, 147 personnes ont été sauvées, dont plus de la moitié par hélitreuillage, ce qui montre bien que la sécurité civile est intervenue. Malheureusement, cinq décès sont à déplorer. La plupart des équipements publics et des collectivités ont été endommagés. Les dégâts sont colossaux. Les pertes agricoles sont également considérables. Les dégâts matériels représentent près d'une centaine de millions d'euros.

Mis en place durant les fortes intempéries qui ont touché l'Europe en 2002, le Fonds de solidarité de l'Union européenne pour les catastrophes naturelles permet de soutenir les victimes. Avec mon collègue Franck Proust, nous souhaitons son intervention, et son intervention rapide, pour montrer que l'Europe n'est pas synonyme simplement de règlements ou de contraintes mais également d'une vraie solidarité.

Montag, 20. Oktober 2014

Илияна Йотова (S&D). - Благодаря ви, г-н Комисар за подробната информация за инструментите, с които разполага Европейският съюз за реакция при бедствия. Въпросът е обаче как те действат и дали са обвързани така, че да бъдат максимално ефективни. Очевидно, дошло е време да бъдат преразгледани или най-малкото събрани в цялостен законодателен пакет с взаимна координация помежду си.

300 милиона евро са загубите от наводненията в България само за последните няколко месеца. Фонд „Солидарност“ отпусна 10 милиона – капка в морето и разбира се недостатъчно. И те трябва да стигнат по-бързо до пострадалите от Мизия, от черноморското крайбрежие, от централна България, защото зимата не се интересува от бюрокрацията. Хората са на улицата и не ни разбират, когато говорим за проекти и за фондове. Имаме спешна нужда от опростяване на процедурите, от заделени средства специално в Кохезионните фондове и селскостопанските програми при бедствия, както и от възможности за трансгранично сътрудничество при бедствия и аварии.

Tiziana Beghin (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, un'altra alluvione ha colpito la città di Genova. Appena tre anni dopo l'alluvione del 2011 che aveva già messo in ginocchio cittadini e imprese. Il sindaco di Genova ha dichiarato che la città è stata ferita dall'ennesima catastrofe. Vorrei che il sindaco di Genova fosse qui per ricordare a lui e alle amministrazioni precedenti, che sono loro che hanno ferito Genova. L'hanno ferita costruendo sul letto dei fiumi, seppellendo i corsi d'acqua e spendendo miliardi di euro in grandi opere inutili piuttosto che fare prevenzione.

E vorrei poter parlare con chi si è occupato di ambiente nella regione Liguria, in effetti lo posso fare, è qui con noi la nostra collega Briano, ha parlato poco fa. La politica – vorrei ricordarle cara collega – è responsabile di quello che fa e di quello che non fa, il suo partito amministra città e regione da trent'anni; quando centinaia di imprese devono chiudere, quando degli innocenti perdono la vita perché non c'è stata prevenzione, io vorrei che ci fosse un responsabile, vorrei che qualcuno potesse pagare per ciò che doveva fare e non ha fatto.

Non sono le acque che uccidono le vittime delle alluvioni, ma sono le persone ogni volta che gettono cemento nei fiumi e ogni volta che si ostacola la prevenzione, perciò le chiedo che cosa ha fatto lei quando si occupava di ambiente in Liguria? Che cosa ha fatto per impedire quello che è successo a Genova? E lo stesso vale per il basso Piemonte, dove abbiamo assistito alle stesse cose. Anche questa regione cronicamente è inondata e alluvionata.

Flavio Zanonato (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, è stato già ricordato più volte che il nord Italia, insieme ad altre regioni europee, è stato colpito da un susseguirsi di eventi atmosferici eccezionali che combinandosi con la fragilità del territorio hanno causato molti danni all'economia locale, alle infrastrutture pubbliche e ai beni privati. Enormi sono i disagi della popolazione, tanto da rendere necessario l'intervento massiccio della protezione civile.

Purtroppo le previsioni meteo stimano che tali eventi atmosferici potranno ripetersi anche nelle prossime settimane, interessando altre zone. A questo proposito, invito la Commissione europea a valutare l'immediata attivazione del Fondo di solidarietà dell'Unione, con particolare riferimento ai contenuti dell'accordo adottato a grande maggioranza lo scorso aprile del 2014 da questo Parlamento, che contempla scadenze più lunghe e procedure più rapide per l'erogazione dei sostegni alla popolazione civile.

In particolare, Presidente, mi riferisco alle disposizioni che prevedono il versamento di un anticipo del 10% sull'entità del sostegno complessivo e che è assolutamente prioritario per le popolazioni gravemente danneggiate e le infrastrutture colpite poterlo ottenere.

Catch-the-eye procedure

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, Signor commissario, Genova è stata colpita settimane fa da una forte alluvione. L'abbiamo sentito da molti altri colleghi. Peccato che è un'alluvione che ha creato danni molto simili a quelli del 2011. L'Europa – come ha ricordato il collega van Nistelrooij – ha messo a disposizione fondi di solidarietà per le emergenze: ma sono stati spesi? Questa è la domanda che dobbiamo porci.

Ad ora si rileva che non è stato fatto nulla dalla regione Liguria dal 2011 al 2014: allora chi governa si prenda ora tutte le responsabilità! Sono stati fatti male i bandi di gara? Il TAR non ha dato la sospensiva e quindi è un'altra scusa che si utilizza. Ci sono 2 miliardi di euro ancora da spendere per i dissesti idrogeologici. Perché la politica non li ha spesi per riparare i danni del 2011 e per prevenire come lei ha detto? Alla fine chi è danneggiato è il cittadino che paga regolarmente le tasse, ma non riceve ancora i soldi per i danni dell'alluvione del 2011 e quindi la politica si metta una mano sulla propria coscienza e prenda le proprie responsabilità.

Montag, 20. Oktober 2014

Ангел Джамбазки (ECR). - Тази година беше изключително сложна и тежка откъм наводнения, както за Италия, така видимо и за Гърция, и за България. Имаме десетки загинали, много тежки материални щети, нанесени в много български селища – в Мизия, във варненско, около пловдивско, в цяла северозападна България. Бих искал да знам какъв е принципът, по който се разпределя и се определя размера на помощта, която ще бъде отпусната. Питам, защото от медиите научаваме, че в съседни държави, които не са членки на Европейския съюз, има отпуснати повече и по-големи средства. Разбира се, мъката на хората не може да се оценява, но на мен ми е любопитно да знам какъв е принципът, по който тези средства се определят и как се разпределят.

Бих искал да знам също в какъв срок могат да бъдат получени тези средства, защото хората в тези най-засегнати краища на България – европейски граждани, имат нужда точно сега да усетят и да разберат европейската солидарност и да видят, че има смисъл и има помощ в това да бъдем членове на Европейския съюз.

Jozo Radoš (ALDE). - Gospodine predsjedniče, u prijedlogu Komisije, direktive iz 2005. godine govori se o tome da koordinacija treba biti i s državama nečlanicama Europske unije, dakle državama koje pripadaju istom riječnom bazenu, što je naravno vrlo logično, jer ta koordinacija pojeftinjuje ukupne troškove.

Ja sam se javio za riječ kada je govorio kolega Jakovčić koji je izvijestitelj Europskog parlamenta za jadransko-jonsku inicijativu s prijedlogom njemu, Komisiji i Parlamentu da se i ta dimenzija suradnje unutar jadransko-jonske inicijative iskoristi za bolju koordinaciju napora država članica te inicijative, ali jednako tako i za bolju koordinaciju njihovih napora s državama članicama Europske unije.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, πριν από είκοσι ακριβώς χρόνια σε όλες τις χώρες της Ευρώπης είχαν σταλεί από μέρους της Διεύθυνσης Περιβάλλοντος της Ευρωπαϊκής Ένωσης ειδικές οδηγίες αντιμετώπισης των πλημμυρών με βάση τα έργα τα οποία εφαρμόστηκαν από μένα τον ίδιο στην Απείρανθο της Νάξου, με αποτέλεσμα να μην γίνονται πλημμύρες όπου υπάρχουν αυτά τα έργα.

Ρωτάω τον Επίτροπο, γιατί δεν εφαρμόζονται αυτές οι οδηγίες που ήδη έχουν σταλεί; Ας μην στεκόμαστε μοιραίοι και άβουλοι μπροστά στα φυσικά φαινόμενα.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). - Signor Presidente, Signor Commissario, onorevoli colleghi, in circostanze come queste che hanno colpito molti paesi dell'Unione europea, soprattutto nel corso degli ultimi anni, è sempre molto importante non dimenticare l'utilità della solidarietà – però poi non bisogna fermarsi lì. Bisogna certo – come ha detto lei – anche intervenire con gli investimenti, perché ci siano azioni di prevenzione efficaci e non sempre quelle fatte hanno avuto questa funzione, ma bisogna, io credo anche prendere atto di una novità, una novità non positiva.

In tutte le circostanze più recenti, comprese le ultime che hanno toccato la mia città, Genova e il mio paese, ma non solo che hanno coinvolto, ancor prima grandi paesi del centro dell'Europa, si è dimostrato oramai del tutto insufficiente, l'utilizzo delle tecnologie e della conoscenza. In queste realtà, l'allarme è stato dato con grave ritardo non soltanto per limiti burocratici, per errori delle amministrazioni che pure ci sono stati, ma soprattutto perché gli strumenti oggi disponibili non sono più sufficienti. C'è un ritardo evidente, una distanza enorme da colmare, tra gli effetti che produce il cambiamento climatico e la capacità della nostra scienza e della nostra tecnologia di prevederne l'entità e la velocità. Credo che l'Unione europea debba fare uno straordinario sforzo proprio rivolto in questa direzione.

(End of catch-the-eye procedure)

Tonio Borg, Member of the Commission. - Mr President, I will limit myself to addressing some important points which have been made. Let me first make it clear: the Solidarity Fund exists to pay compensation for damage after the fact. Under the current legal framework, the Solidarity Fund cannot be used to prevent something; it can only be used ex-post facto, and even then it has to be activated by an application from the country concerned.

Montag, 20. Oktober 2014

As to the question: is it true that different funds have been allocated to different countries? There is no pre-allocation of funds. It depends on the type of disaster; it depends on the type of damage. For instance, one of the conditions is that the damage must exceed 0.6% of the region's GDP: in the case of Liguria, for example, that means damage in excess of EUR 660 million. Then, assistance is dependent on proof of the damage. There are so many factors which can differ from one country to another that I cannot give a straight answer except by enunciating the main principles.

To take Italy, for example: so far there has been no application by Italy to activate the funds, but once that happens and once it is determined that the damage exceeds 0.6% of the GDP of Liguria then, of course, the Solidarity Fund will pay for part of the damage. I must add, however, that the compromise struck by the European Council in February this year has reduced the maximum annual allocation from the Solidarity Fund from EUR 1 billion to EUR 500 million: a 50% decrease. So no one can perform miracles – one can only do, perhaps, something approaching the impossible with the funds available.

I had a question from Ms Moi, if I remember rightly, about allegations of irregularities in the use of the funds, and whether the Commission checks their use. Of course we check their use: there are a number of financial regulations which have to be followed and, more than once, when it has turned out that funds were used for the wrong purpose, or for purposes other than that for which they were allocated, a request has been made for the recovery and collection of those funds.

As regards prevention – and I made it clear in my statement how cost effective prevention is – there is no specific fund in the European Union just for floods. There are the structural funds, on which all the Member States can draw, and particularly those states which are liable to natural disasters. I mention Italy, in particular, because Italy has experience of volcanic eruptions, mud slides, floods and earthquakes, so it is a country with one of the best-developed civil protection systems. Because of the realities on the ground, Italy can use the structural funds for purposes of prevention.

I would like to finish by saying that funds are important, and government intervention is important, but I was impressed recently by seeing how volunteers – the so-called *angeli del fango* – also gave their assistance in Genoa. We had seen them before: I was still young but I remember them in 1966-1967 at the time of the floods in Florence. Even then they were called the *angeli del fango*, which literally translates as 'the mud angels'.

The Commission will continue its emphasis on coordinating the efforts of Member States for prevention. That is why we have the Floods Directive which, although it is not a financial instrument in itself, is a legal instrument for coordination and cooperation between Member States in response to natural disasters of this kind.

President. - The debate is closed.

Written statements (Rule 149)

Lucy Anderson (S&D), in writing. – I welcome this statement on tackling flooding in Europe, and congratulate the Commission on promoting better options for addressing this critical issue, including green infrastructure, natural water-retention measures and sustainable urban drainage. As a member of our Delegation to the Serbian Parliament, I also express my solidarity with the Serbian people in particular, given the appalling consequences in their country of recent floods. We must continue to allocate EU emergency aid and ongoing technical assistance to Serbia and other countries in desperate need of our help.

Despite the wettest winter ever in the United Kingdom last year, our Government is failing to allocate the necessary resources to deal with increased flood risk as a result of climate change. In contrast, budgets have been slashed and Environment Agency staff numbers reduced. In my home city of London, we share many common concerns on flooding with cities and towns across the European Union affected by tidal rivers, and know that at least 24 000 properties are at risk of flooding. We must be ready for the even more difficult times ahead. I urge the Commission to keep up the pressure on Member States to prioritise better flood prevention and management.

Montag, 20. Oktober 2014

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Inundațiile sunt fenomene naturale cu impact major asupra vieții oamenilor și a mediului înconjurător. Intervenția umană asupra mediului înconjurător prin expansiunea urbană, a dezvoltării agricole, dar mai ales prin defrișările necontrolate au schimbat considerabil situația bazinelor hidrografice. Un răspuns complet la această problemă implică, pe lângă mecanismul de intervenție în cazul inundațiilor, și un management de prevenire a riscurilor pe termen mediu și lung. Strategia în acest sens trebuie să cuprindă nu doar acțiuni de coordonare care să se limiteze la capacitatea de răspuns în cazul inundațiilor. Măsurile structurale se concentrează asupra protecției și siguranței cetățenilor, a mediului înconjurător precum și a surselor esențiale de hrană. Există instrumente la nivelul statelor membre care pot da rezultate concrete. Programe de finanțare precum „prima împădurire”, au ca scop creșterea suprafeței de pădure cu rol de protecție împotriva factorilor naturali. Din păcate, în România, interesul pentru finanțările proiectelor pe Măsură 221 au fost deosebit de redus, fiind contractate doar 26 de proiecte cu o valoare de 1,55 milioane euro dintr-o alocare totală de 230 milioane euro. Comisia și guvernele trebuie să depună mai multe eforturi pentru dezvoltarea unui program coerent la nivelul întregii Uniuni Europene de prevenire a inundațiilor.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Európában az idén talán nem volt ország, amelyet ne sújtott volna valamilyen természeti csapás. Több tagállam mellett Szerbiában és Bosznia-Hercegovinában is az évszázad árvize pusztított. A klímaváltozás, az időjárás szeszélyessége gyakoribbá tette az árvizeket és más katasztrófahelyzeteket. Úgy tűnik, az emberiség könnyelműsége a környezetvédelmet illetően állandósította és rendszeresítette ezeket a helyzeteket. Ez azt is jelenti, hogy a megelőzés, védekezés és szanálás köre és költsége állandósul, és tartósan megjelenik a tagállamok költségvetésében, legtöbb esetben tovább nehezítve az amúgy is érzékeny költségvetési egyensúlyt. Az EU Szolidaritási Alapjának az elmúlt években nagy kihívásokkal kellett szembenéznie, elsősorban a pénzeszközök szűkösségével, de azzal is, hogy állandó kritika célpontját képezte az alap felhasználására feljogosító kritériumrendszer. A Bizottság minden igyekezte ellenére még mindig túl összetett az eljárás, és túl lassú a reagálási idő. Az emberiség magatartása valószínűleg nem fog belátható időn belül megváltozni, ezért a környezet pusztítása folytatódik, minden káros következményével együtt. Szükségesnek tartom ezért egy jelentős anyagi eszközökkel rendelkező európai katasztrófa-segélyalap létrehozását, amelyen keresztül szakszerűen, hatékonyan, és – ami a legfontosabb – gyorsan tudnánk kezelni az előállt helyzeteket. Mert úgy tűnik, hogy a jövőben a természeti csapások és a velük kapcsolatos megelőzési vagy újjáalakítási tevékenységek szerves részét fogják képezni az európaiak életének.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – People in my region, the West Midlands, have been hit hard by extreme floods over the past years, and 2014 was no exception. According to local experts, over 70 % of businesses have incurred significant damages due to extreme weather, with nearly half of them having suffered losses exceeding GBP 200 000. This is not to mention the material and emotional damage that floods have brought to people in the private sphere. Meanwhile, the UK Government has cut the budget of our Environment Agency, thereby significantly straining its ability to undertake decent flood risk management.

In this context, it is vital that the Commission scales up investment in flood prevention with a focus on structural measures that protect health, safety, valuables and property, and closely scrutinises flood-risk management plans required to be submitted by Member States under the Floods Directive. Given that expert evidence indicates that the increased occurrence of storms causing these floods is linked to climate change, a crucial part of the EU response should moreover consist in increasing efforts to tackle greenhouse gas emissions and other forms of pollution, and setting ambitions high for next year's Climate Conference in Paris.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Budapest tavaly, 2013. június 9-én szembesült történelmének eddig mért legmagasabb Duna-vízállásával (891 cm). Ugyanakkor a 2002-es dunai, és a 2006-os dunai és tiszai, a 2010-es észak-magyarországi tapasztalatok alapján megtörténtek a megfelelő előzetes beruházások, előkészületek az Országos Katasztrófavédelmi Főigazgatóság és egyéb szervek részéről. Így 2013 júniusában példátlan országos összefogással sikerült kivédeni a valaha volt legnagyobb árvízi fenyegetést Magyarországon. A magyar példából kiindulva, kiemelném az árvízi védekezés során az előzetes felkészülés fontosságát. Üdvözlöm az EU Szolidaritási Alap folyamatainak tavasszal történt átalakítását, amely alapján 2015-től a tagállamok előzetes kifizetések keretében is hozzáférhetnek pénzügyi segítséghez, a várható végső támogatási végösszeg 10 százalékának erejéig. Ahogyan a jelenlegi, szerbiai példa is mutatja, az előzetes kifizetések lehetősége kiemelt jelentőségű: Szerbiában az árvíz május közepén történt, a regionális politikáért felelős biztos október közepén jelentette be a várható támogatás összegét, azonban a Parlament és a Tanács jóváhagyására csak a későbbiek folyamán kerül sor. A tagállamok közötti összetartás és szolidaritás módja természeti katasztrófák bekövetkezése idején – a nyilvánvaló gyakorlati segítségen túl – szimbolikus jelentőségű.

Montag, 20. Oktober 2014

Danuta Jazłowiecka (PPE), na piśmie. – Szanowni Państwo! Pochodzę z regionu, który niejednokrotnie doświadczał powodzi. Moje rodzinne miasto – Opole, w 1997 roku niemal w całości zostało zalane przez wezbraną Odrę i doświadczenie to będę pamiętała do końca życia. Wiem, jak ogromne spustoszenie czynią wezbrane rzeki, i rozumiem sytuację ludzi dotkniętych tym kataklizmem. Doświadczenia te wskazują na kilka istotnych problemów. Po pierwsze, stworzenie infrastruktury przeciwpowodziowej wymaga uregulowania rzek i często zniszczenia tym samym unikalnego środowiska przyrodniczego. W Polsce niejednokrotnie stoimy przed dylematem: chronić nasz dobytek, czy chronić zagrożone gatunki, co często opóźnia konieczne inwestycje na długie lata.

Po drugie, efektywna walka z powodzią wymaga ścisłej współpracy pomiędzy sąsiadującymi ze sobą państwami. W Europie bardzo rzadko rzeki znajdują się całkowicie w granicach jednego kraju. Dlatego też działanie jednego państwa może poprawić lub pogorszyć sytuację w innym. Póki co nie zostały jeszcze przygotowane wymagane przez dyrektywę powodziową plany zarządzania ryzykiem powodziowym, a to ich realizacja pokaże, czy potrafimy ze sobą skutecznie współpracować. Doświadczenia minionych lat raczej nie nastrajają optymistycznie. Trzeba mieć jednak nadzieję, że z upływem czasu poprawi się zarówno współpraca pomiędzy państwami członkowskimi, jak i możliwości szybkiej rozbudowy infrastruktury przeciwpowodziowej. Musimy bowiem pamiętać, że obserwowane zmiany klimatyczne zwiększą częstotliwość występowania powodzi i innych kataklizmów.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – Mientras celebramos este debate, en Tenerife, los vecinos se esfuerzan hoy por recuperarse de la terrible tromba de agua que durante varias horas descargó sobre Santa Cruz de Tenerife y otras zonas de la isla, provocando graves daños materiales en inmuebles, coches e infraestructuras públicas. Y lo que es peor, se cobró la vida de una persona.

Estudiamos hoy cómo mejorar la respuesta a las inundaciones a escala europea, y yo les pido tener muy en cuenta la situación de las regiones ultraperiféricas y, en concreto, de Canarias dado que la situación y características geográficas de estas regiones las hacen más vulnerables ante este tipo de fenómenos naturales.

Se trata de prevenir estas catástrofes y minimizar los riesgos, para que los ciudadanos europeos sientan que vivan donde vivan, hay una respuesta adecuada de la UE cuando más la necesitan.

Por otra parte el Fondo de Solidaridad no da una solución adecuada ya que el umbral para acceder a los fondos sigue siendo altísimo y no da respuesta a situaciones puntuales como la que se vivió ayer en Tenerife.

No podemos hacer nada para evitar las fuertes lluvias, pero desde luego sí para que sus efectos no sean tan devastadores.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – In Italia abbiamo dovuto assistere, ancora una volta, a un'alluvione distruttrice, abbattutasi su Genova il 9 e 10 ottobre scorsi. Si tratta di un problema europeo, al quale va cercata una soluzione europea che non può limitarsi all'aiuto ex-post ma deve immaginare soprattutto efficaci misure di prevenzione. Secondo una ricerca sul cambiamento climatico, tra il 2000 e il 2012 le inondazioni hanno provocato all'Unione Europea una perdita media annua di circa 4,9 miliardi di euro. Nel solo 2013 le alluvioni estreme, che hanno interessato prevalentemente l'Europa centrale e l'Inghilterra, hanno comportato danni stimabili in 12 miliardi di euro ed entro il 2050 la loro frequenza potrebbe aumentare da una media di una volta ogni 16 anni a una volta ogni 10 anni, coinvolgendo più nazioni allo stesso tempo, con un aumento delle perdite economiche conseguenti del 500 per cento. Non possiamo più permetterci di ignorare il problema del cambiamento climatico, che ci riguarda tutti. Per questo a strumenti importanti come il Fondo di solidarietà europeo, la cui attivazione dovrebbe essere velocizzata e semplificata, dobbiamo affiancare un importante investimento nella ricerca ai fini della prevenzione, molto più consistente degli 11 milioni di euro recentemente impiegati in questo settore dall'Unione europea.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Уважаеми господин Председател, в резултат на наводненията, случили се в България в последните четири месеца, много градове и села преживяха опустошителни бедствия. Бяха дадени над 20 жертви. В десетки населени места бяха прекъснати всички инфраструктурни и комуникационни връзки, а десетки хиляди граждани тепърва ще възстановяват своите домове. Предвид реалната опасност от възникване на екологични и епидемиологични проблеми, потърпевши се оказаха не само хората, живущи в районите на наводненията.

Montag, 20. Oktober 2014

По моя официална информация, последните две български правителства подготвиха и защитиха пред Европейския фонд за солидарност искане за нанесени щети от 311,3 млн. евро, а Европейската комисия съобщи, че предлага по правилника да бъдат изплатени 10,5 вместо 12,5 милиона евро.

Воден от разбирането, че пред нас като представители на институциите стоят редица задачи до пълното възвръщане към нормален живот на пострадалите райони, искам да попитам Европейската комисия как беше изчислен този размер, има ли щети, които не са признати и поради какви причини? Освен това, предвид недостига на средства в европейския бюджет за 2014 г. — осигурено ли е изплащането на тези средства, след като бъде завършена процедурата?

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Après les terribles inondations chez nous, dans le nord du Languedoc, j'ai voulu que le Parlement se saisisse de cette actualité. Je me suis battu pour que nous tenions un débat sur la situation dans les zones touchées. Dès le premier jour, en tant que 1^{er} adjoint au maire de Nîmes, j'étais sur le terrain aux côtés de mes concitoyens sinistrés. Je peux témoigner que certains d'entre eux ont vu leurs vies littéralement emportées par les eaux déchainées. Je demeure persuadé que, dans ce genre de situations catastrophiques, l'Europe a toute sa place, tant pour répondre à l'urgence qu'aux défis environnementaux qui doivent être réglés. C'est en cela que ce débat a son importance.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, България е една от държавите, които пострадаха изключително тежко след наводненията през тази година. Водната стихия помете десетки български градове, взе редица животи и остави без дом хиляди други. Едни от най-тежките наводнения се случиха именно във и около моя роден град Варна. Бедствието доказва, че нито една държава не може да се справи сама.

Европейският механизъм за реакция при кризи предоставя съвременна, но краткосрочна, техническа и експертна подкрепа от другите държави членки. Основният инструмент за обезщетение – фонд „Солидарност“, се активира едва когато е ясен размерът на щетите, което за съжаление може да стане месеци след бедствието. Реално Европа се нуждае от повече инвестиции за превенция и борба с природните бедствия и в частност наводненията, както и от повече яснота за потенциалните природни опасности в отделните райони. Единствено по този начин човешки животи могат да бъдат спасени, а щетите намалени. Също така за страни като България е изключително важно отпускането на средства от фонд „Солидарност“ да се базира на реалното икономическо състояние на засегнатите региони, като се взема предвид и ефектът на бедствието върху хората. Вярвам, че чрез по-добра превенция и опростени правила за реагиране при кризи ЕС може да помогне на обикновения европеец.

Claudia Schmidt (PPE), *schriftlich*. – Seit dem Jahr 2000 wurden knapp 30 Extremwetterereignisse in Europa gezählt. Das Leben tausender Menschen ist durch diese Unwetter stark verändert worden. Naturkatastrophen stoppen nicht an Landesgrenzen und somit ist länderübergreifende Arbeit und Hilfe in diesem Bereich wichtig und geboten. Einerseits um die Bevölkerung bestmöglich vor Unwettern zu schützen und andererseits um nach Unwetter zu helfen! Gerade im Bereich des Hochwasserschutzes kann mit klug eingesetzten finanziellen Mitteln im Vorfeld einiges erreicht werden. Mit Blick auf die Veränderung der Niederschlagsmengen und vermehrter Extremwetterereignisse begrüße ich die Arbeit der Kommission ausdrücklich und möchte zu weiteren Anstrengungen in diesem Bereich aufrufen!

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Fond solidarity Evropské unie pomohl během posledních deseti let České republice již třikrát s likvidací škod a následků po ničivých povodních. Celkem byla České republice poskytnuta finanční pomoc ve výši necelých 156 milionů eur. Fungování tohoto fondu nám pomáhá připomenout si smysl společné evropské myšlenky. Jedná se o výraz solidarity bohatších s méně rozvinutými regiony a příklad pomoci postiženým v nouzi. Ta nejúčinnější pomoc musí být zároveň dostatečně rychlá. Jsem proto ráda, že v červnu vstoupila v platnost nová pravidla, která fungování fondu značně urychlí, zjednoduší a zprůhlední. Vítám také možnost poskytnout zálohu až 30 milionů eur na místa, která byla katastrofou nejvíce zasažena, a v neposlední řadě důraz na preventivní opatření, která by pomohla ničivým katastrofám předcházet.

Montag, 20. Oktober 2014

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozdravljam odluku Komisije kojom je dodijeljena pomoć od 80 milijuna eura za područja pogođena poplavama u Hrvatskoj, Bugarskoj i Srbiji. Podržavam pojednostavljenje pravila i uvjeta za pristup Fondu solidarnosti s ciljem učinkovitije i pravovremene pomoći ugroženom stanovništvu. Važno je da pogođene države imaju potpuno shvaćanje kriterija Europskog fonda za solidarnost. Jedino tako moguće je kvalitetno predstaviti Komisiji stanje na terenu, a time i ostvariti najveću moguću financijsku pomoć.

Od samog početka treba uključiti Komisiju u raspravu, a ne djelovati pred sam istek roka. Na konferenciji Zelenih stranaka u Makedoniji zaključeno je kako prirodna katastrofa koja je pogodila područja jugoistočne Europe skriva odgovornost u klimatskim promjenama. Iz tog razloga, moramo se boriti protiv štetnih učinaka za okoliš te se ozbiljno založiti za poticanje i financiranje preventivnih mjera s ciljem suzbijanja prirodnih katastrofa.

Zelene stranke Balkana zalagat će se za održivu i sigurnu budućnost s naglaskom na zdrav okoliš i ljudski život u istom. Koncept eko-sistem pristupa nedovoljno je prepoznat od strane država članica i Komisije, iako sam pristup pokazuje bolje rezultate od tradicionalnih tehničkih rješenja. Pozivam sve dionike na korištenje ovog održivog načina sprječavanja i rješavanja posljedica poplava i inih prirodnih katastrofa. Učinkovita prevencija uvijek je jeftinija od obnove pogođenih područja.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Postojeći ad hoc Europski fond solidarnosti koji je nedavno ustanovljen spada u politiku regionalnog razvoja, a od naknade šteta iz ovoga fonda puno je važnija pravodobna prevencija koja uključuje izgradnju nasipa i brana u skladu sa Strategijom obrane od poplava i upravljanja rizicima, koju nažalost Hrvatska nema. Svibanjske štete u Hrvatskoj uzrokovane poplavama u kojima je čak 26 000 ljudi bilo evakuirano, procijenjene su na 297,6 milijuna eura, dok će Hrvatskoj prema prijedlogu paketa povjerenika za regionalni razvoj EK, Johanesa Hahna, pripasti tek 8,96 milijuna eura. Predviđeni iznos nedostatan je za obnovu stambenih, poslovnih, komunalnih i infrastrukturnih objekata u Hrvatskoj, kao i za obeštećenje stradalih poljoprivrednika i stočara te za uništenu mrežu opskrbe električnom energijom, ali i ceste. Ovo je prilika za apel Komisiji da poveća iznos sredstava iz Fonda solidarnosti za Hrvatsku, a istovremeno pozivam Vladu RH da što prije izradi Strategiju obrane od poplava i upravljanje rizicima kako bismo izbjegli ovakve katastrofe u budućnosti. Također, prilikom apliciranja za postojeće fondove EU-a važno je voditi računa o mogućoj prekograničnoj suradnji, jer su uz Hrvatsku, štetnim posljedicama svibanjskih poplava pogođene i Bugarska, Srbija te Bosna i Hercegovina.

19. Reaktionen auf die Ebola-Krise (Aussprache)

Puhemies. - Esityslistalla on seuraavaksi komission julkilausuma ebolakriisiin reagoimisesta (2014/2896(RSP)).

I trust that the Commissioners will divide the speaking time into two-and-a-half minutes each. I know from past years that you are both excellent in summarising your messages, even on such a dramatic and difficult subject.

Kristalina Georgieva, Member of the Commission. - Mr President, I would like to thank all Members of Parliament for firmly keeping your attention on this extraordinary crisis. I was here just less than five weeks ago, on 17 September, and in this short period of time the number of cases has almost doubled. There were 4 963 people sick then, and there are now 9 191. Similarly, the number of people who have lost their lives has almost doubled, from 2 453 to 4 546. Unfortunately, a very high number of health professionals are affected, with 427 doctors and nurses sick and, of those, 230 have lost their lives trying to save the lives of others.

If we do not act in a very determined manner, by mid-December we might already have 10 000 cases per week – in other words as many in one week as have been accumulated since 21 March when the epidemic started. The longer the epidemic lasts, not only do more people die, but it is hugely destructive for the economies of the affected countries. The World Bank predicts that it would cost EUR 7.5 billion in losses this year and up to EUR 25 billion – basically wiping out the economies of the countries – in 2015.

Montag, 20. Oktober 2014

But there is also some good news. Senegal and – as of today – Nigeria are Ebola-free. Regarding the case we had in Spain – the first case of infection by Ebola within Europe – we had good news that the nurse may be on the road to recovery. Most importantly, since I was last here international attention and action have surged, including from us in the European Union. We have more than doubled funding to fight Ebola. When I was last here it stood at EUR 227 million. Today it is over EUR 500 million, and more will be coming in pledges in the days to come. Of this, EUR 180 million is from the Commission, which is EUR 30 million more than last time around.

We have addressed a very serious constraint making it harder for more people to go there – and as Europeans we should be proud because there are hundreds of volunteers, doctors and nurses, who want to be trained and sent to West Africa. But to do so they expect medical evacuation. We now have in the Commission a contract for medical evacuation, and Member States such as the UK, Germany, and Italy are also going to join. I am very proud of the efforts of the UK and France in Sierra Leone and in Guinea, as well as Germany and others that are stepping up – not just funding, but bringing teams and beds so we can fight Ebola together.

Last, but not least, we have significantly increased our delivery of in-kind assistance – protective gear, equipment. Three planes are leaving within a week to help UNICEF have the necessary equipment and in-kind assistance in the field. I will now pass the ball to Tonio, who will use the remaining one minute and fifteen seconds to finish our presentation.

Tonio Borg, *Member of the Commission*. - Mr President, I shall be extremely concise. What have we done and what more should we do? First of all, as regards what we have done, and here I am referring to the internal dimension, because the European Commissioner for Health is of course responsible for what happens as regards health on European territory now.

A network of high-security laboratories has been activated to ensure that all Member States can use them to diagnose Ebola. We have mapped all – by ‘we’, I mean the Health Security Committee which was recently established for cross-border health threats – we have mapped all the health facilities in the European Union which are equipped to treat Ebola patients. We have drawn up together, within the Health Security Committee, joint information for travellers, joint messages and joint criteria to diagnose Ebola. We provide independent scientific assessment and guidance to the Member States through the European Centre for Disease Prevention and Control.

Only last Thursday we had an informal meeting of health ministers – about 22 health ministers attended – where it was agreed to strengthen medical screening at exit points in Liberia, Sierra Leone and Guinea and to coordinate national measures on entry screening. I am saying this because different countries have different views on entry screening. But, as regards exit screening, we decided to strengthen it and to that end, in collaboration with the WHO, the Commission will in the next few days audit exit screening in those countries and strengthen such screening systems as necessary.

The Member States have agreed to step up awareness-raising campaigns at EU entry points, and we shall establish a network of volunteer clinicians with experience in treating Ebola patients in Europe as an infection control measure. I am pleased to inform Parliament that the Research and Innovation Commissioner, under Horizon 2020, will approve 25 million euros for research on candidate vaccines. As you know, there are already vaccines also being financed by the European Commission, but we need to speed up approval of vaccines for human consumption.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gegen Ende meiner Ausbildung als Arzt eine Zeitlang in einem Krisengebiet gearbeitet – in Mittelamerika. Ich kann ein wenig nachempfinden, wie die Kolleginnen und Kollegen, das medizinische Personal insgesamt und vor allen Dingen die Betroffenen sich fühlen. Aber so etwas, wie es jetzt gerade in Westafrika passiert, das haben wir, glaube ich, alle noch nicht erlebt, und wir können uns nur schwer in die Situation der Betroffenen hineinversetzen.

Montag, 20. Oktober 2014

Ich habe riesigen Respekt vor Ärzten, Krankenschwestern und anderen, die sich dort engagieren und dabei ihr eigenes Leben viel stärker in Gefahr bringen, als wir das normalerweise aus anderen Situationen kennen. Auch wenn man ein Risiko für die Bevölkerung in Europa dann nicht 100 %-ig ausschließen kann, finde ich es ganz wichtig, dass wir den Menschen, die helfen, unsere Hilfe anbieten, wenn sie sich selber infizieren, und dass sie dann auch in unseren leistungsfähigen medizinischen Zentren in Europa behandelt werden. Man muss das Risiko minimieren, aber man kann es nicht 100 %-ig ausschließen.

Vielen Dank an die Kommission für alles, was sie getan haben. Machen Sie weiter! Kämpfen Sie weiter!

Zum Schluss noch ein Gedanke. Ich habe – zumindest in meinem Land – wahrgenommen, dass wir eine erschreckend geringe Spendenbereitschaft in der Bevölkerung haben. Die Hilfswerke klagen, dass sie zu wenig Spenden bekommen. Hier sollten wir aufrufen, aber auch selber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir müssen jetzt alle alles tun, politisch natürlich, aber auch persönlich sollten wir die Menschen, die dort die Krise bekämpfen, unterstützen, nicht nur moralisch, sondern auch mit Geld und auch mit unserem persönlichen Geld.

Linda McAvan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, it is a shame that we have given our Commissioners such little time on what is a key issue for European citizens and the rest of the world. As Chair of the Committee on Development, I will limit myself to the issues in West Africa and leave the issues concerning Europe to my colleagues from the Committee on the Environment. Commissioner Georgieva, you have talked about efforts having been stepped up since we last met in September here in the plenary, and that is good, but you have also given us some dreadful figures. It is good that you met today as a council and it is good that we have the pledges, but what worries me is that the big NGOs on the ground, like MSF, Oxfam and UNICEF, are telling me that they are not feeling that effort on the ground – that we are talking about it and pledging money but that nothing is changing for them. My question is: when will this change? Have you got a grid with all these commitments? Is there a list of when the medical facilities are going to open? Who is going to staff them? Do we know which countries have pledged which doctors and healthcare professionals? On medevac, we keep hearing good news from the Commission, but healthcare professionals tell me that it is not happening on the ground. If you have that information, could you share it with Parliament, as it is extremely important. We have a window until Christmas, as you have said. We do not want 10 000 cases a week. We have got to get this short-term crisis under control and then look at the lessons to be learned, and that is what the Committee on Development will be doing, under the guidance of Mr Goerens. Finally, I would just like to thank Commissioner Borg, on what is probably his last appearance here in plenary, for all the work he has done on health over many, many years. Commissioner Georgieva, you will be here in a different capacity, and we also look forward to working with you.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as the fragile health care systems of Sierra Leone and Liberia struggle to cope with the outbreak of Ebola, we today saw the death toll tragically passing the four and a half thousand level. So far the number of cases beyond West Africa has been limited and it is extremely important for strict EU-wide measures to be adopted to ensure that this remains the case.

The introduction of screening processes at EU airports and border control points is a vital step and the EU must therefore do more to encourage all Member States to follow the leading examples set by France and the United Kingdom in this regard. Protecting our own shores alone, however, is insufficient and more must be done to support efforts, including exit screening in West Africa itself.

Nigeria is a clear success story to be studied, as it has managed to contain the virus after its first known case. This success was largely thanks to the efficient process of contact-tracing that was implemented: a process which made it possible for over 800 known contacts of the patient to be identified, traced and tested. Such work requires relatively strong institutions, efficient cooperation between them and the resources to make that happen. These are all things that, sadly, West Africa is largely lacking and it is an area where the EU can be of assistance.

Montag, 20. Oktober 2014

As a British doctor, I am proud that the British Royal Navy is en route to the region as we speak, taking medical equipment, personnel and helicopters by way of assistance. With just under 200 doctors and around 2 000 nurses in Sierra Leone and Liberia combined – the two countries that is – the support from the medical contingent within that mission will be a great asset. With this in mind it is interesting to note that there are currently 108 nurses from Sierra Leone working in the British National Health Service and it is at times like this that we see the difficulties that countries suffering from so-called medical brain drain can face. In the longer term it is key that the EU also continues to financially support the pharma industry to work for an effective vaccine for Ebola.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, si l'on veut vaincre Ebola, il faut être plus rapide que le virus et il faut l'attaquer à la racine. En Afrique, au Liberia, en Sierra Leone, en Guinée. Combien de morts faudra-t-il en Europe pour que les choses bougent un peu plus au niveau des États membres?

Il faut en effet se rendre à l'évidence: la protection de nos populations doit se faire sur le front, c'est-à-dire dans les pays précités. Se retrancher derrière des murs ne sert à rien. Au Liberia, où le système de santé est pratiquement par terre, mais pas seulement, il importe de faire deux choses.

Premièrement, il faut des lits supplémentaires, des médecins supplémentaires, du personnel d'encadrement supplémentaire, une logique de transport et de l'argent. Comme le personnel médical fait trop souvent défaut, il faut qu'il vienne d'ailleurs. Chapeau bas devant Cuba qui vient d'envoyer 130 médecins dans la région. Même remarque pour les États-Unis qui se sont engagés à installer 3 400 lits dans la région d'ici la fin de l'année. Ils sont déjà arrivés à la moitié, mais il manque encore beaucoup de personnel médical.

En Europe, de nombreux médecins hésitent encore à se porter volontaires pour se rendre dans la région où sévit le virus parce que, pendant des semaines et des semaines, il n'y a pas eu le moindre espoir de rapatriement pour les personnes contaminées. Il est essentiel de résoudre ce problème dans l'immédiat. On n'a plus envie d'entendre des prétextes, des faux-fuyants, des excuses de tous genres pour masquer l'incapacité notoire des vingt-huit États membres de coordonner leurs actions en la matière.

Deuxièmement, il faut lutter contre «la crise dans la crise», comme l'appelle Médecins sans frontières, c'est-à-dire faire en sorte que les malades non encore contaminés par le virus puissent se faire traiter en dehors des centres d'isolement. Il n'y a pas de fatalité dans tout cela. Comme Madame la commissaire vient de le rappeler, le Sénégal et le Nigeria sont devenus exempts du virus.

Je viens de téléphoner à Jean-Claude Juncker pour l'inviter à faire de la lutte contre Ebola sa priorité. Il y a tant de choses à coordonner, tant d'obstacles à surmonter avant d'être en mesure de formuler une réponse à la hauteur du défi. Bref, l'Union a besoin d'un grand programme. Permettez-moi de rappeler, avant de conclure, que David Cameron vient de dire que l'Europe a besoin d'un milliard d'euros supplémentaires pour financer les efforts de l'Union. Ayons le courage d'appuyer cette revendication et faisons en sorte que l'Europe puisse être en mesure, dorénavant, de financer les actions européennes. Cette fois-ci, ce n'est pas le Royaume-Uni qui devrait incarner le rôle de l'empêcheur de tourner en rond. Il faut voir si des obstacles subsistent ailleurs, et si tel n'est pas le cas, passons aux actes.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, hace unas semanas, una enfermera — Teresa Romero —, resultó infectada de ébola en Madrid. Hoy nos alegramos porque puede ser que ya esté curada. A pesar de ello, este caso pone de manifiesto las enormes negligencias políticas del Gobierno de España a la hora de abordar el virus.

En línea con las quejas de la Federación Sindical Europea de Servicios Públicos, denunciemos la escasez de recursos, de medios y de preparación que las autoridades españolas han destinado a este problema. Aquellos que luchan contra el ébola han sufrido recortes en los últimos cinco años, tanto desde España como desde la Unión Europea.

Montag, 20. Oktober 2014

Ahora mismo, en España, las enfermeras están siendo empleadas con contratos de tres semanas y sin prima de peligrosidad. Los equipos y trajes de seguridad no están siendo los adecuados —como los propios interesados no paran de denunciar—; la austeridad impuesta desde Europa ha conducido a este caos organizativo y a esta dramática falta de medios que ponen en peligro a millones de personas. En mi país, los trabajadores sanitarios son unos auténticos héroes.

¿Van a seguir permitiendo ustedes el desmantelamiento continuado de la sanidad pública? ¿Y van ustedes a conducir algún tipo de investigación para determinar responsabilidades políticas en esta crisis?

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! In der Debatte im September haben wir genau das Szenario gezeichnet, das wir jetzt erleben müssen. Die Hilfen für die betroffenen Länder kommen zu langsam, waren zu wenig, und die frühen Warnungen der Hilfsorganisationen sind überhaupt viel zu spät wahrgenommen worden. Und jetzt entwickelt sich ein Horrorszenario, wenn wir nicht sehr schnell wirklich alles, was uns zur Verfügung steht, auch zur Verfügung stellen und in die Länder und an die Stellen bringen, wo es jetzt notwendig ist.

Mindestens zwei Dinge müssen wir aus diesem Szenario jetzt lernen. Erstens: Wir brauchen global abgestimmte, gut koordinierte Hilfsysteme für Epidemien, damit wir wirklich bei Bedarf auf frühe Anzeichen rechtzeitig reagieren können, adäquat reagieren können, und uns nicht erst in Beratungen und zu Gipfeltreffen zusammenfinden müssen.

Zweitens: Wir brauchen leistungsfähige und funktionsfähige Gesundheitssysteme und müssen dies als globale Aufgabe sehen und anerkennen. Da sind wir Industriestaaten sehr in der Verantwortung, sonst fällt es uns immer wieder auf die Füße.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il virus Ebola si sta diffondendo con una velocità preoccupante nei paesi centroafricani, mietendo vittime il cui numero sembra crescere in modo esponenziale.

Il resto del mondo è giustamente impegnato a prevenire la diffusione della fatale patologia che il virus porta con sé, però si deve prendere seriamente atto che la risposta internazionale nei paesi veramente colpiti da questa piaga è stata oltremodo tardiva. Nonostante gli allarmi giunti tempestivamente dalle associazioni non governative, in particolare Medici senza frontiere, le istituzioni internazionali hanno perso del tempo prezioso per confinare la diffusione e salvare migliaia di vite.

Ora l'imperativo è salvare vite umane, nei paesi più duramente colpiti, e prevenire lo sviluppo di una pandemia, ma una riflessione a parte merita un aspetto di cui si è discusso poco, ovvero le possibili cause della recrudescenza dell'attacco virale. È risaputo che i pipistrelli frugivori appartenenti alla famiglia Pteroptide sono portatori sani del virus. Questi innocui mammiferi vivono solitamente nelle zone meno accessibili delle foreste, ma il loro ospite mortale può agevolmente passare ad altri animali che si nutrono di frutti già morsi dai pipistrelli o dagli animali stessi. Eppure la diffusione rapida del virus ha un'altra causa: la deforestazione massiccia. Questi animali, come quelli di molte altre specie si trovano sempre più spesso spinti nei pressi di insediamenti umani, in quanto il loro habitat naturale è distrutto dall'avidità umana.

Davor Ivo Stier (PPE). - Gospodine predsjedniče, epidemija ebole mora se zaustaviti tamo gdje je buknila, a to je u zapadnoj Africi. Dakle, svi naši naponi, pa i ova rasprava danas moraju se usredotočiti na zapadnu Afriku. Naravno da možemo i moramo govoriti i o mjerama prevencije i ovdje u Europi, ali ne smijemo izgubiti fokus na zapadnu Afriku. Ako se epidemija ebole tamo ne stavi pod kontrolu, onda ni naše preventivne mjere u Europi neće biti dovoljne. Dakle, moramo djelovati na terenu i to energičnije i odlučnije nego dosad.

Cijenim pravodobnu reakciju povjerenice Georgieeve još u ožujku ove godine, ali države članice moraju činiti više. Doista ne smije se ponovo dogoditi da kada se jedna medicinska sestra iz Europe razboli, nijedna država članica nije kadra po nju poslati posebni avion, nego moramo čekati da to učine drugi.

Dakle, osim procedura i moje pitanje, imamo li sada identificirani avion i posadu, je li se u tome postigao napredak? Mislim da je to ključno pitanje za uspjeh svih naših napora. Na kraju još jedna misao: mi želimo i moramo izolirati epidemiju ebole, ali ne želimo izolirati Sierru Leone, Gvineju, Liberiju. Ne želimo i ne smijemo okrenuti leđa zapadnoj Africi i zato je naš kandidat za povjerenika Christos Stylianides koji je ovdje s nama obećao da će njegovo prvo službeno putovanje biti u zapadnu Afriku. Mislim da je to pravi primjer i pravi pristup kako se mora pobijediti strah, da je to upravo način na koji možemo pobijediti ebolu.

Montag, 20. Oktober 2014

Gilles Pargneaux (S&D). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Monsieur le Commissaire, le temps presse, il y a urgence! Que d'occasions perdues depuis le mois d'août! Souvenez-vous, Monsieur Borg, nous étions ensemble, devant la commission ENVI, et nous vous indiquions toute l'urgence qu'il y avait. Or, il est vrai que nous n'avions pas trouvé d'oreille aussi attentive que nous aurions pu le souhaiter.

L'organisation française Médecins sans frontières estime que les États ont rallié une sorte de coalition mondiale de l'inaction. C'est la guerre que nous devons déclarer au virus Ebola! Au-delà des 180 millions d'euros débloqués par l'Union européenne, il faut que vous puissiez nous donner un programme des mesures à prendre en Afrique de l'Ouest! Il faut que vous nous disiez ce soir – après la nomination, cet après-midi, d'un coordonnateur européen par le Conseil des ministres des affaires européennes – comment nous pouvons, avec ce coordonnateur qui sera nommé dans les prochains jours, mettre en place un dispositif européen pour éviter que ce virus puisse proliférer en Europe. Car, on le sait – M^{me} la directrice générale de l'OMS l'a dit encore récemment –, si rien n'est fait, ce sont plus de 20 000 personnes, en Afrique de l'Ouest et en Europe, qui vont mourir du virus Ebola.

On attend donc que vous nous donniez des réponses urgentes, dignes et à la hauteur de cet enjeu et de cette guerre.

Bolesław G. Piecha (ECR). - Dziękuję bardzo Pani Komisarz i Panu Komisarzowi za te informacje, ale oczywiste jest, że z Ebolą nie wygramy w Europie, z Ebolą musimy wygrać w Afryce. W związku z tym trzeba mieć określony plan działania. Ten plan działania musi określać czas. Czasu też nie mamy, straciliśmy go wystarczająco dużo, natomiast skala dramatu rośnie.

Po drugie, pamiętajmy o ludziach, a nie tylko o bardzo zasłużonych organizacjach wolontariuszy, lekarzy, pielęgniarek, a także instytucjonalnych służbach zdrowia, w tym ekspertach.

Po trzecie – instytucja. Czy jesteśmy w stanie umocować jakąkolwiek instytucję w krajach Afryki, która koordynowałaby wszystkie działania, a nie tylko reagowała po fakcie?

I na koniec, choć z pewnością nie jest to ostatni aspekt sprawy: kwestie finansowe. Trzeba przygotować dokładne wyliczenie, ile taka ogromna akcja i plan będą kosztowały i z jakich źródeł należy je sfinansować. Mam nadzieję, że działania nie będą finansowane z różnych źródeł kryzysowych, chociażby z puli przeznaczonej na rolnictwo czy zapobieganie skutkom powodzi, lecz stworzony zostanie osobny fundusz.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). - Voorzitter, ik denk dat wij het er allemaal over eens zijn dat de ebola-uitbraak een krachtige Europese respons behoeft. Maar toont de ebolacrisis niet op schrijvende wijze aan dat de huidige Europese instituties te zwak zijn in deze ons boven het hoofd groeiende zaak? Nu de ebola-uitbraak in West-Afrika totaal uit de hand dreigt te lopen, is er een grote behoefte aan een centraal gestuurde, met grote discipline gerunde organisatie. Maar het Europese crisisresponsstelsel is daarvoor veel te zwak, vanwege een gebrek aan geld en vooral aan bevoegdheden. Helaas heeft de Raad Buitenlandse Zaken daar vandaag niets aan verbeterd.

Voorzitter, de gevolgen van de ebola-uitbraak zijn hartverscheurend en vreselijk, en Europa moet veel meer doen om deze te bestrijden. Is de Commissie het met mij eens dat het EU-crisisplatform een veel sterker mandaat nodig heeft? En is zij het met mij eens dat de Europese Raad daar later deze week toe zou moeten besluiten?

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). - Para combater o Ébola, não chegam só os medicamentos. Cumpre combater também as causas que tornam as pessoas altamente vulneráveis a este vírus.

A extração maciça, por parte das potências ocidentais, da grande riqueza que acumulam os solos de países como a Libéria, a Guiné, a Costa do Marfim ou a Serra Leoa, é causa de fome, de empobrecimento destas populações e de um desemprego que supera 80%, assim como de longos períodos de conflitos bélicos.

As políticas impostas a estes países pelo Banco Mundial, o Fundo Monetário Internacional e o Banco Africano para o Desenvolvimento são também responsáveis pelo desmantelamento dos serviços públicos, especialmente dos sistemas sanitários, o que dificulta grandemente a contenção desta doença.

Montag, 20. Oktober 2014

A solução, portanto, não passa por enviar soldados e por dar dinheiro à indústria farmacêutica do Ocidente. Os países afetados precisam de pessoal sanitário, precisam de medidas para recuperar e fortalecer o sistema de...

(O Presidente retira a palavra à oradora.)

Margrete Auken (Verts/ALE). - Hr. formand! Jeg tror, at Kommissionen og hr. Borg kan høre, at vi er nogenlunde enige om at være utilfredse med den indsats, der er gjort fra Kommissionens side. Vi er også her i Parlamentet nogenlunde enige om, hvad der skal gøres, heriblandt nødvendigheden af, at vi ikke vender ryggen til Vestafrika og ikke lader Vestafrika i stikken, men tværtimod forstærker vores indsats også der. Her vil jeg godt tilføje til Nigerias gode eksempel, og at man faktisk kan: Man har også kunnet i Den Demokratiske Republik Congo, hvor der jo virkelig er kriser og krige, og der har de alligevel været i stand til at inddæmme det, fordi de var dygtigere – også dygtigere, end vi åbenbart har været! Så jeg synes, det er meget vigtigt, at man lytter til NGO'erne og selvfølgelig Læger uden Grænser, men også til andre, og i hvert fald også sender et meget klart signal om, at de mennesker, der tager afsted og hjælper, altid har mulighed for at komme tilbage. Jeg synes, at noget af det mest uhyggelige, vi har hørt, er, at man også lukker vores egne hjælpearbejdere ude. Men kære Kommission, hør efter, vi ved godt, hvad der skal gøres, og jeg håber, at vi får et godt svar.

Mario Borghesio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo *screening* in uscita, questo rafforzamento è l'unica soluzione che la Commissione oggi: la montagna ha partorito il topolino, serve a poco! Se l'incubazione è di tre settimane, lo *screening* in uscita tardivamente deciso, tardivamente rafforzato, serve a poco. Se ci sarà l'espansione del virus anche in Europa o in altri continenti, sarà colpa vostra! Il 23 settembre, un mese fa, il Commissario Tonio Borg è venuto a Milano a dire che non c'erano rischi per l'Europa, era tutto circoscritto: Alice nel paese delle meraviglie e anche adesso non dite niente! Gli esperti dicono che ci sarà sicuramente l'espansione in Europa e avverrà attraverso i mezzi aerei e ancora adesso all'arrivo in Europa, a differenza di quello che si fa in altri continenti, per esempio negli Stati Uniti, non c'è lo *screening* all'arrivo. Ma siete matti? In questo modo siete voi i responsabili dell'annuncio previsto, dell'espansione di Ebola in Europa ed anche altrove! Non riuscite a far niente per i poveri africani e ve ne fregate per noi europei!

Françoise Grossetête (PPE). - Monsieur le Président, Madame et Monsieur les Commissaires, la gravité de la menace et l'urgence que nous affrontons aujourd'hui nous obligent à nous comporter avec responsabilité, humanité et solidarité. Et pourtant nous avons mis beaucoup de temps à réagir face à une crise qui, pensait-on avec naïveté et orgueil, ne nous menaçait pas directement. Or, les crises de l'autre bout du monde sont aujourd'hui notre affaire et notre responsabilité. La mondialisation est passée par là.

Il aura fallu un seul cas mortel aux États-Unis et quelques cas déclarés en Europe pour que, subitement, s'enchaînent réunions de crise, hauts sommets, éditoriaux alarmants et climats de psychose.

En réalité, qu'attendons-nous? Tout simplement que ce coordonnateur européen – que nous devrions avoir – sache coordonner les moyens pour stopper l'épidémie et protéger nos concitoyens. Pourtant l'urgence première n'est pas ici, elle est là-bas, sur place, car une crise humanitaire et économique s'est déjà ajoutée à la crise sanitaire! On ne compte plus le nombre d'orphelins laissés pour compte ou de malades abandonnés et stigmatisés, que plus personne ne veut approcher.

Face à cette crise, il faut des moyens matériels et humains. Il nous faut aussi du personnel médical à envoyer sur place.

Norbert Neuser (S&D). - Herr Präsident, verehrte Kommissare, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss man Respekt und Demut vor der Leistung der Ärzte und Krankenschwestern und Pflegerinnen und Pfleger zeigen, die tagtäglich in den drei betroffenen Ländern bereit sind, in die Krankenhäuser zu gehen, in die Feldlazarette zu gehen – jeden Tag aufs Neue. Es ist ganz wichtig, dass wir dies herausstellen. Das ist eine unglaubliche Leistung, das sind jetzt die wahren Helden im Kampf gegen Ebola.

Wir müssen auch über Entwicklungspolitik nachdenken. Wir haben es mit drei Staaten zu tun, die alle drei Bürgerkriege hatten, die fragil waren. Wir müssen uns fragen: Haben wir genug Entwicklungshilfe aufgewendet, um dort gute Regierungsarbeit zu organisieren? Haben wir genug Mittel aufgewendet, um Gesundheitssysteme aufzubauen? Die Beispiele Nigeria und Senegal zeigen, dass mit guten Strukturen Ebola bekämpft werden kann. In dem Sinne wünsche ich mir, dass wir nachhaltig in der Entwicklungspolitik arbeiten.

Montag, 20. Oktober 2014

Νότης Μαρτιάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, ο θανατηφόρος ιός του Έμπολα έχει πλήξει την Αφρική εδώ και πολλά χρόνια. Και όμως ο ιός, όσο ήταν περιορισμένος στην Αφρική, η πολιτισμένη Δύση παρέμενε προκλητικά αδιάφορη. Τότε που έπρεπε να επενδυθούν πόροι για την αντιμετώπιση του Έμπολα, η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη της «σφύριζαν» αδιάφορα. Τώρα η επιδημία είναι προ των πυλών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των ΗΠΑ και αλλού. Τώρα πλέον οι κίνδυνοι για πιθανή μετάλλαξη του ιού είναι αυξημένοι. Τώρα πλέον τα θύματα του Έμπολα αυξάνονται με γεωμετρική πρόοδο.

Τώρα ξύπνησε επιτέλους η Ευρωπαϊκή Ένωση. Χρειάζονται λοιπόν επείγοντα μέτρα. Τα 500 εκατομμύρια ευρώ που έχει υποσχεθεί να αποδεσμεύσει η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν επαρκούν για τις χώρες της Αφρικής οι οποίες έχουν φτωχοποιηθεί από την εκμετάλλευση. Πρέπει να ενισχυθούν οι εθελοντικές οργανώσεις που βρίσκονται στην πρώτη γραμμή και δίνουν τη μάχη στην Αφρική, όπου έχουν διαλυθεί κυριολεκτικά όλες οι δομές υγείας. Πρέπει να ενταθεί η έρευνα για να βρεθεί το εμβόλιο για τον Έμπολα.

Στα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να υπάρξει αποφασιστική και επείγουσα προετοιμασία σε όλα τα επίπεδα, με έμφαση στην αύξηση των νοσοκομειακών κλινών για την ιατρική περίθαλψη, και όλα αυτά σε μία φάση που τα μνημόνια έχουν επιβάλει δραστική μείωση των δαπανών για την υγεία στα κράτη του ευρωπαϊκού νότου. Τέλος, πρέπει να αυξηθούν οι έλεγχοι στα σύνορα και σε όλα τα αεροδρόμια και τα λιμάνια να εγκατασταθούν θερμικές κάμερες για την προστασία των τοπικών κοινωνιών από τον θανατηφόρο αιμορραγικό πυρετό.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). - Pane předsedající, hovoříme tady o nemoci, kterou známe jako lékaři desítky let a na kterou nemáme ani preventivní vakcínu, ani specifickou léčbu. Nemůžeme se ale vyhnout tomu, že zásadní roli v šíření této nákazy hrají katastrofální sociální a ekonomické poměry v prvotně postižených zemích, ve kterých fakticky nefungují efektivní zdravotnické systémy. Lidé žijí v podmínkách, které jim nedovolují ani základní preventivní hygienická opatření.

Za dané situace bychom tedy měli: zaprvé, poskytnout nejen zdravotní, ale i hospodářskou pomoc postiženým africkým zemím; zadruhé, posílit, a to i finančně, naše výzkumné capacity, aby bylo možné v rámci mezinárodní spolupráce vyvinout účinnou vakcínu a efektivní léky.

Epidemie je výzvou – zátěžovým testem pro náš zdravotní systém včasného varování a naši solidaritu. Doufám, že nezklameme.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). - Señor Presidente, los ministros de Asuntos Exteriores de los veintiocho países de la Unión Europea se reúnen hoy para tratar el problema del ébola. ¡Siete meses después del brote epidémico! Un poco tarde, ¿no? Pero claro, hasta ahora era un problema de África, un continente arrasado por el hambre, la miseria y la guerra, donde los europeos tenemos muchos intereses y responsabilidades.

La insolidaridad allí y la improvisación aquí han provocado ya 4 500 muertos y 9 000 afectados, catorce en la Unión Europea. Hemos reaccionado tarde y mal. La gestión en España ha sido nefasta y la propia Organización Mundial de la Salud reconoce muchos fallos en la gestión de la crisis.

El consejero de Sanidad de la Comunidad de Madrid acusó a la sanitaria contagiada en España de ser ella la propia culpable. Algo indecente, para lo que no valen sus disculpas.

Nuestra insolidaridad produce muerte. ¿Por qué no se actuó antes allí con hospitales y ayuda especializada?

Este Parlamento debe exigir un nuevo planteamiento de la ayuda al desarrollo y un protocolo estricto y europeo para controlar la enfermedad aquí, que incluya también los movimientos en las bases americanas, como la de Rota, desde donde los Estados Unidos pretenden dirigir sus operaciones contra el ébola. Si no, seguiremos siendo insolidarios e ineficaces.

Joëlle Mélin (NI). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, si j'en crois la presse française, vous découvrez que la planète et, a fortiori, l'Europe manquent d'un système de gestion des crises. C'est très exactement ce que seul notre groupe avait dénoncé dans ce même hémicycle il y a un mois. L'impréparation de l'Europe est tout aussi affolante que l'épidémie elle-même car cet épisode, qui a touché près de 10 000 personnes et en a tué 5 000, met en lumière les conséquences des déplacements humains incontrôlés. C'est la fermeture de ses frontières qui vient de sauver le Nigeria, momentanément ou, j'espère, définitivement.

Montag, 20. Oktober 2014

Que dire des contrôles des vecteurs lorsque celui de vecteurs tels que les moustiques sont quasi impossibles? Pour exemple, malgré les progrès thérapeutiques, ce sont près de 627 000 personnes sur les 207 millions infectées par le paludisme qui sont mortes en 2012. Il s'agit bien là d'une pandémie. Que dire de la tuberculose multirésistante qui se répand dans le monde? Que fait-on demain si une pandémie de type grippe espagnole se déclare?

Il est urgent que l'Europe assume enfin une de ses rares prérogatives positives et assure la santé publique sur notre continent.

Esteban González Pons (PPE). - Señor Presidente, un caso de contagio en Europa que se está curando no muestra el poder del ébola, no todo el poder del ébola. El poder del ébola se plasma en miles y miles de ciudadanos en África que no pueden curarse. El ébola se cura con higiene y con medicinas, no con política.

España reaccionó con profesionalidad y con seriedad ante un contagio, que se produjo en Madrid, de una voluntaria, de una heroína: Teresa Romero. Y hoy, gracias a los servicios sanitarios españoles, está en proceso de curación.

No siempre lo vamos a conseguir. Por eso, es muy importante que tengamos claro que, ante esta enfermedad, nuestra insolidaridad podría provocar una pandemia global: solo nuestra insolidaridad.

A Europa le tenemos que transmitir tranquilidad, pero a África le tenemos que transmitir esperanza. Solo con barreras y con controles no vamos a salvar a Europa del ébola. Si no salvamos a África, es imposible que salvemos a Europa: hay que ir donde el problema está, y a los ciudadanos hay que decirles la verdad.

Maria Arena (S&D). - Monsieur le Président, c'est avec attention que j'ai écouté les commissaires sur les actions qu'ils veulent mener, mais j'ai aussi lu attentivement les conclusions du Conseil. Bien entendu, votre objectif est de rassembler le maximum de moyens financiers, techniques et humains et de coordonner tout cela.

Malheureusement, les besoins sont encore criants aujourd'hui. MSF nous a donné des informations concrètes indiquant que de nombreux besoins sur le terrain restent encore insatisfaits. Quelle est la réponse que vous apportez?

Aujourd'hui, la progression de l'épidémie n'est pas du tout contenue. Quelle est la réponse que vous apportez?

Il y a une lenteur manifeste dans l'apport de l'aide sur le terrain. Quelle est la réponse que vous apportez? Comment répondez-vous concrètement à tout cela?

Avec tout le respect que j'ai pour Médecins sans frontières ou l'Unicef, dont vous avez cité l'impact, il s'agit ici d'une crise sanitaire mondiale et il n'est pas correct de faire peser ce poids et de laisser cette responsabilité à des ONG. Je pense qu'il y a là un véritable rôle à jouer pour les services publics européens, en soutenant la lutte contre une épidémie telle que celle-là.

Enfin, je tiens à dire que s'il est important d'établir des diagnostics à l'entrée, ceux-ci ne peuvent jamais, en aucun cas, être un argument en faveur de la fermeture de nos aéroports, qui entraînerait l'isolement des pays touchés par le virus.

Mairead McGuinness (PPE). - Mr President, I welcome that today the Foreign Ministers have agreed to step up efforts as a community to tackle this Ebola crisis. Amongst the measures that they are talking about, one that I hope will resonate in this Chamber is to give guarantees to healthcare workers who volunteer and put themselves at risk, so that they will go there and tackle this disease; because you can treat the disease and you can prevent it from spreading. So that is one small piece of good news. Clearly we are debating this with greater urgency because Ebola has now reached the European Union. I am not proud to say that is the case, but it is the reality and perhaps it may lead to a cure, and indeed more effective action.

Montag, 20. Oktober 2014

In terms of the budget that we are using to tackle this disease, it has to come from the existing pot and clearly there is already a reduction in the common agricultural policy budget predicted for next year of EUR 448 million. It is hard to argue against it, but we need to be careful of resources. Lastly, there are children who have been orphaned because of this disease. They are not being looked after, because people are concerned about them. This crisis will go on, beyond the immediate crisis, into looking after those left behind.

President. - Colleagues, we still have a few speakers, but we have to end at 7 p.m. because the parliamentary hearings of some Commissioners-designate are starting exactly at 7 p.m. For technical reasons related to web streaming, we have to conclude this debate by 7 p.m... I am sorry about that, but that is the decision of the Bureau and the Conference of Presidents, who take full political responsibility for it. Those Members who are not able to speak under catch-the-eye will be able to have their speeches included in the Minutes under Rule 164 of the Rules of Procedure.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). - Señor Presidente, está claro que la comunidad internacional en su conjunto viene minimizando el problema de la epidemia de ébola — me remito a los claros errores cometidos por el Gobierno de España, que son una buena muestra de ello—.

Quizás pensábamos que el virus podía entender de fronteras y no conoceríamos casos en Europa, pero lo cierto es que el papel de la Unión Europea debe ser reforzado. Debemos pedir protocolos coordinados en la frontera, un sistema común de evacuación de repatriados, pero, sobre todo, lo que debemos pedir es una actuación en el origen, una actuación en África Occidental.

Apoyamos una misión civil; saludamos las conclusiones del Consejo de Ministros de Asuntos Exteriores, celebrado hoy en Luxemburgo. Pero lo que pedimos especialmente es que del próximo Consejo Europeo salgan el compromiso y la solidaridad suficientes que requieren este gran problema, y eso solamente se llama «fondos suficientes», fondos con dinero «fresco» para que, de verdad, las buenas intenciones se transformen en hechos.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). - Vandaag weer een debat. Ik ben hier sinds juli actief bij betrokken en het eerste punt was de centrale controle op de luchthavens, de centrale coördinatie, het ontwikkelen van een vaccin, maar het belangrijkste, de hulp aan West-Afrika.

Dank voor de financiering die is vrijgemaakt voor het ontwikkelen van het vaccin. Gelukkig is ook aan mijn oproep daarvoor gehoor gegeven. Maar we zijn er nog lang niet. Het is niet voldoende.

De aanpak in de lidstaten gaat echter alle kanten op. België doet wel aan controles op de luchthavens, Nederland niet. Dit zorgt voor onzekerheid en angst bij de burgers. Hoe gaan we dit centraliseren? Hoe gaan we de zorg wegnemen? Want burgers reizen via omwegen, via risicolanden, hier naartoe.

Verder, extra geld en coördinatie ook buiten Europa. Kunt u mij verzekeren dat wij het wel echt onder controle hebben?

En als laatste: wat te denken van de Afrikaanse burgers? Wanneer gaat Europa in op de oproep van de internationale gemeenschap om meer inzet en middelen naar de getroffen landen te sturen?

We kunnen als Europa veel meer en veel beter helpen dan we tot nu toe hebben gedaan. Daarvoor zijn wij Europa.

Ten slotte, het belangrijkste: hoe voorkomen we met elkaar paniek? Daar gaat het om.

Puhemies. - Tässä vaiheessa valitettavasti meillä ei ole, kuten sanoin, aikaa catch-the-eye-menettelyyn. Työjärjestyksen 162 artiklan 12 kohdan mukaan jäsenet, jotka eivät ole osallistuneet keskusteluun, voivat enintään kerran istuntojakson aikana jättää kirjallisen lausuman, jonka pituus saa olla enintään 200 sanaa ja joka liitetään sanatarkkoihin istuntoselostuksiin.

Kristalina Georgieva, Member of the Commission. - Mr President, thank you for your comments, and I agree with each and every one of you who has said we have to do more. Now is the time to do it. What specifically have we been doing in the last weeks? First, on medical evacuation: we have a contract with three commercial providers, two for the so-called dry cases and one for the so-called wet cases. We can evacuate three international workers per week. Clearly, if we have a surge of medical capacity, this is not going to be enough, and for that reason we are doing two more things. One, we are working with the Member States to have a coordinated pool, with the United Kingdom, Germany and Italy already identifying capacity (by the way, Germany is refurbishing a plane specifically for that right now, and other countries like Luxembourg and France are likely to also join). So our pool of predictable medical evacuation capacity will be based on more than just the Commission's three a week, and that is what we would be delivering for the safety of health workers.

Montag, 20. Oktober 2014

Secondly, we are working to have, in the countries affected, high-quality medical care. The UK in Sierra Leone, France in Guinea and the United States in Liberia are already setting up medical capabilities. The UK told us to guarantee 4 000 workers; in other words, they would have a bed proportionate to risk to 4 000 international workers, and similar proportions are being built in Liberia and in Guinea. We are also very specifically identifying and delivering an increase of bed capacity as well as calibrating training for the volunteers who would like to go. Even military personnel which the UK is deploying have to go to very specific training to be sure that they can face the risks and not cause more trouble than they are bringing down, and this is a very massive operation.

Our contribution from the Commission is both in terms of coordinating and providing in-kind assistance on a very massive scale, and I know people say: where is it? But ask UNICEF and they will tell you where it is. Actually only one point I would respectfully disagree on is with everybody who says: what you are in the Commission doing? This started on 21 March. We were the first – ask UNICEF about it – to fund actions against Ebola. For months and months we were trying to get attention drawn to this crisis, but it became visible only when it showed up on the Six o’Clock News. So my plea as outgoing Commissioner is: listen to the voices of the humanitarian community in crises, because we are like the canary in the mine. We smell trouble before the rest of the world gets to see it.

Finally, I very much support everybody who spoke about root causes of this problem. Why is Nigeria doing better? Why is Senegal doing better? Because they have better health systems and, of course, in Nigeria we also had 50 international US experts coming to help. But it was the country itself being more capable. Uprooting what causes this tragedy is what we need to do with our systematic development work. There is no point treating people with Ebola or saving them from malaria if they are going to die from lack of safe drinking water.

I know we have a great incoming Commissioner to take over on this task.

Tonio Borg, *Member of the Commission*. - Mr President, I would first of all like to reply to some of the criticism when the Commission said that the risk of the disease spreading in Europe remains low. First of all, it is not only the Commission that said that but also the World Health Organisation. And the choice of words was specific: not that we will not have cases, but that the risk of it spreading once there is a case inside the European Union remains low. In fact, until now there has been only one case of a secondary infection – that is to say, of a person who has never set foot in Africa and still got the disease – and because it was isolated – I am referring to the case in Spain and, thank God, she is on the way to recovery – it was an isolated one and did not spread. So, I do not want the words of the Commission to be misinterpreted in any way.

One person criticised saying: why did you not introduce screening at point of entry? First of all, the Commission cannot force any Member State to introduce screening of any kind; that is a sovereign decision for the Member States. Along with Minister Lorenzin from Italy, I convened an informal meeting of Health Ministers which 21 Health Ministers attended. There were divergent views amongst the Member States; most of them were against introducing entry screening even though I gave the advice that it was good to consider entry screening. Some were opposed to entry screening and then introduced it five days later. But, it is not within my competence to order any screening at the airport. So what we did, as there was no consensus, was to enhance the exit screening in these countries in Africa.

As to the external dimension, which Commissioner Georgieva has spoken about: of course the external and internal dimensions are not mutually exclusive because by containing the disease in Africa, one is not only doing the right thing, because we have a moral obligation in that regard, but we are also protecting ourselves. Only three weeks ago, the WHO was requesting half a billion euros from the entire world. The European Union alone has already allocated half a billion euros – EUR 180 million from European funds and EUR 320 from the Member States. I will conclude with this, to show I think it is unfair: we should not enter into some masochistic exercise of saying ‘Europe is not doing anything’, because it is doing a lot. Whether we should do more is another question, but we have already done a lot.

President. - The debate is closed.

Montag, 20. Oktober 2014

Jonathan Arnott (NI), *in writing*. – It is estimated that the cost of the necessary actions on Ebola worldwide would be just USD 600 million (<http://www.unfoundation.org/news-and-media/press-releases/2014/ebola-response-fund-WHO.html>). This is equivalent to what the UK spends every 2-3 weeks in foreign aid, which is often mis-spent and given to countries with nuclear or space programmes or even to countries in the G20. The longer we leave this crisis, the more costly it will be to deal with. Individual countries could and should be doing far more to respond to the Ebola crisis than we are doing at the moment. Lives are at risk; this is a time for compassion and real assistance not mere words.

Pilar Ayuso (PPE), *por escrito*. – Nunca se había dado un contagio de ébola fuera de África ni lo esperábamos. Ahora, los médicos y sanitarios han adquirido experiencia, el sistema operativo está rodado, las instalaciones están siendo mejor acondicionadas y los protocolos y los recursos farmacológicos se han mejorado. Con la experiencia, hemos aprendido en España, en Europa y en los Estados Unidos. Quiero expresar mi admiración a todos los profesionales de la salud que están dando lo mejor de sí mismos para luchar contra la enfermedad. Y también mi repulsa más absoluta a los que han aprovechado un drama sobrenatural para sembrar el pánico, agitando las más bajas pasiones desde el desconocimiento, la demagogia y el oportunismo político. Afortunadamente, esta crisis del ébola se ha superado en España gracias a una buena gestión, pero no me cabe duda de que en los próximos días asistiremos al espectáculo mediático del ébola por parte de los que siguen queriendo obtener rentabilidades personales de cualquier tipo y a cualquier precio. No obstante, debemos conocer los fallos y remediarlos, debemos dedicar más esfuerzos a la investigación. Y debemos atender más y mejor a las carencias de África.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Epidemija ebolom počela je u vulnerabilnim i siromašnim zemljama Afrike, no doprla je i na druge kontinente. Smirujuće i optimistično djeluju vijesti poput one da je prodor ebole u Senegal uspješno okončan. S druge strane, uznemiruju napisi u medijima o dokumentu Svjetske zdravstvene organizacije u kojem se navodi da nije učinkovito reagirala na epidemiju ebole. Živimo u vremenu kada su dostignuća znanosti značajna i ne možemo se pomiriti s tim da će epidemija i bez naše intervencije prije ili kasnije stati, kako je to bilo s mnogim epidemijama u povijesti. No, naravno, i istraživanje i pomoć ugroženima košta. S obzirom na ozbiljnost situacije pozivam Europsku komisiju da aktivira sve financijske, političke i zdravstvene mehanizme kako bi zaštitila građane. Dokle god nema lijeka niti cjepiva, smatram presudno važnim raditi na podizanju svijesti i znanja o načinima širenja ebole, kako ne bi bilo panike, već točne i pravovremene reakcije.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Conform Organizației Mondiale a Sănătății, 4^o447 de persoane au murit de Ebola până la 14 octombrie, această epidemie devenind o amenințare tot mai mare la adresa securității globale. Cu toate că Centrul European de Prevenire și Control al Bolilor susține că riscul de transmisie a bolii în Europa este extrem de mic, consider că această criză nu trebuie subestimată. Pentru a limita contaminarea cu virusul Ebola este nevoie de acțiuni rapide și coordonate la nivel european, iar sistemele europene de sănătate trebuie să fie pregătite pentru diagnosticarea și tratamentul acestei boli, în cazul în care acestea vor fi necesare.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Il rischio di diffusione del morbo Ebola si fa drammaticamente più concreto anche in Europa.

Nelle scorse settimane ho chiesto alla commissione europea, in una interrogazione, di adottare misure urgenti per il rafforzamento della sorveglianza nei punti di ingresso internazionali.

Oggi i ministri degli Esteri dei Paesi Membri riuniti in Lussemburgo hanno formalizzato una risposta comune all'epidemia di ebola individuando la figura di un «coordinatore unico». Si tratta di un primo importante passo ma non può bastare : i sistemi sanitari di molti paesi europei risultano ancora inadeguati. Permangono le preoccupazioni che l'epidemia si trasformi in una vera e propria pandemia.

In attesa del vaccino, e saluto con favore gli stanziamenti annunciati oggi dal Commissario Borg, ritengo più che mai urgente che si prendano misure più concrete, un master plan, come si diceva prima, per evitare che il morbo si diffonda anche in Europa.

L'Europa deve poter assicurare la massima assistenza ai Paesi colpiti da questa drammatica epidemia. Non commettiamo l'errore di considerare con superficialità quanto accade a poche migliaia di Km da Strasburgo.

Montag, 20. Oktober 2014

È una sfida importante per l'Umanità e l'Europa deve fare la sua parte! Se non salviamo l'Africa non possiamo salvare l'Europa.

Fabio Massimo Castaldo (NI), *per iscritto*. – Perché l'epidemia di Ebola sta dilagando? Secondo il New York Times, l'Oms ha messo oltre 400 persone al lavoro su questa emergenza internazionale. Fino ad ora la febbre emorragica ha causato 2400 morti... e potrebbe arrivare a 20mila secondo l'Oms. Come mai non si riesce ad arrestarla? Da quando è scoppiata la crisi finanziaria, l'Organizzazione mondiale della sanità ha dovuto tagliare quasi un miliardo di dollari, investendo sulle malattie globali croniche e riducendo fondi e personale dedicati alle grandi epidemie. Negli ospedali mancano gli strumenti per impedire le infezioni: la Liberia è il quarto paese più povero del mondo, l'83% della popolazione vive con meno di un dollaro al giorno. Ora l'Oms chiede ai donatori 490 milioni di dollari e migliaia di operatori sanitari stranieri e locali per contenere l'epidemia. Pochi però hanno risposto all'appello. È una vergogna per la comunità internazionale. Forse la vera epidemia che ha contaminato l'ingenua Europa e il mondo intero è l'illusione di poter vivere al sicuro nel proprio giardino mentre la foresta intorno a noi è divorata da un incendio.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Die Ebola Epidemie ist in ihrer Dimension einmalig. Diese Katastrophe ist die Hauptursache des Leidens von tausenden Menschen in der Republik Guinea, Liberia und Sierre Leone. Deshalb unterstütze ich das Europäische Parlament in seinem Aufruf an die Kommission, den Kampf gegen das Virus zu verstärken und die EU-Mittel hierfür zu erhöhen. Die Gefahr einer weiteren Ausbreitung muss verringert werden und Kontrollen an Flughäfen müssen verstärkt werden. Um das Virus einzudämmen müssen wir in Europa gemeinsam mit dem übrigen der Welt schnell und koordiniert handeln.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The number of confirmed Ebola cases across West Africa is growing at an alarming rate. The EU cannot remain inactive when a humanitarian catastrophe of this nature occurs in third countries. In a globalised world such as ours, Europe must recognise its responsibilities towards those in need and must have the necessary mechanisms to ensure that it acts in a rapid manner and through meaningful and effective action. While the risk of anyone becoming infected with Ebola within Europe remains minimal, the EU is not immune. Member States need to step up infrastructural and operational preparations in the field of health services to be ready for any eventuality and to take all precautions in the interest of the general public and also those prone to encounter the virus, such as persons working in the security and health sector. The EU has a dual role: to act by assisting third countries as well as to ensure that its own Member States are prepared.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Como dijo el próximo comisario para Ayuda Humanitaria y Gestión de Crisis, Christos Stylianides, el ébola debe abordarse como un gran desastre natural. Y tenemos que estar allí, en las zonas afectadas. Nuestros objetivos deben basarse en la prevención, la ayuda, la información y la investigación. La ayuda humanitaria es fundamental para las personas más necesitadas en las zonas más remotas y olvidadas. Queremos aislar el virus del Ébola, pero no aislar a los países afectados. En España, la noticias esperanzadoras sobre la salud de la enfermera Teresa Romero invitan al sosiego. Se ha hecho y se está haciendo un seguimiento de sus contactos y el Gobierno coordina a todos los expertos implicados en el caso. Se ha creado un comité especial coordinado con un comité científico. España ha seguido las recomendaciones de la OMS, coordinando, formando y reforzando los protocolos. Mal haríamos en dejar que el miedo se propague o en descalificar prematuramente los sistemas sanitarios de salud que, aunque falibles, son nuestros mejores aliados. Son momentos de olvidar nuestro color político y ponerse a disposición del Gobierno que sea.

Montag, 20. Oktober 2014

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Há pouco mais de um mês havia já alertado este Plenário para a necessidade urgente de aumentar no terreno os meios técnicos e humanos que permitissem combater, de uma forma eficaz e bem articulada com outros parceiros internacionais, a epidemia do ébola. Decorrido este período, o auxílio aos países que estão na primeira linha de combate com esta doença continua a tardar, os fundos de solidariedade internacional ficam escandalosamente abaixo daquilo que tinha sido solicitado pela ONU, e, como consequência, há um crescimento do número de infetados e de perdas de vidas humanas nos países africanos afetados. O número de 10 000 novos casos semanais previstos para o curto prazo é assustador! Não podemos convencer-nos de estar imunes a esta epidemia quando nos surgem os primeiros casos de contágio para lá de fronteiras continentais. Por isso penso que temos de apostar mais na preparação dos nossos sistemas de saúde, na informação das pessoas e no controlo transfronteiriço da doença, bem como no apoio humano, material e logístico aos países africanos. Creio sobretudo que há que usar de mais determinação e urgência no combate a esta epidemia na origem do problema, em África!

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La riunione dei ministri della salute del 16 ottobre è stata un'occasione importante per discutere le misure per prevenire il virus Ebola in Europa, a partire da un rafforzamento dei controlli sui passeggeri in provenienza dall'Africa occidentale. Sarà fondamentale adoperarsi perché il sistema di controlli stabilito, che assegna al Centro per la prevenzione e il controllo delle malattie trasmissibili la funzione di inviare rapporti di verifica sulle operazioni nei paesi africani, sia resto flessibile, efficace e in grado di essere adattato con prontezza all'evolversi della diffusione dell'epidemia.

La riunione dei ministri UE non ha tuttavia raccomandato un approccio comune sui controlli in entrata, che quindi vedranno un'applicazione differenziata: andrebbe fatto ogni sforzo, al contrario, per rassicurare i cittadini europei su procedure comuni negli aeroporti. Per fronteggiare la diffusione di un virus così eccezionale l'Europa deve dimostrare una volontà politica in grado di avviare misure straordinarie. Vanno mobilitati con urgenza fondi ulteriori a sostegno dei paesi africani colpiti: è responsabilità dell'Europa, primo finanziatore mondiale di quella regione, mettere in campo nuove risorse. L'Europa dimostri lungimiranza mobilitando con urgenza i fondi per la ricerca previsti da Orizzonte2020, avviando procedure rapide di finanziamento dei progetti di ricerca sull'Ebola, in cooperazione con l'Oms.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Todos conocemos los estragos que está produciendo el ébola en África, tanto por los muertos causados por la enfermedad misma como por la mortalidad asociada a otras enfermedades que no son atendidas debido al colapso de los hospitales y a la renuencia de la población a acudir a ellos por temor a infectarse de ébola. La Unión Europea debe mejorar su contribución a la lucha contra una epidemia cuya extensión no hace sino aumentar la posibilidad de que se produzcan nuevos casos en Europa. No podemos cerrar nuestras fronteras, pero debemos reforzar nuestros protocolos de actuación para los casos que se confirmen en nuestro territorio y tenemos que centrar nuestra acción en los países africanos afectados. El caso de Senegal demuestra que no es imposible detener la transmisión del virus. Ayudemos a Guinea, Sierra Leona y Liberia a seguir el mismo camino. Si no, el continuar como hasta ahora nos llevará, según estimaciones de la OMS, a que, en diciembre, se produzcan hasta 10 000 casos nuevos cada semana solo en África occidental.

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Die Ebola-Epidemie ist heute ein prioritäres EU-Thema: Am Montag beschlossen die EU-Außenminister, die Position eines EU-Koordinators im Kampf gegen Ebola zu schaffen. In der letzten Woche gab es ein Krisentreffen der EU-Gesundheitsminister in Brüssel, um Maßnahmen im Umgang mit der Ebola-Epidemie zu diskutieren – mit durchwachsenem Ergebnis. Und beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag dieser Woche werden die Staats- und Regierungschefs nicht nur die Klimaziele 2030 beschließen, sondern sich auch mit Ebola beschäftigen. Bisher hat Europa 450 Millionen Euro für den Kampf gegen Ebola veranschlagt. Laut Weltgesundheitsorganisation war es auf Pannen und Fehleinschätzungen vieler Regierungen und Organisationen zurückzuführen, dass sich Ebola in Westafrika so stark ausbreiten konnte. Es sei verabsäumt worden, auf die von Anfang an erkennbaren Bedingungen für ein rasches Ausbreiten der Krankheit zu reagieren. Ebenso bemängelte die WHO inkompetentes Personal und bürokratische Verzögerungen – etwa bei der Ausstellung von Visa – und den Fokus auf den Kampf gegen andere Krankheiten. 4500 Todesopfer und 9000 Infizierte in Westafrika sind heute die traurige Untermauerung des Befunds der Weltgesundheitsorganisation. Und: Falls die Hilfsmaßnahmen nicht deutlich verstärkt werden, rechnet die WHO mit 5000 bis 10000 neuen Ebola-Fällen pro Woche im Dezember. Aktuell sind Guinea, Sierra Leone und Liberia jene Länder, die von der Ebola-Epidemie am stärksten betroffen sind. Sollten auch Nigeria, der Senegal und die Elfenbeinküste von der Ausbreitung der Seuche erfasst werden, so rechnet die Weltbank mit wirtschaftlichen Folgen in Höhe von 40 Milliarden Dollar bis Ende 2015. Während die EU Freiwillige für den Hilfseinsatz sucht und eine Luftbrücke nach Westafrika organisieren will, um Hilfsgüter und Ausrüstungen ins Krisengebiet zu bringen und internationales Personal zu evakuieren, setzen die USA auf Einreisekontrollen und eine schnelle Eingreiftruppe.

Montag, 20. Oktober 2014

Eduard Kukan (PPE), *pisomne* – Svetová zdravotnícka organizácia minulý týždeň varovala, že v najbližších dvoch mesiacoch sa môže objaviť v západnej Afrike každý týždeň okolo 10 000 nových prípadov nakazenia ebolou. Najväčší boj s ebolou nás preto ešte len čaká. Je potrebné, aby sme poskytli dostatočnú pomoc západnej Afrike a začali taktiež krízový manažment v rámci Európy. Európa bude s veľkou pravdepodobnosťou onedlho taktiež územím, po ktorom sa bude ebola šíriť. Je potrebné sa pýtať, či sme na túto situáciu pripravení, či dokážeme identifikovať prípady nákazy v jej počiatkoch, zabezpečiť dostatočnú karanténu a zabrániť jej ďalšiemu šíreniu. Otázkou tiež je, či sú na túto situáciu pripravené naše zdravotné systémy. Prípady z USA ukazujú, že podcenenie situácie môže byť kritické pre ľudské životy. Na to, aby sa zo súčasného stavu nestala z eboly pandémie, je potrebná medzinárodná koordinácia. V rámci Únie by sme mali vytvoriť krízový manažment a pripraviť sa na scenáre ďalšieho šírenia tejto epidémie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Just a month ago, I was speaking before this House on the EU's response to the Ebola outbreak and as a result we adopted a resolution with recommendations. I am a little bit disappointed that one month after our discussion nothing has changed and the international community continues to underestimate the crisis. The only difference now is that what started as an Ebola outbreak in West Africa has evolved into a worldwide threat. Although the Commission has strengthened its support to tackle the crisis, too little has been done too late and definitely not enough. We need to turn our promises into actions and to fight this deadly disease on the ground. We also need to guarantee that laboratories, hospitals and public health services are ready to effectively protect our citizens and stop Ebola from spreading if and when it arrives in Europe. I would like to ask the Commission: Is the EU prepared for more Ebola cases in Europe? Can the Commission guarantee that European health systems are ready for the diagnosis and treatment of Ebola? What is happening with medicine or a vaccine for the Ebola?

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. – Dai dati del OMS, aggiornati al 10 Ottobre, i decessi causati dal virus dell'Ebola ammontano a 4033 e nella Risoluzione 2177 il Consiglio di Sicurezza dell'ONU ha dichiarato che il virus dell'Ebola è «una minaccia alla pace e alla sicurezza internazionali». Il finanziamento della Commissione Europea ammonta, ad oggi, a circa 180 milioni di euro di aiuto umanitario e allo sviluppo. Riteniamo sia assolutamente necessario porre in essere sistemi di controllo affinché questo budget venga effettivamente destinato a combattere l'epidemia nei Paesi affetti dal virus (Guinea, Sierra Leone, Liberia e Nigeria) e non venga destinato ad altri fini. Chiediamo, inoltre, alla Commissione: come intendé vigilare rispetto ai 38 milioni di euro che sono stati destinati (fra gli altri) a migliorare la sicurezza alimentare, l'approvvigionamento idrico e le strutture igienico-sanitarie, oltre a prevenire una potenziale carestia nelle aree sottoposte a quarantena?

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Kuluneella viikolla brittiläinen Oxfam-järjestö varoitti, että ebolaviruksen hallitsematon leviäminen voi synnyttää vuosisadan pahimman humanitaarisen kriisin. EU ja jäsenmaat ovat tähän mennessä kohdentaneet yhteensä 500 miljoonaa euroa viruksen leviämisen torjuntaan, mutta rahaa tarvitaan vielä paljon lisää. Terveystieteiden tutkimuskeskusten Länsi-Afrikkaan ja täysimittaisen projektin käynnistäminen edellyttää myös laajaa logistista tukea, jota on saatavilla vain sotilasorganisaatioilta. Poikkeuksellinen tilanne edellyttää poikkeuksellisia toimia. Ebola ei myöskään ole vain terveyshaaste. Levitessään sillä voi olla suuria poliittisia seuraamuksia. Köyhyyden syventyessä yhteiskuntarauha voi aina järkkäytyä. Samalla on vältettävä pelon ilmapiiriä, jollaiseen jo toisinaan törmää. Hysteria ei auta ketään. Ebolaa ei tule vain padota alueelle, vaan kaikki sairastuneet ihmiset tulee saada nopeasti parhaan mahdollisen hoidon pariin. Kaikki tämä vaatii paitsi resursseja myös rohkeutta ja päättäväisyyttä.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Rok 2014 s sebou přinesl další velkou výzvu pro celé lidstvo, jmenovitě vypuknutí a šíření smrtelného viru Ebola. Tento problém nepředstavuje totiž ohrožení obyvatelstva pouze v západní Africe, kde virus propukl a kde má za následek přinejmenším 5 000 lidských životů. Naopak, v dnešním světě, kdy nejsou úzce propojení jen obyvatelé v rámci jedné země, ale i několika států a kontinentů, je při podobných událostech naléhavé zakročit co nejdříve. Zvláště, jedná-li se o možné ohrožení ochrany evropských občanů. Proto apeluji na vytvoření lépe koordinovaného evropského postupu, který by měl být veden Evropskou komisí, jakožto odpovědi na tuto hrozbu. Vítám veškeré potřebné legislativní kroky, jež jsou namístě. Je čas, aby i všechny členské země EU přijaly nevyhnutelná opatření. Dále zdůrazňuji nezbytnost adaptačních mechanismů týkajících se změn klimatu, které by měly zahrnovat i schopnost Unie reagovat na smrtelné epidemie, ke kterým se řadí i tento případ. Jsem přesvědčen, že Evropa i jednotlivé členské státy mohou dělat více pro ochranu svých občanů než doposud. Úroveň rizika nákazy musí být stlačena na co nejnížší úroveň. Proto podporuji zavedení celoplošné evropské kontroly cestujících a přestupujících ze všech postižených oblastí, ucelené posílení jednotlivých zdravotních systémů a přijmutí opatření řešících problém ve svém zárodku, tzn. v Africe.

Montag, 20. Oktober 2014

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Pritariu ES veiklos reaguojant į Ebolos viruso grėsmę įvertinimui. Kartu norėčiau pabrėžti, jog toli gražu ne visos Valstybės narės su tuo susiduria tiesiogiai. Tačiau fizinis grėsmės tolymas nereiškia didesnio saugumo, tai kaip tik gali reikšti menkesnę pasirengimą realaus kontakto atveju.

Pavyzdžiui mano šalis, Lietuva, turi labai nedaug kontaktų su Ebolos židiniiais Afrikoje. Ir mūsų medikai apie šią grėsmę daugiau sužino iš kolegų ar specializuotų leidinių, jei ne iš žiniasklaidos. Tačiau tai nereiškia, kad Lietuvos medikai yra geriau pasirengę kovoti su galimu šio viruso plitimu Lietuvoje. Kaip tik atvirkščiai - realios medikų patirties trūkumas galimo viruso pateikimo atveju gali labai prisidėti prie tokios grėsmės plitimo.

Tam, kad išvengti Ebolos, kaip ir kitų pavojingų virusų plitimo, reikia ES lygmeniu skatinti informacijos mainus tarp visų Valstybių narių, skatinti medikų mainus, sudaryti galimybę visiems norintiems sukaupti tinkamos tiesioginės patirties. Ir šioje vietoje ES gali atlikti labai svarbų vaidmenį, tiek skleisdama informaciją, tiek ir paremdama specialistų patirties mainus.

Alfred Sant (S&D), bil-miktub. – Kemm ilna ffaċċjati bit-theddida tal-ebola, l-awtoritajiet pubbliċi u internazzjonali hasbu biex ma jqaġmux paniku. Għal xhur smajna stqarrijiet li jimminimizzaw it-theddida. Biss, aktar ma għadda ż-żmien, dawn aktar dehru bhala wisq ottimistiċi. Fil-pajjiżi tal-Afrika l-kriżi aggravat. Każi ta' infezzjoni qamu fl-Ewropa u fl-Istati Uniti. Issa, l-Organizzazzjoni tas-Saħha qed tghid li r-riskju ta' epidemja serja fl-Ewropa u fl-Istati Uniti mhux kbir. Qed tghid ukoll li t-theddida tal-ebola ma tqisix bis-serjeta li jisthoqqilha. Hekk għadu qed jigrri. Niskanta kif fl-Ewropa il-mobilizzazzjoni ta' inizjattivi baqghet daqstant dgħajfa. Sa mill-bidu, kien ovvju li ma stajniex nilqghu tajjeb għall-ebola biss fuq livell nazzjonali. It-trasport u l-kummerċ globalizzati faċilment se jwassluha mad-dinja kollha. Lanqas stajna nilqghulha sempliċement fuq livell mediku. Lil hinn mill-oqsma tal-ghajjnuna umanitarja, kienet meħtieġa wkoll mobilizzazzjoni transnazzjonali fost oħrajn, fil-livelli ta' trasport, kontroll tal-fruntieri, riċerka u għajjnuna għall-iżvilupp. L-Ewropa għandha interess vitali fil-pajjiżi Afrikani milquta bl-epidemja. Madankollu, baqghet ma varatx pjan strateġiku u integrat fl-oqsma kollha rilevanti. Hekk fhimt mir-risposta li tatni l-Kummissjoni Ewropea għall-mistoqsija dwar jekk għandniex pjan integrat kontra l-ebola. Hafa ċittadini Ewropej qed jistaqsu xinhu s-sivi għalihom tal-Unjoni Ewropea. Quddiem theddida bhala tal-ebola li kulhadd jibza' minnha, l-Unjoni setgħet turi li tista' tagħmel differenza. Dan baqa' ma sarx.

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – The Ebola crisis threatens not just a humanitarian tragedy but the breakdown of a number of already vulnerable states, creating fertile ground for extremist and militarist forces which have already proven they are more than able to expand into vacuums of authority. I met with the excellent Médecins Sans Frontières last week and have nothing but praise for their work in tough circumstances. Sixteen 16 of their staff have already become infected and ten of those have died – people trying to help and assist. We as Europe have no shortage of organisations with expertise and people willing to put themselves in harm's way, but we have lacked the political will to get involved. We need to do so urgently and provide real support to those organisations already on the ground. In particular we must reassure volunteers that there will be a coordinated EU medevac procedure, and that the operation will be properly financed. We have a humanitarian duty to intervene, but we have a selfish motivation too. If we allow Ebola to destroy such governmental authority as exists, we will see hostile regimes take their place.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Na década de noventa, o FMI e o Banco Mundial entraram na África Subsaariana, com as suas terapias de choque e com os seus programas de ajustamento e reestruturação das economias. Na Sierra Leão, 5000 profissionais de saúde foram despedidos. A massa salarial no sector de saúde foi reduzida a um terço. Ou seja, os parques sistemas públicos de saúde foram desmantelados. Note-se que este país foi citado como um exemplo na aplicação das reformas. E portanto, este vírus do Ébola, com todos os dramas humanos que comporta, funciona aqui como revelador dos efeitos das políticas neoliberais aplicadas em África no passado e hoje na Europa. A OMS, que deveria ser a vanguarda desta batalha, numa estratégia articulada de combate ao vírus, debate-se hoje com orçamentos que decrescem de ano para ano, porque assim o determinam os países ricos. Em particular, o seu orçamento para 2012-13 sofreu um corte de 13,4% justamente nas operações em África, retirando-lhe capacidade operacional. Gostaria de ouvir algumas palavras sobre esta realidade.

Montag, 20. Oktober 2014

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE), *in writing*. – Στα πλαίσια της εύλογης ανησυχίας της Διεθνούς Κοινότητας για τον κίνδυνο εξάπλωσης του θανατηφόρου ιού Έμπολα και της προσπάθειας αναχαίτισής του, έχει παρατηρηθεί έντονη παραπληροφόρηση και ελλιπής ενημέρωση, η οποία δικαιολογημένα μπορεί να οδηγήσει σε καταστάσεις πανικού, όπως πολύ συχνά συμβαίνει σε τέτοιες περιπτώσεις. Σύμφωνα με τις διαβεβαιώσεις του Ευρωπαϊκού Κέντρου Ελέγχου και Πρόληψης Νοσημάτων, οι υγειονομικές αρχές της Ευρώπης είναι αποτελεσματικές στην ανίχνευση και επιβεβαίωση κρουσμάτων Έμπολα, εντούτοις, τα πρόσφατα κρούσματα του ιού εντός ΕΕ δεν μας επιτρέπουν σε καμία περίπτωση να εφησυχάσουμε. Λόγω λοιπόν αυτής της έκτακτης και επείγουσας καταστάσεως, πρωταρχικό μέλημα της ΕΕ επιβάλλεται να είναι η συντονισμένη δράση για τη σωστή ενημέρωση των ευρωπαϊών πολιτών όσον αφορά τη μετάδοση, την πρόληψη και την προστασία από τον ιό. Δεν θα πρέπει επομένως να ενοχοποιούνται τα κράτη μέλη με κρούσματα του ιού, αλλά να τους παρέχεται η απαραίτητη συνδρομή και υποστήριξη!

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), *in writing*. – The rapid spread of Ebola cannot be understated or overlooked. We must be cautious in our daily activities and remain diligent in our efforts to fight this disease. As stated by my colleague Ms Georgieva, we must be proud of the efforts of the many Member States that are lending support and resources for this fight. The numbers show the shocking speed with which Ebola is spreading; the latest data shows that 'there were 4 963 people sick, and there are now 9 191. Similarly, the number of people who have lost their lives has almost doubled, from 2 453 to 4 546. Unfortunately, a very high number of health professionals are affected, with 427 doctors and nurses sick and, of those, 230 have lost their lives trying to save the lives of others'. It is important that we stay the course and prevent Ebola spreading to reach our shores. I remain confident that given the efforts by health professionals and the caution exercised by our citizens, we can beat this problem.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 19.00)

Dienstag, 21. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. OKTOBER 2014

(2022/C 373/02)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	38
2. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	38
3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	38
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	38
5. Ergebnisse der Konferenz auf hoher Ebene über Beschäftigung in Europa (Mailand, 8. Oktober) (Aussprache)	38
6. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2014 (Aussprache)	59
7. Bildung einer Fraktion: siehe Protokoll	85
8. Abstimmungsstunde	85
8.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung — Antrag EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana Metallerzeugnisse (A8-0013/2014 — Patricija Šulin) (Abstimmung)	85
8.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/012 BE/Ford Genk (A8-0015/2014 — Paul Rübig) (Abstimmung)	85
8.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/002 BE/Carsid (A8-0017/2014 — Petri Sarvamaa) (Abstimmung)	85
8.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/006 FR/PSA (A8-0016/2014 — Isabelle Thomas) (Abstimmung)	85
9. Erklärungen zur Abstimmung	85
9.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung — Antrag EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana Metallerzeugnisse (A8-0013/2014 — Patricija Šulin) .	85
9.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/012 BE/Ford Genk (A8-0015/2014 — Paul Rübig)	102
9.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/002 BE/Carsid (A8-0017/2014 — Petri Sarvamaa)	118
9.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/006 FR/PSA (A8-0016/2014 — Isabelle Thomas)	133
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	149
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	149
12. Bilanz der Kommission Barroso II (Aussprache)	149

Dienstag, 21. Oktober 2014

Inhalt	Seite
13. Vorbereitung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014) (Aussprache)	167
14. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	188
15. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 — Überschüsse aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (Aussprache)	188
16. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 — alle Einzelpläne (Aussprache)	195
17. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Ungarn (Aussprache)	220
18. Zölle auf Waren mit Ursprung in der Ukraine (Aussprache)	233
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	239
20. Schluss der Sitzung	239

Dienstag, 21. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. OKTOBER 2014

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 9.00)

2. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Ergebnisse der Konferenz auf hoher Ebene über Beschäftigung in Europa (Mailand, 8. Oktober) (Aussprache)

President. - The next item is the debate on the Council and Commission statements on the outcome of the high level conference on employment in Europe (Milan, 8 October) (2014/2898(RSP)).

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, è con piacere che desidero condividere con voi i risultati della Conferenza ad alto livello sull'occupazione. Un tema considerato di prioritaria importanza dalla Presidenza italiana, coerentemente con le conclusioni del Consiglio europeo di giugno, che ha indicato crescita ed occupazione quali temi prioritari per i lavori dell'Unione europea nei prossimi cinque anni.

Un tema che resta di notevole attualità in considerazione dei tassi di disoccupazione particolarmente elevati: 11,5% nell'area euro in agosto, con marcate differenze tra Stati membri e punti preoccupanti per quanto riguarda la disoccupazione giovanile: 23,1% nell'area euro, oltre il 50% in alcuni Stati membri.

In tale contesto, anche sulla base delle indicazioni del Consiglio europeo straordinario di agosto, la presidenza italiana ha organizzato a Milano, l'8 ottobre scorso, la Conferenza ad alto livello sull'occupazione, quale seguito delle conferenze che si sono tenute a Berlino, nel luglio 2013 e a Parigi, lo scorso novembre, focalizzate sull'occupazione giovanile.

La finalità principale dei lavori di quest'ultima edizione era una riflessione sulla necessità di fornire nuove e coordinate risposte per il rilancio di crescita ed occupazione, anche attraverso appropriate politiche di investimento.

Durante i lavori della Conferenza, alla quale hanno partecipato 16 capi di Stato e di governo, sono state esaminate le condizioni necessarie per la creazione di nuovi posti di lavoro e per migliorare la corrispondenza fra offerta e domanda di lavoro. Si è convenuto innanzitutto sulla crucialità delle riforme strutturali, considerate determinanti per far ripartire il mercato del lavoro e promuovere l'occupazione. Si è tuttavia osservato come esse siano condizioni necessarie ma non sufficienti e debbano esser complementate da interventi sull'atto della domanda. Oltre alle riforme infatti è cruciale un contesto di crescita, che passa inevitabilmente per un rilancio degli investimenti. Si è quindi discusso della necessità di fornire risposte condivise e coordinate a livello UE.

Dienstag, 21. Oktober 2014

La Conferenza si è articolata in tre sessioni: una tecnica in apertura dei direttori dei servizi pubblici per l'occupazione, seguita da una colazione di lavoro dei ministri che si occupano dei temi di occupazione e nel pomeriggio dalla sessione a livello di capi di Stato e di governo. La colazione dei ministri del lavoro si è concentrata sulle misure e strumenti diretti per la promozione dell'occupazione, in particolare quella giovanile. Al riguardo, i ministri hanno portato avanti una richiesta alla Commissione di rafforzare l'iniziativa per l'occupazione giovanile, *Youth Employment Initiative* che dovrebbe trasformarsi in uno schema strutturale dell'Unione europea con la richiesta di incrementare in modo significativo l'importo del prefinanziamento dei fondi ad essa dedicati. È stata poi evocata la necessità di procedure più efficaci per l'attuazione della garanzia Giovani, programma che sta decollando con successo in diversi Stati membri, come illustrato dai direttori dei servizi pubblici per l'occupazione nella sessione tecnica di apertura.

Per quanto riguarda l'attuazione di programmi diretti per l'impiego è stato riconosciuto fra l'altro il contributo della Banca europea per gli investimenti, nel sottolineare l'importanza degli investimenti nel capitale umano e nella formazione. La transizione scuola lavoro e la formazione duale sono stati citati quale modello virtuoso ed è stato evocato il ruolo dei servizi per l'impiego.

Gli interventi dei capi di Stato e di governo nel sottolineare l'importanza di riforme nazionali atte ad incrementare l'efficienza e la trasparenza del mercato del lavoro, hanno rimarcato la necessità di individuare strumenti che accompagnino la crescita dell'economia reale e promuovano gli investimenti nel quadro delle norme che regolano il governo dell'economia nella zona dell'euro e nel mercato unico. Altrettanto importante risulta l'individuazione di settori strategici ad alto potenziale di crescita sui quali concentrare l'attenzione delle istituzioni. Sono stati infine citati quali prioritari settori dell'economia digitale, dei trasporti e dell'energia.

László Andor, *Member of the Commission*. - Madam President, the meeting of Heads of State and Government last week in Milan reconfirmed their determination to make the Youth Guarantee a reality. As you know, the Commission under the leadership of President Barroso has taken a number of initiatives to improve the employment situation and the life prospects of young people. The Youth Guarantee is a key structural reform of our time. Its implementation is at the core of the EU coordination of employment policies and it is therefore central to the European Semester and the country-specific recommendations.

The Youth Guarantee is a comprehensive policy which includes the modernisation of vocational training, strengthening of public employment services, greater support for apprenticeships and traineeships, as well as financial incentives for job creation and business start-ups. All these measures need to be combined in order to ensure that every young person under the age of 25 receives a good quality offer of a job, continued education, apprenticeship or traineeship within four months after leaving school or becoming unemployed. The Youth Guarantee focuses both on improving the quality of labour supply, for instance through training, and on stimulating demand for young people's labour, for instance targeted wage or recruitment subsidies and apprenticeship grants.

The Youth Guarantee is being implemented across Europe. Some Member States have amended their legislation, others have introduced new policy instruments to scale up labour market-related measures for young people. For example, in Spain, the number of vocational education in training (VET) centres of companies involved in dual projects and of VET students has doubled since 2013. In Slovakia, hiring subsidies are proving effective in supporting long-term unemployed young people. The Youth Guarantee has already resulted in 12 000 jobs in Slovakia, mainly in SMEs, and most of them sustainable.

In parallel, vocational education is also being modernised. Just last week I visited a second-chance school in Turin, Italy, where young people are learning various crafts such as baking or brewing, and cooperative enterprises play an important role in offering them first employment.

Dienstag, 21. Oktober 2014

The EU budget provides important financial support for the roll-out of the Youth Guarantee. The first instrument to be used was obviously the European Social Fund for 2007-2013 from which Member States have planned to finance human capital investment up to 2015. On top of that, we have the EUR 6.4 billion Youth Employment Initiative, whose implementation has been frontloaded to 2014-15 in terms of budgetary commitments. As I already informed you in September, we expect that operational programmes covering 85% of the Youth Employment Initiative will be adopted by the end of this year. Importantly, expenditure on Youth Employment Initiative projects has been eligible since 1 September 2013.

This means that many Member States have been spending their money from this envelope for more than a year and the expenditure will be reimbursed after the operational programmes are adopted. In addition, the Member States have proposed to allocate more than EUR 4 billion from the European Social Fund 2014-2020 to the investment priority specifically supporting young people's labour market integration. Considerable further resources from the ESF are also being programmed for general job search support measures, entrepreneurship support or vocational training investments from which young people will also benefit.

The Youth Guarantee has a cost, but it should be considered an investment. Investing in the Youth Guarantee's implementation here and now is crucial for preserving the EU's future growth potential. As you know, the economic value of the Youth Guarantee has been highlighted by the OECD, the ILO and Eurofound. More recently, the G20 strongly supported it and invited countries to step up implementation.

The economic value of the Youth Guarantee is related both to building up the human capital stock and to improving the flow of this human capital into and within the labour market. In other words, it pays off to ensure that young people quickly find relevant jobs where their productive potential can be realised. For this we need not only education and training, but also active labour market policies, high-performing public employment services, as well as measures stimulating demand for labour, such as targeted hiring subsidies, all embedded together in the Youth Guarantee Schemes.

These investments and their returns are harder to measure than, for instance, infrastructure investments, but they are very important, both to strengthen the human capital stock and to improve labour market flows and transitions. That is why the Youth Guarantee expenditure should be considered as an investment. Heads of State and Government and Ministers meeting last week in Milan reconfirmed that the Youth Guarantee is – and should remain – the framework for our efforts to improve youth employment across Europe. I am therefore confident that the value of these investments will be recognised also in the EU's future plans for investment. Some Member States still seem to be facing constraints when it comes to their ability to pre-finance the implementation of the Youth Guarantee measures from their national budgets. As you know very well, the EU structural investment funds provide only very limited pre-financing in the 2014-20 period, namely 1% in the year 2014, which can be increased to 1.5% in cases of the Youth Employment Initiative for countries that had recently been subject to a macroeconomic adjustment programme.

We may all agree that this level of pre-financing is low, but unfortunately it is closely linked to the overall design of the multiannual financial framework and in particular to the very low payment ceiling for the first couple of years. The EU budget, as you know, is suffering from a severe shortage of payment appropriations, which also means that there was no room to envisage higher pre-financing rates for the Youth Employment Initiative, at least not in the absence of a change of attitude from some Member States.

However, the European Investment Bank has been offering to Member States the possibility of bridge financing, with their investments to be later reimbursed from the Youth Employment Initiative. In this way the EIB could help to resolve this liquidity problem. A couple of Member States have already discussed with the EIB the possibilities and I am sure the bank's doors remain open to all Member States. I reiterated the same messages last Thursday during the formal EPSCO meeting attended by the Employment and Social Affairs Ministers.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Honourable Members, the Milan Summit delivered one important message: if we want to have more employment in Europe we need to combine structural reforms with support for aggregate demand. The Youth Guarantee is a structural reform and it also helps in boosting demand for young workers. Successful delivery of the Youth Guarantee supported in a timely way by the relevant EU funds remains a priority for the Commission. I am sure that it will continue to be treated as an urgent and important issue also by the incoming Commission.

Elisabeth Morin-Chartier, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, merci de votre intervention tout à fait éclairée et juste à plus d'un titre.

De mon côté, je voudrais rappeler au Conseil qu'il y a six commandements à retenir. Je donne la version courte, vous n'en aurez pas dix, vous n'en aurez que six. Mais rappelez-vous ces six commandements pour réussir les programmes d'intégration des jeunes sur le marché de l'emploi.

Le premier commandement est de lutter contre les sorties sans qualification des systèmes de formation. Une grande part des jeunes qui sortent de formation – 20 % pratiquement – n'ont pas de qualification et se retrouvent directement au chômage. Il s'agit du premier point sur lequel vous devez faire un véritable effort: lutter contre les sorties sans qualification.

Le deuxième commandement est de moderniser la formation en général, pas seulement la formation professionnelle. En effet, nous sommes aujourd'hui dans une situation où de jeunes ingénieurs sont aussi au chômage. C'est la formation qu'il faut moderniser, en l'accrochant de façon beaucoup plus opérationnelle au monde du travail.

Le troisième commandement est de redonner absolument leur pleine place à l'apprentissage, à l'alternance et aux stages. Les stages ont été dévoyés partout en Europe, et l'apprentissage et l'alternance, dans la plupart des pays européens, sont considérés comme des formations de moindre importance. Or, ce sont des formations essentielles et qui correspondent à une forme d'esprit pour les jeunes.

Le quatrième commandement est d'avoir une vision «nouvelles compétences, nouveaux emplois». Nous y avons travaillé et vous savez très bien que dans les années qui viennent, d'ici 2020, 15 % d'emplois de faible niveau de qualification vont encore disparaître. Il faut s'y préparer, sinon nous continuerons de courir après le temps.

Le cinquième commandement est de ne plus disposer seulement de savoirs, mais aussi de compétences et de capacités.

Enfin, le sixième commandement, à l'intention du Conseil, est de mettre en place des programmes opérationnels.

Alors que des chefs d'État ou de gouvernement voulaient absolument supprimer le FSE, je constate qu'aujourd'hui ce dernier est quand même le premier levier de la garantie pour la jeunesse.

Jutta Steinruck, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wieder einer dieser medienwirksamen Gipfel, wieder mal nichts substanzvoll Neues. Mit dem Hin- und Herschieben des Schwarzen Peters – wer schuld ist in Europa, dass wir mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht vorankommen – helfen wir den jungen Menschen in Europa nicht.

Ich danke der italienischen Ratspräsidentschaft, dass sie ihren Fokus wirklich auf Wachstum und Beschäftigung gelegt hat, denn ohne Wachstum schaffen wir keine neuen Arbeitsplätze in Europa. Die Mitgliedstaaten müssen endlich dafür sorgen, dass die Jugend in Europa eine Perspektive bekommt. Wie lange muss es noch dauern, bis wir bei der Umsetzung der Jugendgarantie endlich eine wirklich nachhaltige und zusammenpassende Strategie haben? Dabei muss es auch um konkrete Änderungen gehen: Wo blockiert was, wo passt im Moment irgendwas nicht mit der Umsetzung? Es darf nicht sein, dass Gelder nicht ankommen. Da reden schon einige davon, dass wir in Zukunft gar keine Gelder mehr brauchen.

Ich appelliere an die Mitgliedstaaten: Unternehmen Sie etwas! Schaffen Sie Arbeitsplätze für die jungen Menschen! Qualifizieren Sie die jungen Menschen! Wir brauchen die Perspektive für Europa!

Hans-Olaf Henkel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir müssen einmal aufhören, uns hier nur über die Symptome der Jugendarbeitslosigkeit zu unterhalten, sondern sollten beginnen, uns mit den Ursachen auseinanderzusetzen.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Meine Botschaft ist hier heute: Die Eurozone siecht dahin. Statt die Wirtschaft zu kurieren, bemühen sich die Staats- und Regierungschefs und die Europäische Kommission, den Euro zu retten. Inzwischen wird auch mein Land, Deutschland, von dieser Krankheit angesteckt.

In allen Anhörungen, an denen ich teilgenommen habe, als es um die Kommissare ging, habe ich festgestellt, dass überall darauf hingewiesen wurde, dass die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone die große Priorität ist. Um den Euro zu retten, passiert nun genau das Gegenteil: Statt sich für Subsidiarität in Europa einzusetzen, wird jetzt Zentralismus gepredigt – ist auch nötig, um den Euro zu retten. Statt die Eigenverantwortung für Staats- und Bankschulden in einem Land zu halten, wird diese Verantwortung jetzt sozialisiert. Mit anderen Worten: Wenn alle verantwortlich sind, dann ist am Schluss niemand mehr verantwortlich.

Statt für Wettbewerb in Europa zu sorgen, ist jetzt das Gegenteil angesagt. Insbesondere Kommissar Andor hat sich hier hervorgetan durch Vorschläge der Sozialisierung der Sozialversicherungssysteme. Ein Wirtschaftssystem, das auf Zentralismus, Harmonisierung und auf Sozialisierung der Schulden basiert, wird nicht wettbewerbsfähig bleiben können.

Marian Harkin, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, progress on the Youth Guarantee and on the Youth Employment Initiative is, at best, uneven. It is much too slow. Yes, we know that six or nine billion – whatever it is – is not enough; it is not nearly enough for the youth guarantee. On this point I agree with Angela Merkel: spend the money before you look for more. But at another level, we all know the inflexibility of some Member States when it comes to ensuring that the EU budget is fit for purpose.

I suppose for many Member States the real question is: do they have the resources or the freedom to use those resources for job creation? You yourself referred to this, Commissioner. In that context I am more inclined to agree with Prime Minister Renzi, who said that the current rules were designed for the Europe of many years ago, as he said, for another world. Our governments must have the ability to respond to change. To be stuck in a moment, to believe that one size fits all, to believe that there is one and only one solution to the on-going crisis, that is budget consolidation, that is a negation of what Europe is about. We say time and time again Europe must respond to change. Yet history, fear and, in some cases, distrust keeps us stuck in the same rut. Just before the job summit, the IMF warned the EU to beef up its investments in public infrastructure, which will boost demand in the short-term and help potential output in the medium-term. In Europe, those countries who want to spend are not allowed to and those countries who can spend have decided not to. It is a recipe for stagnation, deflation, flat growth and, sadly, for an erosion in citizens' belief that the EU can work effectively to tackle its problems.

Finally, what structural changes do we need? Yes, we need to align skills and training with market opportunities and we need to invest in sustainable technologies, eliminate red tape, etc. But structural reform cannot be a code word for an opportunity just to provide cheap labour. At a seminar at Parliament last week, a young unemployed Portuguese person said that firing parents to employ their sons and daughters at half their wages is no solution. And yes, while we all need to serve our internships and our apprenticeships, the Youth Guarantee cannot be an opportunity to use and abuse young people. I agree with the Swedish Prime Minister: we need decent jobs.

Inês Cristina Zuber, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhora Presidente, talvez os resultados desta conferência tenham sido teoricamente interessantes, uma vez que daí resultaram, como sabemos, várias proclamações acerca da boa vontade, dos esforços que todos têm feito para melhorar esta situação catastrófica. Aliás, afirmaram – o Presidente Barroso e o Sr. Comissário – que existe um problema grave, um problema que também tem que se resolver, que é a importância de criar empregos de qualidade.

Muito bem, todos estamos de acordo. Agora passemos para a outra parte, para a realidade do impacto da ação da Comissão Europeia. Por via das troicas – de que, segundo sabemos, há duas instituições europeias que fazem parte – é encetada uma luta implacável contra aquilo que consideram os senhores ser os modelos rígidos do mercado de trabalho. Leia-se, o que entendemos nós, direitos dos trabalhadores e salários dignos.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Por exemplo, recentemente no meu país, em Portugal, o governo decidiu aumentar o salário mínimo de uns míseros 485 euros para outros míseros 505 euros. Afinal, vinte euros de aumento de salário mínimo. Mas logo, passados alguns dias, a Comissão Europeia ou o seu *alter ego* demonstraram enorme preocupação e descontentamento com esta medida.

Como é que é possível explicar aos senhores que o emprego de qualidade significa direitos e salários dignos para os trabalhadores? Ou como é que pensam os senhores que há cada vez mais trabalhadores, pessoas empregadas, que são simultaneamente pobres – aliás, como os últimos dados, na última sexta-feira, revelaram?

Ou será que os senhores sabem exatamente isso e fazem-se de desentendidos? Pois saibam que os trabalhadores resistem, lutam e não se deixam enganar.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, let me frank: I am one of the youngest Members of this Parliament, and in the election campaign I went around telling young people that I wanted to fight so that young people in Europe would have a voice in this Parliament and so that their needs would be put first in the European Union.

Now, after the Council two weeks ago in Milan I could go back to my constituency – to Gelsenkirchen, a city with a long history of unemployment – and tell the young people there that we are doing a lot here, that even the Council Presidency is calling one youth summit after another, and that we are really fighting to solve this problem. I am not going to say that to the young people that I am representing. I am not going to say that because this summit is not what needs to be done at the moment in the European Union. This summit should have been a wake-up call; it should have been a very clear message to change the way that we are dealing with the crisis and with the problem of youth unemployment at the moment. Instead, over and over again, we see people shaking hands and hear flowery speeches by Ministers telling us how important this problem is, but not showing commitment to really solving this problem at a European level.

Young people do not need important powerful men and women at press conferences with photo opportunities. They need a change. They need a very clear end to business as usual. They need Jyrki Katainen to be a real investment Commissioner. They need Valdis Dombrovskis to realise that the new liberal agenda of recent years has fuelled inequality all over Europe. They need Jean-Claude Juncker to stop the blind and antisocial austerity measures that have been implemented in the crisis countries in recent years. This is what we, as young people in Europe, need in order to have a future.

Dominique Martin (NI). - Madame la Présidente, chers collègues, un sommet sur l'emploi en Europe, oui, mais pour faire quoi? Après Berlin et Paris, le sommet de Milan, pour admettre cette évidence que l'emploi des jeunes doit être la priorité de l'Europe, au risque que ces derniers se détournent de l'Union européenne. Un sommet de plus pour enfoncer des portes ouvertes mais surtout pour casser toujours et encore notre économie avec des mesures mortifères pour l'emploi des jeunes, comme la baisse du coût du travail ou la libéralisation du marché.

L'Europe continue inlassablement de traiter les effets du chômage plutôt que de s'attaquer aux causes de ce chômage endémique qui touche toutes les couches de notre société, les plus jeunes en particulier. Pour sauver l'emploi en Europe, il faudrait plutôt se protéger de la mondialisation, du libre-échange, du libéralisme débridé; se protéger des produits à prix cassés venus de la terre entière et qui ruinent nos productions agro-alimentaires et industrielles; repenser les accords de Schengen et mettre fin au système aberrant des travailleurs détachés; aider nos entreprises, particulièrement les PMI, PME et TPE, qui représentent 80 à 90 % des emplois salariés.

Pour l'emploi des jeunes, plus particulièrement, il faudrait revaloriser le travail manuel, réinstaller l'apprentissage comme le moyen sûr d'obtenir une qualification, réformer la formation professionnelle, utiliser le tutorat au sein de nos entreprises.

Chers collègues, je vous le dis solennellement: l'Europe n'est déjà plus une chance pour la jeunesse, qui fuit vers d'autres continents.

Siegfried Mureşan (PPE). - Madam President, it is obvious that young people have been a victim of the economic crisis of the past years without having caused that crisis, and that is why it falls upon us to look at the problem of youth unemployment and creating employment opportunities for youth as an utmost priority.

Dienstag, 21. Oktober 2014

So what shall we do to improve the situation of youth and bring youth back to the labour market? My first answer is labour market reform. All of those countries which have dared to make labour market reforms, even if difficult, even if unpopular ten years ago, their economies are stronger and more resilient and more competitive now. All of the countries which have postponed labour market reforms are in a more difficult situation. Too often youth is the victim of a rigid labour market which protects those who are already employed but takes away the opportunities for young people to enter the labour market.

My second answer is that we need to provide a framework in which the private sectors feel confident to invest, through competitiveness, innovation, research, solid public budgets and most notably structural reforms, because it is the private sector which mainly creates the jobs.

Thirdly, Commissioner, I am a supporter of the Youth Guarantee Scheme because I think unemployment levels are so high in Europe that every measure which leads to bringing youth unemployment down is good. But we need to improve the Youth Guarantee Scheme. We need to tailor it to Member States, because we have it now in practice, and we have been talking about it for one, almost two years but we see that young people in Europe are not really finding many more jobs. What I would like to ask you is to make sure that you get the public employment services which are already meeting at European level more involved in tailoring the Youth Guarantee Scheme so that it responds to the needs of the people in various EU Member States.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Victor Negrescu (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Domnule Mureșan, vorbiți foarte frumos! Întrebarea mea către dumneavoastră este: dacă ați creat vreodată un loc de muncă și dacă știți cum se creează un loc de muncă în mediul privat?

Siegfried Mureșan (PPE), *blue-card answer*. – The distinguished MEP is asking me whether I know how the private sector creates jobs. My true belief is that it is not the public sector which creates the jobs of the future; it is indeed mainly the private sector and mainly the SMEs. Our duty is to put at their disposal an economic framework in which they feel confident to invest – so economic reform, a competitive and economic framework in which public money is managed with care, and not what basically your political family is advocating, which is spending more of people’s money and putting more public debt on their shoulders.

Maria João Rodrigues (S&D). - Senhora Presidente, mais uma cimeira, mais um ato falhado. É preciso perceber de vez qual é a escala do problema e a natureza do problema. Nós hoje temos Estados-Membros na União Europeia com uma taxa de desemprego superior a 40 %. E o que está por trás disto é que o motor da criação de empregos deixou de funcionar. Essa é a verdadeira natureza do problema.

Portanto, isto não se resolve apenas com uma melhoria da inserção profissional dos jovens ou com uma melhoria do sistema educativo e formativo, por mais importante que isso seja. Isto requer investimento em muito maior escala. Isto requer a criação dos postos de trabalho que faltam.

E, portanto, nós precisamos de ter muito mais acesso ao crédito por parte das pequenas e médias empresas, mais tempo para reduzir o défice público, fundos estruturais com acesso mais rápido, e temos que encarar a necessidade de construir um verdadeiro fundo de apoio europeu ao investimento do futuro.

É disso que depende uma verdadeira resolução do problema do desemprego jovem. Não brinquem com o termo ambicioso, a promessa importante da Garantia Jovem.

(A oradora aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Sunt de acord cu tot ce a spus, însă vreau să pun următoarea întrebare: s-a vorbit aici că avem nevoie de formare, avem nevoie de investiții, avem nevoie de crearea de locuri de muncă, avem nevoie de acces la credit pentru IMM-uri. Eu sunt de acord cu acest lucru, însă nimeni nu va lua credit, nimeni nu va crea locuri de muncă, dacă nu avem o piață. Și întrebarea mea este următoarea: nu credeți că Comisia, Uniunea Europeană trebuie să se aplece mai mult asupra protejării pieței interne a Uniunii Europene de toată avalanșa de marfă care intră și creează o concurență neloială industriașilor și prestatorilor de servicii din Uniunea Europeană?

Dienstag, 21. Oktober 2014

Maria João Rodrigues (S&D), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Senhora Presidente, essa é de facto uma boa questão, mas eu penso que a economia europeia deve estar voltada para o futuro. É verdade que estamos confrontados com concorrência global, mas a Europa tem que saber produzir produtos e serviços do futuro, e é para isso que temos que saber utilizar a qualificação dos nossos jovens. Eles estão preparados para isso.

Richard Sulík (ECR) - Vážený pán komisár Andor. Európska únia a aj Vy osobne stále úplne zle chápe príčiny tejto krízy. Pri snahe pomôcť zamestnanosti a hospodárskemu rastu Európska únia slepo využíva len dva nástroje. Viac regulácií a viac prerozdelenia. Ak to nefunguje, tak robí ešte viac toho istého, ešte viac regulácií a ešte viac prerozdelenia. Na vytvorenie pracovných miest je potrebný úplný opak. Súčasná stratégia Európskej únie je oveľa horšia, ako keby Európska únia nerobila nič, lebo zosilňuje len tie isté problémy, ktoré sa snaží vyriešiť. Na skutočné riešenie problémov sú potrebné štyri veci: po prvé, posilniť vnútorný trh ako základný pilier Európskej únie, po druhé, skončiť so záchrannou nezodpovedných krajín, ktorá je v rozpore s Lisabonskou zmluvou, po tretie, odpolitizovať Európsku centrálnu banku a po štvrté dodržiavať zásady subsidiarity. Pokiaľ tieto body nebudete dodržiavať, tak môžete sa stretávať koľko chcete, nezamestnanosť mladých nevyriešite.

Martina Dlabajová (ALDE). - Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli deputati, vorrei ringraziare la Presidenza italiana per aver organizzato questa Conferenza sul lavoro a Milano perché è indispensabile lavorare insieme a una soluzione a questo grave problema di disoccupazione. È fondamentale farlo insieme ai rappresentanti dei governi nazionali, delle istituzioni europee e del settore privato, perché soluzioni comuni secondo me hanno bisogno di risposte comuni.

Una delle cause principali della disoccupazione giovanile, come è già stato detto, è quella di non riuscire ancora a far coincidere la qualifica dei giovani europei alle necessità del mercato di lavoro: semplicemente far coincidere la domanda all'offerta. Questa malattia – e permettetemi il termine – impedisce ai nostri giovani di trovare il lavoro dopo la scuola, solo perché non hanno potuto acquisire le competenze di cui le imprese hanno bisogno.

Se questa incongruenza tra l'educazione e la professione non verrà risolta quanto prima, l'Europa di domani non potrà esser sana, competitiva e non potrà tornare alla crescita!

Servono comunque azioni concrete. Ve ne dico una: io sto lanciando adesso nella Repubblica ceca un progetto mirato a far incontrare imprenditori di successo e giovani per mezzo dei tirocini che permetterà ai giovani di entrare in contatto in prima persona con realtà produttive di successo. L'obiettivo non è quello di creare ancora un altro ennesimo progetto di tirocini, ma quello di dare opportunità ai giovani motivati e farli capire quali sono le vere necessità del mercato di lavoro. Sarebbe bello proporre questo programma anche a livello europeo per investire sul nostro futuro e per dare la possibilità ai giovani di trovare la giusta motivazione.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señora Presidenta, las cumbres de Berlín y París son la constatación de un fracaso y, lamentablemente, la Conferencia de Milán no aporta nada nuevo: presupuestos insuficientes y fuera de tiempo; objetivos difusos —se insiste en reformas laborales agresivas en contra de los trabajadores—; rebajas de salarios y menos derechos y protección. En resumen, trabajo precario, aumento de la temporalidad y de los trabajos a tiempo parcial no deseados.

En España —que se pone de ejemplo—, con más del 50 % del paro juvenil, los contratos formativos apenas alcanzan 7 800 contratos mensuales; con un 50 % de desempleo juvenil, como digo, esto es absolutamente ridículo. Esta no es la solución. En resumen, con todas estas políticas que se deciden en las cumbres, lo único que se constata es el incremento de la pobreza, el incremento de la desigualdad entre nuestros países y en el seno de la propia Unión Europea.

Y se anuncia un plan de inversiones sin saber tan siquiera si va a haber dinero nuevo para llevarlo a cabo. ¿Nos parece suficiente un 1 % del presupuesto de la Unión Europea? Es absolutamente ridículo. Queremos generar empleo y queremos que sea de calidad. ¡Dejémonos de grandes cumbres y empecemos a poner recursos para el crecimiento, para estimular la demanda y la inversión pública y los servicios públicos! Los Estados, en esta situación, tienen que actuar como empleadores de último recurso, y así se estimulará también la inversión privada, porque, si no, no se puede acceder a los créditos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). - Señora Presidenta, señor comisario, señores del Consejo, una Cumbre más prácticamente para nada —y llevamos ya unas cuantas—. No sé, reunir a dieciséis jefes de Estado y de Gobierno para estas pobres conclusiones parece francamente muy poco constructivo.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Nos han hablado, una vez más, de las reformas estructurales, de seguir cumpliendo los marcos fiscales ya establecidos, que sabemos que han sido un auténtico fracaso.

Nos dice, señor Andor, que la gran reforma estructural en materia de empleo es la Garantía Juvenil. ¡No nos tome el pelo! La gran reforma estructural, las grandes reformas estructurales en materia de ocupación son las reformas laborales que se han hecho en cada uno de los países y que han sido un auténtico desastre —en España, desde la aplicación de la última, 400 000 personas menos ocupadas —.

Nos hablan de inversiones y crecimiento, pero no nos concretan nada, cosa que viene siendo costumbre en esta Cámara y, finalmente, no nos hablan de cuestiones fundamentales: ¿qué pasa con la movilidad forzosa de nuestros jóvenes, con los parados de larga duración, con el impacto de las reformas en la igualdad entre hombres y mujeres?

Y una última cosa: no hablen de educación cuando, en estos momentos, estamos expulsando a los jóvenes de la educación superior por culpa de la reforma que estamos realizando, porque, por ejemplo, en la universidad, las tasas ya resultan absolutamente inasumibles para muchos de nuestros jóvenes. Así que, por favor, empiencen a dar un giro a estas políticas que nos llevan al fracaso.

Laura Agea (NI). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Presidente del Consiglio Matteo Renzi a Milano ha dichiarato: un'Europa che pensa solo ai vincoli è arida, senza crescita non c'è lavoro, senza lavoro non c'è dignità, senza dignità non c'è Europa. Parliamo di vincoli: da mesi il *Movimento cinque stelle* chiede flessibilità sul limite del 3% e quello che ci sentiamo rispondere dai popolari e dai socialisti è sempre lo stesso: non c'è crescita senza disciplina.

Il PD, il partito di Renzi, ha approvato senza remore il supercommissario all'austerità Katainen e si accinge ad approvare il nuovo governo dell'Europa: la Commissione dell'austerità di Juncker.

Senza lavoro non c'è dignità! Una cosa giusta il Presidente Renzi l'ha detta. Purtroppo si limita a dirla, perché in Italia il Presidente vuole rendere più facile i licenziamenti, abolendo le garanzie che hanno i lavoratori. Senza dignità non c'è Europa, ma quella a cui assistiamo qui è un'Europa senza dignità, un'Europa che chiede ai greci di dare il Partenone in garanzia di un prestito. Un'Europa che impone il pareggio di bilancio. Quindi noi immaginiamo che il Presidente Renzi abbia detto quello che pensa veramente: più disciplina, meno crescita, meno diritti e per quanto riguarda il lavoro a quello proprio non ci ha pensato.

Eva Paunova (PPE). - Madam President, I would like to think that today I stand here before you not so much as an MEP but as a young person, because the growing numbers of young people that are unemployed in Europe is scaring me, for two reasons. First, I am afraid that my generation could be a lost generation and second, a lot of the young people of today will decide not to realise their potential here in Europe.

Programmes like the Youth Employment Initiative and the Youth Guarantee, borne out here in this agenda, have ambitious goals backed by substantial funding, and while there is much talk about their aspirations, we know very little about their achievements. I would very much like to know how many young people have benefited from the Youth Guarantee so far, and what trends we are observing in the reduction of unemployment as a result.

I do understand that perhaps the achievements might be difficult to assess and that there is a sound reason for that, but we need to adopt a fundamentally different approach, one that goes beyond pledges and guarantees and devises a grand strategy for tackling the problems faced by youth instead.

A three-step plan proposed last year which is based on tax breaks, entrepreneurship investment and skill-based education was backed by the Council and the European Parliament. Providing such a model, as it tackles several key components simultaneously, is crucial. Providing security and stability for the young people on our continent requires more than individual programmes and initiatives. It requires an overhaul of old practices, a reform from the bottom up, a change of thinking, culture and decisive action. As the Commissioner said, investing in the Youth Guarantee is crucial. I would say: let us start thinking about how to invest in people more than in guarantees.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Dienstag, 21. Oktober 2014

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Ensinnäkin haluan korjata yhden virheen, jonka esititte. Sanoitte, että nuorisotakuualoite on syntynyt täällä. Ei se ole syntynyt täällä. Se on itävaltalais-suomalainen innovaatio. Se on syntynyt jäsenvaltioissa, niin kuin monien muidenkin aloitteiden pitää syntyä.

Teillä oli hyvää analyysiä, mutta haluan nyt kysyä perusasiaa koskevan kysymyksen. Mitä mieltä Te olette siitä, että ylikorostunut kuri- ja säästöpolitiikka on itse asiassa johtanut siihen, että monissa maissa nuorisotyöttömyys on kasvanut?

Eva Paunova (PPE), *blue-card answer*. – I am a true believer that we should create the right environment for young people to develop their potential, to have a place where they can become entrepreneurs and create their own SMEs. I do not believe that the government is the one that should create jobs, and I do not think that budgetary discipline has anything to do with that.

Evelyn Regner (S&D). - Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Dieser Gipfel ist nun schon der dritte dieser Art. Es ist wichtig – ich möchte nicht sagen, wunderbar –, aber es ist sehr wichtig, dass es diese Gipfel überhaupt gibt, dass über das Thema Beschäftigung in einem ausreichend ernst genommenen Rahmen gesprochen wurde. Allerdings, das Ergebnis ist mehr als ernüchternd. Über den Investitionsplan über 300 Milliarden Euro wurde zwar diskutiert, aber für die Mitgliedstaaten ist es einfach zu wenig, auf die konkreten Pläne zu warten. Es ist also längst an der Zeit, wieder mehr und nachhaltig zu investieren. Das sage ich auch in Richtung meiner Vorrednerin. Denn nur so können wir Beschäftigung, die Binnennachfrage und die gesamte Wirtschaft ankurbeln.

Es geht also immer wieder um das große Bild, um das makroökonomische Bild, in das die Jugendlichen mit ihren Schicksalen eingebettet sind und das wir nicht so ganz einfach wegwischen können. Dafür brauchen die Staaten mehr Flexibilität bei den Defizitregeln. Nachhaltige Investitionen, etwa in Infrastruktur, erneuerbare Energie oder Bildung und Ausbildung, sollen aus den Berechnungen ausgenommen werden. Denn Sparen um jeden Preis ist der falsche Weg. Das sagt uns sogar der IWF in der Zwischenzeit. Und das haben Sie ja auch alle zur Kenntnis genommen.

Jugendbeschäftigung war ein zentrales Thema dieses Gipfels. Ich kann schon gar nicht mehr aufzählen, wie oft wir hier in diesem Plenarsaal über dieses Thema diskutiert haben und wie oft wir auch zu raschem Handeln gedrängt haben. Trotzdem wird die Situation der Jugendlichen immer schwieriger, denn was nützt es einem jungen Menschen, der schon den dritten Postgraduate-Abschluss gemacht hat, wenn es ganz einfach keine Jobs gibt.

Also nochmals: Das makroökonomische Umfeld muss stimmen! Bei der Umsetzung der Jugendgarantie müssen einige Staaten ihre Anstrengungen erhöhen. Ja, das ist richtig. Aber gleichzeitig muss die Kommission die Prozesse vereinfachen, damit das Geld der Jugendinitiative endlich abgeholt wird.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bronis Ropė (Verts/ALE), *pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas*. – Noriu paklausti: lyg ir yra ir pinigų, lyg ir yra ir fondai bei sistemos, bet nedarbo problemos ne mažėja, o didėja. Tai ar neatrodo, kad ta sistema yra per daug biurokratinė ir reikėtų galvoti, kaip ją labiau decentralizuoti ir leisti labiau įjungti vietos valdžią, kad vietos valdžia konkrečiai spręstų tas problemas, o ne tik palikti tai nacionalinėms valstybėms ir spręsti problemas per nacionalines programas.

Evelyn Regner (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Da möchte ich Ihnen Recht geben. Natürlich müssen die Abläufe vereinfacht werden. Ich habe mir einige Beispiele angeschaut, wie von der Kommission versucht wird, hier Projekte zu unterstützen. Ich denke, dass gerade beim Vereinfachen der Prozesse, bei der Zusammenarbeit der Arbeitsmarktverwaltungen, sicherlich einiges viel unbürokratischer gemacht werden kann. Hier teile ich Ihre Ansicht sehr wohl.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Nathalie Griesbeck (ALDE). - Madame la Présidente, chers collègues, Mesdames et Messieurs, un sommet pour rien. C'est ainsi que beaucoup de médias ont présenté, non seulement avant mais malheureusement après, la situation au moment du sommet de Milan. C'est aussi dans cet état d'esprit, semble-t-il, qu'un certain nombre de partenaires et de participants à ce sommet sont sortis, pensant que ce sommet n'avait servi à rien. Pourtant, la thématique, qui nous préoccupe tous, est cruciale pour les Européens et est évidemment cruciale pour les chômeurs qui sont concernés et notamment pour les jeunes.

Je m'étais dit tout simplement, peut-être de manière très naïve, que ce sommet servirait au moins à mettre sur le haut de la pile le chômage terrible des jeunes, qui est notre priorité absolue. Mais les outils que nous avons mis en place, et dont nous parlons depuis 9 heures ce matin, tardent à se mettre en route et ne sont pas appliqués. Seuls deux États membres ont réellement mis en œuvre la garantie pour la jeunesse. Comment est-ce possible, alors que 24 % de nos jeunes sont au chômage en Europe? Comment peut-on imaginer que la Commission ne pousse pas les États membres à mettre en œuvre ce dispositif dont elle parle souvent et qui ne se concrétise pas? Devons-nous rester les bras ballants et laisser monter et progresser cette désespérance, qui s'accompagne de sensibilités extrémistes?

Alors, au-delà des aspects financiers dont nous avons parlé, au-delà des outils, il faut que l'on fasse bouger tout le système: la mobilité, la correspondance entre les études et la demande de l'emploi, les infrastructures, l'accompagnement, surtout des PME, qui sont les seules à créer des emplois.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bill Etheridge (NI), blue-card question. – My question is this. Speaking about youth unemployment particularly, and youth guarantees, would not the best guarantee for that youth be that they are not saddled for generations with massive amounts of debt caused by the addiction to over-spending by our current political elite? Would it not be better to give them, the future generations, a dynamic, low-taxation, fair-taxation economy where they can work hard and excel and make the future far better than our present?

Nathalie Griesbeck (ALDE), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, pour nous les enjeux sont justement à la fois l'urgence de la réponse et cette idée de responsabilité et de solidarité à l'égard de la nouvelle génération pour éviter qu'elle soit une génération perdue, comme assez souvent elle-même se qualifie.

C'est notre responsabilité. Elle est européenne et ne doit pas nous amener à nous gargariser simplement de mots mais à mettre en mouvement une volonté européenne globale, en coopérant, en avançant sur tous les plans (l'éducation, l'économie, la mobilité, les infrastructures) et en choisissant nos priorités.

Tania González Peñas (GUE/NGL). - Señora Presidenta, en estas cumbres se pretende mostrar preocupación al más alto nivel por un problema dramático para millones de jóvenes sin futuro, para el que aportan soluciones que no solo son ineficientes sino que demasiadas veces empeoran la situación. En el mejor de los casos, ofrecen un horizonte precario a base de subempleos.

El programa de empleo Garantía Juvenil, como ya denunciábamos aquí, parte de la premisa de que la principal dificultad de los jóvenes a la hora de encontrar empleo es su empleabilidad, es decir, que no tienen formación o flexibilidad suficientes. El problema es cómo se establecen las prioridades: ¿se trata de beneficiar a las grandes empresas o de solucionar los problemas de la gente?

La flexibilización y la precarización continua de las condiciones de trabajo significan sacrificar a la gente para resolver los problemas generados por la especulación financiera. Las soluciones van en sentido contrario: lo que tenemos que hacer es poner la economía al servicio de la ciudadanía y no poner a la ciudadanía al servicio de los intereses privados de las corporaciones financieras.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jérôme Lavrilleux (PPE), *question «carton bleu»*. – Madame la Présidente, je viens d'entendre notre collègue dénoncer les grandes entreprises, le secteur privé, et dire qu'il fallait plus d'interventions de l'État. Mais je n'ai pas bien compris quelles étaient les solutions concrètes qu'elle proposait pour favoriser l'emploi des jeunes, si ce n'est le recours, sans doute, comme en France, à des contrats publics mais précaires qui font qu'après deux ans, nos jeunes se retrouvent à nouveau au chômage. Je serais donc très heureux d'entendre les solutions proposées par notre collègue, plutôt que des critiques systématiques.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Lavrilleux, las soluciones las podemos encontrar de muchas maneras, siempre que el camino sea la voluntad de que las necesidades de la gente sean la prioridad.

Hay estudios que plantean que, solamente con fomentar el empleo verde, en España se generarían dos millones de puestos de trabajo.

Ahora bien, si la dirección es destrozarse el mercado laboral, si la solución es abaratar el despido —como quiere hacer el señor Renzi—, si la solución pasa por aumentar la edad de jubilación en vez de reducirla para distribuir el trabajo, así no vamos a generar más empleo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). - Κυρία Πρόεδρε, στη σύνοδο κορυφής του Μιλάνου δόθηκε έμφαση, από όλους τους ηγέτες, στα υψηλά ποσοστά ανεργίας και ιδιαίτερα στην ανεργία των νέων. Ο Πρόεδρος Schulz δήλωσε συγκεκριμένα ότι η κρίση θα έχει τελειώσει μόνο όταν η Ευρώπη θα αποκτήσει σταθερούς ρυθμούς ανάπτυξης και πως τώρα πρέπει να χτίσουμε τις βάσεις για ένα καλύτερο αύριο. Όμως, θα ήθελα να επισημάνω ότι με ευχολόγια δεν αντιμετωπίζεται η ανεργία.

Για παράδειγμα, το μεγαλύτερο μέρος των κονδυλίων του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση για την περίοδο 2014 – 2020, σκοπό έχει να χρηματοδοτεί το κόστος σχεδίων παροχής βοήθειας σε απολυμένους ώστε να βρουν μια θέση εργασίας ή να δημιουργήσουν τη δική τους επιχείρηση. Αυτό όμως δεν έχει συντελέσει καθόλου στην προσπάθεια μείωσης της ανεργίας. Αντίθετα, τα ποσοστά της ανεργίας παρουσιάζουν άνοδο. Υπάρχουν στην Ελλάδα 1.300.000 απολυμένοι με κατάρτιση και δεξιότητες που ψάχνουν απεγνωσμένα για εργασία.

Ψηφίζουμε εκθέσεις, νέα μέτρα και μεταρρυθμίσεις χωρίς ουσιαστικό αποτέλεσμα. Και σας ρωτώ: μπορεί να υπάρξει ελπίδα για τους νέους χωρίς τη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας; Ας αποφασίσουμε επιτέλους τα χρήματα να πηγαινουν στην ανάπτυξη, όχι σαν μια αόριστη έννοια, αλλά σε στοχευμένους τομείς.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162, παράγραφος 8, του κανονισμού))

Richard Sulík (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin! Es ist natürlich sehr traurig, dass es so viele Arbeitslose in Griechenland gibt, aber ich fürchte, es wird ihnen kein Sozialfonds helfen. Griechenland hat die gemeinsame Währung Euro, und die ist einfach zu teuer für Griechenland. Alles, was Griechenland produziert, ist zu teuer. Deswegen produziert es wenig. Die Industrieproduktion ist auf dem Stand des Jahres 1970. Deswegen haben sie die Arbeitslosen. Der Euro schadet Griechenland am meisten.

(Beifall)

President. - I am not sure I heard a question there, but would you like to respond?

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κυρία Πρόεδρε, όχι μόνο το ευρώ κάνει κακό στην Ελλάδα, αλλά και ο τρόπος που η κυβέρνηση διαχειρίζεται τα χρήματα. Παραδειγματος χάρη, τα χρήματα από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, αντί να πηγαινουν στους απολυμένους, πηγαινουν σε κάποιες εταιρείες οι οποίες κάνουν σεμινάρια για δεξιότητες κ.λπ. και οι οποίες καρπώνονται το μεγαλύτερο μέρος των χρημάτων, ενώ ελάχιστα πηγαινουν στους απολυμένους. Τα δε χρήματα που θα πάρουν οι απολυμένοι, θα τα πάρουν τουλάχιστον μετά από δέκα μήνες ή και ένα χρόνο και η κυβέρνηση μας τα παρουσιάζει σαν πρωτογενές πλεόνασμα.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Agnes Jongerius (S&D). - Voorzitter, mag ik allereerst László Andor bedanken voor zijn werk als commissaris voor Sociale Zaken en Werkgelegenheid, juist op een moment waarop het op dit gebied voor heel veel mensen een heel moeilijke tijd geweest is. Juist die moeilijke tijd was het onderwerp van de top in Milaan. Natuurlijk is het goed als regeringsleiders bij elkaar komen om over de zorgelijke werkgelegenheidssituatie te spreken, maar dan is het wel extra wrang als de 24 miljoen werklozen die op dat moment thuis zitten te wachten, eigenlijk horen dat er niets uit de top gekomen is.

Banen en groei staan voor de nieuwe Commissie centraal, maar hoe de Commissie die beloofde 300 miljard ook echt denkt te gaan besteden is mij nog niet duidelijk en niet alle regeringsleiders lijken even enthousiast over dit plan. Ik zou zeggen, concrete voorstellen moeten zo snel mogelijk op tafel komen, want mensen kunnen niet langer wachten, en alle 28 commissarissen moeten werkgelegenheid centraal stellen en vanuit hun portefeuille bedenken hoe zij een bijdrage kunnen leveren aan groei en echte goede banen.

Mara Bizzotto (NI). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, qualche giorno fa i nostri cittadini hanno sperato, guardando il Vertice sul lavoro di Milano, che qualcosa cambiasse. Invece hanno visto per l'ennesima volta lo stesso deludente spettacolo: una sfilata di potenti, vestiti bene, incapaci di trovare soluzione al problema lavoro.

Venticinque milioni di disoccupati, di cui 18 milioni nella zona euro, 3 milioni in Italia, chiedono a gran voce all'Europa di mettere in discussione le scelte su cui hanno costruito le basi di questo fallimento.

Mi riferisco alla moneta sbagliata, ai parametri di bilancio fissi inderogabili imposti dai trattati europei. Hanno visione del mondo che aiuta gli immigrati e non aiuta gli europei, non aiuta i nostri giovani, i nostri disoccupati. Se vuole in futuro l'Unione europea deve andare oltre la propaganda buonista e superficiale con cui ha affrontato fino ad oggi i problemi.

Basta parole, basta vertici inutili! Bisogna fare! Serve una nuova politica monetaria, serve una nuova politica per gli investimenti che sostengano per prima la crescita economica. Serve una nuova politica estera che non demonizzi interlocutori economici vitali per i nostri imprenditori come la Russia. Serve l'Europa diversa, bisogna cambiare velocemente prima che sia troppo tardi.

Brando Benifei (S&D). - Madam President, let me first thank the Italian Presidency for having taken the initiative and the commitment to organise the high level conference on employment in Milan. It is important that Italy be insistent and determined on this front. Fixing unemployment and youth unemployment must remain Europe's number one priority. For this reason, it is now essential that we make a unified effort towards creating quality jobs. We must remain focused, since – let me repeat this – the crisis is by no means over yet.

I particularly welcome the opening of a dialogue on the matter of the system of co-financing for European projects. Grounds for agreement were found on the need to reform the system, which at the moment does not allow countries – especially those engaging in reforms – to strike a proper balance between their deficit rules and growth. This is a very important step in the right direction which will give Member States greater flexibility, which is much needed. It will be essential for the next European Council on 23 and 24 October to sketch out specific proposals for jobs and job creation in Europe. In particular, it is imperative that very specific responses be given to the requests from the Parliament to know how the EUR 300 billion investment plan presented by President Juncker will be financed. Parliament is uncomfortable with vagueness on the issue of the sources of financing. The people demand and deserve clarifications on this.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tiziana Beghin (NI), Domanda «cartellino blu». – Signora Presidente, onorevoli colleghi, volevo chiedere al collega Benifei come pensa, se ha mai lavorato in una piccola e media azienda italiana, come possa una piccola e media azienda in Italia essere competitiva e creare nuovi posti di lavoro con una tassazione imposta di quasi il 70% con il mercato del lavoro, come lo abbiamo e come lo state impostando con il vostro partito in questo momento in Italia.

Brando Benifei (S&D), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la collega Beghin perché mi dà l'occasione di rispondere, diciamo di notare come qui, molti colleghi del gruppo EFDD, i grillini italiani rispondono e fanno domande su questioni italiane invece che fare domande su ciò di cui si è parlato in questa sede. Non siamo in un meetup di Grillo! Sulla questione che è stata posta, non del tutto pertinente, io penso che quello che si sta cercando di fare in Italia, anche in Europa è quello di migliorare la situazione per le nostre imprese. Però mi sembra una domanda provocatoria: è difficile da rispondere in 20 secondi.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Javi López (S&D). - Señora Presidenta, parece que la historia se repite: los Gobiernos europeos se reúnen en cumbres y los europeos caminan al filo del precipicio una vez más. Es una suerte de *déjà vu*. Después de este verano, cinco años más tarde, datos macroeconómicos muy negativos nos indican que entramos otra vez en recesión en Europa —esta sería ya la tercera—, y todos los analistas internacionales nos dicen que volvemos a ser fuente de los problemas para la recuperación económica mundial, provocando además, como hoy hemos comentado, una tasa de desempleo enormemente dolorosa, muchísima pobreza, precarización y emigración forzosa en muchos países.

Lo peor de todo esto es que parte de este dolor viene autoimpuesto por las políticas que estamos aplicando. Así que, por favor, escuchemos a todos aquellos que nos piden que activemos la demanda como única forma para utilizar la palanca del sector público y la inversión para salir de esta crisis económica. Porque, de lo contrario, será imposible recuperar empleo, también para la gente joven, en este continente.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Janice Atkinson (NI), blue-card question. – I am actually here to represent the UK and not the rest of Europe. What we have seen in the UK is really high youth unemployment. We have got nearly one million people unemployed. That is unacceptable. And that is because of the fundamental principle of this place, of the free movement of people, which is driving wages down and unemployment up in my country, do you not agree?

President. - Please answer that 'question' in thirty seconds.

Javi López (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Es difícil contestar a una pregunta que no ha formulado, pero a su Señoría le diré que yo aquí vengo a representar a los europeos —no solo al Reino Unido—, y también a exponer los problemas que padece mi país, que padece Cataluña, que padece España, y creo que los problemas que vivimos hoy no cabe atribuirlos a la libre circulación.

Y durante el último siglo, impidiendo la libre circulación y llevando las economías al proteccionismo, hemos asistido a los mayores desastres sociales, económicos y políticos que ha vivido este continente.

Maria Arena (S&D). - Madame la Présidente, aujourd'hui, 1 % des fonds de la garantie pour la jeunesse a été versé aux États membres. La Commission rejette la faute sur les États membres, les États membres rejettent la faute sur la Commission. Dans ce jeu, ce sont les jeunes qui sont perdants. J'aimerais donc tout simplement vous poser la question suivante: que comptez-vous faire pour accélérer le processus d'un mécanisme qui a été décidé en 2013, sachant que nous sommes aujourd'hui en 2014?

Premièrement, envisagez-vous un cadrage correct de la mesure, qui permette à chacun de se retrouver dans ce qu'il veut faire par rapport à ces jeunes? Deuxièmement, prévoyez-vous la question du préfinancement? Aujourd'hui, deux États membres ont droit au préfinancement, pourquoi pas tous les États membres? Troisièmement, on a l'impression que l'Union reprend d'une main ce qu'elle donne de l'autre. Certains opérateurs publics doivent, à cause de l'austérité, faire des économies et justement des économies au détriment des jeunes. Ne pourrait-on pas immuniser les actions d'accompagnement des jeunes contre les plans d'austérité actuels, ce qui permettrait d'obtenir l'investissement à la fois des États membres et de l'Union?

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 149, paragraphe 8, du règlement))

Jonathan Arnott (NI), blue-card question. – I agree that young people are the losers when everyone bickers, but can we accept that 'one size fits all' does not always work? Can we accept that the needs of one country can be different from the needs of another? Of course we should be doing more to get our young people back into work, but could that not be done far better by the Member States themselves, directly on the things that they know about, if this were taken out of the EU budget and given back to the Member States to help young people themselves?

Dienstag, 21. Oktober 2014

Maria Arena (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, je pense justement que la garantie pour la jeunesse satisfait à ce besoin qu'ont les États membres de répondre tout particulièrement aux situations vécues par les jeunes. Contrairement à ce que vous dites, la garantie pour la jeunesse répond à des besoins spécifiques des jeunes dans les quartiers, et pas uniquement dans des régions ou dans des États membres. Il s'agit vraiment d'un outil qui, s'il était fluidifié par rapport aux moyens qu'on donne, pourrait répondre parfaitement à des réalités de terrain.

Εύα Καϊλή (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, τα αποτελέσματα για την απασχόληση στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι απογοητευτικά, για άλλη μια φορά, καθώς οι θέσεις μερικής απασχόλησης δεν είναι στέρεες θέσεις εργασίας, ούτε μπορεί κανείς να εφησυχάζει. Η εγγύηση για τους νέους είναι 'ασπιρίνη', για να κερδίσουμε λίγο χρόνο μέχρι να καταλάβουμε ότι πρέπει να αλλάξουμε πλεύση και στρατηγική. Πρέπει να πάψουμε να είμαστε παθητικοί στις αποφάσεις μας και στην αντιμετώπιση της ανεργίας, και να ενεργοποιήσουμε την κατεύθυνση της ανάπτυξης.

Η ψηφιακή εποχή καθώς είναι εδώ, δεν πρέπει να μας ξεπεράσουν πάλι οι εξελίξεις. Πρέπει να ενισχύσουμε περαιτέρω το πρόγραμμα Horizon 2020, να συνδέσουμε τα ευρωπαϊκά κεφάλαια με τον ιδιωτικό τομέα ενισχύοντας την καινοτομία, να ομολογήσουμε πως ο παραδοσιακός τρόπος αντιμετώπισης της ανεργίας επιτρέπει ακόμη αυτή να αυξάνεται σε χώρες εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης και οι ανισότητες να διευρύνονται. Και αν ο Βορράς αντέχει, ο Νότος εξοντώνεται.

Οι συνέπειες στην εποχή της παγκοσμιοποίησης, όπως έχουμε καταλάβει τελευταία, και οι επιδημίες δεν περιορίζονται πια από σύνορα, ειδικά ανάμεσά μας, κι αν δεν αλλάξουμε πλεύση, σύντομα εδώ μπορεί να συναντάμε πιο συχνά τον Επίτροπο διαχείρισης κρίσεων.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162, παράγραφος 8, του κανονισμού))

James Carver (NI), *blue-card question*. – Madam President, it seems to me that you are all following the mindset of that great philosopher, Homer. I am not speaking about the ancient Greek poet but the American cartoon character, Homer Simpson, when he said 'a fool and his money are soon parted – I will pay good money to have that one explained to me'. Speaking as a small businessman, does my colleague not accept that the best way to stimulate employment and the economy is to have a bonfire of regulations, in distinct contradiction to the outpourings from the European institutions?

Εύα Καϊλή (S&D), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κυρία Πρόεδρε, ακριβώς όπως είπα και στην ομιλία μου θα πρέπει να ενισχύσουμε τη σύνδεση των ευρωπαϊκών κεφαλαίων με τον ιδιωτικό τομέα, προκειμένου να δοθούν χρήματα στις πρωτοβουλίες, ειδικά στον τομέα της καινοτομίας, καθώς εκεί μπορούμε να δημιουργήσουμε θέσεις εργασίας για τους νέους και τις γυναίκες. Περαιτέρω ενίσχυση θέλουμε και όχι κανόνες οι οποίοι περιορίζουν την πρωτοβουλία. Το αντίθετο. Θέλουμε ενίσχυση, αλλά όχι επιδοματική πολιτική. Ο παραδοσιακός αυτός τρόπος απέδειξε ότι δεν μπορεί να αποδώσει. Χρειαζόμαστε χρήματα για την ανάπτυξη πρωτοβουλιών, και όχι απλώς προκειμένου να στηρίξουμε για ένα ορισμένο διάστημα τους ανθρώπους που πλήττονται από την ανεργία.

Catch-the-eye procedure

Ádám Kósa (PPE). - Kedves kollégák! Nagyon fontosnak tartom azt, hogy minden plenáris ülésen foglalkozzunk a munkahelyteremtés kérdésével. Mint tudjuk, az EU alapszerződésében és az Európa 2020 stratégiában is kiemelt szerepe van a foglalkoztatási kérdésnek. Ennek az Európa 2020 stratégiának kitűzött célja a 75%-os foglalkoztatási szint elérése. Ez nagyon ambiciózus cél. Néhány nyugat-európai ország kivételével, azt gondolom, a többi tagállam nagyon nehezen tudja elérni. Számunkra is nehéz ennek a célnak az elérése, és olyan eszközökkel kell elősegíteni a foglalkoztatási szint növekedését, amelyek hatékonyak. Itt szeretném megjegyezni, hogy nagy hibának tartom, hogy csak a fiatalokkal foglalkozunk most, hiszen rengeteg olyan csoport van – az idősek, az alacsonyan képzettek vagy a fogyatékosokkal élők – akikkel érdemes foglalkozni, és erre a kérdésre náluk is fókuszálni kell. Tehát javaslom, hogy komplexebb megközelítést alkalmazzunk.

Tibor Szanyi (S&D). - Tisztelt elnök asszony! Valóban egyetértek mindazokkal, akik úgy gondolják, hogy kiemelten és visszatérően érdemes foglalkozni a munkahelyteremtéssel. Tán ennek is eredménye az, hogy immár a Bizottság is magáéná tette többünk javaslatát, hogy az európai ifjúsági garancia életkorhatárát 25-ről 30 évre emeljük. Ugyanakkor minden törekvésünk dacára meg kell jegyezzük, hogy a tagországi elszámolások, a statisztikai számbavételek vizsgálata, ellenőrzése legalább olyan fontos, mint megannyi más eszköz itt. Példának hozhatom hazám, Magyarország esetét, ahol a kormány egyébként egy olyan közmunkaprogramot vezetett be, amelyben egy hónapban napi 4–6 órás munkáért 150 eurónyi fizetést adnak, ámde foglalkoztatottnak tekintik ezeket az embereket. Egy szó, mint száz, ha itt hangzatos célokat tűzünk ki, az jó dolog, de megvalósításuknál az ellenőrzés ugyanilyen fontos.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Νότης Μαρίας (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, 'στο ίδιο έργο θεατές'. Ακούμε συνεχώς τα ίδια. Βλέπουμε στην τελευταία συνάντηση κορυφής στο Μιλάνο ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεχίζει να στηρίζει την ανταγωνιστικότητά της στην 'κινεζοποίηση' των μισθών, στη μείωση δηλαδή των μισθών, μια λάθος πολιτική, ενώ αντιθέτως πρέπει να επενδύσει στις νέες τεχνολογίες, στην εκπαίδευση και στην κατάρτιση.

Αλλά, πώς να το κάνει αυτό όταν με τη βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή μειώνει τις δημόσιες δαπάνες για την ίδια την εκπαίδευση; Συνεχίζει να στηρίζεται λοιπόν στη λιτότητα, ενώ πρέπει να ενισχύσει τη ζήτηση. Συνεχίζει να στηρίζει τη διάσωση των τραπεζών: 1,6 τρισεκατομμύρια ευρώ δόθηκαν για να διασωθούν οι τράπεζες, να κοινωνικοποιηθούν δηλαδή οι ζημιές των τραπεζών. Μόνο 6 δισεκατομμύρια ευρώ για την εγγύηση των νέων. Άλλο ένα τρισεκατομμύριο ευρώ από τον κ. Draghi, πάλι για τις τράπεζες. Αποτυχία, λοιπόν, στην όλη διαδικασία, αποτυχία και για την Ελλάδα με τις πολιτικές που εφαρμόζουν εκεί, το μνημόνιο, το οποίο έχει διαλύσει και φτωχοποιήσει την ελληνική κοινωνία.

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospođo predsjednice, shema jamstva za mlade kao novi mehanizam je odgovor na ekonomsku krizu, jedna vrsta vatrogasne mjere. Ali nije samo kriza kriva za nezaposlenost mladih, jer su korijeni ovog problema po mom uvjerenju mnogo dublji.

Zato samo jaka suradnja i jako partnerstvo između europske, nacionalne, regionalne, lokalne razine može u ovome slučaju zaista dati rezultate. Ali i iskreno partnerstvo s obrazovnim sustavom i naravno pogotovo s privatnim sektorom gdje posebno naglašavam mala i srednja poduzeća.

Tome želim dodati tri poticaja: Prvo, stvaranje zaista efikasnog mehanizma samozapošljavanja mladih, drugo, mobilnost mladih unutar Europske unije, i treće, zaključak da su digitalno tržište i energetika kao sektor za zapošljavanje mladih nešto što je aktualno, što sam čuo od g. Della Vedove, ali dodajem i poljoprivredu i turizam.

Senra Rodríguez, Lidia (GUE/NGL). - Senhora Presidente, eu venho de um povo do sul da Europa, da Galiza, golpeado pela dívida e golpeado pela troica. No meu país, a juventude continua sem trabalho, milhares de jovens, desde 2008, abandonaram o país à procura de trabalho, muitos milhares continuam no país em busca de trabalho, durante longas jornadas, mas não o conseguem.

Quería perguntar realmente ao Conselho e à Comissão para quando vai haver medidas reais para que a juventude e as outras pessoas sem trabalho tenham emprego, emprego de qualidade, e que não fiquem trabalhadores e trabalhadoras pobres como acontece na atualidade.

Krisztina Morvai (NI). - Kifejezetten honfitársamat, Andor biztos urat szeretném kérdezni arról, hogy mennyire hisz Ön, biztos úr, a tisztes munka fogalmában, a „decent job” fogalmában? Az Európai Unió és az Európa Tanács számos dokumentuma mostanában már tisztes munkahelyről beszél, és nem egyszerűen akármilyen munkahelyről. És a következő kérdésem: hogy gondolja, hogy az elmúlt 5 évben, amióta Ön itt magyarként, új tagállami biztosként a munka világát képviseli, mennyire sikerült kiemelkedniük a rabszolgasorból például az Ön honfitársainak, illetőleg a szegényebb tagállamok rabszolgasorban lévő munkavállalóinak? Mit szól ahhoz, hogy úgy foglalta össze a munkavállalók helyzetét nemrég egy magyar asszony, hogy „lecsérélhető tárgyak lettünk”. A munkaerő-kölcsönzőknek való kiszolgáltatottságban, jogfosztottságban, teljes munkajogi jogfosztottságban éljük az életünket? Milyen eredmény ez az Ön számára?

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Pani Przewodnicząca! Europa potrzebuje poważnych zmian, a przede wszystkim zdecydowanej modernizacji europejskiego modelu społecznego. Za brak tych zmian płacimy dzisiaj najwyższą cenę, jaką jest wysokie bezrobocie, nie tylko wśród ludzi młodych, ale także wśród kobiet i osób starszych. Wciąż zastępujemy wiele środowisk naszego społeczeństwa w ich aktywności, rozdajemy pieniądze bez równoległego wdrażania narzędzi dających naszemu społeczeństwu szanse, a nie gwarancje. Żaden rząd nie jest w stanie zagwarantować ludziom młodym pracy, szkoleń czy staży, a tego dotyczy program gwarancji dla młodzieży. To nie rządy mają takie kompetencje, lecz przedsiębiorcy, o których Unia Europejska dba poprzez zwiększanie biurokracji czy podnoszenie różnego rodzaju obciążeń. Zacznijmy w końcu działać, zapewniając szanse młodzieży, a skoro już podjęliśmy tę nieroztropną decyzję o programie gwarancji dla młodzieży, to realizujemy ją z olbrzymią odpowiedzialnością. Dzisiejsze wdrażanie świadczy o tym, że tej odpowiedzialności brak.

Na koniec pytanie: gdzie są propozycje dla bezrobotnych kobiet i osób starszych?

Dienstag, 21. Oktober 2014

Milan Zver (PPE). - Čestitam predsedujoči Italiji, da je v Milanu organizirala to pomembno konferenco, na kateri je brezposelnost mladih ponovno postavila visoko na agendo. Zagotovo bo imela kak pozitiven učinek, četudi vemo, kako je takrat, ko se dobijo šefi vlad in držav.

Vendar sem vse manj vesel, ker države članice ne izkoriščajo vseh možnosti, vseh resursov, ki jih imajo pri premaganju brezposelnosti mladih – niti evropskih. Birokratski mlini meljejo počasi v državah članicah, znano je, da sta le dve državi izkoristili, popolnoma izkoristili jamstveno shemo.

Dober znak je, ko komisar govori o izobraževanju, ko išče načine reševanja brezposelnosti mladih – to je dobro. Še vedno ostaja ključno vprašanje, kdo naj ustvari delovna mesta. Z administrativnimi ukrepi ne bomo ustvarili produktivnih delovnih mest za mlade. To ni naravna pot, naravna pot je ustvarjanje boljših pogojev za podjetništvo.

(End of catch-the-eye procedure)

László Andor, Member of the Commission. - Madam President, honourable Members, I believe the Milan Summit of Heads of State and Government was a step forward, compared to Berlin and Paris, because Prime Ministers and leaders of public employment services spoke in much more concrete terms about the Youth Guarantee and its implementation in their respective countries than in previous cases.

Indeed, there were reports about the progress being made and the Commission also keeps reporting about the results of pilot projects, as well as the actual Youth Guarantee implementation, on its own website. Ms Paunova and others who were asking about this can find information about it on the DG Employment website, and I have also been reporting regularly to this House about the progress made.

The Youth Guarantee is, as you know, an EU-wide initiative, but it is not a uniform model. It is tailor-made. Countries themselves were designing their own youth guarantee implementation plans according to common guidelines which were provided at EU level. This is something to be emphasised, because Mr Mureşan as well as Mr Arnott were asking about this aspect. Certainly, the Youth Guarantee is tailor-made in the case of each and every EU Member State. We took inspiration from the pioneers, Austria and Finland, inside the EU and all countries have to apply the common principles – the four-month deadline, for example, and the importance of quality jobs, apprenticeships, training or learning according to their own needs and capacity.

We have to clarify in such a broad discussion what the Youth Guarantee actually is and what it is not. The Youth Guarantee is primarily about the school-to-work transition. It is about improving school and training performance; improving labour market performance and the connection between the two, because this is where many young people, including the so called NEETs, have been lost – and not only at the time of the crisis. We are not only responding to the crisis with the Youth Guarantee, but also to the previous model of economic development, which was not inclusive enough and because of which Europe was losing significant growth potential.

The Youth Guarantee is certainly not a tool against deflation because, again, on deflation it is the European Central Bank which needs to act, and the surplus countries of the euro zone, by boosting investment and also wages. It is not a tool to generally promote industrial competitiveness, because innovation has to be promoted for that purpose, and it is certainly not a tool to respond to asymmetric shocks in the monetary union, because for that we would need a counter-cyclical fiscal capacity.

The new financial instrument, the Youth Employment Initiative, is in a way an embryonic fiscal capacity to respond also to the cyclical rise of youth unemployment in the European Union, but it has to function according to the rules of the structural funds. The Commission has to observe these rules and we have to be held accountable according to the regulations. I am sure that is also what the House would demand from the Commission. Nevertheless, the Commission has been doing its utmost to help the Member States to accelerate implementation of the Youth Guarantee and the financial instruments supporting it. We have been helping to design the programmes; we have been helping to exchange experiences and also accelerating the adoption when necessary.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Those who are still not satisfied with the speed, like Ms Steinruck and Mr Ropé, obviously would like to see a different type of fiscal capacity, for example in the form of automatic stabilisers, because that would indeed immediately provide financial support, but under the current design of the EMU, such capacity does not exist.

I think Mr Kósa is right. Apart from the young generation, we also have to speak seriously and also act seriously about the unemployment in the European Union. The youth, those under 25, represent about a fifth of total unemployment in the European Union. Total unemployment in the last one year has been falling, contrary to what some Members of this House actually believe. The problem is that it has not been falling fast enough, it has not been falling everywhere, and very often the quality of the new jobs is not what we would like to see. Indeed the quality of employment has also suffered during the crisis years and the Commission's initiatives have to respond to all these aspects: the speed of job creation, the balanced nature of economic growth and also the quality of employment.

Where the overall macroeconomic picture is concerned – and I agree with Ms Regner, this is very important – it is obviously true that the youth guarantee alone will not create a job-rich recovery. We outlined an employment package in 2012 with a host of measures that need to be taken: shifting taxation away from labour, for example, which Member States are capable of doing just very, very slowly, but it also should be seen as a priority. Boosting entrepreneurship and helping enterprises to employ more people is indeed an important part of this broader policy. But certainly, when we are facing the risk of another downturn it is also important that fiscal as well as monetary policies use their existing room for manoeuvre to stimulate the economy and to boost investment, which certainly should not remain just a buzz word of our time.

I do not think it is helpful when some blame migrants for the level of unemployment in the EU, including for youth unemployment. In fact the two countries that receive the highest numbers of migrant workers in the Europe Union, Germany and the UK, are doing relatively well. Germany has had relatively low unemployment rates during the crisis as well and the UK is experiencing one of the fastest falls in unemployment, despite having received relatively large numbers of EU migrants.

Finally, on the question of decent work, because indeed this has been a priority for the Commission, not only inside the EU but also internationally, just in the last one year we rolled out a number of initiatives: the quality framework on restructuring, the quality framework on traineeships, a new health and safety strategy for the next seven years and the European platform proposal against undeclared work. All these initiatives are supposed to help boost the quality of employment and improve industrial relations in the European Union, but certainly they do not cover all aspects of the employment policy in the Member States because a large part of it is dependent on national law, for example in the case which has been mentioned, about Hungary. Indeed, the Commission finds it regrettable that some of these domestic measures have caused serious damage to the quality of employment, and the country operates with an inflated public scheme which is on the one hand quite costly and secondly does not help many of the participants reintegrate into the labour market at a later stage. But we have been promoting this as well inside the EU and we have been doing that also internationally, in the context of the G20.

Just yesterday we had a meeting with the representatives of Bangladesh, involving the ILO as well, because we cannot allow unfair competition to continue internationally which does not respect the rights of workers and does not protect workers from risks to their health and safety at the workplace. I hope you find all these initiatives positive and helpful. We remain committed to boosting the quality of employment in general, but also specifically for young people in Europe.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora Presidente, onorevoli colleghi, brevemente perché non credo ci siano conclusioni da trarre. Io voglio ringraziare tutti i parlamentari che sono intervenuti nella discussione con interventi appassionati che segnalano l'interesse comune e l'obiettivo comune che abbiamo, credo, tutti quanti noi europei nelle diverse posizioni, che è quello di affrontare e possibilmente avviare a soluzione, il tema dell'occupazione, dell'occupazione giovanile in particolare, nell'occupazione in altre categorie con difficoltà e possibilmente della buona occupazione.

Dienstag, 21. Oktober 2014

L'avvio a soluzione dei problemi strutturali, quali quelli posti dalla disoccupazione non può prescindere da un impegno coerente degli Stati membri e delle istituzioni dell'Unione che deve realizzarsi attraverso misure concrete ed efficaci da attuare in modo rapido e senza aggravii burocratici.

Altri incontri ad alto livello che rafforzino l'impulso lanciato da quelli organizzati a Berlino, Parigi e Milano, che ovviamente non sono luoghi dove le soluzioni vengono trovate e implementate, ma credo siano luoghi dove un confronto aperto e una discussione aperta faccia fare dei passi avanti alle politiche concrete. Potranno senz'altro contribuire all'accompagnamento delle azioni già decise e ad approfondire quelle analisi sulle condizioni necessarie per la ripresa dell'occupazione avviata nella Conferenza di Milano.

Ringrazio quindi, Signora Presidente, nuovamente tutti coloro che sono intervenuti per l'attenzione e il contributo.

PRZEWODNICZY: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Przewodniczący. - Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Dominique Bilde (NI), *par écrit.* – Cette troisième rencontre à haut niveau (tout un programme!) doit permettre d'échanger les expériences pour augmenter le taux d'emploi, encourager l'esprit d'entreprise et permettre la mise en place d'instrument pour lutter contre le chômage. La mise en œuvre de la Garantie Jeunesse qui nous est présentée ici comme le remède miracle n'est qu'un palliatif et ne permet pas durablement d'insérer les jeunes sur le marché de l'emploi. Cinq millions de jeunes sont actuellement au chômage en Europe et 6 milliards d'euros sont consacrés à l'initiative (1200€ par jeunes). Trop peu pour des résultats concrets ou beaucoup trop pour l'inutilité de la mesure, chacun jugera... D'autre part, vous parlez de régler le problème du chômage et de relancer l'activité économique en Europe en mettant en œuvre différentes politiques, alors même que l'UE a voté la directive dite des «travailleurs détachés» qui crée une véritable concurrence sur nos marchés nationaux du travail et engendre un effrayant dumping social. N'est-ce pas là une profonde contradiction?

Monika Flašíková Beňová (S&D), *pisomne* – Je veľmi dôležité, aby mladí ľudia našli uplatnenie po skončení školy a mohli naplno využiť nadobudnuté vzdelanie, pretože ak sa im to nepodarí a nevytvoria si pracovný návyk už v mladosti, môžu ľahko prepadnúť frustrácii a prestanú veriť vo vlastné schopnosti, čo bude v konečnom dôsledku znamenať zvýšenie napätia v spoločnosti a ďalšiu záťaž pre sociálne systémy jednotlivých členských štátov. Myslím si, že je načase si priznať, že európsky model zamestnávania má vážne problémy a nedostatky, čoho dôkazom je 7,6 milióna stratených pracovných pozícií v období rokov 2007 – 2013. Musíme mladým ľuďom ukázať, že majú možnosť sa zamestnať a dať im nádej na lepšiu budúcnosť. Treba priznať, že v dôsledku reforiem, ktoré boli uskutočnené v jednotlivých členských štátoch, sa podarilo situáciu na trhu práce čiastočne stabilizovať, avšak nezdialam bezhraničný optimizmus pána Barrosa, pretože situácia je stále vážna a tak k nej aj musíme pristupovať. Môžem však súhlasiť s tým, že rast v Európe je veľmi krehký a nerovnomerný a že členské štáty, ktoré boli zodpovedné a uskutočnili štrukturálne reformy, sú dnes v podstatne lepšej kondícii a výhodnejšej situácii. Ako dobrý príklad môže poslúžiť Taliansko, kde sa uskutočnila významná reforma, ktorá má pomôcť zamestnať sa mladým Talianom do 25 rokov.

Michela Giuffrida (S&D). - Il terzo appuntamento sull'occupazione svoltosi a Milano l'8 ottobre non ha prodotto i risultati sperati: buoni i propositi e il rilancio di un'agenda programmatica in favore dell'occupazione, non solo giovanile, attraverso le necessarie riforme del mercato del lavoro. Posto che la disoccupazione strutturale e la disparità nei mercati del lavoro a livello nazionale, soprattutto in termini di competenze di chi cerca lavoro e il tipo di lavoro disponibile sul mercato del lavoro, sono in crescita all'interno dell'UE, si fa urgente l'attuazione di una riforma. Cosa è andato storto, come mai nessuna risposta concreta e tempestiva è stata fornita su temi quali: modelli di contrattazione salariale, adattabilità alle condizioni del ciclo economico; riequilibrio dei costi di manodopera; progettazione e adozione di indennità di disoccupazione e regimi di assicurazione; grado di flessibilità in entrata e uscita dal mercato del lavoro, mobilità della manodopera e razionalizzazione delle forme contrattuali; e profilo di competenze dei lavoratori disoccupati? Inaccettabile che capi di Stato e di governo non siano riusciti a produrre un documento comune e che non abbiano formalizzato un programma di appuntamenti volto alla soluzione dei problemi occupazionali. Le attese non pagano, soprattutto durante le crisi, e rischiamo di ritrovarci a successive analisi non solo sulla povertà, ma anche sul

Dienstag, 21. Oktober 2014

perché degli estremismi in Europa.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Bezrobocie wśród młodzieży to temat, który gości na każdej sesji plenarnej obecnej kadencji. Słusznie, ponieważ jest to jeden z poważniejszych problemów, z jakimi boryka się obecnie Europa. Gwarancje dla młodzieży nie są wystarczającym środkiem rozwiązującym ten problem, są jednak ważnym instrumentem, który może zapewnić istotne wsparcie dla reform strukturalnych przeprowadzonych przez państwa członkowskie. Ich wdrażanie musi być jednak przyspieszone. Te środki należy wykorzystać na reformy rynków pracy w państwach członkowskich, a także na dopasowanie umiejętności młodych do oczekiwań pracodawców. To jednak nie wszystko. Trwałe zlikwidowanie bezrobocia możliwe jest tylko poprzez stworzenie nowych miejsc pracy. Należy pobudzić wzrost gospodarczy, bo tylko w ten sposób stworzymy dobry klimat do rozwoju firm. Pracodawcy, którzy w wyniku kryzysu zmuszeni byli redukować zatrudnienie, muszą mieć zapewnione dobre warunki do odtworzenia tych miejsc pracy. Ponadto musimy wspierać przedsiębiorczość młodych ludzi i stworzyć im możliwości do zakładania własnych firm. System wsparcia musi być kompleksowy i obejmować zarówno ułatwienia administracyjne, jak i dostęp do finansowania.

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Europa muß Instrumente entwickeln, die Wachstum und Beschäftigung fördern. Ebenso ist die ökonomische Governance zu stärken, das sagte der italienische Staatssekretär Benedetto Della Vedova heute im Rahmen der Debatte über die Ergebnisse des Beschäftigungsgipfels in Mailand, dem dritten Beschäftigungsgipfel innerhalb von 15 Monaten. Allgemeiner hätte man es nicht halten können angesichts von 25,7 Millionen Arbeitslosen in Europa, davon 5,3 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren. Und angesichts einer insbesondere in Südeuropa erschreckenden Jobsituation: In Spanien, Italien und Griechenland ist jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. 15 Milliarden Euro stehen auf der europäischen Ebene jährlich zur Verfügung, um Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung zu forcieren. Von der Jugendgarantie – wo von den eingereichten 34 Anträgen bisher nur drei genehmigt wurden – bis zur Jugendbeschäftigungsinitiative für Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 25 Prozent. Experten sind sich einig darüber, dass milliardenschwere EU-Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Was Europa braucht, um die Beschäftigung nachhaltig zu erhöhen, das ist Wachstum, das sind gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Innovation, Zugang zu Finanzierungsquellen und der Abbau von Bürokratie. Nur durch gezielte Wachstums- und auch Wettbewerbspolitik sowie durch gute Rahmenbedingungen für Unternehmen können Jobs geschaffen werden.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Bezrobocie w Unii Europejskiej dzięki podejmowanym wysiłkom na poziomie europejskim i krajów członkowskich powoli maleje. Jednak tempo i zakres tych działań wciąż są niewystarczające. Zabezpieczone na Gwarancję dla Młodzieży środki są wydawane wolno, a wdrażanie polityk wobec bezrobocia w krajach członkowskich postępuje opornie. Jest jasne, że redukcja bezrobocia wymaga nie tylko programów szkoleniowych i finansowania biur pośrednictwa pracy, ale też głębokich reform strukturalnych dotyczących zarówno systemu szkolnictwa zawodowego, jak i funkcjonowania małych i średnich przedsiębiorstw, które dostarczają najwięcej miejsc pracy i są odpowiedzialne za największą część dochodu. Podczas debaty wiele osób podkreśla, że walka z bezrobociem, aby doprowadzić do trwałego efektu, musi dotyczyć jego przyczyn, a nie zajmować się jedynie likwidowaniem objawów. Aby inicjatywy na rzecz zatrudnienia były skuteczne i doprowadziły do założonego przez UE celu 75% zatrudnienia osób w przedziale wiekowym 20–64 lat, kraje członkowskie potrzebują inwestycji publicznych zachęcających małe i średnie przedsiębiorstwa do tworzenia nowych miejsc pracy. Brak wzrostu gospodarczego będzie w dłuższym okresie pogłębiał kryzys na rynku pracy. Gwarancja dla Młodzieży nie zastąpi instrumentów makroekonomicznych, które działają uniwersalnie na cały rynek, poprawiając nie tylko sytuację młodych, ale także starszych pracowników, których doświadczenie i umiejętności są równie ważne dla rozwoju Europy jak entuzjazm i nowoczesne wykształcenie młodych.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Zasadniczym problemem w Unii pozostaje wysoki stopień bezrobocia wśród młodych ludzi, który pomimo tendencji spadkowej utrzymuje się w dalszym ciągu na wysokim poziomie w niektórych państwach członkowskich. W tym kontekście na poziomie europejskim kluczowy jest efektywny monitoring i wymiana najlepszych praktyk w zakresie wdrażania gwarancji dla młodzieży oraz strategii na rzecz zwalczania bezrobocia.

Kolejna kwestia to wzrost liczby osób długotrwale bezrobotnych. Według statystyk z 2014 roku niemal 13 milionów osób pozostaje bez pracy od ponad roku, a ponad jedna trzecia bezrobotnych pozostaje bez zatrudnienia od ponad dwóch lat. Długotrwałe bezrobocie ma negatywne konsekwencje zarówno dla osób pozostających długi czas bez pracy, jak również dla budżetów państw członkowskich. Koszt utrzymania osób bez pracy ocenia się np. na 10,5 mld zł. rocznie w Polsce. Większość kompetencji związanych z zatrudnieniem należy jednak do państw członkowskich, dlatego to w ich gestii i odpowiedzialności leży wiele aspektów niezbędnych do zwiększenia zatrudnienia. Do niezbędnych działań należy zaliczyć skorelowanie systemów kształcenia z potrzebami rynku pracy ułatwiające przechodzenie od kształcenia do zatrudnienia oraz rozwój gospodarki opartej na wiedzy.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Nezaposlenost u Europskoj uniji u zadnjih pet godina bilježi rekordne stope, osobito nezaposlenost mladih. Hitne mjere kojima će se potaknuti otvaranje radnih mjesta su neophodne. Te mjere moraju biti usmjerene na uspješne projekte poduzetnika i na jačanje njihove konkurentnosti. Potrebno je razvijati potporne institucije koje će osloboditi poduzetnike od administrativnih opterećenja, pomagati u modernizaciji poslovanja te im olakšati izlazak na druga tržišta.

Još uvijek se premali dio EU fondova usmjerava direktno projektima poduzetnika i jačanju poduzetničke infrastrukture. Tako se u RH-oj u OP Regionalni razvoj i konkurentnost, kojim se definira korištenje 6,7 milijardi eura u razdoblju od 2014.-2020., samo 14,1 posto sredstava odnosno 970 milijuna eura odvaja za razvoj poslovne konkurentnosti, odnosno za ulaganja u srednje i male poduzetnike te potporne institucije. Europska komisija bi trebala aktivnije poticati države članice na bržu implementaciju mjera za mlade i korištenje sredstava izdvojenih za mlade.

Mladima posao treba danas, a ne u budućnosti. Mnogi talentirani i pametni mladi odlaze na druge kontinente. Europa, koja stari galopirajućom brzinom, postala je rasadnik mladih kadrova, a to naše gospodarstvo ne može podnijeti. Konferencije su važne i podržavam njihovo održavanje, ali ako ih ne prate mjere i njihova provedba u praksi postaju besmislene, a to ne želimo.

Sophie Montel (NI), *par écrit.* – L'Union européenne a organisé début octobre, une énième conférence sur l'emploi en Europe. Au programme: toujours les mêmes poncifs et vœux pieux... L'emploi des jeunes serait ainsi la priorité des priorités pour l'UE. Relancer la croissance et l'activité économique permettrait aussi de solutionner le problème du chômage, etc... Evidemment cela va mieux en le disant... Cette conférence, nous l'avons bien compris, n'aura été, en réalité, qu'une opération de communication de plus. L'UE avec son dogmatisme ultralibéral étant justement à l'origine même de l'explosion du chômage en Europe! Et que dire de la directive européenne dite «des travailleurs détachés» qui a créé une effroyable concurrence sur le marché de l'emploi en France, en Allemagne, en Italie... Et que dire du fait que l'UE réclame toujours plus d'immigration alors même que le chômage et la paupérisation explosent! En réalité, sans le retour à un protectionnisme raisonné, sans le rétablissement des frontières nationales, sans la remise en cause du dogme ultralibéral (la concurrence libre et non faussée), les économies nationales resteront atones et durablement impactées par les effets dévastateurs de la globalisation, et de la croissance nulle nous sombrerons bientôt dans la récession.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto.* – Il rischio che appuntamenti così importanti, come ad esempio quello di Milano sull'occupazione, possano trasformarsi in un'inutile passerella se non si sviluppano contenuti concreti è fondato. Il semestre italiano è quasi finito e ancora si parla in modo generico senza affrontare realmente, e soprattutto risolvere, la disoccupazione giovanile, la questione tutta italiana degli esodati e la differenza di stipendio tra uomo e donna a parità di mansioni. Basta con le passerelle che allontanano le istituzioni europee dai cittadini. Il vertice di Milano, tra le altre cose, è avvenuto a ridosso di gravi alluvioni che hanno colpito regioni economicamente molto importanti d'Italia. Non vi è stato all'interno del vertice nessun riferimento solidale concernente tali eventi da parte dei vertici dell'Unione.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *in writing.* – Χαίρετιζω τα συμπεράσματα της συνόδου για την απασχόληση στην Ευρώπη, που διεξήχθη στο Μιλάνο με πρωτοβουλία της Ιταλικής Προεδρίας. Η ανεργία στην ΕΕ, ειδικότερα των νέων, των γυναικών και των ατόμων με ειδικές ανάγκες, είναι σκανδαλώδης. Η ΕΕ έχει λάβει πρωτοβουλίες για την ενίσχυση της απασχόλησης από τα διαρθρωτικά ταμεία, κυρίως μέσω του Ευρωπαϊκού Κοινωνικού Ταμείου, αλλά και της Πρωτοβουλίας για τους Νέους, που δίνει νέες δυνατότητες στην μαθητεία και την ενίσχυση των δεξιοτήτων. Δυστυχώς, όμως, οι δράσεις αυτές δεν αρκούν. Ιδιαίτερα στον Ευρωπαϊκό Νότο που μαστιάζεται από την οικονομική κρίση και τα δυσθεώρητα ποσοστά ανεργίας. Για αυτό το λόγο χρειαζόμαστε μεγαλύτερη αποφασιστικότητα και ευελιξία από πλευράς ΕΕ. Έχουμε ανάγκη από νέες στοχευμένες γραμμές χρηματοδότησης, οι οποίες θα συμβάλουν στην ανάκαμψη της ευρωπαϊκής οικονομίας και στην διατήρηση της κοινωνικής συνοχής. Είναι ευθύνη όλων μας, να οικοδομήσουμε ένα σταθερό πλαίσιο, που ευνοεί τις δημόσιες και ιδιωτικές επενδύσεις, τη δημιουργικότητα, τις νεοφυείς επιχειρήσεις, τη δια βίου μάθηση και την κινητικότητα. Η ΕΕ είναι από τις μεγαλύτερες οικονομίες στον κόσμο, οι νέοι μας και το ανθρώπινο δυναμικό, συνολικά, το καλύτερο που είχε ποτέ στην διάθεση της. Οφείλουμε, να ενισχύσουμε την ανταγωνιστικότητα της Ευρωπαϊκής αγοράς και να κρατήσουμε τους νέους μας εντός των συνόρων.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), in writing. – Η σύνοδος κορυφής στο Μιλάνο για την απασχόληση δεν απέδειξε μόνο ότι η ΕΕ δεν θέλει, αλλά και ότι δεν μπορεί να αντιμετωπίσει το πρόβλημα της ανεργίας το οποίο οξύνεται και βασανίζει εκατομμύρια οικογένειες. Η Ευρωπαϊκή πολιτική μοιράζει την ανεργία σε περισσότερους, γενικεύει την ελαστική απασχόληση, ιδιαίτερα στους νέους, χαρίζει στην εργοδοσία δωρεάν εργατικό δυναμικό, με προγράμματα επιδότησης των επιχειρήσεων και ψευδοκατάρτιση, τοακίζει μισθούς και κατακτημένα με αγώνες δικαιώματα που επιδιώκουν οι νέοι να μην γνωρίσουν ποτέ. Στόχος της ΕΕ και των κομμάτων που την υποστηρίζουν είναι να μειώσουν την απαιτητικότητα των εργαζομένων, ιδιαίτερα των νέων. Με τις «θεμελιώδεις αρχές» της ΕΕ για την ελευθερία κίνησης του κεφαλαίου και την κινητικότητα των εργαζομένων εξασφαλίζει πάμφθηνο εργατικό δυναμικό στους μεγάλους ομίλους, ενώ ταυτόχρονα ρίχνει στην ανεργία χιλιάδες εργαζόμενους. Παρά τους ανταγωνισμούς που εκδηλώνονται, ενιαία επιδίωξη της Ε.Ε είναι να μονιμοποιηθεί αυτή η κατάσταση, Αυτό το σύστημα δεν μπορεί να εξασφαλίσει το δικαίωμα στη δουλειά. Χρειάζεται τις στρατιές ανέργων για να εξασφαλίσει φθηνή εργατική δύναμη, βασική προϋπόθεση για κέρδη, ανταγωνιστικότητα. Η εξασφάλιση του δικαιώματος στην πλήρη, μόνιμη δουλειά απαιτεί οργανωμένη πάλη, ανατροπή του συστήματος που παράγει ανεργία, φτώχεια και εκμετάλλευση.

6. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2014 (Aussprache)

Przewodniczący. - Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Philippe'a De Backera w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie europejskiego semestru na rzecz koordynacji polityki gospodarczej: wdrożenie priorytetów na rok 2014 (2014/2059(INI)) (A8-0019/2014).

Philippe De Backer, Rapporteur. - Voorzitter, collega's, laat mij in de eerste plaats mijn collega's schaduwrapporteurs van de Commissie economische en monetaire zaken bedanken voor de goede samenwerking, evenals de rapporteurs van de adviezen van de verschillende andere commissies.

Het is niet altijd gemakkelijk om in dit dossier de ideologische tegenstellingen die er in dit Parlement zijn, te overstijgen, maar toch zijn we erin geslaagd, denk ik, om een heel degelijk verslag te schrijven. Ik denk ook dat het belangrijk is dat dit Parlement zich kan uitspreken over het Europees Semester. Het is een heel belangrijk beleidsinstrument voor de Commissie en voor de Europese instellingen om economische coördinatie tussen de lidstaten mogelijk te maken. Ik roep het gehele Parlement dan ook op om morgen tijdens de stemming dit verslag met een brede meerderheid te ondersteunen.

We weten allemaal dat onze Europese economie de zwaarste crisis heeft doorgemaakt sinds de Tweede Wereldoorlog. Het zeer zwakke economische herstel dat nu optreedt, toont aan dat de crisis nog altijd niet voorbij is en dat we nog bijkomende inspanningen zullen moeten doen. We maken dan ook hier in het Europees Parlement met de Europese instellingen en de lidstaten afspraken om samen uit de crisis te komen. Begrotingsdiscipline, nationale hervormingen, maar ook Europese investeringen moeten het mogelijk maken om opnieuw economische groei te creëren en banen te scheppen. Dat is ook de kernboodschap van mijn verslag. Dat is ook de kernboodschap die ik hier vandaag zal brengen namens de Commissie economische en monetaire zaken. Het werk is niet af.

De crisis heeft aangetoond dat we lang hebben geleefd op kosten van de volgende generaties en dit moet hersteld worden. De crisis heeft ook laten zien dat onze economieën sterk met elkaar verbonden zijn, of we dat nu willen of niet. We kunnen ons daarom niet veroorloven om slechts naar onze eigen achtertuin te blijven kijken, want als we dat doen riskeren we daadwerkelijk een hele generatie jongeren te verliezen.

Lidstaten zullen dus meer *ownership* moeten tonen over de afspraken die ze maken met de Europese instellingen. Het is politiek gezien niet altijd gemakkelijk om uit te leggen wat er moet gebeuren; de noodzakelijke hervormingen die moeten worden doorgevoerd in de verschillende lidstaten. Maar het Europees Semester maakt duidelijk dat coördinatie nodig is. We moeten optimaal gebruik maken van de Europese fondsen om innovatie, onderzoek, infrastructuurinvesteringen te ondersteunen.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Maar tegelijkertijd moeten de lidstaten ook beseffen dat *ownership* nodig is om, met dit verslag en met het Europees Semester, economische coördinatie daadwerkelijk mogelijk te maken. Als we dit niet doen, als we gedogen dat bepaalde lidstaten geen rekening houden met Europa ten koste van andere lidstaten, wat is dan de toekomst van het Europees Semester en wat is dan de toekomst van de Europese Unie?

Ik denk ook dat het van belang is om te blijven debatteren in dit Parlement en te vragen om meer democratische controle op het hele proces. Ook op dit punt is mijn verslag bijzonder duidelijk. Het werk is daar ook niet af. We moeten ervoor zorgen dat ook daar het Europees Parlement zijn rol van democratische instelling die democratische controle uitoefent op Europese processen, ten volle kan spelen.

Daarvoor is de gemeenschapsmethode natuurlijk dé aangewezen methode. We moeten er bijvoorbeeld voor zorgen dat democratische controle wordt uitgeoefend op alle programma's die door de Trojka worden voorgesteld.

In mijn verslag wordt ook heel duidelijk opgesomd welke taken nog vóór ons liggen. In de eerste plaats een aantal taken op Europees niveau om ons concurrentievermogen te versterken, om ervoor te zorgen dat de lidstaten, maar ook de Europese Unie in haar geheel concurrerend blijven, nieuwe exportmarkten veroveren en ook ten volle inzetten om de groei die moet komen vanuit de kmo's, de bedrijfsweld en de private markt, te ondersteunen. Ook moeten structurele hervormingen worden doorgevoerd, op de arbeidsmarkt, in het pensioenstelsel, in de sociale zekerheid, niet om de sociale afbraak te organiseren, – dat zeker niet –, maar om onze sociale zekerheid te moderniseren, en ervoor te zorgen dat ook volgende generaties van die sociale zekerheid gebruik kunnen blijven maken.

De conclusie is dan ook heel duidelijk. Alle lidstaten moeten hun verantwoordelijkheid nemen. Slechts tien procent van de Europese aanbevelingen wordt vandaag ook daadwerkelijk in de praktijk omgezet. Het beleid moet beter gecoördineerd worden op economisch vlak om ervoor te zorgen dat we groei en banen kunnen creëren. We moeten er ook voor zorgen dat de koers die Europa heeft gekozen, wordt aangehouden. Die zal op termijn ook resultaat opleveren in termen van groei, banen en werkgelegenheid. Ik denk dat de juiste beleidsmix bestaat uit een combinatie van monetair beleid, fiscaal beleid en structurele hervormingen.

Ik verzoek dit Parlement dan ook mijn verslag morgen met volle overtuiging te ondersteunen. Ik hoop dat we zo een duidelijk signaal kunnen afgeven aan de Raad en de Commissie, om ervoor te zorgen dat het Europees Semester het essentiële beleidsinstrument blijft dat nodig is om nieuwe economische groei te creëren in Europa en de lidstaten.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor presidente, onorevoli deputati, sono lieto di avere l'opportunità di partecipare questa mattina al dibattito sul semestre europeo.

Ho esaminato con attenzione il progetto di risoluzione che costituisce la base di questo dibattito e sono favorevolmente colpito dall'ampia gamma di questioni che vi si affrontano e dall'importanza delle questioni affrontate. Di fatto, il dibattito di stamani va oltre la meccanica del coordinamento economico. Siamo qui per discutere come l'Europa conduce la sua politica economica, la sua politica occupazionale e tutte le altre politiche che contribuiscono all'occupazione e alla crescita.

La risoluzione si incentra sull'attuazione delle priorità per il 2014: l'attuazione è fondamentale; disponiamo già di orientamenti strategici, a livello di Unione europea, le conclusioni del Consiglio europeo e, per ciascuno Stato membro, le raccomandazioni specifiche per paese.

L'attuazione di tali raccomandazioni impone riforme strutturali coraggiose, anche in aree di competenza nazionale, che talvolta sono in contrasto con diritti acquisiti. I benefici tardano a manifestarsi, il che accresce a sua volta la pressione politica. Il Consiglio sta incoraggiando con determinazione gli Stati membri a effettuare tali riforme.

Questo dibattito verte sulle priorità per il 2014, ma dobbiamo riconoscere che il semestre europeo non è un esercizio e non può essere un esercizio nel quale le priorità cambiano radicalmente da un anno all'altro. Alcuni particolari possono cambiare da un anno all'altro, ma le priorità stesse rientrano in un orizzonte temporale più lungo.

Dienstag, 21. Oktober 2014

È proprio ciò che la presidenza sta facendo quest'autunno. Guardiamo al semestre europeo nel contesto più ampio della strategia Europa 2020 e della sua revisione intermedia. La revisione deve anche rafforzare il legame tra tutti gli obiettivi della strategia Europa 2020 e il semestre europeo.

Ecco perché la Presidenza ha avviato una riflessione politica a livello di Consiglio sulla revisione intermedia della strategia Europa 2020. Abbiamo deciso sin dall'inizio che occorre coinvolgere in questo esercizio tutti i soggetti interessati, compresi per esempio coloro che si occupano di settori quali agricoltura, cultura e coesione. L'esercizio è tuttora in corso, ma vorrei cogliere quest'opportunità per sottolineare alcuni dei risultati iniziali.

In primo luogo, tutti i dibattiti svoltisi finora hanno confermato l'importanza di mantenere incentrata l'attenzione della strategia Europa 2020 sull'occupazione e la crescita.

Il secondo messaggio riguarda l'ambizione. Nonostante i significativi progressi compiuti, in special modo per quanto riguarda l'energia e l'istruzione, dobbiamo riconoscere che non in tutti i settori siamo ancora sulla buona strada. L'occupazione, in particolare, suscita grave preoccupazione. Ma, sebbene i progressi siano insufficienti, non per questo dobbiamo perseguire obiettivi meno ambiziosi.

Il terzo messaggio riguarda il rafforzamento della *governance*. Gli indirizzi di politica emanati nel contesto del semestre europeo possono talvolta essere pillole amare. Ma mi fa piacere affermare che nessuno vuole indebolire il semestre. In realtà, dobbiamo piuttosto cercare di snellire il processo e migliorarne i risultati. Dobbiamo anche assicurare l'inclusione nel processo di tutti coloro che devono attuare le riforme. Questo comprende non solo i governi, ma anche i parlamenti e gli altri soggetti interessati, sia a livello nazionale che dell'Unione europea.

Permettetemi di spendere qualche parola sui contributi settoriali a questo dibattito.

Per quanto riguarda la competitività, il Consiglio ha confermato in settembre che il mercato unico e la competitività industriale devono essere saldamente integrati nella strategia Europa 2020. Nel campo della ricerca e dell'innovazione, in particolare, che hanno un ruolo fondamentale nella ripresa economica dell'Europa, la qualità degli investimenti in ricerca e innovazione è altrettanto essenziale del livello di spesa. Dobbiamo fare di più per promuovere uno spazio europeo della ricerca.

Nel settore della politica economica, l'impostazione del Consiglio è fondata su tre pilastri che rappresentano una combinazione di misure che gli Stati membri devono attuare simultaneamente e congiuntamente. Il primo è la riforma strutturale, cui ho già accennato e che è strettamente connesso con il secondo. Il secondo che sono gli investimenti e che rappresentano una priorità fondamentale per la Presidenza italiana, e il terzo è la necessità di consolidare la fiducia, attraverso una politica di bilancio differenziata orientata alla crescita e il rispetto del patto di stabilità e di crescita, facendo al contempo ricorso alla flessibilità insita nelle sue norme. Il Consiglio si compiace dell'annuncio del presidente eletto Juncker di presentare un'iniziativa in materia di investimenti entro i primi tre mesi del suo mandato. Gli investimenti contribuiranno a rilanciare la domanda nel breve periodo, ma concorreranno anche ad aumentare il potenziale di crescita dell'economia nel lungo periodo.

Quanto all'occupazione e agli affari sociali, il Consiglio ha discusso della strategia Europa 2020 la settimana scorsa, e la presidenza italiana ha riunito i capi di Stato a inizio ottobre per trovare soluzioni al problema della disoccupazione, ma questo riguarda l'approfondito dibattito che abbiamo avuto al punto precedente. A questo riguardo, vorrei attirare la vostra attenzione sulla lettera firmata da 22 Stati membri, con il sostegno della Presidenza italiana, nella quale si insiste sulla necessità di una migliore integrazione della parità di genere nella strategia riveduta.

In conclusione signor presidente, onorevoli deputati, ho esposto i principali punti dei nostri lavori finora. I ministri dell'ambiente, della coesione, dell'istruzione, della cultura, dei trasporti, dell'energia e delle telecomunicazioni forniranno anch'essi il loro contributo. Effettueremo poi un lavoro di sintesi, con l'elaborazione di una relazione destinata al Consiglio «Affari generali» di dicembre. Ci auguriamo che questa riflessione politica congiunta possa essere di utilità per la nuova Commissione quando preparerà le sue proposte per la revisione intermedia. Vi ringrazio per l'attenzione.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. - Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Mr Philippe De Backer, and all the other Members for their valuable contribution to Parliament's report on the European Semester. This report is a timely and important contribution to the topical debate on economic governance in the EU. The report touches upon a wide range of issues, many of which are related to Parliament's expectations of the Commission in the future.

Provided that Parliament confirms the new College tomorrow, the new Commission can be in place at the beginning of November. So we are currently in the middle of transition. I therefore hope you understand that here today I will not be in a position to answer all your questions related to the future actions of the new Commission. However, I can assure you that this does not mean that we are not listening. On the contrary, we have taken into consideration the points you have raised in the report. I can also assure you that this will have the attention of the new Commission.

I fully agree with you that the most pressing challenge ahead of us is to create sustainable growth and generate jobs. The European Semester has been an extremely useful exercise in identifying and coordinating policy responses to the challenges faced by individual Member States and the EU as a whole. The Member States are adjusting to the reinforced coordination process and common rules we built together in the depths of the crisis. The Semester has proven to be fundamental in presenting incentives for significant fiscal and structural reforms in the Member States. These are the very reforms that are essential to exit the crisis stronger and more united.

The market turbulence of last week reminded us of the need to stay the course with reforms, in order to secure the confidence of the markets and, in doing so, unlock our growth potential and open up more job opportunities. This continues to be at the very core of the EU's agenda going forward. There is clearly room for improvement. The next Commission will review the Europe 2020 Strategy and will present the upcoming annual Growth Survey at the launch of the next European Semester cycle.

In the report there is, quite rightly, a great focus on the importance of implementing and monitoring the recommendations in the European Semester. The recommendations must be concrete. They must not only address fiscal consolidation, but also structural reforms that can create sustainable and socially-balanced growth. Jobs are making the EU market more competitive.

The success of the European Semester depends on implementation. This is why we monitor the implementation of reforms throughout the year and take action in case of insufficient or harmful policy development. It is important to recall that non-compliance with recommendations will not in itself trigger sanctions, but nor is it meant to. This is about policy coordination. Implementation of the country-specific recommendations ultimately relies on national policy-making at the national parliaments. In this regard, I wish to take the opportunity to emphasise three significant findings in the report. First is the importance of putting in place a comprehensive mechanism that promotes the exchange of best practices between all national and EU-level actors responsible for getting more young people into work. In this regard, it is essential to speed up the implementation of programmes such as COSME, Erasmus+ and Horizon 2020, with nearly EUR 80 billion of funding available over seven years.

The second point is to devote more attention to improving the quality of jobs in order to match peoples' skills with the real needs of the labour market. Finally, I strongly support our fight against tax fraud and tax evasion and to shift the tax burden away from labour towards other forms of taxation that are less detrimental to growth and employment. One such example is environmental taxation.

I see much agreement between the report and the Commission's own position. I hope this will be highlighted in our constructive and fruitful debate today.

Nils Torvalds, *föredragande av yttrande från budgetutskottet*. — Herr talman! En politik är enbart just så effektiv som den implementeras. Det gäller också naturligtvis den ekonomiska planeringsterminen.

Den globala finanskrisen visade på ett tydligt sätt hur västvärlden sedan mitten av 1970-talet först i små steg, senare med fart, har levt över sina tillgångar. Finanskrisen visade också hur EU-ländernas ekonomier sitter ihop. Ett lands ekonomiska bekymmer är alltså inte enbart deras eget bekymmer. Det blir förr eller senare också hela EU:s bekymmer.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Under 50- och 60-talen hade vi ännu en föreställning om att vi kunde, inom de nationella lagstiftningsramarna, övergående lösa tidens utmaningar, men otaliga undersökningar – Wolfgang Streecks, Joseph Stiglitz, Thomas Pikettys undersökningar – visar att den gyllne tiden för länge sedan är förbi, och som ni ser från talarlistan så kommer jag att fortsätta ur ett lite annat perspektiv om en och en halv minut.

Sergio Gutiérrez Prieto, *ponente de opinión de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales*. - Señor Presidente, señor comisario, este es el tercer año consecutivo que participo en este debate y es verdad que tenemos buenos informes fruto del consenso, pero ¿saben lo que es realmente triste? Es que hoy podría hacer exactamente la misma intervención que hace un año, que hace dos y que hace tres.

Podría volver a repetirles que el exceso de austeridad nos sigue asfixiando económicamente en la Unión Europea y que sigue provocando los mayores índices de desempleo de nuestra historia.

Podría volver a decirles que la estrategia de devaluación salarial salvaje que estamos aplicando para ganar competitividad nos está haciendo más dependientes de las coyunturas económicas de fuera, pero también nos está empobreciendo dentro.

Podría volver a decirles que, después de la salvajada de dinero público que hemos destinado a rescatar a los bancos, el crédito sigue sin llegar a las empresas y a las familias, y que lo que llega es a tipos muy altos, precisamente porque nunca exigimos contrapartidas económicas de crédito para dar ese dinero.

Podría decirles que algunas reformas estructurales que hemos promovido, aun siendo necesarias —las laborales, las sanitarias, las de pensiones—, han deprimido nuestra demanda interna y han multiplicado la desigualdad entre europeos.

Podría volver a decirles que solo con la política monetaria no salimos de la crisis, que necesitamos ser valientes con la política fiscal, con los estímulos, con las inversiones. Que es una vergüenza que solo destinemos seis mil millones de euros a combatir el desempleo juvenil, pero que mayor vergüenza es que los Estados todavía no los hayan utilizado, y que los que tengan pensado hacerlo solo los utilicen para promover la precariedad.

Podría volver a decirles todo esto. Pero, a las puertas de la tercera recesión de la Unión Europea, a las puertas de los índices de desempleo y de pobreza más altos de toda nuestra historia, solo se me ocurre una pregunta que poder hacerles, señor comisario, señores del Consejo: ¿a qué diablos esperan para cambiar y para rectificar?

Nils Torvalds, *föredragande av yttrande från utskottet för miljö, folkhälsa och livsmedelssäkerhet*. — Herr talman! Just på grund av att vi levde över våra resurser har vi tvingats skapa gemensamma regler och verktyg som stabilitets- och tillväxtpakten och Europa 2020-målet.

Men reglerna måste naturligtvis följas för att de ska vara effektiva. De landsvisa rekommendationerna som EU-kommissionen gjorde 2013 visar att medlemsländerna implementerat enbart till 10 procent. Det duger naturligtvis inte.

De ekonomiska prognoserna visar att den ekonomiska krisen ingalunda är över och att vi måste skärpa oss för att klara av våra utmaningar.

Ur ett ENVI-perspektiv, som vi alltså den här gången försöker anta, så handlar det här först och främst om resursanvändning. Vi måste åstadkomma bättre mätverktyg för att se hur vi använder våra ekonomiska och ansträngda resurser och våra ekologiska resurser. [slutet på finska]

Ja lopuksi, jotta kääntäjillä olisi mahdollisimman vaikeata, haluan toivottaa komissaari Kataiselle ja hänen uudelle avustajalleen Sallalle kaikkea hyvää.

Sergio Gaetano Cofferati, *relatore per parere della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori*. - Signor Presidente, signor Commissario, come lei sa e come sa anche l'on. Della Vedova, il mercato interno è uno dei tre pilastri dell'attività economica e sociale di questa somma di organizzazioni e di istituzioni che oggi dà vita all'Unione europea. Abbiamo sottolineato nella relazione, insieme agli altri colleghi, molto questo aspetto perché è importante per il futuro dell'Unione, che si proceda sulla strada della creazione e di uniformità nel produrre bene i servizi anche nelle condizioni che poi riguardano sia le imprese che le persone che lavorano.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ed è importante – come veniva ricordato – che per creare occupazione e per dare continuità e forza alla crescita il mercato unico abbia elementi di competitività al suo interno assai rilevanti. Bisogna dunque partire e mi preme sottolinearlo dalla ricerca e dall'innovazione. Vorrei dire però che per avere ricerca ed innovazione bisogna avere risorse a disposizione. E' un po' singolare che nelle prossime ore qui si discuterà di un ipotesi di bilancio che taglia le spese per la ricerca e l'innovazione. Forse fermarsi a riflettere è utile.

Dariusz Rosati, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the European Semester is an important component of the system of economic governance in the EU. Its key instruments are country-specific recommendations (CSRs) that aim at ensuring better coordination of economic policies and fostering crucial structural reforms in the Member States. However, the overall effectiveness of CSRs is still limited. Only 10 to 15% of CSRs have been fully implemented by Member States in 2013. As a result, macroeconomic imbalances still persist, progress in implementing badly needed structural reforms is slow and uneven and strong economic growth in Europe is still to come.

In the report, the European Parliament calls on the Member States to undertake more effort to fully implement CSRs. What is at stake is the very credibility of the European Union and its ability to definitively overcome the current crisis. One way to improve the efficiency of the European Semester is to make sure that reasons and causes for unsatisfactory implementation of CSRs are properly analysed and eliminated and that the whole elimination process is more disciplined. Another way is to radically strengthen national ownership of CSRs in individual Member States in order to mobilise sufficient political capital in favour of reforms. More involvement by national parliaments could also help. It would also improve democratic control over the whole exercise.

In the process of preparing this report, a wide range of proposals and amendments have been submitted and discussed. We eventually managed to come up with a draft that represents a reasonable compromise and which reflects most of the key priorities of major political groups. Therefore, I call on all Member States and all Members of the House to vote in favour of the report. We, as the European Parliament, should support the European Commission in its efforts to fully use the framework of the European Semester to improve economic governance in Europe.

Tibor Szanyi, *az S&D képviselőcsoport nevében*. – Ez az előttünk fekvő jelentés, legalábbis reményeink szerint, Európa igazi arcát mutatja, már ami a gazdaságpolitikákat illeti. Fontos dolog, hogy végre szembenézzünk ezen a kontinensen azzal, hogy a strukturális reformoknak nevezett folyamat vagy folyamatok, amelyeket az egyes kormányok visznek végbe, bizony sok helyütt elhibázott módon kerültek végrehajtásra, és az eredmény nem feltétlenül a gazdaságpolitikai statisztikákban jelentkező szép számok, hanem sok esetben az elszegényedés és más, lefelé ívelő társadalmi folyamatok. Éppen ezért a szocialisták és demokraták részéről 6 olyan sarkalatos pontot láttunk magunk előtt, amelyek – legalábbis jelen formájában úgy tűnik – a holnapi szavazásig még része lesznek a jelentésnek.

Az egyik a magán- és közberuházások egyenlő fontosságának kiemelése. A másik, és ez egy nagyon fontos dolog, az adóelkerülés vagy adócsalás megakadályozása, hiszen Európának egyik legnagyobb erőforrása lehet az eddig még be nem szedett adó. Hasonlóképpen a férfiak és nők közötti esélyegyenlőség szorgalmas és minden mozzanatban feltüntetendő megjelenése az, ami számunkra kifejezetten fontos, mint ahogy a kiegyensúlyozottabb adórendszer is.

Ami ma nagy vita Európában, de itt is rendet kell teremtenünk, a munkavállalók szabad mozgásának joga. Ezt többen megkérdőjelezték. Mi benne akarjuk tartani. S végezetül pedig az, hogy a Juncker úr által előrevetített 300 millió euró friss pénz legyen. Ha mindezek rendbe lesznek, örömmel támogatjuk a jelentést.

Sampo Terho, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, mietinnön laatimisprosessin alussa esittelijän talouspoliittisissa ehdotuksissa oli mielestäni hyviä huomioita. De Backer oli tehnyt nähdäkseni oikeasuuntaisia arvioita jäsenvaltioiden taloudellisista ongelmista ja esitti myöskin hyviä ratkaisuja niihin.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Mietinnön ongelma kuitenkin alusta lähtien on ollut sen federalistinen painotus, joka koskee vallan keskittämistä jäsenvaltioilta EU-instituutioille. Erityisesti maakohtaisista suosituksista on haluttu tehdä entistä sitovampia, jopa rangaistuksen uhalla. Tämä tavallaan oli odotettavissa, sillä jo siitä saakka kun eurooppalaiseen ohjausjaksoon ryhdyttiin, on ollut pelättävissä, että tässäkin kohdin toimitaan kuten EU:n liittovaltiokehityksessä aina. Ensinnäkin luodaan löyhempi järjestely, jonka varjolla uusi valtaoikeus hyväksytään ja hyväksytetään jäsenvaltioilla, mutta kun järjestely vakiintuu, tätä valtaoikeutta aletaan kiristää.

Mietinnön federalistisuutta korosti edelleen halu luoda euroalueelle yksi yhteinen edustus kansainvälisissä talouspoliittisissa foorumeissa. Lisäksi haluttiin mietintöön kirjata eräänlainen esihyväksyntä pankkiunionin kolmannesta pilarista, joka sisältäisi yleiseurooppalaisen talletussuojan. Siis sekä EU:n valtaa että yhteisvastuuta halutaan tällä mietinnöllä edistää.

ECR-ryhmän mielestä jäsenvaltioiden talouspoliittista valtaa ei tule kaventaa, vaan EU:n antamien ohjeiden tulee olla luonteeltaan neuvoa-antavia. Siis samantapaisia kuin vaikka OECD:n eri maille jakamat talousohjeet. Talouspolitiikka on nimittäin politiikan kovaa ydintä, eikä ole ajateltavissakaan, että siitä päättäminen siirrettäisiin pois jäsenvaltioiden demokraattisesti valituilta parlamenteilta.

Federalismin osalta mietintö on EU:n keventämistä ja uudistamista toivovalle ECR-ryhmälle mahdoton hyväksyä. Kun neuvotteluprosessin edetessä vielä mietinnön hyvät talouslinjaukset vesittyivät, ei meille jää muuta vaihtoehtoa, kuin äänestää mietintöä vastaan.

Richard Sulík (ECR), *otázka položená zdvihnutím modrej karty určená Tiborovi Szanyimu* – Ja som chcel ale otázku dať predošlému rečníkovi. Moja otázka znie, pán spomenul, že tých 300 miliárd eur z Junckerovej Komisie treba teda nejako zaradiť do tejto správy, a moja otázka znie, kto týchto 300 miliárd eur zaplatí?

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás válasz*. – Az az igazság, hogy éppen konzultáltam a kollégákkal, így nem tudom, hogy elhangzott-e már a kérdés.

Sylvie Goulard, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président de la Commission, Monsieur le Président du Conseil, pourquoi sommes-nous là aujourd'hui? Parfois, à la lecture de ce long document – et je remercie les rapporteurs d'avoir fait tout un travail de synthèse –, on a un peu l'impression qu'on y met tout et n'importe quoi. C'est un peu triste, car au moment d'introduire le semestre européen dans le *six-pack* – j'étais, à l'époque, l'un des rapporteurs, aux côtés d'autres collègues présents aujourd'hui –, nous avions en tête deux objectifs.

Le premier était de faire prendre conscience aux parlements nationaux que nous avons un bien commun: la prospérité européenne, la monnaie unique. C'est quelque chose que les Européens ont en commun et c'est pourtant quelque chose qui est décidé à deux niveaux différents. Les débats qui existent dans des pays comme le mien, comme en Italie en ce moment, ou même en Allemagne sous un autre angle, montrent manifestement que ce sens de l'interdépendance et de *learnship* – comme on dit en bon français – des règles communes n'est malheureusement pas toujours présent.

Notre deuxième objectif était de faciliter la mise en œuvre des engagements pris par les États pour bénéficier de la meilleure politique économique. Cela a été rappelé par plusieurs auditeurs, dont le commissaire. Je crois qu'il faut que nous ayons conscience de l'enjeu.

Je voudrais donc simplement dire qu'il faut faire attention à ne pas transformer l'exercice accompli ici, dans ce Parlement, en un exercice autocentré où chaque groupe politique essaie de rajouter ce qui lui tient à cœur. L'enjeu véritable est d'inscrire dans les débats nationaux une acceptation aussi large que possible du fait que la monnaie unique est un bien commun, que la prospérité européenne est un bien commun, que le commissaire travaille dans l'intérêt général de l'Europe, qu'il n'est pas un maître d'école qui vient nous donner des leçons et qu'il se contente de faire ce qu'on lui a demandé de faire.

Par conséquent, Monsieur le Commissaire, retournez à Bruxelles en ayant le sentiment que les députés, ici, vous demandent de prendre vos responsabilités – la Présidence italienne, je crois, prend les siennes – pour faire en sorte que les États membres respectent les engagements qu'ils ont pris et que la croissance européenne vienne non pas d'un débat stérile mais d'actes concrets en faveur de notre jeunesse, notamment.

Dienstag, 21. Oktober 2014

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Cred că toți suntem conștienți că raportul este un compromis până la urmă între grupurile politice. Sigur, eu voi vota raportul. Întrebarea mea concretă către colega noastră este următoarea: Sigur, criticăm. Problema mea este dacă puteți să veniți ca și grup, ca și deputat, cu o propunere concretă vizavi de monitorizarea, în mod democratic, a programelor depuse de troică pentru țările din Uniunea Europeană?

Sylvie Goulard (ALDE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur le Président, vous me faites beaucoup d'honneur, Madame, en pensant que je vais, toute seule, avoir la solution. Je peux vous donner mon sentiment, rien de plus.

Mon sentiment est que ce parlement a déjà fait beaucoup. Premièrement, il a inclus le semestre européen dans la législation et a donné au dialogue avec les parlements nationaux toute son importance. Deuxièmement, nous avons auditionné, lors de la législature précédente, les membres de la troïka et nous les avons mis sous pression, autant que le droit nous le permettait. Troisièmement, nous avons fait un rapport, qui a permis à des députés de se rendre dans des pays qui relevaient du programme.

Bien évidemment, tout cela n'est pas suffisant. Personnellement – et quoi qu'en dise M. Terho – je crois que, si nous avons une Europe effectivement fédérale, nous pourrions aller beaucoup plus loin. C'est bien parce que l'Europe n'est pas du tout fédérale et parce qu'elle laisse aux États membres – sans que ceux-ci assument toujours leurs responsabilités – une marge de manœuvre considérable, parfois au mépris des règles communes, que nous connaissons aujourd'hui ces difficultés.

Ne caricaturons pas, essayons tous ensemble d'être constructifs. Le compromis ne doit cependant pas nous éloigner de l'idée que nous avons une responsabilité énorme vis-à-vis de la jeunesse européenne.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bernd Lucke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Goulard, Sie haben beklagt, dass der Bericht so verwässert worden ist, dass jeder alles hineingepackt hat in einen Bericht, der ursprünglich eigentlich in weiten Teilen klar war und eine deutliche liberale Handschrift getragen hat, der auch Probleme richtig analysiert hat. Jetzt ist davon fast nichts mehr übrig geblieben. Die Lösung der Probleme der Eurozone wird im Wesentlichen in großen Staatsinterventionen gesucht.

Wenn dem so ist, wenn von diesem ursprünglichen Bericht nichts mehr erkennbar ist, was marktwirtschaftlich und was liberal ist, warum stimmt die Liberale Fraktion dann überhaupt noch für diesen Bericht?

Sylvie Goulard (ALDE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Lucke, Sie kennen mich offenbar nicht so gut – noch nicht. Die Idee, ich könnte hier wirklich nur sagen, die liberalen Ideen sind verwässert worden: Das ist wurst, wenn ich das sagen darf. Es ist wirklich wurst. Es ist mir wurst, und es ist Quatsch. Entschuldigung! Denn was wir hier versuchen zu machen, ist wirklich ein Bericht, wo wir die Grundorientierung der Zusammenarbeit der nationalen Ebene und der europäischen Ebene skizzieren. Das geht weit, weit über diese kleinkarierten parteipolitischen Kontroversen hinaus.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, nós sabemos bem como a política económica da União Europeia foi desastrosa para a União Europeia como um todo, mas em particular para as economias da periferia da zona euro. E com o Semestre Europeu, que faz parte do problema e não da solução, nós agravamos problemas de democracia e da capacidade de os povos dos países poderem decidir sobre as suas políticas orçamentais, mas agravamos também esta política económica que tem sido desastrosa.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Fala-se em consolidação orçamental, fala-se em propostas, mas nunca se toca no essencial. Se se quer uma verdadeira consolidação orçamental, a alternativa é enfrentar o verdadeiro problema que nós temos, que é o desemprego. Ora, fazem-se sugestões relativamente à investigação, ao ambiente, à igualdade de género... Eu não digo que não são importantes, são importantes, mas enquanto não se centrar no verdadeiro problema que é o desemprego, não teremos nenhuma solução.

O desemprego não é apenas um efeito colateral, não é apenas uma consequência, o desemprego é a causa, é a causa principal da insustentabilidade das contas públicas. E o que é que as instituições europeias fazem relativamente a isso? Continuam a insistir na desregulação do mercado de trabalho, enquanto a periferia da União Europeia está mergulhada em desemprego e precariedade.

Mas não é apenas isso. Há também objetivos que nunca são cumpridos. Nenhum dos objetivos apresentados, nem na política económica nem no Semestre Europeu, foram alguma vez atingidos, e o que é que as instituições europeias fazem? Chamam-lhe outro nome, chamam política orçamental amiga do crescimento. Ou seja, uma mudança de *slogan* para continuar com a mesma política que nos leva à destruição do tecido económico europeu.

Nós não podemos apoiar esta proposta, já nos manifestámos contra, não podemos apoiar uma proposta que continua a afundar cada vez mais os países da periferia e que não traz nenhuma solução que passe por aquilo que é essencial. E volto a dizer: o essencial é o emprego. Querem políticas públicas consistentes, contas públicas consistentes? Centrem-se no emprego.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I first would like to thank Mr Philippe De Backer for his collaboration in getting to a consensus report. I do not know whether this is a kiss of death, with a Green thanking a Liberal, and I do not know whether there will then be a kiss of death from him to me again.

But, of course, this is a hugely important discussion in our Group as well and for all the political groups. I mean, it is very clear there is a pro-European majority in this House which is stressing the importance of the Semester and I think that is also clear from the report. This is also a very clear call to the Council and the Member States to take this process more seriously. This is not something that you say 'yes' to in Brussels and then go home and say 'well that was decided over there by strangers'. This is our policy, and if we want to survive together we have to take seriously the economic governance we do together. That is in the report and is very important.

However, at the same time we do know there is a huge political division on the direction of the different structural reforms. And here let me be very clear also to Mr Katainen, who until now agreed with me, but now I would really like to stress that our Group is very, very critical of the way the Commission has performed the structural reforms. It is a one-sided way on austerity, it is a one-sided way where reform is mainly flexibilisation of the labour market, and then assuming that will save all. That is not the case so we need a more balanced approach. Fortunately, of course, we would have liked to see more critical remarks on the current structural reforms being proposed.

However, in the report we see that there is more room for a balanced approach. There is more room for social indicators thanks to the Committee on Employment and Social Affairs also. There is more room for environmental reforms. There is more room for investments, and I think that all together is a good direction indicating that the course of Europe should be changing and therefore in the end, in this consensus, I subscribe to the consensus, but really let us work on it. Otherwise we will lose the support of the people.

Steven Woolfe (NI). - Mr President, once again I stand here before a committee that is committed to the European Union, to ever closer union, and fails to accept that the European Union has failed and failed dismally. It has failed the youth of Europe, where currently unemployment is at an average of 23.3%. It has failed the youth of Greece, where unemployment for youth is 57.7%. There is an average unemployment across the eurozone of 16.8%.

This is the success of the euro according to friends on the other side of the Chamber. We have GNP and GDP falling year on year; productivity levels lower; the highest suicide rates that nations across Europe have ever known. There is poverty, people living in the streets. This is the Europe that you regard as a dream. This is the Europe that you think is a success.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Well, tell the people who are losing their children by leaving their countries that it is a success. Tell the people who are unemployed that it is a success. There is nothing that this Chamber nor you as MEPs, nor the Commission or the Council can do that will help these people except one thing. That is allowing the European Union to break up, to remove the euro, to make sure that countries can run themselves and control themselves once more. Wake up and recognise the euro is a failure.

Burkhard Balz (PPE). - Herr Präsident! Wenn wir morgen über die neue Kommission abstimmen, dann wird natürlich damit auch die Forderung nach mehr Verbindlichkeit für das Europäische Semester verbunden sein. Die bisherige Bilanz bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen ist viel zu schwach. Gerade wenn Europa jetzt ein Investitionsprogramm anstoßen möchte, muss eine gestärkte wirtschaftspolitische und haushaltspolitische Konsolidierung dafür die Voraussetzung sein. Wachstum gedeiht nur dann, wenn der Boden bereits bereitet ist.

Der Bericht ist hier sehr deutlich, indem er auf die verschiedenen Wachstumshindernisse hinweist. Demnach wird das Wachstum aktuell vor allen Dingen durch zu viele Versäumnisse bei der Modernisierung von zahlreichen Volkswirtschaften, durch zu wenig Flexibilität auf den Arbeitsmärkten, durch das viel zu niedrige Investitionsniveau, gerade bei privaten Investitionen, und durch den fehlenden Zugang zu Finanzierungsquellen behindert.

Diese Hindernisse – das ist klar – müssen reduziert werden. Dabei sind natürlich vor allen Dingen die Mitgliedstaaten gefragt. Sie müssen hier viel konsequenter tätig werden, damit Reformen nicht nur eine Ankündigung bleiben, sondern am Ende auch umgesetzt werden. Da helfen auch mehr Rufe nach mehr öffentlichen Geldern nichts, die gerne von Kollegen anderer Fraktionen vorgetragen werden. Öffentliche Geldspritzen können die Reformnotwendigkeit weder ersetzen noch verringern. Die öffentlichen Haushalte sind heute deutlich überschuldet, die Beiträge der europäischen Steuerzahler sind weitestgehend ausgereizt.

Deswegen muss der Fokus auf deutlich mehr Privatwirtschaft liegen. Europäische Unternehmen suchen nach Investitionszielen, europäische Banken und Versicherungen brauchen, gerade bei den aktuellen Niedrigzinsen, solide Anlagemöglichkeiten. Sie sollen diese Möglichkeiten wieder mehr in Europa finden, in einem Europa, das auch wettbewerbsfähiger wird und damit das Investitionsklima verbessert. Dabei sind gerade die länderspezifischen Empfehlungen wichtig, die auf die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit abzielen. Wir werden genau zuhören, wann die Kommission künftig und regelmäßig dann über deren Einhaltung berichten wird.

Jutta Steinruck (S&D). - Herr Präsident! Für uns Sozialdemokraten ist es wichtig, dass sich unsere Schwerpunkte, die wir in die Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses eingearbeitet haben, auch wiederfinden. Wir fordern ein Ende der blinden, unausgewogenen Austeritätspolitik in Europa. Europa muss ehrgeiziger und solidarischer werden. Und Europa braucht endlich Investitionen in die Zukunft. Denn anstatt 20 Millionen Menschen aus der Armut herauszubringen, haben wir jetzt eine Steigerung um 7 Millionen Menschen in der Armut. Auch die Anzahl der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, wächst dramatisch. Prekäre Arbeitsbedingungen sind zur Normalität geworden – das darf nicht sein!

Wir brauchen einen europäischen Stabilitätsmechanismus. Das Grünbuch zu den automatischen Stabilisatoren geht deshalb auch in die richtige Richtung. Das Europäische Semester braucht dringend eine soziale Dimension, und zwar mit der gleichen Verbindlichkeit von EU-Sozial- und Beschäftigungspolitiken wie bei der EU-Wirtschaftspolitik innerhalb des Europäischen Semesters. Die Kommissare haben uns das ja auch in den Anhörungen vielfach zugesagt, dass es da einen verbindlichen Schritt geben wird. Die Sozial- und Beschäftigungsindikatoren sind ein erster guter Schritt. Aber wir brauchen mehr Indikatoren, um die Situation in den Mitgliedstaaten angemessener darzustellen.

Auch mein Appell: Krisen nicht als Ausreden zu gebrauchen, um weniger ehrgeizig zu sein, sondern vielmehr die Ziele der EU-2020-Strategie gerade wegen der Krisen, die wir haben, noch ehrgeiziger umzusetzen.

Kay Swinburne (ECR). - Mr President, it is disappointing that Member States have a poor uptake of the country-specific recommendations. However, the low uptake of CSRs should not result in measures which, if made binding recommendations, would effectively force Member States to follow a centralised plan for their country's economic development.

Dienstag, 21. Oktober 2014

We need to consider whether the fault lies with the Member States for failing to embrace helpful actions or whether the CSRs are less useful than the Commission implies. When you assess the ability of public bodies to forecast, compared to private forecasting for economic data, the Commission does not come out well. Neither does the IMF. They are typically ranked in the bottom quartile, while banks and fund analysts dominate the top.

I, therefore – like many – need convincing that the indicators that the Commission is using are correct and are appropriately tailored to the specifics of each country. The European Semester should remain a plan of mutual respect and not a centralised plan that cannot take into account real economic activity.

Antanas Guoga (ALDE). - Mr President, I should like to thank Mr De Backer for that comprehensive report. The European Semester is a helpful tool in providing input, international and economic decision-making, and it is a step towards fiscal and economic union, but we have just heard Mr Woolfe's passionate plea, so the wolf pack is on our heels. We have to note what is going on. These people are ready to rip apart Europe. They are ready to destroy our future for their benefit, for their political short-term gains, so now is the time to unite, to work together to aim for the single market. I think that is our future. I do not think we can throw EUR 300 billion or EUR 400 billion at it and make a big change. It will be a very small dent and it will be gone in a year.

We have to go for reforms. We have to bring Member States here and question them on why they are not implementing the suggestions that we send to them. This is the problem. They are not taking up the suggestions and we need more enforcement on this. I think all the guidelines are pretty good. I am reading the Council recommendations and so on. They are all great, it is smart people who are preparing them, but Member States have to take responsibility and we have to hold them responsible for this implementation and for the reforms. It is the only way forward. So I wish you all the best of luck. You have my support.

Matt Carthy (GUE/NGL). - Mr President, countries that needed a radical new economic policy have instead been subjected to what has been a disastrous agenda that has resulted in high levels of public debt and unemployment. Those jobs that are being created are, in many cases, low-paid and short-term. In countries like Ireland we have seen the devastating results of a government's obsession with austerity policy. In my own constituency we have witnessed entire rural communities being left desolate, with no employment opportunities for the young, resulting in mass emigration from those areas. The Irish Government has now created a two-tier and two-speed recovery that has yet to reach those families which actually suffered most throughout the recession, and the European Commission, it appears to me, is cheerleading this approach to achieve any kind of sustainable fiscal adjustment, when the sole priority should be to achieve full employment. The Commission's policy recommendations and the report before us this week add insult to injury. The failure of austerity policies and the ineffectiveness of the current monitoring policy is obvious to the citizens that we represent, but too many people here today are, I fear, blind to the need for a real stimulus package that would reinvigorate our domestic economies.

Jean Lambert (Verts/ALE). - Mr President, I think there are a lot of us in this House who consider that the real failure has not necessarily been that of the European Union, but governments' failure to control financial institutions, and that action on that needs cross-border agreements. We have heard as well in this debate about the effect of the crisis on the future generations. I think that is why, for us, it is also important to integrate not only the social dimension, but also the ecological dimension in our response because otherwise we are not really dealing with the problem in the round.

People have also talked in this debate about ownership. It is not just our Parliament and national parliaments. I think we also need to be looking much more at the engagement of social partners – and indeed civil society – within this process, given that the reforms are supposed to be for the benefit of the people. So is the Commission going to bring forward guidelines for the engagement of civil society in the Semester process?

Bernard Monot (NI). - Monsieur le Président, avant tout je voudrais rendre hommage à un grand patron français décédé cette nuit, M. Christophe de Margerie, président de Total, et adresser mes condoléances à sa famille.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Concernant le semestre européen, que d'incantations tout au long de ce rapport pour la croissance, l'emploi et les réformes structurelles! Cependant, fallait-il des mois de réflexion sur des critères macroprudentiels pour aboutir à des conclusions aussi banales et courues d'avance? Depuis 2011, le semestre européen a pour vocation d'harmoniser les politiques économiques des pays de l'Union, mais pour quels résultats? Une «eurodivergence» entre l'Allemagne et la plupart des pays de la zone euro, une «eurodivergence» du taux de chômage dans les pays de la zone euro, des taux d'inflation et des taux d'emprunt nominaux qui discréditent votre utopique zone monétaire optimale.

Seule convergence: la croissance, toujours proche de zéro dans la zone euro avant, hélas, la prochaine entrée en récession structurelle d'ici 2015 ou 2016. Pour couronner le tout, onze pays sur vingt-huit sont en procédure de déficit excessif, sans même parler du budget de l'Union européenne.

Quelles solutions nous proposent le PPE et le S&D dans ce document?

Plus d'Europe, bien sûr. Si cela ne marche pas, c'est qu'il n'y a pas assez d'Europe fédéraliste, comme jadis le politburo pour le communisme. Vos recettes sont toujours les mêmes, ultralibérales, mais elles mèneront au même résultat: l'austérité sociale pour les peuples.

C'est donc une évidence: votre instrument de semestre européen ne sert en définitive à rien. Aucune de vos tentatives désespérées de coordination des politiques économiques de l'Union économique et monétaire pour redresser la croissance et l'emploi ne fonctionnera. Pire, la politique d'austérité suicidaire de la troïka nous plongera tous d'ici peu dans une banqueroute généralisée.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). - Señor Presidente, comisario, ministro, Señorías, en primer lugar, me gustaría felicitar al ponente por el gran trabajo que ha hecho para intentar consensuar una postura común.

Estoy de acuerdo con el ponente, con el señor De Backer, en que es preciso impulsar el crecimiento y la creación de empleo. Pero no nos engañemos: no será posible un crecimiento sostenible solo con un plan de Juncker, por muy ambicioso que sea; no será posible conseguir un crecimiento sostenible con una acción contundente del Banco Central Europeo, por muy ambiciosa que esta sea.

Para tener un crecimiento sostenible, necesitamos la acción conjunta de todos los actores implicados: instituciones europeas y Estados miembros; necesitamos reformas: reformas en los Estados miembros y reformas también en Europa.

España es un referente: es uno de los países más ambiciosos en cuanto a reformas se refiere, y es uno de los países que más crecimiento tiene en la eurozona y que más empleo está creando.

Y necesitamos también políticas fiscales expansivas en aquellos países que pueden permitírselo.

Por lo tanto, Señorías, necesitamos la acción conjunta de Europa y de los Estados miembros para consolidar y conseguir un crecimiento sostenible.

Roberto Gualtieri (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa relazione non è stata annacquata, questa relazione riflette ora quello che io posso definire un indirizzo politico della nuova Commissione. Un indirizzo politico che si sta formando, che si sta definendo con il concorso dei diversi gruppi che sostengono la nuova Commissione.

Io vedo quattro elementi chiave in questa risoluzione: il primo, la necessità di avviare al più presto il piano di investimenti di 300 miliardi di euro annunciato da Juncker; il secondo, mette l'accento sull'importanza di utilizzare al meglio la flessibilità già prevista del Patto di stabilità; il terzo, il ruolo delle riforme strutturali per rafforzare la crescita di medio e lungo periodo; il quarto, è l'esigenza di rafforzare la dimensione sociale delle politiche europee. E questi quattro elementi sono strettamente collegati. Gli investimenti pubblici e privati sono un ingrediente imprescindibile per il rapido rilancio dell'economia europea.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Al contempo un utilizzo della flessibilità prevista dalle regole, in presenza di circostanze eccezionali, come ad esempio, la prolungata fase recessiva, l'aspettativa di inflazione bene al di sotto degli obiettivi europei. È funzionale non solo uscire dalla rassegnazione ma anche a incoraggiare e finanziare le riforme. Investimenti e flessibilità possono contribuire a incoraggiare, creare meccanismi per rendere più vincolanti le raccomandazioni e infine la coesione sociale, è anche un fattore di competitività e di crescita. Quindi sta emergendo e questo è il dato politico un largo consenso su una nuova linea di politica economica e c'è da sperare che la Commissione uscente, nella valutazione delle leggi di stabilità nazionali, non voglia ostacolare questo nuovo corso.

Stanisław Ożóg (ECR). - Panie Przewodniczący! Sprawozdanie w sprawie europejskiego semestru podejmuje ważną debatę dotyczącą obecnej kondycji gospodarek państw Unii Europejskiej i ich potrzeb. Zgadzam się z wieloma podkreślonymi w sprawozdaniu problemami, np. kwestią bezrobocia wśród młodych ludzi czy też energetycznym uzależnieniem niektórych państw Unii Europejskiej, w tym mojej ojczyzny, od Rosji, jednak nie mogę poprzeć wezwania do tak daleko posuniętej synchronizacji polityki gospodarczej, która w perspektywie długoterminowej będzie zagrożeniem dla suwerennych polityk budżetowych państw członkowskich.

Moje obawy budzą także zapisy dotyczące wsparcia wszystkich trzech filarów unii bankowej, której jestem przeciwnikiem, a także wezwanie do jednolitej reprezentacji zewnętrznej strefy euro. Uważam, że powinniśmy pozostawić większą niezależność decyzyjną państwom członkowskim.

Martina Dlabajová (ALDE). - Pane předsedající, já děkuji především panu kolegovi z ALDE, Philippovi De Backerovi, za velmi kvalitní zprávu a děkuji také kolegům z Výboru pro zaměstnanost, kde jsem jako stínová zpravodajka měla možnost k této zprávě přispět.

Ano, naší prioritou musí být vytváření podmínek pro vznik nových pracovních míst. Potřebujeme jich více, ale ne za každou cenu. Předpokladem nárůstu pracovních míst musí být především zdravá ekonomika. Uměle vytvořená pracovní místa zmizí stejně rychle, jako byla mávnutím kouzelného proutku vytvořena. Čeká nás v této oblasti strategické rozhodnutí na národních úrovních: změna začíná u systému vzdělávání, který reaguje na skutečné potřeby trhu, a končí funkčním propojením mezi školami, univerzitami a podniky. To je náležitý úkol pro všechny členské státy, které zodpovědně spravují své zdroje a chtějí motivovat mladé lidi k práci.

Zpráva o evropském semestru zahrnuje řadu významných opatření a návrhů. Nevydáváme se cestou snižování nákladů, ale investujeme do výzkumu, vzdělávání, inovací a nových technologií. Odstraňme zbytečnou administrativní zátěž pro podnikatele a malé podniky a zjednodušte přechod absolventů škol do pracovního prostředí. Musíme zvýšit konkurenceschopnost a strukturálně reformovat trh práce. Evropský semestr je proto důležitým nástrojem. Já zprávu o evropském semestru podpořím.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, το ευρωπαϊκό εξάμηνο είναι ένα εργαλείο που προσπαθεί να πετύχει συντονισμό για την υλοποίηση μιας αποτυχημένης πολιτικής, η οποία βαθμολογείται με ορισμένους αριθμούς. Οι επενδύσεις στην ευρωζώνη είναι 15% χαμηλότερες από το 2009. Η ανεργία των νέων είναι 25%, ενώ στη χώρα μου, την Ελλάδα, έχει φτάσει στο 60%. Η ευρωζώνη είναι σε στασιμότητα και απειλείται με ύφεση, επομένως η θεωρία σας κύριε Katainen ότι 'με σκληρή μονόπλευρη λιτότητα θα έρθουν και επενδύσεις' έχει αποτύχει.

Και κύριε Della Vedova κοντεύει να τελειώσει η ιταλική προεδρία, είμαστε τέλη Οκτωβρίου, και τα πολύ ωραία λόγια που μας είπε ο κύριος Renzi εδώ, την 1η Ιουλίου, για μεγάλες αλλαγές, ακόμη τα περιμένουμε. Τι πετύχατε στη σύνοδο κορυφής για την ανεργία στο Μιλάνο; Ένα απόλυτο μηδέν. Κύριε Katainen, αναφέρατε ότι ακόμη δεν μπορείτε να μας πείτε τίποτα για τα περίφημα 300 δισεκατομμύρια ευρώ που μας υποσχέθηκε ο κύριος Juncker, την 1η Ιουλίου εδώ στην ολομέλεια, γιατί ήσαστε καινούργιος. Ήσαστε πάρα πολύ παλιός ως εκπρόσωπος μιας σκληρής νεοφιλελεύθερης λιτότητας. Η πολιτική σας έχει αποτύχει.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). - Señor Presidente, a pesar de algunos elementos de crítica que valoramos en el informe, no podemos apoyarlo, especialmente por apartados como el 5, el 6 y, en particular, el 8, que destaca la importancia de mantener el proceso de reformas estructurales.

Sabemos que detrás de esta expresión podríamos tener elementos de cambio positivos hacia una sociedad más justa, sostenible y equitativa, pero la realidad es precisamente la contraria: «reformas estructurales» es el eufemismo que ha sido utilizado para debilitar los sistemas públicos de pensiones, para dar mayor cuota de mercado a los sistemas privados, mucho menos sostenibles.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Las reformas estructurales en el mercado laboral han supuesto abaratar el despido, dinamitar la negociación colectiva, bajar unos salarios a menudo de miseria y, encima, a cambio, por ejemplo en España, pasar a tener 400 000 ocupados menos que antes del año 2012, y esto puede ser extensible a muchos otros países. El Semestre es hoy la palanca utilizada para forzar la devaluación interior y este Parlamento debería ser contundente en condenar este tipo de procesos.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). - Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση για το ευρωπαϊκό εξάμηνο στηρίζει τα αντιλαϊκά μέτρα μείωσης του λαϊκού εισοδήματος, κατάργησης των εργασιακών και ασφαλιστικών δικαιωμάτων. Ζητάει απαρέγκλιτη εφαρμογή των μνημονίων διαρκείας, τη χρηματοδότηση τραπεζών και μονοπωλιακών ομίλων. Οι λαοί πληρώνουν πανάκριβα την καπιταλιστική κρίση και η αναμικτή ανάπτυξη, αν και όποτε έρθει, θα σημαδευτεί από συνέχιση της αντιλαϊκής επίθεσης.

Χαρακτηριστικό παράδειγμα οι απολυμένοι της πολυεθνικής Coca-Cola στην Ελλάδα, που σήμερα βρίσκονται εδώ στο Κοινοβούλιο και οι οποίοι απεργούν πάνω από ένα χρόνο, καθώς η επιχείρηση έκλεισε τα εργοστάσιά της εκεί γιατί βρήκε αλλού φθηνότερα μεροκάματα, αξιοποιώντας την ευρωενωσιακή πολιτική. Τα κόμματα που παρουσιάζουν τη δημοσιονομική χαλάρωση σαν φιλολαϊκή συνταγή κοροϊδεύουν τους εργαζόμενους, είναι τα ίδια φορείς αυτής της αντιλαϊκής επίθεσης. Είναι επιτακτική ανάγκη για την ανάπτυξη τώρα της λαϊκής πάλης για ανάκτηση των απωλειών, ανατροπή της αντιλαϊκής πολιτικής, για κατάργηση της εκμετάλλευσης.

Fulvio Martusciello (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto volevo ringraziare il Presidente De Backer per il lavoro svolto in commissione ECON. Un lavoro egregio che ha portato alla luce grandi progressi fatti da alcuni Stati e le difficoltà invece di altri ad adeguarsi alle raccomandazioni che pure erano state emesse. Basti guardare un po' le percentuali: il 10% delle raccomandazioni sono state accolte da parte degli Stati, il 45% invece di queste raccomandazioni hanno avuto progressi scarsi o nulli.

A dimostrazione che il tema delle sanzioni, probabilmente nei confronti degli Stati che non accettano le raccomandazioni è un tema che dovrà essere affrontato, perché dietro queste raccomandazioni c'è l'esigenza di far quadrare i conti e di coniugare lo sviluppo con la crescita e soprattutto con la riduzione del deficit.

Non è un caso che gli Stati che non si sono adeguati alle raccomandazioni sono quelli che più hanno un deficit in termini strutturale consolidato; non è un caso che tra questi Stati c'è purtroppo anche l'Italia.

Il Presidente Barroso in questi giorni ha chiesto al governo italiano di ridurre di altro mezzo punto il deficit strutturale. Ci auguriamo che il governo italiano scelga di farlo, perché dietro ad un deficit strutturale c'è una difficoltà e una impossibilità di crescita e di sviluppo.

Isabelle Thomas (S&D). - Monsieur le Président, je souhaiterais porter à votre attention les points 122 et 123 de cette résolution sur le semestre européen ainsi que le point 7 de l'avis de la commission des budgets, concernant la question des contributions des États membres au budget de l'Union. Ces contributions sont intégrées aux dépenses des États et alourdissent leur déficit public, alors même que nous savons tous ici que 95 % du budget européen est tourné vers l'investissement. Corsetés par une règle absurde qui les empêche de dégager des marges d'investissement, nos États, notre Union plongent dangereusement vers la récession. Le Parlement européen a voté à plusieurs reprises son désaccord en regrettant que la participation des États membres au budget de l'Union soit intégrée au calcul du déficit structurel.

Mesdames et Messieurs, il faut redonner les marges budgétaires à nos gouvernements européens. Exclure les contributions nationales du calcul du déficit public serait une première bouffée d'oxygène. Cela ne nous exonérera pas de retrouver des ressources propres pour faire de notre budget communautaire un instrument autonome, enfin débarrassé des egoïsmes nationaux et destiné à l'investissement pour la croissance et l'emploi.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident! Viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus erwecken den Eindruck, als sei eine Investitionsschwäche in der Eurozone der Grund für die Wachstumsschwäche der Eurozone. Das ist falsch, meine Damen und Herren! Die Investitionsschwäche ist keine Ursache dieser Wachstumsschwäche, sie ist ein Symptom der Eurokrise. Denn auch die Investitionsschwäche hat einen Grund. Die Investitionsschwäche hat den Grund, dass die Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Staaten der Eurozone nicht gegeben ist. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit liegt an der problematischen europäischen Währung: an dem Euro.

Man kann einen Bericht zur wettbewerblichen Situation der Eurozone nicht verfassen, ohne nicht zumindest das Problem der gemeinsamen Währung zu erwähnen. Aber genau das tut dieser Bericht von Herrn De Backer. Es wird ausdrücklich vermieden, überhaupt über den Euro zu reden. Und das ist ein Verhalten, das kurzfristig und dumm ist. Denn es ist das Verhalten eines Kindes, das die Augen verschließt vor einer Gefahr, die es wahrnimmt, weil es glaubt, dass die Gefahr dann nicht existiere.

Davor Škrlec (Verts/ALE). - Gospodine potpredsjedniče, Europski semestar zamišljen je kao sveobuhvatni okvir koji će rafiniranim kriterijima zajamčiti bolju koordinaciju ekonomskih politika država članica. Stoga je nužno da u prvim evaluacijskim izvješćima semestra za novo financijsko razdoblje jasno ukažemo na slabosti i mogućnosti unaprijeđivanja ovog vizionarskog okvira.

Postavke održivog razvoja bitno je uključiti u ovaj okvir kojemu je cilj sagledavanje uspješnosti europskih ekonomskih politika stoga je i Odbor za okoliš, javno zdravlje i sigurnost hrane izrazio svoje mišljenje o izvješću u tom smjeru.

Prijeko je potrebno u preporuke državama članicama uključiti evaluacije i preporuke čiji je cilj energetska učinkovitost, povećanje udjela obnovljivih izvora energije i smanjenje emisija CO₂ do 2020. Komisija na razini svih resora treba prepoznati važnost tih ciljeva kao ključnih za ostvarenje lokalnih radnih mjesta i održivog zelenog rasta.

Energetska sigurnost i održivi razvoj jedini su jamci dugoročnog i uspješnog ekonomskog oporavka država članica Europske unije. U tom svjetlu nužno je u ovu premoćnu ekonomsku raspravu uključiti ministre okoliša, okolišne politike i osvješćivanje važnosti prelaska na cirkularnu ekonomiju kao novu paradigmu upravljanja otpadom i energijom.

Moramo postati učinkovitiji u upravljanju resursima koje imamo i okrenuti se energetske povezanosti i neovisnosti kao jamcima uspješnog ekonomskog rasta.

Marco Zanni (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi sembra che in questo testo ci sia un po' di confusione: all'inizio, infatti, si prende nota che, secondo la stessa Commissione europea le politiche fino ad ora adottate sono state fallimentari con effetti negativi per la crescita economica e un devastante impatto sociale. Mi sarei aspettato quindi una serie di critiche e la proposta di modifiche sostanziali alle politiche economiche europee; invece si parla ancora e sempre di costruire un'autentica Unione monetaria, di rafforzare la *governance* economica e di sostenere la Troika.

Credo che i miei colleghi forse non abbiano visto, fingano di non vedere quanto sta accadendo ormai in tutta Europa, con le misure assurde imposte a cittadini già allo stremo. Io non voglio che tutto questo si ripeta! Vanno completamente riviste tutte le politiche economiche e fiscali europee! Via il patto di stabilità e crescita, dove è stata la crescita? Via il six-pack, il two-pack, il fiscal compact prima che sia troppo tardi! Ridiscutiamo tutto su basi di maggior condivisione e solidarietà, altrimenti la disgregazione economica e sociale dell'Europa sarà inevitabile.

Markus Ferber (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich geht es heute vordergründig darum, wie wir mit den länderspezifischen Empfehlungen umgehen. Dazu ist schon so viel gesagt worden, dass ich gar nichts mehr dazu sagen will. Ich will aber ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen und bedauere es sehr, dass Herr Lucke uns jetzt verlassen hat.

Der Euro ist nicht das Problem, sondern er ist der Katalysator, der Probleme offenkundig macht, weil der Schleier von zueinander schwankenden Währungen verlorengegangen ist, hinter dem sich viele Mitgliedstaaten lange verstecken konnten, indem sie durch Abwertung versucht haben, künstlich Wettbewerbsfähigkeit dazuzugewinnen. Das ist genau der Erfolg des Euro, dass dieser Schleier den Mitgliedstaaten genommen wurde und dass die Fehler offenkundig wurden.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Zweitens: Ich höre jetzt häufig, dass man mit Geld Probleme lösen könnte. Wir können noch so viel Geld in die Ausbildung junger Menschen stecken, wenn es dann keine Firmen gibt, die diese jungen Menschen beschäftigen. Das heißt, neben der Wettbewerbsfähigkeit geht es auch darum, das Unternehmertum in der Europäischen Union zu stärken, einen starken Mittelstand zu schaffen, der dezentral Wertschöpfungsketten aufbaut, der in der Lage ist, jungen Menschen, aber auch anderen Menschen Arbeit zu geben, der es schafft, in den verschiedenen Regionen der Europäischen Union auch dezentral Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das löst man nicht mit Geld, sondern das löst man mit Randbedingungen. Jugendliche werden nicht beschäftigt, indem man sie mit Geld ausstattet, sondern indem man Unternehmen mit Arbeitsplätzen ausstattet. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung, der wir uns zu stellen haben.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Noriu atkreipti dėmesį į vieną didžiulę problemą Europos Sąjungoje – t. y. nuolat auganti skurdą, ypač vaikų skurdą. Net 27 proc. Europos Sąjungos vaikų gyvena skurde ar balansuoja ties skurdo riba. Todėl tiek Komisija, tiek valstybės narės turi imtis neatidėliotinių priemonių dėl vaikų skurdo panaikinimo.

Antra problema, į kurią noriu atkreipti dėmesį, tai moterų skurdas, nes šiuo metu didžiausią mažiausias pajamas gaunančių asmenų dalį sudaro moterys. Todėl raginu tiek Komisiją, tiek valstybes nares numatyti konkrečias rekomendacijas siekiant sumažinti vyrų ir moterų darbo užmokesčio, o tuo pačiu ir pensijų, skirtumą.

Valstybės narės, atsižvelgdamos į Europos Parlamento rekomendacijas, turi užtikrinti, kad žmonėms būtų suteikta reikalinga socialinė apsauga, prieinamumas prie sveikatos ir socialinių paslaugų, taip pat reikėtų didesnio pažeidžiamų grupių įtraukimo į darbo rinką, skurdo darbe mažinimo ir lyčių lygybės skatinimo.

Kolegos, socialinės investicijos yra būtinos siekiant užtikrinti valstybių narių ir visos Europos Sąjungos ateitį.

Sander Loones (ECR). - Voorzitter, beste collega's. Burgers, belastingbetalers, ondernemers, ze hebben het vandaag lastig in Europa. We zijn dan ook blij dat het verslag de nadruk legt op economische groei, concurrentievermogen, banen en op de noodzaak om armoede met een integrale aanpak aan te pakken. Dat is goed.

Maar de Europese Unie zal voor ons pas echt succesvol zijn wanneer ze dicht bij de burgers staat en wanneer ze dus focust en tussenbeide komt op de gebieden waar ze een echte meerwaarde kan bieden. Een Europa dus dat sterk is waar nodig. En op dat vlak had het verslag misschien iets meer ambitie kunnen tonen.

Fundamenteel wat ons betreft, is de vaststelling dat de belastingdruk in vele lidstaten vandaag al bijzonder hoog is, maar dat dit verslag toch kiest om extra fiscale capaciteit toe te kennen aan de Europese Unie. Wij als partij kiezen niet voor een onverantwoordelijke transferunie, maar voor een unie van verantwoordelijke lidstaten. De tijd, collega's, van begrotingsdwaasheden ligt achter ons. Laat ons dan ook de maatregelen die het concurrentievermogen versterken zoveel mogelijk frontloaden. En dit idee zit ook in dit verslag. Dit verslag biedt hiervoor een goede aanzet. Dat erkennen we ook. Laat ons echter vooral proberen een aantal versnellingen hoger te schakelen en in de praktijk banen te scheppen.

Gerolf Annemans (NI). - Het spijt me dat ik hier de pret en de glorie van uw Semester-feestje even moet verstoren. Er is overigens een wijze Franse formulering die zegt "Qui veut trop prouver, ne prouve rien". Wie teveel wil bewijzen, bewijst uiteindelijk helemaal niets. Ik betwijfel of u, dames en heren van de Europese meerderheid, voldoende beseft hoe nietszeggend uw document, hoe nietszeggend deze onwaarschijnlijke opeenstapeling van nietszeggende gemeenplaatsen eigenlijk wel is.

Als EU-kritisch lid van het Europees Parlement zou ik echter gelukkig moeten zijn met zoveel vrijblijvende nietszeggendheid, want dit zogenaamde Semester is veel meer dan de coördinatie van economisch beleid en samenwerking. Het is een filosofie, vooral een ode aan jullie filosofie, de filosofie van de verregaande samenpersing, de filosofie van de verstikkende eenmaking, de filosofie van de smakeloze eenheidsworst en dat alles nog eens overgoten met uw filosofie inzake immigratie, terwijl de lidstaten en de Europese volkeren in feite behoefte hebben aan autonomie, vrijheid en zuurstof in plaats van aan dit hier.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Gunnar Hökmark (PPE). - Mr President, it is quite interesting to see how very many of the Members of this Chamber always want to blame someone other than the Member States for their economic policy and their budget policy. There is no more rapid way to austerity than overspending, and where you have had overspending you have crashed into austerity without any choice. And still the Left here is defending overspending, at the same time as EU critics over there are blaming someone else.

But let us see how things have worked. In the countries where there was overspending, there are big problems; when you turn the policies, with stability and reforms, we see growth coming and new jobs. This is the pattern and in some ways, in that perspective, we do not need any report. We can just take a look at the reality, because in the Member States where you are implementing the rules and where you are reforming we have turned away from the crisis – in the United Kingdom, in Spain, in Portugal – but where you proceed you see it in countries like France. We need to stick to the rules; that is what we have learned from reality. Let us stay with that.

Pervenche Berès (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Président en exercice du Conseil, Monsieur le Commissaire, l'Europe et, en particulier, la zone euro doivent faire face à une situation parfaitement exceptionnelle par son ampleur, sa durée, son caractère isolé à l'échelle mondiale, où la reprise se fait toujours attendre. Les indicateurs de base d'une santé économique sont tous au rouge, quelle que soit la stratégie appliquée par les États membres, cher collègue, Monsieur Hökmark. Nous constatons une inflation qui frôle la nullité, une croissance aussi molle que fragile et un chômage toujours aussi important, d'abord chez les plus fragiles.

La réalité, c'est que nous ne pouvons écarter d'un revers de main les observations et les recommandations de tous les experts mais aussi du FMI. Par rapport à cela, l'Europe doit mettre en œuvre cette stratégie des 300 milliards que nous voulons. Mais nous ne pouvons pas le faire simplement comme un réajustement des Fonds structurels ni comme une proposition qui reposerait uniquement sur l'investissement privé ou qui serait totalement diluée dans le temps.

C'est la raison pour laquelle, Monsieur Katainen, nous comptons sur la prochaine Commission pour avoir une vraie mobilisation, une déclinaison sur le terrain afin que ces 300 milliards permettent une réorientation de l'Europe sur la voie de la transition écologique et numérique. Pour cela, il faudra aussi accepter de sortir d'une logique du juste retour et accepter une approche asymétrique qui permette de tenir compte de la réalité de la situation des États membres et de la situation économique à la fois de la zone euro et de l'Union européenne.

Νότης Μαριιάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, το ευρωπαϊκό εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών αποτελεί ένα αντιδημοκρατικό εργαλείο για τον έλεγχο των προϋπολογισμών των κρατών μελών στο πλαίσιο της γερμανικής Ευρώπης. Μάλιστα η Ελλάδα θα παραμείνει σε συνεχή ενισχυμένη εποπτεία μέχρις ότου να εξοφλήσει το 75% του χρέους της προς την Ευρωπαϊκή Ένωση, δηλαδή με τα σημερινά δεδομένα μέχρι το 2050. Η Ελλάδα μπορεί να βγει από την ενισχυμένη εποπτεία μόνο αν διεκδικήσει την εξόφληση των οφειλών της Γερμανίας προς την Ελλάδα, δηλαδή 108 δισεκατομμύρια ευρώ χωρίς τόκους για τις γερμανικές αποζημιώσεις και 54 δισεκατομμύρια ευρώ χωρίς τόκους για το κατοχικό δάνειο, ήτοι 162 δισεκατομμύρια ευρώ χωρίς τόκους.

Γι' αυτό καλούμε για άλλη μια φορά την ελληνική κυβέρνηση να εγγράψει στον κρατικό προϋπολογισμό το σύνολο των οφειλών της Γερμανίας προς την Ελλάδα που είναι και ληξιπρόθεσμες και απαιτητές και έντοκες και ανέρχονται σε 162 δισεκατομμύρια ευρώ. Γιατί η Ελλάδα είναι ο δανειστής και η Γερμανία είναι ο οφειλέτης. Μόνο έτσι θα μπορέσει η Ελλάδα να ανακτήσει την εθνική της κυριαρχία και να πάψει να είναι ένα γερμανικό προτεκτοράτο στο έλεος της τρόικας και των μνημονίων.

Barbara Kappel (NI). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! EZB-Präsident Draghi hat in den vergangenen Monaten immer wieder gesagt, dass sich Europa durch seine Geldpolitik zwar Zeit kaufen kann, die Probleme der Eurozone aber nicht überwunden werden können. Die Probleme der Eurozone können nur durch wirtschaftspolitische Anstrengungen der Mitgliedsländer überwunden werden, nämlich durch wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung und strukturelle Reformmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollen im Rahmen des Europäischen Semesters koordiniert werden. Im Jahreswachstumsbericht für das Europäische Semester 2014 sind insgesamt fünf Prioritäten vorgesehen:

Dienstag, 21. Oktober 2014

Die schon erwähnte wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung. Herr Minister Della Vedova hat heute von einer Vertrauenskonsolidierung in diesem Zusammenhang gesprochen. Ich würde sagen, der Budgetplan, den Italien abgegeben hat, wird der Lackmestest dafür sein. Lassen Sie uns schauen. Ich hoffe, Sie schaffen das.

Zweitens, die Wiederherstellung der normalen Kreditvergabe für die Wirtschaft. Das ist in erster Linie Aufgabe der EZB.

Drittens: die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Wiederum eine Aufgabe in erster Linie für die Mitgliedsländer.

Viertens: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hier wurde heute im ersten Tagesordnungspunkt im Rahmen der Debatte über den Beschäftigungsgipfel in Mailand schon darauf hingewiesen, dass an sich nicht viel passiert. Mein Eindruck ist, dass immer mehr Geld gefordert wird, aber in Wirklichkeit die Maßnahmen ausbleiben.

Fünftens: Die Modernisierung der Verwaltungen.

Wir sehen in Europa, dass die Umsetzung der Maßnahmen nicht funktioniert. Erst 10 % der landesspezifischen Empfehlungen wurden umgesetzt, 45 % kaum oder gar nicht. Ebenso wenig funktioniert die wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung, die Budgetpläne wurden bekannt gegeben. Ebenso kommt das Wachstum in Europa nicht in Schwung. Die OECD hat die Prognose für 2014 um 0,4 Prozentpunkte auf 0,8 % Wachstum gesenkt. Deshalb mein Appell an die Mitgliedsländer in ihrem eigenen Sinne: Konsolidieren Sie Ihre Haushalte! Setzen Sie die Strukturreformen an! Nur so kann Europa die Krise überwinden.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι η εικόνα δεν είναι τόσο μαύρη όσο την παρουσιάζουν ορισμένοι συνάδελφοι. Τα τελευταία χρόνια έχει γίνει σοβαρή πρόοδος στη βάση της κοινής προσπάθειας, μια χαρακτηριστική επιτυχία είναι η έξοδος της Ιρλανδίας από το μνημόνιο και μάλιστα θα έλεγα με 'άριστα'. Οι πορτογάλοι φίλοι μας κι αυτοί μπόρεσαν να βγουν απ' το μνημόνιο, οι κύπριοι οι φίλοι μας, τα καταφέρνουν καλύτερα από τον προγραμματισμό και εγώ είμαι αισιόδοξος ότι η χώρα μου, η Ελλάδα, θα τα καταφέρει τελικά, αρκεί να γίνει η κυβέρνηση πιο τολμηρή στις μεταρρυθμίσεις, να μπορέσει να μειώσει τους φόρους χρηματοδοτώντας αυτή τη μείωση με αντιστοιχη μείωση των δημοσίων δαπανών, και θα έλεγα και στους φίλους μου της ελληνικής αντιπολίτευσης να γίνουν κι αυτοί περισσότερο υπεύθυνοι, περισσότερο δημιουργικοί.

Πιστεύω ότι ξέρουμε ποια είναι τα γενικά θέματα, χρειαζόμαστε δημοσιονομική πειθαρχία - δεν γίνεται διαφορετικά - χρειαζόμαστε διαρθρωτικές αλλαγές, το έχουμε καταλάβει αυτό, και χρειαζόμαστε και τόνωση της επενδυτικής δραστηριότητας, είτε αυτή η τόνωση έρθει μέσω δημοσίων δαπανών από τις χώρες - βέβαια - που έχουν τα μέσα, ή από τις χώρες που μπορούν να μειώσουν τις τρέχουσες δαπάνες και να προχωρήσουν σε δημόσιες επενδύσεις, και βέβαια χρειαζόμαστε και το σχέδιο Juncker ή ανάλογες πρωτοβουλίες. Επομένως, εγώ, είμαι αισιόδοξος, αρκεί να μπορέσουμε να συνεννοηθούμε μεταξύ μας και να πάμε μπροστά.

Hugues Bayet (S&D). - Monsieur le Président, je voudrais à mon tour remercier notre collègue Philippe De Backer pour son rapport, sur lequel je peux marquer mon accord sur certains aspects de la proposition qui soulignent prioritairement le besoin d'initiatives ambitieuses basées sur un plan d'investissement pour relancer et soutenir la croissance économique et, avant toute chose, évidemment, la création d'emplois.

Cependant, je pense qu'il manque encore des points importants. Par exemple, aucune demande de précisions n'est adressée à la Commission européenne sur ce fameux plan d'investissement de 300 milliards de M. Juncker et notamment pour savoir si cet argent serait de l'argent frais ou pas et quel serait le partage entre investissements privés et publics et aussi, surtout, quels types d'investissements seraient soutenus.

Le rapport contient également beaucoup de références à la simplification administrative pour les entreprises - c'est une bonne chose - mais il ne mentionne aucun garde-fou à la protection des travailleurs et, notamment, en matière de règles de santé et de sécurité au travail ou d'information et de consultation des travailleurs pour le dialogue social.

Le paragraphe 23 souligne la macroconditionnalité économique de l'accès aux fonds structurels, ce qui revient quand même à punir deux fois ceux qui en ont le plus besoin.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Le rapport évoque aussi la baisse des charges sur le travail, surtout compensée par une taxation verte mais ne dit rien du tout sur la taxation du capital.

Je trouve évidemment que ces points manquent dans ce rapport parce que, pour moi, ce ne sont pas quelques détails qu'il faut changer, comme on l'a dit, mais résolument le cap et la méthode. Je pense que tous nos jeunes chômeurs en ont bien besoin.

Beatrix von Storch (ECR). - Herr Präsident! Wir reden heute über den Bericht De Backer, das sogenannte Europäische Semester. Morgen Mittag werden wir darüber abstimmen. Gestern um 22.00 Uhr lag dieser Bericht in seiner finalen Fassung noch nicht auf Deutsch und noch nicht auf Französisch vor. Das sind zwei von drei Amtssprachen dieses Hauses. Ich gebe das zu Protokoll.

Ich greife den Namen des Berichts auf. Er heißt: „Das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung.“ Koordinierung ist der zentrale Begriff. Koordinieren, zentralisieren, harmonisieren – Sie wollen innerhalb der EU den Wettbewerb abschaffen, damit die EU international wettbewerbsfähiger wird. Das ist Quatsch. Eigentlich stimmt mich da nur die Ziffer 28 des Berichts positiv. In ihr wird festgestellt, dass nur 10 % aller EU-Koordinierungs- und -Harmonisierungsbefehle in den Mitgliedstaaten voll umgesetzt werden. In unserem gemeinsamen Interesse, für eine bessere Zukunft Europas sollten wir langsam diese Realität zur Kenntnis nehmen und neue Wege gehen.

Marco Valli (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi fa piacere che ci sia qui, adesso, quello che sarà il futuro Commissario Katainen, quello che sostiene che solo con la stabilità ci sarà la crescita. Io voglio chiedergli in questi cinque anni di politiche di stabilità, dov'è la crescita? I dati sono tutti contro! Anche la Germania adesso sta avendo un calo e andiamo a vedere i dati, i mercati quello che sta venendo fuori.

E allora mi chiedo, come possiamo anche sostenere il *fiscal compact* dall'anno prossimo, come possono i paesi come la Francia, l'Italia a fare delle politiche in questi termini? Cioè rientrare in questo modo nel debito, si parla di decine di miliardi, si parla di distruzione del *welfare*! Stiamo parlando di questo in Europa in questo momento. Io, se vogliamo fare qualcosa di veramente utile, invito tutti i miei colleghi qua, a riprendere in considerazione il six-pack, il two-pack e soprattutto telefonare ai capi di Stato per rivedere questa follia che è il *fiscal compact*, perché rendetevi conto di quello che stiamo portando avanti con questa politica del rigore sostenuta solo da uno Stato, che è la Germania.

Danuta Maria Hübner (PPE). - Mr President, alongside budgetary macroeconomic measures, structural reforms are at the heart of the European Semester, and the country-specific recommendations help identify the most pressing structural reform needs across Europe. But what we need today is a strong structural reform commitment catalyst and coordination technology that would guide the reforms from the commitment stage to reality. The European Commission enjoys as never before the legitimacy of both Parliament and the Council, and has the capacity and resources to coordinate and scrutinise structural reforms. So, unless the Commission assumes this double role of commitment catalyst and coordination mechanism, the European debate on structural reform will remain empty rhetoric. Markets will punish failure to act. Europe, of course, cannot afford to run such a risk.

Neena Gill (S&D). - Mr President, for me it is clear. The focus of the EU Semester needs to be shifted if we are to come out of the crisis and create growth. We will not create jobs for millions of unemployed young people by implementing a purely austerity agenda. It is not just me who is saying this: many international institutions and well-known economists have stated that we need to move to smart investments. I welcome the Commission's investment package but we also need to look at reforms to create jobs and tackle tax evasion, plus macroeconomic imbalances, through the country-specific reports in the future being more regionally oriented.

The text adopted in the Committee on Economic and Monetary Affairs is still difficult to accept because of an unnecessary reference to macroeconomic conditionality introduced into the EU structural funds. How does it help Member States that are suffering because of certain budgetary rules to lose their structural reform? I hope that the final text that we vote on tomorrow will therefore be more balanced, and that this reference will be taken away so that I can fully support it.

Werner Langen (PPE). - Herr Präsident! Wenn man die Debattenbeiträge hört, dann könnte man den Eindruck gewinnen, Wachstum, Arbeitsplätze, Investitionen entstehen nur, wenn die Staaten oder auch Europa sich weiter verschulden. Es ist doch klar, wenn wir über den Bericht De Backer reden: Ein Warenhauskatalog bringt überhaupt nichts. Der Bericht ist schon ein Warenhauskatalog. Wir müssen doch klarstellen, die Verantwortung für die Haushalts- und Strukturreformen tragen die Mitgliedstaaten und sonst keiner. Die EU muss es koordinieren – das ist vernünftig und richtig. Deshalb geht mein Vorschlag weit über das hinaus, was wir an Europäischem Semester haben. Wir brauchen aus meiner Sicht einen Währungskommissar, der vergleichbare Rechte erhält wie der Wettbewerbskommissar heute. Das wäre der Weg,

Dienstag, 21. Oktober 2014

damit die Staaten sich auch an ihre eigenen unterschriebenen Vorgaben halten.

Die Rezepte – die ich hier gehört habe – gehen alle in die Irre. Herr Lucke sagt, es ist der Euro schuld, nicht die Investitionen. Jeder weiß überhaupt, es liegt nicht an der Geldmenge, es liegt ausschließlich an den Investitionen, am mangelnden Vertrauen in einzelne Staaten, an der Tatsache, dass sie über ihre Verhältnisse gelebt haben. Aus Griechenland haben 14 von 21 griechischen Kollegen hier gesprochen, und nur mein Nachbar hat vernünftige Aussagen dazu gemacht. Als ob wir die Probleme lösen könnten, wenn die Politik vor Ort nicht den richtigen Weg wählt. Deshalb ist das Europäische Semester wichtig, aber wir sollen es nicht überfrachten!

Siôn Simon (S&D). - Mr President, we do not just need more jobs, we need better jobs. Of course there is a jobs crisis in the EU, but there is also a skills crisis and a quality crisis. What there is not is a flexibility crisis or a price crisis. The sector of the economy with the worst unemployment is precisely the sector with the highest so-called flexibility and the worst conditions – the sector of zero hours contracts, of bogus self-employment and of perpetual part-time temporary agency contracts. So if these mechanisms are – as we are asked to believe – a necessary tool for employers to get people into the labour market and keep people in the labour market, then they do not work. In which case, can I ask the Commission why none of these issues are in the country-specific recommendations?

Ivana Maletić (PPE). - Poštovani predsjedniče, čestitam izvjestitelju kolegi De Backeru i svim kolegama koji su dali veliki doprinos u pripremi ovog sažetog i sadržajnog izvješća. Puno se aktivnosti i mjera na razini Europske unije poduzima na strani monetarne politike. Za napredak, rast i razvoj trebaju nam snažne aktivnosti i mjere na strani fiskalnih politika. Upravo je to uloga Europskog semestra, kojim se potiču države članice na reforme, jačanje konkurentnosti i kroz to na gospodarski oporavak.

U izvješću se naglašava važnost povezivanja kohezijske politike s provedbom preporuka u sklopu Europskog semestra. Sredstva fondova treba usmjeriti na financiranje reformi koje se preporukama traže. Ulaganja u promjene i razvojne projekte, u istraživanje, inovacije, obrazovanje i stjecanje vještina ključna su za postizanje rasta koji svi želimo, i to se upravo u ovom izvješću naglašava. Zbog toga ga u potpunosti podržavam.

Olle Ludvigsson (S&D). - Herr talman! För att få fart på tillväxten och jobbskapandet i Europa måste vi bygga en bättre fungerande arbetsmarknad. Det bör bli en allt mer central faktor i planeringsterminen.

Det handlar om att förstärka den aktiva arbetsmarknadspolitiken. Med korta utbildningar och en annan matchning ges arbetslösa möjlighet att ta de lediga jobb som finns.

Det handlar om att förstärka den sociala dialogen. Där parter arbetar nära varandra skapas stabilitet, goda arbetsförhållanden och en förmåga att effektivt lösa problem.

Det handlar också om att garantera likabehandling. För att främja rörligheten måste de som jobbar i andra EU-länder vara säkra på att få slippa dumpade löner och villkor.

Det finns en enorm förbättringspotential på den europeiska arbetsmarknaden. Den måste nu på allvar börja tas tillvara.

Andreas Schwab (PPE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dieser Debatte heute Morgen doch relativ lange zugehört. Es ist mir eigentlich nicht ganz klar geworden, was nun eigentlich die Rolle des Europäischen Parlaments in diesem Europäischen Semester sein soll. Denn die Zuständigkeiten, die Punkte, die hier angemahnt wurden, haben alle nicht wirklich etwas mit dem zu tun, was wir als Europäisches Parlament tun können. Deswegen möchte ich dem Kollegen Werner Langen Recht geben und darauf hinweisen, dass wir das Europäische Semester nicht überlasten dürfen und dass wir nicht zu viel kommentieren sollten, sondern uns auf unsere eigenen Aufgaben konzentrieren sollten. Eine dieser Aufgaben – sie ist vorhin einmal kurz angesprochen worden – ist die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen, insbesondere im Bereich des Europäischen Binnenmarkts, dem nach allen Studien, die uns vorliegen, nach allem, was wir wissen, nach wie vor ein großes Wachstumspotenzial vorausgesagt wird.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Interessanterweise ist es so, dass häufig die Staaten, die auch aus anderen Gründen ökonomisch leiden, leider auch diese Empfehlungen zur besseren Umsetzung der binnenmarktrechtlichen Bedingungen nicht wirklich voll befolgen. Deswegen würde ich mich sehr freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in diesem Hause das Europäische Semester vor allem dazu nutzen könnten, um verstärkt über die Umsetzung der binnenmarktrelevanten Texte zu sprechen und im Einzelfall auch einzelne Länder hier deutlicher zu ermuntern, die Umsetzung dieser Vorgaben effektiver zu gestalten. Davon würden am Ende alle profitieren – die Länder, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, und alle anderen auch, und wir würden zu Wachstum kommen, das keine neuen Schulden braucht.

Jonás Fernández (S&D). - Señor Presidente, yo no voy a hacer un análisis del tiempo perdido bajo el paradigma ideológico de la austeridad durante los últimos años. Quiero centrarme, sin embargo, en este nuevo discurso que comienza a emerger en Europa —como citaba previamente mi compañero Gualtieri— y que está presente en este informe del Semestre Europeo gracias a las enmiendas de nuestro Grupo.

Por ello, mirando al futuro, pido a la Comisión Europea, a la nueva Comisión Europea donde estará el comisario Katainen, esa europeización de la política económica en la zona del euro, esa unión bancaria, esa unión del mercado de capitales, esa unión fiscal.

Y también creo, como el señor Balz, que es necesario que Europa tenga mayor capacidad para implementar las recomendaciones específicas por países. Y creo que la nueva Comisión tendrá que encauzar las tensiones entre Francia, Italia y Alemania, porque tan complicado es que un país no cumpla las reglas que nos hemos dado como que tenga un superávit por cuenta corriente superior al 7 % o al 8 % del PIB y la Comisión Europea no haga nada.

Por ello, creemos que este Semestre Europeo da el paso de la visión del «patrón euro» que hemos sufrido en los últimos años a una auténtica Unión económica, y creemos que la nueva Comisión tiene que liderarlo con un compromiso nítido.

Siegfried Mureșan (PPE). - Mr President, as Prime Minister, the Commissioner of course pioneered the Youth Guarantee at national level in his home country – a successful project which has now also been introduced at European level. This will not solve youth unemployment as a whole, but it clearly helps.

There are many good employment and youth unemployment policy ideas at national level which can be applied in other EU Member States as well, not necessarily one-to-one – not all of them – but obviously a country in which youth unemployment is 50% or above might want to implement some of the successful measures from countries in which youth unemployment is 10% or below. Therefore, I propose to establish a European mechanism for the exchange of best practices for job creation and especially for youth unemployment. Parliament's report on the European Semester also contains my proposal to create such a European mechanism. I look forward to working with you, Commissioner, in your new capacity as Vice-President for Jobs, to transpose this into reality.

The second point I would like to make is linked to labour mobility. We are, of course, working on making transnational European labour mobility a reality in Europe, but labour mobility is also too low within many EU Member States. We often see in the same Member States unemployment levels of below 5% and employers having a hard time filling vacancies, while in other regions in the same country unemployment is above 30%. Therefore, we need also to include this and highlight it in the country-specific recommendations and work together on basically making labour mobility work within Member States too.

Alfred Sant (S&D). - Ir-realtà hi li r-rata tal-investimenti fl-Unjoni Ewropea ilha tonqos sa minn żmien sew qabel sehhet il-kriżi tal-elfejn u tmienja. Warajha l-istagnar kompli jiżdied. Ir-realtà hi li biex nilhqu kompetittività akbar halli noholqu impjieggi godda, ninsabu f'sistema fejn l-aqwa ghodda saret l-iżvalutar intern. Dawk li jipponu t-thaffif fis-swieq tax-xoghol u modernizzar tas-sistemi ta' sigurtà soċjali effettivament qed jipromwovu dan l-iżvalutar. Il-proċess qed jimmina bil-kbir il-mudell soċjali Ewropew fejn l-awtorità pubblika minn naħa tiggarantixxi helsien shih lill-impriza privata u min-naħa l-oħra tassigura harsien shih lill-popli bħala haddiema u bħala ċittadini. Illum biex l-ekonomija Ewropea tirranka l-mira saret li l-mudell soċjali Ewropew jitnaqqar jekk mhux jinhatt. Il-popli Ewropej dan ma jriduhx. Fil-fatt fejn qed ikun abbandunat il-mudell soċjali Ewropew xorta mhix tissaħħah il-kompetittività. Il-verità hi li l-ekonomija Ewropea mhux qed jirnexxielha taffaccja u timmanigġja l-globalizzazzjoni. Kif qed titwettaq bħalissa, bla lqugh u bla adattazzjoni sostanzjali, din mhijjex kompatibbli mal-mudell soċjali Ewropew. Ir-riżoluzzjoni ta' quddiemna tinjora din id-dilemma. L-istrutturi li nbnew biex jassiguraw li l-Pajjiżi Membri tal-Unjoni Ewropea jibqgħu kompetittivi huma wisq tqal, wisq burokratiċi u sa issa żgur ma rnexxewx. F'dan kollu, huwa inaccettabbli jekk donna qed naqblu li l-mudell soċjali Ewropew jista' jiġi mċekken jew imwarrab. B'raġun, iċ-ċittadini Ewropej mhux se jaqblu ma' dan.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Verónica Lope Fontagné (PPE). - Señor Presidente, señor comisario, hoy podemos observar que, gracias a una mejora en la situación económica —sobre todo en los países que, como el mío, han hecho las reformas estructurales necesarias—, las recomendaciones específicas por país se pueden centrar más en los temas sociales y en lo que es fundamental. Nuestros objetivos pueden ser el crecimiento y la creación de empleo centrados en sectores innovadores como las TIC, el sector verde o la economía digital, y también en la reducción de la pobreza.

Desde la Unión Europea hablamos de cohesión económica, social y territorial, y para poder alcanzarla tenemos que, por un lado, prestar una mayor atención a los grupos más vulnerables y alejados del mercado laboral mediante políticas activas de empleo centradas en mejorar la educación y la empleabilidad y en facilitar el reciclaje y la transición laboral, principalmente a través de la formación dual y el aprendizaje permanente.

Y, por otro lado, hay que realizar inversiones productivas y mejorar las interconexiones con las zonas rurales y áreas con dificultades naturales o demográficas permanentes, ya que, de forma general, suelen presentar unas tasas de desempleo superiores y unos mayores costes para acceder a servicios públicos como la educación y la sanidad. Y por último, quisiera recalcar la importancia de que las pymes recuperen el papel protagonista en la Unión Europea.

Georgi Pirinski (S&D). - Mr President, it is vitally important that flexibility should be provided in the criteria for excessive deficit targets for public investments, and in investment in educational expenditure. There is absolute agreement not only in part of the House, but throughout the House, that if we want to increase the competitiveness of the European Union economy it is of paramount importance to increase investment in innovation. Therefore, Commissioner, this is a test for the Commission to prove that what is being said concerning flexibility in the rules on the European recommendations and deficit reductions is being turned into actual fact by providing space for such investments.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Tisztelt elnök úr! Először is általánosságban szeretném rögzíteni, hogy ez a vita a képviselőtársaim részéről sokszor olyan feladatokat próbált róni az európai szemeszterre, amelyek nem hozzá tartoznak. Ezért De Backer úrnak rendkívül nehéz helyzete van, mert egy általános vitának lehettünk a részesei.

Engedjék meg, hogy inkább az európai szemeszterre fókuszáljak, és kiemeljek egy olyan területet, amely valóban fontos, és egyben lehetőséget is jelenthet számunkra. Ilyen a belső piaci pillérnek a megerősítése, a belső piaci pillérben belül számos jogszabály született, azonban elég szövevényesek, nagyon nehéz kiigazodni benne. Fókuszálnunk kellene ezeknek a szabályoknak a helyes betartására, ami a legtöbb tanulmány szerint valójában növekedést is eredményezhetne. Különösen igaz ez a digitális belső piacra, ahol számtalan lehetőségünk lenne.

Ki szeretnék emelni egy másik fontos területet, amelyet több képviselőtársam is érintett, ez az országspecifikus ajánlások köre. Azt gondolom, hogy az országspecifikus ajánlások jelenleg túl általánosak. Sokkal konkrétabbnak kellene lenniük, sokkal inkább országspecifikusnak, ahogy a nevében is benne van. Sajnos ez a jelentés sem tartalmazza azokra az inputokra való utalást, amelyeket meg kellene itt határozni, illetve hiányolom azokat az indikátorokat, amelyek alkalmasak lennének az ajánlások visszamérésére.

Két fontos téma van még, amelyet érintőlegesen meg szeretnék említeni. Az egyik a kkv-szektor finanszírozási kérdése. Jó lett volna a jelentésben részletesebb javaslatot is bemutatni. Örülök, hogy De Backer úr jelentése az adócsalást mint területet, mint fontos területet érintette, és beemelte azt a javaslatot, amit az IMCO véleményében én meg is fogalmaztam. Köszönöm a munkáját, és támogatni fogom szavazatommal ezt a jelentést.

Pytania z sali

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident! Nur 10 % der länderspezifischen Empfehlungen wurden zur Gänze umgesetzt, 45 % lediglich zum Teil. Daher ist offensichtlich, dass es einen Handlungsbedarf beim Europäischen Semester gibt. Ich meine, dass die Umsetzung des Europäischen Semesters zur Pflicht werden muss und nicht nur freiwillige Kür bleiben darf. Eine gemeinsame Währung benötigt eine gemeinsame Budgetpolitik. Daher gehört die Koordinierung der Budgetpolitik auf den Boden des Gemeinschaftsrechtes und die Umsetzung zur Pflicht für die Mitgliedstaaten.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Ak hovoríme o tejto dôležitej téme, ktorou nesporne ekonomický semester je, potom musíme do budúcnosti oveľa výraznejšie spájať tému ekonomického semestra aj so sociálnou politikou. Máme tu mnoho problémov, ktoré sa ukazujú v našich krajinách a ktoré veľmi úzko súvisia či už s našimi sociálnymi systémami, s vysokou mierou nezamestnanosti a s nemožnosťou používania nástrojov na zvyšovanie zamestnanosti, ale aj s fenoménmi, ktoré sa nám doteraz stále nepodarilo odstrániť a ktoré sa týkajú napríklad mzdovej politiky. Zamestnanci v rovnakých podnikoch zarábajú v tých ekonomicky vyspelejších krajinách oveľa lepšie ako povedzme u nás na Slovensku a sú to častokrát veľké podniky, ktoré, musím to tak povedať, využívajú tú lacnejšiu pracovnú silu ešte stále v našich štátoch napriek tomu, že sme už 10 rokov členským štátom Európskej únie. Chcem preto požiadať, aby sme v budúcnosti oveľa viac zohľadňovali aj tieto sociálne aspekty, ktoré sú dôležité pre obyvateľov a podľa ktorých častokrát obyvatelia v našich krajinách hodnotia aj charakter vývoja Európskej únie.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, στις άμεσες προτεραιότητες πρέπει να είναι η παιδεία, η υγεία και η έρευνα. Όποιος θέλει να ενδιαφέρεται πραγματικά για το λαό δεν μπορεί να αποφύγει αυτόν τον κανόνα. Για να βρούμε όμως τη δυνατότητα να αναπτυχθεί ο πρωτογενής τομέας, η αγροτική οικονομία, πρέπει να αντιμετωπίσουμε το θέμα με άξονα, ότι το χρήμα δεν δημιουργεί αξίες από μόνο του, ανταλλάσσει αξίες, αντιπροσωπεύει αξίες, αλλά μόνον οι εργαζόμενοι με την εργασία τους μπορούν να παράξουν αξίες.

Μόνον έτσι αντιμετωπίζονται και οι συνέπειες της κρίσης και ιδιαίτερα η ανεργία. Γι' αυτό απαιτείται κοινωνικοποίηση των μέσων παραγωγής, απαιτείται κοινωνικοποίηση της ιδιοκτησίας του χρήματος. Αλλά, για να γίνουν αυτά θα πρέπει οι ίδιοι οι λαοί να αποφασίζουν για τις τύχες τους. Σε λίγο, είτε το θέλουν είτε όχι, στην Ελλάδα θα έρθει στην εξουσία ο λαός και θα αποτελέσει το παράδειγμα για όλη την Ευρώπη.

Bill Etheridge (NI). - Mr President, it is really good to see everyone coming in. They have missed an hour of the most undemocratic thing I have ever seen, where we have heard all this talk: socialist dreams about all the extra spending the EU is going to do; no one allowed to question; no debate in the Chamber; our voices silenced.

Our voices will not be silenced. They will only get louder and louder. I am glad you are all back from the bars or the tofu bar or wherever you have been, because now you can hear what is really going on. The British people do not stand by what is happening here. This is a disgrace, and your economic ideas are of the past – previous centuries. The future for our country lies free of your strange economic delusions; our country lies outside the EU and outside this farce.

(Konec pytań z sali)

Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission. - Mr President, I would like to thank honourable Members very much for a very valuable debate and ideas. I will just take up a few issues which I would like to comment on briefly.

One of the issues which we seem to more or less agree on is the implementation of country-specific recommendations. We can recognise that this has not happened as efficiently as it should have done and there we all must carry our own responsibility. The issues are, of course, in the hands of Member States and governments and national parliaments, but we can also encourage them to do what they had promised to do and what is good for the countries themselves as well as for Europe as a whole.

My second point: Mr Cofferati and Ms Gall-Pelcz mentioned the internal market and the country-specific recommendations concerning the single-market-related issues. We all know that there are also lots of shortages in this field. For instance, in the implementation of the Services Directive there are lots of shortages. This is quite amazing because we – the Parliament, Commission and Council – have already decided on the Services Directive, for instance, and it has not been implemented yet. So we are lacking economic growth because of poor performance in various Member States in this field as well, so we need to pay more attention there in the future.

Dienstag, 21. Oktober 2014

The third point is about the structural reforms. Mr Eickhout said that the Commission has historically represented structural reforms that are too one-sided and our idea has been just to use structural reforms as a tool to reform austerity policy. Of course, it depends on the country as to what the problems are, but I would just like to raise a few issues and a few examples of non-austerity structural reforms. The first one is tax reform, for instance lowering labour tax and raising environmental tax, or raising dividend tax and at the same time lowering corporate income tax.

Another issue is pension reform, which is necessary in many countries because the population is ageing – municipality reform, labour reform and things like that. So it is not only about austerity, but a change to society so that it is stronger and more sustainable.

The next point is gender equality. Many Members also raised this issue. I am very happy about this because it is a question both of equality and labour supply. So at the same time as we are reforming our societies to be more sustainable, they can be more growth-oriented. Gender equality – the Finnish Labour Party is based on this – is very crucial in this sense.

My final point: Mr Pirinski and Mr Cofferati mentioned the role of research and development. This is one of the issues on which we have to concentrate more during the next European Semester – what we could do in order to strengthen R&D activities in our Member States because this is the way to improve the potential growth of the Member States. There are good examples in various Member States where the universities and small- and medium-sized entrepreneurship have been combined in a very fascinating way and the universities have become a hub of entrepreneurship. So in something like this we could learn from each other, and they could be added to country-specific recommendations.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, solo due battute conclusive, dopo aver ringraziato tutti gli intervenuti e aver riscontrato un dibattito anche qui appassionato, con molte visioni comuni anche se certamente non unanimi. Le settimane e i mesi a venire sono per molti aspetti fondamentali e auspichiamo di poter esaminare presto la prima analisi annuale della crescita che dovrà essere presentata dalla nuova Commissione. Dobbiamo rivedere le disposizioni relative alla *governance* economica contenute nella revisione del six-pack e two-pack. E dobbiamo concludere la revisione intermedia di Europa 2020 per far sì che la strategia e i suoi strumenti di attuazione restino validi ed efficaci. La cooperazione tra tutte le istituzioni di questi processi sarà essenziale per ottenere risultati positivi.

Mentre ci adoperiamo per queste revisioni a livello europeo, abbiamo ben presente che quello che conta per i cittadini è il risultato a livello nazionale o regionale o locale e la loro necessità di vedere miglioramenti nella vita di tutti i giorni. Noi abbiamo individuato le politiche che possono apportare tali miglioramenti e attuarle è la nostra sfida comune.

Philippe De Backer, *rapporteur*. - Mr President, colleagues, thank you for your input during the debate. In the final conclusion I cannot go into all the remarks, but just let me say this: in the end it is very clear that every part of the European institutions, be it Parliament, be it the Commission or be it also the Member States, have to promise and follow through on what they have promised in the past.

Let me begin with the Member States. If you come to Brussels and within the European Semester you agree to implement certain structural reforms to make sure that your deficits are being reduced, that you implement the necessary reforms to modernise your economies, a 10% success rate is not enough. You will have to perform better. Also we, as a Parliament, will have to make sure that the scrutiny we apply through the process of the European Semester is stronger. Also at European level there is still a lot to be done. Mr Katainen has made a good point on completion of the single market, but also completion of the capital market, of the Energy Union and of the digital market will be a high priority for the next Commission.

It is also necessary to say that, with all these structural reforms, we do not have to do them because we are told to by Brussels; we are doing them because our citizens want them, because they understand that modernising our economies, making them more competitive, attracting private and public investment to make our economies grow and to create employment is the essence of the European project. I urge you all tomorrow during the vote to think very deeply about the road that Europe is taking and to support the report that I have presented here today. I hope that we can have full support for this report and that we can continue like this in the future.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Przewodniczący. - Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we w środę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Ádám Kósa (PPE) *írásban.* – Tisztelt képviselőtársaim! Nagyon fontos a belső piaci szabályozás és folyamatok nyomon követése, fejlesztése, valamint az országspecifikus indikátorokkal kapcsolatos vita, amelyben az EP magyar alelnökasszonyának szakmai álláspontját a legmesszebbmenőkig támogatom. Ugyanakkor engedjék meg, hogy a bérek felzárkóztatása és az új munkahelyek teremtése kapcsán kifejtsem: kiegyensúlyozott és megfontolt lépésekre van szükség. Ismeretes, hogy Európa keleti felében nagyon sok új munkahely létesült az EU-s csatlakozás óta, és az is igaz, hogy ezek a biztos munkahelyek részben az alacsonyabb bérek miatt létesültek. A keleti és nyugati tagállamokban lévő bérek közötti „esélyegyenlőség”, kiegyenlítődség ugyanakkor nem képzelhető el a már meglévő, kemény munkával megszerzett és megtartott munkahelyek tömeges és gyors megszűnésével Európa keleti felében. Csak emlékeztetőül: Magyarországon 2002–2010-ben minden egyes évben magasabb volt a bejelentett és nagyarányú csoportos létszámcsökkentés, mint a második Orbán-kormány elmúlt négy évének bármely esztendejében. Erre az eredményre vigyázni kell, és a teljes foglalkoztatás – ami az EU alapszerződésében is deklarált cél – elérésével kell törekedni arra, hogy minél több embernek legyen munkája, és így növekedjen a gazdaság, ezáltal az életszínvonal is.

Csaba Molnár (S&D), *írásban.* – Az Európai szemeszter, a gazdasági félév objektív kritériumok alapján, a pillanatnyi kormánytöbbségtől függetlenül ad értékelést a tagállamok gazdaságpolitikájáról. A kormány sikerpropagandájával szemben az őszi bizottsági előrejelzés szerint Magyarország leszakadóban van a régiós versenytársaitól. A növekvő államadósság miatt akár visszaeshetünk a szorosabb uniós költségvetési megfigyelést jelentő túlzottdeficit-eljárásba. A luxusberuházások, az értelmetlen szabadságharc következtében jövőre akár 1700 milliárd forintos megszorítással kell szembenéznünk, amelyet a magyar emberek zsebéből vesz el a Fidesz. Sokatmondó, hogy az önkormányzati választások előtt a jelenlegi kormány ezt nem merte a magyar emberek szemébe mondani. A magyar kormány folytatja a megszorításokat, forrást von ki a felsőoktatásból és az egészségügyből, kilátástalan helyzetbe hozza a szerény jövedelműeket. Minden harmadik magyar fiatal munkanélküli. Az elhibázott gazdaságpolitika következtében mostanra több mint fél millió, többségében fiatal magyar vállalkozó munkát külföldön. A civilek végzálása és a túlzott mértékű internetadó helyett inkább szükséges lenne az euró azonnali bevezetése, valamint a szegényeket sújtó, a gazdagokat pedig aránytalanul jutalmazó egykulcsos adórendszer megváltoztatása. Hasznos, hogy az Európai Bizottság körmére néz a kormányoknak. Az uniós ellenőrzés biztosíték lehet a magyar állampolgárok számára a Fidesz-kormány felelőtlen gazdaságpolitikájával szemben.

Ева Паунова (PPE). - Уважаеми господин председател, Специфичните препоръки, които Европейската комисия изготвя в рамките на Европейският семестър през последните години доведоха до много положителни резултати и спомогнаха за по-ускореното преодоляване на кризата и възстановяването на икономическия растеж. За съжаление отслабващият натиск за реформи свързан с това нестабилно подобряване на икономическата ситуация в някои държави-членки води до отказ от провеждането на тежките реформи, необходими за стабилизиране на публичните финанси и по този начин застрашава да заличи постигнатия напредък. Анализът на Комисията показва, че тези препоръки не се отчитат достатъчно на национално ниво и ние трябва да създадем по-силни гаранции за тяхното прилагане, ако искаме да ускорим растежа и да подобрим жизнения стандарт на нашите граждани. Особено внимание следва да се отдели на необходимостта от продължаването на реформите в страните, които отбелязват негативни демографски тенденции, заплашващи устойчивостта на техните здравни и пенсионни системи. При липсата на решителни действия нестабилността в тези системи ще оказва все по-голям натиск за отклоняване от стабилната бюджетна политика и ще възпрепятства икономическия растеж. Единственият отговорен спрямо европейските граждани и бъдещите поколения подход е да тръгнем по пътя на реформите и да спрем да губим ценно време в лутане и политически експерименти.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Die Zeit des Kaputtsparens muss ein Ende haben. Europa braucht Investitionen, sowohl öffentliche als auch private. Nur so können Wachstum stimuliert und gleichzeitig Beschäftigung und Nachfrage angekurbelt werden. Das muss absolute Priorität haben und in das Europäische Semester einfließen. Der scheidende Kommissionspräsident Barroso sagte, er sehe keine Rezessionsgefahr für den Euroraum – trotz Nullwachstums im 2. Quartal und trüben Aussichten für 2015. Die Investitionen sind in einigen Mitgliedstaaten seit Ausbruch der Krise um 30-40 Prozent zurückgegangen. Ein entscheidender Punkt wird daher sein, nachhaltige Investitionen von den Defizitberechnungen auszunehmen, damit die Staaten wieder auf den Wachstumspfad gelangen und gleichzeitig notwendige Investitionen nicht vernachlässigen.

Der Investitionsplan von Herrn Juncker in Höhe von 300 Milliarden Euro ist ein Hoffnungsschimmer. Natürlich ist es wichtig, dass soziale Indikatoren erstmals im Europäischen Semester berücksichtigt wurden. Es ist jedoch unverständlich, warum die Ziele im Beschäftigungs- und Sozialbereich nicht gleichwertig – nämlich verbindlich – behandelt werden wie die makroökonomischen Vorgaben.

Abschließend noch ein Punkt von großer Bedeutung, der von mir eingebracht wurde: Die Vermögens- und Einkommensungleichheit steigt in den letzten Jahren stark und gefährdet Kaufkraft, Nachfrage und Investitionen in die Realwirtschaft. Deshalb sollen die Mitgliedstaaten Maßnahmen in ihre nationalen Reformprogramme aufnehmen, um diese Ungleichheiten zu verringern.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Hlavným cieľom európskeho semestra je udržanie naštartovaného procesu obnovy hospodárstva EÚ a dosiahnutie vyrovnaného rozpočtu. Preto je nevyhnutné, aby koordinácia hospodárskych politik EÚ podliehala demokratickej kontrole Európskym parlamentom. Okrem toho by bola vítaná aj väčšia angažovanosť národných parlamentov v oblasti zlepšovania demokratickej kontroly.

Pre hospodárstvo EÚ je taktiež kľúčové zachovať a podporovať vyváženú a udržateľnú stratégiu pre rast a zamestnanosť. Rád by som zdôraznil dôležitosť správnej implementácie odporúčaní členskými štátmi, ako aj potrebu väčšej transparentnosti rozhodovacieho procesu. Ak sa pozrieme na implementáciu odporúčaní z roku 2013, zistíme, že iba 10-15% odporúčaní v roku 2013 bolo plne implementovaných. Vzhľadom na to, by som chcel upozorniť na potrebu zabezpečenia väčšej disciplíny pri implementácii odporúčaní s cieľom mobilizovať dostatočný politický kapitál v prospech reforiem v členských štátoch. Sú to najmä členské štáty, ktoré by sa mali zasadiť za zvýšenie konkurencieschopnosti, vytváranie rastu a modernizáciu systému sociálneho zabezpečenia a pracovného trhu.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Semestrul european a devenit un instrument eficient al Uniunii Europene și al statelor membre pentru coordonarea politicilor economice. Experiența acumulată în ultimii ani în folosirea acestui instrument începe să își arate roadele. Cu toate acestea, consider că trebuie înlăturate două probleme încă vizibile, care afectează eficacitatea Semestrului european. În primul rând, în unele state membre, proiectele programelor naționale de reforme și cele ale programelor de convergență sau după caz de stabilitate nu sunt prezentate parlamentelor naționale, înainte de a fi transmise Comisiei Europene. În al doilea rând, recomandările făcute fiecăruia stat membru, de către Comisia Europeană și înșușite de Consiliu, nu sunt transpuse în programe și măsuri, la nivel național, astfel încât să se asigure înlăturarea unor probleme semnalate și corectarea unor tendințe.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. — Europos ekonominės politikos koordinavimo semestras yra ypatingai svarbus tinkamam Ekonominės Sąjungos veikimui. Tačiau taip pat, verta pabrėžti, turi didelę įtaką socialiniam stabilumui bei kiekvieno ES valstybės narės gyventojų gyvenimui. Šis faktas ypatingai išryškėja Europos Sąjungoje, patyrusioje ekonominę krizę, kuri smarkiai pablogino gyvenimo sąlygas daugeliui Europos piliečių, tarp jų ir Lietuvos gyventojams. Krizė taip pat sukėlė nelygybę ir skurdo lygio padidėjimą, apribojo žmonių prieigą prie geros kokybės viešųjų paslaugų, kurios XXI a. Europoje turėtų būti norma.

Diskusija dėl ES semestro suteikia puikią galimybę skatinti valstybes nares intensyviau veikti tose srityse, kuriose piliečiams gresia socialinė atskirtis. Socialinės atskirties reiškinys kelia nerimą ir vis dažniau pasitaiko tarp jaunų žmonių. Dėl šios priežasties Europos Sąjunga, kaip ir jos valstybės nares, turi pradėti aktyviau spręsti bedarbystės problemą, ypatingai tarp jaunų žmonių, kurie žengia pirmus žingsnius darbo rinkoje. Be to, koordinuota ekonominė politika turi atsivėlgti į visais lygmenimis teikiamą paramą tam, kad būtų sukurta daugiau darbo vietų. Todėl verta apsvarstyti pasiūlymą, kuris skatina Komisiją padidinti dėmesį reformoms, reikalingoms paremti aukštos kokybės viešųjų paslaugų teikimą, ypatingą dėmesį telkiant sveikatos priežiūros sistemoms valstybėse narėse. Tam, kad aptariama strategija būtų veiksminga, ji turi būti paremta investicijomis, orientuotomis į plėtrą, geresniu žmoniškųjų išteklių panaudojimu tam, kad darbo rinkos būtų lankstesnės ir galėtų greičiau reaguoti į ekonomikos pokyčius.

Dienstag, 21. Oktober 2014

7. Bildung einer Fraktion: siehe Protokoll

8. Abstimmungsstunde

Przewodniczący. - Kolejnym punktem porządku dnia jest głosowanie.

(Wyniki i inne szczegóły dotyczące głosowania: zobacz protokół)

8.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung — Antrag EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana Metallerzeugnisse (A8-0013/2014 — Patricija Šulin) (Abstimmung)

8.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/012 BE/Ford Genk (A8-0015/2014 — Paul Rübig) (Abstimmung)

8.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/002 BE/Carsid (A8-0017/2014 — Petri Sarvamaa) (Abstimmung)

8.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/006 FR/PSA (A8-0016/2014 — Isabelle Thomas) (Abstimmung)

— Przed rozpoczęciem głosowania:

Isabelle Thomas, rapporteure. - Monsieur le Président, je tiens à rappeler que, le 25 avril dernier, la France a soumis une demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à la suite du plan de restructuration de l'entreprise PSA, notamment sur les sites de Rennes et d'Aulnay.

Je tiens à rappeler également qu'à ce jour, plus de 2 300 travailleurs n'ont pas retrouvé de travail et restent au chômage, et que ce plan est fait pour les aider à retrouver un emploi. Par conséquent, je remercie les parlementaires de bien vouloir l'approuver.

Przewodniczący. - Niniejszym zamykam głosowanie.

9. Erklärungen zur Abstimmung

9.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung — Antrag EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana Metallerzeugnisse (A8-0013/2014 — Patricija Šulin)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Dienstag, 21. Oktober 2014

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. - I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund. Whilst in Brussels last week, SF's Martin McGuinness had very positive discussions with both the Chair of the European Parliament's Committee on the Budget and the Head of Operations at the European Globalisation Adjustment Fund. I was pleased to hear from European officials that they are 'open' to the prospects of Ballymena's JTI Gallagher plant in the North of Ireland benefiting from the Globalization Adjustment Fund to assist workers facing redundancy. Martin McGuinness dFM strongly made the case that Gallagher's clearly falls into the remit of this fund, which aims to help people who lose their jobs as a direct result of global market trends. What we were told was that the onus is on the British Government to submit a bid for assistance or to delegate responsibility to the Northern Executive to do so. Martin McGuinness will work with his colleague Peter Robinson in an effort to get a joint approach to the British Government so that the delegated authority is secured. This is an opportunity to do something tangible to help workers at Gallagher's, and the goodwill expressed by key decision-makers in Europe must be pursued.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. - The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people in the Comunidad Valenciana, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. — Je me réjouis qu'un projet soit mis en place afin de soutenir la réinsertion sur le marché du travail de 633 travailleurs licenciés, en raison de la crise économique et financière mondiale, dans 142 entreprises actives dans le secteur de la fabrication de produits métalliques en Espagne.

La crise économique a lourdement pesé sur ces différents secteurs dans l'ensemble de l'Union européenne. En effet, la diminution de la production dans l'industrie a eu des conséquences pour l'emploi. Près de 600 000 emplois ont ainsi été perdus dans l'industrie espagnole entre 2008 et 2012, dont 150 000 dans le secteur des produits métalliques manufacturés. Ces pertes d'emplois représentent respectivement 24 % de l'emploi total dans l'industrie et 35 % de l'emploi total dans le secteur de la métallurgie. Les pertes d'emplois dans le secteur des produits métalliques ont été plus importantes encore dans la Comunidad Valenciana. En effet, le nombre d'emplois dans le secteur de la métallurgie dans cette région est passé de 35 868 en 2008 à 20 873 en 2012, ce qui représente un déclin de 43 %, soit huit points de pourcentage de plus qu'au niveau national.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), por escrito. - Los Fondos Europeos de Adaptación a la Globalización son una herramienta fundamental para apoyar a miles de trabajadores afectados por los grandes cambios estructurales que se producen en nuestra economía. Voto a favor de la movilización de 1 019 184 EUR que darán a 300 trabajadores del sector del metal de la Comunidad Valenciana una nueva oportunidad para reciclar su formación, crear empresas, o recibir asesoramiento ocupacional, es decir, adaptar sus capacidades y habilidades a la demanda existente. Un sector en crisis que representaba un 25,4 % del empleo en el sector industrial valenciano, y que ahora ha perdido un tercio de su facturación y casi la mitad de los puestos de trabajo. Considero primordial apoyar este tipo de políticas de reactivación del empleo, con la confianza de que la Comisión Europea y las autoridades españolas tomarán las medidas necesarias para verificar que los fondos que hoy aprobamos se administren de acuerdo con los principios de transparencia y eficiencia.

Dominique Bilde (NI), par écrit. — Cette demande d'intervention au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur de l'Espagne concerne la réinsertion sur le marché du travail de travailleurs licenciés dans 142 entreprises dans le secteur de la fabrication de produits métalliques dans la communauté autonome de Valence (Comunidad Valenciana), en Espagne.

Cette demande concerne 633 travailleurs licenciés, dont 300 bénéficiaires visés. Elle a pour objet la mobilisation d'un montant de 1 019 184 EUR.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Confrontée à une crise économique et financière mondiale, l'Espagne est durement touchée par la baisse de la demande et de la production de métaux. Dans cette seule région, le nombre d'emplois dans le secteur de la métallurgie a baissé de 43 %, passant de 35 868 en 2008 à 20 873 en 2012.

Face à cette situation, je me suis prononcé pour cette demande.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. - Ho sostenuto questa relazione che autorizza la mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 142 aziende spagnole del settore metallurgico. Il FEG è lo strumento europeo che, più di ogni altro in questo momento, può aiutare i lavoratori delle aziende colpite dalla crisi curando i sintomi ma non le cause del loro malessere. Per questo continuerò certamente a sostenere il suo operato ma anche a battermi affinché l'Europa affronti le vere cause di questa crisi economica e finanziaria senza precedenti: mi riferisco alla moneta sballata, ai parametri di bilancio fissi e inderogabili imposti dai trattati europei e a una visione del mondo che aiuta gli immigrati e non i cittadini europei.

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. - Jag har idag röstat för detta betänkanden. Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb. Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningsspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energinåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), por escrito. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 019 184 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 633 trabajadores que han perdido su empleo en el sector de la fabricación de productos metálicos en la Comunitat Valenciana como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, colocación, promoción del emprendimiento e incentivos para la creación de una empresa.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la Comunitat Valenciana, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Europos Globalizacijos Fondo paramos skyrimui Ispanijos Valensijos regione. Šią paramą buvo nuspręsta skirti įmonių, vykdančių veiklą metalo gaminių gamybos srityje, darbuotojams, kurių per atskaitinį laikotarpį nuo 2013 m. balandžio 1 d. iki 2013 m. gruodžio 31 d. iš 142 regione veikiančių įmonių, buvo atleista 633 (iš jų parama taikant EGF bendrai finansuojamas priemonės numatyta 300 darbuotojų). Ispanijos pateikta paraiška atitiko EGF reglamente nustatytus finansinės paramos skyrimo kriterijus. Komisija ir Parlamentas įvertino ir tai, kad metalo gaminių sektorius yra pagrindinis žaliavų tiekėjas įvairioms apdirbamosios pramonės šakoms, visų pirma laivų statybos, statybos ir automobilių pramonės sektoriams, kuriems didelį poveikį visoje Sąjungoje darė ekonomikos krizė. Iš EGF skiriamų lėšų atleistiems darbuotojams bus skiriamas suderintas, tačiau prie individualių poreikių pritaikytų paslaugų paketas apimantis profesinį orientavimą, įdarbinimą, mokymus, verslumo skatinimą, paramą verslui steigti, darbo paieškos išmoka, su kelionėmis į mokymo vietą susijusių išlaidų padengimą ir užimtumo skatinimo priemonę.

Daniel Buda (PPE), în scris. - Am votat în favoarea rezoluției cu privire la mobilizarea Fondului European de Ajustare la Globalizare în sectorul concedierilor din sectorul fabricării produselor metalice în Comunitad Valenciana, determinat fiind de probleme similare existente în România, unde sectorul metalurgic a pierdut, în ultimii 20 de ani, peste 200.000 de locuri de muncă. Unele dintre combinate au fost privatizate, însă în cele mai multe cazuri acestea au dispărut cu totul, fiind privatizate prin lichidare.

Metalurgia a devenit o industrie generatoare de șomaj. Și va mai rămâne așa o perioadă, în condițiile în care marile combinate continuă să își diminueze cheltuielile.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Exemplul cel mai clar este cel al grupului rus Mechel, care în anul 2013 a vândut cele patru combinate metalurgice pe care le deținea în România, ele fiind puternic îndatorate, mare parte din angajații acestor combinate fiind ulterior disponibilizați.

Consider că prin măsurile stipulate, precum și prin sprijinul financiar oferit, Fondul European de Ajustare la Globalizare reprezintă un instrument eficient în ceea ce privește ocuparea forței de muncă în UE, precum și o măsură indispensabilă pentru reconversia profesională a angajaților disponibilizați. Prin astfel de programe, Uniunea Europeană demonstrează încă o dată susținerea sa în ceea ce privește forța de muncă.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobilitazione del fondo di adeguamento a tutela di 142 aziende del settore metallurgico. Bisogna difendere il lavoro e non la finanza!

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement a décidé d'accepter la demande d'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation émanant des entreprises de fabrication du métal de la Comunidad Valenciana en Espagne afin d'aider les salariés de cette entreprise fortement touchée par les conséquences de la mondialisation en matière d'emplois. Les employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore di questa relazione per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 633 lavoratori operanti nel settore della fabbricazione di prodotti in metallo in Spagna, per effetto della crisi economica e finanziaria .

Il settore dei prodotti in metallo è fondamentale per un'ampia gamma di industrie manifatturiere quali per esempio le costruzioni navali, l'edilizia e il settore automobilistico. Nell'Unione europea la crisi economica ha colpito pesantemente tutti questi settori. Nel periodo compreso tra il 2000 e il 2007, ossia prima della crisi economica e finanziaria, l'indice della produzione industriale nell'UE registrava una crescita media annua approssimativamente pari all'1,7%. In seguito, tra l'aprile 2008 e l'aprile 2009, la produzione industriale nell'UE è scesa di oltre 22%. In particolare in Spagna, tra l'aprile 2008 e l'aprile 2009, la produzione industriale è diminuita di quasi 27% (ossia cinque punti di più rispetto al livello dell'UE) e da allora non ha più recuperato, registrando un declino relativamente regolare.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Purtroppo il settore metallurgico è stato colpito non solo dal mutamento strutturale del commercio mondiale ma anche perché l'economia spagnola stessa ha sofferto pesantemente a causa della crisi. Il Movimento 5 Stelle appoggia ogni richiesta di mobilitazione del Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione che sia pienamente giustificata e che dia sollievo a quelle persone che non hanno colpe, ma solo la sfortuna di trovarsi a lavorare in settori industriali che subiscono la spietata concorrenza di paesi che non hanno lo stesso sentire giuridico per quanto riguarda i diritti dei lavoratori. Per questo noi vogliamo salvaguardare, per quanto possibile, il destino di coloro che si trovano a lottare duramente per mantenere il proprio lavoro e dare da mangiare alla propria famiglia.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della domanda, la decima nel quadro del bilancio 2014, per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per un importo totale di EURO 1.019.184 per la Spagna.

Il FEG è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale.

La domanda in questione è stata presentata dalle autorità spagnole in seguito ad esuberi e a cessazioni di attività in 142 imprese operanti nella fabbricazione di prodotti in metallo, esclusi macchinari e attrezzature nella regione di livello NUTS 2 della Comunidad Valenciana.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

Dienstag, 21. Oktober 2014

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 1 019 184 euros a favor de Espanha com o objetivo de apoiar os 633 trabalhadores despedidos em 142 fábricas na região Comunidad Valenciana.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - La Spagna è tra gli Stati Membri più duramente colpiti dalla crisi finanziaria ed economica con la conseguente diminuzione della produzione industriale che ha avuto ovvie conseguenze sull'occupazione, in particolare nella fabbricazione dei prodotti in metallo, facendo salire il tasso di disoccupazione. Per tale motivo ho sostenuto favorevolmente questa relazione perché credo che un intervento del FEG a favore della Comunidad Valenciana nel settore della produzione di metalli e prodotti in metallo, importante per un'ampia gamma di attività manifatturiere come nel settore della costruzione navale, dell'edilizia e automobilistico, settori tutti pesantemente colpiti dalla crisi economica dell'UE, sia di comune interesse per tutti gli Stati Membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural shifts in world trade patterns and to support the re-integration of the same workers back into the labour market. The report confirms that 300 workers previously operating in the manufacture of fabricated metal products in Spain will be targeted by the EGF co-funded measures. Personalised services for the redundant workers will include occupational guidance, promotion of entrepreneurship, vocational training and up skilling to build on skills and competences gained in the metal industry. I therefore voted in favour of this report as it will provide additional opportunities and support to the workers (and their families) affected by these redundancies.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Favorevole alla mobilitazione del FEG per ciò che riguarda la Spagna, con diverse aziende metallurgiche della Comunidad Valenciana entrate in crisi: nel complesso sono coinvolte 142 imprese ed oltre 600 lavoratori, per un importo di circa un milione di euro. Gli esuberi dei lavoratori nelle imprese operanti nel settore della fabbricazione di prodotti in metallo in Spagna sono legati alla crisi economica e finanziaria globale; la Spagna è uno degli Stati membri più duramente colpiti dalla crisi, che ha determinato una diminuzione della domanda, e quindi della produzione, di metalli e di prodotti in metallo; in Spagna la fabbricazione di prodotti in metallo è diminuita del 23,3% nel 2009 rispetto all'anno precedente, e del 36,6% tra il 2008 e il 2013; nota che il fatturato del settore si è ridotto del 38,5% nel periodo 2008-2012 e che il numero di posti di lavoro perduti corrisponde al 43% dell'occupazione totale nel settore metallurgico. L'obiettivo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è di facilitare il rapido reinserimento professionale di questi lavoratori in esubero mediante azioni di accompagnamento personalizzato, quali l'assistenza nella ricerca di un impiego, di orientamento professionale, di formazione e riqualificazione, di promozione al lavoro autonomo e all'imprenditorialità.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos para 300 de los 633 trabajadores despedidos de 142 empresas dedicadas a la fabricación de productos metálicos con el fin de poner en marcha medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo comprendido entre el 1 de abril de 2013 y el 31 de diciembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar los problemas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en España, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I supported this EU action because the EGAF funding of EUR 1 019 184 will contribute to the costs of measures for the reintegration of approximately 300 redundant workers into employment. I note that this application by Spain relates to 633 redundancies in 142 enterprises operating in the manufacture of fabricated metal products in Comunidad Valenciana, linked to the global financial and economic crisis, during the reference period from 1 April 2013 to 31 December 2013. The Commission has concluded that the application meets the conditions for deploying the EGAF.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Grâce à ce texte, les salariés de l'industrie sidérurgique espagnole licenciés pourront bénéficier d'un ensemble de services susceptibles de favoriser leur retour à leur emploi. Non seulement, ils se verront proposer des formations professionnelles mais aussi des incitations à créer leur propre entreprise.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Le fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) vise à aider les travailleurs ayant perdu leur emploi en raison des évolutions du commerce mondial ainsi que les victimes de la crise financière. Cette demande, présentée par l'Espagne, vise des licenciements dans le secteur de la sidérurgie. L'Espagne figure parmi les États membres les plus gravement touchés par la crise. Cette dernière a, entre autres, entraîné une baisse de la demande et de la production de métaux et de produits métalliques. La fabrication de produits métalliques a baissé de 23,3 % en 2009 par rapport à l'année précédente et de 36,6 % entre 2008 et 2013; le chiffre d'affaires du secteur a baissé de 38,5 % au cours de la période de 2008 à 2012 et les pertes d'emploi représentent 43 % de l'emploi total dans le secteur de la métallurgie. Il s'agit, dès lors, d'aider 300 salariés licenciés sur 633 dans 142 entreprises situées dans la région de Comunidad Valenciana. L'aide apportée s'élèvera à 1 019 184 euros et permettra de cofinancer des mesures actives sur le marché du travail axées sur l'orientation professionnelle, le placement, la formation,...

Cette demande obtient mon soutien ainsi que celui du Parlement européen.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Spanyolország kérvényezte a Globalizációs Alapból történő segítségnyújtást, hogy támogassa a globális pénzügyi és gazdasági válság következtében a fémfeldolgozási termék gyártása, kivéve gépek és berendezések ágazatban működő 142 spanyolországi vállalatnál elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. Spanyolország így mintegy 600 000 ipari munkahelyet veszített el 2008 és 2012 között, ezek közül 150 000-et a fémfeldolgozási termékek gyártásának ágazatában. Az elveszített munkahelyek a teljes ipari foglalkoztatás 24%-át, a fémtermékgyártási ágazat összes munkahelyének pedig 35%-át tették ki. Az elbocsátott munkavállalóknak nyújtandó, személyre szabott szolgáltatások összehangolt csomagja az alábbi fellépéseket tartalmazza: pályaorientációs tanácsadás, munkaközvetítés, képzések (szakképzés, továbbképzés, transzverzális készségek fejlesztése, munkahelyi képzések), vállalkozóvá válás támogatása, a vállalkozás beindításának támogatása, álláskeresési támogatás, munkába járás (ingázás) költségeihez való hozzájárulás, valamint foglalkoztatás ösztönzése. A Bizottság szerint a fent ismertetett intézkedések az EGAA-rendelet 7. cikke szerinti támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerő-piaci intézkedésnek minősülnek, Spanyolország kérelme alapján igénybe veheti az 1 019 184 EUR összegű pénzügyi hozzájárulást. A jelentést a plenáris szavazáson támogattam.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas. Esta ayuda resulta parcial, puesto que sólo 300 trabajadores serían beneficiados, y parece insuficiente pues el monto de inversión per cápita para apoyar sus procesos formativos y de inserción laboral mediante auto-empleo no llegaría a los 3400 euros. Consideramos que este FEAG constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Resulta urgente formular políticas tendentes a un reparto del trabajo asalariado y a una desvinculación real entre acceso al trabajo y derecho de acceso a bienes y servicios públicos fundamentales.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. - The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Fredrick Federley, Marit Paulsen och Cecilia Wikström (ALDE), *skriftlig*. - Vår övertygelse är att välstånd skapas genom fri handel och rättvis konkurrens. Därför är vi principiellt emot den europeiska globaliseringsfonden, som vi menar är ett uttryck för protektionism. Vi kan möjligen acceptera att fonden används som en ren akutåtgärd i en tid då EU befunnit sig i en djup ekonomisk kris – särskilt med tanke på människors känsla av hopplöshet och utanförskap som följt i krisens spår- och som riskerar att ge ytterligare förstärka den våg av nationalism och främlingsfientlighet som idag sprider sig i EU. Vi anser dock att fonden saknar berättigande den dag krisen är över.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional aos trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. A Espanha apresentou a candidatura ao FEG, na sequência de 633 despedimentos ocorridos em 142 empresas do setor da fabricação de produtos metálicos, durante o período de referência de 1 de abril de 2013 a 31 de dezembro de 2013, e que estão relacionados com a crise financeira e económica mundial que resultou numa procura mais reduzida de metal e de produtos metálicos e a uma menor produção dos mesmos baixando 23,3%, em 2009, em comparação com o ano anterior, e 36,6% entre 2008 e 2013. O volume de negócios diminuiu 38,5 %, durante o período entre 2008 e 2012, e os despedimentos representam 43 % do total de emprego no setor metalúrgico. Nesta mobilização do FEG a favor da região espanhola de Comunidad Valenciana, foram concedidos 1.019 milhões de euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Nesta sessão plenária somos chamados a decidir sobre a atribuição da assistência financeira do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) – o Fundo criado para ser mobilizado em caso de despedimentos massivos e assim talvez aliviar a má consciência dos responsáveis pelas políticas que os promovem – na sequência de 8204 despedimentos efetuados por 155 empresas, sediadas em Espanha, Bélgica e França. É brutal e vergonhoso. Um libelo acusatório a esta União Europeia e às suas políticas.

O presente relatório incide sobre a candidatura da Comunidad Valenciana Metal, na sequência de 633 despedimentos ocorridos em 142 empresas do sector da fabricação de produtos metálicos em Espanha. A justificação para mais estes despedimentos é a crise financeira económica mundial, sendo a Espanha um dos Estados-Membros mais gravemente afetado, que resultou numa procura mais reduzida de metal e de produtos metálicos e uma menor produção dos mesmos - a produção baixou 37% entre 2008 e 2013, o volume de negócios diminuiu 39% entre 2008 e 2013 e os despedimentos representam 43% do total de emprego no sector metalúrgico.

É esta a resposta à crise por parte da UE: destruição massiva de capital, despedimentos, diminuição dos salários, liquidação de direitos, desmantelamento do Estado Social, aumento da exploração.

É urgente romper com este caminho.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto favorevole per quest'intervento per supplire all'esubero dei dipendenti di ben 142 aziende Spagnole del settore del metallo per una cifra di poco superiore al milione di Euro.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτός*. - Ενώ φαίνεται μια πρόταση για πραγματική στήριξη των απολυθέντων και μάλιστα σε τέτοια δύσκολη οικονομική περίοδο, κρύβει το αρνητικό γεγονός ότι στα χέρια των εργαζομένων δεν θα φτάσει σχεδόν τίποτε, αφού θα περάσει όλη η χρηματοδότηση από μεσάζοντες. Για αυτό το λόγο, η ψήφος μου είναι αρνητική.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. - I voted against this application for mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund. I support measures that create growth and jobs, but the Globalisation Adjustment Fund is simply a waste of taxpayers' money. There is no evidence that it offers value for money in terms of reintegrating redundant workers back into the labour market.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas. Esta ayuda resulta parcial, puesto que sólo 300 trabajadores serían beneficiados, y parece insuficiente pues el monto de inversión per cápita para apoyar sus procesos formativos y de inserción laboral mediante auto-empleo no llegaría a los 3400 euros. Consideramos que este FEAG constituye un simple parche que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Resulta urgente formular políticas tendentes a un reparto del trabajo asalariado y a una desvinculación real entre acceso al trabajo y derecho de acceso a bienes y servicios públicos fundamentales.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Daniel Hannan (ECR), *por escrito*. Debemos enfrentarnos a la realidad y decirles a los ciudadanos que estas ingentes cantidades de dinero, dedicadas únicamente a subsidios, no generan riqueza, ni productividad, ni esperanza. Lo único que generan son economías destinadas al fracaso y sociedades aletargadas por la protección desmedida de los Estados.

No me opongo a que se ayude a la gente, pero sí me opongo a que se trate a la gente como ganado, al cual se le da de comer y no molesta.

Debemos fomentar la creatividad y la creación, y no el paternalismo europeo del «con el dinero todo se arregla», ya que así no conseguiremos crear los marcos adecuados para que esta gente pueda crearse una nueva vida.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. - I support the need to have a European instrument to assist redundant workers. I am glad that Parliament fully supported the setting up of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) as part of the Multiannual Financial Framework for 2014 to 2020. I supported this application for Comunidad Valenciana metal workers following 633 redundancies in 142 enterprises in the fabricated metal products industry. Assistance to this region is essential, particularly given the fact that in the period 2008-2009 industrial production in Spain declined by almost five points more than in the EU-28 and has yet to recover and still faces continuing decline. I would also like to congratulate the Spanish authorities for their support for the workers in their decision to begin the early implementation of personalised services to those made redundant.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas. Esta ayuda resulta parcial, puesto que sólo 300 trabajadores serían beneficiados, y parece insuficiente pues el monto de inversión per cápita para apoyar sus procesos formativos y de inserción laboral mediante auto-empleo no llegaría a los 3400 euros. Consideramos que este FEAG constituye un simple parche en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Resulta urgente formular políticas tendentes a un reparto del trabajo asalariado y a una desvinculación real entre acceso al trabajo y derecho de acceso a bienes y servicios públicos fundamentales.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za prijedlog rezolucije s obzirom da će se finansijskim doprinosom iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji pomoći otpuštenim radnicima u Valencijskoj Zajednici, kojih ima 633 i koji se nalaze u stanju nezvjesnosti i u teškim životnim trenucima.

Podržavam također poprilično brzu reakciju Europske komisije koja je promptno reagirala na zahtjev španjolskih vlasti u vidu njihovog ponovnog uključivanja na tržište rada, obzirom da je sektor gotovih proizvoda od metala jedan od glavnih opskrbljivača važnih EU grana ekonomije (npr. građevinarstvo, brodogradnja).

Stope nezaposlenosti u EU-u dosegnule su povijesne razine kao posljedica gospodarske krize, stoga potrebno je provesti konkretne mjere (kao što su strukovna osposobljavanja), pored EGF-a koji predstavlja izvanrednu pomoć, kako bi se snažno doprinijelo gospodarstvima pogođenih regija.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Il est important de soutenir les salariés qui perdent leur emploi subitement en raison d'une crise financière et économique globale. Nous devons les aider à retrouver le chemin de l'emploi. Cette aide de 1,02 million permettra d'aider les nombreux salariés dans la production de produits en métal de la commune de Valence en Espagne à revenir sur le marché du travail et retrouver un emploi qui soit en adéquation avec leurs compétences, alors que de 2008 à 2013 43% des emplois ont été perdus dans la région.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par l'Espagne concernant des licenciements intervenus dans des entreprises de produits métalliques situées dans la province de Valence. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché de travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide financière s'élevant à un peu plus d'un million d'euros.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support providing assistance for the reintegration into employment of around 300 redundant workers who lost their jobs due to the global financial and economic crisis.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Šulin in quanto considero la decisione concernente la mobilitazione del FEG a favore della Spagna un'indiscussa opportunità per il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero in 142 imprese operanti nel settore della fabbricazione di prodotti metallurgici. In un contesto di crisi economica quale quello che stiamo attraversando, abbiamo più volte sottolineato l'importanza e l'efficacia di uno strumento qual è il FEG. Adoperando i criteri più opportuni di destinazione, l'Europa dimostra ancora una volta la propria missione di solidarietà e la propria concretezza nell'aiuto alle persone che più soffrono gli effetti di una crisi economica devastante.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos para 300 de los 633 trabajadores despedidos de 142 empresas dedicadas a la fabricación de productos metálicos con el fin de poner en marcha medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo comprendido entre el 1 de abril de 2013 y el 31 de diciembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar los problemas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en España, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por ello he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. - Este fondo ha sido establecido por la UE con el objetivo de ayudar a reincorporarse al mercado de trabajo a los trabajadores que han sufrido las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial o de la continuación de la crisis financiera y económica mundial.

En este marco, España presentó una solicitud de movilización de este fondo con el motivo del despido de 633 trabajadores en 142 empresas dedicadas a la fabricación de productos metálicos en la Comunidad Valenciana como consecuencia de la crisis económica que ha golpeado la UE y especialmente a España en este sector.

La propuesta adoptada por la Comisión consiste en una ayuda de 1.019.184 EUR que afecta a 300 trabajadores, para la realización de medidas activas para el mercado de trabajo: servicios de orientación profesional, colocación, actividades de formación, promoción del emprendimiento, incentivos para la creación de una empresa, asignaciones para la búsqueda de empleo, contribución a los gastos de desplazamiento e incentivos para la creación de empleo.

Considerando que la concesión de esta medida cumple con los requisitos y que supone una importante ayuda, he votado a favor de este informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. - Odlučila sam podržati Izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć regiji Comunidad Valenciana u kojoj su otpuštena 633 radnika iz 142 trgovačka društva koja posluju u sektoru proizvodnje gotovih proizvoda od metala.

Europski fond za globalizaciju stvoren je kako bi omogućio dodatnu potporu radnicima koji su proglašeni viškom uslijed posljedica svjetske financijske i ekonomske krize, kako bi se potpomognulo ponovno uključivanje na tržište rada. Ovim Izvješćem želi se mobilizirati milijun eura za pogođene radnike kako bi im se omogućila profesionalna orijentacija, posredovanje pri zapošljavanju, edukacije i osposobljavanja za nova radna mjesta, promocije poduzetništva, poticaja za poduzetništvo i zapošljavanje, naknade za vrijeme traženja posla i troškove putovanja na posao, a sve u svrhu ponovnog vraćanja na tržište rada i povećanja razine zaposlenosti.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. - Es nobalsoju par, jo tāda bija arī sociālistu politiskās grupas nostāja. Spānijas priekšlikums saskan ar manu politisko pārliecību un rīcības politiku globalizācijas apstākļos.

Dienstag, 21. Oktober 2014

David Martin (S&D), *in writing*. - I supported this proposal as a legitimate use of the Globalisation Adjustment Fund. The Spanish authorities argue that the metal products sector is a key provider of inputs to a wide range of manufacturing activities, in particular the shipbuilding, construction and automotive sectors. All of these were significantly impacted across the European Union by the economic crisis, as previously recognised by the Commission and its services.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della relazione riguardante la Mobilitazione del Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione, relativa alla presentazione della domanda da parte della Spagna, per l'ottenimento di un contributo finanziario del FEG, a seguito dei 600 esuberanti in 142 imprese operanti nel settore della fabbricazione di prodotti di metallo, verificatisi nel paese stesso. Ritengo fondamentale e di primaria importanza che siano applicate misure a favore dei lavoratori in esubero in materia di: collocamento, formazione e salvaguardia dei posti di lavoro.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - Ritengo che il principio di solidarietà tra gli Stati membri dell'Unione europea, debba rappresentare un punto di riferimento imprescindibile per l'operato delle istituzioni comunitarie.

E' sulla base di tale presupposto che ho deciso di esprimere il mio consenso nei confronti della relazione a firma della collega Šulin, che supporta la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di un cospicuo numero di lavoratori spagnoli in esubero presso imprese operanti nella fabbricazione di prodotti in metallo.

La Spagna è tra i paesi più colpiti dalla crisi economica degli ultimi anni, e noi abbiamo il dovere di soccorrere ciascuno dei nostri Stati membri nei momenti di maggiore difficoltà.

Sì, dunque, per favorire un'armoniosa reintegrazione, nel mercato del lavoro, di ben 633 operai in esubero, provenienti da 142 diverse imprese spagnole operanti nel settore metallurgico.

Sì, perché, se vogliamo continuare ad accreditarci come punto di riferimento istituzionale presso i nostri cittadini, abbiamo il dovere morale di agire affinché ad essi vengano garantiti i diritti fondamentali, tra cui quello al lavoro.

Sì, infine, per dimostrare quanto il Parlamento europeo tenga alla dignità di ognuno dei lavoratori comunitari, indipendentemente dall'appartenenza nazionale, e dal colore politico dei propri membri.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. - Die Entlassungen in den 142 Unternehmen der Comunidad Valenciana stehen im Zusammenhang mit weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung. Die Verluste in der Branche der Produktion von Fertigerzeugnissen aus Metall verdeutlichen den raschen Rückgang des europäischen Marktanteils in der Stahlproduktion und den gleichzeitigen Anstieg des Marktanteils von Ländern wie China. Umso wichtiger wird es sein, eine effektive Strategie der Union für die Stahl erzeugende Industrie zu beschließen, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aus diesen Erwägungen habe ich in diesem Fall für die Inanspruchnahme des EGF gestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Le fond d'aide à la mondialisation remplit bien son rôle néfaste. Au lieu d'aider les travailleurs, il encourage les actionnaires et les Etats à se soumettre au libéralisme forcené. La demande concerne 633 travailleurs licenciés dans 142 entreprises relevant de la fabrication de produits métalliques situés dans la région espagnole «Comunidad Valenciana». Les autorités espagnoles font valoir que la crise économique a lourdement pesé sur le secteur de la manufacture dans l'ensemble de l'Union européenne: entre avril 2008 et avril 2009, la production industrielle dans l'UE a chuté de plus de 22 points de pourcentage. Mais sans remettre en cause le modèle économique qui est la cause de la désindustrialisation de l'Europe et sans promouvoir le seul remède efficace: le protectionnisme solidaire. Le gouvernement espagnol comme l'UE traitent les symptômes sans s'attaquer jamais aux causes du mal. Je m'abstiens pour ne pas priver les travailleurs espagnols de ce fonds.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Espanha, que apresentou a candidatura EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana Metal a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 633 despedimentos ocorridos em 142 empresas do setor da fabricação de produtos metálicos, em Espanha (sendo 300 trabalha-

Dienstag, 21. Oktober 2014

dores potenciais beneficiários das medidas cofinanciadas pelo FEG) durante o período de referência de 1 de abril de 2013 a 31 de dezembro de 2013.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural changes in world trade patterns and to assist the reintegration of the same workers back into the labour market. The report notes that between 2008 and 2012, Spain lost almost 600 000 jobs in the metal industry. The Comunidad Valenciana metal application aims to support Spain in reintegrating into the labour market workers from 142 enterprises manufacturing fabricated metal products who were made redundant due to the global financial and economic crises. Therefore, I have voted in favour of this report, which will aid affected workers.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I am fully supporting the Report giving the green light for the mobilisation of the European Globalization Adjustment Fund (EGAF) in Spain in relation to 633 redundancies in 142 enterprises operating in the manufacture of fabricated metal products due to the global financial and economic crisis. The fund will help workers made redundant with occupational guidance, job placement, trainings (vocational training and upskilling, training in transversal skills, on-the-job training), promotion of entrepreneurship, incentives for setting up a business, job-search allowance, contribution to commuting expenses and employment incentives.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Le autorità spagnole hanno presentato la domanda EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana Metal per ottenere un contributo finanziario del FEG in seguito ad esuberi e a cessazioni di attività in 142 imprese operanti nella fabbricazione di prodotti in metallo nella Comunidad Valenciana.

Poiché il contributo vuole essere un sostegno supplementare ai 633 lavoratori in esubero e mira ad agevolare il loro reinserimento nel mercato del lavoro, il mio voto è stato favorevole.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. - L'Espagne a sollicité le Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 1 019 184 euros pour soutenir la réinsertion sur le marché de l'emploi et la formation de 300 des 633 travailleurs licenciés dans 142 entreprises du secteur de la fabrication de produits métalliques dans la Communauté valencienne. Ces licenciements ne font qu'aggraver la fragilité du marché du travail dans cette partie de l'Espagne. Rappelons que la production de produits métalliques en Espagne a chuté de 36,6 % entre 2008 et 2013 du fait même de la baisse des demandes émanant de la construction navale et de l'industrie automobile. Il est à noter également que le taux de chômage dans ce pays est très élevé et que celui des jeunes est l'un des plus hauts de la zone euro. L'Espagne et son peuple, durablement touchés par la crise, doivent non seulement faire face aux dégâts sociaux engendrés par le dogme ultralibéral mis en place par l'Union européenne mais aussi subir les mesures d'austérité imposées par Bruxelles. Pour ces raisons, j'ai voté pour l'octroi de cette aide aux travailleurs espagnols.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la mobilisation de 1 019 184 euros qui vont profiter à 300 anciens salariés du secteur sidérurgique dans la région de Valence (Espagne). Éluë d'une région sidérurgique qui n'a pas été épargnée par la crise, je connais très bien la situation économique du secteur et les conséquences sociales dramatiques. La production d'acier brute dans l'UE est passée de 206,9 millions de tonnes en 2006 à 177,6 millions de tonnes en 2011. Ceci correspond à la baisse de la part de marché européen dans le secteur qui est passée de 16,6% en 2006 à 11,7% en 2011. En parallèle la part du marché chinois est passée de 33,7% à 45%. J'insiste pour souligner que la mobilisation de ces fonds correspond à une réponse ponctuelle et nécessaire mais nous devons mettre en œuvre rapidement des mesures structurelles pour remédier à la baisse de la production européenne.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport compte tenu de l'importance, en ces temps de crise économique, du soutien de l'UE aux travailleurs dont les entreprises ont particulièrement souffert. Le secteur des produits métalliques dans la Comunidad Valenciana a été touché de plein fouet et il est absolument nécessaire de donner les moyens à la population de se reconverter.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Dan Nica (S&D), *în scris*. - Spania a prezentat cererea EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana metal pentru o contribuție financiară din partea FEG în urma celor 633 de disponibilizări ce au avut loc în Spania în perioada aprilie - decembrie 2013 în cadrul a 142 de întreprinderi care își desfășoară activitatea în domeniul fabricării produselor metalice.

Subliniez faptul că disponibilizările din cadrul celor 142 de întreprinderi din domeniul fabricării produselor metalice au legătură cu criza economică și financiară mondială. În Spania producția de produse metalice a scăzut cu 23,3% în 2009 față de anul precedent și cu 36,6% între 2008 și 2013, iar numărul locurilor de muncă din sectorul produselor metalice a scăzut cu 43%.

Sectorul produselor metalice prelucrate reprezintă un furnizor important de materie primă pentru o întreagă serie de industrii producătoare, în special sectorul construcțiilor navale, sectorul construcțiilor și al autovehiculelor, toate fiind în mod considerabil afectate de criza economică din Uniune.

În calitate de coordonator S&D pentru industrie, cercetare și energie, subliniez necesitatea unei strategii a Uniunii privind industria europeană. Sunt necesare soluții viabile atât pentru industria siderurgică cât și pentru sectorul produselor metalice, în vederea menținerii competitivității și locurilor de muncă pe teritoriul UE.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Entlassungen in den 142 Unternehmen der Comunidad Valenciana stehen im Zusammenhang mit weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung. Die Verluste in der Branche der Produktion von Fertigerzeugnissen aus Metall verdeutlichen den raschen Rückgang des europäischen Marktanteils in der Stahlproduktion und den gleichzeitigen Anstieg des Marktanteils von Ländern wie China, Indien und Korea. Es gilt, hier Solidarität zu zeigen und die Bedeutung der stahlerzeugenden Industrie für den gesamten europäischen Wirtschaftsraum hervorzuheben. Umso wichtiger ist es, eine effektive Strategie der Union für die Stahl erzeugende Industrie zu beschließen, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aus diesen Erwägungen habe ich in diesem Fall für die Inanspruchnahme des Fonds durch die Comunidad Valenciana gestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Considerando che la proposta di decisione per la mobilitazione dei fondi EGF in favore della Spagna è volta ad assistere il reinserimento dei lavoratori del settore metallurgico, in sofferenza a causa dei cambiamenti strutturali del commercio mondiale; considerando che anche a causa della crescente competizione globale, la produzione industriale in Europa ha subito un notevole calo; concordando sul fatto che il declino della produzione industriale abbia influito in maniera rilevante sull'occupazione del settore metallurgico nella comunità valenciana, ho espresso il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Je regrette ce système pervers par lequel l'Union européenne, d'un côté, détruit l'environnement économique et, de l'autre, verse quelques subventions qui compensent mal les difficultés que sa politique a générées.

Si je n'hésite pas à soutenir les créateurs d'emploi, je déplore que l'Union les mette en situation de devoir demander de l'aide pour survivre. À quand une politique rationnelle qui protégerait les entreprises et les travailleurs grâce à des frontières maîtrisées? Prendre quelques mesures pour réduire les effets quand on ne cesse d'aggraver les causes n'a aucun sens.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Kao prošlogodišnji izjavitelj za mobilizaciju sredstava EGF-a za građevinski sektor Valencije, podržao sam izvješće kolegice Šulin o dodjeli sredstava Španjolskoj u iznosu od 1 019 184 €. Podržao sam cjelokupnu inicijativu Europske unije za stvaranje Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji. Isto tako, pozdravio sam odluku Europske komisije da se sredstva fondova dodijele Španjolskoj, kako bi omogućili prekvalifikaciju radnika tvornica metala te njihovu reintegraciju na tržište rada.

Smatram iznimno važnim stimulaciju tržišta rada na ovakav način, jer su uslijed financijske i ekonomske krize mnogi ljudi postali operativni višak. Pitanje nezaposlenosti jedno je od najvažnijih pitanja današnjice i veliki problem s kojim se susreću države Europske unije, čega sam izuzetno svjestan osobito zbog broja nezaposlenih osoba u mojoj državi Republici Hrvatskoj.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Kako bismo prevladali krizu i pokrenuli gospodarstvo, moramo raditi na smanjivanju nezaposlenosti te mislim da se to može postići inicijativama ovoga tipa. Nadam se da će mjere koje pruža Europski fond za prilagodbu globalizaciji u ovom slučaju što prije biti implementirane temeljeći se na principu jednakosti i pravičnosti.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - In questa fase di crisi economica e finanziaria a livello mondiale è giusto mobilitare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, in seguito alla domanda della Comunidad Valenciana Metal, in aiuto ad una parte dei lavoratori di imprese operanti nel settore della fabbricazione di prodotti di metallo (imprese pesantemente colpite dalla crisi) per agevolarli con azioni dirette e con un pacchetto di servizi personalizzati a ricollocarsi in maniera più efficace nel mercato del lavoro.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. - Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, da hier zum wiederholten Male Gelder des Globalisierungsfonds für Arbeitsmarktmaßnahmen zweckentfremdet werden. Hier wären die Nationalstaaten gefragt, eventuelle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu ergreifen, soweit notwendig und gewünscht.

Die EU ist im konkreten Fall nicht zuständig und überschreitet zum wiederholten Male ihre Kompetenzen.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les grandes variations du secteur métallurgique sur le marché international combinées à la crise financière ont conduit à des mesures massives de licenciements. Je vote donc en faveur de la mobilisation du fonds européen d'ajustement à la mondialisation requis par la Communauté valencienne, dans l'espoir d'accroître la reconversion des travailleurs licenciés.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — Le Fonds européen d'Ajustement à la Mondialisation a vocation à apporter une aide à des personnes ayant perdu leur emploi suite à des changements structurels majeurs. J'ai voté en faveur de son octroi à la Communauté valencienne. Le secteur métallurgique de cette communauté autonome a en effet été frappé de plein fouet par la crise: il a subi, entre 2008 et 2012, une baisse de 43% de ses emplois (14 995 emplois), soit 8 points de pourcentage de plus que la moyenne nationale pour ce type d'activités. Plus d'un million d'euros va être versé afin de financer des formations ainsi qu'à promouvoir l'entrepreneuriat et la recherche d'emploi de 300 ex-salariés du secteur, et je m'en félicite.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 019 184 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) destinados a 633 trabajadores que han perdido su empleo en el sector de la fabricación de productos metálicos en la Comunitat Valenciana, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, colocación, promoción del emprendimiento e incentivos para la creación de una empresa.

Si bien estas ayudas son insuficientes para paliar el drama del desempleo en la Comunitat Valenciana, sí pueden ayudar a la reinserción laboral de los trabajadores afectados. En todo caso, sería deseable mejorar la dotación financiera de estas ayudas en próximas ocasiones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Je me réjouis du vote de ce rapport qui va permettre de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour les 633 licenciements survenus chez Comunidad Valenciana/Metal. Ces licenciements ne vont faire qu'aggraver la situation de chômage dans une région qui est déjà particulièrement fragilisée étant donné que le secteur des produits métalliques y représente 25,4% de l'emploi industriel régional. Le nombre d'emplois dans le secteur de la métallurgie y est d'ailleurs passé de 35 868 en 2008 à 20 873 en 2012.... ce qui représente un déclin de 43%. S'il faudrait que l'aide financière européenne aux travailleurs licenciés soit plus dynamique et fournie avec toute la rapidité et l'efficacité possibles, il faudrait aussi une stratégie européenne en matière de sidérurgie. C'est aujourd'hui vital.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. - Na sequência de 633 despedimentos ocorridos em 142 empresas do setor da fabricação de produtos metálicos (durante o período de referência de 1 de abril de 2013 a 31 de dezembro de 2013), a Espanha apresentou uma candidatura ao Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEAG).

O sector metalúrgico representa 1/4 dos empregos da Comunidade Valenciana e, entre 2008 e 2012, o nível de emprego neste setor diminuiu cerca de 43 % na região.

Não poderia por isso estar mais de acordo com esta decisão (a décima aplicação do FEAG no exercício orçamental de 2014), pelo que votei favoravelmente este relatório, o qual permitirá a mobilização de 1,019 milhões de euros orientados para a reconversão profissional de 300 trabalhadores em atividades de formação e aperfeiçoamento profissional.

Sofia Sakorafa (GUE/NGL), *γραπτώς*. - Αγαπητοί συνάδελφοι,

Οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές που επιμένετε να ακολουθείτε έκλεισαν χιλιάδες επιχειρήσεις και δημιούργησαν εκατομμύρια ανέργους στην ΕΕ. Οι 4 σημερινές περιπτώσεις, της Ισπανίας, του Βελγίου και της Γαλλίας με πάνω από 7000 απολυμένους, δεν είναι ούτε οι πρώτες, ούτε θα είναι δυστυχώς οι τελευταίες. Προκαλείτε δυστυχία και απόγνωση που επιχειρείτε να επικαλύψετε με ψήφουλα ελεημοσύνης.

Τα 150 εκ. ευρώ που προβλέπει το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής για την νέα προγραμματική περίοδο αποτελεί προσβολή για τη νοημοσύνη μας και την αξιοπρέπεια των ανθρώπων αυτών. Το ποσό αυτό δεν αρκεί για να καλύψει, ούτε στο ελάχιστο, το κόστος σχεδίων παροχής βοήθειας σε απολυμένους, ώστε να βρουν νέα θέση εργασίας ή να δημιουργήσουν τη δική τους επιχείρηση.

Η συνεχιζόμενη λιτότητα δεν οδηγεί σε ανάπτυξη, αλλά οδηγεί σε λουκέτα και ανέργους. Χρειάζεται ρήξη και αλλαγή σε αυτή την πολιτική.

Καλώ για άμεση χάραξη μίας ολοκληρωμένης στρατηγικής και διάθεση επαρκών χρηματοδοτικών μέσων από τον κοινοτικό προϋπολογισμό ώστε να αναζωογονηθεί η ευρωπαϊκή οικονομία που πνέει τα λοίσθια. Μόνο έτσι μπορούμε να ελπίζουμε σε ένα αξιοπρεπές επίπεδο ζωής για τους εργαζόμενους και τους επαγγελματίες στην Ε.Ε.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - La domanda in esame, la decima nel quadro del bilancio 2014, si riferisce alla mobilitazione del FEG per un importo totale di EUR 1.019.184 per la Spagna. La domanda riguarda esuberi e cessazioni di attività in 142 imprese operanti nella divisione 25 della NACE Revisione 2 (Fabbricazione di prodotti in metallo, esclusi macchinari e attrezzature) nella regione di livello NUTS 2 della Comunidad Valenciana (ES52).

Ho votato a favore per difendere il lavoro delle aziende interessate e sostenere la crescita della regione.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho votato in maniera favorevole in quanto si tratta di un intervento a seguito degli esuberi e della cessazione di attività di ben 142 aziende Spagnole del settore del metallo per una cifra di poco superiore al milione di Euro.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

Esta ayuda resulta parcial, puesto que sólo 300 trabajadores serían beneficiados, y parece insuficiente pues el monto de inversión per cápita para apoyar sus procesos formativos y de inserción laboral mediante auto-empleo no llegaría a los 3400 euros. Consideramos que este FEAG constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Resulta urgente formular políticas tendentes a un reparto del trabajo asalariado y a una desvinculación real entre acceso al trabajo y derecho de acceso a bienes y servicios públicos fundamentales.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *por escrito*. - Como diputado valenciano voto a favor de esta resolución y manifiesto la importancia de esta ayuda para paliar los efectos de la brutal desindustrialización que padece mi país. No obstante, quiero dejar constancia de que lo que nos urge es un plan de reindustrialización para que la competitividad que nuestras empresas tuvieron antes del estallido de la burbuja inmobiliaria se recupere y cree los puestos de trabajo que necesitamos con urgencia.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos para 300 de los 633 trabajadores despedidos de 142 empresas dedicadas a la fabricación de productos metálicos con el fin de poner en marcha medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo comprendido entre el 1 de abril de 2013 y el 31 de diciembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de las trabajadoras y trabajadores de este sector en el contexto del elevado desempleo en el Estado Español, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo esto he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I welcome the fact that Parliament today approved EU aid to help 300 Spanish workers made redundant.

The EUR 1 019 184 in EGF aid approved by Parliament will support the reintegration into the labour market of workers made redundant in 142 enterprises operating in the manufacture of fabricated metal products, except machinery and equipment.

The UK has never made an application under this fund. UK workers receive none of this support therefore.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Budući da je Španjolska jedna od europskih zemalja koja je pogođena krizom i koja se s time teško nosi, pozdravljam ovu odluku u kojoj je EU uspostavila zakonodavne i proračunske instrumente kako bi pružila dodatnu potporu radnicima koji su pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima te kako bi im se pomoglo pri ponovnom uključivanju na tržište rada. Otpuštanja u 142 poduzeća koja posluju u sektoru proizvodnje gotovih proizvoda od metala u Španjolskoj povezana su s globalnom financijskom i gospodarskom krizom koja je pogodila cijelu Europu i uzrokovala probleme socijalnog karatera. Zaposlenost u toj regiji ozbiljno je pogođena učinkom krize na tradicionalne sektore. Podržavam odluku da se spriječi otpuštanje 633 radnika jer će svaka dodatna otpuštanja u Communidadu Valenciani pogoršati ionako tešku situaciju koja je nastala zbog problema nezaposlenosti. Pozdravljam svaki prijedlog koji bi mogao omogućiti pokretanje gospodarstva i ponovna zapošljavanja kao što je namjera da se iznos od 3.000 eura dodijeli 20 korisnika, što bi uvelike moglo pomoći njihovom povratku na tržište rada tako da osnuju vlastita poduzeća, kao i prijedlog za strukovno osposobljavanje, stjecanje viših kvalifikacija, učenje dodatnih vještina kojima se radnici mogu prilagoditi budućim potrebama metalne industrije.

Richard Sulík (ECR), *pisomne* - Proti návrhu som hlasoval preto, lebo problémy súvisiace s nízkou konkurencieschopnosťou rieši prerozdeľovaním, čo konkurencieschopnosť ďalej znižuje. 1 019 184 eur pre 300 Španielov navyše znamená, že za každého z týchto príjemcov pomoci zaplatia daňovníci až zhruba 34 000 eur.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. - I voted against this report today, I am opposed in principle to the use of this European Globalisation Adjustment Fund and as a result I cannot support this proposal to mobilise it.

Eleftherios Synadinos (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση διότι τα κονδύλια αυτά αντί να καταλήξουν στο απολυμένο προσωπικό που τα έχει απόλυτη ανάγκη, θα χορηγηθούν σε εταιρίες ή οργανισμούς (ιδιωτικούς ή κρατικούς) που υποτιθέεται ότι θα επανακαταρτίσουν το εν λόγω προσωπικό ή θα το βοηθήσουν στην εύρεση εργασίας. Δηλαδή ή θα δημιουργήσουν ειδικευμένους άνεργους ή θα παρατείνουν την αγωνία τους.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* - Podržavam upotrebu Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji – EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana metal iz Španjolske. Izvješće koje smo dobili od izvjestitelja jasno pokazuje kako su otkazi u 142 španjolska poduzeća koja sudjeluju u proizvodnji metalnih proizvoda povezani s globalnom financijskom krizom.

U razdoblju od 2008. do 2012., Španjolska je izgubila više od 600 000 radnih mjesta, od čega više od 150 000 u sektoru izrade metalnih proizvoda. Španjolska je jedna od država članica koje su najviše pogođene krizom, što je dovelo do pada potražnje, a samim time i pada proizvodnje metalnih proizvoda. Kao bitan pokazatelj treba istaknuti podatak kako je 2008. godine 35 868 ljudi radilo u metalurškoj industriji na području Comunidad Valenciana. Broj radnih mjesta je u navedenoj industriji do 2012. pao na 20 873, što predstavlja pad od 43%, što je za osam postotnih bodova više nego na nacionalnom nivou.

Smatram kako će mobilizacija ovog fonda pomoći smanjiti poteškoće koje su nastale prilikom otpuštanja 633 radnika iz 142 poduzeća u Comunidad Valenciana. Iz tog razloga podržavam ovo izvješće.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* - Glasala sam protiv prijedloga odluke o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji koji se temelji na zahtjevu španjolske (EGF/2014/004 ES/Comunidad Valenciana metal) za financijski doprinos u iznosu 1 019 184 EUR iz Europskoga fonda za prilagodbu globalizaciji (EGF), slijedom otpuštanja 633 radnika u 142 poduzeća koja posluju u sektoru proizvodnje gotovih proizvoda od metala.

Smatram da takvi paketi mjera predstavljaju samo vatrogasne mjere koje ne nude nikakvo dugoročno rješenje za otpuštene radnike s jedne strane i za lošu gospodarsku situaciju u krizom pogođenim sektorima. Naime, smatram da države članice moraju pružiti svojim tvrtkama zdravi okvir poslovanja koji će im omogućiti da budu konkurentne na globalnom tržištu, što pretpostavlja porezno opterećenje te uklanjanje birokratskih barijera koje koče ulaganje i poslovanje. U slučaju zahtjeva Španjolske, pozdravljam činjenicu da predloženi paket prilagođenih usluga uključuje među ostalim promicanje poduzetništva i poticaje za osnivanje poduzeća.

Međutim, ovdje se postavlja pitanja prosperiteta novonastalih malih poduzeća u sektoru koji je već dugo suočen s poteškoćama. S druge strane, mjere za poticanje poduzetništva moraju biti jedan od stupova svake gospodarske politike oporavka i zapošljavanja, a ne samo jedna od usluga koja se nudi radnicima nakon njihova otpuštanja.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* - I welcome any incentive that gives the tools to fight the big malaise that affects so many people in the País Valencià. We are aware that this economic turmoil that is affecting different economic sectors is more acute in the metal industry as some important commercial partners in emerging economies are subsidising them. Adapted training and the recognition of skills and competences gained throughout a worker's professional career is one of the keys to regain competitiveness in the labour market. I also welcome the fact that the package has been drawn up with the stakeholders.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito.* - Este fondo europeo es esencial para la garantizar la continuidad de la industria en los países periféricos y la empleabilidad de los trabajadores y trabajadoras de dicho sector. Por ello he votado a favor.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto.* - Ho votato a favore della relazione relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione poiché è necessario sostenere il reinserimento di tutti quei lavoratori che hanno subito l'apertura delle economie alla concorrenza internazionale.

Nei settori più vulnerabili è fondamentale far fronte alle conseguenze dell'intensificazione dei flussi commerciali, attuando misure tangibili e funzionali, quali outplacement, assistenza nella ricerca attiva, contributi per l'assunzione dei lavoratori svantaggiati e riqualificazione professionale.

E' essenziale migliorare le possibilità per tutti i lavoratori di cercare un impiego attraverso una formazione adeguata, tramite il riconoscimento delle capacità e delle competenze acquisite durante la propria carriera professionale, rispettando sempre i principi di non-discriminazione e pari opportunità.

Dienstag, 21. Oktober 2014

E' necessario pertanto offrire un'assistenza tempestiva ai lavoratori che hanno perso il lavoro a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione (come la chiusura di un'impresa o la delocalizzazione di una produzione in un paese extra UE), dimostrando così concretamente la solidarietà dei molti che beneficiano dell'apertura dei mercati verso coloro che si trovano ad affrontare lo shock improvviso della disoccupazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos para 300 de los 633 trabajadores despedidos de 142 empresas dedicadas a la fabricación de productos metálicos en con el fin de poner en marcha medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo comprendido entre el 1 de abril de 2013 y el 31 de diciembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en España, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - O presente relatório incide sobre 633 despedimentos ocorridos em 142 empresas do setor da fabricação de produtos metálicos, em Espanha.

Desde o início da crise financeira e económica (agosto de 2007), a resposta à crise, sobretudo da parte da UE, tem passado pelos despedimentos, pela diminuição dos salários, liquidação de direitos, desmantelamento do Estado social, privatizações. A austeridade tem continuado a agravar não só a situação social como a situação económica e financeira. Todos os planos de austeridade têm em comum passar a fatura para os contribuintes e os trabalhadores, alimentar a recessão e sobrestimar as receitas futuras.

Impõe-se outra política que passa pelo aumento da produção, pelo aumento dos salários e das pensões, pelo reforço dos serviços públicos, em suma, pelo direito de cada Estado promover o desenvolvimento socioeconómico, intervindo em defesa e pela promoção dos setores produtivos nacionais e do emprego com direitos.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. - Die Stahlindustrie in Europa ist durch die stetige Globalisierung und durch den starken Konkurrenzdruck gegenüber Ländern wie der Volksrepublik China stark in Bedrängnis. Wie man am Beispiel der Entlassung der 142 Arbeiter des Unternehmens „Comunidad Valeciana“ sieht, kann nur eine wirksame Strategie der EU für die stahlerzeugende Industrie auf Dauer helfen, neue Möglichkeiten und Investitionen zu schaffen. Da es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie aufrechtzuerhalten, habe ich für den Antrag gestimmt, der eine Inanspruchnahme des EGF vorsieht.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. - Der Globalisierungsfonds wurde eingerichtet, um bei kurzfristig eintretenden Notlagen aufgrund von Missmanagement, der Globalisierung oder der Finanz- und Moralkrise in den Mitgliedstaaten zu helfen. Die Unterstützung umfasst Weiterbildungsmaßnahmen, Beihilfen für Unternehmensgründung, Coaching und Outplacement von entlassenen Arbeitnehmern. Der Globalisierungsfonds ko-finanziert diese Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zu 50 % oder 65 %, den Restbetrag stellt der betroffene Mitgliedstaat bereit. Damit entwickelt sich die EU-Kommission zu einer gigantischen Arbeitsmarktagentur. Dennoch beschied der Europäische Rechnungshof in einem Sonderprüfbericht, dass dieser „Globalisierungsfonds“ nur begrenzten EU-Mehrwert erbringt und durch eine effizientere Regelung ersetzt werden sollte. Es wurde ausdrücklich festgestellt, dass dieser Globalisierungsfonds nicht der beste Weg sei, um die dringend benötigte spezifische Unterstützung zu leisten. Und trotzdem führt die EU die nachweislich als ineffizient eingestufte Politik fort. Dem kann ich nicht zustimmen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. - Apenas nesta sessão plenária somos chamados a decidir sobre a atribuição da assistência financeira do FEG, na sequência de 8204 despedimentos efetuados por 155 empresas, sediadas em Espanha (1), Bélgica (2) e França (1).

Dienstag, 21. Oktober 2014

O presente relatório incide sobre a candidatura da Comunidad Valenciana Metal, na sequência de 633 despedimentos ocorridos em 142 empresas do setor da fabricação de produtos metálicos, em Espanha. A justificação para mais estes despedimentos é a crise financeira económica mundial, sendo a Espanha um dos Estados-Membros mais gravemente afetado, que resultou numa procura mais reduzida de metal e de produtos metálicos e uma menor produção dos mesmos.

Sete anos decorridos desde o início da crise financeira e económica (agosto de 2007), a resposta da UE à crise tem passado pelos despedimentos, pela diminuição dos salários, liquidação de direitos, desmantelamento do Estado Social, privatizações. A absolutização da redução do défice através da diminuição de salários, pensões e prestações sociais tem continuado a agravar não só a situação social, como a situação económica e financeira. Esta não é a solução. Impõe-se outra política que passa pelo aumento da produção, pelo aumento dos salários e das pensões, pelo reforço dos serviços públicos, em suma, pelo direito de cada Estado de promover o desenvolvimento socioeconómico.

9.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/012 BE/Ford Genk (A8-0015/2014 — Paul Rübig)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Ich begrüße die Gewährung eines finanziellen Beitrags aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, den die belgischen Behörden im Zuge der Entlassungen im Montagewerk und bei Zulieferern von Ford Genk bei der EU beantragt hatten.

Dieser Fonds wurde eingerichtet, um Arbeitnehmer, die unter den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge zu leiden haben, zusätzlich zu unterstützen. Aus dem Fonds werden individuell angepasste Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden finanziert, Schritte in die Selbständigkeit und Unternehmensgründungen gefördert, Mobilitätsbeihilfen sowie Beihilfen für benachteiligte oder ältere Arbeitnehmer gewährt.

Die bisher erfolgten und die voraussichtlich noch zu erwartenden Entlassungen werden nicht nur schwerwiegende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in der Provinz Limburg sondern auch auf die gesamte Region Flandern zur Folge haben.

Es ist deshalb erfreulich, dass die EU dem Antrag Belgiens stattgegeben hat und Mittel zur Unterstützung der entlassenen Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, in der Hoffnung, diesen durch die ergriffenen Maßnahmen zu dauerhaften, langfristigen und damit stabilen Beschäftigungsverhältnissen zu verhelfen.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen - in this case, at regional or national level. Therefore these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should or should not be given are members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people in Genk, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Ford Genk a été très durement touchée par les mesures de rationalisation industrielle provoquées par la crise bancaire et libérale de 2008. Ses travailleurs ont été frappés de plein fouet par les vagues de licenciements dues à la surproduction de l'industrie automobile par rapport à la demande et il est dès lors tout à fait logique que le FEM soit mobilisé afin des les aider en matière de réinsertion socio-professionnelle.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Dans le cadre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, la Belgique a introduit la demande EGF/2013/012 à la suite du licenciement de 512 personnes, dont 479 visées par les mesures concernant le site de Ford-Werke à Genk et 10 fournisseurs de Ford Genk.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ford étant l'employeur le plus important de la province du Limbourg, ces licenciements auront des conséquences graves sur le tissu économique local. En outre, la fermeture du site Ford risque d'entraîner deux autres vagues de licenciements (650 et 4 000 emplois perdus selon les autorités belges).

Face à la mondialisation sauvage et à la concurrence déloyale des pays à bas coûts, l'industrie automobile européenne connaît de graves difficultés. De plus, outre la réduction de la part de marché de l'Union dans la production automobile, le nombre de voitures neuves vendues dans l'Union baisse aussi, nos constructeurs se trouvant ainsi doublement pénalisés.

Ce triste constat n'est que le résultat des politiques européennes successives, mais la mobilisation de 570 945 EUR au titre du FEM aidera les travailleurs licenciés à se former et à se réinsérer sur le marché du travail, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de la demande.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. - Ho approvato con il mio voto la relazione che autorizza la mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 512 lavoratori belgi e di 10 imprese i operanti nel settore automobilistico. Se vuole un futuro, questa Europa deve andare oltre la propaganda buonista e superficiale con cui ha affrontato fino ad oggi i problemi dei suoi cittadini. Per questo auspico che il FEG, inteso come importantissimo strumento di sostegno per i cittadini che hanno perso il posto di lavoro, venga presto affiancato da nuove risorse per finanziare il rilancio della competitività e della crescita.

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. - Jag har idag röstat för detta betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), por escrito. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 570 945 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 512 trabajadores que han perdido su empleo en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH situada en Genk, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial derivados de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional y reciclaje. Estas ayudas constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Europos Globalizacijos Fondo paramos skyrimui Belgijos Genko mieste. Parlamentas nustatė, kad paraiška atitinka EGF reglamente nustatytus finansinės paramos skyrimo kriterijus, nors sąlygos, susijusios su minimaliu per ataskaitinį laikotarpį atleistų darbuotojų skaičiumi, yra įvykdytos tik iš dalies, nes buvo atleista mažiau nei 500 darbuotojų. EGF reglamente yra nustatyta, kad paraiška dėl finansinės paramos iš EGF gali būti laikoma priimtina, kai darbuotojų atleidimas turi didelės įtakos užimtumo lygiui ir vietos ekonomikai. Belgijos Frandrijos regione 2014 m. tikimasi dar dviejų atleidimų bangų, prognozuojama, kad bus prarasta daugiau negu 11 000 darbo vietų. Todėl Parlamentas nusprendė, kad jei kiek įmanoma skubiau bus įgyvendintos konkrečios priemonės, skirtos padėti pirmajai atleistų darbuotojų grupei, jų galimybės rasti naują darbą padidėtų ir visiems atleistiems darbuotojams būtų užtikrintos vienodos galimybės.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. - Ho votato a favore della mobilitazione del fondo di adeguamento alla globalizzazione. Bisogna difendere i 512 esuberanti della Ford Genk. Sono dalla parte del lavoro e dei lavoratori e non dalla parte della finanza.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. – Il est patent que la production automobile en Europe a chuté de façon sensible.

C'est ainsi que dans le cadre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM), la Belgique a introduit la demande EGF/2013/012 après le licenciement de 479 personnes.

Ainsi les licenciements de Ford-Genk et de dix fournisseurs symbolisent le déclin de la part de marché de l'union européenne dans une production automobile accablée par les coûts de production déloyaux de la concurrence et devant lesquels les institutions européennes restent désespérément impuissantes.

L'inquiétude monte dans monde industriel où les travailleurs européens sont de plus en plus affectés par la mondialisation sauvage et peinent à retrouver un emploi.

Ainsi la mobilisation de 570 945 euros au titre du FEM aidera les personnes licenciées à s'insérer dans des filières de formation appropriées, ce qui facilitera leur réinsertion sur le marché du travail.

J'ai donc voté pour l'octroi de ce fonds.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a décidé d'approuver la demande de mobilisation du fonds d'ajustement à la mondialisation en faveur de la Belgique afin de soutenir la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs licenciés sur le site d'assemblage de Ford Genk et chez dix fournisseurs de Ford Genk en Belgique. J'ai voté en faveur de cette mobilisation qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore di questa relazione per fornire un sostegno a 512 lavoratori licenziati che lavoravano nello stabilimento di montaggio di Ford con sede a Genk.

La difficile situazione economica del settore automobilistico nell'UE dovuta principalmente ad un consistente calo delle vendite di autovetture nuove nell'UE a causa della crisi economica e dei problemi strutturali per eccesso di capacità produttiva che devono affrontare alcuni costruttori in vari Stati membri che ha influenzato negativamente la competitività internazionale dell'industria automobilistica dell'UE nel suo complesso. Questi fattori hanno portato vari costruttori di automobili e loro fornitori a chiudere stabilimenti e a operare ristrutturazioni che hanno dato luogo a un numero elevato di perdite di posti di lavoro nel settore della produzione automobilistica negli ultimi anni.

L'obiettivo è quello di facilitare il rapido reinserimento professionale di questi lavoratori in esubero mediante azioni di accompagnamento personalizzato, quali l'assistenza nella ricerca di un impiego, di orientamento professionale, di formazione e riqualificazione, di promozione al lavoro autonomo e all'imprenditorialità.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Le mobilitazioni del Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione sono doverose misure di protezione nei confronti di chi non ha speranza di poter continuare a lavorare in ambiti industriali e commerciali colpiti dal radicale cambiamento nella struttura del commercio mondiale, il settore dell'industria automobilistica ne è un esempio evidente.

Lo scenario economico muta sempre più velocemente e crea veri e propri drammi sociali in molteplici settori della vita civile, industriale e commerciale: tanti lavoratori si vedono negare delle garanzie che non dovrebbero essere scalfite con il passare del tempo, ma sono obiettivamente rese nulle da una situazione di crisi mondiale e di brusco cambiamento delle dinamiche di scambio di molti beni su tutto il globo.

Non vogliamo che chi ha lavorato duramente sia improvvisamente lasciato senza tutela.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della domanda, l'undicesima nel quadro del bilancio 2014 per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per un importo totale pari a EURO 570 945 per il Belgio.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Il FEG è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale.

La domanda presentata dal Belgio riguarda esuberi presso lo stabilimento di montaggio Ford-Werke GmbH, con sede a Genk, e presso dieci fornitori di Ford Genk, per un totale di 512 esuberi in undici imprese operanti nel settore della produzione di autovetture.

Le autorità belghe hanno dichiarato che gli esuberi sono imputabili ai grandi cambiamenti strutturali nei flussi commerciali mondiali dovuti alla globalizzazione che hanno causato una notevole perdita di quota di mercato dell'UE sui mercati mondiali.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 570 945 EUR a favor da Bélgica com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos trabalhadores despedidos na instalação de montagem da Ford-Werke GmbH (*Ford Genk*) e em dez empresas suas fornecedoras, resultantes de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial devido à globalização.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Sostengo la relazione per la mobilitazione del FEG in relazione alla domanda presentata dal Belgio per fornire un contributo finanziario alla Ford Genk in quanto il settore della produzione di autovetture dell'impresa ha subito gravi perturbazioni economiche, in particolare un brusco calo della quota di mercato dell'UE. In particolare a causa della difficile situazione economica del settore della produzione automobilistica nell'UE, con consistente calo delle vendite di autovetture nuove, alcuni costruttori di automobili e loro fornitori sono stati costretti a chiudere stabilimenti e ad operare ristrutturazioni che hanno dato luogo a un numero elevato di perdite di posti di lavoro nel settore della produzione automobilistica negli ultimi anni. Mi auguro che il voto di oggi possa permettere il reintegro dei dipendenti nel mercato del lavoro nonché un valido aiuto agli imprenditori colpiti dalla crisi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - The redundancies in the assembly plant of Ford-Werke GmbH and in 10 suppliers of Ford Genk in Belgium are linked to major structural changes in world trade patterns and a consistent decline in sales of new cars in the European Union. 479 redundant workers are expected to participate in the EGF co-funded measures (including job-search assistance and training) aiming for the reintegration of redundant workers in the labour market. I have therefore voted in favour of this report since the measure not only addresses loss of jobs but also reintegration into the labour market.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore della richiesta di mobilitazione del FEG per quanto concerne il Belgio che ha presentato la domanda per ottenere un contributo finanziario in seguito a 512 esuberi presso lo stabilimento di montaggio di Ford-Werke GmbH, con sede a Genk e presso 10 fornitori di Ford Genk in Belgio. Gli esuberi sono legati alle trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, a un rapido calo della quota di mercato dell'UE nel settore della produzione di autovetture a livello mondiale e a un consistente calo delle vendite di autovetture nuove nell'Unione. Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG), che offre un sostegno a coloro che hanno perso il lavoro a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione, diventa essenziale, visto e considerato che sono sempre più numerose le imprese europee costrette alla chiusura.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 479 de los 512 despedidos que se produjeron en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH, situada en la localidad de Genk, y en diez empresas proveedoras de Ford Genk en Bélgica durante el período de referencia comprendido entre el 1 de julio de 2013 y el 1 de noviembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I note that this application by Belgium relates to 512 redundancies in the assembly plant of Ford-Werke GmbH located in Genk and in 10 suppliers of Ford Genk in Belgium, operating in the car manufacturing sector, between 1 July 2013 to 1 November 2013. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation and a rapid decline of the EU's market share in the production of passenger cars. The Commission has concluded that the application meets the conditions for deploying the EGAF.

The EGAF funding of EUR 570 945 will provide assistance for the reintegration of 479 redundant workers into employment. Hence, I voted in favour of this proposal.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Avec la mobilisation du FEM, les salariés licenciés de l'industrie automobile belge pourront notamment bénéficier d'une aide à la recherche d'emploi et d'un accompagnement personnalisé. Ces mesures sont particulièrement utiles pour permettre d'accélérer leur réinsertion sur le marché du travail.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Créé en 2006, le fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) vise à aider à la réintégration des travailleurs ayant perdu leur emploi en raison des évolutions du commerce mondial. En 2009, son champ d'application a été élargi afin d'y inclure les victimes de la crise financière. Cette demande, présentée par la Belgique, vise des licenciements au sein du secteur automobile; licenciements intervenus sur le site d'assemblage de Ford Genk, et chez 10 de ses fournisseurs en Belgique. Il s'agit, dès lors, d'aider 479 salariés licenciés. L'aide apportée s'élèvera à environ 570 945 euros et permettra de cofinancer des mesures actives sur le marché du travail axées sur l'aide à la recherche d'emploi, la formation et le recyclage. Je regrette cependant que 33 salariés licenciés aient été laissés sur le carreau et n'aient pas pu également bénéficier de cette aide pour des raisons purement démocratiques.

Cette demande a obtenu mon soutien ainsi que le soutien du Parlement européen.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Belgium kérvényezte a Globalizációs Alkalmazkodási Alapból történő segítségnyújtást, mivel a Ford-Werke GmbH Genkben található összeszerelő üzemében és a Ford Genk 10 belgiumi beszállítójánál a 2013. július 1. és november 1. közötti referencia-időszakban történt 512 elbocsátás – amelyből várhatóan 479 munkavállaló vesz majd részt az intézkedésekben – jelentős helyi munkaerőpiaci feszültségeket okozott. A kérelem eleget tesz az EGAA igénybevételéhez szükséges, az 1927/2006/EK rendeletben megállapított követelményeknek és a belga hatóságok intézkedései összehangolt, személyre szabott szolgáltatási csomagot és aktív munkaerő-piaci intézkedéseket alkotnak, amelyek a munkavállalók munkaerő-piaci visszailleszkedésére irányulnának, és körülbelül 479 elbocsátott munkavállaló újbóli munkaerő-piaci elhelyezkedését segítik majd. A jelentést a plenáris szavazáson támogattam.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

Dienstag, 21. Oktober 2014

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. - The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional aos trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. A Bélgica apresentou a candidatura ao FEG, na sequência do despedimento de 512 despedimentos na Ford leste-Bélgica situada em Genk e em dez empresas suas fornecedoras, na Bélgica, durante o período de referência de 1 de julho de 2013 a 1 de novembro de 2013. Os despedimentos na instalação de montagem da Ford-Werke GmbH e em dez empresas fornecedoras da Ford Genk estão relacionados com mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial devido à globalização, com um declínio acelerado da quota de mercado da UE no setor da produção de automóveis de passageiros a nível mundial e um declínio progressivo das vendas de automóveis novos na União. Nesta mobilização do FEG a favor da Genk na Bélgica, foram concedidos 911.934 euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - A Bélgica apresentou a candidatura em análise, na sequência de despedimentos na FORD/Genk e em mais dez empresas suas fornecedoras, num total de 512 trabalhadores despedidos. O relator atesta que estão reunidas as condições estipuladas no Regulamento FEG e tomou em consideração outras duas vagas de despedimentos, que se espera ocorram no presente ano - 4 340 na FORD Genk e 2 280 nos seus fornecedores situados na mesma zona geográfica, a Flandres.

A indústria automóvel já foi objeto de 17 decisões de mobilização do FEG desde o início do FEG em 2007. Uma consequência da crise do capitalismo. Curiosamente, foi ao Sr. Ford que, em meados do século XX, um sindicalista lembrou que *as máquinas não compram carros*, uma máxima que viria a ficar célebre.

A globalização capitalista, à qual este Fundo pretende promover o *ajustamento*, é sinónimo de crescente integração e interdependência assimétricas, de forte liberalização do capital – sobretudo do financeiro – e do comércio ao nível mundial, que é, por sua vez, sinónimo de desigualdades, desemprego, aumento da pobreza e intensificação da exploração do trabalho.

A resposta da UE à crise consubstanciou-se no Tratado Orçamental e na Governação Económica. Mais do mesmo, portanto: sementes de novas e maiores crises.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto a favore dell'intervento per 512 esuberanti alla Ford di Genk (in Belgio) e per 10 dei suoi fornitori per € 570 945.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω την έκθεση με την πρόταση απόφασης, διότι τα μέτρα αυτά είναι ανεπαρκέστατα για την αντιμετώπιση της ανεργίας. Επίσης τα χρήματα, στο μεγαλύτερο τους μέρος, δεν καταλήγουν στους απολυμένους που τα έχουν ανάγκη, αλλά σε διάφορες εταιρείες παροχής συμβουλών και επαγγελματικού προσανατολισμού. Αποτελούν εν τέλει τα μέτρα αυτά κοροϊδία προς τους απολυμένους που πλήττονται από την πολιτική λιτότητας που επιβάλλει η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. - I voted against this application for mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund. I support measures that create growth and jobs, but the Globalisation Adjustment Fund is simply a waste of taxpayers' money. There is no evidence that it offers value for money in terms of reintegrating redundant workers back into the labour market.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple parche que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. - I support the need to have a European instrument to assist redundant workers. I am glad that Parliament fully supported the setting up of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) as part of the Multiannual Financial Framework for 2014 to 2020. I supported the Ford Genk application for the mobilisation of EUR 570 945 following the redundancies of 512 workers from the Ford plant in Genk as well as ten Belgian suppliers to the plant. Over the last number of years we have seen a large number of EGF applications on behalf of those working in the automotive industry. Given that another 7 160 redundancies approximately are due to impact the region this year, and the inevitable knock-on effects of this on the local and regional economies, the use of the EGF in the region will be essential for these workers to retrain and build upon their existing skills in order to re-enter the labour market.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. - Ik vind dat mensen niet de dupe moeten worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. Daarom heb ik voor de beschikbaarstelling van middelen uit het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering gestemd, maar ik vind dit een doekje voor het bloeden. Eigenlijk vind ik dat de bedrijven, en de lidstaten, zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men eigenlijk gewoon geld van de lidstaten rond. Grote multinationals als Ford en PSA (Peugeot-Citroën) zetten hun werknemers na jaren trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie gaan verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er tenminste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou staan.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas. No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple parche, en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za ovaj prijedlog rezolucije jer isti daje podršku tržištu rada pokrajine u Flandriji u kojoj je Ford Genk najveći poslodavac, a koja će imati osjetne posljedice na stopu nezaposlenosti slijedom dodatnih dva vala otpuštanja koji se predviđaju.

Iznimno je važno pružati efikasnu i konkretnu pomoć iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji obzirom da je čak 98,1% otpuštenih radnika u dobi između 25 i 54 godina, te slijedom toga što tržišni udio EU-a u proizvodnji osobnih automobila opada.

Značajno je također da se na što bolji način zaštititi lokalno gospodarstvo i potakne njegov rast. Podržavam i činjenicu da je flamanska vlada, u slučaju Ford Genka, poduzela ciljne mjere ka rješavanju tog pitanja, poput osnivanja posebne radne skupine te savjetovanja i sudjelovanja socijalnih partnera u osnovanom odboru za praćenje zahtjeva podnesenog EGF-u.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Il est important de soutenir les salariés qui perdent leur emploi subitement en raison d'une crise financière et économique globale. Nous devons les aider à retrouver le chemin de l'emploi. Cette aide de 570 945 euros permettra de soutenir les 479 salariés de Ford Genk qui ont été licenciés en Belgique dans leur retour à l'emploi.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la Belgique concernant des licenciements intervenus sur le site d'assemblage, ainsi que chez des fournisseurs de Ford-Genk. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché de travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide financière s'élevant à plus de 570 000 EUR.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support giving assistance for the reintegration into employment of 479 redundant workers who lost their jobs due to globalisation and a rapid decline of the EU's market share in the production of passenger cars.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Sostengo relazione del collega Rübig. Essa prevede il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori licenziati presso lo stabilimento di montaggio Ford-Werke GmbH, con sede a Genk («Ford Genk»), e 10 fornitori di Ford Genk in Belgio. Con il voto di oggi cerchiamo di garantire un sistema di reintegro nel mercato del lavoro ai dipendenti che sono stati colpiti dalla crisi economica, mettendo in risalto, una volta di più, il ruolo che l'Europa ha e deve continuare ad avere in questo periodo di crisi: motore per sostenere la crescita e lo sviluppo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 479 de los 512 despedidos que se produjeron en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH, situada en la localidad de Genk, y en diez empresas proveedoras de Ford Genk en Bélgica durante el período de referencia comprendido entre el 1 de julio de 2013 y el 1 de noviembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. - Este fondo ha sido establecido por la UE para proporcionar una ayuda adicional a los trabajadores que han sufrido las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial o de la continuación de la crisis financiera y económica mundial.

Bélgica presentó una solicitud de movilización de este fondo para apoyar la reinserción de los trabajadores despedidos a causa de cambios estructurales en los patrones del comercio mundial como consecuencia de la globalización en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH y en otras empresas proveedoras de esta planta.

La propuesta adoptada por la Comisión consiste en un total de 570.945 euros para ayudas a la inserción laboral en beneficio de un total de 479 trabajadores. Por estos motivos he votado favorablemente el informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. - Zbog nepovoljne situacije u kojoj se nalazi automobilski sektor u Europskoj uniji te konstantnog pada u prodaji osobnih automobila na koju je utjecala ekonomska kriza te pada proizvodnje kao posljedice strukturnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima, podržala sam Izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć Belgiji zbog otpuštanja radnika u pogonu za sklapanje Ford-Werke GmbH koji se nalazi u Genku („Ford Genk”) i otpuštanja radnika kod 10 dobavljača.

Europski fond za globalizaciju formiran je kako bi omogućio dodatnu podršku radnicima koji su zahvaćeni posljedicama strukturnih promjena uslijed globalizacije. Ovim Izvješćem želi se mobilizirati 580 tisuća eura za pomoć otpuštenim radnicima čime bi se omogućila brža reintegracija radnika kroz pomoći u traženju novog zaposlenja te osposobljavanja i prekvalifikacije.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. - Es nobalsoju par, jo tāda bija arī mūsu sociāldemokrātu grupas nostāja.

Dienstag, 21. Oktober 2014

David Martin (S&D), *in writing*. - I support this proposal. The Belgian authorities argue that the closure of the Ford plant in Genk will, apart from this first wave of redundancies, cause two other waves of redundancies expected to occur in 2014 of 650 and 4 000 dismissals. These redundancies will have a serious impact on employment and the local economy

The coordinated package of personalised services to be co-funded includes the following measures for the reintegration of 479 redundant workers into employment (grouped by category): (1) job-search assistance (key account manager, social intervention advisor, information on vocational education and training options, active job-oriented guidance), and (2) training and re-training (vocational training courses, employment through individual vocational training, application training)

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho sostenuto la relazione sulla Mobilitazione del Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione, relativa alla domanda avanzata dal Belgio, per la salvaguardia del personale in esubero, a seguito della chiusura di uno degli stabilimenti della catena Ford, presenti nel paese. Occorre garantire che il Fondo sostenga il reinserimento stabile nel mercato del lavoro dei lavoratori in esubero.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - Ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione Rübiger, che sostiene la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, in favore di 512 lavoratori belgi in esubero presso undici imprese operanti nel settore della produzione di automobili, poiché sono dell'opinione che, l'elargizione di quasi 600.000 euro destinati a finanziare misure volte al loro reintegro nel mondo del lavoro, possa contribuire, seppure del tutto marginalmente, ad alleviare le pene che la crisi economica sta infliggendo ai lavoratori europei.

Come rilevato all'interno della relazione, i motivi che hanno determinato il licenziamento di un così alto numero di dipendenti, da parte dell'impresa Ford di Genk, risiederebbe, oltre che nei mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione, in un evidente restringimento della quota di mercato dell'Unione europea nel settore della produzione di autovetture, su scala mondiale.

Se è vero che l'obiettivo principale del FEAG è proprio quello di offrire un sostegno ai lavoratori europei che hanno perduto il lavoro a seguito di significativi cambiamenti del mercato, ritengo allora che l'intervento programmato a favore degli operai dello stabilimento automobilistico belga sia del tutto doveroso, oltre che necessario.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. - Die Entlassungen im Montagewerk Ford-Werke GmbH und bei zehn seiner Zulieferer führen zu weitreichenden und vor allem schwerwiegenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge und zu einem raschen Rückgang des EU-Marktanteils im PKW-Produktionssektor. Auf einem lokalen Arbeitsmarkt, der ohnehin durch hohe Arbeitslosigkeit, ein geringes Qualifikations- und Kompetenzniveau und ein weniger entwickeltes Bildungsangebot gekennzeichnet ist, haben die bereits erfolgten und auch die künftigen Entlassungswellen schwerwiegende Auswirkungen. Deswegen müssen so schnell wie möglich spezifische Maßnahmen zugunsten der bereits entlassenen Arbeitskräfte ergriffen werden, damit eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden kann. Hervorzuheben ist dabei, dass die Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung den spezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten, welche die betroffenen Arbeitnehmer in der Automobil- und Zulieferindustrie erworben haben, Rechnung tragen und auf diesen aufbauen sollten.

Oberste Priorität sollte daher die Vermittelbarkeit aller Arbeitnehmer durch eine adäquate Fortbildung sein. Ich habe daher in diesem Fall für die Inanspruchnahme des EGF gestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Le fond d'aide à la mondialisation est bien dans son rôle destructeur. Au lieu d'aider les travailleurs, il encourage les actionnaires et les Etats à se soumettre au libéralisme forcené.

La demande concerne 512 licenciements intervenus sur le site d'assemblage de Ford-Werke GmbH situé à Genk et chez dix fournisseurs de Ford Genk en Belgique. Selon les autorités belges, la situation économique difficile du secteur de la construction automobile dans l'Union européenne est principalement due à une baisse constante de la vente de voitures neuves dans l'Union sous l'effet de la crise économique et de problèmes structurels de surcapacité rencontrés par certains constructeurs dans plusieurs États membres. Ces facteurs ont entraîné des fermetures d'usines et des restructurations chez plusieurs constructeurs automobiles et leurs fournisseurs, ce qui s'est traduit par un grand nombre de pertes d'emplois dans le secteur automobile ces dernières années. En effet, la filière automobile mondiale connaît depuis déjà plusieurs années de fortes restructurations capitalistiques, des milliers de salariés ont déjà subis les conséquences des plans de suppression d'emplois et de réduction d'activité, alors que les groupes engrangeaient des profits considérables. Pour l'exercice 2013, Ford a ainsi annoncé un bénéfice net de 7,15 milliards de dollars, en hausse de 26 %.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Je vote contre cette demande de prime au licenciement servie aux actionnaires.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Bélgica que apresentou a candidatura EGF/2013/012 BE/Ford Genk a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 512 despedimentos, prevendo-se que 479 pessoas venham a participar nas medidas, na instalação de montagem da Ford - Werke GmbH (4), situada em Genk («Ford Genk») e em dez empresas suas fornecedoras, na Bélgica, durante o período de referência de 1 de julho de 2013 a 1 de novembro de 2013.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural changes in world trade patterns due to globalisation and to assist the reintegration of the same workers back into the labour market. The report notes that closure of Ford Genk in Belgium will cause two more waves of redundancies expected to occur in 2014 of 650 and 4 000 dismissals. The Ford Genk application aims to support Belgium in reintegrating workers who have been made redundant in the assembly plant of Ford-Werke GmbH located in Genk and in 10 suppliers of Ford Genk in Belgium as a result of major structural changes in world trade patterns due to globalisation, back into the labour market. Therefore, I have voted in favour of this report.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. - Ce n'est un secret pour personne: l'industrie automobile vit des années difficiles en Europe. La fermeture de Ford Genk sera lourde de conséquences non seulement pour la Flandre, mais aussi pour toute la Belgique. Plus de 11.000 emplois seront perdus dans les deux prochaines années et la province du Limbourg perdra son plus grand employeur. L'aide européenne sera déterminante pour nos travailleurs. Dans le cas de Ford Genk, 57.0945 euros seront mobilisés pour aider les travailleurs à trouver du travail ou pour leur permettre de suivre une formation en vue de leur réinsertion sur le marché du travail.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I am in favour of the Report on the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in Genk, Belgium. The Report will give the green light for the mobilisation of the European Globalization Adjustment Fund (EGAF) in Belgium in relation to the redundancies of 512 workers in the assembly plant of Ford-Werke GmbH located in Genk. The EGAF funding will providing assistance for the reintegration of 479 redundant workers into employment.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Nel 2013 il Belgio ha presentato una domanda di mobilitazione del FEG per un importo di 570 945 EUR in relazione ai 512 esuberanti in undici imprese operanti nel settore della produzione di autovetture presso lo stabilimento di montaggio della Ford-Werke GmbH, con sede a Genk.

Poiché il sostegno finanziario va a favore di 479 lavoratori in esubero e mira ad agevolare il loro reinserimento nel mercato del lavoro, il mio voto è stato positivo.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – La chute constante des ventes de véhicules neufs dans l'Union a conduit l'ensemble de la filière automobile implantée en Europe à un marasme économique durable. Les constructeurs automobiles ont répondu à cette crise en intensifiant l'implantation d'usines nouvelles dans les pays disposant d'une main d'œuvre à bas coût, ce qui a entraîné la fermeture de nombreux sites de production en Europe de l'Ouest et des plans de licenciements massifs. C'est dans ce contexte particulièrement tendu que la Belgique a sollicité le Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 570 945 euros pour aider à la reconversion et à la formation de 479 personnes licenciées du site d'assemblage de Ford-Werke GmbH, situé à Genk. Ces licenciements ont une grave incidence sur l'emploi dans la province de Limbourg, déjà concernée par un taux de chômage élevé et des niveaux de qualification bas. En outre, deux nouvelles vagues de licenciements sont à venir en raison de la fermeture prévue du site de Ford Genk. À tout cela, s'ajoutent les répercussions de cette fermeture sur les fournisseurs directs (pour 100 emplois perdus chez Ford Genk, 65 disparaîtront chez les fournisseurs directs et indirects dans le Limbourg). J'ai voté pour l'octroi de ce fonds.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui va mobiliser 570 945 euros à la faveur de 512 anciens salariés de Ford et aux anciens salariés de 10 de ses fournisseurs. Cette aide est destinée à la reconversion professionnelle des personnes licenciées. L'Europe connaît un déclin global pour la production de voitures depuis le début de la crise. Pour preuve, le FEM a été mobilisé à 17 reprises depuis 2007 pour intervenir dans le secteur de l'automobile.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport compte tenu de l'importance, en ces temps de crise économique, du soutien de l'UE aux travailleurs dont les entreprises ont particulièrement souffert. Le secteur automobile a été touché de plein fouet et continue de se restructurer largement de part le monde. La réinsertion des employés de ce secteur est absolument nécessaire mais difficile compte tenu de la spécialisation. L'UE se devait de donner les moyens à la population de se reconvertir.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. - I have voted for this EGF project because as a shadow rapporteur from the S&D Group I have contributed to the elaboration of the report and I support the need for an EGF contribution. I believe that the European Globalization Adjustment Fund is an excellent instrument capable in offering the support needed by the redundant persons but also in directly creating new jobs.

Dan Nica (S&D), *în scris*. - Am votat pentru mobilizarea Fondului european de ajustare la globalizare pentru cererea EGF/2013/012 BE/Ford Genk - Belgia. Belgia a solicitat o contribuție financiară din partea FEG în urma concedierii a 512 lucrători, 479 fiind vizați pentru participarea la măsurile în cauză, de la uzina de asamblare Ford-Werke din Genk și de la 10 furnizori ai Ford Genk, în perioada iulie - noiembrie 2013. Disponibilizările au legătură cu schimbările majore survenite în structura comerțului mondial, precum și cu reducerea rapidă a cotei UE pe piața mondială a producției de vehicule de pasageri și scăderea constantă a vânzărilor de automobile noi în Uniune.

Deoarece au avut loc mai puțin de 500 de concedieri în perioada de referință, cerințele prevăzute în regulamentul sunt îndeplinite parțial în ceea ce privește numărul minim de concedieri. Comisia a declarat admisibilă cererea de contribuție din partea FEG deoarece concedierile au un impact puternic asupra ocupării forței de muncă și asupra economiei locale. În cazul de față se ține seama de alte două valuri de concedieri așteptate în 2014 (aproximativ 4 340 de concedieri la Ford Genk și 2 820 de concedieri la furnizorii situați în aceeași zonă geografică). Acestea vor avea un impact puternic asupra întregii Regiuni Flamande, așteptându-se pierderea unui număr de 11 000 de locuri de muncă.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Entlassungen im Montagewerk Ford-Werke GmbH und bei seinen Zulieferern führen zu weitreichenden und vor allem schwerwiegenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge und zu einem raschen Rückgang des Marktanteils europäischer Hersteller auf dem globalen Markt. Auf einem lokalen Arbeitsmarkt, der ohnehin unter der Strukturschwäche des Raumes leidet, haben die bereits erfolgten und auch die noch zu befürchtenden Entlassungswellen schwerwiegende Auswirkungen. Deswegen müssen so schnell wie möglich spezifische Maßnahmen zugunsten der bereits entlassenen Arbeitskräfte ergriffen werden, damit eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden kann. Hervorzuheben ist dabei, dass die Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung den spezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten, welche die betroffenen Arbeitnehmer in der Automobil- und Zulieferindustrie erworben haben, Rechnung tragen und auf diesen aufbauen sollten.

Oberste Priorität sollte daher die Vermittelbarkeit aller Arbeitnehmer durch eine adäquate Fortbildung sein. Ich habe daher in diesem Fall für die Inanspruchnahme dieses Fonds gestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Considerando che la proposta di decisione per la mobilitazione dei fondi EGF in favore del Belgio è volta a sostenere il reinserimento dei lavoratori in esubero nel distretto industriale Ford-Werke GmbH, in difficoltà a causa dei cambiamenti strutturali del commercio mondiale; considerando che il settore automobilistico nell'Unione Europea ha registrato un notevole calo, a causa della crisi economica e della crescente concorrenza globale; concordando che l'incremento del numero dei lavoratori in esubero possa avere serie ripercussioni sul tasso di disoccupazione e sull'economia locale, ho espresso il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Je regrette ce système pervers par lequel l'Union européenne, d'un côté, détruit l'environnement économique et, de l'autre, verse quelques subventions compensant mal les difficultés que sa politique a générées.

Si je n'hésite pas à soutenir les créateurs d'emplois, je déplore que l'Union les mette en situation de devoir demander de l'aide pour survivre. À quand une politique rationnelle qui protégerait entreprises et travailleurs grâce à des frontières maîtrisées? Prendre quelques mesurées pour réduire les effets quand on ne cesse d'aggraver les causes n'a aucun sens.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Podržao sam izvješće izvjestitelja Paula Rübiga. U današnjem svijetu čiste tržišne ekonomije i globalizacije mnoga poduzeća pa tako i njihovi radnici nalaze se pod utjecajem strukturnih reformi koje za cilj imaju ukinuti neprofitabilnost i lošu alokaciju resursa.

Podupirem prijedlog Europske komisije i Vijeća o izdavanju financijske pomoći otpuštenim radnicima tvornice Ford Genk u iznosu od 570 945 €. Proces pomoći osobama koje su otpuštene u vidu savjetovanja i traženja posla vrlo je koristan, kao i predložene mjere prekvalifikacije. Podatak koji pokazuje razinu ozbiljnosti je činjenica da na 100 otpuštenih radnika tvornice Ford Genk vezuju se otpuštanja još 137 radnika povezanih poduzeća.

Pozdravljam inicijativu belgijskih vlasti da implementiraju provedene usluge i prije donošenja konačne odluke o potpori. Suočeni s teškom ekonomskom situacijom u području proizvodnje i plasiranja novih automobila moramo svoj fokus preusmjeriti na ublažavanje krize.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - In questa fase di crisi economica e finanziaria a livello mondiale è giusto mobilitare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per aiutare i lavoratori licenziati da imprese che operano in settori produttivi che subiscono la congiuntura economica negativa. In questo caso si tratta di lavoratori dello stabilimento di montaggio della Ford Genk (Belgio) e di 10 fornitori della suddetta che beneficeranno delle misure cofinanziate dal FEG per il reinserimento nel mercato del lavoro.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. - Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, da hier zum wiederholten Male Gelder des Globalisierungsfonds für Arbeitsmarktmaßnahmen zweckentfremdet werden.

Europa hat unabhängig von der Globalisierung Überkapazitäten im Bereich der Automobilproduktion. Im konkreten Fall wäre es Aufgabe der belgischen Regierung, konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen zu ergreifen. Die EU ist hierfür nicht zuständig und überschreitet zum wiederholten Male ihre Kompetenzen.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les efforts de l'Union européenne face aux licenciements massifs ne doivent pas s'estomper et doivent apporter des solutions rapides et concrètes. Ainsi, je vote en faveur de la mobilisation du fonds d'ajustement à la mondialisation requis par Genk, en raison des licenciements conduits dans l'entreprise Ford, alors l'un des plus grands employeurs de la province.

Cependant, je considère que, au vu des croissantes difficultés du secteur automobile, il devient urgent d'opter pour une politique industrielle européenne créatrice d'emplois stables. Pour cela, l'Europe doit miser sur les produits automobiles pour lesquels elle possède une avancée technologique indéniable.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 570 945 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 512 trabajadores que han perdido su empleo en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH situada en Genk, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial derivados de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional y reciclaje. Estas ayudas constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Monsieur le Président, chers collègues, j'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) pour les travailleurs de Ford Genk. L'utilisation de cette enveloppe va permettre de fournir une aide individuelle à ces travailleurs et les aider à retrouver le chemin de l'emploi. Si l'importance de ce fonds pour l'accompagnement des travailleurs n'est plus à démontrer, je reste critique sur deux points. Tout d'abord, le fait que le FEM ne puisse intervenir que lorsque plus de 500 travailleurs ont été licenciés par une seule entreprise (fournisseurs et producteurs en aval compris) me semble trop réducteur. De nombreux travailleurs ont vu leur entreprise de plus petite taille fermer ses portes et n'ont dès lors pu bénéficier de ce fonds. Je souhaite donc que ce seuil de 500 travailleurs soit revu à la baisse. De plus, la mobilisation effective des fonds prend beaucoup trop de temps alors que c'est au moment où ils perdent leur emploi que les travailleurs ont besoin d'être soutenus. Je demande donc à ce que le processus décisionnel visant à mobiliser le FEM soit accéléré.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. - As mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização são hoje uma realidade incontornável.

Como tal, a Comissão Europeia criou um instrumento legislativo capaz de prestar um apoio suplementar aos trabalhadores afetados pelas consequências da crise económica e da globalização.

Tendo em consideração que a Bélgica apresentou um pedido de assistência relativamente a 512 casos de despedimento ocorridos em Genk e que a assistência financeira da União aos trabalhadores despedidos deverá caracterizar-se pelo apoio financeiro em consequência direta da crise económica e social, devendo ainda ser prestada o mais rápida e eficientemente possível, a fim de ajudar na reintegração no mercado de trabalho, votei a favor deste relatório que, espero, minimize os efeitos do desemprego na região de Genk.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - La domanda in esame, l'undicesima nel quadro del bilancio 2014, si riferisce alla mobilitazione del FEG per un importo totale di EUR 570 945 per il Belgio. La domanda riguarda esuberi presso lo stabilimento di montaggio di Ford-Werke GmbH, con sede a Genk («Ford Genk») e presso 10 fornitori di Ford Genk, in Belgio.

Ho votato a favore per difendere il lavoro delle aziende interessate e sostenere la crescita della regione.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho votato in maniera favorevole in quanto si tratta di un intervento economico, per una cifra intorno ai seicentomila euro, a seguito di 512 esuberi all'azienda Ford di Genk e la cessazione dell'attività di dieci suoi fornitori

Dienstag, 21. Oktober 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiéndolo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 479 de los 512 despidos que se produjeron en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH, situada en la localidad de Genk, y en diez empresas proveedoras de Ford Genk en Bélgica durante el período de referencia comprendido entre el 1 de julio de 2013 y el 1 de noviembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de los trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - Thanks to today's vote Belgium was granted EGF aid to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in the assembly plant of Ford-Werke GmbH located in Genk ('Ford Genk') and in 10 suppliers of Ford Genk in Belgium due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

The €570 945 in aid will pay for job search assistance and training and re-training to help 479 workers get back into employment.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Podržavam odluku o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u skladu s točkom 13. Međuinstitucijskog sporazuma od 2. prosinca 2013. između Europskog parlamenta, Vijeća i Komisije o proračunskoj disciplini, suradnji u proračunskim pitanjima i dobrom financijskom upravljanju. U uvjetima visoke nezaposlenosti i malog gospodarskog rasta s kojima je suočena Europska unija posebno pozdravljam trud belgijskih vlasti da radi brže pomoći radnicima pokrenu provedbu usluga prilagođenih potrebama pogođenih radnika 1. srpnja 2014., mnogo prije konačne odluke o odobrenju sredstava iz EGF-a za predloženi usklađeni paket. Europski fond za prilagodbe globalizaciji (EGF) osnovan je radi pružanja dodatne potpore radnicima koji su otpušteni slijedom velikih strukturnih promjena u sektoru proizvodnje osobnih automobila koje su utjecale na tržište rada. Također podržavam sufinanciranje paketa usluga koje su prilagođene potrebama za ponovno uključivanje 479 otpuštenih radnika na tržište rada, a uključuju prekvalifikacije, zapošljavanje putem individualnog strukovnog obrazovanja, tečaj strukovnog osposobljavanja. Smatram da je važno da se prilikom provođenja mjera za osposobljavanje i prekvalifikaciju prepoznaju i nadgrade posebne vještine i sposobnosti koje su otpušteni radnici stekli radeći u automobilskoj industriji ili radeći za njezine dobavljače. Institucije bi također trebale poduzeti veće napore za poboljšanje postupovnih mjera radi ubrzanja mobilizacije sredstava Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. - Návrh som nepodporil, keďže zosilňuje presne tie problémy, ktoré sa snaží riešiť. Dotácie pre pracovníkov, ktorí boli prepustení v dôsledku straty konkurencieschopnosti firmami, sú platené z daní ostatných firmami a pracovníkov, a preto logicky ich konkurencieschopnosť znižujú. Jediná skutočná pomoc pre firmy strácajúce konkurencieschopnosť tak je zníženie daní a zníženie regulačného zataženia, vďaka čomu budú môcť oveľa efektívnejšie konkurovať firmám mimo Európskej únie.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. - I voted against this report today, as I am opposed in principle to the use of this European Globalisation Adjustment Fund and, as a result, I cannot support this proposal to mobilise it.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση διότι τα κονδύλια αυτά αντί να καταλήξουν στο απολυμένο προσωπικό που τα έχει απόλυτη ανάγκη, θα χορηγηθούν σε εταιρίες ή οργανισμούς (ιδιωτικούς ή κρατικούς) που υποτίθεται ότι θα επανακαταρτίσουν το εν λόγω προσωπικό ή θα το βοηθήσουν στην εύρεση εργασίας. Δηλαδή, ή θα δημιουργήσουν ειδικευμένους άνεργους ή θα παρατείνουν την αγωνία τους.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. - Promjena svjetskih trgovačkih putova zbog globalizacije i pad prodaje novih automobila unutar Europske unije doveli su do gubitka 512 radnih mjesta, te se očekuju još dva vala otpuštanja zbog zatvaranja Fordove tvornice u Genku. To će imati loš učinak na lokalno tržište rada u Flamanskoj regiji, koja već ima visoku stopu nezaposlenosti te nisko obrazovanje i radne kvalifikacije.

Za svakih 100 izgubljenih radnih mjesta unutar Ford Genka, dodatnih 65 radnih mjesta gubi se kod dobavljača iz Linsburga, te još 72 kod dobavljača u ostatku Flamanske regije. Kako bi se izbjegli mnogi problemi koji su nastali prilikom dosadašnjih otpuštanja zbog zatvaranja Fordove tvornice u Genku (štrajkovi, društveno nezadovoljstvo i ostalo) smatram iznimno korisnim upotrebu Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji, jer ćemo tako umanjiti mnoge socijalne probleme prouzrokovane otpuštanjima.

To će dati vremena radnicima da se prilagode novonastaloj situaciji i omogućiti im lakšu tranziciju na tržište rada. Iz gore navedenih razloga podržavam mobilizaciju Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji – EGF/2013/012 BE/Ford Genk iz Belgije.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Ce midi, la délégation PS du Parlement européen a voté en faveur de la mobilisation de plus d'1,4 millions d'euros pour soutenir les travailleurs de Ford Genk et de l'usine métallurgique Carsid à Charleroi. Cette aide a pour objectif de réorienter professionnellement et de former les 1231 travailleurs victimes des restructurations et licenciements dans leur entreprise. Ce Fonds représente un symbole d'une Europe qui peut être plus solidaire.

Le FEM met chaque année 150 millions d'euros à disposition afin d'accompagner les travailleurs ayant perdu leur emploi suite à des changements structurels majeurs survenus dans le commerce international en raison de la mondialisation. Les fonds sont utilisés pour la formation, le recyclage des travailleurs, des programmes d'aide à la création de leur propre entreprise, etc.

C'est une excellente nouvelle. Le Fonds fait naître un espoir, celui de voir s'amorcer, enfin, la construction d'une Europe sociale. Il est important de comprendre que la précarité et la mise en concurrence des salariés européens entre eux ne constituent pas la norme. Il appartient à l'Europe de garantir la protection des salariés. L'Europe sociale est la seule qui puisse aujourd'hui réconcilier les citoyens avec leurs institutions.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. - Glasovala sam protiv prijedloga odluke o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji koji se temelji na zahtjevu Belgije pod oznakom EGF/2013/012 BE/Ford Genk za financiranje doprinosa iz EGF-a u iznosu od 570 945 EUR, nakon otpuštanja 512 osoba, od kojih bi se na njih 479 trebale odnositi mjere, u pogonu za sklapanje Ford-Werke GmbH.

Smatram da takvi paketi mjera predstavljaju samo vatrogasne mjere koje ne nude nikakvo dugoročno rješenje za otpuštene radnike s jedne strane i za lošu gospodarsku situaciju u krizom pogođenim sektorima. Naime, smatram da države članice moraju pružiti svojim tvrtkama zdravi okvir poslovanja koji će im omogućiti da budu konkurentne na globalnom tržištu, što pretpostavlja porezno opterećenje te uklanjanje birokratskih barijera koje koče ulaganje i poslovanje.

U slučaju zahtjeva Belgije za Ford Genk, posebno se suprotstavljam predloženoj paketu usluga jer Belgija nije koristila mogućnost financiranja poticaja za osnivanje vlastitih poduzeća, odnosno nije u svojem paketu uključila mjere za poticanje poduzetništva koje bi trebale predstavljati jedan od stupova politike zapošljavanja država članica.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. - Globalisation has good and bad aspects and it is important to find quick solutions when citizens are affected by that, especially the ones that are losing their jobs. We are conscious that the problems in Ford Genk will also affect its suppliers located in the same geographical area and that it will have a serious impact on the whole Flemish region. I supported this report today in order to give these people a second chance and to assist them with their reintegration into the labour market. This should be dynamic and made available as quickly and efficiently as possible in order to minimise the impact on employment and the local economy.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. - Este fondo europeo es esencial para la garantizar la continuidad de la industria en los países periféricos y la empleabilidad de los trabajadores y trabajadoras de dicho sector. Por ello he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 479 de los 512 despedidos que se produjeron en la planta de montaje de Ford-Werke GmbH, situada en la localidad de Genk, y en diez empresas proveedoras de Ford Genk en Bélgica durante el período de referencia comprendido entre el 1 de julio de 2013 y el 1 de noviembre de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. - O relator atesta que, na candidatura em análise da Bélgica, estão reunidas as condições estipuladas no Regulamento FEG, e tomou em consideração outras duas vagas de despedimentos, que se espera ocorram no presente ano – 4 340 na FORD Genk e 2 280 nos seus fornecedores situados na mesma zona geográfica, Flandres.

A indústria automóvel já foi objeto de 17 decisões de mobilização do FEG desde o início do FEG em 2007; em particular, o declínio da quota de mercado da UE na produção de automóveis de passageiros já foi referido em oito decisões anteriores. Globalização que tem na sua essência a crescente integração e interdependência económica de forte liberalização do capital – sobretudo do financeiro – e do comércio ao nível mundial, que é sinónimo de desigualdades, desemprego, aumento da pobreza e intensificação da exploração do trabalho.

Como comprovam as dezenas de candidaturas à mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização aprovadas ao longo dos últimos sete anos, os milhões de desempregados na UE e o aumento exponencial dos níveis de pobreza, a solução não reside nas medidas até agora tomadas, mas sim na rutura com essas políticas, que abra portas a uma Europa de Estados soberanos.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Die Entlassungen im Montagewerk Ford-Werke GmbH und bei zehn seiner Zulieferer bestätigen die Krise des europäischen PKW-Produktionssektors. Der zunehmende Rückgang in diesem Sektor hat schwerwiegende Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft, die sich in einer der schwersten Krisen befindet. Daher müssen unbedingt effektive und vor allem spezifische Maßnahmen getroffen werden, um den Betroffenen eine schnelle Wiedereingliederung zu ermöglichen, indem man besonders Aus- und Weiterbildungsplätze für diese spezifischen Arbeitskräfte schafft und versucht, sie als Arbeitnehmer in der europäischen Automobilindustrie unterzubringen. Daher hat eine dementsprechende Fortbildung oberste Priorität. Ich habe in diesem Sinne für den Antrag gestimmt, der eine Inanspruchnahme des EGF vorsieht.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. - Der Globalisierungsfonds wurde eingerichtet, um bei kurzfristig eintretenden Notlagen aufgrund von Missmanagement, der Globalisierung oder der Finanz- und Moralkrise in den Mitgliedstaaten zu helfen. Die Unterstützung umfasst Weiterbildungsmaßnahmen, Beihilfen für Unternehmensgründung, Coaching und Outplacement von entlassenen Arbeitnehmern. Der Globalisierungsfonds ko-finanziert diese Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zu 50 % oder 65 %, den Restbetrag stellt der betroffene Mitgliedstaat bereit. Damit entwickelt sich die EU-Kommission zu einer gigantischen Arbeitsmarktagentur. Dennoch beschied der Europäische Rechnungshof in einem Sonderprüfbericht, dass dieser „Globalisierungsfonds“ nur begrenzten EU-Mehrwert erbringt und durch eine effizientere Regelung ersetzt werden sollte. Es wurde ausdrücklich festgestellt, dass dieser Globalisierungsfonds nicht der beste Weg sei, um die dringend benötigte spezifische Unterstützung zu leisten. Und trotzdem führt die EU die nachweislich als ineffizient eingestufte Politik fort. Dem kann ich nicht zustimmen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. - A Bélgica apresentou a candidatura em análise, na sequência de despedimentos na FORD/Genk e em mais dez empresas suas fornecedoras, num total de 512 trabalhadores despedidos. O relator atesta que estão reunidas as condições estipuladas no Regulamento FEG e tomou em consideração outras duas vagas de despedimentos, que se espera que ocorram no presente ano - 4 340 na FORD Genk e 2 280 nos seus fornecedores situados na mesma zona geográfica, Flandres .

A indústria automóvel já foi objeto de 17 decisões de mobilização do FEG desde o início do FEG em 2007; em particular, o declínio da quota de mercado da UE na produção de automóveis de passageiros já foi referido em oito decisões anteriores do FEG bem como *as importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização*. Globalização que tem na sua essência a crescente integração e interdependência económica, de forte liberalização do capital – sobretudo do financeiro – e do comércio ao nível mundial; que é sinónimo de desigualdades, desemprego, aumento da pobreza e intensificação da exploração do trabalho.

A resposta da UE à crise consubstanciou-se no Euro, no Pacto de Estabilidade e na Estratégia de Lisboa – estabilidade dos preços, consolidação fiscal e desregulamentação dos mercados, e este é o resultado dessas políticas.

9.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/002 BE/Carsid (A8-0017/2014 — Petri Sarvamaa)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. — Ich begrüße die Gewährung eines finanziellen Beitrags aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, den die belgischen Behörden bei der EU im Zuge der Entlassungen beim Stahlhersteller Carsid S.A. beantragt hatten.

Dieser Fonds wurde als Ausdruck der EU-Solidarität eingerichtet, um Arbeitnehmer, die unter den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge zu leiden haben, zusätzlich zu unterstützen.

Der rasche Rückgang des EU-Anteils am weltweiten Stahlmarkt für Rohstahl, ein Rückgang der Stahlnachfrage vonseiten der Automobil- und Baubranche infolge der Wirtschaftskrise sowie ein Anstieg der Produktionskosten setzte in den letzten Jahren insbesondere vielen Regionen zu, in denen die Beschäftigung stark von der traditionellen Schwerindustrie abhängt. Die Entlassungen in der Produktionsanlage von Carsid in der Nähe von Charleroi trafen demnach bedauerlicherweise ein Gebiet, welches sowieso bereits durch einen hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen gekennzeichnet war. Umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie ausreichende finanzielle Unterstützung sind hier unabdingbar.

Die durch den Fonds kofinanzierten Maßnahmen umfassen eine Unterstützung bei der Arbeitssuche, eine aktive arbeitsplatzorientierte Beratung sowie verschiedene Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen und sind deshalb mehr als willkommen. Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn die Prüfung des Antrags etwas schneller vorstättengegangen wäre, da die Unterstützung durch den Fonds so rasch wie möglich erfolgen sollte.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case, at regional or national level. Therefore these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should or should not be given are members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people in Belgium, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — En tant que Carolo, c'est évidemment avec satisfaction que j'ai vu un large consensus se dégager au Parlement européen pour approuver l'aide de 911 000 euros accordée par la Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour aider à la réinsertion socio-professionnelle des travailleurs de Carsid. Cette aide européenne a en effet permis, via un préfinancement régional, un accompagnement individualisé des travailleurs avec un résultat satisfaisant à la clé puisque 500 d'entre eux ont retrouvé un emploi, même si parfois précaire, en cette période de crise économique.

Il n'en reste pas moins que 177 personnes n'ont pas retrouvé d'emploi suite à la fermeture d'un haut fourneau victime notamment de la crise de la demande et de la hausse des matières premières créées par la crise économique et bancaire de 2008.

La région de Charleroi a malheureusement été durement frappée par cette crise libérale.

Je resterai par ailleurs bien évidemment extrêmement attentif aux demandes introduites au Fonds pour les licenciements massifs qui se sont déroulés à Caterpillar, St Gobain ou encore Duferco par un patronat bien plus soucieux d'une logique financière que sociale.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette demande a pour objet la mobilisation de 911 934 EUR en faveur de la Belgique suite au licenciement de 939 personnes sur le site de production de Carsid S.A. situé à Marcinelle (une des sections de Charleroi).

La mesure concerne plus particulièrement 752 travailleurs, en vue de les réinsérer sur le marché du travail par des formations, des reconversions et des aides individuelles pour l'accompagnement et la recherche d'emplois.

Suite à un recul de la part de l'Union dans la production d'acier brut (de 17,1 % en 2006 à 11,9 % en 2011), quelque 280 000 travailleurs ont perdu leur emploi dans le secteur métallurgique entre 2008 et 2013 (- 20%).

Le secteur de la sidérurgie est donc durement touché en Europe et la concurrence déloyale de certains pays comme la Chine (sur la même période, sa part dans la production d'acier brut est passée de 35,5 % à 46,8 %, soit une hausse de + 32%) entraîne des conséquences graves au niveau de l'emploi dans certaines régions.

Je me suis donc prononcé pour ce texte afin de soutenir ces travailleurs victimes de la mondialisation.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Ho approvato con il mio voto la relazione che autorizza la mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 939 lavoratori belgi e di 10 imprese operanti nel settore siderurgico. In uno scenario difficile per il fare impresa come quello attuale, ogni forma di aiuto, ogni opportunità è una risorsa strategica importantissima che non può essere ignorata o tanto peggio trascurata. In quest'ottica il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, deve essere considerato uno degli strumenti più utili previsti dall'UE che consente di dare una mano concreta a tutti quei lavoratori che hanno perso il proprio impiego a causa della crisi economica.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. - Jag har idag röstat för detta betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 911 934 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 939 trabajadores que han perdido su empleo en la planta de montaje Carsid de la región de Charleroi, destinada a la producción de acero bruto de colada continua, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial derivados de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional y reciclaje. Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Charleroi, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Europos Globalizacijos Fondo paramos skyrimui Belgijos mieste Šarlerua esančios gamyklos atleistų darbuotojų perkvalifikavimui. Darbuotojai iš gamyklos Carsid SA (Carsid) buvo atleisti dėl globalizacijos sukeltų esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių ir dėl pasauliniu mastu sparčiai mažėjančios Sąjungos rinkos dalies nepertraukiamo liejimo būdu gaminamo neapdoroto plieno gamybos sektoriuje, taip pat dėl nuolat mažėjančios liejimo būdu gaminamo neapdoroto plieno gamybos Sąjungoje. Tai yra susiję su sumažėjusia plieno paklausa automobilių pramonės ir statybos sektoriuose. Prognozuojama, kad atleidus Carsid darbuotojus gerokai pakils nedarbo lygis Šarlerua rajone (buvusi angliakasybos ir plieno gamybos zona, kurioje užimtumas labai priklauso nuo tradicinės sunkiosios pramonės), nes šis rajonas jau ir šiaip pasižymi tuo, kad didelę bedarbių dalį sudaro ilgai darbo ieškantys ir žemo lygio kvalifikaciją bei įgūdžius turintys asmenys. 2012 m. nedarbo lygis Šarlerua rajone buvo 21,6 proc., palyginti su 15,8 proc. vidutiniu nedarbo lygiu Valonijos regione ir 11,2 proc. nedarbo lygiu visoje šalyje.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobilitazione del fondo di adeguamento alla globalizzazione. Sono dalla parte dei 939 lavoratori in esubero della *Carsid*, indotto del gruppo italiano *Duferco*.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement a décidé d'accepter la demande d'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation émanant des entreprises de fabrication du métal de la Belgique afin d'aider les salariés de cette entreprise fortement touchée par les conséquences de la mondialisation en matière d'emplois. Les licenciements de nombreux employés de Carsid en Belgique sont dus à une concurrence mondiale exacerbée dans le secteur de l'acier. Les employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore di questa relazione per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 752 lavoratori operanti nel settore dell'acciaio e licenziati dall'impianto di produzione della Carsid con sede a Marcinelle, nei pressi di Charleroi in Belgio, a seguito dei rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione.

La contrazione della domanda di acciaio nel settore automobilistico e edilizio dell'UE in conseguenza della crisi economica e un relativo incremento dei costi di produzione (materie prime, energia, vincoli ambientali, ecc.) hanno nuociuto alla competitività dell'industria siderurgica dell'UE e hanno causato la perdita di un numero elevato di posti di lavoro nel settore dell'acciaio negli ultimi anni a causa della chiusura e della ristrutturazione di impianti da parte di vari produttori di acciaio in Europa. Ad esempio, fra il 2008 e il 2013 il numero di addetti dell'industria metallurgica nell'UE è diminuito di circa 280 000 unità, da 1,44 a 1,16 milioni (-19,4 %).

Dienstag, 21. Oktober 2014

Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG), che offre un sostegno a coloro che hanno perso il lavoro a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione, diventa essenziale visto e considerato che sono sempre più numerose le imprese europee costrette alla chiusura.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - I diritti di molti lavoratori sono schiacciati da una situazione di crisi globale in cui la differenza sostanziale tra economie diverse determina impoverimento e crisi di interi settori commerciali e industriali, il settore dell'acciaio in Europa è una delle vittime di questa crisi.

La generazione cresciuta dopo la seconda guerra mondiale ha lottato per maggiori garanzie sul posto di lavoro, tali garanzie sono ora svuotate di contenuto sostanziale e i destini di tante persone sono schiacciati da un brusco e repentino cambiamento storico delle dinamiche globali, l'intervento degli Stati è necessario e doveroso nei confronti di chi non ha colpa per ciò che succede ma solo la sfortuna di lavorare in settori che subiscono tale cambiamento.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della domanda, la dodicesima nel quadro del bilancio 2014, per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per un importo totale pari a EURO 911 934 EUR per il Belgio.

Il FEG è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale.

La domanda in questione è stata presentata in seguito a 939 esuberi legati alla chiusura dell'impianto di produzione della Carsid SA con sede a Marcinelle, vicino a Charleroi.

Gli esuberi sono dovuti a rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 911 934 EUR a favor da Bélgica com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos 752 trabalhadores e potenciais beneficiários dos 939 trabalhadores despedidos na empresa Carsid SA.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della domanda del collega Sarvamaa in riferimento alla mobilitazione del FEG per un importo totale di 911.934 EUR per il Belgio. Sono d'accordo allo stanziamento di questi fondi per porre rimedio alla questione esuberi legata alla chiusura dell'impianto di produzione della Carsid SA con sede a Marcinelle, vicino a Charleroi. L'Unione predispone strumenti per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale e agevolare il loro reinserimento nel mercato del lavoro. E' fondamentale, soprattutto in momenti di difficoltà come quelli odierni, in cui l'Europa si trova ad affrontare, tra le altre problematiche, una grave crisi occupazionale, che ogni contributo e sostegno in tale settore sia dinamico e venga reso disponibile in modo rapido ed efficiente; deve essere in grado di portare avanti una politica di solidarietà nei confronti di tutti i cittadini europei. Essi stanno coraggiosamente combattendo la crisi e per questo è richiesto un sempre maggiore impegno delle Istituzioni di fronte ad ogni nuova situazione difficoltà.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - The EGF co-funded measures will include individual job-search assistance and training. Such measures will support the reintegration of the workers back into the labour market. I have therefore voted in favour of this report.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore di questa relazione per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori dell'impianto di produzione della Carsid SA. In 939 hanno perso il lavoro a causa dei rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione e al rapido declino della quota di mercato dell'Unione nel settore della produzione di acciaio grezzo a colata continua a livello mondiale nonché ad un calo consistente della produzione di acciaio grezzo nell'Unione a causa di una diminuzione della domanda di acciaio nei settori automobilistico e delle costruzioni. Si prevede che 752 persone beneficeranno delle misure del fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los 752 despidos que se produjeron en la planta de montaje de Carsid SA situada en la localidad de Marcinelle, cerca de Charleroi, en Bélgica, durante el período de referencia comprendido entre el 28 de septiembre de 2012 y el 28 de enero de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I note that this application by Belgium relates to over 900 redundancies at the production plant of Carsid SA ('Carsid') located in Marcinelle near Charleroi in Belgium due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation between 28 September 2012 to 28 January 2013. The Commission has concluded that the application meets the conditions for deploying the EGF.

The coordinated package of personalised services to be co-funded includes the following measures for the reintegration of 752 redundant workers into employment. In order to mobilise the Fund, the Commission has submitted a transfer request to the Budget Authority for a global amount of EUR 911 934. Hence I voted in favour of this proposal.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Confrontée à des licenciements dans l'industrie sidérurgique, la Belgique a fait appel au Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Les fonds débloqués doivent constituer une aide complémentaire effective et concrète pour les travailleurs licenciés. Les services personnalisés doivent leur apporter une réelle plus-value afin de les accompagner dans leurs efforts de réinsertion sur le marché du travail.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Créé en 2006, le fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) vise à aider à la réintégration des travailleurs ayant perdu leur emploi en raison des évolutions du commerce mondial. En 2009, son champ d'application a été élargi afin d'y inclure les victimes de la crise financière. Cette demande, présentée par la Belgique, vise des licenciements au sein du secteur sidérurgique. Il s'agit d'aider 752 salariés qui ont perdu leur emploi à la suite du licenciement de 939 personnes consécutif à la fermeture du site de Carsid SA à Marcinelle. L'aide apportée s'élève à 911 934 euros et permettra de cofinancer des mesures actives sur le marché du travail telles que l'aide individuelle à la recherche d'emploi, la formation et la reconversion,... Cette aide n'est certes pas à la hauteur du drame vécu par les travailleurs licenciés mais elle est le signe que l'Europe, à défaut de l'avoir empêchée, est sensible à leur sort. Je déplore cependant la durée de la procédure d'examen de ce dossier par la Commission.

Cette demande a obtenu mon soutien ainsi que le soutien du Parlement européen.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. A belga hatóságok kérelemmel fordultak az Európai Bizottsághoz a Carsid SA gyárban bekövetkezett elbocsátások miatt, melyek a globalizáció hatására bekövetkezett jelentős strukturális változásokhoz kapcsolódnak, és az Unió világpiaci részesedésének gyors csökkenésével és az öntött nyersacél-gyártás Unión belüli folyamatos csökkenésével függenek össze, mivel a gépjárműipari ágazatban és az építőiparban lecsökkent az acél iránti igény; Bizottság javaslata 911 934 euró igénybevételét tartalmazza az alpból a Bizottság számára technikai támogatás céljából. A belga hatóságok szerint a 2013. október 1-jén megkezdett intézkedések összehangolt, személyre szabott szolgáltatási csomagot és aktív munkaerő-piaci intézkedéseket alkotnak, amelyek a munkavállalók munkaerő-piaci visszailleszkedésére irányulnak. A

Dienstag, 21. Oktober 2014

jelentést a plenáris szavazáson támogattam.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. - The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional aos trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. A Bélgica apresentou a candidatura EGF/2013/02 BE/Carsid na sequência de 939 despedimentos, prevendo-se que 752 pessoas venham a participar nas medidas, no contexto do encerramento da unidade de produção da empresa Carsid SA, situada em Marcinelle, nas proximidades de Charleroi, durante o período de referência de 28.09.2012 a 28.01.2013. Os despedimentos na unidade de produção da empresa Carsid SA estão relacionados com as importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização, com o declínio acelerado da quota de mercado da União no setor da produção de aço bruto em vazamento contínuo a nível mundial e com uma diminuição significativa da produção de aço bruto em vazamento na União devido a uma descida na procura de produtos siderúrgicos nos setores automóvel e da construção. Nesta mobilização do FEG foram concedidos 911 934 euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Esta é a segunda candidatura da Bélgica que estamos a analisar nesta sessão plenária. Refere-se ao despedimento de 939 trabalhadores, relacionado com o encerramento da unidade de produção da empresa Carsid SA, situada nas proximidades de Charleroi. Esta empresa produzia brames de aço usados na produção de produtos usados na construção, em equipamentos de transporte e no sector automóvel.

A justificação apresentada para este despedimento não difere do que tanta vez temos visto: as *importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização*, com o declínio acelerado da quota de mercado.

Este despedimento agravou, significativamente, a situação de desemprego na zona de Charleroi (uma antiga zona mineira de carvão e produção de aço, em que o emprego está fortemente dependente da indústria pesada tradicional), que se caracteriza por uma elevada percentagem de desemprego de longa duração.

Esta é a consequência da desindustrialização, fruto das políticas de destruição do tecido produtivo e da *financeirização* do capital, tendo como primeiro e único objetivo o lucro mais fácil e mais rápido.

A solução não reside nas medidas até agora tomadas, mas na rutura com estas políticas, que abra portas a uma Europa de progresso e justiça social, dos trabalhadores e dos povos.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo voto favorevole per l'intervento a favore di 939 esuberi alla Carsid (produttori di lastre d'acciaio) di Charleroi per 911.934 euro.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Lampros Fountoulis (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω την έκθεση με την πρόταση ψηφίσματος, διότι τα μέτρα αυτά είναι ανεπαρκέστατα για την αντιμετώπιση της ανεργίας. Επίσης τα χρήματα, στο μεγαλύτερο μέρος, δεν καταλήγουν στους απολυμένους που τα έχουν ανάγκη, αλλά σε διάφορες εταιρείες παροχής συμβουλών και επαγγελματικού προσανατολισμού. Αποτελούν εν τέλει τα μέτρα αυτά κοροϊδία προς τους απολυμένους που πλήττονται από την πολιτική λιτότητας που επιβάλλει η ίδια Ευρωπαϊκή Ένωση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. - I voted against this application for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund. I support measures that create growth and jobs, but the Globalisation Adjustment Fund is simply a waste of taxpayers' money. There is no evidence that it offers value for money in terms of reintegrating redundant workers back into the labour market.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple parche que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. - I support the need to have a European instrument to assist redundant workers. I am glad that Parliament fully supported the setting up of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) as part of the MFF for 2014 to 2020. I voted in favour of the Carsid application for EUR 911 934 for the 939 steel workers made redundant due to the closure of the Carsid SA production plant. The Charleroi area's high reliance on the steel production industry, which has in turn been severely impacted by a decline in the construction and automotive sectors as a result of the crisis, requires a fast response and measures to combat long-term unemployment and encourage reintegration into employment. I hope that this will be achieved by the personalised measures to be implemented for the workers.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas. No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple parche, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za prijedlog rezolucije zato što će otpuštanje 939 radnika poduzeća Carsid SA znatno utjecati na nezaposlenost na području belgijskog grada Charleroi (u blizini kojeg se poduzeće nalazi) čija je stopa dugoročne nezaposlenosti prešla 20%.

Radnici Carsida izloženi su i opadanju proizvodnje lijevanog sirovog čelika u Uniji, što dodatno ugrožava njihovo stanje na tržištu rada. Otpuštanje u proizvodnom postrojenju Carsida predstavlja veliki problem za lokalno stanovništvo, a financijska pomoć Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji adekvatna je mjera prema ublažavanju te situacije.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Il est important de soutenir les salariés qui perdent leur emploi subitement en raison d'une crise financière et économique globale. Nous devons les aider à retrouver le chemin de l'emploi. Cette aide de 911 934 euros permettra aux salariés licenciés du site de production de Carsid de production d'acier brut en Belgique de bénéficier de programme de formation personnalisée afin de faciliter leur retour à l'emploi.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la Belgique concernant des licenciements intervenus dans l'entreprise d'acier brut Carsid S.A. près de la ville de Charleroi. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché de travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide financière de près de 912 000 EUR.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support providing assistance for the reintegration into the labour market of redundant workers who lost their jobs as a result of globalisation and a rapid decline of the Union's market share in the production sector for continuously-cast crude steel.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért létesítették, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben történő változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Keretösszege 150 millió EUR. Eddig ebből a keretből Magyarország egyetlen alkalommal sem részesült, pedig nagyon komoly munkanélküliség keletkezett hazánkban az EU centrumországai és az USA által mesterségesen generált válság következtében. Csak olyan ország támogatása fogadható el, mely elszenvedője a válság folyamatnak. Itt egy belga cég kért támogatást, ezért nemmel szavaztam, hiszen Belgium a válság egyik okozója, és az új EU-tagállamok gyarmatosításának haszonélvezője.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Petri Sarvamaa che prevede un sostegno ad alcune aziende del Belgio attive nella produzione di acciaio grezzo. Nello specifico, la relazione prevede lo stanziamento di risorse necessarie per il reinserimento nel mercato del lavoro degli esuberanti verificatisi presso l'impianto di produzione della Carsid SA («Carsid») con sede a Marcinelle. La presente relazione si aggiunge ad altre tre approvate oggi, tutte volte alla medesima finalità: sostenere i lavoratori in difficoltà a causa della crisi.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los 752 despidos que se produjeron en la planta de montaje de Carsid SA situada en la localidad de Marcinelle, cerca de Charleroi, en Bélgica, durante el período de referencia comprendido entre el 28 de septiembre de 2012 y el 28 de enero de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. - Los efectos que ha tenido la globalización en sectores como el del automóvil se han visto extrapolados a sectores relacionados como el del acero. Esto, sumado a la crisis que ha afectado especialmente a sectores demandantes de acero como la construcción, ha provocado una gran recesión en este sector.

El 5 de septiembre de 2014 la Comisión aprobó la solicitud de Bélgica de movilización del FEAG para apoyar la inserción en el mercado laboral de los trabajadores despedidos en la planta de montaje de Carsid SA.

Se trata de una ayuda de 911 934 euros destinados a la prestación de servicios para ayudar a la inserción laboral de 752 de los trabajadores despedidos de la planta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. - Zbog značajnih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine te rastućeg trenda smanjenja tržišnog udjela Unije u sektoru kontinuirano lijevanog sirovog čelika i smanjene proizvodnje lijevanog sirovog čelika doneseno je Izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć radnicima koji su izgubili posao zbog zatvaranja proizvodnog postrojenja Carsid SA koje se nalazi u mjestu Marincelle u blizini grada Charleroi.

Europski fond za globalizaciju osnovan je kako bi se omogućila dodatna podrška radnicima koji su zahvaćeni posljedica strukturnih promjena uslijed globalizacije. Ovim Izvješćem želi se osigurati iznos od 900.000 eura kojim bi se pružila pomoć otpuštenim radnicima u vidu individualne pomoći u traženju posla te osposobljavanja i prekvalifikacije za nova radna mjesta te sam ga podržala.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. - Es nobalsoju par, jo tāda bija arī EP sociālistu politiskās grupas nostāja.

David Martin (S&D), *in writing*. - I supported this package. Decrease in demand in steel in the automotive and construction sectors in the EU as a consequence of the economic crisis and a relative increase of production costs (raw materials, energy, environmental constraints, etc.) – these factors have harmed the competitiveness of the EU's steel industry and have led to a high number of job losses in the steel sector in recent years due to plant closures and restructuring by several steel manufacturers in Europe. For instance, between 2008 and 2013, the number of persons employed in the metallurgic industry (NACE Rev. 2 division 24 'Manufacture of basic metals') in the EU-27 decreased by around 280 000 from 1.44 million to 1.16 million (- 19.4 %).

Dienstag, 21. Oktober 2014

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato favorevolmente la relazione sul Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione, per il reintegro dei 939 dipendenti licenziati a seguito della chiusura dell' impianto di produzione della Carsid in Belgio. Il FEG deve essere considerato uno strumento fondamentale della UE per tutti i lavoratori che hanno perso il proprio impiego a causa della crisi economica e finanziaria.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della relazione del collega Sarvamaa per esprimere ancora una volta la mia vicinanza e sostegno ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale. Alla luce dei 939 esuberanti presso lo stabilimento di produzione di Carsid SA credo sia fondamentale reintegrare questi lavoratori dando loro la possibilità di poter sviluppare nuove competenze e reinserirsi nel mercato del lavoro.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. - Die zahlreichen Entlassungen, die aus der Schließung der Produktionsanlage Carsid SA resultieren, stehen im Zusammenhang mit weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung. Die Verluste in diesem Wirtschaftszweig verdeutlichen den raschen Rückgang des europäischen Marktanteils in der Stahlproduktion und den gleichzeitigen Anstieg des Marktanteils von Ländern wie China. Umso wichtiger wird es sein, eine effektive Strategie der Union für die Stahl erzeugende Industrie zu beschließen, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aus diesen Erwägungen habe ich in diesem Fall für die Inanspruchnahme des EGF gestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Le fond d'aide à la mondialisation joue son rôle destructeur. Au lieu d'aider les travailleurs, il encourage les actionnaires et les Etats à adhérer à l'irresponsabilité sociale du libéralisme forcené. La demande porte sur 939 licenciements survenus sur le site de production d'acier brut de Carsid SA («Carsid»), en Belgique, dont 752 travailleurs visés par les mesures cofinancées par le FEM. Les autorités belges font valoir que la crise économique a lourdement pesé sur le secteur de la manufacture dans l'ensemble de l'Union européenne: dans l'UE-27, entre 2008 et 2013 par exemple, quelque 280 000 travailleurs ont perdu leur emploi dans l'industrie métallurgique. Mais sans remettre en cause le modèle économique qui est la cause de la désindustrialisation de l'Europe, et il ne propose pas le seul remède efficace: le protectionnisme solidaire. Le gouvernement belge comme l'UE traitent les symptômes sans s'attaquer jamais aux causes du mal. Je m'abstiens pour ne pas priver les travailleurs belges de ce fond.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho, que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Bélgica que apresentou a candidatura EGF/2013/02 BE/Carsid a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 939 despedimentos, prevendo-se que 752 pessoas venham a participar nas medidas, no contexto do encerramento da unidade de produção da empresa Carsid SA (Carsid), situada em Marcinelle, nas proximidades de Charleroi, na Bélgica, durante o período de referência de 28 de setembro de 2012 a 28 de janeiro de 2013.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural changes in world trade patterns due to globalisation and to assist the reintegration of the same workers back into the labour market. The report cites how the number of jobs in southern Hainaut of Belgium has declined by 15.3% between 2007 and 2012, particularly in sectors where companies often employ a large number of workers. Additionally, these workers will likely have to retrain to find alternative employment. Therefore, I have voted in favour of the Carsid application.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Le secteur sidérurgique doit faire face à de graves difficultés économiques en Europe. La S.A.Carsid n'est pas épargnée et souffre de la baisse généralisée de la demande d'acier dans les secteurs de l'automobile et de la construction. En décidant, via le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, de venir en aide financièrement aux travailleurs licenciés de la société belge CARSID S.A., l'Europe démontre son véritable potentiel d'aide en faveur de la réinsertion des travailleurs sur le marché du travail. Il est indispensable de venir en aide à nos travailleurs, de leur assurer des emplois stables et durables sur le long terme.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I voted in favour of the Report on the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund for the mobilisation of the EGF in Belgium for the support and reintegration in the labour market of workers made redundant in the production plant of Carsid SA ('Carsid'). The fund will help 752 redundant workers to get back into employment through job-search assistance, training and retraining programmes.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Il Belgio ha presentato la domanda EGF/2013/02 BE/Carsid per ottenere un contributo finanziario richiesto a titolo del FEG di importo pari a EUR 911 934 in seguito a 939 esuberi legati alla chiusura dell'impianto di produzione della Carsid SA con sede a Marcinelle.

Poiché il sostegno finanziario va a favore di 752 lavoratori in esubero e mira ad agevolare il loro reinserimento nel mercato del lavoro, il mio voto è stato positivo.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – La Belgique a demandé une aide au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour 752 des 939 personnes licenciées après la fermeture du site de production de Carsid S.A. situé à Marcinelle (l'une des sections de Charleroi).

Ces licenciements sont le résultat concret de modifications structurelles importantes intervenues dans le secteur sidérurgique en Europe. Ainsi, la diminution de la production européenne d'acier brut issu de la coulée (- 13,4% entre 2006 et 2011) est directement liée à une baisse de la demande de la filière automobile ou encore de la filière du bâtiment. Face à la concurrence directe des pays à bas coût de production (par exemple, la Chine et l'Inde), ce sont environ 280 000 personnes qui ont perdu leur travail dans l'industrie métallurgique européenne entre 2008 et 2013.

À noter également que le sud du Hainaut (région de Charleroi) et les régions voisines sont particulièrement touchées par la baisse des activités manufacturières, phénomène qui rend la reconversion des personnes licenciées indispensable pour espérer retrouver un emploi. Cette aide servant à cofinancer des mesures individuelles de formation et de reconversion, j'ai voté pour afin de ne pas priver ces victimes des avantages de la mondialisation et de l'ultralibéralisme de ce fond.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui prévoit la mobilisation de 911 934 euros en faveur des anciens salariés de Carsid en Belgique. La société Carsid produisait des brames d'acier destinées à être transformées sur des sites appartenant au groupe Duferco en Belgique. La production était principalement utilisée dans les industries de la construction, du transport, de l'automobile et de l'équipement. L'ensemble de ces secteurs a été fortement atteint par la crise en Europe et l'entreprise n'a pas pu faire face à la baisse des commandes. Je souhaite que le Parlement européen se prononce vite sur un ensemble de mesures qui permettra aux entreprises européennes de regagner de la compétitivité face aux entreprises étrangères.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport compte-tenu de l'importance, en ces temps de crise économique, du soutien de l'UE aux travailleurs dont les entreprises ont particulièrement souffert. Le secteur métallurgique est le symbole des grandes mutations à l'oeuvre dans l'organisation du commerce mondial; nous ne le savons que trop en France. Il est donc logique que l'UE apporte son aide et donne les moyens à la population de se reconverter.

Dan Nica (S&D), *în scris*. - Am votat pentru mobilizarea Fondului european de ajustare la globalizare: pentru cererea EGF/2013/002 BE/Carsid – Belgia.

Belgia a solicitat contribuția financiară din partea FEG în urma concedierii a 939 de lucrători, dintre care 752 de lucrători fiind vizați să participe la măsurile în cauză. Concedierile au survenit după închiderea uzinei de producție Carsid S.A. în perioada de referință septembrie 2012 și ianuarie 2013.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Disponibilizările efectuate în cadrul uzinei Carsid sunt legate de schimbările structurale majore intervenite la nivel mondial ca urmare a globalizării, de declinul rapid al cotei de piață pe care o deține Uniunea la nivel mondial în sectorul producției de oțel brut obținut prin turnare continuă, precum și de scăderea constantă a producției de oțel turnat brut la nivelul Uniunii, ca urmare a reducerii cererii de oțel în sectorul automobilelor și în cel al construcțiilor.

Producția de oțel brut obținut prin turnare continuă din UE-27 a scăzut cu 13,4% între 2006 și 2011, iar cota de piață a UE-27 în același interval de timp a scăzut cu 30,7%. Din păcate, sectorul siderurgic din Europa este expus la dificultăți economice serioase și, în calitate de coordonator S&D pentru industrie, cercetare și energie, subliniez necesitatea investițiilor în acest sector pentru a relansa producția de oțel în EU.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. - Durch die Inanspruchnahme des Fonds soll einem Unternehmen der Stahlindustrie wieder Handlungsspielraum gewährt werden. Die zahlreichen Entlassungen, die aus der Schließung der Produktionsanlage Carsid SA resultieren, stehen im Zusammenhang mit weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung. Die Verluste in diesem Wirtschaftszweig verdeutlichen den raschen Rückgang des europäischen Marktanteils in der Stahlproduktion und den gleichzeitigen Anstieg des Marktanteils von Ländern wie China. Die Stahlindustrie stellt allerdings seit jeher das Rückgrat unserer industriellen Produktion dar. Daher ist es ganz entscheidend, eine effektive Strategie der Union für die Stahl erzeugende Industrie zu beschließen – nicht zuletzt auch, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aus diesen Erwägungen habe ich in diesem Fall für die Inanspruchnahme dieses Fonds gestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. - Considerando che la proposta di decisione concernente la mobilitazione del FEG in favore del Belgio, è finalizzata a sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori licenziati dall'impianto di produzione della Carsid SA a causa dei cambiamenti strutturali del commercio internazionale; considerando che la contrazione della domanda di acciaio nel settore automobilistico e edilizio dell'UE ha influito negativamente sulla competitività delle industrie siderurgiche europee; concordando che la perdita di un numero elevato di posti di lavoro nel settore dell'acciaio possa avere rilevanti ripercussioni sul tasso di disoccupazione dell'economia locale, ho espresso il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), par écrit. — Je regrette ce système pervers par lequel l'Union européenne, d'un côté, détruit l'environnement économique et, de l'autre, verse quelques subventions compensant mal les difficultés que sa politique a générées.

Si je n'hésite pas à soutenir les créateurs d'emplois, je déplore que l'Union les mette en situation de devoir demander de l'aide pour survivre. À quand une politique rationnelle qui protégerait entreprises et travailleurs grâce à des frontières maîtrisées? Prendre quelques mesurées pour réduire les effets quand on ne cesse d'aggraver les causes n'a aucun sens.

Andrej Plenković (PPE), napisan. - Podržao sam izvješće kolege Petri Sarvamaae. Zbog strukturnih reformi koje obuhvaćaju sektor metaloprerađivačke industrije, broj otkaza je nažalost svakodnevno u porastu. Ovaj prijedlog mobilizacije sredstva iz EGF-a u iznosu od 911 934 € za cilj ima sanaciju štete nastale otpuštanjem 752 radnika. Ovim paketom planira se subvencionirati postupak prekvalifikacije osoba zaposlenih u metaloprerađivačkoj industriji te individualno pomoći svakom radniku u pronalasku novog zaposlenja.

Podržavam postupak ubrzanja povlačenja sredstava iz EGF-a. Proteklo je nekoliko godina kako bi se odobrila pomoć ovom poduzeću. Nažalost, ova kriza uzrokovana je krizom u prodaji novih vozila. Glavni izvoznik Carsida su velike automobilske tvornice. One su trenutno u padu potražnje za lijevanim čelikom. Europska unija je u razdoblju od 2006.-2011. godine zabilježila pad potražnje od 13,4% za lijevanim čelikom. Svjetsko tržište čelika nije doživjelo pad, već je poraslo za 25,1%. Konkurentnost Europske unije uvelike je smanjena.

Podržavam blisku suradnju socijalnih partnera i europskih institucija. Uloga sindikata u pregovorima je vrlo važna kako bi se pronašao zajednički jezik na putu pomoći otpuštenim radnicima. Grad Charleroi ovim otpuštanjima dolazi do stope nezaposlenosti od 21,6%. Ovo je znatno iznad nacionalnog prosjeka nezaposlenosti od 11,2%.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) ha come scopo di dare un sostegno ulteriore ai lavoratori di imprese che soffrono della negativa congiuntura e di cambiamenti strutturali importanti del commercio mondiale. Per questa ragione, l'azione a favore dei lavoratori che sono stati licenziati dalla Carsid SA (le imprese siderurgiche hanno particolarmente sofferto di un calo della domanda di acciaio in questi anni) è valida e permetterà ad un folto gruppo di lavoratori di meglio reinserirsi nel mercato del lavoro con azioni mirate a riqualificarsi.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. - I dnes jsem podpořil usnesení týkající se uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci. Určité pochyby ve mne ovšem vyvolává fakt, že většina prostředků míří do starých členských zemí, přestože globalizace se dotýká stejným způsobem i nových členských států. Věřím, že mne další rozdělování prostředků z tohoto fondu přesvědčí, že rozdělování probíhá vyváženě.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. - Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, da hier zum wiederholten Male Gelder des Globalisierungsfonds für Arbeitsmarktmaßnahmen zweckentfremdet werden. Hier wären die Nationalstaaten gefragt, eventuelle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu ergreifen, soweit notwendig und gewünscht.

Die EU ist im konkreten Fall nicht zuständig und überschreitet zum wiederholten Male ihre Kompetenzen.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Le secteur sidérurgique est un secteur gravement touché en raison d'une grande baisse de la demande dans l'Union, et de la variation de ses prix sur le plan international. Les conséquences sont donc très lourdes pour les employés, à fortiori lorsque comme dans la région de Charleroi, les optiques de reconversion sont difficiles. Je vote donc en faveur de la mobilisation du fonds d'ajustement à la mondialisation afin, notamment, d'inciter la création d'entreprise.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 911 934 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 939 trabajadores que han perdido su empleo en la planta de montaje Carsid de la región de Charleroi, destinada a la producción de acero bruto de colada continua, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial derivados de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional y reciclaje. Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Charleroi, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados. En todo caso, sería deseable mejorar la dotación financiera de estas ayudas en próximas ocasiones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) pour les travailleurs de Carsid dont je connais que trop bien la situation. L'utilisation de cette enveloppe va permettre de fournir une aide individuelle à ces travailleurs et les aider à retrouver le chemin de l'emploi. Cela dit, si l'importance de ce fonds pour l'accompagnement des travailleurs n'est plus à démontrer, je reste critique sur deux points. Tout d'abord, le fait que le FEM ne puisse intervenir que lorsque plus de 500 travailleurs ont été licenciés par une seule entreprise (fournisseurs et producteurs en aval compris) me semble trop réducteur. De nombreux travailleurs ont vu leur entreprise de plus petite taille fermer ses portes et n'ont dès lors pu bénéficier de ce fonds. Je souhaite donc que ce seuil de 500 travailleurs soit revu à la baisse. De plus, la mobilisation effective des fonds prend beaucoup trop de temps alors que c'est au moment où ils perdent leur emploi que les travailleurs ont besoin d'être soutenus. Je demande donc à ce que le processus décisionnel visant à mobiliser le FEM soit accéléré.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - La domanda in esame, la dodicesima nel quadro del bilancio 2014, si riferisce alla mobilitazione del FEG per un importo totale di 911.934 EUR per il Belgio.

La domanda riguarda esuberi legati alla chiusura dell'impianto di produzione della Carsid SA («Carsid») con sede a Marcinelle, vicino a Charleroi.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ho votato a favore per difendere il lavoro delle aziende interessate e sostenere la crescita della regione.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho votato in maniera favorevole in quanto si tratta di un intervento economico, per una cifra pari a novecento undicimila euro, a seguito di 939 esuberanti operati dalla ditta Carsid di Charleroi

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez más resulte difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los 752 despidos que se produjeron en la planta de montaje de Carsid SA situada en la localidad de Marcinelle, cerca de Charleroi, en Bélgica, durante el período de referencia comprendido entre el 28 de septiembre de 2012 y el 28 de enero de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de los trabajadores y trabajadoras en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I welcome today's vote on the mobilisation of the EGAF to support the reintegration in the labour market of Belgian workers made redundant in the production plant of Carsid SA ('Carsid'). It concerns 939 redundancies in Carsid SA, located at Marcinelle near Charleroi in Belgium.

A total amount of EUR 911 934 in EGAF aid will support 752 workers targeted for EGAF co-funded measures during the reference period from 28 September 2012 to 28 January 2013.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - EU je uspostavila zakonodavne i proračunske instrumente kako bi pružila dodatnu potporu radnicima koji su pogođeni posljedicama velikih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima, ali i kako bi im se pomoglo pri ponovnom uključivanju na tržište rada. Financijska pomoć koju Unija pruža otpuštenim radnicima trebala bi biti dinamičnija i dostupnija što je brže moguće, a sve u skladu sa Zajedničkom izjavom Europskog parlamenta, Vijeća i Komisije usvojenom 17. srpnja 2008. Podržavam prijedlog jer je odraz sporazuma koji su postigli Parlament i Vijeće o ponovnom uvođenju kriterija za mobilizaciju fonda u slučaju krize, ali također jer se radi i o povećanju učinkovitosti pri postupanju sa zahtjevima za mobilizaciju. Belgija je podnijela zahtjev za finansijsku pomoć iz EGF-a nakon otpuštanja 939 radnika, pri čemu se očekuje da će 752 osoba biti obuhvaćeno mjerama, u vezi sa zatvaranjem proizvodnog postrojenja poduzeća Carsid SA. Napominjem, postoji opasnost da će zbog otpuštanja u Carsidu nezaposlenost u području grada znatno porasti. Zato podržavam prijedlog na temelju Uredbe o EGF-u i slažem se s Komisijom da su uvjeti iz Uredbe o EGF-u ispunjeni te da Belgija ima pravo na finansijsku pomoć u skladu s tom Uredbom.

Richard Sulík (ECR), *písomne* - Pri tomto návrhu som hlasoval proti, keďže je pre ekonomiku Európskej únie a jej konkurencieschopnosť škodlivý. Nepochybujem o tom, že 911 934 eur 939 prepusteným pracovníkom môže pomôcť. No na túto pomoc sa budú musieť poskladať všetci daňovníci Európskej únie, čo zodpovedajúco zníži ich konkurencieschopnosť. A to je presný opak toho, čo sa Európska únia týmto príspevkom snaží dosiahnuť.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Kay Swinburne (ECR), in writing. - I voted against this report today, as I am opposed in principle to the use of this European Globalisation Adjustment Fund and, as a result, I cannot support this proposal to mobilise it.

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση διότι τα κονδύλια αυτά αντί να καταλήξουν στο απολυμένο προσωπικό που τα έχει απόλυτη ανάγκη, θα χορηγηθούν σε εταιρίες ή οργανισμούς (ιδιωτικούς ή κρατικούς) που υποτίθεται ότι θα επανακαταρτίσουν το εν λόγω προσωπικό ή θα το βοηθήσουν στην εύρεση εργασίας. Δηλαδή ή θα δημιουργήσουν ειδικευμένους άνεργους ή θα παρατείνουν την αγωνία τους.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. - S obzirom na to da je Belgija podnijela zahtjev za financijsku pomoć iz EGF-a nakon otpuštanja 939 radnika, a očekuje se da će 752 osobe biti obuhvaćene mjerama u vezi sa zatvaranjem proizvodnog poduzeća Carsid SA, smatram da je potrebno smanjiti trajanje uvodnog razdoblja kako bi EGF djelovao što brže.

No, bitno je navesti da je EGF osnovan radi pružanja potpore radnicima koji su otpušteni kao višak slijedom strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine nastalim zbog globalizacije, te je njegovim sredstvima moguće sufinancirati samo aktivne mjere na tržištu rada koje vode dugoročnom zaposlenju, te se njima ne smiju zamijeniti aktivnosti za koje su nadležna poduzeća prema nacionalnom pravu ili kolektivnim ugovorima, ni mjere za restrukturiranje.

Zbog svega navedenog podržavam prijedlog te bi se sredstva iz EGF-a trebala mobilizirati radi pružanja financijskog doprinosa u vezi sa zahtjevom koji je podnijela Belgija.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Ce midi, la délégation PS du Parlement européen a voté en faveur de le mobilisation de plus d'1,4 millions d'euros pour soutenir les travailleurs de Ford Genk et de l'usine métallurgique Carsid à Charleroi. Cette aide a pour objectif de réorienter professionnellement et de former les 1231 travailleurs victimes des restructurations et licenciements dans leur entreprise. Ce Fonds représente un symbole d'une Europe qui peut être plus solidaire.

Le FEM met chaque année 150 millions d'euros à disposition afin d'accompagner les travailleurs ayant perdu leur emploi suite à des changements structurels majeurs survenus dans le commerce international en raison de la mondialisation. Les fonds sont utilisés pour la formation, le recyclage des travailleurs, des programmes d'aide à la création de leur propre entreprise, etc.

C'est une excellente nouvelle. Le Fonds fait naître un espoir, celui de voir s'amorcer, enfin, la construction d'une Europe sociale. Il est important de comprendre que la précarité et la mise en concurrence des salariés européens entre eux ne constituent pas la norme. Il appartient à l'Europe de garantir la protection des salariés. L'Europe sociale est la seule qui puisse aujourd'hui réconcilier les citoyens avec leurs institutions.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. - Glasovala sam protiv prijedloga odluke o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji koji se temelji na zahtjevu Belgije EGF/2013/02 BE/Carsid za financijsku pomoć iz EGF-a nakon otpuštanja 939 radnika, pri čemu se očekuje da će 752 osobe biti obuhvaćene mjerama, u vezi sa zatvaranjem proizvodnog postrojenja poduzeća Carsid SA („Carsid“) koje se nalazi u mjestu Marcinelle.

Smatram da takvi paketi mjera predstavljaju samo vatrogasne mjere koje ne nude nikakvo dugoročno rješenje za otpuštene radnike s jedne strane i za lošu gospodarsku situaciju u krizom pogođenim sektorima. Naime, smatram da države članice moraju pružiti svojim tvrtkama zdravi okvir poslovanja koji će im omogućiti da budu konkurentne na globalnom tržištu što pretpostavlja porezno rasterećenje te uklanjanje birokratskih barijera koje koče ulaganje i poslovanje. U slučaju zahtjeva Belgije za Carsid, posebno se suprotstavljam predloženom paketu usluga koji ne uključuje mjere za poticanje poduzetništva kod otpuštenih radnika što bi trebalo predstavljati stup svake gospodarske politike.

Također bi bilo poželjno uvjetovati financiranje takvih paketa donošenjem dugoročnih mjera koje će omogućiti rast u sektorima pogođenim krizom, jer ne možemo slijepo financirati prekvalifikacije radnika otpuštenih uslijed loše vođene gospodarske politike i nesposobnosti država da svojim tvrtkama osiguravaju uvjete koji će im omogućiti učinkovit nastup na globalnom tržištu.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. - Este fondo europeo es esencial para la garantizar la continuidad de la industria en los países periféricos y la empleabilidad de los trabajadores y trabajadoras de dicho sector. Por ello he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los 752 despidos que se produjeron en la planta de montaje de Carsid SA situada en la localidad de Marcinelle, cerca de Charleroi, en Bélgica, durante el período de referencia comprendido entre el 28 de septiembre de 2012 y el 28 de enero de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Bélgica, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. - Esta é a segunda candidatura belga que estamos a analisar nesta sessão plenária. Esta empresa produzia brames de aço usados na produção de produtos laminados a quente e a frio usados na construção, em equipamentos de transporte e no setor automóvel.

A justificação apresentada para este despedimento na unidade de produção da empresa Carsid SA («Carsid») está relacionada com as *importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização*, com o declínio acelerado da quota de mercado da União no setor da produção de aço bruto em vazamento contínuo. Este despedimento aumentou o desemprego na zona de Charleroi (uma antiga zona mineira de carvão e produção de aço, em que o emprego está fortemente dependente de indústria pesada tradicional) que se caracteriza por uma elevada percentagem de desemprego de longa duração.

A mobilização da quantia de 911 934 euros é apenas um paliativo que, sendo necessário, não é a solução. Impõe-se outro rumo para a Europa, um rumo que tenha no centro das suas políticas a justiça social e o bem-estar dos Povos e que passa por promover o direito ao trabalho com direitos, salários e pensões dignos.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Die Stahlindustrie in Europa ist durch die stetige Globalisierung und durch den starken Konkurrenzdruck gegenüber Ländern wie der Volksrepublik China stark in Bedrängnis. Wie man am Beispiel der Schließung der Produktionsanlage „Carsid SA“ sieht, kann nur eine wirksame Strategie der EU für die stahlerzeugende Industrie in Europa auf Dauer helfen, neue Möglichkeiten und Investitionen zu schaffen. Da die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie aufrechterhalten werden muss, habe ich für den Antrag gestimmt, der eine Inanspruchnahme des EGF vorsieht.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. - Der Globalisierungsfonds wurde eingerichtet, um bei kurzfristig eintretenden Notlagen aufgrund von Missmanagement, der Globalisierung oder der Finanz- und Moralkrise in den Mitgliedstaaten zu helfen. Die Unterstützung umfasst Weiterbildungsmaßnahmen, Beihilfen für Unternehmensgründung, Coaching und Outplacement von entlassenen Arbeitnehmern. Der Globalisierungsfonds ko-finanziert diese Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zu 50 % oder 65 %, den Restbetrag stellt der betroffene Mitgliedstaat bereit. Damit entwickelt sich die EU-Kommission zu einer gigantischen Arbeitsmarktagentur. Dennoch beschied der Europäische Rechnungshof in einem Sonderprüfbericht, dass dieser „Globalisierungsfonds“ nur begrenzten EU-Mehrwert erbringt und durch eine effizientere Regelung ersetzt werden sollte. Es wurde ausdrücklich festgestellt, dass dieser Globalisierungsfonds nicht der beste Weg sei, um die dringend benötigte spezifische Unterstützung zu leisten. Und trotzdem führt die EU die nachweislich als ineffizient eingestufte Politik fort. Dem kann ich nicht zustimmen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. - Esta candidatura refere-se ao despedimento de 939 trabalhadores, relacionados com o encerramento da unidade de produção da empresa Carsid SA, na Bélgica, a qual produzia brames de aço usados na produção de produtos laminados a quente e a frio usados na construção, em equipamentos de transporte e no setor automóvel.

A justificação apresentada para este despedimento na unidade de produção da empresa Carsid SA (*Carsid*) está relacionada com as *importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização*, com o declínio acelerado da quota de mercado da União no setor da produção de aço bruto em vazamento contínuo a nível mundial e com uma diminuição significativa da produção de aço bruto em vazamento devido a uma descida na procura de produtos siderúrgicos nos setores automóvel e da construção.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Esta é a consequência da desindustrialização, fruto das políticas de destruição do tecido produtivo e do financiamento do capital, tendo como primeiro e único objetivo o lucro mais fácil e mais rápido.

A mobilização da quantia de 911 934 euros é apenas um paliativo que, sendo necessário, não é a solução. Impõe-se outro rumo para a Europa, um rumo que tenha no centro das suas políticas a justiça social e o bem-estar dos povos.

9.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/006 FR/PSA (A8-0016/2014 — Isabelle Thomas)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen - in this case, at regional or national level. Therefore these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should or should not be given are members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of France, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Cette aide permettra de soutenir la réinsertion sur le marché du travail de 2 357 des 6 120 travailleurs licenciés chez Peugeot Citroën Automobiles. Le licenciement massif au sein de cette entreprise risque de mettre à mal toute l'économie d'une région.

Je me réjouis de la mise en place d'un plan de remise à l'embauche des ouvriers de PSA, victimes des politiques d'austérité libérales.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La demande concerne ici la mobilisation de 12 704 605 EUR au titre du FEM afin de soutenir la réinsertion sur le marché du travail de travailleurs licenciés chez Peugeot Citroën Automobiles (PSA). Elle concerne 2 357 travailleurs sur les 6 120 licenciés sur le site d'Aulnay (désormais fermé) mais aussi sur celui de Rennes.

Pendant qu'entre 2000 et 2012, la production mondiale de véhicules a augmenté de 44 %, la production en Europe occidentale, elle, a chuté de 25 %. La part détenue par des pays tiers comme la Chine ou encore la Turquie atteint désormais 47 % de la production mondiale contre 15 % en 2000. Le marché européen arrivant à saturation et la concurrence déloyale de ces pays tiers augmentant, nos constructeurs sont les premières victimes de cette situation. Pire, au sein même de l'Union, la part des constructeurs de ces pays tiers ne cesse de croître.

Face à ce constat, le patriotisme économique devrait prévaloir avec, par exemple, la mise en place de droits de douanes ciblés face à la concurrence internationale déloyale.

Je me suis néanmoins prononcée pour cette demande afin de soutenir les travailleurs victimes de la mondialisation et des politiques ultralibérales et leur donner une chance de se reconvertir.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Ho sostenuto questa relazione che autorizza la mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 6 000 lavoratori francesi del settore metallurgico. La speranza è quella che l'Unione europea adotti presto una politica commerciale più efficace, votata finalmente alla tutela del nostro mercato del lavoro. Nell'attesa di un cambiamento radicale delle politiche comunitarie, lo strumento migliore, l'unico, su cui possiamo fare affidamento è proprio il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. - Jag har idag röstat för detta betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 12 704 605 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 6120 trabajadores que han perdido su empleo en Peugeot Citroën Automobiles (PSA) en Francia, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial derivados de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Charleroi, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Europos Globalizacijos Fondo paramos skyrimui iš Prancūzijos automobilių gamyklos įmonės Peugeot Citroën Automobiles atleistiems darbuotojams. Iš įmonės, gaminančios variklines transporto priemones, priekabas ir puspriekabas, buvo atleista 6 120 darbuotojų. Darbuotojai daugiausiai atleisti Il de Franso (One gamykla) ir Bretanės (Reno gamykla) regionuose. Per atskaitinį laikotarpį nuo 2013 m. spalio 1 d. iki 2014 m. sausio 31 d. paramą taikant EGF bendrai finansuojamas priemonės numatyta teikti 2 357 darbuotojams. Parlamentas nustatė, kad atleidus 6 120 darbuotojų dar labiau padidės nedarbas Il de Franso ir Bretanės regionuose, kuriuose yra dvi minėtiosios gamyklos, nes One gamykla buvo 8-tas pagal dydį darbdavys ir dėl atleidimų užimtumas regione sumažėjo 13,6 proc. Taip pat Parlamentas pažymėjo, kad pasaulinės tendencijos Vakarų Europos automobilių pramonei kelia didelį susirūpinimą, nes, remiantis skaičiavimais, nors 2000–2012 m. pasaulinė transporto priemonių gamyba išaugo 44 proc., tuo pačiu laikotarpiu gamyba Vakarų Europoje sumažėjo 25 proc. Be to, gamyba trečiojoje šalyse (Pietų Korėjoje, Kinijoje, Turkijoje, Indonezijoje, Irane, Malaizijoje, Tailande ir Pietų Amerikoje) labai išaugo ir šiuo metu sudaro 47 proc. pasaulio transporto priemonių gamybos (2000 m. ji sudarė 15 proc.).

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobiltazione del fondo di adeguamento alla globalizzazione. Sono dalla parte dei 6 000 lavoratori dichiarati in esubero dalla Peugeot Citroen.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a approuvé une aide destinée aux employés de PSA licenciés sur les sites d'Aulnay en Ile-de-France et de Rennes en Bretagne. Cette aide financière leur permettra de suivre une formation afin de se réinsérer sur le marché du travail et de retrouver un emploi. J'ai voté en faveur de cette mobilisation du fonds d'ajustement à la mondialisation. Le secteur automobile européen et particulièrement français est fortement touché à la fois par la crise économique et par la concurrence mondiale. Une aide financière de l'Union européenne était donc complètement justifiée et nécessaire.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore di questa relazione per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 2 357 lavoratori operanti nel settore della fabbricazione di autoveicoli e che sono stati licenziati dall'impianto della Peugeot Citroën Automobiles (PSA).

Va evidenziato il fatto che l'UE ha fabbricato 16,2 milioni di veicoli nel 2013, su un totale mondiale di 87,3 milioni (18,54%), mentre nel 2000 l'UE-15 fabbricava 17,1 milioni di veicoli, su un totale mondiale di 58,3 milioni (29,41%). Sul lato della domanda, l'UE è divenuta ora un mercato caratterizzato da una crescita lentissima. Infatti i consumatori evitano gli acquisti trovandosi in condizioni economiche di difficoltà.

Dienstag, 21. Oktober 2014

L'obiettivo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è quello di facilitare il rapido reinserimento professionale di questi lavoratori in esubero mediante azioni di accompagnamento personalizzato, quali l'assistenza nella ricerca di un impiego, di orientamento professionale, di formazione e riqualificazione, di promozione al lavoro autonomo e all'imprenditorialità.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Le trasformazioni della struttura del commercio mondiale sono un cambiamento che purtroppo non si può fermare, ma a causa della rapidità del fenomeno, molti lavoratori e imprenditori sono privati dei loro mezzi di sostentamento senza averne colpa, nel settore automobilistico questa è una dura realtà che non può essere negata. Molti si sono trovati in una congiuntura economica sfavorevole, determinando l'impossibilità di provvedere ai propri bisogni e a quelli della propria famiglia.

Il Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento giusto per limitare le conseguenze di un cambiamento economico che ha colpito e colpisce ancora molti ambiti delle nostre vite.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della domanda, la tredicesima nel quadro del bilancio 2014, per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per un importo totale di EURO 12 704 605 per la Francia.

Il FEG è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale.

La domanda in questione, presentata dalle autorità francesi, riguarda 6120 lavoratori collocati in esubero dalla PSA. Tale impresa opera nel settore economico della «Fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi» e il collocamento in esubero dei lavoratori ha interessato soprattutto gli stabilimenti di Aulnay e di Rennes.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 12 704 605 EUR a favor da França com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos 2357 trabalhadores e potenciais beneficiários dos 6120 trabalhadores despedidos na Peugeot Citroën Automobiles.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della proposta di decisione del Parlamento Europeo e del Consiglio concernente la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in favore della Citroen. Tale Fondo, è istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale, col fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori in esubero. Sono quindi favorevole al caso relativo alla Peugeot Citroën Automobiles, cioè ad accordare alla Francia un importo totale di 12 704 605 EUR, al fine di tutelare 6.120 lavoratori collocati in esubero dalla PSA, principalmente dello stabilimento di Aulnay, di cui è stata decisa la chiusura, situato nella regione di livello NUTS 24 Île de France (FR10) e lo stabilimento di Rennes (collocamento in esubero di un numero rilevante di lavoratori) nella regione Bretagne (FR52).

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - I have voted in favour of this report as it will improve the employability of the workers affected by these redundancies and support their reintegration into the French labour market. Moreover, the financial assistance will provide support to workers made redundant as well as self-employed persons whose activity ceased as a result of major structural changes in world trade patterns.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Il FEG, che offre un sostegno a coloro che hanno perso il lavoro a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione, diventa essenziale, considerato il fatto che sono sempre più numerose le imprese europee costrette alla chiusura.

Considerato il problema della disoccupazione nelle regioni dell'Ile de France e della Bretagna, non posso che votare a favore dell'intervento del FEG in relazione al collocamento in esubero di 6120 lavoratori dalla Peugeot Citroën Automobiles operanti nel settore classificato NACE. Gli esuberi interessano principalmente le regioni dell'Ile de France e della Bretagna, con 2.357 lavoratori destinatari di misure cofinanziate dal FEG, nel periodo di riferimento compreso tra il 1° ottobre 2013 e il 31 gennaio 2014.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 6.120 despidos efectuados en Peugeot Citroën Automobiles, que opera en la división 29 de la NACE Rev. 2 («Fabricación de vehículos de motor, remolques y semirremolques»), despidos que se han efectuado sobre todo en la región de Isla de Francia (la planta de Aulnay) y en Bretaña (la planta de Rennes), siendo 2.357 los trabajadores que podrían beneficiarse de las medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de octubre de 2013 y el 31 de enero de 2014.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - This application by France refers to 2 357 out of 6 120 workers made redundant at the Peugeot Citroën Automobiles Aulnay and Rennes plant. The French authorities state that according to OICA statistics, the EU-27 manufactured 16.2 million vehicles in 2013, out of a world total of 87.3 million (18.54 %), down from the EU-15 producing 17.1 million vehicles in 2000, out of a world total of 58.3 million (29.41 %). The Commission has concluded that the application meets the conditions for deploying the EGF.

The Commission has submitted a transfer request to the Budget Authority for a global amount of EUR 12 704 605 for personalised services to be provided to workers made redundant. These include external experts guidance, thematic workshops, training, training allowances and grants for business creation. Hence I voted in favour of this proposal.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Il y a un an presque jour pour jour, le dernier véhicule sortait de l'usine PSA d'Aulnay. Touchés par la baisse des ventes en Europe et le déficit de compétitivité de l'industrie automobile française, des milliers de salariés des usines «PSA» d'Aulnay et de Rennes étaient licenciés. Pour faire face un tel drame économique et social, ces salariés vont bénéficier de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 12,7 millions d'euros. Je me félicite du vote de ce texte qui permettra aux milliers de salariés licenciés de PSA d'être mieux accompagnés dans leur recherche d'emploi. Le PPE, et plus particulièrement la délégation française a eu raison de se battre pour le maintien de ce Fonds que les États voulaient, à une époque, supprimer.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Créé en 2006, le fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) vise à aider à la réintégration des travailleurs ayant perdu leur emploi en raison des évolutions du commerce mondial. En 2009, son champ d'application a été élargi afin d'y inclure les victimes de la crise financière. Cette demande, présentée par la France, vise des licenciements au sein du secteur automobile. Il s'agit d'aider 2357 salariés licenciés chez Peugeot Citroën Automobiles en Ile-de-France et en Bretagne. L'aide apportée s'élèvera à 12 704 605 euros et permettra de cofinancer des mesures actives sur le marché du travail telles que l'aide individuelle à la recherche d'emploi, la formation et la reconversion,... Je regrette cependant que l'on n'ait pas pu aider davantage de travailleurs licenciés sachant qu'au total Peugeot Citroën Automobiles a dû se séparer de 6120 travailleurs.

Cette demande a obtenu mon soutien ainsi que le soutien du Parlement européen.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Tamás Deutsch (PPE), írásban. - Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Franciaország kérvényezte a Globalizációs Alapból történő segítségnyújtást, mert a Peugeot Citroën Automobiles vállalatnál bekövetkezett 6120 munkavállalót érintő – elsősorban az „Ile-de-France” (aulnay-i telep) és Bretagne régióban (rennes-i telep) történt – elbocsátásokat követően az érintett telephelyeken jelentős ipari váltás történik, a helyi munkaerő újbóli elhelyezkedését segítő intézkedések szükségesek. A Bizottság szerint az EGAA-rendelet 1. cikkének a) pontjában meghatározott feltételek teljesülnek, és ezért Franciaország jogosult az említett rendelet értelmében nyújtandó pénzügyi hozzájárulásra, az EGAA-rendelet 7. cikke szerinti támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerő-piaci intézkedésnek minősülnek. A Franciaország által benyújtott kérelem alapján indokolt igénybe venni a 12 704 605 EUR összegű pénzügyi hozzájárulást, melyet az elbocsátott munkavállalóknak nyújtandó, személyre szabott segítségnyújtásra fogja felhasználni: befogadói struktúra és ügyek kezelése, külső szakértői tanácsadás, tematikus műhelyfoglalkozások, képzés, képzési támogatások, vállalkozásindító támogatások. A jelentést a plenáris szavazáson támogattam.

Pablo Echenique (GUE/NGL), por escrito. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Jill Evans (Verts/ALE), in writing. - The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional aos trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. A França apresentou esta candidatura na sequência de 6 120 despedimentos na Peugeot Citroën Automobiles, essencialmente nas regiões da Ilha de França (fábrica de Aulnay) e da Bretanha (fábrica de Rennes), durante o período de referência de 1.10.2013 a 31.01.2014. Os despedimentos na PSA estão relacionados com importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização e remetem para a observação formulada pela França (*L'industrie Automobile Française, Analyse et statistiques 2013*) segundo a qual, entre 2000 e 2012, a produção mundial de veículos aumentou 44 % enquanto, no mesmo período, na Europa Ocidental, caiu 25 % e, simultaneamente, em países terceiros, registou um aumento significativo, representando atualmente 47 % da produção mundial de veículos. Nesta mobilização do FEG a favor da região da Bretanha e da Ilha de França, foram concedidos 12 704 605 euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. - Mais uma candidatura do sector automóvel, apresentada pela França, na sequência de 6120 despedimentos na Peugeot Citroën Automobiles.

Repete-se a justificação para mais este atentado ao direito ao trabalho: *importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização*. De notar que, entre 2000 e 2012, a produção mundial de veículos aumentou 44%, enquanto, no mesmo período, a produção na Europa Ocidental caiu 25% e, ao mesmo tempo, a produção em países terceiros (Coreia do Sul, China, Turquia, Indonésia, Irão, Malásia, Tailândia e América do Sul) registou um aumento significativo, representando agora 47% da produção mundial de veículos (contra 15% em 2000). Fica patente a deslocação da indústria automóvel para países com salários mais baixos, garantindo assim lucros mais elevados e mais fáceis.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Estamos a aprovar paliativos que, como o presente caso demonstra, não se aplicam à totalidade dos trabalhadores despedidos: dos 6120 despedimentos, apenas 2357 são abrangidos por este fundo.

Impõe-se que encaremos de frente esta avalanche de despedimentos coletivos e que lhe atribuamos a verdadeira razão: é o lucro mais rápido e mais fácil que está a falar mais alto. E são sempre os trabalhadores a pagar as crises que o capitalismo gera e que nunca será capaz de resolver.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto favorevole all'intervento richiesto dalle autorità Francesi per gestire i circa 6000 esuberanti del gruppo Peugeot Citroën - le misure toccheranno più di 2000 lavoratori.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω την έκθεση με την πρόταση απόφασης, διότι τα μέτρα αυτά είναι ανεπαρκέστατα για την αντιμετώπιση της ανεργίας. Επίσης τα χρήματα, στο μεγαλύτερο τους μέρος, δεν καταλήγουν στους απολυμένους που τα έχουν ανάγκη αλλά σε διάφορες εταιρείες παροχής συμβουλών και επαγγελματικού προσανατολισμού. Αποτελούν, εν τέλει, τα μέτρα αυτά κοροϊδία προς τους απολυμένους που πλήττονται από την πολιτική λιτότητας που επιβάλλει η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. - I voted against this application for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund. I support measures that create growth and jobs, but the Globalisation Adjustment Fund is simply a waste of taxpayers' money. There is no evidence that it offers value for money in terms of reintegrating redundant workers back into the labour market.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple parche que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. - Le 25 avril dernier, suite au plan de restructuration de l'entreprise PSA, la France a soumis une demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, que le Parlement européen a approuvée cette semaine.

J'ai voté pour cette demande de mobilisation du Fonds Européen d'ajustement à la mondialisation, qui vise 2357 travailleurs licenciés. Le FEAM vient aider les travailleurs licenciés en raison de la crise financière et économique mondiale ; c'est un outil clef par lequel l'Union européenne intervient pour aider les citoyens européens et un bel exemple de solidarité européenne.

Élue de la circonscription Grand-Est en France, j'ai d'autant plus approuvée cette demande qu'elle concernait non seulement des salariés des sites de Rennes et d'Aulnay, mais aussi 89 travailleurs sur le site de Tremery et 48 personnes sur le site de Metz (en Lorraine), 202 personnes sur le site de Mulhouse (en Alsace) et 608 personnes sur le site de Sochaux (en Franche Comté): 4 sites situés sur ma circonscription.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. - Ik vind dat mensen niet de dupe moeten worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. Daarom heb ik voor de beschikbaarstelling van middelen uit het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering gestemd, maar ik vind dit een doekje voor het bloeden. Eigenlijk vind ik dat de bedrijven, en de lidstaten, zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men eigenlijk gewoon geld van de lidstaten rond. Grote multinationals als Ford en PSA (Peugeot-Citroën) zetten hun werknemers na jaren trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie gaan verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er tenminste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou staan.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — En période de crise, nous devons être les premiers soutiens des salariés qui se retrouvent brutalement sans emploi.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Les réponses ne sont pas uniquement financières. Elles passent également par une offre de formation de qualité et adaptée aux profils des salariés. Dans ce domaine, la France doit redoubler d'efforts.

Toutefois, je ne peux que me réjouir que l'Union européenne ait su faire preuve de solidarité en mobilisant 12,7 millions d'euros à destination des 2 357 salariés de PSA Peugeot Citroën.

Je souhaite maintenant que ces financements permettent de monter un programme de formation personnalisée pour chaque salarié de PSA afin que chacun puisse retrouver un emploi en adéquation avec ses compétences et qu'aucun ne se trouve privé de la possibilité d'envisager l'avenir avec sérénité.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas. No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple parche, en términos de despidos masivos, en esta Europa en la que los intereses de las grandes empresas están por encima de los intereses de la ciudadanía. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za ovaj prijedlog rezolucije kako bi se odobrili resursi iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u korist otpuštenih radnika Peugeot Citroen Automobiles, čije otpuštanje dodatno otežava nezaposlenost u regijama gdje se nalaze dva pogodena postrojenja, odnosno u Île-de-Francei Bretanji.

Pad proizvodnje vozila u Francuskoj, kao posljedica temeljnih promjena svjetskog tržišta, znatno je utjecala na 6120 radnika Peugeot Citroen Automobiles koje je potrebno, kroz sredstva EGF-a, reintegrirati na tržište rada uz pomoć bespovratnih sredstva za pokretanje posla. Stoga je nužno osigurati otpuštenim radnicima i samozaposlenim osobama diljem Europe da u sličnim slučajevima mogu računati na podršku EU-a kroz mjere potpore kao što je EGF.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Il est important de soutenir les salariés qui perdent leur emploi subitement en raison d'une crise financière et économique globale. Nous devons les aider à retrouver le chemin de l'emploi. Cette aide de 12,7 millions d'euros permettra aux 2357 salariés de PSA Peugeot Citroën qui ont été licenciés à Aulnay et Rennes de bénéficier de programme de formation personnalisée afin de revenir sur le marché du travail et de retrouver un emploi qui soit en adéquation avec leurs compétences.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la France concernant les licenciements survenus chez Peugeot Citroën Automobiles (PSA). Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché de travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Ainsi, cette aide de l'Union européenne de 12,7 millions d'euros permettra à plus de 2300 salariés français licenciés de PSA d'être soutenus et accompagnés dans la recherche d'un nouvel emploi. Je me félicite de l'adoption de cette aide financière.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support providing assistance for the reintegration into the labour market of redundant workers who lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Isabelle Thomas. Come negli altri casi posti oggi al voto, si tratta di stanziare risorse per garantire il reinserimento nel mercato del lavoro ad alcuni lavoratori licenziati. Nel caso specifico, si tratta dei lavoratori della Peugeot Citroën Automobiles, operanti nel settore della fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi che hanno perso il lavoro in Francia per effetto della crisi economica e finanziaria mondiale. In tal senso il nostro voto, relativo all'attivazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, potrà offrire un contributo positivo e concreto.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. — Après l'avoir soutenu en commission parlementaire «emploi et affaires sociales», j'ai voté en faveur du Fond d'ajustement à la mondialisation (F.E.M.) destiné à aider les anciens employés de l'industrie automobile PSA des sites d'Aulnay et de Rennes, dans le cadre de leur réinsertion professionnelle.

Le projet financé propose la création d'espaces de mobilité et de développement professionnel, la mise à disposition d'experts et conseillers externes, l'organisation d'ateliers thématiques et d'information, l'accès à une offre importante de formations, ainsi que l'attribution de subventions pour la création d'entreprises.

Sur un projet de 21 174 342 €, l'Union européenne participera à hauteur de 60% (12 704 605 €).

Ceci est l'exemple d'une action concrète de l'Union européenne en faveur de l'emploi.

Je dois cependant regretter le fait que la France ne fait pas assez appel à ces fonds européens.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. — L'Union européenne dispose d'un Fonds d'Ajustement à la Mondialisation, FEM, dont le but est d'atténuer les effets des délocalisations et de la crise en finançant des formations et aides à la reconversion.

La demande de mobilisation de ce fonds concerne les anciens salariés des sites PSA de Rennes et Aulnay. Une enveloppe de 12,7 millions d'euros doit permettre de financer à hauteur de 60% des programmes de reclassement, des aides personnalisées, des formations, des aides à la création d'entreprises et des congés de formation allant au-delà des 4 mois payés par l'entreprise pour 2 357 anciens salariés.

En tant que membre de la commission affaires sociales, je me prononce sur chaque demande du FEM. Dans cet examen, je m'assure que les aides que nous versons vont uniquement aux travailleurs afin de ne pas déresponsabiliser les entreprises de leurs obligations sociales.

Les obligations légales et les engagements de PSA avec les partenaires sociaux n'étant pas reprises dans cette demande, c'est donc un plus qui est accordé aux anciens travailleurs de PSA. J'ai donc voté pour cette aide supplémentaire, mais je maintiens mon exigence d'un contrôle renforcé de l'utilisation de ces fonds afin de s'assurer qu'ils ne bénéficient qu'aux travailleurs.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los 6.120 despidos efectuados en Peugeot Citroën Automobiles, que opera en la división 29 de la NACE Rev. 2 («Fabricación de vehículos de motor, remolques y semirremolques»), despidos que se han efectuado sobre todo en la región de Isla de Francia (la planta de Aulnay) y en Bretaña (la planta de Rennes), siendo 2.357 los trabajadores que podrían beneficiarse de las medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de octubre de 2013 y el 31 de enero de 2014.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. - El 10 de septiembre de 2014 la Comisión aprobó una decisión de movilización de este fondo a favor de Francia. El motivo de la solicitud fue el despido de 6.120 trabajadores de la empresa Peugeot Citroën Automobiles. El sector del automóvil en Europa ha sido gravemente afectado por cambios estructurales debidos a la globalización y ha supuesto otras solicitudes de movilización de este fondo como podemos ver en el informe anterior.

La ayuda consistirá en 12 704 605 euros destinados a prestar servicios para facilitar la inserción laboral de 2 357 de los trabajadores despedidos. Estos son los motivos por los cuales he votado a favor de este informe.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ivana Maletić (PPE), napisan. - Podržavam izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć Francuskoj uslijed otpuštanja radnika iz trgovačkog društva Peugeot Citroën Automobiles. Otpuštanja radnika povezana su sa strukturnim promjenama uzrokovanim rastućim trendom globalizacije.

Cilj Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji je omogućiti dodatnu pomoć otpuštenim radnicima i samozaposlenim osobama koje su radi posljedica globalizacije morale prestat i sa svojom djelatnošću.

Ovim izvješćem dodjeljuje se iznos od 12,7 milijuna eura radi osiguravanja mjera za otpuštene radnike kao što su prijemni centar i socijalni rad s pojedincima, angažiranje vanjskih stručnjaka za usmjeravanje radnika, tematske radionice, osposobljavanje, naknade za sudjelovanje u programima osposobljavanja i bespovratna sredstva za pokretanje posla, te sam ga zato i podržala.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. - Es šodien nobalsoju par, jo tāda bija arī sociālistu politiskās grupas nostāja, kā arī tā ir solidaritātes demonstrēšana.

David Martin (S&D), in writing. - I welcome this application. The French authorities argue that the redundancies have a significant adverse impact on the local and regional economy in the affected areas. In agreement with the relevant public authorities, the company has carried out regional impact studies for the areas around the Aulnay and Rennes plants. In its commune, the Aulnay plant was the 8th largest employer, and the redundancies reduce the numbers employed in the area by 13.6 %. The reduction is less steep in Rennes, but it must be noted that this area has already been affected by a general economic decline, with the number of unemployed in Brittany as a whole doubling within the past five years

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. - Ho sostenuto la relazione del FEG, concernente la domanda avanzata dalla Francia, per l'ottenimento di un contributo finanziario, in relazione al licenziamento dei 6120 lavoratori della società Peugeot Citroën. Tale Fondo è istituito per sostenere il reinserimento dei dipendenti in esubero nel mercato del lavoro, che risentono delle conseguenze dei cambiamenti strutturali aziendali, con lo scopo inoltre di migliorare le possibilità di impiego di tutti i lavoratori attraverso una adeguata formazione. Sono quindi fortemente favorevole ad accordare alla Francia l'importo di 12.704,605 Euro al fine di tutelare e garantire 6000 lavoratori collocati in esubero dalla PSA.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. - Ritengo che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione sia un sostegno necessario e supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Essendo la terza domanda collegata all'industria automobilistica francese che supera i 10 milioni di euro, sottolineo l'importanza di prevedere tempestivamente gli adeguamenti e individuare accuratamente le competenze, in modo da creare possibilità di riqualificazione e sfruttare le competenze dei lavoratori in altri settori.

In base a ciò ho deciso di esprimere il mio consenso nei confronti della relazione a firma della collega Thomas, nella quale si ricorda anche l'importanza di migliorare le possibilità di impiego di tutti i lavoratori attraverso una formazione adeguata e il riconoscimento delle capacità e delle competenze acquisite durante la carriera professionale del lavoratore.

Accolgo positivamente il fatto che, secondo le stime, il numero di partecipanti che potranno beneficiare delle sovvenzioni per la creazione d'impresa è elevato.

Georg Mayer (NI), schriftlich. - Die Entlassungen bei PSA stehen im Zusammenhang mit weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung. Die Verluste in der Automobil-Herstellungsbbranche in Westeuropa verdeutlichen den raschen Rückgang des europäischen Marktanteils und den gleichzeitigen Anstieg des Marktanteils von Drittländern. Umso wichtiger wird es sein, eine effektive Strategie zu beschließen, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aus diesen Erwägungen habe ich in diesem Fall für die Inanspruchnahme des EGF gestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. - Le fond d'aide à la mondialisation est une prime au licenciement. Au lieu d'aider les travailleurs, il encourage les actionnaires et les Etats dans leur irresponsabilité sociale. La demande concerne 2357 des 6120 travailleurs licenciés chez PSA pour un montant total de 12 704 605 euros du Fonds en faveur de la France. Les fermetures d'usine à Aulnay-sous-Bois ou Rennes ne se justifient pas par l'absence de rentabilité ni par le déclin de l'industrie automobile française, qui connaît un regain depuis 18 mois. Pour le premier semestre 2014 PSA a dégagé un bénéfice de 477 millions. Elles résultent depuis des années de la recherche éhontée de taux de rentabilité toujours plus importants par les principaux actionnaires de la famille Peugeot émigrés fiscaux en Suisse. Leur irresponsabilité économique entraîne des restructurations capitalistiques au détriment du développement industriel de

Dienstag, 21. Oktober 2014

PSA, et notamment de sa reconversion écologique durable. Il s'agit donc faire payer aux contribuables les conséquences des décisions financières d'actionnaires rentiers et irresponsables. Au lieu de distribuer aléatoirement quelques deniers aux salariés, il vaudrait mieux mener des politiques industrielles ambitieuses permettant la relance de l'activité et la planification écologique. Je vote contre cette demande de prime au licenciement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à França que apresentou a candidatura EGF/2014/006 FR/PSA a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 6 120 despedimentos na *Peugeot Citroën Automobiles* (PSA) da NACE Rev. 2, divisão 29 (Fabricação de veículos automóveis, reboques e semirreboques), dizendo os despedimentos respeito essencialmente às regiões da Ilha de França (fábrica de Aulnay) e da Bretanha (fábrica de Rennes), sendo 2 357 dos trabalhadores potenciais beneficiários das medidas cofinanciadas pelo FEG, durante o período de referência de 1 de outubro de 2013 a 31 de janeiro de 2014.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural changes in world trade patterns due to globalisation and to assist the re-integration of the same workers back into the labour market. The report articulates how redundancies in the Aulnay plant of France have reduced the number of employees therein by 13.6%. In Rennes and Brittany, numbers are less steep but are, nonetheless, still very significant. Redundancies in the European automobile industry have been drastic overall. Thus, the Peugeot Citroën Automobiles application aims to help France reintegrate these workers, who have been made redundant in their industry as a result of globalisation, back into the labour market. Therefore, I have voted in favour of this report.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - La Francia ha presentato la domanda EGF/2014/006 FR/PSA per un contributo finanziario a valere sul FEG pari ad un importo totale di 12 704 605 EUR. Essa riguarda 2 357 lavoratori su 6 120 in esubero presso la Peugeot Citroën Automobiles - Fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi.

Poiché il contributo vuole essere un sostegno supplementare ai 2 357 lavoratori in esubero e mira ad agevolare il loro reinserimento nel mercato del lavoro, il mio voto è stato favorevole.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. - Le Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) a été créé par l'UE afin de permettre la reconversion des travailleurs victimes des délocalisations et/ou de la crise économique. En avril dernier, la France a présenté une demande concernant 2 357 salariés du groupe PSA pour une aide du FEM dont le montant a été fixé 12 704 605 euros. Cette sollicitation de cofinancement fait suite à la fermeture du site d'Aulnay et à la restructuration du site de Rennes qui ont abouti aux licenciements de 6 120 personnes.

L'industrie automobile française subit de plein fouet les conséquences économiques engendrées par le dogme ultralibéral et la concurrence libre et non faussée exigés par Bruxelles et appliqués avec soumission par les gouvernements de droite et gauche qui se succèdent en France. Ainsi, entre 2000 et 2012, les constructeurs automobiles français ont vu leurs ventes de véhicules neufs chuter en Europe de manière importante, ce qui a entraîné un repli significatif de la production et des plans de restructuration dans l'Hexagone. Même si j'estime que ce FEM démontre tout le cynisme de l'UE, j'ai voté pour ce rapport, considérant que c'est un moyen de récupérer une partie des 20 milliards d'euros que verse la France chaque année à l'Europe.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui va mobiliser plus de 12 millions d'euros pour une partie des travailleurs licenciés de PSA en Bretagne et en Ile de France. L'industrie automobile française a connu un déclin important depuis la crise de 2008. Le gouvernement auquel j'appartenais en France avait pris une série de mesures pour soutenir le secteur. Depuis l'alternance, aucune réforme structurelle d'importance n'a été prise et les conséquences sociales ont été lourdes. Je regrette que le rapporteur socialiste français profite de ce texte important pour lancer des polémiques. De plus je dénonce la volonté affichée par le rapporteur d'alourdir la procédure de mobilisation du FEM. La force de ce fonds est de permettre une mobilisation relativement rapide des aides pour les personnes licenciées. Le rapporteur veut multiplier les concertations avant la soumission du fonds, ce qui entraînera inévitablement

Dienstag, 21. Oktober 2014

un ralentissement de la procédure. Cette idée est antisociale et ne prend pas en compte la situation d'urgence que vivent les personnes licenciées.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I voted in favour of the Report on the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in France, which will mobilise the EGF in favour of France to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in Peugeot Citroën Automobiles. The Report concerns 2 357 out of 6 120 workers made redundant in Peugeot Citroën Automobiles. The personalised services which are to be provided to workers made redundant consist of training and training allowances, among others.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de mobiliser un peu plus de 12 millions d'euros pour les 2300 travailleurs licenciés chez PSA. Le secteur automobile, et en particulier le secteur français, souffre encore de la crise et il est nécessaire d'aider les ouvriers du secteur à se reconvertir. Face aux conséquences sociales de la crise, il était impensable que l'UE ne se mobilise pas: c'est chose faite!

Dan Nica (S&D), *în scris*. - Am votat pentru mobilizarea fondului european de ajustare la globalizare pentru cererea depusă de Franța ca urmare a celor 6120 de disponibilizări efectuate la Peugeot Citroën Automobiles.

Întreprinderea își desfășoară activitatea în sectorul fabricării autovehiculelor, remorcilor și semiremorcilor. Din totalul disponibilizărilor efectuate, 2357 de lucrători sunt vizați de măsuri cofinanțate de FEG, în perioada de referință octombrie - ianuarie 2014.

Între anii 2000 și 2012 producția mondială de autovehicule a crescut cu 44%, deși producția din Europa de Vest a scăzut cu 25% și, în plus, producția din țările terțe (Coreea de Sud, China, Turcia, Indonezia, Iran, Malaysia, Thailanda și America de Sud) a crescut considerabil, constituind în prezent 47% din producția mondială de autovehicule (față de 15% în 2000). Până în prezent, sectorul automobilelor a făcut obiectul a 21 de cereri de asistență din partea FEG, 12 dintre acestea bazându-se pe aspecte comerciale legate de globalizare și 9 pe criza economică și financiară mondială.

În calitate de coordonator S&D pentru industrie, cercetare și energie, subliniez necesitatea de a identifica soluții care să consolideze competitivitatea sectorului automobilelor. Având în vedere dificultățile semnificative cu care se confruntă industria europeană a automobilelor, aceste soluții trebuie să ia în considerare aspectele economice, sociale și de mediu.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Bereits seit einiger Zeit leidet der PSA-Konzern unter dem wachsenden Konkurrenzdruck, insbesondere auch im Kleinwagenbereich. Durch die Inanspruchnahme des Fonds soll dem Konzern geholfen werden, seine Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die kürzlich erfolgten Entlassungen bei PSA stehen im Zusammenhang mit weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung. Die Verluste in der Automobil-Herstellungsbranche in Westeuropa verdeutlichen den raschen Rückgang des europäischen Marktanteils und den gleichzeitigen Anstieg des Marktanteils von Drittländern. Umso wichtiger wird es sein, eine effektive Strategie zu beschließen, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aus diesen Überlegungen heraus habe ich für die Inanspruchnahme des Fonds gestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Considerando che la Commissione ha approvato una proposta di decisione concernente la mobilitazione del FEG a favore della Francia al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori in esubero della Peugeot Citroën Automobiles; considerando che, malgrado sul lato della domanda il mercato UE registri una crescita lenta, i costruttori stentano a mantenere la propria quota di mercato, che viene sempre più intercettata dai paesi terzi; concordando che gli esuberanti hanno una considerevole incidenza negativa sull'economia locale e regionale delle zone interessate, ho espresso il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Je regrette ce système pervers par lequel l'Union européenne, d'un côté, détruit l'environnement économique et, de l'autre, verse quelques subventions compensant mal les difficultés que sa politique a générées.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Si je n'hésite pas à soutenir les créateurs d'emplois, je déplore que l'Union les mette en situation de devoir demander de l'aide pour survivre. À quand une politique rationnelle qui protégerait entreprises et travailleurs grâce à des frontières maîtrisées? Prendre quelques mesurées pour réduire les effets quand on ne cesse d'aggraver les causes n'a aucun sens.

L'entreprise Peugeot souffre en réalité d'avoir refusé de pratiquer des délocalisations massives et d'avoir tenté de préserver l'emploi en France. Il est inacceptable que ce choix lui nuise en fin de compte. C'est la preuve que les directives économiques de l'Europe sont absurdes et défavorables aux citoyens des pays européens.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* - Nezaposlenost je jedna od najgorih posljedica gospodarske, socijalne i financijske krize s kojom se cijeli svijet suočava već godinama. Inicijativa Europske unije o mobilizaciji sredstava iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji jedan je od projekata koji može pomoći državama da zbrinu radnike koji su ostali bez posla uslijed velikih strukturalnih promjena.

Podržao sam odluku Europske komisije da se sredstva dodijele francuskoj automobilskoj industriji, Peugeot Citroën Automobiles, pogotovo iz razloga što će navedene mjere koristiti više od 2 000 radnika. S obzirom da prema izvješću francuske vlade, najveći broj osoba otpuštenih uslijed nove situacije pripada starijoj dobnoj skupini, od 55 do 64 godine, od iznimne je važnosti podupirati njihovu reintegraciju na tržište rada.

Mjere poput prekvalifikacije, profesionalnog usmjerenja, razvoja vještina upravljanja karijerom, dodatnog obrazovanja i osposobljavanja, način su da se pruži šansa za zapošljavanje starijim radnicima koji se ne smatraju privlačnom radnom snagom. Slijedom navedenog podržao sam prijedlog Komisije da se Francuskoj dodijeli 12 704 605 € iz Europskog globalizacijskog fonda.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* - Il sostegno mirato che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione da ai lavoratori che, loro malgrado, soffrono della crisi e dei cambi strutturali del commercio mondiale, permette loro di godere di servizi personalizzati con un pacchetto di azioni che li aiuteranno a riqualificarsi nel mercato del lavoro. Per questo la mobilitazione della FEG a favore delle misure per il reinserimento dei lavoratori in esubero della Peugeot Citroën Automobiles è un'azione assolutamente necessaria ed efficace.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich.* - Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, da hier zum wiederholten Male Gelder des Globalisierungsfonds für Arbeitsmarktmaßnahmen zweckentfremdet werden. Hier wären die Nationalstaaten gefragt, eventuelle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu ergreifen, soweit notwendig und gewünscht.

Die EU ist im konkreten Fall nicht zuständig und überschreitet zum wiederholten Male ihre Kompetenzen.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* — Différents sites de l'entreprise PSA en France ont été touchés par de massifs licenciements Je vote donc en faveur de la mobilisation de ce fonds d'ajustement à la mondialisation, dont il faut rappeler les visées qui sont la formation et la reconversion. Néanmoins, mieux vaut prévenir que guérir, ainsi j'enquiers les gouvernements de l'Union d'adopter des politiques industrielles communes afin de faire front au distorsion de concurrence et à la fuite de nos industries.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit.* — Le secteur automobile européen traverse une crise profonde, qui n'est pas nouvelle, mais dont les effets sur l'emploi sont de plus en plus dévastateurs. Il est de notre devoir en tant qu'élus européens de faire ce que nous pouvons pour aider les travailleurs durement touchés à rebondir après leur licenciement, parfois même la fermeture pure et simple de l'usine où ils ont travaillé pendant des années.

C'est pourquoi j'ai accompagné ma collègue Isabelle Thomas dans la rédaction de son rapport sur la mobilisation du FEM pour les anciens salariés de PSA, et je l'ai évidemment voté. Les régions Ile-de-France et Bretagne ont été impactées par les milliers de suppression de postes, l'heure est aujourd'hui à réaliser la reconversion du maximum de personnes. Le site d'Aulnay-sous-Bois en particulier représente un très fort potentiel d'activité industrielle, et donc de création d'emplois pour les anciens travailleurs de PSA.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Les temps sont durs, les fonds européens sont donc d'autant plus importants pour mettre en œuvre la solidarité européenne et apporter une aide concrète et efficace pour nos concitoyens.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'octroi d'une aide de 12,7 millions d'euros à destination de personnes anciennement employées par PSA Peugeot Citroën. Cette aide est issue du Fonds européen d'Ajustement à la Mondialisation, qui est destiné spécifiquement aux travailleurs des secteurs les plus touchés par la crise. Elle sera destinée à cofinancer des mesures d'accompagnement à la recherche d'emploi, de formation, ou encore d'initiation à l'entrepreneuriat pour plus de 2 000 ex-salariés de l'entreprise PSA Peugeot Citroën, et c'est un projet qui mérite notre soutien.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 12 704 605 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 6 120 trabajadores que han perdido su empleo en Peugeot Citroën Automobiles (PSA) en Francia, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial derivados de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas. Estas ayudas constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados. Sin embargo, sería deseable mejorar la dotación financiera de estas ayudas en próximas ocasiones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Je me réjouis du vote de ce rapport qui va permettre de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour une partie des 6120 travailleurs licenciés de chez Peugeot Citroën Automobiles sur le site d'Aulnay-sous-Bois et de Rennes, en France. Mais il y a lieu de s'interroger: entre 2000 et 2012, la production mondiale de véhicules a augmenté de 44% tandis qu'au cours de la même période, la production a chuté de 25 % en Europe occidentale et que la production des pays tiers (Corée du sud, Chine, Indonésie, etc.) s'est accrue de façon significative au point de représenter 47% de la production mondiale de véhicules (alors qu'elle atteignait 15% en 2000)!

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport pour qu'une aide financière et professionnelle soit apportée aux 2357 salariés de PSA Peugeot Citroën qui ont été licenciés à travers la France. Les 12,7 millions d'euros débloqués par le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation vont permettre aux licenciés de bénéficier de programmes de formation adaptés et de retrouver par la suite un emploi en adéquation avec leurs compétences.

Je tiens à rappeler que la délégation française du PPE et moi-même avons toujours soutenu le maintien du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation et l'avons clairement défendu lorsqu'il avait été remis en question. Le cas de PSA prouve clairement que nous devons poursuivre notre combat pour une Europe plus juste et plus proche des citoyens.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - La domanda in esame, la tredicesima nel quadro del bilancio 2014, si riferisce alla mobilitazione del FEG per un importo totale di 12.704.605 EUR per la Francia. La domanda riguarda 6.120 lavoratori collocati in esubero dalla PSA. Tale impresa opera nel settore economico classificato alla divisione 29 della NACE Rev. 2 («Fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi»). Il collocamento in esubero di lavoratori riguarda principalmente lo stabilimento di Aulnay (di cui è decisa la chiusura) nella regione di livello NUTS 24 Île de France (FR10) e lo stabilimento di Rennes (collocamento in esubero di un numero rilevante di lavoratori) nella regione Bretagne (FR52).

Ho votato a favore per difendere il lavoro delle aziende interessate e sostenere la crescita della regione.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera favorevole in quanto si tratta dell'importante intervento, richiesto dalle autorità Francesi, per gestire i circa 6000 esuberanti del gruppo Peugeot Citroën. Le misure toccheranno più di 2000 lavoratori che, tra le altre cose, saranno accompagnati in percorsi formativi finalizzati alla ricollocazione. Il totale della cifra messa a disposizione per questa mobilitazione del FEG è di 12 704 605 Euro.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo ha votado favorablemente a la movilización de este fondo, entendiéndolo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos que este Fondo de Adaptación a la Globalización constituye un simple paño caliente sobre la hemorragia que se cobra cada mes, en términos de despidos masivos, esta Europa de los Mercados y los Capitales. Los procesos de reconversión industrial, de flexibilización laboral y de tecnificación de la producción característicos de la Tercera Revolución Industrial hacen que cada vez resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 6.120 despidos efectuados en Peugeot Citroën Automobiles, que opera en la división 29 de la NACE Rev. 2 («Fabricación de vehículos de motor, remolques y semirremolques»), despidos que se han efectuado sobre todo en la región de Isla de Francia (la planta de Aulnay) y en Bretaña (la planta de Rennes), siendo 2.357 los trabajadores que podrían beneficiarse de las medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de octubre de 2013 y el 31 de enero de 2014.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de los trabajadores y de las trabajadoras en el contexto del elevado desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I welcome that today the European Parliament approved EU aid to help support the reintegration into the labour market of workers made redundant in Peugeot Citroën Automobiles.

The EUR 12 704 605 of EGF aid concerns 2 357 out of 6 120 workers made redundant in Peugeot Citroën Automobiles, with the redundancies mainly occurring in the Rennes and Aulnay plants.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - S obzirom na situaciju velikih strukturnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima u kojima su direktno pogođeni radnici francuske automobilske industrije, smatram da bi finansijska pomoć EU-a trebala biti dinamična i stavljena na raspolaganje što je prije moguće kako bi se radnicima pomoglo da se što prije uključe na tržište rada. Uvjeti Uredbe o EGF-u su ispunjeni i smatram da Francuska ima pravo na finansijski doprinos u skladu s tom Uredbom.

Do danas je zaprimljen 21 zahtjev za dodjelu sredstava iz EGF-a koji se odnosi na automobilski sektor, od čega se 12 temelji na učinke globalizacije na trgovinu, a 9 na učinke svjetske finansijske i gospodarske krize. Ovim su paketom usluga, prilagođenim potrebama za koji se traži sufinanciranje, obuhvaćene mjere za otpuštene radnike. Podržavam plan dodjeljivanja beskamatnih zajmova za osnivanje novih poduzeća koji bi mogli pomoći sudionicima u osnivanju održivih poduzeća.

Podsjećam na važnost povećanja stope zaposlenosti svih radnika pomoću prilagođenih programa osposobljavanja i priznavanje sposobnosti i vještina koje je radnik usvojio tijekom profesionalne karijere. Pozdravljam ovu odluku s obzirom da je usklađeni paket usluga prilagođenih potrebama osmišljen u dogovoru s nacionalnim predstavnicima predviđenih korisnika i socijalnim partnerima, te sa socijalnom politikom jednakosti žena i muškaraca te sa načelom nediskriminacije.

Richard Sulík (ECR), *písomne* - Tento návrh som nepodporil, keďže si myslím, že bojovať proti klesajúcej konkurencieschopnosti pridelovaním dotácií nie je správne. Návrh sa týka 12 704 605 eur pre 2357 prepustených pracovníkov firmy Peugeot Citroën Automobiles. Na každého z dotknutých pracovníkov tak pripadá takmer 5400 eur. No tieto peniaze v konečnom dôsledku budú vyplatené len z daní iných pracovníkov a firiem, ktoré budú môcť v dôsledku tejto podpory zamestnať menej zamestnancov. V boji proti negatívnym dôsledkom nezamestnanosti tak Európska únia sama prispieva k zvyšovaniu nezamestnanosti, a to rozhodne nie je možné akceptovať.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. - I voted against this report today as I am opposed in principle to the use of this European Globalisation Adjustment Fund and, as a result, I cannot support this proposal to mobilise it.

Eleftherios Synadinos (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση διότι τα κονδύλια αυτά αντί να καταλήξουν στο απολυμένο προσωπικό που τα έχει απόλυτη ανάγκη, θα χορηγηθούν σε εταιρίες ή οργανισμούς (ιδιωτικούς ή κρατικούς) που υποτίθεται ότι θα επανακαταρτίσουν το εν λόγω προσωπικό ή θα το βοηθήσουν στην εύρεση εργασίας. Δηλαδή ή θα δημιουργήσουν ειδικευμένους άνεργους ή θα παρατείνουν την αγωνία τους.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. - S obzirom na to da je Francuska podnijela zahtjev za financijsku pomoć iz EGF-a nakon otpuštanja 6 120 radnika, a očekuje se da će 2 357 osobe biti obuhvaćene mjerama u vezi s poslovanjem proizvodnog poduzeća Peugeot automobiles, smatram da je potrebno smanjiti trajanje uvodnog razdoblja kako bi EGF djelovao što brže.

No, bitno je navesti da je EGF osnovan radi pružanja potpore radnicima koji su otpušteni kao višak slijedom strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine nastalim zbog globalizacije, te je njegovim sredstvima moguće sufinancirati samo aktivne mjere na tržištu rada koje vode dugoročnom zaposlenju, te se njima ne smiju zamijeniti aktivnosti za koje su nadležna poduzeća prema nacionalnom pravu ili kolektivnim ugovorima, ni mjere za restrukturiranje.

Dotična postrojenja mogu se podvrgnuti značajnoj industrijskoj prenamjeni, što bi moglo potaknuti snažniju preraspodjelu radnika ako iskoriste svoj potencijal za multimodalni prijevoz. Zbog svega navedenog podržavam prijedlog te bi se sredstva iz EGF-a trebala mobilizirati radi pružanja financijskog doprinosa u vezi sa zahtjevom koji je podnijela Francuska.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Parlement européen a adopté à une large majorité le rapport d'Isabelle Thomas demandant la mobilisation du fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 12,7 millions d'euros concernant 2 357 des 6 120 travailleurs licenciés chez PSA, annonce faite en juillet 2012.

J'ai voté contre ce rapport car il finance le licenciement de milliers de salariés d'une entreprise qui a obtenu des pouvoirs publics français une garantie de 4 milliards, l'industrie automobile européenne ayant aussi été soutenue massivement par l'UE à la suite de la crise de 2007-2008.

J'ai aussi voté contre car les raisons invoquées sont les pertes de l'entreprise, la dégradation du marché automobile européen alors que les immatriculations de voitures sont en hausse continue depuis 13 mois et que la France est le 2ème bénéficiaire européen de cette augmentation; le «coût du travail» en France serait selon l'ancien patron de PSA le plus élevé d'Europe, alors que l'entreprise avait provisionné plusieurs millions d'euros pour sa retraite-chapeau à laquelle il a été contraint de renoncer face au scandale de ces milliers de licenciements.

Je pense que les grandes entreprises ont d'autres moyens de financer les plans de licenciements qu'en faisant appel aux fonds publics.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. - Estamos a analisar mais uma candidatura do setor automóvel, setor que até à data foi objeto de 21 candidaturas à intervenção do FEG, 12 das quais relacionadas com a globalização do comércio e 9 com a crise financeira e económica mundial.

Entre 2000 e 2012, a produção mundial de veículos aumentou 44 %, enquanto que, no mesmo período, a produção na Europa Ocidental caiu 25 % e, ao mesmo tempo, a produção em países terceiros (Coreia do Sul, China, Turquia, Indonésia, Irão, Malásia, Tailândia e América do Sul) registou um aumento significativo, representando agora 47 % da produção mundial de veículos (contra 15 % em 2000). Fica patente a deslocação da indústria automóvel para países com salários mais baixos, garantindo assim lucros mais elevados e mais fáceis.

Estamos a aprovar paliativos que, como o presente caso demonstra, não se aplicam à totalidade dos trabalhadores despedidos: dos 6120 despedimentos apenas 2357 são abrangidos por este fundo.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Die Automobilindustrie in Europa ist durch die stetige Globalisierung und durch den starken weltweiten Konkurrenzdruck stark in Bedrängnis. Wie man am Beispiel der Entlassungen bei PSA sieht, kann nur eine wirksame Strategie der EU für die Automobilindustrie auf Dauer helfen, neue Möglichkeiten und Investitionen zu schaffen. Da es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie aufrechtzuerhalten, habe ich für den Antrag gestimmt, der eine Inanspruchnahme des EGF vorsieht.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. - Der Globalisierungsfonds wurde eingerichtet, um bei kurzfristig eintretenden Notlagen aufgrund von Missmanagement, der Globalisierung oder der Finanz- und Moralkrise in den Mitgliedstaaten zu helfen. Die Unterstützung umfasst Weiterbildungsmaßnahmen, Beihilfen für Unternehmensgründung, Coaching und Outplacement von entlassenen Arbeitnehmern. Der Globalisierungsfonds ko-finanziert diese Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zu 50 % oder 65 %, den Restbetrag stellt der betroffene Mitgliedstaat bereit. Damit entwickelt sich die EU-Kommission zu einer gigantischen Arbeitsmarktagentur. Dennoch beschied der Europäische Rechnungshof in einem Sonderprüfbericht, dass dieser „Globalisierungsfonds“ nur begrenzten EU-Mehrwert erbringt und durch eine effizientere Regelung ersetzt werden sollte. Es wurde ausdrücklich festgestellt, dass dieser Globalisierungsfonds nicht der beste Weg sei, um die dringend benötigte spezifische Unterstützung zu leisten. Und trotzdem führt die EU die nachweislich als ineffizient eingestufte Politik fort. Dem kann ich nicht zustimmen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. - Estamos a analisar mais uma candidatura do setor automóvel, sector que até à data foi objeto de 21 candidaturas à intervenção do FEG. A presente candidatura é apresentada pela França na sequência de 6120 despedimentos na *Peugeot Citroën Automobiles*, dizendo os despedimentos respeito essencialmente às regiões da Ilha de França (fábrica de Aulnay) e da Bretanha (fábrica de Rennes).

De notar que, entre 2000 e 2012, a produção mundial de veículos aumentou 44 %, enquanto que, no mesmo período, a produção na Europa Ocidental caiu 25 % e, ao mesmo tempo, a produção em países terceiros registou um aumento significativo, representando agora 47 % da produção mundial de veículos. Fica patente a deslocação da indústria automóvel para países com salários mais baixos, garantindo assim lucros mais elevados e mais fáceis.

Estamos a aprovar paliativos que, como o presente caso demonstra, não se aplicam à totalidade dos trabalhadores despedidos: dos 6120 despedimentos apenas 2 357 são abrangidos por este fundo.

Impõe-se que encaremos de frente esta avalanche de despedimentos coletivos e que lhe atribuamos a verdadeira razão: é o lucro mais rápido e mais fácil que está a falar mais alto. E são sempre os trabalhadores a pagar as crises que o capitalismo gera e que nunca será capaz de resolver.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. - Glasovala sam protiv prijedloga odluke o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji koji se temelji na zahtjevu Španjolske za financijski doprinos iz EGF-a slijedom 6 120 otpuštanja u poduzeću Peugeot Citroën Automobiles, s predviđenih 2 357 radnika na koje bi se trebale odnositi mjere koje bi se sufinancirale iz EGF-a u iznosu od 12 704 605 EUR.

Smatram da takvi paketi mjera predstavljaju samo vatrogasne mjere koje ne nude nikakvo dugoročno rješenje za otpuštene radnike s jedne strane i za lošu gospodarsku situaciju u krizom pogođenim sektorima. Naime, smatram da države članice moraju pružiti svojim tvrtkama zdravi okvir poslovanja koji će im omogućiti da budu konkurentne na globalnom tržištu što pretpostavlja porezno opterećenje te uklanjanje birokratskih barijera koje koče ulaganje i poslovanje.

U slučaju zahtjeva Francuske, pozdravljam što su unutar usluge uključene mjere za odobravanje bespovratnih sredstava za pokretanje posla, ali i plan dodjeljivanja beskamratnih zajmova za osnivanje poduzeća. Na ovakvim mjerama bi se trebao temeljiti svaki plan usvojen nakon masovnih otpuštanja, a ne na besperspektivnim i nesigurnim mjerama ospobljavanja. Međutim, mjere za poticanje poduzetništva moraju biti jedan od stupova svake gospodarske politike oporavka i zapošljavanja, a ne samo jedna od usluga koja se nudi radnicima nakon njihova otpuštanja.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. - Este fondo europeo es esencial para la garantizar la continuidad de la industria en los países periféricos y la empleabilidad de los trabajadores y trabajadoras de dicho sector. Por ello he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos por los despidos 6.120 despidos efectuados en Peugeot Citroën Automobiles, que opera en la división 29 de la NACE Rev. 2 («Fabricación de vehículos de motor, remolques y semirremolques»), despidos que se han efectuado sobre todo en la región de Isla de Francia (la planta de Aulnay) y en Bretaña (la planta de Rennes), siendo 2.357 los trabajadores que podrían beneficiarse de las medidas cofinanciadas por el FEAG durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de octubre de 2013 y el 31 de enero de 2014.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del elevado desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Por todo ello he decidido votar a favor del presente informe.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Το «Ταμείο Παγκοσμιοποίησης» δεν θέλει και δεν μπορεί να αντιμετωπίσει το τεράστιο πρόβλημα της ανεργίας. Χρησιμοποιείται για την συγκάλυψη της αντιλαϊκής πολιτικής, του εκμεταλλευτικού χαρακτήρα των καπιταλιστικών επιχειρήσεων και της ίδιας της ΕΕ, χρηματοδοτώντας προγράμματα ανακύκλωσης της ανεργίας και μηχανισμούς ψευτοκατάρτισης που ροκανίζουν κονδύλια. Οι περιπτώσεις της Peugeot και της FORD είναι χαρακτηριστικές.

Οι μονοπωλιακοί όμιλοι αξιοποιούν την καπιταλιστική κρίση για να μειώνουν τους μισθούς και να πετάνε στην ανεργία χιλιάδες εργάτες, μεταφέροντας τα εργοστάσια που κλείνουν σε χώρες με φτηνότερο εργατικό δυνάμικο. Η αύξηση της εκμετάλλευσης των εργατών είναι αναγκαίος όρος για να διατηρήσουν τα μονοπώλια την κερδοφορία που παρουσιάζουν, ακόμη και μέσα στη κρίση, και να ενισχύσουν τη θέση τους στο παγκόσμιο μονοπωλιακό ανταγωνισμό που μαίνεται. Οι εργάτες της Peugeot, της Ford, η εργατική τάξη στο σύνολό της δεν πρέπει να περιορίζει τις διεκδικήσεις της στα ψίχουλα διαχείρισης της ακραίας φτώχειας που της πετάνε η ΕΕ και οι αστικές κυβερνήσεις. Είναι ανάγκη να οργανώσει την πάλη της για την ανασύνταξη και αντεπίθεση του εργατικού κινήματος, βάζοντας στο στόχαστρο το ίδιο το εκμεταλλευτικό σύστημα που γεννάει την ανεργία και τη φτώχεια, να διεκδικήσει να γίνει ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει, παίρνοντας στα χέρια του τα κλειδιά της οικονομίας και την εξουσία.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszona o godz. 13.00 i wznowione o godz. 15.00)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Bilanz der Kommission Barroso II (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Präsidenten der Kommission zur Bilanz der Kommission Barroso II (2014/2812(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass bei dieser Aussprache kein *Catch-the-eye*-Verfahren vorgesehen ist und dass ich keine *blue cards* annehmen werde.

Zunächst einmal darf ich den Präsidenten der Kommission und seine Damen und Herren Mitglieder der bisherigen Kommission herzlich hier im Hause begrüßen.

(Beifall)

Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren Mitglieder der Kommission! Das ist heute die letzte Sitzung, bei der dieses Parlament mit Ihnen als der amtierenden Kommission zusammenkommen wird. Ich gehe einmal davon aus, dass es die letzte ist. Das werden wir ja morgen Mittag besser wissen. Aber aus jetziger Sicht würde ich annehmen, es gibt eine leichte Tendenz dazu, sagen zu können, es ist die letzte Sitzung dieses Kollegiums. Ich nutze deshalb die Gelegenheit, Sie noch einmal herzlich willkommen zu heißen und Ihnen zu sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen einem Parlament und einer Exekutive immer von großen Spannungen geprägt ist. Das muss auch so sein. Ich will Ihnen aber als Kollegium vorab den Dank des Europäischen Parlaments aussprechen für die sicher nicht immer leichte, aber von einem gemeinsamen Geist getragene Zusammenarbeit. Vielen Dank, meine Damen und Herren!

Dienstag, 21. Oktober 2014

Bevor ich dem Präsidenten der EU-Kommission das Wort erteile, hat sich Herr Abgeordneter Lucke gemeldet – ich nehme an zur Geschäftsordnung.

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident! Auf der Tagesordnung steht der Abschlussbericht der II. Barroso-Kommission. Unter diesem Tagesordnungspunkt wird sicherlich die Kommission eine Art Rechenschaft über ihre Amtsführung in den letzten fünf Jahren ablegen. Ich möchte Sie auf Artikel 17 Absatz 1 des EU-Vertrages aufmerksam machen, der im Wesentlichen besagt, dass die Kommission die Hüterin der Verträge ist. Die Kommission steht aber unter massiver Kritik, weil sie den Bruch von Artikel 125 des AEU-Vertrages – der Nichtbeistandsklausel – und von Artikel 21 des AEU-Vertrages – des Verbots der monetären Staatsverschuldung – geduldet und sogar gefördert habe.

Angesichts der Bedeutung dieser Angelegenheiten ist es völlig unangemessen, heute nur die Fraktionsvorsitzenden zu Wort kommen zu lassen. Das Europäische Parlament muss die Unverletzlichkeit der Verträge ernst nehmen und deshalb eine ausführliche Debatte dazu führen können. Ich bitte deshalb darum, die Debatte so zu gestalten, dass auch einfache Abgeordnete dazu Stellung nehmen können, denn auch sie sind die gewählten Vertreter ihres Volkes.

José Manuel Barroso, President of the Commission. - Mr President, first of all I would like to thank you for the invitation to address this Parliament at what I think will be the last time I have this opportunity. In fact, now we are coming to the end of my second mandate as President of the Commission, and I am very happy to be here with you and my colleagues, to present to you our *bilan*, and of course, since this is my second Commission, I think I can also refer to the last 10 years. This time I did not bring a written speech. There will be a testimony online, a text I have prepared, and that is going to be distributed to all those of you who would like a copy, together with the main documents of the Commission over these last 10 years. I thought that instead of reading a speech to you, I would share with you my feelings, my emotions, on what I think about the way the European Union has responded to these very challenging times and what I think are the most important challenges for the future.

First of all, I think you can agree that these have been exceptional and challenging times. Ten years: ten years of crises and the response of the European Union to those crises. Not only the financial and sovereign debt crisis, but let us not forget that at the beginning of my first mandate we had the constitutional crisis, when two founding Members of the European Union rejected, in referenda, the Constitutional Treaty. So we had a constitutional crisis, we had a sovereign debt and financial crisis and we had several geopolitical crises – but in most acute terms now with the crisis between Russia and Ukraine.

The constitutional crisis we had was in fact solved through the Lisbon Treaty. The reality is that at that time many people, some of whom we know, were saying that it would be impossible for the European Union to find a new institutional setting, and there were moments of ambiguity and doubt; but basically we were able to keep most of the *acquis* of the European Union, including most of the new elements of the Constitutional Treaty, with the Lisbon Treaty that was ratified by all Member States, including those that today seem to have forgotten that they have ratified the Lisbon Treaty.

More recently – because I want to leave to the end the economic issues, because they are still with us – we had the very serious challenge and threat to our stability, stability in Europe, coming from the unacceptable behaviour of Russia regarding Ukraine. We took a principled position. We offered Ukraine an association agreement and a free trade agreement and in fact I am happy that, despite all the difficulties, Ukraine was there signing and ratifying the association agreement. I want to congratulate this Parliament, because on the same day, at the same hour, that the parliament in Ukraine was ratifying this agreement you were also ratifying the agreement, showing that you can offer hope to Ukraine as part of the European family of nations.

Now as I am speaking to you, this crisis is not yet solved. We know that, but I think we can be proud that we have kept a position of principle, that we have condemned in the most unequivocal terms the actions of Russia, and that in fact there was an association agreement ratified; not only in Ukraine but also with Georgia and Moldova. I believe we have a duty to those countries that are looking to Europe with the hope of sharing with us the same future and also because they want to share with us the same values.

Dienstag, 21. Oktober 2014

At this moment we are still mediating – today in Brussels there is a meeting mediated by the Commission on Energy – with the Russian Government and the Ukrainian Government. We believe a politically-negotiated solution is possible, we are working for that, we believe it is in the interests of all the parties to have a political agreement, but a political agreement that respects the principles of international law, that respects the right of a country that is our neighbour to decide its own future and that respects the sovereignty and independence of that country. I think we should be proud of what we have been doing in this very challenging geopolitical crisis.

We also had the financial and sovereign debt crisis. The reality is that the crisis was not born in Europe, but the fact is that because we were not prepared, because the euro area did not yet have the instruments, we were very much affected by it, not only in financial terms but in economic terms, in social terms and I would say also in political terms. I think this crisis was probably the biggest since the beginning of the European integration process in the 1950s.

Let us now put things in perspective. Let us remind ourselves what was the main opinion of most analysts in the economic and financial media, or even in many of our countries or outside of Europe, as to what could happen. Everybody was predicting a Greek exit, Greece exiting the euro, and of course that Greece exiting the euro would have immediate cascading effects on other countries, a domino effect that was indeed already felt in countries like Ireland or Portugal. But let us not forget. Spain was also under very heavy pressure and Italy too. We were on the edge of the abyss. I remember well what happened in discussions in the margins of the G20 in Cannes in 2011. I remember well when the analysts were almost unanimously predicting a Greek exit and at least 50% of them were predicting the implosion of the euro. And what happened? Not only was there no exit from the euro: now we are going to welcome the 19th member of the euro and Lithuania will join us on 1 January 2015. Not only did Greece not leave the euro: the euro area has enlarged and the European Union has been enlarging as well. That is a point which I think is very much underestimated in our analysis. In 2004, the year I had the pleasure and the honour of assuming the leadership of the Commission, do you remember how many we were? We were 15. Today we are 28 countries, so we have almost doubled the membership of the European Union during all these crises. Is there a better proof of our Union's resilience and capacity to adapt? I think the fact that we were able to remain united and open during the crisis confirms the extraordinary resilience and strength of the European Union. This should not be underestimated. I know that for some this does not count for much. In a way they are idealising the past. They probably dream of a cosy Europe. They think Europe was better when half of Europe was under totalitarian Communism. I do not think that. I think Europe today is better than when half of Europe was under Communism.

(Applause)

I think that the fact that, even during all these crises, the European Union was able to open, consolidate and unite on a continental scale almost the whole of Europe around the values of peace, freedom and justice is a great thing. We should commemorate it and not be ashamed of it as some seem to be. I think this is also a reason to commemorate. Many people predicted – like those of you who were following these issues at that time – that the Commission would not be able to function and that it would be impossible. They were saying that at 25, 27 or 28 the European Union would be blocked. The reality is that the European Union was not blocked by the enlargement. I can share the reality with you now. Sometimes it was more difficult to put together some of the core members of the Union than all the 28 countries of Europe.

So I think we should be proud of that as well – collectively – because the European Union was able to remain united and open during the crisis. When I say open I mean it in all senses, including having an open attitude towards the world. For instance, after the failure of the Doha Development Round and the global trade talks, we promoted a proactive trade agenda and we are now leading in that sense. I believe that trade can be one of the best ways to support growth globally and in the European Union. We – because it was the initiative of the European Union – went to the United States, to the former President of the United States of America, inviting him – indeed, convincing him – to organise the first G20 meeting at Head of State and Government level because that was a means of taking a cooperative global approach and avoiding a return to ugly and nasty protectionism, which could be a temptation in times of crisis. We were able to keep Europe not only united and in fact enlarging its membership, but also open to the rest of the world.

Dienstag, 21. Oktober 2014

But now we can ask, are we stronger or weaker? I know that most people today, on the critical side, will say that we are weaker. But are we really? In fact, when the crisis erupted, we had almost no instruments with which to respond to it. We were facing – as was said at that time – an unprecedented crisis. For instance, we had no mechanisms to support the countries facing the immediate threat of default. What did we do? We collectively – the Commission and Member States, and always with the strong support of the Parliament, I have to say – created a new system of governance. Today we have a much stronger governance system than before, including with unprecedented powers for the Community institutions.

We have done everything to keep the Community method at the centre of our integration. For instance, the Commission today has more powers, in terms of governance of the eurozone, than before the crisis. The European Central Bank today has the possibility to directly supervise the banks in Europe, something that would have been considered impossible, almost unimaginable, before the crisis. I remember, when we spoke about banking union and when I gave an interview saying that we need a banking union, I received some phone calls from capitals asking ‘why are you speaking about banking union? This is not in the Treaties’. I responded that it was not in the Treaties, but that we needed it if we wanted to fulfil the objectives of the Treaties, namely the objective of stability for growth – and today we have a banking union.

So, if we look at things in perspective and we think where we were ten years ago compared to where we are now, we can say with full rigour and in complete observance of the truth that today the European Union, at least in the euro area, is more integrated, has reinforced its competence and that we now have, through the Community method, more ways to tackle crises, particularly in the eurozone. Not only the system of governance in the banking union, but legislation on financial stability, financial regulation and financial supervision that we have presented – around 30 new pieces of legislation that were all approved by the Parliament. Once again I want to thank you, because in almost all those debates Parliament and the Commission were on the same side of the debate for more ambition – not less – for Europe. So today I can say that we are stronger because we have a more integrated system of governance, we have legislation to tackle abuses in the financial markets and we have a much clearer system of supervision and regulation.

I think we are now better prepared than we were before to face crisis, if crises like the ones we have seen come in the future. Of course you can say, ‘but there are still many difficulties’. Yes, and I am going to say a word about this in a moment, regarding the prospects for growth, but please do not forget where we were. We were very close to the default – a less polite word would be bankruptcy – of some of our Member States, and look at where we are now. Out of the countries that had to ask for adjustment programmes, Portugal and Ireland have exited the problem successfully – Ireland is now one of the fastest growing countries in Europe – and in fact all the others that were under the imminent threat of collapsing are now in a much more stable mood. Spain has asked for a programme for its banks to also exit the programme successfully.

So in fact only two countries out of all those – because we should not forget that the Central and Eastern European countries also had adjustment programmes even if they were not yet in the EU area – are still completing their adjustment programmes. On average, the deficits now in the eurozone are 2.5. This is much less than in the United States or Japan. In terms of stability, we are much better now than before.

The eurozone has a trade surplus. In the European Union in general we now we have a surplus in goods, in services and, for the first time in many years, in agriculture. I am saying that because very often the opinion in some political sectors is that we are losing with globalisation. This is not the case. Some countries in our Union are in fact not winning that battle but, on average, you can say that Europe is winning the global battle in terms of competition, namely in terms of trade and investment.

Of course, growth is still timid. I think that basically we cannot say that it is completely done, because threats remain. But we have won the battle of stability. Today nobody in the world will honestly bet on the end of the euro. The euro has shown that it is a very strong, credible and indeed stable currency. The reality is that our growth is still timid and clearly below expectations.

Dienstag, 21. Oktober 2014

So what can we do for growth? This is the important question. For that I need to make a reminder, once again. I know very well that very often European Union policy, and mainly Commission policy, has been presented as completely focussed on austerity. I think this is a caricature. We have constantly asked at least for three important lines: fiscal consolidation, certainly, for the countries that were feeling the pressure of the markets – and it would be completely irresponsible if they could not frontload a programme of rigour to correct their poor finances – but we have always insisted with equal vigour, although probably some would not like to listen, on the need for structural reforms, for competitiveness, because the reality is that even before the crisis we were growing beneath our potential.

That is the reality: there were serious problems of lack of competitiveness in some of our countries, so that is why we did more ambitious structural reforms, but we have always argued in favour of investment. I have always said that what we need for Europe is more investment – public and private investment. Private investment will come, the more we can show that we have competitive economies and that we can attract private investment. Indeed, I am very happy to see that most of our countries, certainly at different paces, are pursuing ambitious structural reforms; strict reforms which would have been considered completely impossible before the crisis. The reality is, if we want to be honest in terms of analysis, that the countries that have suffered the most during the financial crisis were precisely those which had lost in terms of cost competitiveness before the crisis.

For instance, the reforms that have been made by Spain, by Ireland, by Portugal and by Greece are impressive and confidence is coming back precisely because of that. Apart from the fiscal consolidation and the structural reforms, we have always signalled the need for more investment: private investment, but public investment as well. You remember the debate about the MFF? President Schulz remembers, certainly. We were together in many meetings, asking the Member States to do more in terms of investment and the most important instrument we have had at European level for investment is the Multiannual Financial Framework, which is around one trillion euros. If there is not more ambitious investment, it was not because of the lack of ambition of this Commission or lack of ambition of this Parliament, it was because of the opposition of some capitals.

This is the reality: we are for solid investment, targeting investment for growth. This is the reality. Not only with the MFF. Remember the proposals that, for instance, I put forward here in the State of the Union speeches with you, the increase of capital for the EIB that was finally agreed? The project bonds that the Member States accepted but, oh yes, as pilot project bonds; the facility that we have created for SMEs with loans from the EIB and structural funds from our budget – unfortunately only two countries wanted to go along those lines. Or, for instance, the programme for a Youth Guarantee that we proposed and the Member States agreed on, but now with the Youth Employment Initiative only two countries have accepted a dedicated programme for youth employment.

So, my dear colleagues, let us be clear that we are for investment. I wish all the best to the new Commission and to my friend and colleague, Jean-Claude Juncker, that they may have the support of the Member States for a more ambitious investment programme over the next years. I believe it is possible now. I believe there is much greater awareness today on this matter. But once again, this is part of a comprehensive strategy combining fiscal consolidation with structural reforms and investment and, of course, all the measures taken by us in terms of banking union and financial regulation for stability. This is the way, and I am saying that with vigour because I think it will be our mistake, after everything we have done, to give up, to show less determination, to abandon the road of structural reforms.

I think basically we have done a part of the job: stability is broadly there, so is growth, even if it is lower than we would have liked, but now we need the determination to complete the reforms, so that we have sustainable growth, not growth fuelled by debt, excessive public debt or excessive private debt, because this debt is artificial. It is a fictional debt and sooner or later we are going to pay the price. But sustainable growth: that I believe is possible, if we continue the courageous path of reforms and stronger governance for the European Union.

I have not the time, because I respect this Parliament very much and certainly I admire your patience, to now go into all the other policies we have been developing over the years. But just let me now highlight one or two, because I think they are very much at the point of decision now, and this is important. I am extremely proud that it was my Commission in my first mandate in 2007 that put forward the most ambitious programme for climate protection in the world and that we are still leading in the world in terms of the climate agenda. In fact, we were able to join the climate agenda with the energy security agenda. I am saying this because this week we are going to have an important discussion in Brussels at Heads of State and Government level and I hope that the European Union will keep its leadership role. Not, of course, to be isolated but to be with others, because we have a responsibility towards our planet. Certainly, one of the great advances of these years is that the European Union was able to make the most important

Dienstag, 21. Oktober 2014

bold steps in terms of fighting climate change.

Another area where I think we could be very proud is that, in spite of all the restrictions because of the financial situation, it was possible in the MFF to get 30% more for Horizon 2020 for research and technology. I think there is a great situation now, with great opportunities for us to do more in that area, and also on the cultural side with our programme Europe Creative. So the reality is that in some areas it was possible, in spite of the economic and financial crisis, to increase investment at European level.

I am also very proud that in spite of the pressures of our budgets, we could always be there in terms of development aid and a policy for our neighbourhood. Whenever there was a big tragedy in the world, from the tsunami in Indonesia and now to the Ebola crisis, from the Syrian refugee crisis to Darfur, we were there. We were among the first. I think we Europeans should also be proud of that, because together with our Member States, the European Union is still the most important donor for development aid in the world. That is something that corresponds very much to our values and I am happy that in spite of all the crises we did not abandon our obligations in terms of development cooperation.

I have already said a word about trade. I think it is very important to keep an ambitious trade agenda, an open Europe, but for free and fair trade. The Commission has concluded a record number of agreements, with South Korea, Singapore, Central America – the first region to reach an agreement – Peru, Ecuador, recently with Canada, recently with Western Africa, Eastern Africa and Southern Africa, and I could also mention some others that are not progressing like Japan, United States and an investment agreement with China. So we are the most important trade bloc in the world. We are the biggest economy in the world. I am saying that because today I know it is very fashionable to be pessimistic and defeatist about Europe – what I call the intellectual glimmer of pessimism – but I believe that we have a good record to show and I believe that together, collectively, we are much stronger and we can better defend our interests and protect our values.

Dear colleagues – I call you colleagues because I believe we have sometimes been through discussions but we have been colleagues in this great enterprise, this European project – I think politically we have some lessons to draw.

One is that we have shown great resilience. I think we can say that the forces of integration are stronger than the forces of disintegration. I believe that, day and night, sometimes in very dramatic moments, sometimes when I have to make dramatic appeals to some capitals, to the richer countries, asking them to show more solidarity, or to the poorer countries asking them to show more responsibility. Sometimes we have done it very discreetly, it is true. The European Commission is probably more discreet than others. I did not want the Commission to be part of the cacophony of different voices during the most acute moments of the crisis. It was extremely market-sensitive, that situation. But I can tell you, in my full conscience, that we have done everything we could with existing instruments to avoid the fragmentation of the euro and to avoid division in the European Union. I very often had to call on my colleagues in the European Council, Heads of State and Government, to show the ethics of European responsibility. But one of the lessons I draw from this is that, in the end, it was possible to come to decisions. It is true that it was sometimes extremely painful and difficult and took time, and we have also said – and I think it is something we can all agree on – that democracy is slower than the markets. So the Commission would have preferred, and I am sure this Parliament as well, for decisions to be bolder, more comprehensive and faster, but we are a union of democratic states, we are not a super-state, and we have to respect different sensitivities. One of the conclusions I draw from these 10 years of experience is the need to cooperate between institutions. I know sometimes it is more popular to put forward impossible ideas and criticise others, but I firmly believe that we need to engage with different institutions and that it is not a solution to put countries in opposition to the European Union. On the contrary, we have to show our countries that they are stronger if they are part of the European Union; that we are not diluting their national identity but on the contrary that we are asking them to share their sovereignty so that they can better project their interests globally. I am fully convinced of this. I am saying this to you now. I am leaving in some days, and my only interest is that these lessons be learned, so that we do not repeat the same mistakes in the future. At the same time I think we can say that it is not through confrontation, but through cooperation that we can attain the objectives.

Dienstag, 21. Oktober 2014

At the moment I am preparing to hand over this very challenging and interesting job to my good friend, Jean-Claude Juncker. I want to say here, on behalf of myself and all my colleagues at the Commission, that we wish the new Commission all the best. They have, of course, a great challenge ahead of them, but they can also count on our support and I am sure on the support that this Parliament is going to give to them.

Mr President, relations were not always perfect but I think you can agree that we were able to establish a cooperative relationship between Parliament and the Commission. I have been to this Parliament over 100 times. No Commission was ever so often in Parliament as my two Commissions. We have established this cooperation and I am so grateful, because this Parliament sometimes has very – shall we say – strong demands, but it has always supported the Community method. It always supported the Community institutions and I believe this is very important for the future of Europe.

My dear colleagues of the European project, the way to solve the problems we have in Europe is not through revolution and even less through counter revolution. It is by compromise, it is by reform: evolution and reform. We have to reform to adapt to new challenges, but not with new clashes between the institutions, not with clashes amongst our countries. I believe that if this idea of strong cooperation, of putting the European common good first, is pursued, then my colleague and friend, Jean-Claude Juncker, and his new Commission will have success – based, of course, on the support that I am sure you are going to give them. Because – and this is my last time and also my last comment – the European Union is a Union of values. In these last days I have had to face many journalists and they have asked me, 'What was your most emotional moment? Which moment did you prefer?' I have many. I also had very difficult ones, to be honest. But one of my most emotional moments was when, on behalf of the European Union, together with Martin Schulz and with the President of the European Council, Herman Van Rompuy, we received the Nobel Peace Prize for the European Union.

(Applause)

I think this was a powerful reminder, sent to us from the global community, that we count in the world and that what we do is very important; that the values that were at the origin of the creation of our Union, namely the values of peace, are still of the essence today and that we have to fight for them. This is the moment I really said I want to share with all those in the different institutions, including this Parliament, who have been working for a united, open and stronger Europe. When I leave this office, with all my colleagues from the Commission, I can tell you we have not achieved everything we could or everything we would have liked to have achieved, but I think we have worked with the right conscience, putting the global interests of the European Union above specific interests, and I believe that now there are conditions to continue working for a united, open and stronger Europe.

Thank you for your attention. Auf wiedersehen! Goodbye! Au revoir! Adeus, muito obrigado!

(Sustained applause)

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Kommissionspräsident, liebe Kommissare, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Woche der Weichenstellungen für die Europäische Union: morgen eine neue Kommission und heute der Tag des Abschieds von den Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir als Parlamentarier die letzten Jahre arbeiten durften. Deswegen freut mich, dass meine Fraktion präsent ist und wir diesen Tag heute auch würdig begehen. Ich möchte als Vorsitzender der EVP-Fraktion dem Kommissionspräsidenten danke sagen, aber auch allen anderen Kommissarinnen und Kommissaren, die die letzten fünf Jahre ihre Arbeitskraft, ihre Überzeugung und ihre Begeisterung für unsere gemeinsame Sache eingebracht haben. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

José Manuel Barroso hat auf 10 Jahre zurückgeblickt. Wenn ich zunächst einmal persönlich beginnen darf, dann darf ich darauf verweisen, dass ich vor zehn Jahren frisch gewählter Abgeordneter in diesem Parlament war. Ich habe den damaligen neugewählten Kommissionspräsidenten in diesen Jahren als einen überzeugten, starken Europäer kennengelernt, der vollen Einsatz bringt, der für seine Sache brennt, der Antreiber ist, der Respekt hat vor uns, der Europäischen Kammer, dem Europäischen Parlament, und der vor allem dabei Mensch ist, mit allen redet, auf alle zugeht, egal ob Funktionsträger oder nicht.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Insofern hatten wir einen guten Kommissionspräsidenten, der seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Die Bilanz ist beeindruckend. Wir haben heute von José Manuel Barroso einige Daten gehört. Der Start am Anfang, die Chance, die Frage, ob das mit der Osterweiterung, mit der Wiedervereinigung Europas klappen wird im Alltagstest – es hat geklappt.

Die Verfassungsdebatte, die Europa demokratischer gemacht hat. Wir konnten dieses Jahr das Konzept der Spitzenkandidaten auf Grundlage des Vertrags von Lissabon umsetzen, Europa noch einen Schritt demokratischer machen. Europa ist Vorreiter im Klimaschutz. Wir brauchen uns auf globaler Ebene nicht zu verstecken.

Dann, in der zweiten Periode der Amtszeit Barroso, die Euro- und Finanzkrise. Vor der Krise standen die Eurostaaten alleine im Sturm der Märkte. Heute haben wir die Solidarität des ESM. Vor der Krise war schuldenbasiertes Wachstum das Zentrale auf diesem Kontinent, heute haben wir stärker nachhaltige Haushalte. Vor der Krise waren unregelte Finanzmärkte tätig, heute haben wir eine Bankenunion und eine starke europäische Bankenaufsicht.

Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass diese Krisen, die wir erlebt haben, maßgeblich nicht Krisen der Europäischen Union waren, sondern maßgeblich Krisen der Mitgliedstaaten, weil dort auf nationaler Ebene Fehler gemacht worden sind. Der Rahmen, den José Manuel Barroso beschrieben hat, war die Lösung des Problems: Schluss mit den Schuldenmachen, stattdessen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und mehr Investitionen.

Der Rettungsweg war richtig. Das gilt es, immer wieder zu unterstreichen. Irland, Spanien, Portugal sind zurück auf den Märkten, die Governance ist gestärkt worden, und mit Slowenien 2007, Zypern 2008, Malta 2008, der Slowakei 2009, Estland 2011 und 2014 Lettland haben viele neue Mitgliedstaaten den Euro als ihre Währung übernommen. Das zeigt, weiß Gott, den Erfolg.

Mancher hätte sich vielleicht manchmal einen lautereren, aggressiveren, einen pointierteren Kommissionspräsidenten in der öffentlichen Debatte gewünscht, auch wenn es um die Frage ging, die nationalen Mitgliedstaaten zur Raison zu rufen. Ich sage diesen Kritikern: Liebe Freunde, in der existenziellsten Krise, die wir als Europäer seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, ist wahrscheinlich das Miteinander, das ehrliche Makeln, das Aufeinander zugehen, das Herausarbeiten des Teamansatzes der bessere Weg. Vielleicht weniger Showmaster und etwas mehr substanzielle Arbeit, das ist, glaube ich, der richtige Ansatz.

Es gibt viele weitere Bereiche, die man erwähnen könnte, die wichtig sind. Ich denke nur an die Polizeizusammenarbeit, weil ich selbst in diesem Bereich arbeiten durfte. Wir haben Europa in den letzten Jahren für die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Kontinent sicherer gemacht – und viele andere Punkte. Die Krönung war dann sicher 2012 der Friedensnobelpreis, die Rede in Oslo, in der unser Kommissionspräsident die Geschichte unseres Kontinents seit dem 2. Weltkrieg beschrieben hat, und ich zitiere ihn: „Frieden ist nicht die Abwesenheit von Krieg, sondern Frieden ist eine Tugend und eine Geisteshaltung!“ Barroso hat uns allen die Geisteshaltung der Europäer in Erinnerung gerufen. Dafür dürfen wir auch dankbar sein.

Die Bilanz ist beeindruckend, und wenn ich zum Schluss zusammenfassen wollte, dann würde ich die Hauptbotschaft, die Barroso und seine Amtszeit uns hinterlassen, mit dem Hinweis zusammenfassen: Wir Europäer schaffen das. Wir Europäer können das. Wenn wir Mut haben, wenn wir kreativ sind, wenn wir zusammenhalten, dann können wir die Schicksalsstürme, die uns auch die Zukunft geben wird, mit Gelassenheit und mit Mut angehen. Ich sage herzlichen Dank im Namen der gesamten EVP-Fraktion.

(Beifall)

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente Barroso, sono sicuro che lei apprezzerà la schiettezza con cui mi rivolgo a lei quest'oggi. Il mio non sarà un intervento di forma, non lo meriterebbe la sua intelligenza, né la correttezza e la serietà che ha sempre dimostrato. Le dirò con franchezza che il bilancio che il mio gruppo fa della sua Commissione è un bilancio critico.

In questa stessa Aula, dieci anni fa, lei giustamente ci invitava – cito le sue parole – a non abbassare la guardia di fronte all'apatia e allo scetticismo che toccano la democrazia europea. Condividiamo insieme – diceva – la consapevolezza delle minacce populiste, non dobbiamo dare loro nuovi argomenti. Dieci anni dopo, il nostro continente sprofonda nella disoccupazione e mi spiace che lei non abbia citato questa parola, che indica la peggiore piaga che oggi noi stiamo vivendo, la mancanza di lavoro, e nella deflazione sfuma la speranza nel sogno europeo e i movimenti antieuropei mai sono stati così forte come oggi. Certo, so bene che ci sono fattori causali interni ed esterni che prescindono dalla vostra scelta. Lo so bene, però dobbiamo essere onesti nell'ammettere che ci sono stati anche dei seri errori di politica economica.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Il peccato originale si chiama austerità, in nome di una visione ideologica, si sono ridotti gli investimenti, si è tagliata la spesa produttiva, impedendo così agli Stati membri di scommettere sul loro futuro, di completare la necessaria transizione verso la società della conoscenza, e ora stiamo male. Ammettiamolo!

Paradigmatica è la vicenda della Grecia, un paese troppo spesso dimenticato, ma che è lo specchio del disagio europeo. La Grecia, improvvisamente nel 2010 vi siete resi conto che i conti greci non erano affidabili. Nessuno vuole negare le responsabilità di quel paese, ma si è tentato di forzare i greci a mettere in ordine i conti e non vi si è riusciti, ma in compenso la società greca si è sfarinata.

Ed anche sul patto di stabilità: si è insistito sulla stabilità e mai sulla crescita, mentre questo è un patto di stabilità e di crescita. I due pilastri vanno tenuti insieme. Io sono d'accordo con il collega Weber, bisogna non rinunciare alla disciplina di bilancio ma allo stesso tempo incrementare la crescita e creare nuovi posti di lavoro mentre in questi anni si è puntato soltanto al primo pilastro.

Con questo non voglio sottovalutare le cose importanti fatte dalla sua Commissione: penso ad esempio alla lotta contro il cambiamento climatico, penso alla regolamentazione finanziaria, penso alla politica commerciale, penso all'avvio di una politica industriale, penso al rigore della politica di *competition*, di concorrenza, e all'impulso al mercato interno europeo.

Desidero rinnovare a lei, signor Presidente Barroso, a tutti i suoi Commissari, la nostra stima e il riconoscimento dell'impegno personale che lei e i suoi colleghi Commissari hanno profuso. Tutto questo purtroppo non è bastato, ora serve un cambio di passo per salvare l'Europa prima che sia troppo tardi.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the European Conservative Reformists are a Group that prefers to look forward, not back to the past. While my Group has not always seen eye-to-eye with Mr Barroso on a number of different issues, with his Commission there have been times when we have been able to find common ground. So, Mr Barroso, as you look forward to your next role may I, on behalf of our Group, wish you all the best and your Commissioners all the best for the future.

As you yourself said, your Commission has been a Commission of crises, not all of them your fault. Your first term began with an institutional crisis, after the French and the Dutch voted to reject the European Constitution. But instead of listening to the very real concerns expressed by voters in two of the founding Member States, instead of lifting your eyes from the institutional navel gazing, the Commission resurrected and repackaged the Constitution as the Lisbon Treaty, under a new guise.

Your second term was marked by a financial crisis and a banking crisis and then a currency crisis and a debt crisis. These changed the political agenda and consumed much time and energy. But despite a slew of financial regulation over the last five years, we are still in a position where some banks are considered too big to fail and we have not ended taxpayer bailouts. Given the scale of the eurozone crisis at times, it would have been better if you could have been more open. We know you can be open. After all, you have been very open with the British people in the last few days, and in the same way that you have said what you think about freedom of movement, in the same way that you have been clear what membership of the EU entails, will you now be open with the taxpayers of Germany, the Netherlands, Finland and other richer eurozone countries about what euro membership entails?

Will you be open that the only way to sustain the eurozone in the long-term is fiscal transfers from the richer countries to the poorer economies of the eurozone, probably forever? These crises are enormous and are not over and we will have long-term consequences for years to come, but these crises are a symptom of a larger crisis, and that is dealing with global competitiveness. But there are people who are deeply worried about being left behind; left behind as leaders come to Brussels to pursue political integration; left behind as our share of the world economy shrinks; left behind as too many of the political elite look back to the past rather than forward to the future.

Dienstag, 21. Oktober 2014

At times we have agreed with you on the Services Directive, free trade agreements and measures to pursue the completion of the Single Market. But it is time that we look at how we help businesses grow. Instead of creating more red tape, ask entrepreneurs what stops them from creating new jobs. Instead of environmental targets, ask companies what makes them greener and more environmentally friendly. Instead of rules which ban investors from investing outside the EU, ask them what encourages them to invest in start-ups.

So while I think it is fair to say that your Commission has not always had the chance to look forward, I also think it is fair to say that we hope that the next Commission will be in a position to sometimes take a step back, focus on the bigger picture and face the challenges of the future.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all let me both personally and on behalf of the ALDE Group start by thanking the President of the Commission for all the efforts that he and his colleagues have put in throughout the years.

Mr Barroso, you have described to us today the track record of your Commission – in fact of your two Commissions – and, while it primarily focused on the successes with very little on the self-critical side, I would say that in general on many of the issues one would agree with you. So, once again, I offer you my thanks and appreciation.

Let me also say a few words about what might have been missing during the past two periods. It is not easy to evaluate someone from the outside. One cannot fully comprehend and understand some of the bottlenecks and difficulties you are facing – some of the information that an outsider might not have – but it is equally not easy probably for the Commission, and even for the Commission President, to comprehend the serious aspects of the issues that daily life brings to our citizens and the difficulties that we sometimes face.

In this respect, one thing that I would like to highlight – something that I really missed – is a real lack of leadership. You have mentioned a number of issues where you took the lead and where you were in contact with the Member States, but the fact is that the Commission did not always use the power of initiative sufficiently in difficult times. Sometimes the initiatives were insufficient, weak or too late. I would even say that sometimes I felt that the right of initiative lay with the capitals. Sometimes we had the feeling that it was Paris and Berlin highlighting the issues and tabling them, and the Commission was somehow in the shadows. This is one thing that we surely have missed.

Secondly, you have said rightly that we succeeded in stabilisation. That is absolutely true. You have contributed to stabilisation, but what we have not sufficiently achieved is that we did not come with growth, with structural reforms and with something that takes courage immediately after the stabilisation. We were weak on some of the policies. You mentioned climate-change policy. I could not agree more: that is important. But on industry, on energy, on the administrative burden – on some of these policies we should have done much more. That is where I would have expected the Commission to take the lead and for the rest to follow, really.

I will finish by saying that we did win the battle on stability, but we did not win the battle on reforms, growth, competitiveness or recovery. Sometimes we need less regulation, better regulation, but we need more common policies. This is where I would have expected the Commission to take a much stronger lead.

Having said that, clearly there are policies where you have succeeded. Transport is definitely one of them. I think you had a very strict and very good record on competition policy and on some others. But, all in all, these would be the critical remarks that I would have to make on behalf of the ALDE Group. We could have been more advanced and we could have dealt with some of the challenges that we face in a better way.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président Barroso, à vous entendre vous satisfaire de votre bilan de dix ans, on a du mal à comprendre pourquoi tant d'Européens ne se rendent pas compte qu'ils vivent dans le meilleur des mondes et pourquoi, désormais, ils refusent d'aller voter.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Dans votre plaidoyer, vous parlez de vous, sans cesse de vous, mais très peu de ces millions de gens qui travaillent dur, de ceux que le chômage, la pauvreté et l'austérité accablent jour après jour. En dix ans, vous avez réussi à faire haïr jusqu'à l'idée européenne elle-même, tant vous vous êtes acharné à livrer les grands secteurs publics au privé, à déréglementer le rail, l'énergie et la poste, et à porter une gestion de la monnaie unique au service quasi-exclusif de la spéculation au lieu de donner la priorité au travail et à l'investissement productif et écologique.

Non content de cela, vous avez, avec les États, réussi cet exploit de transformer des dettes privées en dettes publiques et poussé l'audace jusqu'à faire appel, pour les régler, au Fonds monétaire international et à ses thérapies de choc, dont les jeunes et les peuples de Grèce, du Portugal, d'Irlande, d'Espagne et maintenant d'Italie et de France, subissent désormais les conséquences avec une violence inouïe.

On nous avait dit que la stratégie de Lisbonne était un échec retentissant; celle de l'Europe 2020 l'est aussi. Vous avez refusé d'inscrire tout critère de progrès social et de progrès écologique dans les grandes décisions européennes. Récemment encore, vous avez refusé le projet de revenu minimum européen, l'extension de la directive sur le congé de maternité et une vraie modification positive de la directive sur les travailleurs détachés. Non content de la mise en concurrence sauvage des travailleurs et des entreprises au sein de l'Europe, vous avez proposé d'élargir le domaine de l'exploitation avec l'activation du projet de grand marché transatlantique.

L'avenir passe par la sortie de ces choix austéritaires et régressifs qui mènent tout projet européen dans l'impasse. Il faut au contraire inventer une Europe humaniste. Il faut maintenant imaginer une politique de relance sociale, remplacer l'acharnement à faire baisser le coût du travail par une chasse au gâchis du capital et aux attaques contre l'environnement. À la rigidité de la Banque centrale européenne il faudrait opposer ce que nous avons cessé de défendre ici: un nouveau fonds pour le développement social, humain et écologique et un grand plan coopératif d'investissements, sans quoi il n'y aura pas d'avenir pour notre projet européen.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur Barroso, on vous présente souvent comme quelqu'un qui suit plutôt qu'il ne mène. Je crois, au contraire, que vous êtes quelqu'un qui est capable de décider et de faire des choix.

Le premier choix que je me souviens vous avoir vu faire, c'était en 2003, avant que vous ne soyez président de la Commission. C'était lorsque vous aviez fait le choix résolu de vous ranger aux côtés de MM. Bush, Aznar et Blair pour soutenir l'invasion de l'Iraq, mais passons! C'est de l'histoire ancienne.

Au cours de vos dix ans de mandat, vous avez fait une série de choix et j'en pointerai trois. Le premier a été de répondre à la crise, d'une part, essentiellement par la troïka et, d'autre part, par la révision de la gouvernance économique de l'Union européenne des modes d'action qui sont à la fois sourds aux inégalités, complètement insensibles aux défis écologiques et complètement aveugles à l'exigence de légitimité démocratique, le tout en plaçant à un rang suprême les droits des créanciers.

Vous avez fait aussi le choix de refuser de faire le pari que l'Union européenne reconquiert sa compétitivité et sa capacité de créer de la valeur en choisissant délibérément d'être, sur la planète, le continent qui devienne le champion du monde de la sobriété en ressources et en énergie, la seule manière pour nous de conquérir notre autonomie stratégique mais aussi notre compétitivité de manière durable.

Enfin, vous avez fait le choix de ne pas mettre un terme au chantage permanent auquel nos démocraties sont soumises, un chantage exercé par les marchés financiers, par les entreprises financières réputées trop grosses pour faire faillite et par les multinationales auxquelles, par des accords commerciaux, vous voulez donner des droits qui leur confèreraient une légitimité et une souveraineté supérieures à celles de nos démocraties.

Résultat des courses: aujourd'hui, 25 % des Européens – chiffre que j'ai souvent cité ici –, soit un Européen sur quatre, sont exposés au risque de pauvreté et d'exclusion sociale. C'est 4 % de plus qu'il y a cinq ans. Vingt-sept millions d'Européens et d'Européennes sont au chômage, sans emploi, et je ne vous parle pas des travailleurs pauvres et des sous-emplois. Ce sont trois millions de chômeurs de plus qu'il y a cinq ans. Soit dit en passant, où est la croissance? Si quelqu'un l'a vue, qu'il me le dise, je ne l'ai pas aperçue. Si quelqu'un a vu aussi une réduction de la dette publique, qu'il me le dise, elle m'a échappé. Résultat des courses: aujourd'hui, moins d'un tiers de nos concitoyens ont encore confiance dans le processus d'intégration européenne alors qu'ils étaient près de la moitié il y a cinq ans. Voilà le résultat des courses!

Dienstag, 21. Oktober 2014

Alors, ce serait un mauvais procès de vous dire que c'est votre responsabilité et votre responsabilité seule. Tout le monde sait bien que ce n'est pas vrai. Néanmoins, Monsieur Barroso, j'aurais attendu de votre part que vous fassiez preuve d'une initiative beaucoup plus forte pour défendre cet article du traité de l'Union européenne qui rappelle que l'Union place au cœur de son projet la solidarité, notamment entre les générations, et la justice sociale. C'est pour cela que nos citoyens, aujourd'hui, ne font plus confiance à l'Europe, parce que cette partie-là des traités, on l'a oubliée.

J'aurais compté sur vous comme gardien des traités pour la rappeler, y compris aux chefs d'État ou de gouvernement et, y compris, de temps en temps, à la majorité de ce Parlement.

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President. Well, Mr Barroso, for ten years we have been trading blows in this Parliament, and indeed I am the only person on today's list of speakers who was involved ten years ago. I have found you – I have to say for the vast majority of that time – to be very civil, but often bemused by what I have had to say and by events in Europe as they have unfolded. In fact, I remember the first speech I gave. You presented your new Commission, and I pointed out to you that your nominee from France, Monsieur Jacques Barrot, was a convicted embezzler who had received a two-year suspended prison sentence and had been barred from public office. To my shock, at that moment you simply showed in your face that you had no idea that it was true, but of course it was. Perhaps that comes from your early days as an active student Maoist, when you believed in big ideas but did not perhaps have much to do with practical reality.

I have enjoyed much of what you have said over the years. Indeed, I particularly enjoyed you the day after Ireland – the only country indeed that had a referendum on the Lisbon Treaty – had voted 'no' to Lisbon. You stood up and said that the Irish did not really mean 'no'. I particularly enjoyed that. I also enjoyed you saying that the European Union was the first ever non-imperial empire, because in that you showed so much of what this project has now become. I do not think that anybody doubts that those who got together in the 1950s after two ruinous world wars with the genuine intention of getting the French and Germans to sit around a table in order to talk together and to trade together were doing the right thing. But it has morphed and changed into something else, and it is your analogy to an empire that has led to the current failure. It is the expansion to allow in more and more countries; it is the expansion of the eurozone to let in Mediterranean countries which should have never have joined in the first place and which are now suffering so horribly.

So I view you as a fantasist, but at no point have I ever, ever implied that you were dishonest. You are not. You are very honest indeed. I remember you telling Martin Callanan, who led the Conservative Group here for some time while the Conservative Party under David Cameron's leadership became more Eurosceptic with each British parliamentary by-election, not to try to be like UKIP because the voters will go for the real thing. And you were right. We won the European elections. But thank you for last Sunday, thank you for appearing on British television, thank you for confirming that the real fantasist is not you – it is David Cameron. The British Prime Minister who pretends that we can restrict free movement and remain members of the European Union. You made it clear that he was wrong and that he was deceiving the British people. You made it clear that you were the boss and not him, and for that I thank you and wish you a very happy retirement indeed.

Gianluca Buonanno (NI). - Signor Presidente, onorevoli deputati, signor Presidente Barroso, io ho sentito il suo intervento, non le voglio parlare da europarlamentare, ma le parlo da sindaco. Io ho un figlio che ha più o meno dieci anni; dieci anni fa gli potevo dire che l'Europa era il futuro, che l'Europa poteva combattere la disoccupazione, che l'Europa poteva combattere l'aumento delle tasse, delle spese, che era contro i clandestini, che era per il lavoro. Cosa è venuto fuori?

Io le voglio fare la pagella, visto che è il suo ultimo giorno da Presidente della Commissione: è aumentata la disoccupazione, sono aumentate le tasse, sono aumentate le spese, sono aumentati i poveri, non c'è lavoro! Gli immigrati clandestini sono dappertutto! Sono aumentate le malattie! L'Europa nel mondo conta sempre di meno! L'euro è una moneta che invece di portare benessere sta portando povertà. Questo è il risultato della sua Commissione?

Dienstag, 21. Oktober 2014

A mio figlio cosa gli devo dire? Che l'Europa è stata una cosa positiva in questi ultimi dieci anni o gli devo dire la verità? E cioè che l'Europa è stata un disastro! Questo è quello che sta capitando e io da sindaco, e incontrando la gente, sempre di più, senza lavoro, senza soldi, neanche i soldi per campare, per dare qualcosa ai propri figli, cosa gli devo dire come sindaco? Che l'Europa ci sta dando una mano? Io vivo in un paese, l'Italia, che è formato da un governo per certi aspetti anche di invertebrati.

Le devo solo dire una cosa per dirle grazie, su una vicenda: la vicenda dei marò, questa, dove ci sono due soldati italiani ostaggio dell'India: lei li ha difesi dicendo che non devono avere la pena di morte; io la ringrazio, però se fossero stati due soldati di Kiev a quest'ora sarebbero ancora in India? O sarebbero stati già portati in Europa? Io le chiedo di difendere l'Europa che deve difendere i nostri soldati, perché se non è capace di farlo il governo italiano, lo deve fare l'Europa. Questi sono due eroi! Uno adesso è a casa per gravi motivi di salute, ma l'altro è ostaggio degli indiani da tre anni. Non facciamoci prendere in giro, perché l'Europa deve tirare fuori le palle, altrimenti il mondo ci schiaccerà.

Steven Woolfe (EFDD). - Mr President, I have a point of order under the Rules of Procedure. The procedure is Chapter 2, Rule 123 in relation to statements by the Commission. It relates to part of paragraph 1 and all of paragraph 2. If the President of the Commission makes a statement, when that statement is placed on the agenda before a debate, it is an option for the Parliament to have a wind-up debate on a resolution. I have such a resolution in my hand. In that resolution, if Parliament decides to wind up a debate with a resolution, there must be a committee or a political group of at least 40 names. I have the signatures of 56 names of Members of this Parliament to present in terms of that resolution.

(Applause from certain quarters on the right)

The resolution will state that under the presidency of Barroso, the euro has initiated or contributed to the crisis in Europe and contributed with misguided austerity policies ..

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. - Herr Woolfe! Sie brauchen das nicht vorzulesen, das ist verstanden worden.

(Zwischenrufe)

Das, was Sie hier beantragen, ist eine Änderung der Tagesordnung. Änderungen der Tagesordnung müssen montags bis 16.00 Uhr eingereicht werden. Außerdem müsste ich, wenn ich über eine Entschließung abstimmen ließe, eine Frist für Änderungsanträge festsetzen, was sichtlich unmöglich ist. Insofern ist Ihr Antrag unzulässig. Tut mir leid.

(Zwischenrufe)

José Manuel Barroso, membre de la Commission. - Monsieur le Président, vous m'avez déjà écouté avec une grande patience et je ne vais évidemment pas répéter mes arguments. Je voudrais simplement répondre à quelques questions évoquées par les orateurs qui m'ont précédé.

Tout d'abord, je crois que la preuve que la Commission que j'ai eu l'honneur de présider était sur la bonne voie, c'est que les critiques viennent des deux extrêmes de la salle et, très souvent, avec le même ton qui révèle un refus de voir, de façon catégorique, les difficultés et les extraordinaires défis auxquels nous avons dû faire face, et la même tendance à ne donner, bien entendu, aucune réponse cohérente.

La vérité est que nous avons probablement vécu la plus grande crise économique et financière depuis le début de notre intégration européenne, et que ce n'est pas l'Union européenne qui en a été la cause. C'est cette vérité que certains «souverainistes» – pour utiliser leur expression – ne comprennent pas ou ne veulent pas comprendre.

En effet, ce n'est pas l'Europe qui a été à l'origine de la dette privée excessive et du manque de responsabilité du domaine financier. Au contraire, tout cela s'est passé sous la supervision – ou le manque de supervision – nationale. L'Europe est la réponse.

Dienstag, 21. Oktober 2014

À présent, nous avons un des systèmes de régulation et de supervision les plus ambitieux au monde, sinon le plus ambitieux. Dire que l'Europe est pire à cause de l'Union européenne est un mensonge. C'est faire preuve d'un manque absolu de respect et de rigueur intellectuelle. Ce n'est pas l'Europe qui a provoqué la crise financière, celle-ci est née aux États-Unis. Certes, l'Europe était vulnérable, mais l'Union européenne n'a fait que réagir, elle n'était pas la cause. Et nous tous qui partageons l'idéal européen, que nous soyons de droite, de gauche ou du centre, nous devons avoir le courage de le dire, sinon nous allons renforcer – et c'est un avis que je vous donne au moment de quitter mes fonctions – les populismes d'extrême gauche ou d'extrême droite.

J'ai écouté avec attention certains d'entre vous dire «le populisme est maintenant plus fort» et en attribuer la responsabilité à l'Union européenne. Mes chers amis, ce n'est pas vrai. Le populisme et la xénophobie existent très clairement en-dehors de l'Union européenne. Regardez ce qui s'est passé en Suisse, contre les immigrés; regardez ce qui s'est passé en Norvège, avec ce terroriste – un homme dément – qui a tué je ne sais combien de jeunes parce qu'il est contre une Europe multiculturelle; regardez le *Tea Party* aux États-Unis. Est-ce la faute de l'Europe, l'existence du *Tea Party* aux États-Unis? Dans le monde d'aujourd'hui, il existe un populisme agressif, avec parfois des arguments de gauche, parfois des arguments de droite, et il est difficile, je dois l'avouer, de faire la différence.

Par conséquent, dire que c'est le résultat de l'Union européenne, c'est un manque de rigueur intellectuelle ainsi qu'un manque d'honnêteté politique.

Ce que nous devons faire en tant qu'Européens, c'est précisément de montrer que ce n'est pas l'Europe qui a créé la crise, ni même les dettes publiques des États membres. L'Europe ne peut pas faire grand-chose quand un État membre, par exemple, falsifie ses comptes. L'Europe a dû faire face à cela. La première initiative de ma deuxième Commission a été de demander aux États membres de nous donner plus de pouvoir de supervision des statistiques nationales, parce que dans la première Commission que j'ai présidée, cela a été refusé. Cela n'a pas été refusé par la Grèce, cela a été refusé par les grands États membres qui ne voulaient pas donner plus de responsabilités à l'Union européenne. Par conséquent, si nous voulons vraiment débattre, soyons précis et soyons rigoureux sur le plan de l'honnêteté intellectuelle et de la rigueur politique.

C'est pourquoi, chers amis, je ne vais pas abuser de votre temps. Je voudrais cependant vous dire quelque chose avec une très grande conviction. L'équipe que j'ai eu l'honneur de présider a travaillé – je vois d'ailleurs maintenant certains d'entre vous dans ce Parlement, et ils le savent bien – avec un grand dévouement et une grande rigueur, toujours en faisant de l'intérêt européen la priorité et je veux vous dire, puisque nous sommes une assemblée réunissant différentes forces politiques, toujours en faisant de l'idée du bien commun européen la priorité.

Ce n'étaient pas des collègues du groupe du PPE, des socialistes ou des libéraux qui composaient ma Commission, c'étaient des hommes et des femmes qui travaillaient pour l'Europe. Vous savez quel est mon parti: c'est le parti du PPE et j'en suis fier. Mais en tant que président de la Commission, mon parti a été l'Europe. C'est un message que je voudrais partager avec vous, notamment avec les grandes forces du centre gauche et du centre droit pro-européennes. Bien sûr, il faut exprimer des différences mais il ne faut que celles-ci affaiblissent le camp européen. Il ne faut pas donner plus de cadeaux à l'extrême-droite et à l'extrême-gauche. Il faut que les forces pro-européennes s'unissent. Il faut qu'elles aient le courage de défendre l'Europe. Il faut qu'elles le fassent aussi dans les capitales et pas simplement, ici, à Strasbourg. Il faut qu'on puisse avoir cette grande coalition pour l'Europe parce que je crois que nous avons l'énergie suffisante pour gagner les batailles du présent et la bataille de l'avenir.

Der Präsident. - Vielen Dank, Herr Präsident Barroso.

Meine Damen und Herren! Bevor wir die Aussprache abschließen, gestatten Sie mir ein Wort an Sie, Herr Präsident, und an die Mitglieder der Kommission.

Herr Barroso, zunächst an Sie persönlich. Ich habe mich als Vorsitzender einer parlamentarischen Fraktion siebeneinhalb Jahre mit Ihnen herumgeschlagen, dabei lag die Betonung mehr auf Schlagen. Ich war zweieinhalb Jahre mit Ihnen gemeinsam Präsident einer europäischen Institution. Ich will zum Abschluss dieser Aussprache im Namen dieser Institution – unbeschadet aller Differenzen, die es zwischen dem Parlament und der Kommission logischerweise gibt – Ihnen eines sagen, auch unabhängig von dem, was an Inhalten zu Kontroversen führt: Wer zehn Jahre seines Lebens in der Form in die Europapolitik investiert, wie Sie das getan haben – ich konnte das aus unmittelbarer Nähe beobachten –, dem kann man nur danken für den enormen Kraftaufwand, den Sie auch persönlich in Ihre Idee von Europa gesteckt haben. Ich möchte das als Präsident der anderen Institution ausdrücklich mit großem Respekt und großer Anerkennung feststellen.

Dienstag, 21. Oktober 2014

(Beifall)

Das gilt auch für die Mitglieder Ihrer Kommission, die in großer Anzahl – ich glaube, fast vollständig – hier anwesend sind. Auch Ihnen gilt unbeschadet von Differenzen, die es in der Sache gibt, mein Dank für Ihre Arbeit. Eine Arbeit, die nicht leicht ist, eine Arbeit, die oft zu Unrecht geschmäht wird. Eine Arbeit, die auch ein Stück darin besteht, die Verantwortung für die Politik anderer zu übernehmen, weil die Sündenbockfunktion in der Europäischen Union relativ gut funktioniert. Der Erfolg ist national, der Misserfolg wird häufig den europäischen Institutionen, auch Ihnen als Kommission, zugewiesen. Das ist nicht gerecht. Gerecht ist es aber deshalb, zum Abschluss Ihrer Amtszeit Ihnen von Herzen zu danken für Ihr Engagement. Auch das möchte ich im Namen unserer Institution tun.

(Beifall)

Vielleicht noch ein Wort zur Geschäftsordnung. Die Damen und Herren, die jetzt den Saal verlassen haben, sollten vielleicht für die Zukunft Eines wissen: Die Tagesordnung wird montags festgelegt. Der Antrag, der hier vorgetragen wurde, war ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung. Man kann auch Änderungen der Tagesordnung morgens um neun Uhr am Sitzungstag selbst einbringen. Dann bedarf es allerdings der Zustimmung des Präsidenten. In der Regel gebe ich die Zustimmung zu solchen Anträgen. Man kann die Tagesordnung nicht mitten in der Tagesordnung ändern. Ich glaube, das ist doch für jeden, der ein Mindestmaß an parlamentarischem Verständnis hat, nachvollziehbar. Insofern war dieser Antrag sichtlich unzulässig und auch unbegründet.

Im Übrigen: Über Veränderungen der Tagesordnung und über den Ablauf der Sitzungen selbst entscheidet zunächst einmal die Konferenz der Präsidenten. Der hitzige Ablauf hier war durch die Konferenz der Präsidenten – übrigens einstimmig – festgelegt worden. Insofern war dieser Antrag überraschend.

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident! Sie haben die Intentionen der Antragsteller falsch wiedergegeben. Die Entschließung, die eingereicht worden ist, war eine Entschließung zu dem existierenden Tagesordnungspunkt. Und das ist ein Recht, das in der Geschäftsordnung des Parlaments vorgesehen ist.

(Der Präsident: Wann ist die Entschließung denn eingereicht worden?)

Diese Entschließung liegt mit den Unterschriften vor. Herr Woolfe hatte sie in der Hand. Sie hätten sie zur Verfügung bekommen können, und er hat Ihnen genau gesagt, auf welche Bestimmung der Regeln des Parlaments er sich bezieht. Sie können das nicht wegbügeln, indem Sie sagen, es sei eine Änderung der Tagesordnung. Es ist keine Änderung der Tagesordnung beantragt worden, sondern zu diesem Tagesordnungspunkt sollte eine Entschließung eingebracht werden. Das Recht dazu ist in den Regeln des Parlaments verankert. Sie haben gegen diese Regeln hier verstoßen, Herr Präsident!

Der Präsident. - Herr Abgeordneter, vielen Dank. Sie sind ein neuer Abgeordneter in diesem Haus. Deshalb – das habe ich Ihnen ja schon einmal gesagt – sehe ich Ihnen auch Ihre Irrtümer nach.

(Heiterkeit)

Die Tagesordnung wird festgelegt, und es wird bei der Festlegung der Tagesordnung entschieden, ob es eine Aussprache mit Entschließung oder ohne Entschließung gibt. Diese Aussprache war ausdrücklich ohne Entschließung. Insofern hätte der Antrag auf Aussprache mit Entschließung entweder am vergangenen Montag oder heute Morgen eingereicht werden können.

Im Übrigen – ich glaube, das ist ein Mindestmaß an Verständnis: Wenn Sie während einer laufenden Debatte handschriftlich eine Entschließung verfassen, die Sie dann hier einreichen, bin selbst ich nicht in der Lage, sie innerhalb so kurzer Zeit allen Mitgliedern zugänglich zu machen, was aber ein Mindestrecht eines Parlaments ist, dass alle Mitglieder vorab sich eine Entschließung anschauen können. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass sie das gewusst hätten.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Dienstag, 21. Oktober 2014

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – During Mr Barroso's term of office yet more powers have been transferred from nation states to the EU. I would like to highlight one particular area which is both topical and highly dangerous and concerns Europol, the EU's emergent police force. In a recent BBC radio interview, Mr Troels Oerting, the head of Europol's Cybercrime Centre, revealed that 'most of the world's cybercrime originates from Russia', that he is 'increasingly happy' with Europol's 'cooperation' with Russia's 'law-enforcement authorities', and that he recently visited Moscow and agreed to share information with them on a number of 'interesting cases'. This is an extraordinary statement given that in Russia it is impossible to distinguish between organised crime and the so-called law enforcement agencies. Meanwhile, a respected internet security company iSIGHT has uncovered a massive Russian cyber-espionage campaign against Western governments and NATO. This is at a time when the British Parliament is on the verge of voting to permanently transfer yet more powers to the EU on policing and criminal justice matters. It is utter madness to share sensitive information with Russia, which is a gangster state, and seriously puts at risk our security and the protection of our citizens.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El balance de la pasada legislatura no puede ser más negativo. Para una mayoría de ciudadanos, Europa ha pasado, de identificarse con la idea de solidaridad, a hacerlo con la de sacrificio. La mayoría conservadora ha impuesto un enfoque ideológico frente a la crisis priorizando la reducción de la deuda y el déficit fiscal frente al crecimiento y el empleo. La Unión Europea es la zona económica mundial con mayor impacto de la crisis sobre el empleo. Nos ha costado la pérdida de más de 2,5 millones de empleos. Se han disparado desigualdad, pobreza y exclusión social. La austeridad ha fracasado en Europa. Mientras Obama apostó por políticas de estímulo. Estados Unidos crece y crea más de 8 millones de empleos. Ahora, enfrentamos la amenaza de una tercera recesión. Pero los promotores de la austeridad siguen apostando por el sufrimiento frente al crecimiento. Como resultado, los ciudadanos se alejan de Europa porque Europa se ha alejado de ellos. Y el populismo crece amenazando la idea misma de Europa. La nueva Comisión tiene la oportunidad y la obligación de corregir el rumbo. Probablemente, no habrá otra.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – Mr Barroso may claim, in his defence, that he had to weather the worst crisis in the history of the European Union, but he never acknowledged that the financial crisis was brought about by the same kind of policies he spearheaded, and which in turn made it escalate into a destructive economic crisis across the continent. Acting at the behest of the majority of the conservative governments that appointed him, Mr Barroso consistently let selfish national interests and priorities run over the common interests of European citizens. Incredibly, he claims to have increased the power of the Commission. Mr Barroso chose to run to the virtually unconditional rescue of the financial sector and its creditors, at the expense of the needs of their victims. He chose to ignore how the architecture of the common currency facilitated and exacerbated the crisis, especially in smaller, peripheral countries. Even when he took the first steps to address those flaws, he went down a moralising path that served conservative interests and divided Member States, punishing vulnerable citizens with loss of disposable income, public services and welfare entitlements. Mr Barroso's sorry legacy should be repudiated.

Dalli, Miriam (S&D), *in writing*. – When I look back at the Barroso II Commission there are notable positive features such as efforts in combatting child abuse and child pornography online. Another positive was the introduction of incentives to increase the number of women in the IT industry.

Others, however, are too negative to counterbalance these. Tragedies in the Mediterranean led the EU to create task forces, adopt packages and organise countless debates – but regardless of all this we had more immigrants dying in the Mediterranean, and more EU citizens feeling disproportionate pressures. We still live in a Union where 75% of asylum applications are processed in only 6 out of 28 Member States.

The Barroso II Commission owed an obligation to its citizens to prepare itself for when the recession hit – but it did not. Millions, particularly young people, are still unemployed while rising austerity measures and an increase in financial debt have left 120 million Europeans at risk of poverty and social exclusion. Most worrying of all is that during the last Commission's mandate the EU failed to connect to its citizens. I sincerely hope that the new Commission manages to learn from these mistakes and makes a true difference for our citizens.

Dienstag, 21. Oktober 2014

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os dez anos de Durão Barroso como Presidente da Comissão Europeia são o mais cabal desmentido das afirmações feitas há dez anos – e repetidas há cinco – sobre a importância para Portugal de ter um português na presidência da Comissão Europeia. Todas as decisões, todas as políticas nucleares adotadas neste período, todas as propostas legislativas da Comissão Europeia mais relevantes se revelaram negativas para o nosso país e para o nosso povo – bem como, aliás, para os povos dos demais países da União Europeia. Legislação relativa à União Económica e Monetária – governação económica, semestre europeu; políticas comuns – PAC, política comercial, política de pescas; Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020: em tudo isto Portugal perdeu e perdeu muito. Assume especial destaque o programa de intervenção da troika UE-BCE-FMI. Um programa que – como então alertámos – não resolveu nenhum dos problemas do país, pelo contrário, agravou-os a todos. Portugal é hoje um país mais pobre, mais injusto, mais desigual, mais dependente e menos soberano. Deve-o também a esta Comissão Europeia. Níveis de desigualdade insustentáveis; desmantelamento das funções sociais do Estado; degradação das condições de vida e de trabalho, desemprego, pobreza; escandaloso favorecimento das grandes potências e dos seus grandes grupos económicos. Eis, em três linhas, o balanço da Comissão Barroso.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. – M. Barroso a violé la démocratie en imposant le traité de Lisbonne au peuple français; le droit en sauvant l'euro au mépris des traités; et nos valeurs en affamant les gens. Effroyable bilan d'oligarque.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El presidente saliente de la Comisión Europea, José Manuel Durão Barroso, ha realizado su discurso de balance y despedida en la Eurocámara sin hacer ni siquiera mención al desempleo que hoy afecta a Europa, especialmente a países como Grecia y España. Este es el principal reflejo de una década en la que se ha echado en falta en muchos momentos a una Comisión Europea que tendría que haber dedicado sus principales esfuerzos a crear ocupación y combatir la crisis a través de políticas de crecimiento e inversión pública. Sin embargo, en estos años, la Comisión Europea ha centrado sus esfuerzos en aplicar las recetas que los Estados y jefes de Gobierno iban imponiendo desde el Consejo Europeo, difuminando la capacidad de acción y reacción de la Comisión Europea. Actualmente, nos encontramos ante una UE que debe cambiar urgentemente de rumbo para devolver la esperanza a un sueño europeo que ha sido raptado por el auge de los populismos y la extrema derecha y por los efectos devastadores de la crisis y las políticas de austericidio que han provocado el alto nivel de desempleo y el empobrecimiento de las familias europeas.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Mandatul Comisiei Barroso a trecut printr-o criză constituțională, geo-politică și financiară. Criza constituțională a fost soluționată prin tratatul de la Lisabona. Criza geo-politică rămâne de rezolvat. Un pas important a fost făcut prin ratificarea tratatului de asociere cu Ucraina, dar Comisia următoare va trebui să definitiveze acordul cu Moldova. Criza financiară a fost o perioadă dificilă pentru statele membre: Comisia Barroso a propus mai multe pachete legislative pentru a atinge un echilibru de responsabilitate fiscală, pentru a avea acces la piața unică europeană și a inițiat o reformă structurală profundă în țările în cauză. S-a creat o uniune bancară. Ca rezultat, sectorul financiar este echipat pentru supravegherea băncilor.

Comisia Barroso a elaborat un plan pe termen lung pentru modernizarea economiei europene. Programele multianuale vor urmări să îmbunătățească competitivitatea punând accent pe cercetare, inovație și dezvoltarea infrastructurii. S-a asigurat ca Orizont 2020 să fie cel mai mare program de cercetare european și a fost dotat cu un buget UE cu 30% mai mare față de programul anterior. Se vrea conectarea Europei în domeniul transportului, energiei și în sectoarele digitale. Toate aceste obiective pentru 2020, convenite de Comisia anterioară, vor stabili un cadru pentru competitivitate, durabilitate și securitate în UE.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pet godina Barrosove II Komisije proteklo je prvenstveno u znaku ekonomske i finansijske krize. To je, između ostalog, rezultiralo i povećanom koncentracijom moći u rukama Komisije koja je u najvećoj mjeri slijedila korporativni dnevni red. Neki od ključnih zakonodavnih prijedloga su ukinuti, bez adekvatnog objašnjenja razloga njihovog povlačenja.

Europska politika je ostala jednostrana i nastavila naglašavati tržište, a zapostavila socijalnu politiku i politiku zapošljavanja. Drugi mandat ste započeli ekonomskim padom, a završavate ga ekonomskom stagnacijom, rekordno niskom inflacijom i najavama novog pada. Mandat su svakako obilježili i problemi s transparentnošću.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Izostanak Komisije iz izvješća o transparentnosti u EU institucijama i činjenica da gotovo 2/3 lobističkih grupa koje se tiču financijskog sektora nije registrirano umanjuju ionako nisko povjerenje građana. Transparentan ulazak u zgradu neke institucije EU-a ne jamči i transparentnost i zaštitu od zlorabe položaja. Nadam se da će loša ocjena Vaših ekonomskih i političkih „rezultata” biti dobar putokaz novoj Komisiji da ne ponovi iste pogreške.

Monika Smolková (S&D), *in writing*. – During Mr Barroso's term of office yet more power has been transferred from nation states to the EU. I would like to highlight one particular area which is both topical and highly dangerous and concerns Europol, the EU's emergent police force. In a recent BBC radio interview Mr Troels Oerting, the head of Europol's Cybercrime Centre, revealed that: 'most of the world's cybercrime originates from Russia'; that he is 'increasingly happy' with Europol's 'cooperation' with Russia's 'law-enforcement authorities' and that he had recently visited Moscow and agreed to share information with them on a number of 'interesting cases'. This is an extraordinary statement given that in Russia it is impossible to distinguish between organised crime and the so-called law enforcement agencies. Meanwhile, a respected internet security company, iSIGHT, has uncovered a massive Russian cyber espionage campaign against western governments and NATO. This is at a time when the British Parliament is on the verge of voting to permanently transfer yet more power to the EU on policing and criminal justice matters. It is utter madness to share sensitive information with Russia, which is a gangster state, and seriously puts at risk our security and the protection of our citizens.

Richard Sulík (ECR), *pisomne*. – Druhá Európsku komisiu pod vedením José Manuela Barrosa považujem za veľké zlyhanie. Zlyhanie tejto Komisie bolo možné vidieť už od jej začiatku. Už zhruba týždeň po oficiálnom začatí fungovania druhej Barrosovej komisie, 1. decembra 2009, bola schválená Lisabonská zmluva. No už začiatkom mája 2010, teda len o pol roka neskôr, bola schválená pomoc Grécku, v priamom rozpore s čerstvo schválenou Lisabonskou zmluvou. Krátko na to sa porušovanie Lisabonskej zmluvy dostalo na systémovú úroveň, keďže bol vytvorený najskôr dočasný euroval (EFSF) a neskôr trvalý euroval (ESM). Systematické porušovanie pravidiel Európskou úniou pod vedením Barrosa nebolo jediným negatívom tejto Európskej komisie. Z 27 eurokomisárov na začiatku jej funkčného obdobia malo minimálne 10 komunistickú minulosť, prípadne komunistické myšlienky neodmietajú ani v súčasnosti. Podobne reakcia druhej Barrosovej komisie na krízu bola veľmi nešťastná. Európska únia aj naďalej presadzovala viac toho istého, čo spôsobilo súčasnú krízu – prerozdeľovanie peňazí daňovníkov a vydávanie množstva škodlivých regulácií. Aj v dôsledku toho dnes Barroso zanecháva rozpočet Európskej únie v stave, keď až 4/5 tohto rozpočtu slúžia na platby poľnohospodárom a kohézne fondy, bez výhľadu na zásadnú zmenu.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A Barroso II. Bizottság nehéz körülmények között, saját eredeti szándékaitól eltérően szinte csak a gazdasági válságkezelés különböző aspektusaival foglalkozni kényszerül, egyfajta „single issue” Bizottságként működött. Méltányolandó, hogy a válságkezelésben fontos és részben eredményes, folytatásra érdemes kezdeményezéseket is tett (ilyen például az ifjúsági munkanélküliség kezelése). Ezzel együtt az intézkedések alapját képező szemlélet és a ma is tapasztalható európai gazdaságpolitikai gyakorlat súlyos hiányossága a növekedés és a valóban hatékony, minőségi munkahelyteremtés, valamint szociális területen az európai szolidaritás szempontjainak háttérbe szorítása. Az elmúlt időszak értékes tanulsága, hogy ha szükséges – különösen az európai integráció nehéz időszakában – a Bizottságnak is hatékonyabban fel kell tudnia lépni a közösséget, az európai építkezést gazdasági és/vagy politikai szempontból veszélyeztető tagállami kormányokkal szemben.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Sehr geehrter Herr Barroso, Sie haben sich einen ehrenvollen Abschied nicht verdient. Sie leiteten die Behörde, die als „Hüterin der Verträge“ das EU-Recht eigentlich nicht brechen sollte. Dieser gute Vorsatz ist nun Geschichte. Unter Ihrer Leitung hat die EU-Kommission die Verletzung der Nichtbeistandsklausel und des Verbots der monetären Staatsverschuldung durch die EZB und durch die Mitgliedsstaaten geduldet. Das ist ein klarer Verstoß gegen das EU-Recht. Nun sind Sie auch noch im Haushaltsstreit mit Frankreich und Italien eingeknickt. Beide nationalen Haushaltsentwürfe für 2015 verstoßen in schwerwiegender Weise gegen den Euro-Stabilitätspakt, entweder weil das Defizit zu groß ist (Frankreich), oder der Schuldenstand einer der höchsten in Europa ist (Italien). Damit haben Sie bewiesen, dass es entweder keinen politischen Willen gibt, die Eurokrise zu bewältigen oder die EU-Kommission nichts zu melden hat. Sie sagten: „Die EU-Länder müssen auf dem Reformpfad bleiben mit strenger Steuerung durch die Union“. Es ist gut zu wissen, wie ernst die EU-Kommission diese „strenge Steuerung“ nimmt. Die Tatsache, dass die EU-Kommission natürlich gar kein Recht hat, in die Haushalte der Nationalstaaten hineinzuregieren, steht dabei auf einen gänzlich anderen Blatt.

Winkler, Iuliu (PPE), *(in scris)*– Rezistența împotriva valului de populism antieuropean din multe state membre reprezintă cea mai importantă realizare a Comisiei Barosso în cel de-al doilea mandat al său. Cred că această comisie a reușit, în ciuda ezitărilor venite dinspre liderii statelor membre și a sincopelor generate de criza economică și financiară, să ocolească numeroasele tendințe care s-au manifestat în favoarea consolidării metodei interguvernamentale în coordonarea UE. În acești ultimi cinci ani extrem de dificili, Comisia Europeană a dovedit capacitatea de inițiativă și leadership, punând pe baze noi colaborarea sa cu PE al cărui rol politic și responsabilitate au crescut semnificativ. Dacă evaluăm activitatea Comisiei Barosso trebuie să privim la tot deceniul care a trecut. Fără a epuiza enumerarea rezultatelor obținute în această perioadă, trebuie reținut faptul că UE a ajuns de la 15 membri la 28, că s-a reușit adoptarea Tratatului de la Lisabona, iar în urma unor frământări intense s-a mai făcut un pas spre integrare - de la piața unică europeană, unul dintre pilonii Europei unite, s-a trecut la implementarea guvernancei economice. Noua CE va avea o misiune dificilă, însă am convingerea că Jean-Claude Juncker va merge mai departe pe drumul Europei integrate.

13. Vorbereitung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014) (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission über die Vorbereitung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014) (2013/2705(RSP)).

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, la riunione del Consiglio europeo prevista per la fine di questa settimana sarà eccezionale sotto vari aspetti: sarà l'ultima riunione del Consiglio europeo del primo presidente permanente del Consiglio europeo, Van Rompuy. E supponendo che il Parlamento approvi domani la nuova Commissione, sarà anche l'ultima dell'attuale Presidente della Commissione Barroso. Ma sarà eccezionale anche sotto il profilo della sostanza: in primo luogo il Consiglio europeo è chiamato a raggiungere un accordo sul quadro 2030 per le politiche del clima e dell'energia dell'Unione europea. Non c'è bisogno che ricordi a quest'Assemblea l'importanza della questione. È nell'interesse di noi tutti, mettere a punto una politica europea del clima e dell'energia coerente, che assicuri i prezzi dell'energia accessibili, competitività industriale, sicurezza dell'approvvigionamento e il conseguimento degli obiettivi climatici e ambientali.

Di certo non è un traguardo facile, se il nostro obiettivo globale è chiaro, i singoli Stati membri hanno ciascuno la propria visione, che riflette una serie di fattori quali l'accessibilità delle fonti energetiche, la loro capacità industriale e la domanda di energia e anche le diverse culture ambientali.

Ciò significa che i negoziati attualmente in corso per preparare la riunione di questa settimana sono complessi e rappresentano una sfida importante, ma sappiamo tutti quanto sia essenziale garantire un esito ambizioso, non da ultimo, alla luce del ruolo che l'Unione europea vuole e deve giocare sulla scena internazionale come leader mondiale.

Dienstag, 21. Oktober 2014

L'accordo dovrebbe essere mondiale e il punto essenziale è la riduzione delle emissioni di gas ad effetto serra. La proposta in discussione è un obiettivo di riduzione interna delle emissioni del 40% entro il 2030 rispetto ai livelli del 1990. Per conseguire tale obiettivo sono stati definiti sei capitoli principali che riguardano i settori EU-ETS – Emission Trade System – e non ETS, le fonti energetiche rinnovabili e l'efficienza energetica, la realizzazione di un mercato interno dell'energia pienamente funzionante, la sicurezza energetica e la *governance*.

Non entrerà troppo nel dettaglio, dato che i negoziati sono ancora in corso, mentre vi parlo il Consiglio Affari generali sta discutendo questi temi nel quadro del processo di preparazione della riunione del Consiglio europeo. La Presidenza si è impegnata a fondo per assicurare che si giunga ad un accordo.

Un esito positivo di questo Consiglio europeo consentirebbe all'Unione europea di presentare un contributo che rispetti il calendario concordato del UNEFCCC a Varsavia per la conclusione di un accordo globale sul clima entro il primo trimestre del 2015. Il passo che i nostri leader devono compiere è quindi estremamente importante.

Oltre alle questioni dell'energia e del clima, il Consiglio europeo è chiamato a discutere una situazione economica. Sappiamo che è fragile e le previsioni più recenti ci ricordano che non possiamo permetterci nessun indugio. Siamo riusciti a superare le difficoltà immediatamente successive alla crisi, ma ora dobbiamo rilanciare la crescita, creare posti di lavoro e sviluppare la competitività. Solo così possiamo ricostruire un adeguato livello di fiducia delle nostre economie.

Signor Presidente, onorevoli deputati, lasciatemi concludere menzionando un'altra questione estremamente importante: la micidiale diffusione del virus dell'Ebola. Ne avete discusso ieri alla presenza della Commissione. Non c'è bisogno che vi dica che ci troviamo nel pieno di una crisi grave. Abbiamo bisogno di una risposta globale a livello sia interno che esterno, per questo si è convenuto che il Consiglio europeo faccia il punto sulla situazione e soprattutto metta a rilievo le azioni strategiche necessarie per riportare sotto controllo questo virus letale.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. - Mr President, I am honoured to be here today to present to you the views of the Commission on the European Council meeting this week. The summit will seek to agree on the 2030 climate and energy framework and discuss the economy and external developments, including Ukraine, and we will also address the Ebola epidemic.

Let me start with a few remarks on the economy. This week's meeting is not one for decisions in this regard. It will be for the new Commission to initiate the new European Semester in a few weeks from now. Throughout the crisis, yes, our comprehensive response has always been built upon the three pillars of fiscal consolidation, structural reforms and targeted investments. This is still valid today. While economic recovery in the EU is still fragile and uneven, we are seeing that the efforts are paying off. Those countries which downturned the most are now better off than those which are lagging behind in addressing the root causes of the crisis.

The reforms to European economic governance have been instrumental in making this progress possible. Together, we have changed the way that Europe's economies and financial sector are legislated, supervised and regulated. The framework for that has been created. Now we need to stick to it and to fully implement it. This is very important for restoring confidence.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Agreeing a new framework on energy and climate policies for the period up to 2030 at this European Council will show how credible we are in transforming our economies and societies towards a low-carbon future. The proposals in our current 2020 framework have been of strategic importance. They have put our Union firmly into a position of global leadership and were widely recognised as a key contributor in the global fight against climate change. Importantly, we came to these agreements by finding the right mix of ambition and realism. By combining two strands – environment and energy – consensus was possible.

There are economic advantages to climate-friendly innovation and investment and an economic case for cost-effective decarbonisation is clearer than ever. We also broadened the scope to include energy security. Recent challenges to our security and the strategic dimension have given energy security concerns even more impetus. Energy security must therefore be part of the climate agenda.

Yet sadly our European climate ambition is far from being matched by the two most important polluters globally – the United States and China. Public opinion in Europe accepted the targets of 20-20-20 by 2020, even if they were aware of the difficulties in implementing them. The EU felt let down when a comprehensive global deal did not happen, despite pressing others to follow suit. But developments afterwards have shown that the Union was and remains on the right side of the argument.

There is now a renewed momentum towards a global, binding climate treaty to be agreed in Paris next year. Agreeing on our own 2030 framework now will set the tone; it would provide our Union with key leverage in a crucial phase of the international negotiations. The Commission's 2030 proposal from January is the frame of reference for this EU debate. Our proposals are clear, ambitious and balanced, with a 40% emission reduction target at their heart.

The ball is now in the court of the European Council. Leaders must assume their responsibility; we expect difficult discussions but we are confident that a decisive deal is within reach now.

The third issue to be discussed at the European Council is the external situation, in particular the conflict between Ukraine and Russia. With the unsettled conflict in Ukraine we realise more than ever that to defend our values and protect our interests, Europe needs to take the lead and be active. We need to continue contributing to a political solution. At the same time, we need to demonstrate that unlawful and uncooperative behaviour brings with it heavy consequences.

The situation in Ukraine is a clash of world views that touches the very heart of the European Union, its principles, its values and what it symbolises: freedom, democracy and rule of law. This is why the EU from the start took a principled position against Russia's illegal annexation of Crimea and the destabilisation in Ukraine's eastern region. Since then we have done all we could to make the most of a bad situation. The political and peaceful solution of the conflict has always remained our first priority. Not any solution, but one that guaranteed the sovereignty, independence and unity of Ukraine.

Our relations with our eastern neighbours are not detrimental to relations with the other neighbours. We never sought exclusivity in our relations. In fact, the European Union has invested a lot in the strategic partnership with the Russian Federation, convinced that it is in our common interest to cooperate. Developments are still unfolding. The European Union continues to work for a politically negotiated solution. The Commission has made every effort in this regard by taking the lead in promoting trilateral talks on sensitive issues such as trade and energy. Just today, the Commission is mediating another round of talks on the gas issue.

On the security front, priority needs to be given to full implementation of the Minsk Agreements. This is the basis for restoring and consolidating trust. The ceasefire needs to be respected and verified. Elections in the Donbas need to be held in accordance with Ukrainian law and the border needs to be controlled and monitored.

We cannot give up on Ukraine. We cannot give up on reaching a solution. If we do not reach a solution, what would be at risk would be both Ukraine's independence and also the security, stability and unity of the European continent. We must defend the credibility of a multilateral order based on values, equality and the rule of law.

Dienstag, 21. Oktober 2014

At the same time, we are greatly concerned by the humanitarian and security situation in Syria and Iraq. It is deteriorating dramatically day by day. The rapid progression of ISIL is alarming. Military action in line with international law is necessary, but it is not enough. It needs to be part of the wider effort, comprising measures in the political and diplomatic, counter-terrorism and terrorism funding, humanitarian and communication fields.

The Commission has been active on the humanitarian part. To date, around EUR 2.9 billion has been mobilised to those in need in Syria and Iraq, but the security situation impacts negatively the delivery of aid. While military intervention will be the key to defeating ISIL, it is imperative not to link the delivery of humanitarian aid to military objectives. Humanitarian access should not be put at risk.

Unfortunately, there is yet another crisis which the European Council will have to address, and this is Ebola. The Ebola outbreak is not just a problem for West Africa; it is a challenge for the international community as a whole and Europe has a responsibility to do its part.

The Commission and the Member States have provided assistance to the countries affected and to the humanitarian effort on the ground – more than EUR 600 million already, and it is not just money. Twelve Member States are providing medical and other equipment through the EU civil protection mechanism. But we need to do more to help the affected African countries and also protect our own citizens. The Commission discussed this issue at today's College, and will feed into a discussion at the European Council.

This week's European Council will cover very telling issues as far as the need for European Union unity is concerned: what the European Union is for; what it should do and what challenges it faces. I look forward to hearing your views here today on how we can work together to tackle these challenges. It is with this spirit of cooperation and with the crucial support of this House that Europe must be successful in coping with today's and tomorrow's challenges.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Monsieur le Commissaire, vous l'avez dit, le Conseil qui va se réunir les 23 et 24 octobre va devoir traiter de questions importantes et de forte actualité.

Il va se prononcer, entre autres, sur les objectifs à fixer pour le nouveau cadre d'action en matière de climat et d'énergie, et il va s'atteler aux questions essentielles du renforcement de la sécurité énergétique, de l'Europe et des besoins en matière d'interconnexion.

Ne nous trompons pas de combat: notre objectif n'est pas de mener une guerre idéologique contre le changement climatique, qui laisserait sur le champ de bataille les corps meurtris de nos entreprises et de leurs salariés. Il s'agit en réalité – et je le dis avec force – que l'Europe s'engage dans la lutte contre le changement climatique tout en préservant sa compétitivité et en assurant sa sécurité d'approvisionnement. La situation en Ukraine nous rappelle suffisamment l'importance de veiller à la sécurité de nos sources d'énergie.

Des défis majeurs se posent à l'Europe: les prix de l'énergie sont élevés – ils représentent pour certains secteurs jusqu'à 40 % des coûts de production –, les politiques nationales ne sont pas assez cohérentes entre elles et le marché intérieur de l'énergie est toujours fragmenté. Enfin, nous avons l'obligation de tendre à une économie décarbonée.

Il nous faut donc, pour y répondre, diversifier nos sources d'approvisionnement: les énergies renouvelables doivent être soutenues jusqu'à leur maturité technologique. Nous devons aussi renforcer les infrastructures énergétiques. L'interconnexion entre les États membres sera la clé pour construire une véritable politique énergétique européenne commune, une Union de l'énergie, si chère au nouveau président Jean-Claude Juncker, qui en a fait une de ses priorités.

Les objectifs que fixera le Conseil européen seront importants pour éclairer et orienter les investissements de nos entreprises. Nous devons leur offrir un cadre stable et de la visibilité. Arrêtons de changer sans cesse nos objectifs.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Je prends ici l'exemple de la liste des secteurs exposés aux fuites de carbone: elle n'aurait pas dû conduire à des tergiversations et notre groupe, le PPE, a d'ailleurs su montrer son unité sur ce sujet essentiel. L'accompagnement des entreprises, pour faire évoluer leur mode de production et l'utilisation de leurs ressources, ne doit pas n'être qu'une parole en l'air mais un acte concret et une promesse à tenir.

Aujourd'hui, de nombreux secteurs industriels européens sont des champions mondiaux de l'efficacité énergétique et de la réduction des émissions. Dans la construction des bâtiments et dans les transports, le potentiel de gain d'efficacité est énorme. En revanche, les technologies de captage et de stockage du carbone n'ont pas véritablement pris leur essor. Le stockage de l'électricité doit aussi nous mobiliser. Lui seul rendra crédible le développement des énergies renouvelables.

L'Europe ne peut pas être à la traîne dans ces domaines essentiels. L'Union européenne doit donc soutenir, fortement et en premier lieu, nos entreprises dans leurs efforts de recherche et de développement. Elles pourront ainsi utiliser des technologies toujours plus innovantes et moins polluantes pour répondre aux défis du développement durable.

Au mois de décembre, à la conférence de Lima, nous devons dialoguer avec nos partenaires avec franchise, gravité et pragmatisme. Nous ne devons pas imposer nos objectifs aux autres car agir de manière unilatérale n'est pas la solution. Alors que l'Union n'est aujourd'hui responsable que de 11 % des émissions globales de CO₂ – une part qui baissera dans les années à venir –, elle ne peut assumer à elle seule les décisions qui s'imposent. L'Europe ne doit pas être la grande naïve des négociations climatiques. La conférence de Lima doit donc être une vraie phase de préparation pour la grande conférence de Paris. En 2015, nous avons effectivement de bonnes chances d'aboutir à un accord international concerté et donc solide et respecté par tous.

Vous avez évoqué de nombreux défis, Monsieur le Commissaire, et il y a urgence à résoudre le problème ukrainien. Il y a urgence à lutter contre le terrorisme. Il y a urgence à endiguer la progression d'Ebola. Nous devons tous être déterminés. Comme le disait Jean Monnet – et je conclus – «ce qui est important, ce n'est ni d'être optimiste ni d'être pessimiste, mais d'être déterminé». Et au groupe PPE, sur toutes ces questions, nous le sommes.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, señor Della Vedova, señor Katainen, a mi Grupo le gustaría que el próximo Consejo no fuera un consejo rutinario de fin de etapa de cinco años, sino que fuera el inicio de una nueva etapa que diera un giro a la política de la Unión Europea. Pero si queremos dar ese giro, tenemos que mirar los datos de la realidad y no permanecer ciegos a todas las alarmas que se están encendiendo.

Tendríamos que escuchar la avalancha de análisis y recomendaciones de los expertos y de los *think tanks* y no permanecer sordos a esta coincidencia analítica, y tendríamos que abandonar la insensibilidad sobre las consecuencias sociales de las políticas que se han puesto en marcha.

Si miramos los datos, vemos que los últimos informes de la OCDE y del Fondo Monetario Internacional coinciden en que las perspectivas de crecimiento en la Unión Europea en 2014 y 2015 no son nada optimistas; cualquier perspectiva es peor que la que se ha producido anteriormente. Vemos también que, en la mejor de las hipótesis, estamos en una recaída económica y, en la peor, estamos entrando en una tercera recesión. Pero el escenario intermedio es un estancamiento, lo que el Fondo Monetario ha llamado «estancamiento secular».

Si hablamos de la inflación, vemos que la mejor hipótesis es una deflación baja, y la peor, una clara deflación, y que cualquiera de las dos limitan nuestras posibilidades de reducir el déficit y de aumentar el crecimiento. Al mismo tiempo, tampoco hemos sido capaces de reducir el nivel de paro.

Ante esta situación, los análisis, el Fondo Monetario, la OCDE, los *think tanks*, el propio Instituto de Estudios Económicos alemán señalan que lo que nos está pasando es consecuencia de las políticas que hemos estado poniendo en marcha.

¿Qué hacer ante esta situación? Ante esta situación hay que aprovechar la nueva Comisión para poner en marcha el programa de 300 000 millones de euros públicos «frescos» y privados, que incentive el crecimiento y el empleo.

Dienstag, 21. Oktober 2014

¿Dónde hacerlo? Aprovechando que un tema es el cambio climático, fundamentalmente en infraestructuras y en todo lo que signifique reducción de emisiones, apoyo a las energías renovables, ahorro energético y también conexión entre los distintos países de la Unión.

El Parlamento ha sido siempre más ambicioso que la Comisión a este efecto, y el Grupo Socialista, más que el conjunto del Parlamento. Por tanto, ¡ánimo a la nueva Comisión! Trate de poner en marcha una nueva política económica, medioambiental, sostenible en la Unión Europea.

Syed Kamall, on behalf of the ECR Group. – Mr President, we welcome the fact that the European Council will consider climate and energy policies alongside economic recovery. It is nonsensical to consider them separately. A healthy economy needs low-cost energy. Europe does not have it. Since 2005, energy prices in Europe have risen by 38%. In the USA, they have fallen by 4%, creating tough decisions for households, but also for companies, and stalling economic growth.

Climate and energy policy must be for the long term. It should not be based on short-term reactions. We need long-term thinking, and we need to work with industry, not against it. If we are to achieve a workable policy, it is time to put aside this ideological debate between whether or not you agree with one group of climate scientists or another group of climate scientists. Surely it is time to find common ground. Surely it is time that we find those areas on which we agree. Surely this is the sort of Chamber where different groups can come together. Surely we can agree on less pollution. Surely we can agree on less waste in landfill. Surely we can agree on less dependence on unpleasant regimes, whether in Russia or in the Middle East.

But we can also agree on more. We can agree on more renewable energy. We can agree on more energy efficiency and more conservation, and we can agree on more energy security. So let us put aside those differences and work together. But we have to take a step back and ask the fundamental question: in a modern, digital economy, with high-speed rail and electric cars, what will provide that energy? Wind? Yes. Solar? Of course. Wave energy? Yes. But is that truly enough? Therefore the question – and my question particularly to your group, my green friends – is what fills in the gaps? Some people will say nuclear, but the Greens say no. Some say clean coal. The Greens say no. Some say shale, but the Greens say no. So we have to answer this fundamental question. Blue card me if you have an answer. If not, we will have an energy policy that might emit less CO₂, but we will also have power cuts, companies moving production outside the EU

and even higher levels of unemployment.

So surely here the key is pragmatism, not setting climate targets which are unreachable and which drive industry out of the EU. Let us not forget that the EU by 2030 will only account for 4.5% of global emissions. We cannot have a 'little European' mentality. We have to work with the rest of the world. A solution will not necessarily be from a multinational. It might well be found in someone's garage by the Bill Gates or the Steve Jobs of the energy world. That is why we need to be pro-market, not necessarily pro-big business. Let us cut the red tape and arbitrary targets that crush these start-up companies at the start. Otherwise, we will never solve this challenge. It is time to reclaim the green agenda for those who believe that being green and pro-growth are two sides of the same coin.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Philippe Lamberts (Verts/ALE), blue-card question. – That is right, you invited it. So basically, you know what the answer is. I mean if we want to balance a primarily renewables-driven energy mix, we need conventional gas; that is one thing.

But would you not agree, when you talk about cheap energy, that if you want to transition our energy mix from where it is today to where it needs to be, that requires investment, and while you invest, that increases your costs temporarily.

So back to you, as a financial person: how do you manage the financial transition to make sure that you can afford the investments now to get to cheap energy tomorrow?

Syed Kamall (ECR), blue-card answer. – I am very pleased that you asked me that question. We might actually get some sense and common ground in this debate.

Dienstag, 21. Oktober 2014

It is quite clear. Instead of politicians, the Commission or national governments trying to pick winners, leave it to the market. The market will decide which will provide us with the sustainable energy for the future. Yes, I agree with you; let us not subsidise nuclear. I agree with you; let us not subsidise solar or wind. Let the innovators come forward and meet those challenges, and you and I might find ourselves on the same side in the debate.

José Inácio Faria, em nome do Grupo ALDE. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Senhor Della Vedova, em representação do Conselho, Caros Colegas, a próxima reunião do Conselho Europeu decorrerá num momento político importante: uma nova Constituição do Parlamento Europeu e uma nova Comissão Europeia. Tem pela frente enormes desafios no que respeita ao crescimento económico, à reindustrialização da Europa e à sua compatibilização com os objetivos climáticos.

A política energética é de importância inegável para ambos os termos desta equação. Se há sobrecustos energéticos a combater, não podemos distorcer a realidade e concentrarmo-nos apenas nas energias renováveis maduras. Devemos ter a coragem de olhar igualmente para as ajudas prestadas ao setor energético fóssil. Se queremos apostar na eficiência energética, na segurança do abastecimento e contrariar a nossa dependência face ao exterior, há que assegurar um ambiente estável ao investimento nestes domínios.

Como disse o Sr. Comissário, a bola está do nosso lado. Devemos estabelecer metas ambiciosas para a limitação da emissão de gases com efeito de estufa e objetivos vinculativos e ambiciosos para a penetração de energias renováveis e eficiência energética.

Apelo, por isso, a que o próximo Conselho Europeu respeite a posição do Parlamento e estabeleça um quadro sobre a energia e o clima para 2030 que propicie o crescimento verde, que represente um menor peso para a balança comercial europeia e que reduza a poluição atmosférica.

Finalmente, quero referir que o mercado único europeu de energia não é possível sem as infraestruturas transfronteiriças necessárias ao trânsito dos fluxos energéticos. É inadmissível que continuem a subsistir zonas geográficas quase isoladas do sistema energético europeu e que, de outra forma, muito poderiam contribuir para menores custos e para a segurança do abastecimento. Torna-se, por isso, absolutamente fundamental, neste quadro para a energia e o clima, uma quarta meta vinculativa, respeitante a um nível mínimo de interconexões entre os Estados-Membros.

Νεοκλής Σουλκιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, η ανάγκη ενίσχυσης της ενεργειακής ασφάλειας απορρέει πρωτίστως από το γεγονός ότι η ενέργεια συνιστά βασικό ανθρώπινο αγαθό, στο οποίο όλοι πρέπει να έχουμε ισότιμη πρόσβαση. Ως εκ τούτου, δεν πρέπει να αποτελεί ζητούμενο ανταγωνισμών που να εξελίσσονται σε οικονομικούς ή στρατιωτικούς πολέμους, αλλά πρέπει να υπηρετεί την ειρήνη και τους λαούς της Ευρώπης. Προς αυτή την κατεύθυνση το επερχόμενο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο θα πρέπει να επικυρώσει το αυτόνομο.

Το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο οφείλει επίσης να καταγγείλει τις προκλητικές ενέργειες της Τουρκίας και να αποτρέψει την παράνομη οδηγία του τουρκικού ΥΠΕΞ που τέθηκε σε εφαρμογή την 20ή Οκτωβρίου, με την οποία δεσμεύει παράνομα περιοχές νοτίως της Κύπρου, παραβιάζοντας έτσι τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κυπριακής Δημοκρατίας, αλλά και τα δικαιώματα της Ευρωπαϊκής εταιρείας, της ENI, που διεξάγει αυτήν την περίοδο ερευνητικές γεωτρήσεις εντός της κυπριακής ΑΟΖ.

Υπενθυμίζουμε ότι πρόκειται για κυριαρχικά δικαιώματα κράτους μέλους του ΟΗΕ και της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τα οποία είναι κατοχυρωμένα από τη Συνθήκη για το Δίκαιο της Θάλασσας και οριοθετημένα με γειτονικά κράτη. Ζητούμε το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο να επιδείξει έμπρακτα την αλληλεγγύη του με ένα κράτος μέλος υπό απειλή. Τι αξία έχει η ρήτρα αλληλεγγύης όταν κάποιος κωφεύουν στις απειλές από μια χώρα που βρίσκεται σε ενταξιακή πορεία με την Ευρωπαϊκή Ένωση; Όταν η χώρα αυτή είναι υπαίτια για την αναστολή του διαλόγου για την επίλυση του κυπριακού προβλήματος, πρόβλημα από το οποίο υποφέρει ολόκληρος ο λαός της Κύπρου, ελληνοκύπριοι και τουρκοκύπριοι.

Επιτρέψτε μου να υπογραμμίσω ακόμα ότι είναι απαράδεκτο το γεγονός ότι το Κοινοβούλιο δεν συζητεί σήμερα την επιθετική και παράνομη στάση της Τουρκίας έναντι του κράτους μέλους, παρά τις προσπάθειες που καταβλήθηκαν από την ομάδα μου, την GUE/NGL.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je dois être un grand naïf ou un petit peu optimiste sur les bords de temps en temps, mais je me rappelle qu'en mars 2011, après la catastrophe de Fukushima, la très pro-nucléaire chancelière Merkel s'est dit: «Sapristi, la transition énergétique est une exigence environnementale et une opportunité économique pour l'Allemagne.» Et elle s'y est lancée de plein cœur.

Je me disais qu'après la crise de l'Ukraine, c'est l'ensemble des dirigeants européens qui seraient arrivés à la conclusion qu'il s'agit non seulement d'une exigence environnementale et d'une opportunité économique, mais aussi d'un impératif stratégique. Je m'attendais donc à ce que le Conseil, qui va bientôt se réunir, adopte très facilement la position du Parlement européen.

Je vous rappelle le rapport Delvaux, adopté à la fin de la législature précédente, qui insiste sur la nécessité d'avoir un triple objectif, à la fois ambitieux et contraignant. Parce que, comme vous le savez – je n'ai pas trouvé l'expression française équivalente –: «*What gets measured, gets done.*» Et à l'inverse, ce qui n'est pas mesuré n'est pas fait. Nous avons des objectifs contraignants pour les réductions de CO₂ et pour la part des énergies renouvelables, et nous les atteignons. Nous avons un objectif non contraignant pour l'efficacité énergétique. Et devinez la suite? Nous ne l'atteignons pas! Par conséquent, le seul moyen pour l'Europe de réaliser ce qu'elle pense devoir réaliser est de se fixer un triple objectif contraignant. Il s'agit, je le rappelle, d'une exigence environnementale. Le changement climatique touche déjà l'Union européenne; il ne concerne pas seulement l'océan Pacifique, mais aussi l'Italie ou la France. Ainsi, bientôt vous ne connaîtrez plus les vins de Bordeaux tels que vous les connaissez aujourd'hui. C'est donc une exigence environnementale.

Bien entendu, c'est aussi une exigence géostratégique si nous voulons accéder à l'indépendance énergétique. Ce n'est pas en remplaçant la dépendance à l'égard de Poutine ou des cheikhs du Golfe par la dépendance à l'égard des États-Unis ou de l'Afrique que nous serons indépendants. Si nous voulons être indépendants, nous devons nous tourner vers l'énergie renouvelable.

Enfin, il s'agit d'une opportunité économique. Comme je le disais à José Manuel Barroso, si l'Europe veut avoir quelque chose à offrir dans le monde du XXI^e siècle, si elle veut avoir une longueur d'avance sur le plan non seulement de la technologie mais aussi du modèle d'entreprise et du modèle d'organisation sociale, elle doit accomplir une révolution énergétique. Par conséquent, je voudrais engager le Conseil à s'y lancer de plein cœur.

(L'orateur accepte de répondre à deux questions «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – I come from an area in the West Midlands called Dudley, and there are pensioners there who, last year, told me they could not afford to have the heating on. They were struggling, having to sit with blankets on them. They were desperate. I have noted what you were saying about the triple lock, and your agenda going further for CO₂ emissions reduction, etc., but what would you say to those pensioners, who this winter will be so cold that many of them might even die?

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Ich möchte den Kollegen fragen, wie er das vierte Ziel sieht, das für uns in Europa für neue Beschäftigung so wichtig ist, nämlich die 20 % Reindustrialisierung, die wir uns für 2020 vorgenommen haben, und ob er es als wahrscheinlich betrachtet, dass wir auch ein verbindliches Ziel für eine Reindustrialisierungsquote von 30 % erreichen können, um endlich die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern in Europa bekämpfen zu können, und welche Prioritäten er hier setzen würde.

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur le Président, je crois que ce sont deux questions absolument cruciales et tout à fait fondées.

La première question, de M. Rübzig, concerne la dimension industrielle. Le chantier de la transition énergétique est d'abord et avant tout un chantier industriel. C'est un chantier de modernisation industrielle, mais la production des équipements est aussi un chantier industriel.

Dienstag, 21. Oktober 2014

La question est donc de savoir si nous voulons favoriser une infrastructure industrielle héritée des XIXe et XXe siècles ou construire l'infrastructure industrielle du XXIe siècle. Je suis d'accord avec vous pour dire que certains secteurs, qui sont en nombre extrêmement limité, seraient en effet très exposés à cause d'une transition trop rapide et que ces secteurs doivent être protégés. Nous sommes d'accord. Mais il ne faut pas mettre dans le même sac tous les secteurs industriels.

Quant à la question sociale, elle est à nouveau extrêmement fondée. C'est un véritable problème et il est vrai que, pendant la phase d'investissement de la transition énergétique, nous avons un renchérissement du coût de l'énergie qui, en effet, affecte les plus faibles.

Comment allons-nous alors procéder? Un moyen doit en tout cas être utilisé: la tarification progressive de l'énergie, c'est-à-dire une tarification de l'énergie qui favorise – fiscalement – les foyers les plus démunis. Nous voulions l'expérimenter en Belgique et en certains endroits où nous sommes, nous les Verts, au pouvoir. Cela permettrait d'éliminer l'impact de la transition énergétique sur ces personnes mais cela veut aussi dire que l'on renchérit l'énergie pour les foyers qui ont les moyens de payer. C'est la première partie.

La deuxième partie se base sur le financement à long terme de la transition énergétique, qui permettra à l'avenir de faire des économies. Les financiers sont suffisamment nombreux dans cette maison pour répondre à cette question: comment faire pour anticiper les bénéfices de la transition énergétique et se servir de ces bénéfices anticipés pour financer la transition?

Dario Tamburrano, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, solo chi è cieco non vede che il mondo si trova oggi ad affrontare dei cambiamenti epocali e che tutte le certezze degli anni passati stanno crollando come birilli, una dopo un'altra. Siamo appena entrati in una tempesta perfetta, che include una crisi climatica, energetica ed economica contemporaneamente, che nessun paese, neanche quello con il più grande esercito del mondo, è riuscito finora a contrastare in maniera efficace e soprattutto duratura, perché queste tre crisi sono una novità assoluta per magnitudo e per la loro interconnessione in un pianeta che noi abbiamo voluto globalizzato.

Anche quando in Europa i parametri economici sono apparsi formalmente a migliorare con l'austerità, gli effetti sull'economia reale e sul benessere delle popolazioni sono stati deleteri. Si muore perché non si ha più assistenza sanitaria, perché si perde il lavoro e ci si suicida. Si muore per le alluvioni o perché non si ha più di che mangiare. E lo stesso tessuto politico e sociale europeo che si disgrega sotto i nostri occhi e con esso l'idea originaria di Comunità europea, sempre più avversa tra le popolazioni. Chi sono allora gli antieuropeisti? Chi ha avuto la responsabilità finora di tutto ciò o chi ne sta subendo gli effetti?

Abbiamo bisogno di strumenti nuovi e di politiche lungimiranti che non si limitano a far quadrare dei bilanci incasellati su un foglio *excel*. Non possiamo affrontare problemi nuovi e giganteschi con la stessa mentalità, gli stessi calcoli, gli stessi strumenti di un secolo che è alle spalle da 14 anni. Se c'è una certezza, una sola è che certamente questo non sarà il secolo del *business as usual* come sta invece prendendo per direzione la Comunità europea.

Chiediamo che vengano ridiscussi i trattati, da subito il *fiscal compact*, che le politiche monetarie di bilancio vengano riviste, che venga rivista la stessa struttura decisionale dell'Unione, dando maggiore spazio alle istituzioni elettive dirette come questo Parlamento. Che sia ben in sintesi un nuovo corso per l'Europa, supportato nella fase di passaggio da un reddito di cittadinanza europeo, dove sia prioritaria la transizione verso la regolarizzazione delle attività produttive e la transizione verso la completa indipendenza dalle energie fossili.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Wenn der Rat jetzt im Oktober die Weichen hinsichtlich der Energiepolitik neu stellen will, kann das für Europas energieintensive Industrie zum Schicksalstag werden. Denn obwohl unsere Industrie seit 1980 die Emissionen reduziert hat, sollen nun die Unternehmen ihre CO₂-Emissionen weiter bis zu 40 % senken. Wir haben heute bereits mit Japan die weltweit höchsten Energiepreise bei Strom, die doppelten Kosten wie die USA bei Gas, das Drei- bis Vierfache von Kanada und von den Vereinigten Staaten. Die geplanten Reduktionsverpflichtungen wären auch aus diesen Gesichtspunkten unrealistisch und vor allem unfair, wie am Beispiel des österreichischen voestalpine-Konzerns durchaus erklärbar.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Der voestalpine-Konzern wird dank guter Entwicklung, steigender Produktion, mit europaweit – und das gehört gesagt – den geringsten CO₂-Emissionen, bestraft und wird beim Emissionshandel zum Nettozahler und somit kräftig zur Kasse gebeten. Ein Zukaufbedarf mit Mehrkosten von 800 Millionen Euro ist bis 2020 zu erwarten, eventuell sogar von 2,3 Milliarden bis 2030.

So bringen wir unsere Leitbetriebe um! So zwingen wir unsere Industrie, ins Ausland abzuwandern, in Drittländer zu gehen. Was wir brauchen, sind intelligente Lösungen, eine Zuteilung von Gratiszertifikaten auf der Basis aktueller Benchmarkwerte und nicht auf den Zahlen von 2008 oder 2007. Wir brauchen eine Verteilung nach Emissionsintensität. Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit, und vor allem müssen die Reduktionsziele weltweit vergleichbar und auch dementsprechend harmonisierbar sein.

Andrzej Grzyb (PPE). - Jesteśmy przed kluczowymi decyzjami Rady Europejskiej dotyczącymi przyszłości polityki klimatycznej, energetycznej, przyszłości naszej polityki gospodarczej w Unii Europejskiej. Prezydencja prezentuje sześć celów w zakresie polityki klimatycznej, ale jednocześnie jako posłowie jesteśmy pytani: czy możliwa jest redukcja o 40% emisji przy zachowaniu wzrostu gospodarczego?

Czy nowe cele redukcyjne pozwolą m.in. na odbudowę miejsc pracy: tych 5 mln, o których mówimy w strategii Europa 2020?

Czy pozwolą również na to, aby uzyskać z przemysłu, w ramach reindustrializacji, wzrost PKB sięgający z 16 do 20 %? To jest cel nowej Komisji.

Czy nowe cele redukcyjne nie spowodują *carbon leakage* – przeniesienia produkcji oraz również emisji poza Unię, a co za tym idzie być może również ograniczenia zdolności poszczególnych krajów członkowskich i ich gospodarek?

Jak sprostamy konkurencji w ramach nowej umowy wolnego handlu ze Stanami Zjednoczonymi, zważywszy, że ceny energii w Unii są wyższe, że w Stanach Zjednoczonych odnotowuje się ponad 4-procentowy wzrost, a ceny energii są tam niższe, chociażby ze względu na ceny gazu łupkowego?

Jak rozwiązać kwestie dostaw energii (gaz ma być jednym z elementów obniżenia emisji, również gaz z importu), gdy energia stała się polem i ośrodkiem konfrontacji, o czym świadczy konflikt Rosji z Ukrainą?

Chciałbym powiedzieć, że mamy różne cele. Chcemy osiągnąć redukcję, zwiększyć poziom odnawialnych źródeł energii, efektywność, odnieść także wizerunkowy sukces, jeżeli chodzi o COP21, ale również chcemy utrzymania cen energii oraz ilości uprawnień do emisji, chociażby ze względu na kryzys, który miał miejsce.

Generalny spór to wysokość celów redukcji i podział pomiędzy państwa. Może niech więcej uczynią państwa, które mogą więcej zredukować, a inne podług możliwości ekonomicznych i społecznych. Państwa członkowskie – to już moje ostatnie stwierdzenie, Panie Przewodniczący – powinny mieć prawo wyboru ścieżki dojścia do celów redukcyjnych, ilości OZE i wdrożenia efektywności energetycznej. Nie powinno się forsować podejścia „one size fits all”.

Maria João Rodrigues (S&D). - Mr President, the next European Council is supposed to approve the upcoming European Commission, but it should also be able to deliver a real turning point for Europe. We need this turning point. Markets, as we know, are afraid of deflation risks. But much more than that, the European citizens who elected us are waiting for this turning point. From my perspective, this means to choose from now on as the central priority of Europe, no longer fiscal consolidation, but growth, investment and job creation. This means that we should have, from now on, more time to reduce public deficits; we should have more room to make public and private investments; we should have better coordination of economic policies to sustain demand, and we should adopt another approach to reforms.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Yes, we need reforms, but not just to reduce costs. We need reforms to create more added values, to create more and better jobs, and to create a new kind of global competitiveness for Europe. These are the kind of reforms we need, so I really hope that this new approach will be taken on board by the new Commission – as well as the Italian Presidency – as we prepare for the next phase of Europe 2020 strategy. So far the strategy has not been working; we need to recognise this. We need to bring a new light, a new inspiration to this strategy, which is there precisely to deliver growth and jobs but with a future perspective.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). - Panie Przewodniczący! W tym Parlamencie wiele się mówi o sprawiedliwości, o równości szans, o wspieraniu słabszych. Także w realizacji swoich celów klimatycznych Unia nie powinna zapominać o tych zasadach. Powinno to zostać uwzględnione w czasie zbliżającego się szczytu, który w Polsce oczekiwany jest z wielkim zainteresowaniem, ale i z ogromną obawą. W tym wypadku chodzi o nierówność między krajami, między bogatymi i biednymi społeczeństwami, o prawo do gospodarczego rozwoju. Niektóre kraje przez wiele lat budowały swoją pozycję gospodarczą, kumulowały bogactwo zanieczyszczając środowisko. Są też w Europie kraje, które przeszły bolesną transformację ustrojową i które ciągle jeszcze nadrabiają skutki znalezienia się nie ze swej własnej woli w sowieckiej strefie wpływów.

Polacy oczekują od Unii Europejskiej pomocy w modernizacji jej elektrowni węglowych, a nie dalszej dezindustrializacji i osłabienia gospodarczego w wyniku przyjęcia wyśrubowanych standardów ekologicznych, tym bardziej, że takie kraje jak Niemcy emitują więcej dwutlenku węgla na głowę mieszkańca niż Polska, budują nowe elektrownie oparte na węglu, zwiększając wydobycie węgla brunatnego. Przypomnę, że około 45% energii elektrycznej w Niemczech pochodzi z węgla i że w ostatnich latach powstały w tym kraju 4 nowe elektrownie. Obciążenia związane z celami klimatycznymi muszą uwzględniać w większym stopniu niż do tej pory odmienny poziom rozwoju i zamożności krajów członkowskich.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, και στην επόμενη Σύνοδο Κορυφής θα κυριαρχήσει το θέμα της οικονομίας. Γιατί έχουμε 3 εκατομμύρια περισσότερους ανέργους, γιατί έχουμε το 25% των ευρωπαίων που ζουν σε φτώχεια, γιατί η ευρωζώνη απειλείται με ύφεση και με αποπληθωρισμό. Κύριε Katainen και κύριε Della Vedova, αντί για γενικόλογες ερωτήσεις και τοποθετήσεις ρουτίνας, πείτε μας τι συζητάτε πίσω από κλειστές πόρτες.

Κύριε Katainen, πριν λίγες μέρες κάνατε μια δήλωση για την ελληνική οικονομία. Αυτή η νέα γραμμή πίστωσης, η προληπτική, θα συνοδεύεται με όρους, δηλαδή με νέο μνημόνιο; Θα συμμετέχει στο νέο πρόγραμμα και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο; Τι θα γίνει με τον προϋπολογισμό της Γαλλίας; Έχει πρόταση η Επιτροπή ή περιμένετε να δείτε τι θα αποφασίσει πριν ο κύριος Σόιμπλε που το συζητήσε χθες με τον κύριο Σαπέν; Πότε θα μας πείτε σχετικά με το πότε, το πώς και από πού για τα 300 δισεκατομμύρια ευρώ, που εδώ και μήνες μας έχει υποσχεθεί ο κύριος Γιούνγκερ; Ως πότε η Επιτροπή και το Συμβούλιο θα ακολουθούν δογματικά, ότι επιτρέπει η κυβέρνηση Μέρκελ; Πότε θα κάνετε τις δικές σας προτάσεις;

Η λιτότητα, η ανεργία, η ύφεση, οι ανισότητες παράγουν ευρωαδιαφορία και αντιευρωπαϊσμό. Εσείς είστε οι αντιευρωπαίοι και όχι η ευρωπαϊκή αριστερά που διεκδικεί μια Ευρώπη δημοκρατική, κοινωνική, με ισχυρό κοινωνικό κράτος και με ανάπτυξη.

Peter Eriksson (Verts/ALE). - Herr talman! Jag vill rikta mig till Europas premiärministrar som nu samlas för att komma överens om målen i klimatpolitiken. Jag vill att ni ska stå upp för kunskap, vetenskap och rationalitet. Böj er inte för kortsiktiga intressen och ignorans. Det går att förhandla ner målen och skjuta upp besluten. Man kan titta bort, men problemen försvinner inte. De blir bara värre. De drabbar allt fler och kostar mer.

Klimatförändringarna är nämligen på riktigt och orsaken vet vi alla och känner vi alla till. Det handlar om att vi eldar upp de fossila bränslena, olja, kol och gas. Men lösningarna finns här redan. Se på de länder som har satsat på förnybara bränslen. De har kvar sin industri. De har lägre energipriser.

Därför vädjar jag till er Europas regeringschefer: stå upp som vuxna människor. Visa att ni är värdiga ledare och ta det ansvar som krävs för att möta klimatutmaningen.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD). - Panie Przewodniczący! Wielokrotnie już podkreślano w debacie publicznej, jak szkodliwa dla europejskiego przemysłu jest unijna polityka klimatyczna. Na ołtarzu wydumanej ideologii globalnego ocieplenia składa się realne interesy przedsiębiorców, również polskich przedsiębiorców.

Dienstag, 21. Oktober 2014

W szczycie będzie brała udział polska delegacja wraz z nowym premierem. Wzywam polski rząd do zawetowania ustaleń tego szczytu! Zamiast wzrostu kosztów energii polski przedsiębiorca potrzebuje niskich podatków, ograniczonej administracji i prostych reguł działalności gospodarczej. Dla Polski przyjęcie nowych propozycji Komisji Europejskiej czy nawet kontynuowanie dotychczasowej unijnej polityki klimatycznej oznacza katastrofę gospodarczą. Jeśli obecnie cena megawatogodziny w Polsce wynosi około 160 zł, to w niedalekiej przyszłości będzie wynosiła już 320 zł. Wydatki na prąd przeciętnej polskiej rodziny wzrosną więc wielokrotnie. Wzywam jeszcze raz do zawetowania ustaleń tego szczytu!

Elisabetta Gardini (PPE). - Signor Presidente, onorevoli deputati, il sottosegretario Benedetto della Vedova per il Consiglio ha parlato di crescita, di posti di lavoro, di competitività. Il Commissario Katainen dice che siamo stati realisti perché abbiamo coniugato clima ed energia. Ecco, io credo che qui stia la sintesi che noi dobbiamo trovare è il nostro realismo.

Gli elementi relativi alla competitività devono essere elementi chiave: noi stiamo uscendo lentamente dalla crisi, troppo lentamente, e per questo dobbiamo promuovere prima di tutto crescita, sviluppo, creazione di posti di lavoro, in tutte le nostre politiche. E qui voglio ricordare l'obiettivo posto dalla comunicazione per un rinascimento industriale europeo. L'obiettivo è la reindustrializzazione del 20% al 2020 e questo è un obiettivo che noi dobbiamo sempre ricordare quando noi parliamo di tutte le nostre agende.

Lei Commissario ha detto che a Parigi – si è dimostrato ottimista – esiste la possibilità di un accordo. Ecco io seguo le coop da Copenaghen e non sono così tanto ottimista, ma oggi voglio fare uno sforzo, voglio essere ottimista come lei. Ma noi andiamo a Parigi avendo già preso degli impegni in modo unilaterale? Noi andremo lì a Parigi avendo già preso degli impegni! Allora, io dico, va bene noi vogliamo spingere, vogliamo mettere sul tavolo questi impegni per portare il resto del mondo ad aggregarsi, a sottoscrivere questo accordo. Siamo sicuri che l'avremo? Voglio essere ottimista. Sappiamo che è molto più facile quando parliamo di rinnovabili, di tecnologie, di ricerca e innovazione, di accordi bilaterali, multilaterali, ma quando si parla dell'accordo globale tutto molto più difficile.

Allora, io qui voglio raccogliere, chiedendovi di mantenere l'attuale sistema di garanzie per i settori più esposti a rischio *carbon leakage* perché stiamo chiedendo loro un ulteriore sforzo, di mantenerlo o di rafforzarlo e chiudere con le parole di Barroso. Manteniamo la *leadership* ma non isoliamoci, perché questo è il rischio che a volte corriamo. Voglio essere ottimista, ma manteniamo la *leadership* senza isolarci!

Kathleen Van Brempt (S&D). - Voorzitter, collega's, het is van wezenlijk belang dat de regeringsleiders aanstaande vrijdag hun verantwoordelijkheid nemen, wanneer ze beslissingen nemen. En laten we hopen dat ze beslissingen nemen op het vlak van energie en klimaat, van het energieklimatepakket 2030.

Want als Europa en de Raad zich vrijdag van die verantwoordelijkheid ontdoen, dan hebben we een heel groot probleem in Lima of Parijs. Dan kan Europa niet zeggen, we nemen onze verantwoordelijkheid, en andere delen van de wereld – ik denk aan China en de Verenigde Staten – verzoeken om die verantwoordelijkheid ook te nemen. Dus nu moet die verantwoordelijkheid genomen worden.

We hebben in het Europees Parlement afgelopen jaar, februari van dit jaar, belangrijke lijnen uitgezet. Het gaat niet om de lijn van één fractie, want van onze fractie mocht die nog wat ambitieuzer zijn. Het is de lijn van een grote meerderheid in het Europees Parlement. En die gaat over drie afdwingbare doelstellingen op het Europese niveau. U kent ze: de 40 procent reductie van de CO₂-uitstoot, de 40 procent energie-efficiëntie en de hernieuwbare energie.

En vrijdag in de Raad – dat hebben we toch horen zeggen – zou ongeveer de helft van de lidstaten bereid zijn om over te gaan op een reductie van de uitstoot van minstens 40 procent. En die minstens 40 procent, minstens 40 procent, is ontzettend belangrijk – want dat is ook wat het Europees Parlement wil – en dat geeft ons enige flexibiliteit als we straks op het internationaal toneel ook anderen op hun verantwoordelijkheid willen wijzen. Dus laten we alstublieft die weg opgaan.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Maar daar houdt het natuurlijk niet bij op. Het is een totaalpakket. Ook in Europa moeten we fossiele brandstoffen en onconventionele fossiele brandstoffen niet verder subsidiëren en moeten we ook die twee andere doelstellingen invullen. Oxfam berekende recent – en dat is toch een belangrijke bron – dat een doelstelling van 40 procent energie-efficiëntie, 40 procent energie-efficiëntie, élk gezin, elk gezin in de Europese Unie een kostenbesparing van 300 euro oplevert.

Dus zeggen dat er een tegenstelling bestaat tussen energie-efficiëntie en duidelijke doelstellingen, en de toekomst, klopt helemaal niet. Ik roep de regeringsleiders op om aanstaande vrijdag hun verantwoordelijkheid te nemen.

Ulrike Trebesius (ECR). - Herr Präsident! Ich habe mir einige der designierten Kommissare in Brüssel angehört, darunter auch Herrn Katainen. Was ich bei den meisten vermisst habe, sind neue Ideen und Strategien, wie mit den Problemen in der EU zukünftig umgegangen werden soll. Obwohl die Ergebnisse der Europawahlen eine deutliche Sprache gesprochen haben, wird auf die Forderungen der Bürger nicht eingegangen, sich von Zentralismus, Bevormundung und Überregulierung abzuwenden. Man weigert sich weiter, die wahren Ursachen der Krise – wie beispielsweise die Verschleppung wichtiger Reformen – zu beseitigen. Stattdessen betreibt man weiter Umverteilungspolitik und verlagert die Probleme in die Zukunft.

Herr Draghi versucht seit Jahren, den Euro mit zweifelhaften Maßnahmen zu retten, Zeit zu kaufen, und Sie versuchen nun Gleiches mit einer Bankenunion, mit einer zukünftigen europäischen Arbeitslosenversicherung. Sie schönen Ihre Bilanzen, indem Sie neuerdings ins BIP auch noch Umsätze aus Prostitution und Drogenhandel hineinrechnen. Und nun wollen Sie auch noch eine gemeinsame Energiepolitik betreiben, als hätten wir nicht dringlichere Probleme zu lösen.

Was wird von unserem Kontinent übrig bleiben, wenn Sie damit fertig sind?

Barbara Spinelli (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli deputati, nuova crescita, sicurezza energetica, clima, sono i temi trattati al prossimo Consiglio europeo. Spero che vengano trattati insieme, perché ognuno dipende dagli altri due. Questa interdipendenza è appena accennata nel piano Juncker, c'è in esso un accenno alla *green economy* ma non basta. Per far ripartire le economie europee dopo anni di austerità distruttiva occorre un vero *new deal*. Penso al *new deal* per l'Europa, un'iniziativa cittadina che dovrebbe essere fatta proprio dall'Unione, anche se potrebbe mancare il milione di firme richieste. È l'orizzonte che permette di tenere insieme obiettivi pericolosamente disgiunti, protezione del clima, occupazione, investimenti in energia alternativa e in approvvigionamenti sicuri.

Il piano dipende dai contributi nazionali ai fondi strutturali e alla BEI. Dunque gli Stati più indebitati non potranno contribuire. Il *new deal* proponendo vere risorse proprie dell'Unione, una tassa sulle transazioni finanziarie, un *carbon tax* può dare alla crescita una dimensione ecologica e tassare non il lavoro sempre più precario, ma le rendite finanziarie. Purtroppo invece di tassare le rendite finanziarie, il Consiglio Ecofin ha deciso di rinviare ancora l'applicazione della direttiva sulla lotta ai grandi evasori.

Yannick Jadot (Verts/ALE). - Monsieur le Président, en 2008, les institutions européennes adoptaient le premier paquet climat-énergie et, de fait, l'Europe prenait un rôle dirigeant en matière énergétique, en matière de climat et en matière industrielle.

Malheureusement, cette ambition s'est essoufflée et le paquet proposé par la Commission européenne, sur lequel vont travailler nos dirigeants européens, réduit considérablement cette ambition. Avec 30 % d'objectif d'efficacité, c'est une ambition réduite d'un tiers entre la décennie 2010 et la décennie 2020. Avec un objectif de 27 % d'énergies renouvelables, c'est une ambition réduite de moitié. Alors, comment cette nouvelle Commission peut-elle considérer qu'avec un tel paquet nous allons être les leaders mondiaux en matière de climat et d'énergie?

Nous parlons ici beaucoup d'économie et de réalisme mais le réalisme, c'est qu'avec 40 % d'efficacité, on se passe du gaz russe. Le réalisme économique, c'est que deux tiers des nouvelles capacités électriques installées en Europe sont des sources d'énergie renouvelables. Voilà le réalisme économique, voilà le réalisme climatique.

Ayons de l'ambition pour être pragmatiques, pour sauver le climat, pour sauver l'industrie européenne et pour créer des emplois!

Dienstag, 21. Oktober 2014

Massimiliano Salini (PPE). - Signor Presidente, onorevoli deputati per avere una politica di sviluppo economico realizzabile dobbiamo porci il problema di integrare i vari fattori di cui anche oggi abbiamo sentito parlare. Però, vi è un'osservazione che mi sento di fare, perché spesso ci sentiamo in dovere di rendere vincolanti – lo diceva prima con chiarezza il collega Rübiger – gli obiettivi di carattere climatico. Ma par che nessuno abbia il coraggio di assumere come vincolanti gli obiettivi legati alla reindustrializzazione del nostro continente e dei nostri paesi.

Allora, la domanda forte che io chiedo, venga fatta propria dal Consiglio, ma che diventi il clima con cui si ragiona anche all'interno di quest'Aula, la domanda è: ma chi riteniamo possa ridare speranza agli europei? Chi riteniamo possa dare speranza e lavoro ai nostri concittadini? A partire da quale modello di sviluppo economico riteniamo si possa dare un vero segnale di fiducia a tutti coloro che storicamente si assumono la responsabilità di dare lavoro, occupazione, di generare valore. Io credo, che quando ci si è dati come obiettivo quello, entro il 2020, di generare un PIL che almeno per il 20% veda la presenza della grande tradizione manifatturiera del nostro continente e delle nostre nazioni, beh, in quel momento ci siamo dati un obiettivo di carattere vincolante. Se non sapremo rispettarlo, avremo fallito e tutti gli altri obiettivi arrivano di conseguenza.

Non credo nella possibilità di uno sviluppo economico che trascuri il valore educativo della cultura d'impresa. La cultura d'impresa è ciò che, qualcun altro l'ha detto prima di me, domandandosi cosa potrà raccontare ai suoi figli. Io ne ho tre di figli e ai miei figli racconto che senza capacità di intraprendere non c'è futuro: rischiare significa dare una possibilità di speranza a tutti. Tutti gli obiettivi di carattere energetico e climatico devono sottostare a questo obiettivo generale!

Matthias Groote (S&D). - Herr Präsident! Wenn man einigen Kollegen hier so zuhört, die den Markt propagieren, muss man sagen, das ist richtig. Der Markt braucht stabile Rahmenbedingungen. Aber was der Kollege Kamall von der ECR hier zum Besten gegeben hat, das schlägt dem Fass schon fast den Boden aus. Die britische Regierung ist es nämlich, die über 35 Jahre 43 Milliarden Euro in eine Planwirtschaft gibt, wo mit Atomkraftwerken eine feste Einspeisevergütung gewährleistet wird. Hier den freien Markt propagieren, aber zu Hause das Entgegengesetzte tun, das – muss ich sagen – ist wirklich unverfroren und an Unwahrheit nicht zu überbieten.

Worum geht es? Der Markt, Industrie und auch Klimaschutz können miteinander kombiniert werden. Davon bin ich fest überzeugt. Wir brauchen in Europa Investitionssicherheit, damit Unternehmen Geld in die Hand nehmen, um in *low carbon industry* zu investieren, um in erneuerbare Energien zu investieren. Dafür brauchen wir einen funktionierenden Emissionshandel. Dafür brauchen wir funktionierende Rahmenbedingungen. Das kann laufen. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir doch Zuwachsraten, und was die Jobs angeht, da träumen wir doch eigentlich in anderen Bereichen nur davon. Diesen Weg müssen wir weiter konsequent nach vorne gehen. Das geht aber nur mit einem starken Emissionshandel.

Wir haben zur Zeit einen Preis von 6,15 EUR, 30 EUR waren veranschlagt. Übrigens, die EU-Kommission, Herr Katainen, hat mit 30 EUR für die *carbon list* kalkuliert. 6,15 EUR zu 30 EUR. Die Differenz wird der europäische Steuerzahler jetzt zahlen. Da werden wir keine Zustimmung in der Bevölkerung bekommen. Da müssen wir etwas ändern. Da müssen wir ran, und dann kann etwas daraus werden.

Evžen Tošenovský (ECR). - Pane předsedající, pane komisaři, opětovně dnes diskutujeme o problematice tzv. klimatického balíčku. O tom, že tento problém je velmi komplikovaný, svědčí i celý proces projednávání tady v Parlamentu, kdy se těžce hledal kompromis mezi Komisí a Parlamentem. I samotné hlasování před několika měsíci zdaleka nebylo jednoduché a ve výsledku bylo spíše překvapivé.

Jako dlouholetý člen výboru ITRE a po mnoha zajímavých diskusích ve výboru bych velmi apeloval na uvážlivost při přijímání tzv. ambiciózních závazků a cílů do budoucna. Pro každého rozumného politika je ochrana životního prostředí důležitá. Sami také dobře víme, že přehnané zásahy do ochrany životního prostředí mohou způsobit často pravý opak.

Přemrštěné regulační cíle klimatického balíčku mohou ohrozit konkurenceschopnost členských zemí, zhoršit tak ekonomickou výkonnost celé Evropské unie a následně zhoršit i životní prostředí, což určitě není v našem zájmu.

Adina-Ioana Vălean (PPE). - Mr President, the geopolitical climate at our eastern border is still frozen in limbo and, as the approaching winter becomes the main negotiation tool for our eastern supplier, pragmatism appears to be the word on everyone's lips. But I beg to differ and this is why. For the completion of the single energy market we need to fill in the missing links in the infrastructure. We need to get smart and we need direct access to the global energy market through multiple entry points. A fully functioning internal energy market connected to the global market is the key to security of supply and to the long-term competitiveness of our industry.

Dienstag, 21. Oktober 2014

The resources we need for infrastructure cannot be covered by public money. We need to attract private investment, making better use of the financial instruments we have put in place. Focussing on a CO2 emissions reduction target that will keep our air clean is good, but we must also allow Member States to decide themselves how they want to streamline their efforts on renewables and energy efficiency because each competitiveness pole in Europe needs different policy tuning and a different energy mix. That is why a general emissions reduction target with flexible implementation is the choice to make.

Keeping our industry competitive and creating a real European market in energy with low prices and numerous supply sources is not a pragmatic choice; it is a choice for growth and this is what should be in our leaders' minds at this upcoming Summit.

Roberto Gualtieri (S&D). - Signor Presidente, onorevoli deputati, i dati macroeconomici così oggettivamente negativi e preoccupanti dovrebbero consigliare quell'atteggiamento autoconsolatorio che ho sentito ora nelle parole della Commissione. Auspico che siano le parole della Commissione Barroso e non quelle della Commissione Juncker. Occorre una svolta, perché la situazione è davvero seria e preoccupante. Un nuovo *policy mix* che lavori sull'offerta e sulla domanda e non lasci sola la BCE. E per questo gli investimenti, la domanda di oggi e l'offerta di domani, sono particolarmente decisivi.

Noi ci aspettiamo che il Consiglio europeo aiuti la Commissione a definire un piano di investimenti ambiziosi. Certo, occorre mobilitare investimenti privati, ma per farlo servono risorse pubbliche su cui fare leva. Si dice: non ci sono queste risorse, ci sono problemi procedurali. Io non lo penso, le risorse ci sono, i problemi procedurali possono essere superati, quel che serve è la volontà politica. Noi auspichiamo che nel prossimo Consiglio europeo questa volontà politica emerga.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). - Panie Przewodniczący! Za trzy dni Rada ma podjąć kluczowe decyzje określające ramy polityk energetyczno-klimatycznych do 2030 roku. Poprzednie ramy do roku 2020 zostały podjęte 12 lat przed datą wyznaczającą osiągnięcie celu. Dziś robimy to aż z 16-letnim wyprzedzeniem. Czym uzasadniony jest ten pośpiech? Tym bardziej, że wątpliwa jest strategia negocjacyjna na szczyt klimatyczny w Paryżu zakładająca, że cały świat oczekuje naszego przywództwa w ratowaniu klimatu. Zapewne po raz kolejny nic to nie da, a jednocześnie skażemy się na poważne problemy, szczególnie przy ustanowieniu czterdziestoprocentowego celu redukcji emisji gazów cieplarnianych. Obniżymy nasze bezpieczeństwo energetyczne, ograniczając możliwość korzystania z rodzimych surowców, i skażemy jednocześnie nasze gospodarki na konkurencję państw, które nie będą ponosić podobnych kosztów. Wszystko to w sytuacji, kiedy Komisja Europejska zastanawia się, jak ożywić przemysł i podnieść jego udział w PKB z 16 do 20%. Dla Polski wprowadzenie unijnego planu wiązałoby się z nieproporcjonalnie wysokimi kosztami, czego konsekwencją byłaby gospodarcza i społeczna degradacja w mojej ojczyźnie. Na to zgody nie będzie.

András Gyürk (PPE). - Tisztelt képviselőtársaim! Két okból is jó döntés, hogy az Európai Tanács napirendjére vette az ellátásbiztonság kérdését. Egyfelől az orosz–ukrán helyzet nyilvánvaló aktualitást ad az ügynek, másfelől a tagállamok azok, amelyeknek jócskán van tennivalójuk ezen a téren.

Az elmúlt évek során a Bizottság és a Parlament munkájának köszönhetően az összes létező eszköz, intézkedés, akcióterv megnevezésre került, ami az európai ellátásbiztonság növelését szolgálhatja. Ezek közül jó néhány mára meg is valósult. Számtalan esetben azonban a tagállamok el vannak maradva a végrehajtással, illetve a jogszabályok betartásával. Lassan halad például a kötelező fizikai kétirányúsítás vagy éppen az egyszerűsített infrastruktúra-engedélyezési folyamatok kialakítása. Ennek következtében az elkövetkező időszakban a hangsúlyt a jóval hatékonyabb végrehajtásra kell helyezni. Két területet külön is kiemelnék. Az egyik legfontosabb korábbi bizottsági kezdeményezés a külső stratégiai partnerekkel és szállítókkal szembeni egyeztetett fellépésre irányult. Ezért is öröndetes, hogy a külügyi és biztonságpolitikai főképviseelő-jelölt célul tűzte ki a tagállamok közötti megfelelő koordináció feltételeinek megteremtését. A másik kiemelt fontosságú középtávú intézkedésről, a közös érdekű projektek megvalósításának felgyorsításáról is folyik már a párbeszéd egy ideje. Támogatom azt a javaslatot, hogy a Bizottság vállaljon nagyobb szerepet a projektkoordinációban.

Tisztelt képviselőtársaim, befejezésül hadd hangsúlyozzam ismét, a labda most a tagállamok térfelén pattog. A Parlament a munka rá eső részét jórészt elvégezte. A magasabb szintű ellátásbiztonság sikere most elsősorban a Tanácson és a tagállamokon múlik.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Mirosław Piotrowski (ECR). - Panie Przewodniczący! Rada ma omawiać i przyjąć nowe propozycje redukcji CO₂, co byłoby niezwykle groźne dla gospodarki krajów Europy Środkowo-Wschodniej, w tym Polski, jak również dla całej gospodarki europejskiej. Wierząc w rzekomy decydujący wpływ człowieka na zmiany klimatyczne, Unia Europejska chce być liderem ograniczania emisji dwutlenku węgla na świecie. Polityka ta bez wątpienia doprowadzi do obniżenia konkurencyjności naszej gospodarki, a w niektórych państwach członkowskich całkowicie ją zniszczy. Zgoda na przyjęcie nowych propozycji automatycznie doprowadzi do drastycznych podwyżek cen energii, a w konsekwencji katastrofy gospodarczej, na przykład w Polsce. Wiele europejskich zakładów ucieka na przykład do Azji, emitując stamtąd CO₂. Zamiast brnąć w nonsensowne rozwiązania, lepiej postawić na nowoczesne elektrownie węglowe. Dlatego odpowiedzialni szefowie rządów powinni podczas posiedzenia Rady proponowany projekt zawetować.

Milan Zver (PPE). - Hvala za besedo, gospod predsedujoči. Dosežki Barossove Komisije II so izjemni in verjamem, da jih bo tudi Evropski svet pozitivno ocenil. Že predsednik Barosso je v zaključnem govoru danes omenil, da smo z nekaj mehanizmi in ukrepi, kot so evropski reševalni mehanizem, evropski semester, šesterček, dvojni sveženj itd. odločilno pripomogli k temu, da je Evropa danes že skoraj iz krize in da je postala, kar je najpomembnejše, še bolj odporna na tovrstne strese, saj smo vzpostavili ustrezne požarne zidove. Zato imamo varnejši bančni sektor in močnejši euro. Poleg tega smo uvedli več dodatnih spodbud za mala in srednja podjetja, ki so hrbtnica evropskega gospodarstva. Toda kljub krizi smo povečali vlaganje v kulturo, izobraževanje in mladino. naj omenim le Erasmus.

Če se je Evropska unija v času Barossa II bolj usmerila v konsolidacijo Unije navznoter, pa nas čaka v tem Junckerjevem mandatu predvsem pozicioniranje v mednarodnem okolju. Ruska invazija na Ukrajino je porušila razmerje sil v škodo Evrope. Ena od prioritet Evropske unije mora biti čimprejšnja vzpostavitev trgovinskega sporazuma z ZDA. Bolj pa moramo odpreti vrata širitvenemu procesu, balkanskim državam, kakor tudi Moldaviji, Gruziji in Ukrajini. Ena od prioritet mora biti tudi energetska osamosvajanje od Rusije.

In nenazadnje, nova Junckerjeva Komisija bo morala bolj temeljito spremljati tudi izvrševanje vladavine prava v državah članicah, da se na njenih tleh nikoli več ne bo pojavil še kak politični zapornik, kot je to primer Janeza Janše v Sloveniji. Hvala.

Miriam Dalli (S&D). - Il-Kunsill Ewropew u l-Kummissjoni għandhom sfida quddiemhom, dik li jagħmlu politika li tassigura enerġija affordabbli, sigura u sostenibbli. U dan huwa l-bilanċ li rridu nilhqu, imma biex nagħmlu dan irid ikollna netwerk Ewropew tal-gass u l-elettriku shih u komplet, li jgħaqqad flimkien lill-Istati Membri kollha. Teżisti hteġa uġenti li ntemmu l-iżolament li certi Stati Membri bħal Malta jbatu minnu fil-qasam tal-enerġija. Il-proġetti ta' interess komuni ddizinjati biex itemmu dan l-iżolament għandhom ikunu meqjusa bħala prijorità ewlenija għall-Unjoni Ewropea. Fi sforz biex ikunu diversifikati sorsi, rotot u anki suppliers, il-European Energy Security Strategy tappella għal hub tal-gass fil-Mediterran. U iva, nemmen li l-Mediterran għandu rwol kruċjali f'dan kollu. Għalhekk nappella lill-Kunsill Ewropew biex ikollu r-rieda politika li jagħmel politika ta' klima u l-enerġija għas-sena 2030 li tkun ambizzjuża u realistika u li tiffoka fuq is-sigurtà tal-enerġija u miżuri biex ikollna l-interconnections neċessarji fil-Mediterran halli tispiċċa s-sitwazzjoni ta' Stati Membri li huma iżolati u maqtugħa mill-grid Ewropew.

Gunnar Hökmark (PPE). - Mr President, four points that are important. First of all, a clear line versus Russia and its war in Ukraine. This is the most fundamental task for the European Union: to preserve and defend peace. The aggression we see today from Russia is a threat to the peace order of today. This needs the support of all Member States and it must be clear and consistent.

Secondly, we need to attract investment into the European Union. That means that we need to fight red tape, to use the new opportunities of having a Vice-President of the Commission responsible for better regulation and fighting bureaucracy. We can only attract investment if there is an opportunity for companies to profit, for companies to develop. We need capital markets that are liquid all over the European Union. So we need to ensure that our regulation and legislation is not hindering liquidity-making and investment.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Thirdly, we need to secure credibility and the stability of public finances in the European Union. How we face developments in those countries which are not living up to the Stability Pact will be crucial and decisive for the future. If we make new derogations for some countries just because they are big, we are making a big mistake. We did it in 2003; we must not do it now because it will damage the credibility of the whole of the European Union.

Fourthly, the ambitions, the targets for reducing carbon dioxide emissions, are more important than the number of very many different targets. We need to focus and give priority to reducing carbon dioxide emissions, not try to steer the Member States to where they can do things better.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Edouard Ferrand (NI), *question «carton bleu»*. – Monsieur le parlementaire, nous sommes tous un peu fatigués de vos poncifs concernant la Russie. La Russie est un partenaire stable et une grande nation, et vouloir mettre la Russie à toutes les sauces ne fait qu'envenimer nos rapports avec ce grand pays d'Europe.

Ma question est la suivante: ne pensez-vous pas qu'aujourd'hui, à l'aube de tous les projets européens, la Russie représente aussi notre sécurité énergétique?

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card answer*. – To be honest, I do not know on what planet you are living. We have seen for more than a decade that Russia is a threat to European energy security, blocking energy distribution and using its energy resources for political blackmail. Can you not see the fact that one country is invading another country in Europe? If you are defending that, you are defending aggression. You are defending disrespect for sovereign countries, and you are defending those who are threatening Europe's peaceful order. You can do that because you are living in a free Europe, but people like you are undermining our freedom.

(Applause)

Paul Tang (S&D). - Voorzitter, de energie-unie staat de komende jaren op de agenda, te beginnen deze week met de Europese Raad. De energie-unie kan namelijk niet zonder ambitie. En die ambitie is bij sommige regeringen en bij sommige leden van dit Huis niet heel hoog, vaak onder het mom van de economische gevolgen. Maar vergeet dan niet dat juist veel bedrijven, een belangrijk deel van het bedrijfsleven die angst niet kent, de noodzaak voor verandering ziet en juist veel mogelijkheden ziet. Zo pleiten 49 bedrijven voor een 40 procent verbetering in energie-efficiëntie. Europese leiders dreigen voorbijgestreefd te worden door Europese bedrijven, en dat is een belangrijk signaal dat ik graag hard laat doorklinken in dit Huis. Het Europees Parlement vraagt om 40-30-40 bindende doelstellingen en toonde ook de noodzakelijke ambitie. Het is nu aan de leiders, dit weekend tijdens deze Raad, om dezelfde ambities te tonen, zodat de energie-unie ook inderdaad een instrument is om die ambities te realiseren.

Tunne Kelam (PPE). - Mr President, tomorrow at the same time, we will hopefully have a new Commission with Vice-President Katainen in office. However, the Member States will remain the same. The most worrying aspect of the dramatically changed security situation is the still insufficient and very often fragile unity in the Council.

As for energy, three years ago the EU Heads of Government decided to set the current year, 2014, as a clear deadline for the completion of an internal energy market. By the next year, they planned to leave no isolated areas which depended only on supplies from third countries. This applies in particular to the Baltic States and Finland. Well, all is on track. The Commission action plans have been published and updated. However, the end of the year is close, while we are still talking and preparing plans. Therefore, I call on the next Council to face the new realities. Any delay in completion of the internal energy market will directly undermine our common security.

As for security, Russia's systematic military provocations in the Baltic Sea area have to be addressed efficiently and with convincing determination. Sanctions remain the most reliable means to stop and prevent further Russian expansion. Therefore, it would be most counter-productive to cherish any illusions about relaxing sanctions. The fragile Minsk ceasefire agreement is not the only criterion. Sanctions can be eased only if the Kremlin is able and willing to fully withdraw from the occupied territories and to fully respect the sovereignty of its neighbours.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Elisa Ferreira (S&D). - A Agenda Económica Europeia tem de mudar com urgência. Hoje, o mundo identifica a Europa como o grande problema da economia global. Seis anos depois do início da crise financeira, o dogma da austeridade não resolveu nenhum problema. A economia europeia está em estagnação provavelmente por muito tempo. A inflação média dos países do euro caiu para 0,3%, com algumas zonas em deflação. Há 25 milhões de europeus desempregados, a zona euro perdeu 10% da sua riqueza, alguns países um quarto do PIB, os desequilíbrios internos aos países e entre países explodiram, a dívida pública dos países periféricos continua a crescer e há sinais muito preocupantes nos mercados.

As soluções de médio prazo estão identificadas desde 2012. Têm de ser aplicadas, mas há uma agenda de emergência absoluta: é preciso uma iniciativa forte de crescimento, ecologicamente equilibrada, criadora de emprego e que volte a fazer convergir as economias entre o centro e a periferia da Europa.

O Banco Central Europeu não pode continuar a ser a única instituição a agir. Perante esta situação de emergência, é preciso parar com os discursos de fachada e as promessas que não resolvem, apenas disfarçam os problemas. Esta mudança tem de ser feita já. É uma questão de semanas e não de meses e esta tem de ser a questão central da agenda do próximo Conselho Europeu.

Krišjānis Kariņš (PPE). - Priekšsēdētāja kungs, kolēģi! Pasliktinoties Ukrainas krīzei, ne tikai Ukrainai, bet visai Eiropai kļūst vitāli svarīga enerģētikas drošības politika. Eiropā mēs esam atkarīgi no Krievijas enerģijas piegādēm, īpaši gāzes piegādēm. Bet mēs redzam, ka Krievija izmanto šīs piegādes kā politisku ieroci Ukrainā. Tas diemžēl nozīmē, ka Krievija vairs nav stabils un uzticams Eiropas Savienības partneris šajā jautājumā. Tātad ir vitāli svarīgi, ka Eiropadome paceļ Eiropas enerģētikas drošības politiku visaugstākajā līmenī.

Pirmkārt, ir jāpaātrina Eiropas Savienības enerģotiklu pilnveidošana, tā lai dalībvalstis būtu drošākas, ka energopiegādes varētu plūst starp dalībvalstīm, tādējādi arī atbrīvojot Baltijas valstis un Somiju no šīs energoizolētības. Otrkārt, ir strauji jāvirzās uz enerģijas savienību, lai Eiropas Savienība varētu runāt vienā balsī ar Krieviju kā piegādātāju. Mums ir jāpieliek gals Krievijas spējai izmantot "skaldi un valdi" politiku. Mums ir jāsaprot, ka Eiropas Savienības dalībvalstīm ir jābeidz domāt atsevišķi un jāsāk domāt kopīgi. Ir laiks aktīvi veidot Eiropas Savienības enerģijas savienību. Paldies par uzmanību!

Jo Leinen (S&D). - Herr Präsident! Wir müssen aufpassen, dass der Klimaschutzgipfel nicht in einen Antiklimaschutzgipfel mündet. Ich sage das, weil die Gefahr besteht, dass die auf dem Tisch liegenden Ziele auch noch verwässert werden durch großzügige Zuteilung von Zertifikaten, die auch in der Vergangenheit dann nicht für den Klimaschutz eingesetzt wurden, sondern für andere Zwecke. Die Ziele, die wir kennen, die sind weder ehrgeizig noch sind die ausreichend. Teilweise ist das Business as usual. Das ist wirklich ein kleiner gemeinsamer Nenner, gemessen an dem, was in Europa möglich ist und was wir auch können.

Die größte Schwäche ist die Unverbindlichkeit des Ziels für erneuerbare Energien und für Energieeffizienz. Wir wissen, dass wir genau mit diesen beiden Zielen mehrere Probleme mit einer Klappe schlagen können. Dieses berühmte Investitionsprogramm muss genau in diese Domäne hineingehen. Dadurch können wir uns unabhängiger machen und natürlich auch viele Arbeitsplätze schaffen. Ich hoffe also, dass die Energieunion uns wirklich zu einem nachhaltigen Europa bringt, und dass wir nicht auf dem Weg weitermachen wie in der Vergangenheit.

Jeppe Kofod (S&D). - Hr. formand! Kommissionsformand Juncker vil gøre EU til verdens førende inden for vedvarende energi og skriver sort på hvidt, at et bindende 30 %-mål for energieffektivitet er et minimum, hvis vi skal bevare vores troværdighed.

Samtidig ser vi, at investeringerne falder inden for netop vedvarende energi: 20 % på verdensplan over de sidste to år, 55 % i Tyskland og 75 % i Italien alene.

Men undskyld mig: På den baggrund hverken er eller bliver vi verdens førende inden for vedvarende energi og energieffektivitet. Vi har brug for bindende nationale, ambitiøse mål i klimakampen, og Europa-Parlamentet har jo vist vejen. Vi må som minimum have 40 % i CO₂-reduktion, 40 % i energieffektivitet og 30 % i vedvarende energi. Vi ved, at vi kan spare penge og blive mere konkurrencedygtige; vi ved, at vi kan skabe arbejdspladser, og vi ved, at vi kan gøre os uafhængige af russisk gas og mellemøstlig olie, hvis vi hæver klimaambitionerne.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Så kære regeringer: Når I mødes på torsdag og fredag, må I vise, at Europa ikke bare er klimakampens frontløber, men er ambitiøs på vores alle sammens vegne.

Linda McAvan (S&D). - Mr President, I would like to address my remarks to the Council Presidency about the summit and Ebola.

It is good that you want to show leadership on this issue, but we now need to turn the pledges into action – into beds and specialised medical personnel on the ground. Every Member State needs to play its part and I hope you will be asking on Thursday and Friday for pledges from Member States and that you will keep a grid of who is doing what and when things are getting done. We must all be coordinated through the EU and that has to really happen this time because on the ground the NGOs are telling us – I am the Chair of the Committee on Development – that they are not feeling the effects on the ground. We have to break the logjam on the Medevac. It needs to be sorted out by the leaders of the EU.

Finally, everything that you have heard on climate change is extremely important. We are going to Paris next year. The whole world is watching. I met the American Ambassador today. We talked about this. We need to get a deal on Thursday that is credible, with a binding target. Otherwise we are not going to be leaders in the world. So please, show leadership, make sure we get a deal, make sure we tackle the real underlying issues on Ebola and then the citizens of Europe will believe that the EU can tackle the big problems facing our societies.

Procedura catch-the-eye

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, očekujem da od najavljenih 300 milijardi eura ulaganja u reindustrializaciju Europe značajan dio bude za energetske sektor, i naravno podržavam stvaranje zajedničke energetske Unije. Podržavam i napore baltičkih zemalja, Finske i napore koje Malta ovdje izlaže, i želim jasno reći da i te kako trebamo brinuti o našem okolišu.

Zato pozivam na dobro razmišljanje o tome da li graditi termoelektranu na Ugljanu u Hrvatskoj, kada već tamo blizu odmah do te lokacije možemo izgraditi i LNG terminal koji bi bio daleko bolji naravno za okoliš. Ono što želim posebno naglasiti ovdje su i velike rezerve obnovljivih izvora energije na Balkanu u državama koje još nisu članice Europske unije i vjerujem da tu treba pronaći zajedništvo, jer na taj način možemo doći do puno jeftinije energije i to obnovljivih izvora, a možda riješiti i problem poplava i druge probleme koje te zemlje imaju.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε για ενεργειακή ασφάλεια για την Ευρωπαϊκή Ένωση με βάση και τα γεγονότα όπως αυτά εξελίσσονται στην Ουκρανία και στη Ρωσία. Αυτή τη στιγμή που μιλάμε στην ανατολική Μεσόγειο εξελίσσεται μια δυναμικά νέα σύγκρουση. Και σας μιλώ σαν ένας ευρωπαίος βουλευτής ο οποίος ενδιαφέρεται για τα συμφέροντα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και την ενεργειακή της ασφάλεια.

Η Τουρκία, ένα κράτος το οποίο θέλει να ενταχθεί στην Ευρωπαϊκή Ένωση, έχει στείλει στην περιοχή δικά της πολεμικά πλοία τα οποία αμφισβητούν την Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη της Κυπριακής Δημοκρατίας, η οποία έχει θεσπισθεί με βάση το Δίκαιο της Θάλασσας. Εκεί υπάρχει ένα μοντέλο για όλον τον κόσμο. Τέσσερα κράτη, Λίβανος, Ισραήλ, Αίγυπτος και Κύπρος έχουν ρυθμίσει την Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη τους και αυτό μπορεί να αποτελέσει μοντέλο για τον υπόλοιπο κόσμο. Νομίζω λοιπόν ότι πρέπει να συζητήσουμε το εν λόγω θέμα και να το δούμε στο πλαίσιο των κοινών συμφερόντων μας και της αλληλεγγύης και των αρχών που μας ενώνουν.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). - Panie Przewodniczący! Dobra polityka wymaga przywództwa, zdecydowania, ale wymaga także zdolności do krytycznego wycofania się, do krytycznej opinii w sprawie swoich działań, do krytycznej rewizji swoich poczynań. Myślę przede wszystkim o tej części obrad szczytu, która będzie dotyczyła pakietu klimatycznego. Jestem głęboko przekonany, że pakiet klimatyczny w obecnym kształcie obciąży nadmiernie gospodarkę europejską, a szczególnie gospodarki tych krajów, które nie miały szansy na modernizację, tych krajów, które korzystają z tradycyjnych źródeł energii. Jestem, szczerze powiedziawszy, bardzo zdziwiony, że komisarz Katainen nie przedstawił precyzyjnych poglądów w tej sferze i nie wykazał zdolności do zawiązania realnego kompromisu. Obawiam się, że właśnie taki rzeczywisty kompromis jest potrzebny podczas szczytu dlatego, że Europa nie może brać na siebie zbyt wielkiego balastu opłat emisyjnych. Nie może brać na siebie tego ciężaru dlatego, że musi myśleć o swoim rozwoju. Mam nadzieję, że szczyt przyniesie w tej sprawie decyzje racjonalne. Mówię otwarcie – zabrakło mi w wystąpieniu przewodniczącego Rady i komisarza Katainena precyzyjnych słów w tej sprawie.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission. - Mr President, I wish to thank everyone very much for this debate. It was very wide ranging, touching upon various issues on the agenda of the European Council. Many speakers paid attention to climate and energy policy, which is an extremely important thing for Europe but also for the rest of the world.

I do not know whether I should say too much about it, because Commissioner-designate Cañete would be a better specialist in this field. But, if I just mention that this area is, if I should mention one, probably one of the biggest source of competitiveness – if we just manage to deal with climate policy and energy policy together and the most effective way.

First or all there is an endless demand for clean technology solutions; there is also endless demand for non-food biofuels, renewables and, if we manage to regulate right things instead of wrong things, we could create incentives for the private sector to innovate and create new solutions to save energy, but also produce cleaner energy and cheaper energy. So, at the end of the day, here in Europe we would have better energy for a better price and also technology to sell to other parts of the world.

So, basically, as Commissioner-designate Cañete said in his hearings, we need a better energy market, fewer subsidies but a more unified market and we need better energy connections in order to allow energy to flow across the borders in order to maximise the efficiency of energy production. We also need better regulations for renewables in order to let them come into the market. Unfortunately, at the moment we are suffering, for instance, some trade barriers within the European Union, meaning that not all the Member States allow the best and newest technology to come into their market because they want to protect their own market. I am sure that this House will not accept this kind of behaviour and it is surely one of the issues which will be on the agenda of the next Commission.

But before there is a next Commission there is a European Council meeting. I would just like to stop here and say that I will pass these messages from the Members on to the current President of the Commission, and I am sure we can come back to the industrial renaissance, which is very important for the Speaker of the Parliament who is the father of this concept in Europe, and it is also one part of the climate and energy policy with which we are going to deal in the next Commission.

President. - Mr Vice-President, thank you and good luck in your job, which is not an easy one.

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati io ho ascoltato con attenzione la discussione che ci è stata in vista del Consiglio del 23 e 24, in particolare per quanto riguarda, non solo, ma per quanto riguarda il dossier energia che sarà al centro nelle valutazioni di quasi tutte le persone, di quasi tutti gli onorevoli eurodeputati che sono intervenuti. Si è tenuto conto, si è sottolineato i vari aspetti che sono connessi, quelli della sicurezza energetica in senso proprio, la competitività, l'innovazione e la crescita legate al tema energetico, così come l'ambiente e il clima e i temi geopolitici legati all'approvvigionamento. Così come ho ascoltato le riflessioni sulla crisi e il rilancio dell'economia e anche se più marginalmente nel dibattito, la vicenda Ebola. Io ho ascoltato e quello che posso dire è che provvederò affinché le questioni e i punti che sono stati sollevati nella discussione vengano trasmessi al Presidente van Rompuy per questo Consiglio previsto per il fine settimana.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Elnökváltás: URHOLGY ILDIKÓ GÁLL–PELCZ*alelnök asszony***elnök asszony.** - A vitát lezárom.*Írásbeli nyilatkozatok (162 cikk)*

Ivo Belet (PPE). - Morgen liggen de voorstellen voor het Europese energie-en klimaatbeleid voor 2030 negen maanden op tafel. Om de strijd tegen de klimaatopwarming te winnen, moeten we onze inspanningen fors opvoeren. Het is trouwens van wezenlijk belang dat Europa dit signaal nu geeft, in de aanloop naar de VN-klimaatconferentie van Parijs volgend jaar. Daar moet absoluut een nieuw wereldwijd klimaatakkoord worden gesloten. Het ETS-stelsel moet de hoeksteen van ons klimaatbeleid blijven, maar dan moeten we het op korte termijn wel grondig versterken, zodat het opnieuw effectieve stimuli kan geven aan onze bedrijven om verder in te zetten op energiebesparende en derhalve ook klimaatvriendelijke innovaties. Dat we daarbij zorgen dat dit niet leidt tot koolstoflekkage is in het belang van onze bedrijven én van het klimaat. Klimaat en economie, ook voor energie-intensieve bedrijven, hoeven geen vijanden van elkaar te zijn. Integendeel. We rekenen er dan ook op dat er donderdag en vrijdag een ambitieus en alomvattend akkoord uit de bus komt, zodat we snel werk kunnen maken van de concrete wetgevingsvoorstellen.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. – El CE tomará una decisión sobre los objetivos de clima y energía para 2030. Juncker abogó por la «Europa verde, líder en energía renovables» y ahora hay que materializarlo. El PE fijó en febrero 2014 su posición y, aunque el grupo S&D fue más ambicioso, no debemos rebajar las pretensiones aprobadas del PE (30% en renovables, vinculante para los Estados miembros; ahorro y eficiencia -40% vinculante y -40% emisiones) para mejorar la competitividad de la economía europea, para preservar el medioambiente y para asegurar el abastecimiento energético. Para ello se hace necesario avanzar en el unión del mercado de la energía en Europa, siendo crucial el desarrollo de las interconexiones, objetivo «más rezagado» por la falta de voluntad política que permite la existencia de islas energéticas, como la de la península ibérica, la cual puede jugar un papel relevante en el abastecimiento de gas al resto de Europa, así como para el desarrollo de las energías renovables.

Victor Negrescu (S&D). - Mă bucur că pe ordinea de zi a CE se află o dezbatere care pune împreună trei teme importante precum mediu, energie și creșterea economică. Pe scurt vreau să subliniez pentru fiecare câteva probleme importante. Vorbim de energie regenerabilă și de oportunitățile de viitor oferite de această industrie dar piața europeană este invadată de produse din afara spațiului Uniunii Europene iar tinerii nu beneficiază de formări specifice pentru a se integra profesional în acest domeniu. Vorbim de energie, dar fiecare stat membru negociază separat importul de gaze din Rusia creând diferențe de prețuri între țările membre. Vorbim de o piață energetică comună, dar o reglementăm obligând chiar și țări membre producătoare de energie și de gaze, precum România, să își mărească prețurile, afectând populația locală, în loc să lăsăm piața să acționeze iar concurența să conducă la scăderea prețurilor. Vorbim de mediu și de energie, dar nu vorbim de inegalitățile generate între bogați și săraci și faptul că trebuie să îi sprijinim pe cei cu venituri reduse. Vorbim de creștere economică, dar nu producem și nici nu susținem inovația în energie sau mediu. Sper ca la acest Consiliu să luați și decizii!

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI) , γραπτώς – Η Σύνοδος Κορυφής της ΕΕ, στις 23-24 Οκτώβρη, στις Βρυξέλλες ασχολείται με την επιτάχυνση των καπιταλιστικών αναδιαρθρώσεων σε όλα τα κράτη μέλη της, την προώθηση νέων αντιλαϊκών μέτρων για παραπέρα μείωση μισθών και συντάξεων, χτύπημα των ΣΣΕ, άγριες περικοπές των κοινωνικών δαπανών. Αυτό είναι το περιεχόμενο των μνημονίων διάρκειας και το αντικείμενο της επιτήρησης των κρατών μελών στα πλαίσια της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης», με στόχο την εξασφάλιση της κερδοφορίας των μονοπωλιακών ομίλων της Ε.Ε. Η προώθηση μέτρων για το κλίμα και την ενέργεια «με χρονικό ορίζοντα το 2030» εκφράζει τις επιδιώξεις των μεγάλων οικονομικών ομίλων να βρουν νέα πεδία κερδοφορίας, με ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, «πράσινες τεχνολογίες» κλπ. Στο καπιταλισμό, οποιοδήποτε «ενεργειακό μείγμα» υπηρετεί τα κέρδη των επιχειρήσεων, ενώ για τα λαϊκά νοικοκυριά η ενέργεια αποτελεί απρόσιτο εμπόρευμα. Οι ανταγωνισμοί στο εσωτερικό της ΕΕ και με τα άλλα ιμπεριαλιστικά κέντρα και ισχυρές καπιταλιστικές χώρες για τους τρόπους παραγωγής, τον έλεγχο των πηγών και των δρόμων μεταφοράς ενέργειας, αυξάνουν τους κινδύνους γενικευμένης σύγκρουσης. Ήδη οδηγούν στο ματοκύλισμα λαών σε Ουκρανία, Ιράκ, Συρία, Λιβύη, και την ευρύτερη περιοχή της Ν.Α. Μεσογείου και της Β. Αφρικής, όπου εξελίσσονται οι ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις ΕΕ-ΗΠΑ-NATO. Αυτοί οι ανταγωνισμοί χαρακτηρίζουν και το νέο γύρο τούρκικης επιθετικότητας απέναντι στην Κύπρο αυτές τις μέρες.

Dienstag, 21. Oktober 2014

14. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

15. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 — Überschüsse aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (Aussprache)

elnök asszony. - A következő napirendi pont a Gérard Deprez (A8-0018/2014) által a Költségvetési Bizottság nevében készített, a 2/2014. számú költségvetés-módosítási tervezetről – a 2013. évi költségvetés végrehajtásából eredő többletről szóló jelentésről folytatott vita (12300/2014 – C8-0160/2014 – 2014/2035(BUD))

Gérard Deprez, rapporteur. - Madame la Présidente, normalement le rapport sur le projet de budget rectificatif n° 2/2014 que je vous présente n'aurait dû être qu'une formalité. En effet, comme le prévoit le règlement financier, la Commission présente chaque année un projet de budget rectificatif qui vise à budgétiser l'excédent résultant de l'exercice budgétaire de l'année antérieure, c'est-à-dire en l'occurrence de l'année 2013.

Normalement, ai-je dit. Malheureusement, les choses ne sont pas normales. Tous ceux qui suivent quelque peu la situation budgétaire de l'Union savent que la situation des paiements devient critique, sinon dramatique. Sur la base des informations disponibles, il y avait fin 2013 plus de 23 milliards d'impayés et ils approcheraient aujourd'hui, si rien n'est fait, les 30 milliards.

Quand je parle d'impayés, je veux dire très concrètement qu'il s'agit de factures en bonne et due forme qui attendent d'être honorées et qui ne peuvent pas l'être parce que les crédits de paiement ne sont pas suffisants.

Cette situation est totalement anormale. Il s'agit en réalité d'une vraie dette, réelle mais cachée, alors que le budget de l'Union se doit d'être en équilibre. Cette situation est également intolérable et je voudrais demander au Conseil s'il se souvient qu'il a adopté, il y a peu de temps, une directive qui a été adressée aux États membres et qui leur enjoint de demander que les factures soient payées dans un délai de trente jours. Mesure-t-il bien ce que la situation actuelle signifie pour les étudiants d'Erasmus, qui ne recevront pas l'argent convenu alors qu'ils sont en droit de le recevoir? Le Conseil mesure-t-il bien ce que cela signifie pour un État, pour un pouvoir local, pour une autorité régionale, déjà confrontés à une situation budgétaire difficile, de ne pas voir ses factures remboursées? Mesure-t-il bien ce que cela signifie pour une PME ou une équipe de recherche de ne pas recevoir les montants convenus, alors que le personnel a été engagé, est en place et doit être payé?

La situation est devenue à ce point critique que la Commission a décidé de présenter à l'autorité budgétaire un budget rectificatif n° 3, dans lequel elle sollicite des crédits de paiement supplémentaires pour un montant global de 4,8 milliards d'euros. Parallèlement, elle a déposé plusieurs autres projets de budget rectificatif, dans lesquels elle propose, pour l'essentiel, d'inscrire dans les recettes le produit d'amendes et d'intérêts de retard pour un montant global d'environ 5 milliards d'euros. On voit tout de suite que les États membres ne devraient pas mettre la main à la poche pour financer les crédits supplémentaires de paiement dans le cas d'un accord honorable entre les deux branches de l'autorité budgétaire.

Tenant compte de l'ensemble de ces éléments, la commission des budgets a pris deux orientations stratégiques importantes, qu'elle demande à notre assemblée de soutenir sans réserve.

En premier lieu, nous voulons traiter ensemble, c'est-à-dire en bloc lors de la négociation avec le Conseil, tous les projets de budget rectificatif introduits pour l'exercice budgétaire 2014. Ce traitement en bloc a pour objectif d'éviter que le Conseil rejette les demandes de crédits supplémentaires ou les rabote mais conserve au profit des États membres les recettes supplémentaires qui sont venues grossir, de manière quasi miraculeuse, les recettes initiales prévues pour l'exercice.

Dienstag, 21. Oktober 2014

C'est très précisément afin de pouvoir traiter en bloc tous les projets de budget rectificatif que le présent rapport vous demande d'approuver un amendement au projet de budget rectificatif n° 2 présenté par la Commission. Si cet amendement n'est pas approuvé, le Conseil aura le pouvoir, en raison du dépassement des délais, de mettre la main sur le surplus de l'exercice 2013, au bénéfice des États membres, privant ainsi le budget de l'Union de la possibilité de l'utiliser pour desserrer l'étau des factures impayées.

La deuxième orientation importante adoptée par la commission des budgets a déjà été exprimée aujourd'hui dans l'organisation et dans l'ordre du jour de nos travaux: il s'agit d'obtenir un accord avec le Conseil sur les budgets rectificatifs 2014 avant de commencer la négociation sur le budget 2015.

Ce choix stratégique, qui a été soutenu – je tiens à le souligner – par la totalité des groupes politiques de la commission des budgets, s'impose à nous pour deux raisons.

La première, comme je l'ai dit: il y a urgence de disposer de crédits supplémentaires. Cette urgence concerne aussi bien les bénéficiaires, qui attendent que leurs factures soient payées, que l'Union elle-même, dont le crédit sera durement atteint si elle n'est pas en mesure d'honorer les engagements qu'elle a pris.

Deuxième raison: le budget 2015, que nous allons voter demain, ne tiendra pas la route si le budget 2014, inchangé, lui laisse une ardoise d'impayés alourdie de plusieurs milliards.

Un accord sur le budget rectificatif 2014 est donc à la fois une nécessité urgente et un préalable à l'adoption d'un budget 2015 qui tienne la route. C'est en vertu de ces raisons que je vous demande d'approuver le rapport que je vous présente aujourd'hui.

Enrico Zanetti, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, signor Commissario, per me è un piacere e un onore partecipare ancora una volta a una seduta del Parlamento europeo, che ha tra i suoi punti all'ordine del giorno alcuni relativi al tema del bilancio comunitario. Nello specifico l'argomento di cui ci occupiamo ora riguarda in primo luogo la proposta di bilancio rettificativo n. 2 per il 2014, già approvata dal Consiglio nella seduta del 14 luglio 2014.

Questo bilancio, come del resto ben sapete, si inserisce nel quadro di una procedura puntualmente codificata nel regolamento finanziario, il quale una volta definito il risultato dell'esercizio finanziario precedente, impone di adottare le occorrenti variazioni di bilancio sull'esercizio in corso. Coerentemente con le previsioni nel regolamento finanziario, quindi la Commissione ha proposto di contabilizzare nel 2014, il surplus di circa un miliardo di euro registrato nel bilancio 2013.

Prendiamo atto del fatto che il Parlamento europeo si appresta ad approvare emendamenti a questo bilancio puramente tecnico, prevedendo una nuova linea di bilancio su cui accantonare questo importo in attesa di utilizzarlo per pagamenti imprevisti. Questo approccio – come ci è stato peraltro detto in modo chiaro – risente delle discussioni più generali che stiamo avendo sui bilanci rettificativi 2014 e sul progetto di bilancio 2015.

Viene da sé che la proposta emendativa in se stessa non può essere condivisa dal Consiglio, ma quindi chiaramente inevitabilmente, se ne terrà conto in sede del dibattito più complessivo che avremo nell'ambito della procedura di conciliazione e sono certo che in tale ambito sapremo trovare gli equilibri giusti per una decisione che venga incontro alle diverse istanze nel rispetto delle regole previste dalla normativa vigente.

Jacek Dominik, *Member of the Commission*. - Madam President, the Commission proposal for this draft amending budget was tabled in April 2014, in accordance with the Article 18 of the Financial Regulation. It concerns the budgeting of the 2013 surplus. As pointed out by the rapporteur, Mr Deprez, the amount of the surplus is one billion, five million euros, and it mostly comes from the additional revenue from competition fines received towards the end of 2013. Only a very small part of the 2013 surplus – somewhere in the region of EUR 275 million out of an executed budget of almost EUR 144 billion – comes from the expenditure side of the budget.

At the same time, the Commission has also presented amending budgets requesting additional expenditure of EUR 4.7 billion since the end of last May. Last year, the reinforcement of payments in amending budgets 2 and 8 of 2013, totalling EUR 11.2 billion, had been fully used by the end of 2013. This year again, the situation of payment is tight; it started with a backlog of EUR 23.4 billion. We simply have no possibilities for redeployment, and several budget lines have been fully exhausted. Overall implementation stands at the level of 82%. It is in light of this scarcity of payments across the budget that the Commission understands the amendments proposed by the Parliament to create a reserve for payments in the 2014 budget with the same amount as the surplus.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Out of the seven amending budgets, six are still outstanding. Two of them concern the mobilisation of the EU Solidarity Fund. Together with the Council, we will need to find a compromise on all draft amending budgets on the table – including the three for this year – which reinforces payments amounting to EUR 4.7 billion. The Commission considers that all of the elements needed to do so quickly are available. This year, we have a unique opportunity to cover the additional expenditure with the revenue mainly coming from funds. This means that we can cover it at no cost to Member States' budgets. Taking this decision will only increase the EU's credibility and allow us to gain control over the EU budget. I invite Members to act responsibly and to take the appropriate decisions in the forthcoming conciliation.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Sra. Presidente, Sr. Comissário, Sr. Representante do Conselho, Caras e Caros Colegas, gostava de ter visto firmeza, clareza, compromisso por parte do Conselho. Tenho ainda a esperança que venhamos a ter essa clareza e esse compromisso. Quero saudar o Sr. Comissário e dar-lhe os parabéns pelo trabalho que ele tem realizado no sentido de devolver credibilidade às instituições da União Europeia.

A posição do Conselho neste e nos outros orçamentos rectificativos vai demonstrar se está de boa ou de má-fé, se podemos confiar ou não no Conselho, se há lealdade institucional ou não por parte do Conselho, se é fiável e se lhe podemos dar credibilidade, que esperamos vir a poder dar-lhe.

Orçamentos rectificativos - estes orçamentos são para pagar investimentos, programas, projetos já realizados e devidamente autorizados, a favor das PME, dos jovens, dos cientistas, das autoridades locais, das ONG.

O Conselho autorizou estes investimentos e programas, muitas vezes foi ele que os pediu. E agora vai uma pergunta: como é que podemos aceitar que o Conselho não queira pagar aquilo que pediu e aquilo que autorizou?

Sublinhe-se que o Conselho tem assinado, anualmente, declarações formais aquando da conciliação, e o Parlamento tem confiado nelas, e declarações onde assume que aprova orçamentos rectificativos necessários para os pagamentos que se vierem a confirmar. Como é que nós podemos aceitar que o Conselho não cumpra as declarações que assina?

Bem, *pacta sunt servanda*, os compromissos são para cumprir e eu tenho a esperança que o compromisso entre as instituições e com os cidadãos, que nós assumimos, nomeadamente no quadro financeiro plurianual, seja para respeitar, porque nós precisamos de crescimento, precisamos de emprego. Tenho essa esperança e gostava de a confirmar por parte do Conselho e do representante que aqui temos. Muito obrigado.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, señor comisario, señor Presidente en ejercicio del Consejo, hoy estamos una vez más debatiendo sobre pagos. Es verdad que en el orden del día hablamos del segundo presupuesto rectificativo, pero es evidente que lo que está encima de la mesa y centra el debate que estamos teniendo en estos momentos en la Comisión de Presupuestos y en el Parlamento Europeo es cómo solucionamos la crisis de pagos que llevamos arrastrando desde el año 2010.

A mí me da la impresión de que, cuando hablamos de pagos, muchas veces ya repetimos obviedades, pero parece que la posición del Consejo no está tan clara a este respecto; por lo tanto, igual tenemos que seguir repitiendo obviedades y teniendo paciencia a ver si conseguimos de una vez por todas que el Consejo cambie de posición.

Y la primera obviedad, que no paramos de repetir en este Parlamento, es que tenemos que pagar lo que debemos. Creo que es bastante sencillo de explicar a nuestros ciudadanos que, en la Unión Europea, el Consejo, la Comisión y el Parlamento hemos tomado decisiones y alcanzado acuerdos; que muchas empresas, ONG, instituciones públicas, instituciones privadas y universidades han confiado en las propuestas que nosotros hemos hecho, han participado en los programas europeos y ahora lo que tenemos que hacer es simplemente pagar las facturas que nos han enviado en relación con esos acuerdos a los que hemos llegado con ellos. Y, por lo tanto, esa es una obviedad que nos cansaremos de repetir, pero que parece que por parte de algunos países, al menos en el Consejo, no está tan clara. Esa es una situación inaceptable. No podemos seguir retrasando la solución de los impagos.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Llevamos con este problema encima de la mesa desde el año 2010 y la situación cada vez es más preocupante, hasta llegar a unos 26 000 o 30 000 millones de euros, porque ya ni siquiera sabemos de qué cifra estamos hablando. Y voy a decir dos obviedades más: en primer lugar, que no pagar es no respetar esos acuerdos a los que hemos llegado. Y en segundo lugar, que, además, no pagando lo que estamos haciendo es no respetar tampoco el acuerdo sobre el marco financiero, y lo que de verdad estamos haciendo es recortar el presupuesto por la puerta de atrás. Como les ha dicho la Comisión, tienen una oportunidad de oro, no les va a costar un euro reducir al menos en cinco mil millones de euros esos impagos. ¡Aprovechen la oportunidad!

Jean Arthuis, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, nous sommes en début de législature et je veux dénoncer deux dysfonctionnements.

Le premier, c'est l'apparition d'une dette sournoise du fait d'un décalage croissant entre les engagements et les paiements. Ceux qui viennent de s'exprimer ont indiqué clairement quelle était la position de la commission des budgets et nous entendons tenir une ligne stratégique pour qu'il y soit porté remède. Le cadre pluriannuel 2014-2020 ne prend pas en compte les impayés qui, à la fin de l'année 2013, s'élevaient à 23,4 milliards. Je remercie le commissaire Dominik pour la clarté qu'il a apportée à ce sujet.

Le deuxième dysfonctionnement est lié au marché intérieur car nous voyons s'accumuler des ressources nouvelles avec les amendes décidées par la Cour de justice. Cela veut dire que le fonctionnement de la concurrence est imparfait: 1,331 milliard de ressources supplémentaires à la fin de l'année 2013, y compris les intérêts de retard, mais sans doute 3,5 milliards d'amendes au titre de l'année 2014. Ce dysfonctionnement du marché intérieur me paraît grave car un mauvais fonctionnement de la concurrence nuit à la croissance et donc à l'inversion de la courbe du chômage. Il importe d'y porter remède puisque la Cour de justice a besoin de quatre ans – je dis bien quatre ans – pour traiter les affaires de concurrence. La Cour de justice avait demandé des moyens supplémentaires au mois de mars 2011 mais le Conseil n'est pas parvenu à trouver une solution pour nommer les juges parce qu'il demandait douze juges supplémentaires. Pendant trois ans, le Conseil a été incapable de répondre à cette attente. Alors sans doute allons-nous vers la nomination de vingt-huit juges supplémentaires parce que ce nombre correspond au nombre de pays membres de l'Union européenne.

Je souhaite que ce dysfonctionnement soit rapidement réglé, d'abord parce qu'il nuit à la croissance et ensuite, parce qu'en ne prenant pas de décision, on retarde l'encaissement de ces amendes.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtaráin, dar leis an gCoimisiún ag deireadh 2013 bhí easnamh i mbuiséad an Aontais de níos mó ná EUR 23.4 billiún i bpolasaithe comhtháthaithe. Inniu tá Ballstáit ag fanacht ar íocaíochtaí, ar éilith dlisteanacha agus mar thoradh ar seo tá tionchar thar a bheith diúltach aige seo ar ollscoileanna, institiúidí taighde, gnóthaí beaga agus meánmhéide agus tús éifeachtach na gclár éagsúil i gcomhair 2014-2020.

I mo thír féin, tá cosc curtha ar éilith íocaíochta de EUR 51 milliún – EUR 24 milliún i gCiste Sóisialta na hEorpa agus EUR 27 milliún i gCiste Forbraíochta Réigiúnaí na hEorpa. Is léir nach bhfuil rud ar bith athraithe, go leor airgid ag dul go dtí na bainc agus gan faic ag dul go dtí na daoine. Tá mé ag iarraidh fáil amach an bhfuil aon mheasúnú déanta maidir leis an méid daoine atá ag fulaingt de bharr na moilleanna seo. Go háirithe, cé mhéad daoine ar chaill a bpost nó atá i mbaol a bpost a chailliúint i ngnóthaí beaga agus meánmhéide. Cé mhéad clár d'fhorbairt réigiúnach, iascairí agus institiúidí taighde atá i mbaol mar gheall ar an bpraiseach seo.

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the Greens agree with Mr Deprez's line to link debt one with debts three and four. Without that link, it will be almost impossible to move ahead with the 2015 Budget.

The national contribution to the EU budget was EUR 110.8 billion in 2013, and this year it will be EUR 90.4 billion. That means the Member States are saving at least EUR 10 billion. Yet they claim that they are unable to pay debt three. The Council must see how irresponsibly it is behaving. As Mr Fernandez said, *'pacta sunt servanda.'* If the Council does not understand that reality, then I am sorry but I am forced to quote another Ancient Roman, who said *'ceterum censeo, consilio delenda est.'*

Dienstag, 21. Oktober 2014

Marco Zanni, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è assolutamente necessario affrontare le situazioni ancora irrisolte con il bilancio 2014, prima di iniziare a ragionare sul 2015. Non possiamo discutere di impegni e cifre da spendere se prima non regoliamo almeno una parte dei debiti che ancora dobbiamo saldare.

Certo, capisco la Presidenza italiana che porta anche qui in Europa il modello Renzi, ovvero slogan a effetto e belle parole per il futuro. Ma il presente e il passato – mi rivolgo al Consiglio – come lo affrontiamo?

Il mese scorso a Bruxelles abbiamo avuto un *meeting* sulla situazione catastrofica dei pagamenti dell'Unione europea. Con il Commissario Dominik che snocciolava dati e cifre allarmanti, con un buco di oltre 20 miliardi di euro da ripianare. Dopo tutto questo, lei sottosegretario Zanetti, si era limitato a leggere un documento diritto già scritto completamente vuoto di contenuti e azioni concrete.

Le chiedo quindi avete ora soluzioni almeno per questi bilanci rettificativi e per eliminare alla radice il problema dei pagamenti? Per il *budget* 2015 noi abbiamo avanzato le nostre proposte, ma prima vogliamo garanzie per chiudere senza buchi il 2014.

Janusz Lewandowski (PPE). - Madam President, of course it makes sense to discuss the draft amending budget before discussing 2015, as this is the key – by bridging the gap in payments – to reasonable programming for the next year. Mr Deprez, our rapporteur, is right that integrating the 2013 surplus into the revenue side of the 2014 budget should be a technical exercise – just a formality and part of the budgetary routine.

For external observers, this might even seem paradoxical, because we are claiming to have a shortage of money and payments, but, on the other hand, we have a surplus. This is due to the complexity of the Financial Regulation, which I am not going to discuss. But, in the context of the present-day situation – which has been documented and illustrated by Commissioner Dominik in the clearest possible manner – of the drama of payments, it makes sense to bridge the gap before starting real conciliation over 2015. This is not only about draft budget No. 2, but also about all the amending budgets for 2014, making a package. Therefore, the decision of the Parliament to place it in reserve is the right choice before the conciliation.

Isabelle Thomas (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, je vous remercie d'être parmi nous aujourd'hui. C'est une marque de respect entre nos institutions mais c'est probablement la dernière marque de respect car si cette présence nous dit: «Je vous écoute», votre position sur le budget nous dit: «Cause toujours.»

Je veux dénoncer l'insincérité des États européens qui, en novembre dernier, ont accepté dans le cadre du dialogue avec le Parlement la création d'une réserve pour imprévus dans le cadre financier 2014-2020. Or, aujourd'hui, le Conseil refuse de l'appliquer. Il nous propose de faire de la cavalerie budgétaire et nous demande de laisser les porteurs de projet et les collectivités locales assumer le poids de leur incurie. Sans ces éléments de flexibilité, le Conseil n'aurait pas obtenu d'accord avec le Parlement. Or, aujourd'hui, le Conseil piétine cet accord et, en même temps, piétine notre Assemblée.

Chacun sait que l'Union a besoin d'une relance pour la croissance et l'emploi. Chacun sait qu'elle ne se fera pas sans argent frais. Alors, que le Conseil sorte de la schizophrénie, qu'il respecte les citoyens européens et qu'il commence par payer ses dettes et tenir ses engagements!

Tomáš Zdechovský (PPE). - Paní předsedající, pane Zanetti, pane komisaři, děkuji vám vlastně za odsouhlasení našeho stanoviska, které my jako evropští poslanci máme. Myslím si, že v této věci se shodneme, proto nebudu dále rozebírat smysl tohoto opatření, které má na náš rozpočet poměrně malý dopad. Já jsem člověk budoucnosti a chci se dívat do budoucnosti a pro mě je velmi důležité, abychom se opravdu do budoucnosti dívali.

Pane Zanetti, poslouchejte mě pořádně, Vy teď máte jedinečnou možnost zapsat se do historických knih, že jako člen Rady dokážete něco udělat s deficitem prostředků, kterým evropský rozpočet trpí. Jinak pokud s tím nic neuděláme a neuděláme to v horizontu několika týdnů nebo měsíců, neuděláme nějaký plán, tak budeme považováni všichni, ne vy, nejenom Evropská komise, ale i my poslanci EP za nedůvěryhodné.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jens Geier (S&D). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Minister! Wir diskutieren heute eine ausgesprochen ernste Situation. Ich muss feststellen, dass der Rat uns Steine statt Brot mitgebracht hat. Herr Zanetti, ich habe Ihre Nachricht wohl gehört, sie erinnerte mich an Stellungnahmen des UN-Sicherheitsrats. Hier ist keine Silbe zu viel, hier ist jeder Satz genau abgezirkelt, und am Ende teilen Sie uns mit, dass die Lösung der ausgesprochen schwierigen Situation im Vermittlungsverfahren stattfinden soll. So geht das nicht weiter!

Ihr Land wartet auf über zwei Milliarden ausstehende Zahlungen, die Bundesrepublik Deutschland auf eine Milliarde, und wir sind nicht im obersten Viertel der Länder, die Zahlungen von der EU erwarten. Dieselben Mitgliedstaaten, die Zahlungen erwarten, sind aber die, die im Rat sagen: „Die Europäische Union wollen wir finanziell aushungern.“

Ich lese heute in den Nachrichten die großartige Idee, dass sich der EU-Außenministerrat darauf verständigt hat, Weißhelme einzuführen, um eine gemeinsame Aktion zur Bekämpfung der Ebolakrise einzuleiten. Ganz hervorragende Idee! Aber glaubt denn irgendjemand in diesem Saal, das geht haushaltsneutral ab?

Was will ich damit sagen? Dass die Mitgliedstaaten immer mehr Forderungen an die EU stellen und dieselben Mitgliedstaaten nicht in der Lage oder nicht bereit sind, diese Forderungen auch zu finanzieren. So geht das nicht weiter!

Jean-Paul Denanot (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il est annoncé qu'au sein du Conseil, un certain nombre d'États membres ne souhaiteraient pas valider le budget rectificatif 2014 tel que proposé par la Commission et amendé par la commission des budgets.

Mes chers collègues, c'est un exercice de fiction politique, que je vous propose aujourd'hui. Imaginons que le Conseil reste sur ses positions et décide, de fait, de ne pas respecter ses engagements. Qu'allons-nous dire aux associations, aux chercheurs, aux ONG et aux collectivités locales de nos pays respectifs, qui ont sollicité les fonds structurels européens et qui ne voient rien venir? Qu'allons-nous répondre à nos concitoyens face au défaut de paiement qui se profile au niveau de l'Union européenne, avec bientôt plus de 24 milliards d'euros qui manquent à l'appel? Comment allons-nous expliquer à nos concitoyens que cette Europe, en qui ils ont mis beaucoup d'espoir, n'est pas au rendez-vous de l'Histoire?

Il faut que le Conseil accepte nos propositions, très raisonnables d'ailleurs, si on ne veut pas, chers collègues, avoir à répondre à ces questions. Il faut qu'à minima, les 4 milliards dormants dans le budget ainsi que toutes les amendes de justice, bien entendu, puissent être mobilisés.

„Catch the eye“

Jan Olbrycht (PPE). - Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Panie Ministrze! Dzisiaj wiadomo, że dyskutujemy na temat fragmentu, który oczywiście nie rozwiąże do końca kwestii płatności. W związku z tym DAB II nie rozwiąże problemu, natomiast stanowi przykład na to, że Parlament stara się zachowywać racjonalnie, ułatwiając pewien mechanizm i uelastyczniając pewne działania. Wobec powyższego absolutnie popieram propozycję naszego sprawozdawcy, gdyż chodzi o działania o charakterze tak naprawdę technicznym w celu ułatwienia pewnych rozstrzygnięć, które również uprosczą nam rozmowy na temat budżetu 2015. Jesteśmy świadomi tego, że to jest tylko częściowe rozwiązanie i zmniejsza tak naprawdę obciążenia dla państw członkowskich, a nie zwiększa je. Liczymy więc na to – i tu się przyłączam do apelu Pana Komisarza – że w tej kwestii znajdziemy wspólne stanowisko z Radą i że sprawa zostanie rozwiązana szybko, co nam otworzy drogę do dalszych działań przy budżecie 2015.

Janusz Władysław Zemke (S&D). - Pani Przewodnicząca! Chciałbym zdecydowanie poprzeć to, o czym mówił komisarz Dominik. Chciałbym także wesprzeć te wypowiedzi posłów, z których bardzo jasno wynikało, że sytuacja w odniesieniu do budżetu Unii w 2014 roku staje się rzeczywiście krytyczna. Prawdą jest, że decyzje Parlamentu nie są w stanie rozwiązać tej sytuacji, mogą tylko tę sytuację co nieco załagodzić. Potrzebne jest tutaj bardziej ostre i zdecydowane stanowisko Rady. W związku z tym chciałbym skierować moje pytanie przede wszystkim do przedstawiciela Rady, do przedstawiciela rządu Włoch: co konkretnie robi w tym momencie Rada, żeby zasypać tę narastającą dziurę, jeśli chodzi o problemy finansowe Unii? Jakie Rada podejmuje działania i na jakie efekty owych działań możemy jeszcze liczyć do końca obecnego roku?

(„Catch the eye vége“)

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jacek Dominik, *Member of the Commission*. - Madam President, to sum up this whole discussion, it is clearly this: EU credibility is at stake and there is no question to answer; we have to fulfil our obligations. We have a unique situation: to solve the problem at no expense to the Member States. That is a really unique situation as far as I know; it has never happened in the past.

The Commission has this money, it is on the account – EUR 5 billion. Legally, we are not able to use it; we have to give it back to the Member States. So now, the reply awaited from the Council is whether the Council and the Member States prefer to put this money in their own pockets and ignore the commitments they have made in the past, and ignore the payments they have to make, or do they want to really address the problem, show their European will and pay the bills?

The problem is that what we observe is an increasing reluctance by the Member States to pay their bills, to contribute to the European Union budget as such. There is an ongoing tendency to cut as much as possible without any rationale, while at the same time taking on new obligations, new commitments. We have commitments which were taken on during the multiannual financial framework (MFF) negotiations which have not been respected within the first year of its implementation.

This all creates a nightmare for the budget negotiations. We spend days and days trying to figure out whether the Council is going to respect its commitments or not; instead of doing simple calculations to see how much money we have to devote to paying the bills.

The decision on the whole set of amending budgets could be made very easily; the calculation is simple: more than EUR 5 billion available, a little bit less than EUR 5 billion to be paid. The outcome is positive and yet still the Council hesitates. It is an unacceptable situation.

If we do as the Council is proposing – postpone as many decisions as possible – it will not be possible to implement the MFF properly. We will create additional tensions in the budgets for 2015 and 2016. We will probably need a major reform soon and have to make it publically known that the European Union is not able to implement its own decisions from the past and is not a credible partner for researchers, small and medium-sized enterprises and European citizens.

elnök asszony. - Köszönöm szépen a biztos úr záró szavait, nagyon fontos kérdésről van szó, hitelességi kérdés, mondhatom azt is, és kérem Zanetti miniszter urat, hogy a Tanács nevében mondja el a záró gondolatait.

Enrico Zanetti, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, signor Commissario, ho ascoltato gli interventi; devo dire sullo specifico punto oggi all'ordine del giorno, in realtà, mi sembra che tutto sommato ci siamo. Il Parlamento intende emendare la proposta della Commissione del rettificativo n. 2 perché vuole che se ne discuta poi congiuntamente insieme a tutti gli altri rettificativi, inevitabilmente in una situazione in cui andremo a discutere in conciliazione e ovviamente il Consiglio da questo punto di vista non ha detto altro che la stessa identica cosa. Cioè, in sé, la proposta emendativa del Parlamento enucleata – cioè tolta da una valutazione complessiva – non può ovviamente da noi essere accolta, fermo restando che siccome comprendiamo perfettamente come ci è stato detto che la logica è quella di ragionare a livello complessivo, ebbene ragioneremo a livello complessivo.

Per il resto, io non posso che assicurarvi come la Presidenza stia compiendo ogni sforzo per giungere ad un accordo il più presto possibile, rispettando ovviamente la nostra dichiarazione congiunta sui pagamenti adottata lo scorso anno nel contesto dell'adozione di bilancio 2014. Ho sentito più volte parlare di una posizione non condivisibile del Consiglio, tipicamente concentrata sul rettificativo 3, posto che sul 2 noi eravamo ovviamente disponibili ad approvarlo così com'era, così come non abbiamo problemi relativamente al 4. Io vorrei però sottolineare che al momento più che di una posizione contraria, ci si può legittimamente lamentare di una mancanza ancora di posizione definita che però rientra proprio nella volontà di cercare una posizione che sia buona piuttosto che veloce, proprio nel nome dell'attenzione alla credibilità per l'Unione europea e per le singole istituzioni.

Gérard Deprez, *rapporteur*. - Madame la Présidente, je crois qu'au terme de ce débat, il apparaît très clairement que la position de la Commission est absolument limpide. Nous avons besoin de crédits supplémentaires! Et il est possible de faire en sorte que les États membres ne déboursent pas d'argent puisque des recettes supplémentaires peuvent être actées dans l'exercice budgétaire 2014.

Dienstag, 21. Oktober 2014

La position du Parlement est également claire et vous avez pu constater, Monsieur le Ministre, qu'elle est partagée par tous les groupes politiques. Phénomène étonnant mais réel! Cela montre bien que la conscience de la gravité du problème est aigüe dans les rangs parlementaires.

En revanche, la position du Conseil n'est pas claire – ou ne l'est pas encore. Ou peut-être l'est-elle mais n'avez-vous pas encore le droit de l'exprimer. En tout cas, j'ai entendu deux choses de votre bouche. La première est que vous avez accepté – par la force des choses, mais vous l'avez accepté – que l'on globalise la discussion sur tous les budgets rectificatifs 2014. Vous n'avez pas accepté mais vous avez entendu que nous demandons qu'il y ait un accord sur ces budgets rectificatifs avant de commencer la négociation sur le budget 2015.

Je voudrais donc simplement vous dire que nous comprenons les efforts que vous avez à fournir et nous vous soutenons. Mais vous devez dire aux membres du Conseil que nous ne laisserons, en aucun cas, le cancer des impayés décrédibiliser toute la construction de l'Union européenne.

elnök asszony. - A vitát lezárom.

A szavazásra 2014. október 22-én, szerdán kerül sor.

16. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 — alle Einzelpläne (Aussprache)

elnök asszony. - A következő napirendi pont az Eider Gardiazabal Rubial és Monika Hohlmeier (A8-0014/2014) által a Költségvetési Bizottság nevében készített az Európai Unió 2015-ös pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése – összes szakaszról szóló jelentésről folytatott vita (12608/2014 – C8-0144/2014 – 2014/2040(BUD))

Eider Gardiazabal Rubial, Ponente. - Señora Presidenta, comisario Dominik y señor Zanetti, ahora estamos ante el último procedimiento presupuestario antes de abrir las negociaciones con el Consejo.

Hoy debatimos aquí y mañana votaremos —espero que por amplia mayoría— el proyecto de presupuesto para 2015, y puedo decir que nuestra posición es absolutamente responsable y coherente con la situación que estamos viviendo.

Llevamos siete años de profunda crisis económica, las políticas de austeridad no han traído más que sufrimiento, y no solamente no estamos saliendo de la crisis, sino que estamos ante una probabilidad alta de tercera recesión y, por lo tanto, es más que evidente que tenemos que cambiar el rumbo de la política económica y, sobre todo, activar la demanda a través del sector público. Y ahí es donde el presupuesto europeo puede jugar un papel importante, porque con tan solo un 1 % del producto interior bruto, el presupuesto europeo activa las inversiones públicas complementando los presupuestos nacionales y, además, impulsa el crecimiento y el empleo.

En estos últimos meses hemos hablado mucho de nuevos planes de inversión, de nuevas estrategias, de centrarnos en prioridades. A mí me gustaría recordar que ya tuvimos una Estrategia de Lisboa que fracasó por falta de voluntad política y que, ahora, aunque a algunos se les haya olvidado, también tenemos la Estrategia Europa 2020, que también fracasará si no ponemos voluntad política y, sobre todo, los fondos necesarios. Y, además, acabamos de aprobar el marco financiero plurianual, que no es más que un cuadro en el que vemos las prioridades políticas y presupuestarias para siete años. Así que no hace falta que inventemos la rueda todos los años, porque de grandes estrategias y de Libros Blancos están los cajones llenos.

Pero aquí tenemos el presupuesto de 2015 y el marco financiero con una serie de potencialidades que debemos explotar al máximo, y eso es lo que hemos hecho en nuestro proyecto de presupuesto, porque proponemos un presupuesto al máximo de sus capacidades para encauzar las economías productivas, para que Europa compita en el mundo en calidad y en conocimiento, y para que volvamos a ser un ejemplo de sociedad del bienestar que cuida de su gente.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Y por eso hemos decidido concentrar nuestros esfuerzos en los programas centrales de la Estrategia Europa 2020 que están destinados a fomentar el crecimiento, la investigación, el empleo y la competitividad; mejoramos el acceso a la financiación de las pequeñas y medianas empresas o ponemos más dinero para las becas Erasmus o para las Marie Curie; también queremos destinar fondos a las infraestructuras energéticas, y tampoco nos hemos olvidado de los agricultores y los pescadores, ni de los daños ocasionados por el veto ruso a nuestros productos.

Hemos diseñado un presupuesto que lucha contra las desigualdades, apoyando a las regiones más desfavorecidas, pero también ayudando a las personas que peor lo están pasando, dentro y fuera de nuestras fronteras, con el Fondo de Ayuda Europea para los Más Necesitados o con las políticas que tienen que ver con el asilo, la migración y la seguridad interior. Y también hemos destinado más dinero a partidas de políticas de vecindad, a la política de cooperación al desarrollo y —por supuesto, imprescindible— a la ayuda humanitaria para poder atender a todas las crisis humanitarias que estamos teniendo en estos momentos, todas a la vez, en un hecho sin precedentes. Y no nos podemos olvidar tampoco de la ayuda a los refugiados y de aumentar el dinero de que dispone la UNRWA para poder seguir ayudando a los refugiados de Palestina.

Todas esas son las prioridades del Parlamento Europeo; muchas prioridades que, como ya he dicho en otras ocasiones, son las mismas que tiene el Consejo Europeo.

El problema es que su presupuesto, sus cifras cuentan una historia muy diferente de las nuestras, porque ustedes tienen prioridades políticas, pero parece que no tienen prioridades presupuestarias, y nosotros no estamos de acuerdo con esa postura, porque no podemos decir que apostamos por la investigación y, a la vez, recortamos el presupuesto.

Porque ustedes, una vez más, tratan el presupuesto europeo como una partida que se recorta a su antojo. Y esto no es solo culpa de la crisis económica y de cómo están las cuentas nacionales, sino que, a veces, también, es falta de una absoluta visión de futuro y de un proyecto compartido. Y esto lo acabamos de ver en el debate de los pagos; se ve con la actitud que tenemos al no importarnos arrastrar una deuda de 26 000 millones de euros que, como se ha dicho, lastra la credibilidad de la Unión Europea y que, además, tiene unos efectos devastadores en la recuperación económica.

Nosotros hemos propuesto medidas extraordinarias y espero que el Consejo esté dispuesto a negociar y a debatir esas medidas extraordinarias y que, juntos, podamos encontrar una solución.

Monika Hohlmeier, *Berichterstatterin*. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich meiner Kollegin Eider ein herzliches Dankeschön aussprechen, dass sie mit ihren Worten sehr deutlich die Prioritäten angesprochen hat, die das Europäische Parlament setzt. An den Anfang will ich ein wenig meinen Frust stellen, um das so deutlich und so laut zu sagen. Draußen diskutiert man über 300 Milliarden Investitionshilfen, währenddessen wir hier im Europäischen Parlament erleben, dass wir nicht einmal in der Lage sind, Horizon 2020 mit einer Milliarde so auf die Beine zu stellen, dass wir kleinen und mittleren Betrieben nachhaltig bei Innovation und Forschung helfen können, dass wir Innovation und Forschung im europäischen Raum vorantreiben können. Draußen türmen wir Gebäude auf, wo wir noch nicht einmal wissen, wo wir die Kleinrechnungen bezahlen sollen.

Ich muss ganz nüchtern sagen, ein bisschen Konsistenz in der Finanz- und Haushaltspolitik wäre schon etwas sinnvoll. Bevor ich alle möglichen Türme aufbaue, sollte ich vielleicht wenigstens das, was ich an Programmen für die Weiterentwicklung in der Europäischen Union beschlossen habe, endlich einmal sinnvoll umsetzen.

Wir sind derzeit in einem Zustand, in dem wir auf 25 Milliarden Rechnungen sitzen, die wir nicht bezahlen wollen, die der Rat nicht bezahlen will. Wir haben jetzt zum Teil draußen Kontrollen, um im Nachhinein die Kriterien zu verändern, damit aus den Rechnungen ein paar weniger werden. Selbst seriöseste Träger sind inzwischen stinksauer, und in manchen Ländern, die zum Teil auf viel Geld warten, das sie ordnungsgemäß ausgegeben haben, wo die Projektträger Anspruch haben auf die Auszahlung, macht sich inzwischen Misstrauen breit gegen diese Europäische Union, schlicht und einfach deshalb, weil der Rat zwar die Gelder in seinen Ländern mit ausgibt, aber gleichzeitig die Rechnungen, die jetzt an den Kommissar geschickt werden, nicht bezahlen möchte. Ich halte dieses System für völlig unsäglich.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Wenn wir von Wachstum reden, wenn wir von Weiterentwicklung reden, dann möchte ich klipp und klar sagen, dann muss man aber auch konsequent endlich etwas dafür tun und nicht Sonntagsreden halten und auch nicht Riesenprojekte einsetzen, bevor wir in der Lage waren, das Kleingedruckte, das wir selbst uns sozusagen gegeben haben, überhaupt zu erfüllen.

Zudem bin ich auch der Auffassung, dass man, wenn man an das Großgedruckte geht, dann auch überlegen sollte, wird das Geld sinnvoll ausgegeben und bringt es tatsächlich nachhaltig etwas? Horizont 2020 ist ein sehr gut überlegtes Programm mit sehr langen Diskussionen im Vorhinein. Ich bin zutiefst enttäuscht, dass der Rat genau in diesen Bereichen kürzt, gerade im Bereich der humanitären Hilfe und gerade im Bereich der Entwicklungshilfe. Das ist etwas, wofür ich überhaupt kein Verständnis habe.

Nun zum Haushalt des Europäischen Parlaments; der nimmt sich daneben ziemlich harmlos aus. Der Haushalt des Europäischen Parlaments verhält sich völlig normal. Wir konnten unsere Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss vorantreiben und die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen, aber es gibt bei den anderen Institutionen zwei Sorgenkinder.

Das eine ist der Europäische Gerichtshof, wo wir derzeit auf die Urteile bis zu vier Jahre warten müssen, weil keine adäquate Ausstattung vorhanden ist, um die Urteile entsprechend zeitgerecht zu fällen. Das entwickelt sich immer mehr zum Haushaltsproblem oder zur Haushaltsgefahr, weil Unternehmen vor dem EuGH gegen die Nichturteile klagen, sie aber gleichzeitig Sicherheitseinlagen tätigen müssen, weil sie entsprechend potenziell verurteilt werden können.

Das zweite ist dann der Europäische Auswärtige Dienst, von dem man sich derzeit wünscht, dass er viele Aufgaben erfüllt, gerade in der außenpolitischen Krisenzeit, und im selben Atemzug aber die Mittel, mit denen er dies tun soll, schlicht und einfach nicht ausreichen. Man will ja gar nicht viel, aber es sollte zumindest konsistent sein, und es sollte nicht jede Verhandlung, die die Außenbeauftragte in der Zukunft führt, in YouTube zu hören sein, sondern vielleicht wären die IT-Systeme, die auf dem Stand von 1980 sind, vielleicht doch endlich auf den Stand von 2014 zu bringen, denn ansonsten macht das Ganze keinen Sinn.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Enrico Zanetti, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, Signor Commissario, lo scorso 16 settembre proprio in quest'Aula abbiamo già avuto una prima occasione di confrontarci sul progetto di bilancio per il 2015, quando ho avuto l'onore di presentarvi la posizione del Consiglio. Perché qui una posizione del Consiglio evidentemente c'è. Prendo atto dei vari emendamenti alla posizione del Consiglio che il Parlamento europeo discute oggi e che intende votare domani.

Tali emendamenti aumentano notevolmente il progetto di bilancio approvato dal Consiglio. A livello globale il divario tra le nostre rispettive posizioni è pari a 1,3 miliardi di euro in impegni e 6,1 miliardi di euro in pagamenti. Inoltre, le modifiche proposte dal Parlamento sono superiori alla stessa proposta della Commissione europea di oltre 700 milioni in impegni e di circa 4 miliardi di euro in pagamenti, andando anche oltre i massimali del quadro finanziario pluriennale. Questo comporta l'attivazione dei *contingency margins* sui pagamenti per il 2015, con l'obbligo di recupero negli anni successivi.

Il Consiglio pur comprendendo che il Parlamento europeo voglia sostenere con un bilancio ambizioso le principali politiche di spesa dell'Unione, considera le richieste di aumento degli stanziamenti, sia di impegno che di pagamento, difficilmente sostenibili anche rispetto alle effettive capacità di esecuzione delle spese, cioè legate alla concreta realizzazione dei sottostanti interventi. Pertanto, il Consiglio non condivide l'aumento degli stanziamenti che il Parlamento europeo intende votare, in quanto ritiene tali previsioni non realistiche, rispetto appunto al tema della concreta realizzazione dei sottostanti interventi, e non in linea con l'esigenza di mantenimento di adeguati margini per far fronte a spese impreviste nel corso dell'anno.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Nella sua posizione, del resto, il Consiglio ha lasciato margine di circa due miliardi di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento, attivabili qualora la Commissione durante l'esercizio finanziario ne ravvisasse l'esigenza, a fronte sia di circostanze impreviste sia di un'esecuzione più rapida delle spese di bilancio. Tale posizione rappresenta, nell'ottica del Consiglio, un equilibrato compromesso tra le condivise esigenze di sostegno alla crescita e all'occupazione e le altrettanto importanti priorità connesse con la sostenibilità dei conti pubblici cui tutti gli Stati membri sono soggetti e che comportano contenimenti generalizzati di spesa, in particolar modo per quelle di carattere amministrativo.

Proprio a tale riguardo vorrei anche ricordare che l'accordo interistituzionale prevede fra l'altro una riduzione del personale di tutte le istituzioni, gli organi, le agenzie del 5% fino al 2017. Il Consiglio auspica che anche il Parlamento europeo tenga in considerazione tale esigenza, sia per le agenzie che per l'amministrazione del Parlamento stesso.

Sono certo che i lavori in seno al comitato di conciliazione saranno improntati come sempre a uno spirito costruttivo e di reciproca fiducia tra le istituzioni, nell'ottica del raggiungimento di un accordo equilibrato e reciprocamente soddisfacente sul bilancio per il 2015, nell'interesse dell'Unione europea e dei suoi cittadini, senza affatto sottostimare la delicatezza del momento attuale, l'ampio divario fra le posizioni di partenza e quindi la necessità di un impegno assolutamente straordinario da parte di tutti gli attori coinvolti, a cominciare certo dal Consiglio.

Jacek Dominik, *Member of the Commission*. - Mr President, the EU budget for 2015 is the second budget under the multiannual financial framework for 2014-2020, which was agreed less than a year ago. We must put all our efforts into making this framework fully operational, fully respecting all the terms of this agreement. We must achieve the political goals set by the Member States and by this Parliament in the agreed legal acts. We must also honour our obligations and pay outstanding bills stemming from past commitments, thus avoiding an unnecessary burden on beneficiaries.

All this has to be achieved within very tight financial circumstances and very tight budgetary ceilings. This is only possible, therefore, if we use all the flexibility that we have. We must maintain the EU as a credible business partner for small and medium-sized enterprises and regional authorities, as a provider of opportunities for students and researchers. Sustainable economic growth, competitiveness, the creation of jobs and the fight against youth unemployment are other urgent priorities of the EU policy and should be reflected in the orientation of EU expenditure for 2015.

We must do this under a clear and agreed framework and provide the necessary predictability and security for our investments and our partners.

All that is reflected in the Commission proposal for the budget 2015.

Last month I expressed before this House the Commission's concern about the position taken by the Council in its reading of the 2015 Budget. Both the substantial reductions proposed – the commitments of 500 million and the payments of over EUR 2 billion – on the very policies which are at the core of our common objectives are not in line with the political objectives we have set. I therefore welcome the proposal of the Committee on Budgets of the European Parliament which proposes to restore most of the appropriations proposed by the Commission in the draft budget.

I also see that Parliament is proposing a further increase in commitment appropriations to reinforce actions in support of competitiveness for growth and jobs, and for external actions including humanitarian aid. The increase proposed for a total amount of EUR 750 million is within the existing margins under the MFF commitment ceilings. However, even if further reinforcement contributes to increasing investments, we should try and find the right balance with the implementation prospects and the payments availability.

The level of payment appropriations remains the paramount concern that we need to address at this budget conciliation. We must ensure that the legal obligations arising in 2015 are met, and put a stop to the snowball effect of shifting an ever-increasing amount of unpaid bills into future years. Now is the critical moment to achieve this just by approving the amending budget for 2014. It has no additional costs for Member States and recognises the valid needs we have in payments for 2015. We cannot afford to have the EU budget paralysed. We need to bring it under control and we have at this moment a unique opportunity to do so.

Dienstag, 21. Oktober 2014

In its draft budget, the Commission has proposed using the full amount of payment appropriations under the MFF ceiling for 2015. I thank Parliament for proposing that, for the vast majority of the budget lines, the levels of payments proposed by the Commission should be restored. I understand from Parliament's position on the draft amending budget and the budget for 2015 that it has taken very seriously the issue of the backlog and that it wishes to solve it as soon as possible.

I fully agree that we must act responsibly and address at this stage the needs that we have in payments.

In its amending letter No 1 to the draft budget of 2015, the Commission proposed redeploying EUR 448 million in payment appropriations for programmes that are expected to face payment shortages in 2015. The redeployment of payment appropriations is possible because of the additional assigned revenue accruing to the European Agricultural Guarantee Fund.

The reinforcement of payment appropriations proposed by the Commission's amending letter No 1 go in the same direction as a number of amendments proposed by Parliament where the needs are most pressing, and in particular with the aim of reducing the backlog of unpaid bills and allowing the proper launching of the new programmes.

This is necessary given the tight budgetary situation and is fully in line with the budgetary rules. Please treat this bold move as a sign of the Commission's determination to stabilise the situation through redeployment too. We must avoid artificial under-budgeting in future as we are now all aware of the problems that such an approach brings. We can work within the overall budget context but we need to make full use of the elements of flexibility agreed in the Multiannual Financial Framework.

We are discussing the budget for 2015, but it remains clear and absolutely indispensable that the first step must be to stabilise the growing backlog of unpaid bills at the end of the year and the adoption of Draft Amending Budget (DAB) No 3 for 2014 which has been on the table since May. I fully share the Parliament's sense of urgency to make progress on this proposal.

As you know, favourable developments on the revenue side in 2014 provide an opportunity to find agreement in this direction. Exceptional additional revenue from fines stemming from the enforcement of competition policy means that the additional payment requests for 2014 will be, in total, at no cost for Member States. We should seize such an opportunity to address the shortage of payment appropriations in 2014.

I would conclude by assuring you that the Commission will do its utmost to act as an honest broker to help increase the efficiency of the budget, ensuring the credibility of the EU and gaining control and stabilising the budget. This is in the interests of us all.

Zigmantas Balčytis, *Užsienio reikalų komiteto nuomonės referentas*. - Pirmiausia norėčiau padėkoti pranešėjai už jos pasitangas siekiant surasti kompromisą su Taryba dėl ateinančių metų biudžeto.

Kaip AFET komiteto pranešėjas negaliu sutikti su Taryba, jog šiuo metu Europai ir visam pasauliui susiduriant su didžiuliais iššūkiais dėl Ebolos viruso, su karinėmis grėsmėmis tarptautinei taikai ir stabilumui, būtų apkarpomamas vadinamasis globalios Europos biudžetas. Todėl Tarybos sumažintos lėšos turi būti ne tik atstatytos, bet ir padidintos prioritetinėse srityse, t. y. papildomas finansavimas turi būti skirtas Europos kaimynystės politikai stiprinti, kad Europos Sąjunga galėtų tinkamai vykdyti savo prisiimtus įsipareigojimus tiek rytu, tiek pietų regionų šalyse. Nepakankamas humanitarinės pagalbos finansavimas trukdo sklandžiai įgyvendinti šią politiką bei menkina Europos Sąjungos prestižą ir gebėjimą reaguoti į humanitarines krizes.

Kitų metų biudžete norime matyti tinkamą finansavimą ir Artimųjų Rytų taikos procesui, ir Palestinei, krizių Irake, Sirijoje ir Gazos ruože sureguliuvimui.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Reimer Böge, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel*. - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In seiner Stellungnahme zum Gesamthaushaltsplan 2015 hat der Handelsausschuss eine Reihe von Kernpunkten genannt, insbesondere die angemessene Mittelausstattung für die Generaldirektion Handel, damit die europäische Handelsagenda effizient und konsequent durchgeführt werden kann, aber vor allen Dingen auch darüber hinaus bestehende Abkommen in ihrer Wirkung besser kontrolliert und bewertet werden können. Das gilt nicht nur für das Jahr 2015, sondern das gilt auch für die kommenden Jahre. Es wird umso notwendiger sein, diesen Punkt zu beachten.

Zweitens: Die Kommission sollte Bürger und die Öffentlichkeit intensiver über ihre Tätigkeiten und die laufenden Verhandlungen informieren.

Drittens unterstützen wir die Aufstockung des Instruments für Makrofinanzhilfe und bedauern Kürzungen beim Nachbarschaftsinstrument. Das entspricht nicht der politischen Notwendigkeit, wie wir sie heute vorfinden. Wir fordern die Kommission auf, die Haushaltslinie zu fairem Handel neu aufzulegen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass unser Anliegen, die Mittelausstattung für eine umfassende Kommunikationsstrategie aufzustocken, auch vom Haushaltsausschuss angenommen worden ist. Alles andere wird notwendig sein, damit Kommission, Rat und Parlament eine mittelfristig erfolgreiche Strategie auch im Haushaltsbereich für den Außenhandel auf den Weg bringen können.

Markus Pieper, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. - Herr Präsident! Ja, ich stimme den Klagen der Kollegen zu: viele Milliarden ausstehende Gelder in der Kohäsionspolitik. Wir gefährden einfach die Planungssicherheit der Region. Wenn wir über Geld reden, kann sich die Kritik aber nicht nur gegen den Rat richten. Stichwort: fehlerhafte Ausgaben. Warum dauern Korrekturverfahren fünf Jahre und länger? Warum lässt die Kommission es zu, dass dieselben Staaten immer dieselben Fehler machen? Warum fragen wir nicht konsequent nach dem europäischen Mehrwert? Warum weigert sich die Kommission, mehr Verantwortung zu übernehmen? Warum weigert sich der Rechnungshof, bestimmten Ländern besonders auf den Zahn zu fühlen?

Wer im kleinen Kreis europäischer Institutionen den Schwarzen Peter einfach immer weitergibt, der wird ihn bald selber in der Hand haben. Wir alle sind mehr gefordert, damit der europäische Haushalt wirklich geschützt ist und effektiv genutzt wird.

Nils Torvalds, *föredragande av yttrande från utskottet för ekonomi och valutafrågor*. — Herr talman! EU:s budget är ett bra verktyg för att skapa mervärde när EU behöver det. Genom program som Erasmus+, Europeiska ungdomsgarantin och Horisont 2020 kan vi skapa tillväxt och sysselsättning, men det sker inte om vi inte har medel i budgeten.

Det här har resulterat i att EU idag har över 23 miljarder obetalda räkningar. I början av oktober uttryckte ordförande Barroso sin oro inför det italienska ordförandeskapet över att det finns för mycket obetalda räkningar. En vecka senare sammanträder medlemsstaternas ledande politiker och är oroliga över att det inte finns pengar för att betala ungdomsgarantin. Det är vad man kunde kalla politisk schizofreni.

In English that is "political schizophrenia". If you do not give the money and then you ask for more money, then you have probably lost something between your ears.

Det här är inte ansvarsfull budgetering. Det här är inte ansvarsfull politik. Vi ska lyfta upp EU ur den politiska krisen, och då behöver vi lite ryggrad också från rådets sida.

Maria Arena, *rapporteuse pour avis de la commission de l'emploi et des affaires sociales*. - Monsieur le Président, de manière générale, on peut dire que nous aurions souhaité un budget plus ambitieux pour l'Europe, en particulier lorsqu'il s'agit d'emploi et que nous sommes confrontés à des taux de chômage importants.

Nous avons vu, comme mon collègue vient de le dire, qu'il y avait un arriéré de 23 milliards. Avec un tel arriéré, il est donc difficile pour des opérateurs locaux, régionaux ou nationaux de mener des politiques correctes en matière d'emploi. Nous pouvons donc être satisfaits d'avoir augmenté le montant de cette ligne de 6 milliards, mais malheureusement, ces 6 milliards ne viennent pas compenser les 23 milliards d'arriérés, notamment des arriérés dans les politiques de cohésion.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Nous avons aussi souhaité améliorer la situation de l'innovation sociale, du dialogue social, du Fonds européens d'aide aux plus démunis ou encore du programme Horizon 2020 pour relancer la recherche et le développement. Ce sont à chaque fois des priorités importantes pour lesquelles nous estimons que les moyens mis sur la table ne sont pas suffisants. Par conséquent, il y a là encore un appel important en matière d'emploi.

Giovanni La Via, *relatore per parere della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi anni ci siamo battuti fortemente come Parlamento, per garantire che il bilancio europeo godesse dei fondi necessari per garantire una corretta implementazione di tutte le politiche. Lo abbiamo fatto in modo responsabile, lo faremo anche domani con il voto sulla nostra posizione, sul bilancio per il 2015.

Come presidente della commissione ambiente, ricordo l'importanza dell'attuazione dei nuovi programmi pluriennali che ricadono sotto la nostra responsabilità: il terzo programma d'azione dell'Unione nel settore della sanità; il programma per l'ambiente e l'azione per il clima; il meccanismo di protezione civile dell'Unione. Riteniamo essenziale fornire gli stanziamenti necessari così come proposto dalla Commissione il suo PB, affinché tali nuovi programmi possano realizzare appieno il proprio potenziale. E credo di trovare un equilibrio adeguato tra stanziamenti impegno e di pagamento.

Ricordo inoltre l'importanza di Orizzonte 2020, per i progetti di ricerca nel settore del clima, della salute e dell'ambiente, così come le risorse per la politica agricola comune – che è già danneggiata dagli accordi e dalle restrizioni dalla vicina Russia – non possono che godere del pieno appoggio del bilancio. E chiudo con un auspicio perché i pagamenti avvengano nel modo che è necessario.

Jerzy Buzek, *autor projektu opinii Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii*. - Panie Przewodniczący! Uzdrowiliśmy już europejską gospodarkę, ale nie mamy jeszcze strategii wyjścia z kryzysu. Grozi nam stagnacja, jeśli nie napędzimy gospodarki, zwłaszcza przez małe i średnie, innowacyjne przedsiębiorstwa, przez reindustrializację, prowadzenie nowoczesnego przemysłu, także przez bezpieczną i możliwie tanią energię. To wszystko możemy osiągnąć dzięki finansowaniu takich programów jak COSME dla małych i średnich firm, jak Horyzont 2020 albo też instrument „Łącząc Europę”, a właśnie w tych działach Rada zaproponowała cięcie powyżej 10%, kilkanaście procent – największe w całym budżecie. Trudno sobie wyobrazić, żebyśmy mogli spełnić oczekiwania zwłaszcza młodych ludzi w Europie, tworzyć atrakcyjne, nowe miejsca pracy bez przywrócenia finansowania takiego, jak proponowała Komisja. To jest minimum. I o to apelujemy.

Catherine Stihler, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. - Mr President, thanks to colleagues from across the political spectrum for their cooperation on the IMCO Committee's 2015 Budget opinion. I would also like to take this opportunity to thank the Secretariat, and in particular Elena, for her knowledge, advice and guidance when we had just two weeks to timetable this opinion. For the IMCO Committee, the new reality of the digital single market has focused minds and led us to prioritise the links between SMEs and consumer rights as it applies online.

I was delighted to see the Budget Committee support my proposal for a pilot project to support SMEs in fulfilling their obligations to consumers when selling online. The Commissioner-designate for the Digital Single Market, Andrus Ansip, said that trust is critical to citizens choosing to purchase online. We also know that the online environment is critical to SME growth markets, where reaching 500 million EU customers has huge potential. In this House, we need to make the digital single market work for both consumers and SMEs.

Roberts Zīle, *Transporta un tūrisma komitejas atzinuma sagatavotājs*. - Priekšsēdētāja kungs! Kopumā Transporta komiteja ir gandarīta par to, ka izdevumu sadaļā “Mobilitāte un transports” finansējums 2015. gadā būs palielināts, salīdzinot ar šo gadu — 2014. gadu. Tajā pašā laikā Transporta komiteja pauž nožēlu, ka Budžeta komiteja neatbalstīja mūsu priekšlikumus par apropriāciju palielināšanu Eiropas Infrastruktūras savienošanas instrumentam, kas ir ārkārtīgi svarīgs ne tikai transporta jomā, bet arī ģeopolitiski, īpaši Eiropas austrumos.

Taču ir pozitīvi, ka Budžeta komiteja piekrīt tam, ka finansējums jāsaģlabā Komisijas piedāvātajā apjomā, un, manuprāt, tā ir laba pozīcija sarunās ar Padomi tieši transporta nozarē.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Es gribētu pieminēt arī dažus mazākus punktus. Kā mēs redzam, kā viens no transporta veidiem attīstās arī velotūrisms un veloceļiņi. Līdz ar to mūsu iekšējais priekšlikums — nepaliekot izdevumus par veloceļiņu infrastruktūras attīstību transporta budžeta ietvaros — mūsaprāt, joprojām ir aktuāls jautājums. Paldies!

Derek Vaughan, *rapporteur for the opinion of the Committee on Regional Development*. - Mr President, I hope most Members in the Chamber recognise the importance of EU regional policy and funds. All our regions benefit from EU structural funds. For example, most infrastructure and training schemes in Wales are at least partly funded by the European Union. Therefore, EU regional funds play an important, indeed vital, part in trying to improve economic prosperity right across the EU. I therefore find it difficult to understand any proposal to cut European structural funds.

The Committee on Regional Development was particularly concerned about the EUR 23 billion backlog in payments and the impact this will have on local authorities, businesses, universities and young people. In the UK alone, there is GBP 1.2 billion of backlogs in terms of payments. Therefore, the Committee on Regional Development believes the budget for heading 1b should at least be restored to the draft budget. We call on the Council to accept this as soon as possible and to accept the draft amending budgets which are proposed as well. We call on beneficiaries who are concerned about delays in payments they face to make their views known to Member States, because if they will not listen to us, perhaps they will listen to voters.

Peter Jahr, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Landwirtschaftsausschusses*. - Herr Präsident! Ich möchte im Rahmen der Haushaltsberatungen auf ein besonderes Problem in der Landwirtschaft hinweisen: Die europäische Agrarwirtschaft befindet sich mitten in einer Absatzkrise. Wir haben einen Preisverfall insbesondere bei Obst und Gemüse sowie bei Milchprodukten zu verzeichnen. Dabei handelt es sich nicht um eine von den Landwirten selbst verursachte Marktstörung, sondern um eine politisch inszenierte Krise. Bedingt durch die russischen Embargoreaktionen verfallen die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft.

Unseren Landwirten muss geholfen werden. Beispielsweise brauchen unsere Milchproduzenten in Estland, Litauen, Lettland und Finnland bei einem Milchpreis von 19 Cent pro Liter unsere sofortige Hilfe. Dazu brauchen wir die jährlichen Rückzahlungen in den Agrarhaushalt. Es ist das Geld der Landwirte für die Landwirte. Die Entscheidung der Kommission, uns Landwirten das Geld sozusagen wegzunehmen, ist nicht sachgerecht, nicht zielführend, und ist ganz einfach eine Frechheit, die wir nicht dulden können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 zu beantworten.)

Ulrike Müller (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege Jahr, können Sie die Auffassung mit mir teilen, dass die Gelder im Agrarbereich nicht alleine hergenommen werden dürfen, um dieses Russland-Embargo zu finanzieren? Glauben Sie, dass es dann 2015 tatsächlich Auswirkungen hat und die Gelder in der ersten Säule nicht reichen und somit auch die Landwirte Kürzungen befürchten müssen?

Peter Jahr (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident, ich bin wirklich der Auffassung, wir haben hier eine Absatzkrise, die die Landwirte nicht selber verursacht haben, sondern die durch die Politik verursacht worden ist. Deshalb wäre es falsch, nur allein den Notstandsfonds zu aktivieren, sondern wir müssen auch die Mittel anzapfen, die quasi an uns zurückfließen. Da ist genug Geld im Fonds, insofern könnte sich die Landwirtschaft aus eigener Kraft helfen. Das müssen wir diskutieren und mit der Kommission debattieren. Ansonsten führt es dazu, dass im nächsten Jahr die Direktzahlungen aller Landwirte gekürzt werden müssen. Das ist unverantwortlich und natürlich auch keine vertrauensbildende Maßnahme für die Landwirte in der Europäischen Union.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Silvia Costa, *relatrice per parere della commissione per la cultura, la gioventù, i mezzi d'informazione e lo sport*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, come presidente della commissione cultura e relatore del budget ringrazio la relatrice perché ha condiviso il nostro giudizio sul grave taglio, – che a mio giudizio è davvero inaccettabile e contraddittorio – che ha praticato il Consiglio, di oltre il 3,3% alla rubrica 3 che è quella che prevede alcuni programmi molto popolari come Europa creativa che sostiene la cultura, la creatività e l'industria audiovisiva, ma anche Europa per i cittadini già decurtata del 20% nel settennio, nonché le Borse Marie Curie, che sono una risposta importante ai giovani ricercatori.

Ma sono soprattutto – e questo lo dico in appoggio ad altri colleghi – a rischio i pagamenti relativi al 2014 non ancora onorati dal Consiglio che stanno compromettendo fortemente il programma Erasmus. Non è possibile parlare di Erasmus in campagna elettorale, da parte di tutti anche dai governi, e poi tagliare e non onorare gli impegni presi con i giovani ragazzi che rischiano di rimanere senza borse. Noi risegnaliamo questa come una delle precondizioni per poter andare avanti nella possibilità di sviluppare i programmi. Sappiamo che mancano delle risorse di oltre 200 milioni di euro per Erasmus, ma anche per altri programmi, che sono già stati finanziati dal punto di vista dei paesi membri, mettendo in difficoltà moltissimo i paesi membri perché sarà considerata questa una performance negativa del programma Erasmus.

Tomáš Zdechovský, *navrhovatel Výboru pro občanské svobody, spravedlnost a vnitřní věci*. - Pane předsedající, já bych chtěl za oblast bezpečnosti říct, že je třeba si uvědomit, že je možná důležitější než kdykoliv předtím, a to nejen s ohledem na situaci v jižní a ve východní Evropě. Je nutné dále posilovat vnitřní bezpečnost, bojovat s ilegální imigrací nebo propagovat informace v rámci schengenského prostoru. Proto je nutné odmítnout podfinancování této oblasti, a proto absolutně nesouhlasíme s návrhem Rady, který rozpočet značně osekala a chceme ho vrátit na úroveň, kterou navrhla Evropská komise. Navíc bylo nutné navýšení rozpočtů některých agentur, jako jsou Europol, Frontex nebo eu-LISA. Jsou to hlavní programy současné Komise. My nenavrhujeme nic navíc a také se zasazujeme o digitalizaci evropského bezpečnostního prostoru.

Danuta Maria Hübner, *rapporteur for the opinion of the Committee on Constitutional Affairs*. - Mr President, the 2015 budget is clearly not 'business as usual'. The way the multiannual financial framework (MFF) for 2014-2019 was constructed has left us very low ceilings for 2014 and 2015. We have no other choice but to stick to the MFF agreement and use these ceilings fully, in particular with regard to payment appropriations. This is my first comment.

My second point is that amendments to the 2014 budget come at a low cost to Member States. There is no reason not to deliver them, because they are the precondition for stabilising the growing backlog.

My third comment: the European Parliament agreed to lower budgets for 2011, 2012 and 2013 to help Member States with their fiscal consolidation. But now is the last wake-up call to address the postponed challenges and to clear the way towards stabilisation of the entire multiannual financial framework.

Paul Rübig, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses*. - Herr Präsident! Ich möchte der Kommission auch zu dem Entwurf gratulieren, weil natürlich gerade nächstes Jahr das Jahr der Entwicklungspolitik ist und hier ein Schwerpunkt gesetzt werden muss, aber wir auch sehen, dass die Dringlichkeiten und die schnellen Zahlungen von größter Bedeutung sind. Wenn man die Krisenherde betrachtet, die es rund um die Europäische Union gibt, ist es dringend notwendig, hier dementsprechend schnell mit Zahlungen zur Stelle zu sein und nicht nur Verpflichtungen zu schaffen, die dann erst sehr spät eingelöst werden können.

Ich glaube, dass die Nachbarschaftspolitik und die humanitäre Hilfe absolute Priorität haben. Deshalb verstehe ich überhaupt nicht, wieso der Rat in diesem Bereich massiv kürzt, genauso wie in der Kategorie 1, wo es um Forschung insbesondere bei Ebola und verschiedenen anderen Krankheiten geht. Hier brauchen wir dringend diese Forschungsprogramme, und der Zahlungsverzug, der in der Zwischenzeit hier eintritt, ist völlig unverantwortlich. Deshalb glaube ich, dass wir hier harte Verhandlungen führen müssen, um unsere Ziele zu erreichen.

Dienstag, 21. Oktober 2014

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – O Partido Popular defende um orçamento credível, solidário e que contribua para o crescimento e o emprego. Neste sentido, os cortes do Conselho em mais de 500 milhões nas autorizações e 2 100 milhões nos pagamentos são inaceitáveis. Também por isso reforçamos os programas a favor das PME, da juventude, da investigação e inovação, assim como o programa de apoio aos mais desfavorecidos. A solidariedade externa é outra preocupação, como provam os aumentos que propomos na ajuda humanitária, no apoio aos refugiados e na política de vizinhança.

Os tratados, os regulamentos financeiros, a estratégia da União Europeia 2020, o quadro financeiro plurianual 2014-2020 têm de ser respeitados. É um compromisso entre as instituições mas é também um compromisso com os cidadãos e esta estratégia Europa 2020 que guia o quadro financeiro plurianual deve ver os seus objetivos atingidos, deve ver também e ter os meios necessários para que esses mesmos objetivos sejam atingidos. Na verdade, os meios têm de estar à altura da ambição. Exige-se que o quadro financeiro plurianual, os seus programas, fundos e prioridades, entrem rapidamente em execução.

Falar do orçamento da União Europeia é falar de um orçamento que corresponde a cerca de 1% do rendimento nacional bruto, mas um orçamento que é, sobretudo, um orçamento de investimento (94% é para investimento). Tem apenas 6% de despesas para a administração e para o funcionamento das instituições, desmentindo, assim, os populistas que criticam sempre a administração das nossas instituições. E é também um orçamento que tem um elevado valor acrescentado e que, por isso, deve ser utilizado para o crescimento, para o emprego.

Espero que o Conselho não insista em reduzir o orçamento, cumpra os objetivos e ajude ao crescimento e ao emprego.

Isabelle Thomas, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je souhaiterais tout d'abord saluer M^{me} la rapporteure, Eider Gardiazabal, pour son excellent travail sur le budget 2015. Il permet au Parlement d'avoir une position particulièrement ambitieuse autour d'un accord regroupant l'essentiel de ses groupes politiques. Je veux assurer M^{me} la rapporteure du soutien du groupe des socialistes et des démocrates, que je représente ce soir. Nous partageons sa détermination à rétablir, dans la réalité du budget, une ambition européenne pour la croissance et l'emploi.

Monsieur le Ministre, nous avons décidé, en novembre dernier, dans cette même enceinte, d'un accord sur sept ans, prévoyant des engagements budgétaires précis et des mécanismes de flexibilité indispensables. Un an après, que nous propose le Conseil?

Il refuse de mobiliser les instruments de flexibilité et il procède à 2 milliards de coupes budgétaires sur des dépenses stratégiques, des dépenses qui portent sur des actions déjà réalisées et qui attendent que l'Union paie ses factures. Oui, nous connaissons la situation difficile des finances publiques des États membres, mais ils ont décidé eux-mêmes de s'appliquer une saignée austéritaire en pleine crise. Depuis des siècles, nous savons qu'appliquer une saignée aggrave l'état de santé du malade. Et que propose le Conseil? Une nouvelle saignée et cette fois dans le budget communautaire.

Pourtant, réunion après réunion, chacun proclame vouloir un plan de relance pour la croissance et l'emploi en Europe, mais comment croire à un plan de relance quand on commence par ne pas payer ce que l'on doit?

Monsieur le Ministre, dites au Conseil que le seul acte de confiance qui relancerait cette étape est celui que vous proposent les députés aujourd'hui: remboursez aux Européens 10 milliards d'euros sur les 32 que vous leur devez.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir reden über einen EU-Haushalt, der von der Kommission zunächst mit 142 Milliarden Euro entworfen war. Der Rat hat diesen Entwurf um zwei Milliarden Euro gekürzt, und nun schlägt die Mehrheit des Haushaltsausschusses unseres Parlaments eine Erhöhung auf 164,4 Milliarden Euro vor. Das sind immerhin 8 % mehr gegenüber dem ursprünglichen Haushalt 2014 — dies vor einem Hintergrund von hoch- und teilweise überschuldeten Mitgliedstaaten. Diese haben kein Geld, das sie für diese Erhöhungen ausgeben können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die EU bereits Zahlungsverpflichtungen im Volumen von 222 Milliarden Euro eingegangen ist. Davon sind aktuell 23 Milliarden Euro fällig, die Rechnungen liegen auf dem Tisch. Die EU hat aber kein Geld, diese Rechnungen zu bezahlen. Das ist ein Skandal!

Dienstag, 21. Oktober 2014

Für eine Lösung des Problems muss auch der Haushalt 2015 entsprechend gestaltet werden. Daher müssen die zulässigen Verpflichtungen solange deutlich unter dem Zahlungshaushalt liegen, bis die Haushaltslücke geschlossen ist. Wer sich dem verweigert, trägt dazu bei, dass die EU vertragsbrüchig wird. Tatsächlich sind in dem jetzt vorliegenden Entwurf allerdings die Verpflichtungsermächtigungen genauso hoch eingeplant wie die Zahlungen. Das bedeutet, diese Rechnung wird auch künftig nicht aufgehen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir – die EKR-Fraktion – diesen Haushaltsentwurf ab, weil er eben nicht zukunftsgerichtet ist, um die bestehende Haushaltslücke, die bestehenden Zahlungsprobleme zu lösen. Darüber hinaus ist es einfach auch unseres Erachtens noch nicht erreicht, dass der Haushalt tatsächlich auf die Zukunftsanforderungen ausgerichtet ist, die insbesondere bedeuten, dass man nachhaltig Wachstum fördern muss, dass man nachhaltig auch Arbeitsplätze fördern muss.

Kaja Kallas, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, during the negotiations on the 2015 budget, my Group strongly supported the need to focus on administration efficiency and selected priorities. Savings cannot happen in one day, as we still need to have functioning EU institutions. That is why a budget increase for the Court of Justice is needed to deliver judgments on time, as delays simply hamper the functioning of the single market.

The same goes for the budget of the External Action Service, as we need to provide further assistance to Ukraine.

As far as other institutions are concerned, any new spending or creation of posts should be more carefully thought through, as new posts create a snowball effect of new spending with a new need for offices and buildings. It is absolutely essential to apply fully the principles of administration efficiency and transparency on spending as this will help reinforce citizens' trust in the EU institutions.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtarán, gheall an Chomhairle go raibh siad chun infheistíocht a dhéanamh i ndaoine agus is léir ón dréachtbhuiséad seo go bhfuil an gealltanais sin tréigthe acu agus go bhfuil siad sásta leanúint ar aghaidh sa treo céanna. Aithnítear go forleathan go bhfuil an méid déine atá ag teacht ón Eoraip ag cur brú ollmhór ar ghnáthdaoine. Tá sé mhíle dhéag daoine i gContae Chiarraí i mo thír féin ag dul agus ag baint úsáid as banc bia. Timpeall na hEorpa tá na mílte páistí ag maireachtáil i mbochtanas agus tá an scéal seo ag dul in olcas.

Is fadhb ollmhór í an eisimirce chomh maith leis na céadta daoine ag fágaint ár dtír. Is daoine óga atá ag fágaint mo thír, an Ghréig, an Spáinn agus an Iodáil agus an Eoraip – iadsan ár dtodhchaí. Tá sé soiléir chomh maith go bhfuil tíortha éagsúla ag fulaingt níos mó ná tíortha eile agus ba mhaith liom fáil amach cad atá sé i gceist a dhéanamh chun na difríochtaí ollmhóra idir na Ballstáit go léir a shocrú. Mar aon leis sin, tá an neamhshuim atá léirithe ag an gCoimisiún i dtaobh na n-iascairí scannalach. In Éirinn tá ár bpobal iascaireachta i gcruachás mór agus is léir nach bhfuil mórán dóchais dóibh ann don todhchaí le tuilleadh gearrtha siar atá i ndán dóibh i 2015. Tá traidisiún phobal an chósta á scriosadh, ní hamháin ar chúrsaí eacnamaíochta ach táthar ag cur deireadh le traidisiún cultúrtha atá ag dul i bhfad siar.

Caithfear an bunstruchtúr a chur in ord go luath ionas go mbeidh fás agus borradh fós ann agus go mbeidh luach á chur i ndaoine mar idir an dá linn tá postanna agus slí bheatha daoine scaoilte le fána agus imithe le sruth. Mar sin tá dualgas agus freagracht ar an gCoimisiún agus ar an gComhairle dul i ngleic leis an bhfadhb seo.

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, about forty minutes ago I was forced to quote the Ancient Roman, Cato, and now Mr Zanetti has forced me to quote George Orwell. Because the way that the Council depicts the budget reality would certainly have impressed Big Brother when it comes to propaganda. The Council wants to make us believe that everything is fine; that the Council is enhancing EU competitiveness, thus countering the effects of the crisis and making Europe ready to face further tough globalisation challenges.

In reality, thanks to the Council, universities and research stakeholders will have to wait longer and longer in order to receive their EU funds. Even more SMEs will go bankrupt because EU funds for their projects do not arrive and NGOs will face even tougher bureaucratic hurdles as the Commission will do everything possible to delay its payments as it simply does not have enough money to honour all its contracts – well 'm.

Dienstag, 21. Oktober 2014

The result is clear. The EU institutions will become even less credible; maybe some in the Council actually want this. The quality of EU research will go down and our SMEs will become less competitive. This is to say nothing of the victims of natural disasters and civil wars throughout the world. The Council is telling them: do not count on the European Union.

On the other side, Parliament has assumed its responsibilities and I would like to congratulate our rapporteurs for the excellent work they did. They can count on our Group's support in tomorrow's vote, except for a few points where we have different views. For example, on the necessity to finance a very cost-intensive fusion energy plant which will only produce results in 2050, if at all. However, I am happy that thanks to the efforts of the Green Group the EU budget will be a little greener by reserving more funds for renewable energy, recycling activities and green entrepreneurial innovations.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho 29 anni e per la prima volta quest'anno ho potuto contribuire a questo lavoro sul *budget* dell'Unione europea e mi sento di fare un paio di puntualizzazioni, di dare un paio di suggerimenti ai colleghi e a chi è qua ad ascoltarmi. In primo luogo vorrei entrare nel merito dei programmi e vedere le *performance* dei fondi europei e dei programmi che andiamo a stanziare, perché non è detto che un fondo con un bel nome abbia poi dopo delle *performance* efficienti, quindi controlliamo bene la spesa dell'Unione.

Poi abbiamo proposto e a malincuore sono stati bocciati, numerosi tagli a quelli che sono gli sprechi e la spesa pubblica appunto improduttiva. Potremmo usare meglio forse i soldi dei contribuenti e mi riferisco, sono proprio necessari 28 milioni l'anno ai partiti e 14 milioni l'anno alle fondazioni politiche? Sono proprio necessari 12 milioni di euro per le comunicazioni di propaganda sull'euro e sull'Europa? Sono necessari i fondi di preadesione per centinaia di milioni quando Juncker ha annunciato che non ci saranno nuovi ingressi durante il suo mandato?

Possiamo trovare un modo di far pervenire le risorse ai cittadini contribuenti europei o volete continuare a gestire malamente queste decine di miliardi provenienti da sacrifici? Sacrifici dei lavoratori, lavoratori che ogni giorno aprono le saracinesche dei loro negozi e pagano contributi per fare appunto progredire la società.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Κύριε Πρόεδρε, σήμερα για μια ακόμη φορά μέσα από το πλαίσιο της συζήτησης για το προσχέδιο του προϋπολογισμού του 2015, επιβεβαιώνεται ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση με τον τρόπο που έχει οργανωθεί και ασκεί την εξουσία της έχει χάσει τον προσανατολισμό της. Έχει μετατοπίσει το κέντρο βάρους της περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της.

Από τη μια μεριά το Συμβούλιο προσπαθεί να χειραγωγήσει τους ευρωπαίους πολίτες ώστε να διατηρήσει την εξουσία πάνω τους. Τους υπόσχεται ανάπτυξη, χρήματα, θέσεις εργασίας και ένα καλύτερο αύριο, χωρίς να είναι σε θέση να επιχειρηματολογήσει ουσιαστικά από πού θα βρεθούν τα συγκεκριμένα αυτά κονδύλια. Από την άλλη, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο με την πολυφωνία του και την βαβυλώνια σύνθεσή του δεν μπορεί να δει ξεκάθαρα τον δρόμο που πρέπει να ακολουθήσει για το καλό των πολιτών της Ενωμένης Ευρώπης. Χάνεται στις διαδικασίες και τους μικροκομματικούς διαξιφισμούς των πολυάριθμων αντιπροσωπευτικών μελών του προς τέρψη των εθνικών τους ψηφοφόρων.

Ποιο είναι το όφελος από αυτόν τον προϋπολογισμό όπως σχεδιάζετε να εφαρμοστεί; Πώς βοηθάτε τις χώρες που έχουν οικονομική κρίση; Μια κρίση τεχνητή που οδηγεί στον έλεγχο των εθνών. Αλλά ξέχασα, εσείς δεν ασχολείστε με ανθρώπους, δεν ασχολείστε με ψυχές, ασχολείστε με αριθμούς επιχειρήσεις και μνημόνια. Δεν ασχολείστε με τους νέους, με τους ανέργους, ασχολείστε με προγράμματα, χρηματοδοτήσεις εταιρειών και εργοδότες. Ασχολείστε δηλαδή με το κεφάλαιο, τις τράπεζες και τα συμφέροντα. Τέτοιους προϋπολογισμούς δεν θέλουμε. Τέτοιες πολιτικές είναι πολιτικές εξαπάτησης, είναι πολιτικές ομίχλης και αποπροσανατολισμού. Τέτοιες πολιτικές θα τις καταδεικνύουμε και θα τις καταψηφίζουμε.

Jan Olbrycht (PPE). - Panie Przewodniczący! Dyskusje na temat budżetu rocznego zawsze są dyskusjami o kształcie Unii. W gruncie rzeczy zapominamy, że przecież mówimy o bardzo niewielkim wkładzie państw członkowskich do budżetu wspólnego, gdyż państwa członkowskie większość pieniędzy zachowują dla siebie, a dyskutujemy tak, jakby Unia odpowiadała za wszystko, co dzieje się w każdym państwie członkowskim. Staramy się o budżet unijny, który ma mobilizować pewne działania i uruchamiać mechanizmy, a przecież rok 2015 jest drugim rokiem perspektywy finansowej, to jest rok, w którym będą sływały rachunki zgodnie z zasadą n+2 z roku 2013, to jest ostatni rok rozliczenia poprzedniej perspektywy. Możemy się spodziewać nawarstwiania wydatków, w związku z czym, jeśli wiemy o tym, że budżet będzie bardzo trudny i wydatki będą większe, nie możemy wykonywać ruchu takiego, żeby budżet zmniejszać – co oznacza, że jesteśmy dzisiaj w atmosferze zbliżającego się kryzysu budżetowego. Już to kilka razy przerabialiśmy. Parlament jest gotów do zdecydowanych i ostrych działań, jeżeli chodzi o koncyliacje, jesteśmy gotowi twardo bronić naszego stanowiska.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Jens Geier (S&D). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zwei Lager in diesem Haus. Die einen beklagen sich darüber, dass die EU zu teuer ist, und die anderen – zu denen ich auch gehöre – gehen davon aus, dass die EU Aufgaben zu erfüllen hat. Wir stehen im Haushaltsverfahren immer wieder vor der schwierigen Situation, dass die Mitgliedstaaten auf der einen Seite der EU Aufgaben zuweisen und die EU diese Aufgaben natürlich auch ausführen soll – meistens haben die Mitgliedstaaten sich ja auch etwas dabei gedacht, dass es auf der europäischen Ebene erledigt werden soll –, und anschließend die Mitgliedstaaten sagen: Ja, aber bezahlen tun wir für die Aufgabe nicht.

Jetzt kann man sich als Haushaltskontrolleur – der ich auch bin – sicherlich viele Gedanken darüber machen, wie man die Zahlungen in der Europäischen Union effektiver gestalten kann. Wie kriegen wir unseren Haushalt etwas besser in den Griff? Da müssen wir feststellen, dass genau die Management- und Kontrollsysteme der gleichen Mitgliedstaaten nicht in Ordnung sind und dort oft mit dem europäischen Geld Schindluder getrieben wird. Wir sind also in einer intensiven Diskussion mit dem Rat darüber, wie wir den europäischen Haushalt in den Griff kriegen und wie wir ihn besser steuern. Aber, Herr Zanetti, das kriegen wir nicht mit Kürzungen hin. Und Kollege Kölmel, das kriegen wir wahrscheinlich auch nicht hin, indem wir die Verpflichtungen herunterfahren, denn die sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern abgeleitet aus den Aufgaben, die die Europäische Union zu erfüllen hat.

Zu den anderen Institutionen: Wir haben ja eine Situation, in der das Europäische Parlament seinen Haushalt erhöhen muss. Das geht zurück auf zwei Sondereffekte, die mit dem Ende der Legislatur zu tun haben. Zum ersten Mal gehen größere Teile unserer Kolleginnen und Kollegen entsprechend dem Abgeordneten-Statut in die Rente, und das Europäische Parlament hat das Geld dafür zu bezahlen. Das ist ein Sondereffekt, den auch der Rat an der Stelle zur Kenntnis nehmen muss, wenn er sich über den Haushalt der anderen Institutionen unterhält.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). - Hr. formand! Europa har lige været igennem en kæmpe krise, mange europæiske lande har måttet skære ganske drastisk i deres budgetter. Alligevel står vi her i dag og behandler et budgetforslag, hvor et flertal i dette Parlament ønsker at fortsætte forbruget, blive ved med at bruge penge, der ikke er der, fordi vi synes, vi er bedre til at bruge pengene end de nationalstater, der finder dem til os. Det er simpelthen ikke acceptabelt! Derfor vil jeg på vegne af ECR-Gruppen meget gerne appellere til mine kolleger om, at man sammen med Rådet holder det aftalte budgetloft, som forelå fra Rådets side, så vi sammen kan få Europa ud af krisen og videre på en bedre vej. Vejen ud af denne krise er ikke som nu, at man bliver ved med at foreslå penge til flere og flere projekter, der oftest ender i for meget spild og frås. Vejen ud, det er at vi tager skeen i den anden hånd, tager os selv alvorligt som Parlament og påtager os opgaven med at spare på budgettet og ikke bruge mere på os.

Pablo Echenique (GUE/NGL). - Señor Presidente, la ausencia de democracia y una democracia de cartón piedra son dos cosas muy parecidas. En este gran teatro europeo, hoy somos actores en un drama con final conocido: más austericidio, más desempleo, más miseria.

En el primer acto de la obra, la Comisión Europea propone unos presupuestos raquíticos para 2015: ni cohesión, ni I +D, ni estímulos contra el desempleo, ni fomento de las energías renovables, ni nada. Lo que es grande en las bocas es pequeño y rácano en las cifras.

En el segundo acto del drama, llega el Consejo, recorta 500 millones más y entonces, en el acto final, sus Señorías de todo el arco parlamentario se muestran muy contestatarias y muy keynesianas, pero solo con la segunda parte. Aceptan las tres cuartas partes del recorte, pero quedan muy bien ante los medios.

Si sus Señorías aprueban estos presupuestos irresponsables, no pueden sorprenderse de que los millones de personas que viven una emergencia económica den la espalda a las instituciones que ya ni les sirven ni les escuchan. Si sus Señorías convierten este Parlamento en un teatro, no se sorprendan después de que la gente convierta los teatros, las calles y las plazas en parlamentos de verdad, en parlamentos llamados a sustituir a este.

Monika Vana (Verts/ALE). - Herr Präsident! Die designierte Budgetkommissarin Georgieva hat in der Anhörung des Haushaltsausschusses gesagt, das EU-Budget betreffe direkt das Leben der Menschen, und für uns als Europapolitiker und -politikerinnen sei es eine Aufgabe, den Mehrwert des europäischen Budgets zu erklären. Ich möchte diese Aussage unterstützen. Deshalb finde ich es umso fragwürdiger, warum der Rat ein Budget vorlegt, das ausgerechnet bei den für das Leben der Menschen so wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, Soziales und Forschung kürzt, sodass die Europa-2020-Ziele in noch weitere Ferne rücken als sie es jetzt schon sind, warum ausgerechnet im Europäischen Jahr der Entwicklung Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit gestrichen werden und auch die humanitäre Hilfe zusammengekürzt wird, warum das Problem der *outstanding payments*, der Zah-

Dienstag, 21. Oktober 2014

lungslücke, immer noch nicht gelöst ist, sodass Fördernehmer und Fördernehmerinnen um ihre zugesagten Zahlungen fürchten müssen und warum immer noch so antiquierte, überholte Förderungen existieren wie für den Stierkampf und für Bauern, die nur dafür Zuschüsse erhalten, dass sie Stiere zum Zwecke des Stierkampfes züchten.

Wir Grüne werden morgen entsprechende Änderungsanträge zur Abstimmung stellen und hoffen, dass viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause ihre Verantwortung wahrnehmen. Es geht um die Glaubwürdigkeit dieses Hauses und des EU-Budgets.

Jonathan Arnott (EFDD). - Mr President, the Group standing up for democracy in this Parliament is back. Democracy will not be silenced. I do not intend to give a speech so much as to ask Members a few questions about their consciences and about how they are going to vote, in the light of the payments problem, and the fact that the European Union is currently spending money which it does not have.

We do not need tax payers to pay for cruelty to animals. Will you vote to scrap EU subsidies for bullfighting? At a time of austerity we do not need a self-aggrandising museum. Will you vote to scrap the House of History? Will you vote to scrap the gentleman's agreement between the Parliament, Council and Commission that keeps costs for all three high?

Will we vote to cut our own salaries and allowances? Will we vote to scrap funding for EuroParl TV? I am going to vote in line with the wishes of my constituents, not in line with the wishes of the Euro elite. Will you do the same? Sadly, for many in this place, I think I already know the answer.

Sophie Montel (NI). - Monsieur le Président, ce budget général de l'Union européenne pour 2015, présenté comme le remède miracle pour relancer et stimuler la croissance, créer des emplois ou encore favoriser la compétitivité et l'investissement dans l'ensemble des vingt-huit États membres, n'est qu'un leurre.

À l'instar des budgets précédents, d'ailleurs, aucune économie réelle ne sera réalisée par l'Union, toute section, toute action, tout programme, tout projet étant jugés évidemment nécessaires, indispensables et hautement prioritaires.

À gauche comme à droite, vous réclamez des dépenses et encore des dépenses qui finiront tôt ou tard par être financées par un impôt européen direct. Exit la rigueur budgétaire, pourtant exigée auprès des États membres. L'Union se pose en autorité supranationale qui n'obéit qu'à ses propres règles, y compris en matière budgétaire.

Pourtant, la situation économique et sociale de la zone euro aurait dû vous faire réfléchir. Croissance atone, récession en vue, explosion du chômage, accélération de la paupérisation, hausse constante des défaillances d'entreprises, délocalisations sans fin, voilà quelques exemples très concrets des résultats de toutes vos politiques européennes.

Vous avez imposé aux peuples, avec la complicité des gouvernements de droite et de gauche, la monnaie unique. En France, le pouvoir d'achat de nos compatriotes a fondu comme neige au soleil, paralysant le moteur de la consommation. Vous avez imposé le dogme ultralibéral et la concurrence libre et non faussée. En France, nos entreprises et nos industries se sont retrouvées pieds et poings liés face à une concurrence totalement déloyale venue des pays à bas coûts de production. Vous avez imposé la directive dite des travailleurs détachés, créant ainsi en toute légalité et avec le plus grand cynisme, en France, un monstrueux dumping social, le moins-disant au regard des coûts entraînant le moins-disant sur le plan social dans des secteurs d'ailleurs directement liés à l'investissement, tels que le BTP, les travaux publics ou encore les transports. Vous appelez de vos vœux à toujours plus d'immigration, alors même que la France compte plus de cinq millions de chômeurs et 8,4 millions de pauvres.

Voilà votre Europe, celle de la soumission aux marchés et aux banques, de l'ultralibéralisme, du chômage, de la désindustrialisation et de la croissance nulle.

Marian-Jean Marinescu (PPE). - Domnule Președinte, poziția Consiliului față de propunerea de buget 2015 este inacceptabilă. Reducerea creditelor de plată pentru 2015 cu 2,1 miliarde afectează în special fondurile destinate competitivității pentru creșterea economică și ocupării forței de muncă și contravine flagrant angajamentului din partea Consiliului de a depăși criza și de a revigora creșterea economică. Creditele de plată sunt legate de contribuțiile naționale, iar statele membre au în continuare atitudini negative. Pactul de stabilitate și creștere nu se respectă doar prin micșorarea contribuțiilor naționale, dimpotrivă. Acordurile de parteneriat trebuie să asigure convergența maximă între fondurile structurale și de investiții și bugetele naționale, iar strategiile naționale trebuie elaborate rapid pentru a eficientiza utili-

Dienstag, 21. Oktober 2014

zarea fondurilor și a genera creștere economică durabilă. Problema recurentă a insuficienței creditelor de plată trebuie rezolvată urgent, volumul restanțelor de plăți din ultimii ani, 23,4 miliarde la sfârșitul anului 2013 numai în cadrul politicii de coeziune, trebuie diminuat drastic. Susțin majorarea cu 4 miliarde a nivelului plăților propuse de Comisie la o serie de linii bugetare, inclusiv la cele dedicate onorării obligațiilor aferente cadrului multianual financiar 2007 - 2013. Concilierea privind bugetul 2015 trebuie să fie condiționată de finalizarea negocierilor privind nevoile de plată suplimentară pentru 2014.

Daniele Viotti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un'espressione italiana che credo il sottosegretario Zanetti conosce sicuramente che dice «buttare il cuore oltre l'ostacolo». È un'espressione che significa mettere passione e coraggio per raggiungere gli obiettivi che si hanno e che ci si dà. L'obiettivo in questo caso, che è un obiettivo condiviso – credo in quest'Aula – è quello di tornare alla crescita. Ci diciamo tutti d'accordo, ormai da tempo, di avere dopo dieci anni di cosiddetta *austerità* finalmente un'Europa che punta di nuovo alla crescita e punta ad investire sulla ricerca, sullo sviluppo, sull'ambiente, sulla formazione, sul lavoro. Punta a investire sull'Europa. Punta a investire sul proprio futuro.

Ci sono tanti strumenti per raggiungere questo obiettivo. Il piano Juncker, di cui aspettiamo con ansia la proposta. L'ha detto la nostra relatrice: c'è la revisione del quadro finanziario pluriennale e c'è anche il bilancio tra questi strumenti. Anche il bilancio può essere uno degli strumenti, lo crede la Commissione, lo crede questo Parlamento. Il tema è se ci crede anche il Consiglio. Se anche il Consiglio crede che il bilancio possa essere uno strumento per arrivare a una nuova situazione, a una nuova condizione e le condizioni per prendere una nuova direzione ci sono tutte. C'è un nuovo Parlamento, c'è una nuova Commissione che sta per insediarsi, c'è una guida del semestre europeo che è una guida vitale. Il tema è – e quindi la domanda che pongo è – se questa guida ci vuole mettere la passione e il coraggio, perché la crescita, se un obiettivo è condiviso, è perché anche attraverso lo strumento del bilancio che possiamo raggiungere questo obiettivo in cui tutti crediamo.

Christian Ehler (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich möchte noch einmal eine Frage im Zusammenhang mit dem Haushalt stellen, der spezifisch *Horizon 2020*, also das Forschungsprogramm betrifft. Wir gehen mit 8,6 Milliarden EUR *payments* aus dem alten FP7 jetzt in *Horizon*. Jetzt folgen noch einmal Kürzungen von 1,1 Milliarden, das heißt, wir sind bei 10 Milliarden *payments*, die im Moment nicht vorhanden sind, bei einem Programm von knapp 70 Milliarden. Ich möchte die Kommission, aber auch den Rat vor diesem Hintergrund noch einmal fragen: Was bleibt übrig von dem innovativen Europa?

Presidente. - Mi scusi, la domanda può essere rivolta ai parlamentari o agli oratori, non alla Commissione o al Consiglio. Questo secondo il regolamento.

Richard Ashworth (ECR). - Mr President, I welcome the Juncker proposals to increase spending on jobs and growth, but unless that extra spending is matched by cuts in inefficient programmes and greater strategic prioritisation, then 12 months from now we will be seeing a bigger pile of unpaid bills and ever-increasing rows. It is the Member States who, on the one hand, have the responsibility for spending 80% of the budget and who, on the other hand, restrict the size of the budget. I am not calling for a bigger budget – Council was right to cap revenue – but I am insisting that there is an urgent need for greater budgetary discipline and control. If we do not, our payments problem will only get worse. Furthermore, should the three institutions prove themselves incapable of exercising that control, should the commitments budget prove to be in excess of funding available, or should this budget place the budgetary authority in an unlawful position, is it not time that we came to consider the establishment of an independent office of budgetary responsibility?

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Senhor Presidente, a nossa posição face ao orçamento e face a esta proposta reflete o nosso posicionamento relativamente a esta União Europeia com a sua matriz neoliberal, federalista e militarista.

O orçamento da União Europeia é a expressão concreta de uma linha política orientada para a promoção do desmantelamento dos serviços públicos, a perda dos direitos sociais e laborais e as parcerias público-privadas. Este é o orçamento que dá suporte à austeridade, ao Semestre Europeu e a todas as agências que fiscalizam e condicionam as políticas dos Estados-Membros e castiga os maus alunos. É o orçamento que dá suporte às ingerências cada vez mais agressivas em diversos pontos do globo, que constrói uma Europa Fortaleza, cada vez menos solidária com os seus vizinhos.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Esta farsa, ou esta pseudodisputa entre a Comissão e o Conselho, não nos pode desviar do essencial, que é a condenação das políticas neoliberais desta União Europeia, suportadas por este orçamento.

Marco Zanni (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio ha sicuramente sbagliato l'approccio per affrontare il bilancio, proponendo tagli lineari senza entrare nello specifico delle singole voci di bilancio. Il Parlamento però – a mio avviso – ha ripetuto lo stesso errore, ripristinando in blocco le linee andando addirittura oltre in alcuni casi. Dobbiamo quindi evitare di finire in un braccio di ferro estenuante e controproducente per tutti.

Io sono arrivato qua da poco, ma due cose mi sembrano abbastanza chiare: abbiamo risorse scarse e c'è un problema con i pagamenti arretrati. Riduciamo quindi dove è possibile a partire dagli sprechi delle istituzioni europee, Parlamento compreso. Domani vediamo chi voterà tra di noi per ridurre queste inutili spese. Credo che potrebbe essere un piccolo segnale, ma che i cittadini europei apprezzerebbero sicuramente.

Per limitare in futuro il problema dei pagamenti, invece a mio avviso, la soluzione al momento è soltanto una: ridurre gli impegni. E possiamo partire ad esempio dai fondi preadesione alla Turchia, che in ogni caso sicuramente non entrerà a breve nell'Unione europea, oppure possiamo bloccare i finanziamenti al nucleare o cancellare i finanziamenti alle fondazioni politiche. Ci sono diverse opzioni disponibili, serve soltanto la volontà politica per farlo.

Edouard Ferrand (NI). - Monsieur le Président, il est tard et la plupart des agriculteurs européens sont couchés à cette heure-ci, mais c'est aussi un moment de vérité pour eux.

Sans vouloir trop tarder, je vous dirai simplement que l'agriculture est le parent pauvre du budget. Le budget de l'agriculture pour 2015 est celui de la capitulation. La capitulation devant d'autres nécessités de produire, avec la généralisation des aides découplées. La capitulation devant la baisse du revenu des agriculteurs, français et européens, dont les aides diminuent fortement en raison de ce budget. La capitulation encore – et ce n'est pas fini – devant les grands blocs concurrents, comme les États-Unis qui, par leur nouveau *farm bill*, reprennent à leur compte la logique de production que vous avez abandonnée. Enfin, la capitulation qui vous conduit aujourd'hui à rogner les objectifs originels de la PAC: assurer notre autosuffisance alimentaire, préserver des revenus décents pour les agriculteurs européens ainsi que garantir la qualité et, notamment, la traçabilité de nos produits.

Ingeborg Gräßle (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein Wahnsinn, was hier für Reden gehalten werden, das muss ich schon sagen. Die Sachkunde ist ja dann doch auch überschaubar. Herr Kollege, wie man bei einem Landwirtschaftsetat von 59 Milliarden von einer Kapitulation sprechen kann, das möchte ich mal wissen.

Ich möchte das Budget 2015 als Budget für Wachstum und Beschäftigung bezeichnen. Deswegen finde ich es bedauerlich, dass aus diesem Budget, in dem wir so viel gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die Jugendgarantie tun, niemand diese Mittel in Anspruch nehmen will. Die Arbeitsminister der Mitgliedstaaten haben öffentlichkeitswirksam ein Paket geschnürt mit 6 Milliarden Euro für die sogenannte Jugendbeschäftigungsinitiative, und jetzt sehen wir, dass es bei der Umsetzung der Beschlüsse gewaltig hapert. Der Rat ist in seiner Lesung des Haushaltsentwurfs auch nicht einmal davor zurückgeschreckt, die Zahlungsermächtigungen im Europäischen Sozialfonds – aus dem unter anderem auch die Mittel für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stammen – zu kürzen. Dabei wäre es dringend notwendig, gerade in dem Bereich die Mittel so zu belassen.

Leider haben die Mitgliedstaaten auch keine Eile bei der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen. Tatsächlich ausgegeben wurden von den 6 Milliarden Euro für die Jugendbeschäftigungsinitiative erst einige Hunderttausend Euro. Bis heute haben sich gerade einmal drei Mitgliedstaaten – Frankreich, Italien und Litauen – operationelle Programme für Jugendbeschäftigung von der Kommission genehmigen lassen. Von dem französischen Programm profitieren wohlgemerkt gerade einmal 10 000 Schulabgänger.

Von daher kann man eigentlich nur sagen: Macht euch dran und liefert, und verspricht nicht nur!

Paul Tang (S&D). - Voorzitter, ik wil graag één punt maken over de begroting voor 2015. Wat we zien is een jaarlijks conflict tussen de landen en de Europese instellingen. Het is te verleidelijk om ja te zeggen en nee te doen, om verplichtingen aan te gaan en de betalingen achterwege te laten, zeker in zware tijden als deze. Het is een jaarlijks conflict en het is een conflict zonder winnaars. De nadelen zijn groot, het versterkt het beeld van te hoge uitgaven, hoewel feitelijk de uitgaven sinds 2013 omlaag zijn gegaan.

Dienstag, 21. Oktober 2014

En bovendien, de Europese Commissie bouwt verkapt, bijna stiekem, een schuld op, wat niet zou mogen. Rekeningen blijven liggen, waardoor investeringen in kennis en onderzoek in gevaar komen. Dat is geen versterking van de Europese economie, juist in deze tijd van lage groei en weinig banen. Het is een conflict zonder winnaars.

Daarom ben ik blij als het Europees Parlement duidelijk stelling neemt en de bezuinigingen op rubriek 1A terugdraait. Maar ik ben ook blij met het gebaar, als het Europees Parlement dat maakt, om elke partij te laten komen met de structurele oplossingen voor dit jaarlijkse ingebakken conflict. Ik hoop dat dit gebaar wordt gezien door de Commissie. Ik hoop dat dit gebaar wordt gezien door de lidstaten. Het wordt in ieder geval gezien in Nederland en daar positief opgevat. Laten we ons niet in het jaarlijkse ingebakken conflict gevangenhouden.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). - Panie Przewodniczący! W tej debacie chciałbym zwrócić uwagę na dwie kwestie. Po pierwsze, na konieczność podjęcia decyzji o podtrzymaniu przez Parlament swego stanowiska w sprawie podwyższenia poziomu płatności do 146 mld euro, a więc o ponad 6 mld więcej niż postanowiła Rada. To podwyższenie środków na płatności i tak jest tylko częściowym rozwiązaniem problemu zaległości w płatnościach, które – jak słyszeliśmy – wynoszą już ponad 30 mld euro, a 10 mld trzeba wręcz zapłacić od ręki.

Po drugie, chciałbym zdecydowanie przestrzec Parlament przed wsparciem decyzji Komisji, która chce finansować w 2015 r. walkę z wirusem Ebola ze środków rezerwy kryzysowej tworzonej w ramach wspólnej polityki rolnej. Decyzja Komisji, aby blisko 450 mln euro, czyli większość tej rezerwy, przeznaczyć na walkę z wirusem, jest nieodpowiedzialna w sytuacji, kiedy mamy pewność, że rosyjskie sankcje na unijną żywność zostaną podtrzymane także w 2015 r. Przecież ze środków uruchamianych w tegorocznym budżecie skorzystało tylko niewielu rolników, a straty ponoszą wszyscy sprzedający na rynku.

Siegfried Mureșan (PPE). - Domnule Președinte, domnule ministru, domnule comisar, într-o perioadă în care majoritatea statelor membre fac eforturi semnificative pentru a-și stabili economiile prin măsuri de consolidare fiscală și reforme structurale, fondurile europene sunt printre puținele surse de investiții stabile predictibile pentru următorii șapte ani. De aceea, cred că bugetul Uniunii Europene trebuie să rămână un buget al investițiilor. Anul trecut, noi, Parlamentul European, am acceptat reducerea pentru prima dată a bugetului multianual al Uniunii Europene, deși, poate mai mult ca oricând, era nevoie de creșterea acestuia, în special în domeniul precum cercetarea, inovarea, investițiile în infrastructură, pentru ca Europa să devină mai competitivă, să facă față mai bine competiției globale. Acceptând o reducere a bugetului, noi, Parlamentul, am luat în considerare îngrijorările statelor contribuatoare nete. La aceste reduceri, însă, se adaugă și neplata datoriei Uniunii Europene către cei ce au prestat servicii față de Uniunea Europeană și așteaptă, pe bună dreptate, să fie plătiți. Asta reduce perspectivele de creștere economică la nivelul statelor membre. Atitudinea Consiliului este inacceptabilă și nejustificată. Consecințele negative pentru economia reală sunt semnificative. Încălcarea angajamentelor de către Consiliu are efecte negative asupra relansării economice la nivelul Uniunii Europene. Investițiile în infrastructură, cercetare, inovare, reprezintă motorul relansării economice. Un ultim lucru pe care vreau să-l spun este că susțin și eu mobilizarea marjei pentru situații neprevăzute. Cred că este singura soluție prin care putem stabili situația actuală.

Victor Negrescu (S&D). - În primul rând vreau să felicit raportorul pentru un buget european bine construit. Pentru prima dată avem o structură de buget pe care Parlamentul European o propune, ce ține cont de nevoile cetățenilor. Un buget ce acordă o prioritate tinerilor, inovării, IMM-urilor sau politicilor sociale. În acest sens, vreau să salut faptul că acest buget cuprinde un proiect-pilot pe care l-am inițiat, ce prevede identificarea și implementarea unor soluții destinate creșterii accesului la servicii medicale în mediul rural. Prin acest proiect, reușim să arătăm că bugetul european se implică acolo unde cetățenii au nevoie, în domeniul sănătății. De asemenea, reușim să întindem o mână către mediul rural și să arătăm că Uniunea Europeană acționează și la acest nivel. Îmi exprim convingerea că proiectele-pilot și acțiunile pregătitoare inițiate de către parlamentarii europeni sunt mecanisme legislative extrem de utile și care pot crește transparența, dar și permite cetățenilor să fie implicați în construcția bugetară. Acum ne rămâne doar ca statele membre și Consiliul să înțeleagă că avem nevoie de acest buget european, că fără resursele financiare europene proiectele de interes comun de o dimensiune europeană nu ar exista. Avem datoria să arătăm că bugetul european răspunde nevoilor de zi cu zi ale cetățenilor și trebuie să arătăm cum acest buget vine în sprijinul lor.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Patricija Šulin (PPE). - Predsedujoči, hvala za besedo. Proračunska razprava razgalja dvolično retoriko, ki jo uporabljajo države. Doma izpostavljajo koristi in pomen investicij za kreiranje delovnih mest, nato pa na evropski ravni v Svetu zmanjšujejo investicijske izdatke, ki jih Evropska unija danes potrebuje bolj kot kdajkoli prej.

Še posebej se mi zdi pomembno v proračunu za leto 2015 obdržati dovolj sredstev za raziskave, inovacije in izobraževanje, da bi Evropska unija ostala vodilna na tem področju ter da bi ustvarjala kakovostna delovna mesta in bila konkurenčna v globalni ekonomiji. Rast v Evropski uniji lahko dosežemo le s strukturnimi reformami in zato potrebujemo dobro planirana sredstva.

Svetov predlog ogroža kredibilnost Evropske unije in krši sprejete dogovore. Konec lanskega leta je bil sprejet novi, bistveno nižji večletni finančni okvir za obdobje 2014-2020. Parlament ga je podprl pod pogojem, da države članice zagotovijo, da ne bo več prihajalo do ponavljajočih se izpadov v plačilih, ki Evropski komisiji onemogočajo spoštovanje njenih pravnih in finančnih zavez. Predlagane spremembe Sveta niso v duhu tega dogovora. Pravzaprav že danes vemo, da se bomo ob takšnem predlogu konec drugega leta spet pogovarjali o izpadlih plačilih. Tudi zaradi tega je treba nujno razmisliti o dodatnih prihodkih iz naslova lastnih sredstev, ki so zaenkrat ostali le na ravni glob in zamudnih obresti. Hvala.

Vladimír Maňka (S&D) - Európska únia má svoju stratégiu, ale na jej plnenie neposkytuje dostatok rozpočtových zdrojov. Za všetko hovorí 26 miliárd eur nezaplatených faktúr. Ohrozujeme tým dôveru celej spoločnej Európy. Vidíme, že rozpočet v budúcnosti nemôže byť závislý od toho, či si Rada splní svoje záväzky alebo nie. Potrebujeme preto vytvoriť inteligentný rozpočet európsky, ktorý Európskej únii poskytne vlastné zdroje na dosiahnutie jej ambícií bez toho, aby sa zvýšila celková daňová záťaž na obyvateľov. Vezmime z vnútroštátnej úrovne všetko, čo dokážeme urobiť na európskej úrovni efektívnejšie. Tam sú úspory a zdroje v intenzívnejšej európskej integrácii. Ak má byť rozpočet Európskej únie pre občanov dôveryhodný, musí byť príkladom v oblasti riadenia, efektívnosti, transparentnosti a kontroly.

Ivan Štefanec (PPE) - Pri každom rozhodovaní v Európskom parlamente by sme mali mať na pamäti predovšetkým naše ciele, a tými sú prioritne rast a zlepšenie zamestnanosti našich občanov.

Štruktúra rozpočtu vždy takéto ciele veľmi ovplyvňuje. Preto vždy budem presadzovať, aby sme mali menej nákladov na spotrebu, na administratívu, ale viac na podporu malého podnikania, vedy, výskumu, inovatívnych technológií. Takéto návrhy budem vždy podporovať. Aj keď sa tu snažíme o vyrovnaný rozpočet, naše dlhy stále rastú a dokonca roka by mali dosiahnuť až úroveň 30 miliárd eur, preto potrebujeme zlepšiť platobnú disciplínu a predovšetkým dodržiavať pravidlá. Na jednej strane tu hovoríme o platbách do 30 až 60 dní, ale na druhej strane nám dlhy narastajú. Preto si myslím, že potrebujeme zaviesť sankcie za neplatenie aj na úrovni európskych inštitúcií, aby sme zlepšili disciplínu pri platbách a aby sme dodržiavali pravidlá, len vtedy môže európsky rozpočet naozaj fungovať. Často hovoríme o výdavkovej stránke, ale ja považujem ešte za dôležitejšiu príjmovú časť rozpočtu, ktorá môže fungovať len vtedy, keď bude fungovať prostredie pre tvorbu pracovných miest.

Preto by sme mali viac hovoriť o zlepšení konkurencieschopnosti, nižších daniach, odvodoch, lepšom pracovnom práve a podpore vzdelávania, vedy, výskumu. Verím, že na túto tému budeme viac hovoriť a že sa nám bude v tomto dariť.

Pina Picierno (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, io non posso che rafforzare quanto è stato già espresso dai miei colleghi socialdemocratici, dalla relatrice Eider che ringrazio. Ora attendiamo che il Consiglio faccia la sua parte per continuare a sostenere l'Unione europea, perché in fondo è di questo che si tratta.

E vorrei soffermarmi, Presidente, su due aspetti che ho portato all'attenzione della commissione per i bilanci attraverso alcuni emendamenti. Il primo, è quello di sostenere con forza la lotta alla criminalità organizzata e di sostenere con forza anche una politica comune e vera d'asilo e di accoglienza e di gestione dell'immigrazione. Insomma, Presidente, io credo che noi dovremo confrontarci con i gravi problemi che vivono gli Stati membri e che vivono i cittadini europei.

Il secondo, che mi sta a cuore e che credo sia di grande attualità, è quello di tagliare, in maniera chiara, netta, la spesa inutile, la spesa improduttiva, vorrei dire gli sprechi, Presidente. Cominciando esattamente da noi, cominciando dal nostro lavoro. Io credo che sia arrivato il momento colleghi di scegliere un'unica sede, una singola sede in cui riunirci evitando queste trasferte costosissime, sperando anche che in un futuro non troppo lontano non ci venga più negato il diritto di organizzare il nostro lavoro, riducendo pesantemente i costi e pensando con attenzione ai sacrifici che sono richiesti ai cittadini europei.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Janusz Lewandowski (PPE). - Panie Przewodniczący! Budżet na rok 2015 to nie może być *business as usual*. Rzeczywiście propozycja i stanowisko negocjacyjne Parlamentu Europejskiego to nie jest *business as usual*, to jest ambitna propozycja, która wychodzi ponad przedłożoną propozycję Komisji Europejskiej, a nawet przekracza pułap perspektywy finansowej, który zresztą na rok przyszły jest o 2 miliardy euro niższy niż rzeczywiste wykonanie budżetu roku 2013. Tak zarysowana propozycja, którą prawdopodobnie przegłosujemy jutro, odpowiada dramatycznej sytuacji płatniczej, która została bardzo dokładnie zarysowana na użytek Parlamentu przy obecności prezydencji włoskiej przez pana komisarza Dominika. Ta propozycja odpowiada również konkluzjom Rady, bo Rada nie ustaje w poszukiwaniu środków, którymi można finansować wzrost i miejsca pracy, a rzeczywisty budżet europejski przy tej skali jest częściową odpowiedzią na zagadkę, jak finansować wzrost i miejsca pracy w warunkach konsolidacji fiskalnej, więc odgrywa swoją rolę i jest sposobem lewarowania kapitału prywatnego na szerszą skalę.

Rok 2014 i 2015 to są ciągle rachunki poprzedniej perspektywy finansowej, które zostały przeegzaminowane, są legalne, powinny być zapłacone. Ponad 40% płatności w przyszłorocznym budżecie to są rachunki poprzedniej perspektywy za projekty już dokończone. Więc stawką jest nie tylko ekonomia, stawką jest wiarygodność instytucji Unii Europejskiej.

Iratxe García Pérez (S&D). - Señor Presidente, la igualdad de género es un principio de la Unión Europea y, por ello, el cumplimiento de este principio tiene que ser también aplicado en el presupuesto comunitario. Es importante señalar que existen unas prioridades, que hemos planteado desde la negociación en la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, como son el no permitir el recorte de un solo euro para el Instituto Europeo de la Igualdad de Género, que está llevando a cabo una labor importante.

Además, el mantenimiento de la línea presupuestaria para el programa Daphne de lucha contra la violencia de género es otra cuestión fundamental. Hoy se encuentra integrado en el programa general de «Derechos y ciudadanía», pero es necesario seguir manteniendo ese concepto de programa de lucha contra la violencia de género.

Y no olvidemos las aportaciones que se están haciendo desde el presupuesto comunitario a las organizaciones no gubernamentales y a la sociedad civil que trabajan en este ámbito. Tenemos una responsabilidad importante y el *gender mainstreaming* debe ser una cuestión fundamental a tener en cuenta.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι η διαχείριση των χρημάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι πολύ καλής ποιότητας και αποτελεσματική, και διαφωνώ με την άποψη των βρετανών ευρωσκεπτικιστών και των βρετανών αντιευρωπαίων, οι οποίοι ειδικεύονται στο να κάνουν κριτική για δήθεν σπατάλες στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Τα κριτήρια διαχείρισης στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι πολύ αυστηρότερα, διότι έχουμε όριο στο έλλειμμα του προϋπολογισμού, στην ΟΝΕ, το 3% του Ακαθάριστου Εγχώριου Προϊόντος, ενώ για παράδειγμα στο Ηνωμένο Βασίλειο το αντίστοιχο έλλειμμα είναι της τάξης του 6% του Ακαθάριστου Εγχώριου Προϊόντος. Επομένως αυτοί που θέλουν να δώσουν μαθήματα δημοσιονομικής διαχείρισης πρέπει πρώτα να ρίξουν το δικό τους έλλειμμα και μετά να μας πουν τι ακριβώς πρέπει να κάνουμε.

Θεωρώ πάντως ότι είμαστε κάπως μίζεροι στην αντιμετώπιση του προϋπολογισμού. Πρέπει να στηρίξουμε τις θέσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου γιατί μεταξύ των άλλων αντιμετωπίζουμε και νέες προκλήσεις. Αν για παράδειγμα καταρρεύσει η Ουκρανία τον χειμώνα, επειδή εμείς έχουμε αδιαφορήσει, θα έχουμε κάνει οικονομία ή θα έχουμε ανοίξει τον δρόμο σε νέες δαπάνες; Και αν, για παράδειγμα, ο Έμπολα ξεφύγει απ' τη Δυτική Αφρική επειδή έχουμε επίσης αδιαφορήσει, και έρθει στην Ευρωπαϊκή Ένωση, τι θα είμαστε οικονομικά κερδισμένοι, οικονομικά χαμένοι, θα συνεδριάσουμε για να το αποφασίσουμε ή θα μιλάμε με τηλεδιάσκεψη;

Εν πάση περιπτώσει, θεωρώ ότι η ιταλική προεδρία έχει ευθύνες, ο κύριος Renzi ήρθε εδώ με ωραίες ιδέες, τουλάχιστον θα έπρεπε να μας βοηθήσει να στηρίξουμε το κύρος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Dienstag, 21. Oktober 2014

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Bogusław Liberadzki (S&D). - Pani Przewodnicząca! Zdajemy sobie sprawę, że budżet na 2015 r. to budżet zależny od trzech ważnych uwarunkowań. Po pierwsze, od zaległości, które wynoszą już dziesiątki miliardów euro. Po drugie, od płatności, które będą służyć z perspektywy 2007–2013, i co do tego nie miejmy wątpliwości. I wreszcie trzeci, bardzo ważny aspekt: dwa powyższe elementy nie mogą powstrzymać nas od normalnego funkcjonowania i osiągnięcia celów w roku 2015.

Trzy główne obszary, które z naszego punktu widzenia są ważne, to: konkurencyjność dla wzrostu i pracy, spójność ekonomiczna, społeczna i terytorialna oraz globalna Europa. Co jest szczególnie uderzające w projekcie budżetu i stanowisku Rady (stanowisko Komisji jest nam dużo bliższe)? Mianowicie Rada próbuje być względnie hojna w zobowiązaniach, ale to nie jest pora na zobowiązania. Teraz nadeszła pora na płatności i tej kwoty nie możemy zaakceptować, podobnie jak nie możemy zaakceptować stanowiska Rady.

Tamás Deutsch (PPE). - Tisztelt képviselőtársaim! Először is szeretnék gratulálni az előadónak, nagy munkát végeztek. 1500 módosító indítványról kellett a Költségvetési Bizottságban dönteni. A döntést megkönnyítette, hogy támogatható kompromisszumokat hoztak létre az előterjesztők.

A Fidesz európai parlamenti képviselői támogatják az asztalunkon fekvő előterjesztést, elsősorban azért, mert először a Néppárt fogadta el az általunk benyújtott módosító javaslatokat, amelyek aztán a korábban említett kompromisszumok részévé váltak. Külön kiemelném, hogy a Tanács eredeti javaslatához képest mintegy 4 milliárd euróval növelné a Parlament a 2015-ös költségvetésben a strukturális alapok programjainak kifizetését. Ezzel szeretnénk biztosítani, hogy 2015-ben ne folytatódjon tovább az a folyamat, amelyről a kifizetetlen számlákat illetően már több képviselőtársam is szólt. Az agrárforrásoknál pedig az Európai Parlament az iskolatej és az iskolai gyümölcsprogramok támogatására szolgáló forrásokat kívánja emelni, valamint az orosz agrárembargó okozta károk enyhítésére mozgósítana többletforrásokat. Ezzel kapcsolatban az Európai Bizottság által előterjesztett 1. számú módosító levelet nem tarjuk kiegészítőnek, ezzel kapcsolatban aggályaink vannak.

Dariusz Rosati (PPE). - Madam President, the yearly budget is not just about numbers or figures. We are talking about the backbone of the whole European project. This is why Council proposals to cut the EU budget for 2015 raise so much concern in this House.

First, we are faced with a growing deficit of the budget partly due to faster than planned implementation of many EU-financed projects, but also partly because of late payments by Member States. As a result, the Commission still has a lot of invoices unpaid from previous budgets. This is a dangerous situation which destabilises the investment process in Member States and critically undermines the credibility of the European Union. Therefore, I support Parliament's call for Member States to respect fully their financial obligations with respect to the EU budget.

Second, the proposed reduction of payments appropriations in Heading 1A – Competitiveness for growth and jobs amounts to more than 1.3 billion. This means that almost two-thirds of all payments cuts suggested by the Council will negatively affect innovation, research and small and medium-sized enterprises, areas with the largest potential for growth and jobs. These proposals clearly fly in the face of everything we have said concerning the necessity to restore strong growth in Europe. Hence, I strongly support Parliament's position not only to restore the Commission's budget proposals, but also to consider going above the ceiling in this strategically important heading.

Interventions à la demande

Krzysztof Hetman (PPE). - Pani Przewodnicząca! W moim przekonaniu szczególnie istotnym aspektem budżetu Unii jest zapewnienie niezbędnych środków na spłacenie wcześniej podjętych zobowiązań, zwłaszcza w odniesieniu do polityki spójności i rozwoju obszarów wiejskich. Należy pamiętać, że finansowanie w ramach polityki spójności w sposób istotny wspiera państwa członkowskie i regiony w ich działaniach na rzecz tworzenia nowych miejsc pracy, zwiększania konkurencyjności czy promowania zrównoważonego wzrostu. Jednocześnie nieterminowe spłacanie zobowiązań ukazuje Unię Europejską jako partnera nierzetelnego, niewiarygodnego, na co nie możemy sobie pozwolić. Niestety, na chwilę obecną mamy aż 26 mld euro niespłaconych zobowiązań, z czego 23 mld w samej polityce spójności. W związku z powyższym jestem przekonany, że należy położyć szczególny nacisk na utrzymanie zaproponowanych przez Komisję Europejską limitów płatności, w szczególności w odniesieniu do działów 1b i 2 budżetu Unii.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). - Señora Presidenta, no quería dejar pasar este debate sobre el informe sobre la Posición del Consejo ante el proyecto de presupuesto para 2015, pero antes quiero felicitar el trabajo de la ponente Gardiazabal, que creo que ha hecho un trabajo magnífico.

Y ahora sí, quiero aprovechar esta oportunidad con el comisario y con el Consejo para decir que lo que se está haciendo con esa maniobra que ha llevado a cabo la Comisión —chapucera, en mi opinión— a través de su nota rectificativa del pasado 15 de octubre es un recorte encubierto de los fondos de la PAC de algo más de 450 millones de euros que se destinarán a otras políticas para paliar algo —en lo que estoy de acuerdo con todos los que han hablado—, que es el desequilibrio presupuestario existente. Pero, ¿por qué lo tiene que pagar el presupuesto de la PAC? ¿Por qué lo tienen que pagar los agricultores de la Unión Europea?

Marijana Petir (PPE). - Gospodine predsjedniče, ruski embargo, klimatske promjene, rekordna nezaposlenost mladih, neplaćeni računi, prezaduženost, nepostizanje ciljeva u okviru rasta i zapošljavanja, izazovi su na koje proračun za 2015. godinu mora barem dijelom odgovoriti kao bi se ostvarili ciljevi koji su zacrtani do 2020. godine.

Važan segment proračuna zasigurno predstavlja i onaj dio koji se odnosi na zajedničku poljoprivrednu politiku i mene bi veselilo kad bi on bio veći i kad bi se realizirali projekti koji bi osigurali ostanak ljudi na selu i njihov dostojanstven život. Moj je stav da posebnu pažnju treba posvetiti malim obiteljskim poljoprivrednim gospodarstvima koji su proizvođači hrane, čuvari prostora i biološke raznolikosti te pokretači razvoja i jamci života u ruralnim područjima. A to se mora vidjeti i u proračunu.

Poljoprivrednici pogođeni ruskim embargom trebaju naći svoje mjesto u ovom proračunu, ali ne u segmentu zajedničke poljoprivredne politike već u okviru proračunskih rezervi kao što je to i predložio predsjednik Odbora za poljoprivredu i ruralni razvoj.

Zoltán Balczó (NI). - Ez a jelentés is rámutat az Európai Unió egy nagy ellentmondására, de megoldani nem tudja. A tagállamok önállósága egyre csökken, haladunk egy föderatív állam irányába, ugyanakkor a közös feladatokra szolgáló költségvetés az összjövedelem mindössze 1%-a. Nagyságrenddel kevesebb, mint egy föderatív állam esetében szükséges a közös feladatokra, amely államberendezkedést természetesen elutasítunk. Az aktív befizetők panaszkodnak, hogy több terhet nem tudnak elviselni, ugyanakkor nem veszik figyelembe, hogy hozzájuk, a centrumországokba a perifériaországokból évi 100 milliárd euró áramlik át. A kohéziós összegek csökkennek, az elmúlt ciklusban is nőtt a különbség az egyes régiók között. Ez a költségvetés világosan rámutat arra, hogy a valóság és az uniós retorika között micsoda különbség van.

Angélique Delahaye (PPE). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le représentant du Conseil, chers collègues, nous venons d'apprendre que le Collège des commissaires a adopté une lettre rectificative au projet de budget 2015 dans laquelle l'ensemble des mesures d'urgence prises à la suite de l'embargo russe seraient financées par la réserve de crise. Or, il ne me semble pas que cette réserve de crise devait être utilisée à cette fin.

Nous l'avons répété à plusieurs reprises: il ne s'agit pas d'une crise de marché ou d'une crise sanitaire mais bien d'une crise politique. Si nous acceptons cela, nous allons pénaliser deux fois les agriculteurs: une fois à cause des conséquences de l'embargo russe et une seconde fois à cause de la diminution des aides directes l'année suivante.

D'après les informations qui nous sont parvenues, cette lettre rectificative serait directement discutée en comité de conciliation sans passer par la commission des budgets. C'est un véritable problème car cela empêche tout débat sur le sujet.

Je souhaite que d'autres sources de financement soient mobilisées pour ces mesures. Une des pistes de réflexion ne serait-elle pas l'utilisation de la marge pour imprévus, instrument de dernier recours?

Nicola Caputo (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono parlamentare europeo da pochi mesi e devo dire non posso sottacere perplessità sulle procedure e sulla stessa percezione che discussioni non sempre costruttive contribuiscono ad attribuire al bilancio dell'Unione europea.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Il bilancio dell'Unione europea – il documento politico più importante – continua a essere percepito dai paesi membri come un fardello, come un onere supplementare per i bilanci nazionali e non come effettivamente dovrebbe essere, come un'opportunità per potenziare iniziative di investimenti che presentano un valore aggiunto per l'Europa.

Sarebbe stato auspicabile che in un momento di crisi importante, quale quello che viviamo avessimo discusso di un progetto di bilancio un po' più ambizioso per l'Europa, che avesse previsto per esempio il potenziamento dei programmi che sono al centro della strategia Europa 2020 mirati a promuovere la crescita, la competitività e l'occupazione, come Orizzonte 2020, COSMOS, Erasmus Place, ecc.

Gli investimenti di ricerca e di sviluppo per le imprese e per l'occupazione, specie giovanile, sono necessari direi sono una *conditio sine qua non* per dare nuova linfa ed un ulteriore spinta al progetto europeo per evitare la disgregazione sociale ed economica.

Un'ultima osservazione infine sull'agricoltura: il settore agricolo sta già pagando una profonda crisi e va sostenuto con forza.

Michel Dantin (PPE). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le représentant du Conseil, face à un monde qui bouge autour de nous, le débat montre bien que nous avons besoin d'une Europe plus solidaire et plus forte. Si la question des ressources propres avait été tranchée dans le budget pour la période, sans doute le débat de ce soir et les positions des uns et des autres seraient-ils plus faciles.

Il faut, semble-t-il, chercher des sources d'économies et des simplifications administratives qui pourraient engendrer des marges supplémentaires.

Enfin, un dernier mot sur cette fameuse lettre rectificative. Après avoir baissé le budget de la PAC et le budget des aides directes, peut-on maintenant faire payer aux agriculteurs – et aux seuls agriculteurs – l'embargo russe et leur demander, l'année prochaine, de payer une quatrième fois en leur imposant une nouvelle baisse des aides directes? Cela est injuste et inacceptable.

(Fin des interventions à la demande)

Jacek Dominik, Member of the Commission. - Madam President, I was thinking about what to say now, but I think there is one issue that we have to clarify from the very beginning about this Amending Letter No 1 to the Budget 2015.

It is not true that this letter consists of cuts of any kind to direct payments. The crisis reserve is established by law on an annual basis by simple application of financial discipline. This crisis reserve was created to solve crisis problems in agriculture and that is what is being proposed by the Commission: to apply the crisis reserve to the crisis situation.

However, it does not have a direct impact on the level of direct payments for farmers. As you know, Heading 2 for agriculture is one of the biggest in the EU budget. It consists of almost EUR 45 billion. At the end of every budgetary year, calculations are done to see how much is left in additional revenues after fulfilling all the obligations to the farmers.

When you look at the history of this heading in the past there were savings in every annual budget – savings amounting to at least half a billion euro, sometimes even a billion. This money was usually used to top up any direct payments that were legally eligible. So this will also be the case in 2015.

What the Commission has proposed in the Amending Letter is simply to improve the liquidity of the EU budget due to the scarce resources for payments. The only impact it will have is that some headings will have additional payment appropriations available at the beginning of the year when they are most needed, but it does not create any additional restrictions to Heading 2. This Amending Letter does not change either the level of commitments under Heading 2 or the level of payments available under Heading 2.

Dienstag, 21. Oktober 2014

So what many of you have indicated – that the Commission's decision immediately reduces direct payments to farmers – is not true. You will see the result by the end of the year. We have produced the same type of Amending Letters every year in the past and it has never created such tensions. The same instruments were applied in every EU budget. The additional revenues that were indicated in Heading 2 were transferred to all other headings on an annual basis because farmers are not able to use more money and resources than they are eligible for.

Heading 2 has the biggest margins of all headings. So we should not really concentrate too much on this situation. I can assure you that the Amending Letter does not create any reductions in direct payments for farmers and it does not have any direct influence on the level of direct payments that the farmers will have received by the end of the year.

If I may make a few comments concerning the budget for 2015 as such.

We have to remember that the EU annual budget is just an implementation of commitments taken previously in the MFF; so if someone is arguing about why we spend money, we spend money because that was what was promised by Member States. The Commission is simply asking, or first indicating in its draft budget, how much money we need for a particular year – taking into account the commitments that were made by Member States and taking into account the fact that 90% of the EU budget is spent in the Member States by the Member States – and not the Commission, as we have to remember.

It is not the Commission that is trying to find new ways of spending money. Ninety per cent of the budget is decided by Member States. They have the projects to be financed and decided domestically. They launch the projects, they spend the money and they send the bills to the Commission to be refunded. So the Commission's role is only to collect this information and then present to both arms of the budgetary authority how much money we need to fulfil their obligations or to refund money they have spent.

So this whole process of discussion now as to whether we should cut more or less is actually about whether we should fulfil our obligations or not, whether we want to pay our bills back or not. That is the whole debate we are having here now.

Enrico Zanetti, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora Presidente, onorevoli deputati, Signor Commissario, io ho ascoltato tutti gli interventi, ne ho sentiti molti che si preoccupavano dell'aspetto legato alla quantità delle risorse. Ne ho sentiti, però meno, che si preoccupavano invece dell'aspetto della qualità e, nell'utilizzo delle stesse, dell'impatto che le risorse hanno concretamente rispetto ai programmi di spesa; sono assolutamente d'accordo con il Commissario Dominik rispetto al fatto che una grandissima parte, la parte assolutamente prevalente di questo bilancio poi viene spesa attraverso gli Stati membri negli Stati membri, ma proprio per questo le domande circa la necessità di fare efficienza il più possibile sono domande che il Consiglio si pone.

E credo che anche il Parlamento dovrebbe inserirle maggiormente all'interno del suo dibattito, assieme alla parte più squisitamente quantitativa. Sono assolutamente convinto, come più volte è stato detto, che questa procedura di bilancio non deve essere trattata, *as usual*, come al solito; ne sono convinto, ma questo è vero non soltanto per quanto riguarda il Consiglio, è vero appunto anche per quanto riguarda il Parlamento. E mi permetto di non credere che una proposta da parte del Parlamento, ossia di andare ad aumentare significativamente gli impegni e i pagamenti anche rispetto alla Commissione, vada nella direzione di un approccio innovativo, mi sembra se mai proprio un approccio più vicino *as usual*, al massimo la differenza sta nella quantità ancora una volta piuttosto che nella qualità.

Ovviamente quando dico questo sono perfettamente consapevole che anche il Consiglio sta partecipando a sua volta con un'eccessiva flemma, con un'eccessiva lentezza rispetto alle posizioni dei bilanci rettificativi 2014 a rendere meno semplice la composizione in questa sua fase iniziale, fermo restando che poi appunto in sede di conciliazione giustamente – e qui l'approccio che ha proposto il Parlamento non può che essere condiviso – andremo a trattare tutte le partite insieme in un quadro complessivo.

Quello che comunque ha fatto il Consiglio nella sua proposta – anche laddove appunto ha proposto delle riduzioni rispetto alla proposta della Commissione – non è certo stato quello di procedere per tagli lineari, al contrario si è fatta un'operazione molto attenta che partiva tra l'altro da un presupposto fondamentale e che mi sembra estremamente condiviso da tutte le istituzioni e cioè il problema dei pagamenti arretrati. Motivo per cui nelle logiche di richiesta di riduzioni rispetto alla proposta della Commissione, ci siamo concentrati di più sulla voce 1A–Crescita piuttosto che sulla voce 1B–Coesione.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Il motivo è stato proprio quello, al centro la palla sul problema dei pagamenti, problema che riguarda prevalentemente, principalmente, in modo assai più ampio la voce 1B ed ecco quindi che in quest'ottica di massimizzazione dell'efficienza finanziaria del bilancio, i tagli sono stati proposti sui pagamenti prevalentemente sulla voce 1A in quanto composta da molti piani di investimento, molti programmi di investimento, che in questo primo biennio determineranno minori insorgenze di bisogno di pagamento, certo di impegno ma minori di pagamento, rispetto a quanto già abbiamo di pregresso sulla voce 1B. E nel fare questo, ancora una volta però siamo stati attenti a differenziare questi programmi, tant'è vero che ad esempio - a differenza di quello che ho avuto modo di ascoltare in alcuni interventi - tant'è vero che ad esempio per voci come piani come Erasmus plus e come COSME non c'è alcuna traccia di proposta di riduzioni da parte del Consiglio rispetto alla proposta della Commissione, perché proprio lì viceversa abbiamo ravvisato da subito un'esigenza maggiore anche di disponibilità di risorse finanziarie.

Chiudo comunque ribadendo la convinzione che tanto la tardività di assunzione di una posizione da parte del Consiglio sui bilanci rettificativi 2014 quanto un approccio quantitativamente - come abbiamo detto a nostro avviso - non sostenibile sul bilancio 2015 da parte del Parlamento potranno appunto trovare in sede di conciliazione quella valutazione complessiva che qui viene richiesta, che noi condividiamo e che siamo convinti ci porterà alla fine a trovare appunto una soluzione, anche per quest'anno nella consapevolezza da parte di tutti che è senz'altro un anno in cui le cose sono un po' più difficili del solito e ci vuole un impegno quindi straordinario.

Eider Gardiazabal Rubial, ponente. - Señora Presidenta, quería empezar mi última intervención agradeciendo a la mayoría de los grupos políticos de esta Cámara el apoyo a la propuesta que como Parlamento Europeo presentamos hoy aquí y que mañana votaremos, y muy especialmente dar las gracias, evidentemente, a todos los ponentes alternativos de los grupos políticos que han colaborado de manera muy activa en conseguir que esta propuesta vaya a ser una propuesta muy mayoritaria del Parlamento Europeo.

El señor Zanetti en su primera intervención decía que nuestra propuesta era muy difícilmente defendible, y la verdad es que durante el debate que hemos tenido esta tarde, en el que habrán intervenido alrededor de sesenta diputados y diputadas, creo que ha habido dos o tres que han criticado la propuesta del Parlamento y el resto le han dado razones de sobra al Consejo para poder apoyar nuestra posición.

Decía también que era una propuesta poco realista, y es evidente que esto es una cuestión de posiciones pero, a nosotros, lo que nos parece poco realista es que con 26 000 millones de facturas impagadas encima de la mesa, el Consejo todavía recorte la propuesta de la Comisión en 2 000 millones. Nosotros hemos puesto todas las herramientas encima de la mesa; por eso pedimos ese incremento de 6 000 millones de euros en pagos, porque es el máximo que nos permiten las leyes, porque nuestro objetivo en esta negociación para el año 2015 no es solucionar — porque no tenemos suficiente margen de maniobra para solucionarlo—, pero al menos sí paliar esta crisis de facturas impagadas que tenemos sobre la mesa y que llevamos arrastrando desde 2010.

Es evidente que entre la posición del Consejo y la del Parlamento Europeo hay bastantes diferencias, pero también es verdad que mañana, como decía al principio, empiezan esos veintidós días que tenemos de conciliación en los que nos podemos ver mañana, tarde y noche, si eso va a significar que el Parlamento y el Consejo podemos llegar a un acuerdo. Y estamos totalmente abiertos a esa negociación. Pero también quiero advertir al Consejo de una cosa: si el Consejo quiere negociar y está dispuesto a moverse de su posición inicial, el Parlamento le va a responder rápidamente, pero si el Consejo va a acudir a esas negociaciones como en los anteriores años en que su posición era la posición inicial y la final, desde luego ahí no nos va a encontrar.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Monika Hohlmeier, Berichterstatterin. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße noch einmal die Ratspräsidentschaft und den Herrn Kommissar. Ich möchte mich der Kollegin Eider anschließen und ihr und allen Mitberichterstattern auch ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Ich möchte aber auch dahingehend eine ziemlich deutliche – ich hätte beinahe gesagt: Ansage an den Rat machen, dass einige Aussagen einfach nicht richtig sind. Dieses Parlament tritt nicht nur für einfach mehr Geld ein, sondern dieses Parlament tritt dafür ein, dass wir den sieben-jährigen Finanzrahmen, den wir gerade eben beschlossen haben, vielleicht auch beginnen und die Programme entsprechend starten sollten, dass Kürzungen im Besonderen in Innovation und Forschung nicht die klügsten sind und dass Kürzungen bei der humanitären Hilfe in der derzeitigen Phase unter Umständen auch nicht gerade unbedingt dem Optimalmaß an Klugheit entsprechen.

Dann möchte ich auch sehr deutlich sagen, dass das Europäische Parlament dem Rat schon lange ein Angebot hinsichtlich der Agenturen gemacht hat. Wir haben angeboten, dass wir bereit wären, aus unserer Sicht auch Schwerpunkte der Veränderungen in den Agenturen gemeinsam mit dem Rat zu diskutieren, die 5 % Minus einzuhalten, aber das Personal so umzuschichten und Aufgaben zu verändern, dass die Agenturen ihren Aufgaben nachkommen können. Diejenigen, die darüber gar nicht reden wollen, das ist leider offen gestanden der Rat, weil hier offensichtlich irgendwo keine Einigkeit besteht. Man darf dem Parlament keine Dinge vorwerfen, die das Parlament nicht zu verantworten hat. Und wenn es keine linearen Kürzungen sein sollen, die gemacht worden sind, dann verstehe ich offen gestanden die *abatement rate* beim Europäischen Gerichtshof nicht. Denn wenn man weiß, dass der Gerichtshof sein Personal zu 99,5 % nutzt, dann hat wohl eine lineare Kürzung über alle sämtlichen anderen Institutionen bei der *abatement rate* gerade beim EuGH und beim Europäischen Auswärtigen Dienst, angesichts deren Lage keinen sonderlichen Sinn.

Wir sind hier nicht diejenigen, die generell viel fordern, aber wir fordern einfach die Einhaltung dessen, was wir eigentlich einmal vor ein paar Monaten miteinander vereinbart haben. Und wir wollen Wachstum und Innovation fördern. Das ist das, was unser Hauptziel ist. Vielleicht könnten wir es gemeinsam vertreten.

La Présidente. - Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 22 octobre 2014, à 13 heures.

Déclarations écrites (article 162)

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az uniós költségvetés tárgyalásánál a fejlesztés és a munkahelyteremtés motorját jelentő kohéziós és mezőgazdasági támogatásokat szükséges elsősorban növelni. Aki ezeket a forrásokat csökkenteni akarja, az a válságból történő kilábalást akadályozza. Ezért felkérem az Európai Parlament tagjait, hogy támogassák a Költségvetési Bizottság javaslatát. A Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottság egységes. Nem engedjük, hogy a jövő évi vidékfejlesztési források, a termelői szervezeteknek járó támogatások, valamint a méhészeti és borászati támogatások akár egy fillérrel is csökkenjenek. Szintén nem tűrjük el, hogy az orosz mezőgazdasági embargó miatti kártalanítást a mezőgazdasági válságalapból valósítsák meg. A múlt héten elfogadott bizottsági módosító levél értelmében ezt a 344 millió eurót mégis a válságalapból finanszíroznák. Ez a közvetlen kifizetések csökkenéséhez vezetne valamennyi tagállamban. A válságalap helyett a címzett bevételekből kellene finanszírozni a segítségnyújtást. Óriási siker, hogy Deutsch Tamással közösen benyújtott módosításaink bekerültek a Parlament javaslatába. Így 7 millió euróval többet nyújtanánk az iskola-gyümölcs-, míg 4 millió euróval többet az iskolatejprogramokra. Ez a lépés a tej- és zöldség-gyümölcs-ágazataink segítségén túl gyermekeink egészségét és jólétét szolgálja, melynek elérése az egyik fő célkitűzésünk.

Michela Giuffrida (S&D), per iscritto. – L'approvazione del bilancio da parte del Parlamento europeo pone le basi affinché venga ripristinato il bilancio rettificativo proposto dalla Commissione. Questo si tradurrà in un negoziato duro con il Consiglio che altrimenti propone tagli drastici su temi per noi prioritari, sulle rubriche: Competitività per crescita e lavoro, coesione sociale e territoriale, crescita sostenibile e risorse naturali, sicurezza e cittadinanza. Mi auguro che i progressi raggiunti dal Parlamento in termini di ripartizione delle spese e priorità corrispondano ad un passo indietro da parte del Consiglio affinché si addivenga ad un vero compromesso. Tengo a sottolineare che oltre le voci appena elencate abbiamo la possibilità di occuparci in maniera più specifica di conseguire risparmi sul lungo periodo affrontando la questione della necessità di creare una tabella di marcia per la creazione di una sede unica del Parlamento europeo, di sostenere l'industria dello zucchero che rischia contraccolpi a causa dell'eliminazione delle quote, e infine del benessere degli animali supportando l'emendamento 12 che evita che gli stanziamenti a titolo della PAC possano essere usati per finanziare corride.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – European projects deliver benefits for all EU citizens. Often these projects are more effective than 28 separate projects spread across the Union. They deliver added value for people, communities and industry. Together with my Labour colleagues we voted for the EU to do more of what it is good at - delivering jobs and growth across Europe. These European projects include the North West Evergreen Fund in Manchester which has received GBP 19 million in European Regional Development Fund (ERDF) funding to date and the Chrysalis Fund operating across Merseyside which has so far invested GBP 30 million of ERDF. We also voted for the EU to meet its external commitments. The EU acts on our behalf in a number of external areas: whether this is supporting peace projects in Gaza or Northern Ireland, helping to combat Ebola in Africa or working with pro-democracy groups in Ukraine, the EU acts to help deliver peace and security right across the globe. These are areas where we are able to work together to achieve more than the sum of our parts, where the EU makes a real difference and I am proud that Labour MEPs stood together and supported the EU in these areas.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Da wir heute über den Haushalt reden, möchte ich auch auf den zweiten, versteckten Verwaltungsapparat zu sprechen kommen: Durch das Auslagern von Zuständigkeiten auf Agenturen, hat die Kommission ihren Haushalt verschönert. Diese Budgettrickserei veranlasst die Kommission fälschlicherweise sogar Einsparungen im Budget anzugeben, obwohl dieses unter Einberechnung der EU-Agenturen-Budgets sogar um bis zu 20% überschritten wäre. Diese Agenturen belasten den Haushalt der Europäischen Union in den nächsten Jahren weiter, da ein Wachstumstrend ersichtlich ist. Die Anzahl der Agenturen hat sich seit 2000 fast vervierfacht und die Anzahl der Mitarbeiter ist um 4000% gestiegen. Jedoch könnte man es der Vizepräsidentin Lunacek gleich tun und meinen, dass weitere Ausgaben iHv 1.7 Mrd € dem europäischen Steuerzahler zumutbar sind. Ich kann jedoch in der Arbeit der Vielzahl der Agenturen keinen Mehrwert für die Bürger Europas erblicken, die eine weitere Belastung rechtfertigen würde. Ohne feststellbaren Mehrwert sind solche Agenturen augenblicklich zu schließen. Zum einen sind viele dieser Agenturen bedeutungslos, da ihr Aufgabenbereich bereits von anderen europäischen Institutionen geregelt wird, oder sich ihre Tätigkeit auf Bereiche bezieht, in der die Europäische Union keine ausschließliche Zuständigkeit besitzt. Jedoch sind auch Überschneidungen im Aufgabenbereich zwischen den Agenturen sichtbar. Dieser Umstand rechtfertigt eine Schließung bzw. Fusionierung einzelner Agenturen.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Kun poliitikot käyttävät julkista rahaa, tulee siinä aina pyrkiä suurimpaan mahdolliseen tehokkuuteen ja kansalaisten saavuttamaan hyötyyn. Kahden istuntopaikan aiheuttamat vuosittaiset ylimääräiset kustannukset on arvioitu 180 miljoonaksi euroksi. Euroopan parlamentin jäsenet ja henkilökunta ovat laajasti tukeneet siirtymistä yhden istuntopaikan järjestelmään. Taloudellisten kustannusten lisäksi yksi istuntopaikka vähentäisi myös EU-parlamentin hiilijalanjälkeä, kun kuukausittainen, tuhansia virkamiehiä, edustajia ja lehdistöä koskeva matkustaminen voitaisiin päättää. Olemme siirtymässä yhä enemmän sähköiseen maailmaan, jossa palvelut ja tieto ovat kaikkien saatavilla. Euroopan parlamentti on tehnyt paljon kehittääkseen tiedotustaan. Istunnon seuraaminen onnistuu omalta päätelaitteelta, mistä tahansa. Toistaiseksi kyse on jäsenmaiden päätösvaltaan kuuluvasta asiasta. Kannustan parlamentin poliittisia ryhmiä hakemaan ratkaisua yhteen istuntopaikkaan siirtymiseksi yhdessä jäsenmaiden kanssa.

17. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Ungarn (Aussprache)

La Présidente. - L'ordre du jour appelle le débat sur les déclarations du Conseil et de la Commission sur la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux en Hongrie (2014/2852(RSP)).

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora presidente, onorevoli deputati, questo dibattito, nel quale il Consiglio è stato invitato ad intervenire, riguarda la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali in Ungheria. Il Consiglio è al corrente delle preoccupazioni espresse in proposito da alcuni gruppi in sede di Parlamento. Anche se non ha discusso la questione nel dettaglio non essendo arrivata alcuna proposta di invocare una procedura che coinvolga il Consiglio su questo tema.

Voglio essere chiaro sui temi generali della questione: i diritti fondamentali rappresentano la pietra angolare della costruzione europea e l'elemento caratterizzante della democrazia europea e della nostra identità condivisa. Se questi valori fanno parte della stessa ragion d'essere dell'Unione europea e sono alla base del nostro stare insieme, tutte le istituzioni europee e gli Stati membri sono chiamati a lavorare affinché il pieno rispetto dei diritti fondamentali e lo Stato di diritto siano sempre garantiti. So che questa Assemblea condivide pienamente tale posizione.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Signora Presidente, onorevoli deputati, i diritti fondamentali degli Stati membri sono sanciti dalle tradizioni costituzionali degli Stati membri, dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo, di cui sono parte tutti gli Stati membri dell'Unione europea e a cui l'Unione europea stessa aderirà a tempo debito.

Tutti gli Stati membri devono pertanto garantire che il diritto interno, sia esso di natura primaria o secondaria, rispetti il diritto dell'UE. Laddove vi fossero perplessità o dubbi a questo riguardo, spetta anzitutto alla Commissione occuparsene e non al Consiglio. Posso nondimeno assicurare che presterò particolare attenzione a quanto avrete da dire sull'argomento nel corso del presente dibattito. Si tratterà di considerazioni certamente utili alla Presidenza italiana, che proprio in questi giorni e partendo dalla comunicazione della Commissione dell'11 marzo scorso sta prendendo in considerazione la possibilità di organizzare un dibattito in Consiglio sul rafforzamento dello Stato di diritto nell'Unione.

Martine Reicherts, *membre de la Commission*. - Madame la Présidente, en tant que gardienne des traités, la Commission fait respecter le droit de l'Union européenne, y compris la charte des droits fondamentaux, grâce à des procédures d'infraction, sous le contrôle de la Cour de justice de l'Union et, bien sûr, en complémentarité avec le rôle des juridictions nationales qui travaillent avec la Cour de justice de l'Union pour faire appliquer les droits garantis par la charte dans les États membres.

Le rôle de la Commission ne se limite pas à assurer la protection des droits fondamentaux dans l'application du droit de l'Union. La Commission a aussi pris un engagement politique de protéger les valeurs de l'Union. C'est à cette fin qu'en mars 2014, elle a adopté sa communication sur un nouveau cadre de l'Union européenne pour renforcer l'état de droit.

La communication a la double finalité de garantir l'égalité de traitement entre les États membres ainsi que de promouvoir un dialogue politique en cas de menace pour nos valeurs communes. En cas de menace systémique envers l'état de droit dans un État membre, la Commission prévoit d'entamer avec lui un dialogue politique. Ce dialogue doit être fondé sur une coopération loyale et permettre de dégager des solutions avant que la situation ne s'aggrave.

Ce processus est en place pour remplir le vide qui existait jusqu'à présent entre les procédures d'infraction et le recours aux mécanismes prévus à l'article 7 du traité. Le cadre pour renforcer l'état de droit cherchera à assurer le bon fonctionnement de l'ensemble des mécanismes et des garanties judiciaires et constitutionnelles visant à protéger la démocratie et les droits fondamentaux dans les États membres. Si ces garanties sont mises en péril, la Commission n'hésitera pas à prendre les mesures nécessaires pour assurer le respect du droit et des valeurs de l'Union.

La Commission agira dans la limite de ses pouvoirs tels que conférés par les traités. Par contre, elle n'hésitera pas, si nécessaire, à lancer des procédures d'infraction pour violation du droit de l'Union européenne et à provoquer un dialogue politique avec l'État membre dont les mécanismes nationaux visant à assurer l'état de droit sont sérieusement compromis et ce, quel que soit cet État membre.

Le cadre de l'Union européenne pour renforcer l'état de droit s'applique à tous les États membres et de la même façon.

Notre débat aujourd'hui, Madame la Présidente, porte sur l'état de droit en Hongrie. Ces dernières semaines, un désaccord est intervenu entre les autorités hongroises et norvégiennes sur la question de l'octroi de subventions à certaines ONG. Au vu des informations disponibles à ce stade, l'objet de ce différend ne semble pas entrer dans le champ d'application du droit de l'Union européenne. En effet, la gestion des fonds de l'Union n'est pas concernée directement dans ce différend. En outre, nous n'avons pas d'éléments, à ce stade, pouvant démontrer un dysfonctionnement des mécanismes nationaux visant à la protection de l'état de droit, ni un dysfonctionnement du système juridictionnel hongrois. Les ONG concernées ont, en effet, la possibilité d'interjeter appel contre les décisions qui ont été prises. La Commission a cependant utilisé tout son poids politique pour encourager les parties à régler ce différend et nous suivons ce processus avec attention.

Permettez-moi maintenant de revenir à la législation hongroise relative aux médias. En 2011, les services de la Commission ont indiqué que plusieurs dispositions de cette loi n'étaient pas conformes aux dispositions de la directive sur les services de médias audiovisuels, au traitement sur le fonctionnement de l'Union européenne et à la charte des droits fondamentaux. À la suite d'échanges entamés par la Commission, la Hongrie a adopté, en 2011 et en 2012, des amendements pour corriger les points mis en exergue. Ces amendements assurent désormais la conformité de la loi hongroise avec le droit de l'Union.

Dienstag, 21. Oktober 2014

La compatibilité de la nouvelle législation hongroise sur la taxe portant sur les revenus publicitaires générés dans les médias avec le droit de l'Union est en cours d'examen. L'incidence de cette taxe sur la liberté d'expression ainsi que sa compatibilité avec la liberté d'établissement garantie par les traités reste à évaluer. Nous sommes en train d'examiner cette situation et nous poursuivons le dialogue avec les autorités hongroises. Bien entendu, si cet examen démontrait l'existence d'une infraction au droit de l'Union, le dialogue déjà engagé devra déboucher sur la mise en place de nouvelles dispositions nationales en Hongrie. Si tel ne devait pas être le cas, la Commission n'hésitera pas, bien entendu, à faire usage de ses pouvoirs en matière de procédure d'infraction.

Je tiens également à vous informer de la conclusion de l'affaire concernant l'indépendance de l'autorité nationale hongroise pour la protection des données. À la suite de l'arrêt de la Cour du 8 avril 2014, les autorités hongroises ont reconnu la violation du droit de l'Union et ont pleinement dédommagé le commissaire national responsable de l'autorité, qui n'a pas manifesté son intention de reprendre ses fonctions. Dans ces conditions, la Commission a clôturé la procédure d'infraction.

Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, le débat de ce soir est l'occasion de nous rappeler que ce qui fait que nous nous sentons Européens est notre attachement à cette communauté de valeurs, principes et droit inscrits dans la charte des droits fondamentaux.

La Commission, en tant que gardienne des traités, a l'obligation de veiller à leur respect, que les États membres soient petits ou grands, fondateurs ou non. C'est la garantie qu'apporte le nouveau cadre de l'Union européenne pour renforcer l'état de droit.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora Presidenta, el Parlamento Europeo ya se ha ocupado muchas veces del asunto de Hungría y, en todas ellas, el Partido Popular Europeo ha manifestado su defensa de los derechos fundamentales y del Estado de Derecho. Pero también consideramos que no es aceptable atacar a un país miembro por razones ideológicas: el prejuicio genérico contra un país es tan peligroso como las denuncias que hoy se van a expresar aquí.

Si Europa es democracia, también debe ser separación de poderes. La guardiana de los Tratados, como se ha dicho, es la Comisión, y no el Parlamento. En el Parlamento hacemos debates políticos, no emitimos sentencias. Nosotros no juzgamos, y mucho menos a los países; nosotros hacemos política: nuestras opiniones no son neutrales. Representamos a distintos partidos políticos, y querer convertir nuestras opiniones políticas en sentencias jurídicas es ir más allá de lo que le corresponde hacer al Parlamento.

Hungría es un país que respeta las reglas y los valores comunes de la Unión Europea; por eso es miembro. Es también un país que está dispuesto a negociar y a trabajar, como se acaba de demostrar.

El Partido Popular Europeo confía y cree en Hungría. En Hungría este año se han celebrado tres elecciones: en las tres ocasiones ha ganado el Fidesz, un partido miembro del Partido Popular Europeo. Traer, otra vez más, la política húngara a esta Cámara podría ser continuar la campaña electoral en Estrasburgo cuando se perdió en Hungría.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Hvala lepa, predsednica.

Naša skupna evropska ideja temelji na univerzalnih vrednotah človekovega dostojanstva, svobode, enakopravnosti in solidarnosti, na načelih demokracije in pravne države, in ko pride do hudih kršitev, je naša skupna dolžnost, da zahtevamo ukrepanje.

Žalosti me, da danes spet govorimo o Madžarski prav zaradi teh obtožb. Priča smo novim dogodkom, ki vzbujajo skrb in nelagodje, naj omenim samo na področju medijske svobode.

Obdavčitev oglaševalskih prihodkov velikih medijev, ki jo je sprejel madžarski parlament, predstavlja grožnjo neodvisnemu novinarstvu. Ukrep bo najbolj prizadel ravno priljubljeno tujo komercialno televizijo, ki je bila v svojem programu pogosto kritična do Orbanove vlade. Podobno so oblasti močno posegle v delovanje številnih neodvisnih organizacij, nevladnih. Najhujši udarec so doživele spet tiste, ki so bile najbolj kritične do oblasti.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Pa da ne govorim le o Madžarski, naj omenim tudi dogodke v Sloveniji. Novinarka uglednega časnika se je v moji državi znašla v pregonu zaradi objave domnevno tajnih podatkov o povezavi skrajno desne neonacistične skupine z opozicijsko stranko. Tožilstvo ji očita ogrožanje državne varnosti, medtem ko je novinarka pri svojem ravnanju delovala v javnem interesu. Njen pregon je nedopusten.

Kaj bo Evropska komisija, sprašujem, naredila za zaščito temeljnih pravic demokracije, ne le na Madžarskem, ampak po vsej Evropski uniji. Na to želim bolj konkreten odgovor. Hvala lepa.

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, we must constantly keep in mind that, as members of the European Union, we have signed up to a core set of democratic principles and rights. We must all operate under an umbrella of respect for democracy and the rule of law. If just one of us neglects those principles, then of course it reflects badly upon all of us.

Freedom of expression, freedom of the press and freedom to protest are all rights that should never be restricted. Yet very little is achieved through lecturing one another. Far more progress can be made through a dialogue which is constructive and cooperative. More will always be achieved by offering solutions, not just criticisms. I hope, therefore, that our new Commission Vice-President-elect responsible for the rule of law, Mr Timmermans, will provide a clear and direct link between Member States and fundamental rights within the EU.

This House is entitled to all of its varied and many opinions but I personally believe, as a lawyer, that alleged wrongdoings should be examined with a clear mind and always with fairness and respect. We here should be a platform for examination, debate and, most of all, for solutions – but it is not the European Union's function to be both judge and jury in this matter.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, in response to Mr Kirkhope, he is quite right when he says that we should respect each other and not lecture each other. In return, when I express my views, I do not want to be accused of being excessively ideological and attacking, or being part of a left-wing conspiracy, as I keep reading in the Hungarian media.

Let us first make very clear that we are not talking about Hungary here tonight. We are talking about Europe – our European Union and our shared values. It is true that we have talked about the situation in Hungary before, but that is because the situation gives reason for concern. Is Hungary the only country where we have reason for concern? No, it is not, but it happens that in Hungary the problem is not just one law where Hungary or the Hungarian Government is not respecting the European treaties. The problem is that there is a whole set of laws which probably do not violate the treaties individually, but the overall impact is stifling. It causes a lot of pressure on pluralism and freedom of speech. We are talking about opposition political parties, the media, the judiciary, the education sector and civil society. The measures are never laws telling people that they cannot speak their minds, but they are fiscal measures, procurement rules and budgetary measures.

I think that it is very important that we have this debate because this is as important for the future functioning of the European Union as the debate on the Stability Pact. I hope that the next Commission is going to be more active, more courageous and less legalistic, because this is about the future of the European Union that belongs to all of us.

Finally, to be fair, something was brought to our attention last weekend and that is the entry ban imposed by the United States against certain unnamed Hungarian Government officials. I do not think that is the way and I think that this also calls for a response from the Commission and the Council because we Europeans are responsible for what happens in Europe. We are responsible for safeguarding civil liberties, fundamental rights and the rule of law. I think this is something we debate amongst ourselves and it is not for the Americans to tell us.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, nous vivons ici des moments un peu surréalistes et le mot est faible. Ce qui se passe en Hongrie en fait partie.

M. Orbán veut désormais construire un État illibéral. Ses modèles sont la Chine, la Russie et la Turquie, et il veut rompre avec les dogmes et les idéologies de l'Ouest. Malheureusement, les faits accompagnent les mots: les ONG sont des agents politiques payés par l'étranger, accusés d'espionnage au bénéfice des Vikings», comme le dit Kehi, l'office de contrôle du gouvernement.

Dienstag, 21. Oktober 2014

En cause: des ONG qui luttent contre la corruption, pour les LGBT, les Roms et les droits de l'homme en général, financées par un fonds norvégien pour la société civile, d'où les «Vikings». En ligne de mire: des ONG comme Amnesty International et Transparency International. Parallèlement, les médias et la justice continuent d'être mis au pas. RTL Club, filiale d'une grande société luxembourgeoise, finance à 65 % la nouvelle taxe sur les médias alors que son audience ne dépasse pas 15 %.

Certes, les résultats des élections sont là, mais la loi électorale a été modifiée pour mieux servir les intérêts du parti majoritaire. Le Fidesz a été omniprésent dans les médias et l'OSCE – excusez du peu – le dit: «Les élections en Hongrie sont libres mais pas démocratiques». Et que font les institutions européennes? Rien.

M. Juncker a proposé de donner le portefeuille de la culture, de l'éducation et de la jeunesse à Tibor Navracsics, le ministre qui a conduit les réformes mises en cause par le Conseil de l'Europe et notre Parlement européen.

Les valeurs de démocratie et de droits de l'homme sont universelles. Elles ne doivent pas varier selon les appartenances politiques. C'est vrai ici, c'est vrai ailleurs. Il y a urgence à réagir et ce que j'ai entendu jusqu'à présent ne me paraît pas à la hauteur.

(L'oratrice accepte de répondre à deux questions «carte bleue» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Zoltán Balczó (NI), Kékkártyás kérdés. – Teljesen világos, hogy minden tagállamnak be kell tartania az úgynevezett közös európai értékeket, de mondja meg nekem az alapszerződések melyik pontjában van rögzítve, hogy ezt egy ország liberális berendezkedéssel, nemzetek felett álló kozmopolita elven kell, hogy megoldja vagy konzervatív elveken, a nemzeti identitást fontosnak tartva. Hol van leírva az, hogy a liberális államberendezkedés kötelező egy tagállam számára. Erre válaszoljon!

Jean-Luc Schaffhauser (NI), question «carton bleu». – Madame Vergiat, je voudrais juste dire que l'état de droit et le droit sont issus du peuple et de la souveraineté. Les valeurs universelles sont les valeurs inscrites dans cette souveraineté et dans le droit naturel, que nos institutions ne reconnaissent d'ailleurs pas alors que ce droit est multimillénaire et est aussi inscrit dans les religions.

Ce sont nos institutions, souvent, qui posent problème et bafouent la démocratie quand elles ne respectent pas certains choix démocratiques, en France et dans différents pays. Je n'arrive donc pas à comprendre la position que vous avez sur l'état de droit. Sur quoi repose cette position?

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, je pense que je vais être assez brève.

En ce qui me concerne, je ne suis pas libérale. Je n'ai aucun problème, je n'ai pas de dogmatisme en la matière et je ne suis pas pour que les institutions européennes posent des dogmes, comme elles le font dans le domaine économique en ce moment.

Par contre, j'ai des valeurs. Ces valeurs, ce sont la charte européenne des droits de l'homme, la déclaration universelle des droits de l'homme et la convention européenne des droits de l'homme. Et dès lors que ces valeurs sont bafouées, il y a urgence à réagir.

Quant à la deuxième intervention, je me contenterai de renvoyer à la déclaration de l'OSCE, qui a dit que les élections en Hongrie n'avaient pas été démocratiques.

Judith Sargentini, namens de Verts/ALE-Fractie. – Voorzitter, we gaan weer terug naar meneer Orbans voorstellen voor een “illiberale” staat. Ik geef daar geen economische uitleg aan, maar versta daaronder een staat die niet uitgaat van het beginsel van vrijheid voor het individu. Ik denk dat Orbán onderweg is. Ik denk dat de feiten helder zijn: rechters met vervroegd pensioen, toezichthouder voor gegevensbescherming vervangen, media gemuilkorfd, ngo's gecompromitteerd. Dan kan de Europese Commissie zeggen “ze hebben er ook weer wat van teruggedraaid”, maar die rechters zijn niet terug in hun functie, die toezichthouder voor gegevensbescherming ook niet, en die ngo's en die media staan nog altijd onder druk. En dan kan de Raad zeggen “dit is niet aan ons, wij hebben slechts in algemeenheden over grondrechten gediscussieerd en de Commissie moet het oplossen”, maar zo komen we er niet. Het is ook een beetje jammer dat we hier vanavond met de oude Europese Commissie praten. Ik zou dit graag met de nieuwe Europese Commissie willen bespreken, met Frans Timmermans, dé nieuwe eurocommissaris voor grondrechten die zegt “ik moet nog eens goed studeren”.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Dit Europees Parlement heeft gestudeerd. Wij hebben de feiten. Wij hebben het voorstel om een artikel 2-procedure in te stellen. We moeten nu actie ondernemen. Niet alleen de Europese Commissie; het is ook iets waar wij, samen naar moeten kijken. Want zolang dit Parlement zegt dat de kandidaat-eurocommissaris Navracsics goed genoeg is om zijn werk te doen, dan geven wij het signaal af dat ze daar in Boedapest mogen blijven doen wat ze aan het doen zijn.

[De spreker stemt ermee in een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement).]

György Hölvényi (PPE), *Kékkártyás kérdés.* – A témánál maradva két rövid kérdésem lenne 30 másodpercben. Ha valami liberális, még lehet demokrácia, és azt szeretném megkérdezni, hogy olvasta-e Magyarország miniszterelnökének ezzel kapcsolatos beszédét, és ha igen, akkor jól értem-e, hogy Ön például a miniszterelnök úr által említett kereszténydemokráciát egy másfajta demokráciaként valóban szalonképtelennek tartja?

Judith Sargentini (Verts/ALE), *"blauwe kaart"-antwoord.* – Ja, ik heb natuurlijk de vertaling van de toespraak gelezen, want ik ben het Hongaars niet machtig. Ik denk niet dat als je jezelf baseert op christelijke waarden, dat je daarmee dan minderheden hoeft te discrimineren. Ik heb respect voor christelijke waarden, maar u dient ook respect te hebben voor andere waarden. En ik denk dat een "illiberale staat" die niet meer uitgaat van het individu een gevaarlijke staat is die in tegenspraak is met onze Kopenhagen-criteria, mét of zonder christelijke waarden.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Jacques Delors qualche anno fa commentava critico che l'Europa procede con una maschera sul viso. Lo Stato in cui versano i diritti umani in Ungheria è sintomatico della cecità e dell'ipocrisia in cui si ritrovano i cittadini dell'Unione europea: grande unione dei mercati e totale disunione di diritti, spesso anche quelli più basilari!

Il governo ungherese ha ripetutamente sbeffeggiato le raccomandazioni in materia di libertà di stampa e di indipendenza del potere giudiziario – e non è la sola – dato che in tema di libertà di stampa, è seguita a ruota libera dall'Italia, ove purtroppo il livello di informazione libera è a dir poco imbarazzante, essendo gestita da un paio di massoni che fanno come gli pare e piace e decidono chi è buono e chi è cattivo. Ma questo sembra non interessare a nessuno.

Da italiano e da europeo sono preoccupato dal modo in cui avalliamo l'atteggiamento al governo Orbán, che negli anni ha causato limitazioni alle libertà politiche e civili, andando a pregiudicare gravemente il rispetto dei diritti umani nel territorio dell'Unione. Cosa intende fare l'Unione europea? Facciamo raccomandazioni e poi mettiamo la testa sotto la sabbia come gli struzzi?

È stato designato come Commissario alla cultura e all'istruzione, sfide fondamentali per il futuro dell'Europa, Navracsics, personaggio molto discutibile che oltre a rinnegare valori comuni europei, è stato autore di leggi considerate liberticide. Oggi, provare a togliersi la maschera di cui parlava Delors davanti ai cittadini ungheresi sarebbe un gesto finalmente coraggioso e che farebbe da monito agli altri paesi. Allora facciamolo, impariamo ad avere tolleranza zero per chi non garantisce l'esercizio delle libertà fondamentali!

(L'oratore accetta di rispondere ad una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8 del regolamento))

Kinga Gál (PPE), *Kékkártyás kérdés.* – Tudja-e Ön, hogy annak ellenére, hogy itt másfél éven keresztül vitattuk az igazságszolgáltatás állapotát Magyarországon, az Európai Bizottság hivatalos igazságügyi táblája idei márciusi adatai szerint az igazságszolgáltatás függetlensége Magyarországon 6 ponttal többet kapott, mint az előző évben, a tagállamok középmezőnyében szerepel. Az igazságszolgáltatásba vetett bizalom tekintetében pedig Franciaország mellett áll. Ezek a tények és adatok – a Bizottság hivatalos adatai – mást bizonyítanak, mint azok, amelyekről Ön beszél.

Udo Voigt (NI), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Ich frage Herrn Corrao: Wenn Sie Ungarn anklagen wollen, sind Sie dann bereit, das Gleiche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu tun, wo pro Jahr 13 000 Ermittlungsverfahren gegen patriotische Bürger durchgeführt werden, wo Menschen, wenn sie in der falschen Partei sind, aus dem Hotel ausgewiesen werden, und wo Menschen nur wegen eines Verstoßes gegen die Meinungsfreiheit zu zwölfmonatigen Gefängnis verurteilt werden wie Horst Mahler?

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Rispondo prima al collega Voigt dicendo: naturalmente, credo che il rispetto dei diritti umani e del monito da parte di noi parlamentari deve riguardare tutti i 28 paesi dell'Unione europea, quindi non mi interessa se riguarda il Bundestag o la Francia o qualsiasi altro parlamento. La cosa importante è che noi monitoriamo che i diritti umani, quali sanciti appunto nella Convenzione europea dei diritti umani, vengano rispettati in tutti i paesi.

Per quanto riguarda invece la prima domanda che ha fatto la collega, può anche darsi che il rapporto della Commissione evidenzi e ci sia stato un miglioramento dal punto di vista delle tutele e del sistema giudiziario in Ungheria, però quello che risulta da rapporti di molte organizzazioni non governative, tra esse le più importanti, è che risultano a oggi ancora violate molte libertà fondamentali, tra le quali la libertà di stampa.

Krisztina Morvai (NI). - Kedves kollégák! A valódi demokráciának a lényege nemcsak a szabad választás, hanem főleg az, hogy nem az állam ellenőrzi és korlátozza polgárát, hanem a polgár ellenőrzi és korlátozza az államot. Ez a váltás amiatt nem történhetett meg Magyarországon egészen a rendszerváltozás óta – függetlenül attól, hogy milyen párt volt éppen hatalmon – ami az Európai Unió lényege. Az Európai Unió neoliberális, globalista politikája és gazdaságpolitikája miatt vannak megfélemlített, kiszolgáltatott állapotban a munkavállalók, akik, ugye, 200 euróért összeszerelő-üzemekben jogfosztottságban dolgoznak. A gazdák nem tudják értékesíteni a terményeiket, és a földjüket két oldalról fosztogatják: egyrészt a hazai oligarchák, másrészt a nyugatiak. A kisvállalkozók nem tudnak versenyezni a nagy multikégekkel. Nincs tehát egy olyan erős, független, emelt fejű polgárság, amelyik ellenőrizhetné a hatalmat.

Ez volt a vázlata annak a beszédnek, amit eredetileg összeállítottam, viszont közben egy olyan érdekes dolog történt, hogy in 't Veld asszony, aki a vezérlakja a Magyarország elleni folyamatos támadásoknak és háborúknak, közvetlenül ez előtt a vita előtt odament Szájer Józsefhez és Gál Kinga képviselőtársamhoz, és egy rendkívül kedélyes, baráti 10 perces beszélgetést tartottak egymás között. Csináljunk már egy próbát, mi is az a transzparencia és demokrácia, szíveskedjenek minket tájékoztatni arról, hogy miről beszéltek olyan jó hangulatban, és mi ez az egész színház Magyarország körül.

(L'orateur accepte de répondre a une question „carton bleu” (article 162, paragraphe 8 du règlement))

IN THE CHAIR: MAIREAD MCGUINNESS

Vice-President

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card question*. – I am not really sure whether I am actually asking a question to Ms Morvai. I think I can have a conversation with any colleague I like, including yourself, without having to explain myself publicly before you. Yes, in a democracy you can actually have a peaceful conversation with people who do not share your views. This may be new to you, but that is the way we like to do it in the European Parliament. Yes, I disagree with Mr Szájer and Ms Gál on a number of issues, but there are also things that we have in common, so we have a debate. It is called democracy.

Krisztina Morvai (NI), *Kékkártyás válasz*. – Hát hogyha Önök ilyen jó kapcsolatban vannak, akkor nem értem, hogy mi a probléma a demokráciával, akkor Önök itt a demokráciát tökéletesen gyakorolják. Én csak azt szeretném, hogy ha ezek a bizonyos megnyomorított, jogfosztott munkavállalók, kisvállalkozók és gazdák is éreznének valamit ebből a demokráciából, meg azt is nagyon szeretném, ha elmondaná azt, hogy közvetlenül ez előtt az elvileg háborús hangulatú vita előtt miről beszélgettek 10 percen keresztül olyan fergeteges jó hangulatban és barátságban, miközben itt eljártsszák azt, hogy nem tudom micsoda nagy ellenségesség van Önök között. Ez igenis a választókra tartozik.

President. - I would perhaps suggest that you have this conversation outside the Chamber. I am going to give Ms in 't Veld the floor now because she is making a point of order.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Sophia in 't Veld (ALDE). - I do not accept it when you say that I am waging war on Hungary. I do not accept that. I was just checking: we have had debates in this Chamber on human rights violations in a number of countries, including EU Member States. Ten years ago, this House adopted a very strong resolution on media freedom under Berlusconi in Italy. Is that war on Italy? No, Madam Morvai, this is the struggle for freedom – freedom of speech and democracy in the European Union. Maybe you should join in.

József Szájer (PPE). - Kedves Morvai Kriszta! Veled is nagyon udvariasan és kedélyesen szoktam beszélgetni, holott szinte semmiben nem értünk egyet! Önök tisztelt Orbán Viktort támadják, mert azt vallja, hogy a válság terheit nem a kisembereknek, hanem a tőkeerős cégeknek is viselniük kell. Adót vetett ki a bankokra, a pénzügyi tranzakciókra és a reklámpiacra. Magyarország az elsők között került ki a válságból, nulla százalék az infláció, négy százalék a gazdasági növekedés, és nálunk csökken a leggyorsabban a munkanélküliség. S mindezt úgy, hogy Magyarországnak egyetlen cent adósságát nem engedték el, egyetlenegy más ország adófizetőinek az ingyepénzét nem kértük.

Önök azt mondják, sérült a sajtószabadság, de azt értik alatta, hogy a magyar állam egységesen megadóztatta a reklámpiacot, és ezt az a tévécsatorna sem úszta meg, amely eddig trükkökkel kibújt a közterhek alól. Önök azt mondják, hogy a magyar kormány zaklatja a civileket, de azt értik alatta, hogy az Önök nézeteit valló alapítványok büntetlenül megsérthetik a pénzügyi szabályokat. Önök azt mondják, hogy Orbán Viktor nem tartja tiszteletben az emberi jogokat, de igazából az a bajuk, hogy vállalja, hogy kereszténydemokrata, és nem liberális, amit itt még a kommunisták is számon kérnek rajta. Európában van gond a szabadságjogokkal. Több kormány azt fontolgatja, hogyan akadályozza meg az Unió alapszabadságát, a munkaerő szabad mozgását. Ez tényleg megérne egy európai parlamenti vitát. De a magyar demokrácia miatt nem kell itt aggódni, az köszöni, jól van, ebben az évben már harmadik alkalommal bizonyította az erejét. Tíz nappal ezelőtti választásokon a Fidesz 616, a baloldal 34, a jobbik 14 polgármesteri helyet szerzett. El a kezekkel Magyarországtól!

Birgit Sippel (S&D). - Frau Präsidentin! Ich möchte auch noch einmal Eines ganz deutlich machen: Wir reden heute nicht über Ungarn, wir reden über die Regierung Orbán. Gerade eine demokratisch gewählte Regierung darf Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit niemals missachten. Und dennoch: Fehlende Unabhängigkeit der Justiz und der Medien, unzureichende Rechte für die parlamentarische Opposition, gezielte Hetze gegen Minderheiten – das alles hören wir seit über vier Jahren. Viktor Orbán hat diese systematische Unterwanderung europäischer Werte ganz offen vor den Augen Europas vorangetrieben.

Wie kann es sein, dass mitten in Europa eine Regierung erst die öffentlich-rechtlichen Medien an die Kette legt und nun durch hohe Besteuerung versucht, die verbliebenen privaten Medien aus dem Land zu drängen, dass NGO, die sich für die Rechte der Zivilgesellschaft stark machen und Gelder aus Norwegen, einem befreundeten Staat, erhalten, auf einmal zu Systemgegnern werden?

Wir müssen endlich erkennen, dass die aktuellen Grundrechtsbeschneidungen keine isolierten Einzelfälle sind, und daraus Konsequenzen ziehen. Technische Vertragsverletzungsverfahren, die nur auf die Umsetzung einzelner Richtlinien abzielen, können der systematischen Aushebelung europäischer Grundwerte kein Ende setzen. Wir brauchen deshalb ein neues europäisches Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit, um die Einhaltung demokratischer Standards in allen Mitgliedstaaten wirksam durchsetzen zu können.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ádám Kósa (PPE), Kékkártyás kérdés. – Képviselőasszony! Én a civil szférából érkeztem, és lettem Fideszes képviselő, lassan 8 éve egy fogyatékossgal élőkét képviselő szervezetet vezetek mint elnök. Pontosan tudom, hogy Magyarország civil szférája milyen sokszínű. 65 000 civil szervezet működik Magyarországon, és a szervezetekkel szemben magas szintű átláthatósági szabályok vannak mind a jogszerű működés, mind a pénzügyi elszámolások tekintetében. Az a kérdésem, képviselőasszony, hogy az Ön hazájában egy civil szervezet, ha nem megfelelő gazdálkodást folytat, és ez ellen az Ön országának hatósága fellép, és ellenőrzést hajt végre, azt Ön minek minősítené?

Birgit Sippel (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich möchte dem Kollegen vor allem sagen, dass man hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen darf. Zu jedem Beispiel, das wir hier aufführen, finden sich immer Gegenbeispiele. Ich habe mit einem Vertreter der Orbán-Regierung gesprochen und ihn auf antisemitische Umtriebe in Ungarn angesprochen. Seine Antwort war: „Ja, aber ich bin mit einem Juden befreundet.“ Das ist keine Antwort. Natürlich, wenn es Verstöße gibt, muss man dagegen vorgehen. Aber das, was hier bei den NGO durcheinander geworfen wird, die aus Norwegen unterstützt werden, hat nichts mit betrügerischen oder gar verbrecherischen Absichten zu tun.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Marek Jurek (ECR). - Pani Przewodnicząca! Węgry dwukrotnie wybrali rząd Fidesz-KDNP, dokonali wyboru narodowego i tak naprawdę dzisiaj szacunek dla tego wyboru, którego dokonali Węgry, jest prawdziwym testem szacunku dla praw narodów i różnorodności, o której tak dużo mówimy. Z przyjaciółmi należy być szczerym, ja ubolewam nad zmianą w polityce zagranicznej Węgier i mam nadzieję, że rząd węgierski wycofa się z tej zmiany. Ale pamiętajmy, jak do tej zmiany doszło. Jednemu z najbardziej stanowczych wobec Rosji rządów w Europie Parlament Europejski groził sankcjami. Za co? Za to, że Węgry chcieli cywilizacji chrześcijańskiej, za to, że Węgry chcieli rozliczenia komunizmu, za to, że chcieli silnego, sprawiedliwego państwa, które gwarantuje prawa swoim obywatelom, za to, że chcieli przelamania kryzysu demograficznego i rozwoju demograficznego.

Czas uświadomić sobie, że ataki na Węgry to po prostu niszczenie jedności i solidarności europejskiej. Mam nadzieję, że promotorzy tych ataków zdadzą sobie w końcu z tego sprawę.

Cecilia Wikström (ALDE). - Fru talman! Vi får aldrig glömma att rättsstatens oberoende, fria medier och alla människors lika rättigheter utgör fundamentet för det europeiska samarbetet.

Ungern är ett land som gång på gång har brutit mot dessa rättigheter. Det började med inrättandet av ett statskontrollerat medieråd, fortsatte med tvångspensionering av domare och, tragiskt nog, också kriminalisering av de allra mest utsatta, nämligen de hemlösa. Nyligen tog Orbán sina uttalanden till en ny nivå när han helt enkelt redogjorde för att världens största politiska ledare enligt honom är Putin och Erdoğan. Samtidigt ville han lägga ned begreppet den liberala demokratin som princip. Det är tydligt att Ungerns sonderfall sker på område efter område.

Här i parlamentet har vi gång på gång antagit resolutioner som ännu inte fått gehör i ministerrådet, som har visat en ofattbar feighet i detta. Kommissionen säger sig följa utvecklingen, men medan Ungerns medborgares rättigheter kränks så har vi hittills bara sett ord och väldigt lite handling.

EU har tillkommit för att skydda medborgarnas rättigheter och inte stateras möjligheter att kränka dessa rättigheter. Därför måste vi nu omedelbart få till ett artikel 7-förfarande. Detta handlar om Europas medborgares rättigheter. Idag borde vi alla känna lojalitet med Ungerns medborgare, vilkas rättigheter systematiskt kränks.

(L'orateur accepte de répondre a une question "carton bleu" (article 162, paragraphe 8 du règlement))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”. – Chciałem zapytać, czy uważa Pani, że w okresie socjalistycznych rządów na Węgrzech, jeszcze kilka lat temu, opozycja i przede wszystkim obywatele o opozycyjnych poglądach byli dostatecznie reprezentowani w mediach? Czy wtedy było dobrze? I jeszcze jedno pytanie. Czy Panią naprawdę nie martwi fakt, że zbrodnie przeciwko ofiarom komunizmu pozostają wciąż nieukarane, ale to, że sędziów wykształconych w okresie komunizmu się ..

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos.)

Cecilia Wikström (ALDE), svar ("blått kort"). – Fru talman! Det är ju inte rimligt att vi nu lyfter fram en grupps kränkningar och på något sätt genom detta legitimerar det som nu sker och har skett i Ungern på ett systematiskt sätt i årtal.

Här i parlamentet har vi ju arbetat med frågan så mycket. Men artikel 7 måste effektueras. Det är den nyckel med vilken vi faktiskt kan få till ordning och reda i Ungern. Fundamentet för vårt gemensamma arbete i den europeiska unionen bygger på gemensamma värden och värderingar och detta får inte sättas ur spel.

Benedek Jávor (Verts/ALE). - Eredetileg másról szerettem volna beszélni, de Szájer és Kósa képviselőtársaim hamis váddal illeték itt a magyar civil szervezeteket, úgyhogy muszáj erre reagálni. A vizsgálatban, ami a magyar civil szervezetek ellen zajlik, a gyanúsítás hétről-hétre változik, az ügyészség, a rendőrség és a kormány maga sem tudja, hogy mit keres, csak valamilyen nagy szeretne találni. Ezeknek a vizsgálatoknak az ügyében eddig egyetlen dolog bizonyosodott be, tisztelt képviselőtársaim, az, hogy az a KEHI-vizsgálat, amit elindítottak a civil szervezetekkel szemben, jogszerűtlen volt. Nem volt joga a KEHI-nek ezeknél a szervezeteknél vizsgálgatni. Egyelőre ebben az ügyben kizárólag a magyar kormány jogsértése bizonyosodott be, és ez mindennél jobban bizonyítja azt, hogy hogyan működik Magyarországon a demokrácia, hogy hogyan működik a magyar kormány. És tisztelt képviselőtársaim! Egy dologra hadd hívjam fel a figyelmüket! Ez a vita nem a magyar kormányról és nem csak Magyarországról szól. Az a példa, ami Magyarországon zajlik, amit az európai intézmények hagynak ott megtörténni, az példa lehet más tagállamok más politikai törekvéseinek a számára is. Tisztelt Fideszes képviselőtársaim, olyan politikai erők számára is, amelyekkel esetleg Önök sem szimpatizálnak.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Georg Mayer (NI). - Frau Präsidentin! Jetzt haben wir die Situation, dass das Thema Ungarn von der ALDE und von den Linken auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Allerdings scheint das Interesse am Thema auf der Gegenseite nicht wirklich besonders groß zu sein. Da scheint eher der Populismus ein bisschen mitzuspielen.

Jetzt bringt mich gerade diese links-linke Mehrheit im Haus dazu, die EPP verteidigen zu müssen. Das ist doch eine ganz besondere Stellung. Jetzt schafft es sogar Frau in't Veld, sich in einer Wortmeldung zweimal zu widersprechen. Ich gratuliere Ihnen dazu, denn Sie sagen einerseits, die Kommissarin soll sich nicht so glasklar an das Recht halten. Auf der anderen Seite sagen Sie, sie müsse die Rechtsstaatlichkeit wahren. Dass das nicht das Gleiche ist, das sollte Ihnen klar sein.

Aber trotzdem, zum x-ten Mal haben wir jetzt das Thema Ungarn auf der Tagesordnung, und ich sage Ihnen eines: Ich bin ein Freund Ungarns, und ich bin als Österreicher auch Nachbar. Diese Regierung wurde von einer eindeutigen Mehrheit an Ungarn gewählt. Das haben Sie zu respektieren, ob Ihnen das passt oder nicht, spielt hier keine Rolle. Das ist ein Faktum. Bis heute gibt es keinen einzigen Verstoß, den man hier hat nachweisen können. Und nur, weil einer links-linken Mehrheit hier im Haus diese Regierung nicht passt, müssen Sie sie trotzdem akzeptieren, und ist das noch lange kein Verstoß gegen die Grundrechte.

Frank Engel (PPE). - Madam President, I think many of us in this Chamber would agree that the Hungarians are special and I say this with a lot of respect for one of the oldest state-founding nations of our continent. They are special and have always been so. This is one of the reasons why we were particularly glad and proud to have them back.

But I am afraid they are not special enough. They are not so special that they could invent a Christian Democracy that was illiberal. They will not manage this. None of us has managed it and indeed none of us has attempted it. Christian Democracy is liberal democracy and only a liberal Christian Democracy is compatible with European democracy. Now this is where there is the choice, and about this choice we might have to talk again. I am not opposed to letting anyone experiment with models of governance, but as soon as we are confronted with a model of governance that is willingly and wittingly going beyond the acceptable borders of what we consider to be European rule of law, there is need for debate.

István Ujhelyi (S&D). - Tisztelt Európai Parlament! Néhány órával az 1956-os magyar forradalom nemzeti ünnepe előtt leszögezem, hogy nem mi, magyar szociáldemokraták hoztuk ezt a témát ide, a Parlament elé. Mégis ezekben a percekben az új magyar állampárt, az orbáni rezsim teljes erővel nyomtatja a sajtóját, amelyben lehazaáruló engem, meg a kollégáinkat, még akkor is, ha valaki a Néppárt soraiban ül, őket pedig Magyarország megtámadásával vádolja, csak azért mert nem értünk egyet azzal a rezsimmel, ami otthon működik. Nincs szégyenérzetük, ezért én most szeretnék elnézést kérni Önöktől a Fidesz nevében, hogy újból és újból a magyar demokrácia állapotával kell foglalkozni, és most szeretnék elnézést kérni a magyar társadalomtól is, hogy miközben 600 000 magyar gyermek éhezik, miközben 4 millió magyar a létminimum alatt él, miközben több százezren hagyják el az országot a gazdasági körülmények miatt, ezenközben a demokrácia állapotával kell foglalkozzuk ahelyett, hogy a kormány azt tenné, ami a dolga: rendbe tenni az ország ügyeit. Tisztelt hölgyeim és uraim! Szeretném, ha nem a magyar demokrácia állapotával foglalkoznánk legközelebb ebben a házban, de addig is nekünk, demokratáknak kell felhívniuk a figyelmet arra, ha olyan folyamatok zajlanak...*(az elnök elveszi a szót)*

(A felszólaló hozzájárul egy „kékkártyás” kérdés megválaszolásához (az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése).)

György Schöpflin (PPE), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt képviselőtársam! Ön azt a szót használta, hogy rezsim. Na, most mindenki tudja, hogy a rezsim az nem egy demokratikus rendszer. Ön talán nem vette volna észre, hogy idén 3 választás zajlott Magyarországon, amelyeken a baloldal nem szerepelt nagyon fényesen?

István Ujhelyi (S&D), Kékkártyás válasz. – Köszönöm szépen, képviselő úr, a kérdését, hiszen akkor most folytathatom azt, amit az előbb elkezdtem. A magyar demokrácia állapota miatt használhatjuk nyugodtan a rezsim kifejezést. Önök olyan új választójogi rendszert léptettek életbe, amelyben sokkal kevesebb szavazattal kétharmados hatalmat tudnak maguknak biztosítani. Olyan önkormányzati választási rendszert léptettek életbe, amellyel – például a fővárosban, ahol többségében vannak a baloldali szavazók – nem nyerhettek ennek a választási rendszernek köszönhetően a baloldali erők. És Önök olyan magyar jogszabályokat hoztak, olyan alkotmányozást végeztek, amelynek köszönhetően sem az ügyészség, sem a magyar média, sem pedig az alkotmánybíróság nem végezheti el azt a dolgát, amelyet egy normál demokráciában kellene. Ezért van ma még többségük, de nem sokáig lesz így. 2018-ban változni fog a helyzet!

Dienstag, 21. Oktober 2014

Nathalie Griesbeck (ALDE). - Madame la Présidente, dans cette maison, c'est le deuxième, troisième ou quatrième débat que nous avons sur cette question et je souhaite, s'il est de temps en temps électrique, qu'il puisse aboutir ce soir à ouvrir vraiment le dialogue, au sens où l'a expliqué la Commission, et qu'il puisse surtout aboutir à faire taire les inquiétudes qui se font jour par rapport à la protection des droits et de nos valeurs fondamentales, lesquelles, au fond, nous unissent, cimentent l'état de droit ainsi que la démocratie européenne et font de nous des Européens.

Moi aussi, j'ai rencontré ces derniers jours des représentants de RTL Club, qui m'ont expliqué les éléments qui les portaient à déclencher une procédure de plainte devant la Commission après l'adoption de la loi de juin 2014. En effet, nous n'avons pas à juger – et quiconque n'est pas de nationalité hongroise n'a à juger – les décisions prises par le peuple hongrois en vertu de sa législation. En revanche, comme pour tous les États, tous ceux qui ont décidé de signer les traités et d'appartenir à l'Union, ces lois doivent respecter notre socle commun et nous devons donc examiner si le principe d'égalité et le pluralisme des médias sont ou non respectés. Il en va de la crédibilité de l'Union, donc de nous tous.

András Gyürk (PPE). - Tisztelt képviselőtársaim! Ez már a harmadik plenáris vita, amely Magyarországgal foglalkozik. Itt van tehát az alkalom, hogy levonjunk néhány tanulságot! Először is, ezek a viták teljesen értelmetlenek! Amúgy a múltban minden vitás kérdés megoldódott, de sohasem ebben a házban. Azokat minden esetben az Európai Bizottság és a tárgyalásra mindig kész magyar kormány kompromisszumkészsége rendezte. Másodsor, ezek a viták egy hangyányit sem ártottak a néppárti magyar kormány népszerűségének, ellenben súlyos károkat okoztak a magyarországi baloldali ellenzéknek. Néhány nappal ezelőtt idén már harmadszorra szenvedett a baloldal megrendítő erejű választási vereséget, többek között ezek miatt a nagyon sok magyar embert sértő viták miatt is. És végül, Magyarország jól működő demokrácia, amit mi sem bizonyít jobban, mint az, hogy a magyar emberek szabad választásokon, elsöprő többséggel meghozott döntését, hála a jó Istennek, nem lehet felülmírni sem Brüsszelben, sem pedig itt, Strasbourgban.

Péter Niedermüller (S&D). - Meghatónak tartom Gyürk képviselőtársam aggodalmát a magyar baloldal miatt. Megtisztelő számunka, hogy ennyire aggódik értünk! Hadd mondjam el azonban, hogy itt nem erről van szó, és nem a magyar választási eredményekről, hanem a magyar kormány politikájáról, arról a politikáról, amely négy év óta állandóan konfliktusokat szít az Európai Közösséggel, az Európai Unióval. Illiberális demokráciát építeni az Európai Közösségben, mondom tisztelt kollégáimnak, az fából vaskarika, az nem fog sikerülni. Szeretném mondani, hogy az a szembenállás, amit ez a kormány produkál, az Európai Közösségnek is a problémája. Itt nem Magyarország problémájáról van szó, itt egy európai tagállam súlyos jogsértéseiről van szó. Éppen ezért azt gondolom, hogy ez a vita, tisztelt kolléga, ide tartozik, ebbe a házba, mert mi azért vagyunk európai parlamenti képviselők, hogy megtaláljuk azokat a politikai eszközöket, létrehozzuk azokat az intézményeket és mechanizmusokat, amelyek segítségével azokat a tagországokat – most éppen Magyarországot – amely letért a jogállamiság útjáról, vissza tudjuk vezetni az európai útra.

(A felszólaló hozzájárul egy „kékkártyás” kérdés megválaszolásához (az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése).)

Monika Hohlmeier (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich teile nicht alle Entscheidungen und finde auch nicht alles richtig und gut, was in Ungarn entschieden wird. Aber ich hätte mir gewünscht, dass hier in diesem Hause nicht allein einseitig ständig Fidesz und Ungarn kritisiert werden, sondern dass Sie denselben Maßstab anlegen an Bulgarien, an Rumänien, als dort Demonstranten niedergeschlagen wurden, als Medien aufgekauft und einvernahmt wurden, als gegen EU-Recht extraterritoriale Gebiete russischer Art erklärt werden sollten. Haben Sie nicht den Eindruck, dass Sie ein bisschen einseitig sind, und sollten wir nicht für die Menschenrechte generell in der EU eintreten, auch dann, wenn die Sozialisten an der Regierung sind?

Péter Niedermüller (S&D), Kékkártyás válasz. – Engedje meg, képviselőtársam, hogy emlékeztessen arra, hogy előttem már ketten is elmondták azt, amit én is elmondtam. Itt nemcsak Magyarországról van szó, hanem általában az európai közösség tagállamainak a jogállamiságáról van szó. Magyarország egy ilyen tagállam. Biztos vagyok benne, hogy máshol is vannak problémák, Ön is felsorolt néhányat, mégis azt gondolom, hogy ezt csak sorban lehet csinálni, most Magyarország a téma. Ha legközelebb Romániát hozzák ide a Parlamentbe, akkor nyilván arról fogunk beszélni.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Kati Piri (S&D). - Het is triest dat wij hier een debat moeten voeren over de manier waarop een lidstaat alle belangrijke waarden waar wij in de EU voor staan, met voeten treedt. Nog triester is het dat de Raad zwijgt en toekijkt. Wat in Hongarije gebeurt, is geen opeenstapeling van incidenten. Wat in Hongarije gebeurt, is het bewust en doelmatig slopen van een jonge rechtsstaat. Premier Orbán wint er zelf ook geen doekjes meer om en heeft dit expliciet toegegeven deze zomer. Een liberale democratie is niet aan hem besteedt. Het moge duidelijk zijn: Orbán ziet democratie puur als een instrument voor zijn autoritaire bewind en dat terwijl iedereen weet dat verkiezingen alléén een land niet democratisch maken.

Dit is niet een oproep van een linkse politica die gefrustreerd is over een rechtse regering. Dit is een oproep van een democraat aan andere democraten om nu eens luid en duidelijk te zeggen: "dit accepteren wij niet langer in de Europese Unie".

[(De spreker stemt ermee in een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement).]

József Szájer (PPE), Kékkártyás kérdés. – Ugyanezt akartam az előbb Niedermüller úrtól is megkérdezni. Úgy tudom, hogy Önök mindketten szocialisták. Önök is a liberalizmust kérik számon a magyar kormányon? Ez eléggé meglepő!

Kati Piri (S&D), "blauwe kaart"-antwoord. – Het is triest dat mijn collega van de PPE nog steeds "liberale democratie" definieert als een staatsvorm waar alleen liberalen voor kunnen staan. Gelukkig staan alle democraten – sociaal-democraten, christen-democraten, liberalen – in dit Huis voor liberale democratie. Dat is niet alleen aan sociaal-democraten.

Catch-the-eye procedure

Kinga Gál (PPE). - Nagyon érdekes, hogy ebben a Parlamentben milyen vitákat folytatunk a liberális demokráciáról, a kereszténydemokráciáról. Szerintem ezekről érdemes lenne vitázni tágabb értelemben is, ezek tovább vezetnének, mint az, hogy itt Magyarországról vitázunk. Uraim, itt semmilyen más országról nem beszéltek, miközben általánosan akartak vitatni – kizárólag Magyarországról vitatkoztak, és bírósági ítéleteket mondtak ki. Azt mondták, hogy vége a jogállamiságnak, konkrét jogsértésekről beszéltek, de egyetlen egy jogsértést sem említettek. Egyetlen dolgot sem tudnak bizonyítani, ugyanúgy mint másfél éven keresztül a Tavares-vitában, amelyet itt hallgattuk újra meg újra, és aztán a vége mi lett? Egyetlen konkrét jogsértést sem találtak! Én azt mondom inkább, hogy próbálják elfogadni, hogy a magyar emberek demokratikus választásokon – és válaszolom erre, hogy igen, ott voltak az európai parlamenti választások is, ugyanez az eredmény jött ki, mint mindegyik választáson – úgy döntöttek több ízben, hogy fölényes megerősítést adnak ennek a kormánynak. Ne akarják Önök megvédeni a magyar embereket akartuk ellenére!

Tibor Szanyi (S&D). - Igazából csak azért kértem ebben az időszakban szót, mert a vita során nagyon sokszor elhangzott, hogy nincs tetten érhető jogsértés Magyarországon, már legalábbis főképpen a kereszténydemokrata oldalról. Én szeretnék mindenkit emlékeztetni arra, de főleg a Bizottságot, hogy a tavaszi választások során az EBESZ, tehát az Európai Biztonsági és Együttműködési Szervezet képviselői egy szép, hosszú jelentést készítettek a magyar választásokról, és ott van egy értékelő, összesítő mondat, hogy Magyarországon a kormánypártok aránytalan előnyöket élveztek a választások során, s ezen felül a jelentés több pontban sorolja fel, hogy a kormány és a magyar hatóságok tételesen megsértették az európai igényű választásokat szabályozó koppenhágai egyezményt. Ezzel, úgy tűnik, Európa nem foglalkozott, pedig európai szervezet állította ki ezt a bizonyítványt.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). - Señora Presidenta, el año pasado este Parlamento planteó serias dudas sobre la independencia judicial y la pluralidad informativa de Hungría. El partido en el Gobierno se blinda modificando en la Constitución la ley electoral —no me extraña que a González Pons le guste—. También practica un control monopolista de los medios de comunicación.

Un proyecto nacional donde las personas que no se identifican con el régimen son excluidas; da igual si son progresistas, homosexuales, o pertenecen a minorías étnicas: para el partido en el poder, prácticamente no son húngaros. El crecimiento de la xenofobia, de la homofobia y del racismo no es casual, tiene mucho que ver con una política de la Unión Europea que da alas a la extrema derecha por no atender los intereses de todas sus partes.

Dienstag, 21. Oktober 2014

En las últimas elecciones, el granero de votos de la extrema derecha estaba en las zonas más pobres, las zonas prescindibles en este proyecto liberal. Menos palabras vacuas, menos retórica, solo una Europa que cuide a todas sus partes por igual, que no divida entre centro y periferia es la vacuna contra la xenofobia y el resurgimiento del fascismo en Europa.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Tisztelt elnök asszony! Tisztelt képviselőtársaim! Október 23., amíg magyar ember él a földön, mindig is a magyar szabadságért való küzdelem szimbóluma lesz. Igen, képviselőtársam, az előestéje van ennek az ünnepnek, és Önök, más frakcióban ülő magyar képviselők, éppen Magyarország szuverenitásába készülnek beavatkozni az EU intézményein keresztül. Mindezt teszik természetesen demokráciaféltés jegyén. Én politikusként egy olyan közösséget képviselek, amely tagjainak elődei életüket adták ezért a szabadságért. Persze, megértem az Önök nehéz helyzetét, mert Önöknek, szocialistáknak, olyan ideológusaik vannak, akik mondjuk 56-ról azt mondják, hogy ellenforradalom. Az a Horn Gyula, akinek a nevét viseli itt az Európai Parlamentben egy terem, azt mondta, hogy ellenforradalom. Számomra fontos ennek az intézménynek a hitelessége, ezért szeretném elkerülni, hogy az Európai Parlament belekerüljön abba a politikai csetepatéba, amit azért rendeznek, hogy négy képviselő elossa maga között, hogy ki lesz a delegáció vezetője. Szeretném, ha itt nem a gyurcsányi forgatókönyv érvényesülne.

László Tőkés (PPE). - Tisztelt elnök asszony! Holnapután ünnepeljük az 56-os magyar forradalom és szabadságharc kitörésének 58. évfordulóját. Fájdalmas és szégyenletes, hogy az Európai Parlament magyar szocialista különítménye éppen nemzeti ünnepünket használja fel arra, hogy újabb támadássorozatot kezdeményezzen saját hazája ellen. A magyarországi szocialista delegáció utódkommunista vétetésű képviselői tegnap a magyarországi médiaszabadság megsértéséről rendeztek közmeghallgatást. Azok, akik az európai értékek ürügyén pécézik ki Magyarországot, és a mostani plenáris ülésen Orbán Viktor ellenében védelmek a demokráciát és a jogállamiságot, cinkosan hallgattak akkor, amikor 2006-ban, szintén a forradalom évfordulóján a posztkommunista Gyurcsány-rezsim hatósági erőszakkal oszlatta szét a békés ünneplőket és tüntetőket. Ideje volna, hogy az Európai Unió és a Parlament ne alkalmazzon kettős mércét Magyarország különböző pártállású kormányaival szemben.

(End of catch-the-eye procedure)

Martine Reicherts, membre de la Commission. - Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, un grand merci pour la richesse du débat qui s'est tenu aujourd'hui. Comme cela a été rappelé par de nombreux intervenants, nous vivons dans un état de droit, dans une communauté de droit. L'article 7, de même que l'article 2, ont été rappelés eux aussi. Nous avons là des pistes qu'il va falloir continuer à explorer.

Je remercie la Présidence italienne, qui a l'intention de mettre ce point à l'ordre du jour d'un prochain débat, et je pense que ce débat, lui aussi, contribuera à enrichir nos échanges.

Vous avez parlé du vice-président Timmermans, qui continuera, bien entendu, à suivre ce dossier avec beaucoup d'intérêt et mettra un point d'honneur à poursuivre cette discussion, en sachant bien que l'état de droit est un concept très large dans lequel la sauvegarde des droits fondamentaux est essentielle, quel que soit le pays dans lequel on se trouve.

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signora Presidente, onorevoli deputati, anch'io ho seguito con grande attenzione e interesse la discussione. Come ho detto all'inizio, non sono in grado di dire di più su questo tema: il Consiglio non ha discusso o adottato una posizione sulla situazione in Ungheria e in quanto Presidenza del Consiglio parlo a nome di tutti i 27 Stati membri, quindi tornerai a ripetere quello che ho detto in avvio di dibattito.

Per quanto riguarda l'iniziativa su un eventuale meccanismo generale complessivo per lo Stato di diritto la Presidenza italiana si impegna a darvi seguito. Dopo l'insediamento della nuova Commissione pianificheremo altre discussioni in sede di Consiglio per portare avanti la questione.

President. - The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Barbara Spinelli (GUE/NGL), per iscritto. – Ogni singola violazione dello Stato di diritto colpisce i principi dell'Unione Europea (Art. 2 TUE) e, nel caso delle politiche ungheresi degli ultimi anni, conferma una protratta, brutale aggressione delle libertà su cui si fonda l'Unione. La risoluzione Tavares adottata in questo Parlamento nel 2013 tracciava già un lungo percorso di violazioni: le modifiche alla legge fondamentale (attuata in tempi brevissimi schivando ogni dibattito con gli altri partiti e la società civile), l'ampio ricorso alle leggi organiche («cardinali»), l'indebolimento del sistema di pesi e contrappesi (Corte costituzionale, Parlamento, autorità garante della protezione dei dati), l'assoggettamento del sistema

Dienstag, 21. Oktober 2014

giudiziario, la legge elettorale e le norme lesive del pluralismo dei media. Se alcuni di questi punti hanno subito di recente lievi miglioramenti, le ambigue dichiarazioni del Premier Orbán sulla democrazia, il trattamento di alcune ONG e la proposta di una tassa su internet mostrano l'intento, da parte delle autorità, di trasformare lo Stato ungherese in uno Stato non più completamente liberale. La cautela mostrata dalla Commissione in questo dibattito parlamentare mi preoccupa: queste violazioni non necessitano di tante procedure di infrazione, ma di un'attivazione della procedura prevista dall'Art.7 TUE in caso di violazione grave da parte di uno Stato membro dei principi dell'Unione.

Josef Weidenholzer (S&D), schriftlich. – In den letzten Jahren hat Ungarn unter Victor Orbán eine besorgniserregende Richtung eingeschlagen. Schritt für Schritt wurden die gemeinsamen Werte der Union untergraben bzw. offen verletzt. Vor allem die Pressefreiheit hat unter der Politik des ungarischen Ministerpräsidenten zu leiden. Eigene Sondersteuern schränken den Spielraum regierungskritischer Medien ein. Die harte Vorgehensweise gegen regierungskritische NGO's erinnert an undemokratische Machtstrukturen, wie wir sie sonst nur außerhalb Europas vorfinden. Es ist zu befürchten, dass diese Politik Schule macht, und auf andere Staaten übergreift. Darum ist es wichtig, solchen Tendenzen mit aller Deutlichkeit entgegen zu treten. Das EP hat in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Tavares Bericht einen Weg aufgezeigt, wie man künftig mit Mitgliedsstaaten umgehen soll, die systematisch die Kopenhagen Kriterien verletzen. Die Aufnahme eines Staates in die EU ist ja an diese Bedingungen geknüpft. Ein Verbleib wiederum nur so lange sinnvoll, so lange man sich zur gemeinsamen Basis bekennt. Wenn der Dialog mit Ungarn keinen Erfolg bringt, sind Vertragsverletzungsverfahren und in letzter Konsequenz auch ein Stimmrechtsentzug angemessen. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Wenn sich ein Mitgliedsstaat von den liberalen Freiheitsrechten verabschiedet, wie das Victor Orbán unlängst in einer Rede angedeutet hat, dann verabschiedet er sich indirekt auch von der Europäischen Union.

18. Zölle auf Waren mit Ursprung in der Ukraine (Ausprache)

President. - The next item is the report by Gabrielius Landsbergis, on behalf of the Committee on International Trade, on customs duties on goods originating in Ukraine (COM(2014)0597 – C8-0165/2014 – 2014/0279(COD)) (A8-0021/2014).

Gabrielius Landsbergis, rapporteur. - First of all, let me thank all of you who supported Ukraine during our meetings in the Committee on International Trade and here in plenary. I am pleased we have a broad and firm understanding that Europe has to stand by Ukraine by granting the unilateral extension of the autonomous trade measures (ATMs).

As we speak, Ukraine continues to struggle on all fronts at the same time. The ceasefire is not being respected; Ukraine is continuing to defend its territorial integrity against attacks from outside; it faces enormous economic and financial difficulties; and it has to undergo deep internal reforms. Europe has made a commitment to help Ukraine – and with today's decision we will turn our words into deeds. This should help Ukraine to withstand the pressure from Russia, which is willing to obstruct the implementation of the Association Agreement between the EU and Ukraine and to interfere in our bilateral relations and sovereign decisions.

There was a time in history when Europe abandoned one eastern European country: 75 years ago Poland was left on its own against aggressors, despite previous statements offering great support. We all know what happened later. What could have been stopped at Poland's borders finally engulfed the whole world. Ukraine is today's front, and strong statements and words of support are simply not enough.

The extension of the Regulation is part of the EU commitment that was made at the same time as it was decided to postpone implementation of the deep and comprehensive free trade agreement (DCFTA) for 15 months – in the hope of peace.

The Ukrainian side favours the ATMs and says that they have helped to increase Ukraine's exports to the EU and, indeed, to compensate for the fall in exports to countries in the Customs Union. The ATMs provide a much-needed opportunity for Ukrainian producers and businesses to divert their exports away from the increasingly restrictive Russian market, and also an incentive to bringing their operations and standards more into line with those of the EU.

Dienstag, 21. Oktober 2014

I would note too that Member States have already supported the extension of the Regulation, so there is every chance of ensuring that it will remain in effect without any break. Taking into account the call from some colleagues for close monitoring of the implementation of the ATMs and for more reassurance on deadlines, I will urge the Commission to continue to monitor the effects closely.

These ATMs have been in place since April 2014, with Parliament's approval, and we know exactly what they mean in terms of entitlements. All the relevant calculations have been done. Moreover, as Parliament ratified the Association Agreement last month it was expected to come into full force immediately, meaning that the tariff agreement would have been in place since last month.

Given the current situation, our timely decision will prove that the European Parliament can act swiftly and decisively. It will also be proof of our political will and recognition of our moral obligation: we are ready to help the Ukrainians and we are not leaving them alone. Colleagues, I count on your firm support for this decision.

Martine Reicherts, *Member of the Commission*. - Madam President, honourable Members of the European Parliament, at Parliament's plenary session of 16 September, Commissioner De Gucht explained in detail the content and context of the outcome of the trilateral consultations between Ukraine, Russia and the EU on 12 September. The Commission agreed, as part of the outcome, to propose to the Council to delay the provisional application of the trade title of the EU Association Agreement with Ukraine until 31 December 2015, and this in the event that Ukraine ratified the Association Agreement.

The proposal by the Commission for such a delay was based on a clear request from Ukraine to take an initiative that would allow ratification of the Association Agreements to go ahead while leaving more time to discuss ways of addressing Russian concerns arising from the implementation of the DCFTA. This outcome must be seen in the bigger political context. It is part and parcel of a comprehensive peace process in Ukraine and secures a commitment from Russia to maintain its preferential trade regime with Ukraine.

Four days later, on 16 September, Ukraine went ahead with the ratification of the EU-Ukraine Association Agreement, which was endorsed simultaneously by the European Parliament here in Strasbourg giving its consent. Many of you, honourable Members, expressed satisfaction when the Association Agreement was ratified. It was truly historic, as it was the first time in the EU's history that such a simultaneous vote had taken place. As part of the 12 September outcome, the Commission also agreed to submit a proposal to extend, until the end of 2015, the autonomous trade preferences currently granted to Ukraine, as they will otherwise cease to apply as of 1 November.

Let me recall the basic elements of these autonomous trade preferences. The unilateral market access granted to Ukraine corresponds to the first year of application of the schedule of concessions negotiated under the DCFTA. The current proposal simply extends the duration of those autonomous preferences by 15 additional months, thus maintaining the same preferences. Suspended duties would present an amount of up to nearly EUR 500 million. Preferences are granted to Ukraine subject to its effective cooperation in customs matters and require Ukraine not to change in any way its tariffs towards the EU. In addition, safeguard controls are in place to prevent market-distorting surges impacting adversely on European companies and industry, including the agriculture sector. EU phytosanitary rules remain fully applicable to Ukrainian products.

In order to address concerns expressed by Parliament, the extension of the autonomous trade preferences is subject to Ukraine's respect for the essential elements of the Association Agreement. Most importantly from an economic point of view, the autonomous trade preferences have a very limited impact on the EU markets, and yet at the same time they represent a gesture of tangible economic and political support to Ukraine in a difficult situation, helping to address Ukraine's difficult economic, political, security and territorial challenges.

I would like to thank Parliament for the efforts already made to pave the way for a swift conclusion of the legislative procedure for this file in order to ensure that trade flows are not disrupted. Parliament is therefore asked to endorse the Commission's proposal so that these important preferences for Ukraine continue to apply after 1 November.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Salvatore Cicu, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che sia stato importante aver ottenuto la possibilità di un confronto in Parlamento su un tema di così notevole rilevanza. Noi capiamo perfettamente gli aspetti geopolitici che hanno determinato, anche sulla base di quanto ha argomentato il relatore, l'esponente della Commissione, la procedura accelerata, che noi condividiamo. Non facciamo nessuna questione rispetto a questa imposizione e siamo anche, come dire a sostegno del processo di pace, che naturalmente va oltre quegli elementi che sono racchiusi nella modifica regolamentare che qui ci troviamo a dibattere.

Abbiamo però sollevato, sia in commissione, e riproponiamo anche con la stessa formulazione in Aula, alcune richieste nei confronti soprattutto della Commissione. Il provvedimento noi riteniamo debba essere considerato un provvedimento eccezionale, il che significa non dovrà a nostro giudizio superare il termine dei 14 mesi che è stato concesso, quindi poter andare oltre il 31 dicembre del 2015.

Nello stesso tempo consideriamo fondamentale che fra sei mesi, fra otto mesi, venga verificato, approfondito quello che il rappresentante della Commissione oggi ci ha indicato come una certezza e cioè un monitoraggio che ci faccia capire qual è l'impatto che questo regolamento realizza rispetto al provvedimento.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, when we agreed these temporary autonomous measures for Ukraine back in the spring, it was on the assumption that the deep and comprehensive free trade agreement would enter into force by next month. As the Commissioner has just reminded us, after the historic simultaneous signing by the European Parliament and the Ukrainian Parliament, this has been delayed until 2016.

The proposal today, therefore, is not for new measures but for an extension of existing measures, and that is why my Group has been able to support an accelerated procedure and why we will not support any amendments to this text. If we do not approve this on Thursday, there will be a gap in preferences when the current trade regime with Ukraine expires at the beginning of November. My Group will not accept a delay in the entry into force of this regulation. It would send the wrong signal to the people of Ukraine if we willfully stood in the way of European solidarity and support as they struggle to re-establish democracy and economic stability.

When these trade measures were first proposed they did not include a human rights clause. However, this new proposal from the Commission has taken on board the demand from the Socialist and Democratic Group that it should include a human rights clause, and for that reason, and for the reason of urgency, we will support this regulation unamended on Thursday.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the exceptional provocations and aggression by Putin's Russia in our eastern neighbourhood continue to be cause for great concern. At their root is the choice of the Ukrainians to seek stronger ties with the EU.

Choosing rules-based trade and a movement towards an open society will require difficult reforms. The deep and comprehensive trade agreement which is part of the Association Agreement is set to enter into force on 1 January 2016. Meanwhile, preferential trade measures were already adopted in April 2014 as part of the support package for Ukraine. Since their implementation, trade between the EU and Ukraine has increased drastically. Ukrainian exports to the EU increased by 25 % in May and June of this year compared to the same period last year and during the first six months of 2014 exports from Ukraine to Russia fell by 24 %.

These figures show the importance of the autonomous trade measures for the Ukrainian economy. Not extending them would not only seem a political statement but would have a very real economic impact on the country and its people. Given the economic asymmetry between the EU and Ukraine, the increase in exports from Ukraine is economically important for the country but it has relatively little effect on us in the EU. In principle, the autonomous trade measures do not allow illegal products onto the European market. All products must conform to EU standards, but the increase in trade may make it harder to control them. However this should not lead to products coming onto the European market which would otherwise be illegal and which could harm European producers.

The regulation before us prolongs the autonomous trade measures and amends the existing regulation to make access by Ukraine to the preferential conditions conditional upon respect for democratic principles, human rights and fundamental freedoms, as well as respect for the rule of law. This is also mentioned in the Association Agreement. It is now important that these conditions are met and that the timeframe is kept. Exceptional circumstances call for exceptional measures but the goal remains to see a structural solution.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Reicherts! Was die Kommission hier vorgelegt hat, ist aus Sicht der Bevölkerung der Ukraine eine Mogelpackung. Sie räumen für die ausgewählten Exportgüter für das gesamte Jahr 2015 die gleichen Mengen für die Ausfuhr in die EU ein, die von der Ukraine gerade nur in einem halben Jahr ausgeschöpft wurden. Zudem trägt die Verordnung mit dem 31. Dezember 2015 ein Verfallsdatum, das möglichen Investoren in der Ukraine keine Sicherheit geben kann.

Meine Fraktion fordert, ehrlicher vorzugehen und die Verordnung direkt mit dem erfolgreichen Abschluss der trilateralen Verhandlungen mit Russland zu verbinden. Wir sollten deutlich machen, wie auch diese konkrete wirtschaftspolitische Maßnahme mit realen Auswirkungen auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger sowohl in der Ukraine als auch in der EU-28 endlich einen Weg zu Frieden und wirtschaftlicher Perspektive eröffnen und fördern kann. Stattdessen setzt die Verordnung die Unterhändler weiter unter unnötigen Druck. Dabei hätten Sie die notwendigen Gespräche mit Russland von Anfang an suchen sollen, um für alle den besten Weg in eine gemeinsame Friedens- und Wirtschaftsordnung zu finden – nicht in der Konfrontation, sondern im bewussten Nutzen der Möglichkeiten der Ukraine als Brücke zwischen der EU und der Eurasischen Union.

Bronis Ropė, Verts/ALE frakcijos vardu. – Nors laikas ir vėlus, bet, manau, klausimas tiek Europai, tiek Ukrainai yra pakankamai svarbus. Savotiškai duodama ne žuvis, o meškerė, suteikiant Ukrainai galimybę gauti paramą iki 500 mln. eurų. Šiandien tenka tik apgailestauti, kad dėl Rusijos spaudimo Ukraina buvo priversta prašyti atidėti išsamios ir visapusiškos laisvosios prekybos sutarties taikymą. Dėl to manau, kad būtina priimti šią pristatytą rezoliuciją. Negalime jos atidėlioti. Mes turime ir toliau remti Ukrainos ekonomiką, padėti jai stiprėti iš vidaus ir užtikrinti jos stabilumą. Turime nusiųsti aiškų signalą Ukrainos žmonėms, taip pat ir verslui, kad remiame Ukrainos ekonomiką ir jos integraciją į Europos Sąjungos procesus.

Palaiškę Komisijos pasiūlymą mes parodysime, jog Europos Sąjunga laikosi savo įsipareigojimų Rytų kaimynystės partneriams ir sugeba rasti tinkamą atsaką į iššūkius, kartu įrodydama, kad laikosi savo vertybių.

Giulia Moi, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, garantire preferenze tariffarie unilaterali all'Ucraina rappresenta indubbiamente un chiaro segnale politico nei confronti della Russia. Un segnale che però non deve contribuire a impoverire ulteriormente i nostri produttori e in particolare modo agricoltori. Queste preferenze graveranno per 487 milioni di euro sul bilancio comunitario, con conseguenze dirette sul settore agricolo, specie del mais e della farina, dove le esportazioni ucraine contano più del 60% e dove la riduzione dei dazi porterà perdite non facilmente recuperabili. È la seconda volta dopo l'embargo russo del 7 agosto che i nostri agricoltori subiscono le conseguenze politiche di questo accordo di associazione.

Chiediamo quindi alla Commissione di fare pressione affinché nei 14 mesi previsti si arrivi alla ratifica dell'accordo di associazione, con benefici anche per i nostri produttori, e che ci sia un controllo su quanto esportato non volendo ritrovarci farine OGM o prodotti non conformi agli standard europei in mancanza di appropriate riforme fitosanitarie.

Udo Voigt (NI). - Frau Präsidentin! Frau Reicherts, ich erlaube mir die Frage, was hat die EU, was hat mein Land Deutschland von den Zollaussetzungen in diesen Stunden? Welche Waren können künftig überhaupt aus der Ukraine den europäischen Binnenmarkt bereichern? Ist diese Aktion nicht mehr oder weniger, erneut Öl ins Feuer zu gießen, und das falsche politische Signal, nachdem verschiedene Kriegsverbrechen noch nicht aufgeklärt sind, zum Beispiel die Morde in Odessa, die schrecklichen, tragischen Unfälle um den Flug MH 17? Wie wirken sich solche Maßnahmen auf Sanktionen und die Gegenreaktion von Russland aus? Wann wird die Eskalationsspirale beendet?

Wenn man hier Maßnahmen ergreifen sollte und den europäischen Binnenmarkt vergrößern will, dann sollte man das doch tun, indem man die Ukraine und Russland dazu nimmt und versucht, beide einzubeziehen, und stattdessen lieber das Freihandelsabkommen mit den USA aussetzt.

Alessia Maria Mosca (S&D). - Signora Presidente, onorevoli deputati, troppo spesso l'Unione europea ha perso occasioni per far sentire la sua voce e il suo peso perché troppo lentamente si è mossa di fronte a situazioni di emergenza. In questa circostanza deve essere invece vista con positività la tempestività dell'iniziativa di evitare un *vacuum* normativo rispetto alla rimozione dei dazi doganali per le importazioni dall'Ucraina. Anzitutto perché crediamo che gli interessi di politica commerciale debbano essere coerenti a quelli di politica estera e che in questa fase sia necessario lanciare un segnale forte nei confronti di un popolo in difficoltà. Speriamo che in un futuro non troppo lontano la popolazione ucraina possa riconoscersi nei valori fondanti della nostra Unione.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Decisioni come queste dimostrano che si può e si deve avere il coraggio di anteporre interessi comuni a quelli di parte. È evidente la problematicità che comporta una procedura di emergenza e che questa possa effettivamente essere un elemento di preoccupazione, ma – nel bilanciamento con i danni che sarebbero intervenuti se non ci fosse stata la proroga – ha prevalso la valutazione di procedere comunque.

È il modo migliore a nostro avviso di offrire l'opportunità ai produttori ucraini di dirottare i loro scambi verso il mercato europeo, dando loro l'opportunità di sopravvivere e allo stesso tempo di incoraggiarli ad adattarsi agli standard comunitari. In più pensiamo sia positiva l'inclusione dell'articolo 2 che ribadisce l'obbligatorietà del rispetto delle libertà fondamentali, dell'inviolabilità dei confini e del contrasto alla proliferazione di armi di distruzione di massa.

È importante sottolineare che le misure commerciali autonome non sono un'indiscriminata apertura del mercato comunitario ai prodotti ucraini che fanno concorrenza alle produzioni comunitarie, in quanto nel settore agricolo e agroindustriale i livelli di protezione restano più alti che in altri settori, con quote e prezzi minimi che non falsano la competitività dei prodotti locali.

In sintesi speriamo che questa estensione possa essere percepita come un atto di buona volontà da parte dell'Unione europea e uno stimolo per arrivare alla conclusione della crisi quanto prima e non certo come un modo per perdere tempo né tantomeno una consuetudine e speriamo altresì che il vero e proprio trattato commerciale entri in vigore al più tardi il 1° gennaio del 2016.

Kaja Kallas (ALDE). - Madam President, we all know that the Ukrainian conflict has resulted not only in more than 3 600 military and civilian casualties but also in major economic costs. That is why I strongly welcome this proposal today, as it aims to lower customs duties on goods from Ukraine until December 2015, when the Association Agreement will enter into force. This is needed for Ukraine's economy, its businesses and its citizens.

It is, however, a shame that it should be needed today because of the delay in applying the free trade elements of the Association Agreement, due to pressure from Russia. Russia should not have a say in EU-Ukraine trade relations, and the Commission needs to ensure that we do not end up in the same situation in December 2015 when the Association Agreement enters into force.

Jean-Luc Schaffhauser (NI). - Madame la Présidente, chers collègues, bien qu'il soit tard, je tiens à rappeler un certain nombre de choses, plus particulièrement à l'intention de la représentante de la Commission.

Rappelons les chiffres. Entre 2002 et 2012, les excédents de l'Union vers l'Ukraine ont été multipliés par cinq, passant de deux à dix milliards d'excédents. Ce n'est pas l'Union qui a aidé l'Ukraine mais l'Ukraine qui a aidé l'Union. Les droits de douane, déjà réduits, n'ont pas apporté la croissance et le développement économiques de l'Ukraine mais ont entraîné la destruction d'emplois, la récession et le chômage. L'accord n'apporte pas la stabilité économique mais l'instabilité économique en Ukraine ainsi qu'une concurrence déloyale, en particulier dans le domaine agricole. Chez nous, en France, où les agriculteurs souffrent de plus en plus, on dénombre plus d'un suicide par jour.

Dans quelques années, c'est la population de l'ouest après celle de l'est de l'Ukraine qui saura que l'Union et ses institutions européennes apportent l'instabilité politique et économique même s'il faut reconnaître que cet accord a, au moins, l'avantage de ne pas vouloir opposer l'Occident et l'Orient dans le développement de l'Ukraine.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE). - Mevrouw de Voorzitter, ik steun net als mevrouw Schaake en mevrouw Kallas vanzelfsprekend dit arrangement. Dit is goed voor Oekraïne en wij moeten Oekraïne steunen.

Ik vind het echter onverteerbaar dat dit compromis tot stand gekomen is op basis van Russische chantage. Oekraïne is onder enorme druk gezet. Dat is mij duidelijk geworden in Brussel. Dat is mij duidelijk geworden in Moskou en in Kiev. En uiteindelijk mag over anderhalf jaar niet nog eens die Russische druk beloond worden. Dat kan niet gebeuren.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Ik ben het ook eens met diegenen die zeggen “onze landbouwsector mag niet de zure vruchten plukken”. Dierenwelzijn, volksgezondheid, op dat soort zaken mag natuurlijk niets worden ingeleverd. Eventueel moet gekeken worden of de landbouwsector enige compensatie kan krijgen omdat zij ook zo lijdt onder een Russisch embargo.

Maar nogmaals, wij moeten Oekraïne helpen en daarom zijn wij volledig voor dit arrangement.

Janusz Korwin-Mikke (NI). - Pani Przewodnicząca! Wolny handel jest zawsze zyskowny dla obu stron, dlatego nie ma najmniejszego powodu, żebyśmy ustalali, co wolno Ukrainie przywozić, a czego nie wolno. Jest to korzystne wyłącznie dla ludzi, którzy żyją z opracowywania takich sprawozdań. Ja to doskonale rozumiem i moim zdaniem jedynym sensem tego sprawozdania, które mam w ręku, jest to, że producenci cukru z buraków dali w łapę tym, którzy dopuszczają towary do obrotu, a producenci ziemniaków akurat nie. Każdy towar z Ukrainy i na Ukrainę powinien być dopuszczony na rynek Unii Europejskiej i odwrotnie.

Catch-the-eye procedure

Adam Szejnfeld (PPE). - Pani Przewodnicząca! Temat, o którym rozmawiamy, ma dwa wymiary. Po pierwsze – pomoc i wsparcie dla Ukrainy, po drugie – godność i wiarygodność Unii Europejskiej. Słowo się rzekło, jeśli zatem Unia Europejska zgodziła się na wejście w życie umowy stowarzyszeniowej z Ukrainą dopiero za rok, to by być wiarygodną w stosunkach z Ukrainą i stanowczą w stosunkach z Rosją, Unia Europejska musi dochować słowa. Trzeba więc przesunąć autonomiczne środki handlowe do końca przyszłego roku. W przeciwnym razie nikt nas, a szczególnie Rosja, nigdy już nie będzie traktował poważnie. To my – Unia, a nie Rosja, powinniśmy decydować, kiedy wchodzą w życie nasze umowy handlowe z innymi krajami.

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Senhora Presidente, nós somos igualmente solidários com o povo ucraniano. É por isso que condenamos o golpe de Estado ilegal, apoiado pela União Europeia e pelos Estados Unidos. Esta ajuda que a União Europeia pretende dar ao povo ucraniano também a conhecemos em Portugal. A troca de ajuda financeira a União Europeia irá impor a liberalização da economia, irá dismantelar o aparelho produtivo daquele país, que não tem condições para competir com as grandes companhias europeias.

O que a União Europeia pretende não é ajudar, é apenas alargar o seu mercado a novos consumidores e ter acesso às matérias-primas da Ucrânia. Se a União Europeia quer ajudar, que exija do atual governo golpista da Ucrânia o respeito pelos direitos humanos, que cesse de apoiar as milícias fascistas que perseguem sindicalistas e outros ativistas sociais, que condene a tentativa de ilegalização do partido comunista da Ucrânia e que investigue todos os crimes cometidos, com especial destaque para o crime de Odessa. É esta ajuda que a União Europeia deveria dar.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE). - Pani Przewodnicząca! Oczywiście jest, że to, co staramy się zrobić w tej chwili, to próba wzmocnienia ekonomicznego krajów w potrzebie. Jest to jasny sygnał polityczny, że z jednej strony nie zgadzamy się na agresję, a z drugiej strony nie zostawiamy tych w potrzebie. Najprościej rzecz ujmując, stabilna Ukraina leży w naszym interesie. Wzmacnianie Ukrainy leży w naszym interesie, ale przede wszystkim Ukraina zbliżająca się do Unii Europejskiej leży w naszym interesie. Oczywiście musi to odbywać się w sposób jasny i przejrzysty. Musi to oznaczać głębokie strukturalne zmiany związane z reformą polityczną i ekonomiczną na Ukrainie, taki powinien być sygnał – jasny sygnał dla obywateli Unii Europejskiej i Ukrainy.

(End of catch-the-eye procedure)

Martine Reicherts, Member of the Commission. - Madam President, the EU should definitely continue to support the comprehensive peace process in Ukraine, respecting the country's territorial integrity and its right to decide on its destiny. We must stand shoulder to shoulder with Ukraine in the face of the extremely difficult political and territorial challenges it faces but also in its process of reforms and economic modernisation.

Parliament's support in these efforts is vital. Delays in the extension of trade preferences should indeed be avoided as this could have an impact on economic operators' decisions to import goods from Ukraine. Even retroactive application risks not fully repairing interferences with trade flows and would be cumbersome not only for the economic operators but also for our competent national customs authorities.

Dienstag, 21. Oktober 2014

Therefore I urge Parliament to endorse the Commission's proposal without amendments. The Council should then do its part so that the legislative act can be signed into law and enter into force as soon as possible.

Gabrielius Landsbergis, *rapporteur*. - Madam President, I would like to thank all my colleagues who participated in the debate. It clearly sends a very strong message to our Ukrainian friends that all the main groups in Parliament support the decision.

I would like to make a few points. Regarding certain deadlines, I am sure that, in cooperation with the Commission, we can sort these things out. Regarding Russia, I have a huge question: why do we want to involve a third country in this type of decision? To me it is clear that the Euromaidan people made a decision when they protested against the regime. They made a decision to be part of Europe and we have to respond to that, without involving any third parties, whether Russia or any other country.

I strongly believe that on Thursday we will support this decision, and I call on all those Members who are still in doubt to support the decision without the amendments.

President. - The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 23 October 2014.

Written statements (Rule 162)

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. - I want to express my strong support for the reduction or elimination of customs duties through autonomous trade measures (ATMs) on goods originating in Ukraine. I believe that it is time to unite and to show our respect for the pro-European choice made by the Ukrainian people. I see the extension of ATMs as one of the ways to stabilise the country's economy and politics. It would not only help Ukrainian businesses re-orientate from the Russian to the European market but would also help adapt their functioning and standards to EU ones, which will help in preparing for the full implementation of the DCFTA from January 2016. Ukrainian exports to the EU increased by 25 % in the first half of 2014 and will keep increasing if we open our market while Ukraine respects our sanitary and phytosanitary standards.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. - Vandaag debatteren wij over het afschaffen van douanerechten op Oekraïense goederen. Of voor de volledigheid: het voorstel voor een verordening van het Europees Parlement en de Raad tot wijziging van Verordening (EU) nr. 374/2014 tot verlaging of afschaffing van douanerechten op goederen uit Oekraïne. We weten allemaal dat de intensivering van de handelsbetrekkingen met Oekraïne -en daarmee de vergroting van Europese invloed op Oekraïne- grote geopolitieke consequenties kan hebben. Daar zal ik nu dus niet verder op ingaan. Ik zie echter nog een probleem: in de EU zijn legbatterijen verboden en mogen legbatterij-eieren niet worden verkocht, terwijl Oekraïne dieronvriendelijke legbatterijen gewoon toestaat. En wat blijkt? Dit voorstel laat dierlijke producten uit Oekraïne gewoon toe, ongeacht de leefomstandigheden van de dieren. Hoe kan de EU met droge ogen verklaren dat ze een einde zal maken aan dieronvriendelijke productiemethoden als we deze producten via de achterdeur gewoon toelaten? Dankzij de Europese Commissie, die een grote Oekraïense eierproducent al toestemming gaf voor export naar Europa, liggen er binnenkort weer legbatterij-eieren in onze winkels. Ik vind dat onbegrijpelijk! Ik vind internationale veiligheid, mensenrechten, democratie én een respectvolle omgang met dieren belangrijker dan kortzichtige handelspolitiek. Daarom zal ik tegen dit verslag stemmen.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.45)

Mittwoch, 22. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. OKTOBER 2014

(2022/C 373/03)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	242
2. Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und ihres Programms durch den designierten Präsidenten der Kommission (Aussprache)	242
3. Wahl der Kommission (Artikel 118 GO) (Abstimmung)	277
4. Abstimmungsstunde	283
4.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 — Überschüsse aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0018/2014 — Gérard Deprez) (Abstimmung)	283
4.2. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union — Haushaltsjahr 2015 (Abstimmung)	283
4.3. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 — alle Einzelpläne (A8-0014/2014 — Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier) (Abstimmung)	284
4.4. Protokoll zum Freihandelsabkommen EU/Republik Korea anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU (A8-0012/2014 — Jan Zahradil) (Abstimmung)	284
4.5. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2014 (A8-0019/2014 — Philippe De Backer) (Abstimmung)	285
5. Stimmerklärungen	285
5.1. Wahl der Kommission	285
5.2. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 — Überschüsse aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0018/2014 — Gérard Deprez)	312
5.3. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union — Haushaltsjahr 2015	320
5.4. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 — alle Einzelpläne (A8-0014/2014 — Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier)	333
5.5. Protokoll zum Freihandelsabkommen EU/Republik Korea anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU (A8-0012/2014 — Jan Zahradil)	358
5.6. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2014 (A8-0019/2014 — Philippe De Backer)	369
6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	389
7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	389
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	389
9. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	390

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Inhalt	Seite
10. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	390
11. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	390
12. Lage in Kobane und Bedrohung durch den IS (Aussprache)	390
13. Lage in Hongkong (Aussprache)	414
14. Todesurteil gegen Asia Bibi	424
15. Europäische IS-Kämpfer (Aussprache)	431
16. Gemeinsamer Polizeieinsatz „Mos Maiorum“ (Aussprache)	445
17. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	448
18. Gemeinsamer Polizeieinsatz „Mos Maiorum“ (Fortsetzung der Aussprache)	448
19. Entlastung 2012: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation — Entlastung 2012: Europäischer Rat und Rat (Aussprache)	461
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung	470
21. Schluss der Sitzung	470

Mittwoch, 22. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. OKTOBER 2014

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.10 Uhr eröffnet.)

2. Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und ihres Programms durch den designierten Präsidenten der Kommission (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und ihres Programms durch den designierten Präsidenten der Kommission (2014/2811(RSP)).

Jean-Claude Juncker, *Président élu de la Commission.* - Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, dans un discours que j'ai eu l'honneur de prononcer devant vous le 15 juillet, je vous ai présenté les orientations générales, conformément au droit dont dispose le Président désigné de la Commission en vertu du traité.

Ce ne fut pas un exercice de style, ce fut un exposé de programmes, un exposé de projets, un exposé de contenus, un exposé d'ambitions.

Les commissaires qui formeront – si vous l'investissez – mon collègue sont tenus par ces orientations générales. Je ne demande pas aux commissaires une obéissance aveugle. Comme je l'ai dit à Bruxelles, lorsque j'ai présenté le collègue, «à mon âge, on ne commence pas une carrière de dictateur». Je voudrais que les commissaires se sentent libres. On a demandé au Président désigné de la Commission de tout faire pour pouvoir composer un collègue politique, alors respectez le fait que les commissaires ont des opinions politiques et alimentent, par leurs réflexions, les débats au sein de la Commission.

J'ai été investi Président de la Commission sur la foi d'un programme qui me lie au Parlement européen. J'ai un contrat avec vous, Monsieur le Président, ainsi qu'avec le Parlement européen, et je compte respecter les termes du contrat que j'ai exposés devant vous l'été dernier.

La Commission, qui prendra ses fonctions au 1^{er} novembre, si vous êtes d'accord, succédera à celle de José Manuel Barroso, qui fut président de l'institution pendant dix années. Je voudrais rendre hommage à José Manuel Barroso, qui fut président pendant une époque à vrai dire difficile. La Commission Barroso a dû gérer la crise économique et financière et ses conséquences. La Commission Barroso a su intégrer, dans les multiples dispositifs communautaires, treize nouveaux États membres. Je considère que José Manuel Barroso a fait un bon travail et que, très souvent, il a été critiqué d'une façon qui, parfois, m'est apparue pénible. M. Barroso n'a pas démerité et je voudrais le remercier pour l'extraordinaire travail qu'il a accompli.

(Applaudissements)

Mittwoch, 22. Oktober 2014

En juillet, je vous avais promis de composer une Commission politique. Je vous avais dit que la prochaine Commission serait politique et qu'elle serait très politique. Ce fut comme un souhait œcuménique que beaucoup d'entre vous ont exprimé. La Commission n'est pas un attroupement de hauts fonctionnaires anonymes. Les directeurs généraux, tous compétents, doivent obéir aux commissaires et non l'inverse. J'ai donc tout fait pour – comment dire? – voir des «poids lourds» être désignés membres de la Commission par les gouvernements et par le Président désigné.

Les hommes et les femmes qui composeront mon collège ont exercé des fonctions importantes dans leurs pays respectifs, des fonctions, en fait, de haute responsabilité. La Commission se composera de quatre anciens premiers ministres, de dix-neuf anciens ministres, de trois anciens ministres des affaires étrangères, de plusieurs anciens ministres des finances, de sept commissaires sortants et de huit commissaires qui ont été membres du Parlement européen. Leur origine politique traduit le fait que la Commission se doit d'être très politique. Je vous avais promis une Commission plus politique. Sa composition dénote suffisamment qu'elle sera plus politique que celles qui l'ont précédée.

Je vous avais promis en juillet une Commission plus efficace. Là encore, il s'agit d'un souhait œcuméniquement partagé par la plupart de ceux qui forment cette assemblée. J'ai choisi de réorganiser l'architecture de la Commission. J'ai fait le choix de nommer – ce qui ne s'était pas fait auparavant – un premier vice-président en la personne de Frans Timmermans, que je voudrais saluer tout particulièrement ce matin. (*Applaudissements*) J'ai fait ce choix parce que je le connais depuis des siècles et aussi pour apporter à la Commission l'équilibre politique que la désignation des différents commissaires n'a qu'insuffisamment imposé. J'ai lu, dans la plupart des journaux européens, que Frans Timmermans sera ma main droite. J'espère que de temps à autre, il sera aussi ma main gauche, mais ce sera difficile.

J'ai nommé plusieurs vice-présidents. J'avais l'intention de nommer vice-présidente, puisque le traité le prévoit, la haute représentante. J'avais l'intention, de prime abord, de nommer vice-présidente la commissaire aux affaires budgétaires parce que l'élaboration et l'exécution du budget sont, en fait, horizontales par nature, et j'avais l'idée de demander aux anciens premiers ministres d'exercer des fonctions coordonnatrices au sein du collège. Les premiers ministres sont habitués à ce difficile métier qui consiste à coordonner les travaux des autres. Parfois ils réussissent, parfois ils ne réussissent pas, mais ils savent de quoi il est question lorsqu'il s'agit de coordonner. J'ai donc demandé à ceux qui furent premiers ministres d'être vice-présidents de la Commission.

J'ai décidé de charger Frans Timmermans de l'application du principe de subsidiarité – *better regulation*, comme on dit en français.

C'est une affaire importante. Nous avons dit et nous avons promis aux électeurs et aux citoyens européens de faire de l'Europe une machine, une instance, une ambition, une fabrique qui s'occuperait des grands problèmes et qui déléguerait les petits sujets qui trouvent une meilleure réponse dans les pays membres respectifs et au niveau des collectivités locales.

M. Timmermans veillera au principe d'une meilleure réglementation. Lourd travail que la meilleure réglementation. Lourd travail, qui concernera tous les commissaires puisque tous doivent participer à cet effort de redressement de l'Union européenne ainsi que de ses réflexes et comportements politiques.

J'ai décidé que Frans Timmermans se chargerait également du développement durable. C'est une ambition importante. C'est un projet qui porte loin, un souci quotidien.

Je ne pouvais pas suivre les propositions de votre commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire qui voulait que la compétence «développement durable» soit attribuée au vice-président chargé de la croissance et des investissements. J'ai choisi de demander à Frans Timmermans de prendre soin de cet aspect particulièrement important de notre action collective parce que la charte des droits fondamentaux, dont l'application constituera une bonne partie du travail de M. Timmermans, prévoit déjà le respect du développement durable, à l'instar de l'article 3 du traité qui le prescrit comme une norme d'action.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Les vice-présidents que j'ai choisis seront chargés des priorités de la Commission, priorités que je vous avais exposées en juillet de cette année. Il y aura un vice-président qui sera responsable de l'Union de l'énergie dans toutes ses dimensions, y compris les énergies renouvelables et les énergies nouvelles. Un vice-président sera chargé de la croissance et des investissements, un deuxième du marché numérique européen et un troisième de l'euro et du dialogue social.

Ce ne sont pas des petits chefs qui instruiront les autres commissaires. Les commissaires de la Commission sont égaux en droit. Ce sont des vice-présidents de projets, des coordonnateurs, des animateurs, des rassembleurs, des organisateurs d'idées et d'initiatives.

J'ai noté, pendant les auditions parlementaires et dans la partie vertueuse de l'opinion publique publiée, beaucoup de doutes et d'interrogations au sujet de ces «animaux inconnus» que sont les vice-présidents coordonnateurs des travaux de la Commission. J'ai été surpris de lire cela. Tout le monde m'avait dit que la Commission devrait fonctionner d'une façon plus efficace. Presque tout le monde s'était plaint que le collège était composé de vingt-huit commissaires, un commissaire par pays, et qu'ils étaient trop nombreux. J'avais le choix entre une révision de l'organisation architecturale et un morcellement des compétences de façon à ce que je puisse les distribuer entre vingt-huit commissaires. Alors, la question est simple: soit vous voulez vingt-huit commissaires travaillant chacun dans leur coin, se vautrant dans l'esprit de clocher, s'occupant de petites compétences, qui verraient le jour après que les compétences qui sont celles de la Commission auront été morcelées et mises en pièces, soit vous voulez des commissaires qui n'ont rien à faire ou des commissaires évoluant sous l'égide amicale de vice-présidents qui coordonneraient leurs travaux?

Si vous voulez une Commission comme la précédente, vous auriez dû me le dire. Mais si vous voulez une Commission plus efficace, qui prenne soin des grandes ambitions de l'Europe, qui les organise, les structure, alors il n'y a pas d'autre choix que de charger un certain nombre de vice-présidents de la mise en application des grandes priorités politiques de la Commission.

Je vais vous donner deux exemples: il y a un vice-président chargé de l'euro et du dialogue social, il y a un commissaire aux affaires économiques, financières et fiscales et une autre aux affaires sociales, et il y a le semestre européen. Il est évident que quelqu'un – en fait, le vice-président responsable – doit coordonner les initiatives de la commissaire aux affaires sociales et celles du commissaire aux affaires économiques, financières et fiscales. Le semestre européen n'est pas un semestre économique et financier. Les recommandations pays par pays qu'émettra la Commission doivent nécessairement prendre en considération les aspects sociaux de la construction économique et monétaire de l'Europe.

(Applaudissements)

Il y a tout un débat autour du triple A. Tout le monde aime le triple A. En fait, au sein de la zone euro, il reste deux pays auxquels le triple A a été conféré: l'Allemagne et le Luxembourg. L'Allemagne a de bonnes chances de le conserver, quant au Luxembourg, on verra... Mais je voudrais que l'Union européenne retrouve et acquière un autre triple A. Je voudrais que l'Europe ait le triple A social, qui est aussi important que le triple A économique et financier.

(Applaudissements)

Nous avons désigné un vice-président à la croissance et à l'investissement. Il coordonnera l'action de tous les commissaires qui contribueront à la politique de croissance et d'investissement: la commissaire aux transports, le commissaire à l'économie numérique, encore une fois le commissaire aux affaires économiques, financières et fiscales, le commissaire chargé des affaires sociales et de l'emploi, le commissaire chargé de la mise en place du marché unique des capitaux, la commissaire chargée du marché intérieur et ainsi de suite.

Si nous voulons présenter aux Européens – et donc d'abord au Parlement – un paquet d'investissement ambitieux, il faudra que quelqu'un l'organise. Comme il y a plusieurs compétences qui doivent être fusionnées et qu'il y a plusieurs commissaires qui doivent faire confluer vers le centre leurs différentes politiques, il est évident qu'un vice-président doit coordonner les travaux.

Je veux mettre fin au silo. Je veux mettre fin à ce mode de gouvernance qui veut que chaque commissaire travaille dans son coin. Je veux mettre fin à la mentalité de clocher qu'on peut distinguer, très souvent, en observant les travaux de la Commission.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

J'attire votre attention sur un aspect que pratiquement aucun commentateur n'a relevé. Le grand perdant de cette nouvelle architecture, c'est moi – j'aime vos protestations – pour la simple raison que j'ai délégué une bonne partie de mes prérogatives présidentielles aux vice-présidents. On ne peut pas mettre en place des vice-présidents de projets si le président continue à évoluer à la tête de la Commission comme ce fut le cas jusqu'à présent. Mais je voudrais dire ici que, évidemment, pour qu'un point soit mis à l'ordre du jour de la Commission, je veux d'abord avoir l'agrément du vice-président chargé de la coordination. Mais celui – et je voudrais le dire sans menace – qui délègue ses prérogatives, peut aussi les reprendre, s'il le faut vraiment.

Pour le reste, les vice-présidents seront chargés des travaux qui, jusqu'à présent, étaient la prérogative du président de la Commission.

Je vous avais promis en juillet de veiller à ce que la nouvelle Commission se compose d'un nombre suffisant de femmes. Nous avons neuf femmes commissaires, autant que dans la Commission Barroso. J'ai dû lutter pour que les gouvernements nationaux me proposent neuf femmes. Fin juillet, deux semaines après vous avoir parlé, nous avions trois femmes désignées par les gouvernements. J'ai dû convaincre bon nombre de gouvernements d'envoyer une commissaire et j'ai dû refuser beaucoup de candidats masculins. Je ne vous dirai pas lesquels parce que je ne voudrais pas mettre dans l'embarras les premiers ministres que j'ai réussi à convaincre de proposer une femme commissaire. Mais, à vrai dire, neuf femmes sur vingt-huit commissaires, c'est un nombre qui reste ridicule.

(Applaudissements)

Alors comme nous faisons tous partie, en principe, de partis politiques nationaux, et comme, en principe, nous connaissons tous nos premiers ministres, commencez dès demain matin à sensibiliser les gouvernements nationaux à cette question. Je suis un peu gêné de devoir vous dire cela, puisque le Luxembourg n'a pas désigné une femme. Il le fera sans doute la prochaine fois. Puisque M^{me} Reding fut commissaire pendant quinze années, nous n'avons pas accumulé les ..

(Commentaire hors micro de Rebecca Harms)

No, in the short term I will not be able to change my sex: in the long run maybe, but not in the very short term.

Je vous avais dit, mes chers amis, lors du débat que nous avons eu en juillet, que j'écouterais attentivement les auditions. Comment ne pas écouter les auditions? J'ai suivi avec un intérêt variable, je dois le dire, les auditions parlementaires, au nombre de vingt-neuf au total.

Je vous avais dit en juillet que la Commission n'était pas le secrétaire général du Conseil européen et du Conseil des ministres et que je ne serais pas le valet du Parlement européen. Mais j'ai écouté ce que vous avez dit et j'ai cru bon de tirer un certain nombre de conséquences des auditions qui se sont déroulées sous nos yeux.

La commissaire proposée par la Slovénie a dû être remplacée par une autre commissaire slovène et j'ai décidé de lui attribuer le portefeuille important des transports. Comme je ne voulais pas remettre en cause l'architecture de base de la Commission, j'ai choisi de nommer M. Šefčovič vice-président chargé de l'Union de l'énergie puisqu'au cours des années écoulées, il fut déjà vice-président et qu'il a donc une idée de ce que peut représenter le travail de coordination que je lui demande d'effectuer.

Je vous ai déjà dit que j'ai proposé à mon ami Frans Timmermans d'enrichir son portefeuille par toutes les politiques liées au développement durable. J'ai écouté avec beaucoup d'attention tous ceux qui se sont plaints que j'avais désaffecté les compétences en matière de médicaments et de produits pharmaceutiques en les faisant passer du portefeuille du commissaire à la santé vers celui en charge du marché intérieur. Je n'avais pas dans l'idée – et ceux qui me connaissent le savent pertinemment – que les médicaments, que les produits de santé, que l'activité médicale elle-même, seraient une marchandise comme une autre. La santé n'est pas une marchandise. Et donc, sensible à l'appel qui me fut lancé de remettre de l'ordre dans cette distribution des compétences – ce fut un souhait exprimé pendant les auditions parlementaires et largement repris par une bonne partie des professions médicales –, j'ai décidé de réaffecter ces compétences au commissaire chargé de la santé. *(Applaudissements)*

Mittwoch, 22. Oktober 2014

À mes yeux, la politique de l'espace est un domaine prometteur et il m'a semblé plus adéquat de charger la commissaire responsable du marché intérieur des politiques de l'espace, comme c'était le cas dans les compositions précédentes de la Commission.

En ce qui concerne la citoyenneté, j'ai suivi vos débats, j'ai été sensible à un certain nombre de remarques qui traduisaient un malaise et j'ai donc choisi d'attribuer le dossier de la citoyenneté au commissaire chargé de la migration et des affaires intérieures – compétences à partager, évidemment, avec la commissaire à la justice. J'ai aussi ajouté les sports au dossier de M. Navracsics.

Telles sont les conclusions que j'ai tirées des auditions qui furent les vôtres.

(Commentaire hors micro de Michèle Rivasi.)

J'ai plus qu'attentivement suivi vos débats et vous avez vu comment nous avons organisé la situation concernant le commissaire que vous venez de mentionner, de façon inaudible pour les autres.

Mr President, finally, I have taken note of the intense debate around the inclusion of investor-state dispute settlement in the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) negotiations. Let me, once again, state my position clearly – the position which I set out on 15 July 2014 before this House and which you will find in my political guidelines.

I will not accept the jurisdiction of the EU Member States being limited by special regimes for investor-state disputes. The rule of law and the principle of equality before the law must apply in this context, as elsewhere. The negotiating mandate sets out a number of conditions that would have to be respected in such a regime, as well as an assessment of its relationship with domestic courts. There is thus no obligation in this regard: the mandate leaves it open and serves as a guide. I had thought that my commitment on this point was very clear, but I am happy to clarify it further and to reiterate it here today, as a number of you have asked me to do.

In the agreement that the Commission will eventually submit to this House for approval, there will be nothing which limits the parties' access to national courts or which will allow secret courts to have the final say in disputes between investors and states. I have asked Frans Timmermans, in his role as First Vice-President in charge of the rule of law and the Charter of Fundamental Rights, to advise me on that matter. There will be no investor-state dispute clause in the TTIP agreement if Frans does not agree to it too.

I am confident that, with your support, we can negotiate an ambitious trade agreement with the US along these lines, fully respecting European interests and the rule of law. I am strongly committed to the ambition of concluding the trade agreement with the US, but I have promised this Parliament, and I promised during the campaign, that I will be attentive to European rules. It may be that, in relation to European protection rules, we will have to negotiate further with our American friends to bring this agreement to fruition. However, I wanted to be as clear as possible on this specific issue.

Herr Präsident! Ich rede jetzt in der Sprache des Weltmeisters, obwohl der Weltmeister zurzeit eine erkennbare Formschwäche hat.

(Heiterkeit)

Der Herr Präsident denkt, das wäre eine vorübergehende Schwäche. Auch Deutsche müssen sich daran gewöhnen können, dass sie dauerhaft schwächer sein können.

Herr Präsident! Ich möchte einige zusätzliche Erklärungen abgeben zu Punkten, die in der Debatte der letzten Woche eine hervorgehobene Rolle gespielt haben.

Ich hatte Ihnen im Juli versprochen, ich würde ein 300 Milliarden Euro schweres Investitionspaket vorlegen. Investitionen sind von vitaler Wichtigkeit für die europäische Volkswirtschaft und für die Menschen, die in Europa leben und arbeiten. Europa kennt eine unwahrscheinliche Investitionslücke – einen Investitionsrückgang von über 20 % im Schnitt im Direktvergleich mit dem Vorkrisenjahr 2007: 36 % Investitionsrückgang in Portugal, 64 % Investitionsrückgang in Griechenland. Volkswirtschaften, in denen nicht investiert wird, können nicht wachsen, und Volkswirtschaften, die nicht wachsen, können keine Beschäftigung sicherstellen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Dieses Investitionsprogramm liegt mir sehr am Herzen. Ich möchte hier in aller Deutlichkeit sagen, dass die Versuche, mich von diesem Vorhaben abzubringen – die inzwischen selbstverständlich gestartet wurden –, nicht fruchten werden. Ich werde dies tun!

(Beifall)

Dieses Investitionsprogramm kann nicht durch weitere Schuldenaufnahme finanziert werden.

(Beifall)

Wir müssen Sorge dafür tragen, dass durch intelligentes Einbringen öffentlicher Geldmittel die Privatinitiative angekurbelt wird, sich angesprochen fühlt. Die Wirtschaft muss wissen, dass auch sie eine Aufgabe in der Gesellschaft zu erfüllen hat. Nicht nur Staaten sind zuständig, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Die Wirtschaft hat eine originäre eigene Verantwortung. Ich appelliere an die europäischen Wirtschaftslenker, das Ihre zu tun, damit sich die Lage auf den europäischen Arbeitsmärkten verbessert, und dass es zu einem Investitionsfluss kommt, den wir dringend benötigen, um von der Stelle zu kommen.

(Beifall)

Ich werde dieses Investitionsprogramm nicht, wie ursprünglich geplant, innerhalb der ersten drei Monate der Mandatsdauer der Kommission vorlegen. Der zuständige Vizepräsident Jyrki Katainen und ich werden dies noch vor Weihnachten tun. Eile ist geboten, und wir müssen dieser Forderung so schnell wie möglich gerecht werden.

Dieses Investitionsprogramm wird keine Konjunkturprogramme – wie in den siebziger Jahren in einigen Mitgliedstaaten versucht – auf den Weg bringen. Konjunkturprogramme sind Strohfeuerprogramme. Was wir brauchen, sind zielorientierte Investitionen, die mittelfristig zu mehr Wachstum führen, Investitionen, die die Kraft der europäischen Wirtschaft stärken. Nicht einfach Geld in die Hand nehmen, nur um den Eindruck zu erwecken, man täte etwas, sondern Geld in die Hand nehmen, mit dem Privatsektor gemeinsam, um mittelfristig die Wachstumskräfte und das Wachstumspotential in der Europäischen Union zu stärken. Das sage ich auch deshalb, weil die Hauptaufgabe, die vor uns liegt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, nicht nur, aber vor allem im Bereich der skandalös hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen unserer Mitgliedstaaten.

Im Rahmen dieser Gesamtanstrengungen muss man selbstverständlich auch an der europäischen Digitalagenda, am europäischen digitalen Binnenmarkt arbeiten. Der Kollege Oettinger wird sich um dieses wichtige Sachgebiet kümmern. Allein die Beschäftigung mit der digitalen Agenda, allein die Investitionen, die in dem Bereich getätigt werden müssen, werden einen Wachstumsschub von 250 Milliarden Euro in den nächsten Jahren zur Folge haben. Wir werden das tun.

Es wurde in den letzten Monaten viel über den Stabilitätspakt moniert, diskutiert, aber wenig nachgedacht. Auch hier möchte ich Klartext sprechen. Ich halte mich an das, und die Kommission insgesamt auch, was der Europäische Rat im Rahmen seiner Befugnisse am 27. Juni in Sachen Stabilitätspakt gesagt hat. Die Regeln werden nicht geändert. Alle Regierungen, 28 an der Zahl, waren im Juni der Auffassung, dass das Regelwerk nicht tangiert werden soll. Das war doch klar. Hab ich da etwas falsch verstanden? Das Regelwerk wird nicht tangiert! Aber dem Regelwerk wird jener Flexibilitätsflankenschutz geboten, den die einschlägigen Vertrags- und sonstigen legal bindenden Texte uns vorschreiben.

Es wird also relativ undramatisch zugehen. Wir werden das tun, wozu der Europäische Rat uns aufgefordert hat. Wir werden das tun, was ich in meinen Ausführungen hier am 15. Juli vorgetragen habe. Haushaltsdisziplin muss sein! Flexibilität muss sein! Strukturreformen müssen kommen! Ohne Strukturreformen, die dauerhaft zu einer Belebung der europäischen Wirtschaft und der europäischen Arbeitsmärkte führen, kann es keine Flexibilität geben – damit die Dinge klar sind.

(Beifall)

Aber ich möchte auch denen, die denken, eine überzogene Austerität, eine exzessive Sparpolitik führt automatisch dazu, dass es zu einer Wiederbelebung der Wachstumskräfte und der arbeitsmarktpolitischen Impulse kommt, ich möchte diesen Kollegen sagen, dass sie sich von dieser Vorstellung verabschieden sollen. Es ist nicht so, dass Defizite und Schuldenstände automatisch zu Wachstum führen. Wenn es so wäre, dass hohe Defizite und hohe Schuldenstände zu Wachstum führen würden, dann müsste Europa wachsen wie noch nie in seiner Geschichte, denn wir hatten noch nie so viele Schulden zu verantworten, wie dies der Fall ist.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Aber zu denken, dass Haushaltskonsolidierung allein wachstumsfördernd ist, ohne mit der notwendigen Flexibilität von den notwendigen Strukturreformen und Investitionszielen begleitet zu werden, ist ebenso falsch. Wir brauchen beides: Haushaltsdisziplin, wachstumsorientierte Politik, Investitionen, damit wir uns mit der gebotenen Geschwindigkeit in die Zukunft bewegen können.

Enfin, j'ai observé, Mesdames et Messieurs, que beaucoup d'interrogations sont nées autour de ce que j'ai dit en juillet sur la question de l'élargissement. J'ai nommé un commissaire à la politique de voisinage et aux négociations d'adhésion. Un certain nombre de vos commissions ont proposé de renommer ce portefeuille «commissaire au voisinage et à l'élargissement». J'ai choisi, après un débat méticuleux, d'abord avec moi-même et puis avec quelques autres de mes amis, de nommer ce portefeuille «commissaire aux négociations d'élargissement». Je ne veux pas tromper les gens ni les peuples. Ne donnez pas l'impression à ceux qui sont pays candidats qu'ils pourraient devenir membres de l'Union européenne dans les cinq années à venir. Il n'y aura pas de nouveau membre durant le mandat de cette Commission. Ce n'est absolument pas faisable. Alors, ne racontons pas d'histoires. Ne faisons pas croire à ceux qui attendent une adhésion que celle-ci pourra avoir lieu au cours des cinq années à venir. Bien entendu, les négociations d'adhésion continueront avec le même élan, la même verve et le même engagement que jusqu'à présent. Je voudrais saluer les pays candidats à l'Union européenne en leur disant que les négociations seront effectivement accélérées, s'il le faut, mais qu'il n'est pas réaliste de penser qu'elles pourraient être menées à bon port d'ici 2019.

Enfin, il y a un autre problème qui me tracasse, qui vous tracasse et qui est scandaleux: il s'agit des factures non payées de l'Union européenne.

(Applaudissements)

C'est un vieux problème. J'ai été, en même temps que M. Verhofstadt – qui n'aime pas être confronté à ses erreurs de jeunesse –, ministre du budget. Déjà à cette époque, au sein du Conseil «budget», nous avons découvert des factures non payées. Or, l'Union européenne, pour être crédible, ne peut pas être un mauvais payeur. Elle doit honorer ses engagements.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, voilà les quelques éclaircissements que je voulais apporter à nos débats et à vos interrogations, qui furent multiples. Nous évoluons dans un contexte international qui nous montre jour après jour que nous vivons dans un monde de plus en plus dangereux. Le mouvement que l'on appelle «État islamique» est l'ennemi des valeurs européennes. Nous ne pouvons pas accepter de tels agissements.

(Applaudissements)

La crise de l'Ebola demande une réaction forte, rapide, organisée et concentrée de l'Union européenne. Je n'ai pas l'impression que nous ayons été à la hauteur dans la lutte contre cette épidémie.

(Applaudissements)

Et je constate, avec une énorme tristesse, que tant que le phénomène frappait le seul continent africain, nous n'avons rien fait. En revanche, le jour où l'épidémie est arrivée en Europe, nous nous sommes mis en mouvement. Il aurait fallu le faire plus tôt.

(Applaudissements)

Les problèmes liés à la migration illégale restent entiers. J'ai demandé à l'ancien ministre des affaires étrangères de la Grèce, également ancien ministre grec de la défense, de prendre en charge ce dossier, tout comme j'ai demandé au commissaire chypriote, si j'ose dire, chargé de l'aide humanitaire de se rendre le plus rapidement possible en Afrique pour marquer la présence sur place de la Commission européenne.

Les problèmes liés à la migration illégale et à la migration légale seront traités comme de véritables priorités par la Commission qui, j'espère, entrera en fonction au 1^{er} novembre.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Je voudrais – je répète ce que je vous ai déjà dit en juillet — que nous redécouvriions les vertus de la méthode communautaire. Je voudrais que cette Commission et ce Parlement se fassent les chantres, les artisans et les architectes d'une redécouverte de la méthode communautaire. La méthode intergouvernementale, dans l'urgence et sur le moment, a ses vertus mais je crois au triangle vertueux entre le Parlement, le Conseil et la Commission. Je voudrais que nous redécouvriions cette méthode.

Je vous ai dit que nous nous sentons liés par un contrat élaboré pour une durée de cinq ans avec votre Parlement. La première instance de référence de la nouvelle Commission sera le Parlement. Le Parlement qui a fait en sorte de tirer les conséquences normales, naturelles, du scrutin du 27 mai, de l'expression du suffrage universel. Je concède qu'il y a, parmi nous, ceux qui n'étaient pas en faveur de voir les partis politiques présenter des têtes de liste mais cela a été fait et je vous dis aujourd'hui – je le dis surtout à ceux qui n'ont pas approuvé ce processus – que vous ne reviendrez pas sur ce sujet.

(Applaudissements)

En 2019, la campagne électorale européenne sera une véritable campagne paneuropéenne et tout le monde saura avant de se rendre aux urnes...

(Applaudissements)

La démocratie est aussi européenne. Elle est continentale, et en devenant plus démocratique, l'Europe n'enlève rien à l'importance des États et à celle des nations qui, je le répète, ne sont pas des inventions provisoires de l'Histoire mais sont faites pour durer. Qui veut l'Europe doit respecter les nations et les États membres. On ne construit pas l'Europe contre les nations qui ont leurs traditions, leurs vertus, leurs richesses, leur raison d'être. On ne construit pas l'Europe contre les États membres mais avec les bonnes volontés que nous rencontrons partout en Europe au niveau de la société civile, de nos sociétés, de nos États membres et de nos parlements nationaux.

Je vous livre ma conviction. Cette Commission sera la Commission de la dernière chance. Soit nous réussissons à rapprocher les citoyens européens de l'Europe, soit nous échouons. Soit nous réussissons à faire de l'Europe un ensemble politique qui s'occupe des grandes choses et qui délaisse les petites choses, soit nous échouons. Soit nous réussissons, de concert avec les États membres, avec les gouvernements, les parlements, les partenaires sociaux, à réduire drastiquement le niveau du chômage, soit nous échouons. Soit nous redonnons une perspective aux jeunes européens, soit nous aurons échoué.

Je voudrais que nous saisissons cette chance pour faire bouger l'Europe. L'Europe le mérite et je compte sur vous, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, pour appuyer la Commission dans les multiples tâches qui se présentent à nous, à vous et aux Européens.

(Applaudissements vifs et prolongés)

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst danke sagen für die besonnene, ruhige Rede, die wir gehört haben, für die Erfahrung, die daraus gesprochen hat, und für den politischen Ansatz, der dahinter steht. Zum Anfang möchte ich zu der Frage, welcher Geschlechterart der Kommissionspräsident angehört, einfach den Appell loswerden: Bleib so, wie du bist – so mögen wir dich, und es ist gut so!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute in Erinnerung rufen, dass wir einen Schlusspunkt unter den Konstituierungsprozess auf europäischer Ebene setzen. Im Mittelpunkt dieses Prozesses standen zunächst einmal die Bürger, die Wähler. Sie haben einige wenige Kollegen gewählt, die Wähler in Europa, die Europa ablehnen, das gilt es zu respektieren. In der überwältigenden Zahl haben sie aber Abgeordnete gewählt, die Europa gestalten wollen, die Europa voranbringen wollen. Das kommt zum Ausdruck, indem wir jetzt die Kommission ins Amt bringen. Das kommt zum Ausdruck mit dem Konzept, dass wir einen Spitzenkandidaten hatten, dass Jean-Claude Juncker gewählt worden ist, dass wir die Menschen stärker beteiligt haben, als das früher der Fall war. Deswegen ist Europa in den letzten Jahren bei der Demokratie einen großen Schritt vorangekommen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Diese Frage, die Bürger, die Wähler mit hereinzuholen am heutigen Tag, können wir mit den letzten drei Wochen gut beschreiben. Wir als Abgeordnete haben unsere Aufgabe, unser Recht wahrgenommen, die Kollegen, die uns von den Mitgliedstaaten vorgeschlagen worden sind, zu prüfen. Die *Hearings* waren eine Sternstunde für die europäische Demokratie, für das Europäische Parlament. Wir in der EVP-Fraktion haben jedes *Hearing* ernst genommen, haben aber jedem Kandidaten auch unabhängig von seiner Nationalität und seiner politischen Orientierung eine faire Chance gegeben, sich ordentlich zu präsentieren und uns zu überzeugen. Die Erwartungshaltung bei uns ist nicht, dass wir einen perfekten Fachexperten erwarten, sondern wir erwarten einen politischen Menschen, der für Europa brennt, der für seine Inhalte brennt und der in den nächsten fünf Jahren engagiert arbeiten will.

Keine nationale Ebene kennt dieses Prinzip, dass Minister vorab einem Parlament Rechenschaft ablegen müssen. Deswegen sollten wir auch selbstbewusst auftreten als europäische Demokraten. Wir haben dieses Recht, wir sind stolz auf dieses Recht, und wir haben es in den letzten drei Wochen auch exemplarisch und vorbildlich wahrgenommen. Wir können stolz darauf sein.

Ein Gedanke zum Zeitplan, weil ja immer wieder im Raum stand, wie lange das dauert: Demokratie kostet Zeit, und übrigens auch Geld. Das ist so. Ich darf aber schon daran erinnern, auch als Parlamentarier, dass uns die Diskussionen im Europäischen Rat um die Kollegin Mogherini, um die Frage der Hohen Beauftragten, über einen Monat Zeit gekostet haben, bis der Europäische Rat zu Ergebnissen gekommen ist. Insofern glaube ich auch, dass wir als Parlamentarier beim Zeitplan im Lot sind und deswegen auch gut gearbeitet haben.

Jetzt zurück zu Europa: Jean-Claude Juncker hat uns ein Team vorgestellt und heute Antworten gegeben auf die Kommissionsanhörungen in den einzelnen Fachausschüssen unseres Hauses. Danke dafür! Er hat als Zweites ein Konzept vorgelegt, das mit den Vizepräsidenten für Koordination und Konzentration sorgt. Wir als EVP unterstützen das. Er hat als Drittes überlegt: Wie kann ich denn die Mitgliedstaaten mit an Bord holen? Und wenn wir in den letzten Jahren von der niederländischen Regierung, zum Beispiel über Frans Timmermans, oft gehört haben, was Europa alles nicht machen soll, dann finde ich den Ansatz super, jetzt einen Niederländer zu haben, der sagt: „Okay, ich setze das auch um“, und das auch zuhause erklärt. Ich finde diesen Ansatz gut, die Stimmungslage der nationalen Ebene mit in die Kommission hereinzuholen.

Als Viertes hat er deutlich gemacht, dass wir eine Bürgerkommission bekommen. Die Bürger Europas sitzen mit am Tisch. der Student aus Spanien, der seine Heimat verlassen muss, weil er keinen Arbeitsplatz findet, der Unternehmer, der im digitalen Bereich Probleme mit 28 Datenschutzvorgaben hat. Er nimmt die Bürger mit an Bord – das ist wichtig –, und er sucht die Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament. Ich sage dafür herzlichen Dank! Ich sage: Gratulation! Wir als EVP unterstützen den Vorschlag, den Jean-Claude Juncker uns gemacht hat.

Ich weiß nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es Ihnen geht. Aber ich möchte jetzt zu arbeiten beginnen. Nach diesem konstituierenden Prozess brenne ich auf die Inhalte. Ich möchte jetzt als Abgeordneter arbeiten. Ich freue mich, dass wir jetzt an die Arbeit gehen können. Die Themen sind wahrlich nicht einfach. Es geht um ein stabiles Europa, wo wir die Regeln einhalten müssen, es geht um Wachstum, es geht um die Frage, wie wir die Migrationsherausforderungen unseres Kontinents bewältigen können. Es geht um Respekt – nochmals ausdrücklichen Dank dafür, lieber Jean-Claude Juncker –, Respekt vor der nationalen Ebene. Auch das ist ein wichtiger Punkt für die EVP-Fraktion. Und es geht in den nächsten fünf Jahren auch um die Frage, dass Europa nach den Jahren des inneren Blicks auf unsere eigenen Probleme wieder den Blick nach außen wendet und sich um die Aufgaben unserer Zeit kümmert.

Gestern haben wir den Abschied von José Manuel Barroso erlebt. Er hat uns beschrieben, welche Aufgaben in den letzten Jahren vor uns standen. Die Botschaft, die von seinem Schlussbericht bei mir hängen geblieben ist, ist: Trotz aller Herausforderungen – wenn wir Europäer zusammenhalten, wenn wir kreativ sind, wenn wir miteinander arbeiten, wenn wir engagiert an die Lösung der Aufgaben herangehen, dann schaffen wir das. Wir lösen die Probleme der Zukunft, wenn wir gemeinsam konstruktiv an den Themen arbeiten. Mit dieser Motivation, die uns José Manuel Barroso hinterlässt, können wir jetzt auch an die Arbeit gehen. Ja zu dieser starken Kommission! Die EVP will den Erfolg. Ran an die Arbeit!

(Beifall)

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Presidente Juncker, gentili Commissari, oggi il peggior nemico dell'Europa non è il populismo, è la mancanza di coraggio delle classi dirigenti.

Lei Presidente Juncker non è il frutto di un compromesso al ribasso, ma della scelta dei cittadini. Noi la sosterremo incalzandola, noi del gruppo dei socialisti democratici saremo l'anima critica della maggioranza, di questo ha bisogno la Commissione. L'abbiamo fatto nei negoziati delle ultime settimane, l'abbiamo nelle audizioni. Se Frans Timmermans non fosse diventato vicepresidente incaricato dello sviluppo sostenibile, questa Commissione sarebbe più debole.

Oggi lei ha detto cose importanti, ha parlato di un contratto politico con noi, noi le proponiamo un patto con i cittadini perché a noi interessano le vite delle persone, non la politica astratta.

Lei ha parlato di uno dei prodotti più importanti per la vita delle persone, le medicine. Avevate affidato la competenza sui medicinali al Commissario dell'industria e del mercato interno. Ma cosa c'entravano i medicinali e la salute con il mercato interno? Oggi ci ha annunciato che i medicinali e i prodotti farmaceutici torneranno a essere competenza del Commissario per la salute. Noi non vogliamo mettere bandierine politiche, ma questa era una nostra battaglia e siamo fieri della sua risposta.

Anche sul TPP ha fatto delle dichiarazioni puntuali e importanti. Per noi due punti saranno decisivi per il Patto europeo che oggi sigliamo: il primo è il piano degli investimenti, noi non accetteremo una semplice operazione cosmetica. Sugli investimenti si gioca la credibilità di questa Commissione e probabilmente il futuro del progetto europeo e lei ne è consapevole. Noi la sosterrimo, in questa sfida lei ha bisogno di noi ma anche noi abbiamo bisogno di lei! Abbiamo bisogno che lei non consenta che il Parlamento europeo sia emarginato nell'elaborazione del piano.

Assieme dobbiamo sfidare gli Stati membri più recalcitranti e io le propongo tre mosse del cavallo: primo, conferiamo una parte del capitale del fondo salva Stati alla BEI rafforzandone il capitale; secondo, conteggiamo in maniera intelligente gli investimenti europei, che proprio in quanto europei, non devono essere calcolati nei bilanci nazionali; terzo, vada controcorrente, punti sulla cultura, perché oggi la crescita dipende dalla creatività.

Guardi i risultati del Premio Nobel la scorsa settimana, a quanti europei sono stati premiati. Oggi dobbiamo quintuplicare i finanziamenti per i programmi culturali, si può fare, così faremo vincere a tutti i cittadini europei il Premio Nobel più importante, quello della crescita e della civiltà, e sarebbe anche un modo per cancellare l'ombra che cultura ed istruzione siano materie secondarie da sacrificare in nome di baratti politici con gli Stati e con i paesi più deboli.

Il secondo pilastro del patto europeo è l'Europa sociale: la crescita non è un feticcio, gli investimenti e la crescita devono essere al servizio della solidarietà. Anche qui partiamo dalla vita delle persone, non vogliamo una guerra al ribasso fra lavoratori europei, vogliamo quindi che la direttiva sul «*Posting of workers*» sia rivista; e poi bisogna agire per sostenere le donne, soprattutto le donne che lavorano.

Lei ha fatto il massimo, glielo riconosciamo per avere una rappresentanza femminile adeguata nella Commissione. Non ci siamo riusciti, non è colpa sua, ma non c'è bisogno – ha ragione Weber – di cambiare sesso. Agiamo per sostenere le donne, soprattutto le donne che lavorano, prendendo misure concrete. In questa legislatura dobbiamo approvare la direttiva «*Maternity leave*» che è stata colpevolmente interrata dal Consiglio europeo.

Il suo discorso da statista e da europeista è stato inoltre impreziosito nelle sue battute finali da un puntuale affresco sulla politica estera e da un puntuale riferimento all'immigrazione. Anche su questo notiamo con piacere un cambio di passo e un'ambizione più grande che con Federica Mogherini e con le nuove responsabilità assegnate al Commissario per l'immigrazione finalmente potremo coltivare; E sappiamo quanto sarà necessario, oggi a fronte delle terribili emergenze che vive il continente africano.

Presidente, Commissari avete di fronte a voi un compito titanico. Il gruppo dei socialisti democratici vi sosterrà e vi invita ad essere coraggiosi, non vi fermate e se vi fermate non vi preoccupate, perché saremo noi a spingervi.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Buona fortuna.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I would like to thank Mr Juncker very much for his presentation today.

Mr Juncker, I wonder if I could just start by pointing to three things that you mentioned in your speech. First of all, you described yourself as ‘the big loser’. If I were you, I would not be so harsh on yourself. Secondly, you hit the nail on the head when it came to the debate on what some call public investment and what others call debt. We need to resolve this issue. We need to make sure that we learn the lesson that you simply cannot spend more money than you have got. You simply cannot ask taxpayers for money they have not got, and we need to make sure that we have financial responsibility. Thirdly, we welcome your announcement that Luxembourg should perhaps propose a female Commissioner for the next term. We look forward to the return of Astrid Lulling in this Chamber.

Yesterday we debated the legacy of President Barroso, and we looked back at his Commission and we called his Commission a Commission of crisis. What will we say about your Commission in five years’ time? In our group, we will ask: did the Juncker Commission lift its eyes from the institutional naval-gazing and look to the world beyond Europe to see those competitive economies? Our group will ask: did the Juncker Commission tackle the important issues of energy security and the digital single market and pursue open trade; and did the Juncker Commission face up to the challenges of the future rather than looking back to the past?

As an open and democratic group, the ECR had a number of discussions about this Commission – in fact, probably more than I would like to mention – but that is part of being an open and transparent democratic group. So, as we cast our vote today, let me share with you some of our concerns, but also some of the things that we like about your Commission.

First of all, let us be positive. We welcome the fact that the structure does not look like desperately seeking 27 places for 27 people. We like the fact that you have torn down the silos and have come up with an integrated structure focused on outcomes. That is a positive plan: it is a plan for action. We like the fact that you are looking to cut red tape and to complete the digital single market; and that you are looking at energy, the economy and competitiveness. We are impressed by some of your appointments. We like the fact, for example, that the gentleman next to you, Mr Timmermans, asked the question, ‘Does Europe need to do all this?’ Surely at times it is best to leave it to the Member States. Do we really need this regulation?

Thirdly, some Members in my group feel that you have offered a genuine olive branch to us, and we hope that both sides face up to the challenge of grasping that olive branch as we look forward to working with you over the next five years.

But I have to say we are also disappointed. We are disappointed that you did not support Parliament’s request for a budget control Commissioner. We see the appointment of a French socialist, given their record on the Stability and Growth Pact, as a mistake. It is rather like putting an alcoholic in charge of a wine bar. You might say that it is like putting a Houdini or an escapologist in charge of a prison. It might lead to better security, but it will also lead some people to say: if he can escape and get out of it, so can we.

Some of our national delegations did not like some of the people appointed because of their record in their home Member State, but we know that the process is over. We know the deal has been done. We know that the large groups will vote for your Commission. Our group will not join this cosy consensus. We will abstain. As you get down to work, where you pursue reform, we will work with you and your Commission; and where you look back to the past, we will confront you with the challenges of the future. There is much work to do, and we wish you well.

(Applause)

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I can tell you that the position of the Liberal Group is not one of abstention, it is a clear ‘yes’ for the new Commission. Have a little courage please, Mr Kamall, at the start of this new Commission! We need clear statements and clear positions.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

We had a lengthy discussion yesterday in our group, and our conclusion was that we will support this Commission as part of the pro-European coalition that also supported you, Mr Juncker, when you were appointed President of this Commission. This Commission has not received our support for free, however. We expect a different Commission from the previous one. We expect a Commission with ambition, a Commission with vision, a Commission that can lead us out of the crisis. We do not expect more of what we have seen over the past five years, namely a Commission that became, more and more, the secretariat of the Council, a Commission that waited first for the green light from Paris and Berlin – or rather, Berlin and Paris, to reverse the order – before it acted.

To give you one example, we are still waiting in this Parliament, five years after the start of the financial crisis, for the legislative package on economic governance. That is the reason why we are giving you our support: to change the way that the Commission is operating and to return to the Community method and lead us out of the crisis.

More precisely, what we hope to see from your Commission are three specific things. The first is a credible strategy on investment and growth. And I hope, colleagues, that we can end the stupid discussion we have had for five years with some saying that discipline is more important and others saying that investment is more important. Can somebody, perhaps, tell us that both are important, and that you do not have to make a choice between fiscal discipline, on the one hand, and investment and growth, on the other hand? It is impossible to have investment and growth without fiscal discipline and it is – as you said, Mr Juncker – impossible to have economic growth in the future without good, sound public finances.

I hope that Mr Katainen comes up with a plan as soon as possible. You are talking about EUR 300 billion, mostly from repackaging, but you know what the problems are. The problem is that the investment gap today in Europe is not EUR 300 billion. The investment gap in Europe is currently more than EUR 800 billion. Close to one trillion is lacking in investment – private mainly – in our infrastructure, in digital, in the energy grid, in transport and in innovation. I hope that, in the coming months, you can come forward with a credible strategy and a plan for closing that gap – but not in the traditional way of saying ‘Yes, we will increase a little the amount of capital in European investment.’ You need to come forward with a credible strategy like Delors did to create the internal market for consumer goods. We need a new way forward in the integration of the European Union, in digital, in energy, in innovation and in our capital markets, which are not unified at the moment. That is what we are waiting for, and we need it as soon as possible.

The second thing is: can this new structure work? We have always been in favour of coordination and clustering, and I hope it can work, but I have to tell you that I have doubts about it. In a marriage it is very clear: you do not decide everything together. In my marriage, I decide the questions of peace and war, and my wife does the finances, so there is a clear division of power, but I do not know whether appointing two Commissioners for the Stability Pact is the way forward. I think it could be a source of problems, though I hope it is not because I am very much in favour of coordinating and clustering.

I hope, in any case, that we will not see internal battles in your Commission. We had a long deadlock in the European Union with discussions between Paris and Berlin on the Union’s future strategy. We cannot afford to have a deadlock because Mr Dombrovskis and Mr Moscovici have different opinions about the application of the Stability Pact and about future strategy. I want us to look at this question closely and I want you, Mr Juncker, to intervene immediately if such a deadlock exists.

Lastly, the new Commissioners should also be unequivocal on European values. There is a problem there. You have already indicated the problem. Mr Navracsics may be competent to be a Commissioner, but perhaps not with the portfolio you assigned to him. You announced a few minutes ago that he should no longer be responsible for citizenship. I think that is a step forward, but does it solve the whole problem? I do not think so.

Yesterday you received a letter from Mr Bernard Focroulle, the director of the music festival of Aix-en-Provence, in the name of a long list of eminent European artists, painters, composers, actors, architects and directors of opera houses and theatres. I want to tell you that we fully back the content of that letter.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

If you do not have other proposals to make, I hope that the structure you have established in your Commission, with Vice-Presidents coordinating and controlling the work of the other Commissioners, will also apply to the portfolio of Mr Navracsics, and that Mr Navracsics, in doing his job, will be under the control of the different Vice-Presidents of the Commission responsible for civil liberties. That said, the credibility of this Commission is not only a question of economics. It is also a question of values, because Europe is also about democracy and about human values.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Juncker, αγαπητοί συνάδελφοι, η GUE/NGL εξέφρασε σοβαρές επιφυλάξεις σ' όλες τις ακροαματικές διαδικασίες των νέων Επιτρόπων. Ο λόγος είναι πολιτικός. Οι προγραμματικές θέσεις Juncker που καλούνται να ακολουθήσουν οι νέοι Επίτροποι μας βρίσκουν κάθεται αντίθετους, καθώς αντανακλούν την προσήλωση της νέας Επιτροπής στις νεοφιλελεύθερες πολιτικές που ακολουθούνταν μέχρι σήμερα και οδήγησαν στη διαδικασία αποβιομηχανοποίησης του ευρωπαϊκού νότου, στην περαιτέρω αύξηση της ανεργίας, ιδιαίτερα ανάμεσα στους νέους, στην απορρύθμιση της εργασίας, στη συρρίκνωση του κοινωνικού κράτους, στη φτωχοποίηση, στην ασφυξία των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, στα μνημόνια και τη σκληρή λιτότητα.

Ορισμένοι από τους Επιτρόπους, όπως ο κύριος Cañete έχουν συγκρουόμενα συμφέροντα με το χαρτοφυλάκιο που αναλαμβάνουν. Άλλοι, όπως ο κύριος Navracsics, πήραν θέσεις που στρέφονται ενάντια στους λαούς της Ευρώπης. Εν τέλει όμως παρέμειναν με τα ίδια χαρτοφυλάκια, παρόλο που έτυχαν δριμείας κριτικής και παρά το αρνητικό κλίμα που υπήρχε εναντίον τους. Ως GUE/NGL καταδικάζουμε το γεγονός αυτό που αποδεικνύει ότι η νέα Επιτροπή είναι προϊόν συναλλαγής μεταξύ του ΕΛΚ, των Σοσιαλδημοκρατών και των Φιλελευθέρων, προϊόν μιας πρακτικής που τείνει να γελοιοποιήσει τις διαδικασίες λήψης των αποφάσεων της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση, κύριε Πρόεδρε και κύριοι συνάδελφοι, χρειάζεται αλλαγή πλεύσης, με πολιτικές που να δημιουργούν νέες θέσεις εργασίας και να διασφαλίζουν το κοινωνικό κράτος. Η λύση ενάντια στην κρίση βρίσκεται στις στρατηγικές που θα δώσουν ώθηση στην οικονομία και την κοινωνική ανάπτυξη και όχι στις πολιτικές λιτότητας. Δεν μπορούμε και δεν θα μείνουμε αδρανείς στη συνέχιση αυτών των πολιτικών. Γι' αυτό και ως GUE/NGL θα καταψηφίσουμε τους νέους Επιτρόπους και τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές τις οποίες εκφράζουν και εκπροσωπούν.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen, Herr Juncker! Sie wissen alle, dass ich Herrn Juncker schätze. Ich glaube, damit bin ich nicht allein, sondern damit bin ich in der guten großen Mehrheit in diesem Haus. Trotzdem wird meine Fraktion Nein sagen zu der Juncker-Kommission. Das haben wir nach langer Abwägung und intensiven Beratungen entschieden. Um Herrn Verhofstadt einmal ganz ernst zu nehmen: Meiner Meinung nach ist genau die Entscheidung, Herrn Navracsics dieses besondere Portfolio zu geben, schon ein Grund an und für sich, nach den Erfahrungen in der letzten Legislatur – ich erinnere an Viviane Reding und ihre Probleme – zu dieser Kommission Nein zu sagen.

Aber wir haben natürlich mehr Gründe. Ich will das nicht im Einzelnen durchgehen. Ich will das auch an einer Art Analyse der Dinge festmachen, die für die Grünen in dieser Situation des Neuanfangs wichtig sind. Herr Juncker, es ist tröstlich, dass Sie mit dieser Idee brechen, dass wirtschaftlicher Aufschwung durch strengste Haushaltsdisziplin in den Krisenländern erzeugt werden kann. Das Investitionsprogramm, das Sie ankündigen, gefällt uns. Wir wissen nur nicht, woher das Geld kommen soll, das in noch größerem Umfang gebraucht wird, als Sie das bisher umrissen haben.

Das Zweite, das uns eben auch wirklich bestürzt, ist, dass diese Idee des Investitionsprogrammes bisher nicht verbunden wird mit einer Idee, wie die Europäische Union, wie wir für die Bürger der Europäischen Union Zukunft gewinnen wollen. Ich sage das ganz ernsthaft auch bezogen auf den bevorstehenden Gipfel. Dass wir nach zehn Jahren engagierter Klimadebatte jetzt einen Klimagipfel vorbereiten, auf dem die Klimapolitik der Europäischen Union abgewrackt werden soll, das spricht dagegen, dass in dieser Europäischen Kommission, alt oder neu, tatsächlich erkannt worden ist, was die Zukunftsherausforderungen sind.

(Beifall)

Es kann doch nicht sein, dass Herr Oettinger diese erbärmlichen Verhandlungen um Gaslieferungen aus Russland führen muss und gleichzeitig die Staats- und Regierungschefs sich darauf vorbereiten, die Ziele für erneuerbare Energien und sogar für Energieeffizienz auf der europäischen Ebene zu schleifen. Das ist nicht das Gewinnen von Zukunftsfähigkeit, sondern das ist der Abschied von den Zielen, die eigentlich für bessere Entwicklungen stehen könnten. Ich finde, dass das tatsächlich als Bilanz in Ihrer Rede gefehlt hat, und auch die Konstruktion, die Verteilung der Portfolios für Klima und Energie, das völlige Fehlen der Idee von nachhaltiger Entwicklung, das ist wirklich ein schwerwiegender Grund für uns, zu dieser Kommission Nein zu sagen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

(Beifall)

Der Verdacht, dass alleine über Deregulierung Wachstum erzeugt werden soll, wird auch geschürt durch die TTIP-Verhandlungen: Europäische Errungenschaften werden aufgegeben. Dabei könnte man mit dem Engagement der Bürger für gute Landwirtschaftspolitik und für Verbraucherschutz doch europäisch Zustimmung gewinnen. Das ist in der alten Kommission und in der neuen Kommission meiner Meinung nach überhaupt nicht genug erkannt worden.

Ein ganz großes Thema ist die Flüchtlingspolitik gewesen. Aber ein ganz großes Versagen der letzten Jahre liegt in der Flüchtlingspolitik, die versprochen worden war. Dass da kein eigenes Portfolio geschaffen worden ist, das empfinde ich eigentlich als Distanzierung von dieser wahnsinnigen Herausforderung. Wenn man die südliche Seite des Mittelmeeres betrachtet, und wenn man sich dann anschaut, was wir bisher tun, dann ist wirklich nicht verantwortlich, wie mit diesem Thema umgegangen wird.

Lassen Sie mich als Letztes Frau Mogherini Glück wünschen. Herr Juncker und Frau Mogherini übernehmen diese Spitzenpositionen in einer Zeit, in der in der Ukraine trotz Waffenstillstands der Krieg eigentlich weitergeht. Sie übernehmen ihre Zuständigkeiten in einer Zeit, in der wir angesichts der Zuspitzung im Irak und in Syrien kaum noch wissen, wie wir antworten sollen. Ich wünsche ihnen wirklich, dass die Außenminister in der Europäischen Union endlich anerkennen, dass gute europäische Außen- und Sicherheitspolitik nur gemeinsam gemacht werden kann und das ewige Streiten über die Frage, wo die Kompetenz liegt, uns in diese eben doch auch sehr schwache Lage von heute gebracht hat.

(Beifall)

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, as Mr Juncker presents his new Commission this morning he is telling us that they are all in the last chance saloon. Well, I tell you what, Mr Juncker, I will come and see you there, but you are going to have to introduce me to them because this is very much a bunch of nonentities, unknown. I spoke to MEPs this morning who will be voting later, and most of them could not even name half of them. The one from Britain is so obscure that his name is Lord Hill but it should be Lord 'Who?! The British public could not pick the bloke out of a line-up! He has never been elected to anything in his life – which means he is perfect for the job.

I do not think that the European public or commentators understand what the European Commission really is. The Commission is the executive. It is the government of Europe and it has the sole right to propose legislation. It does so in consultation with 3 000 secret committees, staffed mainly by big business and big capital, and all the legislation is proposed in secret. Once something becomes a European law, it is the European Commission itself which has the sole right to propose, repeal or change that legislation. The Community method which was championed this morning, the means by which the European Commission makes law and holds law, is actually the very enemy of the concept of democracy itself. It means that in any Member State there is nothing the electorate can do to change a single piece of European law. So we will be voting against the Commission today, not on the basis of the individuals, but on the basis of the fact that it is a fundamentally un-, in fact, anti-democratic form of government.

I suspect you are in for a tough time with this Commission. You are going to have the euro crisis which has not gone away and is going to get worse. You are also going to have the UK debate where it has now become unacceptable to the vast majority of British citizens for there to be total free movement of people extended to half a billion people to come to Britain. Mr Cameron masquerades as being an EU opponent, though I note this morning that the Conservatives are so brave that they are even going to abstain. I think this will be the last European Commission that governs Britain, because before the end of these five years we will be out of here.

Harald Vilimsky (NI). - Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern kam bei Ihnen keinerlei Trauer auf, als Herr Barroso verabschiedet wurde. Und heute kommt keinerlei Freude auf, wenn Herr Juncker mit seiner Kommission inthronisiert wird. Ich kann Ihnen erklären, warum dies der Fall ist: Weil beide, Barroso und Juncker, keine Kandidaten der europäischen Völkerfamilie sind, beides keine Kandidaten der Herzen der Völker Europas, und weil beide den Minimalkonsens der europäischen Nomenklatura darstellen und daher auch aus unserer Sicht nicht die entsprechende Legitimation aufweisen können.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Herr Juncker, wie ist denn das, wenn Sie gesagt haben: „Man muss lügen, wenn es ernst wird“? Und, Herr Juncker, wie ist denn das, wenn Sie gesagt haben: „Man fährt den Zug der Zentralisierung immer weiter voran, und man wartet, ob nicht ausreichend Widerstand aus der Bevölkerung gegeben ist, und dann macht man weiter“?

Ich kann Ihnen sagen: Wir lehnen Sie als Person ab, wir lehnen Ihre Kommission ab. Wir lehnen sie ab, weil sie nicht ausreichend demokratisch legitimiert ist, und wir lehnen sie auch ab, weil viele Personen mit wirtschaftlichen und industriellen Interessen verwoben sind. Und wenn wir das heute machen und die Ablehnung aussprechen, sprechen wir uns für Europa und für die europäische Völkerfamilie aus.

Herbert Reul (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Manche Reden entlarven sich ja von selber. Dazu muss man gar nichts mehr zu sagen. Das ist nur noch peinlich. Es gibt Reden in diesem Haus, die machen mich schon nachdenklich. Reden wie von der GUE oder von den Grünen heute auch, die im Grunde verlangen, dass eine Kommission 100 % des eigenen Parteiprogramms vorträgt, eine Kommission, die von allen Mitgliedstaaten besetzt wird. Es ist eigentlich kaum noch zu verstehen, wie man solche Maßstäbe anlegen kann.

Die Frage, die sich stellt, ist doch, ob diese Kommission in der Besetzung und im Konzept eine Idee hat dafür, wie man in diesen schwierigen Zeiten die Probleme in Europa in den Griff bekommen kann. Ich finde es interessant und mutig, eine neue Struktur anzupacken. Ich weiß auch nicht, ob diese Idee 100 %-ig funktioniert. Aber das ist doch endlich einmal ein Versuch, mehr Effektivität in die Arbeit der Kommission zu bekommen. Da ist doch endlich mal jemand, der nicht nur darüber schwafelt, dass wir uns darauf konzentrieren müssen, das Wichtige und Wesentliche zu machen und die Details vielleicht den Mitgliedstaaten zu überlassen. Das quatscht doch hier jeder seit Jahren herum. Jetzt wird es endlich einmal in Form einer Struktur, in Form eines Vizepräsidenten auch dokumentiert.

Aber natürlich, Herr Präsident Juncker, wir wollen auch Taten sehen. Das ist klar. Wir wollen nachher auch die Ergebnisse sehen. Aber die Struktur bietet die Chance. Und es ist eine Kommission – das finde ich auch hochgradig interessant und spannend und dafür müsste man viel mehr Unterstützung organisieren –, mit Schwächen und Stärken. Es sind nie alle Menschen gleich, aber sie setzt Schwerpunkte in den Themenfeldern, die für die Zukunft der Menschen in Europa entscheidend sind. Das ist die Wirklichkeit der Menschen.

Tun wir was! Schaffen wir etwas, dass die Lebensbedingungen besser werden, dass Arbeitsbedingungen besser werden, dass Wachstum entsteht. Was nützen denn diese Sprüche von diesen ganzen Programmen, wenn sie nicht wirkungsvoll sind! Deswegen ist es doch richtig zu sagen, wir müssen genau schauen, an welchen Stellen wir mit welchen Mitteln Wirkung entfalten. Deswegen ist es doch richtig zu sagen, wir können kein Strohfeuer veranstalten, das Geld einfach verbrennen, sondern es muss Wirkung haben. Deswegen müssen wir überlegen, ob das Geld, das wir schon ausgeben, immer richtig und wirkungsvoll ausgegeben ist. Deshalb ist es auch richtig, dass natürlich Sparsamkeit am Anfang stehen muss. Wenn du ständig dein Geld verschwendest, hast du gar keine Gestaltungschance mehr.

Es ist auch richtig, dass Schwerpunkte gesetzt werden – darüber wurde mir heute viel zu wenig geredet – in Forschung, Innovation und Zukunftsgestaltung. Deshalb ist es auch richtig, sich mit dem Rat darüber zu streiten, wo denn diese Schwerpunktsetzungen in Zukunft erfolgen sollen. Ich finde es schon ärgerlich, dass beim Haushalt 2015 gespart wird und insbesondere im Forschungsbereich. Das ist Unsinn. Wir reden alle von Innovation und Investition. Ja, in dem Bereich müssen Investitionen stattfinden.

Der Kollege der Sozialdemokratischen Fraktion hat eben vorgetragen, dass Nobelpreisträger in verstärktem Maße aus Europa kommen. Wissen Sie auch, wo die gefördert werden? Bei unseren europäischen Einrichtungen. Ich finde, das ist ein toller Versuch. Er verdient Unterstützung und nicht dummes Gerede.

Udo Bullmann (S&D). - Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein schwerwiegender Satz, von der „Kommission der letzten Chance“ zu sprechen. Aber es ist ein richtiger Satz. Wir wünschen dieser Kommission der letzten Chance Glück, wir wünschen ihr Erfolg, aber wir wünschen ihr vor allen Dingen Aufrichtigkeit und Mut. Dieses Angebot zur Zusammenarbeit kann nur funktionieren, wenn wir uns mit Aufrichtigkeit und mit Mut begegnen. Aufrichtigkeit heißt, wir müssen die Dinge aussprechen, wie sie sind, und es muss Schluss sein mit dem Schönlügen der Verhältnisse. Nein, in den nächsten drei Jahren werden wir noch nicht in einer wesentlich besseren wirtschaftlichen Lage sein, weil die letzten sieben Jahre uns so viel gekostet haben, dass die Anstrengungen längerfristiger Natur sein müssen. Wir müssen aber jetzt damit anfangen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Herr Juncker, lassen Sie sich nicht abbringen von diesem Kurs für mehr Investitionen! Lassen Sie sich auch nicht einreden, dass man diese Anstrengungen nur mit dem geringsten Aufwand betreiben kann. Im Gegenteil: Man muss sie messen am maximalen Ergebnis und am produktivsten Umgehen mit den Ressourcen, aber nicht am geringsten Aufwand. Es muss Schluss sein mit dieser Politik der weißen Salbe, die die Verhältnisse ständig umlügt, ohne die Probleme effektiv anzugehen.

Dafür haben Sie unsere Unterstützung, dafür wünschen wir Ihnen Glück. Eine Unterstützung, die niemanden ausschließt, die auch gerne dazu aufruft, dass jeder und jede in diesem Haus mit anpacken kann, wenn ihr alle mal kapiert, dass es in der Tat die letzte Chance ist, die Europa hat. In diesem Geiste wollen wir arbeiten!

Ryszard Antoni Legutko (ECR). - Mr President, there was a lot in President Juncker's presentation which I found interesting, but I am slightly confused at the same time. On the one hand, Mr Juncker, you were preaching flexibility, and on the other hand you were advocating discipline. On the one hand you were urging to strengthen the Community method, and on the other you were defending the nation states and the autonomy of the nations. Now, I am a simple minded man. I believe that if you take one, you cannot have the other. If you have the other, you cannot have the first. The world is logical, and political programmes should also be logical; this should not violate the laws of logic. I would be grateful for some enlightenment on this.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Sophia in 't Veld (ALDE). - Mr President, I would like to say to Mr Juncker that ALDE will support his European Commission, but Mr Juncker, let us be clear, we support you in the vote today; that does not mean that you will have a blank cheque for the next five years. Our support is not automatic and you will have to work very hard to get our support for every single proposal that you put forward. But you will get our support for anything taking Europe forward, making it more democratic, more efficient and better able to act and to face the challenges and the crises of today.

We need to get out of the economic crisis, but Europe also needs to take up its responsibility on the world stage. For that we need a strong European Commission. ALDE voters went to the ballot box for a stronger, better, different and reformed European Union. We want better regulation, yes. But better regulation in our view does not mean dismantling the achievements of the European Union. The voters on the right side of the House – there are very few people left there – they also want a change; they want to dissolve the European Union. That is not the solution proposed by ALDE, but we do want Europe to move, and I would be very worried to see a so-called *Große Koalition*, which seems to be a paralysing embrace leading to stagnation and status quo. Europe needs to move.

We have talked a lot about the economy, about foreign affairs, about an energy union – lots of concrete things – but I have heard very little about values. Values are not a side issue. They are actually the essence, the core, of European integration and if we want to operate as a political union now we need a community of citizens based on shared values. So I expect initiatives for stronger instruments to promote and protect democracy, the rule of law and fundamental rights. But we also expect better enforcement if these values are under pressure in one of the Member States and I am looking in particular to Mr Timmermans, your, let us say, Prime Minister, who will be in charge of this task.

So Mr Juncker, today, you have our support and you will find us at your side – if you take Europe forward.

Curzio Maltese (GUE/NGL). - Grazie signor presidente, lei ha nominato come Commissario per l'energia, un uomo in affari con le industrie del petrolio, nonché un personaggio della City dovrebbe occuparsi di trasparenza finanziaria e il vicepresidente di un governo che ha approvato leggi contro la libertà di stampa come Commissario alla cultura.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Non sappiamo più se criticare le sue scelte o complimentarci per il suo *sense of humour*. In particolare, è grave la vicenda del signor Navracsics, il quale ha ammesso durante l'audizione la propria responsabilità politica nell'approvazione di leggi che sono contrarie ai valori fondamentali dell'Unione. Per questo la commissione cultura ha votato contro accogliendo molti appelli dalla società civile. Lei ha ignorato questo voto e ha deciso di confermare la scelta attraverso un espediente. Il signor Navracsics rimane in ogni caso l'uomo sbagliato nel posto sbagliato e anche lei lo sa, signor Presidente.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). - Herr Präsident! Herr Juncker, wir alle wissen, dass in den letzten Jahren die mehr als strikte ökonomische Politik vieler Länder mit der Genehmigung, Unterstützung und Forderung der Troika den Bürgern sehr hart zugesetzt hat. Gleichzeitig war aber die Kontrolle über die Staaten, abgesehen von der finanziellen Kontrolle, unsichtbar oder wurde immer schwächer. Welche Maßnahmen – nicht welche Worte – haben Sie und Ihre Kommission im jetzigen Mandat, wo alles enden müsste, vor, um diejenigen Staaten beim Namen zu nennen und aktiv zu kontrollieren, die die grundsätzlichen Rechte oder die Gesetze und Richtlinien dieses Parlaments verletzen? Unsere Institutionen, auch die Europäische Kommission, sollten ein Beispiel demokratischer Haltung sein.

Valentinas Mazuronis (EFDD). - Nepaisant skirtingų nuomonių apie šią Komisiją, aš noriu pasveikinti naujos sudėties Komisiją ir palinkėti jai gero darbo. Manau, kad Komisija bus patvirtinta ir naujieji Komisijos nariai ims darbotyką kaip galima greičiau, nes laikas ir, kas ypatingai svarbu, problemos nelaukia. Komisija turi dirbti kaip vienas gerai sustyguotas instrumentas, kaip viena komanda ir siekti bendro tikslo – priartinti Europos Komisijos sprendimus ir visą Europos Sąjungos veiklą prie piliečių lūkesčių visose Europos Sąjungos valstybėse, tarp jų ir Lietuvoje. Primenu J.-C. Junckerio išsakytą frazę: „Degantį lėktuvą turėjome taisyti skrydžio metu, todėl kartais tekdavo nudegti pirštus“. Linkiu, kad tie pirštų nudegimai būtų ne kliūtis, o stimulus sėkmingam darbui ateityje.

Šiandien labai svarbu, kad naujoji Komisija pagrindinį dėmesį skirtų investicijoms į darbo vietų kūrimą, skurdo mažinimo programoms, paramą smulkiam ir vidutiniam verslui. Europos Sąjunga turėtų daryti didesnę pažangą ir judėti link tvaraus ekonomikos augimo, darbo vietų kūrimo ir skurdo mažinimo.

Kitas svarbus objektas yra vieningas požiūris į problemas, ypač vieningos energetikos bei užsienio politikos klausimais. Tarp visų Europos Sąjungos institucijų ir valstybių, kiek tai įmanoma, turi vyruoti bendra pozicija, nes tik tokiu būdu mes galime pasiekti optimalų norimą rezultatą.

Ypač džiaugiuosi ir sveikinu Lietuvos paskirtą Komisijos narį Vytenį Povilą Andriukaitį ir linkiu jam įsijungti į bendrą komandą bei sėkmingai dirbti Europos Sąjungos ir Lietuvos labui.

Zoltán Balczó (NI). - Egy feladata ellátására alkalmas biztosi testület összeállítása lehetetlen feladat. A biztosok az Unió miniszterei. Nincs 28 elkülöníthető terület. A tagországok nem feladatra jelölnek. A legtöbb jelöltnek semmi előzetes tapasztalata sincs azon a területen, amit irányítani fog. Jellemző eset, amikor az egyik tárcához alkalmasnak ítélt jelöltet átírányítanak egy másik területre, és az illetékes bizottságok tapsolnak, hogy az illető 5 nap alatt milyen ragyogóan felkészült a sztereotip válaszkra. Az egész eljárás tragikomikus. Azért nem tragikus, mert a biztosoknak valójában nincs meghatározó szerepük az Uniót meghatározó legfontosabb döntésekben. Ezeket az elvárt legfontosabb döntéseket a mindenkori bizottsági elnöknek megmondják.

Andrzej Grzyb (PPE). - Przede wszystkim chciałbym pogratulować przewodniczącemu Junckerowi sposobu, w jaki zdecydował się powołać Komisję, oraz pryncypiów, które mają jej przyświecać w trakcie działalności. Bardzo ważne jest odejście od rozdrobnienia portfolio komisarzy. Mam również nadzieję, że zda egzamin zadaniowo zorientowana struktura z koordynującymi poszczególnych komisarzy i poszczególnymi portfolio wiceprzewodniczącymi komisji.

Panie Przewodniczący, popieram Pańską koncepcję łączenia zadań komisarzy w sposób interdyscyplinarny: energia i klimat, polityka przemysłowa, przedsiębiorczość i rynek – żeby przynajmniej wymienić kilka z nich. Zadanie najważniejsze, które usłyszałem w Pańskim wystąpieniu, to wyjście ze skutków kryzysu ekonomicznego (one są w dalszym ciągu odczuwalne), czyli przywrócenie wzrostu gospodarczego poprzez inwestycje, ale nie tylko, i powrót miejsc pracy do krajów członkowskich Unii Europejskiej, do całej Unii Europejskiej, utrzymanie swobody przepływu osób, gdyż podejmowane są próby ograniczenia tej swobody (słyszeliśmy o tym również dzisiaj na tej sali), czy pełne wdrożenie dyrektywy usługowej, która może przynieść też pozytywne efekty w rozwoju gospodarczym. Wzrost gospodarczy nie będzie możliwy bez racjonalnej polityki energetycznej i klimatycznej, która musi być dostosowana do rozwoju krajów członkowskich w oparciu o własne zasoby energetyczne. Kryzys ukraińsko-rosyjski pokazuje, że własne zasoby mogą być podstawą bezpieczeństwa. Wielu z nas, w tym ja sam, jest gorącymi zwolennikami podejścia do pracy legislacyjnej pod hasłem lepszej regulacji. Nie do utrzymania jest bowiem sytuacja, w której organy posiadające inicjatywę, a w

Mittwoch, 22. Oktober 2014

efekcie Parlament, są nieskoordynowane, kiedy projekty dyrektyw czy rozporządzeń nakładają się na obszary już uregulowane.

Panie Przewodniczący, będę Panu gratulował, jeśli cele te uda się kierowanej przez Pana Komisji osiągnąć.

Pervenche Berès (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Président Juncker, il y a urgence à ce que vous puissiez mettre en œuvre un certain nombre d'engagements que vous prenez devant nous. Mais si vous prenez des engagements, cela veut dire que vous acceptez aussi d'être mis sous surveillance pour leur mise en œuvre. C'est là que nous serons au rendez-vous.

Lorsque vous avez évoqué ce plan de 300 milliards, vous avez indiqué que vous le présenteriez avec M. Katainen. Il nous semble que votre voisin, votre main gauche ou votre main droite selon les jours manifestement, M. Frans Timmermans, devra aussi être directement et totalement engagé pour que ce plan de 300 milliards soit un plan au service d'une stratégie du développement durable.

Vous avez voulu, dans ce plan, favoriser la transition énergétique et nous vous en remercions. Nous sommes à vos côtés pour ce faire mais il faut également penser à un plan numérique. Si nous sommes aussi en faveur d'une économie numérique, nous savons que nous ne progresserons pas en faveur d'une telle économie sans toucher directement, précisément, efficacement, aux enjeux de la fiscalité dans ce domaine.

Lorsque vous nous ferez des propositions sur ce plan de 300 milliards, tenez compte du déficit d'investissements que vous avez identifié et qui vous conduit à mettre cette proposition sur la table, mais n'oubliez pas non plus que d'autres débats existent derrière ces 300 milliards et que cette proposition de 300 milliards ne peut pas être pour solde de tout compte. N'oubliez pas qu'elle est là aussi parce qu'il y a des divergences entre les économies de l'Union européenne, que cela ne peut pas être un plan avec une logique de juste retour, que cela doit être un plan pour corriger les asymétries des économies européennes, mortelles pour le travail en commun entre les peuples, et que chacun retrouve une raison d'espérer dans le projet européen.

Je vous souhaite bonne chance.

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident, Herr Präsident Juncker! Die große Herausforderung für die neue Kommission ist die europäische Wachstumsschwäche. Diese Wachstumsschwäche ist Besorgnis erregend, denn Europa steht am Rande von Rezession und von Deflation. Sie sollten sich Gedanken darüber machen, warum das so ist, denn alle anderen Staaten der Welt haben inzwischen die Folgen der Finanzkrise überwunden, nur nicht die Eurozone. Es ist nicht nur so, dass es die Krisenländer der Eurozone sind, die Schwierigkeiten haben, sondern inzwischen – Sie haben es gesagt – hat auch der Weltmeister eine Formschwäche. Der Weltmeister, haben Sie gesagt, muss sich daran gewöhnen, dass es ihm vielleicht dauerhaft nicht mehr gutgehen wird. Und während Sie an Fußball gedacht haben, ist es leider für die Volkswirtschaft ebenfalls so.

Es ist für Deutschland so, dass Deutschland inzwischen schrumpft, Frankreich schrumpft, Italien schrumpft. Die Krise hat den Kern der Europäischen Union erfasst, sie ist nicht überwunden. Da sollten Sie sich langsam einmal Gedanken darüber machen, ob die Krise der Eurozone nicht auch etwas mit dem Euro zu tun hat. Ihre Worte vom *Triple-A* des sozialen Standards der Eurozone müssen wie Hohn in den Ohren derer klingen, die in den südeuropäischen Ländern arbeitslos sind. Die Versprechen, dass der Euro zu Wachstum und Wohlstand führt, sind so viel wie ein *junk bond* wert, nicht so viel wie ein *Triple-A*.

Da Sie – ähnlich wie Herr Verhofstadt – Ihre ökonomischen Rezepte nur bei John Maynard Keynes gelernt und seit den Dreißigerjahren nichts hinzugelernt zu haben scheinen, werden alle AfD-Abgeordneten heute gegen Sie stimmen.

Pavel Telička (ALDE). - Mr President, despite the fact that some of the Commissioners-designate did not give an impressive and convincing performance, and also despite the fact that the transport portfolio has been reshuffled, somehow disrespecting the unanimous view of the Committee on Transport and Tourism – and I would have rather expected a redesign of Mr Navracsics's portfolio – I have to say that we – I myself, my delegation and the ALDE Group – will vote in favour of Mr Juncker's Commission.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

But, Mr Juncker, I do expect that your Commission will use the right of initiative and that it will be independent – unlike the previous one – from the Member States. I also expect that you will have the courage to demand reforms – structural reforms – from the Member States, that you will take the initiative, that you will have the courage and that you will provide leadership, which is precisely something that we have missed in the past.

Now may I refer, very briefly, to Mr Timmermans? I am very happy that this position has been established and that better regulation is high on your agenda. Apart from what you yourself have said, this will provide for growth so that we will need less burdensome regulation in the future and more common policies. So good luck and 'bon courage'.

Marisa Matias (GUE/NGL). - Senhor Presidente, Senhor Juncker, com este programa e este Colégio de Comissários, os mercados podem ficar descansados: serão eles que vão continuar a mandar nos corredores da Comissão.

O Sr. Juncker apresentou como objetivo principal ter um *triplo A social* na União Europeia. Não deixa de ser surpreendente que tenha apenas falado do desemprego no minuto 34 do seu discurso e apenas durante 30 segundos. Ao maior problema da União Europeia o senhor dedicou 30 segundos. É muito significativo.

Sr. Juncker, diz que o seu principal trunfo é ter quatro ex-primeiros-ministros e dezanove ex-ministros: ou seja, 23 dos 28 Comissários vêm diretamente dos governos, vêm diretamente do Conselho para a Comissão. Nós já sabíamos que o Conselho tinha colonizado as instituições europeias, mas é lamentável que, pela sua mão, o Conselho esteja a fazer uma OPA hostil à Comissão Europeia.

Sr. Juncker, nas pastas económicas o senhor não promete nada a não ser a continuação da política desastrosa para as periferias da zona euro. Sr. Juncker, a sua Comissão do triplo A social tem uma nova marca, mas a marca não corresponde ao produto, trata-se apenas de publicidade enganosa.

Claude Turmes (Verts/ALE). - Herr Präsident! Jean-Claude, wenn wir als Grüne heute Nein stimmen zu Deiner Kommission, dann sollte das auch Dich nachdenklich machen. Zwischen Juli — wo viele von uns für Dich gestimmt haben — und Oktober hat sich ein Vertrauensbruch in vier Punkten ergeben: Dein *U-turn* zu TTIP. Der Fakt, dass in Deinem Europäischen Semester Umwelt gar nicht vorkommt. Der Fakt, dass Frans Timmermans sich über Staubsauger lächerlich macht, ohne zu wissen, dass *Eco-Design* die unbürokratischste Richtlinie ist, die den Binnenmarkt am meisten fördert und die größte Effizienzmasse aufweist, die wir in Europa haben. Viertens: Wo soll ich, wo sollen wir das Vertrauen hernehmen, dass Deine Kommission über diese lächerlich niedrigen 27 % Effizienz und 7 % erneuerbare Energien hinausgeht, die die Staatschefs leider unter dem Vetodruck von Cameron und Polen beschließen werden? Ich würde mich freuen, wenn in Deiner Antwort dieser Vertrauensbruch ein bisschen gekittet werden könnte.

Laura Agea (EFDD). - Signor Presidente Juncker, si rende conto di quale Europa le viene consegnata oggi? Un'Europa in ginocchio! Un'Europa con sette milioni e mezzo di giovani disoccupati, dove migliaia di aziende sono state costrette a chiudere e dove chi è rimasto senza certezze è arrivato persino a togliersi la vita. Questi sono i risultati di disastrose politiche di austerità che il suo predecessore ha portato avanti per un decennio. Già questo dovrebbe essere sufficiente per dire basta a queste politiche criminali e invece voi che ci avete fatto ammalare pretendete anche di curarci. Ma la malattia siete voi!

Mi rivolgo a voi colleghi italiani, con quale coraggio osate dare la vostra fiducia a chi vuole insistere con queste terapie fallimentari! Voi conoscete la situazione del nostro paese e mi chiedo come facciate a guardare negli occhi i cittadini ai quali hanno tolto tutto: sanità, pensioni, lavoro, sussidi sociali e la dignità. Mi appello alla vostra coscienza. Lo so, nemmeno voi volete veramente un'Europa simile e allora come me, ditelo chiaro e forte: basta un no! qui e adesso!

Matteo Salvini (NI). - Signor Presidente, lei ha costruito la prigione in cui siamo. Lei da 25 anni, con le più alte cariche ha collaborato al disastro economico in cui siamo e qualcuno le dà dello statista. Io ho un minuto per rappresentare milioni di cittadini europei che sono danneggiati da questa Unione europea, che fa le guerre sbagliate, che ha una moneta sbagliata, che non difende il *made in Italy*, che risponde agli interessi della massoneria, delle banche e della finanza e ogni giorno noi ce ne rendiamo conto. Mi sembra che questa Commissione porterà alla fine quello che è un esperimento sbagliato: un obbrobrio, un mostro, un suicidio. Quindi io le auguro di lavorare bene come ha fatto in questi 25 anni nei ruoli che ha ricoperto e in fretta, perché più lei e la sua Commissione lavorerete bene e in fretta, più i popoli europei si riprenderanno la libertà, l'identità, il futuro, la moneta, l'orgoglio e la speranza di poter guardare a un domani senza che ci siano 28 sconosciuti che decidano per loro.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Elisabetta Gardini (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei ricordare che il voto del 25 maggio ha inviato un chiaro messaggio e che le sfide che ci attendono, che attendono l'Unione europea e i suoi Stati membri, sono davvero cruciali, e lei, signor Presidente, avrà il compito di guidare una legislatura che non potrà essere di routine. Ma nelle sue parole io ho sempre sentito che lei ne aveva piena consapevolezza, perché lei da subito, ha posto come priorità del suo programma il tema della crescita e dell'occupazione e ha parlato della dimensione sociale dell'Europa, ed è per questo che dall'inizio noi le abbiamo dato la nostra fiducia e oggi ci ritorniamo a darla puntando su questo coraggio, che oggi ancora una volta lei ha dichiarato di avere e di volere avere.

Ha anche dato il senso che i tempi non sono una variabile di secondaria importanza ed è per questo che ha detto e ha ribadito che presenterà il programma di investimenti assieme al vicepresidente Katainen prima di Natale, e anche per questo noi saremo con lei a spingere anche sui tempi.

Ha parlato di tanti temi, ma mi vorrei soffermare un attimo sull'immigrazione. Come italiana e come italiani può immaginare quanto condividiamo la sua voglia di mettere tra i punti chiave e tra le priorità l'immigrazione. Tragedie come quelle di Pozzallo, tragedie come quelle di Lampedusa non si possono, non si devono ripetere. Ma deve essere una storia europea, non può essere una storia regionale. La prego, la sua Commissione torni a guardare al Mediterraneo con più forza.

Ha detto: ce la facciamo a riavvicinare i cittadini all'Europa? Ce la facciamo a ridurre drasticamente la disoccupazione, a dare prospettive ai giovani, a occuparci dei grandi temi? Ce la dobbiamo fare o sarà un fallimento. Tutto questo l'Europa se la merita. Se la meritano i nostri cittadini, se lo meritano i nostri popoli. Torniamo ad avere un'Europa fiera della sua identità storica, del nostro inconfondibile retaggio culturale, del nostro modello di integrazione, di comunità di diritto, di economia sociale di mercato. In nome di tutto questo, signor Presidente, io le auguro buon lavoro.

Iratxe García Pérez (S&D). - Señor Presidente, hoy Europa está en una encrucijada y en nuestras manos está la salida.

Las decisiones que en los últimos años se han tomado para salir de la crisis no han resuelto los problemas y han añadido sufrimiento injusto a millones de hombres y mujeres. Sería imperdonable no cambiar; sería un error inaceptable.

Usted, señor Juncker, usted y su Colegio de Comisarios tienen hoy la responsabilidad histórica de dirigir un proyecto que cambie las cosas: una Europa cuyo único programa de trabajo no sea la austeridad, sino que apueste por el crecimiento inteligente, que invierta tiempo y recursos para afrontar los retos fundamentales.

Hablamos de creación de empleo porque en países como el mío se ha abocado a la desesperanza a millones de personas que han dejado de creer en este proyecto. Hablamos de una Europa sostenible, compatible con una política industrial que apoye a los emprendedores de Europa. Hablamos de una Europa que no admita las dos velocidades, las desigualdades ni los desequilibrios, que no permita la desprotección de los trabajadores y de quienes se han visto injustamente expulsados del sistema.

Usted hoy va a tener la confianza de esta Cámara —siendo sincera, no con mi voto—, pero lo que su Comisión tiene que ganar es la confianza de la ciudadanía, de quienes están fuera de este Parlamento y, para eso, señor Juncker, deben cambiar las políticas y debe devolver la Europa social a los ciudadanos.

Jørn Dohrmann (ECR). - Hr. formand! Vi anerkender, at Europa-Kommissionens formand, Jean-Claude Juncker, i mange af sine oplæg og taler har gjort en del for at imødekomme de EU-skeptiske partier i Parlamentet og for at understrege behovet for mindre EU og mindre bureaukrati, men vi ser desværre ikke disse intentioner reflekteret i tilstrækkelig grad i den nye Kommissions opgavebeskrivelse og sammensætning. Ved valget i maj sendte den europæiske befolkning et stærkt budskab med krav om forandringer, krav om et langt mere decentraliseret og lettere EU. Men hvor er det, vi ser dette konkret afspejlet i fordelingen i den nye Kommission af nye porteføljer og arbejdsplaner? Det eneste, vi ser, er nye skridt i en føderal retning, hvad enten vi taler om den nye bankunion eller om ny centralisering af landenes kompetence inden for den økonomiske politik, arbejdsmarkedet eller asylpolitikken. Derfor er vi nødt til som Dansk Folkeparti at stemme nej til den nye Kommission.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marielle de Sarnez (ALDE). - Monsieur le Président, nous allons vous donner notre confiance. Elle sera exigeante et impatiente car les Européens attendent des résultats concrets. Mais vous avez des atouts: une grande expérience, une conviction européenne qui n'a jamais faibli et une vraie légitimité politique.

Cependant, il vous faudra aussi du caractère et du courage pour faire de l'Europe un espace où puisse se former une volonté politique. C'est cela l'enjeu. Cela demande une vision, qui fait trop souvent défaut aux chefs d'État ou de gouvernement. La vision d'une Europe qui s'occupe enfin des grandes questions et qui se décide à peser dans le monde, à défendre ses intérêts et à agir pour son développement économique et social.

Cela demandera aussi, vous en avez parlé, une nouvelle pratique institutionnelle, un retour à la méthode communautaire, avec une Commission qui, je l'espère et j'en suis sûre, reprendra enfin tout son droit d'initiative.

Monsieur le Président, comme vous, nous voulons que l'Europe réussisse. C'est tout le sens de la confiance que nous allons vous accorder.

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, pese embora a estafada retórica sobre um suposto novo ciclo, uma verdade emerge como cristalina e transparente: esta Comissão é filha das mesmas famílias políticas que formaram e apoiaram a Comissão Barroso. Não há aqui mudança nenhuma, se não de caras – e, mesmo aí, nem todas. Só há continuidade. Continuidade nas políticas, que violam direitos humanos fundamentais, no desemprego nunca visto, nos intoleráveis níveis de pobreza, nas desigualdades crescentes. Continuidade nas reformas estruturais que visam nivelar por baixo as condições de vida e de trabalho na Europa. Continuidade no favorecimento dos grandes grupos económicos – aqueles cujas organizações representativas sempre antecipam nos seus documentos estratégicos o que virá a ser a produção legislativa da Comissão Europeia. Continuidade no ataque à democracia e à vontade dos povos.

Esta Comissão está associada a tudo o que de pior vivemos nos últimos anos. Esta Comissão é passado, não é futuro.

Só a vontade, a mobilização e a luta dos trabalhadores e dos povos poderá romper com esta continuidade e forçar a verdadeira mudança.

José Bové (Verts/ALE). - Monsieur le Président, aujourd'hui je suis surpris. Vous avez parlé pendant près de 46 minutes et vous n'avez pas dit un mot sur l'avenir de l'agriculture ni sur l'avenir des paysans.

C'est un véritable problème: l'agriculture est le premier budget de l'Union européenne or, aujourd'hui, elle ne fait plus partie du discours sur l'avenir de l'Europe.

Les paysans sont menacés par les traités de libre-échange et par la fin des quotas laitiers; on risque de connaître la crise la plus grave dans les mois à venir. Dans le même temps, l'alimentation est menacée.

Il est vrai qu'en juillet, vous avez parlé des OGM. Je crois qu'il faut, dans ce domaine aussi, une politique claire. En même temps, on est en train de vouloir imposer aux consommateurs des nouveaux produits, des nanotechnologies dans l'alimentation, du titane dans les yaourts pour les rendre plus blancs. Avons-nous besoin de cela?

Je crois que l'Europe doit être forte et que le but de la Commission européenne, si elle veut renouer des liens avec les citoyens, doit être de défendre à la fois leur vie quotidienne, par l'alimentation, mais aussi l'avenir de nos territoires, avec les paysans.

Isabella Adinolfi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Movimento 5 stelle non intende accordare nessun tipo di fiducia in bianco a questa Commissione delle larghe intese. Siete riusciti a far rimanere al loro posto alcuni Commissari nonostante un giudizio negativo delle commissioni parlamentari competenti. Mi riferisco a Navracsics, al quale con un'opera di *maquillage* avete provveduto a modificare il portafoglio lasciandolo al suo posto. Ci aspettavamo quanto meno un nuovo Commissario e una nuova audizione.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Per di più tutto ciò è avvenuto nel silenzio istituzionale e la scelta è stata presa a porte chiuse in tempi rapidissimi e ancora adesso non si bene da chi. Questo è inaccettabile! I cittadini europei devono saperlo. Le audizioni dei Commissari non devono essere una mera passerella per dare una parvenza di democraticità a scelte già compiute altrove. Tale comportamento svilisce il ruolo di questo Parlamento e della democrazia tutta. Il Commissario alla cultura, all'educazione, alla gioventù non può essere una persona che è stata ispiratrice di riforme illiberali nel suo paese.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). - Κύριε Πρόεδρε, σε λίγη ώρα θα κληθούμε να επικυρώσουμε την εκλογή των Επιτρόπων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όλοι γνωρίζουμε ότι ο ρόλος του Επιτρόπου είναι πολύ σημαντικός, διότι καλείται να υλοποιήσει το πρόγραμμα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως και την πολιτική της στο αντικείμενο στο οποίο προΐσταται και τα θέματα του οποίου συντονίζει.

Ο τρόπος όμως με τον οποίο γίνεται η επιλογή και η εκλογή του Επιτρόπου δεν είναι καθόλου κολακευτικός για τον ευρωβουλευτή. Τι ισχύει: οι ευρωβουλευτές απλά συμμετέχουμε σε μία τυπική διαδικασία στην οποία ο Επίτροπος έχει επιλεγεί απ' τη χώρα σε συνεργασία με τον Πρόεδρο της Ευρωπαϊκής Επιτροπής και κατόπιν εμείς, απλά, καλούμαστε να τον ψηφίσουμε ή όχι.

Συνεπώς, λαμβάνουμε μέρος σε μια τυπική διαδικασία την οποία δεν μπορούμε να επηρεάσουμε και στην οποία δεν μπορούμε να επεμβούμε. Αυτό θα γινόταν εάν υπήρχαν τουλάχιστον δύο υποψήφιοι για κάθε θέση.

Αυτό εισηγούμαστε και μέχρις ότου πραγματοποιηθεί αυτό, απλά θα έχουμε την ψευδαισθησι ότι συμμετέχουμε σε μία διαδικασία, στην οποία δεν μπορούμε να ασκήσουμε καμία επιρροή.

Esteban González Pons (PPE). - Señor Presidente, señor Juncker, Europa se encuentra en un cruce de caminos. Tiene que ser idealista, pero pragmática a la vez. Tiene que ser austera, pero impulsar el crecimiento a la vez. Tiene que luchar contra el cambio climático, pero reindustrializarse a la vez. Tiene que abrirse al mundo, pero protegerse a la vez. Tiene que competir con economías emergentes, pero defender el Estado de bienestar a la vez. Europa debe seguir siendo Europa en un universo que ya no es europeo.

Se ha comprometido usted hoy con el Parlamento a tratar de resolver esa ecuación y va a contar con una mayoría amplia. Solo se van a quedar fuera los extremistas de derecha y de izquierda, los que quieren marcharse de la Unión Europea antes de que pasen cinco años y los que vienen a Europa a seguir haciendo política nacional. En definitiva, se van a quedar fuera los que siempre quieren quedarse fuera. Usted va a presidir una Comisión fuerte, una Comisión votada por los ciudadanos, una Comisión de centro, una Comisión moderada. Y le tocará resolver esa ecuación: cómo seguir cumpliendo con los pactos de estabilidad y cómo crecer a la vez.

Desde España, muchos diputados le vamos a apoyar, pero le vamos a pedir como representantes de los españoles que su primer objetivo sea crear empleo, en especial para los jóvenes; que no se olvide de los agricultores, que están pagando ahora una política exterior que no han hecho ellos como consecuencia del veto ruso; que haya una política de inmigración común, porque la inmigración irregular es un problema común; y que haya interconexiones energéticas para salvar a los ciudadanos de una energía cara y que podría no llegar. Va a contar usted con la colaboración de Miguel Arias Cañete, que conoce muy bien los problemas españoles, que es un gran defensor de España y al que, si alguna vez tiene alguna duda, le puede preguntar.

Señor Juncker, las alternativas no son o seguir soñando con Europa o despertarse asustados. Despertarse asustados no es la alternativa al sueño europeo. Soñar Europa es el único camino, es la única oportunidad, es la única vía de salida. Vengo de una tierra que se llama Valencia y allí les decimos a los que empiezan una navegación: «¡buen viento y barca nueva!». Su suerte es la suerte de todos.

Glenis Willmott (S&D). - Mr President, on behalf of Labour's MEPs, I would like to congratulate Mr Juncker on his efforts in putting together his Commission team. Mr Juncker, I have to say, however, that I thought your initial decision to move medicines and medical devices to the industry portfolio was completely unacceptable. People's health must come first, so I am delighted that you have listened to our concerns and reversed your decision.

Mr Juncker, I am sure you are aware of the magnitude of the job facing your Commission: with a Europe still struggling to create jobs and growth; a Europe still faced with the consequences of climate change; a Europe where people are turning their backs on mainstream politics in favour of the extremes. It is easy to see why many people say the EU is in crisis. This Commission has the opportunity to turn the tide – to take a different approach – so here are a few suggestions. Revise the Posting of Workers Directive and stop the exploitation of migrant workers and the undercutting of local pay and conditions. Take action to protect people from the scourge of precarious employment practices such as zero-hours contracts. Tackle excessively high energy prices across the EU. And get our young people into work.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Mr Juncker, this Commission cannot just defend the status quo. Europe is a force for good in the world but it could be so much better. It will need leadership and courage to make the change we need. That is the challenge. Mr Juncker, are you up for it?

Jan Zahradil (ECR). - Pane předsedo Junckere, my vaši Komisi nepodpoříme, protože má prostě federalistický program, který je v rozporu s naším programem.

Vy chcete evropského prokurátora, vy chcete harmonizaci podnikových daní, vy chcete daň z finančních transakcí, vy chcete přerozdělování migrantů a další věci, které prostě akceptovat nemůžeme a já myslím, že se ukazuje, jaká byla chyba, když si vlády členských zemí nechaly Evropským parlamentem ukrást právo nominovat předsedu Evropské komise a přistoupily na systém *Spitzenkandidaten*, protože pak to dopadne vždycky tak, že evropské politické strany vyberou někoho ze svého středu, nějakou starou strukturu, jako jste Vy, která se opře o pohodlnou většinu evropských lidovců a evropských socialistů, a nic se nezmění, žádná reforma nepřijde.

Já mám všechny důvody k pesimismu, já se obávám, že ta vaše Komise bude bohužel horší, než byla ta Barrosova Komise, a proto ji podpořit nemůžeme.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señor Presidente, señor Juncker, su Colegio de Comisarios es una provocación. Quizás porque ya sabía que populares y socialistas antepondrían su silla a los intereses de la ciudadanía.

De medio ambiente y energía tratarán quienes en el pasado han favorecido, incluso en sus negocios privados, a las industrias contaminantes y al deterioro climático. De economía se ocuparán los partidarios más feroces de la austeridad, la precariedad laboral y la mercantilización de lo público. Y como en España, esta agenda se impondrá contra la democracia misma, recompensando al autoritarismo con carteras de libertades civiles.

Debatiendo con sus candidatos he constatado su fidelidad al marco neoliberal que nos imponen, acusándonos de estar fuera del sistema —de su sistema, señor Juncker— por defender alternativas para la gente y para las necesidades de la gente. Para ustedes lo económico se reduce a la competitividad, y lo político, a la gobernanza. Su lenguaje es corrosivo y engañoso.

No puede ser el mercado quien diga si habrá empleo o paz o justicia: será el pueblo quien deba decidir. Y es por eso, porque defendemos los intereses de la mayoría, por lo que vamos a votar «no» a esta Comisión.

Marcel de Graaff (NI). - De burger wil vrede en welvaart, maar wat wil deze Commissie? De pensioenen van burgers afpakken en belasting heffen op spaarcenten. Er moet niet meer Europese integratie komen, maar minder.

De burger wil vrede en welvaart, maar wat wil deze Commissie? Het imperialisme van de EU kent geen grenzen ten koste van onze veiligheid. Er moeten niet meer landen in de EU, maar uit de EU.

De burger wil vrede en welvaart, maar wat wil deze Commissie? EU-reisbureaus in Noord-Afrika om nog meer geldzoekers met hun barbaarse Islamitische cultuur binnen te halen. Moord, verkrachting en geweld zijn normaal geworden in onze steden dankzij de open grenzen.

We hebben geen buitengrenzen nodig, maar landsgrenzen, zoals ook geëist wordt in resolutie 2178 van de Verenigde Naties. De Europese Unie is mislukt, maar deze Commissie gaat door op de heilloze weg. Ik vraag u: stap op en maak plaats voor mensen die beginnen met de ontmanteling.

Adina-Ioana Vălean (PPE). - Mr President, I was pleased to see this morning the presentation of a very strong Commission with a new approach, reinventing a new way of working efficiently. I particularly welcome the appointment of the Vice-President responsible for better regulation, because we badly need a cross-sectoral evaluation of the impact of our policies on EU competitiveness.

This is a critical moment for Europe, we all know that, and I would like to say to Commission President Mr Juncker that with his ambitious programme – which I wholeheartedly support – he has raised very high expectations and hope for us and for our citizens. I am glad to see, Mr Juncker, that your ambitions for Europe match the challenges we are facing. You and your team will be holding tremendous responsibilities to carry Europe back onto the path of growth and to win the trust of our citizens in the common European project.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

The jobs, growth and investment package which you said you will present shows that we are on the right path. I have long advocated the wider use of financial instruments to stimulate private investment in the real economy. With the current public financing capacities we need to be more focused and more efficient. We need a change of paradigm in financing. Only this will allow us to raise the necessary investment.

A word on one priority announced, and there is no need to say how important the digital single market is for stimulating growth and creating employment in our economy. However, infrastructure is not the main challenge in this area. The challenge is to find the right incentives for companies to invest in their infrastructure and this depends on the regulatory framework, which is now outdated and has to be modernised to find the right balance between players and the right incentives.

I wish you good luck in the next five years.

Kathleen Van Brempt (S&D). - Commissie Juncker en commissarissen, ik zou u willen zeggen dat u straks van onze fractie steun krijgt voor uw Commissie.

Ik kan u echter ook meedelen dat dit geen gemakkelijke oefening is geweest. Er is bij ons hard gediscussieerd en er is lang over nagedacht. Maar u hebt uw Commissie wat hertekend en u hebt ook belangrijke dingen gezegd deze ochtend die ons vertrouwen geven, vertrouwen in uw ploeg. U weet dat voor onze fractie een ander Europa belangrijk is, een Europa waar terug geïnvesteerd kan worden in mensen, in banen, in onze economie.

Maar ik wil u ook meegeven dat niet zomaar elke investering en niet zomaar elke vooruitgang voor ons voldoende is. Daarom was het ook zo belangrijk om duurzame ontwikkeling op het hoogste niveau, bij een van de belangrijkste commissarissen – op uzelf na natuurlijk – te zetten. Duurzame ontwikkeling die te maken heeft met investeren op de juiste plaats, op het juiste moment. Met andere woorden, het energiepakket 2030, met andere woorden, de Lissabon-strategie; dat zijn belangrijke instrumenten om in duurzaamheid te kunnen investeren.

Ten tweede, meneer Juncker, gaat duurzaamheid niet alleen over ecologie, maar ook over mensen. Niet zomaar elke baan is voor ons belangrijk, maar banen die werknemers aan het einde van de maand een inkomen bieden. Wij willen een Europa waar mensen niet tegen elkaar worden uitgespeeld, maar samen voor sociale welvaart zorgen. Dat is voor ons duurzame ontwikkeling. En wat ons betreft wordt dat opgenomen in de kern van het beleid van de volgende Commissie. Succes ermee!

Peter van Dalen (ECR). - Voorzitter, deze nieuwe Commissie heeft zeker een aantal positieve aspecten. Ik denk aan de Brusselse regeldruk, die veel burgers en bedrijven zat zijn. Daar speelt de heer Juncker goed op in door zijn eerste vicevoorzitter als taak te geven om daar het mes in te zetten. Ook is het juist, Voorzitter, dat de minister die jarenlang de regels van het stabiliteits- en groeipact heeft geschonden, door twee collega's aan banden wordt gelegd. Jazeker, ik doel hier op de Franse commissaris. En in het team Juncker kom ik een paar sterspelers tegen zoals de heer Timmermans, zoals de commissaris voor Landbouw en zoals de Engelse commissaris. Dat zijn positieve punten.

Toch, Voorzitter, kan ik het team Juncker niet steunen en zal ik mij onthouden van stemming, omdat het programma van de heer Juncker "meer Europa, meer monetaire unie en een star vasthouden aan de euro" is. Bovendien, Voorzitter, zijn een aantal commissarissen in het team gewoon te zwak. Ik noemde al de Franse commissaris, maar ik vind ook dat de zaak rondom de transportcommissaris onverstandig gelopen is. Daarom een onthouding van de Nederlandse delegatie in de ECR-Fractie.

Pablo Iglesias (GUE/NGL). - Señor Presidente, señor Juncker, hay frases que quedan para la historia. La del señor Barroso ayer fue: «Hemos salido airosos de la crisis», una frase propia del teatro del absurdo. Su frase para la historia ha sido: «No puedo cambiar de sexo a corto plazo». Le recomendaría que no hiciese usted broma sobre estas cosas, y si no, pregúntele a su amigo Cañete sobre las consecuencias.

Pero yo voy a retomar la broma para transmitirle una impresión: le veo a usted flojo en lecturas feministas, señor Juncker. Si hubiera leído usted a Simone de Beauvoir, sabría usted que el género es una construcción cultural; si hubiera leído usted a Judith Butler, sabría usted que el género es un problema de performatividad.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Le hago una propuesta performativa, señor Juncker: ¡venga usted vestido de mujer la próxima vez al Parlamento Europeo y convenga al señor Cañete de que haga lo mismo! Es lo más radical que van a poder hacer ustedes porque, a la vista de su discurso y a la vista de su documento, esperar algo de su Comisión es como esperar a Godot.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). - Κύριε Πρόεδρε, η νέα Ευρωπαϊκή Επιτροπή θα συνεχίσει, όπως και η προηγούμενη, με αμείωτη ένταση την επίθεση ενάντια στους λαούς. Η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ένωση του κεφαλαίου, έτσι και τα όργανά της, η αποστολή και η λειτουργία τους, ανεξαρτήτως προσώπων σηματοδεύουν τα εργατικά λαϊκά δικαιώματα και υπηρετούν τους επιχειρηματικούς ομίλους και την κάθε φορά μεγαλύτερη κερδοφορία τους. Ο διορισμός και της νέας Επιτροπής έγινε μέσα από παζάρια και ανταγωνισμούς που δεν έχουν καμία σχέση με τα εργατικά λαϊκά συμφέροντα. Οι προγραμματικές δηλώσεις, όπως και οι ακροάσεις των Επιτρόπων, αποτελούν μνημεία προώθησης της αντεργατικής πολιτικής των μνημονίων διάρκειας της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Το Κομμουνιστικό Κόμμα της Ελλάδας καταψηφίζει τη νέα Ευρωπαϊκή Επιτροπή και καλεί τον λαό, χωρίς καμία αναμονή, χωρίς καμία καθυστέρηση, να οργανώσει την αγωνιστική απάντηση για άμεση ανάκτηση των απωλειών, για να χαράξει δρόμο ανάπτυξης που να υπηρετεί τα συμφέροντά του σε σύγκρουση με την Ευρωπαϊκή Ένωση και τα μονοπώλια.

Mariya Gabriel (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur Juncker, dans le titre de votre programme vous avez mis l'accent sur le changement démocratique. Je crois que nous pouvons déjà vous féliciter du grand pas en avant que nous avons fait pour la démocratie européenne avec la procédure qui a mené à votre élection. Mais plus de légitimité démocratique pour la Commission implique plus d'attentes de la part des citoyens et j'aimerais insister sur quatre défis pour le futur collège.

Tout d'abord, oui à une Commission plus politique et plus efficace, mais oui, surtout, à une Commission plus cohérente. Que chaque commissaire ne travaille plus dans son coin, cela implique une plus grande cohérence entre les politiques internes et les politiques externes de l'Union. Politiques communes, meilleures coordination et solidarité entre les États membres: tout cela est valable pour relever tout aussi bien le défi de l'Union de l'énergie que celui de notre politique étrangère.

Deuxièmement, une approche globale de la migration, telle que vous la mettez en avant, implique une véritable diplomatie des migrations, ainsi qu'une politique migratoire fondée sur un dialogue et une coopération accrue avec les pays d'origine et de transit, en particulier avec les pays du sud de la Méditerranée. Car nous devons anticiper et nous attaquer aux problématiques de fond, comme l'insécurité ou le chômage des jeunes. Cela implique aussi le renforcement d'une politique des visas intelligente, qui puisse servir nos objectifs économiques.

Troisièmement, il est urgent de faire disparaître le sentiment qu'il existe différentes catégories de citoyens européens. À ce sujet, Monsieur Juncker, je vous demanderai de confirmer votre soutien à l'entrée de la Bulgarie et de la Roumanie dans l'espace Schengen, et de défendre sans relâche le principe de la libre circulation des personnes.

Enfin, il y a la question de l'égalité entre les hommes et les femmes. La Bulgarie a proposé une femme, Kristalina Georgieva, au poste de commissaire et nous sommes fiers de sa capacité de travail et de ses qualités. Mais aujourd'hui, on parle de croissance économique et celle-ci ne se fera pas sans le potentiel économique des femmes. Nous comptons donc sur vous et votre collègue pour qu'enfin vous encouragiez et permettiez la réalisation de ce potentiel économique des femmes.

Maria João Rodrigues (S&D). - Mr President, you are coming with a very strong legitimacy, so we can come with a powerful idea for Europe. I believe that we need a European new deal to relaunch growth and sustainable development. Europe remains indeed the best promise of sustainable development, democracy and citizenship, but we must recognise that we are confronted with important divergences now. So I believe that we really need to have an inspiring vision for the next phase of the Europe 2020 Strategy for growth and jobs, paving the way for the future – for more and better jobs. But we need to make sure that all Member States do have the conditions to implement such a strategy, and that is why we need this new deal. Fiscal discipline certainly; but the top priority should now be growth. We should have reforms, but above all we need to have investments for the future, and for this we need to have stronger instruments: not only the EIB and structural funds, but fiscal capacity and banking union. We need to complete the economic and monetary union.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Matt Carthy (GUE/NGL). - Mr President, what Europe needed in a new Commission was a change in direction; certainly across the Member States the people demanded that change in last May's elections. The people of Europe, I would say to Mr Juncker, want and deserve an end to the austerity agenda, an end to the conservative, regressive and undemocratic policies that underpin the EU today. They want a social Europe that protects public services, that invests in sustainable jobs for our young people and reinvestigates the regions and rural communities.

What is on offer today instead is more of the same. Forget about the personalities involved, this Commission is representative of the old boys' club that is intent on continuing the socially regressive, undemocratic Europe that has become disengaged from the communities and the citizens it claims to serve. Sinn Fein MEPs will be voting against the College because we want a fair Europe in which Member States work together on matters of mutual interest, rather than the two-tier, unequal Europe that is represented by this Commission.

Iveta Grigule (NI). - Šodien tiks apstiprināta Komisija. Šī nebūs ne labākā, ne sliktākā Komisija Eiropas Savienības vēsturē.

Mēs apstiprināsim gan spožus kandidātus, gan ne tik spožus. Spožus no tādām valstīm kā Igaunija, Lietuva, Polija, Itālija – un arī ne tik prasmīgus.

Man kā Latvijas pārstāvei ir svarīgi, lai Komisija tiktu apstiprināta, jo pēc diviem mēnešiem sāksies Latvijas prezidentūra Eiropas Savienībā, un mūsu valdībai ir vajadzīgs partneris ar visām pilnvarām Briselē, ar ko runāt.

Un tikai diviem jaunajiem komisāriem es gribu teikt ceļa vārdus – lauksaimniecības komisāram gribu vēlēt, lai pēc 5 gadiem tiktu izbeigta diskriminējošā politika attiecībā pret jaunajām dalībvalstīm, tai skaitā Baltijas zemniekiem, kas saņem 3 - 4 reizes mazākus tiešmaksājumus nekā vecās dalībvalstīs, un reģionu attīstības komisārei, kura pati nāk no Rumānijas un lieliski saprot, ka nevienlīdzības mazināšana starp Eiropas reģioniem ir pats svarīgākais šo piecu gadu uzdevums.

Es balsošu par Komisiju.

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Katharina von Siena hat schon gesagt: Nicht der Beginn wird belohnt, sondern einzig und allein das Durchhalten. Trotzdem ist der Beginn dieser Kommission ein Zeichen der Hoffnung. Wir haben den demokratisch legitimiertesten Kommissionspräsidenten und damit den unabhängigsten. Er legt uns eine Struktur der Kommission vor, die die Chance in sich birgt, dass die Kommission zu einer Regierung wird, sie effizienter wird, sie politisch Verantwortung übernimmt und die Projekte über die nationalen Interessen gestellt werden. Wir als Parlament, als Fraktionen, und der Rat haben uns dieser Arbeitsmethodik der Projekte und der Zusammenarbeit anzupassen und ebenfalls Reformen einzuleiten.

Es steht uns ein Kommissionspräsident gegenüber, der Politik machen will und bereit ist, mit seiner Kommission Verantwortung zu übernehmen. Seine Botschaft ist eindeutig. Ich bitte Sie, zuzuhören und zu lesen und nicht schon am Beginn Negatives zu unterstellen. Diese Kommission ist eine Kommission der ökosozialen Marktwirtschaft. Sie ist eine, die Investitionen unterstützt, die die EU zum *global player* machen will, die Energieabhängigkeit reduziert, die IT-Abhängigkeit reduziert, den Binnenmarkt ausbaut und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Aktivität des sozialen Zusammenhalts versteht.

Ich bitte aber auch, eines nicht zu vergessen: Kommunikation und Information. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was wir wann warum tun. Daher muss dieses Projekt über allem anderen stehen. Alles Gute!

Patrizia Toia (S&D). - Signor Presidente, noi voteremo per una Commissione che si assuma fino in fondo la sua responsabilità politica di governo, che viva di maggiore democrazia perché la scelta che lei ha citato di ascoltare il voto degli elettori per noi è solo l'inizio di un cammino di investitura popolare, che deve essere l'opzione per il completamento del progetto europeo.

Cruciale sarà il rapporto con il Parlamento: qui la Commissione dovrà collaborare per i suoi programmi, dovrà rendere conto e rispondere del suo operato e ascoltare la voce degli europei che qui si esprime. Noi le chiediamo di ribaltare, rispetto al passato, il rapporto tra politica e tecnocrazia: la politica decide, sceglie, indica una strada. La tecnocrazia non sia più usata per dire che non si può fare, ma sia impiegata per spiegare come si deve poter fare. Lei sa le nostre priorità: il piano per gli investimenti con risorse fresche, un uso intelligente e rassicurante della flessibilità. Insomma, crescita ed occupazione.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ci dimostri davvero di aver capito la lezione, che viene da questi anni di incapacità politica, di mancanza di ambizione, di forza che l'Europa ha avuto di fronte alla crisi, di fronte a 18 milioni di disoccupati, di miopia e ostinato rigore. Posso dire, lasciando persino sola la BCE ad avere coraggio. Il suo programma deve dire che cambiare si può. In Italia abbiamo vinto le elezioni europee con un progetto di cambiamento: che cambiare si può, che crescere si deve, che le diseguglianze vanno combattute ed eliminate perché la democrazia è fatta di diritti, di equità e di solidarietà. Il nostro voto signor Presidente, non era scontato e non è obbligato. È però una scelta meditata e consapevole, lo so, è un investimento per realizzare quella visione d'Europa che è mancata, è una sfida leale e inflessibile.

Dubravka Šuica (PPE). - Gospodine predsjedniče, želim Vam čestitati gospodine Juncker na sastavu Komisije, želim Vam čestitati na ambicioznoj Komisiji, na viziji koju imate. Isto tako vidim da ste trebali učiniti niz kompromisa, ali isto tako vidim da ćete Komisiju voditi beskompromisno. Obnovit ćete mostove nakon krize, kao što ste rekli, i vratiti povjerenje europskim građanima.

Isto tako ste rekli da nećete razvijati Europsku uniju nauštrb zemalja, nacionalnih država članica. Taj mi se pristup jako sviđa. Spomenuli ste također Komisiju gospodina Barrosa kao uspjeh, za vrijeme čijeg je mandata 13 zemalja ušlo u Europsku uniju. Među njima je i Hrvatska, moja država i jako mi je drago da ste se u odnosu na proširenje postavili tako da će gospodin Hahn koji je vrlo iskusan biti povjerenik za proširenje. Isto tako i gospođa Mogherini, to nam je vrlo važno i interesira nas jako odnos prema prometu, prema Jadransko-jonskom koridoru i isto tako prema Transjadranskom plinovodu. To su vrlo važne teme kad je jugoistočna Europa u pitanju.

Isto tako pozdravljam ovaj dio kad govorite o ravnopravnosti spolova. Rekli ste i citiram: „To nije luksuz, nego obveza svih europskih političara.” Znači, ne samo u Vašoj Komisiji, nego na svim razinama, administrativnim i političkim u Komisiji očekujemo više žena, ja vjerujem da ćete to ispuniti. Ja Vam želim poručiti neka ova Komisija učini da građani Europe bolje žive. Neka Vaš investicijski program uspije. Ja sam uvjeren da ćete povećati broj radnih mjesta i da ćete smanjiti nezaposlenost mladih, što smatram da je ključna tema Europske unije.

Tanja Fajon (S&D). - Hvala lepa. Spoštovani predsednik Juncker, bodoče komisarke in komisarji, Nova Evropska komisija je sestavljena. Kombinatorika je bila zapletena, naporna, nepredvidljiva. Na koncu zaradi slovenske kandidatke tudi zelo stresna, za kar mi je žal. Verjamem pa, da je bila to poučna lekcija, tako za mojo državo kot za Evropsko komisijo, in jasen signal, da izbira komisarja zahteva modrost.

Evropski komisar ni le politik, ni le strokovnjak, ni le vizionar, ampak je kombinacija vsega tega. Pravo vrednost mu dajejo razgledanost, razsodnost in odločnost.

Komisija, ki je pred nami, ni idealna. Izraža kompromis, kakršnega smo v tem trenutku sposobni. Kljub temu upam, da je v njej večina komisarjev in komisark osebno in družbeno odgovornih in da so pripravljeni trdo delati, da bi Evropejcem ustvarjali dom, v katerem se bomo počutili cenjene, varne in zaželene.

Kajti to je bilo tudi osnovno sporočilo evropskih volivcev.

Parlamentarci jim ostajamo zavezani, zato bomo kot dobro delujoče varovalke bdeli nad komisijo. Vi ste ekipa, ki načrtuje našo prihodnost in prihodnost naših otrok, in tega nikoli ne pozabite.

Od vas, gospod Juncker, nočemo le všečnih besed, kot tudi ne od ekipe. Hočemo predloge, ki jih bomo podpirali z mirno vestjo in zavedanjem, da evropski vlak znova poganjamo na hrib uspeha. Želim vam vso srečo. Hvala lepa.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, αγαπητέ κύριε Juncker, τόσο στην ομιλία σας στις 15 Ιουλίου, όσο και σήμερα δείξατε ότι έχετε μεγάλες φιλοδοξίες. Συμφωνώ και προσυπογράφω απολύτως. Για τον σκοπό σας αυτό θα σας στηρίξουμε, εσάς προσωπικά, και την Επιτροπή με όλες μας τις δυνάμεις. Θέλουμε περισσότερη και καλύτερη Ευρώπη. Θέλουμε διεύρυνση και εμπάθυνση των δημοκρατικών μας θεσμών.

Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ένας ημιτελής οργανισμός, τόσο σε οικονομικό όσο και σε πολιτικό επίπεδο. Αν οι Ηνωμένες Πολιτείες πέρασαν την παγκόσμια κρίση με το μικρότερο δυνατό κόστος, είναι γιατί έχουν ομοσπονδιακό προϋπολογισμό έξι φορές μεγαλύτερο απ' αυτόν που έχει η Ευρωπαϊκή Ένωση. Μπορεί να τυπώνουν την περίοδο της κρίσεως έστω και λίγο πληθωριστικό χρήμα. Έχουν τα ομοσπονδιακά ομόλογα, εμείς δεν έχουμε τίποτα. Δεν έχουμε καν πολιτική να τυπώσουμε χαρτονόμισμα του ενός και των δύο ευρώ.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Αλλά και σε πολιτικό επίπεδο, ποια είναι η δική μας αποτελεσματικότητα στο θέμα της Ουκρανίας; Ποια είναι η αποτελεσματικότητα για το Κομπάνι στην κρίση της Συρίας και του Ιράκ; Ποια είναι η αποτελεσματικότητά μας για την επιθετικότητα, της παραβίασης της Αποκλειστικής Οικονομικής Ζώνης της Κύπρου από την Τουρκία; Είναι ή δεν είναι η Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη των κρατών μελών Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Για όλες αυτές τις προκλήσεις, για όλες αυτές τις δυσκολίες στεκόμαστε στο πλευρό σας και θα σας βοηθήσουμε με όλες μας τις δυνάμεις.

Paul Tang (S&D). - Mr President, I would like to welcome Mr Juncker and his team. I have one minute and will only make one point.

The new Commission, the team Juncker, can push Europe in the right direction, towards the hearts and minds of Europeans – our voters – by making Europe more social, green and transparent. But to do that and push in the right direction Europe must get out of the muddling-through scenario of low growth and high unemployment. To do that, we need to get the European economy back on track. Increasing private and public investment is key – raising demand in the short term and improving the supply side in the longer term. That is why so many Social Democrats find the investment plan of EUR 300 billion crucial for the economy and for Europe. We do not doubt the good intentions of the Commission, but we are really disappointed by the lack of detail thus far. Only if the investment plans turn out to be real and substantial can the Commission continue to count on our cooperation. Good luck!

Esther de Lange (PPE). - Voorzitter, “la commission de la dernière chance” klinkt een beetje melodramatisch, maar ik denk dat de analyse klopt. Europa lijdt onder een gebrek aan vertrouwen onder veel burgers. En het is aan deze Europese Commissie, samen met de Raad en het Europees Parlement, om dat vertrouwen te herstellen door te leveren en door te focussen op kerntaken. Het CDA in het Europees Parlement steunt ook van harte de eerste vicevoorzitter die als taak heeft om over die focus te waken. Wat ons betreft zijn die kerntaken: een eerlijke interne markt, het zeker stellen van grondstoffen, voedsel en energie, en dat op een duurzame manier, migratie en het veel sterker spreken meer één stem in de wereld.

Maar de echte kernuitdaging ... Nu citeer ik Jean-Luc Dehaene, op vrije wijze, maar ik citeer hem wel en ik wil hem hier ook eren, want hij is ons helaas eerder dit jaar ontvallen. Jean-Luc Dehaene zei altijd: “De grote vraag voor Europa is: wordt het een Bokrijk, wordt het een openluchtmuseum, of slagen we erin om juist de concurrentiekracht van onze economie overeind te houden?” Als je weet dat Europese handen nooit zo goedkoop gaan worden als Chinese handen, zal Europa het continent moeten zijn dat zichzelf steeds opnieuw uitvindt door slimme en duurzame oplossingen die die Europese handen aan het werk houden.

Groei en banen dus door slimme en duurzame oplossingen, en – zeg ik tegen de heer Tang – niet door de komende generaties met torenhoge schulden op te zadelen. Ik wil niet tot de generatie politici behoren die nu het moeilijk is, afbreken wat de generatie van mijn grootouders, van mijn ouders, in Europa hebben opgebouwd. Juist nu het moeilijk wordt, is Europa het waard om voor te vechten. Dat ga ik de komende vijf jaar doen. En van u verwacht ik niet anders. Ik wens u heel erg veel succes.

Carlos Zorrinho (S&D). - Senhor Presidente, Senhor Juncker, a nova Comissão nasce sob o signo da mudança, nasce também sob o signo da esperança, de um novo ciclo de prosperidade para a União Europeia. Mas nasce também num contexto social e económico muito frustrante. Não é claro que possamos crescer nos próximos tempos.

É hoje evidente: o modelo político de empobrecimento dos povos do sul tem um efeito *boomerang* e está a trazer a estagnação aos outros povos europeus.

Por isso já não bastam palavras. É preciso atos concretos, algo tem que mudar.

Precisamos de colocar o nosso *homem na lua*. Precisamos de ser um laboratório do futuro e não um museu do passado.

O senhor disse que ia mobilizar 300 mil milhões de euros para o investimento. O senhor disse onde ia investir: redes de banda larga, redes de energia, redes de transporte, educação, investigação, inovação, energias renováveis e eficiência energética.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Sr. Juncker, é isso mesmo, é isso mesmo que temos que fazer. Temos que posicionar a União Europeia como precursora de uma nova economia de rosto humano, capaz de combinar energia e informação e capaz de criar dignidade e felicidade para quem nela vive.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, comhghairdeas don Choimisinéir agus do choláiste na gCoimisinéirí. Go n-éirí go geal libh sa dúshlán mór atá romhaibh agus romhainn amach.

Mr President, I would like to congratulate President Juncker on the way he has divided what could be an unwieldy bunch of 28 independent-minded Commissioners into an effective team. I think that is a good idea and, as a sportsman, I also welcome the fact that he has made sport a specific responsibility for Commissioner Navracsics.

I would like to congratulate the Irish Commissioner, Phil Hogan, on being given the heavy responsibility of the agriculture portfolio, and I would ask President Juncker maybe to help him to reverse the decision of recent days to raid the emergency funds for farmers, as a result of the pressure put on them due to Russian sanctions, taking EUR 451 million and reducing it to a little over EUR 80 million. That is not acceptable.

I also welcome your commitment, President Juncker, in relation to the EUR 300 billion and especially the involvement of the private sector, because it is private-sector entrepreneurs, rather than bureaucrats, who create jobs.

With regard to trade, I would urge you particularly to place great emphasis on liquefied natural gas (LNG) terminals in Europe, in order to improve security and diversity of supply, and also on electricity interconnectors, which can be very effective, particularly using intermittent renewables.

Lastly, I want to welcome your commitment to the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). I would also ask you to ensure that the Comprehensive Trade and Economic Agreement (CETA) with Canada and the Singapore deal are brought to fruition as soon as possible.

Mr Juncker, you have a very ambitious plan. Please make the plan a reality from the word go.

Bogusław Liberadzki (S&D). - Panie Przewodniczący Juncker! Z dużym wdziękiem powiedział Pan, że ogranicza Pan swoje kompetencje na rzecz innych członków Komisji, ale pozwolę sobie zauważyć, że to nie ogranicza Pańskiej odpowiedzialności. Jeżeli cokolwiek pójdzie źle, to pewnie Pan będzie przywoływany tutaj do odpowiedzialności. Powiedział Pan też jasno, że nie jest Pan służą Parlamentu, ale mam nadzieję, że jest Pan służą społeczeństwa. Ten Parlament jest emanacją społeczeństwa. Stąd liczymy na to, że Parlament będzie odgrywał we współpracy bardzo istotną rolę.

Powiedział Pan, że świat nie jest bezpieczny, że jest wręcz niebezpieczny – i tu się zgadzamy. Wspomniał Pan o Republice Islamskiej, wspomniał Pan o eboli, a co Pan sądzi o naszej wschodniej granicy, bo na ten temat nic Pan nie powiedział? Czy to, co dzieje się za wschodnią granicą Unii, to jest świat bezpieczny?

Trzecia bardzo ważna sprawa – kwota 300 miliardów euro. Cieszę się, że Pan to potwierdza, natomiast chciałbym się bliżej dowiedzieć, z jakich pochodzi ona źródeł? Co z podatkiem od transakcji finansowych, co ewentualnie z koncepcją *project bonds*, bo ich przeznaczenie mniej więcej znamy. Cieszy mnie natomiast, że nie stanie się to metodą wzrostu długu publicznego. Będziemy głosować za Panem. Powodzenia.

Paulo Rangel (PPE). - Senhor Presidente, caro Presidente Jean-Claude Juncker, caros Comissários designados, cabe-me a mim fazer a última intervenção programada desta manhã, e nessa medida vou falar aqui, não como cidadão português, mas como cidadão europeu. E aquilo que queria lembrar nesta intervenção final ao nosso Presidente designado, que vai ver agora o seu Colégio de Comissários sujeito a votação, é que repousa sobre o Presidente e repousa sobre todos os Comissários a responsabilidade de serem pela primeira vez um executivo verdadeiramente com legitimidade democrática que foi sujeito a um ato eleitoral em que o candidato a Presidente apareceu com um rosto e com uma identificação partidária, e isso é uma responsabilidade tão grande neste momento de arranque de um novo ciclo europeu que eu gostaria que ficasse aqui gravada essa vossa responsabilidade.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Não vos peço mais nada. Peço que honrem o voto dos eleitores europeus. Não dos eleitores de Portugal, não dos eleitores da Eslovénia, não dos eleitores da Holanda, não dos eleitores de cada um dos países, mas dos eleitores que neste ato de 25 de maio votaram como europeus e enquanto cidadãos europeus para que vocês tenham responsabilidades governativas.

Catch-the-eye-Verfahren

Antonio López-Istúriz White (PPE). - Mr President, on behalf of the PPE it is with great respect that I salute the new Commission and I hope that all of us here in the plenary will afterwards vote for this Commission. It has been a long road map since we started this. This is an elected Commission; this is different and many of us believe that we will now have a political future and that we are going to respond to the citizens.

This is the Commission we want. We will support you in your initiatives, in all the priorities that we all share here. I know that some of you do not, but you will feel how this is going to change the future and the unity of this European Union. This is starting today and I feel proud from the PPE family, from all my colleagues and also for those who are going to vote in favour of this new Commission and this new era under Jean-Claude Juncker.

Ana Gomes (S&D). - Senhor Presidente, Sr. Juncker, vou dar-lhe o benefício da dúvida, apesar de fortes reservas quanto a alguns dos seus Comissários. Manteremos a Comissão sob vigilância.

Para além do plano de investimento estratégico para o crescimento e o emprego, queremos ver o Semestre Europeu aplicado com flexibilidade inteligente e solidariedade, o que exige que Estados-Membros com excedentes, como a Alemanha, cessem a política de avestruz e que avancemos para a gestão mutualizada das dívidas.

O senhor vem de um país que funciona, desgraçadamente, como um quase paraíso fiscal. Por isso tem a especial obrigação de se empenhar pelo fim do secretismo bancário e acionista e de esquemas como o Freeport Luxembourg, e de pôr a sua Comissão a trabalhar contra a selva fiscal que hoje enfraquece a Europa e incentiva a criminalidade fiscal, a lavagem de dinheiro, a corrupção e a desgovernança globalmente.

Boa sorte, Sr. Juncker!

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, θα καταψηφίσω τον κύριο Juncker και την Επιτροπή του. Η Επιτροπή που μας παρουσίασε πριν λίγο είναι μια Επιτροπή στην οποία εκπροσωπείται ο παλιός πολιτικός κόσμος της Ευρώπης. Τέσσερις πρώην πρωθυπουργοί, αρκετοί πρώην υπουργοί, όλοι όσοι δηλαδή είναι πολιτικά υπεύθυνοι για τη φτωχοποίηση της Ευρώπης, για την κοινωνικοποίηση των ζημιών των τραπεζών, για τη δημιουργία μιας τεράστιας στρατιάς ανέργων, για την κινεζοποίηση των μισθών, για την υπερχρέωση της Ελλάδας με ένα τεράστιο επονείδιστο χρέος, όσοι απέτυχαν λοιπόν υπόσχονται τώρα ότι θα σώσουν την Ευρώπη, αφού όμως κυριολεκτικά τη διέλυσαν. Είμαστε κάθετα αντίθετοι στο πρόγραμμα της Επιτροπής, γιατί καταδικάζει τον ευρωπαϊκό νότο στη δεύτερη ταχύτητα, ενισχύει τη γερμανική Ευρώπη, εμπεδώνει την Ευρώπη των δανειστών που στηρίζει την τρόικα και τα μνημόνια στην Ελλάδα, και δεν αντιστρατεύεται την мерκελική πολιτική.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, η απόφαση της Επιτροπής Πολιτισμού να μην αποδεχθεί τον Επίτροπο που στείλατε και η δική σας επιμονή να τον αποδεχθείτε είναι ένα δείγμα όχι δημοκρατίας, αλλά δικτατορίας. Ότι ακούω για δημοκρατία από το ένα αυτί μπαίνει και από το άλλο βγαίνει. Ως άνθρωπος στενοχωριέμαι που αντιμετωπίζω ανθρώπους να εκφράζουν αυτά τα πράγματα, αλλά φίλος ο Πλάτων, φιλότατη η αλήθεια. Σε όλα τα συντάγματα, όλων των χωρών, καταγράφεται ότι η λαϊκή κυριαρχία αποτελεί το θεμελιακό βάθρο. Πού είναι όμως η δημοκρατία και η εφαρμογή της όταν παραβιάζεται συνεχώς από παντού και από όλους; Το πρόβλημα της δημοκρατίας είναι το μεγαλύτερο από όλα. Η Ιστορία μας χτυπάει την πόρτα. Ο ελληνικός λαός τρέχει να την ανοίξει για να σας δείξει πώς θα εφαρμοστεί η εξουσία του λαού.

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Herr Juncker, ich war vor kurzem in den Vereinigten Staaten – in Washington – wegen TTIP. Ich habe da auch mit amerikanischen Gewerkschaftern gesprochen. Einer von denen hat gesagt: TTIP, das ist kein Abkommen zwischen zwei Staaten. Das ist ein Abkommen, wo große Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks versuchen, allen anderen ihre Regeln aufzudrängen. Das würde für Europa bedeuten: weniger Demokratie, weniger Freiheit, weniger Rechtsstaatlichkeit.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ich weiß, Sie haben es angesprochen, aber ich möchte Sie noch einmal auffordern: Seien Sie hier sehr sorgsam! Seien Sie hier sehr wachsam! Der Freihandel ist wichtig, aber auf dem Altar des freien Handels darf nicht der Rest dessen geopfert werden, was Europa ausmacht, nämlich unsere Rechtsstaatlichkeit, unsere Demokratie und unsere Freiheit.

(Beifall)

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Pán Juncker, veľmi pozorne sme určite všetci počúvali Vaše dnešné vystúpenie a pravdepodobne väčšina tejto snemovne Vám dneska vysloví svoju podporu, budem medzi nimi určite aj ja, nielen preto, že ste si za jedného zo svojich najbližších spolupracovníkov a viceprezidentov vybrali práve veľmi skúseneho komisára pána Šefčoviča, ktorý reprezentuje aj moju krajinu, ale pretože ste predstavili pomerne zaujímavý program. Ja by som Vás len chcela požiadať, aby ste naozaj vo Vašom programe dali veľký priestor práve sociálnej politike a tomu, že ešte aj dnes, 10 rokov po tom, čo sa moja krajina stala členským štátom Európskej únie, je priemerná mzda na Slovensku ešte stále nižšia ako minimálna mzda v Luxembursku, vo Vašej krajine. Takže dúfam, že všetky tie opatrenia, ktoré sa chystáte urobiť, budú najmä v prospech občanov, pretože finančným inštitúciám a veľkým korporáciám sme pomáhali dostatočne v tých predchádzajúcich obdobiach. Ďakujem veľmi pekne a držím Vašej Komisii palce.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Der Präsident. - Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 118 Absatz 5 der Geschäftsordnung vier Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an diese Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Sveikinu poną J.-C. Junckerį po ilgų paskirtųjų Komisijos narių klausymų bei intensyvių derybų pristatantį mums Europos Parlamente naująją Komisiją. Labai svarbu, kad Komisija pradėtų dirbti nuo šių metų lapkričio 1 dienos, nes Europa negali laukti. Milijonai žmonių, šiandien vis dar kenčiančių nuo nedarbo, negali laukti. Jaunimas, kurio nedarbo skaičiai šiandien vis dar muša rekordus kai kuriose valstybėse narėse, negali laukti. Ir galiausiai, žmonės, patekę į skurdo spąstus dėl finansų ir ekonomikos krizės, taip pat nebegali laukti. Taigi, pradėkime veikti.

Mes, socialdemokratai, tikime Jūsų pažadu išlaikyti socialinę Europos ekonomikos atsigavimo kryptį. Tikime, kad ekonomikos atsigavimas bus tvarus, o naujos kuriamos darbo vietos bus saugios. Kad kovosime su skurdu, ypač vaikų ir pagyvenusių žmonių. Kad neleisime išivyrauti dirbančiųjų skurdui, kuomet net ir darbą turintys žmonės mūsų šalyse negali išgyventi. Kad kovosime su energetiniu skurdu, didindami energetinę nepriklausomybę nuo neprognozuojamų didžiųjų kaimynų. Tai ypač aktualu Baltijos šalims.

Ypač džiaugiuosi Jūsų pažadu visas valstybes nares vertinti vienodai ir teisingai. Tikiuosi, šis pažadas ras atgarsį ir žemės ūkio politikoje, kur Baltijos šalys šiandien vis dar yra diskriminuojamos, nes gauna mažiausias tiesiogines išmokas visoje Europos Sąjungoje. Prasidedanti Komisijos kadencija tikrai bus pilna iššūkių, todėl linkiu Jums kuo didžiausios sėkmės ir nekantriai laikiu mūsų bendradarbiavimo pradžios.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Tisztelt Elnök Úr! Egy új időszak elején gratulálok a biztosi kollégium megválasztásra jelölt tagjainak és Juncker elnök úrnak! Ahhoz, hogy a mai pillanat elérkezessen, maratoni meghallgatásokat tartottunk szakbizottságainkban, górcső alá véve a jelöltek szakmai és politikai felkészültségét. Üdvözlöm, hogy a mai szavazással lezárul a nyolc hónapja tartó bizonytalansági időszak az EU-ban. Viszont a Bizottság megalakulását több anomália és furcsaság előzte meg, amelyekkel a jövőben foglalkozni kell. A legkézenfekvőbb az lenne, ha a Bizottság elnökének kiválasztása és megszavazása után az konzultációkat kezdene a tagországokkal, azoknak ajánlana fel portfóliókat, s csak ezután kérne személyi javaslatokat a tagállamok kormányaitól. A jelenlegi rendszer ugyanis fordított, a tagállamok úgy jelölnek komisszárokat, hogy azoknak sejtelmük sincs a jelölés pillanatában, mely szakterületekért lesznek majd felelősek.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

A mostani folyamat hiányosságai helyt adtak a politikai töltetű és nem megalapozott támadásoknak, s ez végső soron presztízsvesztést jelent nem csupán az adott országnak, de az Uniónak is. Annak ellenére, hogy a Juncker-Bizottság összetétele nem ideális – hiányzik például egy olyan biztos, aki kifejezetten a történelmi, nemzeti kisebbségek jogainak védelmével foglalkozna – mindenképpen esélyt látok arra, hogy az új Bizottság új energiákat adjon az Uniónak. Számítunk arra, hogy a szerződések méltó őre lesz és intézkedéseivel, javaslataival segíti a polgárok Unióba vetett hitét újraéleszteni.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Jean-Claude Juncker ist der neue Präsident der Europäischen Kommission. Freilich: ein Kommissionspräsident ohne Kabinett ist wie ein Kaiser ohne Kleider. Mit einem Unterschied: der Kaiser kann sich - im Allgemeinen - seine Kleider selbst aussuchen, Juncker wurde - um im Bild zu bleiben - von den europäischen Regierungschefs eingekleidet. Er muss anziehen, was ihm die Ministerpräsidenten nach Brüssel schickten. Doch selbst die Anprobe wurde nicht ihm allein überlassen. Das Parlament maß genau nach, ob Ärmellänge, Bund und Schritt auch tatsächlich passten, gelegentlich wurden Änderungen durchgeführt. Am Ende, nein, genug der Parallelitäten, am Ende wurde eine Kandidatin wegen schlechter Performance nach Hause geschickt, bei einigen anderen künftigen Kommissionsmitgliedern gab es den einen oder anderen Vorbehalt. Nun kommt also Jean-Claude Juncker mit seinem neuen Team. In seiner Rede vor der Abstimmung hat er viel Richtiges gesagt: Das oft zitierte 300 Milliarden Investitionsprogramm der EU „liegt (ihm) sehr am Herzen“ - daher werde er es nicht erst in drei Monaten, sondern schon vor Weihnachten in seinen Details vorlegen. „Diese Kommission ist die Kommission der letzten Chance - entweder es gelingt uns, Europa den Menschen näher zu bringen, oder wir scheitern endgültig.“ Als Parlamentarier werden wir ihm ab jetzt genau auf die Finger schauen.

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D), *in writing*. – President Juncker, we, the citizens of Europe are expecting:

A Commission with a new way of doing things: more dynamic, more efficient, better cooperating with the European Parliament,

A Commission oriented towards the European citizens' aims and goals,

A Commission that will focus on new investments, investments in Europe's critical infrastructure, investments to fuel sustainable growth,

A Commission that will develop new programmes and allocate more money for job creation, especially for young people,

A Commission which will work thoroughly on improving solidarity between the member countries of the EU, especially the development of less developed regions within EU countries,

A Commission that will find the right balance between support for the private sector and for financial institutions and an effective social security for EU citizens,

A Commission which will work hard to implement and further develop a real Common Security and Defence Policy, an EU with the necessary military capabilities to face old and new challenges and threats to our common security,

A Commission which will work hard for a more influential EU in international affairs. We wish the New Commission lots of success, because together with the European Parliament and the Council, our success is going to be Europe's success!

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Wahl der neuen EU-Kommission gestimmt. Diese Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Hauptgrund für mein Ja war am Ende, dass sowohl Jean-Claude Juncker persönlich als auch die zuständige Sozialkommissarin Marianne Thyssen mir zugesagt haben, meinen Einsatz für eine grundsätzlich familienfreundlichere EU-Politik und eine nicht-legislative „Europäische Familienstrategie“ als Grundlage dieser Politik zu unterstützen. Daran werde ich sie in den nächsten fünf Jahren messen. Ich erwarte: Familienfreundlichkeit als Grundprinzip Europas!

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Überzeugend fand ich in den heutigen Ausführungen auch die klare Absage Junckers an geheime Schiedsgerichte zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat (ISDS) beim TTIP-Abkommen. Dieses Nein ist elementar! Ich erwarte schnelle, konkrete Schritte.

Herr Juncker, Sie versprechen eine neue Kommission ohne Schubladendenken, eine politische Kommission an der Seite der Bürger, neue Bewegung für Europa. Mein Vertrauen haben Sie – enttäuschen Sie mich nicht! Geben Sie für Europa Gas! Geben Sie Europa eine neue Richtung! Machen wir es besser! Und familienfreundlich!

Eduard-Raul Hellvig (PPE), în scris. – Alegerea noii Comisiei Europene marchează o nouă etapă, esențială, în procesul de reconfigurare instituțională la nivelul UE. Prin desemnarea dlui Juncker în fruntea viitoarei Comisii și prin aprobarea membrilor acesteia, în urma audierilor din Parlamentul European, acest for, exponent al voinței cetățenilor celor 28 de state membre, validează opțiunea exprimată la alegerile europarlamentare și conferă o legitimitate democratică fără precedent Comisiei. Este un pas important pentru depășirea crizei de încredere pe care o traversează instituțiile comunitare în urma anilor de recesiune. Noii Comisii îi revine misiunea de a lansa, acum, un proces curajos de creștere economică și de combatere a șomajului. Am încredere că experiența dlui Juncker și a altor membri ai echipei sale în stabilizarea UE în urma crizei financiare și economice reprezintă o bază solidă pentru agenda ambițioasă pe care o propun Europei în următorii cinci ani. UE are nevoie de continuarea eforturilor de însănătoșire bugetară, de consolidare a progreselor înregistrate, precum și de o impulsionare durabilă a competitivității economice și a creării de noi locuri de muncă. Totodată, procesul de integrare europeană trebuie să continue, prin eliminarea ultimelor bariere în calea liberei circulații și solidarizarea activă în vederea reducerii decalajelor dintre vechile și noile state membre ale Uniunii.

Benedek Jávör (Verts/ALE), írásban. – Aki ismeri a képeslapot, „The Perfect European Should Be...” címmel, annak az új bizottság kapcsán is ez a karikatúra villanhat fel. Eszerint a Tökéletes Európai úgy főz, mint egy brit, humoros, mint egy német, józan, mint egy ír, szervezett, mint egy görög, és szerény, mint egy spanyol. Juncker elnök úr is mintha ilyen alapon osztotta volna ki az új Bizottságban a portfóliókat.

Így a jelentős olajipari érdekeltségekkel rendelkező spanyol Cañete felel majd azért, hogy az európai klíma- és energia-politika kellően ambiciózus legyen, és az Unió vezető szerepet játsszon a jövő év végén rendezendő párizsi klímacsúcson, ahol az új, katasztrofális éghajlatváltozási következményeket megelőzni képes nemzetközi rendszerben kéne megállapodni.

Az elmúlt években a költségvetési fegyelem szobrát nem Párizsról mintázták meg, mégis Moscovici lesz a gazdasági-pénzügyi és adózási kérdésekért felelős biztos. Vajon éppen ő lesz majd képes úrrá lenni az EU gazdasági nehézségein?

És itt van az oktatási, kulturális, ifjúsági ügyekért felelős Navracsics Tibor. Ő az egyetlen olyan biztosjelölt, aki a szakbizottságban még a Bizottságot egyébként támogató koalíciótól sem kapta meg a támogatást. És aki talán azt a félelmetesen retrográd oktatási politikát képviseli majd, amelyet az utóbbi években a magyar kormány valósított meg.

Felelősen gondolkodó képviselőként ezt a Bizottságot szavazatommal nem tudom támogatni.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – Vážený pán Juncker, súhlasím, že hodnotenie viacročného finančného rámca v polovici trvania, ktoré je naplánované na koniec roka 2016, by malo byť príležitosťou na ďalšie nasmerovanie rozpočtu EÚ do oblasti zamestnanosti, rastu a konkurencieschopnosti. Verím, že Vaše kroky budú smerovať do oblastí, ktoré dokážu vytvoriť dodatočný rast vo výške stovky miliárd eur. Len digitálna agenda má potenciál pre vznik dynamickej znalostnej spoločnosti a státisícov nových pracovných miest, najmä pre mladších uchádzačov o zamestnanie. Rovnaký potenciál má dokončenie jednotného trhu, či Transatlantická dohoda s USA.

Treba sa však s plnou vážnosťou pozrieť na neudržateľný deficit platieb za už zrealizované projekty, ktoré EÚ nezaplatila svojim veriteľom. Súhlasím s názorom, že hospodárstva, do ktorých sa neinvestuje, nerastú. A ak hospodárstva nerastú, nevytvárajú zamestnanosť. Ale ak sa do hospodárstva investuje, ale potom tie investície nemá kto zaplatiť, to je ten najhorší scenár, ktorý v EÚ nemôžeme pripustiť. Prístup Rady s odkladaním platieb už prekročil všetky hranice. To je aj pre vás prvá domáca úloha, ktorú spoločne musíme vyriešiť.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – As someone who knows the Commission intimately, I must say I admire the courage of its President, Mr Juncker, to try ending its unfortunate ‘silo’ culture. Another positive ingredient of the Juncker vision is delegation to the Vice-Presidents, which should create space for the President to provide more vision and leadership than was the case in the past. The personal qualities of the President also seem to foretell the right balance between charm and firmness, a long leash and swift retribution. The new arrangements, however, also leave some questions unanswered. At the top, the presidentialism of previous years was accompanied by an ‘ambush culture’, which essentially meant sacrificing collegiality for the sake of presidential power, underpinned by a super-strong Secretariat-General (in itself a normal thing). In time, every Commissioner learnt to use the system to clear his or her files, and the habit became second-nature. I am also afraid the old-fashioned career and motivation system for officials will not help the Juncker approach. Finally, a more political Commission is a good thing, provided ‘political’ is opposed to superficial posturing, spinning and opportunistic surfing. I hope the President has the right answers for all these problems and I wish him luck.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržao sam program rada nove Komisije predsjednika Junckera. Kao nositelju liste HDZ-a na europskim izborima u RH-oj, drago mi je da smo pobjedom pridonijeli da EPP-ov „spitzenkandidat“ postane predsjednik Komisije. Inovativnim izbornim procesom osnažen je demokratski legitimitet institucija EU-a, pri čemu je EP imao prominentnu ulogu.

Juncker je sastavio kvalitetan tim povjerenika koji su se pokazali kompetentnima na saslušanjima. Program rada u fokus stavlja zapošljavanje, rast, pravednost i demokratske promjene. S obzirom na probleme s kojima se susreću članice Unije, a pogotovo s nezaposlenošću, očekujem da će glavni prioritet rada buduće Komisije biti jačanje europskog gospodarstva s pozitivnim učinkom na standard građana.

Europskoj uniji potrebna su pametnija ulaganja, manje propisa i veća fleksibilnost. Bitno je graditi bolju infrastrukturu, ojačati industriju, stvoriti čvrstu energetska uniju te voditi aktivnu klimatsku politiku. Naglašavam potrebu dinamiziranja unutarnjeg i digitalnog tržišta, jačanje EMU-a kao temelja za gospodarski rast Unije.

Očekujem daljnji snažan angažman u vezi ilegalnih migracija, borbe protiv prekograničnog kriminala i terorizma. Na globalnoj razini ključno je osnažiti vanjskopolitičku aktivnost EU-a s partnerima u rješavanju kriza u Ukrajini, Siriji i Iraku, te dati prioritet politici susjedstva. Drago mi je da će Komisija raditi na politici proširenja EU-a, osobito prema Bosni i Hercegovini.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Die von Herrn Juncker geführte Kommission entspricht in vielerlei Hinsicht nicht den Erwartungen der europäischen Bürger. Sie ist zum einen geprägt von Kommissaren, die für eine Fortführung und Vertiefung der bisherigen europäischen Politik stehen und zum anderen mit zahlreichen Kommissaren besetzt, die fachlich den gestellten Aufgaben nicht gewachsen sind. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Herren Moscovič, Katainen und Dombrovskys. In den vor dem Parlament durchgeführten Anhörungen, konnten diese Herren weder politisch noch fachlich eine Mehrheit der Parlamentarier überzeugen. Ihre Wahl verdanken sie lediglich einem unwürdigen Geschacher hinter den Kulissen dieses Hauses, ein unter demokratischen Gesichtspunkten indiskutabler Vorgang, der die schlimmsten Befürchtungen und Vorbehalte vieler Bürger gegen die EU und ihre Institutionen zum wiederholten Male bestätigt und verschärft. Laut Aussage von Herrn Juncker hat dieser zudem sage und schreibe sechs Regierungen davon überzeugt anstatt eines männlichen Kandidaten eine Frau zu benennen. Ich hätte es vorgezogen, er hätte auf ebenso viele Regierungen dahingehend eingewirkt, dass sie qualifiziertere Kandidaten benennen.

Laurențiu Rebegea (S&D), *în scris*. – Consider și sper ca echipa pe care ați format-o să ajute Uniunea Europeană să iasă din criza actuală. Planurile și promisiunile dumneavoastră și ale comisarilor desemnați sunt ambițioase, fie în ce privește susținerea investițiilor, regularizarea emigrației, crearea locurilor de muncă în rândul tinerilor, combaterii ilegalităților și, mai ales, a reducerii birocrăției la nivel european. Aceasta din urmă fiind și una din prioritățile comisarului desemnat pentru Agricultură, Phil Hogan, pe care o împărtășesc deplin. Agricultură europeană are nevoie de proceduri simple care să simplifice viețile agricultorilor europeni. Salut toate ambițiile noii comisii. Dar vă rog să nu uitați, în desfășurarea mandatului, promisiunile pe care le-ați făcut. În ce privește vicepreședinții, sper ca aceasta nouă formulă să nu ducă la blocaje interne în cadrul Comisiei, de aceea doresc să interveniți cu fermitate în coordonarea lor. Uniunea Europeană nu trebuie să intre în niciun fel de impas procedural, birocratic etc. Consider că credibilitatea Comisiei se va demonstra doar dacă va reuși să reducă șomajul, să crească investițiile, să susțină agricultorii în momentele dificile, precum cel actual, cauzat de embargo rus și să coopereze mai îndeaproape decât în trecut cu Parlamentul European.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Astăzi am votat Programul Cadru și componența noii Comisii Europene, condusă de Jean Claude Juncker, în plenul Parlamentului European. Noua Comisie Europeană a fost aleasă prin votul majorității europarlamentarilor, cu 423 de voturi pentru. În calitate de membru al Parlamentului European am așteptări mari de la noua Comisie Europeană. Aștept continuarea politicilor publice sociale, aștept politici publice țintite pe nevoile tinerilor, aștept investiții sustenabile în infrastructură și în reducerea decalajelor între Est și Vest. Nu în ultimul rând, mă aștept la o atitudine pozitivă față de parcursul european al Republicii Moldova din partea noii Comisii Europene. Le urez succes în activitate tuturor comisarilor europeni și le doresc să colaboreze eficient și transparent, în beneficiul cetățenilor europeni, atât cu membrii Parlamentului European cât și cu miniștrii de resort ai statelor membre. Consider că instituțiile europene, Parlamentul European și Comisia Europeană trebuie să se apropie de cetățeni și să comunice direct și transparent cu aceștia. Aș vrea ca fiecare cetățean european să știe care sunt beneficiile sale directe, care decurg din politicile europene pe care noi le propunem. Am convingerea că acest nou început pentru Comisia Europeană va deschide și mai mult drumul comunicării și al apropierii față de cetățenii europeni.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Alors que l'architecture finale de ce que sera la Commission durant ces 5 prochaines années est sur le point d'être finalisée, alors que le Parlement européen s'apprête à voter sa confiance (ou pas) à l'équipe Juncker, il est temps de rappeler au Président de la Commission les promesses faites durant la campagne électorale. 1/ Le plan d'investissement de 300 milliards d'euros devra être composé d'argent frais ne résultant donc pas de recyclages divers. 2/ sur le retrait de la clause d'arbitrage (ISDS) qui permet aux multinationales de faire et de défaire la loi, en fonction de leur recherche de profits et au détriment des citoyens. 3/ sur une révision de la directive sur le détachement des travailleurs qui actuellement est trop utilisée abusivement pour organiser le dumping social, au détriment des petites entreprises et des travailleurs. 4/ sur un retour des matières liées aux médicaments vers la DG sanco Sinon «Les paroles s'envolent, les écrits restent» Tel est le message que je veux vous faire passer. Le président de la Commission européenne doit respecter ses engagements et les formaliser sans quoi la délégation socialiste belge pourrait mercredi refuser de voter l'investiture de la nouvelle équipe proposée par Juncker.

Sergei Stanishev (S&D), *in writing*. – Today I believe we have to support the Juncker Team, because it is the responsible and democratic thing to do. Juncker received our support as President after declaring his will for real change in European priorities, the main line being his EUR 300 billion investment plan for jobs, growth and competitiveness. By saying 'Yes' to the new College we underscore our support for the Commissioners from the Socialist family who showed a high level of expertise and commitment at the hearings. The balance in the Commission has been improved in the course of negotiations, thanks to the efforts of the Group of Socialists and Democrats. We have better representation, with key portfolios and 3 Vice Presidents and no important decision can be taken without our approval. Yet our support is not unconditional, we will strictly monitor the implementation of Juncker's commitments and expect him to uphold his promises. And last, but not least, we should give our support because, if we want a change, we have to participate in every step of achieving it.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Die neue Kommission ist mit einigen ehrgeizigen Zielen angetreten. Nicht zuletzt das Ziel eines Investitionspaketes zeigt deutlich, dass es an der Zeit ist, nach Jahren des Sparens auf Kosten der Menschen in Europa endlich dafür zu sorgen, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa für die Zukunft zu gestalten. Im Mittelpunkt muss dabei stehen, dass Europa nicht länger ein rein wirtschaftliches Europa ist, sondern dass die Kommission endlich die Verantwortung für das Soziale Europa übernimmt. Wir fordern einen sozialen Investitionspakt, klare und gezielte Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, gegen Lohn- und Sozialdumping und gegen Armut. Diese Ziele wollen wir festschreiben und die Kommission sowie die Mitgliedsstaaten regelmäßig daran messen. Genau so, wie wir die Einhaltung wirtschaftlicher Indikatoren im Rahmen des Europäischen Semesters überprüfen, müssen wir künftig ehrgeizige Ziele zur Armutsbekämpfung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Schaffung guter, nachhaltiger und in keiner Form prekärer Arbeitsplätze einführen. Die neue Kommission muss hier eindeutig Farbe zu Gunsten der Menschen in Europa bekennen und darf nicht länger den freien Wettbewerb vor die Interessen der Menschen stellen.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Questa Commissione Juncker non rappresenta assolutamente il volere democratico dei cittadini, che hanno espresso volontà di cambiamento. Nell'area economica si rispetterà ancora troppo il rigore con delle politiche fiscali contenitive imposte agli stati.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

In questo momento storico di crisi, dopo 5 anni d'austerità, che ha generato solo impoverimento nell'eurozona, non esiste più alcuna scusa e motivazione valida sostenuta da studi, per continuare con queste politiche imposte da un solo stato membro che è la Germania.

Dobbiamo rivedere velocemente i parametri del Six Pack e Two Pack, invitare il Consiglio ad abolire il Fiscal Compact e modificare lo statuto BCE, affinché l'istituto possa disporre di tutti i mezzi per finanziare l'economia reale in maniera più efficace contribuendo agli obiettivi sanciti nell'art 3 del TUE.

Se non faremo questo, l'Europa continuerà ad impoverirsi e gli stati saranno giustificati a voler riacquisire sovranità al posto di cederla.

Il piano di 300 miliardi di Juncker difficilmente darà lo stimolo necessario all'economia.

Le risorse private che si vogliono chiamare in causa arrivano dagli speculatori di mercato, che stanno costringendo gli stati membri a creare le condizioni necessarie per speculare attraverso le riforme nei nostri paesi e il ricatto in questi termini non è accettabile.

3. Wahl der Kommission (Artikel 118 GO) (Abstimmung)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Wahl der Kommission.

Ich weise darauf hin, dass vor der Abstimmung eine Rednerrunde der Fraktionsvorsitzenden stattfindet.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Wir hatten jetzt ausführlich Zeit, über die neue Kommission zu diskutieren, das Für und Wider abzuwägen. Ich möchte zunächst den Gedanken aufgreifen, dass viele ihre Einzelpositionen nochmals vertreten haben. Ich habe Begriffe gehört wie neoliberal, Austerität, Flexibilität. Ich würde jetzt dafür werben, dass wir das Denken in Kompromissen anwenden, dass wir herauskommen aus den politischen Sichtweisen, und stattdessen zum Kompromiss gelangen. Denn wir werden nur mit Kompromissen Lösungen für die Bürger in Europa erzielen.

Deswegen bitte ich nochmals alle Kollegen, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden. Wer die Kommission heute nicht unterstützt und ablehnt, wenn es dafür keine Mehrheit gibt, dann riskiert man auch ein Stück weit Krise und Instabilität in Europa. Ich darf gerade an Kollegin Harms, an die Grünen, noch einmal appellieren: Darauf, dass man aus bestimmten inhaltlichen Gründen, die jeder nachvollziehen kann, dagegen stimmt, würde ich als Gegenargument antworten: Europa steht bei den anstehenden Klimagesprächen sicher nicht besser da, wenn wir keine funktionsfähige Kommission haben. Auch dieses Argument darf man mit einbringen, und es sollte vielleicht nochmals abgewogen werden.

Deshalb würde ich werben dafür, dass jeder in diesem Haus heute nicht nur aus Parteisicht heraus argumentiert, dass jeder, der jetzt auf einen Knopf drückt, nicht nur aus der persönlichen nationalen Brille oder Partei- oder Fraktionsbrille heraus argumentiert, sondern sich seiner Gesamtverantwortung bewusst ist. Ich bin froh, sagen zu können, dass die EVP-Fraktion geschlossen die neue Kommission unterstützen wird.

(Beifall)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente Juncker, io le confermo il voto favorevole del gruppo dei socialisti e dei democratici, per la sua attenzione nei confronti del Parlamento, per la positiva nuova architettura istituzionale che lei ha scelto per la Commissione, per il suo invito a riequilibrare le politiche di austerità – aggiungo che chi si è impegnato per le riforme strutturali coraggiose e si trova in una situazione di bassa crescita, deve usufruire di tutta la flessibilità prevista nei trattati – per la sua attenzione al sociale: bella l'espressione, la tripla A sociale, su questo ci giudicheranno i cittadini più deboli. La nostra agenzia di rating sono i cittadini.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ha inoltre confermato la sua attenzione agli investimenti: questo punto per noi è decisivo; ha ascoltato gli interventi dei colleghi e delle colleghe del mio gruppo. Quando lei ha parlato del piano di investimenti ha detto che è anche il settore privato ad avere grandi responsabilità, e lei ha ragione. Resto tuttavia convinto che il rilancio dell'economia non possa essere esclusivamente appaltato ai privati e nel suo piano di investimenti deve esserci un chiaro impegno fatto di risorse pubbliche e per investimenti pubblici.

Sul mercato unico, noi siamo d'accordo con lei: servono riforme strutturali per ridurre gli ostacoli alla crescita. Però, attenzione alla retorica delle riforme strutturali, molti Stati, da molti anni stanno facendo coraggiose riforme strutturali. Non si può continuare a dire che non basta, che devono sempre fare di più! Forse se nonostante queste riforme la crescita non riparte, il problema è che da sole le riforme strutturali non bastano, ma serve anche un rilancio della domanda interna. Il problema principale dell'economia europea è la debolezza della domanda interna.

Un'ultima parola che ho sentito poco: solidarietà, che è la base del progetto europeo. Fra Stati europei, fra cittadini europei, ma anche oltre l'Europa. Lei giustamente ha citato la tragedia di Ebola. Ecco, questo deve esser il banco di prova per mostrare che l'Europa c'è. C'è ovunque si trovi nel mondo, qualunque sia la nazionalità, non lascerà nessuno indietro. C'è una bella frase di Don Luigi Ciotti, che dice: non è tanto importante essere credenti quanto essere creduti. Questa è la sfida della politica, questa è la vostra sfida, questa è la nostra sfida.

Ryszard Antoni Legutko, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, President Juncker, the ECR Group will abstain. You start, so to speak, with a clean slate. We heard your words, we heard the words of the Commissioners, but words are like smoke – they tend to blur in peoples' memory. We will wait for your performance. We count on your success, not on your failure. The future is in your hands. Your team is far from the dream team, but there are some good people there, so there is some hope.

I must admit we were slightly dismayed by your excessive support of the Community method when you have the alternative – subsidiarity. The ECR is definitely on the side of subsidiarity, so do not promise goods that you cannot deliver. There are some limitations. You just cannot deliver certain goods. You cannot reduce youth unemployment – much as you would like to – because you do not have the instruments to do so. You did not mention innovation (which I think is to your credit), because the European Commission or European Parliament do not have the instruments to boost innovation. If they had the instruments, we would have been thriving, and all the Nobel Prizes would go to Europe. They are not going to Europe, and there must be some reason for it. So, contrary to what a lot of my colleagues have said, I urge you to practise the virtue of self-restraint. Do not be over-active. The subsidiarity principle is to be treated seriously, and please do not jump on the federalist bandwagon.

My last point is about so-called 'European' values. You are a representative of Christian democracy: a noble political tradition, long dead but worth reviving. So my request is: do not kow-tow to the political Left that dominates the European Union. Act like a good Christian Democrat. Do not think that you can appease them. Believe me, they do not take prisoners. Take my advice, because this is friendly advice made in a good spirit. Good luck.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, let me be clear, after the spokesman of the Abstentionist Party of Europe, the ECR – this could be a new name for Mr Kamall's troops – that our Group is very clear; we shall support this new Commission as part, Mr Juncker, of this broad – I hope for you – pro-European majority and coalition in this House.

That said, I think that this debate has been useful because it has made it clear that there are two visions of Europe: there are those in the majority, the Socialists, PPE, ourselves, ALDE, who think that we have to move forward on European integration, and those like Mr Farage who has made his classic intervention for the British public – he is already in the British elections, he is not in the European elections but he is in the British elections for the moment. We shall see 'Marianne' Le Pen in a few minutes.

Deux minutes de patriotisme français à l'intérieur du Parlement européen. Elle n'a pas participé au débat mais elle fera un petit *show* tout à l'heure, en deux minutes. C'est à cela que nous allons assister.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

(Applaudissements)

M. Lucke est intervenu.

Mr Legutko intervened, and I think he was also against the Commission – more clearly than Mr Kamall – saying that the problem is that we are growing everywhere in the world, but not in Europe. That is the problem. His recipe for that is: let us give up the euro and let us give up the European Union, like the Americans gave up the dollar, the Chinese the renminbi or the Japanese the yen. I have not heard the Americans saying: oh, we have to tackle the crisis: let's go back to the 50 states and the 50 markets in the United States. What they are saying is: more unity, common action. That is their response to the crisis, and that has to be our response to the crisis now.

So things are very clear now. There are those who are saying to public opinion that we shall create jobs by going back to the past. Well, I believe in the future and, for that reason, the ALDE Group will vote in favour of the Commission.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Juncker, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung, die wir heute treffen, ist eine politische Entscheidung. Es ist nicht die Entscheidung, ob wir Sie, Herr Juncker, für klug genug halten, diese Kommission zu führen, oder ob wir Herrn Timmermans für den geborenen Kommunikator halten. Es geht wirklich um die Frage: Ist die Kommission politisch genug, um den notwendigen Wandel, der vor der Tür steht, herbeizuführen?

Sie selbst haben die Dramatik der Aufgabe beschrieben. Sie haben sie sehr gut beschrieben. Aber das, was Sie eingeleitet haben, ist aus unserer Sicht nicht griffig genug. Es ist nicht nachvollziehbar genug, ob sich diese Europäische Union tatsächlich in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren massiv auf den Weg macht, um zu einer demokratischen, zukunftsfähigen, solidarischen Union zu werden. An diesem Maßstab gemessen, haben Sie uns nicht überzeugt.

Zu viele Mitglieder Ihrer Kommission provozieren Zweifel, dass sie willens und in der Lage sind, genau gegen das vorzugehen, was von den Bürgerinnen und Bürgern auch mit der Wahl zum Ausdruck gebracht worden ist und was auch zu diesem Leck zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den europäischen Institutionen geführt hat, dass Sie genau diese Kurskorrekturen einführen wollen, dass Sie gegen eine Austeritätspolitik sind, dass Sie sich tatsächlich für mehr Demokratie einsetzen werden, für eine andere EU-Migrationspolitik, die Schluss macht damit, dass wir Migrationspolitik mit gemeinsamen Polizeiaktionen oder mit Frontex betreiben, sondern die legale Wege schafft, damit Menschen hierher kommen und von uns auch geschützt werden können.

Die Kritik an der Benennung von Herrn Navracsics zeigt, dass niemand ihm seinen Wandel zu einem Verfechter für mehr Demokratie, kulturelle Offenheit oder auch Medienfreiheit abnimmt. Glaubt wirklich jemand, dass die neue Kommission den Kampf um den Schutz von Tier, Mensch, Umwelt und Klima so massiv vorantreiben wird wie es sein sollte? Wir konnten auch auf Nachfrage bei den *Hearings* nicht feststellen, wie das von Ihnen so beschworene *triple-A* für eine soziale Union durchgesetzt werden soll. Wenn bei den *Hearings* noch nicht einmal die befragten Kommissare in der Lage waren, deutlich festzustellen, dass die Austeritätspolitik nicht im Einklang mit der Europäischen Grundrechtecharta, mit der Gewährung der Menschenrechte steht, wie soll dann dieser Wandel gelingen? Wie soll dieser Umschwung gelingen?

Unsere Kritik richtet sich aber nicht nur an Sie und die Kommission. Ich gebe ehrlich zu, wir sind auch von einem Teil der Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament enttäuscht. Leider haben sich einige Fraktionen zu Geiseln der großen Koalition gemacht, zu einem Spiel machen lassen, und das hat mit der Nominierung und der Wahl von Ihnen, Herr Juncker, als Kommissionspräsident begonnen. Was uns als historischer Zugewinn für die Rechte des Parlamentes erklärt worden ist, ist inzwischen zu einem Tauschgeschäft zwischen einigen Fraktionen um das Durchlassen von Kandidatinnen und Kandidaten verkommen. Dieser Preis ist uns zu hoch!

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Juncker, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bemerkenswert finde ich immer noch, dass wir an einem Punkt sind, der schon eine Zäsur markiert. Wenn der künftige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist ja der Mann, der als Kandidat des Europäischen Parlaments in diese Position gekommen ist. Das sollte man wirklich weiter vor allem als einen großen Schritt für die Entwicklung europäischer Demokratie anerkennen. Schade – das muss ich jetzt an der Stelle ausdrücklich dazu sagen – ist, dass die Möglichkeit verpasst worden ist, auf der Grundlage der Anhörungen diese Kommission, das Team Juncker, auch zum Team des Europäischen Parlaments zu machen. Dafür war das Paket zwischen den Mitgliedstaatsregierungen und den Fraktionen in diesem Haus und den drei Parteien dahinter machtpolitisch tatsächlich zu eng geschnürt. Das ist eine verpasste Chance für den weiteren Aufbruch in europäische Demokratie. Wir werden in diesem Haus darüber reden

Mittwoch, 22. Oktober 2014

müssen, wie wir aus dem Schein der Anhörungen wieder das Sein der Anhörungen machen und tatsächlich die Macht des Europäischen Parlaments in Zukunft stärken.

Aber lassen Sie mich eines sagen: Meine Fraktion hat etliche Kommissare als auch positiv empfunden und auch so bewertet. Wir sind eine proeuropäische Fraktion in diesem Haus. Wir wissen, dass wir die ganz großen Herausforderungen, also den Kampf gegen die Deregulierung der Finanzmärkte, der ja immer noch nicht gewonnen ist, den Kampf um ein sozialeres Europa, den Kampf um Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit nur gemeinsam europäisch gewinnen können. Deswegen bedeutet der heutige Tag für uns trotz unseres Neins den Ausbruch in eine optimistische und europäische Zusammenarbeit mit der Kommission von Jean-Claude Juncker.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente Juncker, l'Europa si trova a dover affrontare un momento epocale: conosciamo bene le sfide che ci stanno davanti e quale pesante responsabilità ci siamo assunti nel rappresentare in Europa le preoccupazioni e le speranze dei cittadini europei. Oggi lei chiede di dare fiducia alla sua idea di Europa e chiede di approvare la sua strategia, basata sull'austerità e il rigore chiedendoci di confermare le persone da lei scelte. Ora, al di là dell'individuale valore delle persone che ci propone come membri della sua squadra, ci chiediamo se questa strategia è adatta ai tempi, se risponde ai bisogni immediati dei cittadini europei in difficoltà. Se questa strategia sarà in grado di recuperare, ammodernare, rendere incisivi nell'oggi i valori della solidarietà, della sussidiarietà e della responsabilità del comune futuro europeo.

Ciò che noi crediamo è che in Europa sia in atto una pericolosa involuzione. Riteniamo che ci si stia allontanando dai valori e dai principi fondamentali, sostituendoli con la ragion di Stato. La sua Commissione nasce di fatto in completa antitesi rispetto al principio di collegialità, con una strana concentrazione di poteri e prevedendo figure e luoghi che mai prima d'ora erano stati introdotti, il tutto avallato da un Parlamento europeo che non è nemmeno in grado di rispettare al suo interno, i principi democratici di proporzionalità e rappresentatività. Un Parlamento europeo che applica i metodi proporzionali solo quando questi sono a favore della maggioranza e li calpesta quando questi vanno a favore delle minoranze, anche se queste ultime rappresentano milioni di cittadini europei. Il tutto sotto gli occhi di un Consiglio europeo, rappresentante degli Stati, capace di avallare ad esempio la situazione in Grecia, dove vengono tolte le cure sanitarie alle persone, salvo poi al contempo dare miliardi di euro a banche e a strutture finanziarie.

Noi abbiamo una pesante responsabilità, quella di difendere i più deboli, i cittadini, dalla guerra spietata in atto in Europa tra grandi interessi. In questo mare in tempesta non vediamo comandanti valorosi, ma solo un pericoloso tentativo di accentrare le decisioni strategiche nelle mani di pochi uomini e pochi paesi. Per questi motivi noi non voteremo la fiducia a questa Commissione. Noi votiamo contro perché vogliamo di più, più rispetto per i cittadini, per le piccole imprese, cuore della nostra economia, più rispetto per l'ambiente, unico vero patrimonio comune, e soprattutto più solidarietà perché i poveri non possono aspettare. Votiamo contro perché vogliamo un'Europa più vera, più democratica e più vicina alle persone.

Der Präsident. - Vielen Dank.

(Von einigen Mitgliedern werden Transparente hochgehalten.)

Wir haben das gesehen. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie stehenbleiben. Aber ich nehme an, Frau Le Pen, die jetzt gleich das Wort hat, wird nicht so erfreut darüber sein. Sie haben jetzt Ihre Fotos, bitte setzen Sie sich wieder hin.

Marine Le Pen (NI). - Monsieur le Président, M. Barroso a laissé une Union européenne sans projet, un continent européen à la dérive, dans un état déplorable.

Pour sauver l'euro, il a appliqué avec une dureté sans précédent des plans d'austérité aux populations du sud de l'Europe avec des résultats catastrophiques quant au chômage, à la dette et à l'appauvrissement.

Monsieur Juncker, parlons maintenant de votre Commission, institution qui ne repose d'ailleurs sur aucune légitimité populaire. Pour moraliser et réglementer le secteur financier, vous avez nommé Lord Hill, un proche de la City, qui a fait la moitié de sa carrière comme lobbyiste, travaillant pour des fonds spéculatifs ou des grandes banques. Pour gérer la question de l'euro et du dialogue social, vous avez choisi Valdis Dombrovskis, un ancien premier ministre letton qui a mené le plus grave plan d'austérité dans son pays, ayant abouti à un exode massif de sa population. Vous avez nommé Miguel Arias Cañete au portefeuille du climat et de l'énergie, or cet homme a des liens très étroits avec deux compagnies pétrolières, qu'il a lui-même fondées et que sa famille continue à contrôler.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

En manquant à ce point d'éthique en politique, d'indépendance vis-à-vis des lobbies, vous humiliez et insultez tous les Européens.

La feuille de route de votre nouvelle Commission est terrifiante: des accords de libre-échange total, d'un genre nouveau, sont prévus avec le Canada et les États-Unis; la concurrence avec la très puissante agriculture américaine risque de mettre nos agriculteurs à genoux, les survivants devront adopter une approche encore plus productiviste au détriment de la qualité des produits et du respect de la nature. Cet accord alignera toutes les normes, les préférences collectives des Français, sur les normes américaines.

Enfin, honte à la Commission européenne! Elle est en train d'imposer, dans ces traités de libre-échange, une justice privée pour les multinationales contre les États. Ainsi, vous aurez tout à fait détruit nos vieilles démocraties, à la merci des attaques des firmes transnationales. Mais le travail n'est pas terminé, n'est-ce pas? Il vous faut démanteler un peu plus les services publics, ils devront être concurrentiels et concurrencés ou disparaître. C'est le rôle du traité TISA, que la Commission négocie en ce moment. Ces traités consacreront malheureusement la prise de pouvoir des multinationales sur la démocratie en Europe.

Enfin, votre programme de prêt bancaire de 300 milliards d'euros aura un effet indigent sur l'économie puisque, une fois de plus, il n'agira qu'indirectement sur l'économie réelle et l'emploi.

Que dire, pour conclure, de votre volonté de faire entrer la Turquie dans l'Union européenne? Oh quel visionnaire vous faites, Monsieur Juncker! Les habitants de Kobané en sont époustoufflés!

Monsieur Juncker, nous voterons contre votre Commission car, contrairement à l'adage français, avec vous le pire est toujours sûr.

Der Präsident. - Wir kommen nun zur Abstimmung über die Kommission.

(Der Präsident erläutert das Abstimmungsverfahren und die daran anschließenden Schritte.)

(Die Wahl wird in namentlicher Abstimmung durchgeführt.)

Abgegebene Stimmen 699

Ja-Stimmen 423

Nein-Stimmen 209

Enthaltungen 67

Damit stelle ich fest: Die Kommission ist gewählt.

(Anhaltender Beifall)

Ich habe Herrn Juncker die Mitteilung über die mehrheitliche Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Wahl der Kommission übermittelt. Ich gratuliere Ihnen, Herr Juncker, jetzt offiziell im Namen des gesamten Hauses. Ich gratuliere aber auch allen gewählten Mitgliedern der Europäischen Kommission, ihren Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten, den Kommissarinnen und Kommissaren, und wünsche Ihnen im Namen aller Abgeordneten viel Erfolg, viel Glück bei Ihrer schweren Aufgabe zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union!

(Beifall)

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio.* - Signor Presidente, onorevoli deputati, signori e signore, a nome del Consiglio voglio approfittare di questa opportunità per congratularmi con il Presidente Juncker e con tutta la Commissione per il voto di approvazione che hanno appena ricevuto da questa Assemblea. È davvero un segno di sostegno e di fiducia da parte dei deputati di questo Parlamento. Questo voto prepara la strada al necessario passaggio finale, la nomina da parte del Consiglio europeo, che deve essere completato entro la fine di questa settimana.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Nei prossimi mesi ed anni, la Commissione dovrà svolgere un ruolo fondamentale nell'affrontare le sfide che ci troviamo di fronte. Si tratta di sfide formidabili, che comprendono l'incremento della competitività dell'Europa e la creazione di posti di lavoro, lo sviluppo di una politica europea coerente in materia di energia e di clima e il problema dell'insicurezza nel nostro vicinato, e ve ne sono molte altre.

Naturalmente, la Commissione non può affrontare tutte queste sfide da sola, ha bisogno anche della cooperazione di questo Parlamento e del Consiglio. Vorrei pertanto cogliere questa opportunità, Presidente Juncker, per sottolineare l'impegno del Consiglio a cooperare con lei nei prossimi cinque anni. Dovremo collaborare strettamente tra noi, nonché con questo Parlamento, se vogliamo attuare l'Agenda convenuta dal Consiglio europeo dall'inizio di quest'anno. Le misure che attuiamo e le politiche che adottiamo saranno la base sulla quale tutti noi saremo giudicati dai nostri cittadini, e questo oggi è più difficile che mai.

Mi fa piacere pertanto che lei riconosca che i cittadini europei non si attendono soltanto che le cose vengano fatte, ma in larga misura vogliono che vengano fatte in maniera differente dal passato. Il modo in cui lei ha organizzato la Commissione è un chiaro segno della sua disponibilità ad operare in maniera differente e ne siamo lieti.

Allo stesso tempo, Presidente Juncker, lei ha mostrato nel suo discorso di essere un convinto sostenitore dell'ideale europeo. Ogni volta che lavorerà nell'interesse dell'Europa, avrà il nostro sostegno ed incoraggiamento. Ci rallegriamo alla prospettiva di collaborare con lei e con la sua squadra negli anni a venire.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Damian Drăghici (S&D), *în scris*. – Am convingerea că noua echipă a Comisiei Europene este una puternică și cu o vastă experiență, care va susține nemijlocit interesele cetățenilor UE. Mă refer aici la dezvoltarea sectorului de investiții - atât de important pentru crearea de noi locuri de muncă și reducerea șomajului în rândul tinerilor - cât și la adoptarea unor măsuri de combatere a migrației ilegale sau la continuarea negocierilor de extindere a UE. Mă bucur ca România va deține un portofoliu extrem de important, iar pe această cale vreau să o felicit și să-i urez succes kolegi mele Corina Crețu în exercitarea atribuțiilor ce-i revin din poziția de comisar pentru Politica Regională.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Comisión Juncker en el contexto de un amplio acuerdo entre el PPE, S&D y los liberales. Esta es una Comisión mucho más política y con mucho más potencial que las anteriores, por lo que hubiera sido una irresponsabilidad por parte del Parlamento debilitarla antes de que empezara su mandato, ya que debilitar a la Comisión no significa más que fortalecer el papel de los Estados. El Colegio de Comisarios ha salido fortalecido de las audiencias, donde han demostrado su independencia y valía para el cargo en un ejercicio de control democrático y transparente. El gran pacto político entre el PPE, S&D y los liberales es muy positivo y esperanzador, dado que el Parlamento Europeo ha quedado configurado de una forma que ni el PPE ni S&D pueden articular mayorías alternativas en la Cámara. Este hecho pone de manifiesto que los dos grandes partidos han de ser capaces de alcanzar acuerdos en aquellos asuntos de interés general para la UE. Estoy convencido de que adoptar la vía del diálogo y del acuerdo será muy positivo para la legislatura que acaba de empezar y que puede asentar las bases transversales sobre las que proyectar la Unión Europea del futuro.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Z zadowoleniem przyjmuję wynik dzisiejszego głosowania, które powołuje skład nowej Komisji Europejskiej. Przez ponad dwa tygodnie Parlament sprawdzał kompetencje 27 kandydatów na komisarzy zaproponowanych przez nowego szefa Komisji Jean-Claude'a Junckera. Już trzykrotnie uczestniczyłam w przesłuchaniach kandydatów na komisarzy, podczas dwóch kadencji Komisji Barroso oraz obecnej, i uważam, że wybraliśmy dobrą drużynę z dobrym programem pracy. Pomimo, że większość kandydatów wypadła pozytywnie w przesłuchaniach, uważam jednak, że mieli zbyt mało czasu na dogłębne poznanie swojego portfolio i przygotowanie się do nowej roli. Przykładem może być słoweńska kandydatka Alenka Bratušek, desygnowana na wiceprzewodniczącą KE ds. unii energetycznej, której Parlament nie zaakceptował. Pozytywną ocenę uzyskała nowa kandydatka ze Słowenii Violeta Bulc, która ma być odpowiedzialna za transport, a Słowak Maroš Šefčovič został wiceprzewodniczącym KE ds. unii energetycznej. Przewodniczący Komisji Jean-Claude Juncker wraz ze swoim bardziej doświadczonym niż w poprzednich latach zespołem jest teraz gotów, aby zmierzyć się z wyzwaniami zarówno gospodarczymi, jak i geopolitycznymi, przed którymi stoi Europa.

(Die Sitzung wird um 12.35 Uhr unterbrochen und um 13.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

4. Abstimmungsstunde

Der Präsident. - Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

Ich höre, dass noch nicht alle Kolleginnen und Kollegen mit Stimmlisten ausgestattet sind. Ich denke aber, dass die jeweiligen *Chief Whips* zumindest über eine Liste verfügen. Deshalb ist es wohl richtig anzufangen.

Bis alle Platz genommen haben und weil das noch nicht alle neuen Kolleginnen und Kollegen gehört haben, noch ein Wort zum System der Abstimmung: Bei der letzten Abstimmung an einem Tag, wenn Sie weggehen, bevor die Abstimmung geschlossen ist, dürfen Sie nicht Ihre Stimmkarte ziehen, sonst bleibt Ihre Stimme nicht im System. Sie sollten die Stimmkarte also erst ziehen, wenn eine Abstimmung geschlossen ist.

4.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 — Überschüsse aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0018/2014 — Gérard Deprez) (Abstimmung)

4.2. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union — Haushaltsjahr 2015 (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). - Mr President, as every year, due to the complexity of the procedure, there are some technical adjustments to be put to the vote.

Concerning pilot project 'Cohesion policy and synergies with the research and development funds: "the stairways to excellence"' in line 13 03 77 13, Plenary Amendment 9500 replaces Amendment 1167 (ex-BUDG 3570). This is to delete a duplicated paragraph, leaving only the modification as adopted.

On 'Financial support for encouraging the economic development of the Turkish Cypriot community' in line 22 03 01, Plenary Amendment 9501 replaces Amendment 1235 (ex-BUDG 3638). This is to correct omissions in a modified paragraph and to delete a duplicate paragraph.

— *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 472:*

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Michael Cramer (Verts/ALE). - Herr Präsident! Wir hatten im Verkehrsausschuss mit der Unterstützung aller Abgeordneten beschlossen, dass wir 0,5 % des Geldes für den Verkehrsausschuss in die 14 EuroVelo-Routen investieren wollen. Das wurde im Haushaltsausschuss nicht berücksichtigt. Daraufhin bin ich von allen Koordinatoren beauftragt worden, diesen Antrag zu stellen, damit 0,5 % des Verkehrshaushalts für die EuroVelo-Routen zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte Sie bitten, dem auch hier zuzustimmen, weil wir es nicht gut fanden, dass der Haushaltsausschuss sich in die inneren Angelegenheiten des Verkehrsausschusses einmischt und eine andere Entscheidung trifft als der Ausschuss. Ich bitte deshalb im Auftrage aller Koordinatoren des Verkehrsausschusses um Zustimmung für 472 und später auch für 473.

— *Vor der Abstimmung über Block 5:*

Jonathan Arnott (EFDD). - Mr President, a point of order on the order of points. Rule 174, paragraph 2: 'If two or more mutually-exclusive amendments have been tabled to the same part of a text, the amendment that departs the furthest from the original text shall have priority and shall be put to the vote first'. Here, the first amendment merely moves money from one pot of money to another, moving it to the European External Action Service, but it does not make a penny piece difference to the original budget. Our amendment would save taxpayers EUR 15 million in commitments and 7 million in payments. It would be a terrible shame if the first amendment were to pass and the second, therefore, were to fall, because the real cost-saving measure would not be heard. So I would respectfully submit that the order of vote should be reversed and that 547 should be taken before 157.

Der Präsident. - Vielen Dank, Herr Kollege Arnott. Im Budgetverfahren hat der Haushaltsausschuss eine besondere Rolle. Deshalb werden zuerst die Vorschläge dieses Ausschusses zur Disposition gestellt. Wir lassen deshalb zuerst über Antrag 157 abstimmen.

— *Nach der Abstimmung:*

Enrico Zanetti, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, signor Commissario, prendo atto di come il Parlamento europeo abbia appena adottato degli emendamenti alla posizione del Consiglio sul progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 2015, tenuto conto, a questo punto delle differenti posizioni, già ieri ci è stato un ampio dibattito.

In qualità di Presidente del Consiglio, d'accordo con il Presidente del Parlamento europeo, comunico che verrà quindi convocato il comitato di conciliazione come previsto dall'articolo 314, comma 4, punto c, del trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

4.3. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 — alle Einzelpläne (A8-0014/2014 — Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier) (Abstimmung)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

4.4. Protokoll zum Freihandelsabkommen EU/Republik Korea anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU (A8-0012/2014 — Jan Zahradil) (Abstimmung)

Mittwoch, 22. Oktober 2014

4.5. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2014 (A8-0019/2014 — Philippe De Backer) (Abstimmung)

— Nach der Abstimmung:

Enrico Zanetti, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, solo per dire che il Consiglio prende appunto atto di come anche relativamente al bilancio rettificativo n. 2 dell'esercizio 2014 sono stati approvati degli emendamenti del Parlamento alla posizione del Consiglio e pertanto anche relativamente a questo bilancio rettificativo, d'accordo con il Presidente del Parlamento europeo, il Consiglio chiederà l'attivazione del comitato di conciliazione, come previsto dall'articolo 314, comma 4, punto c, del trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

Der Präsident. - Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

5. Stimmerklärungen

5.1. Wahl der Kommission

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, dileme oko izbora gospodina Junckera obnovile su raspravu u kojem pravcu treba razvijati Europsku uniju 60 godina nakon njenog osnivanja. Je li posljednja kriza dokazala kako europski projekt valja ograničiti samo na razvijanje jedinstvenog tržišta ili je jedini odgovor na krizu Europska unija kao dubinski integrirana politička zajednica.

Jacques Delors je tvrdio da se europski ekonomski model mora temeljiti na tri načela: konkurentnosti koja stimulira, suradnji koja jača i solidarnosti koja ujedinjuje. A pet najaktualnijih europskih problema koje nova Komisija treba odmah rješavati su: nezaposlenost, socijalne nejednakosti, javni dug zemalja članica, klimatske promjene i starenje stanovništva.

Za ovu Europsku uniju sam glasao i zbog toga jer je njen predsjednik u govoru pred Parlamentom obećao da će biti predsjednik europskog socijalnog dijaloga. Treba mu dati priliku kao kompetentnom čovjeku, kao jednom od dizajnera sustava koji je dugo dobro funkcionirao, a kojeg sada valja ozbiljno poboljšati.

Laura Ferrara (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signori Commissari, il mio giudizio sulla Commissione è negativo. Sono molte le criticità emerse nelle audizioni e che vanno dai potenziali conflitti di interesse a mancanza di esperienza, se non addirittura incompetenza in settori chiave per la vita dell'Unione, per non tacere infine della linea politica che la contraddistingue, nei cui confronti intendo manifestare aperto dissenso.

In particolare citerò due esempi. Commissaria Jourová: nessuna chiara e soddisfacente risposta abbiamo ricevuto da parte sua in merito all'imbarazzante copertura dei conflitti di interesse, sull'uso dei fondi nell'Unione europea da parte del ministro delle finanze ceco e capo del suo partito, Andrej Babiš. Sappiamo invece che la mia domanda ha suscitato grande clamore nella stampa del suo paese, oltre che ingiustificate reazioni nervose e offensive nei miei confronti da parte dello stesso Babiš. Tutto ciò non depone a favore della sua trasparenza e indipendenza.

Commissario Avramopoulos, lei è ormai famoso in Europa per aver elogiato la barriera di filo spinato sul confine greco con la Turchia, sottolineando la necessità di proteggere la nostra società e i nostri confini dall'immigrazione irregolare. Questa immagine è per noi anche la metafora del programma della Commissione Juncker in materia di immigrazione, una politica che nulla prevede in concreto per la soluzione della tragedia umanitaria che si sta consumando nel Mediterraneo. Una risposta che graverà sulla coscienza di chi si rifiuta di guardare in faccia la realtà, che è fatta di disperazione e morte e che noi intendiamo condividere con chi voterà la fiducia a questa Commissione.

Elly Schlein (S&D). - Signor Presidente, io faccio parte di una generazione che ha avuto la fortuna di nascere e crescere europea. Però quel disegno è rimasto incagliato a metà in questi anni ed è mancato forse il coraggio da parte degli Stati e quindi grande è la responsabilità che si trova davanti questa nuova Commissione. E capisco perfettamente la scelta del mio gruppo e il grande lavoro che è stato fatto con gli *hearings* in queste settimane. Eppure c'è qualcosa che manca, eppure alcune delle scelte fatte dal Presidente Juncker non mi hanno trovata perfettamente convinta: parlo del numero delle donne su cui forse proprio con gli Stati, con i governi si poteva insistere di più. Parlo della scelta che è stata fatta, forse mancando di ascoltare appieno il monito lanciato dalla commissione cultura.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Per queste ragioni e per alcune altre non mi sono sentita di dare questo voto quest'oggi in quest'Aula, ma con la speranza che comunque in futuro le tante promesse che sono state fatte dal Presidente Juncker e da altri elementi ottimi della Commissione, tra cui Federica Mogherini, Frans Timmermans, potranno essere anche con il nostro aiuto portate avanti verso quel progetto di Europa che per ora è una promessa a metà.

Pascal Durand (Verts/ALE). - Monsieur le Président, l'Europe de la démocratie et de la transparence vient de subir un sérieux revers.

En acceptant la nomination, au poste de commissaire au climat et à l'énergie, de M. Miguel Arias Cañete, dont la famille possède des intérêts directs très importants dans le secteur pétrolier, ce Parlement déshonore ce qui fait le fondement même de la démocratie et qui devrait constituer la grandeur de cette assemblée: la défense de l'intérêt général européen.

Le respect de la transparence et de l'indépendance ainsi que la lutte contre les conflits d'intérêts et la corruption ne sont pas optionnels dans une démocratie, ils en sont la condition. Ces principes ne devraient jamais être délaissés au nom d'une grande coalition et d'une efficacité aux contours flous et totalement opaques.

Aujourd'hui, je rejette donc la Commission présentée par M. Juncker et je le fais en qualité de pro-européen. Je veux que cette Europe remplisse sa fonction première, celle de la défense de l'intérêt général européen.

Jiří Pospíšil (PPE). - Pane předsedající, já jsem hlasoval pro Komisi pana Junckera. Mně se jeho dnešní vystoupení velmi líbilo. Potvrdil, že je to zkušený politik, a je velmi dobře, že jako zástupce vítěze evropských voleb povede tento orgán.

Jako nováček v Evropském parlamentu jsem pozorně sledoval jednotlivá slyšení, jednotlivá vyjádření a vystupování budoucích komisařů a musím říci, že to na mě udělalo veliký dojem, že nešlo pouze o formální protokolární představení těchto budoucích členů Evropské komise, ale že šlo o věcnou debatu, která mohla prověřit jejich politické úvahy, směřování, a to, jak by své rezorty chtěli vést.

Je velmi dobře, že budoucí Evropská komise je orgánem politiků, nikoliv úředníků, že je tam mnohem více zkušených vrcholných politiků, jsou tam čtyři premiéři atd. To povede k jejímu lepšímu postavení a podle mého názoru k většímu respektu u Evropské rady.

A tou poslední věcí je program. Velmi kvituji program, který upravuje otázky investic, 300 miliard euro je myslím dobrý plán pro investice pro hospodářství celé EU.

Silvia Costa (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, al Presidente Juncker riconosco il merito di aver voluta una Commissione politica, con una struttura innovativa che incoraggia il metodo comunitario e con la sfida di riavvicinare l'Unione europea ai cittadini e anche con alcuni ottimi Commissari.

Mi rammarico però, come presidente della commissione cultura, che la nostra chiara indicazione non sia stata tenuta in sufficiente considerazione, limitandosi ad una piccola variazione che non tocca le sostanziali competenze sulla cultura e sull'educazione. Anche se mi auguro che il Presidente Juncker faccia suo l'invito del presidente del mio gruppo, Pittella, a investire sulla cultura come pilastro di uno sviluppo sostenibile.

Il Commissario Navracsics sa però che abbiamo apprezzato in Commissione le sue forti dichiarazioni sulla sua indipendenza e fedeltà ai valori e ai principi dell'UE. Lo consideriamo un impegno, al quale lo richiameremo e sulla base del quale potremo collaborare lealmente senza pregiudizi ma senza sconti.

Per questo la mia astensione è un segno di coerenza politica ma anche di positiva attesa.

Janusz Korwin-Mikke (NI). - Mr President, as Mark Twain once observed, there is no distinctly American criminal class, except Congress. I think the proper institution to deal with the Commission will be the European Prosecution Office, not the European Parliament, and that is exactly why that institution does not exist. Moreover, I think that the European Union should be destroyed.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Daniele Viotti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa Commissione non è perfetta, anzi ha delle lacune quando non delle vere e proprie ombre. Le questioni collegate ai Commissari Navracsics, Hill, Cañete mi preoccupano e non le ritengo per niente chiusa, continueremo a vigilare con attenzione e scrupolo.

Tuttavia ci sono anche alcune eccellenze in questa Commissione, la scelta della signora Georgieva come vicepresidente dimostra la volontà di ridare un ruolo centrale al bilancio e come motore della crescita, perché si possa tornare a investire nella ricerca, nello sviluppo, nel lavoro, nell'agricoltura, nell'ambiente.

Frans Timmermans e Federica Mogherini inoltre sono delle personalità di straordinario spessore. Essi sono entrambi impegnati sul fronte dei diritti LGBT. Questo naturalmente mi dà speranze. Spero che anche il Presidente Juncker faccia lo stesso.

In questi mesi ho provato sentimenti contrastanti e colgo in pieno l'importanza politica del voto che abbiamo espresso oggi. Io mi sono espresso a favore, perché ho deciso di fidarmi del programma presentato, esclusivamente per questo. In questo senso, il mio voto è un vero e proprio voto di fiducia.

Daniel Hannan (ECR). - Mr President, not for the first time I feel that I am trapped in some kind of time loop here – one of those wormholes out of science fiction. The rest of Europe has moved on, but the European Commission remains resolutely trapped in the mid-1950s with Mr Juncker's paleo-federalism, his plans for a pan-European minimum wage, a European army and police force, European taxation. What has to happen to convince European Federalists that there might be a better way? The rest of Europe has moved on but still the Eurocrats carry on chanting their ancient shamanistic incantations.

It is too much integration that created the democratic crisis; it is too much integration that created the financial crisis. And yet our only response is to accelerate, to keep redoubling all of the things that led to the problems in the first place. As my countryman Oliver Cromwell once put it 'I beseech you in the bowels of Christ, think it possible you may be mistaken.'

Georgi Pirinski (S&D). - Mr President, I abstained from supporting the Commission because I was not convinced that this Commission can deliver the change which the voters expect from this Parliament and this Commission. The doubts proceed both from the policy statements, which were not clear enough in the realisation that jobs and growth should take first place on the agenda – there was no mention of cohesion policy when, as we all realise, inequalities in present day Europe are the most severe challenge to the future of the Union – and from the composition of the Commission, as Mr Juncker entrusts his investment package to Mr Katainen. I believe that forsakes the option of major public investments.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. - Oggi la grande coalizione, S&D, PPE e ALDE tutti uniti in una corrispondenza di amorosi sensi, ha dato la fiducia alla Commissione Juncker. Ciò è avvenuto quasi di nascosto dai cittadini che poco o nulla sanno sia del meccanismo di nomina della Commissione sia dei nuovi commissari. Forse questo non è casuale visto che è stato nominato un lobbista finanziario, Hill, ai servizi finanziari, il figlio della Troika, Katainen, a vicepresidente per il lavoro, crescita e competitività, un petroliere, Cañete, all'energia e cambiamento climatico e un illiberale, Navracsics, all'educazione, cultura e gioventù. Questo solo per citare alcuni nomi. Il Movimento cinque stelle non ha dunque dato il proprio supporto alla Commissione e resterà sempre vigile nello scrutinare l'attività di quest'ultima. I cittadini europei meritavano di meglio e se avessero conosciuto questi nomi prima delle elezioni, l'affluenza alle urne sarebbe stata inferiore al 42,5% (il minimo storico per un'elezione del PE!) e i risultati elettorali sarebbero cambiati.

Il Movimento cinque stelle si è inoltre battuto per portare più trasparenza nel farraginoso processo di nomina dei commissari, soprattutto riguardo l'attività svolta dalle commissioni parlamentari. I cittadini devono sapere come i propri rappresentanti eletti decidono e votano per loro.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze die neue EU-Kommission von Jean-Claude Juncker.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Juncker hat in seiner Rede zu Recht von der „Kommission der letzten Chance“ gesprochen.

Denn eines ist klar: Europa hat keine Zeit zu verlieren. Die EU muss jetzt handeln und ihre Prioritäten neu definieren.

Europa muss die sozialen Probleme lösen helfen, in Forschung und Entwicklung investieren und für Jobs und Wachstum sorgen. Denn Europa ist mehr als ein Krisenmanager.

Die Anhörungen der vergangenen Wochen haben gezeigt, dass sich das Europäische Parlament kritisch mit den designierten Kommissaren und ihren Vorstellungen zur Zukunft Europas auseinandergesetzt hat.

Einige Kommissare hielten dieser eingehenden Prüfung nicht stand und wurden auf unser Drängen hin ausgewechselt bzw. ihre Zuständigkeitsbereiche abgeändert.

Eine solche Kontrolle wäre sicherlich auch für die Bestimmung nationaler Regierungsmitglieder sinnvoll.

Juncker spricht von einem „neuen Start für Europa“ – ein neuer Start, der in den Augen vieler Bürger bitter nötig ist. Jetzt gilt es, die Agenda Junckers in die Tat umzusetzen.

Meine Zustimmung zu der neuen Juncker-Kommission ist in diesem Sinne auch nicht als Blankoscheck zu verstehen. Sie ist an die Umsetzung der genannten Inhalte gebunden.

Denn wenn Europa den erhofften Kurswechsel jetzt nicht vollzieht, wird das europäische Projekt in den Augen der Bürger keine Aufwertung finden.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. - Enquanto deputado/a socialista português/portuguesa, em conformidade com a orientação de voto do grupo dos Socialistas e Democratas, decidi votar favoravelmente a investidura da Comissão Juncker, dando-lhe o benefício da dúvida em face dos compromissos políticos de mudança assumidos perante o Parlamento Europeu. Este voto, apesar das reservas manifestadas, tem em conta os graves inconvenientes que resultariam de um impasse político na União Europeia e articula-se com uma atitude de exigência perante a nova Comissão, que se prolongará na sua fiscalização política. Ao longo deste processo, em que o funcionamento democrático da União Europeia saiu reforçado, a atitude exigente dos socialistas permitiu obter melhorias na Comissão proposta, como a atribuição a comissários socialistas das pastas da coordenação do Desenvolvimento Sustentável e da Energia, para além de novos compromissos na agenda económica. As nomeações de comissários com o perfil de Navracsics e de Katainen justificam reservas. E a indefinição nas competências, na flexibilidade orçamental e no plano de investimento exigem uma atitude de vigilância. Os socialistas portugueses continuarão a exigir da nova Comissão o total cumprimento do programa de mudança anunciado por Juncker, com destaque para o plano de investimento de 300 mil milhões de euros prometido para o início de 2015.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Après avoir mené ces dernières heures d'ultimes négociations sur plusieurs fronts, nous avons obtenu du président Juncker plusieurs engagements qui nous semblaient indispensables dans le cadre de la défense des intérêts du citoyen. Le casting des Commissaires n'est certes pas entièrement celui que nous aurions voulu, et le programme n'est pour l'instant qu'un ensemble de promesses qu'il faudra concrétiser, mais nous avons décidé de donner une chance à cette Commission de la dernière chance.

Les 300 milliards: nous avons obtenu l'assurance qu'il ne s'agirait pas de fonds recyclés. Nous veillerons à ce que la Commission serve à financer des investissements publics indispensables à la relance et utiles aux citoyens.

La clause d'arbitrage (ISDS) dans les TTIP-CETA: nous n'accepterons jamais qu'une entreprise dicte les lois pour ses ambitions commerciales ou ses profits escomptés, aux dépens du citoyen.

Les médicaments: nous avons obtenu que les médicaments ne soient pas une marchandise, ni les patients des clients. C'est une victoire importante à nos yeux, qui concerne la santé de tous les citoyens.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Dumping social: réviser la directive détachement des travailleurs, actuellement trop utilisée abusivement pour organiser le dumping social au détriment des petites entreprises et des travailleurs, est indispensable.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. - Voorzitter Juncker, het grootste cadeau dat we eurosceptici en -criticasters kunnen geven, is dat deze Commissie niet van de grond komt en doelloos ronddobbert op open zee. Zij willen niet dat Europa bewijst dat het de koe bij de horens kan vatten en samenwerking tot stand kan brengen op terreinen waar het echt voor een grote meerwaarde zorgt. Deze Commissie heeft een historische kans om het geschade vertrouwen van heel veel Europeanen in het Europese project terug te winnen. Daarvoor bestaat maar één remedie: actie. De 28 Commissarissen weten perfect wat hen te doen staat: er meteen in vliegen, boven zichzelf uitstijgen en alles doen om onze economie een vitale injectie te geven die zich vertaalt in banen en geloof in de toekomst. We rekenen erop dat elke commissaris op zijn eigen terrein enkele, heel concrete maatregelen uitwerkt die zich rechtstreeks vertalen in meer groei en banen. Het Parlement zal dergelijke actie met enthousiasme ondersteunen. Voorzitter Juncker, we hebben geen minuut tijd meer te verliezen. Laten we meteen werk maken van die duurzame energienetwerken, van een ambitieuze digitale new deal, van een forse injectie zuurstof in vernieuwende industrie zodat de mensen Europa weer associëren met een hoopvol toekomstperspectief. Heel veel succes!

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Pas plus que la Commission Barroso, la Commission Juncker n'est légitime. Contrairement à ce que l'on veut nous faire croire, le Parlement européen ne décide pas et les grands partis européens ont négocié tranquillement la répartition des postes de Commissaires.

La nouvelle Commission poursuivra bien évidemment la politique désastreuse menée par la précédente et enfermera encore plus les peuples européens dans un cycle d'austérité, de chômage de masse et de paupérisation.

Elle restera soumise aux multinationales, aux lobbies et aux banques. Pour preuve son Commissaire aux services financiers, John Hill, est britannique (et s'occupera donc de la City...); son Commissaire à l'énergie, Miguel Canete, est actionnaire de deux sociétés pétrolières ou encore le Finlandais Katainen, Commissaire à l'emploi, qui souhaite désormais un plan de relance de 300 milliards d'euros alors même qu'il était avant le chantre de l'austérité et souhaitait hypothéquer le Parthénon en échange d'une aide financière à la Grèce.

L'Europe continuera donc sa politique ultralibérale d'ouverture des frontières, de destructions des services publics et d'élargissement. De l'aveu même du Commissaire chargé du voisinage, Johannes Hahn, la Turquie doit être mise sur la liste des pays prioritaires.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre cette Commission.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. - Il mio voto a sostegno della Commissione guidata dal Presidente Juncker è dettato dagli importanti impegni assunti in campo economico, che sono anche alla base dell'appoggio del gruppo S&D.

Il contesto in cui viviamo, un'Europa debole, frammentata ed economicamente provata, ha bisogno di risposte concrete ed orizzonti chiari. L'UE deve tornare ad essere per i suoi cittadini strumento di crescita e non limitarsi a definire vincoli di bilancio e parametri da rispettare.

Il piano di investimenti di 300 miliardi può essere il segnale che anche in Europa si cambia verso.

Un'Europa credibile per i suoi cittadini è un'Europa autorevole in campo internazionale e in questo senso saluto con grande favore la nomina di Federica Mogherini.

Dobbiamo saper parlare con una sola voce, tanto sulle crisi in corso, quanto sui dossier nevralgici, forti dei valori fondanti dell'Unione e consapevoli della portata globale delle attuali sfide sociali ed economiche.

Inizia adesso in modo compiuto la nuova legislatura. Abbiamo davanti l'importante compito di lavorare con la Commissione, sollecitandola ad un'azione efficace e portando nella discussione le istanze dei cittadini che rappresentiamo.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Siamo tutti chiamati a far sì che questa occasione di rilancio venga colta.

Biljana Borzan (S&D), napisan. - Na novoj Europskoj komisiji je najveći teret izvlačenja EU iz krize i vraćanja vjere u europski projekt. Zadnjih pet godina Barrosove komisije nećemo pamtili po dobru, glavna asocijacije koje se vezuju uz nju su bolni rezovi i dugotrajna kriza. Komisija gospodina Junckera će naslijediti taj teret, ali nadam se da će 2019. Europski građani značajno bolje živjeti. To je ključno za opstanak Europske unije i dugoročnu stabilnost našeg kontinenta.

Neki povjerenici poput gospodina Canetea i Navracicsa su gorka pilula za progutati, no ako želimo da izvrsni povjerenici poput Timmermansa, Andriukaitisa i Mimiće preuzmu svoje dužnosti, moramo glasati za prijedlog Komisije u cijelosti.

Od predsjednika Junckera očekujem da u razumnom roku ostvari svoje obećanje o investicijskom ciklusu teškom 300 milijardi eura koji će biti usmjereni u projekte za rast i zaposlenje. Nadalje, obvezao se da tijekom pregovora o slobodnoj trgovini (TTIP i CETA) neće biti ugrožena sigurnost i prava europskih potrošača.

Pozdravljam najavu kako će gospodin Juncker odustati od namjere da lijekove i medicinske uređaje premjesti u portfelj povjerenice za tržište i industriju. To znači da je poslušao glas Europskog parlamenta i nadam se da je najava načina na koji će raditi sljedećih pet godina.

Marie-Christine Boutonnet (NI), par écrit. – Nous dénonçons la composition de cette Commission dont aurait pu espérer qu'elle apporte un renouveau à un continent entraîné dans la dérive par monsieur Barroso et son bilan catastrophique.

S'exhale de cette Commission, sans la moindre légitimité populaire, une mauvaise odeur, celle des lobbies qui cannibalisent les ressources vives des nations au profit des multinationales apatrides.

La présence de Lord Hill, si proche de la City, ne nous rassure pas. Celle de Valdis Dombrovskis est terrifiante, lui qui a fait fuir une partie de ses populations avec un plan d'austérité des plus sinistres.

Que dire encore de Miguel Arias Cañete, potentat d'un pétrole géré avec sa famille. À ces fautes morales criardes s'ajoute une calamiteuse feuille de route où il est clair que l'alignement de l'Europe sur les normes américaines atteindra une ampleur jamais connue, avec son cortège prévisible de faillites et de chômage pour les travailleurs européens.

Non, je n'accepte pas ces hommes de la décadence et du déclin qui veulent dès demain faire contrôler la justice de nos pays par une justice privée.

Alors en rejetant ce collège, je dis non à la double humiliation de la dépendance et du déclin.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. - Ho votato contro la nuova Commissione. Commissari non all'altezza e programma insufficiente per risolvere la crisi economica e i problemi dei cittadini. Questa nuova Commissione continuerà a privilegiare gli interessi delle banche e dei gruppi finanziari a discapito dei cittadini.

Alain Cadec (PPE), par écrit. — Pour la première fois dans l'histoire de l'Union, le Président de la Commission européenne a été désigné consécutivement aux résultats des élections au Parlement européen de mai dernier. Le Parti Populaire européen ayant remporté le plus grand nombre de voix et le plus grand nombre de sièges, c'est son candidat, Jean-Claude Juncker, qui a été désigné Président. C'est un pas de plus vers une Europe politique plus proche des citoyens. J'ai voté pour la nouvelle Commission car je considère qu'elle est équilibrée et composée de personnalités compétentes. Par ailleurs, je soutiens le programme de Jean-Claude Juncker pour la croissance, l'emploi et la compétitivité en Europe. La nouvelle Commission va maintenant se mettre au travail pour un mandat de cinq ans.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

David Campbell Bannerman (ECR), *in writing*. - It is a sad reality that any EU Commission and its Commissioners are at heart federalist, wishing to advance 'more Europe' at every opportunity, in working towards 'ever closer union' within a political European super-state, and not the democratic interests of national citizens. I abstained in the vote on the Commission as it does not make much difference which Commission is in force, though clearly some individuals are better than others in terms of merit and attitude. The EU needs root and branch reform, not token opposition within its broken and unsuitable framework.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore della nuova Commissione, con la speranza che questa agisca in modo diverso dalla Commissione Barroso sul cui operato ho molte riserve. Mi aspetto una Commissione ambiziosa con una visione strategica che sappia condurci fuori dalla crisi. Juncker ha siglato un contratto con il Parlamento e spero che intenda rispettarlo. La sua squadra deve proporre una strategia credibile sugli investimenti e per la crescita. È essenziale che questa Commissione guardi più alle persone che alle cifre, più ai cittadini ed ai loro bisogni che ai numeri del patto di stabilità. La nuova Commissione europea è quella dell'ultima opportunità per l'UE: o riesce a riavvicinare i cittadini alle istituzioni europee o l'Europa fallirà. Sugli aspetti sociali della politica europea, Juncker ha annunciato che il piano ambizioso di investimenti da 300 miliardi di euro, promesso in luglio, verrà presentato entro Natale. La sua credibilità e quella della Commissione sarà valutata sul piano di investimenti che dovrà permettere di rafforzare l'economia europea e di rilanciare occupazione e crescita.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Il Movimento 5 Stelle si schiera contro la Commissione di Jean Claude Juncker, sia per la sua composizione, sia per la reiterata volontà di mantenersi sul cammino del rigore e dell'austerità. Non sarà il pedissequo rispetto di regole di bilancio a salvare milioni di famiglie diventate povere o in procinto di esserlo e gli avvenimenti degli anni passati lo dimostrano pienamente. Non possiamo credere che il collegio di commissari così composto possa agire in modo equo garantendo l'imparzialità delle misure adottate, basta vedere il curriculum di alcuni membri come Lord Jonathan Hill o Miguel Arias Canete.

Le normative sulla trasparenza e l'assenza di conflitti d'interesse all'interno delle istituzioni europee a quanto pare non valgono per l'organo che più di tutti determina il contenuto di atti normativi che influiscono pesantemente sulla vita di oltre 500 milioni di persone.

Non possiamo credere nella totale imparzialità di persone che hanno costruito la propria carriera nell'industria finanziaria o petrolifera, essi saranno sempre inclini ad assecondare i bisogni e le richieste di chi ha lavorato con loro per tanti anni.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. - While some Commissioners-designate demonstrated competence, commitment and a progressive outlook, Mr Juncker was dealt a very bad hand by the European Council of Member State governments.

Many governments nominated candidates who were obviously picked for the job as thanks for their pedigrees as loyal, party-political servants. We saw serious instances of conflicts of interest and candidates with very questionable commitment to fundamental European values.

Unfortunately, some of the logical outcomes that should have been drawn at the end of the hearings process were marred by paralysis, as the main conservative group decided to hold some candidates hostage in order to force its most unsavoury candidates through. Gender equality also fell victim to the Member States' choice to reward political allies over ability. Mr Juncker himself recognised as much in his speech this morning, describing the appointment of nine women out of 28 as 'ridiculous'.

We must rethink the hearings process to prevent it from becoming a rubber-stamping exercise where candidates are frozen in by a threat of mutually assured rejection across party lines. Our electorates sent a clear message for change at the European elections. We ignore it at the European project's peril.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. - So bene quanto la definizione di una squadra e di un programma di governo sia difficile, e a maggior ragione questo vale a livello europeo, dove occorre trovare una «intersezione» tra la volontà del Consiglio, inevitabilmente condizionata dalle proposte riservate ai singoli Stati membri, e la volontà del Parlamento, o meglio dei vari gruppi politici, alla luce del rispettivo peso elettorale.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Anche se non mancano ragioni di perplessità, ho sostenuto la Commissione per i motivi di fiducia derivanti dal programma, e in particolare da alcune priorità indicate il 15 luglio e oggi riprese, e per il valore di molti commissari, alcuni dei quali in posizioni decisive proprio ai fini dell'attuazione di quei punti del programma che più mi stanno a cuore: la lotta alla disoccupazione, soprattutto quella giovanile; lo sviluppo dello spazio di giustizia, della cooperazione giudiziaria, della lotta alla criminalità organizzata; e una nuova e maggiore attenzione all'immigrazione, attraverso la costruzione di una solida politica europea sull'immigrazione legale e in materia di asilo. Auspicio, quindi, la realizzazione di una politica estera comune più incisiva e all'altezza delle responsabilità dell'Unione.

Per tali motivi, ho deciso di dare oggi la mia fiducia a questa Commissione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato con fiducia a favore della composizione della nuova Commissione. La mia fiducia è innanzitutto riposta nelle mani del Presidente Juncker, che ha già dimostrato di conoscere molto bene la macchina europea e di sapere dove mettere le mani per migliorare ciò che non va bene. Non sono completamente soddisfatto degli hearing di tutti i Commissari, ma nell'insieme il collegio supera ampiamente la sufficienza e sarà mio compito pungolare quei Commissari che sono meno in linea con le mie aspettative. La fiducia concessa oggi non è e non sarà cieca, ma vigilerò affinché nei fatti siano tutelati gli interessi dei cittadini europei.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - Votei a favor da Comissão presidida por Jean-Claude Juncker porque acho que tem um bom Presidente, uma boa composição e um bom Comissário português.

No processo de Audições que teve lugar no Parlamento Europeu, todos esses elementos foram bem provados e as alterações que se impuseram foram realizadas.

Espero que a Comissão agora eleita seja capaz de honrar o seu juramento de preservar o interesse comum e que contribua para o reforço do ideal europeu, da vivência da cidadania europeia e para o aumento do investimento e da criação de emprego.

Andi Cristea (S&D), *in writing*. - Today we witnessed a historical exercise of European democracy. It was citizens who, by their vote in May, decided who leads Europe. But we also made a crucial political choice, one binding us for the next five years. Commission President-elect Juncker was not my candidate during the election campaign and is not my candidate today. Yes, the majority of EU citizens voted for him. Their votes must be respected. But he did not win an absolute majority in this House.

My vote, that of S&D, was one based on precise demands to Mr Juncker and his new Commission College. EU citizens want a new direction for Europe; they gave a mandate for change. Our red lines as a political family were clear: the end of austerity-only policies; investment for sustainable growth and decent jobs; a vigorous fight against the drama of youth unemployment; safeguarding freedom of movement. We secured an agenda which included our key priorities. This is the Juncker Commission's commitment. This is why I voted yes.

Today the EU is more democratic, transparent and accountable than ever before. We will remain vigilant to ensure that citizens' voices are heard and so will our College Members, including Romanian Commissioner Corina Crețu.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - I voted in favour of the new Commission led by Juncker since this is a Commission that will be led by a President in a way that reflects also the vote of the people. Furthermore, the Commission's work plan places social development high on its agenda, whereby economic growth is expected to be sought without excluding the social aspects. The Commission is also expected to bring about investment in infrastructures related to education and employment.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Come succede da un ventennio in Italia, anche nel Parlamento europeo assistiamo alla ridicola farsa della grande coalizione tra popolari, socialdemocratici e liberaldemocratici.

Oggi dichiaro, con immenso senso di dignità, che tra i voti contrari alla commissione Juncker c'è anche il mio, oltre a quello di tutto il M5S.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Questa commissione, che deciderà le sorti di centinaia di milioni di cittadini europei, è frutto del collaudato e limpido inciucio tra lobbisti, banchieri e massoni europei.

Va comunicato ai cittadini europei che, dopo i disastri economici e sociali perpetrati dalle Commissioni presiedute da Barroso negli ultimi dieci anni, oggi sono stati condannati ad altri 5 anni di austerità, aumento della povertà, nuove tasse e carestia di diritti sociali.

Senza remore sono stati designati commissari come Cañete, azionista di due società petrolifere, o come Katainen, un rigorista spietato che voleva ipotecare il Partenone in cambio di aiuti finanziari alla Grecia. E come loro tanti altri imprevedibili che governeranno quest'Europa in piena crisi sociale ed economica. Questo scempio non poteva che vedermi contrario. Ho esposto i miei dubbi nelle commissioni di competenza ed oggi l'ho fatto con il mio voto!

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado rotundamente en contra de este nuevo colegio de comisarios del Sr. Juncker puesto que no es más que un cambio de caras para el continuismo de la misma política de la Comisión Barroso. Políticas neoliberales que violan los derechos humanos más fundamentales, que nos han llevado a niveles de desempleo nunca conocidos en la historia de la UE, a niveles intolerables de pobreza y exclusión social. Esta Comisión garantiza que se seguirá la senda de las reformas estructurales que pretenden nivelar a la baja las condiciones de vida y de trabajo en la UE. Reformas que continuarán favoreciendo a los grandes grupos económicos, a costa del desmantelamiento y privatización del poco sector público que aún queda en los países de la UE. Por todos esos motivos he votado en contra de esta Comisión Juncker.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. - La nascita della nuova squadra che sarà capitanata da Juncker ha rappresentato un momento di svolta per il sistema istituzionale europeo. A dispetto di quanto si era detto, il candidato del partito che è risultato vittorioso alle elezioni europee di maggio è stato indicato presidente e, da questo, ne è conseguita una squadra di governo politica che ha, alla sua base, una maggioranza politica in seno al parlamento europeo, con la quale dovrà confrontarsi e con la quale dovrà anche fare i conti. A cominciare con quello che è stato annunciato come il principale piano di intervento dell'unione dall'inizio della crisi. Esso potenzialmente rappresenta uno strumento straordinario per rilanciare l'economia europea, allo stesso tempo può trasformarsi nella ennesima occasione sprecata. Ritengo che l'unica strada sia investire risorse fresche - senza limitarsi a una ricollocazione di quelle già stanziare a titolo di politica di coesione - che potranno attivare i necessari investimenti privati. Altre strade non ne intravedo. Sarà quello il primo vero banco di prova su cui valuteremo la reale volontà della nuova Commissione di imprimere il cambio di passo che i cittadini europei hanno domandato con il loro voto.

Andi Cristea (S&D), *in writing*. - Today we witnessed an historic exercise of European democracy. It was for the citizens, with their May vote, to decide on who leads Europe. But we also made a crucial political choice, one binding us for the next five years. Commission President-elect Juncker was not my candidate during the election campaign and is not my candidate today. Yes, the majority of European citizens voted for him. Their votes must be respected. But he didn't win an absolute majority in this House.

My vote, that of S&D, was one based on precise demands to Mr Juncker and his new Commission College. European citizens want a new direction for Europe; they gave a mandate for change. Our red lines as a political family were clear: the end of austerity-only policies; investments for sustainable growth and decent jobs; a vigorous fight against the drama of youth unemployment; safeguarding freedom of movement. We secured an agenda including our key priorities. This is the Juncker Commission's commitment. This is why I voted yes.

Today the EU is more democratic, transparent and accountable than ever before. We will remain vigilant to ensure that citizens' voice are heard, and so will our College Members, including Romanian Commissioner Corina Cretu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I voted in favour of the Juncker Commission as along with my political group, S&D, I believe that this Commission can make a difference. This Commission has also committed itself to support our agenda in addressing youth unemployment, enhancing competitiveness and focusing on energy and industry. We will hold this Commission to this commitment. Now it is time for the Juncker Commission to start delivering on what we have agreed upon including the EU 300 billion investment plan.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. - Alcune considerazioni mi consentono oggi di dare un voto favorevole alla Commissione Juncker. Il piano d'investimenti di 300 miliardi di euro rappresenta un cambio deciso di strategia rispetto alla precedente Commissione e può diventare uno straordinario volano per la crescita economica. Solo un programma di crescita può consentire una significativa riduzione del tasso di disoccupazione, grande piaga europea e un miglioramento dei conti dei singoli stati. Mi ha convinto l'idea del presidente Juncker di puntare a una Europa che ottenga la «Tripla A» non sui parametri economici, ma su quelli sociali. Una maggiore attenzione dell'Europa al tema essenziale dell'immigrazione: l'Europa sarà Europa solo se saprà farsi carico di un programma di accoglienza e di cooperazione verso i paesi della sponda sud del Mediterraneo. Certo non tutto ci convince nella composizione del collegio: accanto a straordinarie personalità, tra cui spiccano Federica Mogherini e Franz Timmermans, registriamo la presenza di commissari non all'altezza, oltre alla scarsa presenza femminile e alla sotto rappresentazione della nostra area politica. Tuttavia, come il Presidente Juncker ha detto, questa è l'ultima occasione per rilanciare il progetto europeo, per fondarlo su basi nuove a partire da una maggiore democraticità e da un ruolo più incisivo del Parlamento.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — En conscience et en cohérence avec les engagements pris devant mes électeurs, j'ai voté contre la nouvelle Commission européenne. J'ai voté et fait campagne pour Jean-Claude Juncker. Mais je n'ai pas retrouvé, lors de leurs auditions, dans les propos des Commissaires-désignés, les propositions phares sur lesquelles nous avons été élus en France. Comment, en particulier, donner un blanc-seing à une Commission au sein de laquelle le Commissaire à la Migration et aux Affaires intérieures soutient non seulement l'entrée de la Roumanie et de la Bulgarie dans Schengen, mais en plus ne semble pas du tout enclin à opérer la réforme urgente de Schengen que les peuples attendent? Le Commissaire-désigné chargé des négociations d'adhésion n'a quant à lui manifesté aucune volonté de faire une pause dans le processus d'élargissement, soutenant la poursuite des négociations avec les pays candidats et notamment la Turquie. Et comment approuver la candidature de Pierre Moscovici au poste de Commissaire aux Affaires économiques et financières quand on connaît son bilan catastrophique en France? Dans ce contexte, j'ai décidé d'être fidèle à mes électeurs et à mes engagements en votant contre.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté la confiance à la nouvelle Commission européenne proposée par Jean-Claude Juncker. Cette confiance sera exigeante et impatiente car les Européens attendent des résultats concrets. Et Jean-Claude Juncker a des atouts: une grande expérience, une conviction européenne qui n'a jamais faibli et une vraie légitimité politique. Il lui faudra aussi du caractère et du courage pour faire de l'Europe un espace où puisse se former une volonté politique. Voilà l'enjeu.

Cela demande une vision qui fait trop souvent défaut aux chefs d'État et de gouvernement. La vision d'une Europe qui s'occupe enfin des grandes questions, qui se décide à peser dans le monde, à défendre ses intérêts et à agir pour son développement économique et social.

Cela demandera aussi une nouvelle pratique institutionnelle, un retour à la méthode communautaire avec une Commission qui reprendra enfin tout son droit d'initiative.

Nous voulons que l'Europe réussisse. C'est tout le sens de la confiance que nous avons accordée.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la Commission européenne et le collège des Commissaires tel que proposé par son Président Jean-Claude Juncker après les auditions effectuées par le Parlement européen. La composition du collège est le reflet des résultats des élections européennes et il est normal que la démocratie s'exprime mais je resterai très attentive aux propositions que pourront faire les différents Commissaires et n'hésiterai pas à m'opposer aux idées que je ne partagerai pas.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. - Collega's, de N-VA delegatie kiest voor een Europa dat zich niet bezighoudt met details, maar focust op wat er echt toe doet, onder andere door volop in te zetten op groei, concurrentievermogen en banen door middel van minder maar betere regels. De Europese Commissie moet zich dus resoluut inzetten voor een hervormingsagenda. Wij willen ons constructief opstellen en met de nieuwe Commissie samenwerken aan prioriteiten als de voltooiing van de monetaire unie, de verdieping van de interne markt, de vergroting van energiezekerheid en de schepping van banen. Het belangrijkste is echter de inzet van de nieuwe ploeg voor hervorming. Tijdens de hoorzittingen erkennen vele kandidaten de dringende behoefte aan verandering, efficiënt bestuur op het meest geëigende niveau en minder regeldrift. De duidelijke bevoegdheden van Junckers rechterhand Timmermans, die als kerntaak heeft te waken over meer subsidiariteit en minder regeldrift, stemmen ons voorzichtig positief; de noodzaak van verandering lijkt ook doorgedrongen te zijn in het Berlaymontgebouw. Als hervormingspartij omarmen wij deze ontwikkeling. Wij zullen een kritisch-constructieve houding aannemen om te beoordelen of de Commissie woord houdt en haar beloftes in de praktijk brengt. Dat is onze taak de komende vijf jaar.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — J'ai accordé sans hésitation ma confiance à la nouvelle Commission européenne mais une confiance exigeante et impatiente car les Européens attendent des résultats concrets.

Je me réjouis de la nouvelle organisation interne de la Commission, dessinée par Jean-Claude Juncker, car j'ai confiance dans les talents et la conviction du «premier ministre» Timmermans, le commissaire le plus brillant que j'ai entendu lors des auditions. Par ailleurs, je suis ravi d'avoir appris que la Commission présentera avant Noël sa proposition de mobilisation de 300 milliards d'euros pour relancer la croissance de l'économie européenne. Enfin, j'ai pris note avec plaisir des accents sociaux du programme de la nouvelle Commission. Bonne chance Jean-Claude!

Ian Duncan (ECR), *in writing*. - Mr Jean-Claude Juncker has not yet shown he is able to deliver real change. I will endorse his Commission when I see that change.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. - PODEMOS votó en contra de la nueva Comisión Juncker. Votamos en contra del fondo y de las formas; votamos en contra del modo de funcionamiento de esta institucionalidad europea, de los arreglos y las componendas de la gran coalición y el Consejo, del seguidismo irresponsable con las directrices de la Troika, del marco político e ideológico que sigue imponiendo el austericidio, generando cantidades insostenibles de sufrimiento social en los países del sur, y minando las bases mismas del proyecto europeo.

Votamos en contra de una Comisión plagada de conflictos de interés, cómplice y promotora del austericidio, complaciente ante las políticas fracasadas, injustas e inviables en materia de empleo, de inmigración o de energía. Votamos en contra de un programa que sigue imponiendo el dogma peligroso del Pacto de Estabilidad y un programa que pretende impulsar la competitividad mediante la bajada de los salarios.

En el sur de Europa sabemos lo que hay detrás de esta Comisión: imposición de recortes del gasto público; aumento de los impuestos indirectos; pérdida de derechos, mayor desigualdad y precariedad laboral; insuficiencia de los ingresos salariales; degradación y vulnerabilidad de la situación de trabajo; y, como consecuencia de todo ello, el empeoramiento general de las condiciones de vida de las clases populares.

Elisa Ferreira (S&D), *por escrito*. - Enquanto deputada socialista portuguesa, em conformidade com a orientação de voto do grupo dos Socialistas e Democratas, decidi votar favoravelmente a investidura da Comissão Juncker, dando-lhe o benefício da dúvida em face dos compromissos políticos de mudança assumidos perante o Parlamento Europeu. Este voto, apesar das reservas manifestadas, tem em conta os graves inconvenientes que resultariam de um impasse político na União Europeia e articula-se com uma atitude de exigência perante a nova Comissão, que se prolongará na sua fiscalização política. Ao longo deste processo, em que o funcionamento democrático da União Europeia saiu reforçado, a atitude exigente dos socialistas permitiu obter melhorias na Comissão proposta, como a atribuição a Comissários socialistas das pastas da coordenação do Desenvolvimento Sustentável e da Energia, para além de novos compromissos na agenda económica. As nomeações de Comissários com o perfil de Navracsics e de Katainen justificam reservas. E a indefinição nas competências, na flexibilidade orçamental e no plano de investimento exigem uma atitude de vigilância. Os socialistas portugueses continuarão a exigir da nova Comissão o total cumprimento do programa de mudança anunciado por Juncker, com destaque para o plano de investimento de 300 mil milhões de euros prometido para o início de 2015.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Como afirmámos no debate, toda a retórica sobre um suposto *novo ciclo*, comum à direita e social-democracia, não esconde uma verdade cristalina: esta é uma Comissão de continuidade. Não há aqui mudança nenhuma, senão de caras – e mesmo aí, nem todas. Só há continuidade.

Continuidade nas políticas, ditas de ajustamento, que violam direitos humanos fundamentais; no desemprego nunca visto, nos intoleráveis níveis de pobreza, nas desigualdades crescentes.

Continuidade nas reformas estruturais, que visam nivelar por baixo as condições de vida e de trabalho na Europa.

Continuidade no ataque aos serviços públicos e às funções sociais dos Estados.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Continuidade no favorecimento dos grandes grupos económicos – aqueles cujas organizações representativas antecipam nos seus documentos estratégicos o que será a produção legislativa da Comissão Europeia.

Continuidade no ataque à democracia e à vontade soberana dos povos, através de instrumentos como o Tratado Orçamental e o Semestre Europeu.

Esta é uma Comissão associada a tudo o que de pior vivemos nos últimos anos. Esta Comissão é passado, não é futuro.

Significativamente, foi aqui apoiada por PS, PSD e CDS – os apoiantes e executores, à vez, da política de direita.

Só a vontade, a mobilização e a luta dos trabalhadores e dos povos poderá romper com esta continuidade e forçar a verdadeira mudança.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto di totale disaccordo all'elezione di Juncker e del suo collegio di Commissari. Come denunciato più volte questa commissione rappresenta a mio avviso il proseguo di una politica europea non solo sbagliata, ma assolutamente dannosa alla stragrande maggioranza dei cittadini europei.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Δεν συμφωνώ με την εκλογή της νέας Επιτροπής, διότι κανείς από τους Επιτρόπους δεν ανταποκρίνεται στις δικές μας προσδοκίες για την Ευρώπη του μέλλοντος. Για αυτό τον λόγο, καταψηφίζω την εκλογή της Επιτροπής.

Neena Gill (S&D), *in writing*. - Despite reservations on certain individual Commissioners, I voted for the Juncker Commission. Because there is a great urgency to implement actions that address the concerns and needs of EU citizens, we need change and a coordinated approach. Therefore, I believe it is in the interest of my constituents that the new Commission makes swift progress in drawing up a plan for jobs and growth that establishes how the EUR 300 billion promised by Mr Juncker will be deployed to increase economic investment into our regions. One of the top priorities has to be to skill up our young people and urgently review certain detrimental policies implemented by the outgoing Commission.

Julie Girling (ECR), *in writing*. - Last week I voted in favour of the new European Commission. Although the British Prime Minister David Cameron originally opposed Mr Juncker becoming the new President of the Commission, the UK is pleased with his commitments, hitherto, to work with Member States to ensure the EU focuses its efforts where it is best placed to do so. Avoiding needless bureaucracy and interference in areas best dealt with at home must be a cornerstone of a new, reformed EU. Given Mr Juncker's commitments to better regulation and recognition of Member State subsidiarity, I was happy to support the election of the Commission, for the period 2014-2019.

Charles Goerens (ALDE), *par écrit*. – Le nouveau président de la Commission a déclaré ce matin que l'équipe qu'il va présider sera celle de la dernière chance. Au terme de cinq ans, on saura s'il aura eu la fortune nécessaire pour relever les grands défis que sont le rétablissement de l'autorité de l'institution, la sortie de la crise, l'élaboration d'une base solide pour les générations à venir et la préservation de l'Europe en tant que communauté de valeurs.

Mon vote positif pour la Commission s'inscrit dans le droit fil d'une logique qui a démarré avec la nomination des *Spitzenkandidaten* pour aboutir en respectant pleinement la volonté exprimée par la majorité des citoyens européens lors des dernières élections européennes.

Finalement, je ne cache pas mon émotion de voir Jean-Claude Juncker accéder à la présidence de la Commission. Après Gaston Thorn et Jacques Santer, voilà de nouveau l'un de mes compatriotes appelé à présider l'exécutif européen.

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. - Enquanto deputado/a socialista português/portuguesa, em conformidade com a orientação de voto do grupo dos Socialistas e Democratas, decidi votar favoravelmente a investidura da Comissão Juncker, dando-lhe o benefício da dúvida em face dos compromissos políticos de mudança assumidos perante o Parlamento Europeu. Este voto, apesar das reservas manifestadas, tem em conta os graves inconvenientes que resultariam de um impasse político na União Europeia e articula-se com uma atitude de exigência perante a nova Comissão, que se prolongará na sua fiscalização política. Ao longo deste processo, em que o funcionamento democrático da União Europeia saiu reforçado, a atitude exigente dos socialistas permitiu obter melhorias na Comissão proposta, como a atribuição a comissários socialistas das pastas da coordenação do Desenvolvimento Sustentável e da Energia, para além de novos compromissos na agenda económica. As nomeações de comissários com o perfil de Navracsics e de Katainen justificam reservas. E a indefinição nas competências, na flexibilidade orçamental e no plano de investimento exigem uma atitude

Mittwoch, 22. Oktober 2014

de vigilância. Os socialistas portugueses continuarão a exigir da nova Comissão o total cumprimento do programa de mudança anunciado por Juncker, com destaque para o plano de investimento de 300 mil milhões de euros prometido para o início de 2015.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - PODEMOS votó en contra de la nueva Comisión Juncker. Votamos en contra del fondo y de las formas; votamos en contra del modo de funcionamiento de esta institucionalidad europea, de los arreglos y las componendas de la gran coalición y el Consejo, del seguidismo irresponsable con las directrices de la Troika, del marco político e ideológico que sigue imponiendo el austericidio, generando cantidades insostenibles de sufrimiento social en los países del sur, y minando las bases mismas del proyecto europeo.

Votamos en contra de una Comisión plagada de nombres manchados por los conflictos de interés, por su complicidad y connivencia con las políticas de la austeridad, por su complacencia ante las políticas fracasadas, injustas e inviables en materia de empleo, de inmigración, de energía. Votamos en contra de un programa que sigue imponiendo el dogma peligroso del Pacto de Estabilidad y crecimiento, un programa que pretende impulsar la competitividad mediante la bajada de precios y, por tanto, también, de los salarios.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. - I voted in favour of this Commission, but that does not necessarily mean I am fully in favour of every member in every portfolio. However, the European Union's model is based on compromise and I support the Commission as a whole while retaining some reservations about particular members.

In particular I, along with my colleagues in the S&D Group, had serious concerns about the suitability of Mr Cañete for the position of Commissioner responsible for climate action and energy. During the hearing, we heavily questioned him on his links to oil companies and his ability to remain impartial.

Mr Juncker put forward a number of concessions to ease these concerns. He agreed to our Group's request to add responsibility for sustainable development to the portfolio of the First Vice-President, Mr Timmermans. It was made clear that this includes responsibility for coordinating policy on climate action and energy.

In light of these concessions and supervision, we felt we could support the candidacy of Mr Cañete.

Nonetheless, Labour MEPs have made it abundantly clear that we will continue to assess, not just Mr Cañete's performance, but the performance of the Commission as a whole to make sure it is working in the interests of EU citizens.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. - I voted in favour of the Commission because I believe that we share the same values and will work closely together towards greater European Union. This Commission is crucial for the Union. It is important that every Commissioner works hard to ensure the best results and to lead Europe out of crisis.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. - Wir hatten zwar die Möglichkeit, uns ein Bild von der Eignung der einzelnen Kandidaten zu machen. Es waren überzeugende Personen dabei, wie die Herren Hill und Oettinger. Aber neben Herrn Juncker sind noch zwei weitere Kandidaten dabei, die ich für ungeeignet halte. Herr Juncker hat sich vor allem im Süden Europas für die Vergemeinschaftung der Staatsschulden durch die sogenannten „Eurobonds“ stark gemacht; in Deutschland hat er das gern verschwiegen. Herr Juncker ist verantwortlich für den Abriss der Brandmauer zwischen den deutschen Steuerzahlern und ausgabefreudigen Politikern im Süden Europas und in Frankreich, indem er mithilfe, das finanzielle Beistandsverbot („No-Bail-Out-Klausel“) einzureißen. Herr Moscovici hat sich in Frankreich jahrelang weder um die Maastricht-Kriterien noch um die Erfüllung des Fiskalpakts geschert. Herr Katainen hat in seiner Anhörung zwar immer wieder auf die segensreichen Wirkungen eines Dreihundert-Milliarden-Investitionsprojekts hingewiesen, die Antwort auf die Frage von Herrn Lucke, woher er denn gedenkt, das Geld dafür zu nehmen, blieb er schuldig.

Hätten die Abgeordneten die Möglichkeit gehabt, einzeln über die Kandidaten abzustimmen, hätte ich gern für die Herren Oettinger und Hill gestimmt. Aber beide sind nicht so gut, dass es sich lohnen würde, auch Juncker, Moscovici und Katainen zu akzeptieren.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Deshalb versage ich der Kommission meine Zustimmung.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — Je salue la mise en place de la nouvelle Commission de Jean-Claude Juncker.

Enfin, nous aurons de véritables interlocuteurs, pour la plupart d'anciens ministres, qui, par leur expérience gouvernementale, mesurent la responsabilité qui leur incombe dans les choix politiques qui engageront l'Europe.

Cependant, si je me réjouis qu'une équipe soit constituée et les équilibres politiques respectés, je serai particulièrement attentif aux décisions immédiates qui seront prises, notamment en ce qui concerne le budget de la France.

De même, j'attends du nouveau Commissaire à la Migration dont le portefeuille a été complété, et cela est vivement regrettable, par celui de la Citoyenneté, qu'il ne se cantonne pas à des discours symboliques sur le respect des droits fondamentaux mais qu'il fasse des choix réalistes en matière de politique migratoire, des choix au plus près des réalités parfois difficiles et dramatiques comme celles de Lampedusa et de Calais.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos votó en contra de la nueva Comisión Juncker. Votamos en contra del fondo y de las formas; votamos en contra del modo de funcionamiento de esta institucionalidad europea, de los arreglos y las componendas de la gran coalición y el Consejo, del seguidismo irresponsable con las directrices de la Troika, del marco político e ideológico que sigue imponiendo el austericidio, generando cantidades insoportables de sufrimiento social en los países del sur, y minando las bases mismas del proyecto europeo.

Votamos en contra de una Comisión plagada de nombres manchados por los conflictos de interés, por su complicidad y connivencia con las políticas de la austeridad, por su complacencia ante las políticas fracasadas, injustas e inviábiles en materia de empleo, de inmigración, de energía. Votamos en contra de un programa que sigue imponiendo el dogma peligroso del Pacto de Estabilidad y crecimiento, un programa que pretende impulsar la competitividad mediante la bajada de precios y, por tanto, también, de los salarios.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam ZA novu Europsku komisiju s obzirom da izbor samog predsjednika Europske komisije g. Junckera izražava volju Europskog parlamenta koja je iskazana od većine građana na svibanjskim EU izborima. Komisija je politički snažna sa više bivših premijera koji zauzimaju istaknute uloge, te izbalansirana što se tiče podjele resora s obzirom na države iz kojih dolaze povjerenici. Iako držim da osobama kao što je mađarski predstavnik Tibor Navracsis a koji se u svom dosadašnjem političkom radu iskazao kao protivnik temeljnih europskih demokratskih vrijednosti, nije mjesto u europskoj komisiji - Glasao sam ZA jer sam se uvjerio da povjerenici Europske komisije odražavaju neophodan politički kompromis, ali još važnije od toga, vjerujem da ovaj sastav Europske komisije pruža dobru osnovu za uspješno vođenje Europske unije u narednih 5 godina.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. - This week, Commission President-elect Mr Juncker presented his college of commissioners and their programme to the Members of the European Parliament. After having assessed each commissioner, Parliament decided, by a majority of votes cast, to approve the new Commission.

My support for this new college is far from unconditional, and our group (ALDE) has made that very clear from the outset. We need a Commission of ambitious reforms and better regulation to help boost competitiveness and economic growth. The first priority should be to get the European economy back on track.

I believe that President Juncker, first Vice-President Timmermans and their colleagues will form a strong and independent Commission.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la Commission européenne proposée par Jean-Claude Juncker suite au processus d'audition par le Parlement européen des différents commissaires candidats. Ces auditions ont permis de contrôler les connaissances et l'engagement européen de chacun des candidats.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il n'aurait pas été responsable de retarder davantage la mise en place de cette nouvelle Commission européenne, à l'heure où nombre d'Européens subissent encore largement la crise économique.

La Commission a été validée à une majorité de 423 voix pour, 209 voix contre et 67 abstentions. Je me félicite de ce vote qui nous permettra de nous remettre rapidement au travail pour sortir l'Europe de la crise.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la nouvelle Commission européenne présidée par Jean-Claude Juncker. En ces temps difficiles, le nouvel exécutif européen va devoir se mettre rapidement au travail, et se montrer à la hauteur des défis qui l'attendent. En effet, les résultats des élections européennes du 25 mai dernier ont été le témoignage d'un désaveu profond vis-à-vis de l'Europe, ainsi que la démonstration de l'incapacité de l'Union européenne à se rendre audible vis-à-vis des citoyens européens. Ainsi, si l'Union souhaite regagner leur confiance, elle va devoir se donner les moyens d'être une véritable puissance: Une puissance économique, commerciale, énergétique, sociale, culturelle et politique. Elle devra être là où on l'attend, en faisant le choix de se concentrer sur l'essentiel, en arrêtant de se noyer dans des textes inutiles et en apportant des solutions concrètes. Enfin, elle devra favoriser le sentiment d'adhésion des européens à une destinée commune. Cela peut se faire en cultivant la fierté d'être européen, entre autre par l'éducation, dès l'école, de notre histoire commune.

Kaja Kallas (ALDE), *in writing*. - I welcome the positive outcome of the vote on the next European Commission. The Commission now consists of a strong pro-European coalition and I applaud our liberal Commissioners, amongst whom Andrus Ansip and Margrethe Vestager, who will hold important portfolios. We will, however, closely monitor that European values are respected by Tibor Navracsis, as well as the relationship between Valdis Dombrovskis and Pierre Moscovici who have similar competences in economic affairs.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - The appointment of a new European Commission represents an important opportunity for reform in Europe and our Group has given a strong input. The two most challenging political priorities for the next Commission are to change the direction of Europe and to finally take action to boost growth, encourage development and create new jobs. We can proudly say that we have contributed to shaping a new and different Commission which is much closer to our values.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. - Proč jsem hlasovala proti současnému složení Komise? Odpověď není jednoduchá. Předem je třeba říci, že mé negativní stanovisko se nevztahuje na jednotlivé členy kabinetu pana Junckera, neboť některé budoucí komisaře, jako např. paní Jourovou, pana Šefčoviče či pana Andriukaitise považuji za kompetentní k výkonu funkce. To, jak jsem hlasovala, odůvodňuje několik faktů, především nevhodně nastavený institucionální rámec a absolutně nelogické a matoucí rozdělení pravomocí jednotlivých komisařů. Byla spojena portfolia, která k sobě nemají žádný vztah nebo spolu naopak souvisí pouze okrajově, což postihlo i mou oblast zájmu, kdy byl nepochopitelně propojen rybolov se životním prostředím. Musí být jasné, že ač na první pohled příbuzné oblasti, každá z nich si díky své komplexnosti zasluhuje samostatnou péči. Ještě větší problém však mám s množstvím změn prováděných na poslední chvíli, např. s přesunem pravomocí jak mezi jednotlivými portfolii komisařů, tak dokonce mezi dílčími ředitelstvími, které pan Juncker dělal až v den samotného hlasování o Komisi, vlastně až 30 dní poté, co byl výbory EP na „vypadlá“ portfolia, jako např. vesmír či problematika politických uprchlíků, upozorněn. Dále nemohu souhlasit s prezentovaným programem budoucí Komise, jež nadále pokračuje v nefunkční politice rozpočtových škrťů, omezení sociální pomoci a osekávání tradiční evropské koncepce sociálního státu na dřevě.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Ho votato positivamente la nuova Commissione presieduta da Jean- Claude Juncker in quanto sono certo che questa nuova squadra di governo sarà capace di rispondere alle sfide del contesto internazionale. Fin dall'inizio, il neo Presidente ha caratterizzato l'azione della nuova Commissione con risposte rapide, ed ha ribadito che su alcuni temi l'Europa è in ritardo -si pensi alla disoccupazione giovanile, all'attuale crisi dell'ebola, ai grandi temi del cambiamento climatico o dell'approvvigionamento energetico. Inoltre, Juncker ha annunciato che entro Natale saranno pronti i piani per gli investimenti di 300 miliardi di euro. Sono certo, quindi, che la nuova Commissione europea si stia muovendo nella giusta direzione e credo che potrà dare il giusto contributo per il rilancio dell'azione europea.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *schriftlich*. - Die FDP im EP begrüßt die europapolitischen Fortschritte bei der Zusammenstellung der neuen EU-Kommission. Die Bürgerinnen und Bürger hatten in der Europawahl erstmals die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Spitzenkandidaten auszuwählen. Auch wenn das Verfahren noch nicht perfekt ist, ist es ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Demokratie. Junckers Kommissionsreform mit starken Vizepräsidenten schafft schlankere Strukturen und hoffentlich weniger Bürokratie. Europapolitisch also viel Positives.

Eine starke Kommission ist gerade jetzt nötig, da Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Hollande sich daran machen, die Regeln für stabile Finanzen und nachhaltige Wirtschaftsreformen in Frankreich zu umgehen. Jedoch: Uns fehlt das Vertrauen, dass diese Kommission diesen Versuchen entschieden genug entgegenreten und den Vertrag durchsetzen wird – im Gegenteil steht zu befürchten, dass der zuständige Kommissar sie sogar noch unterstützen könnte. Die Konjunkturfalste in Deutschland, der hohe Stand der Arbeitslosigkeit in Frankreich und die zunehmend verzweifelten Maßnahmen der EZB zeigen, dass das der falsche Weg ist. Marktwirtschaftliche Reformen, nicht Rentengeschenke oder neue Schulden, sind Voraussetzung für Wachstum, Arbeitsplätze und neue Chancen für Millionen Menschen in der gesamten EU, die endlich wieder produktiv tätig sein wollen. Die Kommission ist auf diesem zentralen Feld bedauerlicherweise so falsch aufgestellt, dass die FDP ihr nicht zustimmen konnte.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. - Głosowałem za przyjęciem nowej Komisji Europejskiej pod przewodnictwem Jeana-Claude'a Junckera. Mam świadomość, że nie wszystkie postulaty Grupy S&D zostały spełnione, ale wiele udało się osiągnąć. Skład KE jest zawsze wynikiem kompromisu. Tak jak podkreślałem w debacie, liczę na dobrą i systematyczną współpracę KE z PE.

Przewodniczący KE ponownie potwierdził w swoim wystąpieniu wszystkie podstawowe priorytety. W zaistniałej sytuacji nowa KE powinna podjąć pracę bez zwłoki od 1 listopada, a faktycznie od 3 listopada, czyli pierwszego dnia roboczego.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado rotundamente en contra de este nuevo colegio de comisarios del Sr. Juncker puesto que no es más que un cambio de caras para el continuismo de la misma política de la Comisión Barroso. Políticas neoliberales que violan los derechos humanos más fundamentales, que nos han llevado a niveles de desempleo nunca conocidos en la historia de la UE, a niveles intolerables de pobreza y exclusión social. Esta Comisión garantiza que se seguirá la senda de las reformas estructurales que pretenden nivelar a la baja las condiciones de vida y de trabajo en la UE. Reformas que continuarán favoreciendo a los grandes grupos económicos, a costa del desmantelamiento y privatización del poco sector público que aún queda en los países de la UE. Por todos esos motivos he votado en contra de esta Comisión Juncker.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. - Wstrzymałam się od głosowania w sprawie powołania nowego kolegium komisarzy. Nie do zaakceptowania jest dla mnie nieuwzględnienie opinii Parlamentu Europejskiego w sprawie węgierskiego komisarza Tibora Navracsicsa. Komisja CULT większością głosów odrzuciła kandydaturę T. Navracsicsa w aspekcie przyznanego mu portfolio. Jednak zakres jego kompetencji tylko w minimalnym stopniu został zmieniony i w dalszym ciągu pozostaje on komisarzem odpowiedzialnym za edukację, kulturę i młodzież. Taka sytuacja jest nie do przyjęcia przez członków Komisji Kultury i Edukacji (CULT), którzy negatywnie ocenili kandydaturę T. Navracsicsa w tych obszarach. Jako członkini komisji CULT nie mogę zgodzić się, aby komisarzem ds. edukacji, kultury i młodzieży został Tibor Navracsics, którego nie tylko polityczna przeszłość, ale przede wszystkim merytoryczne przygotowanie do sprawowania obowiązków komisarza odpowiedzialnego za edukację, kulturę, młodzież i obywatelstwo nie uzyskały akceptacji komisji CULT. Niewzięcie pod uwagę opinii komisji odpowiedzialnej za przesłuchanie T. Navracsicsa oraz brak reakcji odnośnie niewłaściwego przygotowania i kwalifikacji tego kandydata na stanowisko komisarza odpowiedzialnego za edukację, kulturę i młodzież nie pozwoliły mi w pełni poprzeć nową Komisję Europejską.

Svetoslav Hristov Malinov (PPE), *в писмена форма*. - С мнозинство от 423 гласували „за“ Европейският парламент току-що „назначи“ новата Европейска комисия. Екипът на Комисията „Юнкер“ ще започне работа от 1 ноември 2014 г. Обликът на новата Комисия е наистина добър и това личи от включването на силни политически фигури на важни ресори, както и от цялостната промяна на самата организационна структура.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Следващите пет години ще бъдат мандат на осъзнатите трудности от страна на европейските институции и ясен лакмус за начина, по който Европейският съюз се развива – близо до своите граждани и отговаряйки на днешните предизвикателства или отдалечен и все по-критикуван. Лично за мен, от всички проведени дебати и предложени програми, единственият ясен извод е, че реформите са единствената алтернатива за всички държави членки! Мнозинството от политическите групи са единодушни, че без структурни реформи в редица ключови сектори нашето европейско семейство няма да съумее да развие потенциала и предимствата си като най-богатата, свободна и мирна общност в света. Искрено се надявам, че новата Европейска комисия ще изиграе важната роля на двигател за промени в Европа и ще успее да работи ползотворно с всички национални правителства през следващите години. Имате моята подкрепа. Успех!

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. - Eiropas Komisijas komanda ir ļoti nevienveidīga, un profesionālisms tajā atrodas blakus ar nekompetenci. Balsojot par visu komisijas sastāvu, nevis par katru komisāra kandidātu atsevišķi, tiek atvērts ceļš arī tiem politiķiem, kuru iepriekšējās darbības rezultāti ir pilnīgi pretruna ar tiem uzdevumiem, kurus viņiem jāpilda jaunajā Komisijā.

Tiek piedāvāts, ka Valdis Dombrovskis ieņems Eiropas Komisijas viceprezidenta amatu, kas atbildēs par eiro un sociālo dialogu.

Dombrovska kungs, būdams Latvijas premjers, realizēja nežēlīgo sociālo politiku. Tā rezultātā tūkstoši Latvijas iedzīvotāji aizbrauca no Latvijas, ap 40 procentiem no tās iedzīvotājiem dzīvo nabadzībā, bet sociāla noslāņošanās ir milzīga.

Manuprāt, giljotīna - nav labākais instruments pret galvas sāpēm. Tāpēc es kategoriski pret to, lai Valdis Dombrovskis koordinētu Eiropas Savienībā sociālo dialogu. Tieši tāpēc es balsoju pret jauno komisijas sastāvu.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. - Pe 22 octombrie am votat pentru Comisia Junker și pentru portofoliul atribuit României. Noua Comisie trebuie să ducă mai departe reformele întreprinse de Comisia Barroso și să facă față unor mari provocări cu care se confruntă Europa astăzi. Printre acestea, vreau să aduc în prim plan problema șomajului în UE, care se menține în continuare la un nivel foarte ridicat, în ciuda tuturor eforturilor, și problema gazelor rusești, de care sunt dependente multe state. Comisia Junker trebuie să intre foarte rapid în funcțiune și să treacă de etapa propunerilor pe hârtie. Sunt necesare soluții aplicabile imediat, care să vină și cu rezultate palpabile. Cred și sper că am făcut alegerea corectă. Noua echipă a Comisiei Europene are un profil politic pronunțat. Trei foști premieri, doi foști miniștri de Externe, doi foști miniștri ai Economiei se numără printre membrii ei. Comisia Junker trebuie să se achite de încrederea care i s-a acordat. O atenție sporită trebuie să fie îndreptată și spre modul în care sunt cheltuite investițiile publice. De exemplu, România are la dispoziție anul acesta peste 3 miliarde de euro, care trebuie să fie investite în economie eficient, astfel încât să genereze dezvoltare și progres.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. - Za parlamentní výbor JURI jsem ihned po slyšení kandidátky na komisařku pro spravedlnost, spotřebitelskou politiku a rovnost pohlaví, Věry Jourové, vyslovil podporu této kandidátce. V průběhu slyšení dalších kandidátů však bohužel došlo ke změně struktury Komise, k přerozdělení portfolií, které se mi v tomto okamžiku jeví jako nejasné až matoucí, a to včetně kompetencí místopředsedů. Některá základní odvětví nemají komisaře (portfolio vesmír), ochrana osobních údajů a energetická unie není vůbec definičně vymezeny. Hlasoval jsem proti Komisi z těchto důvodů, a nikoliv z důvodů nepřízně k jednotlivým kandidátkám.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. - Ho votato con convinzione in favore della Commissione europea guidata dal collega lussemburghese Jean-Claude Juncker. Una volta che il Consiglio confermerà formalmente il voto da noi espresso in aula la nuova Commissione sarà in grado di entrare in attività dal primo novembre. Nutro nella neoelitta Commissione una nutrita speranza rispetto alle complesse sfide che l'Unione europea deve affrontare nei prossimi anni. Solo con determinazione e spirito di unione sarà possibile trovare una soluzione a problemi quali occupazione giovanile, immigrazione, terrorismo e rilancio economico.

La squadra dei commissari capitanata da Juncker ha dimostrato durante le audizioni in Parlamento europeo di essere in grado di confrontarsi con numerosi e di avere le competenze giuste.

Georg Mayer (NI), schriftlich. - Da die designierten Kommissare weder inhaltlich ihrem Aufgabengebiet gewachsen noch vom europäischen Bürger demokratisch legitimiert sind, konnte ich bei dieser Wahl nur dagegen stimmen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Votei favoravelmente a aprovação deste Colégio de Comissários, por considerar que se trata de uma equipa equilibrada, e que conseguirá implementar as políticas necessárias, nas áreas mais importantes, que levarão a uma nova fase de crescimento e expansão da UE. Aproveito para desejar aqui ao Presidente da Comissão, Jean Claude Juncker e aos seus Comissários, as maiores felicidades e êxito na implementação das suas políticas.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Con il voto di oggi ho voluto esprimere un forte dissenso nei confronti della Commissione Juncker perché rifiuto questa governance che non tutela né i cittadini, né i loro interessi.

Rifiuto un governo che continua a perseguire imperterritito le politiche dell'austerità e che non punta alla crescita, allo sviluppo, che non ridà ossigeno a un tessuto sociale ed economico martoriato.

Rifiuto questa squadra di Commissari che si pone in assoluta continuità con il passato, con quei tecnocrati che da dieci anni ci spingono verso il baratro.

Voterò sì a una Commissione solo quando essa smetterà di guardare agli interessi dei soliti noti, del grande capitale, delle banche d'affari, e metterà al centro le PMI e le piccole realtà sociali, storica spina dorsale di questo continente.

Voterò sì solo quando ci sarà una Commissione che immetterà nel circuito produttivo dell'agricoltura risorse per la tutela del kilometro 0, delle eccellenze produttive, della genuinità dei prodotti.

La Commissione a cui dirò sì non può essere quella di Juncker, quella di euro burocrati portatori di interessi contrari ai nostri.

Voterò sì a una Commissione che, fra 5 anni, spazzerà via voi e gli oscuri interessi di cui siete latori. Quel giorno arriverà.

Nell'attesa, ascoltate il nostro fragoroso no a questa squadra.

Bernard Monot (NI), *par écrit*. — L'élection de M Juncker à la tête de la Commission européenne est lourde de symboles. D'abord, car le Président de la Commission est élu pour la première fois. Or, les députés n'ont aucun choix possible puisque M Juncker était le seul candidat! Ensuite, alors que les élections européennes de mai ont montré une forte volonté de changement, est élu un candidat du sérail, fruit de tractations en coulisses où la transparence ne s'invite pas. L'illusion de la démocratie européenne est totale: la parole des peuples ne reçoit ici qu'un écho lointain. Enfin, premier ministre pendant 18 ans d'un des pays fondateurs de l'Union, M.Juncker porte la responsabilité des politiques qui ont mené à la situation actuelle: ultralibéralisme, plans d'austérité, chômage de masse, croissance en berne, déficit de compétitivité, mécanismes de sauvetages de l'euro et des banques ruineux, surendettement public etc. Il incarne la continuité d'une Europe qui refuse de se remettre en cause face à ses échecs. La preuve en est son engagement pour le traité transatlantique, véritable bombe à retardement pour nos entreprises et notre marché. Au cours des cinq années à venir, les députés euroréalistes au Parlement vont donc mettre sous surveillance renforcée la nouvelle Commission européenne.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – M. Barroso laisse une UE dans un marasme total, avec des plans d'austérité appliqués dans le seul but de sauver la monnaie unique. Des plans d'austérité qui n'ont fait qu'alourdir la dette des Etats membres et ruiner les peuples. La nouvelle Commission Juncker sera évidemment celle de l'accélération des processus de dislocation des Etats-Nations et de soumission des peuples. Cette Commission, qui ne dispose d'aucune légitimité populaire, va ainsi intensifier les mécanismes de la globalisation. L'accord de libre-échange avec les Etats-Unis et le Canada aboutira à l'alignement de nos normes avec les normes américaines. Dans le secteur agricole, cela conduira à encore plus de productivisme au détriment de la qualité des produits, de l'environnement et de la santé des consommateurs. Avec la nouvelle Commission Juncker, les services publics devront être toujours plus concurrentiels et concurrencés sous peine de disparaître purement et simplement. Pour la nouvelle Commission Juncker, le processus d'entrée de la Turquie dans l'UE sera aussi une priorité... Enfin, la nouvelle Commission Juncker manque cruellement, de par sa composition même, d'indépendance vis à vis des lobbies. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre la Commission Juncker.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — C'est après avoir longuement hésité et mûrement réfléchi que j'ai décidé de voter en faveur de la Commission. Les auditions des Commissaires nous ont montré que les portefeuilles attribués à certains commissaires n'étaient pas judicieux. J'en veux pour preuve l'audition catastrophique de Pierre Moscovici qui restera gravée dans les annales comme le procès de la France du fait des mauvais résultats économiques dont le commissaire est comptable. Dès lors que François Hollande l'avait désigné comme candidat, il aurait été plus judicieux de lui confier une responsabilité autre que les affaires économiques où il a gravement échoué dans son propre pays. Pour autant, dès lors que Pierre Moscovici en déshonorant la France se retrouvait sous tutelle de 2 vice-présidents, et que d'autres commissaires avaient réellement démontré leurs compétences, j'ai choisi de ne pas pénaliser la Commission pour quelques-uns qui ne me semblaient pas à la hauteur. Par ailleurs, j'ai choisi de respecter la légitimité démocratique de Jean-Claude Juncker désigné Président en accord avec le résultat des élections. Enfin, rejeter la Commission aurait retardé nos travaux alors que les peuples attendent de nous des résultats concrets. Mon vote n'est pas un chèque en blanc mais un soutien vigilant et exigeant.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. - Il Presidente Juncker ha dato risposte a molti nostri dubbi, toccando diversi punti che mi spingono a dare la mia fiducia a lui e a questa Commissione. Una Commissione politica, per iniziare, che segna il primato della politica sulla burocrazia, dove, usando le sue stesse parole, saranno i direttori generali a seguire le indicazioni dei Commissari, non viceversa. Positiva la nuova organizzazione con sette Vicepresidenti, che obbliga il Collegio ad agire come tale, non a compartimenti stagni. Soprattutto, mi ha convinta la grande forza europeista di Juncker, ciò che, più di ogni altra cosa, ci accomuna. Con le sue parole ha dimostrato di avere totale consapevolezza del momento cruciale in cui ci troviamo, davanti a quel bivio per il quale o diventiamo qualcosa non solo di più ma di profondamente diverso dalla sola unione di Stati o l'UE crollerà su se stessa. Credo che l'unica speranza, l'unico orizzonte per tutti sia l'Europa, investire su di essa, costruire un'alleanza solida sul piano politico, fiscale, sociale; trovare risposte comuni a problemi che riguardano tutti noi, dalla disoccupazione giovanile al cambiamento climatico, all'attuazione di uno sviluppo sostenibile. Se davvero la Commissione agirà per il pieno raggiungimento di questi obiettivi, lavoreremo per certo insieme.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette nouvelle Commission européenne qui reflète les équilibres politiques issus des élections de mai dernier. Jean-Claude Juncker a une réelle carrure européenne et si je regrette une partie du casting de sa nouvelle équipe, elle incombe aux Etats dont certains ont eu des choix plutôt hasardeux. Cette Commission va prendre ses fonctions au 1^{er} novembre et je me réjouis que l'on puisse se mettre enfin au travail.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. - Svým hlasováním jsem Junckerovu Komisi podpořil. A to přesto, že někteří její členové mi svými názory nekonvenují a dovedl bych si představit i jiné rozdělení odpovědností. Důvody pro moji podporu Komise jsou v zásadě dva.

Domnívám se, že kandidáti na komisaře prošli tvrdým, leč férovým slyšením. A ti, které EP podpořil, i přes jejich rozdílnou kvalitu, mohou pozici komisaře zastávat.

Podstatnější je však to, že při dnešním nastavení pravomocí mezi unijními orgány navzájem a členskými státy musí být složení Komise značným kompromisem zohledňujícím výsledky voleb. A tak to také je.

Věřím, že složení Komise a kompromisy v něm zahrnuté nebudou zdrojem problémů, ale mohou být naopak impulsem pro hledání těch nejlepších řešení. Podporou Komise v EP nic nekončí, nýbrž začíná. A já jako poslanec chci svou mírou přispět k tomu, aby Komise v nelehké práci uspěla.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Seit jeher trete ich der immer weiter ausufernden Machtagglomeration der Kommission entschieden entgegen. Mit der neuen Kommission unter Juncker geht die Europäische Union aber erneut einen weiteren großen Schritt in Richtung Zentralisierung, Intransparenz und Lobbying. Da kein Mitglied dieser neuen Kommission aus meiner Sicht ausreichend demokratisch legitimiert ist und ich zudem für eine Reduzierung der Mitgliederzahl der Kommission plädiere, habe ich gegen den Antrag gestimmt.

Morten Helveg Petersen (ALDE), *skriftlig*. - Jeg stemte for Junckers kommission. Ville jeg have valgt de samme 27 kommissærer, hvis jeg kunne vælge frit på alle hylder? Nej. I så fald havde der været flere radikale kommissærer og endnu højere ambitioner på det grønne område. Men i stedet for at tage nej-hatten på vil jeg da arbejde benhårdt for at få konkrete resultater. Vores arbejde må være at holde kommissionen op på de afgivne løfter og arbejde benhårdt på konkrete resultater. I Radikale Venstre og ALDE samarbejder vi med dem, der vil. For kun igennem samarbejde kan man få reel indflydelse og faktisk gøre en forskel for klimaet. Der skal indgås kompromisser, og måske får vi ikke alt det, vi gerne vil have. Men det bedste må aldrig blive det godes fjende. Det gør man bedst i maskinrummet. Ikke på sidelinjen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* - Novim procesom izbora Predsjednika Europske komisije osnažen je demokratski legitimitet institucija Europske unije, pri čemu je Europski parlament imao istaknutu ulogu.

U postupku saslušanja kandidata za povjerenike Europske komisije, nadležni odbori Europskog parlamenta imali su također važnu ulogu u ispitivanju i potvrđivanju kandidata za povjerenike. Nakon današnjeg izlaganja izabranog predsjednika Komisije o kolegiju povjerenika i programu rada glasovao sam za novu Europsku komisiju jer smatram da je Jean-Claude Juncker sastavio kvalitetan tim povjerenika. Riječ je o iskusnom timu koji ima nekoliko bivših predsjednika vlada, bivših ministara i povjerenika, te bivših kolega članova Europskog parlamenta. Drago mi je što je Hrvatska dobila na upravljanje jedan od važnijih portfelja, međunarodnu suradnju i razvoj, te ujedno želim čestitati hrvatskom povjereniku Nevenu Mimici i poželjeti mu uspješan rad u novom mandatu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* - La Commissione Europea presieduta da Jean-Claude Juncker è composta da valide leadership che potranno mettere in pratica in maniera efficace le politiche di sviluppo ed occupazione necessarie per rilanciare la crescita in Europa. Non potevamo permetterci di temporeggiare oltre, al più presto debbono essere fatte le riforme necessarie, fare degli investimenti mirati ed un uso ponderato della flessibilità. Bisogna dare risposte valide ed immediate ai cittadini dell'UE che ci hanno votato e dato la loro fiducia.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně.* - Hlasoval pro ustavení představeného sboru komisařů a využívám poprvé této možnosti vysvětlení svého hlasování. O svém konečném rozhodnutí jsem vedl řadu diskusí s kolegy z PPE, z mého hnutí i s přáteli. Problém ve složení Komise vnímám především u postu vysoké představitelky EU pro zahraničí věci, jenž má vykonávat paní Federica Mogheriniová. Jsem příslušníkem generace v mé zemi, která své dětství a rané mládí prožila v totalitě komunismu. Má rodina byla vždy odpůrcem komunismu, někteří byli dokonce dlouhá léta zavřeni ve vězení. Paní Mogheriniová má své – místy v životopisu tajené – období, kdy významně inklinovala ke komunismu a vazbám na současné nedemokratické Rusko. Za normálních okolností bych takovou vysokou představitelku podpořit nemohl. Jistěže mohla změnit své dřívější názory, nicméně ani její dosavadní zkušenosti se zahraniční politikou mne nepřesvědčují, že by měla zaštiťovat celou zahraniční politiku EU. Nakonec jsem se rozhodl podpořit Komisi jako celek. Vysvětlení je jednoduché. Z jejího neustavení by se ovšem nejvíc radovaly autokratické síly Ruska. Panu Junckerovi a jeho týmu přeji mnoho úspěchů, jsem si vědom, že on si paní Mogheriniovou nevybral a my, poslanci EP, její kroky budeme pečlivě sledovat a kontrolovat. I proto by bylo z mé strany pochybné potopit jinak velmi kompetentní tým, což by byla z pohledu nutnosti posunout Evropu dále jistě zásadní chyba, která by se našemu kontinentu mohla nesmírně vymstít. Toto riziko jsem i přes vážné výhrady k paní Mogheriniové nechtěl podstoupit.

Soraya Post (S&D), *in writing.* - Through the EU Treaty, we have committed to ensuring gender equality and equal rights. This is clear from Article 23 of the Charter of Fundamental Rights and Article 8 of the Treaty on the Functioning of the European Union. It should therefore be an obvious starting point that the EU institutions have an equal representation of men and women.

The European Commission should set an example for the Member States and represent the EU's fundamental values before the rest of the world. This is particularly important in times when fascism and anti-democratic forces are growing in Europe.

The President-elect of the Commission, Jean-Claude Juncker, has ahead of today's vote proposed a college of commissioners where only 9 of 28 members are women. This composition does not live up to the commitment to ensure gender equality and equal rights. It does not live up to the definition of gender equality that the Commission itself has set out.

For this reason I have chosen to vote against the current proposal. I think it would be a betrayal of the EU's fundamental values to accept a new college of Commissioners that is as unequal as the previous one.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich.* - Wie mehr als 200 weitere Abgeordnete habe ich gegen diese Kommission gestimmt.

Richtigerweise bezeichnete Jean-Claude Juncker diese Kommission als die Kommission der letzten Chance. Eine Kommission der letzten Chance, innerhalb Europas endgültig Demokratie und Rechtsstaat zu beerdigen. Aber, Herr Juncker, unterschätzen Sie nicht die Bürger Europas! Diese Bürger erkennen in zunehmender Zahl und immer deutlicher, wohin Ihr Kurs und der Kurs Ihrer Komplizen uns führen soll: Hin zu Planwirtschaft und rigider Staatswirtschaft. Hin zu einem überbordenden Staatswesen, das den Bürger überwacht, ihm immer zahlreichere Vorschriften und Vorgaben für sein Leben macht und seine Freiheit beschneidet. Aber mehr als 200 Jahre Aufklärung sind nicht spurlos an unserer Gesellschaft vorübergegangen. Wir Bürger werden uns zu wehren wissen. Diese Kommission wird chancenlos bleiben in

Mittwoch, 22. Oktober 2014

ihrem Bestreben, eine demokratische, rechtsstaatliche, freiheitliche und vielfältige Gesellschaft in Europa zu egalisieren.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Une nouvelle Commission européenne est en place, avec sa tête Jean-Claude Juncker. Il s'agit d'une belle victoire pour notre famille politique, le PPE. Nous sommes la première force au Parlement européen, il était logique que nous prenions la tête de la Commission. Maintenant, j'espère que les projets et les politiques énoncés par le président Juncker ne resteront pas lettre morte et seront appliqués par les commissaires: investissements, simplification administrative, politiques ambitieuses pour l'industrie et l'énergie, réduction des déficits, politique commerciale concentrée sur l'essor de nos entreprises. Je resterai vigilant pour les engagements pris devant le Parlement se déclinent en actes forts.

Laurențiu Rebega (S&D), *în scris*. - Consider că votul pozitiv acordat din partea Parlamentul European noii Comisii Europene este o importantă acțiune democratică care reflectă alegerile parlamentare. Reticențele față de anumiți comisari au fost depășite prin 423 de voturi în favoarea întregii echipe. După o perioadă de negocieri politice și audieri dure în cadrul Parlamentul European, Președintele Juncker și comisarii săi vor prelua conducerea executivului european la 1 noiembrie 2014. Această Comisie, dacă va colabora mai îndeaproape decât în trecut cu Parlamentul European, va reuși să obțină rezultatele pe care și le-a propus.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. - Vi em Juncker a possibilidade da Esperança para a Europa. Vi a possibilidade do cumprimento da paridade e do equilíbrio político. A democracia seria cumprida. Mas não compreendo como pode a Europa ser governada por quem exige garantias a quem tem quase nada. Não compreendo um governo europeu que defende a igualdade e em que um dos seus membros minorizou as mulheres e onde esse membro, através de uma ginástica empresarial, julga que pode comprar aquilo que é o valor fundamental da política: a Ética. Um governo europeu onde o seu comissário, português como eu, lançou a minha terra, uma RUP-Madeira, para a miséria. A Educação e a Cultura foram deixadas nas mãos de quem amordaçou a liberdade de imprensa e inquinou a mobilidade estudantil. Não compreendo uma identidade europeia, unida pela sua cultura, deixada nas mãos de quem nela não acredita. Tirar apenas a Cidadania ao Comissário Navracscics é um insulto à própria Cultura e Educação que são a base de todo o projeto europeu. Navracscics não é digno de representar a cultura europeia. O Presidente Juncker não respeitou a decisão da Comissão da Cultura e o que me deu em Esperança foi subtraído pela falta de Coragem.

Maria João Rodrigues (S&D), *por escrito*. - Enquanto deputada socialista portuguesa, em conformidade com a orientação de voto do grupo dos Socialistas e Democratas, decidi votar favoravelmente a investidura da Comissão Juncker, dando-lhe o benefício da dúvida em face dos compromissos políticos de mudança assumidos perante o Parlamento Europeu. Este voto, apesar das reservas manifestadas, tem em conta os graves inconvenientes que resultariam de um impasse político na União Europeia e articula-se com uma atitude de exigência perante a nova Comissão, que se prolongará na sua fiscalização política. Ao longo deste processo, em que o funcionamento democrático da União Europeia saiu reforçado, a atitude exigente dos socialistas permitiu obter melhorias na Comissão proposta, como a atribuição a Comissários socialistas das pastas da coordenação do Desenvolvimento Sustentável e da Energia, para além de novos compromissos na agenda económica. As nomeações de Comissários com o perfil de Navracscics e de Katainen justificam reservas. E a indefinição nas competências, na flexibilidade orçamental e no plano de investimento exigem uma atitude de vigilância. Os socialistas portugueses continuarão a exigir da nova Comissão o total cumprimento do programa de mudança anunciado por Juncker, com destaque para o plano de investimento de 300 mil milhões de euros prometido para o início de 2015.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau prieš, nes Europos Komisija nebuvo sudaryta laikantis visų demokratijos ir optimalaus parinkimo principų. Reikia pastebėti, kad esama nemažai Komisijos narių, kurie sugebėjo įtikinti Parlamentą savo žiniomis ir kompetencijomis. Palankiai vertinti Lietuvos, Airijos, Rumunijos kandidatai. Taip pat pagirtinas ir J.-C. Junckerio sprendimas perorganizuoti Europos Komisijos struktūrą. J.-C. Junckeris išgirdo Europos Parlamento narių nuogąstavimus ir perdavė farmacijos klausimus sveikatos komisarui. Taip pat jis išreiškė poziciją, kad siekiant visoje Europoje palaikyti konkurencingumą žemės ūkyje, jis sieks peržiūrėti Bendrosios žemės ūkio politikos sistemą. Tikimės, kad taip ir įvyks.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Tačiau yra Komisijos narių, kurie galimai turi interesų konfliktų. Kai kurie jų yra paskirti eiti tam tikras pareigas tik dėl politinės priklausomybės. Partiniais susitarimais, o ne kompetencija paremti sprendimai gali mesti šešėlį visai Komisijai ir ją susilpninti ateityje. Tuo tarpu šiandien Europai reikia veiksmingos ir stiprios Europos Komisijos, kuri būtų pasiruošusi jau šiandien reaguoti į kasdieninius iššūkius ir priimti būtinus sprendimus.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Avec 423 voix pour, 209 contre et 67 abstentions, le Parlement européen a approuvé la nouvelle Commission européenne de Jean-Claude Juncker qui prendra ses fonctions le 1^{er} novembre.

J'ai soutenu la future Commission européenne et ses orientations politiques pour les cinq prochaines années.

Le programme de Jean-Claude Juncker est ambitieux et coïncide avec la situation politique, économique et financière actuelle de l'Union européenne. La mise en place rapide d'un plan d'investissements de 300 milliards d'euros permettra à l'Union de relancer la croissance et l'emploi. Concernant le commerce international, Jean-Claude Juncker a précisé que les futurs accords de libre-échange ne seraient pas conclus à n'importe quel prix et il a affirmé son objectif d'obtenir un accord juste et équilibré concernant les négociations commerciales actuelles entre l'Union européenne et les États-Unis.

Ce vote symbolise une étape importante dans la construction d'une Union européenne toujours plus démocratique. Les citoyens européens, lors des élections européennes le 25 mai dernier, ont pu se prononcer sur l'élection du futur Président de la Commission européenne et sur l'orientation politique de l'UE. Il s'agit d'une étape supplémentaire vers davantage de transparence et de démocratie en Europe.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della nuova Commissione guidata da Jean-Claude Juncker, che ha presentato i commissari e il loro programma, evidenziando di aver recepito le richieste delle commissioni parlamentari a seguito delle audizioni con i commissari designati. L'elezione della Commissione è stato un passo importante verso una maggiore trasparenza e democrazia in Europa. Per il gruppo PPE la priorità della Commissione dovrà essere quella di trovare soluzioni concrete alle domande dei cittadini europei, in particolare sui temi della stabilità, della crescita e del lavoro, ma anche della sicurezza, dell'immigrazione, della politica estera.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la nueva Comisión, voto en contra del fondo y de las formas; voto en contra del modo de funcionamiento de esta institución europea, de los arreglos y las componendas de la gran coalición y el Consejo, del seguidismo irresponsable con las directrices de la Troika, del marco político e ideológico que sigue imponiendo el austericidio, generando cantidades insoportables de sufrimiento social en los países del sur, y minando las bases mismas del proyecto europeo.

Según datos de Eurostat, la tasa de pobreza en nuestro país ha aumentado del 24,5% en 2008 al 28,2% en 2012, y el número de trabajadores pobres ha pasado del 10,1% en 2006 al 12,3% en 2012. La nueva Comisión representa la continuidad de unas políticas económicas que han llevado a nuestro país a una situación de emergencia social como no habíamos conocido en décadas. He votado en contra de esta nueva Comisión y refrendo mi compromiso de combatir la peligrosa deriva ideológica y política de una Unión que debería dedicarse a defender y garantizar los derechos de sus ciudadanos, y no a cercenarlos para servir a los intereses de unos pocos que nadie ha elegido y que nos conducen a paso firme hacia el desastre.

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *por escrito*. - Mi voto es contrario a la elección de esta Comisión donde la paridad queda muy lejos y donde figuran comisarios como Cañete o Hill que mantuvieron hasta hace poco intereses con grupos privados que para mí son moralmente incompatibles con la defensa de los intereses públicos de la ciudadanía europea. Ni la lucha contra el austericidio, ni la necesidad acuciante de devolver a los europeos y a las europeas la justicia social perdida ni la apuesta decidida por un cambio de modelo energético y productivo hacia la sostenibilidad figuran entre las prioridades de esta Comisión, y, por tanto, no compartimos su proyecto y no podemos votarla.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del colegio de comisarios del Sr. Juncker porque, a juzgar por los perfiles de las personas y por las audiciones, supondrá continuidad y endurecimiento de las políticas neoliberales que violan derechos humanos, que han generado el mayor nivel de desempleo, pobreza y exclusión social en la UE. Seguirán las reformas estructurales para rebajar las condiciones de vida y de trabajo. Seguirá con políticas agrarias y alimentarias nefastas para el campesinado, que proporcionarán comida insegura, y fomentan modos de producción agresivos para el medioambiente. Continuará favoreciendo a los grandes grupos económicos, a costa del des-

Mittwoch, 22. Oktober 2014

mantelamiento y privatización del sector público. Seguirá mirando para otro lado con la represión al movimiento sindical y a los movimientos sociales que luchan por mantener los derechos y las conquistas sociales. Tampoco va a promover las directivas necesarias para avanzar en la igualdad de derechos de las mujeres y en la lucha contra la violencia machista. Una Comisión que tampoco da muestras de respeto por el derecho a decidir de los pueblos que conforman la realidad plurinacional de algunos Estados. El presidente Juncker no ha hecho ningún pronunciamiento sobre la decisión del gobierno español de impedir que Cataluña convoque un referéndum.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. - Enquanto deputado socialista português, em conformidade com a orientação de voto do grupo dos Socialistas e Democratas, decidi votar favoravelmente a investidura da Comissão Juncker, dando-lhe o benefício da dúvida em face dos compromissos políticos de mudança assumidos perante o Parlamento Europeu. Este voto, apesar das reservas manifestadas, tem em conta os graves inconvenientes que resultariam de um impasse político na União Europeia e articula-se com uma atitude de exigência perante a nova Comissão, que se prolongará na sua fiscalização política. Ao longo deste processo, em que o funcionamento democrático da União Europeia saiu reforçado, a atitude exigente dos socialistas permitiu obter melhorias na Comissão proposta, como a atribuição a comissários socialistas das pastas da coordenação do Desenvolvimento Sustentável e da Energia, para além de novos compromissos na agenda económica. As nomeações de comissários com o perfil de Navracsics e de Katainen justificam reservas. E a indefinição nas competências, na flexibilidade orçamental e no plano de investimento exigem uma atitude de vigilância. Os socialistas portugueses continuarão a exigir da nova Comissão o total cumprimento do programa de mudança anunciado por Juncker, com destaque para o plano de investimento de 300 mil milhões de euros prometido para o início de 2015.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. - Chcem pogratulovať p. Šefčovičovi k získanie významného postu podpredsedu EK. No Zloženie EK je viac výsledkom politiky a dílovania s jednotlivými portfóliami, než výsledkom hľadania vhodnej odbornosti. Kandidáti nemajú priamy mandát od občanov navyše ich výber sa čoraz viac vzďaľuje demokratickým praktikám. Preto sa zdržím.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. - S obzirom da sam jedini hrvatski zastupnik u Europskom parlamentu koji je glasao protiv novog sastava Europske komisije, odlučio sam obrazložiti moje mišljenje.

Usprkos upozorenjima iz više političkih grupacija, predloženi povjerenici dokazano su bili ili jesu u sukobu interesa, javno su iskazivali rodnú netrpeljivost te podupirali kršenje građanskih prava i demokratskih vrijednosti što je nedopustivo za buduće nositelje javnih dužnosti.

Jedan od glavnih razloga mojeg neslaganja je i jasno izrečen stav budućeg predsjednika o zaustavljanju politike proširenja. Stoga, podržavanje Junckerove Komisije znači okretanje leđa državama kandidatkinjama i potencijalnim državama kandidatkinjama te nije politički mudro ni dugoročno korisno za stabilnost europskog susjedstva pa tako ni Hrvatske.

Također, spajanjem općih uprava za klimatske promjene i energiju te za okoliš i ribarstvo, Komisija će znatno oslabiti sektorske politike klimatskih promjena i zaštite okoliša. Nisko postavljene ciljevi u dostizanju većeg udjela obnovljivih izvora i energetske učinkovitosti temeljeni samo deklarativnim isticanjem održivog razvoja učinit će gospodarstvo Unije globalno nekonkurentnim. Zamišljene energetske politike nove Komisije svojom rizičnošću ne privlače privatni kapital te izlažu Europu energetskej nesigurnosti.

Moj glas i glas kolega iz Kluba Zelenih/ESS ne znači da smo protiv svih predloženih povjerenika i povjerenica, ali neke od važnijih smjernica prema prosperitetu i povjerenju pogrešno su postavljene.

Monika Smolková (S&D), *písomne* - Podporila som Komisiu, pretože som presvedčená o tom, že zloženie Komisie dáva záruky na riešenie problémov, ktoré v EÚ máme. Počas hringov jednotliví komisári presvedčili, že aj keď ich nominácie sú politické, aj napriek tomu vedia garantovať odborné fungovanie svojich Komisií, a že vedia, aké výzvy sú pred nami, aby sme znížili nezamestnanosť a mieru chudoby, naštartovali rast ekonomiky, zabezpečili energetickú bezpečnosť a sebestačnosť, chránili jedinečnosť prírodných zdrojov, fauny a flóry Európy, ale tiež aj eliminovali vojnové konflikty v Európe a vo svete. Za veľmi pozitívne považujem aj rozdelenia právomocí jednotlivých podpredsedov, pretože budú musieť viac koordinovať činnosti jednotlivých komisíí a medzi komisármi bude väčšia spolupráca, ako to bolo doposiaľ, čo sa určite pozitívne odrazí na predkladaných nariadeniach do EP. Za pozitívne tiež považujem aj prísľub predsedu Komisie aj jednotlivých komisárov, že v budúcnosti chcú častejšie chodiť medzi poslancov na výbory, ale aj na neformálne stretnutia a diskutovať s nimi o riešení problémov, ktoré trápia obyvateľov celej EÚ. Komisiu som podporila aj preto, lebo mám záruku, že podpredseda Komisie za Slovensko p. Maroš Ševčovič svojimi vedomosťami, skúsenosťami, odbornosťou a diplomaciou prispeje k dobrým rozhodnutiam Komisie.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I backed the election of the Commission due to commitments including a EUR 300 billion investment plan by February 2015, a relaunch for European industry, a strengthened European Youth Guarantee, a Europe-wide minimum wage, a continued focus on public services, a more democratic structure to replace the Troika, the fight against tax evasion and the introduction of a financial transaction tax – all of which are important to our citizens.

Richard Sulík (ECR), písomne. - Treba uznať, že Jean-Claude Juncker svojimi návrhmi komisárov prekvapil. Na jeho návrhoch komisárov je vidieť, že Európsku komisiu zostavoval sám a nenadiktovali mu ju šéfovia vlád silných štátov. Skutočne nepríjemná správa je Pierre Moscovici, francúzsky socialista, ktorý sa má stať komisárom pre hospodárstvo, menu a financie. Tento francúzsky minister financií nedokázal znížiť deficit Francúzska, vo svojej funkcii sa snažil zaviesť 70 %-nú daň z príjmu a flagrantne porušoval rozpočtové pravidlá EÚ. Tomu sa hovorí spraviť z capa záhradníka. Táto nominácia je o to nebezpečnejšia, že šéfom ECB je Talian Mario Draghi a šéfom Euroskupiny má byť Španiel. Všetky tieto krajiny tlačia na uvoľnenie rozpočtových pravidiel EÚ, čo je cesta do pekla. To posledné, čo dnes EÚ potrebuje, je viac socializmu a rozpočtovej nezodpovednosti. Bez Moscoviciho by som možno hlasoval za, takto som sa zdržal.

Pavel Svoboda (PPE), písomně. - Evropskou komisi Jeana-Clauda Junckera jsem při dnešním hlasování podpořil, jelikož se domnívám, že současná situace v Evropské unii i ve světě vyžaduje Komisi s pevným mandátem a Komisi, která bude týmově pracovat na komplexním řešení všech problémů ve prospěch občanů Evropské unie. Vítám to, že Komise získala podporu již na říjnovém plénu Evropského parlamentu. Samozřejmě, jako mnoho dalších poslanců jsem měl výhrady k některým kandidátům na komisaře. Nakonec ale tyto výhrady nepřevážily nad potřebou včasného nastartování tohoto institucionálního motoru evropské integrace, jak se Komisi přezdívá. Včasné schválení umožní Komisi ujmout se svých úkolů již od 1. listopadu. Situace v Evropě je vážná a každý den zpoždění při nasazení nových komisařů by byl velkou ztrátou pro všechny.

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω τη σύνθεση της Επιτροπής, διότι απαρτίζεται από Πρόεδρο και μέλη που δεν έχουν τη θέληση και τις δυνατότητες να οδηγήσουν την Ευρωπαϊκή Ένωση σε ένα δρόμο που θα είναι υπέρ των πολιτών της, των Εθνών της, της ασφάλειας και της σταθερότητας. Η συγκεκριμένη Επιτροπή δεν ανταποκρίνεται στις προσδοκίες της Ευρώπης του μέλλοντος.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az Európai Bizottság megválasztását, hiszen a Juncker vezette Bizottság demokratikus legitimációja minden korábbinál erősebb, köszönhetően a Lisszaboni Szerződésnek, amely biztosította a politikai folyamatok jobb átláthatóságát, ezen belül az Európai Parlament szerepét és az európai állampolgárok fokozott részvételét. E demokratikus folyamat keretében közvetlenül, széles körű európai kampány nyomán került megválasztásra a Bizottság elnöke, tagjait pedig alapos és kritikus meghallgatások alapján fogadták – vagy éppen utasították – el az EP szakbizottságai. Az új Bizottság a hatékony, növekedés-párti európai válságkezelésre, a munkahelyteremtést előtérbe helyező szerkezetváltásra, az európai szolidaritás és az alapvető jogok és értékek fokozott érvényesítésére összpontosító programmal és erős politikai mandátummal indulhat útjára. A baloldali értékek érvényesítésének zálogaként a Juncker vezette Bizottság új, célirányosabb szerkezetén belül a jövő szempontjából talán a legfontosabb területeket (külkapcsolatok, fenntartható fejlődés, energia, alapjogok) a baloldalhoz sorolt alelnökök felügyelik.

Sajnálatos, hogy a magyar kormány negatív Európa-politikája és szerencsétlen fellépése miatt Magyarország nem kapcsolódott be a Juncker vezette Bizottság megalakulását eredményező demokratikus folyamatba, ehelyett tovább marginalizálódott, és politikai terheket vett magára. A mai döntés nyomán az új Európai Bizottság (bár szerény poszton) Navracsics Tiborral áll fel, akinek pozícióját súlyosan megterheli, hogy politikai múltja miatt az illetékes EP szakbizottság nem tartotta alkalmasnak posztjára.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. - Oceňujem doterajšie úsilie pána Junckera pri konštituovaní novej Európskej komisie a taktiež jeho snahy čo najefektívnejšie prerozdeliť portfóliá jednotlivým komisárom. Pevne verím, že aj vďaka hearingom uskutočneným na pôde Európskeho parlamentu boli kompetencie kandidátov dôkladne preverené a odobrenie celého kolégia v pléne EP je dôkazom ich kvalít a začiatkom novej úspešnej etapy spolupráce medzi EK a EP.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Après avoir mené ces dernières heures d'ultimes négociations sur plusieurs fronts, nous avons obtenu du président Juncker plusieurs engagements qui nous semblaient indispensables dans le cadre de la défense des intérêts du citoyen. Le casting des Commissaires n'est certes pas entièrement celui que nous aurions voulu, et le programme n'est pour l'instant qu'un ensemble de promesses qu'il faudra concrétiser, mais nous avons décidé de donner une chance à cette Commission de la dernière chance.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Les 300 milliards: nous avons obtenu l'assurance qu'il ne s'agirait pas de fonds recyclés. Nous veillerons à ce que la Commission serve à financer des investissements publics indispensables à la relance et utiles aux citoyens.

La clause d'arbitrage (ISDS) dans les TTIP-CETA: nous n'accepterons jamais qu'une entreprise dicte les lois pour ses ambitions commerciales ou ses profits escomptés, aux dépens du citoyen.

Les médicaments: nous avons obtenu que les médicaments ne soient pas une marchandise, ni les patients des clients, une victoire importante à nos yeux et qui concerne la santé de tous les citoyens.

Dumping social: réviser la directive détachement des travailleurs, actuellement trop utilisée abusivement pour organiser le dumping social au détriment des petites entreprises et des travailleurs, est indispensable.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. - Today I abstained in the vote on this new Commission and Mr Juncker for the following reasons: 1. I was not convinced by some Commissioner candidates in the hearings; in particular I was not convinced by the Commissioner candidates of Spain, France and the UK; 2. This European Commission seems to be the same as the previous one of Mr Barroso, and it will submit to the Council and its Member States; 3. This European Commission seems to be the secretary of the Council. This is not what we need. We need a real European and federalist government of Europe, clearly committed to democratic principles and to respecting the will of the people.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - He votado rotundamente en contra de este nuevo colegio de comisarios del Sr. Juncker puesto que no es más que un cambio de caras para el continuismo de la misma política de la Comisión Barroso. Políticas neoliberales que violan los derechos humanos más fundamentales, que nos han llevado a niveles de desempleo nunca conocidos en la historia de la UE, a niveles intolerables de pobreza y exclusión social. Esta Comisión garantiza que se seguirá la senda de las reformas estructurales que pretenden nivelar a la baja las condiciones de vida y de trabajo en la UE. Reformas que continuarán favoreciendo a los grandes grupos económicos, a costa del desmantelamiento y privatización del poco sector público que aún queda en los países de la UE. Por todos esos motivos he votado en contra de esta Comisión Juncker.

Geoffrey Van Orden (ECR), in writing. - The European Commission is the engine of European integration. Its new President, Mr Juncker, is an unreformed Euro-federalist. He restated today his commitment to the 'Community method' rather than an inter-governmental approach. There is no commitment to fundamental reform, to change, in the way that I and our citizens clearly demand. I cannot therefore support this Commission or what it stands for. However, I am optimistic that Lord Hill, the nominee of the United Kingdom, will prove his worth. On this basis, and in keeping with my Group whip, I abstained.

Derek Vaughan (S&D), in writing. - Today I voted in favour of the new Commission led by Jean-Claude Juncker. The Commission received backing from a very large majority of the Parliament, and Mr Juncker's own nomination is the direct result of the outcome of the European Parliament elections.

Never before has a Commission had more democratic legitimacy and been more accountable. The Commission has promised to lead a coordinated policy approach leading to stability, growth and unity for its citizens and Member States and we have insisted it cooperates closely with this Parliament.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. — Avec mes collègues de la GUE/NGL et 200 autres parlementaires européens, j'ai voté sans états d'âme contre la Commission proposée par Jean-Claude Juncker.

La majorité du Parlement européen l'a approuvée par 423 voix pour, 209 contre et 67 abstentions, bien moins que la Commission présidée par Manuel Barroso en 2004 et en 2009.

Il ne s'agit pourtant que de la prolongation des mêmes dogmatismes, éloignés du message des citoyens lors des élections européennes.

Cette nouvelle Commission n'est donc pas à la hauteur des défis notamment démocratiques et sociaux actuels.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Son architecture met du marché dans presque chaque portefeuille de commissaire; les rares demandes émises lors des caricatures d'auditions des candidats commissaires devant le Parlement européen n'ont pas été prises en compte.

Alors que l'évaluation réelle des candidatures devant les commissions parlementaires a très vite cédé le pas à un chantage entre les principaux groupes politiques, PPE, S&D et ALDE, la majorité du Parlement européen a donc achevé de se ridiculiser et portera une lourde responsabilité dans la situation à venir.

Le maintien de MM. Navracsics et Canete sont deux tristes caricatures de ce qu'il n'aurait pas fallu faire.

Que ceux qui l'ont soutenue ne viennent pas nous donner des leçons.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - Para lá das fingidas preocupações sociais com os mais desfavorecidos, com o emprego e com o crescimento económico, o que fica desta Comissão é a certeza da continuidade da orientação neoliberal das políticas que arrastaram a UE para a atual recessão. Para lá da tentativa de apresentar uma Comissão Europeia renovada, coesa, ancorada em dez projetos prioritários, numa gestão partilhada e solidária, o que sobra é uma completa incerteza à volta de um novo organigrama confuso, com inúmeras áreas de sobreposição, à qual se junta uma hierarquia verticalizada que não augura nada de bom, com Comissários de primeira, de segunda e até de terceira.

Sobressai das audições não só o vínculo profundo de cada um dos Comissários às agendas neoliberais da Comissão Europeia, mas também as ligações diretas ao grande capital europeu.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. - Mit der neuen Kommission unter Juncker geht die EU erneut einen weiteren großen Schritt in Richtung Zentralismus, Intransparenz und Lobbying. Da aus meiner Sicht keiner der neuen Kommissare ausreichend demokratisch legitimiert ist und ich für eine Halbierung der Kommission plädiere, habe ich bei dieser Wahl dagegen gestimmt.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. - Ich habe der Ernennung des Präsidenten, der EU-Außenministerin und der anderen Mitglieder der Kommission als Kollegium für die Amtszeit bis 31. Oktober 2019 meine Zustimmung verweigert. Die EU-Kommission ist als Regierung der EU (Exekutive) gleichzeitig Initiatorin der EU-Gesetzgebung (Legislative). Das ist ein grundsätzlicher Verstoß gegen das einem Rechtsstaat eigene Prinzip der Gewaltenteilung. Ich stehe für ein Weniger an Kompetenzen der EU und ein Mehr an souveränen Rechten der Mitgliedstaaten. Jean-Claude Juncker und mit ihm seine Kommission steht für das Gegenteil. Allein die Ernennung des gescheiterten französischen Finanzministers zum Kommissar für Wirtschaft macht schon für sich die gesamte Kommission unwählbar.

Julie Ward (S&D), in writing. - I have been very concerned about the nomination of several Commissioners-designate whose hearings did not convince me or who did not fully meet the criteria of independence, absence of conflicts of interest and commitment to EU values.

In particular, as a member of the Committee on Culture and Education (CULT), I was very unsatisfied that the Committee's vote rejecting the portfolio for culture, education, youth and citizenship to Mr Navracsics was insufficiently taken into account by Mr Juncker. I have also been concerned by the lack of effort to reach gender equality in the new Commission.

Nevertheless, I believe that having a functioning Commission in place as soon as possible for the EU to work in the best interests of the citizens is crucial. In addition, Member States are responsible for nominating their candidates for Commissioners and the composition of the new Commission reflects the political reality across the EU.

My political group has had a strong input into this new Commission and we will continue to insist on the close cooperation with Parliament that Mr Juncker has committed himself to. For all these reasons, I voted in favour of the approbation of the new European Commission proposed by Mr Juncker.

Hermann Winkler (PPE), schriftlich. - Ich konnte der Berufung der neuen EU-Kommission unter Führung von Jean-Claude Juncker nicht zustimmen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ich fordere von EU-Institutionen, dass sie sich an ihre eigenen Gesetze halten. Laut Lissabon-Vertrag soll die Größe der EU-Kommission ab diesem Jahr nur noch zwei Dritteln der Zahl der Mitgliedstaaten entsprechen, also lediglich 19 Kommissare umfassen. Da es nun doch wieder 28 Köpfe geworden sind, die von den Mitgliedstaaten benannt wurden, halten sich alle EU-Institutionen nicht an ihre eigenen Regeln und lassen auch mutwillig die Chance zur Verschlinkung und Prioritätensetzung verstreichen. Der neuen Kommission fehlt der Wille zur dringend überfälligen Veränderung und Erneuerung der Europäischen Union.

Zudem betrachte ich auch einzelne Personalentscheidungen Junckers kritisch. Wer mit Pierre Moscovici einen der Hauptverantwortlichen für die desolante Finanzsituation Frankreichs zum obersten Währungshüter der EU macht, der macht den Bock zum Gärtner.

Lassen Sie mich betonen, dass mein Stimmverhalten nicht auf Günther Oettinger oder viele andere fähige Kollegen gerichtet ist. Da das Verfahren Einzelabstimmungen aber nicht zulässt, was sich zukünftig unbedingt ändern muss, sah ich mich gezwungen, gegen die neue EU-Kommission zu stimmen.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. - Am votat cu multă speranță pentru Comisia prezentată azi, în plen, de Jean-Claude Juncker. E un vot firesc care vine în continuarea votului dat în Congresul PPE de la Dublin pentru candidatura lui Jean-Claude Juncker la șefia CE, a celui dat în plenul PE de desemnare a sa ca Președinte al Comisiei, dar și al votului din 25 mai, de la alegerile europene, în cadrul cărora UDMR a susținut această candidatură.

Sper că noua Comisie va ști să evite pericolele la care este expusă din chiar primele zile după ce va intra în funcțiune. Sunt de acord cu principiul flexibilității și al stimulării lucrului în echipă pe care Jean-Claude Juncker a construit noua CE. Va trebui însă să vedem acest principiu pus în practică, va trebui să vedem noul rol al CE în relația sa cu statele membre, acela de îndrumare, sprijin și generare de sinergii, nu doar acela de control și constrângere. Modul în care noua Comisie își va începe activitatea și realizarea echilibrului dintre vicepreședinți și echipele de comisari pe care le coordonează vor fi esențiale. Noua CE trebuie să devină partenerul adevărat al statelor membre! Doresc auspicii favorabile și mult succes noii Comisii!

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. - Credo che col voto di oggi ci siamo garantiti altri cinque lunghi anni di austerità, rigore e recessione economica. La mia è purtroppo una triste constatazione, poiché la «nuova» Commissione Juncker non è altro che una chiara prosecuzione, forse con aspetti addirittura peggiori, dei dieci anni di Barroso. Del resto era difficile attendersi qualcosa di diverso da un accordo partorito dalle tradizionali famiglie politiche europee di popolari, socialisti e liberali, che sono tra i maggiori responsabili della drammatica situazione attuale. I miei colleghi italiani del Partito Democratico e di Forza Italia oggi hanno sostenuto convintamente tutto questo, alla faccia del cambiamento radicale che chiedevano ogni giorno durante la campagna elettorale. Del resto è abbastanza semplice capire che colui che ha governato l'Eurogruppo fino a pochi tempo fa e che è stato ai vertici del suo paese per quasi vent'anni, difficilmente potrà rappresentare il cambiamento. E la squadra che lo affiancherà è per certi versi ancora peggiore, con un petroliere che si occuperà di clima, un lobbista finanziario di regolamentare le banche e un ministro che ha portato il suo paese al dissesto finanziario ci guiderà in economia: sicuramente una bella rappresentazione di quanto stia diventando questa Unione europea.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. - Enquanto deputado socialista português, em conformidade com a orientação de voto do grupo dos Socialistas e Democratas, decidi votar favoravelmente a investidura da Comissão Juncker, dando-lhe o benefício da dúvida em face dos compromissos políticos de mudança assumidos perante o Parlamento Europeu. Este voto, apesar das reservas manifestadas, tem em conta os graves inconvenientes que resultariam de um impasse político na União Europeia e articula-se com uma atitude de exigência perante a nova Comissão, que se prolongará na sua fiscalização política. Ao longo deste processo, em que o funcionamento democrático da União Europeia saiu reforçado, a atitude exigente dos socialistas permitiu obter melhorias na Comissão proposta, como a atribuição a Comissários socialistas das pastas da coordenação do Desenvolvimento Sustentável e da Energia, para além de novos compromissos na agenda económica. As nomeações de Comissários com o perfil de Navracsics e de Katainen justificam reservas. E a indefinição nas competências, na flexibilidade orçamental e no plano de investimento exigem uma atitude de vigilância. Os socialistas portugueses continuarão a exigir da nova Comissão o total cumprimento do programa de mudança anunciado por Juncker, com destaque para o plano de investimento de 300 mil milhões de euros prometido para o início de 2015.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

5.2. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 — Überschüsse aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0018/2014 — Gérard Deprez)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Wir haben ja seit heute de facto eine europäische Regierung, und ich möchte hoffen, dass sich der neue Schwung auch bis zur Haushaltsplanung ausbreitet. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sollten Einzug halten. Haushalt ist ja die in Zahlen gegossene Politik. Nach wie vor haben wir das Phänomen, dass wir, je nachdem, wie man rechnet, zwischen 25 und 33 Milliarden offene Rechnungen haben, die nicht bezahlt werden können. Die können deshalb nicht bezahlt werden, weil die Mitgliedstaaten ihre Mitgliedsbeiträge nicht zurücküberweisen wollen. Ich denke, das wäre die erste wichtigste Aufgabe der Kommission gemeinsam mit dem Parlament für den Haushalt, die Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit wiederherzustellen. Deshalb konnte ich heute auch für die Kommission stimmen, weil ich die Hoffnung habe, dass die Kommission hier einen entscheidenden Schritt nach vorne tun kann.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - This Draft Amending Budget will save substantial money, but this money is not going back to taxpayers. Instead it is being spent to part-finance DAB3 and DAB4. So whilst I support the principle of cuts, these are not true cuts to the EU budget. For that reason I have abstained on this motion.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Au vu des difficultés rencontrées en moyens de paiement, il est proposé d'affecter les crédits excédentaires du budget 2013 aux crédits de paiement dans l'exercice 2014. Cette perspective doit être soutenue au vu d'une part de l'importance de l'encours des paiements et, d'autre part, des secteurs principalement concernés par cet encours (secteur humanitaire, jeunesse, fonds structurels,...).

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif 2014 sur l'excédent résultant de l'exécution de l'exercice 2013 vise à inscrire plus d'un milliard d'euros en excédent de l'exercice 2013. 771 millions d'euros provenant de recettes positives (dont des amendes et intérêts de retard) et 276 millions d'euros d'une sous-exécution des dépenses.

Je tiens à rappeler que le cadre pluriannuel 2014-2020 ne prend pas en compte les impayés, qui, fin 2013, s'élevaient à 23,4 milliards d'euros. Il y a donc, du fait du décalage croissant entre les engagements et les paiements, l'apparition d'une dette européenne alors même que Bruxelles adresse aux Etats membres des lettres sur leurs budgets.

Il est aussi intéressant de noter que la politique européenne en matière de concurrence n'est pas si parfaite, en témoigne le niveau important des amendes et intérêts (1,331 milliard supplémentaires pour 2013 mais sûrement plus de 3 milliards en 2014...).

Enfin, ce projet de budget rectificatif ne changeant en rien les orientations budgétaires et politiques décidées, je me suis prononcée contre.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questo provvedimento tecnico che sposta eccedenze di bilancio dal 2013 al 2014 per un ammontare complessivo di € 1.005 mln.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho espresso voto positivo. L'eccedenza compenserà in parte il contributo degli Stati membri al finanziamento del bilancio rettificativo 3/2014.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Considerando le forti pressioni per quanto riguarda i pagamenti per il 2014 e i rafforzamenti richiesti dalla Commissione nel progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 3/2014, è stato proposto che l'importo dell'eccedenza per l'esercizio 2013 venga utilizzato per finanziare la linea di bilancio di nuova creazione «Riserva per esigenze di pagamento supplementari» sul lato delle spese del bilancio.

Tenendo conto che i fondi richiesti dalla Commissione sotto forma di progetti correttivi del bilancio saranno utilizzati per poter effettuare i pagamenti alle autorità locali, alle piccole imprese ed ad altri beneficiari nel 2014, ritengo che sia essenziale raggiungere un accordo sui progetti di bilanci correttivi prima che si avviino i negoziati con il Consiglio. È per questo motivo che oggi ho votato a favore della risoluzione in questione.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - I Regolamenti finanziari stabiliscono che la Commissione è obbligata a presentare ogni anno un progetto di bilancio rettificativo che contabilizza il risultato dell'esercizio precedente.

In questo caso l'attuale rendicontazione vale per l'anno 2013. Se si è registrato un surplus di circa 1.005 milioni di Euro, risulterebbe che 30 miliardi di euro di fatture rimangono ancora non pagate, perciò gli stanziamenti di pagamento non sono sufficienti a coprire tutto ciò che è già stato speso. Il Consiglio ha richiesto agli Stati membri di pagare le fatture entro trenta giorni, perciò se si continua con questo tipo di pratiche, significherà ad esempio, che gli studenti Erasmus non potranno percepire gli emolumenti per le loro borse di studio, una parte dei beneficiari dei fondi strutturali non saranno pagati e si potrebbero fare molteplici esempi di disservizi ai cittadini.

Il budget 2015 è già in discussione ma vogliamo delle garanzie per chiudere il budget 2014.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Con il bilancio rettificativo numero due per il 2014, la Commissione ha contabilizzato l'eccedenza del bilancio 2013, i cui saldi sono in linea con gli anni passati.

Tali somme in eccedenza vengono restituite agli Stati membri tramite una compensazione dei contributi che gli Stati versano mensilmente all'Unione europea. Per il nostro Paese questa somma sarà pari a circa 110 milioni di euro. Ho votato a favore del Progetto di bilancio rettificativo in questione, in quanto il provvedimento comporta essenzialmente una restituzione di fondi dalla tesoreria UE in favore dei Paesi membri.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - Votei a favor do segundo orçamento retificativo relativo ao exercício de 2014.

Partilho, porém, as críticas feitas pelo Deputado José Manuel Fernandes. O Conselho está sistematicamente a violar o Tratado da União Europeia que prevê de forma clara que não pode haver déficit no exercício orçamental da União.

Se os compromissos assumidos com autorização da autoridade orçamental (logo, também do Conselho) se deparam com falta de verbas para o seu pagamento, isso só prova que o Parlamento tinha razão quando reclamou da diferença entre as dotações para compromisso e as dotações para pagamento. E provam também que o Conselho mentiu quando prometeu providenciar as verbas em falta se elas viessem a revelar-se necessárias.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato favorevolmente questo bilancio puramente tecnico che si inserisce nel quadro di una procedura puntuale codificata nel Regolamento finanziario, il quale una volta stabilito il risultato dell'esercizio finanziario dell'anno precedente, impone di adottare le variazioni di bilancio rilevate e inserirle sull'esercizio in corso. La situazione attuale, del tutto positiva, prevedere la contabilizzazione nel 2014 di un surplus di 1 005 milioni di euro derivante dall'esecuzione dell'esercizio 2013, questo vuol dire che l'UE avrà a disposizione una somma aggiuntiva di risorse proprie tali da ridurre la necessità di richiedere eventuali contributi supplementari da parte degli Stati membri.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriflig*. - Moderaterna i Europaparlamentet röstade i dag om EU:s budget för 2015. Då budgeten höjdes jämfört med förra året, var vi mycket skeptiska till att Europaparlamentet ville höja budgeten ytterligare, speciellt med tanke på att många EU-länder lider av underskott och höga statsskulder. Därför är det viktigt att EU:s budget används på rätt sätt, och att politikerna tar sitt ansvar för både Sveriges och EU:s ekonomi. Av denna anledning valde vi att stödja Europaparlamentets krav på högre anslag till forskning, innovation och för att slutföra den inre marknaden eftersom det är detta som ger mervärde både för Sverige och EU. Dessutom var det viktigt för oss att stötta EU:s asyl- och migrationsprogram för att skapa säkra och lagliga vägar in i EU, bla genom att förstärka Frontex. Däremot kan vi inte acceptera att mer av skattebetalarnas pengar läggs på jordbrukssubventioner och enorma bidragssystem för att stötta ålderdomliga och klimatskadliga industrier.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Voto favorevolmente su questo provvedimento che rappresenta un bilancio rettificativo e si riferisce ad un surplus per il bilancio UE 2013 di circa 1 miliardo di euro, frutto in gran parte di maggiori entrate per ammende e interessi di mora. Di norma questa cifra dovrebbe essere restituita agli Stati membri, ma in considerazione di diverse problematiche e di una continua carenza di fondi soprattutto per i pagamenti, la commissione per i bilanci del Parlamento europeo ha proposto di legare l'adozione di questo bilancio rettificativo numero 2 ai successivi 3 e 4, in maniera tale da compensare entrate e uscite impreviste ed avere quindi un impatto neutro. Questo, insieme ad ulteriori bilanci rettificativi dovrebbe addirittura portare ad un surplus finale per le casse dell'UE. È per questo fondamentale considerare questo bilancio rettificativo legato ai successivi, e prioritario rispetto alle discussioni e

Mittwoch, 22. Oktober 2014

all'adozione del bilancio per il prossimo anno 2015. Tutto questo poiché si ritiene assolutamente necessario regolare quanto prima le situazioni pregresse, prima di affrontare tutto il resto.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - El proyecto de presupuesto rectificativo 2/2014 tiene la intención de inscribir en el presupuesto 2014 un excedente del presupuesto 2013, con valor de 1005 millones de euros de diferencias positivas resultantes de la ejecución del mismo: 276 millones derivados de la subejecución y 42 millones de variaciones cambiantes negativas. Como estoy de acuerdo con el principio de transferencia de los excedentes de un ejercicio al siguiente, he votado a favor.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - This report intended to introduce the surplus to the budget, resulting from the implementation of the budget year 2013. Due to the payment crisis, a historically low surplus of EUR 1 005 million is to be entered in the 2014 EU budget. Normally the surplus reduces the contribution of the Members States to the EU budget by the same amount. I consider that this budget amendment is positive as it is taken in the best interest of the programmes in question that could have been negatively affected due to the lack of funds. That is why I supported this report.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Je salue les efforts de bonne gestion budgétaire qui ont permis de dégager au titre de l'exécution du budget 2013 un excédent d'environ 1 milliard d'euros. Étant donné la pression très importante pesant sur le budget de l'Union européenne, cet excédent sera inscrit en recettes dans le budget 2014. Dans un contexte marqué par les difficultés budgétaires, il est essentiel de s'assurer de la bonne affectation des excédents.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Le règlement financier de l'UE prévoit que la Commission présente chaque année un projet de budget rectificatif qui vise à budgétiser l'excédent résultant de l'exercice budgétaire de l'année antérieure, en l'occurrence celle de 2013. D'année en année, la situation des paiements devient critique. Ainsi, il y avait fin 2013 plus de 23 milliards d'impayés et ils approcheraient aujourd'hui d'un montant de 30 milliards.

C'est naturellement un sujet d'inquiétude car le budget européen est financé à 75% par les contributions nationales. Même si le Traité procure le même pouvoir au Conseil et au Parlement sur les dépenses, dans les faits les États ont in fine le dernier mot sur les paiements. Un accord sur le budget rectificatif 2014 est donc à la fois une nécessité urgente et un préalable à l'adoption définitive du budget 2015. Nous exercerons toute notre vigilance, l'Europe ayant besoin d'un budget consolidé pour investir au service de la croissance. Plus profondément, les crises à répétition rappellent la nécessité urgente d'avoir un débat de fond sur les ressources de l'UE afin qu'elle gagne en autonomie budgétaire.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de la enmienda al apartado 46 Resolución del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre la Posición del Consejo sobre el proyecto de presupuesto rectificativo nº 2/2014 de la Unión Europea para el ejercicio 2014, sección III, pues consideramos que no deberían utilizarse créditos de la PAC ni cualesquiera otros créditos del presupuesto para financiar actividades taurinas que impliquen la muerte del toro. Una financiación de este tipo, además, constituye una violación del Convenio Europeo de protección de los animales en explotaciones ganaderas (Directiva 98/58/CE del Consejo).

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - É urgente, e de importância extrema para a credibilidade da União Europeia, assegurar a correção de desequilíbrios orçamentais, por insuficiência de dotação para concretizar pagamentos de compromissos assumidos. São desequilíbrios provocados pela reiterada postura do Conselho em aumentar os cortes nos orçamentos, sobretudo ao nível das dotações para pagamentos. A posição do Conselho, neste e nos outros orçamentos rectificativos, servirá para demonstrar se está ou não de boa-fé neste processo, se é fiável e assume a sua lealdade institucional. Estes orçamentos rectificativos destinam-se a pagar investimentos, programas, projetos já realizados e devidamente autorizados, muitas vezes pelo próprio Conselho, a favor das PME, dos jovens, dos cientistas, das autoridades locais, das ONG. É inaceitável que se recuse – e nomeadamente o Conselho – a pagar o que solicitou e autorizou. Sublinhe-se ainda que o Conselho tem assinado, anualmente, no âmbito da conciliação com o Parlamento, declarações onde assume que aprova orçamentos rectificativos necessários para os pagamentos que se vierem a confirmar. Os compromissos são para cumprir e eu tenho a esperança que os compromissos entre as instituições e com os cidadãos serão respeitados.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - O projeto de orçamento rectificativo n.º 2/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 um excedente do exercício de 2013, no valor de 1005 milhões de euros, que resulta fundamentalmente de um excedente constituído por 771 milhões de euros de diferenças positivas resultantes da execução da receita, 276 milhões de euros de subexecução da despesa e 42 milhões de euros de variações cambiais negativas.

Concordamos com o princípio da transferência dos excedentes de um dado exercício para o orçamento do ano seguinte, desde que isso corresponda a receitas adicionais!

Lamentamos que este excedente orçamental sirva para reduzir a proporção da contribuição baseada no RNB dos Estados-Membros para o orçamento da UE, em vez de constituir uma receita extraordinária que tanta falta faz, para colmatar a exiguidade de um orçamento determinado por um Quadro Financeiro Plurianual de indigência. Ainda para mais no atual quadro, marcado pelo acumular de dívidas resultante de despesa autorizada pela UE e da falta de pagamentos por parte de alguns dos Estados-Membros que mais contribuem (e mais ainda deviam contribuir, tendo em conta a necessidade de efetivação da função redistributiva do orçamento...) para o orçamento da UE. Daí a nossa abstenção.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* - Návrh ako taký som podporila, pretože bez neho by sa veľmi ťažko riešili oblasti, ktoré zahŕňa. Je mi ale ľúto, že neprešli pozmeňujúce návrhy, ktoré som podporila a ktorých hlavným cieľom bolo zníženie výdavkov pre poslancov, či už sa to týka ich plátov, cestovných náhrad alebo vzdialenostných príplatkov. V ťažkej ekonomicko-sociálnej situácii, v ktorej sa EÚ nachádza v súčasnosti, by to bol dobrý signál pre občanov, že sme pripravení robiť úspory sami na sebe.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto favorevole al progetto di bilancio rettificativo. Questa eccedenza compenserà in parte il contributo degli Stati membri al finanziamento del bilancio rettificativo 3/2014.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Ψηφίζω κατά του σχεδίου διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 2/2014, διότι τα χρήματα που αφορούν το πλεόνασμα, δεν διατίθενται ως πρέπει κατά το επόμενο έτος, αλλά χάνονται σε διάφορους προϋπολογισμούς για ίδιο όφελος.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de la enmienda al apartado 46 Resolución del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre la Posición del Consejo sobre el proyecto de presupuesto rectificativo n.º 2/2014 de la Unión Europea para el ejercicio 2014, sección III, pues consideramos que no deberían utilizarse créditos de la PAC ni cualesquiera otros créditos del presupuesto para financiar actividades taurinas que impliquen la muerte del toro. Una financiación de este tipo, además, constituye una violación del Convenio Europeo de protección de los animales en explotaciones ganaderas (Directiva 98/58/CE del Consejo).

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de la enmienda al apartado 46 Resolución del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre la Posición del Consejo sobre el proyecto de presupuesto rectificativo n.º 2/2014 de la Unión Europea para el ejercicio 2014, sección III, pues consideramos que no deberían utilizarse créditos de la PAC ni cualesquiera otros créditos del presupuesto para financiar actividades taurinas que impliquen la muerte del toro. Una financiación de este tipo, además, constituye una violación del Convenio Europeo de protección de los animales en explotaciones ganaderas (Directiva 98/58/CE del Consejo).

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za ovaj prijedlog rezolucije jer bi se usvajanjem izmjene proračuna br. 2 za financijsku godinu 2014. smanjio doprinos bruto nacionalnih dohodaka država članica proračunu EU-a, na način da se višak iz 2013. godine u iznosu od 1,005 milijuna unese u proračun za 2014. Uzimajući u obzir razmjer financijske krize koja je pogodila europske zemlje, ali i strukturu Europske unije, navedene izmjene predstavljaju koherentan i uravnotežen pristup EU financijskom okviru.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Le projet de budget rectificatif ne vise qu'à budgétiser l'excédent de l'exercice 2013. Cependant cette année encore nous observons un déficit des crédits de paiement.

Nous devons trouver une solution durable au problème récurrent des impayés, et enrayer cet effet boule de neige au risque de rester paralysé dans une crise budgétaire. Il en va de la crédibilité de l'Union européenne.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I supported the decision, as it only introduces the surplus to the budget resulting from the implementation of the budget year 2013.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Gérard Deprez in quanto gli stanziamenti ivi previsti verranno utilizzati per coprire il fabbisogno di stanziamenti di pagamento supplementari individuato dalla Commissione nel progetto di bilancio rettificativo n. 3. Purtroppo l'esecuzione dei bilanci annuali ed il gap tra stanziamenti di impegno e pagamenti dimostrano chiaramente che l'attuale politica di bilancio non può restare immutata. E' necessario muoversi con forza verso una riforma del sistema delle risorse proprie, al fine di svincolare il bilancio dell'UE dalle necessità dei singoli Stati membri.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - El proyecto de presupuesto rectificativo 2/2014 tiene la intención de inscribir en el presupuesto 2014 un excedente del presupuesto 2013, con valor de 1005 millones de euros de diferencias positivas resultantes de la ejecución del mismo: 276 millones derivados de la subejecución y 42 millones de variaciones cambiantes negativas. Como estoy de acuerdo con el principio de transferencia de los excedentes de un ejercicio al siguiente, he votado a favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. - Europska komisija je u svom nacrtu izmjene proračuna broj 2 za 2014. godinu uključila proračunski suficit u iznosu od milijardu eura koji je nastao temeljem povećanja prihoda (+771 milijuna eura), manjih rashoda od planiranih (+276 milijuna eura) te negativnih tečajnih razlika (-42 milijuna eura). Navedeno bi značilo smanjenje doprinosna država članica u europski proračun za milijardu eura.

Kako je nacrt izmjene proračuna broj 2 donesen paralelno s nacrtom izmjene proračuna broj 3 (mobilizacija dodatnih sredstava za plaćanje) i 4 (revizija u prognozi tradicionalnih vlastitih sredstava) potrebne su dodatne uplate od 106 milijuna eura u proračun (uplate država članica u proračun na temelju BND) čime bi se osigurala sredstva za dodatna plaćanja.

Podržala sam ovo Izvješće jer je važno za ispunjavanje postojećih proračunskih obveza.

David Martin (S&D), *in writing*. - I supported this proposal for Draft amending budget No 2/2014, which aims to enter in the 2014 budget the surplus from the 2013 financial year, amounting to EUR 1 005 million.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della relazione dell'On. Deprez concernente il provvedimento tecnico che sposta le eccedenze di bilancio dal 2013 al 2014 per un ammortare pari a circa complessivi 1 miliardo di Euro, affinché siano compensate le entrate ed uscite imprevedute, ed avere un surplus finale per le casse dell'UE

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Ce rapport entérine le 2ème budget rectificatif de l'Union pour 2014. Il vise à inscrire au budget 2014 «l'excédent» de l'exercice 2013, d'un montant de 1 005 000 000 EUR. Signe de la gestion chaotique de l'UE: le budget fait apparaître un excédent alors que dans le même temps tous les indicateurs existants font apparaître une pénurie de crédits de paiement, tant dans le budget 2012 que dans le budget 2013. Le rapport propose d'affecter cet «excédent» au financement d'une nouvelle ligne budgétaire, numérotée 40 04 01, intitulée «Réserve pour besoins supplémentaires de paiements». Une chatte n'y retrouverai pas ses petits ! Un excédent pour payer un non paiement du même budget. Je m'abstiens sur ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Votei favoravelmente este orçamento retificativo, de forma a acomodar os excedentes resultantes da execução do exercício de 2013.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - I have voted in favour of this report as it proposes effective ways to allocate the surplus amount for the year 2013. This report also changes the breakdown of contributions between Member States on the basis of the latest updated macroeconomic data.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. - Il est heureux de constater que le projet de budget rectificatif n° 2/2014, qui permet de reporter à 2014 les crédits non utilisés en 2013, a été adopté.

Je salue particulièrement la décision du rapporteur Gérard Deprez de mener parallèlement à ceci, les négociations relatives aux budgets rectificatifs n° 3 et n° 4, afin de donner à l'Union les moyens nécessaires à son action. Le budget rectificatif n° 3 porte notamment sur la nécessité d'octroyer des crédits de paiement supplémentaires. Si les trois projets sont adoptés, l'incidence budgétaire nette pour les États Membres se chiffrera à 105 700 000 EUR. Cela reste peu en comparaison de ce que ceux-ci pourraient réellement donner s'ils en avaient la volonté politique.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I support the Draft Amending Budget (DAB) No 2/2014, which is intended to introduce the surplus to the budget resulting from the implementation of the budget year 2013. In order to align the procedural calendar, the BUDG Committee decided to keep the DABs of 2014 as a package. By keeping the three DABs as a package there are no additional costs for Member States.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato favorevolmente al progetto di bilancio rettificativo n. 2/2014 poiché esso mira unicamente a iscrivere in bilancio l'eccedenza derivante dall'esecuzione dell'esercizio precedente.

A chiusura dell'esercizio 2013, infatti, si è registrato un surplus di circa 1.005 milioni di Euro.

Tale somma, in base al Regolamento finanziario, determina una restituzione agli Stati membri effettuata, di norma, tramite compensazione dei contributi versati mensilmente da questi ultimi alla UE. Per l'Italia, l'ammontare della restituzione si aggira intorno a un importo di circa 110 milioni di euro.

Il surplus andrà quindi a compensare, in parte, il contributo degli Stati Membri al finanziamento del bilancio rettificativo n. 3.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. - Ce projet de budget rectificatif n° 2/2014 ne résout en rien le grave problème de fonds des impayés. Au 31/12/2013, ces derniers s'élevaient à plus de 23 millions d'euros et compte tenu de l'effet boule de neige attendu, les factures impayées dépasseront à la fin de 2014 les 27 millions d'euros. Pire, l'UE a sur les bras 220 milliards de RAL (autorisations d'engagement qui ne sont pas couvertes par des crédits de paiement). A l'évidence, l'UE a pris des engagements qu'elle ne peut honorer et se montre donc incapable de s'appliquer à elle-même la rigueur budgétaire qu'elle exige des États membres. Aujourd'hui, elle se retrouve concrètement au bord de la cessation de paiement. Enfin, dans un tel contexte quelle crédibilité peut-on accorder à M.Juncker qui annonce un grand programme pluriannuel d'investissements supplémentaires de 300 milliards d'euros. Qui paiera ? Les États membres ? Ou faut-il s'attendre à la création d'un impôt direct européen qui grèvera encore un peu plus le pouvoir d'achat des peuples européens, déjà écrasés par les mesures d'austérité imposées par Bruxelles... Ce projet de budget rectificatif n'est donc qu'un petit sparadrap appliqué pour contenir une hémorragie. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce projet de budget qui vise à mettre en réserve l'excédent budgétaire de 2013. En effet, dans le cadre de sa politique de concurrence, la Commission européenne a récolté plus d'un milliard d'euros à travers différentes amendes. Les paiements viennent directement alimenter le budget général de l'Union européenne en déduction des contributions nationales. Cependant, nous savons déjà que le budget 2014 sera en déséquilibre, suite à un manque de volonté du Conseil de payer la clôture des différents programmes. J'ai donc soutenu l'idée de mettre en réserve l'excédent 2013 en attendant de trouver une solution pour équilibrer le budget 2014.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Podržao sam izmjenu proračuna br. 2/2014 Europske unije za financijsku godinu 2014., Dio III. – Komisija, čija je svrha unos iznosa od 1 005 milijuna EUR kao viška iz financijske godine 2013. u proračun za 2014. godinu. Jasno je da se ovakvim izmjenama ne riješava pravi problem neplaćenih računa koji su dosegnuli razinu od 25 milijardi eura, pa smatram da je važno istaknuti činjenicu da se ponovno dovodi u pitanje vjerodostojnost EU-a. Odgoditi donošenje što više odluka, kako predlaže Vijeće, također nije rješenje. Moramo ispunjavati obveze koje smo preuzeli u proteklom godinama i prvenstveno tijekom procesa pregovaranja novog Višegodišnjeg financijskog okvira. U protivnom, jasno je kako neće biti moguće ispravno provesti dogovoreni Višegodišnji financijski okvir ako već u prvoj godini njegove provedbe ne poštujemo dogovoreno.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Con il progetto di bilancio rettificativo n.2/2014 la Commissione europea ha contabilizzato il risultato dell'esercizio precedente, cioè l'eccedenza del bilancio 2013. Nel 2013 si è registrato alla chiusura dell'esercizio un surplus di circa 1005 milioni di euro. Il regolamento finanziario prevede una restituzione delle somme agli Stati membri fatta con una compensazione dei contributi versati mensilmente dagli stessi all'UE. Con questo progetto di Bilancio rettificativo ci sarà una restituzione delle somme i cui importi variano da Stato membro a Stato membro.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport Deprez amendant le budget rectificatif pour l'exercice 2014, car il traite en urgence la question des 23 milliards d'euros de déficit budgétaire. Le traitement en bloc de tous les projets de budget rectificatifs introduits pour 2014 me paraît être une bonne stratégie. Celle-ci devrait permettre d'éviter tout refus de crédits supplémentaires de la part du Conseil dans le cadre du comblement de ce déséquilibre. Les bénéficiaires des programmes européens tout comme l'Europe elle-même méritent que les engagements soient honorés. Je suis également d'accord sur le principe de ne pas entamer de négociations sur le budget 2015 tant que le budget rectificatif 2014 n'est pas modifié.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este informe para exigir al Consejo que solucione urgentemente la alarmante crisis de pagos que asciende ya a más de 26 000 millones de euros en facturas impagadas. La UE debe ser buen pagador y cumplir con sus compromisos. De ello dependen instituciones públicas, instituciones privadas, ONG, pymes, estudiantes, investigadores, universidades, que han participado en programas europeos y que siguen esperando la financiación comprometida por la UE.

La UE debe pagar lo que debe. No se puede seguir retrasando la situación de los impagos.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution du Parlement européen relative au budget rectificatif pour l'année 2014. En effet, afin d'honorer les paiements des autorités locales, petites entreprises et autres bénéficiaires de fonds européens en 2014, la Commission européenne a dû demander des fonds additionnels.

L'obtention d'un accord entre les groupes politiques sur le budget rectificatif 2014 était fondamental afin de pouvoir débiter les négociations sur le budget 2015 avec le Conseil.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore del progetto di bilancio rettificativo n. 2/2014, relativo all'eccedenza derivante dall'esecuzione dell'esercizio 2013, che prevede un surplus, da iscrivere nel bilancio dell'Unione per l'esercizio 2014, pari a 1.005 milioni di EUR, riducendo in tal modo dello stesso importo i contributi degli Stati membri. Le componenti principali di tale eccedenza sono un risultato positivo sul lato delle entrate pari a 771 milioni di EUR, una sottoesecuzione delle spese pari a 276 milioni di EUR e una differenza di cambio negativa pari a 42 milioni di EUR.

Attualmente vi sono tre progetti di bilancio rettificativo proposti dalla Commissione per il bilancio 2014. Considerando complessivamente i 3 progetti di bilancio rettificativo, l'impatto netto al bilancio sarebbe solamente di 106 milioni di EUR.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de la enmienda al apartado 46 Resolución del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre la Posición del Consejo sobre el proyecto de presupuesto rectificativo nº 2/2014 de la Unión Europea para el ejercicio 2014, sección III, pues consideramos que no deberían utilizarse créditos de la PAC ni cualesquiera otros créditos del presupuesto para financiar actividades taurinas que impliquen la muerte del toro. Una financiación de este tipo, además, constituye una violación del Convenio Europeo de protección de los animales en explotaciones ganaderas (Directiva 98/58/CE del Consejo).

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - El proyecto de presupuesto rectificativo 2/2014 tiene la intención de inscribir en el presupuesto 2014 un excedente del presupuesto 2013, con valor de 1005 millones de euros de diferencias positivas resultantes de la ejecución del mismo: 276 millones derivados de la subejecución y 42 millones de variaciones cambiantes negativas. Como estoy de acuerdo con el principio de transferencia de los excedentes de un ejercicio al siguiente, he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I welcome today's vote in favour of the Draft Amending Budget No 2/2014 on the surplus of the implementation of budget year 2013. A surplus of EUR 1 005 million will be entered in the EU budget for 2014, thus reducing by the same amount the contributions of the Member States. The surplus comes mostly from fines and interest on late payments.

Branislav Škripek (ECR), *pisomne*. - Ide o úpravu rozpočtu z predošlého obdobia. Rozpočet sa vyvíja pozitívnejšie ako sa pôvodne predpokladalo. Ide o níženie požiadaviek na vlastné zdroje EÚ o 9,5 mld Eur. To je dobrá správa aj pre Slovensko a pre ostatné členské štáty EÚ, ktoré by mali do rozpočtu EÚ zaplatiť menej (za Slovensko o 53 mil Eur). Hlasujem ZA.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* - Nacrt izmjene proračuna br. 2/2014 posvećen je isključivo unosu viška u iznosu od 1,005 milijuna EUR iz 2013. godine u proračun. Donošenjem ove izmjene proračuna br. 2 smanjio bi se udio doprinosa BND-a država članica proračunu EU-a za 1,005 milijuna EUR i time djelomično nadomjestio njihov doprinos izmjeni proračuna br. 3 (3 170 milijuna EUR potrebnih dodatnih vlastitih sredstava).

Stoga ističem potrebu provedbe postupka usvajanja nacrt izmjene proračuna br. 2 usporedno s pregovorima o nacrtu izmjene proračuna br. 3 koji se odnosi na mobilizaciju dodatnih odobrenih sredstava za plaćanje, te nacrtu izmjene proračuna br. 4 koji se odnosi na preispitivanje procjena tradicionalnih vlastitih sredstava, druge prihode i konačno utvrđivanje nekih kazni omogućujući tako dodatnih 2 059 milijuna EUR vlastitih sredstava koja bi mogla dodatno smanjiti potrebe za dodatnim odobrenim sredstvima iz nacrt izmjene proračuna br. 3. Držim važnim održati političku i postupovnu vezu između nacrt izmjene proračuna br. 2, 3 i 4, i temeljem toga podržavam ovo izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* - I supported this as there are no additional costs for Member States.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* - Podržavam izmjenu proračuna br. 2/2014 Europske unije za financijsku godinu 2014., Dio III. – Komisija (12300/2014 — C8 - 0160/2014 – 2014/2035(BUD)). Smatram kako su izmjene napravljene u nacrtu proračuna br. 2/2014 kvalitetne, te kako će unos iznosa od 1,005 milijuna eura kao viška iz financijske godine 2013. u proračun za 2014. godinu pomoći u pojedinim financijskim sektorima unutar Europske unije.

Na prihodovnoj strani povećanje uglavnom proizlazi iz kazni te zateznih kamata, što znači ukoliko to pridodamo budžetu za 2014., smanjit će se doprinos koji moraju plaćati same države članice Europske unije. Olakšanjem plaćanja doprinosa, države članice će moći ta sredstva iskoristiti kako bi poboljšale tržišne i gospodarske uvjete u svojim zemljama. A samim time, Europska unija će također napredovati u pozitivnome smjeru. Unaprijeđenje kvalitete života svakog građanina unutar zemalja Europske unije jest ono čemu treba težiti, a izmjena ovog proračuna je još jedan korak u tome smjeru.

Eleftherios Synadinos (NI), *γραπτώς.* - Καταψηφίζω το συγκεκριμένο σχέδιο διότι η μεταφορά του πλεονάσματος του έτους 2013 στον προϋπολογισμό του 2014, δεν πραγματοποιείται σε στοχευμένους τομείς όπου υπάρχουν πραγματικές ανάγκες και θα βοηθήσουν τα Κράτη-Μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά ως αποθεματικό για ανάγκες πρόσθετων πληρωμών το οποίο σημαίνει ότι τα εν λόγω χρήματα θα τα διαχειριστούν επ' ωφελεία τους οι έχοντες την εξουσία.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — Étant donné la pression très importante sur les paiements 2014 et la consolidation demandée par la Commission dans le PBR n° 3/2014, il est proposé d'affecter l'excédent de l'année 2013 au financement d'une nouvelle ligne budgétaire, numérotée 40 04 01, intitulée «Réserve pour besoins supplémentaires de paiements» et figurant dans le volet dépenses du budget, plutôt que de réduire les ressources propres fondées sur le RNB. Si le PBR n° 3/2014 est adopté par le Conseil sans modification, cet amendement sera retiré.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit.* – Je veux dénoncer l'insincérité des États européens qui, en novembre dernier, acceptent, dans le dialogue avec le Parlement, la création d'une réserve pour imprévu dans le cadre financier 2014-2020. Et, aujourd'hui le Conseil refuse de l'appliquer. Il nous propose plutôt de faire de la cavalerie budgétaire et nous demande de laisser les porteurs de projets et les collectivités locales assumer le poids de leur incurie. Sans ces éléments de flexibilité, le Conseil n'aurait pas eu d'accord. Et aujourd'hui le Conseil le piétine, en même temps que notre assemblée. Chacun sait que l'Union a besoin d'une relance pour la croissance et l'emploi. Chacun sait qu'elle ne se fera pas sans argent frais. Alors que le Conseil sort de sa schizophrénie. Qu'il respectent les citoyens européens. Qu'il commence par payer ses dettes et tenir ses engagements.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* - Glasovala sam protiv prijedloga rezolucije Europskoga parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 2/2014 Europske unije za financijsku godinu 2014., dio III. – Komisija, jer izvjestitelj umjesto smanjenja doprinosa BDP-a država članica predlaže da se ostvarenim viškom od 1,005 milijuna EUR nadomjesti doprinos država članica izmjeni proračuna br. 3., te zbog toga predlaže da se postupak usvajanja nacrtu izmjene proračuna br. 2 provede usporedno s pregovorima o nacrtu izmjene proračuna br. 3, koji se odnosi na mobilizaciju dodatnih odobrenih sredstava za plaćanje te nacrtu izmjene proračuna br. 4 koji se odnosi na preispitivanje procjena tradicionalnih vlastitih sredstava, druge prihode i konačno utvrđivanje nekih kazni.

Smatram da je ovakva preporuka neprihvatljiva jer predstavlja kršenje Financijske uredbe i njezina članka 18. stavka 1. prema kojemu se „saldo svake proračunske godine upiše u proračun sljedeće proračunske godine kao prihod u slučaju viška ili kao sredstva za plaćanje u slučaju gubitka.“

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito.* - El proyecto de presupuesto rectificativo 2/2014 tiene la intención de inscribir en el presupuesto 2014 un excedente del presupuesto 2013, con valor de 1005 millones de euros de diferencias positivas resultantes de la ejecución del mismo: 276 millones derivados de la subejecución y 42 millones de variaciones cambiantes negativas. Como estoy de acuerdo con el principio de transferencia de los excedentes de un ejercicio al siguiente, he votado a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* - O projeto de orçamento retificativo n.º 2/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 um excedente do exercício de 2013, no valor de 1005 milhões de euros, que resulta fundamentalmente de um excedente constituído por 771 milhões de euros de diferenças positivas resultantes da execução da receita, 276 milhões de euros de subexecução da despesa e 42 milhões de euros de variações cambiais negativas.

Lamentamos que este excedente orçamental sirva para reduzir a proporção da contribuição baseada no RNB dos Estados-Membros para o orçamento da UE, em vez de constituir uma receita extraordinária que tanta falta faz num momento em que se acumulam dívidas resultantes de despesa autorizada pela UE.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich.* - Der Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans ist buchhaltungstechnischer Hokuspokus und mit Artikel 18 Absatz 1 der EU-Haushaltsordnung, die dieses Parlament selbst verabschiedet hat, nicht vereinbar. Die EU-Haushaltsordnung sieht vor, dass Überschüsse auf der Habenseite im folgenden Haushaltsjahr verbucht werden müssen. Entsprechend sollten die Zahlungen der Mitgliedstaaten an die EU sinken. Das ist nun jedoch nicht möglich. Denn anstatt die Haushaltsordnung einzuhalten, schafft das EP regelwidrig eine neue Reserve-Haushaltslinie für einen Mehrbedarf an Mitteln für Zahlungen – eine Kriegskasse für schlechte Zeiten – anstatt die BNE-Eigenmittel zu senken. Nach Artikel 18 Absatz 1 der Haushaltsordnung ist der Saldo eines jeden Haushaltsjahrs – je nachdem, ob es sich um einen Überschuss oder einen Fehlbetrag handelt – im Wege eines Berichtigungshaushaltsplans als Einnahme oder als Ausgabe in den Haushaltsplan des folgenden Haushaltsjahres einzustellen. Diese Regelung wird hier offensichtlich umgangen, und deswegen stimme ich gegen den Berichtigungshaushaltsplan.

5.3. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union — Haushaltsjahr 2015

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Martina Anderson (GUE/NGL). - Mr President, whilst the budget is not ideal, I voted in favour of amendment 906 supporting the peace process and financial assistance for Palestine and for UNRWA. As the people of Gaza are emerging from the most recent onslaught, their needs are greater than ever and UNRWA needs financial support to carry out its work.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

UNRWA is dealing with thousands of families who are homeless and without livelihood. Even those with homes find themselves in neighbourhoods where water, sewage and electricity systems are demolished. The future of Gaza must not be defined by the instability and poverty imposed by the blockade. The international community will need to move forward and do more, to make sure that it is doing more than just humanitarian action and to address the underlying causes of the crisis, hence ending Israel's occupation in Palestine. As we wait for that to happen, UNRWA is playing a leading role in addressing the devastation caused by the recent conflict and the pervasive effect of the Israeli-imposed blockade. UNRWA is seeking USD 1.6 billion for emergency relief, early recovery and reconstruction priorities in the Gaza Strip, and hence the EU must increase UNRWA's budget.

Anne Sander (PPE). - Monsieur le Président, chers collègues, j'ai voté en faveur de cette résolution sur le budget 2015 car l'Europe doit avoir les moyens de son action en faveur de la croissance et de l'emploi. Cependant, je m'oppose fermement au paragraphe qui concerne une soi-disant feuille de route pour un siège unique du Parlement. Derrière cette formulation se cache une attaque ciblée contre Strasbourg. Or, une telle attaque est juridiquement fautive et politiquement inacceptable.

Dois-je, une fois encore, rappeler qu'il existe déjà un seul et unique siège? C'est Strasbourg!

Alors, oui, Monsieur le Président, je suis pour un siège unique mais pour le siège unique de Strasbourg!

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte das Hohe Haus im Rahmen der Haushaltsberatungen auf ein technisches Problem im Bereich Landwirtschaft bzw. Agrarpolitik aufmerksam machen. Wir haben ja zurzeit in der Landwirtschaft durch die Reaktion auf die europäische Embargopolitik seitens Russlands eine Absatzkrise zu verzeichnen. Wir haben einen Preisverfall bei Obst und Gemüse, mittlerweile bei Milchprodukten, und im Schweinebereich deutet sich Ähnliches an.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir natürlich die Krise bewältigen wollen. Wir werden die Landwirte unterstützen. Wir haben da auch einen Krisenfonds, das ist auch richtig, aber wir werden dafür auch einen Teil der sogenannten Geldrückflussmittel einsetzen müssen. Das ist noch nicht gegeben. Da gibt es noch heftige Diskussionen. Wir werden aber gemeinsam, so hoffe ich zumindest, mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und dem Haushaltsausschuss und der Kommission für dieses Problem auch eine Lösung finden.

Daniel Hannan (ECR). - Mr President, here is a really extraordinary statistic. Over the past four years the United Kingdom has created more jobs than the other 27 members of the European Union combined. There are various ingredients that went into that formula.

There were changes to the welfare system, there was the removal of a number of low-paid workers from income tax altogether, but one of the things that did not go into it was trying to create jobs by spending money, as this budget proposes. Even if you or I were directly to say 'I am going to create a job by employing someone in my office', I think we both understand that this would be taking more money out of the private sector than goes into the job. There is always a net loss, which is why the European Union is falling behind, why we are on the only continent on the planet that is not growing.

One specific point in my remaining time on this budget: it is impossible on the amendment to do with subsidising fighting bulls to distinguish between the ones that might be raised for the plaza and the ones which are not, because almost all of the *camada brava* end up in the food chain anyway. This was therefore a declamatory, rather than practical, amendment. It would have had absolutely no impact, and if you are against subsidising fighting bulls the only solution is to withdraw from the common agricultural policy.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. - Many amendments to the budget were proposed, both by the EFDD Group and some of the other political groups, which would have saved substantial amounts of money for taxpayers.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

These amendments were voted down time and time again, and even the request to stop EU subsidies for bullfighting did not achieve a qualified majority. The European Union has failed once again to put its own house in order, failed to take a lead with cuts, and failed to show that it understands that taxpayers' cash belongs to them not to the European Union.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Ce projet de budget général pour 2015 révèle toute l'hypocrisie de l'Union européenne. D'un côté, elle demande à des Etats comme la France de revoir son budget pour cause de déficit excessif; de l'autre, elle est confrontée à des retards de paiements récurrents qui atteignent des niveaux impressionnants: près de 30 milliards d'euros de factures impayées fin 2014!

Face à cette situation et à l'impossibilité de réclamer toujours plus de crédits des Etats membres déjà fortement endettés et touchés par la crise économique, l'Union européenne n'aura bientôt plus d'autres choix que de ressortir des tiroirs son idée d'un impôt européen. Qu'il s'agisse de Juncker ou de Barroso, du PPE ou du PSE, les mêmes politiques ultralibérales et technocratiques seront appliquées.

Je me suis donc prononcée contre ce budget général qui s'inscrit dans de trop nombreuses années de confiscation de la souveraineté des Etats-nations.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Dopo aver addossato la colpa della crisi agli Stati Membri, dopo aver imposto misure di austerità costate lacrime e sangue ai propri cittadini, l'Europa presenta oggi i suoi conti. Davanti a 25 milioni di europei disoccupati e a 3 milioni di italiani che pur avendo un lavoro vivono di stenti, senza potersi permettere un pasto decente o un tetto sulla testa, l'Europa chiede più soldi. In un momento in cui i cittadini hanno bisogno di sostegno e servizi e le imprese cercano nuovi fondi per promuovere la loro competitività, l'UE dovrebbe essere la prima a dare il buon esempio. La totale mancanza di volontà di operare tagli per l'efficientamento della spesa mi ha quindi convinto a votare contro il testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. - Jag har röstat nej till budgeten.

Budgeten är alltför stor och omfattande. Det borde ske omfattande nedskärningar.

Jordbrukspolitiken är bara ett exempel. Den resulterar i överproduktion och negativa effekter för miljön, klimatet och djurhållningen. Ett annat exempel är de oöverskådliga regional- och strukturfonderna där det pågår omfattande bedrägerier, vilket kommissionen själv bekräftar.

Jag motsätter mig satsningarna på Frontex, som innebär fortsatt byggande av Fästning Europa, vilket tvingar människor på flykt från krig och förtryck att riskera sina liv för att ta sig till en fristad. Detta och initiativ för ökad militarisering av EU är helt fel väg för en union som hävdar att den försvarar mänskliga rättigheter och är ett fredsprojekt.

Principiellt anser jag det också fel att EU-parlamentet har makt över budgeten. Medlemsländerna som betalar EU:s budget borde ha full beslutanderätt över unionens utgifter. Det är mer demokratiskt att medlemsländernas regeringar, och de nationella parlamenten, beslutar över långtidsbudgeten. Det är skattebetalarna i medlemsländerna som betalar och därför är det deras direkt folkvalda i respektive land som ska ha makten.

Detta är några av de skäl som gör att jag väljer att rösta nej till budgeten.

Steve Briois (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour l'amendement 232 présenté par Monsieur le député Bas Eickhout, qui demande la suppression des aides directes de la PAC à destination des élevages de taureaux destinés à la corrida. En effet, alors que des milliers de petits éleveurs ne sont pas suffisamment soutenus par les fonds de la PAC, ceux-ci ne doivent pas être attribués à des élevages destinés à la tauromachie.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Nel progetto di bilancio per l'esercizio 2015 si mantiene una tendenza ad aumentare le spese e gli impegni di pagamento.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il contributo degli Stati al funzionamento delle istituzioni è un flusso di denaro che si dovrebbe utilizzare secondo criteri rigorosi di necessità, soprattutto in tempi di grave crisi strutturale in tutto il continente. Tuttavia possiamo constatare come non solo le spese amministrative sono in crescita, ma sono in aumento anche i contributi alle fondazioni politiche e ai partiti europei, mentre i contribuenti delle nazioni che hanno dato vita alle istituzioni stesse sono privati di una sicurezza economica che dovrebbe discendere proprio da una azione capillare di queste ultime.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. - (Emendamenti 553-554-555-556-557)

Il tema dei costi della politica – che si ricollega a quello, più ampio, dei costi della democrazia – è un tema delicato e complesso, in riferimento al quale, soprattutto in tempi di crisi economica, non mancano polemiche e, qualche volta, strumentalizzazioni.

Ciò premesso, credo che, essendo ufficialmente chiamati a prendere posizione, come parlamentari, su aspetti relativi al nostro trattamento economico, sia opportuno – proprio perché la decisione tocca direttamente «le nostre tasche» (e, indirettamente, quelle di tutti i cittadini) – accantonare non solo i propri interessi privati, ma anche ogni possibile riserva di principio sui «dettagli» e sulle eventuali finalità contingenti delle singole iniziative, e mantenere invece una posizione netta e trasparente.

Non per assecondare spinte populistiche, «antipolitiche» o antieuropee, ma semplicemente perché – di fronte alla possibilità di scegliere tra il mantenere il trattamento attuale e lo sfruttare invece un certo margine di riduzione che esso consente (senza intaccare la funzionalità, il decoro e la dignità della nostra Istituzione) per liberare risorse destinabili ad altre più pressanti esigenze, in primis la lotta alla disoccupazione e alla criminalità – coscienza e ragione inducono, a mio avviso, a preferire la seconda opzione. Per ragioni squisitamente «oggettive», prima che simboliche.

Perciò ho votato a favore.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore del progetto di bilancio generale dell'Unione Europea per il 2015, ma sono piuttosto critico su due voci: i fondi per le calamità naturali e la riserva per le crisi in agricoltura. Io mi auguro che i fondi per le zone colpite da alluvioni nelle ultime settimane siano chiesti per tempo e stanziati al più presto, ma trovo che al di là delle competenze si debba anche instaurare un meccanismo di solidarietà che porti ad incrementare le dotazioni. Per quanto riguarda la riserva per le crisi agricole, vorrei che le nostre aziende che ci rimettono a causa dell'embargo russo siano risarcite con dei fondi messi a disposizione da quelle stesse autorità che hanno scatenato l'embargo come reazione. La mia attenzione su questi temi resta alta.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - Votei a favor do projeto de orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2015, embora critique a exiguidade dos meios financeiros colocados ao serviço da União Europeia.

Num momento em que reclamamos mais investimento, relançamento da economia e criação de emprego, precisamos de mais Europa e não de menos Europa.

Um orçamento que não chega a 1 % do RNB é um orçamento insuficiente. Sobretudo se tivermos em conta que 94 % do orçamento da União (retiradas as despesas administrativas) são verbas que regressam aos Estados-Membros para ajudar ao investimento público e privado.

A contabilidade básica e interesseira dos chamados contribuintes líquidos convoca-nos a repensar com urgência o sistema de recursos próprios da UE que não esteja na sua grande maioria dependente de pagamentos dos Estados-Membros.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as a whole. In so doing, however, I voted in favour of an amendment that prohibits the use of EU funds to finance lethal bullfighting; and I abstained on an amendment that proposes a roadmap towards the EP having one seat, since I believe that before we conclude whether there is to be one seat or not other measures could be considered to establish that political, historical and economic balance that the seat in Strasbourg seeks to provide.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los ciudadanos y las ciudadanas de la UE.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. - Siamo, ancora una volta, di fronte a scelte del Consiglio che, in barba a tutte le considerazioni di natura economica e sociale, e in omaggio a mere valutazioni contabili, attua indiscriminati tagli alla proposta della Commissione che, di per se, rappresentava il minimo indispensabile per consentire di conseguire, per quanto parzialmente, gli obiettivi dell'Unione. È nostro dovere di parlamentari, rappresentanti eletti direttamente dai cittadini europei, rimarcare con forza che senza quegli obiettivi l'Unione stessa non può esistere, trasformandosi in una compagine monetaria - più o meno a due velocità - priva di anima e di valore aggiunto, che allontana i cittadini e che li spinge sempre più verso forme di eurosceicismo che degenerano in «eurorigetto». Oltre al rischio di vedere crescere ancora il livello dell'impagato, considerato lo scarto tra impegni e pagamenti; preoccupa molto che per la rubrica 1b il Consiglio non abbia adeguatamente tenuto conto che essendo alla fine della programmazione 2007-2013, nel 2015 si avrà una impennata delle richieste di pagamenti. La carenza di stanziamenti mette a rischio la sopravvivenza di centinaia di aziende Europee, e con essa quelle di migliaia di lavoratori. Come S&D è questa l'austerità che non vogliamo e contro cui continueremo a combattere.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - In this complex vote I supported the move to restore the Commission's draft budget (thus rejecting the linear cuts to the administrative expenditure for the institutions made by the Council), with some adjustments to take into account specific needs of the institutions.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. - Regret faptul că reducerile propuse de Consiliu în legătură cu anumite linii destinate cheltuielilor administrative și de sprijin prin care se acordă finanțare punerii în aplicare a unor programe esențiale ale Uniunii ar putea fi în detrimentul lansării cu succes a noilor programe și care prezintă un risc major de a împiedica punerea în aplicare a politicilor Uniunii.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — Bien conscient des défis auxquels le secteur du sucre doit faire face, j'ai fortement défendu ce dernier, en particulier lors des négociations sur l'organisation commune des marchés dont j'étais rapporteur dans le cadre de la réforme de la PAC, où j'ai pu obtenir un report de la date de fin des quotas. Cependant, dans le contexte budgétaire que nous connaissons, en particulier au vu des besoins urgents de financement des aides en lien avec l'embargo russe, il me paraît important d'avoir une discussion plus poussée en commission Agriculture afin de travailler aux meilleurs moyens d'accompagner le secteur du sucre dans le contexte de la fin des quotas.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. — Bien qu'ayant voté pour la résolution sur le budget 2015 dans son ensemble afin de soutenir la croissance et l'emploi en Europe, je me suis opposée au paragraphe proposant un siège unique. En effet, il est stipulé dans les textes européens que le Parlement européen a un et un seul siège Strasbourg, ce paragraphe est donc juridiquement faux et n'a pour vocation que d'attaquer Strasbourg. Si certains souhaitent remettre en cause les sièges des institutions, alors nous devons tout mettre sur la table: l'ensemble des institutions et agences à travers l'Union européenne.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. - De budgettaire uitdagingen zijn immens. De N-VA pleit voor een gezond budgettair kader dat geen schulden doorschuift en in de eerste plaats inzet op concurrentievermogen, groei en banen.

Daartoe wordt van iedereen een inspanning gevraagd. Niet alleen de lidstaten maar ook de EU zelf moet de tering naar de nering zetten. In die zin steunt de N-VA het standpunt van de Raad over de begroting voor 2015.

Ook de EU-instellingen kunnen concrete maatregelen nemen. Zo ondersteunt de N-VA het verzoek om één zetel voor het Europees Parlement en het versterken van transparantie, controle en verantwoordingsplicht bij de administratieve onkostenvergoeding voor leden van het Europees Parlement.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ook de heroriëntering van initiatieven die hun doel niet bereiken (zoals EuroParlTV) of die strikt genomen niet tot het takenpakket van het Parlement behoren (risico op duplicatie, Huis van de Europese geschiedenis), moet bespreekbaar zijn.

Een meerderheid in het Europees Parlement pleit er echter voor om vast te houden aan de voorstellen van de Europese Commissie en soms nog verder te gaan. Hoewel wij begrip hebben voor aangegeven verbintenissen, houden wij vast aan een strikte Europese begroting die binnen de afgesproken marges blijft. Al deze overwegingen hebben geleid tot onze keuze voor een onthouding.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A União Europeia tem obrigatoriamente de dispor de um orçamento credível, solidário e que contribua para o crescimento e o emprego. Os Tratados, os regulamentos financeiros, a estratégia da União Europeia 2020 e o quadro financeiro plurianual 2014-2020 têm de ser respeitados. É um compromisso entre as instituições, mas é também um compromisso com os cidadãos. A estratégia Europa 2020, que guia o quadro financeiro plurianual, deve ver os seus objetivos atingidos mas, para isso, impõe-se que asseguremos os meios necessários para que esses mesmos objetivos sejam atingidos. Os meios têm de estar à altura da ambição.

Por isso, para o orçamento da EU para 2015, os cortes propostos pelo Conselho em mais de 500 milhões nas autorizações e 2 100 milhões nos pagamentos são inaceitáveis. Defendo o reforço dos programas a favor das PME, da juventude, da investigação e inovação, assim como do programa de apoio aos mais desfavorecidos. A solidariedade externa é outra preocupação, que sustenta os aumentos que o Parlamento propõe para a ajuda humanitária, no apoio aos refugiados e na política de vizinhança.

Exige-se que o quadro financeiro plurianual, os seus programas, fundos e prioridades entrem rapidamente em execução.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Apresentámos mais de meia centena de alterações ao projeto de orçamento da UE para 2015, num trabalho que se iniciou em meados de Abril, com a elaboração de projetos-piloto. Em reação à proposta inicial da Comissão Europeia, propusemos um conjunto considerável de alterações a serem incluídas nos pareceres das comissões parlamentares.

Destacamos a aprovação de três projetos-piloto sobre: 1. medidas de apoio ao comércio tradicional, 2. apoio à pesca de pequena escala e 3. apoio ao estudo das consequências da redução das prestações sociais no aumento da pobreza e nas desigualdades entre homens e mulheres.

Além destes, o conjunto de propostas que avançámos cobre diversas áreas, com especial incidência nas sociais e económicas (em defesa da produção nacional) e ambientais. Entre muitas outras: defesa dos serviços públicos; reforço de montantes para a Iniciativa para o Emprego dos Jovens; apoio às micro, pequenas e médias empresas; promoção da igualdade entre homens e mulheres; reforço de verbas para a prevenção de catástrofes naturais; aumento das dotações para o Programa LIFE e a Rede Natura 2000; aumento das dotações para a I&D; defesa do ensino público; reforço dos regimes de distribuição de frutas e leite nas escolas; aumento de verbas para a Cultura; defesa do princípio do multilinguismo nas instituições europeias.

Lampros Fountoulis (NI), *γραφιώς*. - Καταψηφίζω το σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης, οικονομικό έτος 2015, διότι μετατοπίζει το κέντρο βάρους της περισσότερο προς τους αριθμούς και την εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *in writing*. - I supported this report because I believe that all cuts introduced by the Council should be restored and it proposes using all the flexibility instruments of the Multiannual Financial Framework in the 2015 budget, leading to an additional amount of more than EUR 4 billion in payments in order to effectively address the situation. We need to promote growth and jobs with a credible and solidary budget that strengthens scientific research, Erasmus+, the CEF and SMEs. It therefore does not accept the Council's position, presenting cuts and deepening the payments problem.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Julie Girling (ECR), in writing. - I do not believe that EU funds should be used to subsidise the farming of bulls used in bullfights. Taxpayers' money should not be used to fund any practice which causes animals unnecessary pain, suffering or distress. Given the UK Conservative delegation's opposition to coupled payments under the CAP, it is imperative that these animals are identifiable in order to stop any payments of this kind. For this reason I supported Amendment 12 of the vote on the resolution and Amendment 232 of the vote on the budget lines. Animals used for lethal bullfighting activities should not be eligible to receive any direct CAP appropriations nor any other appropriations from the budget.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo se ha abstenido puesto que señalamos nuestra plena disconformidad con el presupuesto definido desde su origen por parte de la Comisión Europea en su borrador. Más aún con los recortes adicionales propuestos por el Consejo y la falta de consideración de acuerdos básicos en la elaboración presupuestaria y multianual, insistiendo en su obsesión por una austeridad que pone en riesgo el funcionamiento elemental de programas importantes y que sigue apostando por abandonar la iniciativa pública para rescatar a la sociedad europea. La posición del Parlamento Europeo tan solo restaura el nivel de gasto, observamos que no procura ir más allá de aceptar su congelación y pérdida de peso en la economía europea, que su principal preocupación son los retrasos y dificultades de pago de facturas vencidas, y que no ha tenido la audacia de plantear un presupuesto más ambicioso.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), por escrito. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo se ha abstenido puesto que señalamos nuestra plena disconformidad con el presupuesto definido desde su origen por parte de la Comisión Europea en su borrador. Más aún con los recortes adicionales propuestos por el Consejo y la falta de consideración de acuerdos básicos en la elaboración presupuestaria y multianual, insistiendo en su obsesión por una austeridad que pone en riesgo el funcionamiento elemental de programas importantes y que sigue apostando por abandonar la iniciativa pública para rescatar a la sociedad europea. La posición del Parlamento Europeo tan solo restaura el nivel de gasto, observamos que no procura ir más allá de aceptar su congelación y pérdida de peso en la economía europea, que su principal preocupación son los retrasos y dificultades de pago de facturas vencidas, y que no ha tenido la audacia de plantear un presupuesto más ambicioso.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. - Glasao sam za nacrt amandmana nacrtu općeg proračuna za 2015., jer isti predstavlja uravnotežen i usklađen pristup dijelovima proračuna, o kojima je riječ, za 2015. godinu. Amandmani su usmjereni ka dodatnom osnaživanju i definiranju prihoda i rashoda Europske unije, a potrebno je uzeti u obzir učinke svjetske ekonomske krize koja je snažno utjecala na rast i ulaganja EU-a te tako doprinijela i definiranju proračuna za narednu godinu.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. — Nous nous sommes employés à rétablir un budget raisonnable et mesuré afin de participer à l'innovation, la croissance et la justice sociale. En particulier nous nous sommes engagés pour que soient préservés des crédits conséquents et appropriés pour la création d'emplois des PME, les bourses d'études Erasmus, la recherche scientifique et l'aide alimentaire aux plus démunis.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. — Afin que l'UE puisse honorer ses engagements et d'éviter une cessation de paiement pour plusieurs programmes européens, le Parlement demandé à renoncer à des coupes de 2 milliards dans le projet de budget 2015. Je me félicite qu'à l'occasion de ce vote, le PPE ait fait majorer les crédits en faveur de la création d'emplois des PME (+ 26,5 millions d'euros), des bourses d'études Erasmus (+ 24 millions d'euros), de la recherche scientifique (+ 90 millions d'euros) et de l'aide alimentaire aux plus démunis (+ 16,7 millions d'euros).

Afzal Khan (S&D), in writing. - I voted against a number of measures which would have seen the overall EU budget increase and against proposed rises in agricultural subsidies, including bullfighting subsidies, and administration. I voted instead to focus the EU budget more heavily upon investment for growth and jobs, and voted for regional funding that goes directly to communities that are best able to determine how to deliver for people locally. I want to see a real budget reform in the EU, with areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), par écrit. — Le budget européen 2015 intériorise les coupes progressives du cadre pluriannuel du budget européen qui doit réduire les fonds européens de 10%. C'est pourtant un budget européen en expansion qui devrait être adopté en ces temps de crise pour assurer la solidarité européenne avec les pays et territoires en difficultés, ainsi que pour relancer l'activité économique par un investissement ambitieux dans les infrastructures et le capital humain de l'Union européenne. J'ajoute qu'en contrepartie de l'acceptation de ce cadre pluriannuel d'austérité, il avait été promis au Parlement d'avancer la réflexion sur les ressources propres, or celle-ci n'a toujours pas été entamée.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Toutefois les modifications faites par le Parlement à la proposition du Conseil apportent quelques améliorations. À commencer par la tentative pour résorber l'accumulation des factures impayées: il est impensable qu'un budget européen en contraction ait en plus à couvrir les impayés du précédent cadre budgétaire.

C'est pourquoi j'ai soutenu les modifications faites à la proposition de budget 2015 par le Parlement.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. - Es atbalstīju šo lēmumu nobalsojot "par", jo EP vairākumam izdevās atbrīvoties no EFDD politiskās grupas populisma un viņu piedāvājumiem nogriezt vairākus punktus, tādējādi itkā taupot ES līdzekļus. Nekāda reāla piedāvājuma aiz tā nebija. Budžets kopumā ir sabalansēts un labs.

David Martin (S&D), in writing. - I could not support the draft budget for 2015 because it proposes an increase in the budget beyond inflation.

Nuno Melo (PPE), por escrito. - Concordo com o documento aqui aprovado, hoje, em que o parlamento reitera a sua posição sobre o orçamento da UE para o próximo ano. Temos que ser firmes na rejeição dos cortes feitos pelo Conselho ao projeto de orçamento.

Temos que encontrar soluções para aumentar as dotações em áreas tão importantes como o crescimento, o emprego, a investigação, a educação e a ajuda humanitária. Concordo também que se adicionem quatro mil milhões de euros para evitar falhas graves nos pagamentos a autoridades locais, PME e outros beneficiários dos fundos europeus. Este novo orçamento tem que servir para ajudar a UE a reencontrar o caminho do crescimento e do desenvolvimento.

Alterei a minha intenção de voto à alteração 12, do eurodeputado Bas Eickhout, votando contra, por considerar que se deve respeitar a nossa herança cultural e pela importância da manutenção de raças bovinas únicas, entre as quais os toiros bravos.

Esta alteração traduz aquilo que considero ser o estrito cumprimento da lei.

Roberta Metsola (PPE), in writing. - I have voted in favour of this report because it focuses on reinforcing those programmes that are at the heart of the Europe 2020 strategy that aim to foster growth, employment and competitiveness (namely Horizon 2020, COSME, Erasmus+, the Digital Agenda, Progress and the Social Agenda, including EURES and the Microfinance Facility). This will enable the EU to further contribute to a more innovative and prosperous economy throughout the Union.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. - I fully support the budget of the European Union for 2015, as we successfully managed to negotiate a package deal agreeing on targeted increases above Commission's 2015 Draft Budget, especially for initiatives that will boost competitiveness, growth and jobs and will support initiatives in favour of reinforcements for asylum, migration and security. I also voted in favour of any amendments forbidding the use of any funds for breeders of bulls reared for bullfighting. The EU funds should not be used to finance the exploitation of animals and their agony.

Bernard Monot (NI), par écrit. — Le vote du budget de 2015 a permis de constater à nouveau le montant exorbitant des engagements non financés, qui constituent une forme de dette pour l'Union.

Cumulés, ils représenteraient près de 30 milliards d'euros de factures impayées fin 2014 et environ 220 milliards d'euros d'autorisations d'engagement non couvertes par des crédits de paiement.

Dès lors, quelle est la légitimité de la Commission, qui engage ce mois-ci des procédures de sanction pour déficits excessifs contre la France et l'Italie, alors qu'elle accumule elle-même ces dettes?

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Quelle est la crédibilité de M. Juncker, qui annonce un programme pluriannuel d'investissements supplémentaires de 300 milliards d'euros, sans préciser comment il sera financé?

À terme, ce sont encore les États membres qui seront mis à contribution, à moins qu'un impôt européen, dont rêvent les dirigeants européens, ne trouve là sa justification.

Les élus du Front national ont voté contre le budget 2015, à l'exception de certains crédits comme ceux de la PAC, qu'ils ont approuvés, et des budgets affectés à la croissance et à l'innovation, pour lesquels ils se sont abstenus.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce projet de budget. Le projet, présenté par le Parlement européen reprend pour l'essentiel la proposition de la Commission européenne. Le conseil a, quant à lui, souhaité diminuer le budget européen pour l'année 2015. Alors que nous sommes au début d'une nouvelle programmation financière (2014-2020), nous devons disposer des fonds nécessaires pour honorer nos créances de la programmation précédente (2007-2013). Avec le budget voulu aujourd'hui par les États membres, nous allons mettre l'Union européenne dans une situation de dette alors même que les traités nous l'interdisent. Je suis pour le respect des traités et des engagements des États.

Cette diminution réclamée par les États membres n'est de plus pas justifiée puisqu'elle concerne l'ensemble des secteurs qui sont des leviers de croissance et d'emplois comme la recherche, la réindustrialisation et l'innovation. Je demande donc que le budget européen soit rétabli. En effet 95% du budget est un budget d'investissement et donc revient indirectement aux États et aux citoyens. Sur les 5% des frais de fonctionnement, toutes les institutions européennes ont pris des mesures d'économies afin de participer à l'effort européen. Par exemple, les institutions se sont engagées à diminuer la masse salariale d'ici à 2017.

Alessandra Moretti (S&D), *per iscritto*. - Voglio esprimere grande soddisfazione per il voto di oggi sul bilancio dell'Unione europea per il 2015 avente ad oggetto la posizione negoziale del Parlamento europeo in vista della conciliazione.

La relatrice socialista Eider Gardiazabal ha svolto un ottimo lavoro riuscendo a raggiungere un accordo con Popolari, ALDE e Verdi per ristabilire la proposta originaria della Commissione opponendosi ai tagli voluti dal Consiglio.

Guardiamo con particolare soddisfazione al fatto che l'accordo include il rafforzamento di alcune priorità politiche, centrali per il nostro gruppo, a sostegno di crescita, competitività, occupazione, il rafforzamento programma cultura, media, dell'agenzia Frontex e l'adozione di aumenti per ridurre l'impatto delle sanzioni russe sull'importazione di alcuni prodotti agricoli e dell'industria peschiera.

Dobbiamo renderci conto che oggi sono a rischio tutta una serie di programmi e iniziative regionali, il lavoro di molte ONG e programmi universitari quali l'Erasmus; è nostro dovere farci carico di questi problemi facendo tutto ciò che è in nostro potere perché questi continuino a essere finanziati.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur le budget 2015 car l'Union européenne doit avoir les moyens de mettre en œuvre toutes les politiques nécessaires pour favoriser la croissance et créer les emplois qui manquent terriblement à nos sociétés, notamment chez les jeunes et les femmes.

Cependant, je me suis fermement opposée au paragraphe qui concerne la feuille de route sur un soi-disant siège unique du Parlement européen, car se cache derrière cette formulation une attaque contre Strasbourg. D'autant plus que celle-ci est politiquement dangereuse et juridiquement fautive car les Traités le confirment, le Parlement européen n'a qu'un seul et unique siège: Strasbourg.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Abstimmung betraf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015. Der Haushalt ist dabei im Vergleich zum Vorjahr erneut angewachsen. Die zusätzlich benötigten Mittel werden mit einem weiter gestiegenen Aufwand begründet. Diese Begründung erscheint mir nicht ausreichend, da konkrete Zahlen größtenteils nicht vorgelegt werden. Da aufgrund des Subsidiaritätsgrundsatzes die österreichische Souveränität die Grundregel und eine europäische Regelung eine Ausnahme sein sollte, konnte ich außerdem einer Mittelaufstockung für die dezentralen Agenturen (Erwägung 6) nicht zustimmen. Diesbezüglich möchte ich vor allem auch auf die enormen Verwaltungskosten dieser Agenturen (bis zu 71 % des Gesamtbudgets) hinweisen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Daher habe ich dem Antrag nicht zugestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Per la votazione del bilancio comunitario per il 2015, ho ritenuto opportuno attenermi alle posizioni del mio gruppo.

Marit Paulsen (ALDE), *skriflig*. - EU behöver en modern budget som svarar mot dagens verkliga behov och morgondagens stora utmaningar, såsom ungdomsarbetslöshet, flyktingströmmar och klimatförändring. Vi kan därför inte acceptera rådets generella hållning, vilken innebär nedskärningar i sådant som syftar att skapa jobb och tillväxt - såsom forskning och småföretagande - och i viktiga områden såsom humanitärt bistånd, katastrofhjälp samt stöd till länder i vårt östra partnerskap som Ukraina. Dessutom innebär rådets hållning, återigen, att man sviker sina egna åtaganden, något som är oetiskt och orättvist mot enskilda stödmottagare och projektägare över hela Europa. Givetvis finns det pengar att spara inom EU:s budget idag, men det bör ske mer strategiskt och målinriktat. Vi har därför röstat för de förslag som kräver ett stopp för stödet till t ex tobaksodling, tjuvfäktning och exportbidrag för levande djur. Även på andra områden finns det utrymme för nedskärningar. Som ett "förhandlingsbud" i den fortsatta processen valde vi dock - av ovan angivna skäl - att ställa oss bakom budgetutskottets förslag (vilket även t ex innefattar ett stöd till den romska minoriteten), även om omröstningsproceduren med s k "block" inte tillät oss att i detalj rösta emot allt som vi helst skulle ha velat.

Marit Paulsen, Cecilia Wikström och Fredrick Federley (ALDE)

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Europa mora imati sredstva koja djeluju u korist rasta i zapošljavanja. Ovogodišnji proračun je usmjeren na jačanje onih programa koji su u središtu strategije Europa 2020., te čiji je cilj poticanje rasta, zapošljavanja i konkurentnosti - kao što su Obzor 2020., COSME, Erasmus +, Digitalni program, Progress i Socijalna agenda (uključujući EURES i Instrument za mikrofinanciranje). Ovi programi primjer su doprinosa Unije inovativnom i uspješnom gospodarstvu diljem Europe. Stoga sam podržao nacrt općeg proračuna Europske unije - financijska godina 2015.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Ho dato il mio voto favorevole sul progetto di Bilancio generale per l'esercizio 2015 che il Consiglio aveva approvato lo scorso mese perché, grazie all'intervento del Parlamento, si è riusciti ad aumentare gli stanziamenti di impegno a 146,3809 miliardi di euro e si è ottenuto un aumento degli stanziamenti di pagamento a 146,4165 miliardi di euro. Fra le richieste fatte dal Parlamento, mi sembra importante sottolineare la domanda di ulteriori stanziamenti per stimolare la crescita e l'occupazione, la possibilità di istituire più fondi per le piccole e medie imprese che vivono, a causa della crisi, gravi difficoltà, maggiori finanziamenti alla ricerca ed ai programmi di sviluppo nonché l'aumento di finanziamenti per rispettare gli obblighi internazionali. Per quanto riguarda la rubrica 3 del progetto di budget, mi felicito che il Parlamento abbia richiesto alla Commissione e al Consiglio di intensificare gli sforzi sia politici sia finanziari nei prossimi anni. Fanno parte di questa rubrica politiche essenziali dell'Unione europea, come le politiche di asilo ed immigrazione e della sicurezza interna.

Spero fermamente che verrà raggiunto un accordo con il Consiglio in tempi brevi, di modo che il bilancio possa essere approvato durante la prossima sessione plenaria di novembre.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je suis heureux que l'amendement budgétaire appelant à supprimer les aides pour les élevages de taureaux de combat sur n'ait pas été retenu par mes collègues. Je suis fier de m'être très tôt mobilisé auprès des clubs taurins. Les Verts européens ont fait de la lutte contre la tauromachie une lubie. Mais je l'affirme: cet amendement ne respecte en aucune manière le principe de subsidiarité. Car oui, nos traditions régionales ne sont pas du ressort de l'Europe. Et je compte bien continuer mon combat pour que cela perdure.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. — Le Parlement européen s'est exprimé sur le budget général 2015, envoyant ainsi un message aux autres institutions pour définir quelles doivent être les priorités politiques de l'Union européenne.

S'il est essentiel de faire preuve de sérieux budgétaire et de ne pas dilapider les ressources publiques, il n'est pas non plus envisageable de sacrifier les investissements nécessaires à la croissance et à l'emploi en Europe, et les députés européens restent vigilants pour maintenir un niveau de financements suffisants pour être efficaces.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de l'amendement 472, qui porterait les fonds consacrés aux transports à 465 millions d'euros au lieu de 402, soit une hausse de 15%, ces fonds seraient spécifiquement destinés à supprimer les goulets d'étranglement, faciliter l'interopérabilité ferroviaire, achever les liaisons manquantes et améliorer le franchissement des frontières. En bref, cet argent permettrait de grandement améliorer la mobilité européenne, ce qui n'est pas un luxe pour un espace qui cherche à sortir durablement de la crise et à retrouver le chemin de l'emploi et de la prospérité!

La balle est maintenant dans le camp du Conseil, qui devra montrer s'il est prêt à s'orienter lui aussi vers un budget ambitieux.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este proyecto de presupuesto para restablecer el proyecto de presupuesto de la Comisión en la mayoría de las áreas recortadas por el Consejo, rechazando la propuesta de este de recortar 522 millones de euros en compromisos y 2 100 en pagos.

Las políticas de austeridad han sido un fracaso, no han aportado más que sufrimiento y no solo no nos han sacado de la crisis, sino que nos están llevando al borde de una tercera recesión. La situación actual exige un cambio de rumbo de la política económica y el presupuesto europeo debe servir para activar las inversiones públicas complementando los presupuestos nacionales e impulsando el crecimiento y el empleo.

El proyecto de presupuesto del Consejo no refleja las necesidades y prioridades de la Unión. Por ello, he apoyado esta Resolución que exige incrementos para líneas presupuestarias clave para el crecimiento, la competitividad y el empleo como Horizonte 2020, Erasmus + o COSME, y apuesta por un presupuesto que luche contra las desigualdades y atienda a nuestros ciudadanos que más sufren, incrementando el Fondo de Ayuda Europea para los Más Necesitados, y por un presupuesto que no recorte en política de vecindad, cooperación al desarrollo y ayuda humanitaria.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I and my fellow UK Labour MEPs voted against a number of measures which would have seen the overall EU budget increase.

Labour MEPs voted to focus the EU budget more heavily upon investment for growth and jobs and against proposed rises for agricultural subsidies and administration.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. - Návrh rozpočtu Európskej únie z dielne Európskej komisie nemôžem podporiť. Mám na to 2 pádne argumenty. Podľa môjho názoru je nešetrný voči daňovým poplatníkom, nepodporuje konsolidáciu verejných financií členských štátov Európskej únie. A v kapitole „Európsky nástroj pre Demokraciu a Ľudské práva“ explicitne podporuje organizácie propagujúce LGBTI. No rok 2015 majú v rozpočtovej kapitole European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR) k dispozícii viac ako 255 miliónov Eur. Takto pripravený rozpočet

nemôžem podporiť.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Proračun Unije nikako se ne smije doživljavati i ocjenjivati tek kao financijska stavka kojom se opterećuju nacionalni proračuni nego ga, naprotiv, valja smatrati prilikom za poticanje inicijativa i ulaganja koji su od važnosti i dodane vrijednosti za Uniju kao cjelinu. Slažem se s napomenom Parlamenta da je proračun EU-a potrebno kreirati tako da odražava trenutnu tešku ekonomsku situaciju s kojom se svakodnevno suočavaju građani diljem EU-a.

Također, zbog teške ekonomske situacije, mnoge države članice još se uvijek bore s posljedicama recesije i globalne krize, zbog čega je potrebno nastaviti s dogovorenim reformama, bez ugrožavanja zakonodavne izvrsnosti ili narušavanja odnosa nacionalnog parlamenta s Europskim parlamentom, kako bi došlo do željenog gospodarskog oporavka na razini cijele EU.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Stoga poddržavam odluku Europskog parlamenta da bi proračun predviđen za 2015. godinu morao biti postavljen na realnim temeljima te u suglasnosti s financijskim menadžmentom, te da je proračunom potrebno obuhvatiti planirane zakonske obveze i izdatke za 2015. godinu.

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω το συγκεκριμένο σχέδιο, διότι μετατοπίζει το κέντρο βάρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και τις ανάγκες τους.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. - Ho votato a favore dell'emendamento 232 perché credo fermamente nella necessità di eliminare finanziamenti pubblici di qualsiasi genere, diretti e indiretti, verso pratiche crudeli nei confronti di qualsiasi genere di animale. La convenzione europea per la protezione degli animali negli allevamenti parla chiaro: gli animali non devono provare dolore, paura, angoscia o essere feriti. Nella fattispecie, non è accettabile che la PAC finanzi la possibilità che si tengano spettacoli che impiegano tori per puro divertimento popolare. Continuerò a sostenere battaglie, come questa, rivolte alla protezione degli animali.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. - The resolution we voted on today represents a financial package of EUR 142.1 billion in payments appropriations and EUR 145.6 billion in commitments appropriations.

Although a modest budget, the Council took the approach of making further cuts in payments, representing a reduction of -0.18% in comparison to 2014.

These cuts were reversed by the EP, which also called on the use of the flexibility mechanism to generate an additional EUR 4 billion for the 2015 budget. These funds are essential for investment in programmes such as Horizon 2020, Erasmus and COSME, which help to promote job creation and growth.

But a discussion on the 2015 budget cannot take place without addressing the shortage in payments for 2014. Even if the draft amending budgets for 2014 are successfully adopted, we are still facing a roll-over of bills from 2014 into 2015 of EUR 18 billion EUR.

This situation is unacceptable.

This resolution, which I voted in favour of, reminds the Council that the EU budget is an investment, not a burden. The longer the Council takes to address the shortage in payments, the longer it continues to make further cuts to what is already perceived as a limited-size budget, the longer it delays Europe's economic recovery and growth.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Nous avons voté en faveur du projet de budget général de l'Union, ainsi que du budget général 2015 de manière générale.

Il est toutefois important de souligner que nous avons rejeté les amendements:

- 1/ sur la subvention de l'Union en faveur des corridas;
- 2/ sur les subventions en faveur du tabac;
- 3/ sur le musée d'histoire.

En revanche, nous sommes en faveur d'une feuille de route pour un siège unique.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - A nossa posição face ao orçamento e face a esta proposta reflete o nosso posicionamento relativamente a esta UE, com a sua matriz neoliberal, federalista e militarista.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

O orçamento da UE é a expressão concreta de uma linha política orientada para a promoção do desmantelamento dos serviços públicos, a perda de direitos sociais e laborais e as parcerias público-privadas.

Este é o orçamento que dá suporte à austeridade, ao Semestre Europeu e a todas as agências que fiscalizam e condicionam as políticas dos Estados-Membros e castigam os maus alunos. É o orçamento que dá suporte às ingerências cada vez mais agressivas em diversos pontos do globo. Que constrói uma Europa Fortaleza cada vez menos solidária com os seus vizinhos.

Esta farsa ou esta pseudodisputa entre a Comissão e o Conselho não nos pode desviar do essencial, que é a condenação das políticas neoliberais desta UE suportadas por este orçamento.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Der Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2015 sieht sich nicht nur mit Kürzungen konfrontiert, sondern ist erneut ein Beispiel krasser Fehlinvestitionen. Zum einen werden Programme und Projekte aufgestockt, die in Zeiten der Wirtschaftskrise eingespart gehören, wie verschiedenste Agenturen oder Förderung von Zivilgesellschaften. Auf der anderen Seite werden wichtige Komponenten für das wirtschaftliche Wachstum, besonders die der KMU, vernachlässigt. Des Weiteren scheint keine ernstzunehmende Debatte über einen *Single Seat* des Europäischen Parlaments in Straßburg auf. Aus diesen und auch weiteren Gründen habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. - In der Entschließung zum Gesamthaushaltsplan stehen einige Ungereimtheiten. Allen vom Rat vorgelegten Sparvorschlägen widerspricht das EP. Der Text betont die Notwendigkeit dezentraler Agenturen, obwohl immer betont wurde, dass die „Agenturitis“ bekämpft werden solle. Manche Agenturen könnten gar ganz aufgelöst werden, zum Beispiel das Europäische Gender Institut oder die Grundrechteagentur. Die Organe des Europäischen Finanzaufsichtssystems sollen ebenfalls 6,1 Mio. EUR mehr erhalten, obwohl immer vom Sparen geredet wird. Ich habe den Eindruck, dass dieser Jahreshaushalt nicht kohärent ist. Das Sparpotenzial wird nicht intelligent genutzt. Mein Vorschlag ist, die Ausgabenpolitik zu überdenken und nur noch die Programme zu bezahlen, wo die EU wirklich einen Mehrwert bietet, ohne nationale Aufgaben wahrzunehmen. Als erste konkrete Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung sollten der Kommission Buchhalter-Tricks verboten werden, die darin bestehen, unbezahlte Rechnungen einfach ins nächste Haushaltsjahr zu übertragen, um eingegangene Zahlungsverpflichtungen zu bedienen. Dadurch hat sich über die Jahre hinweg ein Schuldenberg bzw. Defizit von 23 Mrd. EUR angehäuft. Die EU erfüllt den Grundsatz des „ehrbaren Kaufmanns“ nicht.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. - Il voto di oggi sul bilancio è una chiara dimostrazione che anche i politici europei sono capaci di chiedere sacrifici solo agli altri. Avevamo infatti presentato una serie di emendamenti per ridurre alcune spese amministrative, liberando così fondi per linee prioritarie di intervento: gran parte dell'Aula, ovvero il blocco popolare-socialista-liberale, ha rifiutato tutto questo.

Volevamo che venissero ridotti in primo luogo gli stipendi di noi parlamentari, le nostre indennità e anche alcuni privilegi tanto cari ai burocrati di Bruxelles. Meno di duecento deputati, su oltre settecento, hanno voluto avallare la nostra proposta: tutto questo è scandaloso, e dimostra ancora una volta l'ipocrisia della politica tradizionale.

Sono rimasti ovviamente ben presenti, anzi, addirittura aumentati, anche i contributi pubblici a partiti e fondazioni politiche europee: è questa una priorità europea, qualcosa su cui investire parecchi milioni di euro? Io non credo proprio, ma la maggioranza vuole garantirsi sussidi pubblici per i loro apparati e portare così avanti le loro disastrose politiche che ci hanno ridotto nella situazione drammatica in cui ci troviamo oggi.

Se vogliamo essere credibili, soprattutto verso i nostri cittadini, dobbiamo essere noi per primi a dare l'esempio, e oggi sicuramente non lo abbiamo fatto.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφτώς*. - Ο προϋπολογισμός για το 2015 είναι το ίδιο αντιλαϊκός, όπως οι προηγούμενοι, αλλά και οι επόμενοι που θα καταρτιστούν στα πλαίσια του Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου 2014-2020. Είτε μειωμένα είναι τα κονδύλια, όπως προτείνει το Συμβούλιο, είτε αυξημένα, σύμφωνα με την πρόταση του Ευρωκοινοβουλίου, προορίζονται να χρηματοδοτούν προγράμματα, έργα, δράσεις και επενδύσεις αποκλειστικά για την ενίσχυση της κερδοφορίας των μονοπωλιακών ομίλων, σε βάρος των λαϊκών αναγκών. Η αύξηση του προϋπολογισμού που προτείνει το Ευρωκοινοβούλιο αφορά τη χρηματοδότηση ερευνητικών προγραμμάτων στην υπηρεσία του κεφαλαίου, επιδοτήσεις μονοπωλίων για επενδύσεις σε νέους κερδοφόρους κλάδους, όπως ενέργεια και ψηφιακή αγορά. Την ενίσχυση των κατασταλτικών μηχανισμών της ΕΕ και της αντιμεταναστευτικής πολιτικής της. Την αύξηση των κονδυλίων για τα πολυποικίλα πολιτικοστρατιωτικά μέσα για τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις της ΕΕ σε ολόκληρο τον κόσμο.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Γι αυτό η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του ΚΚΕ καταψήφισε το σχέδιο προϋπολογισμού και τις τροπολογίες που προτάθηκαν από το πολιτικό προσωπικό των μονοπωλίων και τις δυνάμεις της αστικής διαχείρισης που κινούνται στην ίδια στρατηγική κατεύθυνση προώθησης της καπιταλιστικής ανάπτυξης με ενίσχυση των επιχειρηματικών ομίλων. Τάχθηκε υπέρ της δραστηρικής μείωσης των προνομίων και των κάθε είδους υψηλών χρηματικών απολαβών των ευρωβουλευτών, που αποτελούν πρόκληση για τους εργαζόμενους που υποφέρουν από την αντιλαϊκή πολιτική, στην οποία πρωταγωνιστεί το Ευρωκοινοβούλιο.

Janusz Władysław Zemke (S&D), na piśmie. - Zgłaszam zasadnicze wątpliwości do planowanego budżetu UE na rok 2015. W skali całej Unii Europejskiej planuje się wydatki na poziomie 145 miliardów euro. Trzeba wyraźnie stwierdzić, że będą to wydatki o 2 miliardy euro niższe od budżetu wykonanego w 2014 roku, a dodatkowo budżet na rok 2015 zostanie obciążony rachunkami niezapłaconymi przez UE w roku bieżącym, w kwocie co najmniej 24 miliardów euro. Ta niepokojąca sytuacja w praktyce będzie oznaczała niedostatek środków na realizację strategii inwestycji infrastrukturalnych, na wspieranie nowoczesnych technologii i tworzenie nowych miejsc pracy. Wyraźnie widać, że w budżecie UE konieczne będą kolejne oszczędności. Moim zdaniem jako posła nie mogą być one równomierne. Potrzebna jest koncentracja środków na rozwiązanie społecznego problemu numer jeden w Europie, jakim jest plaga bezrobocia. Proponuję zatem, by pod tym kątem przejrzyć planowane wydatki w 2015 roku, by mocniej wesprzeć wszystkie te obszary, inwestycje i badania, które tworzą nowe miejsca pracy.

5.4. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 — alle Einzelpläne (A8-0014/2014 — Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Clare Moody (S&D). - Mr President, today my Labour colleagues and I have voted for the EU to do more of what it is good at: working collectively to deliver real benefits – developments in technology like the Composites Centre in Bristol, where cutting-edge research is delivering for industry. Projects like this keep the UK and Europe as world leaders in science and technology. We voted for investment for growth: projects like the Hub in Lockleaze, where businesses have benefited from funding that would not have happened without the EU, and voted for regional funding that goes directly to communities – communities like Cornwall, communities that are best able to determine how to deliver for people locally.

We also voted for the EU to fulfil the global demands that national governments have put on it, whether in Ukraine, in Gaza or on Ebola. These are areas where we are more than the sum of our parts, where the EU makes a real difference. I am proud that Labour MEPs have stood up for constituents in these areas.

Michela Giuffrida (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, io volevo rappresentare tutta la mia soddisfazione per l'ok che è stato dato all'emendamento 12, che ha avuto una vasta condivisione all'interno di questo Parlamento. Questo significa che l'argomento è stato condiviso da moltissime persone, che ha creato un vero e proprio movimento di pensiero. Io sono fermamente convinta che non debbano essere assolutamente utilizzati dei finanziamenti pro corridoie letali, anche perché questo rappresenta una vera e propria violazione della Convenzione europea sulla protezione degli animali e sappiamo quanta attenzione ci sia sempre più e per fortuna nei confronti dei temi animalisti.

Sono soddisfatta peraltro per il consenso avuto verso la *Road map* che porterebbe verso una sede unica per il Parlamento europeo. Anche questo è un tema fortemente sentito dai cittadini d'Europa.

Purtroppo non è stato approvato l'emendamento che riguarda le imprese che producono zucchero e questo provocherà moltissimi contraccolpi negativi sul fronte economico.

Matt Carthy (GUE/NGL). - A Uachtaráin, chaith mé vóta i gcoinne an bhuiséid seo. Dúirt an Chomhairle go raibh siad chun infheistíocht a dhéanamh i ndaoine ach is léir nach bhfuil siad sásta sin a dhéanamh agus táim an-bhuartha faoi sin.

Tá a fhios ag gach duine go bhfuil gnáthdhaoine faoi bhrú mar gheall ar na polasaithe déine atá ag teacht ón Aontas Eorpach. Caithfear bogadh ó na beartais déine agus bogadh i dtreo infheistíocht agus fás atá inbhuanaithe. Caithfear poist a chruthú agus sos a thabhairt dóibh siúd atá ag streachailt. Tá dualgas agus freagracht ar an gComisiúin a ngealltanais a choimeád.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Jens Geier (S&D). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grünen, vor allem in Deutschland, haben in den letzten Tagen eine beeindruckende, vor allen Dingen internetbasierte Kampagne gegen die Unterstützung von Stierkampf durch EU-Gelder gestartet. Die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen das. Bei allem Respekt vor dem kulturellen Leben in Spanien, die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass ihre Steuergelder dazu herangezogen werden. Die Grünen haben aber dabei den Eindruck erzeugt, als würde heute darüber letztlich entschieden, und das ist falsch. Die Grünen schlagen vor, im Kommentar zur Haushaltszeile über die einheitlichen Betriebsprämien einen einschränkenden Satz hinzuzufügen, Zitat: „Das kann nicht die EU-Subventionen für Stierkämpfe stoppen, wie es die Grünen im Internet fordern. Denn keine Verwaltung der Welt kann heute kontrollieren, ob ein Stier, der heute irgendwo in der EU auf einer Wiese steht, morgen in eine Stierkampfarena geführt wird.“ Dieser Antrag der Grünen ist also entweder naiv oder verfolgt ein anderes Ziel. Auch das steht auf der Internetseite. Denn mit der namentlichen Abstimmung verfolgen die Grünen das Ziel, Zitat: „dass wir genau wissen werden, wer uns unterstützt und wer nicht“.

Wir deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns nicht verleumden lassen. Wir sind gegen öffentliche Gelder für Stierkämpfe, aber wir wissen, dass sich die Regeln der Agrarförderung der EU nicht über Haushaltszahlen ändern lassen. Schade nur, dass die Grünen dafür Zehntausende engagierte Tierschützer politisch in die Irre führen.

Piernicola Pedicini (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il programma ITER è destinato alla costruzione del più grande reattore term nucleare al mondo. Questo progetto consiste di un costo totale di 15 miliardi di euro. La Commissione ITRE, con l'emendamento 59 al bilancio, intende incrementare nuovamente il finanziamento del progetto. Noi abbiamo compreso le ragioni e le speranze di molti ricercatori che operano in questo settore della ricerca di base, specialmente se ci si riferisce all'obiettivo di abbattere la produzione di scorie nucleari come il progetto ITER promette di fare.

Tuttavia, personalmente ho votato negativamente all'emendamento 59 perché in un momento di crisi economica così acuta, tali risorse aggiuntive si sarebbero dovute destinare a questioni sociali più impellenti.

Io credo che il progetto ITER non sia da abbandonare, tuttavia ad oggi è quantomeno necessario concentrarsi esclusivamente sull'obiettivo primario di 500 MW di potenza a partire da 50 MW di partenza in ingresso previsto per il 2028.

Bisogna quindi salvaguardare solo le priorità scientifiche fondamentali che sono state già individuate nella revisione del progetto senza ulteriori ritardi inaccettabili per il futuro.

Michaela Šojdřová (PPE). - Pane předsedající, my jsme dnes hlasovali o rozpočtu EU na rok 2015 a já bych se chtěla vyjádřit k pozměňovacím návrhům, které znamenají rozumné investice. Pro tyto návrhy jsem hlasovala, protože je potřeba zaměřit rozpočet EU na investice do budoucnosti a mezi ně právě patří návrhy, které se týkají programu Erasmus+, což je hlavní nástroj na podporu kvality vzdělávání, a nám se podařilo navýšit tento program na úroveň, která bude schopna plnit cíle Evropské komise ale i cíle Agendy 2020.

Chtěla bych jen krátce ještě zmínit i to, že jsem podpořila usnesení o jediném sídle Evropského parlamentu. Štrasburk je sice krásné město, ale Evropský parlament by měl být také příkladem efektivit, jestliže hovoříme o úsporách a efektivitě, pak také Evropský parlament by měl jít příkladem občanům i členským státům ve své činnosti.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Ich werde Ihre Geduld nicht überbeanspruchen. Natürlich ist es wichtig, dass wir mehr tun müssen für Forschung und Beschäftigung. Natürlich müssen wir mehr investieren, *better spending more money*, wie man so schön sagt. Aber auch das steht wieder nicht in dem Abstimmungstext, darum möchte ich noch einmal mein Abstimmungsverhalten erklären. Wir sollten uns noch einmal die Programme ansehen, ob sie denn wirklich wirken, denn das beste Programm nützt uns nichts, wenn es nicht anwendungssicher ist, wenn es nicht wirkt, man könnte auch sagen, wenn es nicht fälschungssicher ist. Wir haben natürlich gerade im Agrarbereich im ländlichen Raum Beispiele: Wenn da bei manchen Programmen in manchen Mitgliedstaaten Fehlerquoten von bis zu 25 % auftauchen, hat es wenig Zweck, noch mehr Geld über diese Programme zur Verfügung zu stellen. Dort gehört dazu, dass man eine ordentliche Bestandsaufnahme macht, eine ordentliche Bewertung durchführt und die Programme – ich gehe immer vom Guten aus – anwenderfreundlich macht, damit solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Janusz Korwin-Mikke (NI). - Mr President, we voted against the budget. Robbing the people and giving great amounts of money to some abstract projects is a criminal act. Throwing billions away to fight global warming is a criminal act. Moreover, I think the European Union should be destroyed.

Gerard Batten (EFDD). - Mr President, hundreds of my constituents have written to me asking me to vote against EU subsidies for bullfighting and I was more than happy to oblige. Most British taxpayers would be appalled to know that their money is being used for this purpose.

However, they also need to know that while the vote on the budget itself achieved a majority, it was not allowed because it did not achieve a qualified majority. The subsequent vote on the report also had a majority but the report was purely a commentary on the budget and it also has no effect. British taxpayers' money will continue to be spent and used to subsidise the breeding of bulls for ritual slaughter. If the British people do not like it, then the only thing that they can do is vote for the UK Independence Party and bring forward the day when Britain leaves the European Union.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Lars Adaktusson (PPE), schriftlig. - Idag röstade jag om EU:s budget för 2015. Det är viktigt att EU:s budget används på rätt sätt, och att politikerna tar sitt ansvar för EU:s och medlemsstaternas ekonomi. I en tid av stora underskott och skyhöga statsskulder i många medlemsländer röstade en majoritet av parlamentets ledamöter för höjda anslag till EU. Man ville att mer av skattebetalarnas pengar läggs på jordbrukssubventioner, regionstöd och enorma bidragssystem för att stötta ålderdomliga industrier. Detta kunde jag inte ställa mig bakom. Dock ställde jag mig bakom Europaparlamentets krav på högre anslag till forskning, satsningar på transporter, innovation och slutförande av den inre marknaden eftersom det är detta som ger mervärde både för Sverige och EU.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – „Von Europa erwarten wir uns [...] keine Belehrungen, sondern die 300 Milliarden an Investitionen“.

„Wohlstand kann nur erhalten werden, wenn wir bereit sind, in Neues zu investieren“.

„Au Conseil européen, je réaffirmerai que la priorité c'est la croissance, c'est l'emploi, c'est l'investissement“.

Diese Forderungen und Aussagen stammen nicht von mir. Es sind Aussagen von Matteo Renzi, Angela Merkel und François Hollande.

Alle drei Regierungschefs sind im Rat vertreten und hätten dafür sorgen können, dass der EU-Budgetentwurf nicht gekürzt wird.

Was lernen wir daraus?

Wenn es konkret wird, kriegen die Regierungschefs kalte Füße. Die Schuld wird nachher einfach bequem auf Europa abgeschoben.

Besonders frappierend ist das Beispiel der im Haushalt für Forschung und Entwicklung vorgesehenen Mittel.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Die Kürzung der tatsächlichen Ausgaben für Horizont 2020 um knapp eine Milliarde Euro ist absolut nicht nachvollziehbar.

Wenn wir unsere Wirtschaft für die Zukunft wappnen wollen und Arbeitsplätze sichern wollen, dann müssen wir in Innovation investieren. In anderen Teilen der Welt hat man das längst verstanden.

Deshalb brauchen wir gerade jetzt mehr als nur Lippenbekenntnisse, verehrte Regierungschefs! Der Haushalt muss entsprechend nachverhandelt werden.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. The European Parliament is taking completely the wrong position on this matter. It should be safeguarding public money, and trying to provide value for money for citizens.

Instead, it is empire-building. It is trying to carve out as much money as possible for the EU to spend, usually on projects which fail to respect the subsidiarity principle. It is supporting the Gentleman's Agreement between Council, Commission and Parliament which keeps costs high and transparency low.

For these reasons I could not vote in favour of such a report.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Le budget 2015 doit s'écarter des politiques d'austérité et l'Union doit absolument favoriser la relance, la croissance économique et la création d'emplois pour aider les citoyens les plus fragiles. Cela passe notamment par le soutien à la recherche, à la création d'activités favorisant l'emploi des jeunes et aux politiques de cohésion régionale. Il convient aussi, en crédits de paiement, de tenir nos engagements vis-à-vis notamment du secteur de l'aide humanitaire, des fonds structurels et des programmes consacrés à la jeunesse.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Ce projet de budget général, qui nous est présenté ici comme une possibilité de préparer «les initiatives et les investissements qui présentent un intérêt et apportent une valeur ajoutée à l'Union», s'inscrit parfaitement dans la droite ligne des budgets précédents qui n'ont valu aux Européens qu'austérité et précarisation croissante.

Selon le rapport, nous ne devrions pas voir ce budget comme «une charge supplémentaire aux budgets nationaux». Or, force est de constater que tel est le cas. Permettez-moi de rappeler, à titre d'exemple, que la France contribue en effet à hauteur de plus de 21 milliards d'EUR par an au budget de l'Union alors que nous ne recevons qu'à peine 13 milliards en retour.

Qui plus est, où est la logique quand on nous demande de voter des crédits supplémentaires alors que, depuis 2010, l'Union connaît des problèmes de paiement récurrents et que pour la seule politique de cohésion, les arriérés ont atteint le niveau record de 23 milliards d'EUR à la fin de l'année 2013.

Pour ces raisons, je me suis prononcée contre ce projet de budget pour 2015.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Dopo aver addossato la colpa della crisi agli Stati Membri, dopo aver imposto misure di austerità costate lacrime e sangue ai propri cittadini, l'Europa presenta oggi i suoi conti. Davanti a 25 milioni di disoccupati, soprattutto giovani, 3 milioni di italiani che pur avendo un lavoro vivono di stenti, senza potersi permettere un pasto decente o un tetto sulla testa l'Europa, chiede più soldi. In un momento in cui i cittadini hanno bisogno di sostegno e servizi e le imprese cercano nuovi fondi per promuovere la loro competitività, l'UE dovrebbe essere la prima a dare il buon esempio. La totale mancanza di volontà di operare tagli per l'efficiamento della spesa mi ha convinto a votare contro il testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - El presupuesto general de la UE aprobado por el Parlamento corrige los recortes impuestos por el Consejo al proyecto de la Comisión, único camino para hacer frente a las necesidades reales de pago previstas y que va en la buena dirección.

La crisis de pagos de la UE alcanza tintes alarmantes en múltiples ámbitos, que amenazan con impedir el correcto desarrollo de programas financiados con fondos europeos, desde el Erasmus a los Fondos de Cohesión, con facturas impagadas que en 2014 ascienden a 26 000 millones de euros, lo que añade dificultades e incertidumbres al combate contra la crisis.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

En materia pesquera, merece consideración la enmienda aprobada por la que incrementamos el presupuesto de la Agencia Europea de Control de Pesca, si bien lamentamos que la política de pesca no se haya librado del recorte general.

Europa necesita un giro en su política económica que ponga freno a las medidas de austeridad que están abocando a la UE a su tercera recesión. El aumento de fondos para crecimiento y empleo no debe tener marcha atrás, debiendo complementarse con el plan de inversiones anunciado por el nuevo Presidente de la Comisión, Jean Claude Juncker. El Consejo no debe frustrar la salida de la crisis.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. - I tagli previsti dal Consiglio alla proposta della Commissione sul livello dei pagamenti per il 2015 non sono sostenibili nel periodo di crisi che attraversiamo: competitività, crescita e lavoro vanno finanziati adeguatamente ed il taglio di 2.1 miliardi di euro rappresenterebbe un segnale negativo.

Per questo motivo ho votato a favore degli emendamenti della commissione BUDG per il ripristino delle proposte della Commissione, che prevedeva di fare pieno uso delle risorse disponibili.

Nell'ottica dell'impegno finanziario per lo sviluppo economico e sociale, è anche opportuno intervenire in favore di un uso più mirato e responsabile delle risorse dell'UE. Particolarmente gravoso è ad esempio il costo aggiuntivo della doppia sede del Parlamento - quantificato tra i 156 e i 204 milioni di euro all'anno. Per questo ho votato a favore dell'emendamento n. 86, che ribadisce la posizione dell'Assemblea per la definizione di un'unica sede.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. - Relancer le débat de la situation du siège du Parlement européen à Strasbourg revient à ouvrir la boîte de Pandore. En effet, la localisation des institutions est le résultat de subtils et parfois difficiles compromis.

Exiger un siège unique pour le Parlement européen à Bruxelles est contraire à la lettre et à l'esprit des traités. Les arguments économiques, et mêmes écologiques, apparaissent largement exagérés.

J'ai donc voté contre l'amendement 563 au paragraphe 86 en faveur d'une feuille de route pour un siège unique du Parlement européen.

Les fonds structurels européens doivent permettre aux Etats membres de l'Union européenne de rester compétitifs dans l'économie mondiale.

Il est regrettable que ces fonds structurels soient parfois détournés afin de permettre des délocalisations en fait motivées par des intérêts économiques patriotes.

Je considère que les fonds structurels, deuxième poste du budget communautaire, ne doivent pas être détournés de leur objet par le soutien direct ou indirect aux délocalisations.

Je ne peux que soutenir l'amendement 43 bis déposé par Rina Ronja Kari qui «rappelle que les fonds structurels ne sauraient être utilisés d'une manière qui soutienne directement ou indirectement la délocalisation de services ou d'une production vers d'autres États membres».

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. - I abstained on this resolution as, although it contains some good elements, and we have reversed some of the damaging decreases in some budget lines, there are still many problems with the EU Budget and its application.

Damaging delays and misplaced focus mean that once again we have a budget that mostly benefits the elite.

There are some important increases which, although I welcome their presence, do not go far enough. Also, I am disappointed that money continues to be committed to areas which are simply not valuable to Europe's citizens. The role of the VPRH is just one of these areas where the EU is simply out of touch with what citizens want.

On the other hand I am pleased to see that Parliament has decided to increase the funding to UNRWA, this is clearly an example of the citizens' concerns coming to the fore. However on the whole, many items in the budget are simply not what the people need and therefore I abstained.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Daniel Buda (PPE), *în scris*. - Bugetul Uniunii pe anul 2015 are rolul de a răspunde provocărilor viitoare, de a promova inițiativele privind creșterea economică, locurile de muncă, investițiile de interes general, dar nu în ultimul rând, de a consolida domenii deficitare sau cele de interes prioritar.

Din păcate, propunerea de reducere a creditelor de angajament a fondurilor operaționale pentru organizațiile de producători contribuie la mărirea decalajelor de dezvoltare. Reamintesc că în unele state membre nivelul de organizare a grupurilor de producători se află la un nivel foarte scăzut.

De asemenea, atrag atenția asupra faptului că aplicarea mecanismului de „disciplină financiară” poate crea dificultăți agricultorilor în ceea ce privește plățile directe cu un cuantum ce depășește 2000 euro.

Eliminarea cotelor la lapte în aprilie 2015 și la zahăr în 2017 vor crea dezechilibre majore la nivelul pieței interne. De aceea, se impune cu prioritate crearea unui fond destinat identificării de noi piețe de desfacere în țările terțe.

Comisia a alocat recent 30 milioane euro pentru prospectarea noilor piețe, în cadrul ajutorului temporar în regim de urgență, odată cu aplicarea embargoului impus de Rusia. Avem nevoie în continuare planuri de acțiune concrete susținute de un buget robust pentru reducerea excedentului de produse lactate și zahăr.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho espresso voto contrario. A fronte di tagli molto forti che Stati membri ed Enti locali stanno compiendo, quasi sempre a danno dei cittadini, non si scorge in questo bilancio la consapevolezza di fare altrettanto a livello delle Istituzioni UE.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. - La UE no destina ninguna ayuda específica a las corridas de toros, sino que apoya la «actividad agraria». Es decir, el cultivo de productos agrícolas y la cría y mantenimiento de animales de raza lechera o cárnica, así como el mantenimiento de las tierras en buenas condiciones agrícolas y medioambientales.

La enmienda 232 se refiere a la Línea Presupuestaria 05 03 0101, que cubre los pagos directos de la PAC. Por las razones ya expuestas, consideramos que dicha enmienda carece de soporte técnico, ni su aprobación podría tener consecuencia directa alguna sobre la abolición de la tauromaquia.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur le projet de budget du Parlement européen pour l'année 2015. L'Union européenne a adopté l'année dernière son Cadre financier pluriannuel pour les six années à venir. Nous devons à présent répondre de nos engagements afin que les investissements financés par le budget européen puissent être réalisés. Cependant, je ne suis pas d'accord avec le paragraphe 86 de cette résolution. Ce dernier mentionne l'établissement d'une feuille de route pour un siège unique du Parlement européen. Les traités sont clairs: le Parlement n'a qu'un seul siège officiel, à Strasbourg. Nous devons respecter les traités.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore della risoluzione sul bilancio dell'Unione Europea, il documento politico più importante, che però continua ad essere percepito dai paesi membri come un fardello, come un onere supplementare per i bilanci nazionali e non come effettivamente dovrebbe essere, ovvero come un'opportunità per potenziare iniziative ed investimenti che presentano un valore aggiunto per l'Unione.

Sarebbe stato auspicabile che, in un momento di crisi importante come quello che viviamo, avessimo discusso di un progetto di bilancio un po' più ambizioso per l'Europa che avesse previsto, per esempio, il potenziamento dei programmi che sono al centro della strategia Europa 2020, mirati a promuovere la crescita, la competitività e l'occupazione.

Ritengo inoltre che le spese superflue e gli sprechi vadano assolutamente ridotti. Ho quindi supportato gli emendamenti che proponevano la riduzione del 10% del salario dei deputati, la diminuzione del 15% delle spese d'indennità di viaggio, la diminuzione del 15% delle spese d'indennità generale, la riduzione del 50% delle indennità transitorie e la diminuzione del 15% della pensione dei deputati. Inoltre, ho votato a favore dell'emendamento per arrivare a una sede unica del Parlamento europeo (Bruxelles) che mi auguro porti all'eliminazione della sede di Strasburgo.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Dinnanzi ad una situazione di crisi che dura da ormai 7 anni, la risposta del Parlamento consiste nell'aumentare gli impegni di spesa, producendo così problemi circa i pagamenti arretrati. Nel corso degli anni le spese amministrative sono aumentate, ma quello che appare più grave è l'aumento dei contributi a partiti e fondazioni politiche europee. Ricordiamo come la distinzione tra questi due soggetti è uno dei tanti trucchi per avere più fondi pubblici e confondere chi non è addetto ai lavori facendogli credere della necessità di contribuzioni così sostanziose. Quando le popolazioni sono costrette a confrontarsi con una realtà economica che peggiora di giorno in giorno, è più che doveroso spendere le contribuzioni pubbliche in modo da aiutare chi ha bisogno, invece di riservare quei fondi a politici e burocrati di alto livello.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. - Vi er kategorisk imod, at EU-midler bruges til udflytning af arbejdspladser, imod støtte til tobaksproduktion og imod, at der på nogen måde ydes støtte til lange transporter af levende dyr, som medfører lidelser for dyrene. Vi er for øget gennemskuethed ift. Unionens udgifter og Europa-Parlamentets brug af penge samt for et øget investeringsniveau i Europa til gavn for vækst og arbejdspladser i samtlige medlemslande. Derfor kæmper vi aktivt for disse sager i vores respektive udvalg og for at få dette inkluderet i relevante lovgivningstekster. Til gengæld er vi klart imod tom snak, øget bureaukrati og reelt virkningsløse tiltag, som forslagene fra parlamentets to ydergrupperinger desværre er udtryk for. Mange af forslagene herfra hører ikke hjemme i en afstemning om budgettet og vil ingen virkning have uden for dette parlaments mure. Derfor har vi stemt imod disse ændringsforslag fra ende til anden. Endelig anerkender vi, at der i Europa-Parlamentets forslag ligger gode og progressive tanker om at støtte vækst- og jobskabende initiativer samt nødvendig forskning og udvikling. Samlet er det dog vores holdning, at EU må vise økonomisk ansvarlighed i denne tid og så vidt muligt prioritere disse indsatser indenfor eksisterende rammer. Vi undlader derfor at stemme for budgettet.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della relazione sul Progetto di Bilancio dell'Unione Europea per il 2015 in quanto condivido la linea adottata a riguardo dal Parlamento, soprattutto per quanto concerne l'incremento degli investimenti strategici negli interventi con un valore aggiunto europeo tesi a contribuire al rilancio dell'economia europea e a favorire la competitività, la crescita sostenibile e l'occupazione, specialmente giovanile.

Gli stanziamenti di pagamento destinati alla competitività per la crescita e l'occupazione sono infatti fondamentali per superare la crisi e per rilanciare la crescita economica.

Condivido pertanto il fatto che il Parlamento voglia concentrare l'aumento degli stanziamenti sui programmi al centro della strategia Europa 2020, fra i quali Orizzonte 2020 per favorire la ricerca e l'innovazione, COSME per aiutare le imprese e le PMI, Erasmus+, a supporto della formazione, dell'istruzione, della gioventù e dello sport, e così via.

È ora essenziale che si trovi un accordo equilibrato con il Consiglio e che il progetto comune che ne risulterà sia a favore dei cittadini europei e volto al superamento della crisi.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - Votei a favor do relatório Hohlmeier, embora critique a exiguidade dos meios financeiros colocados ao serviço da União Europeia.

Num momento em que reclamamos mais investimento, relançamento da economia e criação de emprego precisamos de mais Europa e não de menos Europa.

Um orçamento que não chega a 1 % do RNB é um orçamento insuficiente. Sobretudo se tivermos em conta que 94 % do orçamento da União (retiradas as despesas administrativas) são verbas que regressam aos Estados-Membros para contribuir para o investimento público e privado.

A contabilidade básica e interesseira dos chamados contribuintes líquidos convoca-nos a repensar com urgência o sistema de recursos próprios da UE que não esteja na sua grande maioria dependente de pagamentos dos Estados-Membros.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - È ovvio che non si può stimolare la crescita economica e l'occupazione senza gli stanziamenti necessari. Tuttavia, occorre trovare il giusto equilibrio tra rigore e sviluppo e tra stanziamenti di impegno e di pagamento. La credibilità dell'Unione europea non deve essere indebolita da un continuo ritardo nei pagamenti, a discapito di PMI e dei giovani, e dallo spreco inutile di risorse economiche. Pertanto ho votato favorevolmente perché è nostra responsabilità l'attuazione dei nuovi programmi pluriennali e onorare gli impegni presi, garantendo più fondi alle PMI, ai giovani attraverso il Programma Erasmus, sostenere la ricerca e l'innovazione con Horizon 2020 nonché la Politica agricola e altresì quanto previsto nella Rubrica 3, vale a dire rafforzare la risposta europea alla crisi umanitaria e sociale relativamente alla gestione dei flussi migratori.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Oggi non ho potuto che votare contro il bilancio generale dell'UE per l'anno 2015. Il bilancio proposto dalla Commissione a giugno prevedeva un totale di 145,599 miliardi di euro in impegni e 142,137 miliardi in pagamenti. Il Consiglio ha presentato a luglio la sua proposta, che prevede circa 500 milioni di euro in meno come impegni e oltre 2 miliardi di riduzioni in pagamenti rispetto alle cifre presentate dalla Commissione. Questa riduzione era frutto di tagli lineari generalizzati, senza tenere in conto delle priorità più volte espresse dalle diverse istituzioni europee. Il Parlamento europeo ha quindi reagito a questi tagli, proponendo una strategia di base che mirava a ripristinare le cifre originariamente proposte dalla Commissione europea, e andando anche oltre per diverse linee di bilancio. Il risultato dopo le modifiche del Parlamento è quindi 146,348 miliardi in impegni e 146,416 miliardi in pagamenti. L'approccio tenuto dal M5S in commissione è stato quello di presentare oltre 100 emendamenti, che sottolineassero alcune priorità dove ritenevamo necessario aumentare gli stanziamenti, come per problematiche immigrazione, crisi agricole, sostegno PMI e impiego giovani, aiuti umanitari, e d'altro canto indicare alcune linee che si potevano ridurre, come lo strumento di preadesione e spese di comunicazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - In this complex vote I supported to restore the Commission's draft budget (thus rejecting the linear cuts to the administrative expenditure for the institutions made by the Council), with some adjustments to take into account specific needs of the institutions.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. - Consider că este nevoie de sprijin suplimentar pentru a atenua impactul interdicției impuse de Rusia asupra importului anumitor produse agricole și pescărești din Uniune și cu măsurile de sprijin de urgență luate de Comisia Europeană ca prim răspuns la această criză.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Par ce vote, le Parlement européen a démontré sa volonté de négocier un budget cohérent pour l'année 2015 qui reflète nos priorités politiques. Nous avons tenu à souligner nos préoccupations suite aux importantes coupes budgétaires proposées par le Conseil, notamment dans la rubrique pour la compétitivité, la croissance et l'emploi. Il est crucial, en particulier, de garantir un soutien financier fort aux PME en Europe. C'est pourquoi nous souhaitons augmenter les crédits d'engagement en faveur des PME et de la création d'entreprises de 26,5 millions d'euros par rapport au projet de budget. En outre, je salue l'initiative de vouloir augmenter l'enveloppe du Fonds européen d'aide aux plus démunis (FEAD). La solidarité est un engagement européen. Je me suis battue, comme beaucoup de mes collègues, au cours de la dernière mandature pour la pérennisation de ce fonds.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. - L'Union européenne doit préparer l'avenir et sauvegarder les programmes en faveur de l'éducation, comme Erasmus et Erasmus Mundus, les programmes de recherche, de développement. Elle doit aussi soutenir le développement économique avec des programmes d'aide aux entreprises. C'est le sens du projet de budget que nous avons adopté.

Parlement européen et Conseil ont désormais trois semaines dites de «conciliation» avant la signature du budget définitif pour l'année 2015, fin novembre. Notre vigilance ne devra pas faiblir car nous avons besoin d'un budget consolidé qui permette d'apporter des réponses aux préoccupations des citoyens européens.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. — Bien qu'ayant voté pour la résolution sur le budget 2015 dans son ensemble, afin de soutenir la croissance et l'emploi en Europe, je me suis opposée au paragraphe proposant un siège unique. En effet, il est stipulé dans les textes européens que le Parlement européen à un et un seul siège Strasbourg, ce paragraphe est donc juridiquement faux et n'a pour vocation que d'attaquer Strasbourg. Si certains souhaitent remettre en cause les sièges des institutions, alors nous devons tout mettre sur la table: l'ensemble des institutions et agences à travers l'Union européenne.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo se ha abstenido puesto que señalamos nuestra plena disconformidad con el presupuesto definido desde su origen por parte de la Comisión Europea en su borrador. Más aún con los recortes adicionales propuestos por el Consejo y la falta de consideración a acuerdos básicos en la elaboración presupuestaria y multianual, insistiendo en su obsesión por una austeridad que pone en riesgo el funcionamiento elemental de programas importantes y que sigue apostando por abandonar la iniciativa pública para rescatar a la sociedad europea. No obstante la posición del Parlamento Europeo tan solo restaura el nivel de gasto, observamos que no procuran ir más allá de aceptar su congelación y pérdida de peso en la economía europea, que su principal preocupación son los retrasos y dificultades de pago de facturas vencidas, y que no ha tenido la audacia de plantear un presupuesto más ambicioso.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. - Voglio esprimere le mie ragioni per il voto favorevole agli emendamenti che prevedono di aumentare in maniera significativa il sostegno della UE all'UNRWA, l'Agenzia delle Nazioni Unite che concede assistenza a 5 milioni di rifugiati palestinesi, per coprire le necessità immediate della popolazione colpita anche quest'anno da un conflitto tanto più esecrabile quanto più colpisce popolazioni civili e bambini innocenti da entrambi i lati degli schieramenti.

Il voto favorevole però non va disgiunto dalle seguenti considerazioni: tutti i soggetti interessati nella regione devono assicurare che gli aiuti umanitari raggiungano effettivamente senza sprechi e senza destare sospetti di distrazione di fondi né direttamente né indirettamente, a favore di attività anche solo lontanamente accostabili alla propaganda pro-terroristica, né a foraggiare meccanismi clientelari burocratici finalizzati a premiare chi volesse sfruttare le sofferenze di una regione in crisi.

Noi vigileremo affinché ciò non accada e chiederemo conto di come verrà speso ogni singolo euro donato dai cittadini europei.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Az uniós költségvetés tárgyalásánál a válságból való kilábalás és a munkahelyteremtés céljait kell elsősorban figyelembe venni. Ezért a fejlesztés és a munkahelyteremtés motorját jelentő kohéziós és mezőgazdasági támogatásokat kell elsősorban növelni. Aki ezeket a forrásokat csökkenteni akarja, az Európai Unió fő – az új Bizottság által is zászlóra tűzött – célkitűzéseit: a gazdasági növekedést és a munkahelyteremtést veszi semmibe. Szomorú, hogy a jövő évi költségvetést illetően a Tanács végül olyan álláspontot fogadott el, amely nyíltan szembemegy a kitűzött céljainkkal. Ezért szavazatommal támogattam a Költségvetési Bizottság által javasolt – a Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottság álláspontját teljes mértékben figyelembe vevő – jelentést. Nem engedjük, hogy a jövő évi vidékfejlesztési források, a termelői szervezeteknek járó előzetes elismerési és működési támogatások, valamint a méhészeti és borászati támogatások akár egy fillérrel is csökkenjenek.

Továbbá óriási siker, hogy Deutsch Tamás képviselőtársammal közösen benyújtott módosításaink bekerültek a Parlament javaslatába. Így 7 millió euróval többet nyújtanánk az iskolagyümölcs-, míg 4 millió euróval többet az iskolatejprogramokra. Ez a lépés a tej- és a zöldség-gyümölcs ágazataink segítségén túl gyermekeink egészségét és jólétét szolgálja, melynek elérése minden jóérzésű európai ember érdeke.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. - I voted in favour of this amendment on the Budget 2015, which was tabled to stop Common Agricultural Policy (CAP) payments being made to farmers who are breeding bulls for bullfighting. CAP funding, which is so important for Welsh agriculture, should not be used to support bullfighting. Despite most MEPs voting in favour of this amendment, a qualified majority was not reached, and so it did not pass. As a Member of the European Parliament, I have given animal welfare a high priority and will continue to do so. I recently presented a petition to the new European Commission President, Jean-Claude Juncker, calling for a commissioner with clear responsibility for animal welfare, but it was unfortunately unsuccessful. However, I remain very positive that in the vote on next year's Budget, we will finally put a stop to European taxpayers' money being used to support the bullfighting industry.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A União Europeia tem obrigatoriamente de dispor de um orçamento credível, solidário e que contribua para o crescimento e o emprego. Os Tratados, os regulamentos financeiros, a estratégia da União Europeia 2020 e o quadro financeiro plurianual 2014-2020 têm de ser respeitados. É um compromisso entre as instituições, mas é também um compromisso com os cidadãos. A estratégia Europa 2020, que guia o quadro financeiro plurianual, deve ver os seus objetivos atingidos mas, para isso, impõe-se que asseguremos os meios necessários para que esses mesmos objetivos sejam atingidos. Os meios têm de estar à altura da ambição. Por isso, para o Orçamento da EU para 2015, os cortes propostos pelo Conselho em mais de 500 milhões nas autorizações e 2 100 milhões nos pagamentos são inaceitáveis. Defendo o reforço dos programas a favor das PME, da juventude, da investi-

Mittwoch, 22. Oktober 2014

gação e inovação, assim como do programa de apoio aos mais desfavorecidos. A solidariedade externa é outra preocupação, que sustenta os aumentos que o Parlamento propõe para a ajuda humanitária no apoio aos refugiados e na Política de Vizinhança. Exige-se que o quadro financeiro plurianual, os seus programas, fundos e prioridades entrem rapidamente em execução.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Este relatório analisa a proposta de orçamento da União Europeia feita pelo Conselho, a partir da proposta inicial da Comissão.

Este é mais um ano em que se verifica a habitual dança entre a Comissão (o polícia bom), o Conselho (o polícia mau) e o Parlamento. Mediante os cortes propostos pelo Conselho, o Parlamento propõe a reposição dos montantes cortados, indo mesmo, nalguns casos, além dessa restituição. Mas nunca chega, em sede de tríplice, a negociar um orçamento reforçado.

Em Junho, o projeto de orçamento geral da UE para 2015 proposto pela Comissão Europeia vinha já à nascença condenado a ser exíguo face ao que a própria União Europeia havia decidido no Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020 (QFP). Feitas as contas, a proposta avançada pela Comissão retira 480 milhões de euros em autorizações e 3360 milhões de euros em pagamentos – cerca de 3 % menos relativamente ao que seria previsto no QFP. Além disso toma como prioridades os objetivos para a estratégia UE 2020, entre outras políticas utilizadas para atacar os direitos laborais, continuando a estar canalizado para objetivos militaristas e neoliberais, aos quais nos opomos.

O relatório tem aspetos positivos, de crítica da posição do Conselho. Mas não põe em causa questões fundamentais, como os objetivos políticos servidos por este orçamento. Votámos contra.

Christofer Fjellner (PPE), *skriftlig*. - Vi har i dag röstat emot förslagen om att ytterligare höja budgeten för EU. Det är av största vikt att inte bara medlemsstaterna utan även Europeiska unionen agerar med stramhet vad gäller all budget-behandling. Vi vänder oss mot att parlamentets majoritet kräver en avsevärd höjning av budgeten inom i stort sett alla områden samtidigt som det kvarstår underskott sedan tidigare år.

Vi har däremot valt att rösta för en budgetinriktning som innebär högre anslag till forskning, innovation och för att slutföra den inre marknaden eftersom detta är avgörande för tillväxt och nya jobb.

Dessutom var det viktigt för oss att stötta EU:s asyl- och migrationsprogram för att skapa säkra vägar in i EU. Däremot kan vi inte acceptera att mer av skattebetalarnas pengar läggs på jordbrukssubventioner och enorma bidragssystem för att stötta ålderdomliga och klimatskadliga industrier.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *pisomne* - Rozpočet na iné sekcie sa vzťahuje na administratívne rozpočty európskych inštitúcií vrátane Európskeho parlamentu, avšak s výnimkou Európskej komisie. Rozpočet Európskeho parlamentu na rok 2015 bol stanovený na 1 794 929 112 EUR, čo predstavuje zvýšenie o 2, 24 % oproti rozpočtu na rok 2014. Mal by sa zvýšiť aj rozpočet Súdneho dvora Európskej únie vzhľadom na výrazný nárast počtu prípadov a vytvorenie ďalších 12 pracovných miest, ktoré majú zabezpečiť dodanie rozsudkov včas a bez zbytočných prieťahov. Vykonávanie dohody o spolupráci medzi Európskym parlamentom a Výborom regiónov a Európskeho hospodárskeho a sociálneho výboru, kde príde k postupnému prevodu 80 pracovníkov z poradných výborov do Európskeho parlamentu. Bude potrebné navýšiť aj rozpočet Európskej služby pre vonkajšiu činnosť, ktorý bude súvisieť s otvorením nového zastúpenia v Perzskom zálive, v ktorom je Európska únia nedostatočne zastúpená.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto negativo criticando aspramente l'UE per il suo bilancio. A fronte di tagli e sacrifici molto forti che Stati Membri ed enti locali stanno compiendo, quasi sempre a danno dei cittadini, non si scorge in questo bilancio la consapevolezza di fare altrettanto a livello europeo.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω το σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2015, όλα τα τμήματα, διότι μετατοπίζει το κέντρο βάρους της περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. - I voted against the General Budget of the EU for the financial year 2015 because it restores the draft budget proposed by the Commission and even increases certain lines above the Commission proposal. I am not prepared to give the EU any more taxpayers' money. The budget also leaves no margin under the ceiling, which means the Commission will be unable to deal with any unforeseen pressures that will inevitably arise.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. - Jako autorka opinii komisji JURI dotyczącej budżetu na rok 2015 z zadowoleniem przyjmuję dzisiejszy wynik głosowania. PE przywrócił wielkość wydatków i zobowiązań (142,1 mld euro i 145,6 mld euro) zaproponowanych w czerwcu przez Komisję Europejską, odrzucając tym samym propozycję Rady, która żądała obniżenia poziomu proponowanych płatności o ponad 2 mld EUR, co oznaczałoby spadek o -0,18% w stosunku do budżetu na rok 2014.

Cieszy mnie fakt, że udało się nam osiągnąć porozumienie w kwestii skorzystania z mechanizmów elastyczności określonej w rozporządzeniu w sprawie WRF 2014–2020, w tym odwołania się do marginesu na nieprzewidziane wydatki. To podwyżka pułapu płatności na 2015 rok o kwotę około 4 mld euro. Te fundusze należy przeznaczyć na wzrost gospodarczy i politykę zatrudnienia, na edukację oraz wsparcie ludności w regionach ogarniętych konfliktami. Potrzebne są również dodatkowe środki na wsparcie rolników, którzy ponieśli straty wskutek rosyjskiego embarga na żywność z UE.

Niepokojące jest stanowisko Rady, ponieważ może doprowadzić do wzrostu deficytów przeniesionych z jednego roku budżetowego na kolejny, który będzie skutkował utratą wiarygodności wobec krajów partnerskich oraz zablokowaniem kluczowych projektów w ramach programów Horyzont 2020, ERASMUS + czy polityka sąsiedztwa. Już pod koniec 2013 roku zaległości skumulowane od 2010 roku wynosiły około 23 mld euro.

Neena Gill (S&D), *in writing*. - I voted against the resolution on the General Budget of the European Union for the financial year 2015 because I believe the fact that we have not reformed the EU budget significantly to address the pressing needs of our citizens is a missed opportunity. I find it appalling that we are going to increase by 2.24 % over the 2014 budget, which will benefit the agricultural sector disproportionately. It is hard to justify in the current economic context how we can subsidise bullfighting and the tobacco industry.

Julie Girling (ECR), *in writing*. - I do not believe that EU funds should be used to subsidise the farming of bulls used in bullfights. Taxpayers' money should not be used to fund any practice which causes animals unnecessary pain, suffering or distress. Given the UK Conservative delegation's opposition to coupled payments under the CAP, it is imperative that these animals are identifiable in order to stop any payments of this kind. For this reason I supported Amendment 12 of the vote on the resolution and Amendment 232 of the vote on the budget lines. Animals used for lethal bullfighting activities should not be eligible to receive any direct CAP appropriations nor any other appropriations from the budget.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport par lequel le Parlement européen a adopté sa position sur le budget de l'Union européenne pour l'année 2015.

Face aux réductions drastiques proposées par le Conseil, notre Parlement a voulu restaurer les montants proposés initialement par la Commission européenne, afin que l'Union européenne puisse mener une politique ambitieuse, en termes de compétitivité et de croissance, pour créer des emplois, lutter contre le chômage, soutenir la recherche et l'innovation, aider aux PME: telles sont les priorités du Parlement.

Enfin et plus particulièrement, j'ai soutenu une nouvelle fois le siège de Strasbourg qui, n'en déplaise à certains, est le siège officiel du Parlement européen. Je me réjouis également du vote d'un amendement concernant les ressources financières et humaines du Centre de Traduction des institutions de l'UE. Nous devons respecter le principe fondamental du multilinguisme.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — Les Européens attendent des actions fortes de l'Union européenne pour répondre aux défis de la croissance et de l'emploi. J'ai ainsi approuvé ce rapport sur le budget 2015 qui vient rappeler les Etats membres à leurs engagements sur le budget européen. Par ce vote, le Parlement européen exprime très clairement sa détermination pour un budget européen ambitieux et respectueux de la décision prise fin 2013 sur le budget pluriannuel.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

J'ai soutenu ce rapport car il rappelle au Conseil que l'Union européenne s'est doté d'un budget sur sept ans avec des engagements budgétaires précis. Le Parlement européen refuse les coupes budgétaires proposées par le Conseil alors même qu'il y a un consensus en Europe sur la nécessité de relancer la croissance et l'emploi. Par ailleurs, je me félicite du large consensus au Parlement européen pour résoudre la crise des paiements qui ternit la crédibilité de l'Union européenne. Avec six milliards d'euros de plus que la proposition du Conseil sur les paiements, le Parlement européen donne à l'Union les moyens de payer ses dettes aux associations, aux entreprises, aux collectivités qui ont sollicité les fonds structurels européens.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), schriftelijk. - Ik heb tegen de EU-begroting voor 2015 gestemd, omdat deze niet toekomstbestendig is. Er wordt niet geïnvesteerd in dieren, natuur en milieu. De EU heeft maar één doel: Groei! Economische groei!

Bijna de helft van de begroting is bestemd voor landbouwsubsidies, ongeacht de gevolgen voor dieren, mensen, natuur of milieu. Er wordt nauwelijks geïnvesteerd in biodiversiteit. In plaats van investering in duurzame landbouw waarin de productie van plantaardige voeding centraal staat, subsidieert de EU intensieve veehouderij en houdt het ellenlange transporten van levende dieren in stand. Het Europees Parlement keurt dit klakkeloos goed; verkiezingsbeloften lijken vergeten en burgers worden genegeerd. Neem bijvoorbeeld stierengevechten. Een overgrote meerderheid van de Europeanen wil niet dat stierengevechten worden gesponsord met hun belastinggeld. Toch was er geen gekwalificeerde meerderheid in het Parlement die daadwerkelijk subsidies voor stierengevechten wilde afschaffen, terwijl de politieke wil er even later wél bleek te zijn (amendement 12, verslag over het standpunt van de Raad over het ontwerp van algemene begroting van de Europese Unie voor het begrotingsjaar 2015). Deze verschillen zijn niet uit te leggen en wakkeren het wantrouwen van burgers tegen de Europese Unie verder aan.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), în scris. - Poziția Consiliului privind bugetul pe 2015 contravine rezoluției Parlamentului European din 13 martie 2014 și concluziilor din iunie și august 2014 ale Consiliului European. Este îngrijorătoare, în special, reducerea creditelor de plată din cadrul fondurilor pentru competitivitate și creștere economică, fapt ce încalcă angajamentele Consiliului de a acționa pentru depășirea crizei și a efectelor sale.

În locul unui program de investiții strategice pentru sporirea competitivității și a locurilor de muncă sustenabile în domenii-cheie precum infrastructura de transport, telecomunicații și energie, Consiliul a prezentat o propunere care ignoră rolul UE de a coordona inițiativele de creștere economică și de a le susține prin instrumentele proprii de finanțare.

Mă refer mai ales la programele cuprinse în Strategia Europa 2020, cum este EURES, menit să promoveze mobilitatea transfrontalieră a forței de muncă. În acest sens, consider oportună lansarea proiectului-pilot vizând introducerea cardului electronic al lucrătorului european, care să includă datele profesionale și de securitate socială ale lucrătorilor – card distinct de cadrul european de asigurări de sănătate.

Suștin, totodată, cererea de majorare a subvențiilor pentru IMM-uri și cooperative, în vederea sprijinirii lor în fața costurilor de producție tot mai mari, a progresului tehnologic continuu și a pozițiilor dominante de piață ale marilor companii.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. - Unabhängig von der Tatsache, dass ich dem Gesamthaushaltsplan nicht zustimmen kann, weil er durch das Verschieben bereits eingegangener Zahlungsverpflichtungen einen milliarden schweren Schuldenberg vor sich herschiebt, möchte ich herausstellen, dass auch innerhalb des Plans große Widersprüche zu den Erklärungen der Kommission sichtbar werden. Da wird regelmäßig von der Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas gesprochen, und dann wird ausgerechnet in diesem Bereich gekürzt. Nebenbei möchte ich auch anmerken, dass die überproportionale Beschneidung der Forschungsmittel für Bildungsforschung diametral im Gegensatz zu den Bekundungen europäischer Politiker über die Bedeutung der Bildung steht. Nein, die EU hat zu Recht keine Kompetenz für Bildung, das können die einzelnen Länder viel besser. In meinem Land ist das sogar die Kompetenz der einzelnen Bundesländer, aber wenn es im Bildungsbereich auf europäischer Basis etwas gemeinsam zu tun gäbe, dann doch wohl in der Bildungsforschung. Jetzt werden sich viele fragen: Woher denn das Geld nehmen? Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Anstatt sich die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit mit Milliarden erkaufen zu wollen, was sowieso nicht geht, hätte man mit einer anderen Europapolitik dafür sorgen können, dass der Süden Europas einschließlich Frankreichs nicht sein Wachstum, seine Industrie und seine Arbeitsplätze auch wegen eines zu hohen Eurowechselkurses verliert.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — Concernant le budget 2015 de l'UE, je conçois la volonté du Conseil de vouloir le réduire et suis certain que certaines dépenses peuvent être diminuées.

Compte tenu de la situation budgétaire des États membres, je suis persuadé que nous pouvons «faire plus avec moins» pour une durée limitée.

Cependant, je ne crois pas que la solution du Conseil soit la bonne. En proposant une coupe brutale de deux milliards d'euros dans le budget 2015, les États ne font en réalité que dénoncer leurs obligations contractuelles et pénaliser les citoyens pourtant premiers bénéficiaires des programmes populaires comme l'aide alimentaire aux plus démunis, le programme Erasmus et la politique de cohésion.

Si je me réjouis que le Parlement européen ait plaidé pour le rétablissement des aides les plus nécessaires, je soutiens que des coupes doivent absolument être opérées afin d'éviter l'asphyxie des États et donc des contribuables qui restent les premiers contributeurs au budget de l'UE.

C'est là un exercice difficile que de réduire le budget tout en garantissant le paiement des engagements pris auprès des citoyens au travers de la PAC, de la politique régionale et de toutes les dépenses censées soutenir la croissance.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za, jer podržavam povećanje sredstava za programe koji predstavljaju prioritete strategije Europa 2020, odnosno program rasta, zapošljavanja i konkurentnosti, informacijskih i komunikacijskih tehnologija, energetske sigurnosti te okoliša i klimatskog djelovanja. Tome se pridodaju programi vanjske politike, kao što su europska susjedska politika i potpora zemljama u jugoistočnom susjedstvu Unije koje se nalaze u fazi demokratskog rasta i ujedinjenja.

Podržavam također dodatnu potporu za ublaživanje posljedica ruske zabrane na uvoz europskih poljoprivrednih i ribarskih proizvoda. Valja također napomenuti da nacrt proračuna za 2015. godinu predstavlja rast od 1,4% u odnosu na proračun 2014., što se tiče dogovorenih odobrenih sredstava za plaćanje, ali i 2 milijarde eura manjka, u pogledu izvršenja, u odnosu na 2013. godinu.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. - I voted in favour of the European Parliament's position on the EU budget for 2015. It is very important that the EU has the means available to fulfil all the contracts it has entered into. It would be unacceptable to have a lack of funds available to pay Member States for work done under cohesion policy and structural funds. Therefore, I support Parliament's increase of the payments level in its reading of the budget.

There is one particular point I am keen to emphasise: Parliament has voted for an increase of the funds available for humanitarian aid and disaster prevention. We are facing some deeply troubling situations. I am primarily concerned by the malnourishment crisis in South Sudan, which could cause the deaths of more than 50 000 children in the next year. It is estimated that over 1 million children under the age of 5 in the country will require treatment for malnutrition in 2014. It is important in this context that European Union humanitarian aid programmes have money available to them to make a real difference.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Nous nous sommes employés à rétablir un budget raisonnable et mesuré afin de participer à l'innovation, la croissance et la justice sociale. En particulier nous nous sommes engagés pour que soient préservés des crédits conséquents et appropriés pour la création d'emplois des PME, les bourses d'études Erasmus, la recherche scientifique et l'aide alimentaire aux plus démunis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la position du Parlement européen portant sur le projet de budget 2015 de l'Union européenne qui appelle les États membres à respecter leurs engagements budgétaires et à augmenter les crédits en faveur de la croissance, de l'emploi, de la recherche scientifique et de l'aide humanitaire. Toutefois, je me suis opposé à une proposition de ce projet visant à établir une feuille de route pour un siège unique du Parlement européen. En effet, il est inscrit dans les Traités que le siège des institutions de l'Union ne peut être modifié que par une décision à l'unanimité des Chefs d'État et de gouvernement. Par ailleurs, remettre en cause le siège strasbourgeois serait porter atteinte à un symbole fort de la réconciliation entre la France et l'Allemagne, et ainsi, au projet européen lui-même. Cette proposition ayant été soutenue par une majorité de députés, j'ai donc choisi de m'abstenir sur le vote final.

Eva Kaili (S&D), *γραπτώς*. - Μετά από μεγάλες και εν πολλοίς αδικαιολόγητες καθυστερήσεις ο προϋπολογισμός της ΕΕ κινείται, αν και με πολλές ενστάσεις, προς μία κατεύθυνση αναπτυξιακής πολιτικής. Ωστόσο, στη πράξη αυτό θα μπορούσε να είναι περισσότερο ουσιαστικό ως προς την επάρκεια των διαθέσιμων πόρων για την κάλυψη προτεραιοτήτων κοινωνικού πρόσημου. Επιπρόσθετα ο προϋπολογισμός του 2015 είναι αρκετά περιορισμένος όσον αφορά στην επάρκεια των πόρων για τη χρηματοδότηση τομέων της οικονομίας όπως η επιχειρηματικότητα, η στήριξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, η καινοτομία, και κυρίως πόρους επαρκείς για την στήριξη προγραμμάτων για την απασχόληση των νέων.

Επιπλέον, για χώρες με έντονη δραστηριότητα στο χώρο της Ενέργειας θα ήταν σκόπιμο να δινόταν περισσότερη έμφαση στη δεύτερη κατηγορία δαπανών (Φυσικοί Πόροι). Η έμφαση που δίνεται για την ώρα δεν είναι σημαντική και αυτό κρατάει πίσω προγράμματα και ενέργειες που θα βοηθούσαν τη χώρα να κάνει σημαντικά βήματα σε υποδομές. Τέλος, θα ήταν δυνητικά χρήσιμο να είχαν υπάρξει σε αυτή τη φάση μεταφορές πόρων από την τέταρτη και την πέμπτη κατηγορία δαπανών (Ευρώπη ως παγκόσμιος εταίρος και διοικητικές δαπάνες), προκειμένου να ενισχυθούν περαιτέρω η πρώτη, η δεύτερη και η τρίτη κατηγορία δαπανών.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - Labour argued against the proposed increase in EU spending in 2012, and voted for a real-terms cut in the EU budget then. We have argued for reform of the EU budget, including a greater focus on generating growth and jobs, and for the EU to undertake a zero-based review of all spending by EU agencies.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. - Vi er kategorisk imod, at EU-midler bruges til udflytning af arbejdspladser, imod støtte til tobaksproduktion og imod, at der på nogen måde ydes støtte til lange transporter af levende dyr, som medfører lidelser for dyrene. Vi er for øget gennemsækelighed ift. Unionens udgifter og Europa-Parlamentets brug af penge samt for et øget investeringsniveau i Europa til gavn for vækst og arbejdspladser i samtlige medlemslande. Derfor kæmper vi aktivt for disse sager i vores respektive udvalg og for at få dette inkluderet i relevante lovgivningstekster. Til gengæld er vi klart imod tom snak, øget bureaukrati og reelt virkningsløse tiltag, som forslagene fra parlamentets to ydergrupperinger desværre er udtryk for. Mange af forslagene herfra hører ikke hjemme i en afstemning om budgettet og vil ingen virkning have uden for dette parlaments mure. Derfor har vi stemt imod disse ændringsforslag fra ende til anden. Endelig anerkender vi, at der i Europa-Parlamentets forslag ligger gode og progressive tanker om at støtte vækst- og jobskabende initiativer samt nødvendig forskning og udvikling. Samlet er det dog vores holdning, at EU må vise økonomisk ansvarlighed i denne tid og så vidt muligt prioritere disse indsatser indenfor eksisterende rammer. Vi undlader derfor at stemme for budgettet.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Innanzitutto vorrei ringraziare le colleghe Gardiazabal e Hohlmeier per il lavoro svolto fino ad oggi nella procedura di bilancio 2015. Negli ultimi anni ci siamo battuti fortemente, come Parlamento, per garantire che il bilancio europeo godesse dei fondi necessari per consentire una corretta implementazione di tutte le politiche europee, e lo abbiamo fatto in modo responsabile. Lo abbiamo fatto anche oggi, concentrando le nostre priorità sul sostegno all'occupazione, alle imprese, all'istruzione e alla ricerca. Le difficoltà del prossimo negoziato purtroppo continuano ad essere evidenti, soprattutto sul fronte dei pagamenti, ma confidiamo che il Consiglio possa venire incontro alle esigenze dei cittadini garantendo gli investimenti necessari per lo sviluppo dell'UE.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. – Pritariau šiam dokumentui, kuriuo iš Europos Parlamento pusės nutariame labiausiai padidinti sumas, skiriamas svarbiausioms strategijos „Europa 2020“ programoms, investicijoms į inovacijas ir mokslinius tyrimus, siekį skatinti ekonomikos augimą, konkurencingumą ir užimtumą, programoms „Horizontas 2020“, „Erasmus+“ ir kitoms. ES prisideda prie novatoriškos ir klestinčios ekonomikos kūrimo visame žemyne, toliau didina paramą programoms, pavyzdžiui, kaimynystės politikos, vystymosi ir humanitarinės pagalbos programoms, kuriomis užtikrinamas Sąjungos išorės politikos darbotvarkės įgyvendinimas.

Visiškai pritariu, kad būtina užtikrinti nuolatinę paramą Rytų kaimynystės valstybėms, patiriančioms nedemokratinį jėgų spaudimą ir siekiančioms stabilaus demokratinio valdymo. Todėl pritariu, kad Taryba privalo atkurti sumažintas paramos eilučių sumas paliekant biudžeto projekte numatytas sumas, nes saugi, stabili, demokratinė ES kaimynystė, ypačiai Rytų kaimynystė, – mums svarbi strategiškai.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem za budżetem. Stanowisko Parlamentu Europejskiego jest uzasadnione i umiarkowane. Potrzebna jest wyższa kwota. W 2015 roku będziemy mieli zwiększone płatności za okres od 2007–2013 zgodnie z zasadą n+2. Rozpoczyna się nowa perspektywa finansowa. Nie możemy rezygnować z celu, jakim jest ożywienie gospodarki. Potrzebujemy zwiększenia płatności, a nie zobowiązań.

Oczekuję, że Rada zmieni swoje stanowisko.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El Parlamento Europeo ha votado hoy un presupuesto para la UE que ha venido muy marcado por la estrategia de los Gobiernos de los Estados miembros basada en políticas de consolidación fiscal muy agresivas que han aportado más sufrimiento a las familias y que amenazan con llevar a la UE a una tercera recesión económica en cinco años.

Desde la Eurocámara hemos intentado adaptar el presupuesto comunitario a la necesidad de aplicar políticas de crecimiento y empleo, activando la demanda a través del sector público con el objetivo de volver a ser un referente en la sociedad del bienestar. Queremos cambiar la tendencia de las políticas que se quieren aplicar desde el Consejo para poder dar respuesta de la manera más eficiente a las necesidades urgentes que hoy día tiene la ciudadanía del continente.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Odnośnie do budżetu Unii na 2015 rok zwracam uwagę na alarmującą sytuację dotyczącą płatności, z którą Unia musi się pilnie zmierzyć. Brak środków na płatności zagraża m.in. ciągłości funkcjonowania kluczowych unijnych programów, w tym programu Erasmus+, na który już brakuje 100 mln euro na płatności w budżecie na 2014 rok.

Szczególnie alarmująca sytuacja występuje także w obszarze badań i rozwoju, gdzie rozpiętość pomiędzy deklaracjami politycznymi, a faktycznymi działaniami jest największa. Horyzont 2020, największy unijny program na rzecz badań i rozwoju, ma stanowić bodziec dla gospodarki unijnej, zapewnić bazę naukowo-techniczną dla przemysłu oraz podnieść jakość życia Europejczyków, tymczasem program ten jest strukturalnie niedofinansowany.

Rok 2015 to pierwszy rok nowej perspektywy finansowej, dlatego nowe programy, których rozpoczęcie zabiera trochę czasu, nie odczuwają braku środków. Jednakże w kolejnych latach, jeśli nie rozwiążemy problemu zarządzania płatnościami i zmniejszenia deficytu strukturalnego budżetu, to brak środków na płatności będzie się coraz bardziej powiększał. Kluczowe jest więc szczegółowe monitorowanie płatności uruchamianych przez Komisję. Niezbędny będzie również przegląd wieloletnich ram finansowych w 2016 roku w aspekcie zwiększenia środków na płatności oraz rzeczywistego zaplanowania zobowiązań na podniesienie innowacyjności i konkurencyjności Unii.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* - Iako su kašnjenja isplata iz europskog proračuna državama članicama postala veliki problem, Vijeće je predlagalo malo povećanje proračuna za 2015. za plaćanja. Ukupan predloženi iznos za plaćanja u 2015. bio je 140 milijardi eura, što je svega 3,3 % više od limita za plaćanja u 2014.

S obzirom na značajne prenesene, a dospjele i neplaćene obveze, Parlament je povećao predviđeni iznos plaćanja na 146,4 milijarde eura što je povećanje od 8,1 % u usporedbi s 2014. Vezano uz dopušteno stvaranje obveza, Vijeće je predložilo razinu od 145 milijardi eura, a Parlament je s ciljem pojačanog ulaganja u razvojne projekte u znanosti, istraživanju i razvoju te otvaranje radnih mjesta i rješavanje problema visoke nezaposlenosti, osobito mladih, predložio povećanje na 146,4 milijarde eura.

Proračunska smanjenja u odobrenim sredstvima za plaćanje dovode do poremećaja u isplatama. Na primjer, u programu Horizon 2020 čiji je cilj poticati inovacije i konkurentnost, krajnji korisnici nisu dobili sredstva za već realizirane projekte. Ovakvim stavom prema proračunu kreira se nelikvidnost u državama članicama i gubi povjerenje građana u europski proračun, a time i u institucije EU-a.

Podržala sam ovo izvješće o nacrtu općeg proračuna Europske unije za 2015. godinu, jer su postignuta povećanja neophodna za izvršavanje proračunskih obveza.

David Martin (S&D), *in writing.* – I welcome the paragraph in the report calling on the EU to end all subsidies for bullfighting.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* - Con il mio voto ho sostenuto con convinzione la posizione del Parlamento Europeo sul bilancio generale dell' Unione Europea per l'esercizio 2015, in quanto ritengo che sia giusto concentrare l'aumento degli stanziamenti su programmi al centro della strategia Europa 2020, come Cosme, Orizzonte 2020, Progress ed Erasmus +. Credo infatti che solo concentrando gli sforzi degli Stati Membri sulla strategia Europa 2020 si potranno raggiungere gli obiettivi prefissati nel Quadro Finanziario Pluriennale - quali crescita, occupazione e competitività - di cui ha bisogno l'Europa per uscire dalla crisi.

Georg Mayer (NI), *schriftlich.* - Ich habe die Entschließung abgelehnt, da das Europäische Parlament entgegen dem Standpunkt des Rates eine Kürzung der Haushaltsmittel ablehnt. Die zusätzlich benötigten Mittel werden mit einem stetig steigenden Aufwand begründet. Diese Begründung ist mir nicht ausreichend, da konkrete Zahlen größtenteils nicht vorgelegt werden. Da aufgrund des Subsidiaritätsgrundsatzes die österreichische Souveränität die Grundregel und eine europäische Regelung eine Ausnahme sein sollte, konnte ich außerdem einer Mittelaufstockung für die dezentralen Agenturen (Erwägung 6) nicht zustimmen. Diesbezüglich möchte ich auf die enormen Verwaltungskosten dieser Agenturen (bis zu 71 % des Gesamtbudgets) hinweisen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* – Ce rapport rejette la position du Conseil sur le budget européen 2015. Après une forte baisse du budget en 2014, la situation financière de l'UE est critique: elle n'est ni en mesure de solder les 26 milliards d'impayés accumulés à fin 2013, ni de financer la moindre priorité nouvelle. La proposition de la Commission pour 2015 était déjà indigente. Elle est rendue désastreuse par les restrictions supplémentaires réclamées par le Conseil. Des coupes inimaginables sont prévues dans les crédits pour la croissance et l'emploi pourtant affichées comme ses priorités absolues par le même Conseil. Des coupes tout aussi intolérables sont amplifiées dans la recherche, les PME, les infrastructures. Ce rapport qualifie donc à juste titre la proposition du Conseil «d'arbitraire, incohérente et catastrophique» dans ses conséquences. Le budget proposé par ce rapport reste cependant très insuffisant, avec à peine 2 milliards de plus que le budget 2013. Cela ne permettrait même pas de résorber les impayés, sans même parler de financer des priorités nouvelles.

Je m'abstiens car je partage la vive condamnation des délires austéritaires du Conseil mais je ne peux cautionner une contre-proposition aussi insuffisante que velléitaire.

Nuno Melo (PPE), *por escrito.* - Concordo com o documento aqui aprovado, hoje, em que o Parlamento reitera a sua posição sobre o orçamento da UE para o próximo ano. Temos que ser firmes na rejeição dos cortes feitos pelo Conselho ao projeto de orçamento.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Temos que encontrar soluções para aumentar as dotações em áreas tão importantes como o crescimento, o emprego, a investigação, a educação e a ajuda humanitária. Concordo também que se adicionem quatro mil milhões de euros para evitar falhas graves nos pagamentos a autoridades locais, PME e outros beneficiários dos fundos europeus. Este novo orçamento tem que servir para ajudar a UE a reencontrar o caminho do crescimento e do desenvolvimento.

Alterei a minha intenção de voto à alteração 12, do eurodeputado Bas Eickhout, votando contra, por considerar que se deve respeitar a nossa herança cultural e pela importância da manutenção de raças bovinas únicas, entre as quais os toiros bravos.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - I have voted in favour of this report because it focuses on reinforcing those programmes that are at the heart of the Europe 2020 strategy that aim to foster growth, employment and competitiveness (namely Horizon 2020, COSME, Erasmus+, the Digital Agenda, Progress and the Social Agenda, including EURES and the Microfinance Facility). This will lead the EU to further contribute to a more innovative and prosperous economy all throughout the Union.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I fully support the budget of the European Union for 2015, as we successfully managed to negotiate a package deal agreeing on targeted increases above the Commission's 2015 Draft Budget, especially for initiatives that will boost competitiveness, growth and jobs and will support initiatives in favour of reinforcements for asylum, migration and security. I also voted in favour of any amendments forbidding the use of any funds for breeders of bulls reared for bullfighting. The E.U funds should not be used to finance the exploitation of animals and their agony.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Il mio voto finale sul bilancio dell'Unione Europea per l'anno 2015 è stato negativo.

Tuttavia, ci tengo a precisare che ho votato a favore di alcuni importanti emendamenti, i quali richiedevano:

- di far diventare la disoccupazione e la lotta alla povertà le priorità dell'UE;
- delle misure di trasparenza per le indennità parlamentari;
- una «Single Seat» per una sede unica del Parlamento europeo.

Ho anche votato a favore dell'emendamento che chiedeva di non utilizzare gli stanziamenti a titolo della PAC per finanziare corride letali, ascoltando la voce di migliaia di cittadini che, come me, ritengono questa pratica inaccettabile, oltre che una palese violazione della convenzione europea sulla protezione degli animali negli allevamenti (Direttiva 98/58/CE del Consiglio);

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui complète le vote sur le projet de budget général 2015. Il reprend sous forme littéraire toutes les inquiétudes exprimées dans le vote précédent. Cependant, je dénonce la tentative inadmissible qui consiste à détourner le pouvoir budgétaire du Parlement européen pour en faire une arme anti-Strasbourg. En effet un amendement, contre lequel j'ai voté, a été déposé pour demander la mise en place d'un siège unique du Parlement européen. L'histoire de la construction européenne et de la ville de Strasbourg sont étroitement liées. La France, pays fondateur de l'Union, se doit de conserver le siège du Parlement à Strasbourg conformément au traité.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour ce budget sur lequel le PPE a permis l'obtention des crédits suivants: une enveloppe majorée de 26,5 millions d'euros pour la création d'emplois des PME, plus de 24 millions de crédits supplémentaires pour Erasmus +, 90 millions d'euros en plus sur la recherche scientifique par rapport à la proposition de la Commission. En ces temps de crise, le PPE a aussi milité avec succès pour une augmentation de 16,7 millions d'euros supplémentaires pour l'aide alimentaire aux plus démunis. Je m'inquiète néanmoins de la dette en constante augmentation qui résulte d'engagements non tenus par les Etats. Certes la conjoncture économique n'est pas propice mais ce sont les Etats qui se sont fixé leurs contributions pour ensuite les dénoncer.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. - Am votat pentru proiectul de buget general al Uniunii Europene întrucât, prin efortul Comisiei pentru bugete din Parlamentul European, din care fac parte, am reușit să realizăm o arhitectură bugetară care se axează pe nevoile tinerilor, pe inovare, IMM-uri și politici sociale. Proiectul de buget prevede de altfel și proiectul pilot pe care l-am inițiat privind creșterea accesului la servicii medicale în mediu rural.

Dan Nica (S&D), *în scris*. - Am votat pentru proiectul de buget general al Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2015.

Bugetul Uniunii are un rol important în realizarea unor obiective politice precum: investiții în domeniul transporturilor, al energiei și al infrastructurii de telecomunicații la scara Uniunii (inclusiv finalizarea pieței unice digitale până în 2015), eficiența energetică, inovare și cercetare.

Șomajul reprezintă cea mai stringentă preocupare pentru UE, iar pentru relansarea economiilor statelor membre și crearea de noi locuri de muncă este necesar să se revină asupra politicilor de austeritate ale UE, permițând statelor membre să aplice cele mai potrivite opțiuni de politică pentru situațiile lor specifice. Prin urmare, bugetul UE ar trebui să se axeze în special pe crearea de locuri de muncă decente și pe o creștere economică durabilă.

De asemenea, instrumente precum FSE, Fondul European de Dezvoltare Regională, Fondul de coeziune sau Inițiativa privind ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor sunt deosebit de importante pe timp de criză.

Având în vedere că 2015 va fi al doilea an de implementare a noului ciclu al fondurilor structurale și de investiții europene, subliniem necesitatea alocării unor credite de angajament și de plată suficiente pentru a garanta că programele ating numărul dorit de beneficiari și, astfel, produc impactul scontat.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. - Nepodpořil jsem další z kroků EP směřující k řešení stěhování mezi Bruslem a Štrasburkem. Mám k tomu dva důvody. První je, že sídlo EP určují Smlouvy, a není v moci EP je změnit. Navíc stále platí, že některé země tuto změnu nepodpoří. Proto nejde o reálnou snahu stav změnit. Přejde-li z Rady pozitivní signál na změnu tohoto stavu, budu o tom vážně uvažovat, neboť úsporné a efektivní vynakládání zdrojů je pro mne velmi důležité.

Druhým důvodem je fakt, že Evropská unie stejně jako podobné projekty či státy stojí na řadě symbolů. Není jich málo: třeba komisaři za každou zemi, rotace předsednictví a podobně. A Štrasburk je jedním z velmi důležitých symbolů – historicky, geograficky i kulturně. Neříkám, že „staré symboly“ se nesmí měnit, ale vždy je třeba vážit, co změna přinese a co odnese. Mimochodem, kdyby někdo v mé zemi navrhl, že zbouráme Pražský hrad, odvěký symbol naší státnosti a historie, jistě by neuspěl a možná skončil v péči zdravotnického zařízení. A přitom by ekonomicky mohlo být výhodné místo něj postavit betonové mrakodrapy.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Der Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2015 sieht sich weniger mit Kürzungen denn mit krassen Fehlinvestitionen konfrontiert. Zum einen werden Programme und Projekte aufgestockt, deren Sinn dem Bürger in Zeiten einer noch immer nicht ausgestandenen Finanzkrise nur schwer zu vermitteln ist, wie verschiedene Agenturen oder die Förderung bestimmter Zivilgesellschaften. Auf der anderen Seite werden wichtige Komponenten für das wirtschaftliche Wachstum, besonders die der kleinen und mittleren Unternehmen, vernachlässigt. Des Weiteren scheint keine ernstzunehmende Debatte über einen *Single Seat* des Europäischen Parlaments in Straßburg auf. Aus diesen Gründen habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Dopo aver esaminato scrupolosamente il documento in questione, ho espresso il mio voto favorevole.

Morten Helveg Petersen (ALDE), *skriftlig*. - Jeg stemte for, at vi opfordrer Rådet til at stoppe med at have flere hovedsæder for parlamentet. I dag bruger EU €114 millioner (ca. 850 mio. kr.) på at flytte medlemmer af Europa Parlamentet til Strassbourg. Derudover betyder rejsecirkusset en ekstra CO₂ udledning på 20.000 tons! Det er simpelthen ikke i orden at spille skatteydernes penge og skade miljøet på den måde. Det skal stoppes og jeg vil gøre alt, jeg kan for at stoppe rejsecirkusset. Det kræver dog at medlemslandene bliver enige og især Frankrig og Luxembourg står stejlt på at beholde Strassbourg. Meget ærgerligt.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* - Ovogodišnji nacrt općeg proračuna EU-a je napravljen kako bi se uravnotežila raspodjela novca na obveze i plaćanja na koje se EU obavezala svojim programima. Podržavam povećanje sredstava koje je usmjereno prema programima koji su u središtu strategije Europa 2020., kao što su Obzor 2020., COSME, Erasmus+, kao i dodatno pojačavanje programa koji su ključni za izvršenje vanjskopolitičkih programa Unije – europska politika susjedstva te razvojna i humanitarna pomoć.

Budući da mala i srednja poduzeća predstavljaju glavni pokretač gospodarskog rasta u EU-u, ključno je i njima povećati financijsku potporu, čime će se uvelike doprinijeti borbi protiv nezaposlenosti. Podržavam i odobrenu dodatnu potporu za ublažavanje učinaka ruske zabrane na uvoz određenih poljoprivrednih i ribarskih proizvoda Unije. Istovremeno, drago mi je da je EU prepoznala značaj energetske neovisnosti i sinergije svih članica, te važnost promicanja obnovljivih izvora energije i energetske učinkovitosti radi postizanja energetske sigurnosti, posebno u državama članicama koje najviše ovise o ruskom plinu.

Kriza u Ukrajini je nametnula potrebu za snažnijom suradnjom glede svih energenata, a ne samo plina. Slijedom navedenog, uvjerenja sam kako je ovaj prijedlog nacrta proračuna pravi put napretka EU-a, stoga sam ga i podržao.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* - Ho dato il mio assenso al Bilancio generale dell'Unione europea perché in un momento difficile come quello che stiamo vivendo, di crisi economica e di bassa crescita, è necessario trovare il giusto equilibrio tra rigore e sviluppo, identificando con chiarezza e trasparenza le priorità politiche e gli obiettivi da raggiungere più importanti, attraverso un utilizzo ed un'allocazione efficace delle risorse disponibili.

Mi felicito che la Plenaria abbia dato l'accordo all'emendamento 86, sulla road map per portare ad una sede unica del Parlamento europeo. Credo che possa determinare importanti economie nel budget dell'UE, soprattutto in un momento come questo di risorse scarse, e soddisfa anche le istanze dei cittadini europei.

Mi rammarico invece che l'emendamento 34, sulla necessità di creare un Fondo di ristrutturazione per il settore dello zucchero, sia stato bocciato; le imprese europee di questo settore, che soffrono particolarmente di una grave crisi strutturale, avrebbero avuto bisogno di un aiuto mirato per far fronte alle necessarie ristrutturazioni che rilancino la loro competitività.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně.* - Podpořil jsem zprávu týkající se přijímání rozpočtu Evropské unie na rok 2015. Moje podpora byla postavena mimo jiné na faktu, že mezi priority rozpočtu patří podpora programu Erasmus+. Kandidoval jsem do Evropského parlamentu s programem dalšího rozvoje studentských výměn a pobytů, a proto vítám navýšení rozpočtu pro kapitolu týkající se programu Erasmus+.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito.* - Votei favoravelmente o presente relatório, que atribui um orçamento equilibrado e que tem em consideração a situação europeia atual. No que concerne à proposta de alteração apresentada relacionada com a não atribuição de fundos da PAC às touradas de morte, esta é caracterizada por uma elevada falta de qualidade técnica. Não tem em conta os mecanismos de atribuição de apoios da PAC, e desconhece igualmente que não há apoios diretos à criação de touros de morte. Os seus autores tinham por obrigação apresentar uma proposta cujo sentido de voto pudesse resultar numa alteração efetiva. Não o tendo feito, considero que o voto favorável poderia iludir os eleitores, uma vez que na prática nada se alteraria. Assim sendo e como esta é uma não alteração, cujo conteúdo é absolutamente vazio, abstive-me.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit.* — J'ai approuvé la résolution du Parlement européen sur la position du Conseil concernant le projet général de l'Union européenne pour l'exercice 2015. Je suis en faveur du rétablissement des montants ayant fait l'objet des coupes du Conseil car il est primordial que les lignes au cœur de la stratégie Europe 2020 soient renforcées en faveur de la croissance, de la compétitivité, de l'emploi et de la création. Par ailleurs, stabiliser notre dette est une priorité, et j'ai donc voté pour l'ajout de 4 milliards d'euros afin de régler les programmes en fin de parcours et éviter tout défaut de paiement grave, que l'Europe ne peut assurément pas se permettre.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de este proyecto de presupuesto para restablecer el proyecto de presupuesto de la Comisión en la mayoría de las áreas recortadas por el Consejo, rechazando la propuesta de este de recortar 522 millones de euros en compromisos y 2 100 en pagos.

Las políticas de austeridad han sido un fracaso, no han aportado más que sufrimiento y no solo no nos han sacado de la crisis, sino que nos están llevando al borde de una tercera recesión. La situación actual exige un cambio de rumbo de la política económica y el presupuesto europeo debe servir para activar las inversiones públicas complementando los presupuestos nacionales e impulsando el crecimiento y el empleo.

El proyecto de presupuesto del Consejo no refleja las necesidades y prioridades de la Unión. Por ello, he apoyado esta Resolución que exige incrementos para líneas presupuestarias clave para el crecimiento, la competitividad y el empleo como Horizonte 2020, Erasmus + o COSME, y apuesta por un presupuesto que luche contra las desigualdades y atienda a nuestros ciudadanos que más sufren, incrementando el Fondo de Ayuda Europea para los Más Necesitados, y por un presupuesto que no recorte en política de vecindad, cooperación al desarrollo y ayuda humanitaria.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. - O PPE defende um orçamento credível, solidário e que contribua para o crescimento e o emprego, promovendo o investimento em investigação científica, no programa Erasmus+, PME e MIE. Por outro lado, a União Europeia possuía no final de 2013 cerca de 23,4 mil milhões em compromissos não pagos.

Foram estas as duas razões principais pelas quais votei o relatório hoje aprovado, que demonstrou o desagrado do PE face à posição do Conselho em efetuar cortes de mais de 500 milhões nas autorizações e 2 100 milhões nos pagamentos para 2015.

No caso dos atrasos nos pagamentos, parece-me evidente que mais cortes no orçamento significaria prolongar por mais tempo estes *não pagamentos* por parte da União, o que além de colocar em causa a sua credibilidade, fragiliza a saúde financeira das entidades que deles dependem.

Uma pequena palavra sobre a alteração n.º 12 em cujo voto me absteve, como forma de propiciar um debate mais alargado e mais consequente sobre esta matéria, no âmbito do Quadro Financeiro Plurianual e da própria PAC.

Iniciam-se agora os procedimentos de conciliação com o Conselho, que espero possam ir ao encontro das posições por nós defendidas no relatório hoje aprovado.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le projet de budget pour l'année 2015 qui relève les crédits d'engagements à 146 380,9 millions d'euros et les crédits de paiements à 146 416,5 millions d'euros.

Le Parlement a annulé l'ensemble des coupes prévues par les États membres dans la proposition initiale de la Commission et a demandé des financements supplémentaires pour stimuler la croissance et l'emploi au sein de l'Union européenne.

Les PME et les programmes de recherche et d'éducation, dont fait notamment partie «Erasmus +», devraient recevoir 190 millions d'euros supplémentaires. Concernant les responsabilités internationales de l'UE, le Parlement a soutenu l'attribution de 400 millions d'euros supplémentaires.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore del progetto di bilancio (PB) per il 2015 proposto dalla Commissione, che ammonta a 145.599,3 milioni di EUR in stanziamenti d'impegno e a 142.137,3 milioni di EUR in stanziamenti di pagamento. Il volume complessivo degli stanziamenti di pagamento nel PB rappresenta un aumento moderato dell'1,4% rispetto al bilancio ed è tuttora inferiore di 2 miliardi di EUR rispetto all'esecuzione del bilancio 2013.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

La commissione BUDG ha votato un totale di 1.500 emendamenti e il risultato del voto soddisfa pienamente il Gruppo PPE. Tutti i tagli adottati dal Consiglio sono stati reintrodotti al livello del progetto di bilancio. Il gruppo PPE intende promuovere la crescita e il lavoro attraverso un bilancio che rafforzi la ricerca scientifica, il programma Erasmus+, il CEF e le PMI. Non accetta i tagli proposti dal Consiglio, che accentuano il problema dei pagamenti. Il Gruppo PPE ha ritenuto che tutti i tagli apportati dal Consiglio dovessero essere rivisti e ha proposto di utilizzare tutti gli strumenti di flessibilità a disposizione per affrontare efficacemente la situazione.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Il mio voto finale sul bilancio dell'Unione Europea è negativo in quanto a fronte di tagli molto forti che Stati Membri ed Enti Locali stanno compiendo, quasi sempre a danno dei cittadini, non si scorge in questo bilancio la consapevolezza di fare altrettanto a livello delle Istituzioni Europee.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de PODEMOS en el Parlamento Europeo se ha abstenido puesto que señalamos nuestra plena disconformidad con el presupuesto definido desde su origen por parte de la Comisión Europea en su borrador. Más aún con los recortes adicionales propuestos por el Consejo y la falta de consideración a acuerdos básicos en la elaboración presupuestaria y multianual, insistiendo en su obsesión por una austeridad que pone en riesgo el funcionamiento elemental de programas importantes y que sigue apostando por abandonar la iniciativa pública para rescatar a la sociedad europea. No obstante la posición del Parlamento Europeo tan solo restaura el nivel de gasto, observamos que no procuran ir más allá de aceptar su congelación y pérdida de peso en la economía europea, que su principal preocupación son los retrasos y dificultades de pago de facturas vencidas, y que no ha tenido la audacia de plantear un presupuesto más ambicioso.

Alfred Sant (S&D), *bil-miktub*. - Nixtieq nirreġistra li l-vot tiegħi favur il-mozzjoni qed isir b'riżervi kbar. Fit-thaddim tal-fondi ssettjati taht il-baġit annwali, bil-maqlub ta' dak li jinghad, l-Unjoni qieghda timplimenta proċeduri ta' one size fits all – l-istess kejl qed jiġi applikat għal kulhadd.

Insemmi żewġ eżempji mill-esperjenza ta' Malta, l-ickien membru tal-Unjoni, kollu kemm hu gżira.

Wara Malta, dahlu pajjiżi oħra bhala membri. Dan kellu l-effett statistiku li baxxa l-medja fl-Unjoni tal-prodott gross domestiku ras imb'ras. B'hekk Malta tilfet l-aċċess għal ċerti fondi strutturali. Minflok, il-gvern innegozja u kiseb finanzi addizzjonali taht il-perspettiva baġitarja attwali. Madankollu l-istennija hi li azjendi privati ta' daqs zghir u medju mhux se jibbenefikaw minn dawn il-fondi minhabba r-regoli tal-Unjoni dwar għajnuniet tal-istat.

Is-sens komun jgħidlek li l-istess regoli m'għandhomx jiġu applikati għal dawn il-fondi.

It-tieni, għandna l-każ ta' Ghawdex, gżira iċken minn Malta bl-identità u l-karatteristiċi speċjali tagħha. Waqgħet lura minhabba insularità doppja. Tehtieg tmexxija reġjonali biex tiżviluppa.

F'paragun assurdu, il-Kummissjoni Ewropea ddecidiet kontra li Ghawdex jitqies b'dan il-mod billi qabblitha ma' gzejjer Skandinavi.

Fit-twertiq tal-baġit Ewropew u fl-użu tal-fondi qed jintesa principju essenzjali ta' x'jagħmel l-Ewropa dak li hi – jiġifieri, Ewropa tan-nazzjonijiet. Għalhekk il-vot tiegħi hu kondizzjonat bl-akbar riżervi.

Jean-Luc Schaffhauser (NI), *par écrit*. – Le paragraphe 86 du projet de résolution de Mmes Gardiazabal Rubial (S&D-ES) et Hohlmeier (PPE-DE) appelle le Parlement et le Conseil à définir une feuille de route pour un siège unique du Parlement européen.

J'ai voté contre cet amendement ainsi que l'ont fait les députés européens FN.

Je tiens à rappeler que les traités indiquent précisément que «le siège des institutions de l'Union est fixé du commun accord des gouvernements des États membres» et que «le Parlement européen a son siège à Strasbourg». Il n'y a donc qu'un siège du Parlement Européen et c'est le siège de Strasbourg.

Remettre en cause le siège strasbourgeois de l'institution parlementaire reviendrait à remettre en cause l'ensemble de l'équilibre de la géographie des institutions.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Je défendrai cette position claire de manière constante.

Je vous remercie.

Christel Schaldemose (S&D), *skriflig*. - Jeg er kategorisk imod at EU-midler bruges til udflytning af arbejdspladser, imod støtte til tobaksproduktion og imod at der på nogen måde ydes støtte til lange transporter af levende dyr, som medfører lidelser for dyrene. Jeg er for øget gennemsækelighed ift. Unionens udgifter og Europa-Parlamentets brug af penge, og for et øget investeringsniveau i Europa til gavn for vækst og arbejdspladser i samtlige medlemslande. Derfor kæmper jeg aktivt for disse sager i mine udvalg og for at få dette inkluderet i relevante lovgivende tekster.

Jeg er også imod øget bureaukrati og reelt virkningsløse tiltag. En del af de forslag, som er stillet, skaber bureaukrati eller er virkningsløse. Mange af forslagene hører ikke hjemme i en afstemning om budgettet og vil ingen virkning have udenfor murene af dette parlament. Derfor har jeg på visse områder stemt imod forslag, der på overfladen kan lyde gode. Endelig anerkender jeg at der i Europa-Parlamentets forslag ligger gode og progressive tanker om at støtte vækst- og jobskabende initiativer samt nødvendig forskning og udvikling. Samlet er det dog min holdning, at EU må vise økonomisk ansvarlighed i denne tid og så vidt muligt prioritere disse indsatser indenfor eksisterende rammer. Jeg undlader derfor at stemme for budgettet.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorándums, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Estos presupuestos siguen siendo el instrumento para seguir deteriorando los servicios públicos, en tanto que son el soporte para aplicar leyes que consagran el traspaso de dinero público, que debería emplearse en lo público, a empresas privadas a las que se entregará la gestión de lo público.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - Labour MEPs voted today for the EU to do more of what it is good at, working collectively to deliver real benefits and developments in technology, such as funding for the Low Carbon Vehicle Technology Project at the University of Warwick and European Bioenergy Research Institute at Aston University – delivering cutting edge research to local industry. Labour MEPs voted for investment for growth and voted for regional funding that goes directly to communities in the West Midlands and the rest of the UK, as it is local communities that are best able to determine how to deliver for people locally. These are areas where we are more than the sum of our parts, where the EU makes a real difference, and I am proud that Labour MEPs have stood up for the constituents of the West Midlands and the UK in these areas today.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. - Podľa môjho úsudku sa rozpočet EÚ na rok 2015 zaobíde bez dodatočných 4 mld, o ktoré ho chce výbor pre rozpočet navýšiť. Je čas efektívne nakladať každým eurom. Ak chcú štáty dosahovať vyrovnané hospodárenie, musíme ich podporovať. Podporujem stanovisko ER, aby bol rozpočet šetnejší voči daňových poplatníkov. Hlasujem PROTI.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Držim da je važno uskladiti proračun Unije s državnim proračunima zemalja članica s ciljem naglašavanja njegove uloge u promicanju rasta i zapošljavanja. Ali, zbog trenutne ekonomske situacije u kojoj treba reagirati odgovarajućim mjerama i programima, podržavam odluku da se u proračunu EU-a za 2015. povećaju sredstva za programe kojima se promiče rast, konkurentnost i zapošljavanje, kao što su Erasmus +, Socijalna agenda ili Obzor 2020.

U cilju borbe protiv nejednakosti potrebno je povećati financiranje programa i inicijativa poput Europe za građane, Fonda europske pomoći za najpotrebnije i njima sličnih programa. Podupirem i poziv za odobrenje 203,3 milijuna eura Europskom instrumentu za susjedstvo, kako bi EU bila u mogućnosti ispuniti svoje obveze koje ima prema svojem istočnom i južnom susjedstvu koje je suočeno s izazovima u pogledu gospodarskog i društvenog razvoja, imigracije i stabilnosti.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Kako bi se smanjila ovisnost o ruskom plinu, važno je ulagati u obnovljive izvore energije radi postizanja energetske sigurnosti, te uskladiti ciljeve potrošnje sredstava namijenjenih energiji u okviru Obzora 2020. Podržavam odluku za povećanje financijskih sredstava namijenjenih malim i srednjim poduzećima, jer upravo njihova inovativnost može doprinijeti željenom gospodarskom oporavku EU-a u vidu smanjenja broja nezaposlenih i poticanja gospodarskog rasta.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – Overall I could not support this resolution as it is not the time for a rise in the EU budget. Many areas need reform and the EU should do more of what it is good at, investing in research, in SMEs and creating real jobs and real growth.

What my Labour colleagues and I voted for is to work collectively to deliver real benefits, such as developments in technology. We voted for investment and for growth and voted for regional funding that goes directly to communities that are best able to determine how to deliver for people locally.

We also voted for the EU to fulfil the global demands that national governments have put on it – whether in Ukraine, Gaza or on Ebola.

These are areas where we are more than the sum of our parts, where the EU makes a real difference, and I am proud that Labour MEPs have stood up for our constituents in these areas.

I also voted against amendments to subsidise bullfighting and to subsidise the tobacco industry, which I do not feel are an appropriate use of EU funds (Amendments 232 and 231).

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Ačkoli podporuji návrh na ustavení pouze jednoho sídla Evropského parlamentu, při dnešním hlasování o navrženém bodu 86 (v přijatém textu jde o bod 87), jehož obsahem je výzva k vytvoření časového plánu k založení jediného sídla Evropského parlamentu, jsem se zdržel hlasování, jelikož se domnívám, že tato záležitost musí být řešena formou samostatného usnesení Evropského parlamentu, které potvrdí stanovisko Evropského parlamentu v této konkrétní věci, nikoli formou přílepku k materiálu, který se týká rozpočtu Evropské unie.

Eleftherios Synadinos (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση διότι μετατοπίζει το κέντρο βάρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία, παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και τις ανάγκες τους.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt proračuna koji je predložila Komisija veći je za 2,24 % od proračuna iz 2014. To stajalište je u skladu s činjenicom da je potrebno pronaći rješenje za periodični nedostatak plaćanja koji pogađa EU proračun. Prema odluci Odbora BUDG, plaćanja bi se trebala povećati za 4 milijarde EUR u odnosu na gornju granicu za 2015., a obveze bi također trebale biti povećane, pogotovo za programe kao što su COSME, Horzion 2020, Erasmus +.

Smatram da proračun EU-a dopunjava nacionalne proračune te daje dobar poticaj za stvaranje rasta i novih radnih mjesta. Upravo iz tog razloga, ne bi ga trebalo proizvoljno smanjivati nego bi pojedina područja trebalo čak i pojačati. Pogrešno je promatrati proračun samo kao financijsku stavku koja se dodaje kao teret nacionalnom proračunu, već kao priliku da se pospješe inicijative i ulaganja koja stvaraju dodanu vrijednost u EU-u kao cjelini. Zbog svega navedenog podržavam prijedlog Odbora i glasovala sam za proračun za 2015. godinu.

Richard Sulík (ECR), *písomne* – Návrh rozpočtu Európskej únie som nepodporil, pretože je predovšetkým o prerazdeľovaní peňazí, ktoré berie od tých, ktorí tvoria hodnoty. Veľkú časť rozpočtu zhltnú spoločná poľnohospodárska politika, ktorá už dávno nemala existovať. Podobne veľká časť ide na eurofondy, ktoré sa rozkrádajú a deformujú podnikateľské prostredie. Európska únia potrebuje zásadnú zmenu rozpočtu: viac šetriť na svojej administratíve, znížiť množstvo regulácií, zrušiť poľnohospodárske dotácie a pod.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Nous avons voté en faveur du projet de budget général de l'Union, ainsi que du budget général 2015 de manière générale.

Il est toutefois important de souligner que nous avons rejeté les amendements:

1/ sur la subvention de l'Union en faveur des corridas;

2/ sur les subventions en faveur du tabac;

Mittwoch, 22. Oktober 2014

3/ sur le musée d'histoire.

En revanche, nous sommes en faveur d'une feuille de route pour un siège unique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. - With this vote on the budget of the European Union (EU), the Parliament adopted a strong position and expressed support to growth and jobs in the EU. Among other reasons, I voted in favour of this proposal to support our SMEs, but also research, innovation and education. EU needs ambition. I nevertheless disagree with some of the measures proposed. I voted for example against funding for breeding of bulls for bull-fighting. I also voted to put an end to export funds. I believe this is a distortion of the market and that these funds prevent some countries to develop their own production.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. - Glasala sam protiv prijedloga rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2015. zbog dvije točke koje me posebno zabrinjavaju. Naime, protivim se preporuci izraženoj u poglavlju „Rješavanje opetovanih kriza u plaćanjima”, u kojoj izvjestitelj podupire prijedlog Komisije da se u potpunosti iskoriste raspoloživa sredstva u okviru gornje granice za plaćanje za 2015., čime se ne ostavlja razlika do gornje granice za plaćanja za 2015. godinu.

Na taj se način proračun za 2015. neće moći prilagoditi nepredviđenim pritiscima koji će se neizbježno pojaviti, te se zbog toga čvrsto protivim takvoj preporuci izvjestitelja i prijedlogu Europske komisije. S druge strane, zabrinjava me što bi svi nacrti izmjene proračuna trebali biti doneseni prije nego što se postigne sporazum o nacrtu proračuna za 2015., te sam zbog toga odlučila glasati protiv ovoga prijedloga.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. - I voted in favour of this Budget but I want to stress that the budget has to be spent in order to provide answers to the priorities agreed: to fully support the EU's recovery, to strengthen the single market and to follow the EU guidelines to achieve the 2020 Strategy. In my view, giving public subsidies to raise bulls to be sent to bullfights is not a priority that the EU should support or promote, as it goes against my principal values of respecting the well-being of animals.

I also voted in favour of the amendment to paragraph 86 which 'Stresses that the Parliament and the Council, in order to create long term savings in the Union budget, must address the need for a roadmap to a single seat, as stated by the Parliament in several previous resolutions';

I strongly support a single seat for this House in order to save waste and money, and also in order to be more environmentally-friendly in our work.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. - He votado favorablemente a la propuesta del Parlamento por su demanda de aumento significativo de diversas partidas esenciales que el Consejo quiere recortar.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato contro la proposta di bilancio per l'esercizio 2015 perché sono presenti considerevoli risorse in voci che andrebbero ridotte e riallocate in settori chiave che rispondano concretamente alle reali esigenze degli Stati membri più in difficoltà.

Il M5S ha proposto in commissione Bilancio numerosi tagli nell'ambito di tutti quegli sprechi amministrativi presenti nelle diverse Istituzioni europee e ha allo stesso tempo cercato di riallocare parte di questi tagli in voci a supporto delle effettive necessità dei cittadini, quali stanziamenti a favore dell'occupazione, della lotta alla frode e alla corruzione, delle PMI, delle politiche di gestione e controllo dei flussi migratori e di strumenti per l'agevolazione di accesso al credito.

E' necessario valutare le performance di ogni programma europeo al fine di capire se gli stanziamenti previsti siano in grado realmente di contribuire al benessere dei cittadini. I fondi europei, infatti, devono essere prima di tutto efficienti e in grado di creare un valore aggiunto per i contribuenti.

Ho votato pertanto contro la proposta presentata in quanto, per l'ennesima volta, l'UE avrebbe visto spendere i propri soldi in voci superflue, quali finanziamenti alle fondazioni politiche, alla comunicazione e ai processi di preadesione, senza focalizzare invece la spesa su priorità chiave in un momento di così difficile crisi economica.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del presupuesto de la UE para el año 2015 porque una vez más es el presupuesto del austericidio y la pobreza. Son unos presupuestos hechos de espaldas a la realidad de emergencia social que están viviendo las clases populares en todos los países de la UE. Este presupuesto sigue en la lógica neoliberal de los memorandos, de los recortes, de las privatizaciones de lo público y siguen sin ser unos presupuestos para la creación de empleo y de condiciones dignas de vida para los y las ciudadanos y ciudadanas de la UE.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. - A nossa posição face ao orçamento e face a esta proposta reflète o nosso posicionamento relativamente a esta UE, com a sua matriz neoliberal, federalista e militarista.

O orçamento da UE é a expressão concreta de uma linha política orientada para a promoção do desmantelamento dos serviços públicos, a perda de direitos sociais e laborais e as parcerias público-privadas.

Este é o orçamento que dá suporte à austeridade, ao Semestre Europeu e a todas as agências que fiscalizam e condicionam as políticas dos Estados-Membros e castigam os maus alunos. É o orçamento que dá suporte às ingerências cada vez mais agressivas em diversos pontos do globo. Que constrói uma Europa Fortaleza cada vez menos solidária com os seus vizinhos.

Esta farsa ou esta pseudodisputa entre a Comissão e o Conselho não nos pode desviar do essencial, que é a condenação das políticas neoliberais desta UE suportadas por este orçamento.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. - Euroopan parlamentti allokoii budjetistaan noin 40 prosenttia maatalouden kehittämiseen ja yhteiseen maatalouspolitiikkaan. Kuluvan vuoden maatalousmäärärahat olivat noin 58 miljardia euroa. Ei ole yhdentekevää, mihin EU:n budjetista käytettävät määrärahat ohjataan. Maataloustukien on noudatettava kestäviä periaatteita - tarkoituksena on taata toimivat maataloustuotteiden sisämarkkinat, vähentää haitallista ja markkinoita vääristävää tukea ja taata tuottajille riittävä toimeentulo ja kuluttajille puhdasta ruokaa. Tukipolitiikan on oltava myös eettisesti kestävä. En hyväksy yhteisen maatalousbudjetin käyttöä tupakkatuotteiden kasvatukseen. Täysin perusteeton on myös härkätaisteluihin kasvattavien tuottajien saama emolehmäkorvaus. Kyse on myös yhteisen budjetin legitimitetistä jäsenmaiden kansalaisten keskuudessa. Esimerkiksi tupakkatuotteiden tai härkätaistelujen tukemiseen yhteisiä rahoja ei pidä käyttää.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. - W poprawce 232 do projektu budżetu ogólnego UE jest mowa o tym, że finansowe wsparcie hodowli bydł wykorzystywanych do walk nie powinno być pokrywane z budżetu Unii Europejskiej. Corrida, w trakcie której wykorzystywane są te byki, jest tradycją hiszpańską, dlatego UE nie powinna w to ingerować, a tym bardziej finansować, wątpliwych z humanitarnego punktu widzenia przedsięwzięć. Zgodnie z Europejską Konwencją o Ochronie Zwierząt Hodowlanych zwierzęta nie powinny cierpieć i być narażone na zranienia i strach. Podczas głosowania opowiedziałam się za przyjęciem poprawki, czyli przeciwko wspieraniu przez Unię Europejską hodowli bydł wykorzystywanych do walk.

Anna Záborská (PPE), *pisomne*. - Na prvý pohľad je logické, že členské štáty v snahe o šetrenie rozpočtov a znižovanie deficitov prichádzajú s návrhmi na výrazné škrtý v návrhu rozpočtu na rok 2015. Pri bližšom pohľade však vidíme, že mnohé tieto návrhy sa týkajú najmä kľúčových oblastí, ako sú inovácie, výskum, infraštruktúra, podpora malého a stredného podnikania a energetika. Pritom najmä energetická bezpečnosť nie je dosiahnuteľná bez zvýšenia investícií do energetickej infraštruktúry, energetickej účinnosti, prepojení a výroby energie z obnoviteľných zdrojov. Už teraz chýbajú v rozpočte na rok 2015 prostriedky, ktoré boli schválené Radou pri prerokovávaní viacročného finančného rámca na roky 2014-2020. Preto podporujem pozíciu Parlamentu, ktorá požaduje návrat k návrhu Komisie, aby sa predišlo oneskoreniu platieb pre výskum, univerzity a rozvoj podnikateľského sektora.

Zároveň považujem za populizmus, ak hlavy štátov a vlád na každom samite hovoria o dôležitosti rastu a vytvárania pracovných miest, pričom zároveň tí istí politici navrhujú škrtý v rozpočte EÚ práve v týchto oblastiach.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato contro la proposta di bilancio per il 2015 perché ritengo che non ci si sia sufficientemente impegnati a tagliare le spese inutili e inopportune e supportare invece le iniziative virtuose.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

In particolare, mi rammarico per il mancato raggiungimento del quorum per l'emendamento che intendeva escludere gli allevamenti di tori da combattimento dai finanziamenti erogati all'interno della PAC. E' vergognoso che tali pratiche brutali che prevedono l'uccisione di animali per intrattenimento siano sostenute attraverso soldi pubblici, che potrebbero essere invece utilizzati per scopi più nobili.

La società civile si è mobilitata in tal senso, raccogliendo 10.000 firme solo in Italia a sostegno di questo emendamento: una importante testimonianza di quanto sia diffusa la consapevolezza della necessità di tutelare gli animali come esseri senzienti. Noi parlamentari abbiamo il dovere di rappresentare queste istanze e di farci portavoce di questa sensibilità.

Io, come molti altri miei colleghi, ho avvertito questa sensibilità, prima firmando questo emendamento e poi votando a favore. Il nostro impegno questa volta non è bastato, ma auspico in futuro che sempre più deputati possano unirsi a questa battaglia di civiltà.

5.5. Protokoll zum Freihandelsabkommen EU/Republik Korea anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU (A8-0012/2014 — Jan Zahradil)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. - Anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien als 28. Mitgliedstaat zur EU ist es notwendig, dass auch das Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits ratifiziert wird, um zu gewährleisten, dass die Republik Kroatien sich weiterhin in vollem Umfang an dem nach wie vor geltenden Freihandelsabkommen zwischen der EU und Korea beteiligt.

Zwar wird dieses Zusatzabkommen bereits seit dem 1. Juli 2013 angewendet, die Zustimmung des EU-Parlaments ist allerdings eine verbindliche Komponente beim Abschluss des Prozesses zur Ratifizierung dieses Zusatzprotokolls. Dieser Pflicht ist das EU-Parlament mit dem vorliegenden Bericht nachgekommen.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - I have abstained on this motion, because although I disagree with the principle of the EU rather than nation states conducting free trade agreements, this is merely a technical change to an existing agreement.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — L'accord de libre-échange UE-Corée du Sud adopté en 2011 vise à intégrer les économies européenne et coréenne, et à supprimer les barrières commerciales entre les deux partenaires.

Les exportations de l'UE vers la Corée représentent 37,8 milliards d'euros en 2012 et les exportations de la Corée vers l'UE s'élève à 37,9 milliards d'euros en 2012. Les exportations de l'UE qui ont progressé le plus grâce à l'ALE sont le pétrole de la mer du Nord, les machines, les véhicules à moteur et les pièces détachées.

Je pense qu'il était donc important que la Croatie puisse faire également partie de cet accord.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Le 1^{er} juillet 2013, la Croatie est devenue le 28^{ème} Etat membre de l'Union Européenne et un protocole d'accord additionnel à l'accord de libre-échange UE-Corée de 2009 fut signé.

Cette décision, que l'on nous demande d'approuver, doit garantir que la Croatie continue de participer pleinement à cet accord de libre-échange. L'approbation du parlement pour ce type de décision est obligatoire.

Je me suis prononcée contre ce protocole parce que je considère que l'Union européenne doit arrêter cette libéralisation progressive des échanges et l'élimination totale des droits de douane et des barrières existantes, et même s'il s'agit ici d'une modification technique, je ne souhaite pas cautionner l'accord de libre-échange passé.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Non ho sostenuto col mio voto la relazione Zahradil sul protocollo aggiuntivo di scambio fra UE e repubblica di Corea. Il provvedimento è poco equilibrato e non tiene conto delle disparità tra queste realtà economiche. Mentre le aziende del paese asiatico si muovono in un mercato estremamente dinamico e competitivo, quelle europee stanno ancora attraversando una fase di crisi fortissima e ritengo che questo accordo rischierebbe di danneggiarle ulteriormente.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. - Jag har lagt ned rösten.

Vänsterpartiet och GUE/NGL motsatte sig det ursprungliga avtalet mellan EU och Republiken Korea, bl.a. utifrån miljö- och konsumentintressen.

Det principiella motståndet kvarstår. Men då denna omröstning handlar om en konsekvensändring, med Kroatien som nytt medlemsland i EU, så väljer jag att lägga ned rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de esta Recomendación para que la República de Croacia pueda participar plenamente como miembro de la Unión Europea en el Acuerdo de Libre Comercio UE-Corea, firmado en 2009.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. - Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė laisvosios prekybos sutarties tarp ES ir Korėjos pakeitimams, reikalingiems atsižvelgti į Kroatijos įstojimą į Europos Sąjungą. Konkrečiai ši susitarimo dalis, kuriai šiandien pritarė ir Europos Parlamentas, yra susijusi su prekių kilmės ženkliniu. Susitarimo nuostatos bus taikomos iš Korėjos į Kroatiją arba iš Kroatijos į Korėją eksportuojamoms prekėms, kurios atitinka Susitarimo kilmės taisyklių protokolo nuostatas ir kurios 2013 m. liepos 1 d. buvo pakeliui arba buvo laikinai saugomos Korėjos arba Kroatijos muitinės sandėlyje arba laisvojoje zonoje.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho espresso voto contrario. Il provvedimento è dannoso, la Corea del Sud è paese con industrie molto più dinamiche in un settore industriale molto competitivo. Dovremmo tutelarci con dazi *ad hoc* anziché aprire loro il mercato UE.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — L'Union européenne et la Corée du Sud sont deux partenaires commerciaux très importants. Cela fait déjà trois ans que l'UE et la République de Corée ont mis en place un accord de libre-échange. Cet accord fonctionne très bien et les deux parties en bénéficient. Avec l'adhésion de la Croatie à l'Union en 2013, tous les accords internationaux, commerciaux ou autres, doivent être élargis à ce nouvel État membre. J'ai voté en faveur de ce rapport qui insiste sur l'importance d'adapter le cadre législatif européen aux changements structurels opérés au sein de l'Union.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Il 6 marzo 2014 il Consiglio dell'UE ha concluso, a nome dell'Unione europea (UE) e dei suoi Stati membri, il protocollo aggiuntivo dell'accordo di libero scambio firmato il 15 ottobre 2009 con la Repubblica di Corea. Il 17 febbraio 2011 il Parlamento europeo ha adottato una risoluzione legislativa approvando tale accordo con 465 voti favorevoli, 128 contrari e 19 astensioni.

Il 1° luglio 2013 la Repubblica di Croazia ha aderito all'UE diventando il 28° Stato membro. Il protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio UE-Corea che tiene conto dell'adesione della Croazia è stato firmato ed è altresì entrato in vigore dal 1° luglio 2013. L'attuale decisione del Consiglio mira dunque a garantire che la Croazia continui a partecipare pienamente all'accordo di libero scambio UE-Corea che rimane in vigore.

Ho votato a favore del protocollo tenendo conto che l'approvazione del Parlamento europeo a tale decisione del Consiglio è un elemento obbligatorio ai fini del completamento del processo di ratifica e contribuisce a tutelare l'integrità del mercato interno dell'Unione.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Il protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio tra l'UE e la Corea mira a prendere in considerazione l'ingresso della Repubblica di Croazia il 1° luglio 2013 all'Unione europea. Di conseguenza, la raccomandazione dell'on. Jan Zahradil inquadra soltanto giuridicamente questa situazione.

L'approvazione del Parlamento europeo a tale decisione del Consiglio è un elemento obbligatorio ai fini del completamento del processo di ratifica.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore del Protocollo all'accordo di libero scambio tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Corea, dall'altra, il cui scopo è quello di tenere conto dell'adesione della Croazia all'Unione europea. Infatti, in seguito all'ingresso di quest'ultima nell'Unione europea, si è resa obbligatoria una revisione di tutti gli accordi commerciali in forza, affinché vengano estesi, con i relativi benefici e obblighi, alla Croazia. Questo avviene di solito attraverso un protocollo di adesione, come appunto in questo caso specifico con la Corea del Sud.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho deciso di votare favorevolmente al progetto di decisione del Consiglio, relativo alla conclusione a nome dell'Unione europea di un protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Corea, dall'altra, iniziato in data 15 ottobre 2009, per tener conto dell'adesione della Croazia all'UE. Ritengo necessario che alla Croazia venga garantita la possibilità di partecipare all'accordo di libero scambio UE-Corea attualmente in vigore. Sostengo, inoltre, che sia necessario votare favorevolmente al fine di tutelare l'integrità del mercato interno dell'Unione Europea, oltre che per giungere al completamento del processo di ratifica dell'accordo stesso con lo Stato Sud Coreano.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - This vote reflects the accession of Croatia to the EU, which as a Member State is to enjoy participation in the Free Trade Agreement already in force between the EU and its Member States of the one part and the Republic of Korea of the other. For this reason I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Voto a favore della conclusione di un protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio tra l'UE e la Corea. Presto il mio supporto al completamento del processo di ratifica e contribuire in questo modo a tutelare l'integrità del mercato interno dell'Unione considerato anche il fatto che il 1° luglio 2013 la Repubblica di Croazia abbia aderito all'UE diventando il 28° Stato membro. Con il mio voto favorevole intendo far sì che tale Stato membro continui a partecipare pienamente all'accordo di libero scambio UE-Corea.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - No es la primera vez que me posiciono en contra de los acuerdos de libre comercio ya que la desregulación comercial es una forma más que tienen las economías fuertes de introducirse en nuevos mercados a costa del desmantelamiento progresivo de los sistemas productivos más débiles, haciendo crecer así las desigualdades y las asimetrías entre países y poniendo en competición a los trabajadores de las diferentes zonas geográficas.

A pesar de que este informe es puramente técnico, al ser un componente del proceso de ratificación del protocolo adicional de adhesión de Croacia a la UE, no he votado a favor del mismo por lo anteriormente expuesto.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - The European Union and the Republic of Korea adopted a mutual understanding on Trade, known as the EU-Korea FTA, in 2011, with a majority of elected representatives from Member States voting in favour of the agreement. Trade agreements such as the EU-Korea FTA ensure guarantees and safeguards so that both parties reap the benefits. In order to safeguard trade agreements like these, the EU must ensure that new Member States who join the EU fully participate in these forms of agreements. For this reason, I voted in favour of the reinstatement of this agreement taking into consideration Croatia's accession to the EU last year.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Par le vote de ce texte, l'Union européenne souhaite faire pleinement bénéficier la Croatie, dernier État l'ayant rejoint, des avantages qu'elle est en mesure de procurer notamment de sa puissance commerciale. À cet égard, je suis favorable à ce texte qui permettra non seulement de sécuriser juridiquement l'extension de l'accord de libre-échange UE-République de Corée à la Croatie, mais aussi de préserver l'intégrité du marché intérieur de l'Union.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. - Il 1° luglio 2013 la Repubblica di Croazia ha aderito all'UE diventandone il 28° Stato membro. A decorrere dallo stesso giorno è entrato in vigore, a titolo provvisorio, un protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio UE-Corea che tenesse conto dell'adesione della Croazia.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il 6 marzo 2014 il Consiglio dell'Unione europea ha deciso di concludere, a nome dell'Unione europea e dei suoi Stati membri, il protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio precedentemente firmato il 15 ottobre 2009 tra l'UE e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Corea, dall'altra.

Ho ritenuto di votare a favore di questa disposizione perché, con tale decisione, si mira a garantire conformemente all'atto di adesione della Croazia all'UE, che tale stato membro continui a partecipare pienamente all'accordo di libero scambio UE-Corea.

Pablo Echenique (GUE/NGL), por escrito. - Hemos votado abstención pues, pese a estar en contra del TLC, consideramos que es coherente que Croacia como Estado miembro de la UE se armonice con el resto de Estados de la UE.

No apoyamos el acuerdo de libre comercio UE - Corea aprobado en julio de 2011. El acuerdo acarrea importantes consecuencias negativas para la economía europea y el empleo, sobre todo en lo relativo a la industria del automóvil y en las potencialidades de industrialización de Europa. Además, el tratado no considera el impacto ambiental que tendría el intercambio de bienes procedentes del otro lado del planeta. Las organizaciones campesinas y sindicales coreanas también manifestaron un fuerte rechazo al tratado. Sin embargo, la Resolución legislativa del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración, en nombre de la Unión Europea y de sus Estados miembros, del Protocolo Adicional del Acuerdo de Libre Comercio entre la Unión Europea y sus Estados miembros, por una parte, y la República de Corea, por otra, para tener en cuenta la adhesión de Croacia a la Unión Europea, aborda simplemente la incorporación de Croacia, como nuevo Estado miembro de la Unión, a dicho acuerdo.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. - A assinatura do Protocolo Adicional do Acordo de Comércio Livre assinado por todos os Estados-Membros e pela República da Coreia estabeleceu um conjunto de princípios importantes para o desenvolvimento económico sustentado da União Europeia, abrindo ainda mais um canal para a distribuição dos seus produtos. Sendo a República da Croácia um Estado-Membro de pleno direito desde julho de 2013 e estando já abrangida, ainda que a título provisório, por este protocolo, faz sentido que continue a participar plenamente neste Acordo de Comércio Livre, que continua ainda em vigor.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. - É conhecida a nossa posição sobre o livre comércio. Recordando Lacordaire: *Entre o rico e o pobre, entre o forte e o fraco, é a lei que liberta e a liberdade que oprime.* A desregulação do comércio é uma forma de as economias mais fortes abocanharem novos mercados à custa do desmantelamento progressivo dos sistemas produtivos mais débeis. Crescem as assimetrias entre países. E em todos eles se força uma corrida ao fundo no plano dos direitos e dos salários dos trabalhadores. Pondo a força de trabalho de origens geográficas diferentes em competição, força-se a sua desvalorização geral.

Sendo a aprovação pelo Parlamento Europeu uma componente obrigatória da conclusão do processo de ratificação do Protocolo Adicional de adesão da Croácia à UE, este relatório assume um carácter essencialmente técnico, já que não estamos a decidir nem a criação de uma zona de livre comércio, nem a adesão da Croácia, mas sim a adaptar a legislação existente tendo em conta as consequências dessa adesão.

Quanto à adesão, é conhecida a nossa posição: não ignorando o sentido profundo do alargamento num processo de integração capitalista, como o é a União Europeia, entendemos que a decisão de adesão ou não deve ser tomada respeitando a vontade soberana de cada povo. Daí a nossa abstenção.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne - Európska únia a jej členské štáty uzavrela dňa 6. marca 2014 Dodatokový protokol k Dohode o voľnom obchode medzi Európskou úniou na jednej strane a Kórejskou republikou na druhej strane. Chorvátska republika pristúpila k Európskej únii 1. júla 2013 a stala sa jej 28. členským štátom. V dôsledku pristúpenia Chorvátska k Európskej únii bolo potrebné zohľadniť toto pristúpenie v už existujúcej dohode. Cieľom rozhodnutia Rady je preto zabezpečiť v súlade s aktom o pristúpení Chorvátska k Európskej únii, aby sa Chorvátsko plne zúčastňovalo na predmetnej dohode.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo voto contrario all'accordo di libero scambio UE-Corea del Sud. Il testo non convince per vari aspetti, non da ultimo il fatto che le aziende del Paese Asiatico sono molto più dinamiche e si sviluppano in un contesto molto più competitivo del nostro.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Η πλήρης ένταξη της Κροατίας σε αυτή την συμφωνία θα σημαίνει και την προβληματική διάθεση των προϊόντων της στην ΕΕ, με αποτέλεσμα την οικονομική της εξάρτηση και την οικονομική της καταστροφή. Για τον παραπάνω λόγο ψηφίζω αρνητικά στο Πρωτόκολλο της Συμφωνίας Ελεύθερων Συναλλαγών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και της Δημοκρατίας της Κορέας, αφετέρου, προκειμένου να ληφθεί υπόψη η προσχώρηση της Κροατίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Neena Gill (S&D), *in writing*. - I voted for the additional Protocol to the EU-Republic of Korea Free Trade Agreement, as it clearly concerns a technicality necessary to take Croatia's accession to the EU into account.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado abstención pues, pese a estar en contra del TLC, consideramos que es coherente que Croacia como Estado miembro de la UE se armonice con el resto de Estados de la UE. No apoyamos el acuerdo de libre comercio UE - Corea aprobado en Julio de 2011. El acuerdo acarrea importantes consecuencias negativas para la economía europea y el empleo, sobre todo en lo relativo a la industria del automóvil y en las potencialidades de industrialización de Europa. Además, el tratado no considera el impacto ambiental que tendría el intercambio de bienes procedentes del otro lado del planeta. Las organizaciones campesinas y sindicales coreanas también manifestaron un fuerte rechazo al tratado. Sin embargo, la Resolución legislativa del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración, en nombre de la Unión Europea y de sus Estados miembros, del Protocolo Adicional del Acuerdo de Libre Comercio entre la Unión Europea y sus Estados miembros, por una parte, y la República de Corea, por otra, para tener en cuenta la adhesión de Croacia a la Unión Europea, aborda simplemente la incorporación de Croacia, como nuevo Estado miembro de la Unión, a dicho acuerdo.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado abstención pues, pese a estar en contra del TLC, consideramos que es coherente que Croacia como Estado miembro de la UE se armonice con el resto de Estados de la UE. No apoyamos el acuerdo de libre comercio UE - Corea aprobado en Julio de 2011. El acuerdo acarrea importantes consecuencias negativas para la economía europea y el empleo, sobre todo en lo relativo a la industria del automóvil y en las potencialidades de industrialización de Europa. Además, el tratado no considera el impacto ambiental que tendría el intercambio de bienes procedentes del otro lado del planeta. Las organizaciones campesinas y sindicales coreanas también manifestaron un fuerte rechazo al tratado. Sin embargo, la Resolución legislativa del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración, en nombre de la Unión Europea y de sus Estados miembros, del Protocolo Adicional del Acuerdo de Libre Comercio entre la Unión Europea y sus Estados miembros, por una parte, y la República de Corea, por otra, para tener en cuenta la adhesión de Croacia a la Unión Europea, aborda simplemente la incorporación de Croacia, como nuevo Estado miembro de la Unión, a dicho acuerdo.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za, jer se ovim nacrtom Dodatnog protokola uz Sporazum o slobodnoj trgovini između Europske unije (i njezinih članica) i Republike Koreje uzima u obzir pristupanje Hrvatske Europskoj uniji, te se istoj omogućuje da u potpunosti sudjeluje u implementaciji spomenutog Sporazuma. U vrijeme ekonomske globalizacije i otvaranja svjetskih tržišta, iznimno je važno osigurati održivost i konkurentnost gospodarstava i trgovanja manjih država EU-a poput Hrvatske.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. - J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Jan Zahradil concernant le Protocole à l'accord de libre-échange UE-République de Corée. Ce texte a pour objectif de tenir compte de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne dans cet accord avec la Corée. Le rapport a été adopté à une majorité de 524 voix pour, 53 voix contre et 106 abstentions, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution relative au protocole à l'accord de libre-échange UE-République de Corée pour tenir compte de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne. Rappelons que depuis 2010, l'UE et la Corée du Sud ont resserré leurs liens en concluant un partenariat stratégique qui garantit un niveau élevé d'engagement mutuel. Ces relations reposent principalement sur deux grands accords: l'accord-cadre UE-Corée du Sud adopté en 2010 et justement l'accord de libre-échange UE-Corée du Sud adopté en 2011. Cet accord est l'accord commercial le plus ambitieux jamais négocié par l'Union européenne et le premier signé avec un pays asiatique. Il prévoit la suppression de droits de douane pour près de 99 % des produits échangés dans un délai de cinq ans, ainsi

Mittwoch, 22. Oktober 2014

que la disparition de nombreuses barrières non tarifaires. Il permettra de stimuler le commerce bilatéral, avec comme base fondamentale, le principe de la réciprocité. Il améliorera également la pénétration des entreprises européennes sur le marché coréen et, plus largement, dans toute l'Asie.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I supported the report. The technical amendment will allow Croatia to fully participate and benefit from the Free Trade Agreement between the EU and the Republic of Korea.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la raccomandazione dell'on. Jan Zahradil, che ha consentito alla Croazia, divenuta il 1° luglio 2013 il 28esimo Stato membro dell'UE, di godere degli effetti dell'accordo di libero scambio firmato il 15 ottobre 2009 tra l'UE e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Corea dall'altra. Il protocollo aggiuntivo rappresenta un elemento obbligatorio ai fini del completamento del processo di ratifica e contribuisce inoltre a tutelare l'integrità del mercato interno dell'Unione europea.

Javi López (S&D), *por escrito*. - Desde la adhesión de Croacia a la UE en julio de 2013, el Acuerdo de Libre Comercio UE-Corea (que data de 2009) se ha venido aplicando de forma provisional. En marzo de 2014, la UE concluyó la firma del Protocolo Adicional del Acuerdo de Libre Comercio UE-Corea para tener en cuenta la adhesión de Croacia y que Croacia continúe participando plenamente en el Acuerdo UE-Corea. La aprobación por el Parlamento de esta decisión del Consejo constituye un trámite obligatorio para finalizar el proceso de ratificación del Protocolo Adicional. Por ello, he votado favorablemente esta recomendación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - No es la primera vez que me posiciono en contra de los acuerdos de libre comercio ya que la desregulación comercial es una forma más que tienen las economías fuertes de introducirse en nuevos mercados a costa del desmantelamiento progresivo de los sistemas productivos más débiles, haciendo crecer así las desigualdades y las asimetrías entre países y poniendo en competición a los trabajadores de las diferentes zonas geográficas.

A pesar de que este informe es puramente técnico, al ser un componente del proceso de ratificación del protocolo adicional de adhesión de Croacia a la UE, no he votado a favor del mismo por lo anteriormente expuesto.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. - Dana 6. ožujka 2014., Vijeće Europske unije odlučilo je u ime Europske unije i njezinih država članica zaključiti dodatni protokol uz Sporazum o slobodnoj trgovini koji je potpisan 15. listopada 2009. između država članica, s jedne strane, i Republike Koreje, s druge strane. Europski parlament dao je svoj pristanak za sklapanje ovog Ugovora.

Dana 1. srpnja 2013. Republika Hrvatska pristupila je Uniji i postala je njezina 28. članica. Potpisan je Dodatni protokol između EU-a i Republike Koreje uzimajući u obzir ulazak Hrvatske u EU, te se počeo privremeno primjenjivati od 1. srpnja 2013.

Podržala sam ovo Izvješće jer sadašnja Odluka Vijeća nastoji osigurati, u skladu sa Zakonom o pristupanju Hrvatske u EU, da će Hrvatska kao članica i dalje u potpunosti sudjelovati u slobodnoj trgovini između EU-a i Republike Koreje te potpisivanjem Sporazuma doprinijeti očuvanju integriteta unutarnjeg tržišta Unije.

Pristanak Europskog parlamenta obavezna je komponenta u završetku procesa ratifikacije Dodatnog protokola.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. - ES obligāti jāattīsta attiecības ar Āziju. Jautājums ar Dienvidkoreju sen jau ir atrisināts, šī bija zināmā mērā tehniskā balsošana, jo Horvatija tagad ir pilntiesīga ES dalībvalsts. Nobalsoju "par".

David Martin (S&D), *in writing*. - The free trade agreement with the Republic of Korea has produced a substantial increase in trade between South Korea and the EU. I welcome its extension to include Croatia.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della risoluzione riguardante i dazi doganali sui beni provenienti dalla Ucraina perché ritengo che tale proposta sia determinante per il processo di pace in Ucraina. Ritengo inoltre fondamentale per l'UE ampliare gli accordi di partnership in campo commerciale perché fortemente necessari a rafforzare la sicurezza finanziaria economica e sociale dell'UE, contribuendo positivamente allo sviluppo di una Europa inclusiva giusta e forte

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - E' un dovere di questo Parlamento agire affinché, ad ognuno dei membri dell'Unione europea, vengano garantiti gli strumenti necessari alla realizzazione delle proprie aspettative sociali ed economiche, sulla base di un pieno rispetto del principio di equità.

E' dunque essenziale che, ognuno di essi, goda delle stesse prerogative di accesso ad un mercato di ispirazione globale, il cui corretto funzionamento dipende dal grado di efficienza degli accordi tra le parti.

In un tale contesto, la conclusione di un protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio tra gli Stati membri dell'UE, da una parte, e la Repubblica di Corea, dall'altra, che tenga in considerazione l'adesione della Croazia alla compagine comunitaria, rappresenta un atto di assoluta responsabilità, la garanzia che, all'ultimo dei paesi entrati a far parte della nostra famiglia europea, continui ad essere assicurata una piena partecipazione all'accordo economico tra l'Unione ed il paese asiatico.

La mia decisione di votare a favore della relazione del collega Zahradil deriva, oltre che dalle precedenti considerazioni, anche da una consapevolezza precisa: la riduzione delle barriere commerciali, così come la creazione di un ambiente più stabile e trasparente per il commercio e gli investimenti, rappresentano due presupposti essenziali per il raggiungimento della prosperità e della crescita all'interno dei nostri paesi.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Un accord de libre-échange a été signé le 15 octobre 2009 entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et la république de Corée, d'autre part. Le 17 février 2011, le Parlement européen a adopté une résolution législative par laquelle il a donné son approbation à la conclusion d'un protocole additionnel à accord. Le 1^{er} juillet 2013, la République de Croatie a adhéré à l'Union européenne et en est devenue le 28^e État membre. Le Parlement doit à présent approuver la participation de la Croatie à l'accord de libre échange UE-Corée pour en achever le processus de ratification. Etant opposé aux traités de libre-échange comme à l'adhésion de la Croatie, je vote contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - A adesão da Croácia como membro da UE, que ocorreu em 1 de julho de 2013, tem como consequência a necessidade de se aprovar uma retificação ao Protocolo do Acordo de Comércio Livre entre a União Europeia e a República da Coreia. Trata-se de um pró-forma para preservar a integridade do mercado interno da União Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - I have voted in favour of this recommendation, as this Additional Protocol to the EU-Republic of Korea Free Trade Agreement will safeguard the integrity of the Union's internal market. Moreover, this recommendation will also make sure that Croatia continues to fully participate in the EU-Republic of Korea Free Trade Agreement.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. - Je salue la ratification par le Parlement européen de la décision du Conseil ajoutant un protocole additionnel visant à inclure la Croatie dans l'accord de libre-échange signé le 15 octobre 2009 entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et la République de Corée, d'autre part.

Cet accord de libre-échange vise à la libéralisation progressive du commerce de marchandises et de services et à l'élimination des droits de douane et autres barrières existant entre ces deux zones économiques. Il est vital pour la démocratie européenne que le Parlement ratifie ce type d'accord qui touche à la nature originelle même de l'Union européenne, qui est de commercer avec le monde extérieur.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Il protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio UE-Corea, che tiene conto dell'adesione della Croazia, è entrato in vigore a titolo provvisorio a decorrere dal 1° luglio 2013. Di conseguenza, l'attuale decisione del Consiglio mira a garantire, conformemente all'atto di adesione della Croazia all'UE, che tale Stato membro continui a partecipare pienamente all'accordo di libero scambio UE-Corea.

L'approvazione del Parlamento europeo a tale decisione del Consiglio è un elemento obbligatorio ai fini del completamento del processo di ratifica e contribuisce, inoltre, a tutelare l'integrità del mercato interno dell'Unione.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il mio voto è stato, pertanto, favorevole.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte. L'Union européenne entretient des relations commerciales avec la Corée du sud dans le cadre d'un accord de libre-échange. Le texte voté aujourd'hui vise à inclure la Croatie définitivement dans cet accord. La Croatie était incluse dans un protocole additionnel puisque les négociations de l'accord avaient débuté avant l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Eine ständig wachsende Zahl an Freihandelsabkommen dient in erster Linie dem Wohl bestimmter multinationaler Großkonzerne. Wie das derzeit hart umstrittene Beispiel TTIP zeigt, wirkt sich dies zunehmend negativ auf das Empfinden der Bürger aus, dass dem Verbraucherschutz und nachhaltiger ökonomischer Entwicklung ausreichend Rechnung getragen wird. Dies gilt nicht in erster Linie für die Problematik der Eingliederung Kroatiens in den europäischen Binnenmarkt und die Adaption entsprechender Rahmenverträge, sondern spiegelt meine grundsätzliche Skepsis wider, zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Teilnehmerkreis der bestehenden Freihandelsverträge auszuweiten.

Aus diesem Grund habe ich gegen den Antrag gestimmt.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. - Pozdravljam prilagodbu Protokola uz Sporazum o slobodnoj trgovini između EU-a i Republike Koreje hrvatskom pristupanju Uniji. Iako Koreja ne spada među najveće trgovinske partnere Republike Hrvatske, trgovinska razmjena ovih dviju zemalja ima značajan potencijal za rast putem ulaganja u luke i infrastrukturu, izvoz hrvatskih proizvoda i kroz povećanje broja turista kojih je čak 58% više lani posjetilo Hrvatsku.

Ovom prilikom želim podsjetiti da je ovaj Sporazum prilagođen čak 15 mjeseci nakon pristupanja Hrvatske i ukazati kako su još brojni trgovinski sporazumi koje je EU sklopila s trećim zemljama ostali neprilagođeni, među kojima su i sporazumi s nekim od najznačajnijih trgovinskih partnera Hrvatske poput BiH. Pristupanjem Europskoj uniji Hrvatska je preuzela ugovorne i trgovinske odnose koje Europska unija ima s trećim zemljama i automatski napustila dotadašnje trgovinske sporazume sa trećim zemljama.

No, treće zemlje nisu automatski prilagodile svoje sporazume pristupanju Hrvatske EU-u, zbog čega hrvatsko gospodarstvo trpi značajne štete. Nadam se kako ćemo što prije glasovati o prilagodbi preostalih trgovinskih sporazuma EU-a i trećih zemalja, kako bi hrvatski gospodarstvenici mogli ravnopravno sudjelovati na svjetskom tržištu.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Želio bih zahvaliti Europskoj komisiji, Vijeću i Europskom parlamentu na svim uložnim naporima kako bi Protokol uz Sporazum o slobodnoj trgovini između Europske unije i Republike Koreje uzimajući u obzir pristupanje Hrvatske Europskoj uniji što prije stupio na snagu. Privremena primjena Protokola omogućila je hrvatskim gospodarstvenicima da budu konkurentniji na tržištu Republike Koreje te koriste preferencijalne carinske stope.

Kao recentan primjer i potvrdu dobre suradnje mogu navesti Ugovor o prodaji i distribuciji hrvatskog piva na korejsko tržište kojeg je jedna hrvatska pivovara sklopila 10. listopada ove godine.

Uvjeren sam kako je to samo jedan od koraka koji će pomoći Hrvatskoj da ojača svoje gospodarstvo te postane priznata i na tržištima van Europe. Podržavam odluku Europskog parlamenta kojom je primjena postala trajna.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - La votazione sul progetto di decisione del Consiglio relativo alla conclusione a nome dell'Unione europea e dei suoi Stati membri di un protocollo aggiuntivo all'accordo di libero scambio tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Corea, dall'altra, viene fatta per tener conto dell'adesione della Croazia all'Unione europea avvenuta successivamente alla data dell'accordo. L'accordo di libero scambio UE-Corea dove rientra anche la Croazia è stato firmato ed entrato in vigore a titolo provvisorio già il 1 luglio 2013. Dare l'approvazione finale alla decisione del Consiglio è un atto necessario per far sì che si completasse il processo di ratifica e che il mercato interno dell'Unione europea agisca nella sua piena integrità.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je vote en faveur de ce protocole additionnel permettant de prendre en compte l'adhésion de la Croatie au sein de l'accord de libre-échange entre l'Union et la République de Corée parce que l'approbation du Parlement européen est la condition sine qua non à la conclusion d'un tel protocole.

L'accord de libre-échange avec la Corée s'est révélé profitable de manière générale. Il ne saurait donc préexister une entrave si flagrante à cet accord.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de esta recomendación para que la República de Croacia pueda participar plenamente como miembro de la Unión Europea en el Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Corea, firmado en 2009.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. - O Conselho da União Europeia celebrou, em 6 de março de 2014, o Protocolo Adicional do Acordo de Comércio Livre (ACL) assinado em 15 de outubro de 2009 entre a UE e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República da Coreia, por outro, o qual já contemplava a adesão da Croácia à União Europeia, que veio a ocorrer em 1 de julho de 2013.

Desde essa data que o Protocolo Adicional do ACL UE-Coreia do Sul tem sido aplicado a título provisório. A decisão do Conselho vem assim garantir que a Croácia, na sequência da adesão à UE, possa continuar a participar, de pleno direito, no ACL UE-Coreia, que se mantém em vigor.

Nessa medida, e porque se trata de uma componente obrigatória da conclusão do processo de ratificação do Protocolo Adicional, votei a favor da presente recomendação, a qual contribui para a manutenção e preservação da integridade do mercado interno europeu.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Lors de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne (1^{er} juillet 2013), le protocole additionnel de l'accord de libre-échange UE-Corée a été signé le même jour pour tenir compte de cette adhésion et il est appliqué à titre provisoire depuis cette date.

La décision actuelle du Conseil vise à garantir à la Croatie qu'elle puisse continuer à participer pleinement à l'accord UE-Corée.

J'ai donc soutenu ce rapport qui permet d'achever le processus de ratification du protocole additionnel.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - L'ingresso della Croazia nell'Unione europea obbliga a una revisione di tutti gli accordi commerciali in forza per permettere la loro estensione, con benefici e obblighi, alla Croazia. Questo viene generalmente fatto con un protocollo di adesione, come in questo specifico caso della Corea del Sud. Ho votato a favore per sostenere il processo di adesione della Repubblica di Croazia all'UE e favorire l'interscambio commerciale con la Repubblica di Corea.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Questo provvedimento è dovuto al fatto che la Croazia non era ancora parte dell'UE quando venne approvato l'accordo di libero scambio UE-Corea del Sud. Coerentemente con il mio voto contrario dato all'intero testo durante la scorsa legislatura, anche per quanto riguarda questo protocollo confermo la mia contrarietà. L'accordo di libero scambio UE-Corea del Sud, infatti, non convince per vari aspetti, non da ultimo il fatto che le aziende del Paese Asiatico sono molto più dinamiche e si sviluppano in un contesto molto più competitivo del nostro.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado abstención pues, pese a estar en contra del TLC, considero que es coherente que Croacia como Estado miembro de la UE se armonice con el resto de Estados de la UE. No apoyamos el acuerdo de libre comercio UE - Corea aprobado en Julio de 2011. El acuerdo acarrea importantes consecuencias negativas para la economía europea y el empleo, sobre todo en lo relativo a la industria del automóvil y en las potencialidades de industrialización de Europa. Además, el tratado no considera el impacto ambiental que tendría el intercambio de bienes procedentes del otro lado del planeta. Las organizaciones campesinas y sindicales coreanas también manifestaron un fuerte rechazo al tratado. Sin embargo, la Resolución legislativa del Parlamento Europeo, de 22 de octubre de 2014, sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración, en nombre de la Unión Europea y de sus Estados miembros, del Protocolo Adicional del Acuerdo de Libre Comercio entre la Unión Europea y sus Estados miembros, por una parte, y la República de Corea, por otra, para tener en cuenta la adhesión de Croacia a la Unión Europea, aborda simplemente la incorporación de Croacia, como nuevo Estado miembro de la Unión, a dicho acuerdo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No es la primera vez que me posiciono en contra de los acuerdos de libre comercio ya que la desregulación comercial es una forma más que tienen las economías fuertes de introducirse en nuevos mercados a costa del desmantelamiento progresivo de los sistemas productivos más débiles, haciendo crecer así las desigualdades y las asimetrías entre países y poniendo en competición a los trabajadores y a las trabajadoras de las diferentes zonas geográficas y, sometiendo al campesinado de ambos lados a la competencia desleal de la agricultura industrial y de los negocios de la agroexportación.

El hecho de hacer circular una cantidad enorme de mercancías, entre ellas alimentos que comemos cada día y que podríamos encontrar en proximidad, suponen un aumento muy fuerte de la emisión de gases de efecto invernadero, con lo cual se agrava todavía más la crisis climática.

A pesar de que este informe es puramente técnico, al ser un componente del proceso de ratificación del protocolo adicional de adhesión de Croacia a la UE, no he votado a favor del mismo por lo anteriormente expuesto.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I welcome today's vote on the ratification of the Additional Protocol to the EU-Korea FTA taking account of Croatia's accession to the EU.

This vote is a mandatory component in the completion of the ratification process of the Additional Protocol and contributes to safeguarding the integrity of the Union's internal market.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Kao hrvatski zastupnik u Europskom parlamentu, podržavam sklapanje Dodatnog protokola uz postojeći Sporazum o slobodnoj trgovini. Sklapanjem Protokola Hrvatska postaje korisnica povlastica bilateralnog trgovinskog ugovora koji postoji između Južne Koreje i EU-a, a njegova provedba bi trebala pogodovati razvoju tržišta i gospodarskom rastu u objema zemljama.

Sporazumom se članice EU-a i Republika Koreja obvezuju eliminirati 98,7 % carinskih obveza na vrijednost trgovine za industrijske i poljoprivredne proizvode u sljedećih 5 godina. Hrvatska je tijekom 2012., najviše izvozom odašiljača radiotelefonijske, turbomlaznih motora i ostataka od proizvodnje škroba u Koreju, ostvarila dobit od oko 8 milijuna dolara, dok je u 2013. izvozom pretežno istih proizvoda ostvarila dobit od 12 milijuna dolara, što pokazuje povećanje izvoza od 50 %.

S druge strane, iz Koreje je najviše uvezeno osobnih automobila i motornih vozila te električnih uređaja. Smatram da ovaj Protokol otvara mnoge mogućnosti za Hrvatsku s obzirom na veličinu tamošnjeg tržišta. Pozdravljam ovu odluku, jer Ugovor o slobodnoj trgovini povećava promete trgovinskih bilanca između zemalja korisnica te time potiče razvoj obaju gospodarstava. Ovim putem iskoristio bih priliku da pozovem zemlje koje imaju potpisan sporazum o slobodnoj trgovini s EU-om, a nisu ga uskladile ulaskom Hrvatske u EU-u, da to učine.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. - Nakon što je 24. rujna 2012. Vijeće odobrilo Komisiji otvaranje pregovora s Republikom Korejom kako bi se zaključio Dodatni protokol uz Sporazum o slobodnoj trgovini (Free Trade Agreement) između Europske unije i njenih država članica te Republike Koreje, potrebno je uzeti u obzir pristupanje Hrvatske Europskoj uniji („Protokol“).

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Potreban je pristanak Parlamenta kako bi se zaključio Protokol od strane Europske unije. Hrvatska je kao nova članica Unije obvezna provoditi i poštivati sve zakone i ugovore koje članstvo u EU-u nalaže, te će se rado priključiti Sporazumu o slobodnoj trgovini između država članica EU-a i Republike Koreje.

Slobodna trgovina omogućuje veći protok različitih dobara te razvija tržište i otvara nove poslovne prilike. Podržavam ovaj Protokol jer će provedba navedenog ugovora zasigurno koristiti Hrvatskoj, kao i Europskoj uniji. Sve države unutar EU-a imaju jednak status, pa samim time izglasavanje ovog Protokola ima više formalnu prirodu te je ujedno simboličan čin koji pokazuje ravnopravnost svih država članica.

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταπιφίζω το συγκεκριμένο σχέδιο διότι στην περίπτωση που η Κροατία ενταχθεί πλήρως στην εν λόγω συμφωνία με την Κορέα, η διάθεση των προϊόντων της - σε σχέση με τα αντίστοιχα προϊόντα που παράγονται στην Κορέα - θα είναι προβληματική και θα οδηγηθεί σε οικονομική δυσχέρεια.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Le 1^{er} juillet 2013, la République de Croatie a adhéré à l'Union européenne et en est devenue le 28^e État membre. Le même jour, le protocole additionnel à l'ALE UE-Corée a été signé pour tenir compte de cette adhésion et est appliqué à titre provisoire depuis cette date.

La décision actuelle du Conseil vise par conséquent à garantir, conformément à l'acte d'adhésion de la Croatie à l'Union européenne, que cet État membre continuera à participer pleinement à l'ALE UE-Corée, qui demeure en vigueur.

L'approbation par le Parlement européen de cette décision du Conseil est obligatoire pour achever le processus de ratification du protocole additionnel et contribue à préserver l'intégrité du marché intérieur de l'Union.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. - Glasovala sam za Protokol uz Sporazum o slobodnoj trgovini između Europske unije i Republike Koreje kako bi se uzelo u obzir pristupanje Republike Hrvatske Europskoj uniji. Naime, usvajanje protokola nužno je kako bi se navedeni Sporazum o slobodnoj trgovini mogao trajno primijeniti na zajedničko tržište.

S druge strane, kao zastupnica iz Republike Hrvatske, posebno podržavam ovaj Protokol jer njegovom ratifikacijom trajno otvaramo još jedno tržište hrvatskim poduzetnicima i ulagačima. Inicijative su već pokrenute u tom smjeru, kao na primjer skorašnje otvaranje privremenog diplomatskoga ureda u Južnoj Koreji, okrenutog između ostalog gospodarskoj diplomaciji, te zbog toga potpuno podržavam taj novi korak naprijed u jačanju gospodarskih odnosa između Južne Koreje i moje domovine.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. - Any agreement to facilitate business exchange is positive for European companies, and in a context of economic crisis still more, since exports are very important to maintain the growth of the European economy. Moreover, the internal market is one of the best treasures of the European Union. It has brought economic growth, prosperity and better life quality to the countries that are in it, so it is a great pleasure to welcome Croatia in it. That is why I have supported this protocol, because it contributes to safeguarding the integrity of the Union's internal market and facilitates exports in Asia.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - No es la primera vez que me posiciono en contra de los acuerdos de libre comercio ya que la desregulación comercial es una forma más que tienen las economías fuertes de introducirse en nuevos mercados a costa del desmantelamiento progresivo de los sistemas productivos más débiles, haciendo crecer así las desigualdades y las asimetrías entre países y poniendo en competición a los trabajadores de las diferentes zonas geográficas.

A pesar de que este informe es puramente técnico, al ser un componente del proceso de ratificación del protocolo adicional de adhesión de Croacia a la UE, no he votado a favor del mismo por lo anteriormente expuesto.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - Sendo a aprovação pelo Parlamento Europeu uma componente obrigatória da conclusão do processo de ratificação do Protocolo Adicional de adesão da Croácia à União Europeia, não é menos verdade que este momento deve servir para uma reflexão profunda sobre o que tem sido o alargamento da UE ao longo das últimas décadas.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Com efeito, este alargamento não tem contribuído para o desenvolvimento destes países. Com efeito, e apesar das ajudas iniciais, não escondem a debilitação dos aparelhos produtivos, com consequência sociais gravíssimas. Mesmo as infra-estruturas subsidiadas com fundos europeus, estão hoje ao serviço da grande indústria do centro da Europa, provando assim que o alargamento é feito sobretudo em função de uma estratégia de alargamento de mercados do e de captação de mão-de-obra barata.

5.6. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2014 (A8-0019/2014 — Philippe De Backer)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jana Žitňanská (ECR) - Podľa mňa úlohou uznesení Európskeho parlamentu je upozorňovať na porušenia záväzkov, snažiť sa o korekcie nežiaduceho stavu, oceniť, povzbudiť v úspešnom plnení cieľov a záväzkov. Inštitúcie Európskej únie majú jasne určené právomoci a nástroje k napĺňaniu cieľov. Je preto nadbytočné uchýľovať sa k expresívnemu, no v realite málo platnému jazyku. Deje sa to práve v schválenom uznesení k európskemu semestru. Ako inštitúcia tu vyjadrujeme poľutovanie nad tým, že Európe hrozí zaostávanie. My môžeme vyjadriť ľútosť nad tým, keď niekto zomrie, keď sa udeje nejaká prírodná katastrofa, keď sa udejú veci, ktoré nevieme ovplyvniť, ale nie tam, kde sa očakávajú od nás návrhy a konkrétne riešenia. Touto cestou preto vyzývam Parlament, a teda aj vás všetkých kolegovia, aby sme sa do budúcnosti takémuto jazyku vyhli a sústredili našu pozornosť na návrh reálnych riešení, ktoré posunú Európu dopredu.

Csaba Sógor (PPE). - Mr President, I was glad to see that my amendment expressly pointing to the issue of Roma poverty, social marginalisation and discrimination in Europe, was accepted in the final report on the European Semester. This is proof of the fact that here in the European Parliament we are aware of and agree on the need to implement long-term targeted and integrated measures aimed at reducing the social and economic marginalisation of Roma communities.

I believe that these measures should also be included and followed through in the European Semester recommendations for all countries facing challenges in this field. Drawing the Roma into the regular labour market would provide them with social benefits. On the one hand it would alleviate the burden of social welfare systems and on the other hand would lead to increases in tax revenues. In the long term, however, I found that it is imperative that we increase school attendance by Roma children and that we take more targeted measures against early school leaving.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. - I voted against the De Backer report on the European Semester for Economic Policy Coordination. Countries like Ireland which require progressive economic policy have instead been tied to an awful austerity agenda which has resulted in deprivation, poverty, unemployment. Entire rural communities have been left desolate, with no employment opportunities for the young, resulting in mass emigration. The only way to get the economies back up and running is to combine public investment with protection of wages of low and middle income earners. The austerity agenda is having an impact in the North, with proposed welfare cuts on top of the billions that have been deducted from the Block Grant. Families, the working poor, single parents and the disabled that actually suffered most throughout the recession are being subjected to further cuts to their benefits. Tories in London, Dublin and Brussels are all cheerleaders of this approach. The failure of austerity policies and cuts, North and South, are impacting on our most vulnerable in society, and those with the levers of power are ignoring the fact that what is needed is real investment that will reinvigorate our economies in Ireland and across Europe.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. - Ich begrüße diesen Initiativbericht des EU-Parlaments zum Europäischen Semester, da er nicht nur die wichtigsten Bereiche verdeutlicht, die es am dringendsten zu reformieren gilt, sondern auch die Defizite aufzeigt, die bei dessen Umsetzung auftreten.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Beim Europäischen Semester handelt es sich um einen Zyklus, in dessen Verlauf die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen. Zentral sind dabei die länderspezifischen Empfehlungen, die konkrete und auf jeden einzelnen Mitgliedstaat zugeschnittene Orientierungsmaßstäbe für dessen Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik geben. Das Semester soll dazu dienen, solide öffentliche Finanzen zu gewährleisten, Wirtschaftswachstum zu fördern und übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte zu verhindern.

Es ist bisher nicht nur eine fehlende Übereinstimmung zwischen dem europäischen Engagement und der Umsetzung der Empfehlungen durch die Mitgliedstaaten festzustellen, auch die Einbindung der nationalen und regionalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments ist gering. Zwar sollten die Empfehlungen der EU-Kommission den Mitgliedstaaten politischen Raum für die Gestaltung der Maßnahmen und spezifischen Reformen lassen, diese sollten andererseits aber auch Reformen vorschlagen, die glaubwürdig sind.

Das gemeinsame Vorgehen im Rahmen des Semesters ist als Partnerschaft zu verstehen mit einer klaren Aufteilung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Ebenso muss die frühzeitige und weitest mögliche Einbindung der Parlamente gewährleistet werden.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - As a UKIP MEP, this resolution goes against the fundamental principles of what I believe about economic policy, which could and should be the preserve of the Member States.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Certains aspects de la proposition soulignent prioritairement le besoin d'une initiative ambitieuse basée sur un plan d'investissement pour relancer et soutenir la croissance économique et avant toute chose la création d'emplois et je ne peux que m'en réjouir.

Cependant, il reste dans ce rapport des points inacceptables. Tout d'abord, le mystère reste entier quant à la provenance des 300 milliards d'euros promis pour l'investissement. En effet, nous ne savons toujours pas si cet argent proviendra du résultat d'économies faites sur d'autres politiques ou s'il s'agit de ce qu'on appelle du «fresh money».

Ce texte aurait dû insister davantage sur l'importance cruciale de l'investissement public. Surtout lorsque l'on constate la friolantise de l'investissement privé. Car cet investissement public peut permettre, par exemple, la création de zoning industriel, d'autoroutes mais aussi la mise en œuvre d'un plan de développement énergétique dont nous manquons tant. En d'autres termes, c'est lui qui est une des clés principales de la relance économique et du pari en l'avenir.

La protection sociale et la santé des travailleurs restent également un des points délicats de ce rapport. Le droit des travailleurs n'est que très peu abordé, notamment lorsqu'on dit vouloir supprimer les red tapes via REFIT.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Ce rapport portant sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques et les priorités pour 2014 retranscrit parfaitement toute la pensée «européiste» qui domine actuellement l'Union européenne.

Alors même que les peuples subissent une crise économique qui n'en finit plus, ce rapport nous propose rien de moins que de poursuivre la politique d'austérité dont on ne peut que constater les méfaits. Il insiste sur la nécessité des États membres de respecter les exigences budgétaires de Bruxelles sous peine de procédures judiciaires et porte l'euro, monnaie unique, sur l'autel de la prospérité (alors même que la zone euro est plus mal en point que l'Union européenne elle-même!).

Le rapport reconnaît une augmentation de 10 millions de personnes vivant dans la pauvreté entre 2010 et 2012 mais il nous livre «ses» solutions pour relancer la croissance: réforme structurelles dont les systèmes de santé et le recul de l'âge à la retraite, une «politique de l'immigration commune, moderne et inclusive», stimulation de la mobilité des travailleurs et libre-circulation, rétablissement d'un «environnement favorable» pour les entreprises... En somme, une descente aux enfers avec toujours plus de fédéralisme et d'ultralibéralisme, c'est pourquoi j'ai voté contre.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Considerando che quello del semestre europeo è uno degli strumenti attraverso i quali la Commissione ha imposto il commissariamento dell'UE sui bilanci e sulle economie degli Stati membri impedendo la ripresa delle nostre economie, non ho appoggiato la relazione De Backer che tratta delle attuazioni delle priorità di questo strumento per il 2014.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - Europa no puede seguir por el camino de la austeridad. Las políticas de austeridad y devaluación interna no han causado más que un aumento del desempleo, especialmente juvenil, hasta tasas inasumibles, pobreza laboral, precariedad y aumento de la desigualdad.

Europa necesita reactivar un ciclo inversor que incentive la creación de empleo y recupere la demanda interna para evitar caer en una tercera recesión. Es urgente implementar el plan de inversiones anunciado por el presidente de la Comisión con fondos adicionales e instar a los países con margen de maniobra para que pongan en marcha políticas expansivas que tiren del conjunto de la Unión. Y deben supeditarse los objetivos de control del déficit al mantenimiento e incentivación de la cohesión social, sacrificada a lo largo de estos años de austeridad.

Asimismo, debemos ayudar a los Estados miembros a llevar a cabo un mejor aprovechamiento de los fondos europeos, evitando que la vinculación entre estos y los principios de buena gobernanza pueda desencadenar perjuicios para los ciudadanos de los países en dificultades. Junto a la Unión Económica y Monetaria, debemos erigir un pilar social que blinde el modelo social europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Europos Sąjungoje nedarbas vis dar išlieka didelis, ypač jaunimo tarpe. Todėl norėčiau paraginti valstybes nares kuo skubiau įgyvendinti Jaunimo užimtumo iniciatyvą, kuri dabar turėtų būti vienas iš svarbiausių prioritetų visose šalyse, siekiant padėti jauniems žmonėms gauti darbą, ypač pirmąjį savo darbą. Be to, Jaunimo užimtumo iniciatyva turėtų būti laikoma paskata visoms valstybėms narėms naudoti Europos socialinio fondo (ESF) lėšas platesniems projektams, susijusiems su jaunimu, o ypač su skurdu ir socialine įtrauktimi, finansuoti.

Dėl ekonominės ir finansinės krizės, dėl valstybėse narėse taikomų taupymo priemonių, Europoje labai padidėjo ir toliau auga skurdas, ypač vaikų skurdas. Taip pat turime kuo didesnę dėmesį skirti ir moterų skurdui, nes šiuo metu didžiausią mažiausias pajamas gaunančių asmenų dalį sudaro moterys. Taigi, Komisija ir valstybės narės, atsižvelgdamos į pateiktas EP rekomendacijas, savo politinėse programose turėtų užtikrinti, kad visiems žmonėms būtų suteikta reikalinga ir atitinkama socialinė apsauga, prieinamumas prie sveikatos ir socialinių paslaugų, reikėtų didesnio pažeidžiamų grupių įtraukimo į darbo rinką, skurdo darbe mažinimo, lyčių lygybės skatinimo. Be to, būtina skatinti sveikatą ir saugą darbe, stiprinti darbuotojų, dirbančių pagal netipines darbo sutartis, teises ir užtikrinti didesnę savarankiškai dirbančiųjų socialinę apsaugą.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. - Nivelul crescut al datoriilor, rata ridicată a șomajului, în special în rândul tinerilor, precum și o creștere economică în zona euro aproape inexistentă, sunt câteva dintre provocările actuale și totodată prioritățile semestrului european.

Redresarea în domeniul forței de muncă se lovește de obstacole datorită lipsei de competitivitate a unor sectoare, ceea ce contribuie la fragmentarea pieței muncii la nivel comunitar.

Creșterea economică este strâns legată de existența unei piețe a muncii funcționale, bazată pe valorificarea competențelor profesionale, favorabilă incluziunii, care să încurajeze mobilitatea și să garanteze un tratament egal tuturor lucrătorilor.

Criza economică a lovit din plin sectorul IMM-urilor, prin îngreunarea accesului la finanțare. Se impun programe coerente în vederea creșterii competitivității, pentru crearea de noi locuri de muncă, iar în acest sens, semestrul european poate contribui efectiv prin coordonarea politicilor bugetare.

Nivelul deosebit de redus în ce privește punerea în aplicare a recomandărilor specifice fiecărei țări denotă lipsa de încredere în aceste recomandări și confirmă lipsa de coerență între angajamentul comunitar și implementarea propriuzisă a politicilor la nivelul statelor membre.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că asumarea de către guvernele statelor membre a angajamentelor comunitare reprezintă o condiție esențială pentru creștere economică, stabilitate financiară și ocupare.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho espresso voto contrario. Il semestre europeo è un capestro attraverso cui viene di fatto esercitato il commissariamento della UE sui bilanci e le economie degli Stati membri.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. - Fragmentarea pieței muncii reprezintă în prezent una dintre cauzele accesului inegal la locuri de muncă, salarizare diferențiată sau condiții de lucru nefavorabile în UE. Toate acestea se traduc într-o rată mare a șomajului în rândul tinerilor, standarde insuficiente pentru o viață decentă, și polarizarea din ce în ce mai pronunțată dintre munca slab calificată și cea înalt calificată.

Pentru a pune capăt acestei fragmentări este nevoie de reforme structurale care să se concentreze pe politici sustenabile favorabile creșterii și, în final, de a crea locuri de muncă și de a combate sărăcia. Consider că aceste reforme ar trebui să vizeze în special creșterea capacității piețelor muncii de a integra tinerii în forța de muncă, sau care să fie în măsură să ofere oportunități grupurilor vulnerabile de populație. Un alt obiectiv al reformelor structurale ar trebui să fie sustenabilitatea și echitatea pe termen mediu și lung a sistemelor de asigurări sociale, de servicii medicale și de pensii.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le semestre européen est le mécanisme européen de gouvernance économique. Il permet de dresser l'état des lieux des politiques économiques et financière de l'Union européenne et d'établir une feuille de route déterminant les points faibles sur lesquels chaque pays doit progresser. Suite aux conséquences graves engendrées par la crise, il était important d'élaborer un mécanisme d'harmonisation des politiques économiques des États membres afin de ne plus se retrouver dans une situation comme celle que nous avons connue en 2008. J'ai voté en faveur de ce texte qui met en perspective les progrès que chaque État membre doit accomplir afin de sortir définitivement de cette récession économique. Chaque État doit être conscient de son influence économique sur le reste de l'Europe. Nous avons choisi d'intégrer nos marchés pour former le marché unique européen. Si un État faillit, les autres en subiront également les conséquences. Il est donc primordial de coordonner les politiques budgétaires nationales et de mettre en place les réformes structurelles nécessaires au redressement de l'économie européenne.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore di questa relazione perché ritengo fondamentale un maggiore coordinamento delle politiche economiche tra tutti i Paesi membri.

Gli Stati membri devono mantenere gli impegni sulle riforme economiche. Nel 2013 solo il 10% delle raccomandazioni per paese è stato attuato integralmente, mentre per il 45% di tali raccomandazioni sono stati registrati progressi scarsi o nulli.

La Commissione dovrebbe, a mio avviso, presentare relazioni trimestrali al Parlamento sui progressi compiuti nell'attuazione delle raccomandazioni specifiche per paese. Ma anche gli Stati membri devono fare la loro parte ed in particolare quelli che non hanno rispettato tali raccomandazioni dovrebbero illustrare le ragioni del mancato rispetto delle stesse.

Per quanto riguarda il contenuto delle raccomandazioni, è indispensabile che venga creato un mercato del lavoro comune dell'UE e una politica comune dell'immigrazione. La semplificazione dei sistemi fiscali e l'adozione di misure urgenti per combattere la frode e l'evasione fiscale rappresentano altri importanti obiettivi comuni. Esorto infine gli Stati membri a investire in ricerca e innovazione, come concordato nella strategia «Europa 2020».

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - La coordinazione delle politiche economiche non deve essere unicamente volta a far quadrare numeri su di un bilancio statale. Quei numeri rappresentano persone, imprese e realtà sociali che vengono gravemente intaccate da una politica suicida per la quale contano solo le apparenze statistiche e il rispetto di norme troppo rigorose e non corrispondenti ai veri bisogni della popolazione europea. Gli investimenti vanno fatti nell'economia reale, le logiche speculative che dominano l'economia puramente finanziaria basano il proprio profitto su algoritmi, mentre dovrebbero essere basate sull'ampliamento dei posti di lavoro, sulla crescita di imprese che costituiscono il tessuto sociale. Questa molteplicità di soggetti dovrebbe prosperare con gli aiuti economici dell'Unione, purtroppo non è così e la crisi dura già da troppo tempo, se si continua sulla strada del rigore resteranno solo macerie in Europa.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della Proposta di Risoluzione sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche in merito all'attuazione delle priorità per il 2014.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

In particolare, condivido il focus posto sulla centralità degli investimenti per creare posti di lavoro, generare reddito per le famiglie e stimolare la crescita, sostenendo in tal modo la ripresa economica. L'invito per la nuova Commissione europea è quello di accrescere gli investimenti europei di 300 miliardi di euro, com'è stato tra l'altro annunciato da Jean-Claude Juncker nei suoi orientamenti politici.

Un altro focus importante è quello posto sulla lotta alla disoccupazione giovanile, anche attraverso lo scambio di informazioni utili fra gli Stati membri.

Infine, condivido le preoccupazioni espresse per i rischi per la crescita e la sostenibilità delle PMI e le richieste avanzate affinché venga ripristinata la capacità del sistema economico di concedere prestiti e venga facilitato l'accesso a programmi come COSME e Orizzonte 2020 da parte delle PMI.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - O Semestre Europeu é hoje uma ferramenta essencial na coordenação das políticas económicas e orçamentais dos Estados-Membros. Não obstante os sinais animadores dos últimos dois anos, num contexto de desemprego global, em especial o desemprego jovem, persistentes níveis elevados de dívida pública, baixo crescimento nominal do PIB, crise bancária e fragmentação do mercado de trabalho, esta coordenação torna-se vital para apoiar a recuperação económica da UE, de modo a proporcionar mais crescimento e emprego.

Considero importante e necessário adotar uma iniciativa ambiciosa para estimular o investimento em toda a UE e relançar a economia, reforçando o investimento europeu em 300 mil milhões de euros como proposto pelo Presidente Juncker. Considero que é de igual modo prioritário centrar os esforços no reforço da competitividade, no apoio à criação de emprego, na luta contra o desemprego e num acompanhamento das reformas de melhoria do financiamento da economia e dos mercados de trabalho, metas que o Conselho Europeu já tinha traçado em março.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato favorevolmente alla risoluzione del collega De Backer perché il semestre europeo svolge un ruolo essenziale nel coordinamento delle politiche europee, quindi tra politiche macroeconomiche e di bilancio degli Stati membri, necessarie per realizzare una corretta ed efficiente Unione economica e monetaria (UEM). Nel dibattere sulle priorità, dobbiamo tener presente quello che è necessario per migliorare la vita di tutti i cittadini europei. Le sfide che ci attendono sono tante ma dobbiamo individuare degli obiettivi ben precisi: prima di tutto risolvere il problema della disoccupazione, soprattutto giovanile che ha raggiunto un tasso estremamente allarmante; promuovere la competitività e la crescita aumentando gli investimenti avviando quanto prima il piano da 300 miliardi di euro annunciato da Juncker; valorizzare al massimo le potenzialità contenute nella Strategia 2020 e migliorare un coordinamento fiscale migliore e più forte per garantire condizioni di parità ed evitare la concorrenza sleale e distorsioni nocive all'interno del mercato unico.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - I voted in favour of this report as it highlights the priorities where actions are needed and ties these priorities for action by the Council and Commission to the European Semester.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Voto contro la relazione sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche. Il semestre europeo rappresenta un ciclo di coordinamento delle politiche economiche e fiscali dell'UE. L'obiettivo di questo coordinamento sarebbe quello di garantire finanze pubbliche sane, promuovere la crescita economica e prevenire gli squilibri macroeconomici eccessivi. Il M5S ha cercato di inserire le proprie priorità attraverso una serie di emendamenti, che sono stati respinti. Il testo uscito dalla commissione ECON non è stato per noi sostenibile, soprattutto per quanto riguarda la parte strettamente economica. Noi siamo contrari alle politiche economiche e fiscali fino ad ora attuate, e questo testo non ne prende affatto le distanze.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - En este informe se analiza la implementación del Semestre Europeo en el último semestre y se hacen recomendaciones para el próximo, que se iniciará una vez la Comisión Europea publique en noviembre el Análisis Anual de Crecimiento. El informe está plagado de retórica de crecimiento socialmente equilibrado y sostenible, de llamadas a la creación de empleo y a la lucha contra el desempleo juvenil para hacer creer que estamos en la senda del nuevo ciclo. Pero la realidad es que el Semestre Europeo confirma las políticas austericidas que han destrozado millones de puesto de trabajo y da carta blanca para continuar por el mismo camino. Por ello, obviamente, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. - Sul voto favorevole ha inciso la cancellazione della seconda parte del paragrafo 23, che ribadiva esplicitamente il collegamento delle risorse derivanti dai fondi strutturali, al rispetto delle regole della governance economica. L'equilibrio politico uscito dalle elezioni di maggio può essere l'inizio di una svolta, dando voce più autorevole a quanti continuano a chiedere una nuova politica di investimenti e una maggiore flessibilità nel Patto di stabilità, per consentire una maggiore crescita finalizzata alla creazione di occupazione di qualità. Tuttavia, è bene ribadirlo, la battaglia contro uno strumento penalizzante come la condizionalità macroeconomica, non deve perdere di vigore. Si tratta di un meccanismo iniquo, sia perché penalizza i cittadini - beneficiari finali delle politiche di coesione - sia perché crea uno squilibrio tra le regioni depresse dei paesi dell'area Euro (come il mezzogiorno d'Italia) e quelle dei paesi non-Euro. Uno squilibrio che, negli ultimi anni, ha indotto un preoccupante rallentamento nei valori macroeconomici delle prime. L'Europa che vogliamo è quella che contribuisce a chiudere la forbice degli squilibri e contribuisce a una coesione che spinga verso l'alto i valori macroeconomici di tutte le sue regioni. Per questo abbiamo ribadito la nostra opposizione a un vincolo che, invece, spinge nel senso opposto.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A gazdasági és pénzügyi válság egyértelművé tette számunkra, hogy sérülékenyek vagyunk. A gazdasági egyenlőtlenség mértéke az államok között növekszik. Ezért is kell sürgetni egy olyan integrált gazdaságpolitika kialakítását, amely az Európai Unió tagországainak gazdaságát fellendíti. Egyik ilyen eszköz a kiterjedt és integrált piac, melynek kulcsfontosságú ágazatai a pénzügyi szolgáltatások, a közlekedés, az energia és a digitális piac. Az európai szemeszter alapvető szerepet játszik a tagállamok gazdasági és költségvetési politikáinak koordinálásában.

A növekedéshez elengedhetetlen a munkahelyek megtartása és újak kialakítása. Bár a munkanélküliségi ráta csökkentek, a foglalkoztatás javul Európában, még mindig kritikusan magas a munkanélküliség a fiatalok körében. A fiatal munkavállalókat sújtó megkülönböztetések felszámolása érdekében további lépések szükségesek. Továbbá, az Európai Uniónak biztosítania kell állampolgárait, hogy fontos számára az egyenlő bánásmód minden területen. Azért is támogattam az előterjesztést, mert felhívja az Európai Unió Alapjogi Ügynökségének figyelmét, hogy értékelje az intézkedések alapvető jogokra kifejtett hatását.

Olyan átfogó, harmonikus fejlődést kell elősegítenünk, amely a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítését eredményezi. Ezért kiemelt figyelmet kell szentelni a vidéki térségeknek, az ipari átalakulás által érintett térségeknek és a természeti vagy demográfiai hátrányban lévő régióknak. Számos határon átnyúló régió is további fejlesztésre vár az uniós szintű felemelkedés érdekében.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - With my plenary vote I supported the outcome of the ECON Committee. This report requires a new investment policy, together with more flexibility in the Stability and Growth Pact in order to allow greater focus on growth and quality employment creation in Europe.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le rapport sur le semestre européen, cycle de coordination des politiques économiques et budgétaires au sein de l'Union européenne, soulève de nombreuses questions très intéressantes dans un esprit constructif. Il regrette notamment le manque d'efforts de certains pays de la zone euro pour se réformer. Si la France n'est pas nommée, nous savons pourtant qu'elle est visée. Je déplore qu'en raison de l'incapacité du gouvernement actuel à mener des réformes ambitieuses, notre pays soit, une nouvelle fois, à la traîne. Néanmoins, le rapport propose des solutions équilibrées: poursuivre les réformes structurelles tout en investissant dans la recherche et le développement pour des produits de meilleures qualités. Il s'y trouve des propositions allant dans le bon sens, d'où ma position favorable à l'égard de ce rapport.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. - El actual contexto económico europeo necesita de una mayor coordinación en políticas macroeconómicas y presupuestarias. Es necesario impulsar medidas para conseguir una auténtica unión económica y monetaria, y luchar contra el desempleo, especialmente el juvenil y de larga duración. Se ha de reforzar también el mercado interior, en concreto, la libre circulación de servicios; conseguir que esta sea real y plenamente operativa supondría un estímulo para la economía. Si bien se han mostrado signos de recuperación, se necesitan más estímulos para conseguir una estabilización a medio plazo. En este sentido, se ha de subrayar el importante papel que desempeña el presupuesto de la UE en relación con el estímulo de un crecimiento sostenible, el impulso de la creación de puestos de trabajo y la reducción de los desequilibrios macroeconómicos en la UE. Se han de impulsar la Garantía Juvenil y la Iniciativa sobre Empleo Juvenil de la UE como medios útiles para combatir la elevada tasa de desempleo juvenil. Una política presupuestaria sólida, una libre circulación de servicios real que proteja al consumidor y beneficie a las pymes, y la implementación de programas de lucha contra el desempleo son estímulos clave para avanzar hacia una política económica y monetaria más fuerte.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Neste mundo global, a UE tem de ser competitiva, defender os seus valores e o estado social, assegurando as condições necessárias para que todos os recursos sejam capazes de promover um crescimento sustentável, a criação de emprego e a coesão territorial. O ambiente económico na Europa caracteriza-se ainda por um PIB inerte (aumentou 0,2 % na UE28 no segundo trimestre de 2014), inflação notoriamente baixa (redução de 0,3 % em agosto de 2014) e taxa de desemprego ainda excessivamente elevada (11,5 % na zona do euro e 10,2 % na UE28 em julho de 2014). A recuperação económica na UE mostrou sinais animadores nos dois últimos anos, mas ainda a um nível frágil e desigual, pelo que se impõe, urgentemente, uma iniciativa ambiciosa para estimular o investimento em toda a UE, a fim de relançar e de apoiar a dinamização económica. São os casos da esperada conclusão da União Bancária e reformas urgentes para todos os Estados-Membros, onde as dificuldades para a criação de empresas constituem um entrave, assim como avançar com um programa de investimento europeu num montante de 300 mil milhões de euros, tal como proposto por Jean-Claude Juncker, a fim de contribuir para a recuperação a curto prazo do crescimento europeu.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. - No es tiempo de lamentar el tiempo perdido bajo el paradigma ideológico de la austeridad a ultranza, pero sí de afrontar el futuro de otra manera. Las enmiendas de nuestro Grupo a este informe permiten avanzar en otro discurso para Europa.

La nueva Comisión Europea debe implicarse en la europeización de la política económica en la zona del euro, y para que Europa tenga mayor capacidad para implementar las recomendaciones específicas por países y encauce las tensiones entre Francia, Italia y Alemania. Tan preocupante es que un país no cumpla las reglas que nos hemos dado como que tenga un superávit por cuenta corriente superior al 7 % o al 8 % del PIB y la Comisión Europea no haga nada. Necesitamos que los países con margen de maniobra hagan políticas expansivas.

Nos felicitamos también por la eliminación del requisito de la macrocondicionalidad para los Fondos Estructurales y de Cohesión que penalizaba doblemente a muchas regiones en Europa.

Este Semestre Europeo debe ser el paso de la visión del «patrón euro» que hemos sufrido en los últimos años a una auténtica Unión económica y creemos que la nueva Comisión tiene que liderarlo con un compromiso nítido.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Este relatório comenta a implementação do Semestre Europeu no último semestre e faz recomendações para o próximo, que terá início com a publicação da Análise Anual do Crescimento pela Comissão, no final de novembro.

Perpassa pelo relatório a estafada retórica do crescimento socialmente equilibrado e sustentável, o apelo à criação de emprego e ao combate ao desemprego jovem, enfim, tudo aquilo com que se pretende fazer crer que estamos a iniciar um *novo ciclo*.

Assinale-se o entusiasmo com a promessa de aumentar o investimento em 300 mil milhões de euros – a solução para todos os males!

A verdade é que o Semestre Europeu se confirma como um atentado aos interesses e aspirações dos trabalhadores e dos povos, um processo antidemocrático, atentatório dos direitos de soberania.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Mais políticas recessivas que destroem todos os dias milhares de postos de trabalho é o significado deste processo. No papel ficam os votos pios: desenvolvimento das PME, com o objetivo de promover um crescimento económico sustentável, inteligente e inclusivo e o emprego de qualidade; combate ao desemprego jovem; e por aí adiante..

Este relatório defende não apenas a manutenção deste inaceitável processo, mas o aprofundamento das suas características fundamentais. Obviamente votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* - Táto správa predstavuje vstup do druhej fázy plnenia a realizácie priorít pre európsky semester pre koordináciu hospodárskych politík v roku 2014. Pôvodná správa bola absolútne neprijateľná. Napriek tomu, že sa podarilo uskutočniť a zahrnúť mnoho pozitívnych zmien, správa aj naďalej odkazuje na makroekonomickú podmienenosť zavedenú v rámci európskych štrukturálnych fondov. Medzi významné úspechy patrí výzva na rýchle zavedenie nového investičného plánu vo výške 300 miliárd, umožnenie určitej miery flexibility členským štátom, pokiaľ ide o pravidlá Paktu stability a rastu, a potreba navýšenia verejných investícií.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo la mia più convinta contrarietà al testo. Il commissariamento dell'UE sui bilanci e le economie degli Stati membri passa anche da questo tipo di politiche.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω το ευρωπαϊκό εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: υλοποίηση των προτεραιοτήτων για το 2014, διότι απαιτεί την συμμόρφωση των κρατών-μελών σε ακόμα περισσότερα μέτρα, απαιτεί κεντρική ισχυροποιημένη διακυβέρνηση για τα οικονομικά και άρα αποδυνάμωση των εθνικών κυβερνήσεων και της Εθνικής ανεξαρτησίας, απαιτεί την πλήρη ενοποίηση της ευρωπαϊκής αγοράς εργασίας - πράγμα που θα είναι καταστροφικό για χώρες όπως η Ελλάδα - προβλέπει δυσανάλογα πολλά προνόμια για την κοινότητα των Ρομά σε σχέση με τους υπολοίπους και, συνολικά, είναι αντίθετο με τα συμφέροντα της χώρας μου και του Λαού της.

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D), *in writing*. - I believe that, after years spent following a model of austerity that has proven unsuccessful, leaving us in an unacceptable economic and social situation (higher percentage of unemployment, extremely low inflation rate) we have successfully pushed for the change that Europe is waiting for.

Parliament's report calls for a strong social pillar to be the priority of the European Semester. Parliament calls for more investment in research and development and recalls that investments should come mainly from the public sector. It highlights the importance of socially sustainable structural reforms, enhances the fight against social exclusion, against gender inequality in the labour market and the difficulties SMEs experience in accessing finance. Moreover, it enacts the use of automatic stabilisers as a way of fighting against macroeconomic unbalances and removes the concept of macroeconomic conditionality, a rule that would punish underdeveloped regions which, on the contrary, need more support from the EU financing system.

It is in my hope that with the support of Mr Juncker's EUR 300 billion investment plan, we can finally recover from this crisis and put an end to social suffering that threatens the cooperation and solidarity of the European Union.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *in writing*. - In my view, a way to improve the efficiency of the European Semester is to make sure that reasons and causes for unsatisfactory implementation of CSRs are properly analysed and eliminated. Another is to radically strengthen national ownership of the CSRs in individual Member States to mobilise sufficient political support in favour of reforms. I also believe that more involvement by national parliaments could help. I support this INI report because I share the Rapporteur's position that the EP should support the European Commission in its efforts to fully use the framework of the European Semester to improve economic governance in Europe

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. - He votado a favor de este informe por representar un paso importante ante las muestras de ralentización de las economías de la UE, que de persistir pueden llevarnos a una nueva recesión. Debemos profundizar en el proceso de integración europeo y apoyar políticas para la mejora de la competitividad y la creación de puestos de trabajo, haciendo hincapié en los más jóvenes.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

La UE debe invertir en I+D+i, en infraestructuras modernas, energías sostenibles, en educación e inclusión social y facilitar el acceso de las pymes a la financiación. Por lo tanto, la inversión comprometida por el Presidente electo de la Comisión de 300 000 millones de euros es una medida apropiada y encaminada al crecimiento de la economía europea.

Los Estados deben proseguir con las reformas estructurales con el objetivo de la mejora del empleo y del crecimiento económico. Es necesario continuar con una estrategia equilibrada a largo plazo para un saneamiento presupuestario favorable al crecimiento y la inversión, buscando siempre la sostenibilidad y la equidad de los sistemas de seguridad social. La preocupación por las obligaciones en materia social, la lucha contra el incremento de la pobreza y la exclusión social deben ser los ejes de la política económica de la UE.

Neena Gill (S&D), *in writing*. - Despite my earlier misgivings, I did give my support to the De Backer report on the implementation of 2014 priorities for the European Semester. I am pleased that the rapporteur included a number of crucial elements that are important to my Group: urging the rapid implementation of Mr Juncker's EUR 300 billion investment plan, underscoring that it is imperative to raise public investment, and highlighting the importance of rooting out poverty, precarious employment and youth unemployment. Moreover, being convinced that it is in no way helpful for Member States that are suffering because of certain budgetary rules to lose structural support, a crucial element in winning my support for the report was the scrapping of an unnecessary reference to the macroeconomic conditionality introduced in the EU Structural Funds. I staunchly believe that Member States should be allowed a certain degree of flexibility in dealing with the rules of the Stability and Growth Pact. We will not come out of the crisis, create growth and create jobs for millions of unemployed young people by implementing a pure austerity agenda.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution.

Ce texte rappelle aux États membres qu'il faut mettre en œuvre les réformes structurelles nécessaires: elles demandent du courage mais elles sont indispensables!

J'estime en effet que la stimulation de la croissance passe par la modernisation, d'une part, de nos systèmes de sécurité sociale et de nos soins de santé sans entraver l'accès des patients à l'innovation médicale et, d'autre part, de nos systèmes de retraite en prenant en compte le vieillissement de la population. Il faut éviter d'imposer un fardeau trop lourd aux générations futures. Il y a urgence!

La Commission européenne devra présenter des rapports trimestriels au Parlement sur les progrès dans le suivi des recommandations par pays; et le Président de l'Eurogroupe devra inclure un rapport de suivi dans son évaluation des plans de budgets nationaux pour 2015. Il est temps que certains États membres se mettent enfin au travail!

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — La réorientation des politiques européennes en matière économique et budgétaire devait se traduire dans les recommandations faites dans le cadre du semestre européen. Le texte final de ce rapport que je soutiens intègre des propositions importantes des socialistes et démocrates pour réorienter les politiques économiques et budgétaires de l'Union. Le projet de sanctions automatiques est finalement exclu et les flexibilités du pacte de croissance et de stabilité sont mises en avant. Par ailleurs, nous avons obtenu que le rapport insiste sur le plan d'investissement de 300 milliards d'euros nécessaire à la relance de l'investissement public et privé en Europe, la lutte contre le chômage et en particulier le chômage des jeunes et enfin la nécessité de créer un régime commun d'assurance chômage au niveau de la zone euro.

Si je regrette la non-intégration des questions de transition énergétique pourtant importante pour renouer avec une croissance durable, ce texte représente une base sur laquelle le Parlement européen pourra s'appuyer pour soutenir la réorientation des politiques économiques et budgétaires.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. - I voted in favour of implementation of the 2014 priorities of the European Semester because this is a helpful tool for the EU to provide input into national economic decision-making. I especially see as a good sign the reduction of the tax wedge on labour and improving business and innovation environment. As many of these recommendations are never implemented by Member States, I strongly support the explanation of reasons for non-compliance. Finally, we have to be clear that injection of EU funding will not help Member States to exit the crisis – recovery can only be reached if we move towards future-orientated policies.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Eduard-Raul Hellvig (PPE), *în scris*. - Susțin proiectul de rezoluție care cere noii Comisii Europene să lanseze, în regim de urgență, un program european de investiții pentru redresarea creșterii economice în UE pe termen scurt. Este un suport esențial al Parlamentului pentru propunerea președintelui Juncker de alocare a 300 de miliarde de euro în vederea stimulării redresării economice, încă fragile în multe din statele membre. Comisia Europeană trebuie să acorde prioritate investițiilor publice în infrastructură, cercetare-inovare și capitalul uman, așa cum s-a angajat în cursul procedurii de audiere în forul european.

Doresc să atrag atenția, în acest sens, asupra necesității unor măsuri menite să faciliteze accesul la finanțare al întreprinderilor mici și mijlocii, ca element fundamental al economiei europene. Implementarea deplină a Programului pentru competitivitatea întreprinderilor și a întreprinderilor mici și mijlocii (COSME 2014-2020) trebuie însoțită de măsuri pentru diminuarea costurilor și simplificarea procedurilor ce afectează capacitatea IMM-urilor de a accesa fonduri.

De asemenea, se impune depășirea actualei fragmentări a reglementărilor naționale privind serviciile digitale, astfel încât piața digitală unică să devină un factor semnificativ de creștere economică. În acest sens, pledez pentru mai bună coordonare împotriva eludării sarcinilor fiscale, în special din partea societăților multinaționale, pentru a consolida condițiile unei concurențe echitabile.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasovao sam za ovaj prijedlog rezolucije zato što sam na taj način doprinio pozivu Europskoj komisiji da što prije započne s europskim programom ulaganja od 300 milijardi eura, jer je oporavak od financijske krize još uvijek labilan i neujednačen. Upravo zato, važno je inzistirati na održivom i pametnom funkcioniranju ekonomske i monetarne unije, te ojačati koordinaciju makroekonomskih i proračunskih politika, uz politiku za euro područje, koju vodi Europska komisija. Ovim sam putem također podržao smanjenje nezaposlenosti i osnaživanje konkurentnosti država članica koje se suočavaju s nelagodnom situacijom europskih BDP-a. Vrijedi također naglasiti potrebu da preporuke Europskog semestra postanu u većoj mjeri obvezujuće, te usklađene sa smjernicama zadane od strane strategije Europa 2020.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. - Szanowni Państwo! Głosowałam za sprawozdaniem na temat europejskiego semestru na rzecz koordynacji polityki gospodarczej: realizacja priorytetów na rok 2014, ponieważ uważam, że Parlament powinien ze swojej strony wezwać państwa członkowskie do bardziej sumiennego wdrażania europejskich zaleceń. Jedynie 10-15% zaleceń unijnych dotyczących narodowych polityk gospodarczych i budżetowych w ramach tzw. semestru europejskiego zostało wdrożonych w całości w 2013 r. Wierzę, że koordynacja gospodarczych polityk narodowych pobudza wzrost gospodarczy i zapewnia stabilność finansów publicznych. Parlament w swoim sprawozdaniu poddał krytyce skuteczność wdrażania zaleceń w ramach semestru europejskiego i zaproponował własne rozwiązania. W sprawozdaniu wzywamy m.in. do tego, aby państwa członkowskie wyjaśniały przyczyny niedopełnienia zobowiązań. Naruszenia unijnych zasad fiskalnych przez niektóre państwa członkowskie podważają wiarygodność unii gospodarczej i walutowej i stanowią zagrożenie dla unii walutowej.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Il est important que les recommandations de politique économique et budgétaire soient mieux mises en œuvre. Nous devons rester vigilant au vue de la récente crise du marché et ne pas hésiter à mener les réformes nécessaires.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je me félicite de l'adoption de ce rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques en 2014. Il est important que la Commission saisisse l'occasion offerte par l'examen à mi-parcours de la stratégie Europe 2020 et la révision des lignes directrices intégrées pour renforcer le rôle du marché unique pour la croissance, l'innovation et l'emploi. La compétitivité de l'Union doit être consolidée dans des domaines essentiels comme le secteur des services, le secteur de l'énergie, le secteur des transports et le marché unique numérique. Des efforts plus déterminés sont nécessaires en vue de guider et de coordonner les politiques nationales et à l'échelon de l'Union, de façon à achever le marché unique et en récolter les bénéfices, tout en continuant sur la voie des réformes structurelles ambitieuses dans les États membres. Le financement de l'économie réelle, et en particulier des PME, doit être une priorité et des investissements, ciblés et stratégiques, s'avèrent essentiels à ce titre, qu'ils soient publics ou privés. Je me félicite, par conséquent, du programme d'investissement de 300 milliards d'euros proposé par le président de la Commission européenne, Jean-Claude Juncker, et qui devrait être présenté d'ici la fin de l'année 2014.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Eva Kaili (S&D), γραπτώς. - Είναι σημαντικό ότι η Ένωση συνειδητοποίησε πως πρέπει να υπάρξει εναρμόνιση των δημοσιονομικών πολιτικών των κρατών μελών, αν και καθυστερημένα, καθώς η κρίση βρήκε την Ευρώπη να στερείται σημαντικών εργαλείων διαχείρισης οικονομικών κινδύνων και οικονομικού συντονισμού. Χαιρετίζουμε, ασφαλώς, την όποια προσπάθεια γίνεται.

Ωστόσο, τα αποτελέσματα της εφαρμογής του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου είναι, μέχρι στιγμής, απογοητευτικά. Αυτό το βλέπουμε στη πράξη, καθώς σε χώρες που υποχρεούνται να κάνουν προσαρμογές η ανεργία αυξάνεται, αυτή των νέων αυξάνεται ακόμη πιο γρήγορα, οι κοινωνικές ανισότητες διευρύνονται, και η φτώχεια επιδεινώνεται. Μένουμε στις δηλώσεις του επιτρόπου Μοσκοβισί και φιλοδοξούμε ότι από την επόμενη κιόλας χρονιά το κείμενο του Ευρωπαϊκού εξαμήνου θα βελτιωθεί και ως περιεχόμενο και ως προς την εφαρμογή.

Επιπλέον, πρέπει να επισημάνουμε ότι αυτός ο «αέρας της αλλαγής» προς μια πιο ορθολογική οικονομική διακυβέρνηση εξαιρεί την Ελλάδα και τη Κύπρο που είναι ακόμη δέσμιες στο αναχρονιστικό μείγμα πολιτικής του Μνημονίου, του οποίου οι συνέπειες στον κοινωνικό τομέα είναι ακόμα χειρότερες από τις συνέπειες της κακής εφαρμογής του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου, όπου αυτό εφαρμόζεται. Η Ένωση πρέπει να λάβει σημαντικές και γενναίες αποφάσεις γιατί αν ο ευρωπαϊκός βορράς μπορεί να αντέξει τον αργό οικονομικό θάνατο, ο ευρωπαϊκός νότος δεν μπορεί να αντέξει άλλο την «επιβεβλημένη» γρήγορη και οδυνηρή οικονομική εξόντωση.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - Following the European elections in May of this year, the political balance has changed in the EU. This will also change the nature of the economic and social debate. As this report shows, our Group will require a new investment policy together with more flexibility, including in the Stability and Growth Pact, in order to allow greater focus on the creation of growth and quality employment in Europe.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. - Legislativní dokument zkráceně nazývaný evropský semestr se objevil v rámci výboru ENVI poprvé. Jako stínová zpravodajka jsem měla zásadní výhrady jak vůči této iniciativě Komise jako takové, tak vůči stanovisku v ENVI. Vzhledem k tomu, že jsem hluboce nesouhlasila se směrem, kterým se tento dokument ubírá, mnou předložené pozměňovací návrhy se soustředily na jeho obrácení. A to zejména na posílení zajištění rovného přístupu občanů EU ke zdravotní péči v období celoevropských rozpočtových škrtů, k posílení sociální soudržnosti, sociální spravedlnosti, řešení sociálního vyloučení a mezigenerační solidaritě, protože se jedná o oblasti, které navrhovaná legislativa žalostně postrádá. Dále jsem v rámci své pozice zdůrazňovala nutnost využití plného potenciálu tzv. zelené ekonomiky a potřebu vytvoření zelených pracovních míst a to vzhledem k tomu, že se domnívám, že EU mrlhá nabízeným potenciálem, jenž důraz na zelenou ekonomiku přináší. Některé mé pozměňovací návrhy byly součástí kompromisů zpravodaje ENVI, avšak jejich podstata byla dle mého názoru absolutně vykradena a předložený text již postrádal ducha původní myšlenky. Z toho důvodu jsem se tohoto kompromisu nemohla účastnit. Finální podoba evropského semestru a zprávy o něm byla z hlediska mého pohledu na věc ještě horší, proto jsem se rozhodla, že tento dokument nepodpořím a budu hlasovat proti.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la risoluzione dell'on. Philippe De Backer sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche poiché credo che i Paesi dell'UE debbano impegnarsi maggiormente al fine di rilanciare l'economia europea. In un momento di crisi, come quello attuale, la parola chiave non può essere la sola austerità. Il rispetto delle regole deve certamente essere garantito, ma ritengo necessario un certo grado di flessibilità nell'attuazione delle raccomandazioni specifiche di riforma per quegli Stati che vogliono investire e rilanciare la propria economia, a condizione che siano state avviate riforme strutturali credibili.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. - Šiandien balsavome ne tik dėl Europos ekonominės politikos koordinavimo semestro, bet ir pritarėme Jeano-Claude'o Junckerio vadovaujamos Europos Komisijos sudėčiai bei politinei programai. Vienas iš aspektų – išsipareigojimas padidinti ES investicijas 300 mlrd. eurų, taip

Mittwoch, 22. Oktober 2014

prisidedant prie greitesnio Europos ekonomikos atsigavimo – itin gera žinia iš naujosios Komisijos. Kita vertus, valstybių narių ekonomikos auga itin neproporcingai, išlieka didelis nedarbas, ypač jaunimo. Europos semestras reiškia valstybių narių ekonominio solidarumo įsipareigojimus, tad visoms narėms tenka atsakomybė, proporcinga valstybių narių atitinkamiems indėliams į bendrus ES ekonominius rezultatus. Manau, kad siekiant ekonominės politikos didesnio koordinavimo, reikia sudaryti palankias sąlygas ekonomikai augti valstybėse narėse, keistis gerąja praktika jaunimo nedarbo mažinimo srityje, nes vienoms valstybėms narėms tai pavyko geriau nei kitoms, didinti investicijas į inovacijas ir mokslinius tyrimus, ypač ilgalaikes.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. - Równowaga polityczna w Unii Europejskiej zmieniła się po majowych wyborach do Parlamentu Europejskiego. Ta nowa równowaga musi spowodować zmianę w charakterze debaty gospodarczej i społecznej. Jak pokazuje to sprawozdanie, Grupa Postępowego Sojuszu Socjalistów i Demokratów w Parlamencie Europejskim będzie promować nową politykę inwestycyjną wraz z większą elastycznością w Pakcie Stabilności i Wzrostu, aby zwiększyć nacisk na tworzenie wysokiej jakości miejsc pracy w Europie.

Javi López (S&D), *por escrito*. - En líneas generales, la propuesta de resolución del ponente De Backer está excesivamente centrada en la necesidad de mantener las políticas económicas de los últimos años que nos han llevado a una situación sin precedentes en Europa en términos de desigualdad, pobreza, exclusión, desempleo -especialmente entre los jóvenes-, y que llevan camino de dejarnos al borde de una tercera recesión consecutiva. No obstante, las aportaciones socialistas han permitido destacar aspectos importantes de nuestro diagnóstico en relación al Semestre Europeo, especialmente sobre el imprescindible cambio de rumbo que las autoridades comunitarias deben realizar para impulsar definitivamente el crecimiento económico y la creación de empleo y recuperar urgentemente el bienestar de los europeos: Estimular la demanda y la inversión en los países con capacidad como condición previa para continuar con la austeridad; usar la flexibilidad en los procesos de consolidación fiscal; impulsar los estabilizadores automáticos; garantizar la integración de los indicadores y objetivos sociales en las Recomendaciones del Semestre Europeo. Finalmente, a pesar de nuestro voto en contra sobre la redacción que destacaba la condicionalidad macroeconómica para el acceso a los fondos estructurales y de cohesión, ponderando los aspectos positivos, hemos decidido votar a favor del conjunto de la misma.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - En este informe se analiza la implementación del Semestre Europeo en el último semestre y se hacen recomendaciones para el próximo, que se iniciará una vez la Comisión Europea publique en noviembre el Análisis Anual de Crecimiento.

El informe está plagado de retórica de crecimiento socialmente equilibrado y sostenible, de llamadas a la creación de empleo y a la lucha del desempleo juvenil para hacer creer que estamos en la senda del nuevo ciclo. Pero la realidad es que el Semestre Europeo confirma las políticas austericidas que han destrozado millones de puesto de trabajo y da carta blanca para continuar por el mismo camino. Por ello, obviamente, he votado en contra.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. - W kontekście głosowania nad sprawozdaniem w sprawie europejskiego semestru na rzecz koordynacji polityki gospodarczej – realizacja priorytetów na rok 2014 zwracam uwagę na dwie kwestie.

Po pierwsze, na rolę innowacji, badań i edukacji. Szczególnie istotne są zalecenia dla państw członkowskich dotyczące zwiększenia inwestycji na badania, rozwój, innowacje i edukację, które są niezbędne dla podniesienia konkurencyjności gospodarek państw członkowskich i całej Unii. W tym kontekście bardzo popieram plan inwestycyjny przewodniczącego Junckera, który ma wesprzeć ożywienie unijnego wzrostu gospodarczego. Liczę na jego szybkie uruchomienie przez Komisję oraz skierowanie jego działań w szczególności na takie obszary jak infrastruktura, badania i rozwój, innowacje i kapitał ludzki. Mam nadzieję, że Komisja zadba również o odpowiedni monitoring i koordynację realizacji zaleceń dotyczących polityki gospodarczej dla poszczególnych państw członkowskich oraz ich lepsze powiązanie z celami strategii Europa 2020, w tym m.in. z ograniczaniem ubóstwa w Unii.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Po drugie, wspieram ideę europejskich ram prawnych wprowadzających minimalne normy stosowania gwarancji dla młodzieży. Gwarancje dla młodzieży to kluczowy europejski projekt mający stawić czoła bezrobociu ludzi młodych. Monitorowanie jakości jego realizacji jest niezbędne dla powodzenia tej inicjatywy. Młodzi ludzie nie tylko muszą mieć zapewnione miejsca pracy, ale te miejsca pracy powinny być odpowiednio wynagradzane oraz powinny pozwolić młodym pracownikom na zdobycie doświadczenia zawodowego.

Thomas Mann (PPE), *schriftlich*. — Die Krise hat gezeigt, dass das Vertrauen der Wirtschaftsakteure von herausragender Bedeutung für die Stabilität ist. Deshalb muss der eingeschlagene Konsolidierungs- und Reformkurs ebenso eingehalten werden wie die von den Mitgliedstaaten fest vereinbarten EU-Haushaltsregeln. Die gebetsmühlenhaft geforderten massiven Mehrausgaben in wirtschaftlich gesunden Staaten zugunsten anderer Länder, die meist nur ein Strohfeuer sind, lösen finanzielle Probleme dauerhaft nicht.

Das empfohlene Set an wirtschaftlichen Indikatoren für makroökonomische Bewertungen ist ein sinnvolles Instrument, um ein exaktes Bild der Lage in den EU-Mitgliedstaaten zu erhalten. Das gilt auch für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren. Hier dürfen jedoch keinesfalls Automatismen geschaffen werden, die von Konsolidierungs-Anstrengungen befreien.

Automatische Stabilisatoren, wie beispielsweise eine EU-Arbeitslosenversicherung, lehne ich strikt ab, im Einklang mit der Position der CDU/CSU-Europaabgeordneten. Die EU darf keine Transferunion werden! Es gibt weder einen europäischen Arbeitsmarkt noch eine EU-Arbeitsagentur. Die Gewerkschaften verhandeln Löhne mit Arbeitgebern auf nationaler, nicht europäischer Ebene.

Der Initiativbericht zeigt entscheidende Stellschrauben für den ambitionierten 300-Milliarden-Euro-Investitionsplan des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker auf. Vorrangig muss die Kraft der KMU entfesselt, der Zugang zu Finanzmitteln verbessert und Bürokratie gravierend abgebaut werden. Insgesamt müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden, damit die EU zu einem echten Mittelstands-, Wissens- und Industriestandort wird.

Ernest Maragall (Verts/ALE), *por escrito*. - Con unos niveles de pobreza de post guerra, sobre todo en la periferia europea; unos niveles de paro como nunca antes, sobre todo entre los jóvenes; unas desigualdades sociales que superan las de la «belle époque»; una colosal falta de demanda interna compensada con unas exportaciones que hacen a Europa dependiente de lo que ocurre en el mundo; una creciente divergencia económica y social entre los países miembros; un abandono progresivo de la lucha contra el cambio climático; una deuda pública que se ha disparado en los países sometidos a una austeridad suicida; una evasión fiscal sin par y un verdadero dumping fiscal entre países para atraer capital; un menguante comercio y crédito intraeuropeo y un alto riesgo de deflación; con todos esos datos a la vista, la Europa real dista mucho de estar reflejada en el informe De Baker y, por tanto, sus propuestas, incluso las relativamente críticas, no son sino paños calientes para una sintomatología que exige un tratamiento fuerte e inmediato, que exige resolver las causas de la crisis, y no solo sus consecuencias, y que sobre todo exige resolver su errónea gestión.

David Martin (S&D), *in writing*. - I welcome this Report which underlines the fact that investment is important, as it works on the supply and demand side of the economy creating jobs, generating incomes for households, increasing tax revenue, helping governments consolidate and boosting growth; reiterates the need to adopt investor-friendly policies, cut red-tape and reduce administrative burdens; calls on the next European Commission to enhance European investment by € 300 billion as announced in the political guidelines by Jean-Claude Juncker.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - Priorità assoluta della Commissione europea e degli Stati membri è quella di sostenere lo sviluppo e la crescita delle PMI, le quali, a causa della crisi, devono far fronte a costi estremamente elevati e a notevoli difficoltà per l'accesso ai finanziamenti. È responsabilità della Commissione promuovere la ricerca di fonti alternative di finanziamento, in particolare attraverso i fondi strutturali, la Banca europea per gli investimenti, il Fondo europeo per gli investimenti e le banche pubbliche per lo sviluppo di nuovi posti di lavoro.

Bisogna eliminare oneri amministrativi e formalità burocratiche superflue a carico di lavoratori autonomi, microimprese e PMI e favorire, in questo modo, l'avvio di nuove imprese.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

La mia approvazione per la relazione del collega De Backer deriva dalla consapevolezza che al fine di promuovere una crescita economica intelligente e sostenibile e una piena occupazione dell'Unione conformemente agli obiettivi della strategia Europa 2020, le piccole PMI, in quanto motore della nostra società, hanno bisogno del nostro massimo sostegno.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte opère un juste constat sur la situation économique catastrophique: même l'Allemagne s'achemine vers la récession. Mais il n'est pas dit que c'est la conséquence directe des politiques d'austérité qui ont brisé l'appareil productif et la consommation populaire, au nom du remboursement des dettes et de la lutte contre l'inflation. Il propose en conséquence de renforcer les sanctions du semestre européen. On peine à croire qu'une telle proposition soit faite. Cela est inacceptable! Parce que cela implique le dessaisissement des parlements nationaux. Et aussi parce que ce semestre se fonde lui-même sur des politiques libérales récessives: liquidation de la sécurité sociale, de la retraite par répartition, des services publics, attaques contre «la charge fiscale pesant sur le travail», dérégulation du marché du travail, condamnation du protectionnisme. Je vote contre ce texte inique, symptôme affligeant de l'aveuglement dogmatique de la technocratie de l'Union européenne.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Após seis anos de crise económica e de taxas de crescimento negativas, a retoma económica está lentamente a ganhar terreno e deverá propagar-se a todos os Estados-Membros até 2015. As previsões da Comissão para a retoma económica são ainda frágeis e as reformas têm de prosseguir, a fim de dar resposta às necessidades dos cidadãos em matéria de emprego e em termos sociais, bem como para restabelecer a produtividade e a competitividade. Em muitas zonas da UE, as condições sociais são fracas e o desemprego atingiu valores sem precedentes, pelo que são necessárias medidas para resolver esta situação social e de desemprego, que melhorariam as perspetivas em termos de competitividade e de crescimento. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This report supports the objective of focusing on policies that enhance competitiveness, support investment and job creation, fight unemployment and improve the functioning of the labour market, in particular in those sectors where there is a high growth potential. This report also calls on the Commission to put in place a comprehensive mechanism that promotes an effective exchange of best practices between all national actors responsible in the field of youth unemployment. I have therefore voted in favour of this report.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Si nous voulons réaliser les objectifs de la Commission et sortir de la crise, il faut prendre des actions qui conduiront à une intégration approfondie des politiques économiques et budgétaires.

La crise a démontré à l'Europe qu'elle ne pouvait pas continuer à mener une politique économique faite de trajectoires individuelles. Dans le nouveau contexte d'après-crise dans lequel l'Europe se trouve, nous devons relancer la croissance, via la réalisation des objectifs de la stratégie Europe 2020 en matière d'emploi, de R&D, d'énergie durable, d'éducation et de lutte contre la pauvreté. Il s'agit de stabiliser le monde économique, comme l'a dit Jean-Claude Juncker.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European Semester for economic policy coordination: implementation of 2014 priorities, which calls for the rapid implementation of a new investment plan of 300 billion promised by Mr Juncker and focuses on policy priorities in fighting poverty, precarious employment and youth unemployment.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. – Il Semestre europeo gioca un ruolo fondamentale nel coordinamento delle politiche economiche e finanziarie negli Stati Membri.

Il M5S ha cercato di inserire le proprie priorità attraverso degli emendamenti in Commissione ECON, alcuni dei quali chiedevano di considerare misure a favore della crescita. Ma essi sono stati, purtroppo, respinti.

Poiché sono contraria alle politiche economiche e fiscali portate avanti da questa Europa, ho votato in senso contrario.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Cette résolution portant sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques est l'occasion pour les eurodéputés de nous exposer les lieux communs habituels: la monnaie unique sauverait les économies nationales, les réformes structurelles pourraient permettre de relancer la croissance... Or, depuis 2011, le semestre européen est censé harmoniser les politiques économiques des Etats membres, et le moins que l'on puisse dire c'est que les résultats ne sont vraiment pas au rendez-vous: une croissance quasi nulle dans la zone euro avant sans doute l'entrée en récession, une explosion du chômage, notamment en France, Berlin qui continue d'imposer ses règles au sein de l'UE, 11 pays sur 28 en procédure de déficit excessif, sans oublier un budget de l'UE qui frôle la cessation de paiement... Que nous proposent alors le PPE et le S&D ? Encore plus d'Europe évidemment. Leur raisonnement est le

Mittwoch, 22. Oktober 2014

suisvant: si rien ne va c'est justement parce qu'il n'y a pas assez d'eurofédéralisme. Au menu, les Etats membres devront donc ingurgiter encore plus d'ultralibéralisme et les peuples seront nourris aux cures d'austérité! Un avenir cauchemardesque pour les nations et les peuples européens... Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre cette résolution.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. - Con l'approvazione di questa relazione, intendiamo sottolineare il ruolo cruciale del bilancio comunitario nello stimolare la crescita sostenibile, promuovere la creazione di posti di lavoro e ridurre gli squilibri macroeconomici nell'Unione europea. Riteniamo assolutamente necessaria un'iniziativa ambiziosa per stimolare gli investimenti in tutta l'UE al fine di rilanciare e sostenere la ripresa economica; invitiamo pertanto la Commissione ad avviare urgentemente un programma europeo di investimenti di 300 miliardi di EUR, come proposto da Jean-Claude Juncker, allo scopo di contribuire a recuperare a breve termine la crescita europea. Auspichiamo pertanto la rapida adozione di strumenti finanziari innovativi, potenzialmente in grado di svolgere un ruolo chiave nel sostenere gli investimenti sia pubblici sia privati negli Stati membri. Chiediamo che a questa nuova politica di investimenti venga associata una nuova flessibilità del patto di stabilità in modo da consentire una maggiore crescita, il ripristino della competitività degli Stati membri e una diminuzione degli altissimi livelli di disoccupazione in Europa. Ribadiamo, infine, l'importanza di coinvolgere il Parlamento europeo fin dalle prime fasi e il più possibile, allo scopo di evitare – dati la sua crescente importanza e il suo ruolo vincolante – che si crei una lacuna di legittimità nel processo di formazione dell'opinione politica.

Dan Nica (S&D), *în scris*. - Am votat pentru propunerea de rezoluție a Parlamentului European referitoare la Semestrul european pentru coordonarea politicilor economice: punerea în aplicare a priorităților pentru 2014.

Redresarea în urma crizei financiare, a datoriilor suverane și a competitivității nu poate avea loc numai printr-o politică monetară relaxată. Subliniem importanța continuării procesului de reforme structurale aprofundate, echilibrate și sustenabile din punct de vedere social, cu scopul de a obține creștere, de a crea locuri de muncă și de a combate sărăcia.

UE nu poate să crească din nou competitivitatea numai prin reducerea cheltuielilor, ci trebuie să crească investițiile în cercetare și dezvoltare, în dezvoltarea industrială, educație și competențe, precum și în utilizarea eficientă a resurselor atât la nivel național, cât și la nivel european.

Invităm Comisia și statele membre să consolideze industria UE prin aplicarea unei politici mai flexibile în domeniul concurenței, prin care să se favorizeze competitivitatea și ocuparea forței de muncă, și printr-un plan de tranziție la nivel ecologic și digital.

Reiterăm solicitarea adresată Comisiei de a elabora, după consultarea partenerilor sociali, o propunere legislativă privind informarea și consultarea lucrătorilor în materie de planificare și gestionare a restructurărilor, pentru a se garanta astfel o adaptare responsabilă din punct de vedere economic și social la schimbările din industria UE.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Durch das sogenannte Europäische Semester sollte in erster Linie die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union harmonisiert werden. Für mich ist diese Harmonisierung ein weiterer Schritt hin zur Erschaffung eines Bürokratiemonsters, das zunehmend auch Züge sozialistischer Planwirtschaft trägt. Die Europäische Union sollte sich auf ihre Kernaufgaben, nämlich die Schaffung eines optimal funktionierenden Binnenmarktes, beschränken, statt den Mitgliedsländern ökonomische Kompetenzen abzusprenken.

Aus diesen Gründen habe ich gegen den Antrag gestimmt.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. - Esprimo voto favorevole riguardo la proposta di risoluzione del Parlamento Europeo sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche, circa l'attuazione delle priorità per il 2014. Dopo sei anni di crisi economica e tassi di crescita negativi, la ripresa economica appare ancora troppo fragile. L'aumento generalizzato della disoccupazione, di quella giovanile in particolare, continua a rappresentare una grave minaccia per la stabilità e la convergenza economica e sociale nell'Unione. Per far fronte alla crisi, alcuni Stati Membri hanno adottato politiche di austerità che hanno inciso negativamente sulla crescita economica e sugli aspetti sociali, aumentando le diseguglianze. Le piccole/medie imprese e le microimprese si trovano a dover far fronte a costi elevati e a difficoltà nell'accesso ai finanziamenti, il che ostacola la loro capacità di crescere e creare occupazione. Sono necessarie riforme strutturali profonde, equilibrate e socialmente sostenibili per generare crescita e occupazione, nonché politiche che promuovano la competitività e sostengano gli investimenti migliorando il funzionamento del mercato del lavoro. Consapevole del ruolo cruciale del bilancio dell'UE nello stimolare la crescita sostenibile, ritengo che l'Unione

Mittwoch, 22. Oktober 2014

debba investire molto di più in ricerca e sviluppo, nell'istruzione e nell'efficienza delle risorse.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Considerando l'importanza svolta dal semestre europeo nel coordinamento delle politiche economiche e di bilancio degli Stati membri e a seguito di un'accurata analisi del testo presentato, ho espresso il mio voto favorevole.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. - Avendo contribuito alla stesura del parere della commissione bilancio su questa relazione sulle priorità del semestre europeo 2014, vorrei particolarmente sottolineare l'importanza che può avere il nostro bilancio nelle politiche economiche nazionali. Ritengo importante, infatti, che la Commissione europea tenga conto in futuro dell'impatto che hanno i finanziamenti europei nelle dinamiche macroeconomiche di ogni paese membro, considerando che oggi questi finanziamenti costituiscono quasi gli unici investimenti pubblici dedicati allo sviluppo e all'occupazione. Come ribadito più volte in quest'aula, non possiamo continuare a richiedere austerità, se al tempo stesso non investiamo per la creazione di nuovi posti di lavoro, di nuove opportunità, in particolare per i giovani. Spero quindi vivamente che, ad esempio, il piano di 300 miliardi del futuro presidente Juncker, non sia solo uno specchietto per allodole, ma al contrario, che rappresenti nuove e fresche risorse per creare lavoro e una crescita sostenibile. E al contempo spero che si continui a sostenere il bilancio dell'UE, soprattutto in seno al Consiglio, come un investimento per il futuro delle nostre imprese, dei nostri studenti, dei nostri ricercatori. Perché l'Europa torni ad essere anche sinonimo di opportunità e speranza e non solo di rigore e sanzioni.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Europski semestar igra ključnu ulogu u koordiniranju gospodarskih i proračunskih politika u državama članicama. Ovogodišnje Izvješće o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike najviše potiče kreiranje radnih mjesta za populaciju mlađu od 24 godine. Ono podržava i Jamstvo EU-a za mlade i predloženu Inicijativu za zapošljavanje mladih koji su ujedno ključna sredstva u borbi protiv smanjenja stope nezaposelnosti mladih koja je i dalje na zabrinjavajućoj razini. Također podržava naglašavanje politika kojima se potiče konkurentnost, podržavaju ulaganja i otvaranje radnih mjesta, borbu protiv nezaposlenosti i poboljšava funkcioniranje tržišta rada, osobito u sektorima s velikim potencijalom za rast.

Preporuke koje su dane za svaku pojedinu državu članicu ne smiju se protumačiti kao kritika na račun rada vlade već nastojanje za poboljšanja gospodarske politike na korist nadolazećim generacijama. Poražavajuća je činjenica, prema podacima Komisije, kako je samo 10 % preporuka za pojedine zemlje za 2013. u potpunosti provedeno. Stoga je važno potaknuti Komisiju da osigura konkretne preporuke državama članicama i EU-u u cjelini, uključujući i one u programima gospodarske prilagodbe pritom ciljajući i na strukturne reforme koje će rezultirati stvarnim, održivim i socijalno uravnoteženim rastom, zapošljavanjem te većom konkurentnosti. Stoga podržavam kvalitetno Izvješće kolege Philippea De Backera.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - La mia approvazione alla relazione sul Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche è dovuta al fatto che la relazione del collega De Backer ha particolarmente evidenziato alcuni punti fondamentali come l'aiuto che deve essere dato alla crescita ed all'occupazione, in un momento di stagnazione e di un tasso di disoccupazione che ha raggiunto l'11.5% nella zona euro e di 10.2% nell'intera Unione europea.

E' importante anche, com'è evidenziato nella relazione, l'attenzione che viene data alla politica di coesione, la quale rappresenta una parte importante degli investimenti per aiutare la crescita (in alcuni settori importanti come l'innovazione, la ricerca, la formazione), aiutare le PMI all'accesso ai finanziamenti (il difficile accesso ai finanziamenti delle PMI è un ostacolo notevole alla crescita dell'UE), realizzare i collegamenti prioritari della rete TEN-T. Infine, per avere una politica efficace per il rilancio dell'economia dell'UE, si chiede alla Commissione di avviare immediatamente un programma europeo di investimenti di 300 miliardi di euro, così come proposto dal Presidente della Commissione Jean-Claude Juncker.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — La cohérence des politiques de l'Union européenne doit plus que jamais trouver une ligne commune à l'heure où Jean-Claude Juncker, futur président de la Commission européenne, promet un plan d'investissement de 300 milliards d'euros. Ce rapport établissant les priorités du semestre européen tente ainsi de mettre en exergue une telle cohérence. Je suis en ce sens reconnaissant de certains fils conducteurs promus par le Parlement européen, tels que la cohérence des investissements de l'Union européenne pour l'innovation, pour l'accès au financement des petites et moyennes entreprises. Au regard de l'actualité internationale, il est d'autant plus urgent d'établir une solide politique énergétique commune ainsi qu'une plus grande coordination de l'Union économique et monétaire.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il s'agira donc d'être vigilant envers les développements des successives politiques communes de l'Union et de garantir la plus grande participation du Parlement européen dans leurs élaborations.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Le semestre européen est le cycle de gouvernance économique de l'Union européenne qui permet aux États membres de coordonner leurs politiques économiques pour stimuler la croissance et l'emploi ainsi qu'équilibrer leurs budgets.

Cependant, seuls 10% des recommandations de réformes par pays émises par la Commission pour 2013 ont été entièrement mises en œuvre, et peu de progrès ont été réalisés pour 45% d'entre elles.

Il est indispensable que les recommandations par pays soient mises en œuvre pour assurer la coordination économique au sein de l'Union économique et monétaire et c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport.

Une véritable responsabilité démocratique pourrait également être mise en place avec la présentation de rapports trimestriels au Parlement par la Commission sur les progrès concernant la mise en œuvre des recommandations par pays; de plus, les États membres qui prennent du retard dans l'application des recommandations pourraient venir expliquer leur situation devant le Parlement européen.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera contraria in quanto il Semestre europeo è uno degli strumenti attraverso cui viene esercitato il commissariamento dell'UE sui bilanci e le economie degli Stati membri

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - En este informe se analiza la implementación del Semestre Europeo en el último semestre y se hacen recomendaciones para el próximo, que se iniciará una vez la Comisión Europea publique en noviembre el Análisis Anual de Crecimiento. El informe está plagado de retórica de crecimiento socialmente equilibrado y sostenible, de llamadas a la creación de empleo y a la lucha del desempleo juvenil para hacer creer que estamos en la senda del nuevo ciclo. Pero la realidad es que el Semestre Europeo confirma las políticas austericidas que han destrozado millones de puesto de trabajo y da carta blanca para continuar por el mismo camino. Por ello, obviamente, he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - Looking forward to the next European Semester round, I think that the policy of growth-friendly fiscal consolidation should continue, but with more emphasis on growth-enhancing reforms, 'especially by those Member States that have fiscal space to invest'. With today's vote, the European Parliament calls on the Commission to set in motion, as a matter of urgency, the EUR 300 billion European investment programme proposed by Jean-Claude Juncker.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Nalazimo se u situaciji u kojoj članice primjenjuju samo 10-15 % preporuka Europskog semestra. To je u svakom slučaju premalo s obzirom da Europski semestar igra ključnu ulogu u koordiniranju gospodarskih i proračunskih politika u državama članicama, ali i s obzirom da su pojačana koordinacija makroekonomskih i proračunskih politika država članica i sveobuhvatna politika za europodručje potrebne kako bi se ostvarila stabilna ekonomska i monetarna unija. Zbog gospodarske i financijske krize doslo je do izražene krhkosti javnih financija u nekim državama članicama. Također ako neke od članica ne primjenjuju odredbe semestra, teret se prelijeva na druge države članice što nije korektno, ali i dolazimo u situaciju bez jasnih smjernica i reda. Stoga podržavam implementaciju prioriteta za 2014. jer je naglasak na politikama koje povećavaju konkurentnost, podržavaju otvaranje novih radnih mjesta i borbu protiv nezaposlenosti što je ključno za postizanje gospodarskog napretka i funkcioniranja tržišta rada u EU-u. Također podržavam poziv upućen državama članicama da osiguraju dovoljne razine ulaganja u određenim sektorima te počnu nuditi stručna osposobljavanja čime bi se razvila produktivna radna snaga.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the De Backer report and want us to get the balance right during the process to ensure social and environmental indicators are realised.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. - S obzirom na to da gospodarski oporavak u EU-u prvi put u dvije godine pokazuje znakove usporavanja, veoma je slab i nejednak te se mora održavati kako bi doveo do dugoročnog rasta i otvaranja novih radnih mjesta, potrebna je ambiciozna inicijativa za pokretanje investicija diljem EU-a u vidu Europskog investicijskog programa u vrijednosti od 300 milijardi eura koji je predložio Jean-Claude Juncker. Smatram da su najvažniji ciljevi gospodarske politike smanjenje nezaposlenosti i ponovna uspostava konkurentnosti država članica, koje su i same poduzele strukturne reforme u okviru makroekonomskih programa prilagodbe. Također, potrebno je istaknuti da je sve to potrebno kako EU ne bi još više zaostala za drugim regijama kada je riječ o gospodarskim i investicijskim mogućnostima. Zbog svega navedenog podržavam izvješće o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike: provedba prioriteta za 2014.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω την συγκεκριμένη έκθεση διότι προάγει την κεντρικά ελεγχόμενη οικονομική αλλά και κοινωνική διακυβέρνηση των κρατών-μελών αποδυναμώνοντας τις αντίστοιχες Εθνικές Κυβερνήσεις. Επίσης, προωθεί δυσανάλογα πολλά προνόμια στους Ρομά από ότι στους υπόλοιπους πολίτες.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A hosszú és nehéz viták révén kialakult jelentést szavazatommal is támogattam, mert az számos olyan ajánlást fogalmaz meg, melyet akár az éves növekedési jelentésben vagy például különböző versenyjogi dokumentumokban is szükséges lenne megfogadni. Ez elsősorban a Bizottság feladata lesz, akinek igen fontos jelzéseket küldtünk. Támogató szavazatom azzal együtt adtam a jelentéshez, hogy világosan rögzítettük, bár a helyenként tapasztalható gazdasági fellendülés örömteli, de nem jelenti azt, hogy a gazdasági válságból való kilábalás az elhibázott módon végrehajtott strukturális reformoknak köszönhetően európai szinten is megindult volna. Hiszem, hogy a szociális szempontok totális figyelmen kívül hagyása mellett helyes és hatékony strukturális reform nem hajtható végre.

Támogató szavazatom feltétele volt az is, hogy a jelentés határozottan állást foglaljon amellett is, hogy a köz- és magánberuházások egyaránt fontos és szükséges elemek, ha Európa motorját újra akarjuk indítani. Alá kell húznom továbbá, hogy a jelentés további előrehaladást követel az adóelkerülés, valamint az adócsalás megakadályozása, és a férfiak és nők közötti esélyegyenlőség kapcsán is. Mi több, az Európai Parlament e jelentésben nem a fogyasztási adó növelését, hanem egy sokkal kiegyensúlyozottabb adórendszer kialakítását szorgalmazza és egyértelműen kiemelésre került a munkavállalók szabad mozgásának joga is, mely továbbra is az Európai Unió egy senki által nem sérthető alapelve kell, hogy maradjon.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Les socialistes belges ont voté contre le semestre européen.

D'une part, les facettes de la simplification administrative telles qu'évoquées dans le rapport pourraient affaiblir les droits des travailleurs et la santé des citoyens. Soyons clairs: simplification administrative, oui, mais pas n'importe comment et sûrement pas au détriment du citoyen!

D'autre part, nous ne pouvons pas non plus apporter notre soutien à un rapport qui fait aussi peu de cas du droit des travailleurs.

Enfin, le texte ne pose pas assez de garanties quant à l'importance majeure des investissements publics dans le processus de relance économique européen.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de M. De Backer sur les recommandations de politique économique et budgétaire formulées dans le cadre du semestre européen. Le retrait dans le rapport du chantage fait aux états de conditionner l'attribution des fonds structurels au respect de la règle des 3% a été déterminant dans mon vote. Comme l'a été le retrait des sanctions économiques automatiques de l'UE aux États membres ne respectant pas cette règle. Aussi, nous avons obtenu que certaines de nos priorités comme l'augmentation de l'investissement public et l'utilisation des flexibilités du pacte de stabilité et de croissance soient adoptées. Je regrette cependant que ce rapport n'ait pas été assez loin. Il n'y figure ni le retrait du montant de la contribution des états membres au budget de l'Union, alors que ce budget est constitué pour l'essentiel de dépenses d'investissements, ni la remise en question de la politique d'austérité malgré son échec flagrant. Enfin, je dénonce les positions politiques d'une droite qui n'a toujours pas pris conscience de l'importance de la transition énergétique et du potentiel de croissance et de création d'emploi qu'elle représenterait dans ce contexte de crise et de chômage de masse.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. - Glasovala sam protiv rezolucije o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike, jer smatram da ona među ostalim sadržava preporuke koje su protiv nacionalnih interesa moje države. Naime, od početka svog djelovanja u Europskom parlamentu trudila sam se skrenuti pažnju svojih kolega zastupnika na katastrofalne posljedice politike EU-a na području zapošljavanja, politike koja se zalaže za veću mobilnost radnika radi rješavanja problema nezaposlenosti na zajedničkom tržištu.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Nažalost, i ovaj put rezolucija o Europskom semestru ističe da sve veći broj radnika, posebice mladih, napušta svoju zemlju podrijetla i odlazi u druge države članice u potrazi za zaposlenjem te poziva Komisiju, kao i države članice, da potiču mobilnost radne snage unutar EU-a. Žalim što dio mojih kolega zastupnika ne vidi ništa alarmantno u takvom odljevu mozgova, no on za moju zemlju ima vrlo loše demografske posljedice, te zbog toga ne samo da ne mogu podržati tu rezoluciju nego bih željela izraziti svoje duboko razočaranje i svoju zabrinutost zbog takve politike.

Ovdje moram napomenuti da podržavam pojedine preporuke rezolucije, osobito one koje se zalažu za jačanje vještina mladih na području poduzetništva, za uklanjanje birokratskih barijera i propisa koji ne pogoduju ulaganju te za porezno rasterećenje rada, no zbog već spomenutih razloga ne mogu podržati ovu rezoluciju.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. - I have voted in favour of the European Semester report, as it is a new step forward towards efficiently coordinating the economic policies of the euro zone Member States.

The origins of our current crisis are partly to be found in the great economic divergence of the first decade of the 21st century. The European Commission has the duty to continue pushing for structural reforms that will enhance growth in the medium term.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato contro la relazione in quanto credo fortemente che il semestre europeo non debba essere un ciclo di coordinamento puramente politico, ma una serie di proposte ben definite, quali misure a favore della crescita, del lavoro e dell'economia reale. È essenziale infatti perseguire politiche attive per l'occupazione, che contribuiscano a diminuire la sperequazione sociale esacerbata dalla crisi economica. Il M5S ha visto respingere in commissione ECON i propri emendamenti che proponevano priorità e misure concrete. Pertanto il testo che è stato votato oggi non rispecchia la nostra posizione, che ci vede contrari alle politiche economiche e fiscali fino ad ora perseguite: una politica basata sul rigore e l'austerità infatti non potrà mai permettere l'implementazione di misure a favore dell'economia reale e della crescita.

Per i motivi elencati, non ho quindi dato il mio sostegno alla relazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - En este informe se analiza la implementación del Semestre Europeo en el último semestre y se hacen recomendaciones para el próximo, que se iniciará una vez la Comisión Europea publique en noviembre el Análisis Anual de Crecimiento. El informe está plagado de retórica de crecimiento socialmente equilibrado y sostenible, de llamadas a la creación de empleo y a la lucha contra el desempleo juvenil para hacer creer que estamos en la senda del nuevo ciclo. Pero la realidad es que el Semestre Europeo confirma las políticas austericidas que han destrozado millones de puestos de trabajo y da carta blanca para continuar por el mismo camino. Por ello, obviamente, he votado en contra.

Peter van Dalen (ECR), *schriftelijk*. - Frankrijk en Italië moeten afspraken eurozone nakomen!

De Europese Unie heeft afspraken gemaakt om de structuur en het functioneren van de eurozone te verbeteren. Op woensdag 22 oktober bespreken we één van die afspraken: het Europees Semester voor het afstemmen van het economisch beleid. Tegelijk zien we dat sommige landen de afgesproken regels aan hun laars willen lappen. Uit de nieuwe begrotingen van Frankrijk en Italië blijkt dat deze landen weigeren te voldoen aan de afspraken van het Stabiliteits- en Groeipact.

Als Frankrijk en Italië het Stabiliteits- en Groeipact niet nakomen zijn we terug bij de situatie van 2003. Toen negeerden Duitsland en Frankrijk de regels van het SGP en zij legden daarmee de basis voor de huidige eurocrisis. Het is dus van groot belang dat de regels van het SGP gehandhaafd worden. Frankrijk en Italië moeten voldoen aan de regels waarmee ze enkele jaren geleden zelf hebben ingestemd.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. - Each year, the Commission provides each Member State with neutral advice regarding how to improve the state of their economies. This advice is often ignored. I supported today's report because it encourages both investment from the Member States and the implementation of President Juncker's promised EUR 300 billion investment programme. I and fellow Labour MEPs agreed to the report after it was agreed that this important funding would be given with no strings attached. The report gets jobs-based growth back on the agenda and will allow the reform that we need in order for Europeans to see real economic recovery in their everyday lives.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Le semestre européen est la mise en oeuvre des mesures austéritaires de l'UE adoptées après la crise financière de 2008 (6 packs, 2 packs).

Sous couvert de coordination européenne des politiques économiques et budgétaires, il a pour but de surveiller notamment la mise en oeuvre des réformes dites structurelles, qui doivent réduire les déficits budgétaires. On sait ce que cela veut dire. Cela passe par la «modernisation» des services publics notamment de protection sociale et de santé, la flexibilisation du travail... Ces réformes sont censées relancer la croissance et l'emploi..

La Commission n'a pas attendu que le budget de la France pour 2015 soit débattu au Parlement français pour juger insuffisant le plan d'austérité de 21 milliards et demander au gouvernement français davantage d'«économies» budgétaires pour être en phase avec «l'effort structurel» nécessaire.

Peu importe les conséquences sociales dramatiques de ces politiques. Ils continuent!

Avec la GUE/NGL nous continuerons de refuser ces politiques austéritaires et à dire qu'il existe des politiques alternatives. Le semestre européen est la mise sous tutelle des budgets nationaux avec pour seul objectif, la convergence économique aboutissant à un nivellement social toujours plus bas, l'explosion de la précarité, de la pauvreté et des inégalités!

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nós somos igualmente solidários com o povo ucraniano. É por isso que condenámos o golpe de Estado ilegal apoiado pela UE e pelos EUA.

Esta ajuda que a UE pretende dar ao povo da Ucrânia também a conhecemos em Portugal. A troca de ajuda financeira, a UE irá impor a liberalização da economia. Irá desmantelar o aparelho produtivo daquele país, que não tem condições para competir com as grandes companhias europeias.

O que a UE pretende não é ajudar. Quer apenas alargar o seu mercado a novos consumidores e ter acesso às matérias-primas da Ucrânia.

Se a UE quer ajudar, que exija do atual governo golpista da Ucrânia o respeito pelos direitos humanos. Que cesse de apoiar as milícias fascistas que perseguem sindicalistas e outras ativistas sociais. Que condene a tentativa de ilegalização do partido comunista da Ucrânia e que investigue todos os crimes cometidos, com especial destaque para o crime de Odessa.

É esta a ajuda que a UE deveria dar.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. - Ich habe gegen diese EntschlieÙung gestimmt. Einziger Vorteil dieses Textes: Das EP gibt offen zu, dass das „Europäische Semester“ der haushaltspolitischen und makroökonomischen Überwachung der Mitgliedstaaten dient. Durch die Einbindung einer Haftungsgemeinschaft sollen die im Europäischen Semester vorgesehenen Maßnahmen verpflichtend gemacht werden.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Das EP fordert die Abschaffung des freien Wettbewerbs: Die Kommission soll die makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten steuern und die wirtschaftliche und haushaltspolitische Überwachung fördern. Mit der Umsetzung des Fahrplans „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ (5. Dezember 2012) schafft die EU de facto die Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten ab. Zudem soll eine einheitliche Außenvertretung des Euro-Währungsgebiets eingerichtet werden. Das führt zu tiefgreifender Zentralisierung der Wirtschaftspolitik. Nachträglich sollen Finanzhilfen und das Ad-hoc-System der Troika in eine verbesserte Rechtsstruktur integriert werden, die erst dann mit dem EU-Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung und dem Gemeinschaftsrecht im Einklang stünde. Das EP spricht sich auch für die rasche Vollendung der Bankenunion, Versicherungsunion und Union der Märkte aus – mehr Kompetenzverlagerung nach Brüssel ist kaum vorstellbar. Auch die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitslosenunterstützung sollen vergemeinschaftet werden. Das lehne ich ab.

Glenis Willmott (S&D), in writing. -

The European Semester is the first phase of the EU's annual cycle of economic policy guidance, and this report concerns the Parliament's priorities for economic policy coordination between Member States in 2014. Labour MEPs voted for this report after our key amendments were accepted, which included more of a focus on delivering jobs and growth, and a recognition of the social impacts of austerity. I was pleased that an amendment I tabled, recognising that EU legislation on working conditions and discrimination is not red tape, but vital to protect workers and to enable disadvantaged groups into the Labour market, was accepted. My colleague Anneliese Dodds was also successful in removing references to private investment being more effective for growth than public investment.

Anna Záborská (PPE), písomne. - Vidíme, ako sa väčšine členským štátom EÚ nedarí riešiť finančnú krízu, krízu štátneho dlhu ani krízu konkurencieschopnosti. Preto je potrebné pokračovať v dôkladných, vyvážených a sociálne udržateľných štrukturálnych reformách. Bez nich nie je možné naštartovať hospodársky rast, od ktorého závisí zamestnanosť. Kľúčové z tohto pohľadu sú najmä investície do výskumu a vývoja, rozvoja priemyslu, vzdelávania a zručností a efektívneho využívania zdrojov na vnútroštátnej aj európskej úrovni. Ja sama mám však stále pochybnosti, či a do akej miery môžu byť efektívne investície, o ktorých nerozhodujú súkromní investori motivovaní snahou dosiahnuť zisk, ale úradníci a politici. Preto som rada, že Parlament v tomto uznesení zopakoval svoju podporu štrukturálnym reformám a opäť zdôraznil dôležitosť znižovania úrovne verejného dlhu. Len tak je možné vytvoriť podmienky pre ekonomický rast, od ktorého v prvom rade závisia pracovné miesta. Tie sú totiž hlavným predpokladom úspechu v boji proti chudobe a sociálnemu vylúčeniu.

Der Präsident. - Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

(Die Sitzung wird um 14.25 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

- 6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

- 7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

- 8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

Mittwoch, 22. Oktober 2014

9. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

10. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

11. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

12. Lage in Kobane und Bedrohung durch den IS (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Kobane und zur Bedrohung durch den IS (2014/2899(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, è un onore per me intervenire oggi a nome dell'Alto rappresentante vicepresidente Catherine Ashton per affrontare una questione che desta grande preoccupazione, la situazione in cui versa la città sotto assedio Ain al-Arab Kobane.

Nel corso del dibattito in plenaria, nel mese scorso sulla situazione in Iraq e in Siria, abbiamo tutti riconosciuto la complessa minaccia terroristica che l'Isis rappresenta non solo per l'Iraq e la Siria, ma anche per tutta la regione e per l'Europa. Le intenzioni dei terroristi sono chiare, il loro obiettivo è di occupare un territorio quanto più vasto possibile, conseguire l'autonomia finanziaria e diffondere la loro legge basata sulla forza.

Le azioni deprecabili di cui si rendono colpevoli passano dall'omicidio efferato di ostaggi e prigionieri ad abusi contro bambini e donne, alle persecuzioni di esponenti di minoranze religiose ed etniche e al vilipendio di siti sacri e culturali.

Signor Presidente, onorevoli deputati, siamo qui oggi per discutere della situazione a Kobane, stretta in assedio dai terroristi da oltre un mese. La lotta è feroce e impari, i terroristi sono riusciti a trasferire a Kobane forze ingenti e una grande quantità di attrezzature pesanti e sofisticate di cui si sono impossessati dopo la caduta di Mosul.

La velocità di questo trasferimento dimostra le competenze logistiche dell'ISIS e l'importanza strategica che Kobane riveste per il gruppo terroristico. Dall'altro lato della barricata ci sono poche centinaia di combattenti locali e volontari, che possono contare solo su armi modeste e con grande coraggio continuano a difendere la loro città, strada per strada e casa per casa.

Kobane è già diventata un simbolo della resistenza al regime del terrore e dell'oppressione imposta dall'ISIS. La caduta di Kobane trasmetterebbe il messaggio che l'ISIS può sconfiggere questa resistenza e potrebbe aumentare l'attrattiva che l'ISIS stesso esercita in Siria e altrove, oltre a incoraggiare i terroristi a proseguire la loro azione offensiva nei confronti di altri obiettivi.

Tutto ciò è inaccettabile per l'Unione europea e i suoi partner. È giunto il momento di mostrare con i fatti quanto siamo determinati a contenere e sconfiggere l'ISIS. Kobane è un esempio ulteriore di come sia necessario per la coalizione agire sul piano militare per contenere l'ISIS, ma mentre questo impegno militare è tuttora in corso, bisogna riconoscere che il dispiegamento di forze armate da solo non basta. Saranno necessari un impegno costante e azioni globali e coordinate per contrastare la minaccia regionale rappresentata dal terrorismo e dall'estremismo violento nonché per affrontare l'instabilità e la violenza di fondo che hanno permesso all'ISIS e ad altri gruppi terroristici di prendere piede.

Questo è ciò di cui l'Unione europea nel suo complesso ha bisogno e che è impegnata a realizzare. L'ISIS ha potuto proliferare grazie a politiche non inclusive in Iraq e all'instabilità in Siria, frutto della guerra brutale condotta dal regime di Assad contro il proprio popolo, delle massicce violazioni dei diritti umani e degli ostacoli posti sistematicamente alle riforme democratiche.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il nostro impegno in campo politico deve andare di pari passo con il nostro impegno diplomatico, la nostra cooperazione in materia di sicurezza e lotta al terrorismo e le nostre politiche volte a promuovere lo sviluppo socioeconomico della regione.

Dal punto di vista militare è fondamentale che la decisione annunciata lunedì dalle autorità turche di autorizzare il passaggio dei peshmerga iracheni diretti a Kobane si traduca in azioni concrete prima che sia troppo tardi.

L'UE ha invitato pubblicamente la Turchia ad aprire le sue frontiere per garantire che gli approvvigionamenti raggiungano le popolazioni di Kobane. Ci auguriamo che questo appello non resti inascoltato.

Più in generale, consideriamo che la lotta contro l'ISIS sia un elemento chiave della nostra politica estera verso la Turchia. È fondamentale che tutti i partner regionali attuino le pertinenti risoluzioni del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite, comprese la 2170 e la 2178, e intensifichino gli sforzi a livello nazionale per arginare il flusso di combattenti stranieri e impedire all'ISIS di beneficiare dei profitti derivanti dalle vendite illegali di petrolio e di altri beni.

La Turchia ha dato prova di grande generosità accogliendo oltre 170 000 rifugiati provenienti da Kobane. La Commissione europea ha presentato un pacchetto di aiuti umanitari di emergenza pari a 3,9 milioni di euro per sostenere la fornitura di prodotti non alimentari e assistenza sanitaria, nonché gli aiuti alimentari ai rifugiati che non alloggiano nei campi profughi.

Come sapete l'Unione europea continua a guidare la risposta internazionale alla crisi umanitaria in Siria con la mobilitazione di quasi 3 miliardi di euro dal 2011.

La Commissione si impegna in un dialogo serrato con le autorità turche su come migliorare il sostegno continuo ai rifugiati di Kobane in Turchia. Secondo quanto riferito tuttavia da 7 000 a 10 000 civili sono ancora intrappolati nella città e hanno bisogno di assistenza e si teme che l'ISIS abbia già commesso abusi su vasta scala nelle aree intorno a Kobane che si trovano sotto il suo controllo. La situazione drammatica di Kobane non deve indurre la comunità internazionale a dimenticare la situazione catastrofica di altre città e aree siriane e irachene lacerate dalla guerra civile.

Gli sforzi internazionali per una transizione guidata dalla Siria al suo interno restano per l'UE una priorità, al fine di mantenere l'unità, la sovranità e l'integrità territoriale del paese salvaguardandone al tempo stesso il carattere multietnico e multireligioso. Non è possibile una pace duratura in Siria se non si tengono in considerazione le legittime rivendicazioni di tutti i comuni cittadini siriani, compresi quelli che appartengono a gruppi etnici e religiosi inclusi i curdi siriani.

L'UE è determinata a sostenere tutti gli sforzi per una situazione politica, raggiunta di comune accordo sulla base del comunicato di Ginevra del 30 giugno 2012 e in linea con le pertinenti risoluzioni del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite. A tal fine, continueremo a dare pieno sostegno alla missione dell'inviato speciale dell'ONU de Mistura.

Signor Presidente, onorevoli deputati, attendo con interesse di discutere con voi questo tema e vi ringrazio per l'attenzione.

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, permettez-moi d'abord, j'imagine au nom d'un certain nombre de collègues, de regretter que la haute représentante, M^{me} Ashton, n'ait pas daigné venir participer à cette dernière session et au moins nous saluer. Cela illustre tragiquement le manque de dialogue que nous avons eu pendant ces cinq années.

Sur Kobané et le groupe «État islamique», beaucoup de choses ont déjà été dites, et nous assistons quasiment en direct, malheureusement, à l'agonie de cette ville kurde. Je voudrais focaliser mon intervention sur trois points, qui sont plus directement liés à ce que peuvent ou pourraient faire les pays de l'Union européenne.

Premièrement, huit États membres interviennent aujourd'hui militairement dans ce conflit, soit par des frappes aériennes, soit par la formation des combattants kurdes et irakiens, soit par des livraisons d'équipements, soit par ces trois actions à la fois. Ne pourrait-on pas envisager – l'a-t-elle été au niveau européen? – une action un peu plus coordonnée, notamment sur le plan de la formation? En effet, l'Union européenne sait monter des opérations de formation militaire puisqu'elle le fait dans d'autres régions du monde. Ne pourrions-nous pas utiliser nos instruments de la politique de sécurité et de défense commune plutôt que de nous en remettre, une nouvelle fois, à une coalition ad hoc sous coordination exclusivement américaine?

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Deuxième point – vous y avez fait allusion: l'attitude de la Turquie. Je ne me suis jamais fait d'illusions sur l'hypothèse de l'entrée de la Turquie dans l'Union européenne mais il se trouve que, juridiquement et politiquement, la Turquie est un pays candidat et qu'au titre de ce statut, elle est tenue à des obligations de convergence de sa politique étrangère à l'égard des positions de la politique étrangère et de défense commune de l'Union européenne. Ce n'est absolument pas le cas aujourd'hui et je trouve cela totalement inadmissible. Permettez-moi de dire qu'au-delà de l'Union européenne, la Turquie est membre de l'OTAN et qu'une alliance comme celle de l'OTAN se fonde tout d'abord sur la perception de menaces communes. Quand nous voyons l'attitude actuelle de la Turquie vis-à-vis de Kobané, et plus largement vis-à-vis de l'organisation «État islamique en Iraq et au Levant», on peut se poser beaucoup de questions.

Troisième point – et je terminerai là-dessus, Monsieur le Président: notre attitude vis-à-vis de la Syrie. Je comprends bien la difficulté qu'il y a aujourd'hui à considérer que, dans une certaine mesure, nous aurions des intérêts communs avec le régime syrien mais je ne crois pas que faire du zèle moral à renvoyer dos à dos, en permanence, régime syrien et organisations terroristes soit une solution. Je crains que cela nous condamne à une impuissance durable dans la région.

Victor Boștinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the Kurdish fighters of the Syrian Democratic Union Party have heroically defended their town, Kobane. In this respect, the S&D and I deplore Turkey's inaction in the face of this jihadist assault and its refusal to join in practice the anti-Islamic State coalition. As a future candidate for membership of the European Union and as a member of NATO, it is important for Turkey to show readiness to cooperate and coordinate with the EU and NATO. This is not the case right now.

Let me say respectfully to Turkey that we do understand its legitimate right to fight terrorists – any terrorism – but, at the same time, it is morally very difficult to accept that failing to support Kobane Kurdish fighters at a critical time could be explained by Turkey. Kobane's fight is highly symbolic, not because they are fighting for their town, but because it concerns a wide confrontation between all those fighting Islamic State and al-Qaeda's global jihadist forces everywhere.

In recent days, Turkey has finally taken steps forward and this should also be noted by Parliament. Yes, Turkey allowed Kurdish forces to cross its border with Syria to help fight against Islamic State but as Mr Della Vedova mentioned, this should be put into practice and not be just declared. We should also not forget the extensive number of Kurdish refugees in Turkey, which stands today at very high numbers and those humanitarian actions and important contributions from the European side which are also very much needed.

I have to emphasise that for us the military operation should have an exclusive aim – the destruction of ISIS and all groups linked to al-Qaeda, and should include all relevant regional players. The coalition should better define the goals of the operation and should also design a strategy to stabilise the region after the war phase.

Finally, do not forget Iraq and Lebanon..

(The President cut off the speaker.)

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, it appears that ISIS's retreat from Kobane last week may have been a tactical regrouping after reports of a renewed offensive on all fronts against the Syrian besieged border town. With estimates of up to 1 000 civilians, many of whom are elderly and vulnerable, remaining still in Kobane, its defence from ISIS is vital to prevent a potential massacre. So I take this opportunity to salute the brave efforts of the Kurdish YPG forces on the ground, and I also welcome Turkey's belated decision to allow Peshmerga troops to cross the border – though of course it is a little too late for what we would normally expect from a NATO ally. Furthermore, there are still reports that Turkey is failing to effectively prevent jihadi movements from Turkey to Syria, and in addition, the Turkish Government continues to refuse to outline the details of the secret deal regarding the release of its 49 hostages held by ISIS.

Sadly, the threat of ISIS continues to grow as they consolidate their powers, and it is clear that we in Europe must do all that we can to support the military efforts of the United States. So I am particularly pleased that my country, the UK, has announced yesterday that it will be deploying intelligence and armed drones across parts of Syria, marking a welcome shift away from the policy of engaging only in Iraq. Credible reports that ISIS fighters have captured chemical weapons in the form of mustard gas from Syria is but one example of the dire consequences of the danger posed by the evil threat of ISIS or ISIL or the so-called Islamic State – call it what you like, but ultimately it must be totally defeated.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

(The speaker agreed to take two blue-card questions under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – No intention of scoring points; a simple question. With the sorry history of the Middle East and the interventions of the West, do you not agree with me that it would be very well beholden on our leaders, yes, to do the right thing and, yes, to support good against evil and these barbaric people, but would it not be right for them to take a more cautious and careful approach and think very carefully before going forward in any kind of gung-ho manner. Time to think, reflect, but then, yes, do the right thing. Do you agree?

Charles Tannock (ECR), *blue-card answer*. – Well, rather unusually, yes, I would agree, Mr Etheridge, that we have to be cautious. Nobody is talking about boots on the ground, or British troops or any other kind of – American or European – troops that I know of. That may become necessary. There has been a lot of time to think about this. Many thousands of innocent civilians – Christians, Yazidis, Turkmen and Shia Arabs – have been slaughtered by ISIS, and we must now intervene to prevent another massacre occurring in Kobane. My case rests.

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – Thank you colleague, Charles Tannock. Having listened to what you said, do you personally support Turkish membership of the European Union, bearing in mind your comments?

Charles Tannock (ECR), *blue-card answer*. – The Conservative Party supports Turkish candidature and eventual membership of the European Union.

Fernando Maura Barandiarán, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, Señorías, empezaré por señalar mi malestar ante la decisión de esta Cámara al impedir una resolución sobre un asunto tan sensible. Es una irresponsabilidad no prestar la merecida atención a lo que sucede en Kobane.

Desde el pasado 21 de septiembre, Kobane resiste un terrible asedio de las fuerzas del Estado Islámico. Una lucha a vida o muerte contra la barbarie, que es lo mismo que decir contra la intolerancia, contra todos y cada uno de los derechos humanos. Durante treinta días de terror, las Unidades de Protección Popular kurdas han defendido Kobane. Han luchado con valentía, sin contar con ninguna ayuda exterior, sin apoyo de Turquía, salvo algún bombardeo esporádico realizado por la coalición.

Es cierto que, desde el pasado lunes, Turquía ha realizado un cambio de política, un cambio que podría llegar a ser definitivo en la solución del asedio sobre Kobane, un cambio que consiste en dar vía libre a las fuerzas de seguridad del Kurdistán iraquí y en permitir a los aviones de la coalición despegar desde sus bases.

Sin embargo, no podemos olvidar que la política de Turquía durante estas cuatro semanas ha tenido un altísimo coste en vidas humanas y que la definitiva solución positiva del acoso sobre la ciudad está aún lejos de producirse.

Pero no sería justo si solamente criticara a Turquía. Estamos, además, aquí, en el Parlamento Europeo, y es preciso reconocer que, una vez más, no hemos estado a la altura de lo que nos exige la situación.

Por lo tanto, debemos reaccionar y tomar medidas urgentes: primero, la Unión Europea debe ejercer mayor presión diplomática para que Ankara vuelva a considerar sus políticas en relación con el norte de Siria; segundo, Turquía ha de dificultar la red ilegal de comercio de hidrocarburos del Estado Islámico a través de su frontera; tercero, Turquía debe volver también a las conversaciones de paz con el pueblo kurdo; y cuarto, la Unión Europea debe impulsar una respuesta más fuerte y unificada a la amenaza del Estado Islámico, y apoyar de manera más contundente a la coalición.

No me cansaré de exigir una verdadera política exterior y de seguridad común que nos permita anticiparnos y estar preparados. No podemos abonarnos al «como siempre, llegamos tarde». Y está también el objetivo de aliviar la situación humanitaria.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Kobané devient chaque jour un peu plus un symbole, un symbole de la résistance face à Daïch, un symbole de la résistance kurde. Pourquoi alors la communauté internationale, et surtout la coalition du même nom, ne traite-t-elle pas de la même façon la lutte contre Daïch en Iraq et en Syrie? Dans les deux cas, les Kurdes sont en première ligne. Certes, le gouvernement iraquien a demandé cette intervention mais pas la Syrie. Nous savons tous pourquoi.

La lutte contre Daïch doit être cohérente. Ce monstre n'a pas surgi de nulle part. Il résulte effectivement de la détérioration de la situation en Syrie, de la façon dont la communauté internationale a, sans réagir, laissé le peuple syrien se faire massacrer par son dictateur. Ce monstre, Daïch, a longtemps été aidé et l'est sans doute encore, directement ou indirectement, notamment par les puissances du Golfe. Daïch est une organisation barbare, terroriste, qui échappe aujourd'hui à tout contrôle.

Il y a urgence à réagir et il faut dire haut et fort, notamment à la Turquie, que ses atermoiements ne sont pas de mise et qu'elle ne peut prétendre entamer un processus de paix avec le PKK et refuser toute aide à leurs amis syriens. Il faut que les armes, comme tous les combattants et les combattantes kurdes, et pas seulement les pechmergas irakiens, puissent passer la frontière réellement, au seul endroit où c'est possible, c'est-à-dire la Turquie. Pour le moment, ce ne sont largement que des mots. Nous ne pouvons pas, tantôt saluer le courage des Kurdes, tantôt les traiter de terroristes en fonction des intérêts internes en Turquie. Il est temps de demander la sortie du PKK des organisations terroristes de l'Union, y compris pour aider au processus de paix en Turquie. Il est temps d'aider les Kurdes sans atermoiements dans leur combat contre Daïch au bénéfice de toutes les minorités et de tous les démocrates en Syrie comme ailleurs. Il faut réagir vite pour éviter un second Mossoul. À Kobané, il y a plus de 10 000 personnes qui attendent et qui risquent de se faire massacrer à tout moment.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wenn wir die Situation in Kobane diskutieren, muss sich unser Fokus auf die Sicherheit und das Leben der Zivilisten in und um Kobane richten. An die türkische Regierung gerichtet heißt das: Alle Menschen, die aus der umkämpften Region Kobane fliehen, müssen aufgenommen werden. Die Türkei hat in sehr großzügiger Weise Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen und muss hierin auch von uns unterstützt werden. Es ist ebenso zu begrüßen, dass die Türkei endlich die Grenze geöffnet hat, um Peshmerga-Kämpfer nach Kobane zu lassen, denn es geht darum, das Vorrücken von klar identifizierbaren ISIL-Kampfverbänden auf Siedlungsgebiete zu verhindern.

Der Rat der Außenminister hat die Öffnung der Grenze gefordert, er hat aber nicht explizit die Situation der Kurden angesprochen. Wenn wir aber nach einer tragfähigen Lösung suchen, darf die Frage nach der grenzüberschreitenden Unterstützung der Kurden oder der Identität der Kurden in der Region nicht ausgeklammert werden. Die EU sollte sich ebenso für die erneute Aufnahme des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und der PKK einsetzen. Die EU sollte zudem der türkischen Regierung deutlich machen, dass die Tolerierung des florierenden Handels der ISIL mit archäologischen Schätzen oder anderen Gütern über die Schattenwirtschaft der Türkei dringend unterbunden werden muss.

Wir hören von Fort- und Rückschritten im Zurückdrängen der ISIS in Kobane. Es gibt aber auch andere, sehr negative Nachrichten wie zum Beispiel die Einnahme der kleinen kurdischen Stadt Karatapa durch die ISIS am Montag oder die aktuelle Belagerung der Jesiden.

Wir müssen uns auf einen mehrjährigen Kampf gegen die ISIS einstellen, und wie der Rat der Außenminister richtig festgestellt hat: Wir brauchen eine nachhaltige Lösung, und die kann nur eine politische Lösung sein. Die EU braucht eine umfassende regionale Strategie für Syrien und den Irak. Und diese muss Elemente enthalten wie zum Beispiel die Stärkung der Zentralregierung im Irak und die Fortführung der Genfer Konferenz in Syrien unter der Leitung der UN und unter Einbindung der Nachbarn in der Region. Dazu gehört auch der Iran.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, Kobane fino a qualche mese fa, questo nome era solo un puntino su una carta geografica della Siria, sconosciuto ai più. Avamposto sperduto di una nazione senza Stato, di una terra per sua sfortuna intrisa di petrolio, su cui molti da tempo hanno messo i propri occhi.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Per ironia della storia, il nome arabo della città è Ain al-Arab, l'occhio degli arabi. L'occhio interessato di coloro che in Qatar e in vari Stati del Golfo persico hanno permesso a sedicenti istituti di carità e benefattori di rimpinguare allegramente le tasche dell'ISIS. Forse perché l'esempio di autogestione democratica e di rafforzamento dei diritti della donna attuati dal Kurdistan siriano, dove molte sono addirittura soldati è un paragone scomodo.

Quindi conviene che venga eliminato al più presto, forse per qualcuno voltare lo sguardo mentre bambini di 12 anni girano con kalashnikov e bombe a mano, mentre donne terrorizzate vengono vendute nelle gabbie al mercato, è tutto sommato il male minore.

L'occhio duro e indifferente della Turchia, paese candidato a far parte dell'Unione, che per fin troppo tempo è rimasta a guardare un film dell'orrore. Solo ora ha infine accettato di far transitare i peshmerga curdi dell'Iraq verso Kobane per permettere loro di difendere i fratelli siriani estenuati dall'assedio. Ma quante vite si sarebbero potute salvare se l'avesse fatto prima? Quante? Se non avesse schierato carri armati, infami campi minati al confine, per impedire ai curdi turchi di andare a combattere contro un nemico che disconosce ogni forma di umanità. Quante? Se non avesse represso nel sangue, più di 30 morti, le manifestazioni di protesta contro queste atrocità.

L'occhio distratto e superficiale dell'Occidente ancora che dovrebbe provare vergogna per aver dimenticato troppo a lungo un dramma di una regione che in curdo significa proprio Occidente, Rojawa.

Quegli uomini, donne e bambini torturati, violentati e sgozzati dall'ISIS in queste settimane erano davvero un prezzo accettabile per non avere il coraggio di sbattere i pugni sul tavolo di un membro importante della NATO? Non meritavano neanche una risoluzione in questo Parlamento? L'occhio ipocrita dell'intera comunità internazionale ..

Der Präsident. - Herr Kollege Castaldo! Sie haben die Redezeit nicht überschritten. Ich habe Sie jetzt dreimal ermahnt. Wir haben hier vorne eine Lampe – damit das auch die neuen Kollegen mal wissen. Hören Sie mir doch bitte zu! Wir haben hier vorne eine Lampe, die aufleuchtet, wenn die Dolmetscher nicht mehr mitkommen. Und wenn Sie möchten, dass nicht nur Ihre italienischen Landsleute verstehen, was Sie hier zu sagen haben, dann müssen Sie langsam sprechen, jedenfalls nicht so schnell, dass man es nicht mehr übersetzen kann. Sie haben jetzt noch 30 Sekunden.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). - L'occhio ipocrita dell'intera comunità internazionale, infine, un occhio sempre più immobile e impassibile su una delle tante catastrofi umanitarie annunciate. Ipocrisia, negarla sarebbe ipocrita!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)).

Jean-Luc Schaffhauser (NI), question «carton bleu». – Monsieur le Président, je suis évidemment d'accord avec mon collègue Castaldo. Ma question est la suivante: ne devrait-on pas prendre des mesures contre la Turquie et arrêter toutes les négociations d'adhésion avec ce pays?

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, à mon avis, la politique étrangère de tout pays candidat doit absolument être cohérente avec la politique étrangère de l'Union européenne. Si un pays, actuellement, ne souhaite pas intervenir et ne tient pas à éviter un tel drame humanitaire, nous devrions être ouverts à toute mesure susceptible de l'empêcher d'avoir ce type de comportement, qui n'est pas du tout cohérent avec une candidature à l'entrée dans l'Union européenne.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). - Κύριε Πρόεδρε, έχει αποδειχτεί ότι οι λεγόμενοι 'τζιχαντιστές' είναι δημιουργία των Ηνωμένων Πολιτειών και των συμμάχων τους, που τους εκπαιδύσαν, τους εξόπλισαν και τους χρηματοδότησαν. Σήμερα το ΝΑΤΟ, η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι Ηνωμένες Πολιτείες και οι σύμμαχοί τους αξιοποιούν το ISIS ως πρόσχημα συνεχίζοντας τις επεμβάσεις, τόσο στο Ιράκ όσο και στη Συρία, για να ελέγξουν τις πλουτοπαραγωγικές πηγές της ευρύτερης περιοχής. Ανάμεσα στους συμμάχους τους είναι και η Τουρκία.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ιδιαίτερα για την Τουρκία θέλουμε να καταγγείλουμε ότι από τις 20 του Οκτώβρη το τουρκικό σειсмоγραφικό σκάφος 'Μπαρμπαρός' εισήλθε στην κυπριακή Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη, συνοδεύει δύο πολεμικών πλοίων. Η πρόκληση αυτή συνιστά επικίνδυνη εξέλιξη. Η Τουρκία παραβιάζει κυριαρχικά δικαιώματα της Κύπρου και διαιωνίζει το καθεστώς κατοχής μεγάλου τμήματος του νησιού. Οι λαοί πρέπει να καταδικάσουν τη στάση της Ευρωπαϊκής Ένωσης που καλύπτει την τουρκική επιθετικότητα στην Κύπρο, η οποία κάθε άλλο παρά μειώθηκε από την ένταξη της Κύπρου στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Davor Ivo Stier (PPE). - Gospodine predsjedniče, Kobane je postao simbol, simbol otpora u borbi protiv tzv. Islamske države, a takvi simboli otpora daju posebnu snagu onima koji se bore protiv moćnijeg agresora. Mi koji se još sjećamo rata u našem kutu Europe, sjećamo se i junačkog otpora, npr. Vukovara protiv moćnijeg agresora i zato znamo koliko je važno da međunarodna zajednica iskaže solidarnost prema žrtvama, u ovome slučaju, stanovnicima Kobanea, koji su žrtve nasilja i novog oblika ekstremizma.

Naravno, ISIS je globalna sigurnosna prijetnja i želi se širiti ne samo u Siriji i Iraku, već ideja kalifata ide čak i do juga Europe - to je suluda ideja. Međutim, i samo regrutiranje boraca na europskom kontinentu već je destabilizirajući faktor. Naravno, da znamo da ISIS kontrolira ne samo teritorij nego i resurse pa se i na taj način može financirati, a borba protiv Islamske države pokazala je da ima granice i u našim odnosima s regionalnim partnerima i slažem se da moramo revidirati odnose s Turskom, Erdoganovom Turskom i politikom koju vodi od Balkana do Bliskog istoka.

No, ono što ovdje želim naglasiti, je da također moramo gledati humanitarnu dimenziju, a ovdje Europska unija ima vodeću ulogu - 3 milijarde eura je paket pomoći - od Komisije, država članica. Europa osigurava izbjeglicama iz Kobanea i okolnih gradova vodu, hranu i lijekove. Dakle, time se stanovnicima želi poslati jasna poruka: niste sami, Europa je s vama. Mislim da moramo učiniti naš dio, kroz proračun izglasati financijsku pomoć za stanovnike Kobanea, te kasnije za razvoj.

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Gospodine predsjedniče, poštovanje gospodine Stier, želim Vas upitati čini li vam se kao i meni da međunarodna zajednica koja je zakazala u slučaju Vukovara, znamo koliko je zakazala u slučaju Srebrenice, kada su deseci tisuća ljudi nastradali u ratovima na Balkanu, da li vam se čini da se ovaj scenario sada ponavlja van granica Europe, a međunarodna zajednica evo raspravlja, ali pitanje je koliko djeluje?

Davor Ivo Stier (PPE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Gospodine Jakovčiću, mislim da je međunarodna zajednica sasvim sigurna mogla učiniti puno više, odnosno da se opasnost Islamske države potcijenila. Isto tako smatram da u međunarodnoj zajednici moramo govoriti jednim glasom i zato kada imamo situacije kao što je politika koju je Erdoganova Turska dosad vodila, to postavlja vrlo opasan prededan.

Dakle, na tome moramo raditi, a Europa također mora jednoglasno odgovoriti ako želimo biti učinkoviti.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

Elena Valenciano Martínez-Orozco (S&D). - Señor Presidente, estaba pensando ahora que, para nosotros, Kobane ha sido calificado aquí como un símbolo, el símbolo de toda una resistencia, como la última línea que nos separa del terror del Estado Islámico, una franja de terreno que es a la vez una frontera para nosotros y, sin embargo, seguramente, para la población de Kobane esta resistencia no ha sido más que la defensa de sus vidas, de sus familias, simplemente la resistencia para poder sobrevivir.

Y en este debate hemos hablado de Turquía, también de los Estados Unidos; con Turquía, por cierto, creo que tenemos que ser conscientes de que necesitamos una exigencia inteligente, porque a Turquía la necesitamos.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Pero me interesa mucho más que hablemos de nosotros, de la Unión Europea, como ha hecho el ministro Della Vedova. Es indudable que hemos actuado tarde y con tibieza, es indudable que todavía hay muchísimos Estados miembros que se están resistiendo a entrar en esta tarea y que los necesitamos. Que necesitamos contundencia y necesitamos acción, y necesitamos ayuda humanitaria. En este momento eso es imprescindible y urgente, no solo para la gente que está sufriendo, también para los países limítrofes que están haciendo un esfuerzo enorme en la atención de los refugiados, que se cuentan por números impresionantes. Nosotros mismos no seríamos capaces de atender a ese número de refugiados.

Así que Kobane es un símbolo, pero desgraciadamente la complejidad del problema que enfrentamos en esa región es mucho mayor. El Estado Islámico controla amplias zonas, en este momento, de Siria y del norte de Irak, y su amenaza es creciente y muy violenta. El terror se extiende, y la muerte de inocentes, también. Las violaciones de derechos humanos son masivas, en Siria, en Irak, a manos prácticamente de todos los contendientes. Es muy complejo. Por eso, la complejidad requiere de nuestra acción, de la defensa del futuro, que es lo que nos estamos jugando, y para eso necesitamos nuestra diplomacia, nuestra política, nuestros recursos y nuestra inteligencia.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). - Panie Przewodniczący! Ofiara katastrofy smoleńskiej, polski prezydent Lech Kaczyński mówił, że racje we współczesnym świecie nie są rozłożone równo. Rację mają ci, którzy walczą o wolność i bronią wolności. Dlatego syryjskie miasto Kobane położone tak blisko granicy tureckiej porusza naszą wyobraźnię i mobilizuje nas do działania. Cieszę się, że ostatnie dosłownie godziny spowodowały, że do gry wszedł aktor, który był niezbędny do tego, żeby ulżyć sytuacji miasta i potwornej tragedii humanitarnej ludności, przeważnie kurdyjskiej. Cieszę się, że bojownikom peszmerga udostępniono możliwość przemieszczenia się w granicach terytorium Turcji.

To wszystko jest jeszcze za mało. Potrzebna jest nasza mobilizacja, ponieważ ISIS musi zostać zdecydowanie pokonany na tych terenach i na terenie Iraku, w innych miejscach, gdzie próbuje zdobywać grunt. Potrzebne są też niezbędnie ograniczenia możliwości finansowych działania tej organizacji terrorystycznej.

Pavel Telička (ALDE). - Mr President, I will not repeat the rather precise description of the situation made by many of you. I will also not repeat the objectives that were set out by many of you and which to a large extent – not always, but to a large extent – I share. I need to point out though, that we are facing the trauma of the inhabitants of Kobane, the trauma of the defenders of Kobane. We are also facing the trauma of the families of people who were executed in a barbaric way, but we are also facing one more trauma. We are facing a trauma of a lack of a comprehensive EU strategy on Syria, on Iraq and, of course, a strategy that would also deal with the grave situation in Kobane.

I thought, Mr President, that I would not even ask for speaking time, because I expected to forward a number of questions to the High Representative. I find it a disgrace that we have not seen her so far in this new European Parliament; I find it disrespectful to us and also to the families and defenders of Kobane. I therefore wish to ask the Italian President when it is we will see a proposal for a real, comprehensive strategy that shows that the European Union has an active common foreign and security policy. This is something that I am missing. We have seen bits and pieces, but nothing comprehensive; nothing that would show activity and the ability to avoid a trauma similar to Srebrenica.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

James Carver (EFDD), blue-card question. – You spoke of a need for an EU strategy in dealing with the Middle East and the various problems arising. Does that include an EU military strategy?

Pavel Telička (ALDE), blue-card answer. – First of all, I am not proposing a strategy, but maybe we will not see the High Representative for some time and I might sit down and draft something. But to answer your question, this is an issue which has to be assessed and evaluated with all the risks – advantages, positives and negatives – and this is something that should be debated. I might have a personal view on that.

I think that we have reached a certain point where basically we cannot just pretend that nothing is happening on the borders of the European Union. But this has to be done in a complex and cautious way – the way that has certainly been described. I am sorry, but this is not a question that can be answered in half a minute.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). - Señor Presidente, este Parlamento es muy dado a indignarse o a escandalizarse, pero cuando hay que buscar las causas, miramos siempre para otro lado.

La situación en Kobane es desesperada: centenares de muertos y más de 250 000 refugiados. Pero no es una catástrofe, no es un accidente. Y me duele señalar que Turquía tiene mucha parte de culpa en el origen y en el surgimiento del problema terrorista-integrista, por su detestable papel de «matón» regional por medio de la injerencia y la desestabilización de Siria, entrenando y armando a los supuestos rebeldes y bloqueando toda iniciativa de paz.

Ahora celebramos que permite la entrada a los guerrilleros kurdos. Yo no puedo celebrar que un asesino deje de asesinar solo cuando lo decide él mismo. Turquía ha estado viendo con una pasividad criminal cómo hacían el trabajo sucio contra sus enemigos los criminales del EI. Turquía es un país de la OTAN y su política exterior, que raya a veces en la criminalidad internacional, tiene graves implicaciones para todos y todas los que estamos aquí y para los países de la zona. A esto se suma la estrategia occidental desastrosa: décadas de políticas basadas en la destrucción de las identidades nacionales seculares, sobre todo en Irak y Siria.

Es hora de dejar de alimentar el fuego con fuego. La Unión Europea debe presionar a Turquía y a los países del Golfo para que dejen de financiar a los grupos terroristas y desestabilizar la zona, ayudar a recomponer la unidad política de Irak, dar una solución a Siria en el marco del Derecho internacional y de las Naciones Unidas... es decir, hacer algo serio y con futuro, más que mirar cómo los bravos guerrilleros y las bravas guerrilleras kurdas convierten a Kobane en el Stalingrado del Estado Islámico.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Amjad Bashir (EFDD), blue-card question. – My colleague, would you agree with me that Syria is ruined? Hundreds of thousands have died; millions have been made refugees; Iraq is divided along ethnic and religious lines. Why do you ask for Turkey to join in this battle? Do you want..

(The President cut off the speaker)

Alyn Smith (Verts/ALE). - Mr President, we Scotsmen are noted for our brevity. Minister, it is difficult to know where to start in such heartbreak in the Kobane situation and the fight against ISIS generally, but I will focus in the time available on conflict oil. because I think this is an area where the EU as a whole can make a real difference in the fight against ISIS. As you said yourself, ISIS derives some revenue from the sale of conflict oil but actually, more importantly, uses oil refineries in its territory itself. That gives it a degree of operational independence, an energy independence which needs to be curtailed. ISIS controls three main refineries, two at Syria's Deir al-Zor and one near Mosul. They have been degraded by air strikes but the issue is the importation into ISIS territory of mobile oil refineries. This is not complex technology. It takes barely 10 days to put a mobile refinery together and on to a lorry, and that is giving ISIS real operational independence, so a very concrete question for you: will the EU step up cooperation, particularly with Turkey, Jordan and the KRG to stop the importation of this technology to ISIS-controlled areas, because if we can choke that off we start choking ISIS itself.

James Carver (EFDD). - Mr President, my thoughts and prayers go out to the brave and innocent people of Kobane, who continue to suffer at the hands of Islamic State. They have now been under siege for over a month, and the situation continues to look desperate.

There was some calm over the past few days as brave Kurdish forces appeared to be successfully pushing these murderous barbarians back, but – as we speak – IS have renewed their assault. Turkey, an official EU candidate country, stood shamefully by and callously watched the horror in Kobane for too long, even though it could have intervened. David Cameron's Conservative Party is politically allied to the governing Turkish AKP, whose officials have previously found a voice to claim that women should not laugh in public. And as the world has now seen, they have remained deathly silent for too long, watching Kurds fight not just for their lives but also for the very existence of their culture. This refusal to act swiftly raises serious questions over their status as potential EU members and, indeed, over British support for Turkish membership. How can the Conservative Party seriously support people who act in such a manner?

Mittwoch, 22. Oktober 2014

IS may be fighting for Kobane now, but we know that they will not stop there. They will continue to slaughter innocent people who do not accept their twisted interpretation of Islam until they are stopped. I fear that it is only a matter of time before some of the EU citizens who have been perverted by this warped mindset return to commit atrocities on our streets. I can think of no better reason to stop the free movement of people across the EU than the wish to ensure that citizens from all 28 Member States are protected from these poor examples of so-called humanity.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Alyn Smith (Verts/ALE), *blue-card question*. – I think there are some points in what was said to which to take considerable exception. I am staggered to hear a UKIP Member suggest that the EU should dictate to Turkey what its foreign policy and its engagement in a conflict on its borders should be. Would the speaker not accept that the only influence we possibly have over Turkey is that of EU membership status?

(The President cut off the speaker)

President. - Mr Smith, I can only allow questions and that was not a question.

Georg Mayer (NI). - Herr Präsident, jetzt haben Sie ein wenig Verwirrung gestiftet. Nun, entschlossen sein gegen den IS und gegen den IS vorgehen, sagte Della Vedova vom Rat heute hier bei uns im Parlament. Nur, Herr Kollege, ich kann diese Entschlossenheit beim besten Willen nicht feststellen, wenn es um die Europäische Union geht. Kobane ist nur eines der Probleme, das uns ISIS verursacht, denn ISIS hat heute zum Beispiel eine amerikanische Waffenlieferung abgefangen, und es gibt auch schon Berichte, dass ISIS Giftgas verwendet. Die gibt es nicht nur aus Kobane.

Die Rolle der Türkei – das kann ich hier auch festhalten, und einige Kollegen haben es getan – sollten wir als einen eigenen Tagesordnungspunkt einmal besprechen. Ich rege das an, wie auch Fraktionen – ECR oder EFDD: Besprechen wir das einmal in einem eigenen Tagesordnungspunkt. Jedenfalls sollten die Zahlungen der Europäischen Union einmal ausgesetzt werden. Das wäre eine Handlung.

Aber es werden auch Jesiden verfolgt, 7 000 an der Zahl werden etwa im Sindschar-Gebirge bekämpft. Es gibt schon offizielle UN-Vertreter, die von Völkermord sprechen, die von Versklavungen, Vergewaltigungen von Frauen sprechen, und das gleiche Bild gibt es fast überall. Damit müssen wir uns beschäftigen und vor allem mit der Türkei.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Pane kolego Mayere, já mám na Vás otázku. Vy jste tady tvrdil, že existují prokazatelné důkazy o tom, že IS používá jedovatý plyn. Můžete mi některý z těch důkazů ukázat nebo mi dát odkaz, kde ty důkazy najdu?

Georg Mayer (NI), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Danke für die Frage, Herr Kollege! Es gibt heute Medienberichte dazu. Beweise gibt es noch keine, weil das erst gestern, nämlich am Dienstag, festgestellt wurde. Das habe ich aber auch gesagt. Ich habe gesagt: „Es gibt Berichte darüber.“

Michèle Alliot-Marie (PPE). - Monsieur le Président, Kobané est une ville martyre, elle est aussi le symbole de notre impuissance. Il faut bien le reconnaître, notre passivité, en tant qu'Union européenne, souligne notre absence de vision stratégique sur les risques réels du monde à venir. Elle souligne aussi notre méconnaissance des véritables finalités d'un certain nombre de groupes intégristes et terroristes, ceux de Daïch mais plus largement ceux d'Al-Qaïda, d'Aqmi, de la Jamaa al-islamiya, etc. Elle souligne aussi notre irresponsabilité à l'égard de nos concitoyens et de nos enfants.

Il est évident que les visées de Daïch vont bien au-delà de la prise de la ville de Kobané ou du massacre même de ses habitants. La chute de cette ville constituerait une victoire psychologique pour Daïch ainsi que pour tous les mouvements que j'ai cités et qui lui font allégeance. Ce serait également un puissant encouragement ou une cause puissante de recrutement pour le djihad d'une façon générale, là-bas mais aussi ici.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Alors, aujourd'hui, je fais une constatation: les Américains interviennent, et assez massivement, certains pays de la péninsule Arabique interviennent également. Même la Turquie semble aujourd'hui faire un geste, et nous? Que faisons-nous en dehors des discours et d'un certain nombre d'actions humanitaires? Que faisons-nous en tant que tels? Il y a effectivement des pays qui interviennent mais souvent sans coordination et sans qu'on ait une vraie vision de l'Union européenne. Cette absence souligne la carence de notre politique internationale et de défense.

Monsieur le représentant de la haute représentante – puisqu'elle n'est pas là –, je voudrais vous demander si, dans les quelques semaines qui lui restent, la haute représentante a l'intention de jouer enfin son rôle dans la recherche d'une réelle coordination des actions engagées par des États membres, dans les pressions contre la Turquie, dans la conviction..

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Richard Howitt (S&D). - Mr President, the siege of Kobane is being played out dramatically on our television screens as we all watch the black flag of ISIS from the hillsides across the border in Turkey. In this debate, I join calls for Turkey itself to play a full part in the international coalition. But those who simply want to use this issue to bash Turkey must equally acknowledge that the country is receiving more than 500 refugees a day from Kobane, according to UNHCR, and has given support already to 1.2 million refugees who have fled there from Syria during the past three years.

We should welcome the announcement that the Turkish border is open to Peshmerga forces, but remember that there are large numbers of diverse people fighting under the name Peshmerga, which simply means fighter in Kurdish. We have to acknowledge that this is not a conflict between armies, and there is proper concern about the rules of conflict being ignored. However, to call the Kurdish fighters terrorists – suggesting this is a fight between one set of terrorists and another, as Ankara has done – risks undermining opposition to IS and risks the progress of the Kurdish peace talks in Turkey too. These risks must be avoided.

As the new High Commissioner for Human Rights has said, IS is indeed the antithesis of human rights and 'a diabolical, potentially genocidal movement'. Europe should support his call for Iraq to join the International Criminal Court to strengthen the legal, as well as the military, fight against them, and as we meet today the US State Department still says there is 'a possibility that Kobane will fall to ISIL'.

But while the battle for Kobane is the focus of our debate today, the violence we want to see ended is that which continues across Iraq and Syria, with battles raging in the east of Syria and in the suburbs of Damascus adding to more than 200 000 deaths since the conflict began. What about the siege by Syrian forces of more than 300 000 people around Aleppo, who are literally being starved to death, and the 200 air strikes they mounted against their own people yesterday alone? So the questions we must raise should also still be about resolving the conflict in Syria, building legitimate opposition, bringing legal accountability for all responsible for the crimes of war and

(the President cut off the speaker)

Mark Demesmaeker (ECR). - Collega's, Kobani is langzaamaan een symbool geworden. De stad en bij uitbreiding heel Koerdistan is vrijwel de laatste vrijhaven in de hele regio tegen het IS-kwaad.

De internationale gemeenschap, collega's, draagt de verantwoordelijkheid om mensen te beschermen als hun eigen overheid in gebreke blijft. De EU steunt het internationale beginsel van *responsibility to protect*. Daar zijn wij rijkelijk laat mee. Om het monster te kunnen verslaan, hebben we echter niet alleen militaire kracht nodig, maar moeten we de wereld er ook van overtuigen dat ons model, waarin bescherming van het leven, respect en verdraagzaamheid fundamenteel zijn, goed is.

Als coördinator van de Commissie mensenrechten voor mijn fractie sta ik er dan ook op dat de Europese Unie aantoont dat universele mensenrechten sterker zijn dan IS-barbarij. Dat zij op een gecoördineerde manier aantoont in staat te zijn deze bedreiging het hoofd te bieden, dat zij partners als Turkije ervan overtuigt om klare wijn te schenken en een einde te maken aan hun dubbelzinnige houding.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marielle de Sarnez (ALDE). - Monsieur le Président, ce qui se passe à Kobané se passe presque aux frontières de l'Europe, dans notre proximité immédiate, à quelques heures d'avion d'ici, et cela doit constituer pour l'Europe une obligation à agir dans au moins trois directions.

La première de ces directions, c'est bien évidemment notre organisation en matière de défense et de sécurité commune. Nous ne pourrons pas continuer, dans les temps qui viennent, à ne pas nous doter d'une défense européenne commune. Il s'agit d'une urgence à moyen et à long termes. À court terme, nous devons apporter un soutien à tous ceux qui résistent héroïquement dans cette ville de Kobané.

Deuxième direction: nous devons évidemment agir sur le plan humanitaire, en application du principe onusien de la responsabilité de protéger – vous venez d'en parler. Il y a des milliers de réfugiés le long de la frontière. La Turquie doit les accueillir et l'Europe doit assumer ses responsabilités humanitaires.

Enfin, troisième direction: il faut agir sur le plan diplomatique. La Turquie a mené un double jeu qui n'est pas acceptable et que nous ne devons donc pas accepter. Nous devons exercer une pression diplomatique plus forte. Je considère que dans la lutte contre le terrorisme, il ne peut pas y avoir d'ambiguïté.

Par ailleurs, nous devons travailler inlassablement à rétablir une stabilité politique en Iraq. Pour la Syrie, nous devons, semble-t-il, cerner l'ordre chronologique des priorités et être, rappelons-le, aux côtés du Liban qui subit, lui aussi, les assauts du groupe «État islamique».

Enfin, chez nous, dans l'Union européenne, nous devons mieux agir pour lutter contre le terrorisme et, par exemple, mettre enfin en place un système PNR européen qui permettra l'utilisation des données des passagers pour prévenir le terrorisme.

Sabine Lösing (GUE/NGL). - Herr Präsident! Die Menschen in Rodschawa haben viele Feinde, nicht nur den schrecklichsten, den IS. Es geht in diesem Kampf nicht nur um das nackte Überleben, sondern um ein wunderbares politisches Projekt, um das Experiment einer freien Gesellschaft, der beteiligungsorientierten, diskriminierungsfreien, gerechten Demokratie. Dafür kämpfen die Menschen, und dafür schulden wir ihnen echte Solidarität.

Die Türkei und Syrien sind Gegner dieses Projektes, weil deren Nationalismus und deren autoritäre Regime in Frage gestellt werden. Den USA geht es darum, Einfluss über ein Gebiet von großer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung zurückzugewinnen. Nato-Luftschläge gegen den IS und gleichzeitig Angriffe des Nato-Partners Türkei auf Stellungen der PKK; angebliche Unterstützung der Kurden und gleichzeitig Waffenlieferungen an Saudi Arabien und Katar; Videos des IS mit deutschen Handgranaten.

Wann endlich werden diese Waffenlieferungen gestoppt? Wann endlich wird wirksamer Druck auf die Türkei ausgeübt, jede Unterstützung des IS sofort zu stoppen und die Grenzen zu öffnen für kurdische Kämpfer, nicht nur der Peschmerga? Sofortiger Schritt muss es sein, die Patriots abzuziehen und das PKK-Verbot aufzuheben.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL

Vicepresidente

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Liebe Frau Kollegin Lösing! Mir fehlen die Worte angesichts dessen, was Sie hier gerade erzählen. Glauben Sie wirklich, es sind die Maßnahmen des Westens, mit denen versucht wird, den Menschen in Kobane zu helfen, die das Problem sind in dieser Situation? Glauben Sie wirklich, dass die amerikanischen und europäischen Anstrengungen das Problem sind? Glauben Sie nicht, dass es ein menschenverachtender Terrorismus ist, den wir da sehen, der das Problem ist und gegen den man vorgehen muss? Ich bin wirklich entgeistert über das, was Sie hier gerade gesagt haben! Meine Herren!

Sabine Lösing (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich habe die Antwort auf diese Frage schon gegeben. Ich frage mich wirklich, warum hier heuchlerisch gefordert wird, die Menschen gegen den IS zu unterstützen, und gleichzeitig, wie im letzten AFET zum Beispiel, der EU-Beauftragte der Türkei in keinster Weise eine Bereitschaft erklärt hat, seine Politik zu verändern. Darum geht es doch. Es geht doch jetzt darum, dass Druck auf die Türkei ausgeübt wird. Warum ist das denn nicht passiert? Ich kann nur sagen: Warum willigt denn die deutsche Bundesregierung nicht ein, die Patriots abzuziehen? Das wäre ein wirklicher Druck auf die Türkei. Es gibt doch genügend Kämpfer, die Kobane verteidigen. Warum dürfen diese Kämpfer nicht durch die Grenzen? Warum hat die Türkei weiterhin die Möglichkeit, ISIS zu unterstützen? Das sind Fragen, die ich stelle. Es entsetzt mich wirklich, dass diese Fragen auf wenig Verständnis stoßen.

Bodil Ceballos (Verts/ALE). - Herr talman! Det är väldigt mycket som har sagts och mycket som jag kan stå bakom. Jag vill därför ta upp någonting som ingen tidigare har pratat om, och det är att vi inte bara ska prata om kurderna, utan vi måste faktiskt prata med kurderna också.

Vi ska inte heller göra skillnad mellan de kurder som är goda kurder, så att säga, och som då finns i Irak, och de som är dåliga kurder i Syrien, därför att Turkiet inte har den här beröringsskräcken med allt som har med PKK och PUD att göra. Vi ska inte göra den skillnaden, utan vi måste behandla alla lika.

Idag är det den akuta hjälpen till Kobane som har högsta prioritet. Det är både den humanitära hjälpen, men också stöd för att kurderna ska kunna klara av att stå emot i Kobane. Men på sikt måste vi också se till vad som händer därefter. Vi måste också vara ett stöd i det demokratibygge, den sekulära, mångkulturella, demokratiska och autonoma region som man försöker bygga i Rojava, alltså västra Kurdistan – den kurdiska delen av Syrien.

Aymeric Chauprade (NI). - Monsieur le Président, chers collègues, depuis plusieurs semaines, les médias et les gouvernements occidentaux se focalisent sur la ville kurde de Kobané, dans le nord de la Syrie, assiégée par le groupe «État islamique».

Si Kobané est bien un drame humanitaire puisque 300 000 réfugiés kurdes ont passé la frontière turque pour fuir les massacres de l'EI, on peut s'interroger tout de même sur l'effet de loupe sur Kobané.

Pour les Kurdes de Syrie, d'abord, Kobané ne représente démographiquement qu'une proportion modeste de la population kurde du nord de la Syrie, les villes d'Afrine, d'Alep, d'Al-Hassaka sont très peuplées également par les Kurdes. Quant à la bataille de Kobané elle-même, elle n'est qu'une des multiples batailles qui se jouent en Syrie en ce moment. L'on peut même affirmer qu'elle n'est pas la plus essentielle pour l'avenir politique de la Syrie. Sur un plan stratégique, l'issue des combats qui font rage entre les loyalistes et les rebelles pour le contrôle de la colline de Handarat surplombant Alep est, par exemple, une question beaucoup plus importante que la lutte pour Kobané. D'autres batailles entre loyalistes et rebelles, entre rebelles et l'EI, entre l'EI et loyalistes, entre le Front Al-Nosra et le Hezbollah se déroulent un peu partout.

Cet effet de loupe sur Kobané est renforcé par le fait qu'il est facile de tourner des images depuis les collines turques alors que les journalistes ne vont plus ailleurs à l'intérieur de la Syrie. Un reflux du groupe «État islamique» de Kobané est bien sûr souhaitable et le Front national soutient les frappes françaises contre l'EI mais la réalité est plus complexe, une réalité que les gouvernements américains et européens se refusent à énoncer.

La victoire contre le groupe «État islamique» ne se fera pas sans une coopération étroite avec le gouvernement syrien. Il faut donc revenir au réalisme et coopérer avec la Syrie pour vaincre l'EI.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Francisco José Millán Mon (PPE). - Señor Presidente, de nuevo tenemos que hablar en este hemicycle del EI, que constituye una grave amenaza. Afortunadamente, en Kobane sus fuerzas ya no se están imponiendo, gracias en particular a la campaña de bombardeos de la coalición internacional y a la lucha de los kurdos.

Lo que sucede en Kobane es importante, pero no debemos olvidar otras áreas de conflicto: la región iraquí, por ejemplo la de Ambar, donde el EI desgraciadamente sigue muy activo y se acerca cada vez más a Bagdad. Sin perjuicio de la actuación militar en Irak, aspecto en el que la reconstrucción del ejército iraquí me parece crucial, necesitamos también soluciones políticas. El EI está estrechamente ligado —se recordó antes aquí, creo que por la Presidencia italiana— con el descontento suní en Irak. Por ello, necesitamos que el nuevo Gobierno lleve a cabo una política inclusiva y recupere la confianza suní y también la kurda.

La situación en Siria es muy compleja, también se ha dicho aquí. Además de la necesidad de contrarrestar al EI, debemos seguir buscando una transición política. Se ha de ayudar a las fuerzas moderadas que, lamentablemente, en los últimos tiempos prácticamente han perdido todo protagonismo. Y tenemos que seguir apoyando los esfuerzos del enviado especial de las Naciones Unidas en pro de esa transición política.

Los actores en Siria no deben ser exclusivamente Asad y el EI. Para derrotar al EI y salvaguardar la integridad territorial de Siria e Irak, necesitamos la colaboración de todos los Estados de la región y, desde luego, de Turquía e Irán. A ningún Estado de la región debe beneficiar que el EI pueda prevalecer y fundar un nuevo Afganistán sobre antiguos territorios iraquíes o sirios, o mezclados de ambos países.

Nosotros, la Unión Europea y los Estados miembros, tenemos que seguir procurando ayudar a buscar soluciones para la región, también en estrecha coordinación con los Estados Unidos. El EI, además de sus defectos desestabilizadores en toda la zona, también puede ser una amenaza global en la que, para más inri, están presentes combatientes europeos.

Se acerca el invierno, la crisis humanitaria se agrava, y por eso también tenemos que poner especial énfasis en ello y ayudar a unas poblaciones que nos necesitan.

Kati Piri (S&D). - Mr President, in the last weeks we have witnessed a humanitarian crisis unfolding in Kobane. Around 200 000 people have escaped the terror of Islamic State, seeking refuge in Turkey. As has been said already by many previous speakers, Kobane has become the symbol of the fight against this terrorist organisation, which poses a threat not only to the security of Syrians, Iraqis and countries in the region, but a threat to all of us. That is also the reason why we have to be united in our fight against IS. The situation in Kobane has already deeply affected the internal situation in Turkey. We witness different groups within Turkish society attacking each other and putting extra pressure on the settlement process. It is of crucial importance that the peace process remain on the table and that all sides continue with the road map that is to be set up.

It is our moral obligation to support the Kurds fighting off IS and defending their city in Kobane. What Turkey has done in terms of taking up a huge number of refugees from Syria is to be commended, and I also welcome the latest statements that not only humanitarian aid can pass through the border from Turkey to Syria but also the Kurds from Iraq will be allowed to reinforce the Kurds in Kobane. We have to jointly ensure that we will not allow Islamic State this important symbolic victory, as it would also certainly set back the morale of the Iraqi Kurds.

Not neglecting the situation in Kobane, we must also take into account the overall situation. The threat of Islamic State has certainly not diminished, also in Iraq, where it has even become bigger in some parts of the country. Last but not least, let us not forget that a large part of the funding of this terrorist organisation comes from the illicit sale of oil and goods. We have to ascertain that EU Member States are in no case involved in the illicit trade and all channels used by IS to sell this oil need to be closed off.

Bas Belder (ECR). - Voorzitter, ik wil de Raad een heldere en simpele vraag stellen. Die vraag luidt: bestrijdt kandidaat-lidstaat Turkije samen met de Europese Unie voluit ISIS of niet? Ik stel die vraag, meneer de vertegenwoordiger van de Raad, omdat waarnemers in de regio waarmee ik in nauw contact sta mij al jaren geleden vertelden, en dit tot op de dag van vandaag doen, dat Turkije voluit medeverantwoordelijk is voor de huidige personele en logistieke sterkte van de Islamitische Staat van ISIS. Tegen deze achtergrond stel ik dus de vraag: bestrijdt Turkije daadwerkelijk samen met ons ISIS of niet? Ik stel die vraag ook nog eens met extra urgentie omdat mijn waarnemers gisteren nog vertelden dat in Turkije ook een aanzienlijke sympathie bestaat voor ISIS. Hoe zit dat precies? Een heel dubieus geval.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ten slotte, de dreiging van ISIS raakt de gehele regio. Dat weet de Raad ook. Hoe groot schat de Raad het gevaar in van de aanwezigheid van ISIS en haar bondgenoten in Gaza en de Sinai? En welke strategie stelt de EU tegenover deze verdere destabilisering van de regio? Want dat is evengoed het geval.

[De spreker stemt ermee in een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement).]

Amjad Bashir (EFDD), *blue-card question*. – Whilst everybody is very quick to blame Turkey for not taking part in military action, the question I pose to the House is: those of you that were here previously, what did you do to stabilise Iraq? The destabilisation of Iraq has created this situation in Iraq. What did you do to try and stabilise Iraq?

Bas Belder (ECR), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Met alle respect collega, ik begrijp uw vraag helemaal niet. Ik loop hier al wat jaren mee in dit Parlement, langer dan u in elk geval, en ik heb altijd al gewezen op de dubieuze rol van Turkije als kandidaat-lidstaat wat betreft het gezamenlijke Europese veiligheids- en buitenlands beleid. En dat stond vaak op gespannen voet. Ik heb de Raad daar altijd op geattendeerd, maar die was er héél stil over. Ook mevrouw Ashton, de grote afwezige, was heel stil. Het is een buitengewone constante die ik hoor. Niets.

Javier Nart (ALDE). - Señor Presidente, la señora Ashton es un ectoplasma, así que es difícil hablar de ella. Ni está, ni se la espera. Sigamos adelante.

Es sorprendente que nuestro Servicio Europeo de Acción Exterior se sorprenda, primero, respecto a la existencia del ejército del DAESH. ¡Es imposible improvisar un ejército! Hasta el sargento más romo del ejército menos competente del mundo dirá que gestionar 4 000-5 000 combatientes durante 1 000 kilómetros requiere una logística descomunal.

¿Dónde estaba nuestra política exterior, nuestros servicios de política exterior, que no se enteraron? ¿Dónde estaba nuestro Servicio Europeo de Acción Exterior que no sabía lo que significa el régimen sectario de Maliki? ¿Dónde estaba este servicio, que no sabía lo que ocurría en la provincia de Al-Anbar, donde se produjo el avance del EIIL? ¿Dónde estaba el Servicio Europeo de Acción Exterior cuando se produjo en enero el ataque sobre Faluya, la insurrección de Faluya, que fue el primer aviso del EIIL?

Segunda cuestión: Kobane. Me escandaliza el escándalo, por cuanto es únicamente conocido porque lo tenemos delante de nuestros ojos en televisión. Pero Kobane —o Ain al-Arab, como dicen los árabes— es la consecuencia de todo el conflicto existente en el arco que va desde Aleppo, pasando por Deir ez-Zor, hasta Bagdad, hasta las cercanías de Bagdad. Por lo tanto, dejémonos de pensar que con Kobane estamos haciendo un símbolo, porque yo quiero hablar de la categoría, y a la categoría me quiero referir.

Este Parlamento, el 18 de septiembre de este año, emitió una Resolución que exigía que se produjera un paro en la ayuda logística al DAESH. Me quedo atónito cuando el Consejo de Europa, el 20 de octubre, dice que van a comenzar una acción inmediata. ¿Pero de qué estamos hablando? Mientras nosotros hablamos, el DAESH hace; y yo no quiero ni más condenas, ni aprobaciones, ni solidaridades, ni música: al DAESH se le enfrenta con hechos y no con palabras.

Y, desde luego, mi más absoluta reprobación al ente ectoplasmático que es la señora Ashton, que ni está ni se la ha esperado nunca.

Iosu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). - Señor Presidente, mientras hablamos aquí, Kobane resiste con los escasos medios de que dispone. Solo la respuesta unitaria de las fuerzas kurdas ha evitado hasta ahora otra masacre como la registrada este pasado verano. Y es el pueblo kurdo quien debe poder contar con los medios necesarios para resistir y vencer, tanto ante la amenaza del Estado Islámico como frente a la actitud de los Estados que ocupan su territorio.

La responsabilidad de la comunidad internacional es evidente, incluida la de la Unión Europea. Pero las potencias, la OTAN, no actúan para proteger al pueblo kurdo sino para responder a una situación sin control, otra más, provocada por sus políticas en Oriente Medio y proteger así sus propios intereses económicos y geoestratégicos.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Señorías, están en juego los derechos y el futuro del pueblo kurdo, derechos que están siendo pisoteados desde hace décadas ante la pasividad o complicidad internacional y europea. Y de esos derechos se trata aquí, a fin de cuentas.

Michel Reimon (Verts/ALE). - Herr Präsident! Wir sind uns darin einig, dass wir die Mörder und Massenmörder von ISIS alle verurteilen wollen. Aber das ist relativ leicht, und sie werden nicht auf uns hören. Ich habe auch sehr viel Kritik an der Türkei gehört, das ist auch relativ leicht zu machen, auch wenn ich Vieles dieser Kritik teile. Ich finde, wir sollten mutiger über unsere eigene Rolle dabei reden. Wie glaubwürdig kann unsere Kritik sein, wenn wir den Grenzschutz im Mittelmeer ausbauen, immer weiter verstärken, wenn wir Frauen und Kinder, die es aus Kobane herauschaffen, die es in Sicherheit schaffen, dann im Mittelmeer ertrinken lassen und nicht retten. Die Europäische Union sollte ein Vorbild sein für den Umgang mit Flüchtlingen aus dieser Krisenregion. Wir sollten schon jetzt über Kobane hinaus denken – die Katastrophe wird auch vorbeigehen. Wir sollten zwei Dinge jetzt schon langfristig angehen:

Erstens: die Finanzierung von ISIS stoppen. Da geht es um Ölschmuggel, der höchstwahrscheinlich auch nach Europa kommt.

Zweitens: Wir brauchen einen langfristigen Aufbauplan für diese Region. Da müssen Millionen aus Europa in den Aufbau der Region gehen und nicht in Kriegsschiffe, um Flüchtlinge abzuwehren.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Κύριε Πρόεδρε, όποιος πιστεύει ότι το Κομπάνι κείται μακριά από τον γεωγραφικό χώρο της Ευρώπης οφείλει να αναθεωρήσει άμεσα και τάχιστα. Ο αριθμός των ευρωπαίων τζιχαντιστών, σύμφωνα με το αμερικανικό κέντρο αντιτρομοκρατίας, είναι σημαντικά υψηλός. Επιβεβαιώνεται το γεγονός πως οι κάτοχοι ευρωπαϊκών διαβατηρίων που μάχονται ως τζιχαντιστές στις τάξεις του ακραίου ισλαμικού κράτους είναι μια άμεση απειλή για τη χώρα καταγωγής τους και όχι μόνο.

Η πολύπαθη Μέση Ανατολή έχει ξεπεράσει τον μύθο της Λερναίας Ύδρας. Ο δυτικός κόσμος, χρησιμοποιώντας ως πρόσχημα την ασφάλεια, τη δημοκρατία και τα ανθρώπινα δικαιώματα, επί χρόνια ανακαλύπτει απειλές, όπως τον Σαντάμ, τον Άσαντ, το Ιράκ, το Ιράν, τη Συρία, την Παλαιστίνη, την Ιορδανία, και επεμβαίνει. Κάθε τέτοια επέμβαση όμως, δημιουργεί νέους εχθρούς με μεγαλύτερο μίσος, εξτρεμισμό καθώς και κίνητρο εκδίκησης στη θέση των παλιών. Το ισλαμικό κράτος - αν και είναι σφάλμα να αποκαλούμε μια εξτρεμιστική τρομοκρατική οργάνωση 'κράτος' - αποτελεί μια ασύμμετρη απειλή για την Ευρώπη και ολόκληρο τον κόσμο.

Το δεκαπενταμελές Συμβούλιο Ασφαλείας δήλωσε ότι το ισλαμικό κράτος πρέπει να ηττηθεί και η μισαλλοδοξία, η βία και το μίσος που ενστερνίζεται να παταχθούν. Εσκεμμένα, όμως, δεν βλέπει τη μελλοντική μετατόπιση του κινδύνου μέσα από τη μετακίνηση των πληθυσμών και τη δραστηριοποίησή τους αρχικά στην Ευρώπη και μετά σε ολόκληρο τον κόσμο.

Емил Радев (PPE). - Когато терористичната организация Ислямска държава в Ирак и Сирия се преименува единствено на Ислямска държава, никой от нас не можеше да предположи геополитическия ѝ ефект върху ситуацията в Близкия изток, войната в Сирия или крехката стабилност в Ирак. Изведнъж терористичната организация от една идея се превърна в брутална реалност и важен участник не само в горезиброените региони, но и с влияние върху международните партньорски отношения. В този ред на мисли, Кобане е символ на унищожението и погубените човешки съдби, но и на силата на духа на един народ. Изходът от битката за града неминуемо ще има стратегическо важно значение за борбата срещу Ислямска държава. Ако Кобане падне, шансовете да паднат Сирия и Ирак под контрола на терористите се увеличават. Ако Кобане бъде спасен, ще бъде дадена надежда на хиляди мирни граждани, независимо от етнически и религиозен произход, че Ислямска държава може да бъде победена с обединени сили.

Затова националните стратегически интереси трябва да бъдат загърбени в името на общата цел – победата над Ислямска държава и спасяването на още хиляди човешки животи. Важно е всички заедно – САЩ, европейските държави, Турция и другите коалиционни партньори, да окажем нужната подкрепа за кюрдското население, което води борбата на фронтоната линия. Приветствам индивидуалните действия на отделни държави, но и настоявам за ясна стратегия на международната общност за борба срещу Ислямска държава. Тази битка не е само на хората от Кобане, тя е битка на всички нас и ние имаме моралното задължение да я спечелим с обединени сили.

Pier Antonio Panzeri (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo aver non fatto in realtà un approfondimento capace di comprendere le tante differenze insite nei cambiamenti che hanno coinvolto i paesi arabi, oggi siamo costretti a scoprire che il radicalismo estremista ha sequestrato l'Islam ed è divenuto ormai il primo nemico innanzitutto dei musulmani. L'azione dell'ISIS accresce la confusione nell'area e destabilizza in modo più profondo di quanto non colpisca militarmente. Per questa ragione è un pericolo serio, ma non dobbiamo considerarlo uno scontro di civiltà, bensì un progetto politico che va assolutamente sconfitto e bisogna agire su più piani.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Non c'è solo l'opzione militare, sarà possibile vincere questa battaglia solo se i paesi della regione saranno protagonisti principali a partire dalla Turchia e dobbiamo essere consapevoli che non sarà possibile raggiungere risultati se l'indispensabile aspetto militare non sarà accompagnato da un adeguato processo politico che aiuti la destabilizzazione dell'area cercando di superare positivamente l'articolata mappa di timori e interessi interni alla coalizione internazionale.

Ангел Джамбазки (ECR). - В момента в сирийския град Кобане се извършва геноцид. Главорезите от Ислямска държава вече месеци наред обезглавяват, разстрелват, разпъват на кръст стотици мъже, отвличат хиляди жени, момичета и деца. Кюрди и язиди, християни, жертви на този геноцид, живеят мирно по тези земи от хилядолетия. Това е тежко престъпление срещу човечеството съгласно Конвенцията за преследване и наказване на престъплението геноцид на ООН, приета през 1948 г. Този геноцид срещу християните, кюрдите и язидите в Кобани, в Сирия и в Ирак се извършва от престъпната организация Ислямска държава със съучастие, съдействието, военната и логистична помощ на водената от президента Реджеп Таип Ердоган Република Турция.

Кобани е пример за кюрдско самоуправление и това е причината Ердоган да бездейства и да наблюдава безучастно клането, което извършват подкрепяните от него ислямисти над мирното население. Това е част от неговата неислямистка политика. Политиката на Турция в региона е насочена срещу интересите и сигурността на Европейския съюз, в частност срещу интересите и сигурността на България и Балканите.

Настоявам тази зала остро да осъди геноцида, извършван от Ислямска държава, и гласно да осъди и порицае съучастие на Република Турция и президента Ердоган в това военно престъпление срещу човечеството.

Marietje Schaake (ALDE). - Mr President, today we were listening to the plans of Commission President Juncker, and you would not have known that the world was on fire from hearing that. There was hardly a word on the urgent need for us to have an effective and common foreign and security policy.

Now we are literally watching yet another disaster unfolding in Kobane, and we should be urged to be more than bystanders. The time it takes before decisive action is taken to protect the people in Kobane resembles the world's paralysation in the face of the war in Syria. Remember the arguments used not to take effective action: if we removed Assad, then the Jihadists would take over? Today we still have both, along with 200 000 dead, millions on the run, and girls and women – particularly vulnerable – in an unacceptable manner being enslaved, raped and married off.

The EU must work with Turkey and avoid strengthening jihadists, who are also funded by actors in the Persian Gulf that we still consider allies. We must end this crisis, which is caused by misguided jihadists also from within the EU.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). - Expressamos a nossa veemente solidariedade com a população de Kobani, vítima de grupos armados terroristas desumanos e violentos. É importante condenar todas as formas de terrorismo, incluindo o terrorismo de Estado. A população de Kobani é vítima de grupos armados jihadistas com armas sofisticadas e com uma ideologia totalitária, que têm sido, desde há três anos, armados e financiados pelos aliados dos Estados Unidos da América, onde, de facto, sim, a Turquia teve também um papel importante, com o apoio dos Governos dos Estados Unidos da América e da União Europeia. Foi, aliás, esta a confissão feita este mês pelo próprio Vice-Presidente dos Estados Unidos, Joe Biden.

Como é evidente, não será mais ingerência, mais guerra, mais armamento e mais divisão e desestabilização do Médio Oriente que resolverá o problema. São exatamente as causas da proliferação do terrorismo que devem ser combatidas. Para que não se repitam os mesmos processos históricos, para que aprendamos com eles e para que não se branqueiem as responsabilidades políticas que estão à vista de todos.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Mario Borghesio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, se a poca distanza del confine dell'Europa si svolge a Kobane un genocidio, l'assenza surreale qui nell'Aula dell'Alto rappresentante ripropone la domanda: dov'è, se c'è, la politica estera dell'Europa? La Turchia ha già condizionato la sua eventuale partecipazione diretta alle operazioni della coalizione e alla creazione di un'area cuscinetto al confine con la Siria e di una *no-fly zone* che la Siria ha sempre visto come minaccia alla sua sovranità. Per altro verso i sunniti temono le milizie sciite filoiraniane almeno quanto i guerrieri del Califfato e in questa situazione non sarà certo agevole contrastare lo Stato islamico.

La vicenda di Kobane rivela il vero ruolo della Turchia, che ha perfino scavato un vallo alla frontiera per impedire il passaggio delle auto dei profughi da Kobane. Si è rifiutata di aprire un corridoio umanitario e si è comportata con ambiguità sul passaggio dei jihadisti che Erdogan ha definito turisti, addirittura incoraggiati a varcare il confine per abbattere il regime di Assad.

Siamo sicuri che il vero obiettivo confine di questo conflitto sia la sconfitta del Califfato o non invece la creazione di una nuova entità statale sunnita fra Siria e Iraq? Siamo sicuri che si possa realmente sconfiggere l'ISIS senza un coinvolgimento della Siria?

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, Syria has become a major humanitarian challenge facing the world today. The war there has killed hundreds and thousands; it has displaced more than 6.5 million people inside the country and it has forced more than three million to flee for their lives beyond the borders. The flagrant violation of international law by all sides in the Syrian conflict must be confronted and referred to the International Criminal Court.

The rise of ISIS, the continued activities of al-Qaeda, and the growing strength of Boko Haram make it clear that there is no room for complacency among the international community when it comes to the growth of extremism. We must unite, we must mobilise to confront this threat and we must do so with a real sense of urgency. Everywhere we look at this time we see a world beset by warfare and terror on many fronts, heart-rending reports of escalating casualties and refugee numbers, the slaughter of innocents and the suffering of children and vulnerable adults in northern Iraq and Syria.

The town of Kobane has become a crucial symbolic battleground in the war against ISIS. Having been under siege for a month now, it is heart-breaking to see mothers, young children and vulnerable adults involved in defending the city, which has come under sustained attack from ISIS fighters. Over 180 000 Syrians have been displaced to Turkey by the fierce fighting in Kobane alone and yes, the Commission has increased its humanitarian budget for the Syrian crisis in 2014, but we must question whether we are doing enough to stop the ISIS advance. We must question whether we are doing enough to help the three million refugees, many of them children, who are now spread across Jordan, Turkey, Lebanon, Iraq, Egypt and parts of North Africa.

More pertinent is what awaits the people who remain in Kobane, a besieged people short of fuel, food, weaponry and without adequate international support. We must not just question, we must act. We have a duty to act, and this Union has a moral obligation to help civilians in Kobane to do everything in its power, from both a humanitarian and political perspective, to stop the advance of ISIS and deal with the refugee crisis that is threatening to tear that region apart.

Neena Gill (S&D). - Mr President, we have a desperate situation in Kobane, therefore it is crucial that we bolster groups in Iraq and Syria who are fighting IS. We also need to make sure that we have sufficient safeguards in place through a coordinated approach, not just to avoid arms falling into the hands of IS, as has happened to a batch of US weapons dropped in Kobane on Monday according to reports that I have seen. When we talk about the threat posed by IS it is crucial that we do not forget that the Assad regime is partly responsible for their success. It has been fostering the development of IS over the past years, as part of its strategy to create an illusion that on the one hand opposition groups who are fighting for democracy and, on the other hand, terrorists, are one and the same.

Therefore, I welcome Monday's decision to further strengthen sanctions on the Syrian regime. It is clear that to me we need to offer full support to the moderate Syrian opposition in its goal to ensure inclusive and democratic political transition, and we need to urge the Iraqi leadership to make sure that all groups in society have substantive participation in government. A unified response to ISIS will only be possible if these conditions are met.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

David Campbell Bannerman (ECR). - Mr President, I had the privilege to be elected as the new President of the EU-Iraq delegation last week. I made it very clear that our priority must be to destroy ISIL in Iraq and Syria and wherever ISIL resides, including on our own streets in Europe. Mosul has just held the last Christian mass after 1 600 years. Even babies are being beheaded and 1.8 million people are internally displaced in Iraq. I strongly support US, British, NATO and Arab nations' air strikes against ISIL, but we are facing the equivalent of a core of 30 000 ISIL troops. It cannot be done overnight.

I had the opportunity to meet the Prime Minister and Foreign Minister of Turkey two weeks ago, with whom I directly raised concerns about Kobane. Turkey's very positive announcement to allow Iraqi Kurdish fighters across its border into Kobane, particularly with their sensitivities about the PKK, is most welcome.

We should support the Kurdistan Regional Government but not get too close to the Iranian regime. In this regard we should say that the enemy of your enemy is not necessarily your friend. I intend to play a constructive role to ensure that all tools – military, political, economic and humanitarian – are used to destroy ISIL and to protect minorities from these purveyors of evil.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Die Abwesenheit der Hohen Vertreterin heute ist wirklich unerklärlich. Es ist ihre letzte Chance gewesen, in diesem Plenum zu erscheinen. Das ist wirklich nicht nachvollziehbar. Und genauso hat die Abwesenheit außenpolitischer Bemerkungen im Programm Jean-Claude Junckers heute Morgen gezeigt, dass dieses Parlament eigentlich der falsche Ort für eine Debatte ist. Es gibt keinen gemeinsamen europäischen Ansatz. Der Rat tut nichts, auch wenn zwischen den Außenministerien sicher zahllose EU-KOR hin und hergehen und man das Gefühl hat, man täte etwas. Es passiert nichts.

Was notwendig ist, ist stattdessen ein Nato-Sondergipfel. Nur in der Nato ist die Türkei wirklich beim Portepée zu packen, dort kann sie sich nicht entziehen, dort kann sie aufgefordert werden, gegen ISIS eine klare Position zu beziehen. Das ist die einzige Chance, wie wir es schaffen können.

Die Europäische Union – und ich bedauere das als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses dieses Hauses außerordentlich – ist der falsche Ort für die Debatte. Diese Debatte gehört in die Nato, weil die Nato die einzige Organisation ist, die das Ganze regeln kann. Der Rat tut nichts. Die Hohe Vertreterin ist abwesend. Ich glaube, das sagt alles.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, η επίθεση του ισλαμικού κράτους στο Κομπάνι αποτελεί σταδιακή μετεξέλιξη της επέμβασης των Ηνωμένων Πολιτειών στο Ιράκ. Αποτελεί επίσης σταδιακή εξέλιξη της προσπάθειας των Ηνωμένων Πολιτειών και της Τουρκίας να επιβάλουν τη δική τους άποψη στο θέμα 'Συρία'. Σήμερα, όλοι αυτοί καλούνται να αντιμετωπίσουν αυτό που δημιούργησαν. Είναι γι' αυτό το λόγο που οι Κούρδοι έχουν καταστεί το σύμβολο της αντίστασης.

Μέσα σ' αυτό το πλαίσιο, η Τουρκία, φοβούμενη ένα μεγαλύτερο Κουρδιστάν, καμώνεται πως δεν καταλαβαίνει τι πρέπει να κάνει, ενώ την ίδια ώρα αντί να μηδενίζει, όπως διακηρύσσει, τα προβλήματα της με τους γείτονες, τα πολλαπλασιάζει. Αντί να επιχειρήσει αυτό που διακηρύσσει, ανοίγει νέες περιπέτειες στέλνοντας τα πλοία της για έρευνες στην Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη της Κύπρου, παραβιάζοντας κάθε αρχή του διεθνούς δικαίου.

Εμείς είμαστε στο πλευρό των Κούρδων και καλούμε την Ευρωπαϊκή Ένωση να συμβάλει στην ενσάρκωση αυτού του δικαιώματος με σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα και τις αποφάσεις των Ηνωμένων Εθνών.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). - Señor Presidente, la lucha por el control de Kobane por parte del DAESH tiene una doble importancia: estratégica, por el control de las rutas de suministros clandestinos ilegales, y política, por la provocación también para Turquía en territorio sirio. La sombra del PKK impide —eso dicen los analistas turcos— la respuesta necesaria de un país que tiene uno de los ejércitos más poderosos de la tierra.

Autorizar el paso de los peshmergas, a mi juicio, es insuficiente. Mientras tanto, Abdulá Ocalan, el líder del PKK, continúa en prisión permanente, en cadena perpetua, en la isla de Imrali, en el mar de Mármara. Con eso lo digo todo.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Mientras tanto, el DAESH ha matado ya a setecientas personas y ha producido un desplazamiento masivo de población kurda mayoritaria en Ain al-Arab.

A mi juicio, los peshmergas que combaten y los que están por llegar necesitan ayuda militar rápida y efectiva. Por aire, los ataques de la coalición son insuficientes y el DAESH continúa sus ataques indiscriminados a la población civil.

¿Qué pasa en Irak y en Siria? Decapitaciones, esclavitud sexual, reclutamiento de niños, secuestros, masacres a minorías religiosas —más de doscientos mil muertos según Naciones Unidas—; 6,4 millones de desplazados internos en Siria, 5,2 millones de personas en Irak y 11 millones de sirios necesitan ayuda humanitaria inmediata por la llegada del invierno.

La Unión Europea ha aportado, señor Presidente, 3 000 millones de euros en ayuda para Siria e Irak, pero la situación sigue, no se contiene. Se necesitan más donantes y más determinación militar por parte de la coalición.

El virus integrista del pretendido califato se extiende y hay que neutralizarlo, hay que pararlo antes de que invada con el terror países de allí y de aquí. Allí exterminan, pero aquí acabarán haciendo efectiva lo que ya no es una amenaza, sino un hecho real: los servicios de inteligencia de la Unión Europea ya no dudan de que atacarán aquí. Lo único que queda por saber es cuándo y cómo, qué día y qué país.

Tenemos necesariamente que reaccionar, señor Presidente.

Eugen Freund (S&D). - Mr President, one of the real tragedies of Kobane is that it has also served as an enormous distraction. The international media has a front row seat on the hills in Turkey and beam with their tele-lenses and dishes the daily destruction into our living rooms. But we are witnessing a microcosmos of the war and thereby forgetting the bigger picture. This war in Syria has been raging on for more than three years, with over 200 000 dead and millions displaced. Yes, ISIS is a big threat to the stability of the region – but what stability, I may ask? ISIS has also contributed to the diplomatic resurgence of President al-Assad. We must not forget that he started the war against his own people, and now he is coming very close to being courted again. That must not happen, dear colleagues. I sincerely hope that Federica Mogherini, the new Foreign Affairs Commissioner, will bring a decisive European voice to the table – a voice that has been absent for too long.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bronis Ropė (Verts/ALE), pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas. – Iš tikrųjų šalia Europos šiandien yra pakankamai nemažai židinių, kurie mums neduoda ramybės, bet kol kas, ačiū Dievui, Europos viduje neturime didesnių problemų. Šiandien Europa savo saugumą užtikrina bendradarbiaudama su NATO sistema.

Kaip jūs manote, ar mes ateityje turime tobulinti bendradarbiavimą su NATO, ar Europa turėtų kurti savo saugumo sistemą ir, sakykime, užtikrinti saugumą Europos viduje ir kartu padėti užtikrinti saugumą pasaulyje?

Eugen Freund (S&D), blue-card answer. – I see clearly that you are trying to put me on the spot, but in any case I think that there needs to be close cooperation with NATO in all respects. Mr Lambsdorff has pointed out – rightly so – that NATO has to play an important role in this affair, particularly as far as Turkey is concerned. But I still think that the Europeans have to get their act together and have to see what they can contribute in order to solve problems like the ones that are immediately in front of their doorsteps.

Branislav Škripek (ECR) - V posledných týždňoch som videl šokujúce videá, fotografie o otrasnom správaní rebelov islamského štátu, stínanie hláv, mučenie, beštiálne prejavy. Musíme sa naozaj pokúsiť to zastaviť. Vyjadrujem hlboké pohnutie nad touto situáciou a modliem sa v týchto dňoch za božie posilnenie tých ľudí v utrpení a neľudskosti. Kobane leží v regióne, kde je zmiešaná populácia Kurdov, umiernených moslimov a Syriakov, ako sa nazývajú kresťania v tomto priestore Blízkeho východu, kde ich je jeden milión. Doteraz tam žili v pokoji a mali rovnaké práva. Ako Európska únia by sme mali, po prvé, odhaliť verejnosti preukázať totožnosť predstaviteľov tzv. islamského štátu a označiť ich za zločincov. Ich činy vyhlásiť za zločiny proti ľudskosti a v budúcnosti ich pohnať pred medzinárodný súd. Po druhé, pomôcť finančne aj materiálne aktivistom demokratických iniciatív v regióne Kobane. Po tretie, pomôcť oficiálnym predstaviteľom syriackych kresťanov, ktorí pôsobia v exile aj v Bruseli ako občianske združenia, finančne aj materiálnou pomocou, a po štvrté, vyzvať Turecko, aby žiadnym spôsobom nepodporovali islamský štát.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ελένη Θεοχάρους (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, το ισλαμικό κράτος αποτελεί θανάσιμη απειλή για τον δημοκρατικό κόσμο στο σύνολό του και στο Κομπάνι δίνεται αυτή τη στιγμή η μάχη της πολιτισμένης ανθρωπότητας. Τα ιδανικά του ελεύθερου κόσμου τα υπερασπίζονται οι Κούρδοι μαχητές, στον συνεχή απελευθερωτικό αγώνα των οποίων είχα την τιμή να λάβω μέρος και να τους στηρίξω ενεργά ως γιατρός. Οι κούρδοι μάχονται το ισλαμικό κράτος και μένουμε άναυδοι αναλογιζόμενοι την αγριότητα των ισλαμιστών, τη γενναιότητα των υπερασπιστών του Κομπάνι και τη δικιά μας απάθεια.

Ο κύριος Πιτέλα μας είπε σήμερα πως η έλλειψη θάρρους των ηγετών μας είναι ο μεγαλύτερος εχθρός της Ευρώπης. Συμφωνώ απόλυτα. Είναι ακριβώς αυτή η έλλειψη θάρρους που επέτρεψε την εκκόλαψη δικτατοριών και του φανατικού θρησκευτικού μένους, την εγκατάλειψη ανυπεράσπιστων πληθυσμών, την εγκατάλειψη του Κομπάνι. Είναι σειρά λαθμενών επιλογών που οδήγησε στα σημερινά αδιέξοδα. Θεωρώ εκπληκτική, ωστόσο, την στάση πολλών παραγόντων που αναμένουν ότι η Τουρκία που καταδυναστεύει τους κύπριους και τους κούρδους για χρόνια, κατέχει την μισή Κύπρο και έχει σβήσει έξι χιλιάδες κουρδικά χωριά από τον χάρτη, θα πολεμήσει αυτούς που πολεμούν τους χειρότερους εχθρούς της, τους κούρδους και το καθεστώς του Άσαντ.

Τιμώ το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο που συζητά το ζήτημα του Κομπάνι. Και μίλησα πολλές φορές για τους ισλαμικούς κινδύνους που βρίσκονται ήδη μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση και βεβαίως η Κύπρος βρίσκεται στο επίκεντρο της κρίσης και από το έδαφός της τα συμμαχικά αεροσκάφη χτυπούν τους φανατικούς ισλαμιστές. Αλλά, δυστυχώς, η Διάσκεψη των Προέδρων δεν συγκάτενευσε να συζητήσει και την πολεμική επιχείρηση κατάληψης των θαλασσών της Κύπρου από το τουρκικό ναυτικό. Η Κύπρος, κράτος μέλος από το 2004, που μπήκε στην Ευρωπαϊκή Ένωση με στόχο την απαλλαγή της κατοχής των εδαφών της και τη λύση του προβλήματος στη βάση των αρχών και αξιών μας, παρακολουθεί το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να αδιαφορεί και να ανέχεται τον βιασμό του διεθνούς νόμου. Παρόμοια λάθη έγιναν και σε άλλες περιπτώσεις.

Πρέπει να στηρίξουμε τους πρόσφυγες της Συρίας και τους υπερασπιστές του Κομπάνι. Αλλά, πρέπει να στηρίξουμε και την Κύπρο που δεν δέχεται μόνο βερμπαλιστική επίθεση και φραστικές απειλές, αλλά πλήρους κλίμακας επίθεση από τον στόλο της Τουρκίας, η οποία καταπατά βάναυσα το ευρωπαϊκό κεκτημένο και τον διεθνή νόμο. Η υποκρισία και η δειλία των ηγετών μας πρέπει να σταματήσει. Ο κυπριακός λαός αισθάνεται βαθύτατα απογοητευμένος και είναι υποχρεωμένος να στρέψει το βλέμμα σε άλλες κατευθύνσεις αναζητώντας αξιόπιστη συμπεριφορά.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, Η κατάσταση στο Κομπάνι συνεχίζει να είναι άκρως επικίνδυνη. Οι Κούρδοι συνεχίζουν να μάχονται με όλα τα διαθέσιμα μέσα, απέναντι στους τζιχαντιστές αποτελώντας παγκόσμιο παράδειγμα αντίστασης και αγωνιστικότητας.

Οφείλουμε να τους βοηθήσουμε έμπρακτα και όχι μόνο με διακηρύξεις.

Το Ισλαμικό κράτος, από την άλλη, συνεχίζει την φρικαλέα δράση του. Πρέπει να εντοπιστούν οι μηχανισμοί ελέγχου της ανατροφοδότησης και της ενίσχυσης των τζιχαντιστών. Το δίκτυο και αυτοί που το στηρίζουν πρέπει να απομονωθούν από τη διεθνή κοινότητα.

Αλήθεια, ποιοί τους εξοπλίζουν; Ποιοί τους ενισχύουν οικονομικά για να μπορούν να συντηρήσουν το δίκτυο τους;

Δεν είναι μόνο η Τουρκία η οποία τηρεί αυτή την απαράδεκτη και υποκριτική στάση και επιπρόσθετα δημιουργεί κι άλλα προβλήματα στα ευρωπαϊκά σύνορα εντός της κυπριακής Αποκλειστικής Οικονομικής Ζώνης, αλλά υπάρχουν και άλλες δυνάμεις οι οποίες αρνούνται να αναλάβουν έμπρακτα τις δικές τους ευθύνες.

Η μάχη του Κουρδικού λαού, είναι μάχη της παγκόσμιας νομιμότητας και της Διεθνούς Κοινότητας. Το λιγότερο που οφείλουμε να κάνουμε είναι να σταθούμε δίπλα τους.

El Presidente. - Les pediría a los oradores —así me lo trasladan los intérpretes— que, por favor, hablen más pausadamente porque a veces es muy difícil poderles seguir.

Richard Sulík (ECR) - Keď sa bavíme o Kobani, mali by sme aj otvorene pomenovať, ako došlo k tak masívnej destabilizácii celého regiónu, a takej masívnej, že mohol vzniknúť islamský štát. Tu, bohužiaľ, musím vysloviť masívnu kritiku na veľkého spojenca Európy, na adresu Spojených štátov amerických. Kam USA chceli doniesť demokraciu, tam doniesli chaos. Egypt, Líbya, Afganistan, Irak, Sýria, všade namiesto demokracie doniesli jeden obrovský chaos. Najmä Irak v roku 2003 je veľkým hriechom Spojených štátov amerických, neskôr nasledovala Sýria, dnes práve na území Iraku a Sýrie vznikol islamský štát. Kobani je v prvom rade „dezaster“ americkej zahraničnej politiky. Európarlament s nejakou deklaráciou alebo takouto diskusiou nevyrieši vôbec nič a aj pani barónka Ashton to dáva jasne najavo, čo si myslí o váhe Európskeho parlamentu tým, že tu nikdy nie je, ale myslím si, že by sme mali veci aspoň jasne pomenovať, teda príčiny.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Jeroen Lenaers (PPE). - Voorzitter, ik sluit me graag aan bij iedereen die zijn afschuw over de ontwikkelingen en gebeurtenissen in Kobani heeft uitgesproken. De beelden die ons vanuit Kobani hebben bereikt hebben op ons allemaal een diepe indruk gemaakt.

Het belang van dit debat is dan ook voor iedereen duidelijk, behalve schijnbaar voor de Europese Commissie. Ik sluit me graag ook aan bij de mensen die iets gezegd hebben over de schandalige wijze waarop de Commissie hier vandaag afwezig is. Want de urgentie van dit debat zou toch ook voor de Europese Commissie duidelijk moeten zijn.

Twee weken geleden hadden wij Koerdische demonstranten in het Europees Parlement, Koerdische demonstranten die bang en boos waren vanwege het uitblijven van een Europees en internationaal antwoord op de gevaren in Kobani. Deze demonstranten kwamen niet naar het Parlement om te horen over onze mooie woorden, onze mooie resoluties die we ter ondersteuning hebben aangenomen. Ze wilden actie om de veiligheid van hun families, hun vrienden in Kobani te garanderen.

Die Europese antwoorden, die internationale antwoorden blijven voorlopig uit. President Juncker zei vanochtend: "IS is de vijand van onze Europese waarden, IS is de vijand van alles waarop Europa gebouwd is". En toch blijft een Europees antwoord voorlopig uit. We laten in Syrië, zoals gebruikelijk, de Verenigde Staten de hete kastanjes uit het vuur halen. IS is een bedreiging voor de toekomst van het continent, een bedreiging voor de internationale veiligheid en een bedreiging voor onze Europese waarden. Het wordt hoog tijd dat er een einde komt aan de oorverdovende stilte vanuit Europa.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, οι αγριότητες του Ισλαμικού κράτους ξεπερνούν την πιο νοσηρή φαντασία. Η αντιμετώπισή τους είναι επιτακτική ανάγκη. Σε αυτό το πλαίσιο, το μαρτυρικό Κομπάνι και η άρση της πολιορκίας του έχει ισχυρό ουσιαστικό και συμβολικό χαρακτήρα. Πέρα λοιπόν από τη συνέχιση της ανθρωπιστικής και υλικότεχνικής βοήθειας σε όσους αντιστέκονται απέναντι στο Ισλαμικό κράτος, θεωρώ ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να αναλάβει την πρωτοβουλία για να πραγματοποιηθεί διάσκεψη όλων των εμπλεκόμενων κρατών, ώστε να διασφαλίζεται σαφές σχέδιο κοινής δράσης απέναντι στους τρομοκράτες, με στόχο βεβαίως την ειρήνη και την ευημερία της ευρύτερης περιοχής.

Η αντιμετώπιση του Ισλαμικού κράτους θα είναι καταστροφικό να γίνει μνημείο τακτικισμών προς όφελος εθνικών και περιφερειακών συμφερόντων. Δεν μπορούμε να αποδεχθούμε, σε καμία των περιπτώσεων, ασκήσεις ισορροπίας σε ένα τόσο σοβαρό ζήτημα και ιδιαίτερα από χώρες που είναι προς ένταξη, όπως είναι βεβαίως η Τουρκία.

Francisco Assis (S&D). - Kobani é uma pequena cidade, concreta e real, onde neste momento alguns, poucos, milhares de curdos resistem heroicamente ao assédio do Estado Islâmico e, por isso mesmo, se tornou um símbolo perante toda a comunidade internacional e, como tal, interpela-nos particularmente.

É verdade que o que está a acontecer naquela região resulta de profundas mudanças geopolíticas verificadas nos últimos anos: algumas resultaram de movimentações internas, outras foram um produto de algumas interferências externas.

Mas este não é um momento apenas de reflexão ou de análise, este para a União Europeia tem que ser um momento de ação, de ação em vários sentidos. Desde logo, de ação humanitária perante os curdos, perante estes seres humanos em concreto que estão a sofrer à vista de todo o mundo. Em segundo lugar, de uma forte ação diplomática, tendo em vista criar as condições de resolução estrutural do conflito. E em terceiro lugar, a União Europeia também não pode deixar de apostar em apoiar claramente, sob todas as formas, aqueles que neste momento contribuem, neste momento estão no terreno a combater o Estado Islâmico.

O Estado Islâmico é, desde logo e sobretudo, uma ameaça para toda aquela região, mas é também uma ameaça muito profunda para a Europa.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

David McAllister (PPE). - Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die unvorstellbaren Gräueltaten, Morde und Menschenrechtsverletzungen durch den ISIS und andere Terrorgruppen sind auf das Schärfste zu verurteilen. Wir müssen den ISIS mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln stoppen, und zwar umgehend und entschlossen. Eines sollte jedoch in der Tat nicht vergessen werden: Die Stärke von ISIS in Syrien ist durch den brutalen Krieg von Präsident Assad gegen sein eigenes Volk möglich geworden. Ich möchte daher darauf hinweisen, dass der Rat für Auswärtige Angelegenheiten diesen Montag beschlossen hat, dass das Assad-Regime weiterhin kein Partner im Kampf gegen den ISIS sein kann. Es sind bekanntermaßen auch zusätzliche Sanktionen gegen Syrien beschlossen worden.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

ISIS ist der Feind unserer europäischen Werte. Das hat heute Vormittag Jean-Claude Juncker im Plenum ausdrücklich hervorgehoben. Und im Kampf gegen ISIS wie im Kampf gegen andere Terrorgruppen ist der Einsatz von militärischen Mitteln genauso wichtig und dringend notwendig wie die humanitäre Hilfe. Beide Komponenten müssen jetzt unter Federführung der neuen Hohen Beauftragten Mogherini in eine längerfristige politische Strategie gegen den Terror im Irak und in Syrien eingebunden werden. Das ist jetzt unsere dringende Aufgabe.

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Pred 17 rokmi napísal pán profesor Huntington vo svojej knihe Stret civilizácií o tom, že 21. storočie sa stane dejiskom stretu civilizácií a že najväčším konfliktom bude práve konflikt našej západnej civilizácie s čínsko-islamskou. Po skončení studenej vojny žila naša západná civilizácia v ilúzii, že naše hodnoty ovplyvňujú život celej planéty a snažili sme sa tieto naše hodnoty implantovať do celkom iných kultúr. Dnes preto stojíme pred tvrdou realitou, ktorá je výrazne odlišná od toho, čo sme v tom čase očakávali. Kultúrne a náboženské konflikty medzi jednotlivými časťami sveta, ktoré nahradili konflikty ideologické, k tomuto stretu civilizácií veľmi jednoznačne vedú. Musíme si preto uvedomiť, že budúcnosť tzv. západnej civilizácie bude zaistená len vtedy, ak budeme jednotní. Globálna politika je dnes už multipolárna a multicivilizačná a v tomto kontexte sa aj otvára otázka, do akej miery v budúcnosti chce Európska únia pracovať na svojej vlastnej vojenskej sile alebo do akej miery budeme iniciátormi lepšej spolupráce v rámci Severoatlantickej aliancie.

Νότης Μαρτιάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση στο πολιορκημένο Κομπάνι είναι ιδιαίτερα κρίσιμη. Οι κίνδυνοι για την περιοχή εκ μέρους του Ισλαμικού Χαλιφάτου έχουν αυξηθεί το τελευταίο διάστημα. Αλλά οι τζιχαντιστές έχουν αποδρασυνθεί λόγω της στάσης της Τουρκίας, η οποία καλύπτει και ενθαρρύνει τη δράση τους. Και σαν να μην έφτανε αυτό, η Τουρκία ρίχνει λάδι στη φωτιά δυναμιτίζοντας την κατάσταση στην περιοχή της ανατολικής Μεσογείου καθώς το τουρκικό σειсмоγραφικό σκάφος 'Μπαρμπάρος', συνοδευόμενο από δύο τουρκικά πολεμικά σκάφη, πραγματοποιεί παράνομες έρευνες στην υφαλοκρηπίδα και στην Οικονομική Αποκλειστική Ζώνη της Κύπρου, δημιουργώντας κινδύνους για την ειρήνη.

Gια αυτό το λόγο, κύριε Πρόεδρε, τη Δευτέρα είχα ζητήσει να συζητήσουμε την παράνομη και προκλητική στάση της Τουρκίας κατά της Κύπρου στη σύνοδό μας αυτή. Δυστυχώς, η πρότασή μου αυτή απορρίφθηκε από το Προεδρείο χωρίς να έχω μάλιστα τη στήριξη από κανέναν βουλευτή του Σώματος. Όταν τελικά το ζήτημα συζητηθεί στη σύνοδο του Νοεμβρίου, κύριε Πρόεδρε, στις Βρυξέλλες, εύχομαι να μην είναι αργά.

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, ne mogu se oteti dojmu da još jednom znamo što nećemo, znamo što hoćemo, ali nažalost ne znamo kako. Kao da se ponavljaju neke situacije kojima smo bili svjedoci zadnjih mjeseci i zadnjih godina u raznim dijelovima svijeta.

Prije sam spomenuo, kada sam postavio pitanje g. Stieru, podsjeća li ga ova situacija na ono što je bilo u Vukovaru za kojega možda nitko nije ni čuo do sukoba na području Balkana, je li netko od vas čuo za Srebrenicu prije nego što se dogodilo ubojstvo tisuća i tisuća ljudi? Ja za Kobane nisam čuo do nedavno.

Želim ovdje pozvati sve da učinimo sve da nevini ljudi, tisuće, desetke tisuća, stotine tisuća ne nastrada, jer će to biti njihova sudbina ako se mi ne pomaknemo.

Janusz Korwin-Mikke (NI). - Mr President, I would like to remark that the Charter of the North Atlantic Treaty Organisation (NATO) clearly states that NATO can act when a member of the pact is attacked. Neither Syria nor Iraq is a member of NATO, so NATO cannot do anything.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, ho seguito con grande interesse il dibattito, che giunge in un momento politicamente opportuno e drammatico per molti aspetti e vi ringrazio delle considerazioni.

Sono sicuro che la nuova Alto rappresentante e Vicepresidente Federica Mogherini, a cui auguro buon lavoro, vi terrà aggiornati sugli sviluppi in termini politici e di sicurezza e sulle risposte dell'Unione europea alla crisi a Kobane e più in generale in Siria e in Iraq.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

La priorità immediata è sostenere gli sforzi regionali e internazionali per arginare e sconfiggere l'ISIS, a Kobane e nel resto della regione. Oggi Kobane è il simbolo della resistenza contro l'ISIS, è necessario che diventi per tutti i siriani e gli iracheni il simbolo della possibilità di sconfiggere l'ISIS e di mettere fine al suo regime terroristico. Prendiamo nota della decisione del governo turco di facilitare il passaggio dei curdi iracheni peshmerga per venire in aiuto dei curdi siriani che difendono Kobane. L'ho detto in apertura, lo ribadisco in queste conclusioni, è fondamentale che tale decisione si traduca in atti concreti il più presto possibile. Per quanto riguarda l'aiuto umanitario un ulteriore importante pacchetto di aiuti è allo studio della Commissione.

L'Unione europea continuerà a sostenere la sovranità e l'integrità territoriale dell'Iraq e della Siria, ad adoperarsi per alleviare le sofferenze di tutte le persone coinvolte loro malgrado negli scontri in questi due paesi e ad assistere i paesi limitrofi, specialmente il Libano e la Giordania, che si trovano ad affrontare sfide enormi sul piano sociale e della sicurezza. Sul tema del traffico illecito di petrolio che è stato richiamato più volte, l'ISIS è già designato dalle sanzioni delle Nazioni Unite, l'effettiva e concreta attuazione delle risoluzioni del Consiglio di sicurezza è essenziale per questo e l'Unione europea interviene attivamente presso tutti gli attori regionali affinché assicurino il rispetto di tali obblighi.

Sarà necessario un impegno costante da parte nostra e della comunità internazionale. Lunedì il Consiglio Affari esteri ha chiesto all'Alta rappresentante e Vicepresidente di elaborare una strategia complessiva per la Siria e l'Iraq, e contro la minaccia dell'ISIS, che tenga conto della dimensione diplomatica e di quella politica, dei problemi relativi alla sicurezza, degli aspetti umanitari e dello sviluppo socioeconomico. La strategia complessiva sarà elaborata entro la fine dell'anno.

Il Parlamento europeo ha un ruolo importante nel sostenere questo sforzo. Il vostro impegno personale a difesa dei diritti e dei valori umani universali è indispensabile.

Onorevoli deputati, desidero ringraziarvi e dirvi che confidiamo sul vostro appoggio, oggi e nei prossimi mesi. Grazie per l'attenzione.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Der Präsident. - Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Comunitatea internațională trebuie să continue eforturile de susținere a apărării orașului Kobanê. Pentru noi orașul Kobanê a devenit un simbol al luptei împotriva fenomenului ISIL. Salut curajul forțelor kurde în această confruntare sângeroasă pentru apărarea orașului lor natal. Consider că este de o importanță deosebită creșterea angajamentului Uniunii Europene la efortul coaliției internaționale de anihilare a ISIL - flagel care amenință securitatea și stabilitatea în Orientul Mijlociu și spațiul euro-atlantic. Salut rolul important regional al Turciei și exprim speranța că autoritățile de la Ankara vor continua să acorde sprijin umanitar tuturor refugiaților, indiferent de etnie sau confesiune. Guvernul turc a alocat în total aproape patru miliarde de dolari pentru primirea de refugiați sirieni, acordându-le o asistență foarte importantă. Amenajarea a peste 20 de tabere de refugiați în zece provincii din Turcia a constituit o măsură esențială pentru ameliorarea catastrofei umanitare a persoanelor afectate de consecințele conflictului din Siria și a avansului militar a ISIL. Rolul Turciei în regiune este vital pentru securitatea spațiului european. Din această perspectivă, considerăm că Uniunea Europeană trebuie să continue și să aprofundeze consultările politice și cooperarea pe linie antiteroristă cu autoritățile de la Ankara, având ca obiectiv imediat eradicarea amenințării constituite de gruparea ISIL.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Le martyr de la ville kurde de Kobanê est le triste révélateur de l'impuissance de l'Union européenne face à la barbarie de l'État islamique. Si Kobanê tombe, ce sera une nouvelle défaite des puissances occidentales face au terrorisme islamiste. On ne peut que déplorer le partage inégal du fardeau de la défense entre l'Europe et les États-Unis, et au sein même de l'Europe. Les quelques frappes aériennes européennes en Syrie et en Irak ne sont pas à la hauteur du danger. Si elle veut être au rendez-vous de l'histoire, l'Europe doit cesser l'esquive stratégique qui la conduit à se comporter comme un consommateur de sécurité de la politique de défense américaine et devenir un producteur autonome de sa sécurité. Les Européens sont-ils capables de définir une vision commune du rôle de l'intervention militaire et sont-ils prêts à investir de façon substantielle dans l'Europe de la défense? Sont-ils déterminés à

Mittwoch, 22. Oktober 2014

développer une coopération stratégique avec la Turquie face à la contagion djihadiste? Anéantir l'État islamique doit être notre priorité. Mais l'Europe ne pourra pas faire l'économie d'une réflexion à plus long terme sur la nouvelle question d'Orient et sur la nécessité de garantir une solution politique durable au Moyen-Orient.

Tunne Kelam (PPE), in writing. – The world has turned a blind eye to violence against minority religious groups in the Middle East for too long. The region has been systematically cleansed of its original inhabitants for decades. The difference with today lies merely in the scale – IS is a threat to almost everyone, whereas earlier violence was better targeted and thus did not provoke such an outcry. Joint actions by global players need to intensify to prevent IS from gaining more ground. It is regrettable that in the Kobane region Turkey is playing more of an obstructive role than helping to stop the IS militants. Our commitment should be to help hundreds of thousands of refugees to safely return to their homes. Creating a safe haven for them will be a precondition for starting a positive reverse process. Returning home is the most human drive and it must be made possible. Since Mosul was taken in June, over 600 000 Assyrians have fled, part being forced into exile. If we do not create conditions for their safety and stable future, we might witness the extinction of this 7000-year-old culture and its people. I regret that during last plenary the EP resolution on Iraq, Syria and IS did not include a paragraph on safe havens as proposed by the EPP.

13. Lage in Hongkong (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Hong Kong (2014/2900(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli Parlamentari, Hong Kong è un partner importante per l'Unione europea: condividiamo valori come la libertà di espressione e lo Stato di diritto e abbiamo relazioni commerciali ed economiche fiorenti. Fra l'altro, Hong Kong è un canale indispensabile per gli scambi e gli investimenti tra l'Unione europea e la Cina.

Per soddisfare l'impegno assunto nel 1997 nei confronti del Parlamento europeo, la Commissione e il SEAE pubblicano relazioni annuali sugli sviluppi della situazione politica ed economica in Hong Kong, fin dal momento del passaggio della sovranità alla Cina. Pur aderendo alla politica di «una sola Cina», l'Unione europea tiene molto a garantire che il principio «un paese, due sistemi» sia pienamente rispettato e applicato.

L'Unione europea attribuisce grande importanza alla stabilità, alla prosperità economica e allo sviluppo democratico di Hong Kong, che dipendono a loro volta dal rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali sanciti dalla legge, compresi il diritto di riunirsi pacificamente, la libertà di espressione e l'indipendenza del sistema giudiziario.

Hong Kong si trova in una fase cruciale del suo sviluppo democratico. Abbiamo manifestato a più riprese il nostro sostegno all'introduzione del suffragio universale per l'elezione del capo dell'esecutivo nel 2017 e del Consiglio legislativo nel 2020. Siamo convinti che un governo responsabile contribuisca alla stabilità e alla prosperità, aiuti a mantenere la credibilità di Hong Kong e la sua posizione di centro imprenditoriale fondamentale a livello internazionale.

L'UE accoglie con favore il fatto che si sia svolta una consultazione pubblica e che la popolazione di Hong Kong abbia potuto esprimere la sua opinione sulle riforme elettorali. Il governo ha ricevuto più di 130.000 proposte, il che dimostra che Hong Kong ha una società civile estremamente attiva e dei cittadini che aspirano a un livello elevato di partecipazione politica.

Il dibattito ha tuttavia messo in luce una polarizzazione politica all'interno della società di Hong Kong e la difficoltà di trovare un compromesso, soprattutto sulla procedura di nomina dei candidati per il ruolo di capo dell'esecutivo.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Alla fine di agosto, il Comitato permanente dell'Assemblea nazionale del popolo cinese ha adottato una decisione di riforma elettorale che in molti, a Hong Kong, hanno giudicato troppo restrittiva e conservatrice: tale decisione potrebbe impedire di fatto la partecipazione di candidati pandemocratici, in quanto prevede che i candidati siano approvati da almeno 600 dei 1.200 membri del comitato di nomina.

Pur essendo giuridicamente conforme alla legge fondamentale, politicamente questa decisione è stata difficile da accettare per molti cittadini di Hong Kong e ha sollevato proteste, che proseguono ormai da più di tre settimane.

Le proteste sono state in gran parte pacifiche, grazie alla notevole moderazione di cui hanno dato prova sia i manifestanti che le forze di polizia, anche se purtroppo si sono verificati alcuni incidenti. Il governo di Hong Kong, pur appoggiando la decisione presa da Pechino, ritiene che esista il margine di flessibilità necessario per trovare una soluzione di compromesso.

Accogliamo con favore i colloqui svoltisi ieri tra il governo e i rappresentanti degli studenti. Sono il primo passo per un dialogo che potrebbe condurre a una soluzione accettabile per tutte le parti.

In molte occasioni abbiamo manifestato ai nostri interlocutori di Hong Kong il sostegno dell'Unione europea all'introduzione del suffragio universale. Abbiamo espresso le nostre preoccupazioni per la situazione anche ai rappresentanti del ministero degli Affari esteri cinese a Hong Kong.

In occasione dei loro incontri con il capo dell'esecutivo Leung, tenutisi in maggio a Bruxelles, i presidenti Van Rompuy e Barroso hanno sottolineato l'importanza che rivestono per noi lo Stato di diritto, le libertà e i diritti fondamentali e l'introduzione del suffragio universale.

Sia a Hong Kong che a Bruxelles, proseguono le nostre consultazioni in stretto coordinamento con gli Stati membri, che seguono col massimo interesse l'evolversi della situazione.

Speriamo vivamente che le parti proseguano il dialogo e raggiungano un consenso su un equo sistema elettorale.

Cristian Dan Preda, în numele grupului PPE. – Am urmărit, cred, cu toții, cu mare atenție, ceea ce se întâmplă în ultimele două luni la Hong Kong, un partener important al nostru, și comercial, și politic și așa dori, în primul rând, să-mi exprim regretul că Uniunea a fost tăcută sau atât de tăcută în privința situației din Hong Kong. Cred că nu trebuie să ne sfiim să apărăm democrația în toate părțile globului, să spunem cât de importante sunt în orice moment libertatea de expresie, libertatea politică, între altele, aceea de a participa la alegeri și de a vota. Votul universal nu are nicio valoare dacă procesul de validare a candidaturilor este îngrădit înainte de vot. Am mai amintit, atunci când vedeam ce se întâmplă în Hong Kong, de o veche observație pe care o făcea cu mai bine de jumătate de secol, cu referire la regimurile totalitare Raymond Aron, care spunea că în aceste regimuri nu alegătorii decid cine conduce, ci conducătorii decid cine votează. La Hong Kong este o mică nuanță care a fost introdusă, pentru că avem impresia că nu alegătorii stabilesc cine guvernează, ci guvernarea selectează candidaturile. E inacceptabil acest lucru și, din punctul de vedere al Uniunii, așa cum înțelegem noi democrația și așa spune și din punctul de vedere al promisiunilor făcute de Beijing în urmă cu mai mulți ani. Sigur că am fost plăcut surprins de natura preponderent pașnică a demonstrațiilor și sper ca în continuare ambele părți să demonstreze reținere și să evite utilizarea forței, pentru că, dacă s-ar complica situația din punctul de vedere al violenței, sigur că lucrurile ar căpăta o dimensiune foarte gravă. Dialogul de ieri poate reprezenta, cred, un pas spre găsirea unei soluții acceptabile pentru ambele părți, pentru asta, însă, cred că autoritățile de la Beijing trebuie să dea dovadă de o atitudine deschisă și să accepte cererile pentru mai multă reprezentativitate în procesul de stabilire a candidaturilor.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Jo Leinen, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die S&D-Fraktion in diesem Haus will definitiv dazu beitragen, eine friedliche Lösung der Konflikte in Hongkong zu erreichen. Für eine friedliche Lösung brauchen wir den Dialog der Exekutive von Hongkong mit den Vertretern der Zivilgesellschaft, die auf die Straße gegangen sind. Dieser Austausch der Meinungen gestern war ein guter Beginn. Wir brauchen eine ganze Serie solcher Dialoge, um eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden. Wir warnen auch davor, diesen Konflikt zu eskalieren. Das nützt niemandem. Es ist Zurückhaltung geboten, sowohl bei den Sicherheitsorganen als natürlich auch bei den Protestierenden. Immerhin muss man auch sagen, dass die öffentliche Ordnung in der Stadt Hongkong aufrechterhalten werden muss. Gewaltsam lässt sich dieser Konflikt einfach nicht lösen.

Was ist der Konflikt? Wir wissen, dass der *Basic Act*, die Verfassung von Hongkong, als letzte Stufe allgemeine Wahlen für den Stadtchef vorgesehen hat. Das soll jetzt 2017 durchgeführt werden. Die Methode, wie das geschehen soll, ist im Annex zu dem *Basic Act* niedergeschrieben. Es gibt eine große repräsentative Versammlung mit Vertretern der Wirtschaft, der Politik, der Zivilgesellschaft und auch der Religionsgemeinschaften. Jetzt entzündet sich der Konflikt daran, wie diese große Versammlung zusammengesetzt ist. Wie ist das Wahlverfahren in der großen Versammlung für die Kandidaten, die dann für die Bevölkerung zur Wahl stehen?

Ich denke, dass Hong Kong in den vergangenen Jahrzehnten viele Schritte gemacht hat, hin, zu einer offenen Gesellschaft. Wir haben dort ein höheres Maß an freier Meinungsäußerung, an Medienfreiheit, an Versammlungsfreiheit. Und dieser Prozess sollte jetzt nicht gestoppt werden. Der muss fortgeführt werden. Es gibt eigentlich einige Hoffnung, dass die nächsten Schritte hin auf 2017 auch noch möglich sind.

Wir meinen, dass hier auch eine Öffnung passieren soll innerhalb der Gesetze, die es Hong Kong gibt, innerhalb auch der Regeln, die es in China gibt als Teil des Gesamtstaates. China ist unser strategischer Partner. Wir haben ein Interesse an Stabilität und nicht an Chaos.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, when the UK handed over control of Hong Kong to the People's Republic of China in 1997, it left behind a legacy of free markets, democracy and the rule of law. It was felt that these principles could challenge the Communist one-party state of China, so the 'one country, two systems' mantra was established. This settlement allowed for Hong Kong to have a large degree of autonomy for 50 years as provided for by the Sino-British Joint Declaration of 1984 and the so-called Basic Law. While these negotiations did not initially secure the right of universal suffrage, there is a reference to an ultimate aim of universal suffrage within the Basic Law. Over the past two decades, we have seen a growing desire in Hong Kong to achieve that creditable aim, and we are now seeing a demand, in particular, for 2017 to be the year when that change finally comes about.

I strongly believe that the European Union should now be standing firm in support of Hong Kong on this issue, provided the protests are being held in a peaceful manner and within the law. China has opened up to the world, become – to its credit – more integrated into international bodies and institutions and embraced many elements of free market capitalism since 1997. We in Europe must encourage authoritarian China to understand that allowing Hong Kong to flourish democratically, as it wishes, is an opportunity for the PRC to express itself in confidence, and not a chance to repress by parading its insecurities, as sadly we saw a couple of decades ago in Tiananmen Square.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, otra vez volvemos a hablar de lo pequeño en lugar de hablar de lo grande. Aquí no estamos hablando de Hong Kong; estamos hablando del proceso democrático en China. Hong Kong son 7,1 millones de personas y China son 1 500 millones, en un sistema esquizofrénico donde una oligarquía supuestamente comunista pero verdaderamente capitalista del siglo XIX —que hubiera sido condenada por Carlos Marx— está manteniendo un Gobierno que está produciendo simultáneamente la contradicción de una clase media que será el sustrato de la democracia.

Y a esa clase media le estamos mandando un mensaje absolutamente impresentable, como es impresentable lo que está pasando aquí, y vamos a decirlo claramente. Estamos hablando de la mayor nación del mundo y somos treinta y cinco diputados —con ustedes treinta y nueve—, respecto a setecientos cincuenta o setecientos no sé cuántos que formamos el Parlamento Europeo. ¿¡Qué broma es esta!?! ¿¡Qué mensaje estamos mandando!?! ¿¡Que no nos importa!

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Acabo de escuchar por parte del responsable del Servicio Europeo de Acción Exterior algo que me recuerda a una canción, que no sé si era de Rita Pavone o alguien italiano: «*parole, parole, parole*». Hablamos del sufragio universal: en Irán tienen el sufragio universal y tienen también una Cámara, que es la que se encarga de buscar a los candidatos.

Pero, ¿de qué estamos hablando!? ¿Vamos a cerrar los ojos porque significa un enorme negocio para nosotros la situación en China? Y ante eso: palabras, palabras, palabras y deseos de que las partes se entiendan. ¿Pero qué partes existen!? Un Gobierno monolítico que quiere mantener el poder, una sociedad emergente en la democracia y nosotros haciendo palabras, palabras, palabras, ¡treinta y cinco!

Teresa Rodríguez-Rubio, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, un fantasma recorre el mundo: las revoluciones democráticas contra la oligarquía financiera que nos saquea y empobrece.

No hay sitio seguro donde puedan esconderse los ladrones. Los movimientos populares están en todas partes —en Túnez, en Egipto, en las plazas en España durante el movimiento de los indignados y también en Asia—. Siempre estaremos al lado de los que luchan contra la corrupción y el autoritarismo, sean de donde sean.

Los nuestros están en las calles contra los suyos, porque cuando ustedes apoyan hipócritamente las protestas en Hong Kong lo hacen por razones geopolíticas, no por razones éticas; porque siguen comerciando y negociando un tratado de protección de inversiones con China y con otros países que violan los derechos humanos sistemáticamente.

Hong Kong es uno de los principales centros financieros a nivel mundial, y las leyes antidemocráticas, que limitan la participación y el derecho a la autoorganización, defienden a las mismas élites que aquí en Europa expolían a nuestros pueblos.

Nosotros les decimos a los estudiantes y a los trabajadores de Hong Kong que no confíen en la burocracia del partido pseudocomunista chino ni en una Unión Europea antidemocrática y neoliberal.

No están solos; mostraremos nuestra solidaridad con todos aquellos que sufren la represión por pedir libertad, democracia e igualdad social.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir Grünen betrachten die aktuelle Demokratiebewegung in Hongkong mit Sympathie und Solidarität, auch wenn wir bei dieser innerchinesischen Angelegenheit Außenseiter sind. Herrn Tannock und einige andere möchte ich aber daran erinnern, dass Demokratie in Hongkong nicht immer erste Priorität war, als es noch britische Kolonie war. Heute ist Hongkong Teil Chinas, und die dortige Demokratiebewegung ist offensichtlich überhaupt nicht daran interessiert, das zu ändern. Gegenteilige chinesische Propaganda schafft unnötige Spannungen. Jüngste überaus scharfe chinesische Stimmen machen mir Sorgen. Die Demokratiebewegung pocht auf die Einhaltung früherer politischer Versprechen zur Wahl der Hongkonger Verwaltungsspitze. Die KP Chinas sollte auf diese Stimmen gut hören.

In Hongkong ist eine Führung nicht zukunftsfähig, die nur auf einem sozioökonomischen Bündnis der KP Chinas mit den Reichsten der Stadt beruht. Mit gutem Willen könnte die Führung in Peking auf die Hongkonger Demokraten zugehen. Ich hoffe, sie tut es, ich hoffe, der Dialog wird fortgesetzt und nicht abgebrochen, und ich hoffe auf einen beiderseitig friedlichen Ausgang der derzeitigen Situation.

Bill Etheridge, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, pro-democracy protesters in Hong Kong are opposing state-imposed candidates for elections. The Chinese-backed governor fears that full democracy will lead to the poor dominating politics. Well we can only hope, can we not? Would that not be a fantastic system? Let us hope that that could happen all around the world. It would be a better place. I hope and pray that it is true.

A great hero of mine, President Reagan, famously said: 'Freedom is never more than one generation away from extinction. We didn't pass it to our children in the bloodstream. We must be thoughtful, protect it, and hand it on to them to do the same.'

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Many of us thought that President Reagan and Margaret Thatcher and their allies had defeated the tyranny of Communism in the last century. Sadly, in China, its vestiges live on, and there are many new anti-democratic tyrannies around the world, not all of which show their true faces, but are a force for evil all the same.

Protesters are carrying umbrellas in Hong Kong to protect themselves from teargas. We must hope and pray that these good people will stand firm in Hong Kong; in many places around the world we need people to stand firm in their battle for democracy. We hope and pray that good will prevail over evil and right will defeat wrong, and that the umbrella can become a symbol of democracy, protecting individuals against tyranny.

This is a classic case of individuals standing against an overbearing, over-powerful state. As such we wish them well and hope their example will inspire the people of China itself to cry out the demand for democracy so loud that even the ghosts of Tiananmen Square will hear it and join in.

The idea of freedom cannot be killed. It lives in all of our hearts. To the people of Hong Kong: we wish you well.

Jean-Luc Schaffhauser (NI). - Monsieur le Président, je pense que nous sommes tous d'accord pour la liberté et la démocratie. Il faudrait néanmoins qu'avant d'aller chez les autres, on se préoccupe aussi de la liberté et de la démocratie chez nous.

Je pense plus particulièrement au traité constitutionnel, en 2005, rejeté par le peuple français; je pense également au vote irlandais, lorsqu'on a fait voter l'Irlande jusqu'à ce qu'elle vote bien; je pense au vote des Pays-Bas. Préoccupons-nous de la démocratie et de la liberté partout, y compris chez nous.

Par ailleurs, en ce qui concerne la Chine, je tiens à souligner que c'est un pays vaste, qui compte 1,3 milliard d'habitants et dispose d'équilibres internes. Il ne s'agit pas de déséquilibrer ce pays comme nous avons essayé de le faire au nom de la démocratie et des droits de l'homme – avec le succès que nous connaissons – en Iraq, en Libye, en Syrie et même contre le groupe «État islamique», vu le peu de succès de nos actions pour le futur.

Der Präsident. - Herr Kollege! Ich muss Sie schon darauf hinweisen, dass wir hier einen Tagesordnungspunkt haben, zu dem zu reden ist. Ich wäre dankbar, wenn die Kollegen das in ihren weiteren Wortbeiträgen auch beachten würden.

Richard Howitt (S&D). - Mr President, this morning I spoke to Christine Chan from the Umbrella Movement in Hong Kong. She told me that the government there is trying to isolate them from the international media but that they want their voice to be heard all around the world.

So let me use my parliamentary speech to tell this House what she told me. Christine told me that the police are beating the protestors. One of her friends was taken to what she called a 'dark corner' and was beaten by no fewer than seven policemen. She said their heads are bleeding. The umbrella is not just a symbol of the protest. She told me that it is the only defence they have against the widespread use of pepper spray and tear gas. She believes that has been exported to Hong Kong from my own country, the United Kingdom.

Christine said the protestors had been cleared, not just by police, but by what she called the mob – violent people she and her friends believe have been mobilised and paid for by the government, using tactics she says have been learned from Vladimir Putin. These are the very same individuals who have raised a petition against the protestors which the government itself appears to have exposed its own complicity in by this week publicly endorsing the petition.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Christine says the protestors have been provoked by the statement of the Hong Kong Chief Executive to the international media, but not the local media, that people earning less than USD 1 800 per month – the poorest half of the population – will be disenfranchised. She said that a privileged group is taking control of the election. They want civil nominations with everyone having the right to vote. She says the protestors have been disappointed by the talks yesterday and today, and that what they have been offered is not even close to what they want. Christine said the portrayal from Beijing of their protest as a so-called revolution inspired by the West is a total myth. She asked me to make clear that the West is not trying to overthrow the government but to say on her – and their – behalf that democracy must be universal.

Today I endorse those messages. Everyone will form their own conclusions after listening to these and other testimonies. For my part, I make three. I express my own disappointment that the dialogue appears to be producing little outcome. I am concerned that my own country, which is party to the 1984 Sino-British Joint Declaration, has chosen to grant seven export licences to export GBP 180 000 of tear and CS gas to Hong Kong up to as late as March this year, which is surely being used against the protestors. While I respect 'One Country, Two Systems', I find it shocking that a country run by a Communist party appears to be advocating a system which gives representation only to those with wealth and privilege.

Jana Žitňanská (ECR) - S obdivom sledujem nasadenie študentov v uliciach Hong Kongu, ktorým chcem aspoň takto na diaľku vyjadriť podporu. O to viac, že Slovensko ako súčasť Československa bolo dlhé roky krajinou, kde neboli dodržiavané politické práva a kde úzka skupina politikov v zásade rozhodovala ako a najmä koho máme voliť. Volby by nemali byť čistou formalitou. Slobodné a férové voľby predstavujú jeden zo základných znakov demokratickej spoločnosti. Pevne verím, že rokovania, ktoré sa včera začali, prinesú konkrétne výsledky a situácia sa upokojí.

Fredrick Federley (ALDE). - Mr President, there are many reports from various sources on the current situation in Hong Kong, but it is clear that the authorities are trying to manipulate and limit, in some cases even violently, the democratic process. This is unacceptable.

By imposing a screening mechanism, the Chinese Government will disqualify candidates for the 2017 Chief Executive election who do not meet the government's approval. This is some form of governance, but it is not democracy. The People's Republic of China is a global power with its all the means of a centralised powerful state. When students peacefully protest for democratic – and indeed human – rights anywhere in the world, they deserve to be backed up by us in the European Union as a global power of democracy.

If we do not speak up when fundamental democratic principles are manipulated, then we also send another type of message: we tell those students that democracy is important for us, and we are lucky that we can benefit from it inside the European Union, but we do not really care if other people live in a democratic society or not. That is not the signal we want to send, and therefore we should call on the Presidents of the Council and Commission, and the High Representative, to raise these issues at the highest level with President Xi Jinping and also Chief Executive Leung Chun-ying.

I am one of those who engaged in politics at a really young age, at 16 years old. I saw it as a democratic mission to actually be involved and engage other young people in the democratic process. What I see today when I look at Hong Kong is a big powerful regime trying to silence those who actually have the same dream as I had once when I started in politics 20 years ago. If we in this House are silent, we approve of the message from the Chinese Government, and that is why we have to protest and make sure that the demonstrators are actually seen and that we do not forget their deeds.

Helga Trüpel (Verts/ALE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bewundere die Studenten und Demonstranten in Hongkong für ihren Mut, ihre Entschlossenheit und ihre Kraft. Sie fordern freie Wahlen für 2017, und sie wollen keine Vorauswahl der Kandidaten durch die KP Chinas, und das ist richtig so. Jetzt nach über drei Wochen der Proteste haben Gespräche begonnen. Ich fordere, dass wirklich ernsthaft und offen verhandelt wird zwischen der Regierung in Hongkong und den Demonstranten. Ich fordere vor allem, dass es keine Gewalt gibt. Es darf auf keinen Fall ein zweites Massaker wie in auf den Tian'anmen geben, und ich will auch keine alltägliche Gewalt von Seiten der Polizei.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ich bin davon überzeugt, dass nur eine wirklich demokratische Entwicklung in Hongkong die Stadt wirklich stabiler machen wird. Deswegen muss jetzt so ernsthaft verhandelt werden. Ich fordere, dass 2017 Kandidaten zugelassen werden, die nicht von der KP vorselektiert werden. Das wäre eine wirkliche Öffnung, eine wirkliche Veränderung. Dafür muss sich die KP Chinas bewegen. Ich erwarte auch, dass die China-Delegation unseres Hauses hier eng mit den demokratischen Kräften in Hongkong kooperiert.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi vi riporto parole giovani e sagge. Sono le parole di Joshua Wong, 17 anni, fondatore di uno dei movimenti che nel centro di Hong Kong sta sconfiggendo la repressione con un sorriso. Cito: «Dobbiamo tornare alle origini della democrazia, dell'agorà. Della piazza come luogo di discussione, d'incontro, non di scontro, e questo possiamo ottenerlo solo dandoci un codice di comportamento rigoroso e condiviso. La violenza, anche solo verbale, chiama altra violenza. Educazione e correttezza suscitano invece rispetto e solidarietà. Per questo non insultiamo i poliziotti ogni volta che arrivano gruppi di provocatori, anzi cantiamo a squarciagola *Happy Birthday*. Per questo siamo riusciti a creare quest'atmosfera surreale, depenalizzando sul campo un'iniziativa obbiettivamente illegale e trasformandola in un'efficace azione politica».

Le parole di Joshua mi hanno commosso, perché sono le stesse che noi attivisti del Movimento 5 Stelle portiamo in tutte le piazze d'Italia, ogni giorno. La vostra e la nostra rivoluzione pacifica per una democrazia trasparente, Joshua, è il segno di un mondo che cambia, in Cina come in Italia. In Asia come in Europa. Insieme lotteremo pacificamente per l'unica globalizzazione giusta: quella del diritto di avere diritti. Non mollate ragazzi!

Der Präsident. - Vielen Dank. Bitte halten Sie die Redezeit ein. Wir sind schon weit über die Zeit hinaus.

Janusz Korwin-Mikke (NI). - 50 years ago, 40 years ago, Hong Kong was flourishing, because it was a British colony. There was no democracy. All the Member States of the European Union are democracies, and we are all in moral and economic ruin. Therefore, I consider that the European Union must be destroyed.

Der Präsident. - Vielen Dank, dass Sie sich an die Redezeit gehalten haben.

(Heiterkeit)

Josef Weidenholzer (S&D). - Herr Präsident! Die Ereignisse in Hongkong sind von grundsätzlicher Bedeutung. Deshalb beobachten Millionen Menschen auf der ganzen Welt, vor allem in China, wie sich die Dinge entwickeln. Bei den meisten überwiegt die Hoffnung, dass diese Ereignisse den Beginn einer positiven Entwicklung einleiten können, in Hongkong und darüber hinaus. Es ist daher begrüßenswert, dass die Hohe Vertreterin in dieser Situation eine Erklärung zu Hongkong abgibt.

Die Ereignisse in Hongkong haben also nicht nur lokale Bedeutung, sie ermöglichen uns zu beurteilen, wie sehr China zu einmal eingegangenen Verpflichtungen steht. Die Formel „Ein Land – zwei Systeme“ aus der Zeit des Übergangs Hongkongs ermöglichte die weitere Fortführung demokratischer Verhältnisse in der Stadt. Gegenüber den Verhältnissen in den angrenzenden Gebieten Chinas stellte dies einen großen Fortschritt dar. Von der lokalen Bevölkerung von Studenten, Intellektuellen oder Gewerkschaftern wurde es als mangelhaft empfunden.

Hongkong ist eine der reichsten Regionen der Welt mit einem hohen Ausmaß an Ungleichheit. Viele Menschen haben daher ein großes Interesse an Veränderung und Mitsprache. Der Ursprung der Proteste hatte auch hier seinen Hintergrund. Es ist daher unterstützenswert, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger dafür einsetzen, die Demokratie weiterzuentwickeln, und darum kämpfen, dass aus einer mangelhaften, einer *flawed democracy* eine wirkliche Demokratie wird. Auch wenn nicht alles in den 80-er Jahren so verhandelt wurde, wie das heute zur Diskussion steht: Das Prinzip der Demokratie besteht ja gerade darin, dass sie weiter entwickelbar ist. Die Bereitschaft, so etwas zu akzeptieren, würde China gut anstehen.

Leider verweigert sich Peking einem konstruktiven Dialog mit den Protestierenden, und leider greift Peking auch zu repressiven Maßnahmen gegenüber allen, die sich in China mit Hongkongs Demokratie solidarisch zeigen. Diese Politik widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Menschenrechte, sie ist auch kurzfristig. Auf Dauer kann keine auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhende Gesellschaft ohne demokratische Strukturen auskommen. Das Prinzip „Ein Land – zwei Systeme“ würde es China auch erlauben, die notwendigen Erfahrungen für diesen nicht aufhaltbaren Prozess zu machen. Die Menschen in Hongkong kämpfen daher für die Freiheit in Hongkong. Sie kämpfen aber auch für die Demokratie in China.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marietje Schaake (ALDE). - Mr President, the people in Hong Kong have had every reason to demand a more democratic system for decades, after living in an unfree society for far too long. Wealth is not everything and not everyone is benefiting from economic growth. After China's promise for more democracy and electoral reforms was broken, a mass of people formed, one by one, bottom-up, peacefully reminding the government and the world of their rights. Although we are far away, we should embrace those individuals who demand universal rights and freedoms. Trade relations, however important, should not be an excuse for us to be silent. Globally, people brave enough to challenge repression should be able to count on us in Europe in open societies.

From Ashton's side it has been too quiet. From the Council's side it has been too quiet. From Juncker, who seems to have forgotten the rest of the world exists at all, going by his talk this morning, we expect more and we will look with great ambition to High Representative Mogherini to deliver on those promises and ambitions. It is clear that this House is now the one that will have to push for external action based on values, otherwise the EU will be irrelevant and the people in Hong Kong will find no one by their side.

Boris Zala (S&D) - Hong Kong je nepochybne predzvesťou rozsiahlych demokratických procesov v celej Číne. Iste, komunistická strana ich môže zastaviť, ale ukazuje sa, že by to mohla urobiť len za cenu veľkých obetí, čo by v priamom svetle ukázalo brutálnu tvár čínskeho režimu. Je to veľká výzva pre Európsku úniu. Napriek úsiliu o dobré vzťahy s Čínou v prípade brutálneho potlačenia demonštrácií nemôže Európska únia mlčať, ale to prirodzene vyvoláva konflikt s Čínou. Je na to Európska únia pripravená? Je tu konflikt s Ruskom, s islamským extrémizmom, ak sa pridá konflikt s Čínou, Európska únia musí byť pripravená na dlhodobý zápas. Tento stav si vyžiada zmenu aj celej zahraničnej a bezpečnostnej politiky Európskej únie. I v tomto kontexte je načase nanovo premyslieť politiku strategických partnerstiev, o ktorých hovoríme vo veľmi voľnej podobe, a je skutočne potrebné to postaviť do jasne definovanej podoby, ktoré krajiny sú našim strategickým partnerom. To nemôžu byť iba krajiny podľa veľkosti, ale aj podľa hodnôt. No a samozrejme musíme bez predsudkov nanovo premyslieť aj obranno-vojenskú koncepciu Európskej únie.

Arne Lietz (S&D). - Herr Präsident! Gestern Abend haben zum ersten Mal Gespräche zwischen der Regierung von Hongkong und Vertretern der Studentenbewegung stattgefunden. Auch wenn aus diesen Gesprächen bisher keine konkreten Ergebnisse hervorgegangen sind, sind sie ein positives Zeichen. Nur durch einen kontinuierlichen Dialog kann eine friedliche Lösung gefunden werden.

Als Schüler habe ich 1989 die friedliche Revolution in Ostdeutschland miterlebt und zusammen mit meiner Familie an den Protesten teilgenommen. Ein Ergebnis davon ist, dass ich heute hier im Europäischen Parlament meine erste Wortmeldung geben kann.

Die Forderung der Studenten von Hongkong nach mehr demokratischer Mitgestaltung, die in der Grundakte von 1997 zugesichert wurde, verdient unsere Unterstützung. Wir Sozialdemokraten werden den Kontakt zu den Studentenvertretern weiter aufrechterhalten.

Ein positives Beispiel für nachhaltigen Dialog sind die Beziehungen zwischen China und Taiwan. Die Tauwetterlage in der Taiwan-Straße zeigt, dass eine Annäherung durch ein Aufeinanderzugehen möglich ist. In Hongkong muss der Dialog fortgeführt und es müssen tragende Kompromisse ausgehandelt werden. Nur so kann eine gemeinsame Lösung gefunden werden, die für alle Seiten akzeptabel ist und auch langfristig den politischen und sozialen Frieden sichert.

Neena Gill (S&D). - Mr President, it is with disappointment that we learnt that there was no major breakthrough in talks between student leaders and senior officials yesterday in Hong Kong. I do, however, welcome the shift in approach of the Hong Kong leadership, which has now at least started to engage with the protesters. I do believe also that it is in the interests of the Government of China and Hong Kong to embark on a transition to universal suffrage which allows the citizens of Hong Kong a genuine choice in who will govern them in 2017. We should make it clear that Beijing's renegeing on Hong Kong's autonomy will only aggravate the lack of trust felt by China's neighbours and risk to stoke further tensions in a fragile region that is plagued by territorial disputes. As a partner, the EU now needs to encourage Beijing to continue down the road to dialogue and adopt a clear, realistic timetable for democratic reforms. We should also firmly condemn remarks by Hong Kong leader Leung, who said on Monday that fully democratic elections would lead to populist policies, as poorer residents would have a dominant voice in politics. We need to urge him to address the staggering inequality that plagues Hong Kong society, because it is simply impossible for genuine democracy to take root where you have 1.3 million of Hong Kong residents living under the poverty line and they are left to grapple with the exorbitant house prices while 80 % of the GDP comes from the top 1% of the population.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi i leader del movimento studentesco e le autorità di Hong Kong devono tornare al tavolo delle trattative e sforzarsi di trovare una soluzione che metta fine alle proteste tuttora in atto.

Pochi giorni fa il governatore di Hong Kong ha dato un primo segnale di apertura, dichiarando che c'è spazio per rendere il comitato di nomina dei candidati più democratico. Le autorità di Hong Kong hanno anche proposto una commissione per discutere sugli sviluppi istituzionali e sulla possibile stesura di un nuovo rapporto sullo stato dell'opinione pubblica. Si tratta di primi passi, passi positivi ma purtroppo ancora insufficienti.

È necessario che le autorità di Hong Kong presentino ai giovani studenti un'offerta significativa, che possa giustificare la fine delle proteste. L'Unione europea deve sostenere con forza il movimento per la democrazia, un mondo nuovo, permeato da democrazia, partecipazione e riconoscimento dei diritti fondamentali, comincia proprio dall'ascolto degli studenti, asiatici o europei che siano, e sarebbe ora che l'Europa inizi ad interpretare il ruolo di attore principale nello scenario politico internazionale.

Francisco Assis (S&D). - Quero começar por manifestar a minha mais profunda admiração para com os jovens estudantes de Hong Kong, que estão neste momento a lutar pela democracia com uma extraordinária coragem. E têm, aparentemente, quase tudo contra eles: uma grande potência, a China, e o cinismo de uma parte significativa da comunidade internacional, cinismo muitas vezes por razões económicas e comerciais mas também cinismo por razões de paixão ideológica. É, aliás, curioso verificar como muitos que aqui na Europa estão sempre prontos, por tudo e por nada, a atacar a União Europeia e os Estados Unidos da América, estão agora, tão subitamente, tão silenciosos perante o que se está a passar em Hong Kong. Por isso, é esta a minha manifestação de solidariedade e de admiração para com os jovens de Hong Kong, mas ao mesmo tempo, naturalmente, também manifestar confiança de que seja possível desenvolver com sucesso um processo negocial que está em curso e que, a ser coroado de êxito, contribuirá em muito para a evolução da própria China num futuro que todos desejamos seja o mais rápido possível.

Catch-the-eye-Verfahren

Ignazio Corrao (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, i ragazzi di Hong Kong seppur giovanissimi sono molto più saggi, organizzati e determinati di quanto possa sembrare e si sono accaparrati le simpatie di chiunque. Il tentativo di reprimere la rivolta con la forza, con i manganelli e i lacrimogeni, ha provocato l'effetto contrario, l'effetto boomerang: ne ha aumentato il sostegno popolare e anziché impaurire i ragazzi li ha rinvigoriti. Questi ragazzi che lottano possono solo vincere, anche se perdono. Stanno portando avanti una rivoluzione non violenta, gandhiana, basata su temi sociali di redistribuzione tra classi.

Un terzo della popolazione di Hong Kong vive in povertà. I salari non crescono da anni, le grandi firme stanno distruggendo le PMI. Un modello bastardo e spietato che piace tanto all'Europa. Diritti umani e crescita economica non possono camminare separatamente. Devono trovare un punto di incontro, se no si scoppia! Questi ragazzi chiedono di poter partecipare, impegnarsi e poter costruire il loro futuro. Prendiamo esempio da loro e sosteniamo chi lotta per l'eguaglianza e un futuro sostenibile, contro il mostro sociale creato dalla globalizzazione, dal consumismo e dal capitalismo selvaggio.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio (a nome del vicepresidente della Commissione / alto rappresentante dell'Unione europea per gli affari esteri e la politica di sicurezza). - Signor Presidente, onorevoli deputati, l'Unione europea sostiene con decisione l'introduzione del suffragio universale a Hong Kong, in linea con la legge fondamentale e con il principio «un paese, due sistemi», e secondo la volontà della popolazione di Hong Kong.

Siamo consapevoli che si tratta di un processo complicato e delicato. Speriamo che si possa raggiungere una soluzione equilibrata e conforme ai principi democratici. L'Unione europea, nel pieno rispetto del principio di sovranità, è disposta a offrire ogni tipo di sostegno, anche fornendo consulenze tecniche e condividendo la nostra esperienza di sviluppo democratico.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Incoraggio il Parlamento europeo a continuare a sostenere una più profonda democratizzazione di Hong Kong. I membri di questo nuovo Parlamento avranno senza dubbio opportunità di visitare Hong Kong e di ricevere a loro volta visite dei membri del Consiglio legislativo di Hong Kong. Gli scambi sulle prassi democratiche e l'approfondimento delle relazioni con il Consiglio legislativo potrebbero svolgere un ruolo molto positivo.

Esprimiamo la nostra preoccupazione per l'ondata di arresti avvenuti nella Cina continentale in relazione alla divulgazione di informazioni o espressioni di solidarietà con il movimento filodemocratico di Hong Kong.

L'Unione europea invita la Cina a rispettare le libertà di opinione, d'informazione e di riunione pacifica, conformemente alla Costituzione cinese e agli impegni internazionali del paese. La promozione e la tutela dei diritti umani sono essenziali per lo sviluppo stabile della Cina, per l'approfondimento delle sue relazioni con l'Unione europea e per il suo ruolo di attore responsabile sulla scena internazionale.

Continueremo a sorvegliare attentamente gli sviluppi della situazione e ad esprimere chiaramente la nostra opinione se necessario. Continueremo a impegnarci al massimo per promuovere il rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali e dei principi democratici a Hong Kong, così come nel resto del mondo.

Der Präsident. - Die Aussprache ist geschlossen.

Gianluca Buonanno (NI). - Signor Presidente, la ringrazio e chiedo scusa. Mozione d'ordine per una cosa che mi è capitata pochi minuti qua fuori. Io sono uscito e ho visto già da stamattina un quadro che a mio giudizio è blasfemo dove c'è il Cristo piegato obliquo con una donna nuda affianco. Ho chiesto che questo quadro venisse tolto e non ricevendo risposta ho tirato via il quadro per portarlo alla persona incaricata. Poi sono andato in un altro posto e mi ha fermato un signore della sicurezza e mi ha trattato come un delinquente.

Ma in questa Europa, mi scusi, tra un mese arriva il Santo Padre qua, ma è possibile mettere in mostra un quadro blasfemo di questo tipo? È una vergogna! Ma chi è cattolico come me, si deve ogni volta sentire insultato vedendo determinate cose? E se io uscirò da qua e rivedrò ancora una volta quel quadro, mi verrà ancora la voglia di toglierlo un'altra volta, perché la mia religione mi impone, mi fa vedere una cosa che non accetto.

Allora come bisogna rispettare tutte le altre religioni, io mi chiedo: ma se ci fosse stato per ipotesi Maometto con vicino una donna nuda, non avrebbero detto qualcosa? La religione cristiana, i cattolici non possono continuamente vedere delle cose del genere. E volevo solo dire questo perché mi hanno trattato come un criminale. E io le chiedo scusa, signor Presidente, volevo solo intervenire per dire questa cosa perché mi aspettano fuori quelli della sicurezza.

Der Präsident. - Herr Buonanno, Sie haben für eine Meldung zur Geschäftsordnung eine Minute Zeit. Ich glaube, es war bereits nach kurzer Zeit klar, worum es Ihnen geht. Ich würde Ihnen Folgendes vorschlagen: Wenn Sie sich dadurch beleidigt fühlen, wenden Sie sich an den für Kunstwerke in den Gebäuden zuständigen Quästor, um das überprüfen zu lassen. Hierfür haben wir Verfahren. Wenn das ein Problem ist, dann können Sie das mit dem besprechen. Dann wird entsprechend entschieden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Gáll-Pelcz, Ildikó (PPE) *in writing.* – First of all, I would like to express my regret that the European Union has been so silent on the situation in Hong Kong. In my view we should not be shy about defending democracy in all parts of the globe. Universal suffrage has no value if the validation of candidates is extremely restricted.

Personally, I hope that both sides show restraint and avoid the use of force, which would only complicate dialogue. As a Vice-President of Parliament and a member of the Delegation for Relations with the Countries of Southeast Asia and the Association of Southeast Asian Nations, I will be determined not only to strengthen and enhance our relations but also to further develop our partnership in the best interests of both sides and of the international community.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

14. Todesurteil gegen Asia Bibi

Der Präsident. - Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu dem Todesurteil gegen Asia Bibi (2014/2911(RSP)).

Benedetto Della Vedova *Presidente in carica del Consiglio (a nome del vicepresidente della Commissione / alto rappresentante dell'Unione europea per gli affari esteri e la politica di sicurezza).* - Signor Presidente, onorevoli parlamentari, da quando il Pakistan ha avviato la transizione verso la democrazia nel 2008, l'Unione europea ha rafforzato le sue relazioni con il Pakistan. L'adozione nel 2012 di un piano per 5 anni, ha ampliato e approfondito il nostro dialogo politico.

In tale contesto, stiamo discutendo numerosi temi, inclusi la *governance* e i diritti umani. La concessione del sistema generale di preferenze (GSP+) al Pakistan a partire dal 1° gennaio di quest'anno, offre un'ulteriore opportunità per l'approfondimento del dialogo e la valutazione dei progressi in materia di diritti umani.

Dal 2008, il Pakistan mantiene una moratoria sulla pena di morte. L'Unione europea ribadisce regolarmente al Pakistan la sua ferma posizione contro la pena di morte, punizione crudele e inumana. La delegazione dell'Unione europea vigila costantemente sulla situazione e invita il Pakistan a mantenere la moratoria. Nel corso del dialogo strategico del 2014, il Pakistan ha confermato la propria intenzione di mantenere la moratoria.

Le leggi sulla blasfemia sono il più importante strumento di oppressione delle minoranze religiose e stabiliscono che un insulto al Corano sia punibile con l'ergastolo e che l'uso di termini denigratori contro il profeta sia punibile con la pena di morte.

Una serie di sentenze di condanna a morte per blasfemia sono state emesse da numerosi tribunali, ma finora nessuna è stata eseguita. Solitamente gli imputati sono assolti o messi in libertà provvisoria su cauzione dalle corti d'appello. Questo comporta che possano trascorrere vari anni in carcere in attesa di giudizio.

La principale critica mossa nei confronti delle leggi è che la sanzione – pena di morte – è sproporzionata rispetto alla natura del reato. Tuttavia, un'altra grave preoccupazione riguarda il fatto che un numero considerevole di casi di blasfemia si basi su false dichiarazioni. Si sporge denuncia, nella maggior parte dei casi contro i musulmani, ma anche contro i non musulmani, per risolvere diatribe personali o per alimentare le tensioni settarie e interconfessionali. Tale abuso sembra in drastico aumento negli ultimi decenni. Il Pakistan ha riconosciuto gli abusi e si è impegnato ad adoperarsi per prevenirli.

Come indicato negli orientamenti dell'Unione europea sulla promozione e la tutela della libertà di religione e di credo, adottati dal Consiglio Affari esteri il 23 giugno 2013, «le leggi che criminalizzano la blasfemia e limitano la libertà religiosa e di credo [...] possono avere un grave effetto inibitorio sulla libertà di espressione e sulla libertà di religione o credo; l'Unione europea raccomanda la depenalizzazione di tali reati». Inoltre, l'UE si opporrà con fermezza al ricorso alla pena di morte, a punizioni fisiche o alla privazione di libertà come sanzioni per la blasfemia.

Nel caso di Asia Bibi, l'Unione europea sta seguendo con molta attenzione l'evolversi della situazione. Giovedì scorso la Corte suprema di Lahore ha confermato la sentenza emessa dal tribunale di primo grado, che l'ha condannata a morte per il reato di blasfemia nel 2010. Asia Bibi dispone ora di 30 giorni per presentare ricorso in appello alla Corte suprema del Pakistan.

L'Alto Rappresentante/Vice-Presidente ha espresso a più riprese il suo rammarico e la profonda preoccupazione per la decisione della Corte di Lahore di confermare la condanna a morte di Asia Bibi. Cathy Ashton si è augurata che il verdetto venga annullato rapidamente dalla Corte suprema.

L'Unione europea invita il Pakistan a garantire a tutti i cittadini il pieno rispetto dei diritti umani sanciti dalle convenzioni internazionali di cui è parte.

Asia Bibi è la prima donna ad essere condannata a morte per il reato di blasfemia e il suo caso ha sollevato molto clamore in Europa. Nonostante ciò, il suo caso non è l'unico.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Permettetemi di congratularmi con il Parlamento europeo per il forte impegno a favore dei diritti umani in Pakistan, espresso attraverso numerose risoluzioni e mobilitazione politica.

L'Unione europea, attraverso la sua delegazione a Islamabad, continuerà a seguire da vicino il caso di Asia Bibi e a chiedere il suo rilascio. Sebbene l'Unione europea non ritenga di intervenire in un procedimento giudiziario in corso, prenderà in considerazione la possibilità di sollevare questo caso e la questione più ampia della pena di morte e della legge contro la blasfemia, con la controparte pakistana.

Continueremo a sollecitare il governo di Islamabad affinché prenda in considerazione la riduzione del numero di crimini puniti con la pena di morte e rispetti i suoi obblighi nei confronti della libertà di espressione e della libertà di religione e di credo.

Tali questioni sono state affrontate in giugno nel dialogo sui diritti umani che si è tenuto a Islamabad. La prossima occasione sarà già la settimana prossima, quando il Rappresentante speciale Stavros Lambrinidis effettuerà una visita in Pakistan.

Infine, come ho già menzionato, il regime GSP+ offre un quadro molto utile per valutare e promuovere i progressi in materia di diritti umani in Pakistan.

Grazie signor Presidente, grazie a voi per l'attenzione.

Cristian Dan Preda, în numele grupului PPE. – În mandatul trecut am abordat situația Asiei Bibi și chestiunea legilor din Pakistan privind blasfemia în patru rezoluții. În ciuda acestor presiuni, apelul Asiei Bibi împotriva condamnării sale la moarte a fost respins zilele trecute de un tribunal. Condamnarea este pur și simplu absurdă și aș dori să reamintesc împrejurările care au dat naștere acestei importante dezbateri în societatea pakistaneză și care au dus la nefericita condamnare. Astfel, în 2009, Asia Bibi a luat apă dintr-o fântână și a oferit-o unei alte femei, musulmane, care a refuzat-o sub pretextul că Asia este creștină și că apa este, deci, impură. A avut loc o altercație și Asia Bibi se află astăzi acuzată de blasfemie și, mai mult decât atât, este pe culoarul morții așteptându-și execuția prin spânzurare. Reamintesc că, deși prevăd pedeapsa cu moartea, legile blasfemiei în Pakistan nu conțin standarde privind dovezile, nici cerința de a dovedi o intenție specifică, nici o pedeapsă pentru false alegații și, mai grav decât toate acestea, ele nu conțin nici indicații clare asupra a ceea ce constituie blasfemia. Legile sunt utilizate adeseori pentru vendete personale și pentru a persecuta minoritățile religioase și, în special, creștinii. Cazul Asiei Bibi este emblematic în acest sens. Sper că recursul introdus la Curtea Supremă a Pakistanului va remedia această nedreptate și că domnia legii va fi, astfel, restabilită. Pe de altă parte, posibilitatea grațierii Asiei Bibi prevăzută în Constituție trebuie și ea luată în considerare pentru a pune capăt calvarului acestei femei. Sper totodată și că securitatea Asiei Bibi și a familiei sale va fi asigurată de autoritățile pakistaneze. Într-adevăr, nu trebuie să uităm că, odată ce o persoană este acuzată de blasfemie, securitatea sa și a familiei sale este în pericol. Vasta majoritate a persoanelor acuzate de blasfemie în Pakistan nu ajung, de altfel, până la execuție, ci sunt fie linșate, fie ucise în timp ce se află în custodie. Familia Asiei Bibi a fost, de altfel, forțată să se ascundă din pricina amenințărilor cu moartea și se teme, potrivit declarațiilor apărute în presă, că aceasta va fi ucisă odată ce ar fi eliberată. Dincolo de asta, cred că autoritățile pakistaneze trebuie să revoce de urgență legile blasfemiei, pentru că astfel de procese abuzive, care n-au nimic de-a face cu ideea de justiție și de toleranță, să nu se mai repede.

Afzal Khan, on behalf of the S&D Group. – Mr President, can I first of all correct what the President's office has just said. The judgment last week was not in the Supreme Court, in fact the judgment was in the High Court of Lahore and the defendant in this case still has the right to go through four different appeals until the final decision is reached.

We are all deeply concerned about Asia Bibi's situation. It is now four years since she was charged and the judicial process is still ongoing. Her health has greatly worsened during the years she has spent in almost total isolation. It is worth remembering that the death penalty for blasphemy has, however, never been carried out in Pakistan. We know that an overwhelming number of cases registered were against Muslims, with only 4% against other minorities. All individuals facing charges, their families and those who speak out against the law face terrible reprisals or lose their lives. Blasphemy laws are common across the world, but must be used to promote religious harmony and not in persecution of others. The abuse of these laws encourages extremists to enforce their notion of truth on others, thereby increasing religious intolerance, discrimination and violence. This is unacceptable. Laws are there to safeguard and protect individuals in society as a whole. It is very sad that today many millions of people across the globe are still discriminated against, persecuted and even killed for their faith. We cannot allow that and must be vocal against it.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Peter van Dalen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, afgelopen maandag nam dit Parlement een historisch besluit. Vrijwel unaniem is besloten om vandaag dit debat te houden over Asia Bibi. Ons voorstel is breed gesteund. We spreken over Asia Bibi. We spreken over die blasfemiewetgeving. We spreken over de doodstraf die kan worden opgelegd bij vermeende belediging van de profeet Mohammed.

Afgelopen maandag zei het Parlement eigenlijk al vrijwel unaniem: stop nu dat doodvonnis tegen Asia Bibi, stop met die blasfemiewetgeving, maak een einde aan de duizenden situaties die vergelijkbaar zijn met die van Asia Bibi. Dit Parlement is glashelder geweest afgelopen maandag. En de Hoge vertegenwoordiger moet nu snel alles uit de kast halen om de uitvoering van dat doodvonnis tegen te houden. Daarbij denk ik ook aan handelssancties op grond van de overeenkomsten die we met Pakistan hebben. Het is nu tijd om actie te ondernemen, en niet alleen voor haar. We weten dat er duizenden andere “Asia Bibi’s” zijn in dezelfde omstandigheden.

De tijd van praten met Pakistan is voorbij. Het is nu tijd voor actie, voor maatregelen. Geen woorden, maar daden. Stop de blasfemiewetgeving! *Free Asia Bibi now!* Onze gebeden zijn met haar.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, mire, yo tengo aquí dos textos y vamos a lo concreto: el capítulo 15 del Código Penal pakistaní, en cuyo artículo 295, letra c), se determina como crimen castigable con la pena de muerte el que directa o indirectamente desacralice o blasfeme contra el santo profeta Mahoma. Y tengo aquí otro texto, también interesante, que es un texto de 24 de noviembre de 2001, el Acuerdo de Cooperación de la Unión Europea con Pakistán, que dice que el respeto por los derechos humanos y los principios democráticos, según la Declaración Universal de Derechos del Hombre, constituye un esencial —esencial, esencial— elemento de este Acuerdo. Si la señora Ashton —¡cuya vida Dios guarde muchos años!— tiene la capacidad de colocar juntos estos dos textos y convertirlos en coordinación, pues es un milagro.

Lo que hay que hacer es ver cuál de estos dos textos prevalece, dejar de tener retórica y si realmente tenemos el principio de aplicación del criterio de principio democrático como exigencia en nuestros acuerdos, implementémoslo de acuerdo con el artículo 19. Y si no, seamos honrados y quitémoslo. Lo que es insoportable es la hipocresía. Por lo tanto, yo estoy hablando de Asia Bibi diciendo: ¿la señora Ashton va a presentar al Gobierno pakistaní la exigencia del artículo 1 con el artículo 19, o seguiremos tocando bella música mientras las palabras las ponen otros?

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, al een paar jaar zit ik samen met Peter van Dalen de werkgroep van het Europees Parlement voor die zich richt op de bescherming van vrijheid van godsdienst en levensbeschouwing. Binnenkort weten we of deze werkgroep de status van intergroep krijgt, maar sowieso zetten we onze werkzaamheden met volle kracht door.

De veroordeling van Asia Bibi toont aan hoe noodzakelijk het is om in het kader van het mensenrechtenbeleid speciale aandacht te geven aan godsdienstvrijheid. Hoe kan het toch zijn dat er mensen en instellingen, ja zelfs rechters zijn die aan iemand aan Asia geen ruimte willen geven om haar geloof te belijden? Want laten we er geen doekjes om winden. De Pakistaanse blasfemiewetten maken het gevaarlijk, zo niet onmogelijk voor religieuze minderheden in Pakistan om uiting te geven aan hun geloof, en dat terwijl geloof voor hen die het aanhangen, het meest fundamentele in hun leven is.

Niet alleen in Pakistan, maar in steeds meer landen in de wereld neemt de tolerantie af. Ik blijf vertrouwen in initiatieven voor interreligieuze dialoog. Maar als je ziet wat er in Pakistan gebeurt en hoe de Pakistaanse regering stelselmatig weigert om religieuze minderheden te beschermen, dan kunnen we niet alleen op dit soort initiatieven bouwen. Dan zijn sancties van de Europese Unie nodig. Ook mijn persoonlijk gebed gaat naar Asia en naar al die anderen die bedreigd worden vanwege hun geloof.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – I am speaking primarily in my role as Chair of the Delegation for countries of South Asia which actually includes Pakistan, and I want to make it clear to the House that these issues have been raised on our visits there. They have been raised with the authorities in terms of the death penalty in general and in terms of the case of Asia Bibi, in the case of Muhammad Asghar, and others. So those cases are raised. People should also be aware that there have been changes in Pakistan in recent years as regards accession to international human rights instruments, and that the European Union is working towards improvement there. However, as Members have said, the blasphemy laws are something to which we return to time after time, and obviously they are of major concern to us.

They are often used, as people have said, to settle scores and that certainly seems to have been the case here. While allegations of blasphemy are raised against minorities, I would echo the words of my colleague here that it is also important to see that the majority of people accused under these laws are Muslim. I think that if we do not acknowledge that we make it much more difficult for those arguing for change in Pakistan because they are often accused of promoting a pro-Western, pro-Christian agenda rather than promoting human rights in general and we know, people have said, that it can be dangerous to speak in favour of reforming the laws, just as it is dangerous to be accused of breaking them.

We have seen over 50 people murdered by mob violence when they have been accused of blasphemy and their cases have never made it to court. This has a real chill effect on politicians and I think, as politicians, we can understand that, so we need to support those in Pakistan who do wish to speak out for change, who wish to speak against the death penalty, who wish to speak for reform of these laws for every citizen in Pakistan, whatever their faith.

Marcel de Graaff (NI). - Voorzitter, deze week werd door een Pakistaans hof de doodstraf bekrachtigd van Asia Bibi, een echtgenote en moeder van vijf kinderen. Een afschuwelijke situatie.

Dat is sharia. Dat is islam. Moord en geweld, vervolging en onderdrukking van andersdenkenden, uit naam van een gewelddadige ideologie die mensenoffers eist. Er zijn miljarden ontwikkelingshulp naar dit barbaarse land gegaan. Het heeft niets opgeleverd en het zal niets opleveren.

Dit Parlement en de Commissie hebben sinds jaar en dag de mond vol van mensenrechten, maar wanneer het op islam aankomt, heerst er opeens een grafstille. Gaat de Commissie zich eindelijk krachtig uitspreken tegen de beestachtige straffen en wetten die gebaseerd zijn op de sharia? Gaat de Commissie eindelijk islamitische landen die minderheden vervolgen, beroven en vermoorden, uitsluiten van hulp en ondersteuning? Gaat deze Commissie haar onvoorwaardelijke steun uitspreken voor Asia Bibi en voor al die andere christenen, joden, hindoe's, boeddhisten en atheïsten die in islamitische landen worden vernederd, vervolgd en afgeslacht? Ik roep deze Commissie op elke steun aan dit barbaars land te stoppen en van de Pakistaanse regering te eisen dat dit vonnis ogenblikkelijk wordt vernietigd.

Jeroen Lenaers (PPE). - Voorzitter, ik sluit mij helemaal aan bij een aantal van de vorige sprekers die hebben gesproken over de schrijnende zaak van Asia Bibi. Het stoort me wederom dat, net als bij het vorige debat over Kobani, de Europese Commissie, in de hoedanigheid van mevrouw Ashton, afwezig is, ondanks het feit dat we het hier over wezenlijke en belangrijke zaken hebben.

Wat kunnen we als Europa doen? Kunnen wij toestaan dat dit soort praktijken gebeuren in een land waarmee wij een partnerschapsovereenkomst hebben, waarvan artikel 1 zegt dat deze gebaseerd is op gedeelde waarden, op gedeelde waarden van fundamentele vrijheden, democratie en rechtsstaat, terwijl we met onze eigen ogen kunnen waarnemen dat die democratie en rechtsstaat daar niet bestaan op dit moment? Kunnen wij toestaan dat dit gebeurt in een land dat volop profiteert van het algemeen stelsel van tariefpreferenties dat wij als Europa aanbieden vanwege de voortgang die er wordt geboekt? Zijn de Europese Commissie en de Europese Raad bereid om dat samenwerkingsverdrag en dat stelsel van preferentiële voorwaarden te gebruiken als pressiemiddel, om druk te zetten op de Pakistaanse regering opdat deze zich inzet voor Asia Bibi, en ook in algemene zin veel meer werk maakt van de aanpassing van de blasfemiewetgeving?

Ana Gomes (S&D). - A condenação à morte de Asia Bibi é um trágico desenvolvimento que pode comprometer o relacionamento entre o Paquistão e a União Europeia, designadamente pondo em causa o Acordo de Parceria e a aplicação do sistema GPS Plus.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Lamentamos a decisão do Governo paquistanês de levantar, em julho de 2014, no contexto de uma draconiana lei supostamente contra o terrorismo, a moratória não oficial sobre o uso da pena de morte que este Parlamento, tal como a Assembleia Geral das Nações Unidas, tem reiteradamente pedido ao Paquistão e a todos os países.

A extensão dessa moratória foi garantida pelo Governo do Primeiro-Ministro Nawaz Sharif a uma delegação da subcomissão dos Direitos Humanos do Parlamento Europeu, que eu chefei em agosto de 2013, exatamente no contexto das condições de respeito pelos direitos humanos que o Parlamento Europeu exigia para dar o seu consentimento ao benefício do GPS Plus por parte do Paquistão.

O alegado crime de Asia Bibi, cristã e mãe de cinco filhos, é o espelho de um sistema arcaico, patriarcal e da sociedade de castas que ainda vigora no Paquistão, mas onde há também uma sociedade civil vibrante com quem nós contactámos e que quer transformar o Paquistão, quer ver reformas, quer uma sociedade democrática e mais livre e segura.

Precisamente por isso, nós temos que nos empenhar mais no relacionamento com o Paquistão, temos que apoiar a sociedade civil, temos que perceber que é com essas reformas que, de facto, o Paquistão pode garantir os direitos das minorias e, em particular, das minorias cristãs que vivem abjetamente no Paquistão.

O caso de Asia Bibi é determinante e essa mensagem tem de ser claramente dada pelo Conselho, pela Comissão e por este Parlamento às autoridades do Paquistão. Não é para nos furtarmos ao diálogo e à interação; pelo contrário, é para investir mais nesse diálogo e interação porque o Paquistão tem, de facto, uma posição-chave na região para a estabilidade e a segurança na região.

Bas Belder (ECR). - Voorzitter, begin dit jaar vertelde een Pakistaanse christen dat veel moslims in zijn land christenen 'onrein' vinden en dat zij daarom niet met hen in een dorp of wijk willen samenwonen. Dat raakt ons diep, zei hij. Ik citeer hem: "Ze verwonden ons mentaal."

Voorzitter, exact deze maatschappelijke uitsluiting, op religieuze gronden, 'christelijke onreinheid', leidde in 2009 tot een woordenwisseling tussen de Pakistaanse christin Asia Bibi en enige dorpsgenoten. Wat volgde was een pure rechtsverkrachting onder inroeping van een giftige blasfemiewet, en het doodvonnis was getekend tegen Asia Bibi. Tot op de dag van vandaag!

Wat verwacht Asia Bibi van westerse christenen? Ik citeer haar letterlijk: "Gebed en een oproep aan hun regeringen om vervolgte Pakistaanse christenen te beschermen." Daarom richt ik mij dan ook vandaag tot de 28 lidstaten van de Europese Unie met het klemmende verzoek: eis van de Pakistaanse justitie een zuivere rechtsgang tegen Asia Bibi en eis van de Pakistaanse autoriteiten een behandeling van Pakistaanse christenen als volwaardige staatsburgers. Met deze Pakistaanse zelfreiniging zal Asia Bibi zeker vrijkomen en zullen Pakistaanse christenen zeker vrije burgers worden!

Catch-the-eye-Verfahren

Marijana Petir (PPE). - Gospodine predsjedniče, potpisala sam peticiju zajedno sa 150 000 drugih kršćana koji traže milost za Asiju Bibi, katolkinju i majku petero djece, koja je uhićena u lipnju 2009. godine, a potom osuđena na smrtnu kaznu pod lažnom optužbom za bogohuljenje protiv proroka Muhameda.

Bez obzira što nema jasnih dokaza, ona je već pet godina u zatvoru, a optužile su je lažno njene susjede koje su je vrijeđale, zato što je kršćanka. Asiji Bibi je nudeno da bude oslobođena ako prijede na islam, što je ona odbila i javno je ispovjerala svoju vjeru u Isusa Krista.

O nepoštivanju prava vjerskih manjina na tom području govori i činjenica da su smaknuta dvojica političara koja su joj izrazila podršku. To iziskuje konkretne poteze Ujedinjenih naroda i Europske unije. Tražim da se progonu kršćana stane na kraj i da se Asia Bibi oslobodi, jer 5 godina nedužna boravi u zatvoru i ne smije biti kažnjena, pogotovo ne smrtnom kaznom zato što javno ispovijeda svoju vjeru u Isusa Krista.

Jussi Halla-aho (ECR). - Mr President, we may condemn capital punishment as such, yet there is a world of difference between executing a person for murder after due process and killing a person for criticising an ideology or a religion. Therefore, we should not discuss the death penalty as a whole. We must rather ask whether it is acceptable to sentence people to any kind of punishment for blasphemy. It is wrong from the point of view of freedom of speech, but also because many barbarian practices such as child marriage are deeply rooted in religion. It is in practice impossible to criticise these practices without criticising their religious foundations. Many European countries have their own blasphemy laws. They should be repealed and we should set an example to the rest of the world.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Anna Záborská (PPE). - V prvom rade ďakujem kolegovi Van Dalenovi za iniciatívu zaradiť do programu tento bod. Z vážnych dôvodov som sa nemohla zúčastniť v pondelok rokovania, ale poslala som list predsedovi Parlamentu, aby na začiatku schôdze odsúdil trest smrti pre Asiu Bibi a zároveň som v liste podporila zaradenie tohto bodu programu. Za posledné roky sme boli svedkami viacerých vrážd a trestov smrti na základe údajnej blasfémie. To, že žiaden trest smrti nebol zatiaľ vykonaný, nie je ospravedlnením. Pýtam sa, koľkým ľuďom sme mohli zachrániť život, ak by Európske inštitúcie zaujali včasné a principiálne stanovisko. Žiadam vedenie Parlamentu, Rady i Komisie reagujte, nepremárnime ďalšiu príležitosť. Pán predseda Rady vo svojom prejave povedal, že barónka Ashton sa vyjadрила k tomuto prípadu. Moja otázka je, prečo jej stanovisko nebolo široko publikované.

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, credere, praticare e diffondere la propria fede è un diritto fondamentale dell'uomo e non può essere soggetto a nessun tipo di limite e controllo. Non accade così purtroppo in quel Pakistan he condanna a morte una donna, madre di famiglia per aver parlato della sua religione, il cattolicesimo, a delle colleghe di lavoro musulmane e che di fronte alla proposta di convertirsi all'Islam in cambio della libertà e della vita ha coraggiosamente rifiutato.

Sulla scelta della Corte suprema si gioca la credibilità internazionale del sistema giudiziario pakistano, nell'applicazione della legge antiblasfemia. Nei confronti delle minoranze certo, ma nei confronti dei cittadini tutti. Asia Bibi è vittima di una legge ingiusta, di un processo iniquo e non possiamo lasciare trionfare il fondamentalismo. L'Europa deve fare la sua parte.

Ignazio Corrao (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, la pena di morte è uno strumento medievale, disumano, illogico. È assurdo trovarci ancora a discuterne nel 2014, quando 140 paesi nel mondo l'hanno abolita *de facto* e *de jure*. Asia Bibi, se non interveniamo subito, sarà brutalmente ammazzata dallo Stato pakistano per avere offeso il profeta islamico Maometto, condannata a morte nel 2014 per blasfemia. Davvero si fa difficoltà a crederci. La storia di Asia Bibi è emblematica della follia collettiva che serpeggia subdola per il nostro pianeta. Una donna, una madre di 5 figli, picchiata, rinchiusa, stuprata e arrestata e poi condannata a morte senza uno straccio di prova, solo perché cattolica. Una vergogna!

Non dovremmo mai e poi mai negoziare alcun accordo economico con chi utilizza ancora la pena di morte, mezzo barbaro e disumano ancora in uso purtroppo in una sessantina di Stati tra cui il Pakistan. Il diritto alla vita non si tocca!

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio (a nome del vicepresidente della Commissione / alto rappresentante dell'Unione europea per gli affari esteri e la politica di sicurezza). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, apprezzo il forte impegno riguardo il caso di Asia Bibi e sono certo che anche il dialogo fra il Parlamento europeo e i parlamentari in Pakistan possa aiutare a favorire il cambiamento.

Ribadisco che l'Unione europea si impegna costantemente a promuovere i diritti umani in Pakistan e a difenderli in ogni occasione: con il governo, con i difensori dei diritti umani e con le altre parti in causa. A tal fine utilizzeremo appieno tutti gli strumenti a nostra disposizione: *démarches*, dichiarazioni, dialogo.

La prossima visita del presidente del Senato del Pakistan in Europa alla fine di novembre, oltre alla visita in Pakistan la prossima settimana dello EUSR Stavros Lambrinidis, saranno un'utile occasione per discutere di questi temi.

I combattenti stranieri che si recano in Siria e in Iraq rappresentano una grave minaccia per la sicurezza dell'Unione europea e dei suoi Stati membri, come pure per la regione del Medio Oriente e dell'Africa settentrionale.

Molti di voi hanno espresso, da ultimo il 17 settembre scorso, preoccupazione in merito al fatto che migliaia di combattenti stranieri, tra cui cittadini degli Stati membri, hanno preso parte ai combattimenti a fianco dello Stato islamico. Avete chiesto che fossero intensificati la cooperazione e lo scambio di informazioni e avete ricordato l'importanza della prevenzione, del perseguimento dei reati, della sensibilizzazione, della riabilitazione e della reintegrazione.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Come sapete, questa preoccupazione è condivisa dal Consiglio europeo, dal Consiglio e dai suoi Stati membri. Da oltre un anno il Consiglio si occupa di questa minaccia senza precedenti. Nel maggio 2013 è stato concordato un pacchetto di 22 misure. Nell'agosto del 2014 il Consiglio europeo ha chiesto di accelerare e approfondire le misure per contrastare il fenomeno.

Nel dare seguito a tale richiesta il Consiglio GAI ha tenuto un altro dibattito approfondito solo due settimane fa e gli interventi dei ministri hanno rivelato che la questione costituisce una priorità politica assoluta. La gravità della situazione è stata ribadita anche nella riunione del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite che ha adottato una risoluzione vincolante sui combattenti stranieri (UNSCR 2178(2014), capitolo VII). Dando seguito a tale risoluzione il Consiglio ha approvato, due giorni fa, la strategia dell'Unione europea in materia di antiterrorismo e combattenti stranieri, che costituisce parte integrante della risposta alle conclusioni del Consiglio europeo e alle risoluzioni del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite.

Dobbiamo pertanto reagire, senza indugio e con costante impegno, su vari fronti, nell'arco di diversi anni e a tutti i livelli, perché se dovesse succedere qualcosa i nostri cittadini ci chiederebbero: com'è successo? Cosa avete fatto per evitare che accadesse?

Gli Stati membri hanno la responsabilità principale di provvedere alla sicurezza nazionale e alla protezione dei loro cittadini. L'Unione europea svolge tuttavia un ruolo essenziale nel sostenerli, specialmente nel medio e lungo periodo, e nel consentire che sia fornita una risposta articolata.

Molto è stato realizzato o è stato già intrapreso. Ci avvaliamo delle proposte del coordinatore antiterrorismo dell'Unione europea, della Commissione e del SEAE e di un gruppo di Stati membri che sono maggiormente interessati dal fenomeno. Su tale base, l'Unione europea sta portando avanti i lavori in quattro ambiti prioritari:

- prevenire la radicalizzazione e dissuadere le persone dal recarsi in Siria e Iraq;
- individuare gli spostamenti sospetti;
- elaborare una risposta efficace sul piano della giustizia penale;
- accelerare la cooperazione con i paesi terzi.

In tutti e quattro gli ambiti si sono compiuti progressi, ma è necessario fare ancora di più.

Fra tutte le azioni intraprese ve n'è una sulla quale desidero in modo particolare richiamare la vostra attenzione, dal momento che voi rappresentate un partner essenziale nella prosecuzione dei lavori: la proposta sui dati di identificazione delle pratiche (PNR) dell'Unione europea. Siamo convinti che sia un elemento fondamentale per rilevare spostamenti sospetti, individuare combattenti stranieri che si recano e ritornano dalla Siria e dall'Iraq e prevenire così attacchi nelle nostre società. Vi rivolgo pertanto un pressante appello affinché ci consentiate di negoziare il testo del progetto di direttiva PNR con il relatore del Parlamento europeo. Sempre nell'intento di individuare meglio i combattenti stranieri sul nostro suolo, gli Stati membri hanno convenuto sulla necessità di armonizzare il nostro approccio in materia di verifica non sistematica alle frontiere esterne e di sviluppare indicatori comuni di rischio. Credo che la Commissione stia già prospettando le prime iniziative.

Un altro importante ma complesso filone di attività riguarda l'uso di Internet a fini terroristici. Come sapete, i *social media* sono diventati uno degli strumenti più efficaci di propaganda e di reclutamento per i combattenti stranieri. Non possiamo lasciarli agire indisturbati. Sulla questione sono in corso discussioni con gli operatori di Internet e dei *social media*, e vorrei ringraziare la Commissione per il ruolo di primo piano che svolge al riguardo. Mi aspetto che presentino su questo tema specifico una serie di raccomandazioni sul futuro dialogo dell'Unione europea con l'industria.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Per quanto riguarda il perseguimento dei reati, il Consiglio sta esaminando l'efficacia della decisione quadro sulla lotta al terrorismo. La Commissione ha presentato di recente, sia a voi che al Consiglio, una relazione sull'attuazione della decisione quadro, per cui mi aspetto che esaminiate la questione con altrettanta cura. Al riguardo presteremo particolare attenzione alla risoluzione 2178 del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite e alle modifiche delle normative nazionali degli Stati membri. È importante assicurare che anche a livello dell'Unione europea la risposta giudiziaria al fenomeno dei combattenti stranieri sia efficace e articolata.

Ultimo ambito, ma non meno importante, sul quale ci focalizziamo è la cooperazione con i paesi terzi. L'impegno politico è essenziale ma non sufficiente; dobbiamo contribuire a sviluppare la capacità. Il Consiglio ha insistito pertanto sull'importanza di disporre entro dicembre di un pacchetto di progetti tesi alla creazione di capacità antiterroristiche nella regione del Medio Oriente e dell'Africa settentrionale. Si affronterebbe così, in particolare, il problema dei combattenti stranieri e si eviterebbe un effetto di ricaduta della crisi in Iraq e Siria.

Grazie per l'attenzione.

Der Präsident. - Die Aussprache ist geschlossen.

15. Europäische IS-Kämpfer (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Thema Europäische IS-Kämpfer (2014/2901(RSP)).

Cecilia Malmström, Member of the Commission. - This is indeed a very serious phenomenon that we are debating here today. It is a serious threat to the European Union, and we saw what happened in Brussels only half a year ago when a returning foreign fighter opened fire in the Jewish Museum in Brussels and killed four people.

We need to step up our efforts to stem the flow of foreign fighters and we need to work together in the European Union.

First of all, we need to ensure better information exchanges between the Member States, notably by establishing appropriate mechanisms. One such mechanism is the passenger name record data that the Council mentioned. PNR data could be an essential tool to carry out trend pattern analyses, identifying potentially high-risk travellers. This enables the authorities to better detect those foreign fighters travelling to and from the EU by air that were previously unknown to law enforcement agencies. PNR is also a very important tool to detect traffickers and drug smugglers.

Of course, an EU PNR needs a clear legal framework and coherent data protection safeguards across the EU in line with Article 8 of the Charter, as interpreted by the European Court of Justice. EU legislation must lay down clear and precise rules governing the scope and the application of the measures, and imposing appropriate safeguards so that the persons whose PNR data has been retained have sufficient guarantees to protect their personal data against the risk of abuse and any unlawful access or use of that data. I really hope that the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs can look at this again. As you know, Member State after Member State is developing its own PNR system, and it would be much better to have a joint system with common rules, not least when it comes to data protection.

Another strand of action is the detection of returnees from conflict zones to Europe, and therefore issues of border security and border management play a role here. The Schengen Information System (SIS) is an effective tool for the detection and disruption of suspicious travel by sharing information about foreign fighters. It allows today for specific action to be taken on the basis of alerts. The Commission is making efforts to accelerate and improve the information exchange on SIS alerts among Member States, and it is crucial that Member States use all the possibilities offered by the system today. It is also important that Member States carry out minimum checks on persons as required by the Schengen border code and systematically check the travel documents of all persons at external borders against the relevant databases.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

There are voices calling for a revision of the existing framework on this, but it is important to first look at how we can use in an optimal way the existing tools and measures and make the best of them. The situation is urgent and the Commission is, of course, looking at technical discussions, but for the moment we do not plan any initiatives in this area. You must also understand that the Commission reserves its position until the next Commission is in place.

Looking forward, aviation security capacity-building in third countries is a priority. The Commission stands ready to support work in this field highlighted by the European Council in August. We will continue our work on detection technologies to make sure that our own aviation security is as strong as it has to be.

A very important strand here not to be forgotten, because it is key, is preventive work. We need to address, as the Council mentioned, terrorists' use of the internet. We know that many of these organisations recruit via the internet. That is why we have started a dialogue with internet providers to see if we can cooperate in developing counter-narratives online and in cooperation, for instance, with returned people who can tell their stories.

As you know, we also created three years ago the radicalisation awareness network. It plays a very important role in helping local actors and Member States to improve the tools and understand the root causes of radicalisation. We have networks working in all Member States with families and victims to draft counter-narratives, to pool the research, and we are working on exit strategies and will very soon be setting up a sort of centre of excellence that will be at the disposal of Member States for all this.

At this point I would like to reiterate that security and fundamental rights are intrinsically related here. Combatting racist and xenophobic crime, intolerance, discrimination, including promoting integration and social cohesion, is a key element of EU policies. It is very important not to stigmatise any group here. We will also do everything to give priority to the enforcement of the Framework Decision on combatting racism and xenophobia by means of criminal laws.

Honourable Members, Member States are meeting a lot to discuss these issues. The Commission is trying to be helpful, creating forums for the exchange of information. We need to step up our action here to combat this dangerous phenomenon of foreign fighters. We should use the existing tools at our disposal to the maximum extent made possible by border measures and national databases. We must also facilitate and promote European action, for instance a European PNR would be important here. We need to reinforce and spread the very important preventive work that has already been going on for a couple of years. This is the only way that we can jointly address this threat.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, en realidad en nombre del Grupo PPE hablará Monika Hohlmeier.

Saludo al Presidente en ejercicio del Consejo y a la Comisaria Cecilia Malmström, agradeciéndole el trabajo que ha hecho hasta ahora, en estos años, y deseándole muchos éxitos en el futuro.

Las violaciones graves y constantes de los derechos humanos en Irak y en Siria bajo el control del DAESH se han convertido en una clara amenaza para la seguridad internacional. Nos encontramos ante actos de extrema crueldad: mutilaciones y decapitaciones de civiles y soldados; esclavitud sexual de mujeres; reclutamiento de niños y secuestros. En suma, se dedican a generar el terror con asesinatos selectivos o masivos de civiles, ocasionando, además, desplazamientos también masivos de población: miles, millones de desplazados y de refugiados.

El reclutamiento de combatientes por parte del llamado Estado Islámico no es un hecho aislado a lo largo de la historia: los grandes conflictos internacionales con ciertos países islámicos de por medio suelen convertirse en una buena oportunidad para el reclutamiento de yihadistas. Ya ocurrió en los años ochenta con Afganistán, en los noventa con Chechenia y volvió a pasar en la década de 2000 con la guerra de Irak. Pero la gran diferencia con todos esos conflictos es que el terror generado por el DAESH va camino de superar a todos los vividos en las décadas precedentes.

Este grupo terrorista recluta a sus miembros mediante un estudiado y prolongado trabajo de captación a través de las redes sociales, que comenzó incluso antes del estallido del conflicto sirio. Nos encontramos ante una grave amenaza que aumenta día a día. El número de combatientes europeos se estima en 3 000, entre los cuales hay 300 belgas, 700 franceses, 500 del Reino Unido, 51 de España.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Es preciso reconocer, Señorías, que el regreso de estos combatientes a Europa tras haber participado en conflictos armados y haber recibido entrenamiento militar supone una gravísima amenaza para nuestra seguridad. Por ello, la Unión debe hacer frente y debe plantar cara, sin ambages, a este gran reto. Y como ya he dicho en multitud de ocasiones ante esta Cámara, la mejor herramienta para combatirlos es la prevención y la acción de los servicios de inteligencia. Sí, decididamente vamos a apoyar el PNR europeo.

Presidente en ejercicio del Consejo y Comisaria Malmström, es anacrónico y es inútil que haya trece PNR financiados por la Comisión o que países como Francia o como el Reino Unido tengan su PNR. Yo voy a apoyar la iniciativa de Timothy Kirkhope y voy a hacer todo lo que pueda por desbloquear algo que permanece muerto, tristemente muerto, desde el mes de abril del año 2013.

De modo que sí al PNR europeo; sí no solamente a detectar a los que regresan, sino también a detectar a los que salen o pretenden salir. Sí a las alertas del SID y sí también a incentivar y a propiciar mayor seguridad aérea.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich will gleich eine Bemerkung voranstellen. Das, was Rat und Kommission hier vorgestellt haben, wird nicht dazu beitragen, das Morden in Syrien zu beenden. Mein Vorredner hat es gesagt: Es geht um eine mögliche erhöhte Sicherheit in Europa, um nicht mehr und nicht weniger. Gleichwohl natürlich dürfen wir die Gefahr, die von gewaltbereiten Personen und ihren Unterstützern und ihren Unterstützerinnen ausgeht, nicht unterschätzen. Doch die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass alle Maßnahmen, die wir ergreifen, auf Achtung europäischer Grundrechte beruhen.

Extremismus ist nicht christlich, jüdisch oder muslimisch. Es geht um Macht, es geht um die Absage an unsere gemeinsamen europäischen Werte, an unsere demokratischen Systeme. Diese müssen wir verteidigen und schützen. Die Überwachung verdächtiger Personen ist legitim, aber Menschen dürfen nicht zu Verdächtigen werden, nur weil sie einer bestimmten Religion oder ethnischen Gruppe angehören. Das verschleiert den Blick auf andere Möglichkeiten. Ich denke etwa an den nationalsozialistischen Untergrund in Deutschland, dessen Mitglieder jahrelang ungestört morden konnten, weil man bestimmte Kriterien außen vor gelassen hat, obwohl es Hinweise gab.

Die derzeit diskutierte Idee des Entzugs von Reisedokumenten ist nicht nur wegen der Freizügigkeit kritisch. Noch schlimmer ist die Ausstellung eines Ersatzpersonalalausweises. Damit werden Menschen stigmatisiert, ohne einer Straftat beschuldigt oder vor Gericht gestellt zu werden.

Und schließlich, was stimmt eigentlich nicht in unseren Gesellschaften, wenn junge Menschen, wenn unsere Bürger sich scheinbar zunehmend radikalieren und von unseren demokratischen Systemen abwenden, obwohl viele eine gute Zukunftsperspektive haben? Wenn wir auf diese Frage keine Antworten finden, werden wir den Kampf gegen Radikalisierungen in Europa verlieren.

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, European citizens are being radicalised. They are travelling to Syria and then they are being trained, with possible motives of one day returning to our cities and streets to harm and kill us. They want to replace a Europe of freedom and peace with fear and destruction. They call themselves the Islamic State but they do not represent the Muslim faith. They are criminals and terrorists and I believe that we should refer to them as such. There is no place for this in Europe. We have dealt with such behaviour before and we will do it again by working with our communities and our young people and addressing the problems at their source. The words condemnation and education are not enough.

Leaders of the European Council, the UN Security Council and the airlines all want an EU passenger name records agreement in order for law enforcement authorities to capture EU foreign fighters and address the chaotic information exchange system that they currently face. A patchwork of 14 different PNR systems not only leaves gaps in security for terrorists to exploit, but it leaves gaps in our data protection for travellers. The issue of PNR is often presented in a polarised way, but I believe you can protect the civil liberties of the individual while protecting the safety of us all.

I urge Members to look at this agreement again. As rapporteur I would like to assure you that I will make sure we hold ourselves to the highest possible standards and put in place the toughest data protection rules we can. We must never compromise Europe's hard fought-for civil liberties. It is also our primary duty as politicians to protect those who have elected us and to deal with and bring to justice those who seek to do us harm.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Jozo Radoš, u ime kluba ALDE. – Gospodine predsjedniče, ocjena stručnjaka i nadležnih institucija je da opasnost koja Europskoj uniji prijete je velika, a jednako tako sposobnosti obrane od te opasnosti su vrlo male i prema tim ocjenama jedan od razloga je nedovoljna suradnja država i institucija u borbi protiv ovoga fenomena i nije se trebao dogoditi ovaj fenomen da bi se suradnja država i institucija na sigurnosnom području razvijala.

Bilo je ovdje govora o tome da je potrebno preventivno djelovanje u strategiji borbe protiv radikalizma Europskog vijeća spominje se potreba edukacije obrazovnih institucija, socijalnih i zdravstvenih službi, vjerskih zajednica da bi se borile protiv ovoga problema. Naravno, lako je to reći, taj je posao vrlo kompliciran, sama edukacija dugo traje i provedba onoga što je naučeno i vještine koje su naučene još duže.

Ali još je važnije od toga stvaranje uvjeta u kojima se radikalizam neće događati. Radikalizam svake vrste se događa u uvjetima socijalne isključenosti i pogotovo siromaštva u ovim zadnjim godinama gospodarske krize. I zato je ključno pitanje kako iskorijeniti uvjete u kojima se razvija i ova vrsta radikalizma, ali i svaki drugi radikalizam te stoga podsjećam da su prije desetak godina europski lideri rekli da nisu uspjeli integrirati imigrante u svoje države, čak ni one koji godinama odnosno više generacija žive u tim državama, a mislim da današnja situacija nije ništa bolja u odnosu na tih zadnjih deset godina i stoga pozivam Vijeće, Komisiju i Parlament da porade na tome da se u Europi stvore uvjeti socijalne uključenosti te iskorijeni siromaštvo koje je jedno od uvjeta i plodnoga tla za rast radikalizma.

Σοφία Σακοράφα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα βλέπουμε τον πατέρα του Φρανκενστάιν να αναρωτιέται γιατί αυτό που έφτιαξε είναι ένα τέρας. Αλήθεια, πόσο πιο χυδαία πρέπει να γίνει η πολιτική που ακολουθείτε για να αναγκαστείτε να τη συνδέσετε ευθέως με τα αποτελέσματά της; Είκοσι χρόνια τώρα, με διάφορες ευφάνταστες αιτιάσεις, εσείς και οι σύμμαχοι σας βομβαρδίζετε όλο τον πλανήτη με πυρηνικά και χημικά, σκοτώνοντας χιλιάδες αμάχους που προσβλητικά ονομάζετε παράπλευρες απώλειες.

Πετάτε στα σκουπίδια δημοκρατικούς δεσμούς, καθαιρείτε εκλεγμένες κυβερνήσεις, απειλείτε λαούς και φτωχοποιείτε έθνη.

Και όλα αυτά για να γιγαντώνουν τα κέρδη τους οι 7 ή οι 17 αδερφές.

Και απορείτε γιατί γεννήθηκαν οι Ταλιμπάν, η Αλ Κάιντα, και σήμερα το Ισλαμικό Κράτος. Απορείτε γιατί δίπλα σας κάθονται ακροδεξιοί και αντιευρωπαϊστές. Απορείτε γιατί Ευρωπαίοι πολίτες πάνε με τους βαρβάρους απαρνούμενοι αυτό τον όγκο πολιτισμού που παράγετε. Μην απορείτε. Οι πολιτικές σας είναι ο κύριος γεννήτορας όλων αυτών των τεράτων. Η μόνη ελπίδα είναι οι αγώνες των λαών και η μόνη λύση είναι η ανατροπή σας.

Alyn Smith, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I very much endorse the comments of Ms Sippel and I would add that winning safety at home will be impossible unless we win the argument abroad. In our dealings with ISIS, above all else we must win the moral argument and understand that ISIS, so recently formed as an entity – such as it is – is not a thing in itself: it is a symptom of a wider problem partly brought about by our actions in the Middle East.

The roots to this go deep. Having grown up in the region myself, I am slightly familiar with it. The very existence of many of the states we are dealing with goes back to the historic actions of a number of our Member States, not least my own. Even in today's *New York Times* a foreign fighter is quoted as saying 'ISIS is the divine vehicle that will dismantle the European borders drawn by Britain and France at the end of World War I'. This goes back a very long way, and unless we comprehend the causes, and also much else – and I disagree that a massive security infrastructure at home is the solution when the causes are deeply rooted elsewhere – that disjoint in our values, because we are not seen as being impartial, is exploited by recruiters in highlighting our selective and partial application of our own much-vaunted values in our dealings with the region.

Even now we see that, while some rightly condemn the barbarism of ISIS, we are rather quieter in condemning similar actions by a number of our allies. Even today in Syria we are seeing air strikes rightly targeting ISIS, but leaving Syrian forces free to attack the civilian population. We might win a battle but we are not winning hearts and minds, and until we do so we are not actually going to tackle the real problem.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Amjad Bashir, *on behalf of the EFDD Group*. – It is a sad fact that hundreds of men and women have been radicalised enough to leave the UK and fight for ISIS. Many a family has been left heartbroken and devastated in my country and in Europe. Our interfering has destabilised the whole region and dramatically changed lives. Since the Iraq war our reputation lies in tatters. Previous to the invasion, Iraq did not have al-Qaeda or ISIS. Libya lies completely broken. There are already enough combatants and our involvement will encourage further radicalisation and fundamentalism, not least because air strikes will lead to innocent civilian deaths.

We must not be seen as those leading a new crusade in Muslim lands. To prevent this from happening I am holding a conference in London on 5 December on the radicalisation of the youth. The chief guest will be the Grand Mufti of Egypt, Shawki Ibrahim Allam, and the Archbishop of Canterbury, Justin Welby. We must find a solution and we must act now.

Bruno Gollnisch (NI). - Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs de la majorité, ces combattants islamistes sont vos créatures. Ils sont les résultats de votre complaisance, de vos carences et de vos incohérences.

Ils sont d'abord le résultat de votre complaisance face à la politique d'immigration massive, qui a fait venir et naturaliser en Europe des millions de déracinés. Beaucoup sont d'origine musulmane et, pour certains, l'extrémisme religieux est aujourd'hui un facteur de cohésion, d'affirmation et de revanche.

Ils sont aussi le résultat de votre carence terrifiante sur le plan spirituel en dépit de la présence d'un immense groupe soi-disant démocrate-chrétien, carence dont un exemple nous est donné encore ici avec l'exposition d'un tableau hideux et offensant pour le Christ souffrant et sa mère. Comment pouvons-nous reprocher à ces déracinés de trouver leur idéal religieux dans le sacrifice qui leur est proposé plutôt que dans nos valeurs et dans nos traditions, que vous détruisez méthodiquement?

Enfin, ils sont le résultat de votre incohérence politique et stratégique. Plusieurs États européens, dont le mien, ont provoqué, comme en Libye ou en Iraq, encouragé, comme en Syrie, la lutte contre des régimes légaux, certes autoritaires mais tolérants sur le plan religieux. Comment pouvons-nous, par exemple, aujourd'hui, traiter ces jeunes gens de terroristes parce qu'ils sont venus se battre contre un régime que nous étions en Syrie, nous-mêmes, sur le point de frapper?

Les choses étant ce qu'elles sont, ce n'est pas tant à les empêcher de partir qu'il faut consacrer vos efforts, c'est à les empêcher de revenir. Les étrangers partis au Proche-Orient pour se mettre au service de cette barbarie ne doivent pas être admis à revenir. Les binationaux doivent être déchus de leur nationalité européenne et se voir aussi refuser la réadmission dans nos États. Ce sera beaucoup plus efficace que les mesures cosmétiques que vous vous apprêtez peut-être à prendre.

Monika Hohlmeier (PPE). - Herr Präsident, liebe Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Teil bin ich ein wenig entsetzt darüber, wie hier unter uns Kollegen über den Kampf gegen IS-Kämpfer gesprochen wird. Ich stelle mir manchmal die Frage: Muss erst einmal etwas in Europa passieren, bevor wir reagieren? Oder ist es vielleicht klug, sich auf einen vernünftigen, maßvollen Katalog zu verständigen, der nicht automatisiert davon ausgeht, dass man unverdächtigen Personen den Reisepass abnimmt?

Wenn ein Reisepass oder ein Reisedokument abgenommen wird, dann müssen dahinter sehr klare Kriterien stehen, dass jemand entsprechend nach Syrien ausreisen möchte aus entsprechenden sehr verdächtigen Kreisen stammt und entsprechend potenziell auch schon aufgetreten ist als Salafist oder als jemand, der sich als sehr gewaltbereit gezeigt hat.

Ich möchte nicht, dass wir uns im Nachhinein die Frage stellen, was wir hätten tun können, sondern die Aufgabe, die wir haben, ist, Verbrechen abzuwehren und entsprechend auch dafür Sorge zu tragen, Schwerverbrecher, wenn sie in die Europäische Union zurückkommen, dingfest zu machen, ihnen das Handwerk zu legen und ihnen keinerlei Möglichkeiten zu geben, sich in der Europäischen Union auszubreiten.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Dass ich darin übereinstimme, dass wir potenziell auch darüber nachdenken müssen – nicht nur potenziell –, wie es entstehen kann, dass eine kleine, radikale Menschengruppe sich auf den Weg macht, das ist richtig. Aber zu sagen, dass die Jugendlichen Europas sich auf den Weg machen, ist sicherlich falsch. Sondern es ist Gott sei Dank eine sehr kleine, aber eine äußerst brutale, eine entsetzliche, eine folternde, mordende und vergewaltigende Truppe.

Diese zu verharmlosen beziehungsweise Maßnahmen deshalb nicht ins Kalkül zu ziehen, halte ich für falsch. Ein bisschen Übersicht müssen wir bewahren, das ist notwendig. Deswegen ist auch verstärkte Vorsicht an den Grenzen notwendig sowie auch ein Katalog von Maßnahmen zu ergreifen, bei dem wir die Chance haben, Verbrechen an der eigenen Bevölkerung zu verhindern.

Josef Weidenholzer (S&D). - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir alles tun müssen, um dieses Monster mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Dabei dürfen wir aber nicht der Illusion verfallen, man könne mit ein paar gezielten Luftoperationen dieser Kräfte Herr werden. Auch die immer wieder als Allheilmittel gepriesene Verschärfung von Grenzkontrollen wird das Problem nur teilweise lösen, weil es sich bei IS eben nicht um wildgewordene Individuen handelt, sondern um eine verbrecherische, ideologisch verblendende Organisation, über die wir viel zu wenig wissen – über die Motive, die Verflechtungen und ihre Verankerung in bestimmten Milieus.

Um einen so bedrohlichen Feind zu besiegen, brauchen wir detaillierte Kenntnisse. Den Nachrichtendiensten, die oft über eine Überfülle an Informationen über einfache Bürgerinnen und Bürger verfügen blieb der bedrohliche Charakter von IS bis vor kurzem weitgehend verborgen. Wir müssen auch mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass sich unsere Verbündeten in der Region oft nicht eindeutig und nicht deutlich genug von diesen erklärten Feinden der Demokratie abgrenzen. Dies ist mit aller Deutlichkeit einzufordern, und es darf, aus welchen Gründen auch immer, kein taktisches Spiel mit IS geben.

Vor allem aber geht es darum, nachhaltig zu verhindern, dass IS einen beträchtlichen Teil seiner kriminellen Aktivisten im Westen rekrutiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Männer und Frauen aus unseren Städten mit primitiver Propaganda angeworben werden. Wir müssen zusammen mit den Verantwortlichen der muslimischen Gemeinden in unseren Mitgliedstaaten dafür kämpfen, dass diese Milieus ausgetrocknet werden – mit Leidenschaft und mit Empathie, und nicht dadurch, dass wir diese Menschen ausgrenzen. Es gibt bereits eine Reihe von Mitgliedstaaten, wo solche Präventionsarbeit Erfolge zeigt. Der Kampf gegen IS ist ein umfassender, und er benötigt das gesamte Arsenal unserer Aufmerksamkeit.

Jussi Halla-aho (ECR). - Mr President, people who join ISIS, or blow up buses and trains in Europe for that matter, are not generally uneducated, unemployed victims of discrimination. They are people driven by ideology and faith. We must pay attention to what contributes to the radicalisation of second-generation Muslim immigrants in Europe.

It has been revealed in recent years in several European countries that Muslim fundamentalists have infiltrated or taken over public schools, mosques and immigrant organisations and used them for preaching jihad, hatred and violence. Muslim clerics who are banned even in Islamic countries are free to operate and preach in Europe.

This low-intensity jihadism is one contributing factor in radicalisation, and it seems clear that our tolerance and cultural relativism are being abused in a very cynical manner.

Ignazio Corrao (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, dall'ultimo rapporto di *Amnesty International* emergono ulteriori contorni inquietanti dell'aberrante attività terroristica portata avanti dallo Stato islamico, il movimento jihadista che purtroppo al momento sembra anche attirare troppi volontari stranieri.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Sconvolgente ad esempio il dato per circa 3 000 combattenti arruolati tra le file dell'ISIS sono europei. Ciò è forse dovuto dal fatto che l'ISIS si considera uno Stato e non un movimento. Una manipolata e corrotta idea di Stato che vuole distruggere gli Stati che in realtà esistono. Va chiarito infatti che l'ISIS non è uno Stato, non c'è l'elemento personale, quello spaziale e neanche quello organizzativo. L'ISIS non ha popolo, non ha territorio e non ha sovranità. L'ISIS è solo una macchina di morte, di terrore ma anche di propaganda. Pubblica video su Internet in stile hollywoodiano e attrae giovani europei fin troppo facilmente influenzabili. Va stigmatizzato e fermato anche questo.

L'Europa deve impegnarsi perché quando gli obiettivi locali saranno raggiunti, i terroristi sposteranno l'azione qui da noi. Gli jihadisti hanno tutto il tempo che vogliono, in quanto ragionano in termini di generazioni.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). - Κύριε Πρόεδρε, παρακολουθούμε όλοι με φρίκη και αγανάκτηση, καταδικάζουμε και καλά κάνουμε, το πρωτοφανές φαινόμενο να μάχονται στο πλευρό των τζιχαντιστών νέοι από ευρωπαϊκές χώρες και να διαπράττουν μάλιστα εγκλήματα τα οποία δεν έχουν σχέση ούτε με τον πολιτισμό ούτε με τα ήθη και τα έθιμα της Ευρώπης. Πόσοι όμως από εμάς έχουμε αναρωτηθεί γιατί παρουσιάζεται αυτή η συμπεριφορά. Είναι γεγονός ότι οι νέοι της Ευρώπης δεν μεγαλώνουν πλέον με τις αρχές και τις αξίες εκείνες που δημιούργησαν τον Ευρωπαϊκό πολιτισμό.

Το να αγαπάς την πατρίδα σου θεωρείται εθνικισμός και φασισμός. Το να αρνείσαι την εισβολή στην χώρα σου, και στην Ευρώπη, εκατοντάδων χιλιάδων λαθρομεταναστών με διαφορετικές πολιτισμικές καταβολές από τρίτες χώρες, θεωρείται ρατσισμός. Και όμως η πλειοψηφία των νέων ευρωπαίων που μάχονται στο πλευρό των τζιχαντιστών είναι μουσουλμάνοι μετανάστες δεύτερης και τρίτης γενεάς, οι οποίοι έχουν επηρεαστεί απ' την ισλαμιστική προπαγάνδα. Εάν λοιπόν δεν απαλλαγούμε αμέσως από όλες αυτές τις ανόητες δεσμεύσεις, τους διαταγμούς και τα συμπλέγματα, τότε δεν πρόκειται να λύσουμε το πρόβλημα, όσα κατασταλτικά μέτρα κι να λάβουμε.

Frank Engel (PPE). - Monsieur le Président, il ne fait aucun doute que le phénomène que nous appelons l'«État islamique» est un phénomène qui va simplement à l'encontre de toutes nos convictions. C'est un phénomène meurtrier, qui ne respecte rien sauf son idéologie bornée et perverse et qui s'oppose au modèle de civilisation qui est le nôtre.

Dès lors, pour combattre ceux qui partent soutenir l'EI- et pour combattre ce phénomène -, je ne crois pas que nous devions commencer une nouvelle fois par nous excuser des lacunes de nos sociétés, d'une tolérance et d'une compréhension insuffisantes et de jeunes désœuvrés qui auraient besoin d'autres modèles, valeurs et orientations.

Je crois qu'il faut regarder la vérité en face, à savoir que beaucoup de pays, soi-disant alliés de l'Union européenne, ont soutenu, autour de nous et depuis des décennies, et qui ne cessent de soutenir tous ceux qui détruisent et tous ceux également qui projettent de nous détruire de l'intérieur.

Je ne suis pas d'accord avec le collègue Gollnisch et d'autres, qui veulent se focaliser sur le non-retour. Personnellement, je voudrais mettre l'accent sur le non-départ, sur les raisons des départs et sur leur organisation, parce que ce ne sont pas des jeunes qui partent d'Europe avec des voyagistes qui leur vendent des vacances à forfait en Syrie. Ces voyages sont organisés par des alliés de l'Europe, comme le Qatar, et d'autres pays qui ne cessent de nier leur implication dans la logique destructrice qui commence à nous entourer et qui, en fin du compte, pourrait très bien avoir raison de nous. Il faut regarder les véritables adversaires en face.

Ana Gomes (S&D). - O recrutamento de jihadistas europeus a combaterem em nome do chamado Estado Islâmico, que não é Estado, nem é Islâmico, ou de outras organizações terroristas, mostra que os desafios à nossa segurança e à segurança global dependem da resolução de conflitos na vizinhança, em particular no Médio Oriente, e mostra como precisamos de uma política de segurança e de defesa inteligente e estratégica que integre as dimensões externa e interna.

Os jihadistas que regressam à Europa ou os que possam ainda ser interceptados por cá só podem ter tratamento no respeito pelos princípios dos estados de direito, que somos, e especificamente no quadro do Direito Penal, sendo levados à justiça, punidos e depois, se for caso disso, ajudados a reintegrar-se socialmente.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Retirar-lhes passaportes ou a nacionalidade, como alguns erradamente advogam, não só não resolverá o problema como o poderá agravar e exportar para a vizinhança. É preciso aprendermos com os erros do passado na luta antiterrorista. Ela não será eficaz e não nos distinguirá dos terroristas se não for levada a cabo no estrito respeito pelos direitos humanos fundamentais.

Os ditos *foreign fighters* não são estrangeiros, são de facto europeus. É preciso compreendermos e combatermos os contextos de discriminação social, desemprego, intolerância religiosa e outras formas de alienação que os predisõem a ser recrutados.

Face à ameaça real que representam para europeus e para outros povos, é necessário que a União Europeia concerte uma estratégia que implique meios substantivos para coordenar os contributos dos serviços de inteligência mas também das autoridades policiais, judiciais, serviços sociais, agentes educativos, comunitários, para programas de prevenção da radicalização e de desradicalização.

O facto de estarmos confrontados com jihadistas europeus também reforça a nossa responsabilidade de pôr em prática uma política externa comum eficaz, que efetivamente resolva ou ajude a resolver conflitos, refletindo a abordagem holística de que tanto falamos mas pouco passamos à prática, do Iraque à Síria, passando pela Palestina, a Líbia, olhando para o resto de África, norte de África e além dela, e sem esquecer países ditos nossos aliados, como a Arábia Saudita e o Qatar, que vêm financiando e fornecendo os meios para o recrutamento de jovens pelo mundo inteiro para redes terroristas.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Anders Primdahl Vistisen (ECR). - Hr. formand! De fundamentalistiske islamister i Islamisk Stat udgør en kæmpe trussel! Ikke kun for de mennesker, der er så uheldige at være fanget i den frygtelige situation, der er i Irak og Syrien, men også i Europa. Alene fra Danmark alene estimerer man, at over 100 islamister er taget til Syrien for at kæmpe for denne terrororganisation, der står bag frygtelige forbrydelser. Hvad kan vi forvente os, når disse mennesker på den ene eller den anden måde ønsker at returnere til Europa? Det, jeg frygter, vi kan forvente, er en stor terrortrussel, som kan ramme os alle. Hvornår ved vi ikke, men potentialet er der. Derfor er det super vigtigt, at vi har kontrol med hvem, der kommer ind i vores lande. Desværre er den eksterne grænsekontrol, der skulle sikre Schengen, brudt sammen. Vi ser Italien, der for en stor dels vedkommende ikke engang registrerer de illegale indvandrere, der kommer ind i landet. Og derfor må vi nu, indtil truslen fra IS er bekæmpet, kræve, at de nationale stater for lov til at gennemføre grænsekontrol, så vi har et effektivt våben mod terrorisme.

Udo Voigt (NI). - Herr Präsident! 12 000 Kämpfer aus 74 Staaten kämpfen und töten in Syrien und im Irak. Wie viele davon tatsächlich aus Europa kommen, wissen wir nicht. Wie viele davon die doppelte Staatsbürgerschaft haben, wissen wir nicht. Sie sind brutal, morden und vergewaltigen, und nach neuesten Pressemeldungen sogar als verkleidete Kurden. Sie stellen eine nachhaltige Bedrohung dar, eine Bedrohung mit europäischen Pässen. Da hilft auch nicht – Frau Sippel –, danach zu fragen: „Wie konnte es geschehen?“

Es sind die missratenen Produkte einer multikulturellen Gesellschaft, die wir, die für die Identität der Völker stehen, so nicht wollten. Wie lange noch sollen sie die doppelte Staatsbürgerschaft behalten? Wie lange noch sollen sie Rechte daraus ableiten können? Und letztlich noch die Frage: Welche Maßnahmen, welchen Schutz ergreifen wir, um zu verhindern, dass diese Ausgereisten dann Tag für Tag als Flüchtlinge, als Asylsuchende nach Europa zurückkommen, um uns hier zu bedrohen?

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Heinz K. Becker (PPE). - Herr Präsident, Frau Kommissarin, Vertreter des Rates! Unser Wahlspruch der Union „In Vielfalt geeint“ betrifft und beinhaltet ein Credo für nationale, ethnische und religiöse Toleranz und Vielfalt in Europa. Das ist auch ein Kampfauftrag für uns in Europa, ein Kampfauftrag gegen den Fundamentalismus und speziell den islamistischen Fundamentalismus. Denn hier liegen ja die Ursachen dafür, dass wir heute begründet davon ausgehen können, dass rund 3 000 Personen mit europäischen Pässen im Irak und in Syrien brutal und hasserfüllt gegen Freiheit, Toleranz und Vielfalt kämpfen. Ganz konkret ist das sicherheitspolitisch eine enorme Herausforderung, und zwar heute, jetzt, nicht erst morgen, zum Schutz unserer Bürger, unserer Familien in Europa!

Wenn nur 10 % dieser 3 000 Europäer zurückkehren, dann haben wir Hunderte als tickende Zeitbomben hier unter uns. Die IS wirbt bereits sogar damit, dass Terrorakte dieser Kämpfer bei ihnen islamischen Ruhm und Ehre bringen. Hier bei uns!

Ich begrüße ausdrücklich den Beschluss der EU-Innenminister, mit verstärkten Sicherheitsscreenings unsere Außengrenzen effektiv zu schützen. Das Grundrecht, Sicherheit bestmöglich zu erhalten, fordert ein Vorantreiben von EU-Sicherheitsinitiativen wie der gezielten Auswertung von Fluggastdaten. Der Terrorist, der den Anschlag im Jüdischen Museum in Brüssel begangen hat, ist aus Frankreich über die Türkei ins IS-Gebiet gereist und über die Türkei und Frankfurt nach Europa.

Hier muss auch unser Koalitionspartner Bewegung zeigen, unser Koalitionspartner in der neuen Kommission. Denn entschlossenes und konkretes Handeln ist unsere Verantwortung. Verhindern wir die Rekrutierung von Europäern hier bei uns! Ja, aber vernachlässigen wir keinesfalls den Außenschutz der Grenzen Europas, denn das ist Wahlhilfe für die Populisten, die dann bei Wahlen viele Stimmen gewinnen.

Afzal Khan (S&D). - Mr President, we have witnessed a surge of young people travelling to join ISIS, many of whom are born and raised in European countries. We must ask why these young people are joining ISIS's ranks. Some feel targeted and isolated, do not feel understood or valued either by their own communities or by mainstream society. Groups like ISIS can still fill this void by spreading their false narrative using social media tools that young people communicate through, creating a false impression that they are joining a fight for a good cause against oppressive regimes. The current approach of asking families to turn in their own children has failed. Families are lost; we need to help them re-connect with their children through better communication. ISIS is only Islamic in name and not in its actions. We all have our role to play in exposing their false message. The mosques must play their part in achieving this by standing up against ISIS and reaching out more to engage young people. Media must stop its biased coverage, which further devises extreme reactions, and replace it with an alternative, fair account of what the Islamic faith really is. Accounts of Europeans who have faced ISIS atrocities could help build their alternative narrative. It is important that the Middle East countries have joined the coalition in fighting against ISIS. We also need to increase security measures to prevent Europeans travelling to join ISIS. The EU must coordinate achieving these goals and share best practices. It is not enough to merely legislate against these youths, we must win the war too. The war is not led by the West against Muslims, it is the whole world against ISIS.

Louis Aliot (NI). - Monsieur le Président, nous sommes des États européens de culture gréco-latine et de religion judéo-chrétienne. Nous sommes aussi un continent qui a accueilli une immigration qui s'est peu ou prou assimilée au départ et qui, aujourd'hui, est en pleine voie d'assimilation négative, avec pour conséquences ce que nous vivons aujourd'hui.

Pourtant, même la Cour européenne des droits de l'homme l'avait relevé, les références explicites à l'instauration de la charia sont incompatibles avec nos valeurs. Or, dans nos quartiers, dans nos campagnes, aujourd'hui, beaucoup de prédicateurs prônent justement cette loi islamique radicale sans que nos responsables politiques aient pris la mesure de ce danger. C'est pour cette raison, d'ailleurs, qu'on nous a qualifiés, nous, Front national, en France, de parti islamophobe, alors que nous étions simplement un parti de vigilance démocratique islamo-critique, de même que nous pouvons, je pense, critiquer toutes les religions.

Si nous ne mettons pas fin à la double nationalité, si nous ne supprimons pas les accords de Schengen, si nous ne mettons pas sous vigilance sévère des États comme le Qatar et l'Arabie saoudite, et si nous ne suivons pas ou plus les États-Unis en toutes circonstances dans les conflits extérieurs, je pense que nous aurons un avenir sombre pour nos États et notre continent.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Davor Ivo Stier (PPE). - Gospodine predsjedniče, s jedne strane tisuće i tisuće ljudi žele useliti u Europsku uniju i ovdje ostvariti snove slobode i materijalnog prosperiteta. S druge strane mladi ljudi koji su rođeni u Europi regrutiraju se kao borci za terorističku organizaciju koja se bori protiv samih europskih vrijednosti.

To na prvi pogled izgleda kao paradoksalna situacija. Mislim da su jedni i drugi zapravo gladni - jedni su gladni slobode i materijalnog prosperiteta, a ovi drugi su gladni ideala. Znam neki će reći da su europski borci Islamske države žrtve možda diskriminacije, neimaštine - to sasvim sigurno pomaže u njihovom regrutiranju. Međutim, oni ne idu u Islamsku državu da bi riješili svoje materijalne probleme, nego, evo vidite, što je Bilal Bosnić vođa vehabijskog pokreta u Bosni i Hercegovini koji je regrutirao preko 100 boraca, rekao: „Vjerujemo da će jednoga dana cijeli svijet biti Islamska država.” Dakle, ti iskrvljeni ideali, taj fanatizam je ono što je njega vodilo u ovu bitku. Tko je njemu i ostalima to usadio?

Mislim da osim ovih pitanja poslova obavještajne zajednice, sigurnosne mjere, koje su naravno potrebne, moramo isto tako odgovoriti na određena vanjskopolitička pitanja. Dakle, moramo si postaviti pitanje znamo li što je sve Saudijska Arabija financirala u Bosni i Hercegovini, na samoj granici s Europskom unijom. Mislim da je to legitimno i važno pitanje. Naravno moramo jačati i naše politike integracije, ali tu vjerski identiteti nisu problemi - u Hrvatskoj, kršćanskoj ili većinski kršćanskoj zemlji, islamska je zajednica dobro integrirana. Nekada je veći problem postmoderna bahatost koja svako javno iskazivanje vjere smatra retrogradnim. Ali ono što je najbitnije: moramo jačati privrženost našim europskim vrijednostima tolerancije, vrijednostima za koje se moramo zalagati ukoliko ne želimo da mladi odu u svaki ekstremizam od populizma do, nažalost, ovog puta koji vodi prema Islamskoj državi.

Tomáš Zdechovský (PPE). - Pane predsjedající, paní komisařko, zaznělo tady hodně věcí, ale možná bych rád upřesnil jednu informaci, kterou mám ze včerejšího dne od lidí pracujících v oblasti bezpečnosti. Za IS už nebojuje pouze tři tisíce lidí, ale tři a půl tisíce. To jsou všechno občané EU a já se ptám: Nezanedbali jsme prevenci?

Možná, že vyhrájeme válku v Iráku nebo v Sýrii. Možná, že porazíme IS, ale ten problém tady byl a nezmění se. My se musíme zaměřit na prevenci, musíme opravdu vtáhnout současný islám do diskuse a musíme se bavit, co a jak dál.

Válečné zločiny, dámy a pánové, to nejsou válečné zločiny, které známe z druhé nebo z první světové války. To jsou obrázky současnosti, kde jsou lidi popravováni pouze za podezření, že spolupracují s tou či onou stranou. Podřezávání hlav, masové střelení, střelení křesťanů. I dnes tito lidé mají na rukou více než pět tisíc obětí. A to u řady obětí dnes ani nemůžeme dokázat, co se s těmito lidmi stalo. Jsou to zločiny, které opravdu jsou velmi kruté. A já chci zakončit tuto řeč jedním slovem, dámy a pánové, není to jenom o tvrdém postihu, je to o prevenci. Prevence a diskuse s lidmi, kteří chtějí žít v Evropě a chtějí nám pomoci budovat silnou a prosperující Evropu. To musí být náš úkol.

Jeroen Lenaers (PPE). - Dank u, Voorzitter. Dank ook aan mevrouw Malmström voor haar aanwezigheid hier. We hebben in de vorige drie debatten haar collega Ashton node gemist. Ik dank u zeer voor het respect dat u wél aan het Parlement toont door hier aanwezig te zijn en deze belangrijke zaken met ons te bespreken.

We hebben vlak vóór het zomerreces een resolutie aangenomen die de urgentie aangaf waarmee de strijd tegen IS in Irak en Syrië moet worden aangegaan. Sinds we die resolutie aangenomen hebben, zijn er meer dan duizend jihadistrijders vanuit Europa vertrokken naar Syrië en Irak. We moeten een gecoördineerde Europese aanpak hebben om dit probleem aan te pakken. Zoals Jean-Claude Juncker vanochtend terecht zei in zijn speech: IS is een vijand van de waarden van Europa en IS is een vijand van alles waar Europa voor staat.

In de Raad van 2013 werden vier prioriteiten aangenomen voor zo'n gecoördineerde aanpak: preventie, informatie-uitwisseling, strafrecht en samenwerking met derde landen. Ik vraag me nu af: hoe ver staat het met die aanpak en zijn er al concrete resultaten bereikt?

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Een specifieke vraag die ik wil stellen gaat over het *focal point for travellers* van Europol. Het doel hiervan is de uitwisseling en analyse van informatie over verdachte personen die wellicht willen uitreizen. Zijn alle landen inmiddels actief in dit netwerk? Zo niet, bent u van mening dat deelname hieraan verplicht zou moeten worden om te zorgen voor een zo efficiënt mogelijke aanpak? Punt twee: geldt dit systeem ook voor terugkerende jihadstrijders? Kunnen we ook mensen die terugkeren vanuit Syrië en Irak in de gaten houden via een Europees register waaraan alle landen deelnemen?

Ten slotte wil ik graag mijn collega Frank Engel bijvallen: we moeten ISIS bestrijden in Syrië en Irak, maar we moeten ook goed letten op de gronden waarop jongeren radicaliseren in onze eigen lidstaten en de manieren waarop organisaties de ruimte krijgen om reizen naar Syrië en Irak te faciliteren en te organiseren vanuit onze eigen Europese landen. Op deze punten moeten de lidstaten ook hun verantwoordelijkheid nemen en belangrijke stappen zetten.

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, the compilation of accurate statistics in relation to the numbers of actual foreign fighters is problematic, due to the secretive nature of those travelling and many of the circuitous routes such individuals take in reaching their destinations; but it is happening and there is no doubt about it. We hear various reports of figures, in their thousands or hundreds, I do not know, but certainly it is happening. The phenomenon of individuals travelling from all over Europe to the fighting has affected the majority of European states and it is one to which Ireland, my own country, gave priority during their recent Presidency of the Union in 2013. In that context, Ireland was successful in gaining the agreement of Member States to carry out a review of the strategy for counteracting radicalisation and recruitment to terrorism.

A primary point of focus in this review was the foreign fighter issue, and a number of initiatives have been developed to combat this phenomenon, including: community relations, which I believe are very important; media campaigns; enhanced tracking of movements; engagement with third countries, notably Turkey; and engagement with internet service providers to curb radical on-line content.

It is widely accepted that this problem cannot be resolved by security-related measures alone and that a key issue in addressing it is a programme of proactive engagement with the communities affected. Meaningful engagement with these communities is an essential part of the process, in order to avoid any sense of profiling or stigmatisation of sectors of the population. The protection of fundamental rights and recognition from the outset that the majority of people wish to go about their daily lives in peace and to play a productive part in society is enshrined within this engagement.

The growth of extremism which we are now witnessing across the region is a cause of considerable concern, which I know is shared by all of us in this room. The blood lust and inhumanity which ISIS is displaying in Syria and Iraq has shocked and appalled all civilised people. The destruction and displacement of the ancient Christian communities of northern Iraq has been harrowing to witness. All of this taken together harks back to a mentality and a culture which we thought had long been consigned to history. It is a frightening new reality for the world and one which we must address head on.

Емил Радев (PPE). - За съжаление в редиците на Ислямска държава има стотици европейци, които отхвърлят европейските ценности и припознават други, екстремистки ценности и норми. За мен това е доказателство, че терористичната организация се е превърнала в идея, едва ли не в мираж. Въпросът е как да развенчаем този мираж. Единият начин е чрез принудителни мерки, за които се говори напоследък, като например ограничаване правото на пътуване на хора, заподозрени в тероризъм. Или чрез ускореното приемане на Директивата за данни на пътници, както призова Съветът. Тези мерки обаче трябва да са съобразени с основните човешки права и защита на личните данни и трябва да има достатъчно гаранции, че няма да бъдат неправомерно използвани.

Гореописаните предложения, обаче, са краткосрочни решения на един много по-дълбок проблем – редица европейци се чувстват изключени от европейското общество и търсят друга възможност за личностна реализация, било то и чрез тероризъм. Искрено вярвам, че в едно толерантно и приобщаващо общество броят на хората, които искат да се присъединят към терористични организации, е значително по-малък. Вярвам също, че насилието може да бъде предотвратено с повече уважение към различните култури.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Броят европейци в редиците на Ислямска държава за мен е доказателство, че за съжаление Европа има да извърви още път преди европейските ценности, заложили в основните договори, да бъдат изцяло приети. Дотогава обаче принудителните мерки могат да се окажат единственият начин за гарантиране европейската сигурност.

Arnaud Danjean (PPE). - Monsieur le Président, en matière d'antiterrorisme, il y a trois écueils de base à éviter. Le premier est l'ignorance – et j'ai entendu beaucoup d'approximations ce soir dans ce débat –, le deuxième est la naïveté – j'ai également entendu beaucoup de propos très naïfs –, et le troisième est la stigmatisation généralisée – dont j'ai entendu aussi certains exemples.

Le phénomène des combattants européens dans les mouvements djihadistes a toujours existé. Il n'est pas nouveau en soi mais il est nouveau de par son ampleur et les moyens qu'il utilise, c'est-à-dire les technologies de communication de masse qui servent à convertir et à radicaliser des éléments fragiles de notre société.

Face à cette menace extrême, terroriste par nature, qui joue sur l'émotivité et le spectaculaire, chaque échelon institutionnel doit prendre ses responsabilités.

Ce n'est pas forcément au niveau collectif de l'Union européenne que se situent les meilleures solutions, il faut bien en être conscient. Les conclusions de juin 2013 sont de bonnes conclusions qui, je crois, contiennent un diagnostic assez juste des mesures qui peuvent et doivent être prises. Toutefois, la mise en œuvre principale de ces mesures incombe aux États membres parce que les piliers en matière de sécurité intérieure – c'est-à-dire le renseignement, la police et la justice –, ce sont les États membres.

Je ne crois pas du tout à l'efficacité d'une mutualisation européenne bureaucratique, hâtive et mal adaptée. L'efficacité passe par une meilleure coopération des justices, des services de renseignement, des polices et non par la mise en place d'une nouvelle superstructure européenne bureaucratique.

À cet égard, je m'interroge, comme de nombreux spécialistes, sur l'utilité de conférer à Europol un rôle pilote dans cette coordination. Je ne crois pas que ce soit la vocation d'Europol et je crois que les services de renseignement nationaux sont bien mieux équipés pour cela.

Un dernier mot sur la responsabilité du Parlement européen. Le Parlement doit être plus actif et plus expert sur ces questions et ne pas se perdre dans des débats théologiques complètement vagues, fumeux et naïfs. Je crois que nous devrions prendre nos responsabilités en adoptant rapidement le PNR parce que c'est un des outils dont nous disposons pour renforcer efficacement la lutte antiterroriste.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Edouard Ferrand (NI), question «carton bleu». – Monsieur Danjean, nous nous connaissons un petit peu. Vous parlez de naïveté, parce que vous voyez plutôt les conséquences, tandis que moi, je vois les causes. Les causes se trouvent dans une vraie naïveté de l'Union européenne et aussi, malheureusement, du gouvernement que vous avez soutenu en France.

Ma question est très simple. Croyez-vous qu'il était intelligent, utile et audacieux de s'en prendre à tous ces pays du Maghreb: la Tunisie, la Libye, l'Égypte et, au Proche-Orient, l'Iraq et la Syrie? En déstabilisant ces gouvernements, vous avez créé les causes de votre problème actuel. Malheureusement, je crois qu'il est trop tard et que vous auriez dû réfléchir avant. Alors, allez-vous continuer à soutenir cette politique américaine qui consiste aujourd'hui à éradiquer justement tous ces États qui maintenaient la stabilité au Proche-Orient?

Arnaud Danjean (PPE), réponse «carton bleu». – Monsieur Ferrand, votre question est hors sujet parce que le débat sur le conflit en Syrie, sur les conflits armés en Iraq, en Syrie et ailleurs, a eu lieu tout à l'heure, mais vous n'étiez pas présent.

En ce moment, nous parlons justement des aspects qu'il faut traiter et des mesures qu'il convient de prendre aujourd'hui. J'ai été très concret dans mon intervention. Or, vous nous faites des dégagements fumeux sur la politique américaine. Ce n'est pas le problème.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Comme je l'ai rappelé dans mon intervention, Monsieur Ferrand, si vous aviez bien écouté, le problème des djihadistes européens existait bien avant la Libye, bien avant la Syrie et bien avant l'Iraq. Cela n'est pas la cause fondamentale de tous les problèmes.

Si vous souhaitez connaître mon avis sur la Libye et sur la déstabilisation des régimes arabes, sachez que je ne souscris pas à toutes les actions qui ont été menées. Je ne souscris pas à tout cela. Je pense qu'un certain nombre de régimes ont été déstabilisés alors qu'ils n'auraient pas dû l'être. Pour autant, faire de ces phénomènes l'unique cause..

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Procedura catch-the-eye

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, statistike ukazuju doista na alarmantni rast broja boraca porijeklom iz Europske unije koji se bore na bojištima Bliskog istoka. Govorimo o tisućama državljana Europske unije, navodno čak desetini snaga Islamske države. Većina europskih boraca su pripadnici prve ili druge generacije imigranata iz Afrike ili Azije. To obnavlja dileme o uspješnosti politike integracije, ali njihov neuspjeh nikako nije opravdanje za počinjene zločine.

Problem predstavlja odlazak, ali i naravno jednaku opasnost otvara i njihov povratak s bojišta. Želim spomenuti i europske borce koji su često izostavljeni iz statistika. Riječ je o građanima zemalja aspirantica na članstvo u Europskoj uniji i koje graniče s Europskom unijom. To svakako predstavlja prijetnju sigurnosti tih zemalja ili cijele Unije.

Kratkoročno, Unija svakako treba koordinirati nacionalne odgovore na ove sigurnosne prijetnje. Dugoročno, potrebna je razvojna strategija za Bliski istok i sjevernu Afriku. Sama vojna pobjeda nad diktatorima i teroristima nikada nije dovoljna, jer je lakše ukloniti vrh režima ili terorističke organizacije, nego političke, ekonomske i socijalne okolnosti u kojima su se održavali.

Marijana Petir (PPE). - Gospodine predsjedniče, prema navodima jedne studije londonskog sveučilišta, trenutačno je oko 3 000 stranaca iz zapadnih država aktivno u skupini ISIS. Vojno značenje boraca sa zapada u Siriji i Iraku nije toliko presudno, jer ISIS ukupno raspolaže sa više od 10 000 boraca. No, njihov odlazak nas treba brinuti, kao i njihov povratak na europsko tlo i potencijalne terorističke aktivnosti koje su oni u stanju provesti.

Ovdje su spomenute mnogobrojne mjere koje bi trebali poduzeti, ali ih do danas nažalost nismo poduzeli. Prvenstveno ono što je nužno učiniti po mom mišljenju jest prestati trgovati sa šaicima koji financiraju ISIS i tako im omogućuju dotok novca za sve njihove aktivnosti. No, ja bih željela upozoriti da se 10 godina događaju zločini nad kršćanima u Iraku i Siriji, a Ujedinjeni narodi i Europska unija to samo konstatiraju i ne čine ništa.

Dok mi raspravljamo ovdje, kršćanska djeca u Iraku i Siriji plaču i traže pravo na djetinjstvo. Dok mi raspravljamo ovdje, kršćanskim se majkama djeca otimaju iz naručja. Dok mi raspravljamo ovdje pravimo se kao da se ne radi o stvarnim ljudima, kao da se radi o nekom drugom, a ustvari dok smo raspravljali dogodilo se nama i smatram da je vrijeme da s riječi pređemo na djela.

Michela Giuffrida (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'offensiva di ISIS è la più terribile sfida all'Occidente, ai suoi principi, ai suoi valori, a tutto ciò che di positivo ha contribuito a realizzare l'Unione europea. Poco è stato fatto comunque finora in termini concreti, se non agire sul fronte dell'emergenza e sull'onda emotiva ed emozionale rappresentata dalle orribili sentenze di morte eseguite platealmente, usando i mezzi di comunicazione.

Guardiamo alla realtà con un'analisi lucida, si faccia fronte comune, convinto e compatto, per raccogliere la sfida alla nostra sicurezza. Si metta a punto soprattutto una strategia europea che stronchi il fenomeno del crescente arruolamento degli jihadisti europei preoccupante proprio perché sono tra noi e sono pronti a combatterci dal nostro interno, ma soprattutto smettiamo, smettiamo di sovrapporre questa problematica a quella dolorosissima dell'immigrazione, strumentalizzando e colpevolmente generalizzando una tragedia e decine di migliaia di morti, che così noi uccidiamo due volte.

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D). - Mr President, we can all see what is going on in northern Syria, especially in the town of Kobane, in eastern Syria, as well as in the north-west of Iraq, where the largest Iraqi governorate, al-Anbar, is under the total control of ISIS. How does ISIS make advances despite the air strikes? We see that, each and every day, European Union countries are counting their European citizens leaving Europe to join ISIS. A terrorist organisation that should not have to be named a state; a terrorist organisation which poses a huge threat to the Middle East's security and stability, to Syria, Iraq and now Lebanon's territorial integrity and, last but not least, to the security of the whole of the European Union.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

European countries should take immediate new tough measures to check and control the threatening situation created by European citizens travelling to the areas of conflict in the Middle East to join ISIS and then coming back to Europe with military training, well-trained in terrorist tactics and actions. Cooperation with Turkey has to be increased as well, in order to strengthen its control of the borders with Iraq and Syria, to prevent and stop potential ISIS fighters joining the areas of conflict and to identify European ISIS fighters trying to return to Europe.

We need to see increased cooperation between the Schengen states and Romania and Bulgaria, candidate countries to the Schengen Agreement, in order to take immediate, specific measures to more closely identify and monitor people travelling to Turkey through south-eastern European countries and, of course, suspect people coming back to the European area.

Eduard Kukan (PPE). - Mr President, on the issue of ISIS foreign fighters, I would like to point to the situation in our close neighbourhood, the Western Balkans. Between 200 and 600 fighters from Bosnia, Serbia and Kosovo have travelled to Syria since 2012. It is important to say that the home nations of these fighters are taking this issue seriously. Bosnia has passed a law that throws convicted Islamist recruiters into prison for up to ten years. Kosovo has arrested 55 Islamists and Serbia has charged five jihadists. All these countries are considering strengthening their entire terrorism law. We Member States should speak with one voice on this issue and also closely cooperate with our neighbours. We could work more effectively and get better results.

Ангел Джамбазки (ECR). - Безспорно наличието на хиляди бойци с европейски паспорти в Сирия днес е огромен проблем. Той е проблем преди всичко на западните общества. В основата на този проблем е прекалено дългото търпение, прекалената търпимост, която през годините допускаше хора с радикални възгледи безпрепятствено да извършват проповеди в самото сърце на Европа; която допускаше хора, които не споделят нашите ценности, да ни налагат своите ценности. Време е и е редно като европейски общества, като национални правителства, като Европарламент и като Комисия, да преосмислим тази своя позиция, да изберем дали ще пазим своите граници и своите граждани или ще оставим тези хора да правят с държавите ни каквото си искат. Това, което трябва да се знае, е, че тези хора не се организират сами. Това, което трябва да се знае, е, че Република Турция организира нелегалните бойци в посока към Сирия и обратно – в посока към Европа. Това поведение на Република Турция е изключително вредно и опасно на първо място за България, оттам и за целия Европейски съюз и ние трябва да помислим дали тази държава заслужава да бъде кандидат-член и член на Европейския съюз.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. - Mr President, we should all admit that we are facing a very complex problem and that there are no easy answers or solutions here. It is also, as has been said, not a new phenomenon.

We have all seen the horrors that are committed in Syria and Iraq by ISIS and other groups. Decapitation, rape and murder of innocent civilians: children, women, men, journalists, health workers. This is terrorism and barbarism. It is clear that it has nothing to do with Islam, and a huge majority of Muslims all over the world are condemning it.

But we do have Europeans travelling to fight with these groups and this is a problem. They commit terrible acts there and they can do us a lot of harm when and if they come home – and by the way there are no indications whatsoever that they come to Europe as asylum seekers. This is false.

We need to create police cooperation, intelligence sharing and in fact we are setting up different platforms where they can share information. From what I hear this is going well, especially amongst the most concerned eight or nine states, but more and more countries in the European Union are concerned about this right now.

It would be helpful to have a PNR and I think a system could be set up that is robust when it comes to data protection but still serves its purpose. We can use SIS and border control measures much more efficiently. They allow for a lot of things to be done today, and Member States should make full use of them.

We also need to cooperate more on the preventive side. Local communities, religious leaders, teachers, civil society can play a very important role at local level to identify young people, young men – and women: increasingly there are also young girls travelling to fight – to identify them and prevent them from going when it is possible. We have more than 1 000 experts from all over Europe connected to the RAN network, the Radicalisation Awareness Network, and they can help Member States with advice, setting up local action plans, setting up exit programmes, and advising on how to put up centres where worried families can call: Where do I call if I am worried that my son or my brother is planning to go away? There have to be structures from this and we can share a lot of information and good practices here.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Of course, integration and social exclusion need to be given further attention here so we can combat exclusion and ensure that European citizens do not feel the need to leave. We also need, of course, to respect human rights and avoid stigmatisation of certain groups.

So we need to act on several fronts, but it would be a severe mistake not to admit that this is a very serious phenomenon.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, pochissime considerazioni conclusive. Innanzitutto per dire al Parlamento che il Consiglio conta sul sostegno del Parlamento nel lavoro volto a evitare che giovani in partenza dall'Europa si uniscano ai gruppi terroristici in Siria e in Iraq, per rassicurarci di poter identificare i combattenti stranieri che intendono attaccare le nostre società e per consegnare alla giustizia chi ha infranto le nostre leggi. Agiamo in tal senso ma allo stesso tempo garantiamo e difendiamo i nostri valori comuni e i diritti fondamentali, la libertà di circolazione e la libertà di espressione che ci sono cari. Stiamo compiendo progressi in diversi settori e speriamo di poter dire presto altrettanto – torno su un punto che avevo sollevato nell'intervento introduttivo – di poter dire altrettanto a proposito dei progressi del fascicolo PNR dell'Unione europea con il sostegno del Parlamento.

Presidente. - La discussione è chiusa.

16. Gemeinsamer Polizeieinsatz „Mos Maiorum“ (Aussprache)

Presidente. - L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Consiglio, operazione congiunta di polizia «Mos Maiorum».

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor presidente, onorevoli deputati, ringrazio per l'opportunità che mi si offre di presentare l'iniziativa lanciata dalla Presidenza italiana intesa ad ostacolare i flussi di immigrazione clandestina, uno degli elementi.

Tale operazione congiunta di polizia, nota con il nome di «Mos Maiorum», è in corso dal 13 al 26 ottobre 2014. È l'ultima di una lunga serie di iniziative simili, si tratta in effetti della sesta operazione di questo genere, organizzata da Presidenze successive, a partire dallo svolgimento dell'operazione Hermes, sotto la presidenza belga, nell'ottobre 2010.

Mos Maiorum è stata preparata sulla base degli orientamenti contenuti nella guida delle operazioni congiunte di polizia del 2010. Scopo della guida era attuare il programma di Stoccolma che, come noto, era in parte inteso a migliorare la sicurezza all'interno dell'Unione europea e a combattere il crimine organizzato.

Il principale obiettivo di «Mos Maiorum» è di raccogliere informazioni dagli Stati membri partecipanti e dai paesi associati Schengen al fine di indebolire la capacità della criminalità organizzata di agevolare l'immigrazione clandestina verso l'Unione europea.

«Mos Maiorum» intende individuare il modus operandi utilizzato dalle reti criminali per far entrare illegalmente le loro vittime nel territorio dell'Unione europea nonché identificare il legame tra l'attraversamento illegale delle frontiere esterne dell'Unione europea e la migrazione clandestina all'interno dello spazio Schengen.

Tali obiettivi possono essere meglio conseguiti per mezzo di uno scambio di dati pertinenti a livello di UE e l'introduzione di un modello di condivisione delle informazioni più efficiente e completo.

L'attuazione di questa operazione congiunta non implica, per gli Stati partecipanti, alcun discostamento da un qualsiasi aspetto dell'acquis dell'UE relativamente ai flussi migratori e alle garanzie che esso fornisce alle persone interessate. Allo stesso modo, l'operazione non ha alcun effetto negativo sulla capacità d'accoglienza dell'Italia o di qualsiasi altro Stato partecipante.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Inoltre, le regole di condotta dell'operazione prevedono chiaramente che tutte le attività pertinenti siano svolte nel pieno rispetto della dignità umana e dei diritti umani, con la dovuta attenzione particolare ai gruppi vulnerabili.

Signor presidente, onorevoli deputati, mi auguro che questa breve presentazione abbia contribuito a chiarire il contesto dell'operazione, intesa a smantellare le reti criminali illegali che cercano profitto economico mettendo a rischio le vite di persone innocenti.

Grazie per l'attenzione.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, tal como y recogía el Derecho romano, el «*mos maiorum*» es la costumbre de los ancestros, un símbolo de integridad moral y un conjunto de reglas y preceptos que el ciudadano romano debía respetar.

Europa es, desde sus orígenes, una defensa del Estado de Derecho y así debe seguir siendo. La inmigración debe ser una cuestión de Estado con independencia de ideologías o de gobiernos. La operación «*Mos Maiorum*», coordinada por el Ministerio del Interior italiano y en la que voluntariamente pueden participar todos los Estados miembros y los socios Schengen, debe perseguir unos cuantos objetivos a los cuales ya se ha referido la Presidencia del Consejo, pero fundamentalmente identificar, perseguir y desarticular grupos de crimen organizado; detectar a los inmigrantes irregulares y reunir información relevante para fines de investigación y de inteligencia; dar una imagen clara y actualizada de la situación en relación con las operaciones de tráfico de seres humanos, su *modus operandi*, las principales tendencias y los posibles cambios que puedan sufrir, además de desarrollar medidas conjuntas para lograr un impacto en la inmigración irregular, especialmente en su vertiente de los controles fronterizos y las actividades de vigilancia de fronteras.

A mi juicio, «*Mos Maiorum*» no debe ser entendida ni como una persecución ni como una redada masiva de inmigrantes en situación irregular, sino como una verdadera persecución contra las mafias que trafican con seres humanos.

Hay que producir protocolos y actuaciones aplicables con independencia del momento político y con una continuidad que garantice su éxito. Esta continuidad en la política de control de fronteras podemos verla reflejada en el hecho de que la plantilla que van a utilizar los italianos para informar sobre los resultados operacionales alcanzados es similar, por no decir igual, a la que ya fue utilizada en las operaciones anteriores: la belga, en octubre de 2010; la húngara «*Mitras*», en abril de 2011; la «*Balder*» de Dinamarca, en abril de 2012; «*Aphrodite*» y «*Perkunas*», de Chipre, en octubre de 2013. Todas esas operaciones han estado envueltas, naturalmente, en el respeto a los derechos humanos.

Europa es un territorio en el que debe regir el Estado de Derecho. Debemos preocuparnos por evitar muertes y abusos en nuestras fronteras y, a su vez, facilitar la entrada y la defensa legal de aquellos que necesitan nuestra protección. De ahí la importancia de desarrollar actuaciones conjuntas y transversales a escala europea y de los Estados miembros, así como con países de origen y tránsito. Debemos desarrollar las ambiciosas propuestas contenidas en el paquete de fronteras inteligentes e incluso plantearnos, señor Presidente, definitivamente, la reforma y el refuerzo de las capacidades de Frontex.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Schon vor zwei Wochen wurde eine Beschreibung des Polizeieinsatzes „Mos Maiorum“ veröffentlicht. Die Debatte darüber verlief seither sehr kontrovers. Natürlich brauchen wir auf europäischer Ebene polizeiliche Zusammenarbeit, und wir müssen auch Schlepperbanden bekämpfen. Ähnliche Aktionen wie „Mos Maiorum“ gibt es ja, wir haben das gehört, regelmäßig unter den verschiedenen Ratspräsidentschaften, wenn auch unter jeweils anderen Bezeichnungen. Gleichwohl kann es nicht sein, dass polizeiliche Zusammenarbeit unsere einzige Antwort auf die aktuellen Flüchtlingsdramen bleibt – der Eindruck entsteht allerdings wieder einmal. Ich würde mir mehr politischen Ehrgeiz der Mitgliedstaaten wünschen und vor allem ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten, zum Asylrecht, anstatt immer einseitig auf Probleme zu verweisen.

Wir müssen beobachten, wie „Mos Maiorum“ in den einzelnen Mitgliedstaaten umgesetzt wird. Denn es darf nicht sein, dass Migranten durch Polizeieinsätze stigmatisiert, kriminalisiert oder gar zusätzlich traumatisiert werden. Erst letzte Woche mussten wir erleben, wie an der spanischen Grenze zu Melilla Polizeikräfte einen Zuwanderer brutal zusammenschlugen haben. Ob er verstorben ist, konnten wir nicht sicher klären.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Angesichts der aktuellen Herausforderungen müssen wir uns auch erneut der Frage der Verteilung von Asylbewerbern in der EU stellen. Es geht ja bei „Mos Maiorum“ nicht nur um die Bekämpfung von organisierter Kriminalität, es geht auch darum, sogenannte sekundäre Migrationsbewegungen zu erfassen – also konkret um Asylbewerber, die ihren Antrag nicht im Ankunftsstaat stellen, so wie Dublin das eigentlich vorsieht. Gerade mein Heimatland, Deutschland, hat sich ja in letzter Zeit regelmäßig beschwert, andere Mitgliedstaaten nähmen ihre Aufgabe nicht ernst und würden Flüchtlinge mal so eben nach Norden weiterleiten. Wenn wir aber nun im Ergebnis feststellen, dass Dublin III die Staaten an den Außengrenzen überfordert, dann müssen wir auch zu der Erkenntnis kommen, dass Dublin keine angemessene Antwort auf die Herausforderungen ist.

Wir müssen schutzbedürftige Personen gerecht in Europa verteilen. Dafür brauchen wir einen Verteilungsschlüssel, etwa auf Grundlage von Größe und Wirtschaftskraft eines Mitgliedstaates, um dann zu klären, wie viele Asylbewerber jeder Staat aufnimmt. Doch mittel- und langfristig müssen wir auch andere Antworten finden. Wir brauchen sichere Wege nach Europa, denn die, die angeblich illegal sind, sind ja nur illegal, weil es für Flüchtlinge kaum legale Möglichkeiten gibt, um überhaupt europäische Grenzen, europäische Staaten zu erreichen. Wir brauchen sicher auch andere legale Zuwanderungsmöglichkeiten für die, die nicht verfolgt sind, aber bei uns arbeiten möchten.

Wir müssen schlussendlich endlich auch ernsthaft überprüfen, welchen Einfluss etwa Handels-, Energie- und Entwicklungspolitik von EU und Mitgliedstaaten auf Drittstaaten haben und inwieweit wir selbst damit auch mit verantwortlich sind für die Ursachen von Migration.

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, safe and secure borders are essential for Europe, but undocumented migrants are subject to exploitation, particularly those that are vulnerable and those that are children. Irregular migration fuels human trafficking, modern slavery and child exploitation. This is certainly not the first operation of its kind, but I must highlight that it is almost impossible to have a coherent European approach to immigration – or at the very least good cooperation between our institutions – without communicating with us and without having the respect to at least inform us what is happening. I have read justifications for the secrecy surrounding this operation; many of them sound logical enough, but we are in an elected assembly with co-decision powers and a role in the appointment of the directors and allocation of the budgets of European agencies. When operations are undertaken in a way which is secret from this Parliament, then the obvious conclusion is that something is wrong. The most essential element of any immigration policy is trust by the people of Europe.

I believe in a fair but firm immigration system, but I also believe in one which follows the rules, where correct rights are applied and procedures are followed.

I would therefore like to ask the Commission and the Council if this is the case in this matter. Such operations should not be interpreted as intimidating to those who genuinely seek asylum and, most of all, the safety and welfare of any child must be at the forefront of our minds in such operations.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

(Die Aussprache wird unterbrochen.) Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A caça ao imigrante efetuada pela Operação Mos Maiorum, entre os dias 13 e 26 de Outubro, envolvendo cerca de 20 000 polícias é a clara resposta de perseguição, violação de direitos e de discriminação a que a União Europeia nos tem habituado, quando se trata de imigrantes *não-desejados*. Insiste-se no escandaloso reforço da política securitária e criminalizadora da *imigração ilegal* da UE, a qual trata estas pessoas de forma totalmente desumanizada, quando o que seria necessário era o desenvolvimento de políticas sociais e justas de acolhimento e integração social, bem como o fim da ingerência e do acicatar de conflitos, dos quais a UE é responsável, em muitos dos países de origem destes imigrantes. Irónico é que tenho sido esta a instituição que ganhou o Prémio Nobel da Paz.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

17. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

18. Gemeinsamer Polizeieinsatz „Mos Maiorum“ (Fortsetzung der Aussprache)

Die Präsidentin. - Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärung des Rates zum Thema Gemeinsamer Polizeieinsatz „Mos Maiorum“ (2014/2902(RSP)) fort.

Cecilia Wikström, für ALDE-gruppen. – Fru talman! Ministerrådet har nu låtit meddela att syftet med Mos Maiorum är att kartlägga irreguljära migranter, alltså papperslösa personer som befinner sig i EU, och man säger sig på detta vis vilja komma åt de kriminella nätverk som ägnar sig åt människosmuggling och tar hutlösa summor för en plats i en fullpackad, sjöoduglig båt som far över Medelhavet från Nordafrika till Europa.

Det här låter ju väldigt vällovt, och självklart ska de här kriminella nätverken stoppas! Men att jaga papperslösa människor är att angripa problemet i helt fel ände. Resultatet blir att det är den papperslösa flyktingen, eller migranten som söker jobb, snarare än de kriminella nätverken som råkar illa ut. Helt enkelt därför att de kriminella nätverken och människosmugglarna finns och verkar i Mellanöstern och Nordafrika, och därmed är de utanför operationsfältet och räckvidden för Mos Maiorum.

För många människor så är det, precis som kollegan Sippel har sagt, att människosmugglarna är den enda desperata möjligheten för människor att komma till Europa, därför att det inte finns några lagliga sätt. I stället för att satsa på massiva utvisningar av papperslösa måste vi nu göra mer för att förstärka de lagliga sätten att komma till EU, som arbetskraftsinvandrare, student, forskare, eller arbetare. Vi måste också ta vårt asylansvar på allvar.

Om man eliminerar människosmugglarnas affärsidé och istället skapar lagliga och säkra vägar, då kommer vi att lyckas. Men då behöver vi harmonisera regler och förenkla reglerna så att vi kan välkomna utomeuropeiska arbetare på ett värdigt sätt. När det gäller Mos Maiorum kräver jag demokratisk insyn, och kräver att vi kan kontrollera att grundläggande rättigheter blir respekterade. Det finns mycket att säga, men den här operationen bör avslutas.

Malin Björk, för GUE/NGL-gruppen. – Fru talman! Mos Maiorum är en skamfläck! Att lägga resurserna på att jaga papperslösa när vi står inför en flyktingkatastrof och 3 000 människor har omkommit på Medelhavet – en av de farligaste flyktvägarna på väg till Europa.

Smugglingsnätverk och organiserad brottslighet kartläggs mycket effektivare på andra sätt. Det finns redan ett utvecklat samarbete för detta. Mos Maiorum är en felaktig prioritering, och det visar att vi har ett grundläggande problem. Problemet är rasism, främlingsfientlighet och nationalism. Vi vet alla som sitter här att jakten på papperslösa sker på grundval av utseende och hudfärg i vår kollektivtrafik, på tåg, tunnelbanor och spårvagnar. Genom att göra på detta vis förstärker vi ytterligare rasism och intolerans. Vi skapar ett vi och dom. Det är inte acceptabelt.

Våra väljare vill leva i ett Europa som står upp för mänskliga rättigheter, och erbjuder skydd åt människor som söker det. Våra väljare ser med beundran på Italiens Mare Nostrum, den stora insats som Italien alldeles självt tagit initiativ till för att rädda liv i Medelhavet. Vi ser också med skam på att inga andra medlemsstater bidrar så som de borde göra.

Jag tror att befolkningen i Europa inte vill ha en jakt på papperslösa. Befolkningen i Europa vill ha ett Mare Nostrum plus, och nu räcker inte ord längre. Vi måste gå från ord till handling. Vi ska ha lagliga vägar att ta sig in till Europa. Vi ska stötta Italiens livräddningsinsats Mare Nostrum så att den inte läggs ned i vinter, och vi ska avskaffa Dublinförordningen.

Ska Keller, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Überall werden gerade in Europa Menschen, die irgendwie anders aussehen, kontrolliert und diskriminiert. Sie werden kontrolliert, weil die Mitgliedstaaten irreguläre Menschen und Kriminelle fangen wollen. Aber die Leute, die sie dann tatsächlich festhalten, das sind ganz oft Menschen, die auf internationalen Schutz angewiesen sind. Wirklich gefährliche Leute, Kriminelle, organisierte Kriminelle finden sie so sicherlich nicht. Wenn sie wirklich etwas machen wollen gegen organisierte Kriminalität, dann sollten sie vielleicht ihre beschränkten Ressourcen effizienter einsetzen und nicht in einer solchen Massenaktion, die dazu noch nur sehr schwer mit dem Schengen-Kodex vereinbar ist.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Die Menschen werden durch „Mos Maiorum“ diskriminiert, denn die Polizei greift sich Leute heraus, die nach irgendeiner Definition anders aussehen. Dieses ethnische *Profiling* wurde bereits durch verschiedene Gerichtsurteile massiv in Frage gestellt. Jetzt hat auch der UNHCR noch einmal dem ethnischen *Profiling* die rote Karte gezeigt.

Wie wollen Sie als Präsidentschaft, als Mitgliedstaaten, denn sicherstellen, dass das Prinzip der Nichtdiskriminierung auch hier eingehalten wird? Wie wollen Sie die Einhaltung der Menschenrechte sicherstellen? Und wie wollen Sie – das wurde auch schon angesprochen – sicherstellen, dass das Parlament auch in Zukunft einmal informiert wird? Dass wir nicht auf *leaks* angewiesen sind, sondern dass Sie von sich aus herkommen, ohne dass wir Sie bitten müssen, und sagen: Da haben wir etwas vor, was sagen Sie dazu? Das würde ich mir erhoffen von einer Ratspräsidentschaft.

„Mos Maiorum“ hat nicht nur einen Namen aus längst vergangenen Tagen, einen Namen, der überhaupt nicht auf solche Aktionen passt, der überhaupt nicht in die gegenwärtige Situation und Zeit passt, sondern „Mos Maiorum“ hängt auch einer völlig veralteten Ideologie an. Darauf kann Europa sehr gut verzichten!

Laura Ferrara, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'approccio poliziesco dell'operazione «Mos Maiorum» ai problemi dell'immigrazione, basato solo sull'aspetto della lotta alla criminalità che sfrutta il traffico di essere umani, svincolato da interventi concreti nei paesi di origine e di transito, non arresterà la fuga, anche a costo della vita, da conflitti, persecuzioni e miseria dei paesi a ridosso dell'Unione europea.

Il fenomeno migratorio irregolare verso l'Europa viene alimentato anche dall'assenza di canali d'ingresso legali e dal regolamento di Dublino, che impone oneri troppo pesanti nei confronti dei paesi che più di altri sono soggetti all'emergenza migrazione. Il sistema di Dublino induce i richiedenti asilo ad affidarsi a reti illegali per raggiungere le mete europee desiderate, anche quando avrebbero i requisiti per ottenere protezione internazionale in un qualsiasi Stato membro, dal momento che non possono scegliere lo Stato dove presentare domanda di protezione internazionale. Sfruttamento quasi semicoloniale e industrie di guerra che contribuiscono direttamente o indirettamente a conflitti e miserie, fanno il resto.

Gli Stati di confine e di ingresso in Europa, come l'Italia o la Grecia, si ritrovano a fronteggiare un'emergenza strutturale che richiede un enorme dispendio di risorse e che, ribadiamo, non può essere arginata con un'eccezionale operazione di polizia come «Mos Maiorum».

Si tratta di un'operazione, peraltro, che rischia di alimentare involontariamente il *business* dei centri di accoglienza e detenzione di immigrati, sempre più al centro di interessi della criminalità organizzata e di affaristi senza scrupoli. Si tratta, voglio sottolinearlo, di un *business* su cui occorre tenere alta l'attenzione, anche perché si alimenta sulla pelle di esseri umani, i migranti, che spesso rischiano di rimanere vittime di violazioni dei loro diritti fondamentali.

In definitiva «Mos Maiorum», a nostro avviso, rischia di essere una mera operazione mediatica, fatta di numeri e statistiche da dare in pasto all'opinione pubblica, che non aiuterà a risolvere i problemi dell'immigrazione irregolare e i cui costi graveranno, ancora una volta, sui contribuenti degli Stati membri.

Chiedo, dunque, se davvero il Consiglio crede che con un'operazione di identificazione e di schedatura si possa contribuire alla lotta del traffico degli esseri umani? E se, con onestà intellettuale, non sarebbe più conveniente prevedere soluzioni *ex ante*, rivisitando il regolamento di Dublino, colmando il *vulnus* normativo e prevedendo canali legali di accesso all'Unione europea?

Mario Borghesio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, perché la Presidenza italiana propone questo programma? È molto semplice, perché gli altri paesi si sono allarmati. Perché la conseguenza di Mare Nostrum, che ha aperto le porte a 140.000 persone, di cui almeno la metà non sono state tracciate, ha riempito l'Europa di nuovi clandestini. L'Europa è preoccupata.

Giusto identificare chi è entrato illegalmente in Europa, ma qui non vengono indicati nel programma di «Mos Maiorum» specificatamente né i modi né i mezzi, e quindi come avverrà questa azione? Molto difficile, molto problematica. Direi che è pura propaganda. È grottesco che l'Unione europea dopo aver aperto le porte a chiunque, all'immigrazione di massa, ora ci presenti un programma di controllo di polizia quando i clandestini sono entrati a centinaia di migliaia. Perché questo non lo andiamo a dire ai cittadini: che attraverso Mare Nostrum almeno 70.000 dei 140.000 entrati nell'ultimo anno non sono stati tracciati. Non sappiamo chi sono, da dove arrivano, quali sono i loro precedenti penali e anche le condizioni igieniche e sanitarie, in piena tragedia di Ebola, che dovrebbe preoccuparci anche per le condizioni di coloro che sono entrati, anche degli stessi clandestini.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

L'Italia quindi propone un programma di 10 giorni quando tutti i giorni entrano ed escono e non sappiamo chi siano. L'Italia accoglie migliaia di clandestini tutti i giorni, ma non è riuscita a tracciare quelli che sono sbarcati e vengono accolti dalle navi della marina militare italiana e vengono accolti negli alberghi a tre stelle, salvo magari rifiutare l'accoglienza. È pura propaganda ed è molto grave specialmente con la crisi e l'allarme di Ebola.

Monika Hohlmeier (PPE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an den Anfang stellen, dass ich mich von Herrn Borghezio im Namen vieler hier in diesem Hause sehr deutlich distanzieren möchte. Das Recht auf Asyl ist ein Recht, das wir parteiübergreifend teilen, und „Mos Maiorum“ hat zunächst einmal nichts mit einem Angriff auf das Asylrecht zu tun. Und Ebola und Flüchtlinge in einen Mund zu nehmen, halte ich schlicht für eine Unverschämtheit.

(Beifall)

Ich bin darüber so empört, dass ich meiner Wut ein Stück weit Luft lassen muss. Man kann hier zu sachlichen Themen politisch unterschiedliche Meinungen austragen, aber das ist schlichtweg echter Rassismus, und zwar in Reinnatur. Den wollen wir hier in diesem Parlament nicht hören und auch nicht sehen.

Ich halte solche Maßnahmen wie „Mos Maiorum“ für notwendig. Ich halte es aber auch wie Timothy Kirkhope für notwendig, dass es besser gewesen wäre, uns präzise zu informieren, weil dann nämlich auch viele Missverständnisse nicht entstanden wären, die jetzt in der öffentlichen Debatte auftreten. Ich weiß, dass es Grenzschutzbehörden und auch Polizeibehörden außerordentlich schwierig haben, ihrem Auftrag im Kampf gegen organisiertes Verbrechen nachzukommen, nachdem die Menschenhändler sehr viele finanzielle Mittel und exzellente Logistik haben und auch vor keinem Verbrechen zurückschrecken, um über den Handel mit Menschen für sich selbst finanzielle und auch kriminelle Vorteile zu erlangen. Aus diesem Grund sind solche Maßnahmen notwendig, auch wenn uns lieber wäre, wenn wir sie nicht durchführen müssten.

Ich würde mich aber auch genauso darüber freuen, wenn wir uns im Zuge dessen, dass wir Flüchtlingsströme besser steuern wollen und sie nicht an die organisierte Kriminalität übergeben wollen, möglichst rasch miteinander darüber einig würden, welche Möglichkeiten der verbesserten Steuerung auch auf legalem Wege wir haben, um potenziell neben dem vehementen Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den ich, wie gesagt, zu 100 % unterstütze, ihm auch dadurch sozusagen Substanz wegzunehmen, indem wir legale Wege per *resettlement* und durch andere Methoden verstärken.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Cornelia Ernst (GUE/NGL), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Hohlmeier, Sie haben gesagt, dass diese Polizeiaktion notwendig sei. Meine Frage ist: Glauben Sie, dass damit tatsächlich der Migrationsproblematik abgeholfen werden kann? Und glauben Sie, dass es angebracht ist, eine solche Maßnahme jetzt durchzuführen, während auf der anderen Seite Menschen tatsächlich an den EU-Außengrenzen sterben und eigentlich Rettungs- und Suchaktionen notwendig wären?

Monika Hohlmeier (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Erstens: „Mos Maiorum“ ist nicht zur Lösung der Migrationsproblematik geschaffen worden, sondern zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Niemand will mit „Mos Maiorum“ das Asylrecht oder irgendeine Migrationsfrage lösen, denn man kann sie damit nicht lösen. Das ist nicht die entsprechende Operation.

Als Zweites: Frontex hat auch den Auftrag, im Besonderen Menschen zu retten. Wir haben das gemeinsam beschlossen. Bedauerlicherweise geraten wir aber ein Stück weit in ein Dilemma, denn die Verbrecher versuchen, das auszunutzen. Das heißt, unser guter Wille wird zum Teil auch ausgenutzt. Ich will Verbrecher jagen und Menschen retten. Das verbindet uns vielleicht miteinander.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Kashetu Kyenge (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, non posso non iniziare il mio intervento cercando di far capire secondo me, a mio avviso, quanto sia grave che in quest'Aula si possono sentire parole così populiste pronunciate dal deputato Borghezio, circa associazioni sbagliate e secondo me discorsi come questo all'interno di questo Parlamento non devono esistere, perché sono discorsi che accentuano quello che sono le discriminazioni, quello che è il razzismo e aumentano la paura all'interno della popolazione creando false associazioni. Quindi mi dissocio e chiedo che parole come queste non siano mai pronunciate qua dentro, perché quest'Aula è un'Aula di democrazia.

Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel corso di questa discussione sono emerse anche in maniera molto eloquente le finalità di «Mos Maiorum», l'indebolimento della capacità organizzativa del crimine organizzato e nel favoreggiamento dell'immigrazione illegale. Ecco una prassi consolidata come abbiamo appena sentito, nel tentativo di monitorare, raccogliere, analizzare informazione sui movimenti migratori con il fine ultimo della lotta ai trafficanti.

Non voglio soffermarmi molto su questo, però vorrei sottolineare piuttosto quello che sono le mie preoccupazioni sul motivo stesso che spinge l'Unione a dotarsi di misure come «Mos Maiorum», un dispiegamento di 18.000 agenti delle forze dell'ordine, una gigantesca operazione di polizia volta a fermare, controllare, – insisto – e a identificare il maggior numero di emigranti presente nel territorio europeo. Ma c'è davvero bisogno di un dispiegamento così per una lotta ai trafficanti che avviene una volta ogni tanto «ogni tantum».

Il rischio che queste operazioni siano condotte da una presunzione di colpevolezza o dalla pericolosità dei migranti sono elevate, così come elevati sono i rischi di indebolire il principio fondamentale della libera circolazione delle persone all'interno dell'area dei paesi Schengen. Le frontiere esterne dell'Unione europea sono responsabilità di tutti i suoi Stati membri, in applicazione del principio di solidarietà e la tutela di coloro che qui richiedono asilo sulla base di valori da noi condivisi non può essere materia di singoli governi. Valuteremo e chiedo di valutare con attenzione i risultati di questa operazione e a tal proposito invito il Consiglio a presentarli e condividerli con questo Parlamento.

Dall'operazione «Mos Maiorum» deve scaturire una nuova riflessione su nuove politiche che non si limitano a fronteggiare l'emergenza dei flussi, ma che devono portare a un'unica politica di solidarietà, accoglienza e integrazione.

Helga Stevens (ECR). - Geachte heer, minister Della Vedova, zoals voorgaande operaties is Mos Maiorum meer dan een gewone grenscontrole. Het hoofddoel bestaat erin de illegale mensensmokkelaars of toch mensensmokkel goed te traceren en zo de georganiseerde misdaad in kaart te brengen. Dat kan ik goed begrijpen. Kennis over de feiten geeft de mogelijkheid om adequater te reageren.

Maar ik blijf vooral zitten met vragen over de wettelijke basis voor en de praktische uitvoering van deze operatie. Frontex zal maar een marginale rol spelen en dit Parlement krijgt geen informatie over wat er zal gebeuren met eventueel opgepakte personen. Komen er collectieve uitzettingen? Evenmin is het duidelijk of er een link is met de Europese plannen inzake 'slimme grenzen' waarin Frontex wel een belangrijke rol zal spelen. Het verbaast mij overigens dat het toezicht op en de detectie van migrantenstromen niet systematischer worden opgevolgd, maar blijkbaar op basis van ad hoc-operaties zoals deze tot stand komen.

Kortom ik zou graag willen horen hoe deze operatie te verzoenen valt met een coherent en efficiënt migratiebeleid op EU-niveau. Ik dank de Raad voor de antwoorden.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). - Non mi ha convinto ministro Della Vedova, non mi convince la parola assurda «Mos Maiorum». L'operazione è stata proposta dalla Presidenza italiana ai partner europei il 10 luglio in un Consiglio dei ministri dell'interno, scopo dell'operazione debellare il traffico di emigranti. Il risultato, se abbiamo un po' di fantasia, è che i fuggitivi vengono più che mai spinti nella dipendenza da reti malavitose.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Quando i migranti vengono identificati, profilati, non so come non parlare di retate. Abbiamo appreso nel frattempo che le forze dell'ordine italiane vengono incaricate, nell'ambito di operazioni simili, di identificare i migranti senza documenti con la violenza. Circolari note informative di cui siamo in possesso, del ministero degli Interni, ordinano alla polizia italiana di procedere cito: «all'acquisizione di foto e di impronte digitali anche con l'uso della forza se necessario». «Mos Maiorum» si iscrive dunque in una violenza ormai sistemica di cui chiedo conto al Consiglio e alla Presidenza italiana.

Bodil Ceballos (Verts/ALE). - Fru talman! Jag vill ställa en fråga till rådets representant här, om Mos Maiorum inte är att börja i fel ände. För att om det nu är så att projektet, åtminstone enligt den svenska polisen, inte syftar till att jaga de papperslösa, utan syftar till att hitta och bekämpa människosmugglarna, så undrar jag om vi inte egentligen borde tala om varför människosmugglarna finns. Jag är övertygad om att de finns därför vi har skapat dem genom att stänga våra gränser.

Våra stängda gränser göder den industri som människosmugglarna faktiskt är. De som drabbas är de människor som av olika skäl har tvingats ge sig av från sina hem. Det kan vara på grund av krig, förtryck, fattigdom, konflikter med mera. Den stora majoriteten av dem som kommer hit gör det inte för att de vill, utan de gör det för att de måste.

Enda sättet att slippa de här människosmugglarna är att öppna gränserna. Vi måste ha lagliga vägar, både för dem som flyr krig och för dem som flyr fattigdom. Mos Maiorum är ett ovärdigt sätt att angripa det problemet.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), Domanda «cartellino blu». – Collega Spinelli, lei ha fatto una cosa molto molto grave alla Presidenza italiana. Allora se lei ha le prove che il governo italiano dà istruzioni di usare la violenza contro i migranti, usi le vie legali per farlo, perché questo sarebbe gravissimo per la democrazia in Italia. Se non le ha, la prego di non usare politicamente il destino disperato dei migranti che sono privi di documenti in Europa. Grazie

Barbara Spinelli (GUE/NGL), Risposta a una domanda «cartellino blu». – La ringrazio perché mi dà l'occasione di specificare che ho documenti in mano e che voglio chiedere alla Commissione se non sia il caso di attivare procedure d'infrazione contro operazioni di questo genere e per l'occasione fornirò i documenti di cui ho parlato.

Gerard Batten (EFDD). - Madam President, this initiative's purported objectives are to apprehend illegal migrants, gather intelligence and combat the organised crime gangs that trade in people. That is all very well, but migrants stream in from Africa, the Middle East and beyond for a variety of reasons: poverty, oppression and most lately the result of some Islamic countries descending into a form of fundamentalist barbarism. These varied causes need a concerted and coherent foreign policy response by the countries of NATO and the West if we are to do anything to alleviate them.

One of the main reasons that migrants flood to Europe from all corners of the world is the EU's open borders policy, because once in one European country it is easy for them to make their way to their European country of choice, and in many cases the migrants' country of choice is the United Kingdom. We only have to look at the chaos and anarchy in Calais where thousands of illegal immigrants daily fight to gain entry to Britain after having travelled across Europe to do so.

We need genuine cooperation among nation states to address the root causes of mass migration and to police our borders, but while we still have an open borders policy in Europe these efforts will be in vain. Britain's priority should be to regain control of our borders by leaving the European Union.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), question «carton bleu». – Monsieur Batten, je suis française et je connais très bien la situation à Calais. Je pense qu'il ne sert à rien de balancer des chiffres ou des semblants de chiffres. Savez-vous combien il y a de personnes à Calais? Savez-vous qui sont ces milliers de personnes que vous soupçonnez?

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Je voudrais une réponse précise, parce que quand on balance des chiffres dans l'hémicycle, on ne peut pas se permettre de dire tout et n'importe quoi. Cela alimente les haines et les peurs, de même que l'islamisme que vous condamnez, comme nous tous.

Gerard Batten (EFDD), *blue-card answer*. – I am sorry, on the news bulletins for the last few years we have seen hordes and hordes of people in Calais trying to get through to Britain by hiding themselves in vans, in lorries, in anything that they can get into, so there are literally thousands, tens of thousands, of people that have come by that route and are still trying to do so. Also, I do not understand why you would not want me to condemn a form of Islamic fundamentalism which is butchering people and persecuting people of all religions and driving them out of the Middle East.

Are you in favour of that? I certainly am not and I do not know any civilised person who would be.

Vicky Maeijer (NI). - Voorzitter, vanwege het failliete immigratiebeleid van de Europese Unie weet nu eigenlijk niemand precies hoeveel illegale immigranten zich in de Europese Unie bevinden. De schattingen lopen uiteen van 150 000 tot 450 000 mensen.

De Europese Unie is hier zélf verantwoordelijk voor. De Europese Unie faciliteert mensensmokkelaars en daarmee levensgevaarlijke overtochten in gammele bootjes doordat Frontex niet fungeert als grensbewaking maar als pendeldienst. Immigranten worden van zee gepikt en op Europese bodem gebracht in plaats van terug naar het land van herkomst. Eenmaal op Europees grondgebied verdwijnen ze, om vervolgens kilometers verderop binnen het Schengengebied, bijvoorbeeld in Nederland, weer op te duiken en asiel aan te vragen.

De operatie Mos Maiorum is dan ook dweilen met de kraan open. Deze operatie toont des te meer het falen van dit beleid aan en de noodzaak om de bevoegdheid over asiel en immigratie weer terug te brengen bij de lidstaten. Dit is de enige manier waarop er echt iets gedaan kan worden om deze constante immigratiestroom onder controle te krijgen. Geef de lidstaten hun bevoegdheid over eigen grenzen weer terug en zet in op opvang in de regio.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). - Madam President, the aim of the joint police operation is to fight criminals, smugglers and traffickers. It is not to fight migrants. We are facing very sophisticated, natural organised crime that exploits migrants and brings them to Europe under inhumane conditions.

Therefore, I support cross-border cooperation of our security forces to combat the slave trade of our time. Why? Because it operates across borders. We cannot on the one hand be outraged that people are dying in the Mediterranean and on the other hand criticise Europe when we start operations to fight the traffickers.

Of course border police need to check the borders, the external borders of the European Union, and of course we need to interview the migrants too, because they might have relevant information to combat the perpetrators, to identify them – the roots, the methods, how they are paid.

What is important for me is that these police operations are conducted in full respect of fundamental rights and in accordance with EU and international law. Migrants should not be pushed back, in accordance with the principle of non-refoulement. They should be given the possibility of applying for asylum if they think they need international protection. Children especially should be interviewed by someone trained in children's rights, without a uniform and in a language that they can understand.

Police need to share information with each other, because otherwise they will not be able to be effective in combating international crimes. But they should fully respect data protection rules.

Any act of discrimination based on nationality or ethnicity is in violation of European values and laws and it should be treated as such by the Member States. But we cannot put everything in the same box. This is not about migration policy. We have a dramatic humanitarian situation. We need to implement the Asylum Package, we need to have sharing of responsibility among the Member States, we need to create more legal ways to the European Union. But this goes hand in hand with combating organised crime.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

I also think, as my colleague Mr Kirkhope and others have said, that full transparency is necessary in this operation, and democratic control. I really do hope that the Italian Presidency will be able to tell us more. I welcome the fact that they have already announced that they will announce the results of this operation in December.

Elly Schlein (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, sull'operazione «Mos Maiorum» sappiamo poco o nulla. Quello che sappiamo però è piuttosto preoccupante, a partire dal nome, «Mos Maiorum», che rievoca l'idea della superiorità, della *virtus* romana da apporre a chi viene da fuori, alle razze considerate inferiori.

Appena abbiamo appreso dell'operazione, con alcuni colleghi abbiamo proposto un'interrogazione al Consiglio per chiedere chiarezza: chiarezza sugli obiettivi e sulle modalità di svolgimento di questa operazione che pare coinvolgerà circa 18.000 poliziotti. Non è chiaro, è questo le chiedo di riferire al Parlamento, quale sarà il coinvolgimento di Frontex su cui è stata fatta confusione. Non è chiaro che fine faranno le persone identificate e interrogate appena dopo. Non è chiaro quali garanzie vi sono sul rispetto dei loro diritti fondamentali, compreso quello a richiedere l'asilo. È un'operazione che pare figlia della consueta logica securitaria che in questi anni non solo non ha portato ad alcun risultato, ma ha peggiorato la situazione, spesso risolvendosi in aperte violazioni dei diritti umani e del divieto di respingimenti collettivi sanciti dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione e da altre convenzioni.

Una logica che tende a criminalizzare le vittime anziché colpire i carnefici. Non bisogna dimenticare che ormai la maggioranza delle persone in viaggio verso l'Europa sta scappando da teatri di guerra, da torture, da discriminazioni di ogni sorta e che è il diritto internazionale a stabilire un nostro dovere giuridico, non bastasse quello morale, di offrire protezione internazionale.

In Europa con «Mos Maiorum» abbiamo in comune operazioni di polizia poco chiare, in Europa abbiamo in comune un cimitero: a questo ormai si è ridotto il nostro Mar Mediterraneo, che è un mare europeo. Ma quanto dovremo aspettare per avere in comune una vera politica dell'asilo europea? E per vedere l'Europa concentrarsi non solo nel contrastare l'immigrazione illegale, come ha fatto sinora, ma anche per creare le vie d'accesso legali?

C'è un solo modo per contrastare i trafficanti e la criminalità organizzata, non certo rastrellare migranti in Europa e non certo arretrare la linea di intervento come succederà con Triton da 172 miglia a sole 30 miglia dalle acque territoriali italiane, se si rinuncerà a Mare Nostrum. L'unico modo per contrastare i trafficanti è evitare che finiscano nelle loro mani i migranti, anticipando il nostro intervento, ad esempio aprendo canali umanitari per l'arrivo legale e protetto dai rifugiati o almeno porti sicuri in cui chiedere l'asilo nei paesi di transito con il coinvolgimento delle organizzazioni internazionali. E se davvero vogliamo affrontare il problema alla radice, l'Europa dovrebbe farsi carico di una lotta spietata alle disuguaglianze su scala globale, in un mondo in cui il 70% delle risorse sta nelle mani del 30% della popolazione e noi siamo parte di quel 30%, mi domando come ci si possa stupire dei flussi migratori.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). - Fru formand! Jeg er bange for, at den operation, vi nu har diskuteret efterhånden et stykke tid her i plenarsalen, kun er ren nyttesløs symptombehandling. Vi kan allerede nu se, at flyers bliver delt rundt i disse illegale migrantmiljøer, hvor man advarer mod operationen. Og det er jo helt forståeligt, for det virker mest af alt, som om operationen er tilrettelagt som medlemsstaternes lidt forkvaklede forsøg på at dæmme op for den udfordring, som illegal migration har skabt i Europa. Det man jo i virkeligheden burde have gjort, det var at have en effektiv grænsekontrol, en ordnet migrationspolitik, en flygtningepolitik, der tog hånd om at hjælpe flest muligt for de tilstedeværende ressourcer, altså hjælpe folk i nærområderne, men nu tyr man altså til dette, fordi man ikke har andre værktøjer tilbage i værktøjskassen. For mig at se er den bedste måde og den mest effektive måde, at man i stedet for sådan en politiklapjagt får genindført de nationale grænsekontroller, indtil den eksterne grænsekontrol måske en dag kommer til at virke, og det skal være den opfordring, der kommer fra mig til Parlamentet her i dag.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). - Frau Präsidentin! „Mos Maiorum“, die Sitte der Ahnen, mag im alten Rom wenigstens einen machtpolitischen Sinn gehabt haben. Der staatstreue Cato sah die Stabilität des Riesenreiches darin gesichert, römische Rechtsnormen und einseitige Treue zur Pflicht zu machen. Mit dieser fragwürdigen Sitte der Ahnen fuhr man eine Weile gut, bis der Laden auseinanderflog und Rom zerbrach.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Wenn sich nun die rüde Polizeiaktion in 25 Mitgliedstaaten „Mos Maiorum“ nennt, ist das ein schlechtes Vorbild und obendrein eine falsche Analogie, weil zu „Mos Maiorum“ im alten Rom auch das Prinzip der Gerechtigkeit gehörte. Mit Gerechtigkeit hat diese Polizeiaktion gar nichts zu tun. Diese von blindem Rassismus und Menschenverachtung getriebene Aktion steht im Geruch ganz anderer Begriffe wie reinhalten, säubern, entfernen, wegschieben, abschieben.

Flüchtlinge gelten den Regierenden als Bedrohung, als störend, unsicher, lästig, teuer, schädlich. Das ist der Geist. Den verlogenen Gesten des Bedauerns über die toten Flüchtlinge im Mittelmeer folgt nun eben nicht Gerechtigkeit, indem sich die 25 Mitgliedstaaten zusammentun, um Menschenleben zu retten, sondern die Reinigungsorgie von „Mos Maiorum“.

In Anlehnung an Cato – das sei mir gestattet – schließe ich, dass ich im Übrigen der Meinung bin, dass solche Sitten der Ahnen zerstört werden müssen.

Karima Delli (Verts/ALE). - Madame la Présidente, moi aussi je suis en colère. En ce moment même, partout en Europe, des policiers font la chasse aux migrants!

Cette opération, appelée «Mos Maiorum», vise à en savoir plus sur les nouvelles routes empruntées par les passeurs. Mais de qui se moque-t-on? Croyez-vous vraiment que l'on puisse lutter contre les trafics d'êtres humains en s'attaquant à leurs victimes?

En vérité, cette opération est une traque à l'échelle européenne. Qui l'a décidée? Sur quels critères? Personne ne le sait. Le Parlement européen devrait être le premier à en discuter. Que deviennent les personnes arrêtées? En Grèce et en Hongrie, on les met en prison. Est-ce cela la politique européenne? Un an après Lampedusa?

Ce qui se passe aujourd'hui est une honte pour l'Europe! Ces migrants sont pour la plupart des réfugiés, ils fuient leur pays d'origine parce qu'ils sont en péril. Ils finissent dans la précarité, comme c'est le cas à Calais. Demain ils seront encore plus nombreux, il y aura des réfugiés climatiques!

Je le dis très tranquillement à la Présidence italienne: on ne règlera pas la misère des peuples avec des képis et des matraques à chaque coin de rue. Aujourd'hui, il est grand temps de mettre en place une politique migratoire européenne digne, basée sur les droits fondamentaux mais, surtout, sur la solidarité.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι εκείνοι οι οποίοι συγχέουν τους όρους 'mare nostrum' και 'mos maiorum' - θέλω να πιστεύω ότι δεν γίνεται σκόπιμα - πρέπει να αντιληφθούν ότι είναι δύο τελείως διαφορετικές επιχειρήσεις. Μήπως θα παραγνωρίσουμε το γεγονός ότι η επιχείρηση διάσωσης που λέγεται 'mare nostrum', μόλις για ένα καλοκαίρι, μόλις για ένα δεκαπενθήμερο διέσωσε στην Ιταλία 5.000 ανθρώπους, ή μήπως θα παραγνωρίσουμε το γεγονός ότι στα παράλια της πατρίδας μου, της Ελλάδας, μέσα στο πρώτο εξάμηνο του 2014 διασώθηκαν 6.500 χιλιάδες άνθρωποι μέσα από σύνολο 15.000 ανθρώπων που πέρασαν τα θαλάσσια σύνορα; Αυτό το λέω γιατί με το να δαιμονοποιούμε μια καινούργια επιχείρηση, πιστεύω ότι δεν υπηρετούμε το σκοπό της, εκτός αν έχουμε επιχειρήματα για να ασκούμε κριτική με στοιχεία και αποδείξεις.

Και το λέω αυτό, γιατί κανείς μας δεν θεωρεί εδώ, σ' αυτή την αίθουσα, ότι υπάρχει μία επιχείρηση με την πρωτοβουλία της Ιταλίας, η επιχείρηση 'mos maiorum' που αποκλειστικό στόχο και σκοπό έχει την εξάρθρωση των διακινητών αυτών των ανθρώπων, μπορεί να απάδει ή να μην έχει πάρει αποστάσεις από μεθόδους ρατσιστικών αποχρώσεων ή από παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Αυτό αναμφίβολα θα διαπνέει την επιχείρηση αυτή και αν δεν συμβαίνει αυτό εδώεμάστε, μετά τα αποτελέσματα που θα δοθούν στη δημοσιότητα τον Δεκέμβριο, να ασκήσουμε κριτική. Όμως είναι ή δεν είναι αναγκαίο να ελεγχθούν αυτοί οι διακινητές που αποτελούν μέλη ενός διεθνούς οργανωμένου εγκλήματος και πρέπει να γνωρίζουμε ότι τα θύματα δεν είναι μόνο μετανάστες, είναι άνθρωποι κάθε ηλικίας και ιδιαίτερα νέοι, διότι αυτοί οι διακινητές στην πλειονότητά τους απαρτίζουν εγκληματικές οργανώσεις που το αντικείμενό τους είναι εμπορία ανθρώπων, εμπορία όπλων, εμπορία ναρκωτικών, εμπορία οργάνων. Το οργανωμένο έγκλημα λοιπόν, το οποίο βρίσκει έδαφος και εφαρμογή και σ' αυτούς τους διακινητές είναι απόλυτα επικίνδυνο και με κάποιο τρόπο πρέπει να ελεγχθεί.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Σε κάθε περίπτωση να πω ότι η οδός της καταπολέμησης της παράνομης μετανάστευσης περνάει μέσα από μια ευρωπαϊκή συμπαγή πολιτική που θα καθορίζει και θα θωρακίζει τη νόμιμη μετανάστευση, αυτή είναι και η αρχή του νέου Προέδρου Juncker, αυτό ακούσαμε να τονίζει και ο νέος Επίτροπος Αβραμόπουλος. Σε κάθε περίπτωση μιλάμε για μια Ευρώπη που την χαρακτηρίζει και τη διαπνέει ανέκαθεν ο ανθρωπισμός και το αξιακό περιεχόμενο της φιλοσοφίας της.

(Ο αγορητής συμφωνεί να απαντήσει σε ερώτηση «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 149, παράγραφος 8 του Κανονισμού)).

Barbara Spinelli (GUE/NGL), Domanda «cartellino blu». – Vorrei chiedere alla collega se ha letto la risoluzione del Consiglio dei ministri degli Interni in cui si annuncia questa operazione «Mos Maiorum». Non c'è bisogno di aspettare fino a dicembre, è molto chiaro quello che è scritto, non è un'operazione antimafia, è un'operazione in cui i migranti e i fuggitivi vengono ricercati, identificati, profilati. Le chiedo solo se ha letto il testo o se aspetta dicembre per conoscerlo?

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Spinelli, απευθύνεστε σε μία συνάδελφό σας που κάνει μάχιμη δικηγορία στην εγκληματολογία τριάντα χρόνια. Θα σας πω λοιπόν ότι ναι, διάβασα το έγγραφο αυτό στο οποίο αναφέρεστε και θα σας πω ότι έχω μάθει να κρίνω εκ του αποτελέσματος και να επικρίνω - και πολύ αυστηρά - όταν εκ των προτέρων δεν έχω εκείνα τα δείγματα τα οποία φοβίζονται και δαιμονοποιούν ένα νέο μέτρο το οποίο είναι προς τη σωστή κατεύθυνση.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). - Señora Presidenta, bajo la expresión grandilocuente «Mos Maiorum» se encuentra una operación policial que tiene lugar no por primera vez. Una operación en la que los Gobiernos de los Estados miembros de la Unión Europea —no todos— se ponen de acuerdo para poner en marcha una identificación que apunta más a las víctimas del tráfico ilícito de personas que a las mafias que hay detrás y, por tanto, nada habría que objetar porque, en principio, es una operación legítima del Consejo dentro de sus competencias.

Sucede, sin embargo, que produce preocupación, y por buenas razones. En primer lugar, porque los socialistas venimos denunciando invariablemente la visión prejuiciada y sesgada que sobre la inmigración se está aplicando desde el Consejo de la Unión Europea con respecto a todo lo que se refiere al control de fronteras exteriores de la Unión.

En segundo lugar porque, una vez más, se focaliza como víctima propiciatoria a la persona que intenta acceder a las fronteras exteriores de la Unión, y no a las mafias que están traficando con su desesperación.

Pero en tercer lugar, y fundamentalmente, porque no se está dejando ninguna compuerta abierta a la inmigración regular y, por tanto, se está criminalizando la inmigración irregular, a la que se estigmatiza como inmigración ilegal.

Sobre todo, nos preocupa la potencial amenaza a los derechos fundamentales que supone el *profiling* del origen racial o étnico de las personas demandantes de asilo o de acceso a las fronteras exteriores de la Unión y, desde luego, nos preocupa que esto, además, incida sobre algunas fronteras especialmente vulnerables, como es manifiestamente el caso de las fronteras de la Europa del Sur.

Es el caso —por qué no decirlo— de mi país, de España. Hemos conocido recientemente en Melilla unos episodios que producen muchísima preocupación. En ningún caso porque señale la responsabilidad de las fuerzas y cuerpos de seguridad de la Guardia Civil o de la Policía Nacional que vigilan esas operaciones, sino de la cadena de mando gubernamental, que, sin ningún respeto por los derechos fundamentales de las personas involucradas, está practicando devoluciones en caliente, prohibidas no solamente por el Derecho europeo, sino además por el Derecho interno, el Derecho doméstico, el Derecho nacional de mi propio país, de España.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, Η Mos Maiorum αποτελεί μια ακόμη απόδειξη για την έλλειψη πραγματικού σεβασμού των ευρωπαϊκών θεσμών προς τα ανθρώπινα δικαιώματα. Δέκα μέρες μετά την έναρξή της, επικρατεί αδιαφάνεια ως προς τις προϋποθέσεις υπό τις οποίες συλλαμβάνονται οι μετανάστες, ως προς τις εγγυήσεις που θα έπρεπε να συνοδεύουν τη μεταχείρισή τους και ως προς τη διάρκεια και τις συνθήκες κράτησής τους. Ακόμα και η FRONTEX φρόντισε να λάβει τις αποστάσεις της από την επιχείρηση, τονίζοντας πως δεν έχει καμία συμμετοχή στην οργάνωσή της.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Είναι προφανές ότι η *Mos Maiorum* αποτελεί μια προσπάθεια φτηνού εντυπωσιασμού εκ μέρους της ιταλικής προεδρίας και των Κυβερνήσεων που την εφαρμόζουν. Αντί αστυνομικών επιχειρήσεων 'σκούπα' που ενισχύουν ξενοφοβικά σύνδρομα, είναι απαραίτητο να υπάρξει μια ολοκληρωμένη μεταναστευτική πολιτική της Ένωσης με δίκαιη κατανομή της ευθύνης μεταξύ των κρατών μελών της. Είναι απαράδεκτο να επιρρίπτεται όλο το βάρος μόνο στα μεσογειακά κράτη μέλη και να μένουν αμέτοχα τα κράτη του πυρήνα της Ένωσης που αποτελούν τον πραγματικό προορισμό των μεταναστών.

Roberta Metsola (PPE). - Kif ilna nghidu f'dan il-Parlament, kwalunkwe inizjattiva u azzjoni fuq l-immigrazzjoni ghandha thares lejn l-aspetti kollha. Irridu fil-fatt nahdmu aktar fuq soluzzjonijiet bhal li nghinu lill-pajjiżi fl-Afrika jqumu fuq saqajhom, li nidhlu aktar fil-fond lejn possibilitajiet ta' rotot legali lejn l-Ewropa biex in-nies ma jaqbdux dgħajsa b'sogru u periklu għal hajjithom. Irid ikun hemm politika ta' ritorn sigur ta' dawk li mhumiex eligibbli għall-protezzjoni. Irridu nkunu iebes, iva, fil-konfront tan-netwerks tal-hażen li jabbużaw min-nies vulnerabbli u mhux inpoġġu l-mira tagħna fuq dawk li huma l-aktar dgħajfa. Kulhadd ra t-traġedja lil hinn minna minn xtutna ta' mijiet ta' nies li jiġu maqtula fil-baħar bla ebda skruplu. Iva, hemm bżonn ta' azzjoni, però huwa essenzjali li kull operazzjoni ssir b'kull rispett għad-drittijiet tan-nies u bir-rispett lejn il-prinċipju tal-proporzjonalità. Ninnota li l-aġenzija tad-drittijiet fundamentali wkoll hasset il-bżonn li tibghat gwidi prattiċi fuq kif għandhom jitmexxew operazzjonijiet bhal *Mos Maiorum*. Il-messaġġ huwa ċar: għandna nirrispettaw dawn il-gwidi f'kull operazzjoni, irrispettivament minn min qed imexxi din l-operazzjoni. Nixtieq ukoll għal darb'ohra nappella għal spirtu ta' solidarjetà bejn l-Istati Membri. Nispera li operazzjonijiet bhal dawn ma jwasslux għal riżultat paradossali ta' zieda fir-responsabilità li jridu jiffaċċjaw pajjiżi bhal tiegħi, jiġifieri Malta, taht is-sistema ta' Regolament ta' Dublin. Il-ballun issa qiegħed f'saqajn il-Kunsill u l-Kummissjoni u hawnhekk nixtieq nagħmel mistoqsija lill-Kunsill, għaliex huwa rrapprezentat hawnhekk: ser tgħinu sabiex nassiguraw li l-Istati Membri jwettqu finalment ir-responsabilitajiet tagħhom f'dan il-qasam?

Josef Weidenholzer (S&D). - Frau Präsidentin! Seit Jahren gelingt es Europa nicht, sein Migrationsproblem zu lösen. Die Mitgliedstaaten sind nicht bereit, eine große zukunftsweisende Lösung anzugehen, stattdessen versucht man sich im sturen Festhalten am untauglichen Instrument der Dublin-Verordnung. Indem man unbeirrt am Ausbau der Festung Europa festhält, löst man keines der Probleme, im Gegenteil: Die Zahl der Menschen, die im Mittelmeer umkommen, steigt kontinuierlich.

Man könnte den Eindruck gewinnen, als würde durch politisches Marketing versucht, dieses Versagen zu kaschieren. Da ist vom „Mare Nostrum“, von „Triton“ oder „Mos Maiorum“ die Rede. Klingt schön. Aber keine „Mos Maiorum“ suggeriert Handlungsfähigkeit. Über die Sinnhaftigkeit kann man streiten. Wir haben heute gehört, dass dabei auch viele Rechtsgrundsätze verletzt werden. Das muss man sehr ernst nehmen. Vor allem sollte man aber endlich daran gehen, die Probleme an den Wurzeln zu packen, und nicht euphemistisch an den Symptomen herumdoktern.

Pablo Echenique (GUE/NGL). - Señora Presidenta, «*mos maiorum*» significa en latín «la costumbre de los ancestros» y es también el nombre de una macrorredada paneuropea, racista y basada en el miedo.

«*Mos Maiorum*» está diseñada para aterrorizar a los que han llegado en busca de trabajo, techo y pan, pero también apela a ese miedo al otro, al extraño, a ese miedo tan bien utilizado por el fascismo y que aún se agarra al corazón de mucha buena gente.

De paso, se señala a un enemigo imaginario, a un culpable de la crisis que no es tal, mientras los verdaderos enemigos, los verdaderos culpables nos miran desde las ventanas de las torres de los barrios financieros y se frotan las manos sabiendo que pueden seguir robando aquí, pero también allá. Allá de donde vienen los que apaleamos hasta la inconsciencia, y a veces la muerte, en nuestras dentadas fronteras.

Si esta es en verdad la costumbre de nuestros ancestros, me voy buscando otra civilización adoptiva que no me produzca tanta vergüenza.

Therese Comodini Cachia (PPE). - Nilqa' din l-operazzjoni tal-pulizija intraSchengen bhala pass importanti biex l-Unjoni tigbor informazzjoni mehtieġa biex jiġi żgurat li naġixxu b'mod aktar effettiv fil-konfront ta' kriminalità organizzata li qed tkompli tistagħna mis-sofferenza ta' dawk li jkunu diġa sfaw vittma tad-destin kiefier f'pajjiżhom. Bhala operazzjoni li hija mistennija li tipprovdi informazzjoni li tidentifika l-flussi tat-tranzitu principali ta' immigranti illegali jew irregolari permezz tal-art, baħar u l-ajru fl-Istati Membri, l-operazzjoni *Mos Maiorum* hija eżempju ċar ta' x'qawwa tista' ggħib il-kooperazzjoni fil-ġlieda kontra l-kriminalità organizzata. Madankollu, l-informazzjoni li din l-operazzjoni ppromettiet li tigbor tikxef il-htieġa li ttejjeb ir-rabta bejn il-politika interna u esterna tal-Unjoni fuq kwistjonijiet relatati mal-immigrazzjoni. Fil-każ tat-traffikar tal-persuni, din id-data hija mistennija tipprovdi informazzjoni li għandha twassal

Mittwoch, 22. Oktober 2014

ghal politika u azzjoni Ewropea ahjar u aktar effettiva. Din l-operazzjoni hija ta' ftit jiem, allura issa xi jmiss? Sabiex l-Unjoni tibqa' agġornata mas-sitwazzjonijiet li qed tikkumbatti, hemm bżonn konsistenza fil-gbir tal-informazzjoni dwar l-influssi migratorji, flimkien mal-analizi bir-reqqa ta' dik l-informazzjoni. Hemm bżonn ukoll appoġġ operattiv lejn Stati Membri bhal Malta li huma l-aktar milquta mill-immigrazzjoni. Appoġġ operattiv li jmur id fid ma' appoġġ finanzjarju jiżgura użu aktar effettiv ta' dik l-għajnuna finanzjarja u riżultati ahjar. Kooperazzjoni għidizzjarja hija meħtieġa wkoll daqs kemm hi meħtieġa l-kooperazzjoni tal-pulizija. F'dan kollu, però, l-Unjoni u l-Istati Membri għandhom jiżguraw solidarjetà effettiva bi protezzjoni sħiħa tad-drittijiet fundamentali, inkluż waqt il-proċess ta' deportazzjoni u ripatrijazzjoni.

Caterina Chinnici (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, come risulta dal documento del Consiglio del 10 luglio ultimo scorso, e come ribadito oggi dal ministro Della Vedova, le finalità delle operazioni «Mos Maiorum» sono due: indebolire il ruolo della criminalità organizzata nell'immigrazione illegale e raccogliere informazioni sulle rotte e sul *modus operandi* delle reti criminali. E proprio per l'importanza di tali obiettivi, occorre evitare il rischio che tali operazioni finiscano per danneggiare soprattutto i soggetti, spesso anche minorenni, che non abbiano ancora formalizzato richiesta di asilo e quindi le vittime piuttosto che i colpevoli della tratta di persone.

Ritengo quindi che operazioni di questo genere richiedano una programmazione trasparente, con il coinvolgimento maggiore del Parlamento, e richiedano anche un congruo sistema di garanzie sul rispetto dei diritti fondamentali, affinché possano realmente perseguire l'obiettivo primario del contrasto alla criminalità organizzata nell'immigrazione illegale.

Ma ritengo soprattutto che sia ormai indispensabile per gestire il fenomeno migratorio la previsione a livello europeo di misure che consentano l'ingresso regolare e cioè l'immigrazione legale nell'Unione europea.

Patrizia Toia (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, condivido molte delle critiche, delle perplessità, dei suggerimenti che sono stati avanzati dalle mie colleghe, dalla Kyenge, dalla Schlein, dalla Chinnici e poi dalla Giuffrida. Questa operazione, al di là dei buoni propositi, rischia di avere degli esiti molto diversi. Buono proposito è conoscere meglio questo fenomeno migratorio, il sesso, le provenienze, le modalità, è una cosa buona per fare delle politiche serie ed efficaci, è positivo lottare contro la criminalità dei trafficanti in queste reti, però il rischio è che tutto si risolve in una grande operazione di polizia che lascia più lacune che soluzioni dei problemi, con tutti i rischi che venivano citati di rendere due volte vittime le vittime, a partire dai minori, è molto opportuno questo richiamo. I minori non accompagnati per cui nessuno sta facendo davvero una politica efficace.

Voglio però citare due aspetti per metterla un po' in positivo: il primo, se 25 paesi si mettono insieme, si mettono insieme su un aspetto un po' limitativo della politica migratoria, forse possiamo pensare che nasca la voglia di fare una vera politica migratoria europea; il secondo, molto brevemente, possiamo sperare che ci sia coraggio, lungimiranza, buon senso, semplicemente per l'Europa di una politica lungimirante che affronti il buco nero della Libia, che crei quel corridoio umanitario, sbarcando là, non solo pattugliando le coste, ma sbarcando nel paese dove è possibile sbarcare per creare davvero quell'azione preventiva che veniva detta da tutte le mie colleghe.

Miriam Dalli (S&D). - Il-Prezidenza tal-Kunsill Ewropew qed tgħid li l-operazzjoni Mos Maiorum għandha tindirizza ċ-ċrieki tal-kriminalità u anke tiġbor informazzjoni dwar rotot ta' immigrazzjoni illegali. Imma nistaqsi, fir-realtà qiegħed isir hekk? Għaliex qed nifhem li din l-operazzjoni tista' twassal biex immigranti li dahlu f'pajjiż u mbagħad imxew lejn Stati Membri oħra jergħu jintbagħtu lura fil-pajjiż fejn l-applikazzjoni tagħhom għet ipproċessata. Għaliex? Qed ikunu meqjusa bhala illegali, u fl-opinjoni tiegħi, bir-rispett kollu, dan mhux accettabbli. Din il-miżura kienet tagħmel sens kieku l-appell ta' dan il-Parlament biex jiġu agġornati r-Regolamenti ta' Dublin ittiehdu bis-serjetà mill-pajjiżi li qed jimblukkaw dan il-pass fi hdan il-Kunsill. Kif inhuma l-affarijiet illum, din l-operazzjoni tfisser li dawn in-nies jergħu jintbagħtu lejn il-pajjiżi tal-fruntiera. U min-naha wahda, min se jgħin lill-pajjiżi tal-fruntiera? U min-naha l-oħra meta ser naraw proposti konkreti li jindirizzaw is-sitwazzjoni traġika li għandna fil-Mediterran? Meta se jkollna rispons wieħed Ewropew? U meta min ifittex l-ażil ma jergax jintbagħat lura lejn il-pajjiż li dahal fih l-ewwel? Iċ-ċittadini tagħna ddejqu jismgħu kliem fieragħ u diskorsi sbieħ dwar responsibility sharing. Iridu jaraw bidla, iridu jaraw ugwaljanza vera u jridu jaraw riżultati f'harsien shih għad-drittijiet tal-bniedem.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Kati Piri (S&D). - Voorzitter, uiteraard is het een goede zaak dat mensensmokkel wordt aangepakt. Op dit moment buiten criminelen de wanhoop van migranten uit. Bij dit soort acties vrees ik echter dat niet alleen de smokkelaars worden aangepakt, maar ook de migranten zonder papieren als criminelen worden bestempeld en behandeld.

De operatie *Mos Maiorum* roept dan ook veel vragen op. Zo heb ik grote zorgen over politieke verantwoording, transparantie en democratische controle, en daarnaast over het risico op discriminatie en *racial profiling*. Het is onacceptabel dat dit soort gezamenlijke politieoperaties helemaal niet zijn onderworpen aan democratische controle door het Europees Parlement of door de nationale parlementen, en dat terwijl dergelijke acties wel veel vragen oproepen. Zoals: Wat gebeurt er met de aangehouden migranten die niet de juiste papieren hebben? Wat gebeurt er met de tijdens eerder operaties verzamelde inlichtingen? En leidt dit niet tot repressieve acties die weer leiden tot een groter gevoel van vijandigheid ten opzichte van migranten in de samenleving?

Een eerste stap naar transparantie is gezet door dit debat hier vanavond te houden en ik hoop dan ook dat de Raad met concrete antwoorden zal komen.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Διαδικασία «catch the eye»

Michela Giuffrida (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'operazione «Mos Maiorum» è stata annunciata nei dettagli proprio il 3 ottobre mentre a Lampedusa si commemoravano con belle parole 366 migranti morti. Da allora però oltre 4.000 persone in un anno sono morte in mare e nulla di concreto è stato fatto per fermare la strage, anzi dopo il 3 ottobre con «Mos Maiorum» i migranti pare siano tornati nemici, tra gli allarmi di associazioni e reti che tutelano i diritti di chi vuole solo sfuggire a guerre e miserie.

Non solo, a novembre partirà Triton che però non includerà le competenze di Mare Nostrum, che ha salvato centinaia di migliaia di vite e non ne coprirà neppure il viaggio di azione. Significa – questo è il finale tragico quanto prevedibile – che i numeri della strage probabilmente aumenteranno. Né una gigantesca operazione di polizia in una settimana potrà porre fine al business criminale che specula sugli immigrati e allora è ora che l'Europa si faccia finalmente carico delle proprie responsabilità. L'Italia non venga lasciata sola, si imbocchi la strada legale e umanitaria per adempiere a un doveroso principio di solidarietà. In una parola sola: si percorra la strada del corridoio umanitario.

Ángela Vallina (GUE/NGL). - Señor Presidente, se habla de inmigrantes ilegales pero la palabra «refugiados» empieza a desaparecer, porque implica responsabilidades en los derechos humanos internacionales. «De los inmigrantes ilegales nadie se hace cargo y se les expulsa»: estas palabras son de Caddy Adzuba, periodista del Congo y premio Príncipe de Asturias de la Concordia.

«Mos Maiorum» significa racismo, significa asociar la idea del inmigrante con el criminal. Pone en riesgo el derecho a la no discriminación y a la libertad de movimiento; además, «Mos Maiorum» se une a las políticas de la Unión Europea y de algunos Estados miembros como España donde no se respeta el principio de no devolución ni el derecho de asilo, con las llamadas «devoluciones en caliente», que son la viva imagen de una Unión Europea que ya no puede dar lecciones de derechos humanos a nadie.

Decía el otro día en esta Cámara el señor Pons, con todo el cinismo del mundo, que a África había que darle esperanza, pero ¿qué esperanza le estamos dando? Explotamos en origen sus recursos, somos cómplices de Estados corruptos y cuando la presión del hambre, la pobreza y la muerte les empuja a saltar vallas, a jugarse la vida en embarcaciones, los encerramos, los expulsamos y los abandonamos a su suerte. Es necesario cambiar la tendencia política de hacer sufrir a los demás.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Νότης Μαρτιάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, η *Mos Maiorum* είναι μια αστυνομική δράση ορισμένων κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης προκειμένου να αντιμετωπίσουν τα τεράστια κοινωνικά προβλήματα που έχει δημιουργήσει το περίφημο 'Δουβλίνο ΙΙ', μια λάθος μέθοδος δηλαδή. Γιατί το 'Δουβλίνο ΙΙ' έχει εγκλωβίσει χιλιάδες πρόσφυγες στις χώρες του ευρωπαϊκού νότου, σε χώρες όπως η Ελλάδα, η οποία έχει μετατραπεί σε αποθήκη ψυχών χιλιάδων ανθρώπων που θέλουν να πάνε στις χώρες του ευρωπαϊκού σκληρού πυρήνα.

Το ζήτημα, όμως, των χιλιάδων παρανόμων μεταναστών και προσφύγων δεν μπορεί να αντιμετωπιστεί με αστυνομικές επιχειρήσεις 'σκούπα' τύπου *Mos Maiorum*, χωρίς έλεγχο, χωρίς διαφάνεια, χωρίς εγγυήσεις για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Μπορεί να αντιμετωπιστεί με την κατάργηση του 'Δουβλίνο ΙΙ' και τη θέσπιση κλείδας κατανομής των παράνομων μεταναστευτικών ροών σε όλες τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης με βάση την οικονομική τους ισχύ, την έκταση και τον πληθυσμό τους.

Γιατί η Ελλάδα, η Ιταλία και οι άλλες χώρες του ευρωπαϊκού νότου δεν αντέχουν άλλους πρόσφυγες και παράνομους μεταναστευτές. Πρέπει, λοιπόν, και οι χώρες του ευρωπαϊκού σκληρού πυρήνα να αναλάβουν τις ευθύνες τους στη βάση της κοινοτικής αλληλεγγύης.

Nicola Caputo (S&D). - Signor presidente, onorevoli colleghi, l'operazione «Mos Maiorum» lanciata dalla Presidenza italiana e programmata dal SISDE dal 13 al 26 ottobre ha come scopo quello di bloccare i migranti irregolari, contrastare la criminalità organizzata e raccogliere informazioni per scopi investigativi ed intelligence.

Secondo il documento adottato dal Consiglio, l'operazione si svolge in stretta collaborazione con Frontex, sebbene questa abbia precisato di non avere avuto nessun ruolo nella pianificazione e nell'implementazione dell'operazione. Una collaborazione più stretta con Frontex forse sarebbe stata auspicabile.

«Mos Maiorum» viene avviata dopo la fine di Mare Nostrum che come è noto non è stata sostituita da analoga operazione di soccorso nonostante abbia salvato la vita a circa 150.000 persone, davvero un paradosso. L'Europa non può continuare ad affrontare il problema dell'immigrazione, solo con operazioni di polizia. L'Unione europea non può voltarsi dall'altra parte rispetto al dramma ed alla morte di tante persone, deve assolutamente dotarsi di una politica migratoria coerente con i propri valori fondativi e basata sui principi di solidarietà e di accoglienza.

Iosu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). - Señor Presidente, es curioso que el primero en traducir la locución latina y en hablar de la costumbre de los ancestros haya sido el señor Díaz de Mera. Claro, él ha olvidado la vertiente de *autoritas*, de posición militar de aquella tradición romana frente a las costumbres helenizantes y a las corrientes de pensamiento asiáticas, es decir, el miedo al otro, a quien llega de fuera, como si hubiera un «dentro» y un «fuera» y, como respuesta, cerrar la puerta. Eso es el «*mos maiorum*».

Señor Díaz de Mera, hablar de respeto a los derechos humanos cuando acabamos de ver otro vídeo que retrata la represión de la guardia civil en la valla de Melilla es un sarcasmo absolutamente inaceptable. Hagan caso, por una vez, a la comisaria Malmström; acaba de decir que no debe recurrirse a la fuerza para disuadir del cruce de fronteras no autorizado. Ni la salvaje represión en las vallas ni «*Mos Maiorum*» cumplen esa premisa, así que apelo a la Comisión para que actúe. Vallas y «*Mos Maiorum*» son una vergüenza.

Soraya Post (S&D). - Herr talman! Jag skulle bara vilja påpeka att det här inte är någon ny operation eller ett nytt projekt. Det har pågått i flera år under olika ordförandeskapsstater. Det som är nytt är väl att den här hemliga operationen har kommit ut. Man kan väl tolka det som att Frontex flyttar sin verksamhet in i städer och ut på landsbygden. Hur gör man då för att kunna peka ut det som man letar efter? Jo, man går på människor som man gissar skulle kunna ha något skumt för sig.

Vad leder det här till? Jo det leder till både psykiskt och fysiskt kränkande av, i många fall, oskyldiga människor. Vad leder det mera till? Jo, det leder till att rasism och främlingsfientlighet ökar i de olika staterna.

Jag är glad att vi har fått vetskap om det här så att vi kan agera. Jag tycker det är skamligt av rådet att inte överlägga med parlamentet eller kommissionen innan man gör sådana här operationer.

Τέλος διαδικασίας «*catch the eye*»

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Grazie signor Presidente, grazie al Parlamento e agli onorevoli deputati che sono intervenuti in una discussione molto seria su profili drammatici che sicuramente, innanzitutto, evidenziano come il contesto entro il quale oggi l'Unione europea, in quanto tale, affronta la questione dell'immigrazione è un contesto come minimo lacunoso.

Il Consiglio ritiene che lo svolgimento di «Mos Maiorum» contribuisca all'obiettivo di una maggiore sicurezza all'interno dell'Unione europea, attraverso mezzi strettamente proporzionati e necessari, senza compromettere la protezione dei cittadini di paesi terzi interessati.

L'attuazione dell'operazione Mare Nostrum, questo lo dico anche da esponente del governo italiano, tra le altre attività dimostra chiaramente l'atteggiamento dell'Italia nei confronti di coloro che cercano di raggiungere i suoi confini ed è stata un'operazione sulla quale abbiamo raccolto non poche critiche per l'efficacia in termini di vite umane salvate e per eventuali effetti in qualche modo di attrazione che questo avrebbe potuto determinare.

Voglio specificare che nelle regole di condotta dell'operazione è precisato in modo inequivocabile che nessuna persona interessata sarà oggetto di trattamento discriminatorio su base di motivi quali sesso, razza, origine etnica o sociale, o religiosa. La raccolta di informazioni sulle persone interessate ovvero la loro nazionalità, sesso ed età, non è associata all'identità della persona stessa. Le istruzioni operative di «Mos Maiorum» sottolineano espressamente che nessun dato di carattere personale deve essere inserito nei formulari pertinenti e qualora ciò accade tali dati non sarebbero trattati dalle autorità italiane e ricordano che nei casi che si dovessero presentare saranno senz'altro utilizzati in stretta osservanza i criteri della pertinente giurisprudenza della Corte di giustizia europea e della Corte europea dei diritti dell'uomo di Strasburgo.

La presidenza è inoltre convinta che l'operazione «Mos Maiorum» contribuirà come nel caso di simili operazioni precedenti a fornire le informazioni necessarie alle operazioni volte a smantellare le reti criminali che ogni giorno mettono in pericolo la vita e il benessere di così tante persone. Un esito positivo dell'operazione gioverebbe anche a tutti coloro e innanzitutto a tutti coloro che sono vulnerabili e a rischio.

Πρόεδρος.- Η συζήτηση έληξε.)

19. Entlastung 2012: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation — Entlastung 2012: Europäischer Rat und Rat (Aussprache)

Πρόεδρος. - Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η κοινή συζήτηση επί:

— της έκθεσης του Petri Sarvamaa, εξ ονόματος της Επιτροπής Ελέγχου του Προϋπολογισμού, σχετικά με την Απαλλαγή 2012: Φορέας Ευρωπαϊκών Ρυθμιστικών Αρχών για τις Ηλεκτρονικές Επικοινωνίες (COM(2013)0570 - C7-0329/2013 - 2013/2241(DEC))

Petri Sarvamaa, *rapporteur*. - Mr President, in April this year 30 agencies were granted discharge for the implementation of 2012. Parliament, however, postponed the discharge for the director of BEREC, the Body of European Regulators for Electronic Communications. The problem with BEREC last spring was not one major thing, but several smaller issues that when taken together showed significant shortcomings in the office's administrative culture. Budgetary planning, recruitment, internal controls and procurement were all issues that Parliament demanded be addressed.

The key arguments for postponing the granting of the discharge until now were the following: the committed appropriations carried over did not correspond to legal commitments; and difficulties in the planning and/or implementation of the body's activities, as the carryovers for 2012 were mostly related to delayed recruitment and the absence of an effective policy to ensure the timely presentation and reimbursement of mission costs.

There was considerable room for improvement regarding the preparation, execution and documentation of procurement procedures. Recruitment procedures examined showed significant shortcomings and a number of outstanding issues as regards the internal controls were also found. But since April, the BEREC office got a new administrative manager and during the summer the agency took action to solve the remaining problems. The Court of Auditors evaluated the measures taken in its report published during the summer. Normally the Court reports would only be available in September, but since BEREC specifically requested early publication the report was published in July. I can tell you that it was very positive reading. Most of the issues were addressed and have been solved. In fact out of the 13 comments that the European Court of Auditors had in both, four of them in 2011 and nine in 2012, 10 have been

Mittwoch, 22. Oktober 2014

completed, one is partly completed and two are ongoing. In the case of the two issues that are still ongoing, the office has taken measures and the Court points out that there is significant improvement in both areas, so we can expect swift correction to this as well.

All in all I can say that postponing the discharge last spring was indeed called for, it was necessary, it was justified, because the number of problems was so high, but BERC has now acted and has acted swiftly and in a thorough manner to make up for its shortcomings.

Tamás Deutsch, előadó. - Tisztelt Elnök úr, kedves Kollégák! Először is szeretném megköszönni a Számvevőszéknek, a Költségvetési Ellenőrző Szakbizottságnak és nem utolsósorban Bogusław Soniknak, a jelentés eredeti felelősének a munkáját. Közel egy éves folyamatot zárunk le a holnapi szavazáson azzal, hogy ha az előterjesztői javaslatomat, illetve a Költségvetési Ellenőrző Szakbizottság javaslatát elfogadva a Tanács zárszámadásának megadását az egymást követő negyedik évben is elutasítjuk. Új képviselőtársaim nem biztos, hogy tudják, de a tanácsi mentesítés elutasítása nem újdonság, ugyanis az Európai Parlament az előző három évben is elutasította a tanácsi mentesítés megadását. Ezt a döntést alapvetően amiatt hoztuk meg a szakbizottságban, illetve a plenáris ülésen, mert a Tanács megtagadta a Parlamenttel való együttműködést a mentesítési eljárás során.

Az Európai Tanács egy az 1970-es években megszületett „gentlemen's agreementre” hivatkozva nem vesz részt a szakbizottsági meghallgatáson és megtagadja az illetékes szakbizottsággal való együttműködést. Az alapvető probléma az, hogy a Tanács nem ismeri el azt, hogy a Parlamentnek joga lenne vele szemben, őt illetően is a zárszámadás lefolytatására, ugyanolyan módon, ahogyan ezt teszi minden más uniós intézmény esetében, holott a Parlament ezen joga már többször is igazolásra került. Legutóbb az Európai Bizottság 2014. január 23-i levelében, melyben egyértelműen kimondja, hogy minden intézmény ugyanolyan módon esik a zárszámadási eljárás alá, és ez természetesen vonatkozik a Tanácsra is.

A szakbizottságunk több kérdéses ügyben is tájékoztatást kért, de az alábbi ügyek egyikével kapcsolatban sem juttatta el a Tanács a szükséges dokumentumokat a Parlament részére, így a mentesítési eljárást nem tudtuk érdemben lefolytatni. Komoly hiányosságokról lehet hallani a Tanács ügynevezett „Európa épületének” építésével kapcsolatban. A Schuman téri épület 2008. óta épül. A Tanács a szakbizottság többszöri kérése ellenére sem adott információt a projekt eddigi költségeiről, valamint a beruházás teljes összegéről, annak finanszírozási módjáról sem. Az építkezéshez kapcsolódik a korábban részben ugyanazon a telken elhelyezkedő ügynevezett „Résidence Palace” épületének megvásárlása és bontása, az ezzel kapcsolatos költségekről szintén megtagadta a tájékoztatást a Tanács hivatala.

A tanácsi adminisztráció átalakításával kapcsolatos stratégiára vonatkozóan, az elért megtakarításokkal kapcsolatban is több alkalommal megkereste a Költségvetési Ellenőrző Bizottság a Tanácsot, de mindhiába. Anélkül, hogy ezekre a nyitott kérdésekre válaszokat kapjunk, nem tudjuk a mentesítés megadását javasolni. Mindezek alapján, kedves Képviselőtársaim, előterjesztőként az a javaslatom, amely javaslatot a Költségvetési Ellenőrző Szakbizottság is támogatott, hogy ne adja meg a Parlament a Tanácsnak a 2012-es pénzügyi évre vonatkozó mentesítést.

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor presidente, onorevoli deputati, vorrei provare a dissipare alcune incomprensioni che sussistono tra le nostre due istituzioni sulla questione del discharge e del bilancio del Consiglio e del Consiglio europeo.

Prima di tutto vorrei sottolineare quello che ci unisce: il Parlamento europeo ed il Consiglio danno entrambi molta importanza al principio di una sana gestione finanziaria delle istituzioni europee. Ma naturalmente è il bilancio della Commissione ad essere sotto i riflettori per la dimensione e la valenza in termini politici e operativi.

Sia Parlamento che Consiglio vogliono che tutte le operazioni finanziarie di tutte le istituzioni europee siano improntate a una gestione corretta, regolare e sana. Ed entrambe le nostre istituzioni dovrebbero essere particolarmente attente a ricercare elevati standard qualitativi nella gestione delle rispettive sezioni di bilancio dell'Unione europea.

L'articolo 319 del trattato chiaramente definisce un'unica procedura di discharge per l'intero bilancio dell'Unione europea. Dopo la presentazione della relazione annuale della Corte dei conti europea, il Consiglio approva una raccomandazione per il Parlamento ai fini del discharge da concedere o meno alla Commissione in merito dell'esecuzione del bilancio. Il Parlamento infine adotta tale decisione di discharge.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Il Parlamento ha inoltre sviluppato una prassi che prevede l'adozione di singole decisioni di scarico relativo al bilancio delle altre istituzioni europee. Trattasi di una prassi come già detto non prescritta dal trattato e quindi non di portata vincolante. Dal punto di vista del Consiglio, la procedura di scarico è solo quella relativa alla gestione finanziaria e di bilancio, e non si estende alle singole iniziative o alle politiche in generale. Ultimamente, da un certo numero di anni il Consiglio ha evidenziato un forte squilibrio tra quello che il Parlamento ritiene di dover esaminare rispetto al bilancio del Consiglio e ciò che il Parlamento stesso permette di far conoscere rispetto alla propria gestione. La vostra relazione odierna riflette questi due punti che permangono tra le nostre istituzioni ed è su questa base che oggi siete chiamati a votare per la quarta volta una decisione che rifiuta di concedere il scarico per l'esecuzione della sezione di bilancio dell'Unione europea relativa al Consiglio e al Consiglio europeo.

Tuttavia considero in tutta sincerità che una via d'uscita da questa situazione ci potrebbe essere. Ho notato con interesse il paragrafo 21 della bozza di relazione che stiamo discutendo oggi, cito testualmente un passaggio della relazione: «Il Parlamento e il Consiglio potrebbero far qualche progresso stabilendo insieme una procedura di *modus vivendi* con un elenco di documenti da scambiarsi al fine di adempiere ai loro rispettivi ruoli nel processo di scarico.»

In effetti questa soluzione non è molto lontana da quello che il Consiglio ha proposto a varie riprese nel passato, ad esempio nella bozza di memorandum d'intesa trasmesso nel 2011. Se il Parlamento è ora interessato a discutere una lista di documenti da scambiare, potremmo evidentemente sederci a un tavolo e confrontarci apertamente sui dettagli di tale lista.

Personalmente potrei anche immaginare di andare al di là di questo. Invece di una procedura bilaterale complessa, il Consiglio potrebbe mettere a disposizione unilateralmente informazioni finanziarie aggiuntive sui siti web del Parlamento e del Consiglio. Chiamerei tale proposta una «competizione amichevole» tra le nostre due istituzioni per rendere ancora più trasparente la nostra gestione finanziaria.

La Presidenza italiana è pronta a esplorare ogni possibile soluzione per un «modus vivendi» sulla procedura di scarico, anche in comune accordo con le altre due Presidenze del nostro trio: Lettonia e Lussemburgo. Naturalmente tale modus vivendi dovrebbe avere il *placet* di entrambe le nostre istituzioni: Parlamento e Consiglio. Una minoranza di volenterosi in entrambe le nostre istituzioni non sarebbe sufficiente.

Dopo queste osservazioni più concettuali e generali, consentitemi di tornare per un attimo al processo di scarico specifico per l'anno 2012, che in linea di principio sarà concluso con il voto di oggi.

Vorrei anche sottolineare che l'audit della Corte per l'esecuzione 2012 del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio non ha riscontrato gravi carenze o errori. Nella sua relazione annuale la Corte ha fatto esclusivamente riferimento a due punti di debolezza marginale nella progettazione di una procedura. Oltre a questo problema, la Corte non ha fatto alcuna osservazione riguardante i conti del Consiglio europeo e del Consiglio o alla legittimità e regolarità delle operazioni sottostanti. Si tratta quindi di un buon risultato di cui dovrete tenere conto quando voterete.

Grazie molto per l'attenzione.

Markus Pieper, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte mich bei unserem Berichterstatter Tamás Deutsch ausdrücklich für seine klaren Worte bedanken. Ich möchte mich aber auch beim Rat bedanken für den neuen Modus, der vorgeschlagen wurde. Es hört sich ja ziemlich dramatisch an, wenn wir jetzt das vierte Jahr hintereinander nicht entlasten. Dabei unterstellen wir doch gar nicht, dass die Gelder in hohem Maße falsch verwendet wurden, dass sie missbräuchlich eingesetzt wurden oder dass gar betrogen wurde. Das ist doch gar nicht unser Anliegen. Nein, geehrte Vertreter vom Rat, es geht um Transparenz.

Ich finde es in hohem Maße unbefriedigend, wenn der Rat in der Vergangenheit unserer Bitte nach Informationen eben schlichtweg nicht nachgekommen ist. Wer kann denn jetzt überhaupt nachvollziehen, wie die Gelder beim Bau und der Sanierung des Ratsgebäudes verwendet wurden und ob es bei den Ausschreibungen wirklich mit rechten Dingen zugegangen ist? Immerhin hat der Rechnungshof gerade beim Thema Ausschreibung ja auch etwas gefunden.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Ich finde, es ist Aufgabe eines demokratisch gewählten Parlaments, des Europäischen Parlaments, hier hinterher zu sein. Es wäre wirklich ein gutes Zeichen im Umgang miteinander, wenn der Rat dies anerkennt und bei der Haushaltsentlastung mit uns zusammenarbeitet. Ja, Sie haben Recht: Es gibt keine bindende Verpflichtung – im Moment noch nicht. Deswegen möchte ich auch auf Ihr Angebot noch einmal zu sprechen kommen, im Sinne der Transparenz Dokumentationspflichten, die wir uns vielleicht gegenseitig dann auferlegen können, wirklich umzusetzen. Ich finde, dass wir hier im Parlament auch nicht auf stur stellen können. Wir werden – das ist jedenfalls auch Anliegen meiner Fraktion – den Dialog anbieten und vielleicht unsere Ansprüche bei der Informationstiefe auch etwas zurücknehmen.

Ich finde, das sind wir dem europäischen Steuerzahler und dem Bürger schuldig, denn es geht hier wirklich um den sinnvollen Einsatz, um den vertrauenswürdigen Einsatz europäischer Gelder. Ich möchte noch einmal unserem Berichterstatter, Herrn Deutsch, ausdrücklich danken, dass er so klare Worte gefunden hat. Ich bin aber unter dem Strich guter Hoffnung, dass wir da auf einem guten Weg sind.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, en primer lugar quiero transmitirle a usted la queja sobre el horario en el que estamos llevando a cabo este debate, no diría que con nocturnidad y alevosía, pero al menos sí con nocturnidad; y, desde luego, que el voto será mañana en vez de haber sido hoy acompañando al del presupuesto, lo que seguramente nos hubiera dado un poco más la visibilidad de cómo el presupuesto de la Unión Europea es preparado y también bien gestionado.

Quiero agradecer, por otra parte, a la Presidencia italiana su presencia. Yo creo que históricamente nos hemos quejado siempre de que, en el momento de la aprobación de la gestión del Consejo, la Presidencia no estaba aquí presente, y le agradezco también al señor Della Vedova sus palabras y su ofrecimiento, que espero podamos utilizar para mejorar no solamente las relaciones sino sobre todo la transparencia.

Quiero decir —y agradecer— a los dos ponentes, al señor Sarvamaa y al señor Deutsch, que nos han presentado hoy aquí dos ejemplos de cómo el Parlamento controla y fiscaliza el presupuesto y protege también los recursos financieros de la Unión Europea.

En el primer caso, el caso del ORECE, el Organismo de Reguladores Europeos de las Comunicaciones Electrónicas, se han identificado no grandes problemas —como muy bien ha dicho el señor Sarvamaa—, pero sí pequeños que, en su conjunto, generaban una impresión de no buena gestión y, sobre todo, que podían provocar el crecimiento de mayores problemas.

Creo que se ha hecho muy bien, en diálogo franco con el Tribunal de Cuentas, con la Comisión y con los gestores del ORECE, el conseguir mejorar la contratación pública, la selección del personal, la prevención y gestión de conflictos y, sobre todo, una mayor visibilidad como organismo de la Unión Europea, algo que también le interesa al ORECE y que, precisamente, entiendo —y felicito por ello tanto al señor Sarvamaa por su buena gestión y a los ponentes alternativos, como a los propios gestores del ORECE—, se ha conseguido mejorar. Una buena práctica de cómo con pequeños pasos y con un buen diálogo se consigue mejorar la transparencia.

Y en el lado opuesto, una mala práctica del Consejo, que sigue empecinándose en no reconocer el derecho democrático y saludable de que el Parlamento Europeo fiscalice las cuentas, sobre todo en aquellos ámbitos en los que, es verdad, no se ha planteado ninguna ilegalidad, y así lo reconocemos, pero hay pequeños errores que ha señalado el Tribunal de Cuentas en procedimientos o en concepción en cuanto a la contratación pública y la política de construcción de edificios.

Son pequeñas cosas, pero igual que en el ORECE se ha conseguido un gran paso en cuanto a transparencia, en el caso del Consejo también sería esperable. Por lo tanto, señor Della Vedova, yo le tomo también la palabra y, desde este Grupo, intentaremos mejorar esa visibilidad y esa transparencia.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Policzyłem, że na sali Parlamentu Europejskiego jest dwunastu posłów niczym dwunastu apostołów. Nie wnिकam, kto z nas jest Judaszem, ale ta frekwencja rzeczywiście nie jest specjalnie miła, choć z drugiej strony rzeczywiście moja szacowna poprzedniczka ma rację: powinniśmy tę debatę przeprowadzić znacznie wcześniej. Dziękuję przedstawicielom Rady, że są obecni! Jest ich aż dziewięciu – to silna reprezentacja.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Chciałem podkreślić, że moja grupa parlamentarna – Konserwatystów i Reformatorów – stoi na stanowisku, że należy głosować przeciwko absolutorium z wykonania budżetu Unii Europejskiej, dopóki Europejski Trybunał Obrachunkowy w Luksemburgu nie wyda poświadczenia wiarygodności za wykonanie budżetu Unii jako całości. Oznacza to, że grupa ECR będzie głosowała za przyjęciem projektu sprawozdania, które zawiera odmowę udzielenia absolutorium. Przyczyną odmowy udzielenia absolutorium są – i wiemy o tym, zwłaszcza posłowie, którzy są od dawna w Parlamencie Europejskim – powtarzające się trudności napotymane dotychczas przy procedurach udzielenia absolutorium. Wynikały one z braku współpracy z Radą. Jeżeli to się ma teraz zmienić – wspaniale! Parlament odmówił udzielenia sekretarzowi generalnemu Rady absolutorium z wykonania budżetu za lata 2009, 2010 i 2011 oraz odroczył je w przypadku roku 2012. Podkreślam, że Rada nie udzieliła żadnej odpowiedzi na pytania Parlamentu, stąd nasza decyzja.

Michael Theurer, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst den Berichterstatter für ihre Arbeit danken und dann ein Kompliment an die italienische Ratspräsidentschaft aussprechen. Dass Sie heute Abend hier anwesend sind, ist ein positives Signal. In meiner Funktion als Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses hat der Haushaltskontrollausschuss eine Anhörung organisiert über die Frage, welche rechtliche Position das Europäische Parlament im Rahmen der Ratsentlastung hat. Und wenn wir in die Verträge hineinschauen, dann ist dort klar geregelt, dass im Haushaltsentlastungsverfahren der Rat eine Empfehlung abgibt, aber die Entlastung ganz eindeutig beim Europäischen Parlament, den direkt gewählten Abgeordneten, verortet ist. Das ist keine Reziprozität, sondern das ist eine Asymmetrie. Und wie das Europäische Parlament in eigener Zuständigkeit das Entlastungsverfahren gestaltet, wie wir es aufteilen, wie wir darüber beraten, ist ganz eindeutig die Kompetenz des Europäischen Parlaments. Deshalb verstehe ich auch die Vorbehalte nicht, die der Rat gegen ein anderes Verfahren bei der Entlastung hat, und ich verstehe auch nicht, warum die Ratspräsidentschaft und der Rat dem Parlament die geforderten Informationen nicht übermitteln.

Tamás Deutsch als Berichterstatter hat darauf hingewiesen: Das *gentlemen's agreement*, sofern es das überhaupt gegeben hat, stammt ja aus einer Zeit, in der das Europäische Parlament nicht direkt gewählt war. Wir haben seit 1979 ganz andere Verhältnisse. Wir haben seit 2009 den Vertrag von Lissabon mit einer deutlichen Stärkung des Europäischen Parlaments, und vor dem Hintergrund möchte ich an den Rat appellieren: Bitte lassen Sie sich auf ein vernünftiges, auf ein richtiges Entlastungsverfahren ein! Es kann nicht sein, dass ministerialbürokratische Beamte den Europäischen Parlamentshaushalt kontrollieren wollen. Im Gegenteil: Jede öffentliche Ausgabe des Steuerzahlers muss durch direkt gewählte Abgeordnete, durch demokratisch legitimierte Vertreter kontrolliert werden, und dazu gehört auch der Ratshaushalt, das Ratsbudget. Dafür kämpfen wir als Europäisches Parlament im Sinne der demokratischen Kontrolle der Transparenz und der Rechenschaftslegung.

Igor Šoltes, v imenu skupine Verts/ALE. – Spoštovani gospod predsedujoči, cenjene kolegice in kolegi, nekaj besed o poročilu o razrešnici Sveta, ki je ta večerna tema.

Devet let sem bil predsednik slovenskega računskega sodišča in ko sem prebral odlično poročilo kolega Deutscha, nisem mogel verjeti svojim očem in resnično sem bil presenečen.

Svet torej noče sodelovati s Parlamentom pri svoji razrešnici, noče obrazložiti, kako porablja davkoplačevalski denar in gradi mnoge stavbe, ogromno najčasto stavbo, ki naj bi menda stala do sedaj že 330 milijonov EUR. Toda od sebe ne da nobene natančne razčlenitve končnih oziroma dejanskih stroškov in vprašanje je, ali ne bi ravno Svet moral biti tudi svetu zgled finančne preglednosti in prvi v odprtosti, vzor tudi vsem drugim institucijam pri dobrem finančnem poslovanju in odgovornosti, ne samo seveda Parlamentu, ampak tudi širši javnosti. In kaj se skriva v tisti stavbi, v tistem jajcu, seveda okna na vse strani, mi pa še vedno tavamo v temi glede jasnosti stroškov, ki so bili porabljeni.

Razumem, kar smo že slišali, da je ta zgodba dolga in zapletena in da za njo tiči ta stari džentlemenski dogovor, vendar seveda je treba reči, da se je svet od tedaj strašansko spremenil, vsaj pričakovanja glede finančne odgovornosti in preglednosti so dosti večja in tudi javnost seveda zahteva čim večjo preglednost.

Osrednje institucije Evropske unije pa morajo biti drugim za zgled in se potruditi, da bodo v očeh davkoplačevalcev in volivcev seveda verodostojne. In zato, seveda, dokler bo tako in dokler bo Svet ravnal tako, bo vsa naša skupina glasovala proti podelitvi razrešnice Svetu za proračunsko leto 2012, pa tudi naslednje leto in leto zatem, če Svet ne bo spremenil taktike in tukaj mislim, da ima Italija zgodovinsko priložnost, da torej naredi korak naprej. In mislim, da se lahko najde pot iz tega in seveda, kjer je volja, tam je tudi pot. Hvala.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto, come i miei colleghi hanno detto prima, rimarco la tristezza nel dover parlare a un'Aula così vuota e non è la prima volta che mi capita.

Io sono qua da pochi mesi e apprendo che per il sesto anno consecutivo il Parlamento europeo ha proposto in prima istanza di rinviare la concessione del discharge del bilancio del Consiglio. Fondamentalmente il Consiglio non riconosce il ruolo del Parlamento come referente ultimo per il discharge e si è acceso tutto un processo con vari relatori o esperti di diritto per cercare di capire chi ha ragione tra le parti.

Non voglio schierarmi apertamente in questo gioco di potere, perché lo ritengo un insulto per i contribuenti cittadini europei, che auspicano estrema collaborazione tra gli attori delle istituzioni. Ritengo che, come in una squadra, tutti si debba cooperare al meglio per ottenere il massimo e quindi il Parlamento in un certo senso ha ragione di protestare, non concedendo il discharge, visto che la richiesta fatta al Consiglio non mi sembra qualcosa di così utopico.

Purtroppo noto, che questo gioco tra gli attori istituzionali durante ogni discussione viene a porsi. In questo caso e nei triloghi si evidenzia come il progetto europeo forse sia un po' troppo ambizioso e lento nel procedere. Da una parte abbiamo i capi di Stato che in campagna elettorale sono fortemente europeisti e spingono affinché tutto ciò esista, affinché ci si uniformi in una sola bandiera, ma poi i processi di unificazione incontrano problemi e contrasti non di poco conto.

Forse siamo vicini come confini ma abbiamo troppe differenze economiche, troppe differenze culturali che pongono le loro radici nei secoli e nella storia e interessi nazionali più o meno giusti da difendere e tutelare. E poi ci sono di mezzo quei poteri di interessi, le lobby varie e la globalizzazione con la sua avidità che penetra così facilmente i cuori di chi dovrebbe far politica in modo più giusto, tutelando i deboli e la solidarietà, delegato da un così alto onore di rappresentanza di eletto dal popolo.

Insomma in questa piccola battaglia di principio tra il Parlamento e il Consiglio, si nasconde il motivo dell'insuccesso di questa Istituzione, le troppe differenze e la forzatura applicata senza tener conto del danno che provoca verso chi da fuori sogna una vera Unione dei popoli, nel nome della fratellanza, della solidarietà e della sostenibilità.

Patricija Šulin (PPE). - Predsedujoči, hvala za besedo. Novi časi sicer postavljajo pred nas nove izzive, vendar zahtevajo predpisane pristope pri potrjevanju razrešnice. Transparentnost našega delovanja je zelo pomembna, kajti le tako bomo pridobili večje zaupanje državljanov v Evropsko unijo.

Evropski parlament, Svet in Komisija so sklenili tudi medinstitucionalni sporazum o proračunski disciplini, sodelovanju v proračunskih zadevah in dobrem finančnem poslovanju. Sporazum je tako zavezujoč za vse institucije. Sedaj pa smo pred problemom, ko Računsko sodišče že več let zapored ugotavlja, da Svet ne podaja dodatnih odgovorov na priporočila Računskega sodišča. Ponovno smo pred situacijo, ko nas Svet še vedno ni obvestil in pripravil pisnega pojasnila o porabi proračunskih sredstev za nakup stavbe „Residence Palace“. Prav tako ni pojasnil, kakšni bodo ukrepi, ki se bodo izvajali med gradnjo stavbe Evropa, ter ni pripravil podrobnejšega prikazila doslej nastalih stroškov in drugih finančnih izkazov v zvezi s tem.

To so le nekateri primeri, ki nazorno dokazujejo, da Svet ne sodeluje in ne upošteva mnenj in zahtev Računskega sodišča in Evropskega parlamenta. Zaradi te situacije državljanom Unije ne dajemo dobrega signala. Parlament je zavrnil razrešnico že za leto 2009, 2010 in 2011 ter sedaj ponovno zaradi več ali manj istih vzrokov, ki so bili tukaj večkrat pojasnjeni, zavračamo podelitev razrešnice generalnemu sekretarju Sveta glede izvrševanja proračuna Sveta za proračunsko leto 2012.

Svet mora s sredstvi ravnati v duhu dobrega gospodarja in mogoče tudi tako ravna, toda nad porabo teh sredstev se mora izvrševati nadzor. Tega se Svet mora zavedati in zato mora začeti sodelovati. Dolžni smo ugotoviti vsa dejstva, ki so pomembna za sprejem pravilne odločitve v zvezi z razrešnico, zato moramo pred tem z enako skrbnostjo ugotoviti, ali Svet sredstva res pravilno porablja, Svet pa nam mora dati resnične, pravilne in popolne podatke. Vendar Svet pri tem ne sodeluje. Kot kaže, nimamo v rokah pravih instrumentov, s katerimi bi Svet spodbudili k sodelovanju, da nam vse, kar zahtevamo, predloži in pojasni. Delovanje vseh institucij, ponovno poudarjam, mora biti pregledno, toda med njimi mora potekati tudi nemoteno sodelovanje.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Karin Kadenbach (S&D). - Herr Präsident, Herr Vorsitzender! Ich möchte jetzt wieder zu den Agenturen zurückkehren. Die Agenturen sind von den EU-Institutionen rechtlich getrennte, eigenständige Rechtspersonen, die eingerichtet wurden, um bestimmte Aufgaben im Rahmen des EU-Rechts wahrzunehmen. GEREK, das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation, gehört zu den dezentralen Agenturen, die die Aufgaben im Bereich Technik, Wissenschaft und Verwaltung wahrnehmen und die EU-Institutionen bei der Durchführung politischer Maßnahmen unterstützen. Dadurch fördern sie die Bündelung des in EU-Institutionen und nationalen Behörden vorhandenen Fach- und Expertenwissens, die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Regierungen der EU-Länder. Die dezentralen Agenturen werden auf unbestimmte Zeit in den verschiedenen Ländern eingerichtet.

Der Großteil der Agenturen wurde von uns im Frühjahr dieses Jahres entlastet – bis auf GEREK. Wie heute schon ausgeführt wurde, lag es nicht daran, dass es hier grobe Fehler gegeben hätte, sondern es gab eine Reihe von kleinen Ungereimtheiten bzw. von Versäumnissen, deren Klärung Zeit in Anspruch genommen hat. Ich glaube, das gilt es einmal festzuhalten: Ungenauigkeiten bei der Budgetüberwachung, Verbesserungsbedarf bei der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der Vergabeverfahren, mangelnde Information über die Politik bei Interessenskonflikten, fehlende Transparenz bei Erklärungen der finanziellen Interessen etc.

GEREK hat natürlich die Möglichkeit bekommen, zu all diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Das haben sie getan, und wir haben im Juli einen Officebericht erhalten, und der zeigt, dass der Großteil dieser Vorwürfe behoben wurde und es hier in Zukunft Verbesserungen geben wird. Wir sind daher der Meinung, dass nach dem vorliegenden Bericht GEREK die Entlastung erteilt werden müsste.

Ich muss heute auch sagen, ich möchte mich für die Zusammenarbeit mit den Agenturen, aber auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof, den Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken. Ich glaube, auf diese Art und Weise können wir sicherstellen, dass die Steuermittel der europäischen Steuerzahler hier sinnvoll und effizient und nutzbringend eingesetzt werden.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). - Hr. formand! For en gangs skyld er det jo en fornøjelse at stå her i salen og skulle tale om åbenhed og transparens! Fordi når det kommer til de andre EU-institutioner, kan dette parlament åbenbart godt finde ud at stille krav, være hårde i filten og kræve handling nu. Og jeg er da sådan set glad og støtter mine kollegaers bestræbelser på at få Rådet til at fremlægge de oplysninger, som de bør. Jeg synes bare, man skal være lidt mere gennemgående i sin holdning til åbenhed og transparens. Derfor vil jeg som medlem af en gruppe, der går ind for en gennemgående reform af den måde, vi kan håndtere Den Europæiske Union på, kæmpe for, at vi også vil huske transparens og åbenhed, når det kommer til centrale lobbyistregistre, når det kommer til at sikre, at der f.eks. er dissens ved EU-domstolen, og når det kommer til at sikre større åbenhed om afstemningerne her i Parlamentet. Men det har da været en opløftende oplevelse at høre de få kollegaer, der er til stede her i dag, – vi er vel kun en ti stykker tilbage i salen – og jeg vil holde jer oppe på disse ting, når vi kommer til Parlamentet selv. Når man peger en finger mod andre, vender der typisk fem tilbage mod en selv her i Parlamentet!

Paul Rübzig (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte mich auch beim Rat sehr herzlich bedanken, weil das konstruktive Angebot, gemeinsam eine Entlastung zu erreichen, für uns alle sehr wichtig ist. In der europäischen Öffentlichkeit geht es heute nicht mehr an, dass eine Entlastung nicht erteilt wird. Deshalb geht es darum, Alternativen zu entwickeln, wie man diese Entlastung tatsächlich erreichen kann. Wir erkennen auch das Prinzip der Gewaltenteilung an, und wir wissen, dass der Europäische Rechnungshof sehr wohl sehr gründlich prüft. Deshalb steht die Verwendung der Mittel für uns im Mittelpunkt, um gegenüber dem Bürger dementsprechend transparent zu sein.

Wir haben bei GEREK natürlich auch gesehen, dass das Europäische Parlament sich auch um Probleme kümmert und hier nicht als Strafbehörde auftreten will, sondern uns geht es darum, dass man gemeinsam lernt, dass man verbessert und dass man Anreize schafft, damit die europäische Öffentlichkeit erkennt, dass hier gut gearbeitet wird, dass transparent gearbeitet wird und dass nachvollzogen werden kann, was entschieden wurde.

Deshalb geht es auch darum, dass man bei der Gebäudepolitik langfristig strategisch versucht, Fehler, die früher gemacht wurden, zu vermeiden. Hier steht das Parlament natürlich gerne zur Verfügung, im Bereich Gebäudepolitik in Zusammenarbeit zwischen den Institutionen neue Schritte zu setzen. Wir nehmen gerne den Vorschlag des Rates auf, ernsthaft zu versuchen, so wie es bei GEREK gelungen ist, auch dem Rat die Entlastung zu erteilen.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

Bogusław Liberadzki (S&D). - Panie Przewodniczący! Chciałem bardzo wyraźnie podkreślić, że debatujemy nad bardzo dobrym sprawozdaniem przygotowanym przez bardzo dobrego posła – Panie Deutsch, bardzo dziękuję za to.

W sprawozdaniu możemy wyczytać, jakie są podstawy prawne, w oparciu o które Parlament Europejski ma prawo, a nawet obowiązek, zwracać się do Rady o dostarczenie stosownych dokumentów do debaty i ewentualnie udzielenia absolutorium. W sprawozdaniu wyraźnie pokazano, czego zabrakło, i dlatego z jednej strony z zadowoleniem przyjmuję złożoną dzisiaj deklarację prezydencji włoskiej, ale ja nie tak dawno słyszałem to od prezydencji greckiej. To znaczy, że Wy jako prezydencja Panowie nie macie tam dużo do powiedzenia, tam ktoś inny rządzi. Natomiast popatrzmy na to, co jest ważne z naszego punktu widzenia, mianowicie mówimy o pieniądzach publicznych. Obywatele, podatnicy, ludzie mają prawo wiedzieć, w jaki sposób wydaje się pieniądze i tu w Parlamencie, i w Komisji, i w Radzie i z tego tytułu Rada nie może być wyjęta spod tej ogólnej zasady. To jest kwestia jakości naszej Unii i na tej podstawie zgodnie z wnioskiem posła sprawozdawcy odmowa udzielenia absolutorium jest uzasadniona, choć jaka jest wartość prawna tego, to jest już zupełnie osobna sprawa i być może to powinno być tematem do naszych rozważań na przyszłość.

Διαδικασία «catch the eye»

Νότης Μαρτιάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, τα θεσμικά όργανα της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να λειτουργούν με διαφάνεια και να λογοδοτούν στους πολίτες. Αυτό ισχύει και για το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και το Συμβούλιο, που νομίζουν ότι είναι υπεράνω ελέγχων. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει την εξουσία χορήγησης απαλλαγής στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο. Στην έκθεσή του ο συνάδελφος Tamás Deutsch καταγράφει συγκεκριμένες παρατηρήσεις και αναφέρεται στην τεκμηριωμένη γνώμη του Ελεγκτικού Συνεδρίου για τις παραλείψεις του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου. Ενός Ευρωπαϊκού Συμβουλίου που με κάθε ευκαιρία κουνάει το δάχτυλο στους λαούς και τους επιπλήττει. Νομίζει λοιπόν το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο ότι μπορεί να κάνει ό,τι θέλει. Αρνείται τον έλεγχο για τον πακτωλό των χρημάτων που δαπανήθηκαν στο κτήριο 'Ευρώπη' και στο 'Residence Palace'. Κύριε Πρόεδρε, κανείς δεν είναι υπεράνω ελέγχου. Διαφάνεια παντού και σε όλα. Καμία απαλλαγή στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και στο Συμβούλιο για την εκτέλεση του προϋπολογισμού 2012.

Τέλος διαδικασίας «catch the eye»

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, ho ascoltato con molta attenzione gli interventi. Se c'è una volontà politica di trovare un «modus vivendi» tra il Parlamento e il Consiglio, allora saremo in grado di trovare le soluzioni. In quest'ottica le nostre due istituzioni dovrebbero evitare di contrastarsi. Il Consiglio agisce in buona fede e non ha dubbi che il Parlamento stia facendo lo stesso.

Contrasti interistituzionali non sono utili per obiettivi comuni e per l'agenda europea in generale. Siamo tutti interessati alla sana gestione finanziaria e alla responsabilità pubblica delle istituzioni dell'Unione europea. Questo, credo, è ciò che i cittadini si aspettano da noi.

Vi ringrazio ancora per l'opportunità di intervenire in questa discussione.

Grazie per l'attenzione.

Petri Sarvamaa, rapporteur. - Mr President, while not in any way overlooking the importance of the Council discharge, I will still concentrate on the agencies because that was my role in the procedure this time.

The European Union agencies have an extremely important role to play. They impact directly on the daily lives of our citizens and they perform important tasks. They perform technical, scientific and supervisory tasks helping the Union institutions.

But even more important, from the budgetary control perspective, is that these agencies, which now number over thirty, function properly and efficiently. In order for this to happen the agencies should seek and deploy best practices. The combined budgetary impact of the decentralised EU agencies is almost EUR 1 billion per year. So the efficient and prudent operation of these agencies is not irrelevant at all to EU taxpayers.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

And it is not just budgetary discipline and solid planning that we in the Committee on Budgetary Control are interested in. It is about potential conflicts of interest; it is about procurement and contract management; it is about lack of transparency and rigour in recruitment. It is also about excessively high carry-overs and troubles in verifying grant transactions.

To sum it up, this is about looking after the EU taxpayers' money, seeing too that our common resources are used wisely. It is all this that makes the discharge process really important for all of us. And it is that which makes me so happy tonight to conclude this debate on my behalf by noting that this particular agency, BEREC, now deserves our discharge.

Last, but certainly not least, I am really happy and satisfied to see the Council here in this Chamber tonight.

Tamás Deutsch, előadó. - Tisztelt Elnök úr, kedves Képviselőtársaim! Mindenekelőtt szeretném megköszönni kollégáim támogatását, értékes gondolatait most a plenáris ülésen elhangzottak szempontjából, illetve korábban a költségvetési szakbizottságban végzett közös munkát illetően is. Azt gondolom, az a meggyőződésem, hogy a jelenlegi állapot, az, hogy az Európai Unió két alapvető intézménye, az Európai Parlament, illetve a Tanács, az Európai Tanács nem tud megállapodni a zárszámadási eljárás menetéről, ez szegénységi bizonyítvány mindkét intézmény szempontjából, és ahogy sokszor szoktunk fogalmazni, rendkívül rossz üzenet az európai polgárok felé. A jelenlegi állapot kimozdítása erről a holtpontról a párbeszéd elindítása, illetve egy olyan megállapodás kidolgozása, amely végre megoldhatja ezt a helyzetet, ez azt gondolom, az előttünk álló parlamenti ciklus egyik legfontosabb feladata számunkra, európai parlamenti képviselők számára.

Ahogy ezt Liberadzki képviselő úr is mondta, többször hangzott már el a Tanács képviselőitől bizakodásra okot adó javaslat, most is ilyennek tekintjük az olasz soros elnökség mai ülésén elhangzott javaslatát, ennek a hitelességét az előttünk álló hetek, hónapok érdemi tárgyalásai és reményeink szerint a megállapodás fogja megadni. A jelenlegi helyzetben azonban egyetlen eszközünk van, egyetlen eszköze van a Parlamentnek, mégpedig az, hogy a mentesítést most véglegesen elutasítjuk, azaz a vonatkozó második zárszámadási jelentésben a 2012-es pénzügyi évre vonatkozó tanácsi mentesítés megadásának elutasítását javaslom a holnapi zárószavazáskor.

Πρόεδρος.- Η κοινή συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο Πέμπτη 23 Οκτωβρίου 2014.

Η επόμενη συνεδρίαση θα διεξαχθεί αύριο Πέμπτη 23 Οκτωβρίου 2014 από τις 10.00 έως τις 14.00.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Tomáš Zdechovský (PPE), písomně. – Vážení kolegové, dle mého názoru bylo absolutorium pro BEREC na jaře 2014 odloženo oprávněně, jelikož zde byly jasné výhrady vůči špatné implementaci projektů, střetu zájmů a transparentnosti a vůči nedostatkům v oblasti tendrů a naboru. Nicméně, BEREC jasně prokázal, že je ochotný naše výtky přijmout a transformovat je v pozitivní výsledky. Díky tomu mohou doporučit, aby mu bylo absolutorium uděleno. Je potřeba pokračovat v tlaku na tuto agenturu, aby dále vylepšovala kritizované oblasti (finanční převody, nízká transparentnost, vysoký střet zájmů). Rada je naopak nejméně transparentním orgánem, který setrvale odmítá kooperaci s Parlamentem. Parlament musí dát jasně najevo svou nespokojenost se stavem spolupráce a komunikace s tímto orgánem a musí odmítnout udělení absolutoria. Zástupci Rady se neúčastní jednání výboru CONT a neodpovídají na naše otázky. To je nepřijatelné a naprosto to podkopává legitimitu tohoto orgánu! Nelze trpět netransparentní výdaje unijních prostředků, nad kterými není dozor. Rada soustavně dělá chyby v oblasti veřejných zakázek a Parlament nemá nad tímto kontrolu. Každý evropský orgán je zodpovědný svým občanům a podléhá jejich kontrole a Rada není v žádném případě výjimkou a neměla by sama sebe stavět do nadřazené role! Proto má povinnost spolupracovat v duchu transparentnosti s reprezentantem občanů EU, s Evropským parlamentem.

Mittwoch, 22. Oktober 2014

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung

21. Schluss der Sitzung

Η συνεδρίαση λήγει στις 22.05

Donnerstag, 23. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. OKTOBER 2014

(2022/C 373/04)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	473
2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	473
3. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	473
4. Ausführungen von einer Minute (Artikel 163 GO)	473
5. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll: siehe Protokoll	480
6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	480
6.1. Auflösung von Memorial (Träger des Sacharow-Preises 2009) in Russland	480
6.2. Menschenrechte in Usbekistan	485
6.3. Verschwinden von 43 Lehramtsstudenten in Mexiko	491
7. Abstimmungsstunde	497
7.1. Auflösung von Memorial (Träger des Sacharow-Preises 2009) in Russland (RC-B8-0164/2014, B8-0164/2014, B8-0165/2014, B8-0168/2014, B8-0169/2014, B8-0170/2014, B8-0172/2014) (Abstimmung)	497
7.2. Menschenrechte in Usbekistan (RC-B8-0166/2014, B8-0166/2014, B8-0173/2014, B8-0174/2014, B8-0176/2014, B8-0178/2014, B8-0179/2014) (Abstimmung)	497
7.3. Verschwinden von 43 Lehramtsstudenten in Mexiko (RC-B8-0161/2014, RC-B8-0167/2014, B8-0167/2014, B8-0171/2014, B8-0175/2014, B8-0177/2014, B8-0161/2014, B8-0163/2014) (Abstimmung)	497
7.4. Zölle auf Waren mit Ursprung in der Ukraine (A8-0021/2014 — Gabrielius Landsbergis) (Abstimmung)	498
7.5. Entlastung 2012: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (A8-0011/2014 — Petri Sarvamaa) (Abstimmung)	498
7.6. Entlastung 2012: Europäischer Rat und Rat (A8-0010/2014 — Tamás Deutsch) (Abstimmung) ..	498
7.7. Von der Europäischen Binnenschiffahrtsunion (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossene Europäische Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschiffahrt (B8-0149/2014) (Abstimmung)	498
8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	499
9. Stimmerklärungen	499
9.1. Zölle auf Waren mit Ursprung in der Ukraine (A8-0021/2014 — Gabrielius Landsbergis)	499

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Inhalt	Seite
9.2. Entlastung 2012: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (A8-0011/2014 — Petri Sarvamaa)	512
9.3. Entlastung 2012: Europäischer Rat und Rat (A8-0010/2014 — Tamás Deutsch)	520
9.4. Von der Europäischen Binnenschiffahrtsunion (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossene Europäische Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschiffahrt (B8-0149/2014)	528
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	536
11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	536
12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	536
13. Unterbrechung der Sitzungsperiode	536

Donnerstag, 23. Oktober 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. OKTOBER 2014**PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME***Vice-présidente***1. Eröffnung der Sitzung***(La séance est ouverte à 10 heures)***2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll****3. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll****4. Ausführungen von einer Minute (Artikel 163 GO)**

La Présidente. - L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute sur des questions politiques importantes (article 163 du règlement).

Ivan Štefanec (PPE) - Upokojenie situácie na Ukrajine považujem naozaj za prioritu nielen za Slovensko, krajinu, odkiaľ pochádzam, ale aj pre celú Európsku úniu. Mier na európskom kontinente nebol ohrozený od konca druhej svetovej vojny tak, ako je ohrozený dnes. Kým výsledkom ruskej okupácie a intervencie je chaos, ničenie a utrpenie ľudí, naše aktivity smerujú k upokojeniu, stabilite a rozvoju. Ani dnes nie je situácia jednoduchá a treba pomenovať jasne fakty, treba vidieť skutočnosť, že aj dnes trpia a zomierajú ľudia. Preto je potrebné urobiť všetko pre mierové riešenie tohto konfliktu, ktoré je možné len pri zachovaní územnej celistvosti krajiny a úplného odchodu ruských vojakov z celého územia Ukrajiny. Verím, že aj blížiacie sa parlamentné voľby prispejú k upokojeniu situácie pre bezpečnosť, mier a prosperitu ľudí nielen na Ukrajine, ale v celej Európskej únii.

José Blanco López (S&D). - Señora Presidenta, la ciudadanía europea necesita volver a creer en Europa y eso solo será posible si revertimos la situación y generamos confianza, crecimiento y empleo. La ciudadanía europea está agotada de tanta austeridad, de tantos recortes y de un crecimiento exponencial de la desigualdad.

No basta con anunciar planes para reindustrializar Europa: hay que llevarlos a cabo con dinero «fresco», con dinero real, con dinero adicional.

Hay que impulsar la construcción de infraestructuras de transporte y de energía, y revitalizar la apuesta por las industrias innovadoras; hay que desbloquear el crédito para que las pequeñas y medianas empresas puedan respirar, puedan invertir, puedan generar actividad económica y, en consecuencia, empleo, algo especialmente importante para países como España y para regiones como la mía —Galicia—, aquejada de una grave crisis económica y demográfica, y que necesita de ese empujón europeo para retomar la senda de la convergencia.

Ayer ratificamos la Comisión: es necesario que se ponga manos a la obra sin dilaciones y sin excusas.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Jiří Pospíšil (PPE). - Paní předsedající, chtěl bych využít této příležitosti a upozornit na vývoj, ke kterému došlo v České republice v oblasti ochrany spotřebitele na poli telekomunikačního trhu.

Parlament v ČR přijal novelu zákona o elektronických komunikacích, na základě které dojde ke zhoršení postavení účastníků smlouvy, a to jak spotřebitelů, živnostníků, tak také drobných podnikatelů. Za nejzávažnější osobně považuji to, že bude narušeno oprávnění všech zákazníků odstoupit od účastnické smlouvy v situaci, kdy operátor jednostranně změní podstatné náležitosti smlouvy. Tyto náležitosti bude do budoucna určovat operátor, nikoliv zákon.

Proč to říkám? Dle řady odborníků takováto právní úprava může být v rozporu s obsahem směrnice o univerzální službě. Považoval jsem proto za vhodné na tuto otázku upozornit zde na půdě Evropského parlamentu a současně chci konstatovat, že se obrátím s písemnou otázkou na Komisi tak, aby bylo řečeno, zda je či není úprava v rozporu se směrnicí.

Caterina Chinnici (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vengo dall'Italia, in particolare da un collegio, che accomuna Sicilia e Sardegna, in cui il tasso di disoccupazione giovanile è arrivato a sfiorare il 60% a fronte di un già alto tasso nazionale del 44%, con drammatiche conseguenze umane ed economiche.

Nel giugno del 2013, il Consiglio aveva statuito che l'Unione europea avrebbe mobilitato tutti gli strumenti disponibili a sostegno dell'occupazione giovanile. Allora è per me inevitabile chiedermi e chiedere a questo Parlamento, alla Commissione, al Consiglio, se l'assenza di risultati sia dovuto al fatto che non sono stati realmente mobilitati tutti gli strumenti disponibili oppure al fatto che tali strumenti, pure se pienamente utilizzati, non sono sufficienti?

Far fronte alla disoccupazione in Europa deve essere la priorità per i prossimi anni, sia per gli Stati, sia per le istituzioni europee che hanno il compito di tracciare la linea per la ripresa economica, anche concedendo flessibilità ai paesi membri. Mi auguro infine che 300 miliardi annunciati da Juncker vengano utilizzati per l'occupazione.

Ангел Джамбазки (ECR). - Остро възразявам срещу недопустимата и противоправна намеса на Република Турция във вътрешните работи на Република България – суверенна държава, член на Европейския съюз. Вече повече от 20 г. Република Турция се намесва в нашите вътрешни работи, като организира на своя територия избори в противоречие с българския изборен закон, в противоречие с всички добри практики, добри норми и добри нрави. Тази ситуация се влоши още повече с избирането на президента Реджеп Таип Ердоган, който не крие своите неоосмански амбиции за възстановяване на Османската империя. След тези избори, на последните проведени в България през миналия месец, повече от 60 000 гласа бяха организирани от Република Турция, в нарушение на нашия изборителен закон, и промениха изборния резултат в редица български градове, което предизвика протести в Габрово, в Дупница, в Кюстендил и в други градове. Тази практика, както и подкрепата на Ердоган за Ислямска държава, показват неевропейския характер на Турция и показват, че тази държава няма място в Европейския съюз.

Yana Toom (ALDE). - Madam President, I will also speak about the severe humanitarian crisis in Ukraine.

Firstly, Ukraine faces an energy crisis. In numerous Ukrainian cities, including Kiev, there is no hot-water supply and central heating may not work properly during the coming winter. The prices of utility services, including water, are rapidly increasing and people will be unable to pay bills.

Secondly, there are the consequences of the armed conflict. There are several hundred internally-displaced persons. Some of them have no income and appropriate housing. Their access to social and medical assistance is limited. In some parts of eastern Ukraine, the local infrastructure has been destroyed. We can expect a serious shortage of food, and of food at an affordable price.

Thirdly, the general efficiency of the Ukrainian state apparatus is hindered by large-scale corruption and inflated bureaucracy. The humanitarian situation in Ukraine must be urgently addressed, in particular in the light of the EU-Ukraine Association Agreement. However, any assistance has to be provided under scrutiny and with the technical assistance of the European institutions, while the Ukrainian authorities prove to be inefficient in providing assistance to internally-displaced persons.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, στη νότια Ευρώπη, ελέω μνημονίων, προωθείται η πολιτική των μαζικών εκποιήσεων. Το ίδιο και στην Κύπρο. Η τρόικα μαζί με την κυπριακή κυβέρνηση προσπαθούν να επιβάλουν στον κυπριακό λαό μια νομοθεσία, η οποία θα οδηγήσει σε μαζικές κατασχέσεις πολύ μικρών κατοικιών και επαγγελματικών στεγών, οδηγώντας έτσι στη διάλυση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων και στη δημιουργία μιας κοινωνίας αστέγων.

Εμείς πιστεύουμε πως ο νόμος για τις εκποιήσεις πρέπει να στοχεύει στους μεγαλο-οφειλέτες, αλλά και να προστατεύει τις ευάλωτες οικογένειες και τις μικρές επιχειρήσεις. Με παρεμβάσεις τις οποίες επέφερε στο κυβερνητικό νομοσχέδιο η πλειοψηφία των κομμάτων στην κυπριακή βουλή κατορθώσαμε να προστατεύσουμε την μικρή επαγγελματική στέγη και την κύρια κατοικία.

Όμως, τρόικα και κυβέρνηση εμμένουν στις δικές τους αξιώσεις. Εκβιάζουν ότι αν δεν δεχτούμε αυτά που έχουν συμφωνήσει τότε η δόση του Ευρωπαϊκού Μηχανισμού Σταθερότητας δεν θα εκταμειωθεί. Εκβιάζοντας, επιδιώκουν το ανθρώπινο δικαίωμα της στέγης να θυσιαστεί στο βωμό της, δήθεν, τραπεζικής εξυγίανσης των βάρβαρων μνημονιακών πολιτικών λιτότητας. Απαιτούμε να τερματιστεί η αναληθσία, ζητούμε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να ανταποκριθεί στο ρόλο του.

Davor Škrlec - Gospođo potpredsjednice, ovim govorom želim ukazati na vrlo važan problem u Hrvatskoj, problem koji stvara ozbiljne i teške posljedice na okoliš i zdravlje građana. Odgovornost za ovu neizdrživu situaciju nalazi se u rafineriji u Bosanskom brodu u Bosni i Hercegovini.

Građanke i građani Slavenskog broda svakodnevno su žrtve prekograničnog zagađenja zraka spomenute rafinerije u vlasništvu ruske kompanije Zarubežnjeft. Mjerna stanica u Slavanskom brodu bilježi visoke koncentracije nekoliko onečišćujućih tvari koje dovode u rizik zdravlje građana istočnog dijela Hrvatske i zagađuju njezin okoliš. S obzirom da Bosna i Hercegovina još uvijek nije ratificirala sporazum s Europskom unijom, smatram kako je politički pritisak jedini način djelovanja. Potrebna su konkretna rješenja.

Ključno je što prije smanjiti emisije onečišćujućih tvari koje traju već duže vrijeme. Jednakost svih građana EU i osiguravanje zdravog i održivog okoliša za zdrav i kvalitetan život svih građana treba biti vrhovna vrijednost europskih institucija ali i motivacija za snažnije i svrhovitije djelovanje u rješavanju ovog ozbiljnog europskog problema.

Giulia Moi (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, dagli anni '50 la Nato ha trasformato la Sardegna in una grande area di servizi bellici essenziali, in cui avvengono esercitazioni di ogni genere. Viene usata questa regione come deposito di carburante, come prove, come terreno dove esercitarsi e lasciare inquinamento. Hanno danneggiato il territorio e i siti archeologici che ne facevano parte. Hanno danneggiato irrimediabilmente nuraghi millenari, riconosciuti patrimonio dell'umanità dall'UNESCO.

Vi è inoltre un altissimo pericolo che questi poligoni sperimentali danneggino anche la salute umana. C'è il rischio di polveri sottili, torio, uranio 238 e il numero elevato di malformazioni e leucemia nel territorio è preoccupante. Quando avranno finito di sperimentare, sarà talmente inquinato che sarà impossibile viverci. Tutto questo rende non più praticabile la mappatura delle zone a rischio, un piano di bonifiche da adottare. Chiedo l'aiuto dell'Unione europea.

Marijana Petir (PPE). - Gospodine predsjedniče, na tržište Republike Hrvatske iz drugih zemalja, među njima su i zemlje Europske unije, dolazi hrana koja je znatno niže cijene, ali i znatno niže kvalitete od domaće hrane. Pod posebnim povećalom javnosti našlo se posljednjih dana svinjsko meso, koje zbog ruskog embarga ima na tržištu više nego inače, a koje je smrznuto skladišteno više godina, odmrzavano, prepakiravano i naknadno smrznavano.

Ono stiže na hrvatsko tržište bez navedenog datuma klanja, već je na njemu istaknut samo rok valjanosti koji se očigledno kod svakog novog smrzavanja i prepakiranja iznova utvrđuje. Ako znamo da sva relevantna istraživanja pokazuju da meso gubi kvalitetu ukoliko stoji duže od godinu dana smrznuto, može se reći da oni koji na hrvatsko tržište plasiraju meso staro i do 7 godina čine zločin spram potrošača koji to meso konzumiraju, a nemaju točnu informaciju što ustvari jedu.

Ako takvi proizvodi nisu dobri za stanovnike drugih članica Europske unije, onda nisu dobri ni za Hrvate, pa pozivam Europsku komisiju da takvoj nepoštenoj trgovačkoj praksi stane na kraj.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Момчил Неков (S&D). - В света на изкуството творците на невербални произведения – музика, скулптура, балет – общуват без прегради с публиката на всяка страна, независимо от езика в нея. Това не се отнася за авторите на литературни произведения, които е нужно да бъдат превеждани. Днес в европейските книжарници почти няма да видите книга на български, румънски, полски, унгарски автор. В Европейската комисия има отдел „Творческа Европа“, чрез който се финансира превод на книги от 15-20 творби, вместо единични творби. Когато бъде финансиран преводът, авторът получава равнопоставеност в мултиезиковата европейска територия.

Всеки книгоиздател, който е преценил, че една книга от автор в Европейския съюз си заслужава отпечатване и разпространение, трябва да получи директно финансиране от Европейския съюз за превода по опростена процедура, и аз призовавам Европейската комисия да възприеме този подход. Така ще дадем шанс на талантливата творба да пробие. Като автор на две книги знам, че верният критерий е преценката на издателя и читателя. По този начин няма да се дискриминират по-малките европейски езици, а Европейският съюз ще отхвърли езиковата дискриминация – една от последните на негова територия.

James Nicholson (ECR). - Madam President, on 7 October this year, JTI, the tobacco making company, announced the closure of its Lisnafillan factory in Ballymena, Co. Antrim, in Northern Ireland, with the loss of 900 jobs in that area – and that is only in the immediate factory, there are hundreds more jobs in SMEs, printers and haulage companies throughout the area.

That closure was caused by the actions and decisions made in Europe on the second tobacco products (TPD2) packaging directive. Those jobs have been closed. Let those who made those decisions go and tell those poor people in Ballymena today what their future is. How will they pay their mortgages, how will they bring up their families and how will they look to a future? I am certainly looking to Europe to come back in and help to do the best they can through the Globalisation Fund, to do all they can for the people of Ballymena.

Harald Vilimsky (NI). - Frau Präsidentin! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um uns allen die Problematik des Euro in unser Bewusstsein zu rufen. Diese gemeinsame Währung wurde ja geschaffen, um Wachstum, Stabilität und Prosperität über unseren Kontinent zu bringen. Heute manifestiert sich angesichts des Zahlenmaterials genau das Gegenteil. Die Schuldenstände der Staaten explodieren. Die Schulden der Privaten explodieren. Die Kaufkraft ist durch die Nullzinspolitik des Herrn Mario Draghi permanent im Schwinden. Wir haben de facto 0 % Leitzinsen und eine reale, eine wirkliche messbare Inflation von sicher jenseits der 5 %.

Viele Menschen können sich das Leben nicht mehr leisten. Sehen Sie etwa in den Bereich der Lebensmittel, der Gastronomie: Es geht sich hinten und vorne bei vielen Menschen nicht mehr aus.

Was wir jetzt dringend brauchen, ist, diese Versuchsreihe an Rettungen des Euro in dieser Art nicht mehr weiterzuführen, weil er uns immer mehr in die Krise hereingebracht hat. Eine Trennung in Nord- und Süd-Euro wäre ein Weg, um wieder Stabilität in unseren Kontinent hineinzubringen.

Andor Deli (PPE). - Aelnök asszony, a szolidaritási alappal kapcsolatban úgy vélem, hogy a támogatás elnyerésére jogosult tagországok, de különösen a támogatásra szintén jogosult tagjelölt országok vonatkozásában nagyobb flexibilitásra és a kifizetések felgyorsítására van szükség. Ez különösen igaz Szerbia esetében, melyet tavasszal súlyos árvíz sújtott, tovább fokozva az ország nehéz gazdasági helyzetét és energiatülszórását, miközben a régió országaiból talán a legpozitívabb országjelentést kapta az Európai Bizottságtól. Az EU hatékony és gyors támogatása erőt adhat Szerbia vezetőinek ahhoz, hogy ebben az érzékeny és összetett kül- és biztonságpolitikai helyzetben is kitarssanak az európai integráció és egy erős jogállam építésének útján. A béke és stabilitás megőrzése az EU kiemelt célja, ez Magyarország számára is különösen fontos, hiszen Szerbiában – mint az jól ismeretes – 250.000 magyar él, ezek közül egy pedig én vagyok.

Andi Cristea (S&D). - Madam President, in the past five years, the EU has helped broker a deal on Iran's nuclear weapons, Syria's dismantling of chemical weapons and Belgrade's dialogue with Pristina. Two years ago, the EU received the Nobel Peace Prize. I am proud of the EU and its role in the world. But today the political and security landscape has changed, and for the worse. Our success and our credibility in the world, and before our own citizens, rest in our ability to tackle challenges on our very doorstep. And we are being challenged in our own neighbourhood, both to the east and to the south.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Dear colleagues, the world has changed and the EU needs to have a strategy, a new European Security Strategy which clearly identifies objectives, instruments and partners. The new Vice-President/High Representative Mogherini has the determination and vision to lead the Union in the world. Before this House she acknowledged the importance of having this strategic, collective reflection. Let us not miss this opportunity. Our citizens and the world are watching.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). - Pani Przewodnicząca! Chciałbym zwrócić uwagę na fakt, że do tej pory do rolników w moim kraju, w Polsce, ze względu na unijną biurokratyczną mitręgę, nie trafiło ani jedno euro z tak szumnie zapowiadanych unijnych rekompensat związanych z rosyjskim embargiem na unijną żywność. Ze środków uruchomionych w tegorocznym budżecie skorzysta niestety tylko niewielka grupa rolników, w Polsce zaledwie kilka tysięcy. Niezbędne jest więc skonstruowanie przez Komisję nowych propozycji wyrównania przynajmniej części strat rolnikom, aby przyszłe rekompensaty trafiły do wszystkich dotkniętych rosyjskimi sankcjami. W tej sytuacji z ogromnym zaskoczeniem przyjąłem informację, że Komisja chce, aby w budżecie na 2015 rok blisko 350 milionów euro z tzw. rezerwy kryzysowej stworzonej w ramach WPR przeznaczyć na walkę z wirusem ebola. Moim zdaniem jest to pomysł nieodpowiedzialny, skoro wiemy, że w roku 2014 rekompensaty otrzymają tylko nieliczni rolnicy, a rosyjskie sankcje na unijną żywność zostaną podtrzymane także w 2015 roku.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). - Madam President, dear colleagues, regarding Catalonia, I would like to inform you and denounce certain intolerable facts happening over the last weeks. Following the will of the Catalan people to peacefully and democratically decide their political future, it has become commonplace for the Spanish establishment to compare the pro-independence movement with Nazism. This outrageous exercise of political criminalisation seems to have become a national sport in some Spanish media and political parties.

The Spanish Government's reaction has been non-existent. Nothing has been done to stop or condemn these attitudes. In this respect, the Spanish Government is not upholding the fundamental rights and values of the European Union, in particular those mentioned in Article 2 of the TEU. The Catalan people expect Europe to answer and react, condemning those who trivialise Nazism and violate fundamental European principles.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señora Presidenta, hoy quiero hablar de ELCOGAS, un proyecto que es ejemplo de desarrollo industrial. De un proyecto pionero en desarrollar tecnologías ecológicamente eficientes y aprovechar recursos locales para producir energía; de un proyecto que nació con ayuda europea y que hoy, cuando demuestra su viabilidad ambiental y económica, va a cerrar por la avaricia de las eléctricas y la inoperancia de los reguladores.

Hoy quiero denunciar la situación de ELCOGAS, de la que dependen más de 1 500 puestos de trabajo, directos e indirectos, en Puertollano, una región industrial española golpeada por un 34 % de desempleo. De una planta que va a cerrar y de la que Europa se desentiende.

Si de verdad nos importa el empleo, si de verdad nos importa la industria, si de verdad nos preocupan el desarrollo y la energía limpia —como ayer nos dijo esta nueva Comisión—, les emplazo a que trabajemos juntos para evitar que sean de nuevo los beneficios los que se impongan a las personas. No al cierre de ELCOGAS. ¡ELCOGAS no se cierra!

Benedek Jávorka (Verts/ALE). - Madam President, energy security is a cornerstone of the common European energy policy. While the risk of Russian gas dependency has been widely recognised, there has been much less discussion about nuclear investments. Furthermore, Russian energy companies are known to provide a means of influence for the Russian Government beyond mere business transactions. The Hungarian Government has agreed with Rosatom to build two new reactors and the Finnish Government has also taken a decision to cooperate with Rosatom on a new nuclear power plant.

These investments will strongly affect European energy security as they will strengthen the trap of technology dependency, link the European energy supply to a nuclear-fuel cycle largely dependent on Russian capacities, and make European energy supply more vulnerable through closer financial ties to the Russian State and companies' integral links to it. Europe should take urgent action to deal with Member State decisions that threaten Europe's energy security.

Diane Dodds (NI). - Madam President, two weeks ago in my constituency of Northern Ireland, 900 employees of JTI Ballymena were told that they were to lose their jobs. Make no mistakes about it: these redundancies are the direct result of the revised Tobacco Products Directive. The backdoor deals thrashed out around minimum pouch weights and pack sizes were illogical and deeply damaging. I warned Parliament that jobs would be lost and, sadly, too many ignored this or simply did not care.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

It would be perverse, therefore, for EU regional development funds to be used to attract these jobs to Eastern European economies. UK taxpayers already pay more into Europe than they get back out. They should not have to stand by while their own money is used to rob them of employment. These institutions, Madam President, must be in a state of readiness to help and aid the workers from JTI Ballymena.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). - Señora Presidenta, el crecimiento según nuestra Estrategia 2020 tiene que ser un crecimiento en los próximos años inteligente, sostenible e integrador. Y eso solamente va a ser posible si apostamos por sistemas educativos inclusivos, por políticas que garanticen el acceso generalizado a los centros ordinarios de todos los alumnos con necesidades especiales; que les garanticen la permanencia en estos centros en igualdad de condiciones con el resto; que garanticen también la calidad de la respuesta educativa que reciben y —cómo no— la promoción de todos ellos en las distintas etapas educativas.

Tienen que estar en el aula ordinaria: no puede ser que estén segregados alumnos con necesidades especiales y alumnos sin necesidades especiales. Tiene que ser algo muy excepcional la escolarización temporal no permanente de este tipo de alumnado.

Eso, sin duda, es apostar por la calidad educativa —no hay calidad educativa sin inclusión total— y es apostar por la educación en valores. Todos aportan algo: el que tiene una discapacidad, recibe el estímulo de sus compañeros; aquellos que no tienen una discapacidad, aprenden a ser tolerantes, el valor del respeto y de la tolerancia.

István Ujhelyi (S&D). - Elnök asszony, ezekben a percekben Magyarországon elkezdődtek az 1956-os magyar forradalomra emlékező állami ünnepek. Nemzeti ünnepünkön mégsem a békés európai demokráciát ünneplő hangulat jellemző, hanem a társadalmi kirekesztettség, a szegénységtől való félelem, az elkeseredettség Magyarországon a mindennapok miatt. Éppen ezért szeretném föl hívni egy általános európai problémára a figyelmet. Magyarországról is százezrek, az én korosztályomból közel hatszázezer fiatal vándorolt Nyugat-Európába, lábával szavazva a magyar gazdasági-szociális viszonyok miatt, és keresik a helyüket, keresik a saját új családalapítási lehetőségeiket. Nem fogom békén hagyni a Juncker-Bizottságot, minden héten fel fogom rá hívni a figyelmet, olyan kezdeményezések kellene, amelyek segítenek ezeknek a fiataloknak saját otthonukhoz visszatérni, ott folytatni az életüket. Én innen szeretném megköszönni Andor László biztosnak, az előző magyar biztosnak a munkáját az ifjúsági garancia program kapcsán, de kell, hogy legyen folytatás, hazaváró programra van szükség.

Bernd Lucke (ECR). - Frau Präsidentin! Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass in Deutschland die kleinen Kreditinstitute, die Sparkassen, die Raiffeisenkassen, die Genossenschaftsbanken gefährdet sind durch die Bankenunion, gefährdet sind durch den Aufsichtsmechanismus und durch den gemeinsamen Abwicklungsmechanismus. Dadurch wird ein wichtiges Element der regionalen Kreditversorgung für kleine und mittlere Unternehmen in Frage gestellt. Denn die Bankenaufsicht nimmt mit ihrem Übermaß an regulatorischen Vorschriften keine Rücksicht darauf, dass kleine Institute viel weniger geeignet sind, dem Rechnung zu tragen, was dort an Anforderungen an sie gestellt wird, als es bei großen Instituten der Fall ist.

Darüber hinaus gibt es eine große Bevorzugung systemisch wichtiger Kreditinstitute dadurch, dass es eine implizite *Bailout*-Garantie des Staates gibt, die die Refinanzierungsbedingungen für Großbanken gegenüber denen der kleinen Kreditinstitute erleichtert. Deshalb ist es unfair, dass die kleinen Kreditinstitute sich in derselben Art und Weise an dem Abwicklungsfonds beteiligen müssen wie die Großbanken. Ich appelliere deshalb an das Parlament, den kleinen Kreditinstituten entgegenzukommen.

György Hölvényi (PPE). - Elnök asszony, tisztelt Képviselőtársaim, az Iszlám Állam további előretörésével szemünk előtt folytatódik Irakban a 21. század elejének egyik legnagyobb politikai válsága. A török határ menti incidensek figyelmeztetnek, hogy a dzsihadista terjeszkedés elérte az euró-atlanti érdekszféra határát. Európa ma az üldözöttek egyik legnagyobb reménye. Mi Közép-Európában, Magyarországon 1956. óta tudjuk, mit jelent elszenvadni egy katonai agressziót. Ma Irakiak, köztük legnagyobb számban keresztények menekülnek és szenvednek vértanúságot. Nem szabad, hogy Európa politikai megfontolásokból újra passzív maradjon. Hamarosan közénk látogató Ferenc pápa e hét elején valós politikai elköteleződést kért a nemzetközi közösségtől. Mit tehet ma Európa? A vallási felekezethez tartozó segélyszervezetek példát mutatnak. Egyike közülük az „Aid to the Church in Need” eurómilliókat fordít a tél közeledtével szálláshelyek építésére. Ismétlem: Európa felelőssége nő, Európának ma életet kell mentenie, saját polgáraink is ezt várják tőlünk.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Viorica Dăncilă (S&D). - Doamnă Președintă, mulți vrem o Europă socială. Pentru asta avem nevoie de prețuri mici la produsele de susținere a agriculturii, la transport, la utilaje, totul pentru a putea induce pe întreg sectorul agricol competitivitate și un *output* corect în ceea ce înseamnă producția. Politicile de austeritate au adus României un TVA de 24 % pentru toate produsele alimentare. Scăderea TVA-ului la întreaga linie de producție de panificație cu 15 % a fost o măsură pozitivă. Prețul pâinii a scăzut cu peste 10 %, evaziunea fiscală a scăzut cu 20 % și producția a crescut cu același procent de 20 %. Am realizat economii de 136 milioane de euro în mai puțin de un an. Măsura și-a demonstrat beneficiile, atât pentru cetățeni, cât și pentru industria de profil. Astfel de măsuri sunt benefice pentru agricultura europeană. Cred că o analiză detaliată din partea Comisiei poate servi drept un argument concludent pentru o politică fiscală largită la nivelul Uniunii Europene.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, η υπερψήφιση της Επιτροπής Juncker είναι καλά νέα για την ελληνική οικονομία, γιατί ο κύριος Juncker έχει αποδείξει ότι είναι φιλέλληνας και έχει ενδιαφέρουσες ιδέες. Πρέπει, όμως, να κινηθούμε όλοι δυναμικά και αποτελεσματικά. Πρώτον, η κυβέρνηση της Ελλάδας πρέπει να γίνει πιο τολμηρή σε ό,τι αφορά τις μεταρρυθμίσεις. Δεύτερον, τα κόμματα της αντιπολίτευσης στην Ελλάδα πρέπει να σταματήσουν να λένε σε όλα 'όχι' - είναι χαρακτηριστικό ότι ήταν πιο αρνητικά στην υπόθεση του κυρίου Juncker από ό,τι οι πολιτικές τους ομάδες στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Τρίτον, πρέπει να υπάρξει το επενδυτικό πρόγραμμα Juncker των 300 δισ. ευρώ και τέταρτον, πρέπει να γίνει η ρύθμιση που έχει συμφωνηθεί για το ελληνικό δημόσιο χρέος μεταξύ της ευρωζώνης και της ελληνικής κυβέρνησης, μια ρύθμιση που θα μεταφέρει τις πληρωμές από 30 σε 50 χρόνια, έτσι ώστε να μπορέσει να αναπτυχθεί η ελληνική οικονομία, αλλά και να πάρουν, σε βάθος χρόνου, πίσω τα λεφτά τους οι ευρωπαίοι φορολογούμενοι που μας υποστήριξαν,

Paul Brannen (S&D). - Mr President, carbon capture and storage (CCS) can reduce the amount of CO2 in the atmosphere, thereby tackling climate change. CCS provides a medium-term future for gas and coal in Europe. CCS can capture carbon emissions from the production of steel, cement and fertiliser. CCS can provide jobs thereby pumping money into the European economy while at the same time pumping CO2 under the ground into safe storage. In this way we can buy the time we need to transition to renewable energy. I therefore strongly call on the Council meeting this week to make carbon capture and storage a vital, intrinsic and viable component of our new EU 2030 climate and energy action framework. Carbon capture and storage: capturing to store, storing to save, saving to prosper.

Seb Dance (S&D). - Madam President, in 1907 a farmer from Surrey named William Willets put forward a suggestion that is so simple, yet so effective, that it has since been copied in over 70 countries around the world, including in every single Member State of the European Union.

The simple act of putting the clocks forward one hour during the lighter months reduces energy consumption, increases tourism and leisure potential and reduces overall accident rates. Since 1996, the European Union has harmonised the times at which Member States have put their clocks forward and back in order to eliminate the many confusions that used to arise.

I believe we should extend this period from seven to eight months, as has happened in the US and Canada, in so doing replicating the benefits that I have described for more of the year and harmonising with North American time zones at a time when transatlantic trade is on the agenda. I have asked the Commission if it will look into this and I hope to secure support from Members should any proposals be forthcoming.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). - Κυρία Πρόεδρε, την 1η Νοεμβρίου του 2013 δύο νεαρά ελληνόπουλα, ο Γιώργος Φουντούλης και ο Μανόλης Καπελώνης, δολοφονήθηκαν άναδρα έξω από τα γραφεία του Λαϊκού Συνδέσμου Χρυσή Αυγή. Ο ένας απ' τους δύο, ήταν ο γιος μου, ο Γιώργος Φουντούλης. Την 1η Νοέμβρη συμπληρώνεται ένας χρόνος. Την ευθύνη ανέλαβαν ακροαριστεροί τρομοκράτες, οι οποίοι μέχρι σήμερα παραμένουν ασύλληπτοι. Η δολοφονία του παιδιού μου ήταν και ο λόγος που αποφάσισα να ασχοληθώ με την πολιτική και βρίσκομαι εδώ, ανάμεσά σας. Θέλω από όλους να καταδικάσουμε την τρομοκρατία από όπου κι αν προέρχεται και η 1η Νοέμβρη να γίνει πανευρωπαϊκή ημέρα κατά της τρομοκρατίας. Σας ευχαριστώ. Αθάνατοι!

La Présidente. - Ce point de l'ordre du jour est clos.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

5. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll: siehe Protokoll

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

6.1. Auflösung von Memorial (Träger des Sacharow-Preises 2009) in Russland

La Présidente. - L'ordre du jour appelle les débats sur des cas de violation des droits de l'homme, de la démocratie et de l'état de droit (article 135 du règlement), et tout d'abord le débat sur six propositions de résolution concernant la dissolution de l'ONG Memorial (prix Sakharov 2009) en Russie (2014/2903(RSP).

Charles Tannock, author. - Madam President, the Russian Justice Ministry's request to have the human and civil rights organisation Memorial closed down reflects just about all that is wrong with President Putin's Russia. Memorial works to promote democracy, the rule of law, human rights and civil society activism – all principles that are being eroded currently in Russia. On a more symbolic level, it works to inform the public of Russia's true history, exposing the terrible atrocities committed during the Stalinist Soviet era – a history that the political establishment more usually today glosses over and vaunts as a guiding light for the future of Russia.

As Ukraine moves closer to parliamentary elections, we see the chaos that reigns across the regions of Donetsk and Luhansk as a result of the practical implementation of that kind of dogma. Memorial is just one organisation in Russia, but iconically it represents the Russia that should be and its closure is extremely worrying to us in this House.

Russia has, with China and Saudi Arabia, recently drafted proposals to the ITU to give control of the Internet to national governments and away from ICANN as part of a crackdown on Net freedom. Fortunately the USA, a lover of freedom, is blocking this and rightly so as the Net, for all its faults, remains a forum for free expression by the victims of authoritarian regimes globally.

Jaromír Štětina, Autor. - Paní předsedající, ruská společnost pro obranu lidských práv Memorial a ukrajinské hnutí Majdan jsou dvě stránky jedné mince. Obě nesou výrazně protikomunistický a protisovětský charakter. Memorial od konce 80. let pomáhal bourat velké sovětské impérium. Požadoval dodržování lidských práv a nerozpakuji se říci, že bez Memorialu by pád Sovětského svazu nastal mnohem později. Majdan jasně deklaroval, že Ukrajinci nechtějí znovu strčit hlavu do chomoutu nového Sovětského svazu. Jak členové Memorialu, tak účastníci revoluce na Majdanu projeví statečnost a principiální odpor k režimu, který porušoval lidská práva takřka jedno století.

Víme dobře, dámy a pánové, že jsme my, kteří straníme Majdanu, svoji bitvu o Sacharovovu cenu pro Majdan v Evropském parlamentu prohráli. Dovolte mi připomenout slova jednoho z nejvýznačnějších ruských obránců lidských práv za poslední desetiletí, Sergeje Kovaljova: „Obrana lidských práv nemůže být vnitřní záležitostí žádného státu.“ Podpořme Memorial!

Tamás Meszerics, author. - Madam President, the facts of the case that this resolution speaks about are very clear. There is no point in reciting all the facts; we all know, those of us who sit here and who have been observing developments in Russia, that the actions by the Ministry of Justice and Putin's governments against Memorial are basically a petty, malicious and vindictive response to the activities of Memorial.

The problem Putin's government has with Memorial is not what it does, but what it stands for. What it stands for is the uncompromising and consistent denouncing of all the crimes of Stalinism, and it has been doing that since the 1980s.

Now, I was a student at that time and a few of my heroes were among the Memorial people who took enormous risks, personal risks, to commemorate the victims of Stalinism, some of whom are no longer with us. Memorial represents the continuity of that civilian courage, which Putin's government is very much against, and this is very clear.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

One more worrying sign is that, although this could be expected from Putin's Russia, we are seeing some of the Members in this assembly may for this very reason not be able actually to sign this joint resolution. That is something we need to reflect upon.

Marie-Christine Vergiat, *auteur*. - Madame la Présidente, s'il est un pays sur lequel le Parlement européen ne manque pas de résolutions d'urgence, c'est bien la Russie.

C'est vrai que la situation des droits de l'homme y est préoccupante, mais c'est bien pire dans nombre d'autres pays, sur lesquels il est difficile d'obtenir un débat. Je le regrette. Cela fait douze ans, par exemple, que nous n'avons pas eu de débat sur la situation en Érythrée.

Oui, Memorial est une association remarquable et un symbole de la répression des défenseurs des droits de l'homme en Russie. Perquisitions régulières, confiscation des archives par la police, arrestations, saccage des locaux et agressions physiques, tel est son lot quotidien, notamment depuis l'adoption de la loi relative aux agents de l'étranger. Triste vocabulaire. Aujourd'hui, elle est menacée de dissolution.

D'autres ONG connaissent le même sort, sommées de payer des amendes exorbitantes qui les contraignent souvent à se dissoudre.

J'ai signé cette résolution et je vais la voter. Mais je ne suis pas sûre que ce soit le meilleur moyen d'aider les défenseurs des droits de l'homme en Russie. M. Poutine n'est guère sensible à ce type de message. Tout au plus est-il capable de soigner son image, comme il l'a fait au moment des JO de Sotchi.

Josef Weidenholzer, *Verfasser*. - Frau Präsidentin! Die Nachricht, dass die russischen Behörden dabei sind, Memorial zu schließen, ist äußerst besorgniserregend, nicht nur, weil es sich dabei um eine Organisation handelt, die mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments ausgezeichnet wurde, und nicht nur, weil sich das in die Kette ähnlicher Maßnahmen einreihet.

Wie ein Land zu seiner Vergangenheit steht, sagt auch viel darüber aus, wie es seine Zukunft sieht. Der Stalinismus war ein unvorstellbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Daran gibt es nichts zu deuteln. Die rigorose Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit ist ein wichtiger Akt der politischen Hygiene. In den deutschsprachigen Ländern haben wir diese Erfahrung gemacht, und wir haben davon profitiert. Diese Erinnerungsarbeit hat den Boden dafür bereitet, dass die Werte der westlichen Demokratie für uns als unverrückbar gelten. Sich der Vergangenheit zu stellen, ist ein Zeichen von Stärke und eine Investition in die Zukunft.

Marietje Schaake, *author*. - Madam President, Putin's aggression towards his neighbours requires urgent attention, but must never overshadow the human rights situation in Russia itself. Civil society, journalists and opposition figures are all repressed and intimidated and the Russian people live in an unfree free society, although propaganda suggests otherwise. Laws systematically undermine freedoms and give authorities greater unchecked powers. The closing of Memorial is more than symbolic. Its founder, Andrei Sakharov, inspired the name of our human rights award which was given to Memorial in 2009. We urge the scheduled law suit against them of 13 November to be recalled and to revoke all conspiracy-theory-driven foreign agent laws against NGOs.

The Government of the Russian Federation should at the very least adhere to agreements it has itself made in the context of the Council of Europe, the OSCE, the European Court of Human Rights and, of course, its own constitution. We see a clear difference between ill-guided Kremlin policies and the population of Russia, and we support their aspiration for a just, democratic and free Russia.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! 2014 rok to powinien być czas jubileuszu Memoriału, mija bowiem dokładnie 25 lat od oficjalnej inauguracji działalności stowarzyszenia. Wiemy doskonale, że działalność rozpoczęła się wcześniej i dorobek tego stowarzyszenia jest wręcz imponujący. Przypomnę, że jest to dokumentowanie, upowszechnianie, działanie na rzecz praw obywatelskich i dobrej pamięci o ofiarach, a to musi budzić uznanie i szacunek.

Według mojej opinii najwięcej zawdzięcza Memoriałowi sama Rosja i szkoda, że Moskwa tego nie rozumie i nie dostrzega. Właśnie działalność takich instytucji tworzyło skromną, ale jednak istotną wiarygodność samego państwa rosyjskiego. Kompletnie niezrozumiałe są groźby zaniechania, utrudnienia czy wręcz likwidacji tak cennej działalności z tak cennym dorobkiem. Przypomnę, że dzisiejsza debata i propozycja rezolucji wynika także z przekonania, że działalność Memoriału obejmuje nie tylko sprawy rosyjskie, ale także wielu innych państw, a zwłaszcza społeczeństw i narodów. Nie przypadkiem oddziały, osoby czy wręcz dość autonomicznie działające instytucje działają także poza Rosją.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *w imieniu grupy S&D*. – Pani Przewodnicząca! Sytuacja wewnętrzna w Rosji niepokoi międzynarodową opinię publiczną. Coraz częściej dochodzi tam do prześladowań obrońców praw człowieka działających na rzecz obywateli. Stowarzyszenie Memoriał, uhonorowane nie tylko nagrodą Parlamentu Europejskiego im. Sacharowa, ale także nagrodą Pro Dignitate Humana przez polskie ministerstwo spraw zagranicznych, jest kolejną ofiarą rosyjskiej ustawy o tzw. agentach zagranicznych. Setki organizacji pozarządowych zostały poddane niezapowiedzianym inspekcjom, które blokowały ich prace, a dziesiątki z nich są obecnie uwikłane w procesy sądowe prowadzące do wygórowanych sankcji finansowych, a w niektórych przypadkach do zamknięcia ich działalności. W tym kontekście należy stanowczo potępić ograniczenie prawa do wolności zrzeszania się obywateli. Władze Federacji Rosyjskiej zgodnie z międzynarodowymi zobowiązaniami Rosji w zakresie przestrzegania praw człowieka powinny podjąć niezbędne działania w celu uchylecia ustawy o zagranicznych agentach, pozwalając tym samym organizacjom działającym na rzecz społeczeństwa obywatelskiego, w tym stowarzyszeniu Memoriał, na wykonywanie swojej pracy.

Anna Elżbieta Fotyga, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Putinowska Rosja rozwiązuje swoje sumienie – zainicjowany przez A. Sacharowa Memoriał, laureata Europejskiej Nagrody im. Sacharowa przyznawanej przez Parlament Europejski. To cios w rosyjską, antyputinowską opozycję. Dla Polski to pogorszenie szans na rzeczywiste pojednanie polsko-rosyjskie. To również kolejne wydarzenie utwierdzające stalinowski zwrot w polityce rosyjskiej po agresji na Gruzję i Ukrainę. Ta sytuacja wymaga naszej adekwatnej reakcji dyplomatycznej, finansowej, gospodarczej, ale również rewizji koncepcji partnerstwa. Nie może być tak, że Parlament Europejski staje się forum upokarzających wystąpień przedstawicieli rosyjskich, jak podczas rad PCC.

Ignazio Corrao (EFDD), *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Premio Sacharov per la libertà di pensiero è destinato ad onorare individui eccezionali che si contraddistinguono per la lotta al fanatismo e all'oppressione come Andrei Sacharov.

L'organizzazione per la difesa dei diritti umani russa, Memorial, che denuncia la repressione politica nei paesi dell'ex Unione Sovietica, ha vinto il premio nel 2009. Il ministero della Giustizia russo ha chiesto alla Corte Suprema la liquidazione della storica ONG, che lo scorso anno era stata candidata al Premio Nobel per la pace. Ufficialmente i motivi sono 'tecnici' e riguardano l'assetto organizzativo dell'organizzazione, ma queste sembrano scuse pretestuose e senza fondamento.

Memorial, infatti rischia oggi di dover chiudere in seguito alla legge sugli agenti stranieri, legge in base alla quale le ONG che ricevono finanziamenti dall'estero e sono attive nella sfera pubblica dovranno iscriversi su uno speciale registro, il registro degli agenti stranieri appunto, per essere autorizzate.

Memorial è appena finita nel mirino dell'emittente filogovernativa NTV che l'ha accusata di sostenere gli estremisti e i terroristi. Tutto ciò rappresenta un gravissimo attacco alla società civile. L'Unione europea non può restare in silenzio di fronte a queste azioni totalmente antidemocratiche.

Gianluca Buonanno (NI). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, a me sembra di vedere che il vostro incubo si chiama Vladimir Putin e mi sembra anche di capire che voi ragionate a secondo di dove posate il sedere. Perché allora non parliamo delle *cluster bomb* che l'Ucraina ha lanciato alle minoranze russe? Perché, ad esempio non diciamo che la politica estera dell'Europa, sostanzialmente la fa la Nato, non la fa l'Europa! Perché non diciamo che la Russia sta andando bene economicamente e l'Europa invece continua ad andare sempre peggio? Perché non diciamo che la disoccupazione in Europa è sempre peggiore, non c'è lavoro, le aziende chiudono, ci sono tanti fallimenti e invece in altre parti del mondo le cose funzionano meglio?

Io poi vorrei ricordare oggi che è il compleanno di un marò che sta in India, Salvatore Girone. Se invece di essere stato sequestrato dagli indiani, fosse stato sequestrato dalla Russia, sarebbe venuto fuori un casino qua dentro. E invece, siccome sono gli indiani, state zitti e muti, perché siete forti con i deboli e deboli con i forti! Questo è il vostro sistema! Io quindi vi dico che dovete avere più coraggio e non guardare a Putin come un nemico.

(L'oratore accetta di rispondere ad una domanda «cartellino blu» (Articolo 162, paragrafo 8 del regolamento))

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Haluan tarkistaa, että kuulinko oikein. Sanoitteko Te, että Venäjän taloudessa menee erittäin hyvin, ja olitteko Te sitä mieltä, että Euroopan parlamentin tulisi vaieta Venäjällä tapahtuneista ihmisoikeusrikkomuksista? Kuulinko oikein?

Gianluca Buonanno (NI), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Ha capito bene, sto dicendo proprio questo: che la Russia è un esempio per economia e sviluppo, l'Europa è l'esempio al contrario. Questo è quello che ho detto e questo è quello che ribadisco. Per me Putin è un grande leader, oggi l'Europa è vicina all'Africa anche per i clandestini, grazie a voi. E i diritti umani provate a chiedere con le *cluster bomb* che cosa hanno fatto gli ucraini con le minoranze russe. Quelli non sono diritti umani? Quelli non sono diritti umani, buttare le bombe contro gente indifesa, quelli non sono diritti umani. Vergogna!

Tunne Kelam (PPE). - Madam President, the request to shut down Russia's most respectable civil rights organisation could be seen as an attack against just one NGO. It could also be seen as suppressing human rights and civil society as a whole, because Memorial has collected information about millions of victims of Soviet totalitarian terror. There must be something that is irritating Mr Putin's regime. According to Orwell, he who controls the past can control the future, and he who controls the present – like Memorial – will control the past. Such action confirms only that the Russian Federation is not only the political but also the moral successor to the Soviet Empire, and that Kremlin rulers will see independent civil society as its most dangerous enemy. We should oppose such an approach and defend Memorial with all our forces.

Andi Cristea (S&D). - Madam President, in 2009 the European Parliament awarded the Sakharov Prize to Memorial for its contribution to the fight for human rights and democracy – core, non-negotiable values of the EU, and principles to which Russia, as a full member of the Council of Europe, the OECD and the UN, has committed itself.

This House is deeply concerned about the action of the Russian authorities against independent human rights organisations and civil society groups. We all understand their essential role in today's society and their universal value – no matter what the region, political system or culture. The time has come for the Moscow leadership to act responsibly and put an end to all acts of harassment, including at legal and judicial level, against Memorial and all other human rights defenders.

Only a genuine and constructive commitment to shared values and principles on the part of the Russian Federation, a commitment without ambiguities, can help to restore EU-Russia relations.

Interventions à la demande

Eduard Kukan (PPE) - Snaha ruského ministerstva spravodlivosti o znemožnenie fungovania jednej z najznámejších ľudsko-právnych organizácií v Rusku je smutným obrazom súčasného ruského režimu. Aparát štátnej moci, ktorý sa snaží ovládať spoločnosť a umlčať nezávislé organizácie, je krok smerom späť k totalite. Stav demokracie v Rusku je už dlhý čas problematický. Bez hlasu nezávislých občianskych organizácií nemá spoločnosť príležitosť vlastnej reflexie. Memoriál je práve symbolom reflexie, ktorú každá zdravá spoločnosť potrebuje. My v Európskom parlamente sme udelili tejto organizácii Sacharovovu cenu a máme povinnosť postaviť sa proti tomu, čo sa voči nemu deje. Použijeme k tomu našu politickú váhu a náš politický vplyv v jeho podpore a podpore hodnôt, za ktoré túto cenu udeľujeme.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). - Madam President, clearly the closing down of Memorial in Russia represents a threat to human rights, democratic values and liberties, civil rights and citizens' rights, and should be condemned by all democratic countries. At the same time we can see what is going on nowadays in Russia, with what I would call Russia's new imperial goals that are threatening our security in Europe. We have seen what happened with the seizing of the Crimean peninsula and what happened in eastern Ukraine and now we see that Russia has moved the challenge game to the Baltic Sea.

I think all these actions should be thoroughly condemned by the European Union countries.

At the same time, we have all seen that Union negotiations have failed to provide gas to Ukraine this winter, and Russia is again using this energy weapon to have an influence on next Sunday's elections in Ukraine.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Petras Auštrevičius (ALDE). - Madam President, this is a very sad moment for the country's remaining democracy; it is a shameful part of the Kremlin's policy and a grave reminder of the past history of Europe. Although we speak about one non-governmental organisation in Russia, the meaning is much broader. Our words reflect the deteriorating situation of political and civil rights in Russia. Sixty years ago, many in Europe were praising Stalin as a great leader. Now we hear, even in this House, many praising Putin as a great leader. Time will show, and I am sure that time will come very quickly.

Colleagues, we have all been shocked by pictures of burning books in Crimea. Those books were declared dangerous to the official policy line. Colleagues, the 1930s are back to Europe. Totalitarianism is banging on Europe's doors. Let us not be blind and deaf.

Indrek Tarand (Verts/ALE). - Madam President, I was very amused to hear Mr Buonanno's explanations and understanding of the prosperity of democracy in Russia. I am really scared if he thinks we should forget the organisation to which we gave the Sakharov Prize. I do believe that we must not limit ourselves today by merely adopting a resolution, but should also concentrate on follow-up activities. There are not many means in our hands, but if each one of us were, for instance, to send an e-mail to that great democrat, Mr Putin, that might annoy him a bit.

Andrzej Grzyb (PPE). - Pani Przewodnicząca! Na tej sali przyznawaliśmy Nagrodę im. Sacharowa Memoriałowi. Przyznawana od 25 lat nagroda nosi imię człowieka, który przyczynił się do powstania Memoriału. Jednocześnie wiemy, że dwa lata temu w Rosji przyjęto prawo o zagranicznych agentach. To nie był dobry dzień dla demokracji rosyjskiej, to prawo dotyka bowiem w chwili obecnej Memoriału, więc organizacja zasłużona jeszcze od czasów Związku Radzieckiego, która zajmuje się badaniami historycznymi, propagowaniem wiedzy o ofiarach represji sowieckich, w okresie stalinowskim i nie tylko, ochroną praw człowieka w krajach byłego Związku Radzieckiego, ale również w obecnej Rosji, ma zaprzestać swojego działania. Nie możemy milczeć, kiedy wiemy, że Rosja jest przecież sygnatariuszem Europejskiej Konwencji Praw Człowieka, czy zasad organizacji OBWE. Rosja powinna przestrzegać wspomnianych zasad i pozwolić Memoriałowi na funkcjonowanie.

Marek Jurek (ECR). - Pani Przewodnicząca! Parę tygodni temu na posiedzeniu komisji LIBE wzywałem goszczących u nas przedstawicieli Rady Europy do reakcji na prześladowanie Stowarzyszenia Memoriał, ponieważ atak na Memoriał to atak na pamięć, atak na prawdę historyczną. I ten atak potwierdza jasno neosowiecki charakter polityki Putina. Dobrze, że dzisiaj mówimy o tym w Parlamencie. Należy tylko zadać pytanie: dlaczego w rezolucji, nad którą będziemy głosować, obok sprawy Memoriału znalazł się znowu zapis dotyczący politycznego ruchu homoseksualnego, tzw. LGBT. Takie natrętne połączenia służą tylko propagandzie Putina. To dzięki takim inwencjom Putin może przedstawiać się jako orędownik ładu moralnego i występować w tej roli wobec udęczonego narodu rosyjskiego i wobec, jak mówił Lenin, „użytecznych idiotów” na Zachodzie. Czy naprawdę autorom rezolucji o taki efekt chodzi?

(Fin des interventions à la demande)

Tonio Borg, Member of the Commission. - Madam President, I note the near unanimity of support in all interventions for the resolution, with the exception of one solitary voice, but even though it is a solitary voice I think one should rebut certain strange arguments which are put forward in this Chamber. I could not believe my ears when Ms Jaakonsaari then wanted confirmation. Unsurprisingly, the confirmation came that what we heard was indeed true.

The argument runs as follows: the Russian economy is doing well – I have my doubts whether the Russian economy is doing well – therefore Russia has the right to dissolve human rights groups. Because this was the illogical consequence of the argument – that when the economy is doing well in any country in the world, it has the right to suppress human rights. I was not expecting this argument to be put forward in this Chamber, but it has been, and as some Members have said, it is good to rebut these arguments – and not just ignore them, because the moment we ignore them, the moment people make their intervention and then do not remain here to listen to the rebuttal of that argument, then that argument becomes credible. So it is a good thing that we fight this argument because what has been done to Memorial is not only damaging to Memorial itself in Russia, but to the entire civil society in Russia.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

I would like to say what our High Representative has done, what the Commission has done. We have publicly expressed at the latest OSCE Permanent Council meeting last Thursday and also at the Council of Europe yesterday our firm conviction, as a Commission, that this decision is in contradiction with the very same international obligations which Russia has adhered to. It is not just the European Parliament condemning something politically, but that Russia is not adhering to its international legal obligations as regards human rights. To this end I remind this House, as this House has also publicly declared, that it has paid tribute to the courage of this organisation and awarded the 2009 Sakharov Prize to Memorial representatives, and that this was just a few months after the head of the Chechnya office, Natalya Estemirova, had been brutally murdered.

The steps taken by the justice ministry in Russia take place in the context of a shrinking space for civil society, with the Russian authorities attempting to weaken or suppress independent civil society organisations instead of empowering them. For the last two years, as this House knows, the so-called law on foreign agents has led many organisations, such as ADC Memorial and Golos, to close down completely in order to avoid further criminal prosecution of their leaders, and some activists have also fled Russia. So the Union will continue to be fair in reminding the Russian Government of its obligation to respect international human rights obligations and standards. Let me assure this House that whether or not we can resume our overdue human rights consultations with Russia, the Commission will keep on raising human rights issues with our Russian partners and keep a close eye on many individual cases of concern to us all. Furthermore, the Commission will continue to extend its support to independent civil society in Russia, which is crucial at this difficult moment.

La Présidente. - Le débat est clos.

Le vote aura lieu à la fin des débats.

Písomné vyhlásenia (článok 162)

Jana Žitňanská (ECR), písomne – Je priam symbolické, že v čase, keď Európsky parlament rozhoduje o udelení Sacharovovej ceny za slobodu myslenia 2014, bojuje aj za zachovanie existencie jej laureáta z roku 2009. Ľudsko-právna nezisková organizácia Memorial nielen v minulosti počas existencie Sovietskeho zväzu, ale aj v súčasnosti monitoruje porušovanie ľudských práv v Rusku a pomáha konkrétnym obetiam. Činnosť Memorialu je ohrozená. 13. novembra bude vynesenejší rozsudok Najvyššieho súdu o jeho existencii. Organizácia bola v máji tohto roku vyzvaná moskovským súdom, aby sa pre svoju „politickú činnosť“ v ľudsko-právnej oblasti zaregistrovala ako zahraničný agent. Memorial však po tejto výzve rozpustil svoju štruktúru a hoci pokračoval v činnosti bez registrácie, neexistuje právny základ pre jeho zrušenie. Rusko by sa malo zamyslieť, či administratívna chyba a registrácia Memorialu sú dôležitejšie ako sloboda slova. Európsky parlament má za to, že hlavným dôvodom ukončenia činnosti organizácie sú jej aktivity na Ukrajině a podpora Euromaidanu. Rusko tak vyslalo signál nám všetkým, že v jeho záujme nie je ukončenie tamojšieho konfliktu, ale hrubé umlčanie druhej strany. Je mimoriadne dôležité uchovávať dejiny v neskreslenej podobe a podporovať všetky inštitúcie, ktoré sa zasadujú za zachovanie pamäti národa. Preto nezabúdajme najmä my, krajiny bývalého komunistického bloku, čo pre nás znamenalo povzbudenie spoza železnej opony.

6.2. Menschenrechte in Usbekistan

La Présidente. - L'ordre du jour appelle le débat sur six propositions de résolution concernant les droits de l'homme en Ouzbékistan (2014/2904(RSP)).

Seán Kelly, Údar. - A Uachtaráin, caithfidh mé a rá go raibh díospóireacht inár ngrúpa faoin ábhar seo aréir agus bhí meascán tuairimí ann. Cheap a lán daoine nach raibh Úisbéiceastáin inchurtha lena lán tíortha eile a mbímid ag caint fúthu sna díospóireachtaí cánacha seo. Mar shampla, tá dul chun cinn déanta acu maidir leis an bpionóis báis a chur ar ceal agus freisin dúradh go bhfuil an tuairisc seo ón Human Rights Watch ceithre bliana ar an bhfód. Foilsíodh é i mí na Nollag 2011. Bíodh sin mar atá, is ceart dúinn is dóigh liom féin díriú go háirithe ar choinníollacha ina bhfuil príosúnaigh pholaitiúla faoi láthair in Úisbéiceastáin agus brú a chur ar na húdaráis ansin cearta an duine agus cothrom na féinne a thabhairt dóibh agus go háirithe ós rud é go mbeidh cainteanna an mhí seo chugainn faoi, tá sé sin tábhachtach.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Heidi Hautala, laatiija. - Arvoisa puhemies, neuvosto päätti luopua Uzbekistaniin kohdistuneista rajoituksista asevienissä joitakin vuosia sitten, vuonna 2009 ja 2010, nimenomaan ajatellen, että tämä olisi osa pyrkimystä saada Uzbekistan avautumaan ja vahvistamaan ihmisoikeus- ja demokratiakehitystään. Nyt voimme todeta, että me, jotka silloin varoitimme tästä tilanteesta, olimme oikeassa. Mitään olennaista parannusta ei ole tapahtunut. YK:n ihmisoikeustoimijat ovat tämän moneen kertaan todenneet. Valitettavasti asiasta todistaa myös se, että Uzbekistanin hallitus ei suostu tekemään yhteistyötä lukuisten YK:n ihmisoikeustoimijoiden kanssa.

Mielestäni Euroopan parlamentin tehtävä on nostaa esille poliittisten vankien tilanne. Kuten huomaatte, tässä yhteisessä päätöslauselmassa on hieman poikkeuksellisesti pitkä lista nimiä, koska me haluamme puhua ihmisistä, jotka ovat todellisia henkilöitä ja jotka kärsivät. Uzbekistanin hallitus on tunnettu siitä, että se ei ole halunnut Andizinin verilöylyn, joka tapahtui 2005, kansainvälistä riippumatonta tarkastelua. Me tiedämme, että monet näistä poliittisista vangeista ovat edelleen vangittuina sen takia. Uzbekistanin hallitus myös kieltäytyy keskustelemasta esimerkiksi kidutuksen lopettamisesta. On selvää, että meidän täytyy puuttua tähän tilanteeseen.

Marie-Christine Vergiat, auteur. - Madame la Présidente, l'Ouzbékistan est une dictature sans complexe, un des pays les plus corrompus du monde, qui sait s'attirer les bonnes grâces de tous.

Base arrière des États-Unis pour l'Afghanistan, il achète aujourd'hui en France, en Allemagne ou en Grande-Bretagne des armes qu'il réutilise contre la population. M. Karimov sait aussi entretenir de bonnes relations avec la Russie et la Chine. Le peuple ouzbek est le grand perdant qui, chute du Mur ou pas, n'a pas vu grand-chose changer. Des milliers de personnes croupissent en prison; elles y sont maltraitées, torturées et attendent leur jugement, pour certaines, depuis plus de vingt ans.

Dans ce contexte, cette résolution est la bienvenue – il n'y en a pas eu depuis 2007 –, mais elle est bien faible. C'est pourquoi nous ne l'avons pas signée, notamment parce qu'il a été difficile d'y faire mention de la question du coton, du travail forcé et du travail des ONG en la matière. Là aussi, il y a un partenariat, mais il a à peine été écorné en 2005 alors qu'il y a eu près d'un millier de morts. Dommage! Le peuple ouzbek a droit à la même attention que le peuple russe.

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Frau Präsidentin! Selbst in der Unabhängigkeit hat Usbekistan es nicht geschafft, die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren. Das Land war deswegen auch internationalen Sanktionen ausgesetzt. Diese wurden aufgehoben, weil die Regierung Verbesserungen in Aussicht stellte. Trotz gegenteiliger Beteuerung werden aber nach wie vor Menschenrechtsaktivisten systematisch bedroht, in den Gefängnissen herrschen unmenschliche und erniedrigende Zustände, unter den Gefangenen befinden sich politische Aktivisten, Journalisten und Intellektuelle, Frauen und Männer. Gefangene werden gefoltert und misshandelt – das geht von Nahrungsentzug bis zu sexueller Gewalt.

Zehn Jahre nach dem tragischen Massaker von Andischan ist es endlich an der Zeit, dass das Land seine Versprechungen einhält. Wir sind gerne bereit, das Land dabei zu unterstützen. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, diesen Zuruf aus Europa auch zu hören.

Karol Karski, autor. - Pani Przewodnicząca! Jak zauważył w czerwcowym raporcie amerykański Freedom House, przytaczany także w rezolucji, cytując: „kluczową rolę w rozkładzie demokracji w strefie postsowieckiej odgrywa Rosja”. Rosja służy także jako, cytując: „model i inspiracja dla polityk prowadzących do cofania się wolnych instytucji w całej Eurazji”. Szczególnie zła sytuacja panuje w Uzbekistanie, który choć stara się uniezależnić od Rosji, czyni to kosztem prześladowania własnych obywateli. Celem naszej rezolucji jest wskazanie narodowi i władzom Uzbekistanu, że utrzymaniu niezależności narodowej nie służy naśladowanie rosyjskiej polityki prześladowań, tortur i zmuszania swoich obywateli do pracy przymusowej. Przykład Polski i innych krajów, które skutecznie wyzwoliły się z moskiewskiej strefy wpływów, wskazuje, że można to osiągnąć tylko broniąc ze wszystkich sił praw człowieka i obywatela, że solidarność narodową krajów postsowieckich można zbudować tylko wtedy, kiedy jesteśmy solidarni z każdym prześladowanym człowiekiem i z każdym wyzyskiwanym pracownikiem.

Javier Nart, autor. - Señora Presidenta, lo que plantea la Resolución son cosas muy prácticas: tras el acuerdo del Consejo de darle un tiempo a Uzbekistán para que implementara resoluciones absolutamente necesarias y tras la Resolución de este Parlamento, de 15 de diciembre de 2011, donde se recogía que ninguna de las exigencias que se habían determinado funcionaban, y en concordancia con el Acuerdo de Cooperación con Uzbekistán, en cuyo artículo 2 se habla de forma explícita del respeto a las garantías y los derechos humanos, en el apartado 12 se establece de forma rotunda que tiene seis meses para implementar las resoluciones que no ha querido implementar y que, en caso contrario, se aplicará el artículo 2 en relación con el artículo 95 del Acuerdo, lo que significa la suspensión del mismo. Esta es una medida suficientemente radical y lo que la compañera del Grupo GUE/NGL ha apuntado está todo recogido en la Resolución del

Donnerstag, 23. Oktober 2014

15 de diciembre de 2011. No seamos tan personalistas, busquemos lo común en lugar de lo individual, vale la pena.

Joachim Zeller, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wir sind ja in der Debatte über Dringlichkeitsanträge zu aktuellen und brennenden Fragen der Verletzung von Bürger- und Menschenrechten. Das ist bei den anderen beiden Entschlüssen auch der Fall, was Mexiko und Memorial betrifft. Bei Usbekistan, denke ich, haben wir alles das, was hier in der Entschlüsselung steht, bisher schon einmal ausgetauscht, und die Debatte sollten wir führen. Ich bin weit davon entfernt, Usbekistan als einen Hort von Bürgerfreiheit und Menschenrechten darzustellen. Allerdings, was wir hier in unserer Entschlüsselung haben, ist eine Reaktion auf den Bericht von Human Rights Watch, und ich finde hier bis hin in die Formulierung das *copy-paste*-Verfahren angewendet, dass wir von dieser Nichtregierungsorganisation Formulierungen übernehmen und in unsere Entschlüsselung einbauen. Ich glaube, das sollte nicht unsere Arbeitsweise sein.

Die Debatte über Usbekistan muss geführt werden, aber dann eben an einem anderen Ort und nicht, wenn wir uns über dringliche Fragen zu Bürger- und Menschenrechten hier austauschen.

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, no ano que vem, cumprem-se 10 anos desde o massacre que vitimou centenas de pessoas em Andijão, sem que nunca tenha havido uma investigação independente. Desde então, também centenas de pessoas foram acusadas, julgadas e torturadas por causa do massacre de Andijão em procedimentos fechados, violadores do direito a um julgamento justo e de acordo com as normas internacionais.

Alguns dos crimes cometidos estão sujeitos à jurisdição universal e os Estados-Membros da União Europeia têm também o dever de os investigar e julgar quando possível.

Perante esta situação, num país onde há milhares de presos políticos, onde a tortura é prática corrente, o trabalho forçado e o trabalho infantil estão massivamente institucionalizados, nós temos que pressionar na União Europeia. Pelo menos que haja visitas regulares dos organismos da ONU e da Cruz Vermelha às prisões, e colaborar com os relatores especiais da ONU para proceder às reformas elementares.

Eu visitei o Usbequistão em 2011. Nessa altura ficámos bastante insatisfeitos com a delegação da União Europeia, exatamente porque nem sequer conseguimos falar com verdadeiros ativistas de direitos humanos. A União Europeia tem uma enorme responsabilidade no Usbequistão.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Mevrouw de Voorzitter, het grondrecht van de godsdienstvrijheid – dat heb ik nog niet gehoord – wordt in Oezbekistan op velerlei wijze flagrant geschonden door de autoriteiten.

Vier concrete voorbeelden, gericht tot de Commissie en de Raad. 1) Particulier bezit van christelijke lectuur is verboden en leidt bij overtreding tot rechtszaken. 2) Samenkomsten van individuele christenen in woonhuizen worden door bruut overheidsoptreden verstoord. 3) Belijdende christenen krijgen in Oezbekistan buitensporige geldboetes opgelegd. 4) Inbeslagname van eigendommen, tot zelfs stofzuigers toe, van Oezbeekse christenen is aan de orde van de dag.

Ondanks al deze overheidschicanes gaan Oezbeekse christenen onbevreesd door met de verkondiging van het evangelie. Voor deze elementaire vrijheid, de belijdenis van je geloof, dient de EU even onbevreesd op te komen bij de Oezbeekse overheid.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, las observaciones de la Resolución merecen ser tomadas en consideración muy especial, en cualquier circunstancia. De hecho, próxima a producirse la retirada de las fuerzas aliadas en Afganistán, es de temer que uno de los próximos objetivos del islamismo fanático sea Uzbekistán, país en el que el nivel de vida de la población se deteriora de manera continuada y alarmante, y en el que sigue avanzando el islamismo fanático.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

La fuerza que emplea el régimen constituye el caldo de cultivo en el que prospera una cultura de violencia antisistema cada vez más extendida. Existe el peligro cierto de ver Uzbekistán convertirse en otra Chechenia y la responsabilidad de que esto pudiera suceder recae, estimados colegas, en el presente régimen político de Islam Karimov, cuya avanzada edad y visible deterioro —no solo de su persona, sino también de su entorno— hacen temer una transición problemática y en ningún modo pacífica. Esta es la otra cuestión que debemos abordar pronto, señores y señoras.

Jiří Maštálka, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, je těžké nevidět problémy, kterých je v Uzbekistánu hodně. Mezi hlavní patří značně neprůhledné volby, tvrdě represivní postup vládní moci proti obyvatelstvu, který je zdůvodňován hlavně nutností obrany před nebezpečím terorismu a islámského extrémismu, problém nezávislejších informací v médiích, dětská práce, podmínky ve věznicích. Nicméně je třeba poukázat i na některé pozitivní momenty z poslední doby – přijetí zákazu dětské práce, která je využívána při sběru bavlny, určité reformní kroky v justici a ve vězeňství, v prosinci 2013 přijatý a účinný zákon zakazující mučení, násilí, nelidské a kruté ponižující praktiky.

Nemohu souhlasit s přístupem EU i USA, které navenek kritizují prezidenta Karimova, ale přitom existují jasné důkazy o tom, že udržují velice těsné kontakty s ním i dalšími politiky. Uzbekistán je příkladem selektivního a neobjektivního přístupu. Dvojitý metr v politice nemohu přijímat.

Alyn Smith, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, Uzbekistan is very much a regular topic, no stranger to this House, but there is little sign that things in Uzbekistan are improving and, indeed, real evidence that individual states and the international community are turning a blind eye to flagrant abuses. Even recently we have heard from the International Labour Organization estimates that around about a million Uzbek adults and children have been pressed into forced labour within the cotton harvest, as well as flagrant abuses on the part of the regime.

Now this blind eye does go back a long way, and back in 2004 Craig Murray, who was the UK Ambassador to Uzbekistan at the time, uncovered evidence of a man who had been boiled to death by the regime for a refusal to give up his faith and pledge allegiance to the regime. This was verified by Glasgow University, but instead of applauding Mr Murray's diligence the UK hounded him from office. This does go back a long way.

So if the UK and the Member States will not take the lead, the EU is in a position to do so. We have cleaner hands than most, perhaps, and I would refer the Commissioner to point 11 within the resolution stating that the EU should take the lead and table a UN Human Rights Council resolution under Item 4 establishing a dedicated country-specific mechanism for Uzbekistan. That strikes me as a positive contribution to continue pressure on the regime. Much as there are few signs of light, we must stick close to our principles or else Uzbekistan could become a breeding ground for – as we have heard – anti-establishment and extremism, and we must stick true to our principles. I would be grateful for the Commissioner's view on that suggestion.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, se in un paese la forza dello Stato di diritto fosse proporzionale alla quantità di materi prime, l'Uzbekistan sarebbe una nazione fortunatissima. Il fiore all'occhiello dell'economia è una produzione di cotone seconda sola a quella degli Stati Uniti, basata però sullo sfruttamento di quasi un milione di bambini ogni anno. Protestare nel paese è un crimine, non un diritto.

Secondo i rapporti di *Amnesty International* e di *Human Rights Watch*, nelle carceri uzbeche è completamente interdetto l'accesso a ispettori internazionali indipendenti e sui dissidenti politici, definiti nemici dello Stato, si praticerebbero torture indicibili: pestaggi, tentativi di asfissia mediante sacchetti di plastica, per non parlare dell'utilizzo delle scariche elettriche e degli stupri e delle violenze. Denunciare le torture può costare molto caro, anche un'intera carriera. Lo sa bene l'ex Ambasciatore britannico in Uzbekistan Craig Murray, che scopri appunto che ben due oppositori morti erano stati bolliti vivi. Nel 2005 avveniva il massacro di Andijan. Furono imposte sanzioni che funzionavano, venivano liberati i prigionieri, però sono state tolte. Come mai riusciamo a fare sempre il contrario di ciò che è giusto? Prendiamoci le nostre responsabilità!

Goffredo Maria Bettini (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, ancora una volta ci troviamo come Unione europea di fronte a paesi che vogliamo sostenere nel loro sviluppo e ancora una volta dobbiamo riscontrare che in essi non vengono rispettati i diritti umani, la democrazia e la libertà. Nonostante le autorità uzbeche lo neghino, in Uzbekistan dopo la strage del 2005 le condizioni dello Stato di diritto sono pessime, decine di detenuti sono in carcere per ragioni politiche, le autorità alzano le spalle come se nulla fosse. Noi dobbiamo ribadire con grande fermezza che se queste violazioni non termineranno immediatamente, ciò non può non avere conseguenze negative nei negoziati tra Uzbekistan e l'Europa per gli accordi di partenariato e di cooperazione. Sottolineo e ripeto, lo dobbiamo dire con grande energia.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). - Pani Przewodnicząca! Jeśli chcemy, żeby Parlament Europejski w takich sprawach jak ochrona praw człowieka odgrywał rolę realną, musimy być jednoznaczni i bardzo precyzyjni. Poseł Zeller powiedział, że to nie jest pilna sprawa, ale skoro już zdecydowaliśmy się zająć kwestią Uzbekistanu – rozumiem, że taka była decyzja Konferencji Przewodniczących Grup – to powinniśmy o tym mówić bardzo precyzyjnie.

W pełni popieram postulat, aby nazwiska osób prześladowanych, uwięzionych znalazły się w integralnej części rezolucji, a jeśli jest to w tej chwili niemożliwe, to żeby zostały umieszczone w liście przewodniczącego Parlamentu Europejskiego do władz Uzbekistanu. Chodzi przecież o bardzo konkretne i dramatyczne kwestie jak sytuacja więźniów politycznych, tortury, a także niewolnicza praca dzieci. Dnia 18 listopada odbędzie się spotkanie Europejskiej Służby Działań Zewnętrznych z władzami Uzbekistanu. Oczekuję, że będzie ono pełne konkretów, dostaniemy sprawozdanie z tego spotkania i że wrócimy do tej kwestii, po to, żeby być i systematycznymi, i precyzyjnymi.

Ángela Vallina (GUE/NGL). - Señora Presidenta, hablando de Uzbekistán, quiero que tengan esta imagen en la cabeza: imaginen que sus hijos o hijas cuando son pequeños son forzados a trabajar, a recoger diez kilos de algodón al día en condiciones inhumanas. Imaginen que, cuando crecen un poco más, caen víctimas de la trata de seres humanos y son llevados a otros países para ejercer la prostitución. Imaginen que si sus hijas han tenido la suerte de esquivar esa realidad, antes de llegar a la edad adulta pasan a manos de hombres que tienen derecho a pegarles, a despreciarlas y a violarlas. Imaginen que si han salido de todo eso, el 80 % de ellas cuando dan a luz por cesárea son después esterilizadas sin su consentimiento. Todo esto está sucediendo. Y, como siempre, por los intereses económicos y geoestratégicos, que son los que están detrás.

Recordemos también que la Unión Europea mantiene un Acuerdo con Uzbekistán sobre comercio textil desde el año 1995. Exigimos, en definitiva —con el apoyo de esta Cámara— que la Unión Europea desempeñe el papel que debe desempeñar y sea la garante de los derechos humanos.

Ignazio Corrao (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli deputati, sono passati quasi 10 anni dal massacro di centinaia di pacifici cittadini, tra cui donne e bambini, da parte delle forze di sicurezza uzbeche. Sono trascorsi quasi 10 anni dall'eccidio di Andijan e i colpevoli di quel massacro godono ancora di totale impunità. Nel paese asiatico, fra i più poveri al mondo, attivisti, giornalisti e avvocati sono ridotti sistematicamente al silenzio, da torture e violenze su larga scala. Il tutto mentre in Occidente molti paesi preferiscono per motivi strategici soprassedere su quanto avviene.

Un durissimo rapporto realizzato tra il 2009 e il 2011 e pubblicato oggi da *Human Rights Watch* snocciola dati e testimonianze secondo le quali le violazioni sono sistematiche e la tortura un problema cronico, in un paese dove gli osservatori delle Nazioni Unite sono banditi da più di un decennio e le inchieste non esistono. Il quadro è tra i più allarmanti al mondo e il paese può scivolare in un pericolosissimo isolamento mentre la tortura rimane routine del governo che continua a mentire. L'Unione europea deve sollecitare l'intera comunità internazionale a riconsiderare il proprio impegno per un concreto miglioramento della situazione dei diritti umani in Uzbekistan.

Interventions à la demande

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). - Situația din Uzbekistan este îngrijorătoare, foarte îngrijorătoare în ceea ce privește respectarea drepturilor omului, cu toate că autoritățile uzbece și-au luat angajamente serioase în acest sens. Au fost închiși, așa cum s-a spus, torturați mii de oameni pentru acuzații motivate politic, activiști ai opoziției, apărători ai drepturilor omului, jurnaliști sau credincioși. Îi susțin pe colegii mei care au inițiat această rezoluție și consider că autoritățile uzbece trebuie să elibereze imediat prizonierii deținuți politic, să pună capăt imediat și necondiționat tuturor formelor de tortură și abuz în închisoare și a relelor tratamente în locurile de detenție dinainte de proces. Asigurarea accesului rapid la îngrijire medicală adecvată a deținuților trebuie să fie o prioritate. Trebuie să facem, stimați colegi, toate eforturile și să folosim toate instrumentele pe care le avem la dispoziție pentru a-i determina pe cei din autoritățile uzbece să-și pună în aplicare angajamentele.

Ruža Tomašić (ECR). - Gospođo predsjedavajuća, ljudska su se prava dosada kršila, a kako stvari stoje kršit će se i dalje, možda još gore i krvavije. Što EU radi? Potpisuje i šalje razne rezolucije. Ako se netko uplaši, onda super. A ako ne, onda ništa.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Zaključak s ove rasprave bi trebao biti da svima onima koji brutalno krše ljudska prava ćemo ili zaprijetiti sankcijama i onda te sankcije strogo provoditi ili narodu nad kojim se provodi nasilje iskreno i pošteno priznati da ne možemo ili ne želimo učiniti ništa i da su prepušteni sami sebi.

Herbert Dorfmann (PPE). - Frau Präsidentin! Ja, ich frage mich schon, was dieses Thema eigentlich unter dem Kapitel Dringlichkeiten zu tun hat. Wenn ich mir die Entschließung durchlese, dann reden wir von Dingen, die vor zehn Jahren vorgekommen sind. Ich kenne Usbekistan relativ gut, und ich glaube, niemand bezweifelt, dass es dort in Sachen Menschenrechte Probleme gibt. Aber es wäre auch richtig, wenn wir in dieser Entschließung anerkennen würden, dass sich die usbekische Regierung durchaus bei vielen Fragen bemüht voranzukommen. Es ist zum Beispiel das einzige Land oder eines der wenigen Länder in der Region, wo es die Todesstrafe nicht mehr gibt. Selbst die UNO erkennt da an, dass es bei der Frage der Kinderarbeit Fortschritte gibt. Man versucht dort, eine Zivilgesellschaft aufzubauen trotz einer problematischen Nachbarschaft mit Afghanistan.

Ich denke, wir sollten durchaus mit dem Land kritisch sein, aber wir sollten auch gemeinsam mit der usbekischen Regierung versuchen weiterzukommen. Das bringt uns mehr als hier *copy* und *paste* eines Berichts einer NGO zu machen. Ich glaube, das ist eines Parlaments auch nicht würdig.

(Fin des interventions à la demande)

Tonio Borg, Member of the Commission. - Madam President, human rights issues are central to our relationship with Uzbekistan, and our policy as a Commission is twofold. We insist that Uzbekistan should comply with international human rights commitments but we also offer Uzbekistan, as some of you have said, our cooperation to promote reforms, to move ahead and to break away from its past authoritarian legacy.

The Commission is now pursuing this reform agenda at a very delicate juncture. Why? Because elections are approaching, the regional perception of violent radicalism is acute and a general suspicion about external interference is setting in. All this hardly creates the kind of enabling environment that would be conducive to quick and bold reforms. Moreover, there are many pending human rights issues which are of concern.

So I would like to inform the House that it must rest assured that the very issues highlighted in its resolution, such as the torture of detainees, arbitrary detention, major restrictions on the freedom of association, assembly, expression and religion, child and forced labour, are precisely those that the European Union has been raising on every occasion, including in high-level contexts and in our annual human rights dialogue.

Parliament can rest assured that the Commission will do it again in our next human rights dialogue set for this November, with the aim of achieving concrete results and in this context. Replying to the Honourable Mr Smith, the Commission will look into this issue which you address in paragraph 11 of the resolution. Rest assured that we shall really look into this issue.

Today, I would like to emphasise one of the core issues at stake which were mentioned by some honourable Members, namely child and forced labour. Thanks to our insistence and facilitation efforts, constructive cooperation has now developed between Uzbekistan and the International Labour Organization and tangible results have already been achieved on child labour, while cooperation has also started on forced labour under a decent work country programme agreed with the ILO.

So we very much hope that Uzbekistan will take the same positive approach in other areas. We stand ready to cooperate with the Government of Uzbekistan in any efforts that it undertakes to ensure compliance with its international commitments and in the implementation of recommendations that it has already voluntarily accepted during the universal periodic review process at the United Nations Human Rights Council.

So, in conclusion, Madam President, our policy of constructive engagement aims to build on what has been achieved on child labour with a view to bringing about similar advances in other areas of concern. Of course, progress ultimately depends on the readiness of Uzbekistan to engage not just in reforms but in meaningful reforms.

La Présidente. - Le débat est clos.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Le vote aura lieu à la fin des débats.

Déclarations écrites (article 162)

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A proteção dos direitos humanos no Usbequistão tem que ser garantida e efetivamente implementada pelo Estado Usbeque, ao abrigo das Convenções Internacionais que o próprio país se obrigou a cumprir. Os relatos de detenções por exercício de liberdade de expressão, de trabalho infantil, de arbitrariedades e de tortura no âmbito do sistema penal e de justiça do Usbequistão estão amplamente documentados e são motivo de profundo repúdio por parte da comunidade internacional. Considero, por isso, de extrema importância a aprovação desta moção e a solicitação nela efetuada de pedir ao Conselho, à Comissão e ao SEAE que forneçam ao Parlamento uma avaliação pública das medidas tomadas pela UE para pressionar o Usbequistão a cumprir os critérios relativos aos direitos humanos. Parece-me ainda fundamental a criação, no âmbito do Conselho dos Direitos do Homem da ONU, de um Mecanismo de Acompanhamento para o Usbequistão que possa monitorizar de uma forma permanente a situação dos Direitos Humanos neste país. Finalmente, e à semelhança do que é solicitado pelo relatório, espero que na próxima reunião no âmbito do Diálogo UE-Usbequistão sobre Direitos Humanos prevista para novembro exista dureza e uma clara orientação para os resultados por parte da UE na abordagem destes temas.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – The situation in Uzbekistan is appalling. The use of child labour, the harassment and imprisonment of human rights activists, civil society members and journalists, and discrimination against minorities are unacceptable. It is not difficult to see from where Uzbekistan may take its example: from a strong regional player, namely Russia. There, too, the situation is a gloomy one that should leave no room for euphemisms or for denial about human rights abuses. Yet there are powerful EU countries which not only do not care, but which actually enable such behaviour. *Ceterum censeo*, France will seriously regret its decision to sell Mistral warships to Russia.

6.3. Verschwinden von 43 Lehramtsstudenten in Mexiko

La Présidente. - L'ordre du jour appelle le débat sur six propositions de résolution concernant la disparition de 43 élèves-enseignants au Mexique (2014/2905(RSP))

Teresa Jiménez-Becerril Barrio, *autora*. - Señora Presidenta, mis primeras palabras quiero que sean, desde lo más profundo de mi corazón, de solidaridad con el pueblo mexicano ante la barbarie de los crímenes de Iguala, y, por supuesto y principalmente, de apoyo a las víctimas y familiares de estos inadmisibles crímenes.

En estos momentos, todos los mexicanos y europeos que creemos en los derechos humanos tenemos que alzar la voz y utilizarla como base para una verdadera cooperación entre regiones distantes en kilómetros, pero cercanas en valores.

No solo tenemos que alzar esa voz, indignados, de profunda condena de estos crímenes, sino que también tenemos que ofrecer nuestra ayuda a las autoridades mexicanas para que puedan afrontar el reto de luchar contra el narcotráfico y la corrupción, y contra esas personas que utilizan a las instituciones en beneficio propio, como el alcalde de Iguala.

Celebro esta decisión de la Fiscalía de capturarles de la que hemos tenido conocimiento: basta ya con el clima de impunidad que quieren imponer quienes no respetan las instituciones.

Y apoyo el diálogo y la cercanía hacia el pueblo mexicano: solo desde él podemos construir y no destruir.

Javier Couso Permuy, *autor*. - Señora Presidenta, la desaparición forzada de estos 43 estudiantes ha causado conmoción en el mundo, pero es solo la punta del iceberg de una situación que nosotros calificamos de impunidad, y los datos lo dicen así.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

El país con más periodistas asesinados del mundo y 22 000 personas desaparecidas, solo la mitad con el actual Gobierno —y lo dicen los propios datos del Gobierno—. O las denuncias continuadas de hostigamiento generalizado contra actores sociales y contra militantes políticos. La impunidad real, lo dice también la Comisión Nacional de Derechos Humanos. No se suele juzgar, ni investigar, ni sancionar. Por lo tanto, el 98 % de los delitos quedan impunes.

No nos hacen falta solo buenas palabras, sino hechos. México debe colaborar en el marco regional con la CELAC para conseguir solucionar este problema de impunidad generalizada, y el Acuerdo de la Unión Europea debe estar condicionado al combate efectivo de esta impunidad.

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Frau Präsidentin! Der Fall der mexikanischen Studenten, die am 26. September im Beisein der lokalen Polizei getötet bzw. verschleppt wurden, zeigt, wie wichtig es ist, die Situation der Menschenrechte in Mexiko im Auge zu behalten. Zwar hat das Land in den letzten Jahren Fortschritte erzielen können, dieser Weg muss aber mit viel größerer Konsequenz fortgesetzt werden. Das Verhältnis zu Mexiko wird auch daran beurteilt werden.

Jetzt gilt es aber, die Ereignisse vollständig und ohne Rücksichtnahme aufzuklären, nicht zuletzt aus Respekt und Anteilnahme gegenüber den Angehörigen. Die volle Wahrheit über die Vorgänge zu erfahren, ist auch eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Drogenkartelle, die mutwillig das Leben von Menschen aufs Spiel setzen. Sie sind die wirklichen Feinde Mexikos und nicht die jungen Menschen aus Iguala.

Ernest Urtasun, autor. - Señora Presidenta, a nadie se le escapa que lo ocurrido estos días en México es de una gravedad extrema. Quiero empezar mi intervención mostrando mi más sincera solidaridad con las víctimas, los desaparecidos y sus familias.

Queremos denunciar que este crimen atroz se añade a un clima de impunidad creciente en el país y condenamos el crimen continuado de desapariciones forzadas: más de 22 000 casos desde el año 2006.

Queremos exigir que los 43 estudiantes desaparecidos vivos puedan retornar con sus familias; exigimos al Presidente Peña Nieto que acabe con el clima de impunidad, adoptando medidas para una investigación seria que derive en condena; y esperamos del Gobierno mexicano un combate sin tregua contra el crimen organizado.

Quiero expresar la más sincera solidaridad de mi Grupo con el pueblo mexicano en su lucha contra la represión ejercida sobre los movimientos sociales y contra los crímenes cometidos por las fuerzas de seguridad.

Exigimos a la Alta Representante una acción decidida en este sentido, y pedimos que no se contemple la modernización del Acuerdo global hasta que no se adopten medidas creíbles y tangibles de lucha contra la impunidad.

Queridos colegas, queridas colegas, la Resolución alternativa y las enmiendas presentadas por mi Grupo de la Izquierda Unitaria no pretenden, de ninguna manera, abrir una causa general contra un país al que amamos. Pero amar a México y defender a su gente significa hoy exigir a su Gobierno una acción más decidida contra la impunidad.

Dita Charanzová, autora. - Señora Presidenta, estoy profundamente consternada por los acontecimientos en México. Ha pasado casi un mes y los estudiantes, 43 jóvenes de familias rurales, siguen desaparecidos.

Esta tragedia nunca debería haber ocurrido. Los acontecimientos revelan la fragilidad de la democracia en México, a pesar de las acciones llevadas a cabo por el Gobierno para garantizar la seguridad de los mexicanos.

Queremos que los estudiantes regresen sanos y salvos, y que los responsables de su secuestro sean llevados ante la justicia, independientemente de quiénes sean.

Celebramos las medidas tomadas por el Presidente Peña Nieto y el Gobierno para hacer frente a esta situación, pero hay que hacer más. Este incidente y la visión más amplia que está emergiendo de enlaces descontrolados entre las autoridades locales y los grupos criminales son preocupantes. Espero que pronto los mexicanos ya no tengan que soportar esta pesadilla y que puedan restaurarse la confianza y la fe en sus funcionarios locales.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Davor Ivo Stier, u ime kluba PPE. – Gospođo predsjednice, želim i ja izraziti solidarnost s obiteljima nestalih studenata, ali i sa svim žrtvama nasilja u Meksiku. Moramo podržati i napore da se rasvijetli ovaj nemili slučaj, pa i napore meksičkih vlasti. Meksiku treba mir i treba pravna država.

Da, izvan je pravne države kada i studentske organizacije, takozvani normalisti, idu prekidati ceste, ukrasti autobuse ili napasti tvrtke. Ali je i puno više izvan pravne države korupcija, ubojstva, tajne masovne grobnice. Dakle, mi moramo ići i u modernizaciju globalnog sporazuma upravo da bi pomogli našim prijateljima u Meksiku da izgrade tu pravnu državu i da onda mogu osigurati i mir i prosperitet za sve državljane Meksika. Mislim da je to poruka koju moramo danas poslati iz Europskog parlamenta.

Ramón Jáuregui Atondo, en nombre del Grupo S&D. – Señora Presidenta, hoy están con nosotros unos estudiantes, compañeros de los desaparecidos. En nombre de los socialistas europeos, quiero darles un abrazo, mostrarles nuestra solidaridad y decirles que este Parlamento condena de manera rotunda, completa y absoluta lo que ha ocurrido en los horribles crímenes de Iguala. Quiero decirles que pedimos y exigimos al Gobierno de México que ponga a los responsables ante la justicia —a todos, directos e indirectos—. Y exigimos que no haya ninguna impunidad.

Pero, al mismo tiempo, decimos al Gobierno de México que queremos colaborar con él, que no queremos establecer sanciones al Gobierno de México, a la democracia de México. No queremos cortar nuestro diálogo político de Europa con México. No queremos cortar nuestras relaciones económicas con México.

Queremos ayudar a México y queremos que el Gobierno de este país obtenga de estos sucesos horribles un nuevo impulso para modernizar, mejorar y dar más democracia, más seguridad y más libertad a los ciudadanos de México.

José Inácio Faria, em nome do Grupo ALDE. – Senhora Presidente, caros Colegas, no passado dia 26 de setembro, desapareceram 43 estudantes mexicanos da escola de magistério Raúl Isidro Burgos na cidade de Iguala. Quero exprimir a minha solidariedade às famílias destes jovens, que participavam numa manifestação pacífica e que foi violentamente reprimida. As suspeitas recaem sobre alguns agentes da polícia municipal, no presidente da Câmara de Iguala, bem como no grupo paramilitar Guerreros Unidos.

Caros colegas, desde 26 de setembro, apareceram em Guerrero pelo menos 10 valas comuns e 28 corpos. Quem são estas vítimas? Alguém sabe dizer? Vamos esquecer os? Acontece que, desde 2007, já morreram mais de 100 mil pessoas por causa da violência provocada pelo negócio de droga no México.

A pergunta que deixo no ar é: como pretende a União Europeia impulsionar a associação estratégica com o México por forma a contribuir para atenuar as enormes assimetrias sociais daquele país e que políticas conjuntas de combate ao narcotráfico mundial poderemos desenvolver, se, por outro lado, a Presidência deste Parlamento recusa o envio de delegações parlamentares àquela zona geográfica para o diálogo com os parceiros latino-americanos, o que demonstra um claro desinvestimento naquela região?

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, uvědomujeme si, že situace v Mexiku se neustále zhoršuje a je více než nutné, aby se jí zabýval také Evropský parlament. V Mexiku i nadále dochází k opakovanému porušování lidských práv, na fungování země mají obrovský vliv drogové kartely, více než polovina mexické populace žije pod hranicí chudoby a ze strany mexické vlády není vidět žádná snaha učinit kroky vedoucí k nápravě.

Vyjadřujeme hlubokou solidaritu se zmizelými studenty i s jejich rodinami a apelujeme na všechny, že situaci je nutné začít řešit. Musí se podniknout vše nejen pro to, aby zmizelí studenti byli nalezeni a aby pachatelé stojící za jejich zmizením byli postaveni před soud a potrestáni, ale i pro řešení sociální otázky a otázky porušování lidských práv v této oblasti. Je třeba zajistit, aby v budoucnu nedocházelo k tomuto ohrožování nejen mladých lidí ve světě, ale obecně. Situace v Mexiku ukazuje, že není možné nadále přihlížet neustále se prohlubujícímu rozdílu mezi chudými a bohatými, přibývajícím zprávám o zmizelých lidech a není možné nadále tolerovat tristní situaci v oblasti mexické justice.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Krisztina Morvai (NI). - Elnök asszony, megrázó számomra, hogy egy olyan esetet tárgyalunk ma, amelynek során békés tüntető diákok közé lőttek, közülük többet megölve, negyvenhárman pedig ugye eltűntek. Megrázó, hogy ennek a tragédiának a tárgyalására október 23-án kerül sor. Azon a napon, amikor 1956-ban a magyar nemzet, a magyar nép dicsőséges forradalma elkezdődött. Ezen és az ezt követő napokon ehhez hasonló tragédiák történtek Magyarországon. Diákok, munkások, értelmiségiek sokasága adta az életét az egész világnak példát adó módon a szabadságért. Ezen a napon szimbolikusan egy 56 fős magyar diák delegáció van itt a galérián, akik nemzeti büszkeségük kifejezéséként kis magyar zászlókkal érkeztek ide a Parlamentbe, amelyet elkoboztak tőlük. Nincs valami baj az emberi jogokkal itt az Európai Unióban is? Én most szimbolikusan Elnök asszonynak átadok egy magyar zászlót.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). - Pani Przewodnicząca! Chciałbym poprzeć tekst rezolucji Parlamentu Europejskiego, która potępia sprawców porwania 43 niewinnych studentów w Meksyku. Mamy do czynienia ze skandalicznymi, bolesnymi aktami przemocy w stanie Guerrero, które nie mogą być akceptowane. Wszelkie podejrzenia wobec władz lokalnych o kontakty ze zorganizowaną przestępczością powinny zostać dokładnie zbadane, gdyż w państwie prawa nie ma miejsca dla korupcji i kontaktów przestępców z policją. Należy zwalczać coraz brutalniejsze poczynania karteli narkotykowych i gangów, które czują się bezkarnie. Meksyk jest kluczowym partnerem Unii Europejskiej i dlatego wzywam wysoką przedstawiciel do spraw zagranicznych do ścisłej współpracy z prezydentem Enrique Peña Nieto, żeby jak najszybciej wyjaśnić tę sprawę, ukarać winnych oraz naprawić szkody wyrządzone ofiarom i ich rodzinom.

Liisa Jaakonsaari (S&D). - Arvoisa puhemies, nuo Meksikon järkyttävät tapahtumat ovat onneksi nyt myös Euroopan parlamentin ja koko maailman tiedossa. Tuo hieno maa on joutunut lähes käsittämättömään väkivallan kierteeseen. Oiskelijoita katoaa ja ihmisiä tapetaan. Tätä ei voi kerta kaikkiaan hyväksyä!

Vuonna 2010 tapettiin ihmisoikeuksien puolustaja suomalainen Jyri Jaakkola ja Bety Cariño eikä tätä asiaa ole vieläkään selvitetty, vaikka meidän ex-kollegamme Satu Hassi kovasti jopa paikan päällä on yrittänyt vaikuttaa viranomaisiin. Mielestäni Euroopan unionin pitää nyt toimia ja seisoa niin tämän talon edessä olleitten mielenosoittajien tukena kuin koko Meksikon kansan tukena taistelussa väkivaltaa, huumediktatuuria, diktaattoreita ja muita vastaan.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). - Señora Presidenta, sean bienvenidos los invitados más especiales de este Pleno: los compañeros de los 43 normalistas de Iguala. ¡Gracias por estar aquí!

Hoy se cumplen veintiséis días de su desaparición, probadamente ordenada por el alcalde de Iguala, actualmente en busca y captura internacional junto a su esposa.

Iguala encarna todos los males que México quiere conjurar: la violencia, la impunidad y la corrupción, especialmente en las instituciones públicas. El Estado mexicano se tiene que redefinir ante el crimen porque ha dado un pavoroso salto cualitativo. Ya no se trata solo de complicidad: los cargos públicos, los representantes políticos. En este caso, un alcalde es el responsable criminal; es él quien ha dado órdenes directas de persecución, matanza y secuestro, y eso es gravísimo.

El Gobierno de Peña Nieto tardó en reaccionar, sí, y erró gravemente al darle un tratamiento local al principio. Pero se ha puesto al frente y su incuestionable defensa del Estado de Derecho, el cumplimiento de la ley y la persecución de los culpables debe ser reconocida y apoyada por la Unión Europea, la cual también debe exigirle los estándares de transparencia y rendición de cuentas para acabar con la corrupción.

Georg Mayer (NI). - Frau Präsidentin! Das sind natürlich unfassbar tragische Geschichten, die wir da aus Mexiko hören. Viele Kollegen haben ja den Sachverhalt heute hier schon erörtert. Unser Mitgefühl gilt den betroffenen Familien und den Menschen. Die Menschen in Mexiko sind zu Recht in Aufruhr.

Aber es gibt ähnlich tragische Fälle von Menschenrechtsverletzungen auch in Europa. Darum sollten wir uns zum Beispiel einmal mit den Vorfällen in Rotherham in England beschäftigen. Was ist da passiert? In Rotherham sind zwischen dem Jahr 1997 und 2013 1 400 Jugendliche, meist Mädchen, vergewaltigt worden. Das waren meist Mädchen aus sozial schwächeren Familien. Diese sind zum Teil mit Benzin übergossen und zu sexuellen Handlungen genötigt worden. Das ist passiert durch Männer mit pakistanischen Wurzeln. Und die Behörden in Großbritannien haben einfach nicht ermittelt.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Warum ist hier nichts passiert? Warum wurde dort nicht ermittelt? Ich kann Ihnen sagen, warum: Weil die Behörden Angst hatten, mit Rassismusbewerfen konfrontiert zu werden.

Das ist etwas, das wir auf jeden Fall einmal auf die Tagesordnung setzen sollten.

Jiří Pospíšil (PPE). - Paní předsedající, stejně jako kolegyně i mě šokovaly informace o masakru ve městě Iguala. Tuto tragickou událost je samozřejmě nutné ze strany Evropského parlamentu zásadně odsoudit, ale současně vyzvat mexickou vládu k tomu, aby reformovala státní instituce a pokračovala v intenzivní boji proti organizovanému zločinu. Nicméně není možné, podle mého názoru, zůstat pouze u odsouzení. Evropský parlament by měl hledat řešení, jak pomoci zemím, kde organizovaný zločin minimálně v určitých částech přerůstá státu přes hlavu.

Jako bývalý český ministr spravedlnosti mám ještě na paměti, jak EU pomáhala přistupujícím státům s reformami justice a obecně státních orgánů. Myslím si, že o podobné formě pomoci bychom měli uvažovat i v případě Mexika jako strategického partnera EU. Chtěl bych proto vyzvat příslušné komisaře, aby této oblasti věnovali pozornost, aby věnovali pozornost oblasti justice v zemích, jako je Mexiko.

Interventions à la demande

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, όλες οι αναφορές, τα ψηφίσματα και οι ενέργειες κατά των παραβιάσεων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, όπου και αν γίνονται και από όποιον κι αν γίνονται, είναι αναγκαίες και απαραίτητες. Όμως, για να έχουν αξία και ισχύ όλες αυτές οι ενέργειές μας, πρέπει και εμείς οι ίδιοι στην πράξη να αποδεικνύουμε ότι σεβόμαστε τα ανθρώπινα δικαιώματα. Και το δικαίωμα της δημοκρατίας, που είναι το υπέρτερο από όλα τα ανθρώπινα δικαιώματα, εδώ καταπατείται.

Χθες, ο Juncker, η Ευρωπαϊκή Ένωση δηλαδή, απόδειξε το αντίθετο με την επιμονή του να επιβάλει έναν Επίτροπο, παρόλο ότι η Επιτροπή Πολιτισμού τον είχε απορρίψει. Αλλά, και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο καταπατεί τα δικαιώματα των ευρωβουλευτών και τους υποχρεώνει όταν θέλουν να υποβάλουν τροπολογία, να έχουν σαράντα βουλευτές την ίδια γνώμη. Αδύνατον.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). - Señora Presidenta, Señorías, como austríaca, tengo gran respeto y cariño a México, a sus ciudadanos y sus ciudadanas, por lo que han logrado en la historia y por los lazos que tienen con Europa. Por ejemplo, recuerdo con gran agradecimiento que México fue el primer país que protestó en la Sociedad de Naciones, en marzo de 1938, contra el *Anschluss*, la anexión de Austria por Hitler y su régimen nazi.

Con igual respeto y cariño apoyo, hoy en día, la Resolución alternativa en la que pedimos fin a la impunidad, no solamente en Iguala, sino también por el caso de Jyri Jaakkola, ciudadano finlandés, y Bety Cariño, ciudadana mexicana, que fueron asesinados hace cuatro años en Oaxaca.

Pedimos que las palabras del Gobierno se traduzcan en eficacia y resultados para que queden en libertad los 43 estudiantes y para que las investigaciones reales lleguen a buen término. También pedimos que no se modernice el Acuerdo global hasta que esto se logre.

(Fin des interventions à la demande)

Tonio Borg, Member of the Commission. - Madam President, on behalf of Vice-President of the Commission and High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Catherine Ashton, I thank Members for this debate on the terrible incidents in Iguala in the state of Guerrero, Mexico. These appalling events, and the collusion between local authorities and criminal gangs which they have brought to light, have shocked Mexican society and the international community alike.

We have seen a wave of public demonstrations over the incidents, which continue to this day. The events have also drawn unparalleled attention in the local and international media. From the very beginning, the EU delegation in Mexico and the European External Action Service (EEAS) have been in contact with the Mexican authorities, closely following developments. The EU delegation, in agreement with the heads of mission of the EU Member States present in Mexico, has expressed its profound concern over the crimes committed and called for an impartial and exhaustive investigation.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Mexico is a close and valued strategic partner of the EU. The EU and Mexico have a strong convergence of views on human rights issues, both in multilateral human rights forums and also bilaterally. Mexico, belonging to the same group of like-minded partners as the EU, has been a strong supporter of many EU initiatives and resolutions in Geneva and in New York. Our regular High-Level Dialogue on Human Rights has allowed for several open and frank discussions on core human rights issues, including the fight against organised crime and reform of criminal justice.

The international community should join forces with Mexico to support it in facing this difficult and complex challenge: the fight against organised crime and impunity. It is in this spirit that the EU supports the efforts of the federal government.

Key issues in this endeavour are: strengthening the justice system, a reform of the police, reinforcing the culture of citizen security, and the observance of human rights. Human rights priorities for the EU in Mexico include the criminal justice system – and the issues of impunity, torture and arbitrary detention – as well as gender violence and threats against human rights defenders and vulnerable groups. These priorities guide the EU human rights dialogue and cooperation in Mexico.

I would like to remind the House that through the Social Cohesion Laboratory II project, with an EU contribution of EUR 11 million, the EU supports capacity building at the level of federal institutions and in the states of Oaxaca and San Luis Potosi. Under the European Instrument for Human Rights and Non-State Actors thematic programme, the EU supports around 30 projects, including in the field of criminal justice reform, for an amount of EUR 7.5 million.

In conclusion, we condemn the latest events with all our energy. The Mexican Government must carry out its investigations, bring the perpetrators of crime to justice and regain control of lawless areas.

La Présidente. - Le débat est clos.

Le vote aura lieu à la fin des débats.

Déclarations écrites (article 162)

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Centomila morti in 6 anni, 250 fosse comuni piene di cadaveri ritrovate solo negli ultimi 2 anni e circa 27 mila desaparecidos dall'inizio della guerra ai cartelli del narcotraffico. Non è una guerra tra continenti, sto parlando del grande Messico, un paese pieno di contraddizioni, piegato dal narcotraffico, dalla corruzione e dall'anarchia. Oggi siamo chiamati a dare voce soprattutto ai genitori contadini del poverissimo stato di Guerrero, che tra mille difficoltà, tra povertà e grandi ingiustizie sociali da qualche tempo hanno perso la cosa più preziosa che avevano i figli! Dopo il massacro di Tlatelolco del 1968, quando l'esercito uccise oltre 300 manifestanti del movimento studentesco a Città del Messico, adesso siamo dinanzi alla sparizione di 43 studenti, iscritti in una delle università simbolo della lotta rivoluzionaria e civile. Quando in Argentina migliaia di studenti e dissidenti politici si imbarcavano nei «Vuelos de la muerte», l'opinione pubblica occidentale, tendeva a negare la realtà, anche se poi, anni dopo sarebbero stati universalmente chiamati «desaparecidos». L'Unione Europea deve fare quanto in suo potere per pretendere dalle autorità messicane un impegno incisivo e concreto, minacciando eventualmente sanzioni commerciali.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Apoyo la resolución de condena de la desaparición de 43 estudiantes de Magisterio desde el pasado 26 de septiembre en la ciudad de Iguala, en México. Según varias fuentes, dichos estudiantes fueron perseguidos y llevados por agentes de la Policía y entregados a hombres armados vinculados a un cártel de la droga. El alcalde de Iguala, su mujer y el jefe de policía de la ciudad se encuentran fugados. Además, han sido hallados en fosas clandestinas 28 cuerpos que no corresponden a los de los estudiantes desaparecidos. Estos crímenes exigen una respuesta rápida y firme por parte de las autoridades mexicanas. Los actuales niveles de infiltración de la delincuencia organizada en los organismos locales policiales y administrativos de ciertas zonas del país son alarmantes. El gobierno mexicano cuenta con todo nuestro apoyo para luchar con determinación contra el tráfico de droga organizado, la corrupción policial y erradicar el clima de violencia e impunidad reinante en algunos Estados del país, en particular contra activistas comprometidos en el fomento y defensa de los derechos humanos. Estos crímenes no pueden quedar impunes. Las investigaciones deben proseguir, los responsables deben ser identificados y llevados ante la justicia

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Tadeusz Zwiefka (PPE), na piśmie. – Nie po raz pierwszy Parlament Europejski wyraża swoje zaniepokojenie eskalacją przemocy i stanowczo wypowiada się przeciwko procederowi handlu ludźmi w wyniku działań karteli narkotykowych w Meksyku. Wydaje się, że przestępcy w tym kraju czują się bezkarnie. A przecież Meksyk jest stroną umów międzynarodowych dotyczących praw człowieka, jest partnerem strategicznym Unii Europejskiej w kwestii wzmocnionej współpracy na rzecz osiągnięcia jak najwyższych standardów w obszarze ochrony wolności i praw jednostki. Czas, by należycie wesprzeć rząd meksykański, który wykazał zaangażowanie na rzecz poprawy bezpieczeństwa w kraju. Odpowiednie agencje ze strony Unii i Meksyku powinny podjąć współpracę w ramach walki z przestępczością zorganizowaną i zadbać, by zapanowały tam rządy prawa. To demokratyczne państwo i jego obywatele potrzebują naszej pomocy, zapewnienia ochrony sprawiedliwości i poszanowania podstawowych wolności i praw człowieka. Natomiast w sprawie, która tak nas ostatnio poruszyła, potrzeba bezstronnego i wyczerpującego dochodzenia. Jestem pewien, że powinni brać w nim udział niezależni, międzynarodowi eksperci. Należy dołożyć wszelkich starań, aby zidentyfikować, aresztować i postawić przed sądem sprawców tych przestępstw. Naszym obowiązkiem jest także zapewnienie wszelkiego wsparcia dla ofiar tej tragedii i dla ich rodzin.

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

7. Abstimmungsstunde

President. - The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

— *Before the vote:*

Jane Collins (EFDD). - Madam President, can you explain to me and my fellow MEPs why we have a known criminal, who has served time in Britain, wandering around Parliament quite freely? He should not be allowed to wander around Parliament. This is also a gentleman who turned a blind eye to the abuse of 1 400 children in one of my constituencies, and he is actually in the coffee bar, like a bad smell. I would like to know how that happened. His pass should be removed. His name is Denis MacShane.

President. - Ms Collins, we will bring this to the attention of the President of Parliament and we will look into it.

7.1. Auflösung von Memorial (Träger des Sacharow-Preises 2009) in Russland (RC-B8-0164/2014, B8-0164/2014, B8-0165/2014, B8-0168/2014, B8-0169/2014, B8-0170/2014, B8-0172/2014) (Abstimmung)

7.2. Menschenrechte in Usbekistan (RC-B8-0166/2014, B8-0166/2014, B8-0173/2014, B8-0174/2014, B8-0176/2014, B8-0178/2014, B8-0179/2014) (Abstimmung)

7.3. Verschwinden von 43 Lehramtsstudenten in Mexiko (RC-B8-0161/2014, RC-B8-0167/2014, B8-0167/2014, B8-0171/2014, B8-0175/2014, B8-0177/2014, B8-0161/2014, B8-0163/2014) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). - Señora Presidenta, quería saludar y agradecer la presencia de los compañeros de los estudiantes de Iguala (México), que están hoy aquí con nosotros en esta tribuna. Antes de votar esta Resolución quería darles todo nuestro apoyo, al igual que a los familiares de las víctimas en México.

(Aplausos)

7.4. Zölle auf Waren mit Ursprung in der Ukraine (A8-0021/2014 — Gabrielius Landsbergis) (Abstimmung)

— Before the vote:

Marine Le Pen (NI). - Madame la Présidente, j'interviens en vertu de l'article 188 pour demander un renvoi en commission.

La procédure accélérée, que l'on a cherché à imposer à la commission, vise clairement à faire pression sur le processus électoral qui doit se dérouler en Ukraine ce week-end. Pour cela, une étude bâclée et indigente a été fournie aux membres de la commission sur les conséquences de ces accords sur l'économie européenne, qui va pourtant déjà si mal. C'est indigne d'un travail parlementaire sérieux.

Nous demandons donc le renvoi en commission, afin de pouvoir analyser dans des conditions normales les risques pour nos économies.

President. - Ms Le Pen, for your request to be put to the vote you have to be supported by 40 MEPs. We are now counting. Apparently there are 40 so, colleagues, we have to take this into consideration in accordance with Rule 188. Before that we need a speaker in favour and a speaker against. Who wants to speak in favour of referring back to committee? Who wants to speak against referring back to committee? Thank you. Mr Landsbergis, as rapporteur you have the floor.

Gabrielius Landsbergis, rapporteur. - Madam President, the main thing that has to be said here is please do not be fooled by Madam Le Pen and her constant ploy to destroy our reputation and that of the EP and the EU in general. This vote today proves that the EU can act swiftly and decisively. It has been made very clear to Ukrainians that we stand behind them and we understand the importance of this vote today. I call on colleagues to support the report. Ukraine needs us now.

(Loud applause)

(The request to refer the report back to committee was rejected)

Bernd Lucke (ECR). - Frau Präsidentin! Ich habe ausdrücklich nicht für die Rücküberweisung in den Ausschuss gestimmt, weil ich die politischen Ziele von Frau Le Pen ablehne. Ich bin für den freien Handel. Ich bin grundsätzlich auch für die Handelsliberalisierung gegenüber der Ukraine. Aber ich möchte aufmerksam machen auf

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

7.5. Entlastung 2012: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (A8-0011/2014 — Petri Sarvamaa) (Abstimmung)

7.6. Entlastung 2012: Europäischer Rat und Rat (A8-0010/2014 — Tamás Deutsch) (Abstimmung)

7.7. Von der Europäischen Binnenschiffahrtsunion (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossene Europäische Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschiffahrt (B8-0149/2014) (Abstimmung)

President. - That concludes the vote.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Stimmerklärungen

9.1. Zölle auf Waren mit Ursprung in der Ukraine (A8-0021/2014 — Gabrielius Landsbergis)

Oral explanations of vote

Peter Jahr (PPE). - Frau Präsidentin! Wie hilft man einem Land, das in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, wo wir die Gefährdung sehen, dass durch diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten der soziale und demokratische Umbau gefährdet wird? Man hilft diesem Land, indem man ihm die Hand reicht für wirtschaftliche Beziehungen, indem man ökonomische Kontakte ausweitet und aufbaut. Genau das steht in diesem Antrag. Wir sollten der Ukraine eine Chance lassen.

Wir sollten der Wirtschaft eine Chance lassen. Wir sollten auch die wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union verbessern und erleichtern. Handelsbeziehungen, Zölle und andere Dinge gehören ganz einfach dazu.

Ich möchte also gerade andersherum interpretieren als manche Kollegen, als die kleine Minderheit in diesem Hohen Haus: Gerade um der Ukraine eine Chance zu geben, müssen wir Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union erleichtern.

Daniel Hannan (ECR). - Madam President, I was astonished by the number of people in this Chamber who are now prepared to act directly as cat's paws for Vladimir Putin while calling themselves patriots, calling themselves even nationalists in their home countries. There seems to have been a strange 'my enemy's enemy is my friend' reasoning that has led people into alliance and to become apologists for an organisation, or an ideology, which happens to be against the EU. Well, I think the European Union is an undemocratic racket, but that is not what is at issue in Ukraine. What is at issue there is the yearning of people to live in a normal country where property rights are respected, where contracts are honoured, where there is a pluralist multi-party system and where the individual is free of state control. You can support that system with or without supporting the European Union. My kind of euroscepticism is internationalist, cosmopolitan, open, warm and optimistic and it has no space in it for sympathy for Putinism.

Bernd Lucke (ECR). - Frau Präsidentin! Ich habe an der Abstimmung jetzt nicht teilgenommen, weil Sie mich nicht haben zu Wort kommen lassen, als ich mich zur Geschäftsordnung gemeldet habe. Die Geschäftsordnung sieht in Artikel 41 Absatz 1 vor, dass das Parlament die finanziellen Auswirkungen eines Rechtsakts festzustellen hat. In diesem Rechtsakt sind die finanziellen Auswirkungen nicht beziffert worden. Die Parlamentarier haben gar nicht gewusst, über welche finanziellen Wirkungen sie abgestimmt haben. Die Vorlage der Kommission enthält keine Bezifferung der vermuteten finanziellen Ausfälle für die Europäische Union. Der Bericht des Berichterstatters enthält keine Angaben darüber, welche finanziellen Auswirkungen der Verzicht auf die Zolleinnahmen für die Europäische Union hat.

Ich habe ein Recht darauf, mich zur Geschäftsordnung zu melden, und Sie haben mir dieses Recht beschnitten, Frau Präsidentin. Das war nicht rechtens. Sie sind Ihren Amtspflichten als Präsidentin dabei nicht nachgekommen, und Sie haben das Europäische Parlament daran gehindert, zur Kenntnis zu nehmen, dass es eine Entscheidung trifft, ohne überhaupt zu wissen, welche finanziellen Auswirkungen diese Entscheidung hat.

Written explanations of vote

Bas Belder (ECR), schriftelijk. - Ik steun de verlenging van de handelsvoordelen voor Oekraïne, zeker ook in het licht van de huidige politieke situatie waarin Oekraïne zich bevindt; ik maak echter wel bezwaar tegen de heffingsvrije import van legbatterij-eieren uit derde landen naar de EU. Legbatterijen zijn niet meer toegestaan in de EU; het is onwenselijk en niet uit te leggen dat de EU de import van legbatterij-eieren uit derde landen naar de EU toestaat en stimuleert.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. - De verlenging van de tarifaire gunstregeling voor Oekraïne in afwachting van de inwerkingtreding van het vrijhandelsakkoord met Oekraïne is een grote steun voor de zwaar getroffen Oekraïense economie.

Tegelijk is het echter nodig dat de Europese Commissie, bij de invoer van voedingsproducten, het dierenwelzijn en de voedselveiligheid niet uit het oog verliest en erop aanstuurt dat de in Oekraïne geldende kweek-, productie- en slachtomstandigheden aan de in de EU geldende normen worden aangepast. Dat is ook van groot belang voor de Europese producenten die sterk geïnvesteerd hebben om hun producten met deze normen in overeenstemming te brengen.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Ce rapport qui a pour objet de modifier le règlement (UE) n° 374/2014 vise à réduire ou éliminer les droits de douanes sur les marchandises originaires d'Ukraine. Après la négociation d'un accord d'association entre 2007 et 2011 entre l'UE et l'Ukraine portant sur la création d'une zone de libre échange et sa signature le 27 juin dernier, il convient par ce rapport de prolonger le règlement voté jusqu'au 31 décembre 2015.

Alors même que l'Ukraine connaît des tensions importantes, la politique menée actuellement par l'UE ne peut qu'entraîner une dégradation de nos relations avec la Russie.

Le rapport précise que selon les statistiques, les exportations de l'Ukraine à destination de l'UE ont augmenté fortement début 2014 (+25% soit 587 Millions USD) en même temps que celles envers la Russie ont diminué (-24,5% soit 592 Millions USD).

Le rapport souligne l'occasion pour l'Ukraine, par ces mesures commerciales, de diversifier ses débouchés et d'encourager son adaptation aux normes exigées dans l'UE, préalable à l'accord total de libre-échange en 2016.

Face à la crise économique que nous connaissons, la raison voudrait pourtant que nous refusions cet accord tant du point de vue politique (nos relations avec la Russie risquent de se dégrader) que du point de vue économique (l'ouverture totale des frontières et le libre-échange n'ont causé que délocalisations, chômage et désindustrialisation dans les pays d'Europe occidentale).

C'est pourquoi je me suis prononcée contre.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Quello per il rinnovo delle preferenze commerciali ai prodotti provenienti dall'Ucraina è un provvedimento che nuoce potenzialmente a molti settori economici del nostro Paese e per questo ho votato contro la sua adozione.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria Komisijos pasiūlymui pratęsti laikinąsias priemones, skirtas Ukrainos kilmės prekėms taikomų muitų sumažinimui arba panaikinimui iki tos dienos, kai ES ir Ukrainos asociacijos susitarimas įsigalios. Šitoks žingsnis yra reikalingas, nes planuotas minėto susitarimo įsigaliojimas 2014 m. lapkričio 1 d. neįvyks dėl trišalių konsultacijų metu 2014 m. rugsėjo 12 d. priimto bendro ES ministrų sprendimo iki 2015 m. gruodžio 31 d. atidėti Asociacijos sutarties įsigaliojimą ir šiuo laikotarpiu toliau taikyti Ukrainai naudingas ES autonomines prekybos priemones.

Steve Briois (NI), *par écrit*. — Le Parlement européen a pris la décision irresponsable de renforcer les relations commerciales entre l'Union européenne et l'Ukraine. En effet, la politique d'association économique avec l'Ukraine, telle qu'elle est menée aujourd'hui, a pour conséquence directe la détérioration des relations entre les pays membres de l'Union et la Russie. La France n'a aucun intérêt, ni économique ni politique, à entretenir un climat de guerre froide voulu par l'OTAN.

Pire, alors que nous constatons partout que l'élargissement de l'Union aux pays de l'Est a créé une concurrence déloyale entre les travailleurs et provoqué des délocalisations massives vers ces pays, le Parlement européen propose de poursuivre cette politique suicidaire en prolongeant l'application du règlement (UE) n° 374/2014 concernant la réduction ou l'élimination des droits de douane sur les marchandises originaires d'Ukraine, pays dont le salaire moyen mensuel s'élève à peine à 292 USD! Cette baisse des droits de douane signifiera encore plus de destructions d'emplois et de chômage pour nos compatriotes.

C'est pourquoi j'ai voté contre la prolongation de ce règlement.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho espresso voto contrario. Provvedimento politicamente sbagliato e dannoso per l'economia italiana. Avrei preferito che il provvedimento fosse stato sottoposto al via libera del WTO come venne fatto per le preferenze commerciali al Pakistan. L'ossessione anti russa della UE non è condivisibile.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. - Prelungirea perioadei de aplicare a Regulamentului (UE) nr. 374/2014 până la sfârșitul anului 2015 este important pentru a menține un nivel ridicat de sprijin pentru Ucraina și pentru a crește gradul de siguranță a condițiilor comerciale.

Măsurile comerciale autonome vor încuraja producătorii și întreprinderile ucrainene să-și orienteze exporturile mai degrabă spre piața europeană decât spre piața Rusiei, care este tot mai restrictivă. De asemenea, angajarea europeană în acest proces accelerat oferă Ucrainei un stimulent pentru a-și adapta funcționarea și standardele comerciale la cele ale UE și de a se pregăti pentru implementarea integrală a DCFTA începând de la 1 ianuarie 2016 cel mai târziu.

Susțin acest demers.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - La recente crisi politica in Ucraina è uno dei punti prioritari affrontati dalla UE in questi ultimi mesi. La proposta che è stata votata e alla quale è andato il mio voto fa parte di un pacchetto di proposte finalizzate a fornire sostegno economico e finanziario all'Ucraina e sostenere la stabilizzazione economica ed il programma di riforme strutturali del paese.

Questi obiettivi si possono conseguire anche tramite la riduzione o l'eliminazione temporanea dei dazi doganali in base ad un elenco di concessioni contenuto in un allegato dell'accordo di associazione UE-Ucraina.

Tale provvedimento non è da intendersi solo l'espressione della solidarietà dell'UE nei confronti del popolo ucraino, ma dimostra anche che l'UE è determinata ad adottare provvedimenti immediati per migliorare la situazione dei suoi vicini orientali e che ha le capacità per farlo.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. - A Ucrânia é um país parceiro prioritário no âmbito da Política Europeia de Vizinhança e da Parceria Oriental.

O Regulamento n.º 374/2014 relativo à redução ou à eliminação de direitos aduaneiros sobre as mercadorias originárias da Ucrânia entrou em vigor em 23 de abril de 2014, pretendendo-se que o mesmo vigorasse até 1 de novembro de 2014.

Em 12 de setembro de 2014, a UE decidiu propor aos seus Estados-Membros a prorrogação do acordo até 31 de dezembro de 2015, mantendo-se as medidas Comerciais Autónomas da UE em benefício da Ucrânia durante esse período.

Com o objetivo de apoiar a Ucrânia na situação extremamente difícil em que se encontra a nível político, económico e de segurança, apoio a prorrogação do acordo da UE com a Ucrânia, bem como apoio a introdução da *cláusula de direitos humanos* que prevê a suspensão ou cancelamento do presente acordo em caso de não respeito, por parte da Ucrânia, dos princípios democráticos dos direitos humanos, das liberdades fundamentais e pelo princípio do Estado de direito.

Esta solução faz parte de um processo de paz global para a Ucrânia, respeitando a integridade territorial do país, bem como o seu direito de decidir o seu próprio destino.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della Risoluzione riguardante i dazi doganali sui beni provenienti dall'Ucraina, poiché ritengo che tale Risoluzione sia di enorme importanza geopolitica, in quanto determinante per il processo di pace in Ucraina, dilaniata ormai da mesi dalla guerra e da minacce esterne, per l'istituzione di un governo democratico. Ritengo giusto che l'Unione Europea abbia preso l'impegno con la Repubblica Ucraina di prolungare le concessioni tariffarie per le merci in provenienza dall'Ucraina stessa fino al 31 dicembre 2015, quando cioè, entrerà in vigore l'Accordo di Associazione con i relativi obblighi a carico dell'Ucraina. Ritengo necessario per l'UE ampliare gli accordi di partnership in campo economico e commerciale con nuovi paesi, senza tralasciare però l'importanza all'interno dello scacchiere politico ed economico per l'Unione Europea della Federazione Russa.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - I voted in favour of this proposal because it follows on from a previous vote in favour of the implementation of the EU-Ukraine Association Agreement. However, the EU must see that European food standards are assured and that any negative impact on European industry is addressed.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Il regolamento UE n. 374/2014 sulla riduzione o sulla soppressione dei dazi doganali sulle merci originarie dell'Ucraina doveva essere applicato fino all'entrata in vigore o all'applicazione provvisoria dell'accordo di associazione e non oltre il 1° novembre 2014.

Il 12 settembre 2014 l'Unione europea ha convenuto di proporre agli Stati membri dell'UE, nel quadro di un processo di pace globale in Ucraina, di prorogare fino al 31 dicembre 2015 l'applicazione provvisoria dell'accordo di libero scambio globale e approfondito mantenendo nel frattempo misure commerciali autonome dell'UE a favore dell'Ucraina durante il periodo in questione.

Poiché il regolamento prevede che vi siano preferenze unilaterali che graveranno, per 487 milioni di euro, sul bilancio comunitario, considerando la grave situazione che stanno attraversando gli ucraini, ritengo che il voto migliore sia l'astensione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - Desde un primer momento condenamos y volvemos a reiterar nuestra condena al golpe de estado en Ucrania y al ascenso de fuerzas fascistas al gobierno. Por ese motivo votamos en contra del acuerdo de asociación UE-Ucrania, puesto que fue el detonante del golpe de estado, y porque las consecuencias del acuerdo de libre comercio serán desastrosas para diversos sectores de la economía tanto ucraniana como de algunos países de la UE. Tras la supuesta ayuda que la UE pretende dar a Ucrania, se esconde la imposición de la liberalización de la economía, la desregulación y la privatización de diversos sectores, así como el desmantelamiento del tejido productivo ucraniano, que no tendrá condiciones para competir con las grandes compañías europeas. Este informe pretende, en concreto, acompañar la entrada en vigor de disposiciones comerciales del acuerdo de asociación UE-Ucrania. Por ese motivo no lo he votado a favor.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I voted in favour of the report by the Committee on International Trade as I agree with the proposed extension of the preferential trade regime with Ukraine.

Since May 2014, Ukrainian exports to the EU have come under a preferential trade regime, which was granted by the EU unilaterally as part of a wider package to help Ukraine. At the outset, it was agreed that the unilateral measures would be valid for six months until the Association Agreement and its trade part (the deep and comprehensive free trade agreement) were signed and applied. However, because, while the Association Agreement has been signed, its application is suspended for the time being, we need to move with the adoption of an extension, as the original agreement expires on the 2 November 2014.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. - Ho votato favorevolmente alla modifica del regolamento sui dazi doganali sui beni provenienti dall'Ucraina che proroga per un ulteriore anno le preferenze commerciali attualmente già in vigore nei confronti di Kiev.

Il regolamento ha l'importante obiettivo di garantire continuità e certezze alle nostre relazioni commerciali bilaterali in una fase politica assai delicata e nella prospettiva della completa applicazione dell'accordo di libero scambio (DCFTA), pilastro importante del più vasto accordo di associazione con l'Ucraina recentemente siglato.

Ritengo particolarmente significativa l'inclusione - anche in questo regolamento «ponte» - di una clausola sul rispetto dei diritti umani, dello Stato di diritto e sul rispetto del principio di sovranità ed integrità territoriale, vincolante per la concessione di preferenze commerciali da parte della UE.

È altresì importante che sia prevista nel regolamento una particolare attenzione nei confronti dei prodotti più sensibili, quali quelli del settore agricolo ed agroindustriale della UE, grazie a precisi contingenti tariffari: saranno così evitate ulteriori penalizzazioni per il settore agricolo europeo, già fortemente colpito dalle recenti sanzioni commerciali decise da Mosca.

Con l'approvazione di questo regolamento si potrà dunque percorrere insieme un altro tratto di strada nel difficile processo di avvicinamento tra l'Unione europea e l'Ucraina.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce texte vise à aider l'Ukraine à faire face à la crise politique, économique et sécuritaire que ce pays connaît. Il permettra, en effet, d'éliminer ou de réduire les droits de douane sur les marchandises originaires d'Ukraine et donc de soutenir son commerce extérieur. En outre, dans le contexte actuel, l'approbation rapide par le Parlement prouve que l'Union est capable d'agir de manière prompte et résolue tout en respectant ses engagements politiques.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — À l'issue de plusieurs mois de crise politique aggravée par le conflit à l'est de son territoire, l'Ukraine connaît une situation économique dramatique. Elle a donc vitalement besoin de l'aide de l'Union européenne. Jusqu'à l'entrée en vigueur de l'Accord d'association UE-Ukraine en janvier 2016, l'Union se doit de poursuivre l'octroi de préférences tarifaires aux produits ukrainiens exportés vers le marché européen. Ces préférences commerciales unilatérales suppriment 94,7% des droits de douane européens appliqués aux importations de biens industriels en provenance d'Ukraine. Elles suppriment également les droits de douane de l'UE sur plus de 80% des exportations de produits agricoles ukrainiens. L'UE a toutefois restreint les montants à droit nul des produits «sensibles», comme les céréales, le porc, le bœuf, la volaille et les aliments transformés, afin qu'ils ne nuisent pas aux intérêts des producteurs européens. En contrepartie, l'Ukraine est tenue de respecter les normes sanitaires de l'UE, ainsi que les droits de l'homme, les libertés fondamentales et l'état de droit. Ce processus vise à permettre au pays de se moderniser, de se réformer et de mener une lutte active contre la corruption. La large victoire des partis ukrainiens pro-occidentaux aux élections législatives est, de ce point de vue, une garantie.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A União Europeia tem vindo a participar num processo de paz global para a Ucrânia, do qual faz parte a vertente comercial e, mais concretamente, a redução ou eliminação de direitos aduaneiros sobre as mercadorias originárias daquele país. A prorrogação das medidas comerciais autónomas continua a ser uma das medidas mais eficazes como comprovam as estatísticas: na primeira metade de 2014, aumentaram significativamente as exportações da Ucrânia para a UE, tendo-se verificado uma redução das exportações da Ucrânia para a Rússia, devido às restrições comerciais sobre os bens provenientes da Ucrânia que pretendam aceder ao mercado russo, bem como à sua imprevisibilidade. O aumento situa-se na casa dos 587 milhões de euros, o que, associado a outros fatores, comprova que as MCA figuram, sem dúvida, entre as possibilidades de que os produtores e as empresas da Ucrânia dispõem para procurarem novos mercados e reduzirem as consequências negativas das medidas comerciais russas de retaliação contra a Ucrânia. As MCA funcionam, ainda, como um incentivo para adaptarem o seu modo de funcionamento e as suas normas à UE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Somos solidários com o povo ucraniano. Por essa razão condenámos o golpe de Estado e a ascensão ao poder de um governo que integra forças de cariz assumidamente fascista. Por essa razão também, votámos contra o acordo de livre comércio que se pode revelar desastroso para diversos setores da economia ucraniana, para além da economia de vários países da UE, Portugal incluído.

A alegada ajuda que a UE pretende dar ao povo da Ucrânia também a conhecemos em Portugal. A troca de ajuda financeira, a UE irá impor a liberalização da economia; a desregulação e privatização de vários setores; o desmantelamento do aparelho produtivo daquele país, que não tem condições para competir com as grandes companhias europeias.

O que a UE pretende não é ajudar. Quer apenas alargar o seu mercado a novos consumidores e ter acesso às suas matérias-primas.

Este relatório, em concreto, propõe adiar a entrada em vigor das disposições comerciais do Acordo de Associação UE-Ucrânia. Daí a nossa abstenção.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* - Je potrebné poskytnúť Ukrajine pomoc a podporu v jej nesmierne ťažkej politickej, ekonomickej a hospodárskej situácii. Jedným z takýchto opatrení zo strany Európskej únie je, že členské štáty Európskej únie dočasne odložia uplatňovanie DCFTA do 31. 12. 2015, avšak počas tohto obdobia sa budú naďalej uplatňovať autonómne obchodné opatrenia v prospech Ukrajiny. Na druhej strane však musíme zabezpečiť rovnako tak aj ochranu nášho európskeho spotrebiteľa. Predĺženie uplatňovania predmetného nariadenia sa javí ako najlepšia možná cesta aj s prihliadnutím na fakt, že vývoz z Ukrajiny do členských štátov Európskej únie sa výrazne zvýšil v prvej polovici roka 2014.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo con convinzione il mio voto contrario al rinnovo delle preferenze commerciali per dei prodotti provenienti dall'Ucraina. Il provvedimento è stato soggetto a delle pressioni politiche che non tengono conto degli aspetti tecnici e commerciali.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Καταψηφίζω την συμφωνία τελωνειακής ένωσης Ε.Ε. - Ουκρανίας διότι αποτέλεσε τον λόγο της εκδήλωσης του πραξικοπήματος στην Ουκρανία. Είναι μία κίνηση ξεκάθαρα εναντίον της Ρωσίας σε συμβολικό επίπεδο, ενώ επίσης πιστεύω πως θα είναι επιζήμια για τον Λαό της Ουκρανίας, βασιζόμενος και στην εμπειρία του δικού μου Λαού.

Neena Gill (S&D), *in writing*. - I voted in favour of the Landsbergis Report on Customs duties on goods originating in Ukraine because I believe it is vital that we prolong the autonomous trade preferences granted to Kiev in order to avoid the creation of a legal vacuum for Ukrainian exports to the EU. In the current context, it is crucial that we do not diminish support to Ukraine, a close neighbour whose security, stability and prosperity is directly tied to ours.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. - I voted in favour of the reduction or elimination of customs duties on goods originating in Ukraine, because I support a reorientation of Ukrainian businesses from the Russian to the European market. I see this as an opportunity to help stabilise the economy and politics in Ukraine while, at the same time, showing our respect and support for the European choice made by its people.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), *în scris*. - Consider că facilitarea exporturilor din Ucraina reprezintă un imperativ moral, politic și geostrategic pentru Uniunea Europeană. Nu este firesc ca, în contextul cronicizării crizei ucrainene, să ne punem problema impactului economic al creșterii exporturilor Ucrainei – și nu doar din cauza asimetriei din cadrul acestui parteneriat. Măsurile de retorsiune ale Rusiei, conflictul armat și ocuparea unei părți a teritoriului ucrainean de către grupări terorist-separatiste au bulversat grav societatea și economia Ucrainei, afectând producția și nivelul de trai. Sprijinirea eforturilor Ucrainei de a depăși această situație critică echivalează cu un suport pentru aspirația sa legitimă de a se integra în spațiul economic și democratic european. Majorarea exporturilor Ucrainei către UE în prima jumătate a anului 2014 cu 25% este un indicator încurajator în acest sens.

De aceea, susțin rezoluția și salut propunerea de procedură accelerată, astfel încât acțiunile concrete ale UE să fie, în mod prompt și eficient, în consonanță cu angajamentele sale politice. Eliminarea ori, după caz, reducerea taxelor vamale pentru mărfurile originare din Ucraina – în special produse agroalimentare – trebuie urmate de noi pași pentru crearea unei zone de liber schimb aprofundat și cuprinzător, conform Acordului de Asociere din 27 iunie 2014.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. - Ich habe der EntschlieÙung zugestimmt. Denjenigen, die sich bei dieser Abstimmung enthalten oder gar dagegen stimmen wollen, möchte ich zurufen, dass es sich hierbei nicht um eine Entscheidung gegen Russland, sondern um eine für den Freihandel mit der Ukraine handelt. Wo kommen wir hin, wenn wir uns von Präsident Putin vorschreiben lassen sollen, mit wem wir zu welchen Bedingungen Handel treiben?

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la prolongation jusqu'à fin 2015 de la levée des barrières douanières pour les exportations ukrainiennes à destination de l'Union européenne.

Cette mesure exceptionnelle répond au caractère exceptionnel de la situation en Ukraine. L'Union a un devoir moral envers ce partenaire qui subit une pression incommensurable de la part de la Russie dans le domaine économique, militaire et énergétique.

Si ces mesures ont, selon les premières estimations, permis de maintenir à flot les activités des entreprises et industries ukrainiennes, avec une hausse des exportations comprise entre 10 et 25% sur la première partie de l'année, elles ne doivent pas créer les conditions d'une concurrence déloyale avec nos propres entreprises et accabler davantage les agriculteurs européens.

Sur ce dernier point, je serai inflexible et si je constate que notre soutien met en péril les activités commerciales des entreprises, industries et agricultures européennes, je considérerai à nouveau ces mesures dans le sens d'un rééquilibrage.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* - Glasao sam za, jer je Ukrajina prioritetna partnerska zemlja unutar Europske politike susjedstva i Istočnog partnerstva, a izmjenom Uredbe u pitanju, koje predviđa smanjivanje ili ukidanje carine na robu podrijetlom iz Ukrajine, izlazi se u susret i pomaže toj zemlji obzirom na iznimno tešku gospodarsku i socijalnu situaciju s kojom se suočava.

Izvoz iz Ukrajine prema zemljama EU-a znatno je porastao u prvoj polovici 2014. godine, s očitom posljedicom pada izvoza u Rusiju, te potaknuo izvjesnost uvjeta uzajamne trgovine. Ovim mjerama, ali i mnogim drugima, Europska unija dokazuje da podržava i daje potporu zemljama europskog kontinenta koje poštuju demokratska načela pravne države, promiču poštivanje ljudskih i temeljnih prava, te podupiru suverenost i teritorijalni integritet nacionalnih država.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* - J'ai voté en faveur du rapport de Gabrielius Landsbergis sur les droits de douane sur les marchandises originaires d'Ukraine. Les mesures adoptées permettront de soulager le poids des sanctions russes sur l'économie ukrainienne.

Tunne Kelam (PPE), *in writing.* - I voted in favour of amending Regulation (EU) No 374/2014 on the reduction or elimination of customs duties on goods originating in Ukraine. This transitional solution for allowing goods from Ukraine into European markets on favourable terms is the least we can do in the current situation. The amendment of the regulation is needed, as it would otherwise have ceased to apply as of 1 November 2014.

Nevertheless, I find it regrettable that this procedure should be needed, as instead we should have immediately and fully implemented the EU-Ukraine Association Agreement and deep and comprehensive free trade agreement. The signal we are sending politically is like offering a quarter of a carrot.

I urge the Commission and the Member States to provide all necessary assistance for speeding up reforms and building up a strong and viable Ukraine.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* - I supported the report as, given the current situation in Ukraine, a timely approval to prolong the regulation granting autonomous trade measures for Ukraine is necessary. It proves that the EU can act swiftly and decisively and signals our political will to help the Ukrainian people.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* - Ho votato positivamente la proposta dell'on. Gabrielius Landsbergis in quanto credo sia importante sostenere l'Ucraina considerata la situazione di estrema difficoltà che sta vivendo, non solo sotto il profilo politico, ma anche sotto quello economico. Questa decisione dell'UE, che si sostanzierà nella riduzione o nell'eliminazione dei dazi doganali, dimostra come vi sia un'azione concreta che si esplicita attraverso l'adozione di provvedimenti immediati con l'obiettivo di rendere migliori le condizioni dei paesi extra-europei vicini all'UE.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito.* - Desde un primer momento condenamos y volvemos a reiterar nuestra condena al golpe de estado en Ucrania y al ascenso de fuerzas fascistas al gobierno. Por ese motivo votamos en contra del acuerdo de asociación UE-Ucrania, puesto que fue el detonante del golpe de estado, y porque las consecuencias del acuerdo de libre comercio serán desastrosas para diversos sectores de la economía tanto ucraniana como de algunos países de la UE.

Tras la supuesta ayuda que la UE pretende dar a Ucrania, se esconde la imposición de la liberalización de la economía, la desregulación y la privatización de diversos sectores, así como el desmantelamiento del tejido productivo ucraniano, que no tendrá condiciones para competir con las grandes compañías europeas.

Este informe pretende, en concreto, acompañar la entrada en vigor de disposiciones comerciales del acuerdo de asociación UE-Ucrania. Por ese motivo no lo he votado a favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* - Uredba o smanjenju ili ukidanju carina na robu podrijetlom iz Ukrajine trebala se prestati primjenjivati najkasnije do 1. studenoga 2014. godine. Međutim, kako bi se podržala politička i ekonomska stabilnost u Ukrajini, Europska komisija je predložila produljenje primjene do 31. prosinca 2015. godine.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Komisija predlaže produljenje primjene Uredbe kako bi se osiguralo da se Sporazumom obuhvati period od 1. studenoga 2014. do 31. prosinca 2015. godine. Prijedlog Europske komisije je sljedeći :

— produljenje autonomnih trgovinskih povlastica do 31. prosinca 2015.

— uvesti klauzulu o ljudskim pravima koja omogućuje suspenziju ili prestanak povlastica u slučaju nepoštivanja demokratskih načela, ljudskih prava i temeljnih sloboda i načela vladavine prava

— osigurati retroaktivnu primjenu produljenja Sporazuma od 2. studenoga 2014.

Sporazum o pridruživanju s Ukrajinom osigurava poštivanje demokratskih načela, ljudskih prava i temeljnih sloboda, kao i poštivanje načela vladavine prava, zatim promicanje poštivanja načela suvereniteta i teritorijalnog integriteta, zaštitu granica, kao i suzbijanje širenja oružja za masovno uništenje te ga u potpunosti podržavam.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. - Neskatoties uz sarežģītu situāciju Ukrainā ir svarīgi atbalstīt Ukrainas biznesa ienākšanu Eiropā, kā arī Eiropas Savienības biznesa un preču ienākšanu Ukrainas tirgū. Kaut gan tā ir pagaidu lēmums, tas arī ir svarīgs. Kad cilvēki tirgo, viņi nekaro. Es nobalsoju par.

David Martin (S&D), in writing. — I welcome this report in the current situation. The timely and rapid approval by Parliament of the Commission proposal to extend the regulation granting autonomous trade measures (ATMs) for Ukraine will prove that the EU can act swiftly and decisively and can fulfil its political commitments.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. - La mia decisione di votare a favore della relazione del collega Sulin deriva dalla consapevolezza di dover sostenere l'Ucraina nella sua situazione di estrema difficoltà sotto il profilo politico, economico e sociale rafforzando allo stesso tempo la certezza delle condizioni commerciali per gli operatori economici.

Una rapida e tempestiva approvazione da parte del Parlamento europeo della proposta della Commissione per il rinnovo del regolamento relativo alla concessione delle ATM all'Ucraina proverà che l'UE ha intenzione di agire rapidamente e con decisione per onorare i propri impegni politici.

Georg Mayer (NI), schriftlich. - Ich habe heute die Senkung bzw. Abschaffung von Zöllen auf Waren mit Ursprung in der Ukraine abgelehnt, da nicht nur gewichtige außenpolitische Gründe dagegen sprechen, sondern auch wirtschaftliche Bedenken bestehen. Zu diesen ist der Umstand zu zählen, dass Russland und dessen Zollunion derzeit den größten Abnehmer der ukrainischen Exporte darstellt. Russland wird jedoch auf 98 % der ukrainischen Produkte einen Importzoll in Höhe von 7,8 % erheben, um den eigenen Markt vor der Flut europäischer Produkte zu schützen. Daraus ergibt sich für die Ukraine schätzungsweise ein Schaden von 165 Mrd. EUR in den kommenden zehn Jahren. Zudem wird die Ukraine einen enormen finanziellen Aufwand betreiben müssen, damit ihre Unternehmen auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig und somit wettbewerbsfähig werden können, da durch das DCFTA eben nicht nur ein zollfreier Zugang zum Binnenmarkt gestattet, sondern diesbezüglich auch die Einhaltung europäischer Standards vorausgesetzt wird.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte est dans la continuité du désir des instances européennes d'intégrer l'Ukraine économiquement, en la forçant à faire le choix absurde de perspectives de développement avec les pays de l'UE aux dépens de son marché extérieur principal, la Russie, avec laquelle elle est unie de fait par des liens culturels forts. L'application de l'accord d'association entre l'UE et l'Ukraine ayant été repoussée au 31 décembre 2015, la Commission propose de prolonger le règlement de l'UE concernant l'abaissement des droits de douane pour les échanges commerciaux entre l'UE et l'Ukraine devant se terminer au 1^{er} novembre 2014. Etant opposé à cet accord d'association qui a été le déclencheur de la crise ukrainienne, je vote contre. De plus, ce texte est subordonné au respect, par l'Ukraine, des principes fondamentaux liés aux droits de l'homme, à la démocratie et à l'État de droit. Or, ces conditions ne sont manifestement pas respectées en Ukraine: utilisation d'armes à sous-munitions interdites dans des zones civiles, procédures d'interdiction du parti communiste, interdiction de diffusion de certaines chaînes de télévision, lois sur la censure, présence de néo-nazis au gouvernement. Je m'étonne donc même que l'on nous soumette une telle proposition.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Aprovamos aqui, hoje, o prolongamento da isenção de direitos aduaneiros a produtos da Ucrânia até ao final de 2015. Este prolongamento vai permitir que os produtos ucranianos continuem a beneficiar de um regime preferencial para entrar na UE.

Em abril, tinha entrado em vigor um regulamento que reduz ou elimina os direitos aduaneiros sobre as mercadorias originárias da Ucrânia. Esta medida foi adotada com o objetivo de apoiar a estabilidade política e económica na Ucrânia e teria uma vigência de seis meses, expirando quando entrassem em vigor as disposições comerciais do Acordo de Associação UE-Ucrânia. Como a UE e a Ucrânia decidiram, em 12 de setembro, adiar a aplicação provisória dessas disposições para 31 de dezembro de 2015, é necessário prolongar até essa data a isenção de direitos aduaneiros a produtos ucranianos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — It is important to maintain the EU's high level of support for Ukraine while also boosting certainty about trade conditions for economic operators. It is thus crucial that Parliament supports an accelerated procedure for considering this Commission proposal, in order to ensure that the prolongation of the granting of autonomous trade preferences can be applied as of 2 November 2014 (i.e. without any interruption) until 31 December 2015. I have therefore voted in favour of this report.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I voted in favour of the Report on Customs duties on goods originating in Ukraine, which deals with the legal vacuum for existing exports from Ukraine to the EU. The report extends the initially granted autonomous trade preferences until the end of 2015 and in particular until application of the trade agreement (the DCFTA) comes into force.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. - Come già spiegato durante la discussione sul tema in plenaria, garantire preferenze tariffarie unilaterali all'Ucraina rappresenta indubbiamente un chiaro segnale politico nei confronti della Russia, un segnale che però non deve contribuire a impoverire ulteriormente i nostri produttori e, in particolare modo, agricoltori.

Queste preferenze, infatti, graveranno per 487 milioni di euro sul bilancio comunitario con conseguenze dirette sul settore agricolo, specie del mais e della farina, dove le esportazioni ucraine contano più del 60% e dove la riduzione dei dazi comporterà perdite non facilmente recuperabili.

Le suddette motivazioni hanno determinato la mia astensione dal voto.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. - The decision of the European Union unilaterally to extend market access to Ukrainian goods on its territory until the end of 2015 is an act of generosity, showing that there is no such thing as a 'geopolitical plot' against any of Ukraine's traditional partners, notably Russia.

Russia's products will be free of direct competition from EU products in Ukraine, which is a painful condition imposed by Russia on Ukraine and accepted by the EU as part of its effort to facilitate a peaceful resolution of the Ukrainian crisis. In order to enforce this arrangement, the EU agreed to give up on its own market access to Ukraine, as negotiated in the deep and comprehensive free trade agreement (DCFTA), the full enforcement of which will have to wait until 2016. It is a selfless response from the EU, in stark contrast to any zero-sum 'encirclement' game.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

I am also particularly reassured by the introduction of a provision for democracy and human rights conditionality to be respected by Ukraine in exchange for the trade preferences. Ukraine has to behave as a modern liberal democracy, respecting human rights, including minority rights, in order to have the continued solidarity of Western liberal democracies. With the inclusion of these conditions, I was happy to support the measure.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui va de pair avec les accords d'association que nous avons votés le mois dernier. En effet, les accords d'association UE/Ukraine, dont l'approbation s'est déroulée lors d'une séance exceptionnelle, prendront effet en décembre 2015. Afin d'éviter le vide juridique et la perte de nos acquis commerciaux en Ukraine, nous avons reconduit jusqu'à la fin de l'année prochaine les accords de libre-échange en vigueur jusqu'au 31 décembre 2014.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. - Serve tempestività per evitare un vacuum normativo rispetto alla rimozione dei dazi doganali per le importazioni dall'Ucraina. Crediamo che gli interessi di politica commerciale debbano essere coerenti con quelli di politica estera e che in questa fase sia necessario lanciare un segnale forte nei confronti di un popolo in difficoltà.

Così i produttori ucraini possono dirottare i loro scambi verso il mercato europeo e sono incoraggiati ad adattarsi agli standard comunitari. In più pensiamo sia positiva l'inclusione dell'articolo 2 che ribadisce l'obbligatorietà del rispetto delle libertà fondamentali, dell'invulnerabilità dei confini e del contrasto alla proliferazione di armi di distruzione di massa.

Infine, nel settore agricolo e agroindustriale i livelli di protezione restano più alti che in altri settori, con quote e prezzi minimi che non falsano la competitività dei prodotti locali.

Voto questa risoluzione, nella speranza che questa estensione possa essere percepita come un atto di buona volontà da parte dell'UE e uno stimolo per arrivare alla conclusione della crisi quanto prima, non certo come un modo per perdere tempo né tantomeno una consuetudine e speriamo altresì che il vero e proprio trattato commerciale entri in vigore al più tardi il 1° gennaio del 2016.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Ukraine ist ein historischer Teil der europäischen Völkerfamilie und sollte sowohl diplomatisch als auch wirtschaftlich an die EU herangeführt werden. Dennoch muss sich die EU klar darüber werden, dass unter den derzeitigen Bedingungen rund um den Konflikt in der Ost-Ukraine sowie durch die anhaltenden Sanktionen gegen die Russische Föderation dieser Prozess auf einseitigen Interessen der EU sowie der USA basiert. Die Gefahr, dass hier ein weiterer Kalter Krieg unterstützt durch die diplomatische Kurzsichtigkeit der gemeinsamen Außenpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und damit unwiederbringlich Blöcke zwischen Ost und West aufgebaut werden, wird durch das verabschiedete Assoziierungsabkommen sowie durch diesen Vorschlag unterstützt. Daher habe ich gegen diesen Antrag gestimmt.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Per aiutare l'Ucraina in questo difficile periodo di transizione, è stato giusto prolungare l'applicazione del regolamento dell'UE n. 374/2014 sulla riduzione o sulla soppressione dei dazi doganali sulle merci originarie dell'Ucraina fino al 31 dicembre 2015, cioè fino alla data in vigore dell'accordo di associazione e di libero scambio globale UE-Ucraina.

In questo modo si garantisce all'Ucraina il mantenimento delle condizioni esistenti per l'accesso al mercato dell'UE e si evita una possibile interruzione temporanea delle esportazioni verso l'UE, che avrebbe potuto creare ulteriori difficoltà all'Ucraina in una fase politica ed economica estremamente delicata per il paese.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la prolongation de mesures douanières favorables à l'Ukraine. Il faut bien comprendre que si l'Ukraine tombe économiquement, l'Europe en pâtira aussi. Nous aidons donc temporairement l'Ukraine à résister à l'embargo russe en facilitant l'accès de ses produits au marché européen.

Pour l'instant, cela montre son efficacité et pourtant nous nous ne sentons pas envahi de produits ukrainiens! C'est un petit geste pour l'Europe, un soutien géant pour l'Ukraine.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Il faut à tout prix empêcher que l'Ukraine ne puisse honorer ses factures de gaz à la Russie, en évitant que le pays s'effondre. Car en cas de fermeture des robinets, nous nous retrouvons au bout du réservoir tandis que l'hiver approche. C'est une situation qu'il faut à tout prix éviter.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de la extensión de las medidas comerciales autónomas para Ucrania porque, junto a la necesidad de evitar el vacío y la inseguridad jurídica que provocan el fin de las actuales medidas y la suspensión de la aplicación del Acuerdo Comercial UE-Ucrania hasta enero de 2016, este Reglamento incluye, como condición para su aplicación, el respeto a los Derechos Humanos por parte de Ucrania. El condicionamiento viene recogido en el articulado del propio Reglamento (considerando 3 y artículo 2) y es plenamente vinculante.

Esta medida forma parte de un conjunto de acciones emprendidas por la UE para apoyar a Ucrania en su proceso de paz, y ha sido respaldada por los 28 Estados miembros de la UE.

Los socialistas europeos defendemos que el comercio internacional no debe ser un fin en sí mismo, sino un medio para promover el desarrollo sostenible, el respeto a los derechos humanos, los estándares laborales y medioambientales en el mundo, en el marco del diálogo político. Velaremos por que el Gobierno de Ucrania cumpla debidamente con su compromiso de responder a los términos previstos en este Reglamento. Y, en caso contrario, solicitaremos la interrupción inmediata de las preferencias comerciales aquí concedidas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. - A Ucrânia é um país parceiro da União Europeia no âmbito da Política Europeia de Vizinhança e da sua Parceria Oriental.

Infelizmente, este país vizinho da EU enfrenta atualmente desafios de segurança, políticos, sociais, económicos bastante graves, complexos e absolutamente excecionais, que justificam da parte da UE medidas de apoio igualmente excecionais.

Apoiei, por isso, esta prorrogação da aplicação do Regulamento (UE) n.º 374/2014 relativo à redução ou à eliminação de direitos aduaneiros sobre as mercadorias originárias da Ucrânia até 31 de dezembro de 2015, esperando que esta medida possa contribuir positivamente para a desejável estabilização política e económica da Ucrânia, lembrando que esta medida *faz parte de um processo de paz global para a Ucrânia*, como se pode ler no relatório hoje votado.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Initialement, les mesures commerciales unilatérales ont été introduites en avril 2014 afin de fournir une aide immédiate à l'Ukraine sur le plan économique, et devaient expirer après six mois. Cependant, suite à la réunion tripartite entre l'Ukraine, l'Union européenne et la Russie, l'UE a accepté de retarder à décembre 2015 la mise en œuvre de la partie commerciale de son accord d'association avec l'Ukraine.

J'ai voté en faveur de ce rapport pour que l'Ukraine puisse continuer à bénéficier de préférences commerciales sans discontinuité et pour que l'Union européenne prouve qu'elle peut agir rapidement et de manière décisive.

De plus, l'Union européenne poursuit et réaffirme ses objectifs, étant donné que l'Ukraine sera tenue de respecter les normes sanitaires de l'UE ainsi que les droits de l'homme, les libertés fondamentales et l'état de droit pour pouvoir bénéficier de ces mesures commerciales préférentielles.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera assolutamente contraria al rinnovo delle preferenze commerciali ai prodotti provenienti dall'Ucraina. Il provvedimento è stato preso in maniera troppo frettolosa e avevo chiesto e ottenuto in Commissione INTA di evitare l'adozione della procedura semplificata. Inoltre, proposi di sottoporre il provvedimento al via libera dell'Organizzazione Mondiale del Commercio come venne fatto, analogamente, per le preferenze commerciali al Pakistan.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - Desde un primer momento condenamos y volvemos a reiterar nuestra condena al golpe de estado en Ucrania y al ascenso de fuerzas fascistas al gobierno. Por ese motivo votamos en contra del acuerdo de asociación UE-Ucrania, puesto que fue el detonante del golpe de estado, y porque las consecuencias del acuerdo de libre comercio serán desastrosas para diversos sectores de la economía tanto ucraniana como de algunos países de la UE.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Tras la supuesta ayuda que la UE pretende dar a Ucrania, se esconde la imposición de la liberalización de la economía, la desregulación y la privatización de diversos sectores, así como el desmantelamiento del tejido productivo ucraniano, que no tendrá condiciones para competir con las grandes compañías europeas.

El campesinado de la Unión Europea y de Ucrania una vez más se verá afectado por la competencia de la agricultura industrial y del negocio agroexportador. Este informe pretende, en concreto, acompañar la entrada en vigor de disposiciones comerciales del acuerdo de asociación UE-Ucrania. Por ese motivo no lo he votado a favor.

Monika Smolková (S&D), písomne - Ukrajina – náš východný partner – je dnes ťažko skúšanou krajinou, ktorej musíme pomôcť. Ľudia na východe Ukrajiny trpia hladom, následkom vojny sú bez domova a zomierajú nevinní civilisti – matky a ich deti. Preto som podporila zníženie niektorých a odstránenie ďalších cieľ na ukrajinský tovar. Cieľom je zabezpečenie existujúcich podmienok prístupu na trh EÚ a minimalizovanie rizík narušenia vývozu do EÚ. Toto riešenie je súčasťou komplexného mierového procesu na Ukrajine rešpektujúceho územnú celistvosť Ukrajiny, ako aj jej právo na rozhodnutie o svojej budúcnosti. Uvedené nariadenie poskytne podporu Ukrajine v jej mimoriadne ťažkej hospodárskej, politickej a bezpečnostnej situácii.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. - Podržavam prijedlog Europske komisije da se produlje primjene Uredbe o smanjenju ili ukidanju carina na robu podrijetlom iz Ukrajine do 31. prosinca 2015. Ovo proširenje navedene Uredbe do kraja 2015. godine samo je dobar prikaz podrške Ukrajini od strane EU-a u njezinoj teškoj političkoj i ekonomskoj situaciji.

S obzirom na poznatu situaciju između Ukrajine i Rusije što se tiče političkih i trgovačkih odnosa, preusmjeravanje s ruskog tržišta na europsko stvorit će mogućnost da ukrajinski proizvođači i tvrtke smanje negativne posljedice pretrpljene zbog ruskih trgovinskih mjera protiv Ukrajine. Uzimajući u obzir trenutnu situaciju u kojoj je Ukrajina, suočena s dosad nezapamćenim sigurnosnim, političkim i gospodarskim izazovima, pravodobno i brzo odobrenje Parlamenta o prijedlogu Komisije za proširenje Uredbe za Ukrajinu, samo će dokazati da Europska unija može djelovati brzo, učinkovito i u skladu sa svojim obećanjima da će pomagati Europu u cjelini.

S obzirom da EU nastoji ostvariti što bliskiji odnos s Ukrajinom, u cilju njezinog političkog pridruživanja i ekonomske integracije s Unijom, budući da je Ukrajina prioritetna partnerska zemalja u okviru Europske politike susjedstva i Istočnog partnerstva, smatram kako je važno izaći u susret Ukrajini i iz toga razloga ponovno podržavam prijedlog Komisije

Dubravka Šuica (PPE), napisan. - Uredba (EU) br. 374/2014 odnosi se na smanjivanje ili ukidanje carine na stvari koje potječu iz Ukrajine. Ukrajina je jedan od glavnih partnera unutar Europske politike susjedstva (EPS). Europskoj uniji potrebna je još veća povezanost s Ukrajinom uzevši u obzir njenu političku situaciju i gospodarsku povezanost s EU-om.

Smanjenje, odnosno ukidanje carine omogućit će lakši i brži protok dobara, te će se time ostvariti bolji položaj Ukrajine na europskom tržištu. Smatram kako će klauzula o ljudskim pravima koja se ovom odlukom unosi Europskoj uniji omogućiti dodatne mehanizme kojima može poboljšati poštivanje demokratskih principa, ljudskih prava, temeljnih sloboda i vladavine zakona u Ukrajini. Isto tako želim reći kako je zajednički cilj svih država članica Europske unije pružiti pomoć Ukrajini koja trenutno vodi određene sukobe za očuvanje demokratskog poretka i društvene stabilnosti.

Europska unija ne smije dopustiti da Ruska Federacija svojim potezima ugrožava temeljna ljudska prava i slobode unutar bilo koje države u Europi. Podržavam ovu rezoluciju iz razloga što je Europskoj uniji cilj podržati ekonomsku i političku stabilnost Ukrajine u ovome turbulentnom razdoblju.

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Καταψηφίζω την συγκεκριμένη έκθεση διότι η μείωση ή η κατάργηση των τελωνειακών δασμών που θα επιβληθούν στα εμπορεύματα καταγωγής Ουκρανίας αποτελεί μία συμβολική κίνηση της ΕΕ εναντίον της Ρωσίας λόγω των εξελίξεων στην περιοχή της Κριμαίας. Η ΕΕ πρέπει να στραφεί θετικά προς τη Ρωσία.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Afin de continuer à soutenir fermement l'Ukraine et de renforcer la sécurité des conditions présidant aux échanges pour les agents économiques, il est essentiel que le Parlement recoure à une procédure accélérée pour l'examen de la proposition de la Commission, de sorte que la prolongation puisse s'appliquer à partir du 2 novembre 2014, sans interruption. Une application rétroactive reste certes possible, mais dans l'éventualité où l'extension ne s'appliquerait pas immédiatement après le 1^{er} novembre, les entreprises devraient exercer leurs activités sans bénéficier de régime préférentiel et dans un contexte d'insécurité juridique tout en étant confrontées à des charges croissantes, ce qui ralentirait le rythme des exportations de l'Ukraine vers l'Union. Par ailleurs, les mesures commerciales autonomes offrent aux entreprises et producteurs ukrainiens l'occasion tant attendue de diversifier leurs débouchés loin

Donnerstag, 23. Oktober 2014

d'un marché russe de plus en plus restrictif, et les encouragent à adapter leurs normes et leur fonctionnement aux exigences de l'Union, les préparant ainsi à l'application complète de l'accord de libre-échange approfondi et complet à partir du 1^{er} janvier 2016 au plus tard.

Yana Toom (ALDE), kirjalikult. - Ukraina on silmitsi ulatusliku humanitaarkriisiga, mille tagajärjel kannatavad tavainimesed. Paraku on Euroopa abi väga piiratud. Sellises olukorras on iga abi Ukraina majandusele teretulnud, seega toetan resolutsiooni, kuigi tegemist on erakordse meetmega, kuna Venemaa nn vastusanktsioonide tõttu üritavad paljud EL liikmesriigid sisuliselt teha sama ja leida alternatiive Venemaa turule.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. - The situation on the EU's borders is not at all satisfactory. In Ukraine, more than 3 000 people have been killed in fighting this year. Yet the EU and we, as MEPs, must find some way to stop the flames at our borders. It is our duty to do so. We need to have a clear geopolitical vision about what the EU stands for. Our ring is on fire, from the Mediterranean to the eastern flank.

Hence, I welcome the agreement to boost commercial links between Ukraine and the EU. This agreement has to go hand in hand with various political elements that strengthen the democratic process, in order to promote a better life for Ukraine's people.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - Desde un primer momento condenamos y volvemos a reiterar nuestra condena al golpe de estado en Ucrania y al ascenso de fuerzas fascistas al gobierno. Por ese motivo votamos en contra del acuerdo de asociación UE-Ucrania, puesto que fue el detonante del golpe de estado, y porque las consecuencias del acuerdo de libre comercio serán desastrosas para diversos sectores de la economía tanto ucraniana como de algunos países de la UE.

Tras la supuesta ayuda que la UE pretende dar a Ucrania, se esconde la imposición de la liberalización de la economía, la desregulación y la privatización de diversos sectores, así como el desmantelamiento del tejido productivo ucraniano, que no tendrá condiciones para competir con las grandes compañías europeas.

Este informe pretende, en concreto, acompañar la entrada en vigor de disposiciones comerciales del acuerdo de asociación UE-Ucrania. Por ese motivo no lo he votado a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - Nós somos igualmente solidários com o povo ucraniano. É por isso que condenámos o golpe de Estado ilegal apoiado pela UE e pelos EUA.

Esta ajuda que a UE pretende dar ao povo da Ucrânia também a conhecemos em Portugal. A troca de ajuda financeira, a UE irá impor a liberalização da economia. Irá desmantelar o aparelho produtivo daquele país, que não tem condições para competir com as grandes companhias europeias.

O que a UE pretende não é ajudar. Quer apenas alargar o seu mercado a novos consumidores e ter acesso às matérias-primas da Ucrânia.

Se a UE quer ajudar, que exija do atual governo golpista da Ucrânia o respeito pelos direitos humanos. Que cesse de apoiar as milícias fascistas que perseguem sindicalistas e outras ativistas sociais. Que condene a tentativa de ilegalização do partido comunista da Ucrânia e que investigue todos os crimes cometidos, com especial destaque para o crime de Odessa.

É esta a ajuda que a UE deveria dar.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. - Die Ukraine ist ein historischer Teil der europäischen Völkerfamilie und sollte sowohl diplomatisch als auch wirtschaftlich an die EU herangeführt werden. Dennoch muss sich die EU klar darüber werden, dass unter den derzeitigen Bedingungen rund um den Konflikt in der Ost-Ukraine sowie durch die anhaltenden Sanktionen gegen die Russische Föderation dieser Prozess auf einseitigen Interessen der EU sowie der USA basiert. Die Gefahr, dass hier ein weiterer Kalter Krieg unterstützt und damit durch die diplomatische Kurzsichtigkeit der EU-Außenpolitik unwiederbringlich Blöcke zwischen Ost und West aufgebaut werden, wird durch das verabschiedete Assoziierungsabkommen sowie durch diesen Vorschlag unterstützt. Daher habe ich dagegen gestimmt.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. - Ich habe mich bei dieser Abstimmung enthalten, weil die EU-Kommission entgegen den Bestimmungen nicht die durch den Wegfall der Zollunion zu erwartenden finanziellen Mindereinnahmen der EU beziffert hat. Auch die Berichtsvorlage schweigt zu den finanziellen Auswirkungen aufgrund des Verzichts auf Zolleinnahmen. Die Mitglieder stimmen hier also über ein Thema ab, bei dem wichtige Einzelheiten unbekannt sind. Ich bin ausdrücklich für Freihandel, aber wenn der Wegfall einer Zollunion zu finanziellen Mindereinnahmen für die EU führt, dann sollten die Institutionen wenigstens den Mut aufbringen, das auch zuzugeben und den finanziellen Verlust zu beziffern.

Jaroslav Leszek Wałęsa (PPE), *in writing*. - I voted in favour of the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 374/2014 on the reduction or elimination of customs duties on goods originating in Ukraine. By doing so I lent my continuing support to Ukraine as it continues its struggles with the Russian Federation. I feel it is important to assist the Ukrainians in their efforts to distance themselves from Russia. This vote will significantly assist not only the Ukrainian Government but also its citizens in allowing them to obtain the goods and services they need while at the same time helping to minimise spending. Moreover, I agree completely with the rapporteur's comments that: 'While that tendency is very important for Ukraine and its businesses, the economic impact of the increase of Ukrainian exports for the EU, given the asymmetry in economic terms between the two trading partners, is bound to be very small. In addition, the trade concessions reflect the balanced outcome of the negotiations with Ukraine in the context of the DCFTA, and have been carefully determined to provide adequate levels of protection to sensitive sectors in the EU, while at the same time facilitating trade with Ukraine'.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. - Am votat Raportul cu privire la propunerea Comisiei de prelungire a preferințelor comerciale pentru Ucraina. Salut decizia Comisiei de a transmite urgent PE propunerea sa de prelungire, până în 31 decembrie 2015, a preferințelor comerciale existente, măsură care va acoperi perioada rămasă până la intrarea în vigoare a Acordului de Comerț Liber (DCFTA) între UE și Ucraina. Această decizie demonstrează, încă odată, angajamentul UE de a sprijini parcursul european al Ucrainei. Ea se înscrie în seria hotărârilor prin care Uniunea își manifestă în mod concret atașamentul față de angajamentele sale din cadrul Parteneriatului Estic, față de partenerii săi fie că e vorba de Ucraina, Republica Moldova sau Georgia.

Anna Záborská (PPE), *pisomne*. - Ak máme pomôcť ľuďom na Ukrajine, ktorí si aj za cenu mnohých ľudských životov zvolili európsku budúcnosť, musí EÚ dôrazne a dlhodobo podporovať budovanie ich demokratických inštitúcií, no zároveň odstraňovať prekážky, ktoré bránia vzájomnému obchodu medzi EÚ a Ukrajinou. Objem vývozu tovarov z Ukrajiny do EÚ sa v prvej polovici roka 2014 výrazne zvýšil a toto zvýšenie takmer kompenzovalo zníženie vývozu z Ukrajiny do Ruska. Vzhľadom na kroky Ruska je zmena orientácie z ruského trhu na európsky trh nevyhnutná, pričom sa zdá, že zatiaľ táto zmena prebieha úspešne. Obchodné ústupky zo strany EÚ boli zvolené tak, aby zvýšený dovoz neohrozil citlivé sektory v EÚ. Zachováva sa aj možnosť pozastaviť tieto preferenčné obchodné opatrenia v prípade podvodu a ich udelenie je podmienené dodržiavaním demokratických zásad, ľudských práv, základných slobôd a zásady právneho štátu Ukrajinou. Za týchto podmienok som mohla predložený návrh uznesenia podporiť s čistým svedomím.

9.2. Entlastung 2012: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (A8-0011/2014 — Petri Sarvamaa)

Written explanations of vote

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. - Mit diesem Bericht erteilt das Europäische Parlament die Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Büros des Gremiums Europäischer Regierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) für das Haushaltsjahr 2012. Dazu kommt es erst nach einer Verzögerung, da die Entlastung durch die Feststellung von Mängeln in der Verwaltung aufgeschoben werden musste.

Zur Vermeidung der Unzulänglichkeiten im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit bestimmter Vorgänge wurden auf Empfehlung des Parlaments innerhalb der Organisation mehrere Schritte unternommen. Dazu gehören u. a. Initiativen im Bereich der Haushaltsführung und des Finanzmanagements, eine ausführliche Checkliste für die Auftragsvergabe, Personalschulungen sowie Maßnahmen für mehr Transparenz und die Vermeidung von Interessenkonflikten.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Das Europäische Parlament hat seine Kontrollfunktion wahrgenommen und zu einem besseren Funktionieren der betroffenen Organisation beigetragen.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. - I am sorry to be unable to attend this vote, and therefore wish to communicate my belief that discharge should not be granted to BEREC. Improvements may have been made to BEREC in 2013, but that would be an argument to grant discharge in 2013 — not 2012. I therefore remain opposed to discharge.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Ce rapport qui nous est présenté a pour but de donner une décharge au comité de gestion de l'Office de l'organe des régulateurs européens des télécommunications électroniques sur l'exécution du Budget pour l'exercice 2012.

Au vu des observations qui font partie intégrante de cette décharge, je me suis prononcée défavorablement sur ce vote.

En effet, il est demandé, dans ces observations, que l'Office contrôle mieux son budget à venir compte tenu des taux d'exécution budgétaires de 89,55% et des taux de crédits de paiement de 76,57%. Comme pour le budget général de l'UE, le taux des crédits engagés annulés et reportés à 2013 est préoccupant: 28% (contre tout de même 45% lors de l'exercice budgétaire précédent!). De même, les crédits inutilisés s'élèvent toujours à 14,6% en 2013 (17% en 2012).

Enfin, je tiens aussi à déplorer le manque de transparence de l'Office et je constate qu'il vient tout juste d'inclure dans son manuel financier une liste de contrôle détaillée et contraignante pour la passation des marchés ainsi que la nomination d'un responsable des marchés...

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Ho votato contro il Testo e quindi a favore della concessione del Discarico per l'Ufficio dell'Organismo dei regolatori europei delle comunicazioni elettroniche.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas patvirtina, kad 2012 m. Europos elektroninių ryšių reguliuotojų institucijos biuras įvykdė jam skirtą biudžetą. Patvirtindamas 2012 m. biudžeto įvykdymą, Parlamentas taip pat išdėstė pastabas dėl skaidresnio biudžeto valdymo ateičiai dėl operacijų teisėtumo ir tvarkinimo, viešųjų pirkimų ir įdarbinimo procedūrų, interesų konfliktų prevencijos ir valdymo bei vidaus audito.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho votato per la concessione del discarico.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Chaque agence de l'Union européenne se voit octroyer un budget afin d'assurer son bon fonctionnement. Le Parlement européen et le Conseil sont co-décisionnaires de ce budget. Il revient donc au Parlement de contrôler les dépenses des agences européennes. L'organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE) avait montré quelques difficultés de mise en œuvre de ses activités notamment en matière de procédures de recrutement et de passation des marchés publics. Le Parlement avait donc voté en faveur d'un report de la décision de décharge à une date ultérieure. À présent, l'ORECE s'est employé à corriger ces déficiences. Le Parlement a donc décidé d'octroyer la décharge à l'organe en question. J'ai voté en faveur de la décharge.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Ho votato a favore della proposta di decisione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'Ufficio dell'Organismo dei regolatori europei delle comunicazioni elettroniche per l'esercizio 2012 e ritengo opportuno fare alcune considerazioni:

Dal punto di vista procedurale mi compiaccio che l'Ufficio abbia introdotto nei suoi manuali finanziario e di contabilità procedure chiare e fasi e flussi di lavoro dettagliati ad uso di tutti gli attori finanziari;

Ritengo, invece, che dal punto di vista della gestione finanziaria e di bilancio, vi sia ancora margine per un miglioramento e invito l'Ufficio a intensificare, in futuro, gli sforzi in materia di controllo del bilancio;

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Sulla prevenzione e gestione dei conflitti di interesse e sulla trasparenza, constato che le dichiarazioni annuali di interesse rese dal comitato dei regolatori, dal comitato di gestione e dal direttore amministrativo dell'Ufficio sono state messe a disposizione attraverso sezioni speciali del registro pubblico di documenti dell'Ufficio, ma anche che l'Ufficio non ha previsto un riesame della sua attuale politica in materia di conflitti di interesse;

Apprezzabili, infine, le iniziative prese recentemente dall'Ufficio per il miglioramento della comunicazione con i cittadini europei.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Appoggio la relazione del collega Sarvamaa improntata sull'importanza della sana, corretta e trasparente gestione finanziaria delle Istituzioni europee e in questo caso del BEREC. Finalmente sono state colmate le lacune connesse alla legittimità e alla regolarità delle operazioni di questo Ufficio, con l'introduzione di provvedimenti volti a migliorare i tassi di esecuzione, controllo e monitoraggio di bilancio, a risolvere le questioni relative agli impegni e riporti e all'assunzione e formazione del personale. Pertanto, mi compiaccio dei risultati raggiunti anche in riferimento al miglioramento della comunicazione con i cittadini europei riguardo all'impatto dell'attività di questo ufficio su di essi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - BEREC has continued to show a commitment towards keeping standards of independence, consistency and high quality regulation of electronic communications which benefits European citizens and consequently I have voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Voto contro la relazione relativa al discarico del BEREC. In prima istanza, ad aprile, il discarico era stato rinviato sia a causa del livello dei riporti di stanziamenti impegnati al 2013 pari a 611.000 di euro, indicativo delle difficoltà nella pianificazione delle attività finanziarie, le procedure di assunzione esaminate avevano rivelato carenze significative che riguardavano la trasparenza. Vi erano anche dubbi riguardo a informazioni limitate sulla politica in materia di conflitti di interessi, senza una conferma dell'eventuale attuazione di un codice di condotta appropriato. Il BEREC ha cercato quindi, in questi mesi, di soddisfare le richieste del Parlamento, tuttavia il tasso di annullamento degli stanziamenti impegnati riportati all'esercizio 2013 si attesta al 28%, sebbene sia stata registrata una diminuzione rispetto al tasso dell'esercizio precedente, che era pari al 45%. E' opportuno evidenziare come sia necessario un assoluto rigore nei confronti delle agenzie decentrate dell'UE.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - Tras la decisión del Parlamento Europeo en abril de posponer la aprobación de la gestión de 2012 del OEREC, éste tomo diversas medidas para mejorar la situación, como mejor planificación financiera o el monitoreo mensual estricto. Por ese motivo he votado a favor de la resolución del Parlamento Europeo.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I voted in favour of supporting the 2012 discharge for the Body of European Regulators for Electronic Communications. However I believe that other measures should be put in place to ensure the full visibility of the EU's budget. Other aspects of their performance have improved significantly.

The decision on granting discharge to BEREC was postponed in the spring as there had been concerns about poor performance in 2012. However this was due, in part, to the organisation having been newly established.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le report du vote de la décharge en avril dernier pour l'Organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE) a porté ses fruits. En effet, cette agence a pris les mesures répondant aux problèmes identifiés tels que les déficiences dans le cadre des procédures de recrutement et la marge d'amélioration importante concernant les procédures de passation de marchés publics. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A evolução e correção de procedimentos e normas de funcionamento e gestão de recursos verificadas no Organismo de Reguladores Europeus das Comunicações Eletrónicas vêm demonstrar a pertinência e importância do controlo democrático das instituições e do bom relacionamento interinstitucional, enquanto fatores de credibilidade e valorização do serviço público a prestar a todos os cidadãos da União Europeia. As práticas de boa gestão e eficiência administrativa são perfeitamente enquadráveis e até estimuladas pelo respeito e cumprimento integral da legislação e das normas regulamentares.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Na sessão plenária de abril deste ano, o Parlamento adotou o relatório da Comissão do Controlo Orçamental que propunha adiar a quitação ao orçamento 2012 do Gabinete do Organismo de Reguladores das Comunicações Eletrónicas.

A razão para este adiamento deveu-se a problemas na administração do Gabinete relacionados com o orçamento e gestão financeira, com dotações de autorizações e pagamentos, com os procedimentos de adjudicação e contratação e com as contas anuais finais.

O relatório afirma que o Gabinete está a fazer um esforço para resolver os problemas anteriormente detetados, principalmente no que toca às dotações de autorizações e pagamentos, tal como uma melhor planificação orçamental e uma rigorosa fiscalização dos pagamentos mensais e anuais.

Por essa razão, a Comissão de Controlo Orçamental propõe, desta feita, dar a quitação para o exercício de 2012 ao Gabinete.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* - Existovala obava, že úrad vykazoval zlú výkonnosť počas roka 2012, hlavne v dôsledku toho, že táto organizácia bola v tom čase len nedávno vytvorená. Treba však uznať, že mnohé aspekty výkonu sa významne zlepšili, ako napríklad miera plnenia rozpočtu, ale aj plnenie platobných rozpočtových prostriedkov v porovnaní s predchádzajúcim obdobím. Úrad podnikol viaceré kroky s cieľom riešiť otázky týkajúce sa záväzkov a prenosov, ale aj v oblasti monitorovania mesačných a koncoročných platieb. Treba však aj kriticky podotknúť, že miera zrušených viazaných rozpočtových prostriedkov prenesených do roku 2013 vo výške 28 % je stále vysoká.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo parere favorevole alla concessione del discarico per l'Organismo dei regolatori europei delle comunicazioni elettroniche

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Ψηφίζω υπέρ της Απαλλαγής 2012: Φορέας Ευρωπαϊκών Ρυθμιστικών Αρχών για τις Ηλεκτρονικές Επικοινωνίες, διότι εκτιμώ ως θετικό το γεγονός ότι οι ελεγκτικές υπηρεσίες έπραξαν το έργο τους για την ομαλή οικονομική λειτουργία των θεσμών.

Neena Gill (S&D), *in writing*. - Given that we were able to establish a sufficient degree of improvement in its performance compared with the situation in 2012, I voted in favour of granting discharge to the Body of European Regulators for Electronic Communications.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za davanje razrješnice za izvršenja proračuna Ureda Tijela europskih regulatora za elektroničke komunikacije za financijsku godinu 2012., jer su se poduzele mjere kako bi postupci, koraci i procesi rada, kojima se financijski korisnici koriste, bili jasniji i bolje strukturirani.

Iako se upravljanje proračunom blago poboljšalo, ima još uvijek prostora za bolje planiranje istoga, te za unaprjeđenje kontrole postupaka javnih nabava i zapošljavanja. Podržavam također postignuto poboljšanje vezano uz komunikaciju Ureda s građanima.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. - J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Petri Sarvamaa sur la décharge pour l'année 2012 du budget de l'organe des régulateurs européens des communications électroniques. L'ORECE a adopté pendant l'été les mesures demandées par le Parlement européen en matière de procédures de recrutement et de passation de marchés publics, levant les derniers obstacles pour l'octroi de cette décharge.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I supported granting discharge to the Body of European Regulators for Electronic Communications (BEREC) for the financial year 2012. BEREC has improved its performance significantly and satisfied Parliament's concerns.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - Tras la decisión del Parlamento Europeo en abril de posponer la aprobación de la gestión de 2012 del OEREC, éste tomo diversas medidas para mejorar la situación, como mejor planificación financiera o el monitoreo mensual estricto. Por ese motivo he votado a favor de la resolución del Parlamento Europeo.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. - U travnju ove godine 30 agencija je dobilo razrješnicu za provedbu proračuna 2012. godine. Parlament je ipak odgodio razrješnicu za ravnatelja Tijela europskih regulatora za elektroničke komunikacije, odnosno BEREC-a.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Ključni argumenti za odgađanje odobravanja razrješnice do listopada bile su poteškoće u provedbi aktivnosti samog Tijela, nedostaci u postupcima zapošljavanja i uočen značajan prostor za poboljšanje u vezi s postupcima javne nabave.

Agencija je imala cijelo ljeto na raspolaganju u svrhu pronalaženja rješenja za ove probleme i Odbor za proračunski nadzor usvojio je novi prijedlog. Podržala sam izvješće i pozdravljam poduzete mjere koje su provedene tijekom ljeta, a sve u svrhu rješavanja spomenutih problema.

David Martin (S&D), *in writing*. - I voted for this Report which takes note that in order to address the shortcomings related to the legality and regularity of transactions, the Office has included in its Financial and Accounting Manuals clear procedures, detailed steps and workflows to be used by all financial actors. The report also welcomes the fact that processes related to the carry forward exercise were under particular focus.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della proposta di decisione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'Ufficio dell'Organismo dei regolatori europei delle comunicazioni elettroniche per l'esercizio 2012. Complimentandomi dei risultati raggiunti recentemente dall'Ufficio competente in riferimento al miglioramento della comunicazione con i cittadini europei.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - Lo scorso marzo, la Commissione per il Controllo dei bilanci evidenziava l'esistenza di alcune lacune nei documenti presentati dall'Organismo dei regolatori europei delle comunicazioni elettroniche come giustificazione alla gestione dei fondi ad esso in dotazione per il 2012.

In quell'occasione, l'Osservatorio veniva invitato a migliorare le proprie capacità gestionali e di programmazione, attraverso un perfezionamento dell'attività relativa al controllo di bilancio, e un'ottimizzazione delle procedure di appalto e di assunzione del personale.

Oggi, a distanza di qualche mese, ritengo che tale Agenzia abbia sopperito alle precedenti mancanze, presentando una documentazione di bilancio abbastanza soddisfacente.

E' per queste ragioni che ho deciso di esprimermi a favore della relazione Sarvamaa, un testo che riporta nel dettaglio i miglioramenti prodotti da parte dell'Osservatorio, con l'obiettivo di ampliare i margini di trasparenza della propria attività contabile.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. - Ich habe gegen die Entlastung des Büros des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen gestimmt, da durch eine diesbezügliche „Zusammenarbeit“ mit dem Rat dem Parlament seine Kernkompetenz genommen wird. Die Kompetenz der Mittelverteilung und vor allem die Überprüfung der sachgerechten Verwendung haben beim Parlament zu verbleiben.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Le pouvoir de décharge budgétaire du Parlement devrait lui permettre de faire respecter par l'ensemble des institutions et agences européennes les engagements budgétaires pris. Or la Commission comme le Conseil ne tiennent quasiment aucun compte des votes du Parlement, y compris quand il refuse la décharge. C'est un symptôme de l'impuissance démocratique du Parlement dans l'UE. Il s'agit ici de donner quitus à l'Office de l'Organe des régulateurs européens des communications électroniques pour l'exercice 2013. Ce quitus a été refusé par le Parlement en avril 2013 pour cause de manquement dans le: budget et la gestion financière, les engagements et les reports, les procédures de passation des marchés et de recrutement et les comptes annuels définitifs. Des mesures ont été prises par l'ORECE pour améliorer la situation des engagements et des reports, ainsi qu'une meilleure planification budgétaire et un contrôle strict de mois et de fin d'année de versements. Néanmoins le budget 2013 ayant été exécuté de manière particulièrement chaotique, toute décharge donnée pour cet exercice pose problème. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Todas as instituições europeias que dependem do orçamento da União Europeia têm que ser fiscalizadas, de forma rigorosa, pelo Tribunal de Contas e por todas as entidades com essa função. É necessário aferir se os fundos comunitários estão a ser bem utilizados, se essas instituições estão a cumprir os objetivos delineados e se não existe desperdício de recursos. De um modo geral, salvo raras exceções, a avaliar pelas fiscalizações conhecidas, podemos afirmar que as instituições em causa estão a utilizar de forma correta os fundos disponibilizados e a cumprir os objetivos propostos.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Parece ser o caso do Organismo de Reguladores Europeus das Comunicações Eletrónicas, pelo que voto favoravelmente a quitação referente às contas de 2012.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The report has welcomed the measures taken by the Body of European Regulators for Electronic Communications (BEREC) to address the issues that were at hand, including the inclusion of a mandatory and detailed procurement checklist in the Office's Financial Manual, as well as the changes and improvements made to the existing recruitment procedures such as increased transparency in the recruitment process. I therefore voted in favour of this report.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I supported Parliament in granting discharge to the Body of European Regulators for Electronic Communications. Despite the fact that the initial discharge was postponed, I acknowledge that there has been some improvement in the EU's visibility on the organisation's website. Nevertheless, close monitoring is needed to ensure that the presence of the EU budget in this organisation is made fully visible.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui donne la décharge financière à l'ORECE après un ajournement décidé au printemps dernier. Ce nouvel organe a été créé, en parallèle des discussions sur l'avenir des télécoms, afin d'harmoniser les différentes réglementations dans les États membres. Le lancement de cet organe a connu des difficultés et l'ORECE a mis en place des mesures importantes pour y remédier cet été. La décharge financière est maintenant justifiée puisque des garanties suffisantes ont été apportées.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Bei der Abstimmung ging es um die Entlastung des Büros des Gremiums Europäischer Regierungsstellen für elektronische Kommunikation für das Haushaltsjahr 2012. Bereits in den Vorjahren äußerte der Rechnungshof Kritik an diesbezüglichen Ausschreibungen und der Vergabepaxis. Für mich stellt die Budgethoheit eines der zentralen Rechte jeder demokratisch legitimierten Volksvertretung dar – für das Europäische Parlament darf nichts anderes gelten. Das Vertrauen der Bürger zu den europäischen Institutionen hängt ganz wesentlich von der Transparenz und Nachvollziehbarkeit ihrer Entscheidungen ab. Und bedauerlicherweise halten wir bestimmte Vergabepraktiken nach wie vor für undurchsichtig.

Ein zweites Kernproblem hängt mit der Stellung und dem Selbstverständnis unseres Parlaments zusammen. Für mich kann es nicht angehen, dass eine Entlastung dergestalt „modernisiert“ wird, dass sie zusammen mit dem Rat erfolgt. Sie hat dem Parlament vorbehalten zu bleiben. Insofern bleibe ich bei meiner Forderung, die Finanzen und die Überprüfung ihrer sachgemäßen Verwendung einzig dem demokratisch legitimierten Gesetzgeber zu unterstellen. Das sind wir den Bürgern gerade vor dem Hintergrund der nach wie vor nicht ausgestandenen Finanzkrise schuldig.

Daher habe ich gegen die Entlastung des Büros des Gremiums Europäischer Regierungsstellen für elektronische Kommunikation für das Haushaltsjahr 2012 gestimmt.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - A seguito della relazione del collega Sarvamaa, ho dato il mio voto favorevole sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'Ufficio dell'Organismo dei regolatori europei delle comunicazioni elettroniche per l'esercizio 2012, anche basandomi sulla relazione della Corte dei conti sui conti annuali dell'ufficio. Si nota, infatti, che l'Ufficio ha introdotto nella sua contabilità procedure chiare e flussi di lavoro dettagliati e che il tasso di esecuzione del bilancio ed il tasso di esecuzione degli stanziamenti di pagamento registrano un miglioramento rispetto ai risultati dell'anno precedente.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — L'économie digitale est l'un des fers de lance de l'Union européenne au sein de laquelle l'office de l'Organe des régulateurs européens des communications œuvre à la bonne réglementation des marchés des nouvelles technologies.

En cela, il convient de redoubler de vigilance sur des défauts de l'emploi des comptes de cet organe, mais également de prendre compte de leur bon rétablissement. Je suis donc favorable à ce rapport, parce que sans l'approbation des comptes par le Parlement, cette jeune institution ne pourrait commencer de pleinement fonctionner.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - La Oficina del Organismo de Reguladores Europeos de las Comunicaciones Electrónicas fue la única agencia de la UE que en abril de 2014 no recibió el visto bueno a sus cuentas del ejercicio 2012 por parte de este Parlamento.

El Tribunal de Cuentas Europeo incluyó en su informe anual de 2012 reservas respecto a la legalidad y regularidad de ciertas operaciones y ciertos aspectos de su gestión. Estas deficiencias, explicables en cierta medida por el reciente establecimiento de esta Agencia, han sido subsanadas.

Por ello he decidido apoyar la aprobación de las cuentas de la Oficina del Organismo de Reguladores Europeos de las Comunicaciones Electrónicas para el ejercicio 2012.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — En avril dernier, le Parlement européen avait pris la décision de reporter la décharge de l'Organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE), en raison de ses faiblesses en matière de gestion et de planification budgétaires. Il était nécessaire de donner le temps à l'ORECE de convaincre le Parlement de sa capacité à corriger ses points faibles.

Depuis cette décision de report, des vérifications ont eu lieu et des solutions ont été trouvées ; c'est en ce sens que j'ai soutenu ce rapport qui accorde la décharge à l'ORECE pour l'exercice 2012.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - Il Parlamento, in aprile, aveva rinviato la concessione del discarico del bilancio 2012 dell'ORECE con base a Riga. Fra le cause, la difficoltà di mettere in pratica le attività dell'Organo, le mancanze di procedure di reclutamento e margini di miglioramento per quello che concerne le procedure degli appalti pubblici. L'ORECE si era impegnata a trovare le soluzioni a tutti i problemi e, viste le misure adottate, anche in seguito alla valutazione positiva della commissione controllo bilanci, che ha deciso di concedere il discarico, ho votato a favore.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - Tras la decisión del Parlamento Europeo en abril de posponer la aprobación de la gestión de 2012 del OEREC, éste tomo diversas medidas para mejorar la situación, como mejor planificación financiera o el monitoreo mensual estricto. Por ese motivo he votado a favor de la resolución del Parlamento Europeo.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. - Podržavam prijedlog o davanju razrješnice za izvršenje proračuna Ureda Tijela europskih regulatora za elektroničke komunikacije za financijsku godinu 2012., budući da su sada otklonjeni svi nedostaci vezani uz postupke zapošljavanja i javne nabave zbog kojih je prvotno odgođeno davanje razrješnice. Pohvaljujem trud koji je Ured uložio kako bi, uz spomenute nedostatke, otklonio i nedostatke oko zakonitosti i pravilnosti transakcija opisujući jasne postupke, korake i procese rada u svojim priručnicima za financije i računovodstvo.

Detaljan postupak unutarnje kontrole koji je Ured usvojio kako bi pravovremeno evidentirao sve nepravilne aktivnosti i iste otklonio, omogućit će efikasan rad. Budući da je Tijelo europskih regulatora za elektroničke komunikacije osnovano s ciljem primjene propisa EU-a radi poboljšanja funkcioniranja jedinstvenog tržišta, posebno pozdravljam niz mjera kojima je zabilježen ukupan napredak poslovanja Ureda.

Mjere za bolje planiranje proračuna i stroži nadzor mjesečnih plaćanja i plaćanja na kraju godine, zapošljavanje na ključnim radnim mjestima, jasno definirani postupci nabave, uključivanje mjerljivih ciljeva kako bi se primijenili standardi unutarnje kontrole koji se odnose na ciljeve i pokazatelje uspješnosti, koraci koje je Ured poduzeo kako bi poboljšao komunikaciju s europskim građanima o učinku svog rada na njih, sigurno će pridonijeti lakšem izvršavanju poslovnih zadataka te boljem ocjenjivanju njihovih poslovnih aktivnosti.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. - S obzirom na poteškoće koje je Tijelo europskih regulatora za elektroničke komunikacije imalo u vezi sa zapošljavanjem i nabavom, mogu ustvrditi da je uspješno iskoristiti ljetne mjeseci kako bi ih pokušalo otkloniti, te je u vezi s time Odbor CONT usvojio izvješće kojim se predlaže davanje razrješnice Tijelu europskih regulatora za elektroničke komunikacije.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

U izvješću se pozdravljaju mjere koje su poduzete kako bi se ispravili nedostaci (npr. u priručnicima Tijela za financije i računovodstvo opisani su jasni postupci, detaljni koraci i procesi rada kojima se moraju koristiti svi financijski sudionici, s posebnim naglaskom na postupke u vezi s izvršenjem prijenosa sredstava), te u skladu s tim izvješćem podržavam prijedlog davanja razrješnice agenciji Tijelu europskih regulatora za elektroničke komunikacije.

Eleftherios Synadinos (NI), γραπτώς. - Υπερψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση καθόσον έχουν ολοκληρωθεί με επιτυχία και διαφάνεια οι απαραίτητες εργασίες των αντίστοιχων υπηρεσιών που αφορούν στην εκτέλεση του προϋπολογισμού της Υπηρεσίας του Φορέα Ευρωπαϊκών Ρυθμιστικών Αρχών για τις Ηλεκτρονικές Επικοινωνίες για το οικονομικό έτος 2012

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — J'ai voté en faveur du texte. Les mesures prises récemment par l'Office afin d'améliorer la communication avec les citoyens européens sur les répercussions de ses activités sur ces derniers sont appréciables, notamment de l'accent mis sur les objectifs mesurables et clairement définis qui permettent une meilleure évaluation de ses activités;

L'Office a commencé à mettre davantage en avant sa qualité d'organisme de l'Union européenne en affichant le logo de l'Union sur certaines pages de son site internet. Il est important qu'il en soit fait de même sur la page d'accueil de l'ORECE et systématiquement dans toutes les communications, de façon à bien mettre en évidence la contribution du budget de l'Union à l'Office.

Marco Valli (EFDD), per iscritto. - Ho votato contro la relazione perché, sebbene sia presente un certo sforzo da parte del BEREC, è necessario un assoluto rigore nei confronti delle agenzie decentrate dell'UE.

Uno dei motivi per i quali il disarcico è stato rinviato riguarda le procedure di assunzione che avevano rivelato carenze significative in merito alla trasparenza.

A tale problema, si sono anche aggiunti dubbi riguardo a informazioni limitate sulla politica in materia di conflitti di interessi, senza una conferma dell'eventuale attuazione di un codice di condotta appropriato. Il BEREC ha cercato quindi, in questi mesi, di introdurre miglioramenti a livello delle attuali procedure di assunzione al fine di rispondere alle richieste dell'autorità di disarcico per accrescere la trasparenza, ma non ha previsto un riesame della sua attuale politica in materia di conflitti di interessi, ritenendola coerente con gli orientamenti della Commissione sulla prevenzione e la gestione dei conflitti di interessi nelle agenzie decentrate dell'UE.

Per i motivi di cui sopra, non ho pertanto supportato la relazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - Tras la decisión del Parlamento Europeo en abril de posponer la aprobación de la gestión de 2012 del OEREC, éste tomo diversas medidas para mejorar la situación, como mejor planificación financiera o el monitoreo mensual estricto. Por ese motivo he votado a favor de la resolución del Parlamento Europeo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - A razão para este adiamento, que propunha adiar a quitação ao orçamento 2012 do Gabinete do Organismo de Reguladores das Comunicações Eletrónicas, deveu-se a problemas na administração do Gabinete relacionados com o orçamento e gestão financeira, com dotações de autorizações e pagamentos, com os procedimentos de adjudicação e contratação e com as contas anuais finais.

O relatório aponta os esforços para resolver os problemas anteriormente detetados e, por isso, a Comissão de Controlo Orçamental dá a quitação para o exercício de 2012 ao Gabinete.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. - Die Entlastung des Büros des Gremiums Europäischer Regierungsstellen für elektronische Kommunikation für das Haushaltsjahr 2012 wurde bezüglich der Ausschreibungen sowie bei der Vergabe schon vom Rechnungshof kritisiert und ist für mich ein weiteres Zeichen verfehlter Budgetpolitik des Europäischen Parlaments. Gerade in Zeiten von Finanzkrisen reagiert das Parlament hierbei durch Intransparenz und unterstreicht diesen Zustand nicht nur durch undurchsichtige Vergabepraktiken, sondern vor allem dadurch, dass diese Entlastung mit dem Europäischen Rat einhergeht. Ich habe in diesem Sinne gegen diesen Bericht gestimmt, da die Finanzen sowie die Prüfung von Vergabe und Anwendung alleine der demokratisch legitimierten Volksvertretung obliegen.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Tomáš Zdechovský (PPE), *in writing*. - I voted in favour of granting discharge to BEREC because the agency actively sought solutions to the problems for which it was criticized. BEREC adopted measures addressing some of the key recommendations from the CONT committee in a timely manner. At the same time, the agency was very cooperative.

9.3. Entlastung 2012: Europäischer Rat und Rat (A8-0010/2014 — Tamás Deutsch)

Oral explanations of vote

Peter Jahr (PPE). - Frau Präsidentin! Ich bin auch froh, dass das Parlament heute den Beschluss gefasst hat, den Europäischen Rat nicht zu entlasten. Wir haben ja in dieser Woche auch die ganzen Haushaltsdebatten gehabt. Auch wenn es wahrscheinlich nicht unmittelbar zur Sache gehört, möchte ich noch einmal darum bitten und den Rat auffordern, endlich die von ihm selbst verursachten Rückstände bei den Mitgliedsbeiträgen in den Haushalt der Europäischen Union einzuzahlen. Ich halte es für hochgradig unanständig, Mitglied einer Europäischen Union zu sein und als *member state* schlicht und ergreifend meinen Pflichten nicht nachzukommen. Die erste Pflicht ist natürlich, sich in Brüssel zu treffen, natürlich mitzuhelfen, dass anständige Gesetze entstehen, aber die wichtigste Pflicht ist auch, die Mitgliedsbeiträge pünktlich und ordentlich zu überweisen, denn nur so kann die Europäische Union handlungsfähig bleiben.

Written explanations of vote

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Parlament verweigert in berechtigter Weise die Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Rates und des Rates für das Haushaltsjahr 2012.

Bereits mehrfach hat das EU-Parlament in der Vergangenheit die mangelnde Mitarbeit des Rates im vorliegenden Verfahren kritisiert.

Das Verhalten des Rates ist nicht akzeptabel, denn die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung gehört zu den Grundaufgaben jedes Parlaments. Diese demokratische Kontrolle ist nötig, um eine allgemeine Transparenz der Verwendung öffentlicher Mittel zu garantieren.

Genau dies kann das Parlament jedoch aufgrund der oben genannten mangelnden Mitarbeit nicht tun.

Der Europäische Rechnungshof stellt in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 2012 Fehler fest, etwa bei der Konzeption der Beschaffungsverfahren. Er spricht seinerseits Empfehlungen aus. Auf diese Empfehlungen muss der Rat reagieren. Dies ist jedoch nicht zufriedenstellend geschehen.

Ebenfalls muss das Parlament über die tatsächlichen und voraussichtlichen Kosten für das 'Europa'-Gebäude und das 'Residence-Palace'-Gebäude informiert werden.

Der Rat muss endlich korrekt mit dem Parlament kooperieren. Ansonsten tritt er das Recht der EU-Bürger auf Transparenz und Information mit Füßen.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Ce rapport, qui nous propose de refuser la décharge au secrétaire général du Conseil sur l'exécution du Budget du Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2012, illustre en soi toutes les difficultés de l'Union européenne. D'un côté, une volonté «d'eurofédéralisme» à tout prix et de l'autre, des différences naturelles (culturelles, historiques ou économiques) entre les peuples et les pays européens que l'on ne peut nier.

Ainsi, dans ce combat de principe entre le Parlement et le Conseil se trouve l'échec parfait de ces institutions européennes qui veulent appliquer à des réalités trop différentes des remèdes qui ne sont pas adaptés.

Ce rapport met en avant plusieurs points qui méritent d'être soulevés sur le fonctionnement de l'UE. Par exemple, des erreurs dans la conception des procédures de passation de marchés ou le manque de transparence des institutions européennes. Des documents demandés par le Parlement ne sont pas transmis et mieux encore, on reconnaît que cela «devient le symptôme inquiétant d'une certaine pratique contraire à la démocratie dans les institutions de l'Union». Bossuet dirait que «Dieu se rit des hommes qui déplorent les effets dont ils chérissent les causes».

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Pour le principe, j'ai néanmoins voté favorablement sur ce texte.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Grazie alla procedura di discarico il Parlamento europeo esercita il controllo democratico ex-post sulle modalità di impiego del bilancio dell'Unione. Ho votato a favore di questa Relazione e quindi contro l'approvazione del bilancio del Consiglio, perché questa istituzione, da troppi anni, si rifiuta di fornire le informazioni necessarie per permettere che i cittadini, attraverso i loro rappresentanti in Parlamento, possano controllarne le spese.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore della posizione della commissione per il controllo dei bilanci che rifiuta il discarico al Segretario generale del Consiglio per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2012.

Tutte le istituzioni comunitarie dovrebbero essere trasparenti e rendere pienamente conto ai cittadini dell'Unione in merito ai fondi che vengono ad esse affidati in quanto istituzioni dell'Unione Europea, ritengo che il Consiglio non sia stato sufficientemente trasparente. Questo discorso vale a maggior ragione per il Consiglio europeo e il Consiglio che dovrebbero essere soggetti a responsabilità democratica nei confronti dei cittadini dell'Unione dal momento che sono beneficiari del bilancio generale dell'Unione Europea.

Tuttavia il discarico del Consiglio per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2012 è caratterizzato da una mancanza di informazioni e trasparenza. Queste carenze mi hanno spinto a rifiutare il discarico del Consiglio.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Il 5 febbraio scorso, il Consiglio ha formulato le sue raccomandazioni sul discarico da dare alla Commissione per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2012. Il Parlamento ha rinviato il discarico limitatamente alla sezione II - Consiglio europeo e Consiglio. Finalmente il 23 settembre 2014, la Commissione per il controllo dei bilanci ha rifiutato all'unanimità il discarico per motivi di mancanza di cooperazione da parte del Consiglio, poca trasparenza sui vari costi. Di conseguenza, siamo nell'impossibilità di controllare le spese.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Considerato che il Parlamento è l'unico organo istituzionale europeo eletto direttamente dai cittadini, voto positivamente sulla seconda relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2012. La relazione, oltre a sollevare il problema della trasparenza amministrativa, richiama l'attenzione del Consiglio sulla necessità di rendere trasparenti i costi per gli edifici «Europa» e «Residence Palace». La relazione chiede quindi che non venga concesso il discarico al Consiglio.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe que propone no dar la aprobación a la gestión del presupuesto 2012 del Consejo y del Consejo Europeo, ya que el Consejo se niega, una vez más, a rendir cuenta a las preguntas realizadas por el Parlamento en el ejercicio de su derecho de escrutinio recogido en el TFUE y reiterado por la propia Comisión Europea. La falta de cooperación, una vez más, por parte del Consejo, y su falta de voluntad en pro de la transparencia han provocado de nuevo que el Parlamento no otorgue la aprobación de la gestión de 2012.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I voted in favour of refusing the granting of discharge to the Council and European Council as there has been no progress on this matter since the spring. There is still a lack of transparency about the Council's finances and a continued refusal to provide information in response to committee questions.

The report by the Committee on Budgetary Control states that Parliament is not in a position to make an informed decision. Meanwhile the Commission has indicated that it is not able to oversee implementation of the budget of other institutions, as that would infringe their autonomy. The report also states that citizens' rights to information and transparency are being denied and that the Council's conduct shows a democratic deficit. The report calls for a political solution and a procedure to be established on document exchange in order to send positive signals to citizens.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Face au refus constant du Conseil de coopérer avec le Parlement dans le cadre de la procédure de décharge, nous avons décidé de lui refuser sa décharge. Pour rappel, la décharge constitue le volet politique du contrôle externe de l'exécution budgétaire. En agissant de la sorte, le Conseil s'oppose ainsi au droit du contrôle du Parlement alors que celui-ci, en tant que chambre des citoyens, est en droit d'attendre une coopération étroite du Conseil. Seule une telle attitude permettrait au Parlement de rendre une décision en connaissance de cause.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen, autorité de contrôle budgétaire de l'Union européenne, n'a pas accordé la décharge au Conseil pour l'exécution du budget 2012. En refusant de répondre à nos questions, le Conseil manque à son devoir d'information des citoyens et contribuables européens. Pour accorder la décharge, nous devons avoir accès aux comptes. Tant que le Conseil refusera de s'y soumettre, le Parlement européen ne pourra accorder la décharge. C'est le principe même du contrôle démocratique que doit exercer notre Parlement.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Em nome da transparência e do rigor na gestão da coisa pública, votei a favor do presente relatório, reforçando a posição do Parlamento em defesa da legalidade, dos Tratados e dos direitos dos cidadãos europeus. Todas as instituições da União devem assegurar procedimentos e normativas que garantam a transparência e a boa gestão no seu funcionamento, disponibilizando-se para assumirem a sua plena responsabilidade perante os cidadãos europeus, designadamente no que toca aos fundos que lhes são confiados e lhes cabe utilizar e gerir. Nesse quadro, é importante que se dê a devida atenção às recomendações do Tribunal de Contas no sentido de os gestores orçamentais do Conselho Europeu e do Conselho melhorarem a conceção, a coordenação e a realização dos procedimentos de adjudicação através de controlos adequados e de uma melhor orientação. Destaco ainda a importância em esclarecer e resolver diversas questões pendentes, como acontece relativamente ao edifício *Europa* e ao projeto *Résidence Palace*. A prestação e o esclarecimento cabal de contas públicas não podem ser tratados como atos de ingerência ou disputa de supremacia institucional, mas sim como respeito pela democracia, pela legislação e pela transparência.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Na sessão plenária de abril deste ano, o Parlamento adotou o relatório da Comissão do Controlo Orçamental que propunha adiar a quitação ao orçamento 2012 do Conselho Europeu e do Conselho.

Os problemas que levaram o Parlamento a adiar a quitação prendem-se com a avaliação do Tribunal de Contas, que detetou erros na conceção dos procedimentos de adjudicação de contratos, e também pela recorrente recusa do Conselho em dar informações detalhadas de forma a que o Parlamento Europeu possa fazer uma avaliação ao orçamento do Conselho. Esta é uma guerra antiga. Mais uma vez, o Conselho não respondeu às perguntas do Parlamento nem entregou os documentos relativos à execução do orçamento.

Desde abril, quando o Parlamento Europeu decidiu adiar a quitação, não houve esforço do Conselho para responder às perguntas feitas pelo Parlamento ou resolver a questão.

Desse modo, o relatório é crítico face à posição do Conselho e propõe não dar a quitação ao Conselho. Tal como aconteceu nos exercícios de 2009, 2010 e 2011.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* - Absolutórium Rade už bolo zamietnuté za roky 2009, 2010 a 2011 z dôvodu nedostatočnej transparentnosti vo financiách a pokračujúcemu odmietnutiu poskytovať informácie príslušnému výboru spôsobom, ktorý je obvyklý pre ostatné inštitúcie a orgány Európskej únie. Občania členských štátov Európskej únie majú právo na transparentné informácie a správanie Rady skôr poukazuje na demokratický deficit a odopieranie demokratických informácií verejnosti. Tento problém je dôležité politicky vyriešiť a vyslať tak jasnú a pozitívnu správu občanom členských štátov. Je dôležité aby Rada reagovala na opätovné výzvy Európskeho parlamentu a vysvetlila nezodpovedané otázky okolo výstavby budovy Europa a projektu budovy Résidence a takisto informovala, v akom štádiu sa nachádza administratívna modernizácia, najmä pokiaľ ide o konkrétne vykonávacie opatrenia a ich vplyv na rozpočet Rady.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo voto negativo alla concessione del discarico al Consiglio europeo e Consiglio.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Ψηφίζω υπέρ της Απαλλαγής 2012 όσον αφορά το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και το Συμβούλιο, διότι όλα τα θεσμικά όργανα πρέπει να έχουν συνεργασία μεταξύ τους, κυρίως για ελέγχους, καθώς και για να αιτιολογούν στο Κοινοβούλιο την πρόοδο κάποιων έργων.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. - I voted for this report refusing to grant discharge to the Council in relation to the financial year 2012. I will continue to vote against the granting of discharge to any part of the EU budget until the budget as a whole receives a positive statement of assurance from the Court of Auditors.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Jytte Guteland, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. - Vi svenska socialdemokrater valde att rösta ja till att inte bevilja Europeiska rådet och rådet ansvarsfrihet. Europeiska rådet och rådet har inte levt upp till de krav på öppenhet som är rimliga att ställa. För parlamentets del - och i vidare mening för alla EU-medborgare - är det helt centralt att få heltäckande insyn i hur pengarna används. Full transparens måste gälla i hela EU-systemet.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *skriftlich*. - Kein Aufsichtsrat in der Wirtschaft käme auf die Idee, einen Vorstand zu entlasten, der die einfachsten Regeln eines ehrbaren Kaufmanns so missachtet wie die Europäische Kommission und der Europäische Rat. Unbezahlte Rechnungen in Milliardenhöhe wurden über Jahre angesammelt und damit ein skandalöser Schattenhaushalt aufgebaut. Wie kann ein Parlament einem so eklatanten Bruch elementarster Haushaltsregeln zustimmen? Als Instanz mit dem Anspruch, die Wirtschaft dauernd über Moral zu belehren, kann man dieses Parlament seit heute nicht mehr ernst nehmen.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za odbijanje razrješnice glavnom tajniku Vijeća za izvršenje proračuna Vijeća za financijsku godinu 2012., zbog toga što Vijeće nije odgovorilo na preporuke Revizorskog suda koji je upozorio na greške u izradi postupaka nabave (kao što je npr. primjena kriterija za odabir) koji bi se trebali koristiti prikladnim provjerama i efikasnijim vodstvom. Upitna je također suradnja koju Vijeće pruža na pitanja Europskog parlamenta, obzirom da je Parlament jedina institucija koja ima odgovornost davanja razrješnice za izvršenje proračuna EU-a.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Le Conseil ne répondant pas aux nombreuses questions que lui a adressées le Parlement européen concernant son budget, il n'est pas possible pour le Parlement européen d'accorder la décharge budgétaire au Conseil européen et au Conseil en toute connaissance de cause.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I voted in favour of refusing discharge for the implementation of the general budget of the EU for the 2012 financial year, due to a lack of transparency in the finances and the Council's continued refusal to provide information in response to Parliament's questions.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe que propone no dar la aprobación a la gestión del presupuesto 2012 del Consejo y del Consejo Europeo, ya que el Consejo se niega, una vez más, a rendir cuenta a las preguntas realizadas por el Parlamento en el ejercicio de su derecho de escrutinio recogido en el TFUE y reiterado por la propia Comisión Europea.

La falta de cooperación, una vez más, por parte del Consejo, y su falta de voluntad en pro de la transparencia han provocado de nuevo que el Parlamento no otorgue la aprobación de la gestión de 2012.

David Martin (S&D), *in writing*. - I supported this report which insists that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as that of other institutions, and points out that the fundamental elements of such scrutiny have been laid down in its discharge resolutions of the past years, in particular the discharge resolution of 23 October 2012.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - Ho espresso il mio voto favorevole nei confronti della relazione a firma del collega Deutsch perché, come lui, e come gli altri membri della Commissione per il Controllo dei bilanci (che si sono espressi in favore del documento, all'unanimità) ritengo che, il Consiglio, abbia il dovere di collaborare responsabilmente con il Parlamento europeo, nella prospettiva di garantire un'azione di controllo dei bilanci efficace e trasparente.

Pertanto, condivido la decisione di rifiutare il discarico per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2012, partendo dal presupposto che, le istituzioni europee, non dovrebbero perdere alcuna occasione per manifestare una piena attitudine democratica.

Mi rammarico, dunque, degli innumerevoli ostacoli incontrati durante l'espletamento delle procedure di discarico, generalmente riconducibili ad una mancanza di cooperazione da parte del Consiglio.

E trovo sconcertante che quest'ultimo, in più occasioni, si sia addirittura rifiutato di presentare a questo Parlamento, che con esso condivide l'autorità di bilancio, i documenti richiesti.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Pertanto, invito il Consiglio a smettere di confondere la richiesta di informazioni sulla propria attività contabile, del tutto plausibile, ed in linea con le competenze del Parlamento europeo, come un tentativo di scavalco istituzionale.

Tale pregiudizio, infatti, non contribuisce che a minare la fiducia nei confronti delle istituzioni comunitarie, da parte dei nostri cittadini, già ampiamente compromessa a causa di ragioni esogene.

(Dichiarazione di voto abbreviata conformemente all'articolo 183 del regolamento)

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le pouvoir de décharge budgétaire du Parlement devrait lui permettre de faire respecter par l'ensemble des institutions et agences européennes les engagements budgétaires pris. Or la Commission comme le Conseil ne tiennent quasiment aucun compte des votes du Parlement, y compris quand il refuse la décharge. Il s'agit ici de donner quitus sur le budget du Conseil européen et du Conseil. Le texte rappelle les difficultés systématiquement rencontrées jusqu'à présent au cours des procédures de décharge et qui sont imputables à un manque de coopération de la part du Conseil. Il souligne que le Parlement a refusé de donner décharge au secrétaire général du Conseil pour les exercices 2009, 2010 et 2011 et qu'il a ajourné sa décision d'octroi de la décharge pour l'exercice 2012. La résolution confirme que le Parlement n'est pas en mesure de décider de la décharge pour 2013 en connaissance de cause. Je vote pour ce texte sans illusion sur l'impuissance démocratique du Parlement dans l'UE.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Todas as instituições europeias que dependem do orçamento da União Europeia têm que ser fiscalizadas, de forma rigorosa, pelo Tribunal de Contas e por todas as entidades com essa função. É necessário aferir se os fundos comunitários estão a ser bem utilizados, se essas instituições estão a cumprir os objetivos delineados e se não existe desperdício de recursos. De um modo geral, salvo raras exceções, a avaliar pelas fiscalizações conhecidas, podemos afirmar que as instituições em causa estão a utilizar de forma correta os fundos disponibilizados e a cumprir os objetivos propostos.

No entanto, e segundo o parecer da relatora, não é este ainda o do Conselho Europeu e Conselho, pelo que voto favoravelmente a recusa de dar quitação ao Secretário-Geral do Conselho pela execução do orçamento do Conselho Europeu e do Conselho para o exercício de 2012.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it refused to grant the Secretary-General of the Council discharge in respect of the implementation of the European Council's and the Council's budget for the 2012 financial year due to the number of issues still pending.

This report, like others, reiterates the call to the Council to inform Parliament about the progress on construction, and the final costs projection, of the 'Europa' building, and it also reminds the Council of Parliament's call for a progress report on the 'Residence Palace' building project and a detailed breakdown of the costs incurred to date.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I refused to grant discharge to the Council due to a lack of transparency in the finances and its continued refusal to provide information in response to Parliament's requests. I believe that our citizens' right to information and transparency is paramount for all European institutions.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. – Il venire meno all'obbligo di rendiconto da parte del Consiglio nei confronti del Parlamento Europeo mette in pericolo, in primis, il diritto dei cittadini dell'Unione all'informazione e alla trasparenza in merito ai fondi che vengono ad esso affidati in quanto istituzione dell'Unione; inoltre, mette in risalto il deficit democratico presente nelle istituzioni europee.

Poiché tutte le istituzioni dovrebbero cooperare per garantire il buon funzionamento della procedura di discarico, il mio voto a favore di questa relazione vuole essere un invito per il Consiglio a dare priorità al diritto dei cittadini di essere pienamente informati e a riconoscere il diritto all'informazione del Parlamento Europeo.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport qui refuse de donner la décharge financière au Conseil. La procédure de décharge est un mécanisme par lequel le Parlement européen exerce un contrôle démocratique à posteriori, à teneur politique, sur la manière dont le budget de l'Union européenne est utilisé. Il n'y a pas de suspicion de mauvaise gestion financière de la part du Conseil. Cependant, le Conseil a systématiquement refusé de répondre aux questions du Parlement européen sur l'exécution de son budget. Depuis 2009, le Conseil n'a plus reçu la décharge. Cette décision a été motivée pour faire respecter les prérogatives du Parlement européen et pour assurer à chaque citoyen une vision claire de l'utilisation des fonds européens.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Ho seguito con attenzione la relazione del collega Deutsch e quanto deciso dalla Commissione per il controllo dei bilanci lo scorso 23 settembre, laddove ha rifiutato all'unanimità di dare il discarico.

Sono d'accordo con quanto dice il progetto di risoluzione votato dalla Commissione CONT, perché sarebbe necessaria una maggiore cooperazione fra Parlamento e Consiglio (allo stato attuale non è ottimale), e, come è stato evidenziato più volte, bisognerebbe istituire un procedura operativa fra i due organi più collaborativa e congiunta.

Per questo è assolutamente necessario trovare un «modus vivendi» in accordo fra Parlamento e Consiglio sulla procedura di discarico.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — L'exigence de transparence des dépenses des institutions européennes est une condition sine qua non de la confiance des citoyens de l'Union en leurs représentants. En ce sens, j'encourage instamment les autorités responsables d'éclairer les doutes émis par ce rapport que j'approuve.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — Comme beaucoup de mes collègues, j'ai soutenu le refus d'octroyer la décharge sur l'exécution du budget au Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2012, et ce comme chaque année depuis 2009. Le Parlement a déjà eu l'occasion d'exprimer ses arguments. Je rappellerai simplement ici qu'une coopération entre toutes les institutions de l'UE est primordiale afin de garantir le bon déroulement de la procédure de décharge, notamment par la transmission adéquate de documents. Or à ce jour, le Conseil ne remplit pas cette obligation et omet de répondre à nos questions légitimes en tant qu'autorité officielle de décharge. Ce comportement ne permet pas de garantir la pleine transparence du système européen que nous appelons de nos vœux et que les citoyens demandent.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - La aprobación de la gestión y de las cuentas del Consejo correspondientes al ejercicio 2012 ya fue pospuesta en el pleno del pasado mes de abril, por cuarta vez consecutiva, debido a la falta de transparencia exigida por este Parlamento al Consejo.

El Consejo continúa negándose a facilitar a esta Cámara los documentos requeridos y a comparecer ante la Comisión de Control Presupuestario en el marco del ejercicio regular de la aprobación de la gestión de las cuentas de la UE.

Desde entonces la situación no ha cambiado y, en consecuencia, he votado a favor de la decisión de no aprobar las cuentas del Consejo para el ejercicio 2012.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — En avril dernier, le Parlement a décidé de reporter l'octroi de la décharge au Conseil afin de lui donner davantage de temps pour respecter les dispositions relatives à l'approbation des comptes. Toutefois, malgré nos demandes, nous n'avons pas obtenu de détails concernant les coûts de construction du nouveau bâtiment Europa du Conseil européen et nous constatons que le Conseil n'a pas répondu à nos recommandations.

De ce fait, j'ai pris la décision de voter en faveur de ce rapport et donc de refuser l'octroi de la décharge au Conseil et au Conseil européen. Il est urgent que ces deux institutions écoutent le Parlement et prennent en compte ses recommandations.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - Il Consiglio e il Consiglio europeo non ottengono il discarico dal 2011. Considerando che il Consiglio continua a non tener conto delle richieste del Parlamento e rifiuta di partecipare alle audizioni organizzate dalla commissione CONT, la relazione propone di non concedere nuovamente il discarico finché il Consiglio non rispetterà le prerogative del Parlamento e fino a che non si instauri un'effettiva collaborazione tra le due istituzioni.

Per questo motivo ho votato a favore della relazione che propone di rifiutare il discarico.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe que propone no dar la aprobación a la gestión del presupuesto 2012 del Consejo y del Consejo Europeo, ya que el Consejo se niega, una vez más, a rendir cuentas a las preguntas realizadas por el Parlamento en el ejercicio de su derecho de escrutinio recogido en el TFUE y reiterado por la propia Comisión Europea.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

La falta de cooperación, una vez más, por parte del Consejo, y su falta de voluntad en pro de la transparencia han provocado de nuevo que el Parlamento no otorgue la aprobación de la gestión de 2012.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* - Na temelju odluke Parlamenta usvojene 3. travnja o odgodi davanja razrješnice Vijeću i Europskom vijeću, izvjestitelj Tamas Deutsch je u drugom nacrtu svoga izvješća predložio ponovno odbijanje davanja razrješnice zbog činjenice da Vijeće zanemaruje pitanja koja mu postavlja Parlament, kao što su pitanja o troškovima vezanima uz zgradu Europa i palaču Residence te pitanje o procesu modernizacije administracije i njegovim mjerama te učinku na proračun Vijeća.

Vijeće također ne sudjeluje u saslušanjima Odbora za proračunski nadzor o upravljanju financijama od strane Vijeća. Podržavam prijedlog da se odbije davanje razrješnice sve dok Vijeće i Europsko vijeće ne počnu poštivati pravo Parlamenta da u cijelosti izvršava svoje ovlasti te kako bi se očuvala transparentnost i demokratska odgovornost prema poreznim obveznicima u EU-u.

Eleftherios Synadinos (NI), *γραπτός.* - Υπερψηφίζω τη συγκεκριμένη έκθεση καθόσον δεν έχουν ολοκληρωθεί όλες οι απαιτούμενες ενέργειες για το κλείσιμο του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2012, τμήμα II – Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και Συμβούλιο.

Η συνεργασία όλων των οργάνων της ΕΕ μεταξύ τους και η διαφάνεια όλων των ενεργειών και εργασιών τους αποτελεί θεμελιώδη λίθο για την διαχείριση του δημόσιου χρήματος.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — J'ai voté pour la décharge. Ajoutons toutefois que le Parlement et le Conseil devraient commencer par définir une procédure de *modus vivendi* comportant une liste de documents à échanger afin d'exercer les rôles respectifs qui sont les leurs dans la procédure de décharge. J'encourage à cet égard le Conseil à chercher une solution politique à la décharge du Conseil, indépendamment des avis juridiques divergents sur lesquels le Parlement et le Conseil continuent de se fonder: une bonne coopération entre le Parlement, le Conseil européen et le Conseil découlant d'une procédure de dialogue ouvert et formel pourrait être un signal positif envoyé aux citoyens de l'Union.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto.* - Il Parlamento è l'unica istituzione europea direttamente eletta dai cittadini. La necessità di una trasparente gestione amministrativa delle istituzioni trova il suo compimento nella procedura di *disarcico*: il perdurante diniego del Consiglio a fornire i documenti necessari al Parlamento è un rifiuto ai cittadini a vegliare sulla corretta amministrazione dei fondi europei e pone un problema serio di democrazia. Il Consiglio sembra voler condurre una lotta di potere per mantenere la sua supremazia sul Parlamento, senza curarsi del diritto dei cittadini europei a una trasparente informazione.

Le difficoltà incontrate nelle procedure di *disarcico* per gli esercizi 2007-2011 vertono principalmente sul fatto che le spese del Consiglio dovrebbero essere soggette alla stessa verifica cui sono sottoposte le spese delle altre istituzioni dell'Unione, ovvero un accertamento basato su documenti scritti presentati da tutte le istituzioni al Parlamento Europeo.

La stessa Commissione ha in particolare espresso il suo sostegno per il diritto parlamentare di decidere sul *disarcico* del Consiglio.

Voto pertanto a favore della relazione che chiede che non venga concesso il *disarcico*.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito.* - He votado a favor del informe que propone no dar la aprobación a la gestión del presupuesto 2012 del Consejo y del Consejo Europeo, ya que el Consejo se niega, una vez más, a rendir cuentas a las preguntas realizadas por el Parlamento en el ejercicio de su derecho de escrutinio recogido en el TFUE y reiterado por la propia Comisión Europea.

La falta de cooperación, una vez más, por parte del Consejo, y su falta de voluntad en pro de la transparencia han provocado de nuevo que el Parlamento no otorgue la aprobación de la gestión de 2012.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. - Today I voted against granting discharge to the European Council for its general budget for the 2012 financial year due to a lack of financial transparency and the Council's continued refusal to provide information in response to the parliamentary committee's questions. Discharge was also refused for financial years 2009, 2010 and 2011.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Parlement européen dispose d'un droit de contrôle de la légalité et de la régularité des dépenses de fonctionnement des institutions et des organismes de l'UE, par la procédure dite de décharge budgétaire annuelle.

En avril 2014, une large majorité du Parlement européen avait décidé de reporter la décharge au Conseil sur son budget 2012, en raison notamment de la faiblesse des réponses du Conseil dans le cadre des audiences et de la procédure de questions écrites, du défaut de politique anti-fraude au secrétariat général du Conseil, de faiblesses dans la procédure de passation de marché. Le Parlement européen a reporté ses décharges au Conseil depuis 2007 sans exception.

J'ai voté en faveur du rapport du PE refusant d'accorder la décharge au Conseil, celui-ci n'ayant pas répondu aux demandes d'informations. Ainsi le Parlement européen, pour une fois, réaffirme son rôle d'autorité budgétaire de l'UE et montre que le Conseil n'est au-dessus ni des autres institutions de l'UE, ni de ses principes en matière budgétaire, notamment de légalité, de responsabilité, de transparence et de coopération.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. - Os problemas que levaram o Parlamento adiar a quitação ao orçamento de 2012 prendem-se com a avaliação do Tribunal de Contas, que detetou erros na conceção dos procedimentos de adjudicação de contratos, e também pela recorrente recusa do Conselho a dar informações detalhadas de forma a que o PE possa fazer uma avaliação ao orçamento do Conselho.

Mais uma vez, o Conselho não respondeu às perguntas do PE ou entregou os documentos relativos à execução do orçamento. Desse modo, o relatório é crítico em relação à posição do Conselho e propõe não dar a quitação ao Conselho. Tal como aconteceu nos exercícios de 2009, 2010 e 2011.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. - Das Parlament verweigert dem Rat und dem Europäischen Rat seit 2009 regelmäßig die Haushaltsentlastung. Über welche Summen reden wir hier eigentlich? Der Europäische Rat und der Rat geben jährlich deutlich über 500 Mio. EUR aus (2011: 563 262 480 EUR; 2012: 533 920 000 EUR; 2013: 540 511 300 EUR. Für 2014 werden Ausgaben in Höhe von 536 800 000 Euro und für 2015 werden Ausgaben in Höhe von 542 295 500 EUR erwartet). Diese Mittel sind Steuergelder der Bürger der 28 Mitgliedstaaten und werden von den Staats- und Regierungschefs eigenverantwortlich für die Organisation ihrer Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausgegeben. Es mag einen politischen Beigeschmack haben, dass so große Summen ohne Kontrolle ausgegeben werden dürfen. Andererseits gibt es keine belastbare Rechtsgrundlage, die den Rat zur Offenlegung seiner Haushaltsführung gegenüber dem Parlament verpflichtet. Es handelt sich hier also um ein politisches Kräfteressen zwischen zwei Institutionen der EU.

Iuliu Winkler (PPE), *írásban*. - Azért szavaztam meg Deutsch Tamás EP-képviselő kollégám Jelentését az Európai Unió 2012-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének végrehajtására vonatkozó mentesítéséről, mert meggyőződésem, hogy jogos a felvetések sora, mellyel elutasítja az Európai Tanács és Tanács mentesítését. Ez a jelentés azt követően született, hogy az Európai Parlament idén áprilisban elhalasztotta a két intézmény mentesítését. A jelentés sajnálattal jegyzi meg, hogy a Tanács nem működött együtt, a kért adatokat nem adták át, amelyeknek hiányában az Európai Parlament nem tud megfelelő döntést hozni a mentesítését illetően. A dokumentum javasolja, hogy hozzanak létre ebben a témában egy „modus vivendit” az EP és a Tanács között, hogy a Parlament gyakorolni tudja hatáskörét.

Tomáš Zdechovský (PPE), *in writing*. - I voted against granting discharge to the Council and the European Council, because this institution does not cooperate with Parliament. It is secretive and non-transparent and it does not answer questions from the Committee on Budgetary Control regarding serious shortcomings, including in the area of public procurement. The members of the institution do not attend hearings of the Committee on Budgetary Control. There are also doubts about transparency with regard to the modernisation of the Council's new Europa building.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

9.4. Von der Europäischen Binnenschifffahrtsunion (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossene Europäische Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt (B8-0149/2014)

Written explanations of vote

Lucy Anderson (S&D), in writing. - I was delighted to vote in favour of this motion for a resolution, securing decent working-time rules for those working on passenger and cargo ships in inland waterways. Inland waterway transport is an important economic sector within which around 10 000 companies across the European Union operate, and it is generally quiet and energy-efficient.

We as MEPs have a duty to defend all workers, and this measure proves that it is possible to protect workers with irregular or atypical working hours, without opting out of the Working Time Directive entirely.

I am particularly pleased to support the measure given that it is the result of a social partner agreement between employers and workers' unions. By engaging in constructive social dialogue, inland waterways employers have recognised the fact that fair working conditions and adequate rest are essential to productive operations. And by negotiating effectively, the European Transport Workers' Federation has demonstrated that there is no reason for inland waterway workers to be deprived of basic protections, including limits on working time, rights to rest periods, and night work restrictions.

I hope that those who claim that a blanket opt-out of the Working Time Directive is necessary will rethink their position following this excellent result.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Dans l'Union européenne, plus de 40 000 personnes travaillent dans le secteur du transport fluvial, dont 31 000 (77%) sont des travailleurs mobiles.

Ce rapport qui va dans le sens de plus de protection sociale pour ces travailleurs laisse la faculté aux Etats membres et/ou aux partenaires sociaux d'adopter des mesures qui soient plus favorables aux travailleurs dans ce domaine. C'est un préalable au développement du transport fluvial qui doit être encouragé.

Pour ces raisons, je soutiens l'accord européen conclu entre l'Union européenne pour la navigation fluviale (UENF), l'Organisation européenne des bateliers (OEB) et la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) au sujet de certains aspects (positifs) de l'aménagement du travail dans le secteur de la navigation intérieure.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. - Ho votato a favore di questa breve Risoluzione con cui il Parlamento accoglie positivamente l'accordo sui livelli di protezione minimi per i lavoratori operanti nel settore del trasporto per vie navigabili interne garantendo loro una potenziale difesa nei confronti del forte dumping sociale causato dai lavoratori dell'Est Europa.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. - Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sull'Accordo europeo concluso tra la European Barge Union (EBU), l'Organizzazione europea dei capitani (ESO) e la Federazione europea dei lavoratori dei trasporti (ETF) riguardanti alcuni aspetti dell'organizzazione dell'orario di lavoro nel trasporto per vie navigabili interne.

Accolgo con favore il fatto che l'accordo concluso dalle parti sociali e la proposta della Commissione prevedano soltanto requisiti minimi, lasciando agli Stati membri e/o alle parti sociali la libertà di adottare misure che siano più favorevoli ai lavoratori del settore interessato.

Le condizioni di lavoro e di vita sulle navi passeggeri differiscono infatti da quelle delle altre navi destinate al trasporto per vie navigabili interne. Le diversità dell'ambiente sociale e delle attività operative, unite al carattere stagionale di questo segmento del settore europeo del trasporto per vie navigabili interne determinano una diversa organizzazione del lavoro. Tutti questi elementi giustificano l'esistenza di disposizioni particolari.

Lara Comi (PPE), per iscritto. - Voto a favore di questa risoluzione dato che le disposizioni della Direttiva 2003/88/CE, non tenevano sufficientemente conto delle condizioni particolari di lavoro e di vita nel settore del trasporto per vie navigabili interne (TVN). Prescrizioni più specifiche, invece, potranno garantire un livello elevato di protezione della sicurezza e della salute dei lavoratori in questo settore. Il trasporto per vie navigabili interne ha dimensioni internazionali ed è caratterizzato principalmente da attività transfrontaliere per vie navigabili interne. Per questo è opportuno promuovere condizioni migliori sul mercato del lavoro ed impedire la concorrenza sleale basata sulle differenze delle legislazioni. Ritengo che la proposta sia conforme al principio di sussidiarietà e di proporzionalità e che le nuove norme consentiranno di migliorare un vettore di trasporto ecologico, che contribuisce in modo sostenibile a decongestionare il trasporto di merci europee su strada e ferrovia.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. - I voted in favour in support of a measure that aims at securing better conditions for workers, even if Member States ought to be encouraged to provide more than the minimum required in this agreement.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. - Voto positivamente perché in questo modo si lascerebbe agli Stati membri e alle parti sociali la libertà di adottare misure che siano più favorevoli ai lavoratori nel settore del trasporto per vie navigabili interne a livello dell'UE.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. - No he votado a favor de esta resolución sobre el acuerdo europeo celebrado por la Unión Europea de Navegación Fluvial (EBU), la Organización Europea de Patronos de Barco (ESO) y la Federación Europea de Trabajadores del Transporte (ETF) sobre determinados aspectos de la ordenación del tiempo de trabajo en el transporte de navegación interior porque, aunque pueda parecer que es un acuerdo para mejorar las disposiciones sociales de los trabajadores de este sector, es un ejemplo más de armonización social a la baja. Por ese motivo me he abstenido.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - This motion proposes an agreement which sets minimum rules on working time for passenger and cargo transport ships in inland navigation across the EU. The new rules apply to crew members and shipboard personnel and complement the general Working Time Directive which does not cover inland waterway workers. This means that this sector will be better regulated while protecting such workers. Hence I supported this resolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le vote de ce texte est important à un double titre. Tout d'abord, il démontre la capacité à former des accords au niveau de l'Union européenne entre les partenaires sociaux. Ensuite, je salue le fait que le Parlement européen ait été consulté sur cette proposition de directive portant application de l'accord européen conclu par l'Union européenne de la navigation fluviale (UENF), l'Organisation européenne des bateliers (OEB) et la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) alors même que le traité ne prévoit pas d'obligation en ce sens. C'est un signe positif pour renforcer la légitimité démocratique des décisions de l'Union européenne.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Les professionnels de la navigation fluviale sont soumis à des rythmes de travail irréguliers. Les bateaux naviguent en moyenne 14 heures par jour et souvent plusieurs jours consécutifs. D'où la nécessité de mettre en œuvre une législation propre sur le temps de travail du personnel de bord, la directive générale sur le temps de travail ne permettant pas de prendre en compte ces besoins spécifiques.

La transposition de l'accord conclu entre les partenaires sociaux sur les prescriptions minimales concernant le temps de travail sur les navires constitue une bonne réponse. Les travailleurs de ce secteur pourront désormais bénéficier d'une législation adaptée à leur activité.

Cette proposition de directive rend obligatoire l'accord du 15 février 2012 entre les partenaires sociaux (Union européenne de la navigation fluviale, Organisation européenne des bateliers et European Transport Workers' Federation) relatif à l'aménagement du temps de travail dans la navigation intérieure, qui fixe certaines garanties minimales pour les travailleurs (temps de travail, temps de repos, congés annuels). Ce texte souscrit donc au principe d'un recours accru au dialogue entre partenaires sociaux pour faire évoluer le droit social de l'Union. Il s'agit d'une démarche nécessaire de valorisation de la démocratie sociale européenne à laquelle je suis attachée.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Nos 28 Estados-Membros da UE, cerca de 42 200 pessoas trabalham diretamente no setor do transporte por vias navegáveis interiores, sendo 31000 trabalhadores móveis (73%). Aproximadamente 9 650 empresas operam no setor dos transportes por vias navegáveis interiores.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

A presente proposta estabelece requisitos para os trabalhadores móveis do setor do transporte por vias navegáveis interiores. O acordo celebrado pelos parceiros sociais do setor do transporte por vias navegáveis interiores tem em conta a Diretiva Tempo de Trabalho e propõe vários requisitos específicos, em sintonia com as características próprias do setor, em especial no que respeita ao período de referência. Além disso, prevê um número mínimo de horas de descanso diário e semanal e um número máximo de horas de trabalho noturno, de forma a atender às condições de trabalho e às características específicas do setor. O acordo é válido tanto para o pessoal de navegação (tripulação) como para o pessoal de bordo, abrange o transporte de passageiros e de mercadorias e contém disposições específicas relativamente ao trabalho sazonal em navios de passageiros. Não se aplica a pessoas que operam navios por sua própria conta (proprietários-operadores).

Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - O acordo relativo a aspetos específicos da organização do tempo de trabalho no setor do transporte por vias navegáveis interiores estabelece prescrições mínimas de segurança e de saúde de trabalho que têm aspetos positivos. Como, por exemplo, o direito a pelo menos quatro semanas de férias anuais remuneradas e a beneficiar de exames de saúde anuais gratuitos.

No entanto, muitos dos princípios estabelecidos vão contra reivindicações dos trabalhadores do setor, nomeadamente em Portugal.

O acordo prevê um tempo de trabalho médio de 48 horas, quando a legislação portuguesa estabelece 40 horas. Estabelece também que o período máximo de referência é de 12 meses, o que permite jornadas de trabalho superiores a 8 horas. Para além de outras disposições que podem levar a uma maior flexibilidade e desregulação do horário de trabalho.

Apesar de se enunciarem como objetivos da diretiva a proteção da saúde e da segurança dos trabalhadores num setor que tem características predominantemente transfronteiriças, é necessário garantir que as legislações nacionais mais favoráveis não sejam prejudicadas com a aplicação da diretiva.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *pisomne* - Predmetný návrh Európskej komisie ustanovuje osobitné pravidlá, ktoré sa týkajú pracovného času v odvetví vnútrozemskej vodnej dopravy, zavedením dohody, ktorá bola dosiahnutá na úrovni Európskej únie medzi zástupcami zamestnávateľov a zamestnancami. Predmetná dohoda stanovuje minimálne pravidlá týkajúce sa pracovného času pre zamestnancov osobnej a nákladnej dopravy loďami vo vnútrozemí. Nové pravidlá sa budú vzťahovať na členov posádky a palubného personálu a doplnia všeobecnú smernicu, ktorá nezahŕňa pracovníkov v odvetví vnútrozemskej vodnej prepravy. Táto dohoda by mala prispieť k zlepšeniu pracovných podmienok pre 31 tisíc členov posádok.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. - Esprimo il mio voto a favore della relazione che illustra l'accordo raggiunto a livello europeo tra imprese e lavoratori - nello specifico nel settore del trasporto per vie navigabili interne.

L'accordo definisce, infatti, i livelli minimi di protezione dei lavoratori. Per il resto, rimane la competenza dei singoli Stati Membri.

Lampros Fountoulis (NI), *γραπτώς*. - Η ψήφος μου θα είναι αρνητική για την Ευρωπαϊκή συμφωνία σχετικά με ορισμένα στοιχεία της οργάνωσης του χρόνου εργασίας στον τομέα των μεταφορών εσωτερικής ναυσιπλοΐας. Θεωρώ πως η συμφωνία αυτή δεν προστατεύει επαρκώς τους εργαζομένους.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. - Glasao sam za rezoluciju o prijedlogu direktive Vijeća o provedbi Europskog sporazuma, zaključenog između Europske udruge unutarnje plovidbe, Europske organizacije brođara i Europskog saveza transportnih radnika o utvrđivanju određenih vidova organizacije radnog vremena u unutarnjoj plovidbi, prvenstveno radi toga što se sporazumom dopušta državama članicama i/ili socijalnim partnerima da odluče o kriterijima koji su najbolji za radnike.

Iznimno je važno uzeti u obzir stajališta, preporuke i sugestije aktera koji su izravno u doticaju s dotičnim područjem, po principu supsidijarnosti, jer upravo oni poznaju najbolje problematiku, te u skladu s tim i najkorisnija rješenja za istu.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution de ma collègue Marita Ulvskog sur le temps de travail dans le secteur de la navigation. Ce texte appelle la Commission à ratifier un accord proposé par les différentes organisations professionnelles de la navigation fluviale pour compléter la directive sur le temps de travail en tenant compte des spécificités de ce secteur et en visant à une harmonisation des règles applicables dans les différents Etats membres.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. - I welcome the implementation of the social partners' agreement on working time for the inland waterway transport sector. This proposal, once agreed by the Council, will contribute to improving working conditions for 31 000 crew members and shipboard personnel and to fairer competitive conditions for the 9 645 enterprises active in the sector.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution dont j'étais le référent pour la délégation française du PPE.

Celui-ci vise à recommander la mise en place d'une directive d'application de l'accord européen conclu par les partenaires sociaux du secteur de la navigation intérieure.

Cet accord répond au vide de la directive «temps de travail» concernant les transporteurs fluviaux et participera à la lutte contre le dumping social.

Il encadre notamment les temps de travail ou de repos, les congés, le travail saisonnier, ou encore la sécurité et la santé des travailleurs.

Ce texte fixe des exigences minimales aux États membres, qui resteront libres de fixer leurs propres règles.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. — Le texte qui nous a été proposé est une résolution donnant la position du Parlement sur l'accord entre syndicats et patronat sur le temps de travail des bateliers.

Ces personnels navigants sont dans une situation de type Bolkestein dans la mesure où ils peuvent exercer leur profession dans un État qui n'est pas celui où est établi leur contrat, ce qui peut créer une situation de dumping social sur leurs conditions de travail.

L'accord négocié entre syndicats et patronat sur le temps de travail des bateliers est un progrès, car il introduit des minimas sur les temps de travail et de repos. Toutefois, cet accord n'apporte pas de solution au problème de dumping dans la profession qui continuera du fait des écarts existants entre les différents droits du travail.

C'est pourquoi je me suis abstenu afin de ne pas bloquer ce minima issu du dialogue social européen mais qui reste inférieur à ce qui est pratiqué en France et laisse donc ouverte la possibilité d'une concurrence déloyale entre bateliers européens.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. - No he votado a favor de esta resolución sobre el acuerdo europeo celebrado por la Unión Europea de Navegación Fluvial (EBU), la Organización Europea de Patronos de Barco (ESO) y la Federación Europea de Trabajadores del Transporte (ETF) sobre determinados aspectos de la ordenación del tiempo de trabajo en el transporte de navegación interior porque, aunque pueda parecer que es un acuerdo para mejorar las disposiciones sociales de los trabajadores de este sector, es un ejemplo más de armonización social a la baja. Por ese motivo me he abstenido

David Martin (S&D), *in writing*. - I welcome the fact that the Agreement as concluded by the social partners and the Commission proposal provide only for minimum requirements, leaving the Member States and/or social partners free to adopt measures which are more favourable to workers in the area concerned.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore dell'accordo Europeo concluso tra la European Barge Union (EBU), l'Organizzazione Europea dei capitani (ESO) e la Federazione europea dei lavoratori dei trasporti (ETF) in quanto la proposta adottata dalla Commissione prevede soltanto requisiti minimi, lasciando agli Stati membri e/o alle parti sociali la libertà di adottare misure che siano favorevoli ai lavoratori dei settori interessati.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. - Ich habe für den Entschließungsantrag gestimmt, da Studien zeigen, dass Unfälle und Havarien, die auf menschliches Versagen zurückzuführen sind, vermieden hätten werden können, wäre die Mannschaft ausgeruht gewesen. Die geschlossene Vereinbarung bildet den ersten Schritt in die richtige Richtung, weitergehende nationale Regelungen können getroffen werden.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Un accord a été conclu, le 15 février 2012, entre les partenaires sociaux (Union européenne de la navigation fluviale, Organisation européenne des bateliers et European Transport Workers' Federation) sur l'aménagement du temps de travail dans la navigation intérieure. Il fixe notamment certaines garanties pour les travailleurs: temps de travail, temps de repos, congés annuels. La proposition vise à rendre effectifs les termes de l'accord suite à une première opposition du Conseil. Je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - É benéfico que os acordos celebrados pelos parceiros sociais com a Comissão prevejam apenas requisitos mínimos, deixando aos Estados-Membros e/ou aos parceiros sociais a liberdade para adotar medidas que sejam mais favoráveis para os trabalhadores no domínio em causa. Estas são matérias em que cada Estado-Membro deve poder negociar conforme as necessidades dos setores envolvidos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The resolution welcomes the fact that the Agreement as concluded by the social partners and the Commission proposal provide only for minimum requirements, thus leaving the Member States free to adopt other measures which are more favourable to the workers involved in the area. I have therefore voted in favour of this resolution.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte, qui assure désormais une harmonisation a minima du temps de travail dans le secteur de la navigation intérieure. Ce texte est la validation d'un accord entre partenaires sociaux qui fixe un plafond maximal d'heures travaillées. Il ne s'agit pas d'une réglementation du temps de travail comme on peut l'entendre au sens classique, mais c'est plutôt un accord visant à éliminer le dumping social et les pratiques les plus extrêmes. Le secteur de la navigation intérieure (principalement fluviale) a un avenir important dans la réalisation de nos objectifs environnementaux et de réindustrialisation de l'Europe. Le texte prévoit de la flexibilité pour les travailleurs afin de ne pas les pénaliser et de conserver la compétitivité du secteur.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Bei dem Entschließungsantrag ging es um eine von der Europäischen Binnenschiffahrtsunion (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossene Europäische Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschiffahrt. Obgleich eine Anhörung des Parlaments in der behandelten Frage nach Artikel 155 Absatz 2 AEUV durch die Kommission nicht vorgesehen ist, hat die Kommission ihren Vorschlag dem Parlament übermittelt und es zugleich gebeten, gegenüber der Kommission und dem Rat hierzu Stellung zu nehmen. In meiner Überzeugung, dass demokratische Mitbestimmung und Parlamentshoheit die Grundfesten sind, auf denen das Projekt Europäische Union ruht, möchte ich die Kommission zu häufigeren Konsultationen dieser Art ermutigen. Daneben waren mir die Nationalstaaten und die Erhaltung ihrer Souveränität immer ein ganz zentrales Anliegen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich es ausdrücklich, dass das vorliegende Dokument nur die Institutionalisierung von Mindeststandards vorsieht, den Mitgliedstaaten aber den restlichen Regelungsraum belässt. Nicht zuletzt unterstütze ich den Vorschlag aber auch inhaltlich: Häufige Havarien auf den großen Binnenschiffahrtswegen infolge menschlichen Versagens zeigen die Notwendigkeit auf, der Ermüdung der Mannschaften vorzubeugen.

Daher habe ich für den Antrag gestimmt.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. - Esprimo voto favorevole riguardo la proposta di risoluzione sulla proposta di direttiva del Consiglio che attua l'accordo europeo concluso tra la European Barge Union (EBU), l'Organizzazione europea dei capitani (ESO) e la Federazione europea dei lavoratori dei trasporti (ETF) concernente taluni aspetti dell'organizzazione dell'orario di lavoro nel trasporto per vie navigabili interne. L'articolo 155, paragrafo 1, del TFUE dà la possibilità alle parti sociali a livello dell'Unione, se queste lo desiderano, di avviare un dialogo che può condurre a relazioni contrattuali, ivi compresi accordi. Il paragrafo 2 dello stesso articolo prevede la possibilità che siano attuati accordi conclusi a livello dell'Unione, su richiesta congiunta delle parti firmatarie, in base a una decisione del Consiglio su proposta della Commissione. Accolgo con favore il fatto che l'accordo concluso dalle parti sociali e la proposta della Commissione prevedano soltanto requisiti minimi, lasciando agli Stati membri e/o alle parti sociali la libertà di adottare misure che siano più favorevoli ai lavoratori nel settore interessato.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Mi rallegro che sia stato trovato un accordo tra la European Barge Union, l'Organizzazione europea dei capitani e la Federazione europea dei lavoratori dei trasporti sull'organizzazione dell'orario di lavoro, in un clima di dialogo costruttivo. In più, l'accordo concluso fra le parti sociali e la Commissione, come indicato nella risoluzione, prevede solamente delle indicazioni di base, lasciando la facoltà agli Stati Membri, di concerto con le parti sociali, di adottare le misure che siano più favorevoli ai lavoratori di questo settore.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. - He votado a favor de esta resolución para recomendar la adopción del acuerdo celebrado por los interlocutores sociales sobre determinados aspectos de la ordenación del tiempo de trabajo en el transporte de navegación interior.

Esta propuesta contribuirá a mejorar las condiciones laborales de los 31.000 miembros de las tripulaciones y resto del personal afectado, estableciendo condiciones mínimas respecto al tiempo de trabajo semanal y nocturno, y los derechos a vacaciones anuales remuneradas y al descanso diario y semanal.

La propuesta acordada también aportará unas condiciones de competencia más justas para las 9.465 empresas del sector en la UE.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution qui recommande l'adoption de la proposition de la Commission européenne concernant une réglementation spécifique du temps de travail dans le secteur de la navigation intérieure. Ce texte est issu d'un accord obtenu au niveau européen par les représentants des employeurs et des travailleurs du secteur.

Cet accord établit des prescriptions minimales concernant le temps de travail sur les navires de transport de passagers et de marchandises. Il permettra la mise en place de conditions de travail satisfaisantes et des périodes de repos adéquates pour les travailleurs du secteur ; conditions essentielles pour la santé et la sécurité de l'équipage et du personnel de bord.

Il était urgent de parvenir à un accord étant donné que plus de 75% du transport fluvial au sein de l'Union européenne se font à l'échelon transnational. Ces mesures contribueraient au final à de meilleures conditions de travail pour 31000 travailleurs et à l'instauration d'une concurrence plus loyale entre les 9645 entreprises du secteur.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore dell'accordo che permette di trovare soluzioni favorevoli a tutte le categorie interessate riguardo al tema dell'organizzazione dell'orario di lavoro nel trasporto.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he votado a favor de esta resolución sobre el acuerdo europeo celebrado por la Unión Europea de Navegación Fluvial (EBU), la Organización Europea de Patronos de Barco (ESO) y la Federación Europea de Trabajadores del Transporte (ETF) sobre determinados aspectos de la ordenación del tiempo de trabajo en el transporte de navegación interior porque, aunque pueda parecer que es un acuerdo para mejorar las disposiciones sociales de los trabajadores de este sector, es un ejemplo más de armonización social a la baja. Por ese motivo me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. - I welcome today's vote on the implementation of the social partners' agreement on working time for the inland waterway transport sector. We expect the same now regarding the social partners' agreement on health and safety in the hairdressing sector. The outgoing Commission refused to forward the agreement to the Council for its legal transposition. This is severely hampering the autonomy of social partners and questioning their role in European social dialogue.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* - Podržavam prijedlog za provedbu Europskog sporazuma zaključenog između Europske udruge unutarnje plovidbe (EBU), Europske organizacije brodara (ESO) i Europskog saveza transportnih radnika (ETF) o utvrđivanju određenih vidova organizacije radnog vremena u unutarnjoj plovidbi.

Smatram da je radno vrijeme radnika u unutarnjoj plovidbi izuzetno bitno za zdravlje i sigurnost radnika na radnom mjestu. Potrebno je odrediti minimalne standarde za organizaciju radnog vremena u pogledu dnevnog i tjednog odmora, brojčanih ograničenja tjednog radnog vremena, godišnjeg odmora i radnog vremena noću, u svrhu što boljeg obavljanja posla. Podržavam Direktivu o radnom vremenu jer su njome obuhvaćeni konkretni radni uvjeti poput najkraćeg dnevnog i tjednog vremena za odmor i najduljeg radnog vremena noću zbog specifičnih uvjeta rada i posebnih značajki tog sektora.

Podržavam odluku Vijeća da država članica ima slobodu definirati sve one izraze u sporazumu koji nisu definirani, u skladu s njihovim nacionalnim pravom i praksom. Države članice mogu zadužiti socijalne partnere, na njihov zajednički zahtjev, za provedbu ove Direktive, pod uvjetom da poduzmu sve potrebne mjere kako bi osigurale da u svakom trenutku mogu jamčiti rezultate koje određuje ova Direktiva.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* - U 28 država članica EU-a, preko 40 000 ljudi radi direktno u IWT-u (inland waterway transport), od čega 31 000 čine mobilni radnici (73%). Nedostatak EU zakona koji određuju broj sati koliko radnici smiju dnevno raditi omogućuje mnogim lokalnim zakonima da rade poteškoće za tvrtke koje se bave transportom robe i dobara, te nije osigurana dostatna zaštita radnika u mnogim slučajevima.

Ovim sporazumom dodatno će se definirati prava radnika, odrediti će se njihovo radno vrijeme te dani koje smiju provesti na odmoru. Uskladiti će se maksimalno radno vrijeme tijekom noći i godišnji odmori. Također će se uvesti nova pravila koja se odnose na zaštitu radnika, i koja osiguravaju brigu o njihovome zdravlju.

Kao jedan od svojih ciljeva, EU pokušava prijevoz robe preseliti na čišće, sigurnije i nisko energetske metode transporta. Skupa sa željezničkim i morskim prijevozom kraćih relacija, prijevoz kontinentalnim vodenim tokovima može znatno doprinijeti održivosti transportnog sustava, što će se uspješno odraziti na europsko gospodarstvo.

Iz navedenih razloga podržavam Europski sporazum zaključen između Europske udruge unutarnje plovidbe (EBU), Europske organizacije brodara (ESO) i Europske federacije radnika u prometu (ETF) o utvrđivanju određenih vidova organizacije radnog vremena u unutarnjoj plovidbi.

Eleftherios Synadinos (NI), *γραπτώς.* - Καταψηφίζω τη συγκεκριμένη συμφωνία διότι δεν προστατεύει σε ικανοποιητικό βαθμό τους εργαζομένους στον εν λόγω τομέα.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — J'ai voté en faveur de l'accord européen conclu par l'Union européenne de la navigation fluviale (UENF), l'Organisation européenne des bateliers (OEB) et la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) au sujet de certains aspects de l'aménagement du temps de travail dans le secteur de la navigation intérieure. A remarquer qu'on ne peut que se féliciter du fait que l'accord conclu par les partenaires sociaux et la proposition de la Commission ne prévoient que des exigences minimales, en laissant la faculté aux États membres et/ou aux partenaires sociaux d'adopter des mesures qui soient plus favorables aux travailleurs dans le domaine concerné.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito.* - No he votado a favor de esta resolución sobre el acuerdo europeo celebrado por la Unión Europea de Navegación Fluvial (EBU), la Organización Europea de Patronos de Barco (ESO) y la Federación Europea de Trabajadores del Transporte (ETF) sobre determinados aspectos de la ordenación del tiempo de trabajo en el transporte de navegación interior porque, aunque pueda parecer que es un acuerdo para mejorar las disposiciones sociales de los trabajadores de este sector, es un ejemplo más de armonización social a la baja. Por ese motivo me he abstenido.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit.* — J'ai voté contre cette résolution du Parlement européen relative à une proposition de directive de la Commission portant sur un accord conclu entre les partenaires sociaux concernant l'aménagement du travail dans la navigation intérieure.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

En ce domaine, le Parlement européen ne peut que donner un avis sur ce secteur exclu de la directive «temps de travail».

J'ai constaté que tous les syndicats n'avaient pas participé à la négociation et que si cet accord pouvait améliorer les dispositions sociales dans certains Etats membres, il était très régressif pour le droit applicable en France.

Même si l'accord prévoit que les dispositions plus favorables dans les Etats membres seront maintenues, s'appliqueront les dispositions du pays où est armé le bateau lorsque la navigation se fait sur un axe fluvial «transfrontalier».

Il ne fait aucun doute que les sociétés pouvant appliquer le droit le plus favorable, chercheront les solutions leur permettant d'être le plus compétitives au détriment des droits sociaux.

Je ne peux donc qu'y voir un instrument de dumping social au détriment notamment des salariés français et notamment des dockers.

Sous couvert d'améliorations dans quelques Etats membres, cet accord est un moyen de niveler par le bas les acquis sociaux.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - O acordo tem aspetos positivos, como por exemplo, o direito a pelo menos quatro semanas de férias anuais remuneradas e ao benefício de exames de saúde anuais gratuitos.

No entanto, o acordo prevê um tempo de trabalho mensal médio de 48 horas, quando a legislação portuguesa estabelece 40 horas e estabelece também que o período máximo de referência é de 12 meses, o que permite jornadas de trabalho superiores a 8 horas.

É necessário garantir que as legislações nacionais mais favoráveis não sejam prejudicadas com a aplicação da diretiva.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. - Der Entschließungsantrag über eine von der Europäischen Binnenschiffahrtsunion (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossene Europäische Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschiffahrt betont nicht nur die Wichtigkeit von Mindeststandards, die auf den großen Binnenschiffahrtswegen Havarien oder größere Unfälle vermeiden sollen, sondern belässt den Mitgliedstaaten die restlichen bzw. detaillierten Anforderungen. Im Sinne, dass zum einen die Kommission zusammen mit dem Rat eine gewisse Transparenz zu Tage legte und hier auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips entschieden wurde, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. - O acordo relativo a aspetos específicos da organização do tempo de trabalho no setor do transporte por vias navegáveis interiores estabelece prescrições mínimas de segurança e de saúde de trabalho, o qual tem aspetos positivos de que é exemplo o direito a pelo menos quatro semanas de férias anuais remuneradas ou o benefício de exames de saúde anuais gratuitos.

No entanto, muitos dos princípios estabelecidos vão contra as reivindicações dos trabalhadores do setor, nomeadamente em Portugal.

O acordo prevê um tempo de trabalho mensal médio de 48 horas, quando a legislação portuguesa estabelece 40 horas. Estabelece também que o período máximo de referência seja de 12 meses, o que permite jornadas de trabalho superiores a 8 horas, para além de outras disposições que podem levar a uma maior flexibilidade do horário de trabalho.

Embora os objetivos expressos na diretiva sejam a proteção da saúde e a segurança dos trabalhadores num setor que tem características predominantemente transfronteiriças, é necessário garantir que as legislações nacionais mais favoráveis não sejam prejudicadas com a aplicação da diretiva.

Donnerstag, 23. Oktober 2014

- 10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
- 11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**
- 12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**
- 13. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

(The sitting closed at 12.25)

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)

ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE